

Stenographischer Bericht

10. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

XIV. Gesetzgebungsperiode – 26., 27. und 28. April 2001

Inhalt:

Personelles:

1. Mitteilungen (Zuweisungen, Anträge et cetera).

2. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 311/1, über die Landesvoranschläge 2001 und 2002 samt Dienstpostenplan und Systemisierungsplan der Kraftfahrzeuge.

Berichterstatter: Abg. Straßberger.

Beschlussfassung.

Generaldebatte:

Abg. Dr. Lopatka, Abg. Schrittwieser, Abg. Lafer (365), Abg. Lechner-Sonnek.

Beschlussfassung.

Spezialdebatte:

Gruppe 0:

Berichterstatter: Abg. Bacher.

Redner: Abg. Mag. Drexler, Abg. Dr. Bachmaier-Geltewa, Abg. Wiedner, Abg. Hagenauer, Abg. Dirnberger, Abg. Halper, Abg. Dr. Bleckmann, Abg. Majcen, Abg. Mag. Zitz, Abg. Dipl.-Ing. Grabner, Abg. Ing. Ober, Abg. Schleich, Abg. Bacher, Abg. Stöhrmann, Abg. Prattes, Abg. Wiedner, Abg. Dipl.-Ing. Grabner, Landesrat Schützenhöfer, Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl.

Beschlussfassung.

Gruppe 1:

Berichterstatter: Abg. Bittmann.

Redner: Abg. Hamedl, Abg. Kröpfl, Abg. Ferstl, Abg. Hagenauer, Abg. Detlef Gruber, Abg. Hamedl, Abg. Dirnberger, Abg. List, Abg. Schrittwieser, Abg. Dr. Lopatka, Abg. Schrittwieser, Abg. Stöhrmann, Abg. Rieser, Abg. Schleich, Abg. Beutl, Abg. Dr. Forenbacher, Abg. Gross, Abg. Hammerl, Abg. Mag. Lackner, Abg. Kreisler, Abg. Mag. Zitz, Abg. Dr. Reinprecht, Abg. Detlef Gruber, Abg. Majcen, Abg. Prattes, Abg. Hammerl, Abg. Detlef Gruber, Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl, Landeshauptmann Klasnic, Abg. Hagenauer, Landesrat Dörflinger, Landeshauptmann Klasnic.

Beschlussfassung.

Gruppe 2:

Berichterstatterin: Abg. Mag. Koller.

Redner: Abg. Beutl, Abg. Mag. Lackner, Abg. Mag. Zitz, Abg. Graf, Abg. Mag. Dr. Rauch, Abg. Pußwald, Abg. Halper, Abg. Mag. Koller, Abg. Margarethe Gruber, Abg. Mag. Drexler, Abg. Gennaro, Abg. Gross, Abg. Böhmer, Abg. Kröpfl, Abg. Kasic, Abg. Gennaro, Abg. Kaufmann, Abg. Pußwald, Abg. Lechner-Sonnek, Abg. Gross, Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl, Landesrat Pörtl, Landesrat Dipl.-Ing. Paierl, Abg. Lechner-Sonnek, Landesrat Schützenhöfer, Abg. Hagenauer, Landesrat Dr. Flecker, Landesrat Dipl.-Ing. Paierl, Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek, Abg. Bittmann, Abg. List, Abg. Kröpfl, Abg. Mag. Erlitz, Abg. Hagenauer, Abg. Dietrich, Abg. Böhmer, Abg. Detlef Gruber, Abg. Halper, Abg. Lechner-Sonnek, Landesrat Dr. Hirschmann.

Beschlussfassung.

Gruppe 3:

Berichterstatter: Abg. Majcen.

Redner: Abg. Mag. Dr. Rauch, Abg. Kröpfl, Abg. Mag. Zitz, Abg. Dr. Bleckmann, Abg. Wicher, Abg. Straßberger, Abg. Prattes, Abg. Ferstl, Abg. Kasic, Abg. Margarethe Gruber, Abg. Tasch, Abg. Dr. Reinprecht, Abg. Mag. Zitz, Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl, Abg. Hagenauer, Landesrat Dr. Gerhard Hirschmann, Abg. Mag. Zitz.

Beschlussfassung.

Gruppe 4:

Berichterstatterin: Abg. Gross.

Redner: Abg. Hammerl, Abg. Gross, Abg. Graf, Abg. Lechner-Sonnek, Abg. Tschernko, Abg. Halper, Abg. Graf, Abg. Pußwald, Abg. Dr. Bachmaier-Geltewa, Abg. Wicher, Abg. Stöhrmann, Abg. Hamedl, Abg. Margarethe Gruber, Abg. Dietrich, Abg. Mag. Zitz, Abg. Mag. Lackner, Abg. Kaufmann, Abg. Lechner-Sonnek, Abg. Wicher, Abg. Böhmer, Landesrat Dr. Flecker, Abg. Lafer, Landesrat Dipl.-Ing. Paierl.

Berichterstatter zur Wohnbauförderung: Abg. Majcen.

Redner: Abg. Majcen, Abg. Schleich, Abg. Hagenauer.

Beschlussfassung.

Gruppe 5:

Berichterstatter: Abg. Mag. Erlitz.

Redner: Abg. Gödl, Abg. Halper, Abg. Mag. Zitz, Abg. Dietrich, Abg. Hagenauer, Landesrat Pörtl, Abg. Dr. Forenbacher, Abg. Mag. Erlitz, Abg. List, Abg. Lechner-Sonnek, Landesrat Dörflinger, Landesrat Dipl.-Ing. Paierl, Landesrat Dörflinger.

Beschlussfassung.

Gruppe 6:

Berichterstatter: Abg. Wiedner.

Redner: Abg. Straßberger, Abg. Dipl.-Ing. Grabner, Abg. Hagenauer, Abg. Wiedner, Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl.

Beschlussfassung.

Gruppe 7:

Berichterstatter: Abg. Riebenbauer.

Redner: Abg. Riebenbauer, Abg. Kaufmann, Abg. Dietrich, Abg. Mag. Zitz, Abg. Dipl.-Ing. Wöhry, Abg. Stöhrmann, Landesrat Pörtl, Abg. Tasch, Abg. Prattes, Abg. List, Abg. Hagenauer, Abg. Gangl, Landesrat Dr. Hirschmann, Abg. Kasic, Abg. Gennaro, Abg. Wiedner, Abg. Lechner-Sonnek, Abg. Bittmann, Landesrat Dipl.-Ing. Paierl.

Beschlussfassung.

Gruppe 8:

Berichterstatter: Abg. Kasic.

Beschlussfassung.

Gruppe 9:

Berichterstatter: Abg. Straßberger.

Redner: Abg. Gennaro, Abg. Lechner-Sonnek.

Beschlussfassung.

Außerordentlicher Haushalt:

Berichterstatterin: Abg. Mag. Koller.

Redner: Abg. Gennaro.

Beschlussfassung.

Dienstpostenplan:

Berichterstatter: Abg. Straßberger).

Beschlussfassung.

Kraftfahrzeugsystemisierungsplan:

Berichterstatter: Abg. Dirnberger.

Beschlussfassung.

Beginn der Sitzung: 9.05 Uhr.

Präsident Purr: Hohes Haus!

Heute findet die 10. Sitzung des Steiermärkischen Landtages in der laufenden XIV. Gesetzgebungsperiode statt.

Ich begrüße alle Erschienenen, im Besonderen die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung mit Frau Landeshauptmann Klasnic an der Spitze sowie die Damen und Herren des Bundesrates.

Die Tagesordnung ist Ihnen mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen.

Besteht gegen die Tagesordnung ein Einwand?

Das ist nicht der Fall.

Auflagen und Zuweisungen:

Eine Liste der Zuweisungen ist in der heutigen Auflage enthalten.

Wird gegen diese Zuweisungen ein Einwand erhoben?

Das ist nicht der Fall.

Hinsichtlich der eingebrachten Anträge wird eine Liste im Laufe der Sitzung aufgelegt werden.

Schriftliche Anfragen beziehungsweise Anfragebeantwortungen gemäß Paragraph 66 GeoLT:

Ich teile dem Hohen Haus mit, dass vier schriftliche Anfragen und zwei Anfragebeantwortungen gemäß Paragraph 66 GeoLT eingebracht wurden, die ebenfalls in der heutigen Auflage enthalten sind.

Bevor ich in die Tagesordnung eingehe, wurde mir mitgeteilt, dass ein Fototermin wahrgenommen werden soll. Darf ich die Damen und Herren bitten, die Plätze einzunehmen und den Fotografen bitte ich diese Aufnahme vorzunehmen.

Ich gehe nun zur Tagesordnung im Sinne des Paragraphen 39 Absatz 3 GeoLT über.

2. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 311/1, über die Landesvoranschläge 2001 und 2002, den Dienstpostenplan und den Systemisierungsplan der Kraftfahrzeuge.

Hauptberichterstatter ist der Herr Landtagsabgeordnete Josef Straßberger, dem ich das Wort erteile.

Abg. Straßberger (9.10 Uhr): Verehrter Herr Präsident, geschätzte Frau Landeshauptmann, verehrte Regierungmitglieder, liebe Damen und Herren, Hohes Haus!

Ich bringe den Bericht über die Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung über die Landesvoranschläge samt Systemisierungsplan der Kraftfahrzeuge und die Dienstpostenpläne für die Jahre 2001 und 2002.

Im Sinne des Paragraphen 15 Absatz 2 des Landesverfassungsgesetzes 1960 in der geltenden Fassung werden dem Steiermärkischen Landtag die Voranschläge der Einnahmen und Ausgaben des Landes für die Haushaltsjahre 2001 und 2002 zur Beschlussfassung vorgelegt.

Die Landesvoranschläge bestehen jeweils aus dem ordentlichen und dem außerordentlichen Haushalt und den dazugehörigen Systemisierungen der Dienstposten (Dienstpostenplan) und der Kraftfahrzeuge (Systemisierungsplan der Kraftfahrzeuge).

Die Voranschläge des Landes Steiermark für die Jahre 2001 und 2002 weisen folgende Schlusssummen auf:

	VA 2001 in Schilling	VA 2002 in Euro
Ordentlicher Haushalt:		
Ausgaben	48.077,199.000	3.450,889.100
Einnahmen (ohne Erlöse aus Fremdmittelaufnahmen)	47.693,708.000	3.410,632.700
Gebarungsausgang des ordentlichen Haushaltes	383,491.000	40,256.400
Außerordentlicher Haushalt:		
Veranschlagte Gesamtausgaben	968,878.000	73,092.400
Einnahmen	968,878.000	73,092.400
Gebarungsausgang des außerordentlichen Haushaltes	0	0
Nettoüberschuss nach traditioneller Methode	3.296,482.000	189,505.000
Nettoüberschuss nach Maastricht	3.300,274.000	239,232.600

Die Aufgliederung der Gesamtziffern ist nach der Systematik der Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung, BGBl. Nr. 787/1996 in der geltenden Fassung in den Landesvoranschlägen 2001 und 2002 (Anlage 1) dargestellt.

Die Aufgliederung der Dienstposten nach Dienststellen und Dienstklassen mit den Erläuterungen erfolgt im Dienstpostenplan.

Die Anzahl der Kraftfahrzeuge setzt der Systemisierungsplan der Kraftfahrzeuge fest. Die Aufgliederung nach Dienststellen und Kraftfahrzeugkategorien ist im Systemisierungsplan enthalten.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 20. März 2001 den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Erstens: Die Voranschläge des Landes Steiermark für die Jahre 2001 und 2002 (Anlage 1) werden mit folgenden Schlusssummen genehmigt:

Die Schlusssummen für die Jahre 2001 und 2002 sind identisch mit meinen bereits vorgetragenen.

Zweitens: Der Dienstpostenplan 2001 und 2002 (Anlage 2) sowie die im Allgemeinen Teil des Dienstpostenplanes festgelegten Grundsätze hiezu werden genehmigt.

Drittens: Der Systemisierungsplan der Kraftfahrzeuge 2001 und 2002 (Anlage 1) und die im Allgemeinen Teil des Systemisierungsplanes festgelegten Grundsätze hiezu werden genehmigt.

Viertens: Auf die veranschlagten Kredite sind vorweg die im Zeitraum des Budgetprovisoriums getätigten Ausgaben anzurechnen.

Fünftens: Die Inanspruchnahme der Kredite des ordentlichen und außerordentlichen Haushaltes kann in Zwei-Monats-Abschnitten bis zur Höhe von je einem Sechstel des Jahreskredites erfolgen. Ausgenommen davon sind Ausgaben, zu deren Leistung das Land zu bestimmten Terminen verpflichtet ist.

Sechstens: Die Steiermärkische Landesregierung wird ermächtigt, im Rahmen der Wirtschaftsförderung für Arbeitsplatzhaltung und Arbeitsplatzbeschaffung in der Steiermark über- und außerplanmäßige Kredite im außerordentlichen Haushalt bereitzustellen.

Zur Finanzierung solcher über- und außerplanmäßiger Ausgaben wird die Landesregierung ermächtigt, Kreditoperationen im In- und Ausland bis zur Höhe von einem Prozent des Gesamtausgabevolumens der Landesvoranschläge 2001 und 2002 vorzunehmen.

Siebtens: Zur Sicherstellung der Finanzierung der ab dem Jahr 2001 notwendigen Landesanteile für EU-Kofinanzierungen ist beim Ansatz 1/970049 ein Deckungskredit veranschlagt, in dem das bisherige Jahresvolumen sämtlicher im Voranschlag 2000 ausgewiesener Landesmittel für EU-Kofinanzierung zusammengefasst ist.

Die Aufgliederung des Deckungskredites auf die einzelnen Ressorts nach Vorliegen der endgültigen Programmplanungsdokumente wird genehmigt.

Eventuell zusätzlich erforderliche Mittel sind durch Umschichtungen von Krediten der davon betroffenen politischen Referenten aufzubringen.

Nicht für die Kofinanzierung benötigte Mittel, welche seinerzeit aus Mitteln des Ressorts aufgebracht wurden, sind den jeweiligen Ressorts antragsgemäß bereitzustellen.

Sämtliche EU-Kofinanzierungsmaßnahmen sind zu Lasten der allgemein im Landesvoranschlag enthaltenen (beziehungsweise nötigenfalls außerplanmäßig zu eröffnenden) Voranschlagsstellen unter gleichzeitiger Bindung des Deckungskredites zu verrechnen.

Die zur Abwicklung der EU-Finanzierung notwendigen Genehmigungen gemäß Paragraf 32 Absatz 2 L-VG 1960 gelten als erteilt.

Eine Vorfinanzierung von EU-Mitteln ist nur im Rahmen der allgemein anerkannten und von den maßgeblichen Stellen auf EU-, Bundes- und Landesebene genehmigten Regelungen im unbedingt notwendigen Ausmaß möglich. Die dazu erforderlichen zusätzlichen Landesmittel sind jeweils durch Gebührrstellungen der entsprechenden EU-Mittel auf der Einnahmenseite auszugleichen.

Darüber hinaus gilt:

Für alle während eines Jahres erfolgten EU-Kofinanzierungen ist von den zuständigen Monitoringstellen der Steiermärkischen Landesregierung zeitgerecht für die Rechnungsabschlussarbeiten zu berichten.

Für alle EU-Kofinanzierungsmaßnahmen ist die Kontrolle des Landesrechnungshofes vorzubehalten.

Von der Landesbuchhaltung sind entsprechende Aufzeichnungen über die Inanspruchnahme des Deckungskredites zu führen.

Alle übrigen für die Abwicklung von Zahlungen geltenden Regelungen sind einzuhalten.

Achtens: Im Zusammenhang mit der finanziellen Abwicklung der Aufwendungen für das Steiermark-Büro in Brüssel wird zur Vermeidung eines unnötigen Verwaltungsaufwandes verfügt, dass im Rahmen der gegebenen Zuständigkeiten für den Personalaufwand (Rechtsabteilung 1) und den gesamten übrigen Aufwand (Europaabteilung) Vorschusszahlungen gegen nachträgliche Abrechnung und detaillierte Kreditbelastung geleistet werden können.

Neuntens: Im Sinne eines Beitrages zur Verbesserung des Maastricht-Ergebnisses gelten für sämtliche Investitionsprojekte im Beteiligungsbereich folgende Grundsätze:

Es ist anzustreben, die unabdingbar notwendigen Kosten durch den zumutbaren Einsatz von Eigenmitteln der Gesellschaft zu decken sowie durch die wirtschaftlich vertretbare Aufnahme von Fremdmitteln zu verringern.

Die Zuwendung der Landesmittel soll nach Möglichkeit in Form von Beteiligungen oder Darlehensgewährungen erfolgen, so dass diesbezügliche Ausgaben für das Maastricht-Defizit unwirksam sind.

Zehntens: Falls während der Haushaltsjahre 2001 und 2002 ein unabweisbarer Mehraufwand bei den Personalausgaben oder bei den Sachausgaben anfällt, der zu einem höheren Abgang in der ordentlichen Gebarung führen sollte und für dessen Bedeckung Mehreinnahmen oder Ausgabenersparungen nicht zur Verfügung stehen, ist dieser Mehraufwand durch Ausgabenrückstellungen in der ordentlichen Gebarung zu bedecken.

Die Ausgabenrückstellungen sind über Vorschlag des Landesfinanzreferenten von der Steiermärkischen Landesregierung festzusetzen. Darüber ist dem Landtag unverzüglich zu berichten.

Elfens: Die Steiermärkische Landesregierung wird ermächtigt, gegen nachträgliche Berichterstattung an den Steiermärkischen Landtag Ausfallsbürgschaften im Rahmen des Steiermärkischen Wirtschaftsförderungsgesetzes, weiters für Darlehen und Kredite, die an Gesellschaften gewährt werden, an denen das Land Steiermark beteiligt ist sowie Ausfallsbürgschaften für sonstige Investitionskredite im Ausmaß bis zu insgesamt 200 Millionen Schilling (2001) beziehungsweise 15 Millionen Euro (2002), für Letztere jedoch im Einzelfall aus diesem Betrag nicht über 10 Millionen Schilling (2001) beziehungsweise 750.000 Euro (2002) zu übernehmen.

Zwölftens: Das sechste Kreditsechstel der nach der finanzwirtschaftlichen Gliederung (sechste Dekade des Ansatzes) mit den Kennziffern 5 und 7 bezeichneten Ausgaben sowohl im ordentlichen als auch im außerordentlichen Haushalt wird bis zu einer ausdrücklichen, über Antrag des Landesfinanzreferates durch die Steiermärkische Landesregierung zu verfügenden Freigabe gesperrt.

13. Deckungsbestimmungen:

Als Gebarungszweig gemäß Paragraf 32 Absatz 2 des L-VG 1960 gilt der im Rahmen der funktionalen Gliederung nach der Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung durch dreistellig ausgezeichnete Überschriften bestimmte Haushaltsunterabschnitt.

Für alle Haushaltsunterabschnitte wird generell die gegenseitige Deckungsfähigkeit nach Maßgabe folgender Regelung festgelegt:

- a) Die gegenseitige Deckungsfähigkeit bezieht sich immer nur auf Voranschlagsstellen mit dem gleichen Bewirtschaftler.
- b) Überschreitungen von Ermessensausgaben zu Lasten von Pflichtausgaben sowie von Maastricht-wirksamen Ausgaben zu Lasten von Maastricht-unwirksamen Ausgaben sind unzulässig.
- c) Überplanmäßige oder außerplanmäßige Ausgaben gelten nach Maßgabe von Mehreinnahmen, die mit dieser Ausgabe in einem ursächlichen Zusammenhang stehen, als genehmigt.

Für die aus der Landesrundfunkabgabe dotierten Deckungskredite gilt die gegenseitige Deckungsfähigkeit über den Gesamtbereich des zuständigen Regierungsmitgliedes.

Soweit für Ausgaben auf Grund bestehender gesetzlicher oder rechtsverbindlicher Regelungen Einnahmen heranzuziehen sind, kann der Ausgabenvollzug nach Maßgabe der tatsächlich eingelangten Einnahmen erfolgen.

Bei Finanzierungs konkurrenzen darf der Landesanteil erst dann in Anspruch genommen werden, wenn die anderen Finanzierungsbeiträge nachweislich tatsächlich eingegangen oder rechtsverbindlich zugesichert worden sind.

14. Die Eröffnung neuer Ausgabe-Voranschlagsstellen darf nur im Einvernehmen mit dem Landesfinanzreferat erfolgen, das für die richtige Eingliederung nach der Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung zu sorgen hat.

Die Eröffnung neuer Einnahme-Voranschlagsstellen kann durch die Steiermärkische Landesbuchhaltung unter Berücksichtigung der Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung erfolgen.

15. Im Sinne des Paragraphen 15 Absatz 1 Ziffer 7 der VRV in der geltenden Fassung sind Abweichungen zwischen der Summe der vorgeschriebenen Beträge und den veranschlagten Beträgen im Ausmaß von mehr als 10 Prozent im Rechnungsabschluss zu erläutern, sofern die Abweichung im Jahr 2001 den Betrag von 400.000 Schilling und im Jahr 2002 den Betrag von 30.000 Euro übersteigt.

Diese Regelung gilt bei Einsparungen auf Ausgabe-Voranschlagsansätzen, welche der Sperre des sechsten Kreditsechstels unterliegen, bezüglich des den gesperrten Kreditteil übersteigenden Betrages.

Nicht präliminierte Einnahmen sind zu erläutern, sofern sie je Voranschlagsstelle im Jahr 2001 den Gesamtbetrag von 800.000 Schilling und im Jahr 2002 den Gesamtbetrag von 60.000 Euro überschreiten.

Im Namen des Finanz-Ausschusses werden nachstehende Anträge gestellt:

Der Landtag wolle beschließen:

Erstens: Die Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung über die Landesvoranschläge samt Systemisierungsplan der Kraftfahrzeuge und die Dienstpostenpläne für die Jahre 2001 und 2002, Einl.-Zahl 311/1, wird hinsichtlich des Landesvoranschlags 2001 genehmigt.

Zweitens: Die Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung über die Landesvoranschläge samt Systemisierungsplan der Kraftfahrzeuge und die Dienstpostenpläne für die Jahre 2001 und 2002, Einl.-Zahl 311/1, wird hinsichtlich des Landesvoranschlags 2002 genehmigt.

Ich stelle auch den Antrag auf Teilung der Debatte in eine Generaldebatte und in eine Spezialdebatte. Ich ersuche, diese Vorlage anzunehmen. Danke! (9.25 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung.

Sie haben, meine Damen und Herren, den Antrag gehört, die Beratungen in eine Generaldebatte und in eine Spezialdebatte zu teilen. Die Damen und Herren, die diesem Antrag die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Hinsichtlich der Redezeit verweise ich auf Paragraph 57 Absatz 1 GeoLT, wonach dem Generalredner jedes Landtagsklubs eine Redezeit von 40 Minuten zur Verfügung steht.

Ich eröffne die Generaldebatte. Zu Wort gemeldet hat sich Herr Klubobmann Abgeordneter Dr. Reinhold Lopatka. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Lopatka (9.27 Uhr): Sehr geehrte Frau Landeshauptmann, Herr Landtagspräsident, liebe Besucher und Besucherinnen im Sitzungssaal und erstmals kann ich auch sagen sehr geehrte Damen und Herren, die via Internet unsere Debatten verfolgen!

Es freut mich, dass ab heute unsere Landtagssitzungen auch im Internet, im O-Ton direkt und danach archiviert, nicht nur allen Steirerinnen und Steirern, sondern auch weltweit zugänglich sind. Umso mehr möchte ich die erste Budgetdebatte im neuen Jahrhundert dazu nützen, um von unserer Seite her aus der Sicht der steirischen Volkspartei eine grundsätzliche Standortbestimmung vorzunehmen. Wo stehen wir am Ende des 20. Jahrhunderts? Welche Chancen hat die Steiermark, die wir zu vertreten haben, im 21. Jahrhundert? Und welche Aufgaben können und sollen wir als Landesparlament erfüllen?

Der Rückblick auf das letzte Jahrhundert ist ja ein zwiespältiger. Es hat verschiedene, wenig ehrenvolle Bezeichnungen erhalten, vom „Jahrhundert der Barbarei“ bis zum „Jahrhundert der Obszönität“ ist da die Rede. Es war das Jahrhundert der größten Kriege in der Menschheitsgeschichte, unterbrochen von nur kurzen Zwischenräumen menschlicher Friedfertigkeit. Holocaust, ethnische Säuberungen und Vertreibungen zeigen ja die dunkle Seite der menschlichen Seele nur allzu deutlich.

Dennoch war es auch das Jahrhundert großer Errungenschaften, der medizinischen Durchbrüche, der Universalisierung der Menschenrechte und auch das Jahrhundert, wo erstmals eine Generation auf dieser Welt ist, die mit großer Wahrscheinlichkeit ein hohes Alter, ja oft ein sehr hohes Alter erreichen kann. Und es war auch das Jahrhundert der Bildungsexplosion. Rechtzeitig vor dem Jahrhundertwechsel ist Gott sei Dank der Kommunismus, das größte totalitäre System der Geschichte, zusammengebrochen. Und weil nach diesem Jahrhundert keine ernsthaften Gegenmodelle zur westlichen Demokratie und zur modernen Marktwirtschaft mehr bestehen, wurde bereits vom Ende der Geschichte gesprochen. Das „Jahrhundert der Extreme“, betitelt der Historiker Eric Hobsbawm, so treffend auf den Punkt gebracht, das 20. Jahrhundert.

Nun also stehen wir am Beginn des 21. Jahrhunderts. Vom „Zeitenbruch“ ist die Rede. Es ist auch die Rede davon, wo wir nicht genau wissen, brechen wir auf oder brechen wir zusammen?

Was über die Zukunft gesagt wird, hört sich nämlich auch sehr zwiespältig an.

Hier gibt es ungefähr die eine Sicht, die so lautet: „Die Industriegesellschaft gehört der Vergangenheit an. In der postindustriellen Gesellschaft wird der Computer die Grundlage einer neuen wissensbasierten Zivilisation. Diese Zukunftsgesellschaft ist verwissenschaftlicht. Sie besteht in allen Bereichen aus Netzwerken, insbesondere

auch aus virtuellen Unternehmungen. Die Märkte sind globalisiert, die Arbeitszeiten flexibilisiert, der Wohlstand wächst. E-Business, virtuelle Arbeit, virtuelle Schule, virtuelles Studium sind der Alltag. Höhere Qualifikationen sind erforderlich, lebenslanges Lernen ist unbedingt notwendig. Biotechnologie und Gentechnologie schaffen hier großartige Durchbrüche. Große transnationale Unternehmen beherrschen unsere Märkte. Und besonders Zukunftsgläubige fügen dann noch hinzu: Die Energieprobleme werden gelöst, nachhaltiges Wirtschaften wird realisiert, die Verkehrssysteme werden automatisiert, die Demokratie und somit auch die Menschenrechte erobern den gesamten Globus. Überhaupt wächst alles, alles wird besser, nur das Bevölkerungswachstum bremsen sich ein.“

Es gibt aber auch eine Kontrastsicht, die klingt dann ganz anders, die lautet ungefähr so: „Die Welt ist weder so schön noch so neu, wie manche glauben, in ihr kämpft der Großteil der Bewohner dieser Erde weiterhin gegen bitterste Armut, die Ungleichheiten zwischen den Ländern nehmen zu.“

Die Menschheit tut ihr Bestes, diesen Planeten ökologisch zu ruinieren und sie ist dabei ziemlich erfolgreich. Gerade heute am Jahrestag der atomaren Katastrophe von Tschernobyl werden wir daran erinnert. Wasserknappheiten, Tierseuchen wie BSE sind auch nicht unbedingt erfreuliche Sachen. Der Migrationsdruck aus diesen Armutsregionen nimmt natürlich zu und somit werden wir immer mehr zu einer abgeschlossenen Gesellschaft. Letztendlich wird dadurch dieser reiche Kontinent Europa zu einer befestigten Insel, der gegen die Armen dicht macht.“

Zwei Sichtweisen, die jeweils ihre Anhänger haben. Wir wissen aber, dass die wirkliche Welt sich irgendwo dazwischen abspielt und für unsere Generation und die Generation unserer Kinder und Kindeskinde sicherlich mehr Chancen geboten werden als jemals zuvor. Als Kraft der politischen Mitte bleiben wir nicht bei den Problemen stehen, sondern wir suchen vor allem die Chancen, die sich der Steiermark vor diesem Hintergrund eröffnen. Steiermark als modernen Wirtschaftsstandort mit hoch qualifizierten Arbeitskräften. Wir versuchen diese Chancen im größer werdenden Europa zu nützen. Und daher gehen wir durchaus optimistisch in diese erste Legislaturperiode des dritten Jahrtausends.

Das Vereinigte Europa der Staaten als transnationales Gebilde schreitet rasch voran, die EU-Erweiterung wird mit Übergangsfristen jedenfalls kommen und Österreich und die Steiermark werden davon profitieren. Der nationalstaatliche Charakter der Länder tritt damit zurück. Wir brauchen aber keine Angst zu haben, dass wir dabei unsere Geschichte und unser kulturelles Erbe verlieren. Das Europa der 15 wird so zu einem Europa der 27 und sicherlich in absehbarer Zeit mittelfristig zu Vereinigten Staaten von Europa, wo dann alle Staaten dieses Kontinents gemeinsam arbeiten werden. Rascher als es viele Ängstliche glauben wollen wird dann dieser Prozess auch abgeschlossen sein.

Diese Globalisierung weckt natürlich auch Gegenkräfte. Es gibt auch berechtigte Sorgen und Ängste. Dabei steigt natürlich auch die Wertschätzung für das Lokale und hier liegt dann die große Chance für uns in den Regionen und auch bei den Vertretungen der Regionen auch in den Vereinigten Staaten von Europa, wann immer es die geben wird, aber es wird sie geben, wird es Aufgaben geben, die wir auf regionaler Ebene besser lösen können, ob es um die Kultur-, die Spitals- oder die Sozialpolitik geht, regionale Lösungen bringen hier bessere Ergebnisse als zentralistische Regelungen, davon bin ich fest überzeugt. Diese Erkenntnis hat sich auch europaweit durchgesetzt. Spätestens seit Maastricht ist auch in Europa die Einsicht gewachsen, dass die Regionen entsprechend vertreten sein müssen. Was wir aber in diesem Europa noch brauchen und hier ist sicherlich ein Quantensprung notwendig, dass auch in diesem Europa mehr Demokratie möglich ist.

Ich bin sehr froh, dass unsere Frau Landeshauptmann die steirischen Interessen gerade im Ausschuss der Regionen so vehement vertritt, um auch hier die Steiermark bestmöglich zu positionieren und uns als Zukunftsregion Südost weit hineingehend in dieses Jahrhundert, das wir begonnen haben, als starke Region zu positionieren. (Beifall bei der ÖVP.)

Wir sagen daher Ja zu diesem europäischen Integrationsprozess. Was wir jedoch auch sehr deutlich sagen, wo wir in Europa für Reformen eintreten, um dieses Europa demokratischer zu machen, hoffen wir auch, dass diese Legislaturperiode die letzte ist, wo wir eine Proporzregierung haben und wir auch hier nicht die Möglichkeit haben, die Regierung frei bilden zu können. Wir wollen in Hinkunft eine freie Regierungsbildung, auch hier im Land Steiermark. (Beifall bei der ÖVP.)

Es darf hier keinen Stillstand geben. Und wenn wir einen Blick zurück machen am 16. April 1412 ist erstmals urkundlich – ja, es ist schon beinahe 600 Jahre her – die Einberufung eines Steiermärkischen Landtages verbürgt. Damals hieß es: „Landtage sind Geldtage!“ Die Abgeordneten damals hatten, was Gesetzgebungskompetenz betrifft, keinerlei Möglichkeiten, es ging ausschließlich ums Geld. Ein wenig haben sich die Schwerpunkte verschoben, aber letztendlich geht es gerade in diesen Tagen auch wiederum sehr ums Geld, wenn wir hier im Landtag zusammenkommen. Erst im 16. Jahrhundert sind dann bescheidene Gesetzgebungskompetenzen dazugekommen. Und es war am 26. Februar 1861, also vor 140 Jahren, als wir eine Reihe von Materien und die volle Gesetzgebungskompetenz bekommen haben. Seit damals arbeiten wir hier. Damals waren es 63 Abgeordnete und sie waren für eine sechsjährige Legislaturperiode bestellt. Diese Zahl der Abgeordneten ist dann sogar auf 87 angestiegen, das war 1909 so. In der Ersten Republik hat es dann Änderungen gegeben, zuerst 70, dann 56 und zuletzt 48 Abgeordnete. Die Zahl von 48 ist erst 1964 auf 56 erhöht worden. Warum erzähle ich das? Weil dieser Landtag, auch wenn es um Verfassungsmaterien gegangen ist, in der Vergangenheit reformfreudig war und es die Bereitschaft gegeben hat, hier Reformen mitzutragen. Daher lade ich neuerlich auch von dieser Stelle aus die SPÖ herzlich ein, endlich den Weg für Reformen frei zu machen, die leider ihr Parteivorsitzender Schachner-Blazizek mehr als zehn Jahre blockiert hat.

Wir brauchen tief greifende Reformen, die wir in unserem ersten Landtagsantrag, den wir in dieser Legislaturperiode eingebracht haben, auch festgeschrieben haben. Denn ich sage Ihnen eines, für mich ist es ein unwürdiges Spiel der SPÖ in der Regierung zu sitzen und gleichzeitig nur Oppositionspolitik zu betreiben. Das verdeutlicht ja so klar, diese Absurdität des Zwangsproporzsystems. Daher sagen wir, beenden wir dieses System. Wenn jemand Opposition sein will, dann soll er Opposition sein, aber die Annehmlichkeiten einer Regierungsfraktion zu haben und gleichzeitig nur Opposition zu machen, das ist für uns zu wenig. Ich sage Ihnen das ganz deutlich. Wir glauben, wir können es uns nicht leisten, wenn sich ein Drittel der Regierung von der Sachpolitik abmelden will. Wenn der Vorsitzende Ihrer Partei seit dem Wahltag die Arbeit hier im Hause einfach eingestellt hat, dann zeigt das ja sehr dramatisch, wie reformbedürftig dieses aus der Monarchie stammende System eigentlich ist. In neun Landtagssitzungen keinen einzigen Satz zu sagen, in den Ausschusssitzungen beharrlich die Mitarbeit verweigern, beim Finanz-Ausschuss, wo es immerhin um die Zukunft des Landes für die nächsten beiden Jahre gegangen ist, als einziges Regierungsmitglied wieder ganz demonstrativ nicht einmal eine Minute zu verlieren, um hier bei der Ausschusssitzung dabei zu sein, wo wir ernsthaft verhandelt haben, finde ich traurig und das nehmen wir sicherlich nicht stillschweigend hin. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.) Das sage ich Ihnen ganz deutlich. Sie können sich auch jetzt wieder demonstrativ abwenden, das ist aber nicht die Art, wie man mit Landtagsabgeordneten umgehen soll, das möchte ich Ihnen in Ihr Stammbuch geschrieben haben. Ich fordere Sie daher neuerlich auf, nehmen Sie die Arbeit wieder auf, beteiligen Sie sich an den Debatten über die Zukunft unserer Heimat, auch dann, sollten Sie sich bereits im Vorruhestand wähen. „Werden Sie wieder Herr des Verfahrens“, wie es SPÖ-Bundesvorsitzender Alfred Gusenbauer bei seinem Freundschaftsbesuch letzte Woche ja auch gefordert hat. Beteiligen Sie sich wieder an den Debatten. Wir erwarten uns von allen Regierungsmitgliedern, ob sie mit dem Wahlausgang vom 15. Oktober zufrieden sind oder nicht, dass sie arbeiten, denn dafür – wie Kollege Schrittwieser richtigerweise gestern festgestellt hat – werden wir ja auch bezahlt, er hat gemeint gut bezahlt. (Abg. Schrittwieser: „Ich bin nicht so gierig wie du!“) Bitte? (Abg. Schrittwieser: „Passt schon!“)

Mit der neuen Geschäftsordnung der Landesregierung und der von Landesrat Hermann Schützenhöfer geplanten Dienst- und Besoldungsreform sind zwar richtige Reformschritte für eine moderne und schlanke Verwaltung bereits eingeleitet, aber ich sage es Ihnen ganz offen, unserer Meinung nach ist das zu wenig, wenn wir nicht auch zu einer umfassenden Verfassungsreform kommen. Wir werden uns daher sehr bemühen, dass wir auch von anderen Fraktionen die Zustimmung bekommen und doch in sinnvolle Verhandlungen treten können. Vielleicht müssen wir noch etwas zuwarten, bis der Bremsklotz nicht mehr vorhanden ist.

Wir sehen uns als heimatverbundene Steiermarkpartei und als weltoffene Europapartei. Daher sagen wir ein klares Ja zu starken Ländern, aber auch zur Erweiterung und Vertiefung der Europäischen Union. Hier sehen wir keinen Widerspruch, sondern eine sinnvolle Aufgabenteilung.

Ein „Vereinigtes Europa“ braucht selbstverständlich eine einheitliche Verteidigungsdoktrin – dazu stehen wir –, aber auch genauso eine gemeinsame Währung, deren Münzen wir ja noch heuer in unseren Händen haben werden, denn in den westlichen Ländern und auch in Österreich hat sich ja deutlich die Marktorientierung der Wirtschaftspolitik in den letzten Jahren durchgesetzt. In Wirklichkeit wollen alle Menschen, und niemand kann es ihnen verübeln, auf diesem Erdball an dieser Wirtschaftsordnung teilhaben, deren Wohlstand schaffende Wirkung ja konkurrenzlos ist. Im Übereifer dieser Entstaatlichung aber darf es keinesfalls zu einer turbokapitalistischen Entwicklung kommen, wo soziale Absicherungen unverantwortlich reduziert werden. Die Steirische Volkspartei hat sich seit jeher hier für eine ausgewogene und ökologisch verantwortbare Marktwirtschaft stark gemacht. Dieser ökosoziale Weg hat hier in der Steiermark seinen Ausgang – die Namen Heinzinger und Riegler sind mit dieser politischen Konzeption untrennbar verbunden –, denn Innovations- und Wachstumsdynamik mit einem Leben in Menschenwürde für alle, das ist das Credo und das Ziel von Landeshauptmann Waltraud Klasnic, und nicht schrankenloses Konsumieren an 365 Tagen vielleicht 24 Stunden lang ohne Rücksicht auf Sonn- und Feiertage und das Familienleben zehntausender Handelsangestellter. (Beifall bei der ÖVP.)

Der Sonntag ist für mich – und ich nehme das Wort sehr selten in den Mund, aber hier an dieser Stelle tue ich es –, der Sonntag ist für mich als Christdemokraten auch aus grundsätzlichen Erwägungen ein besonderer Tag, der auch in einer hoch modernen, pluralistischen, arbeitsteiligen Gesellschaft seinen Platz haben muss. (Beifall bei der ÖVP.)

Für die Integration in die Gesellschaft hat der Sozialstaat gesorgt, der nun eigentlich der Streitpunkt in der öffentlichen Debatte ist. Das Gerede über den Sozialstaat ist ja von einseitigen Polarisierungen gekennzeichnet. Da gibt es die einen, für die jeder Sozialhilfeempfänger ein geldgieriger Faulpelz in der berühmten sozialen Hängematte ist. Da gibt es die anderen, die meinen jeder, der auf einen Missbrauch von Transferzahlungen hinweist, blase schon zur großen Attacke auf den Wohlfahrtsstaat. Jeder aber, der nicht mit bewusst fest zugekniffenen Augen durch die Welt geht, weiß, dass die Konzeption der Sozialpolitik, wie sie die SPÖ vertritt, eine ist, die keinesfalls Reformbereitschaft aufzeigt und auch nicht allgemein gültige Grundsätze von Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit in den Vordergrund rückt. Das gilt auch für die steirische SPÖ. Und ich möchte es an drei konkreten Beispielen festmachen:

Erstes Beispiel: Trotz klarer Kritik vom Landesrechnungshof will die SPÖ an der aufgeblähten Zentralverwaltung in der Landessozialpolitik festhalten. Die Einrichtung einer Fachabteilung für Sozialwesen neben der Rechtsabteilung hat eines ganz sicher gebracht: jährlich zweistellige Millionenbeträge an zusätzlichen Personalkosten. Interne Berichte zeigen, dass sich die Rechts- und Fachabteilung vor allem gegenseitig beschäftigen. Es gibt Beispiele im Bereich der Alten- und Pflegeheime, die selbst in „Schilda“ für Furore gesorgt hätten. Weniger gegenseitige Beschäftigung gibt es dann, wenn die Bediensteten der Fachabteilung wieder eine der zahlreichen

Reisen im In- und Ausland unternehmen, weil dann sind sie ja nachher erholungsbedürftig und können dann tagelang auf Zeitausgleich gehen, was es in anderen Abteilungen nicht gibt. Zustände wie in der MA 2412 gibt es nur in der Fachabteilung für Sozialwesen. Landesrat Dr. Kurt Flecker – ein halbes Jahr im Amt – lässt hier keinerlei Reformwillen erkennen und schaut so zu, wenn Millionen vergeudet werden.

Zweites Beispiel: Freie Träger, die soziale Dienste anbieten, werden völlig unterschiedlich behandelt. So bekommt ein Träger, der ein Liebling der Sozialdemokraten ist, für einen Behinderten im Jahr mehr als eine Million Schilling an Landesgeldern. Ein anderer Träger muss mit der Hälfte sein Auslangen finden. Ist das sozial, wenn ein Träger im Monat 86.000 Schilling für einen Behinderten bekommt, der andere, der auch diese Leistung anbietet, nur 35.000 Schilling? Wäre hier nicht der Soziallandesrat massiv gefordert, soziale Gerechtigkeit zu schaffen und auch so Millionen einzusparen? (Beifall bei der ÖVP.)

Drittes Beispiel: Auch wir sind für Erziehungshilfe. Wir sind jedoch dagegen, dass ein Erziehungshelfer für einen Nebenjob als Erziehungshelfer, nur weil er der roten Stadträtin Tatjana Kaltenbeck ins Konzept passt, mehr als eine Million Schilling pro Jahr kassieren kann und der zuständige Soziallandesrat – „prominentestes Mitglied im Komitee Tatjana“, wie ich in der „Neuen Zeit“ gelesen habe – dabei zuschaut. Millionen werden derartig ungerechtfertigt ausgegeben.

Drei Beispiele, denen ich noch ein Dutzend anfügen könnte, die alle eines gemeinsam haben: Es werden Millionen verschleudert werden, ohne dass ein Sozialbedürftiger, ein Behinderter oder ein gefährdeter Jugendlicher davon profitiert. Wer sind die Profiteure? Das sind Günstlinge dieser von der SPÖ geschaffenen Strukturen und Systeme, ob als Beamte, als Trägerorganisationen oder als Einzelpersonen, die fürstlich entlohnt werden. Dutzende Millionen des 4-Milliarden-Sozialbudgets gehen so verloren. Wir sind der Auffassung, dass ausufernde Versorgungssysteme, wo nicht die Betroffenen das Geld bekommen sollten, die Nutznießer sind, dass solche Systeme, wo bei den Falschen das Geld hängen bleibt, rückgebaut werden müssen, meine Damen und Herren. (Beifall bei der ÖVP.)

Das ist keine Demontage des Sozialstaates, wenn wir diesen Zuständen im Sozialressort den Kampf ansagen! Die Zeiten, als Geldausgeben per se, Herr Landesrat Hofrat Dr. Kurt Flecker, ein Erfolgswort war, diese Zeiten sind vorbei, das sage ich Ihnen. Wir brauchen andere Leistungsbilanzen unserer Regierungsmitglieder. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

Und ich sage Ihnen eines auch sehr deutlich: Der erfolgreichste SPÖ-Politiker des letzten Jahrzehnts, Michael Häupl, sagte nach seinem Wahlsieg: „Wien wird darstellen“ – (Abg. Stöhrmann: „Das haben wir schon gehört!“) man kann es euch nicht oft genug sagen, an Häupl könnt ihr euch ein Beispiel nehmen, Häupl könnte für die steirische Sozialdemokratie ein Beispiel sein.

„Wien wird darstellen, dass man die angestrebten Stabilitätskriterien erfüllen und trotzdem alle wichtigen Politikbereiche finanzieren kann. Wir bekennen uns zu den eingegangenen internationalen Verpflichtungen, insbesondere auf Grund des EU-Beitritts. Da gibt es kein Herumreden!“ Zitat Ende. Diese gesamt- und staatspolitische Verantwortung fehlt den steirischen Sozialdemokraten, meine Damen und Herren! Das ist der große Unterschied. Das ist Ihnen fremd, so Politik zu sehen. (Beifall bei der ÖVP.)

Wir wollen den Stillstand in der Sozialpolitik überwinden und setzen uns daher gerne mit jenen auseinander, die jeden Umbau in unserem Sozialsystemen sofort als Sozialabbau abstempeln. „Das Beharren auf überkommenen Strukturen ist vielfach unsozialer als mutige Reformschritte und auch -schnitte“, wie es Landesrat Hermann Schützenhöfer kürzlich formuliert hat. So wollen wir an diese Auseinandersetzung herangehen.

Wir treten daher auch aus tiefer Überzeugung für den Mindestlohn von 1000 Euro brutto ein und wir greifen auch gerne die Idee von Caritaspräsidenten Franz Küberl auf, gemeinsam ein soziales Leitbild für die Steiermark zu erstellen. Wir sind hier mit der steirischen Sozialcharta in unserer Arbeit eigentlich schon sehr weit. Und wir hoffen, dass wir hier auch mit Caritas und anderen Trägern unseren Beitrag leisten können, um bei dieser wichtigen Aufgabe zu Fortschritten zu kommen. Denn das, was wir in der Steiermark haben, ist kein Fortschritt. Das ist Beharren auf Strukturen, die nicht immer die besten sind, sage ich Ihnen. (Beifall bei der ÖVP.)

Arbeit und Wohnen sind zwei unserer wichtigsten Anliegen, denn der soziale Wohnbau ist eine der ganz großen Errungenschaften gerade der letzten Jahre. Wenn man weiß, wie früher Kinder und Familien hausen mussten, kann man sich über die Fortschritte im Bereich der Wohnraumversorgung nur freuen. Wir waren daher bemüht, dass keine Wohnbaugelder zur Budgetsanierung herangezogen werden müssen. Für 2001 und 2002 ist das gelungen. Allerdings schaffen die Anpassungserfordernisse, die sich aus den geforderten Maastricht-Kriterien, aus der Maastricht-Konformität ergeben, ohnehin Probleme. Aber mit 5,3 Milliarden Schilling hat das Wohnbaubudget wieder jenen Ausgabenrahmen des Jahres 2000.

Mit ruhigem Gewissen sage ich daher, dass wir sowohl im Sozial- als auch im Wohnbaubudget eine gute finanzielle Basis für die anstehenden Aufgaben haben.

Leider reichte das soziale Gewissen der SPÖ vielleicht gerade bis zum nächsten Wahltag. Wir wollen aber, dass für unsere Kindeskiner auch etwas übrig bleibt. Und sofern man nicht mit der „reaktionären Vorstellung“ von Familie und Kindern überhaupt grundsätzliche Schwierigkeiten hat, wie der SPÖ-Vorsitzende Alfred Gusenbauer, der kürzlich im Parlament Gelder für Kinder und Familien in eine generelle Steuersenkung ummünzen wollte, wird man sich wohl unserer Meinung anschließen können.

Im Vorspann zur Titelgeschichte vom „Spiegel“ vom 9. April 2001 war zu lesen: „Wer Kinder kriegt, zahlt drauf. Das verstößt gegen die Verfassung. Das Karlsruher Urteil zur Pflegeversicherung verlangt einen grundlegenden Wandel in der Familienpolitik. Erziehungsarbeit muss belohnt werden – auch damit der Bevölkerungsschwund gebremst wird.“

Wenn sich die deutschen Verfassungsrichter und der zweifelsohne linksliberale „Spiegel“ ernste Sorgen wegen der Kinderarmut machen und auch in der angesehenen Hamburger „Zeit“ Altbundeskanzler Helmut Schmid, Sozialdemokrat, jüngst ein beherztes Plädoyer „für eine Politik für mehr Kinder“ abgegeben hat, sind auch wir gefordert. Ich sage Ihnen, ich bin daher froh, dass das Kindergeld hier als eine Maßnahme in Österreich eingeführt wird, denn auch die Steiermark braucht Familien, die wieder Ja zu Kindern sagen können. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

Kinderfreundlichkeit ist allerdings nicht nur eine Sache des Geldes, sonst müssten ja in Notzeiten weniger Kinder geboren werden als in Wohlstandszeiten. Bevölkerungsrückgang ist aber das Kennzeichen reicher Gesellschaften. Der ehemalige deutsche Arbeits- und Sozialminister Norbert Blüm hat am 10. April in der „Frankfurter Allgemeinen“ dazu festgehalten und das ist für unsere Gesellschaft für mich so bezeichnend, daher möchte ich das zitieren: „Wenn im Zeitalter des Homo oeconomicus der Mensch zur pausenlosen Kosten-Nutzen-Analyse animiert wird, das Leben nur eine fortgesetzte Kalkulation von Vor- und Nachteilen wird, haben es Kinder schwer. Kinder engen die Optionsmöglichkeiten der Eltern ein, durchbrechen aber das Ende des individuellen Lebenslaufs, weil Eltern in ihren Kindern weiterleben. Nur schwer lässt sich Optionsbeschränkung mit Horizonsweiterung gegenrechnen. Kinder sind eine Form der Transzendenz, die den individuellen Lebenskreis durchbricht.“ Und er meinte weiters: „Kinder erscheinen in der egozentrischen Gesellschaft als eine Art Unfall, für die der Staat Schadenersatz leisten soll. Kinder sind jedoch nicht nur eine monetäre Größe und deshalb auch nicht nur eine finanzielle Last, sondern eine Lust, die mit Geld nicht zu bezahlen ist.“ Dem habe ich nichts hinzuzufügen. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

Wir brauchen funktionierende Familien und viele kleine soziale Netze. Die meisten Menschen können zwar mit den Begriffen Kommunitarismus, Bürgergesellschaft oder Zivilgesellschaft eigentlich nichts anfangen, das ist etwas Abstraktes, aber wenn es um das Konkrete geht, dann können die Menschen sehr wohl etwas damit anfangen. Ob es um die freiwillige Feuerwehr geht, um Rettungsdienste, um Gesangsvereine, um Pflegedienste, um Dorferneuerung, um Blasmusikvereine, Umweltgruppen, Sport- und Freizeitklubs, alle leben vom unbezahlten Engagement. Und daher ist es ein besonderer Schwerpunkt unserer Frau Landeshauptmann dieses Engagement nicht nur zu fordern, sondern auch zu fördern. Sie war ja selbst in diesem Bereich jahrzehntelang tätig. Ehrenamtliche Tätigkeit und Maßnahmen und das große Ziel die Steiermark zur sichersten Region Europas zu machen, das sind ihre Herzensanliegen und daher hat sie auch den „Tag des Ehrenamtes“ in der Steiermark eingeführt, um auch so jene vor den Vorhang zu holen, die oft über Jahrzehnte ehrenamtlich Enormes für unsere Gesellschaft leisten. (Beifall bei der ÖVP.)

Man darf sich von diesen Gruppen nicht die große sozialpolitische Entlastung erwarten, das sicher nicht. Für den Wohlfahrtsstaat gibt es dadurch keinen Ersatz, aber es ist eine Ergänzung und vor allem, was so wichtig ist, eine Vermenschlichung, die wir unbedingt in diesem Bereich brauchen.

Wie im Sozialbereich, so ist auch in der Gesundheits- und Spitalpolitik für uns eines klar: Hohe Standards sind zu halten. Ich bin froh hier sagen zu können, dass die Krankenanstaltenfinanzierung gesichert ist. In den letzten fünf Jahren wurden 18 Milliarden an Landesmitteln überwiesen, in den nächsten vier Jahren sind es jährlich 4,8 Milliarden, die zur Verfügung stehen. Das heißt, von 3,6 Milliarden pro Jahr eine Steigerung auf 4, 8 Milliarden, das sind um 25 Prozent mehr. Ich möchte das sehr deutlich sagen.

Die 1994 im Steiermärkischen Landtag abgegebene und diesen Montag in der Regierung bekräftigte Standortgarantie für alle Spitäler gilt! Kein Spital wird geschlossen, liebe Genossen! (Beifall bei der ÖVP.) Ich möchte Ihnen das sehr deutlich sagen. Verunsichern Sie niemanden, wir sind selbstverständlich aus tiefster Überzeugung dafür, dass diese hohen Standards, die wir auf dem Spitalsektor haben und diese großen Investitionen, die hier getätigt worden sind, auch in Zukunft möglich sind. Und ich sage Ihnen auch eines sehr deutlich, wenn in diesem Spitalbereich in den letzten zehn Jahren eine Kostensteigerung von 170 Prozent und im Sozialbereich von 264 Prozent gegeben war, so müssen wir natürlich auch bei den zuständigen Landesräten eines erbitten, dass sie sich auch für die Finanzen verantwortlich fühlen und sich nicht so verhalten wie im Finanz-Ausschuss. Denn dort war es nämlich so, wenn es dann um die Finanzierung dieser Bereiche gegangen ist, haben sie sich nicht zuständig gefühlt und dann war plötzlich der Finanzlandesrat der einzig Zuständige. Es wird in den nächsten Jahren für uns nicht leicht werden als Landtag, ohne die Unterstützung der zuständigen Landesräte hier notwendige Reformen umzusetzen. Aber wir werden diese Reformen angehen müssen, ob mit oder ohne Unterstützung der zuständigen Landesräte. Wir werden sehen, ob sie hier in diesem Bereich ihre Mitarbeit verweigern oder bereit sind, hier in die Arbeit einzusteigen. Hoher Mitteleinsatz im Sozial- und Gesundheitsressort, er ist genauso gerechtfertigt wie im Bereich des Umwelt- und Agrarressorts. Hier gehen ja oft die Aufgaben Hand in Hand.

Um das Kyoto-Ziel bei den CO₂-Emissionen zu erreichen, kann die Landwirtschaft wertvolle Beiträge durch die Biomasseproduktion liefern. Hier denken wir, wie in allen Politikbereichen, vernetzt und nachhaltig. Aber vorrangiges Ziel unserer Agrarpolitik ist jedoch, jene Rahmenbedingungen zu schaffen, um auch weiterhin Lebensmittel von höchster Qualität produzieren zu können. Dass Österreich BSE-frei ist, dass die dörflich-ländliche Kulturlandschaft noch weite Räume der Steiermark prägt, das sind herzeigbare Erfolge. Landesrat Erich Pörtl, oft gar nicht laut, aber mit großer Beharrlichkeit, steht für diese Politik und findet hier unsere vollste Unterstützung! (Beifall bei der ÖVP.)

Weil hier auch Schüler aus dem landwirtschaftlichen Schulbereich, das ist der entscheidende Punkt für mich überhaupt für alle Bereiche, wie wir für die Jugend ein entsprechendes Rüstzeug schaffen können, dass sie – in der Landwirtschaft ist das keine leichte Aufgabenstellung – mit den Aufgaben fertig werden, die auf sie zukommen. Denn Wissen wird in allen Bereichen in Zukunft der wichtigste Produktionsfaktor sein und Forschung ist hier die Turbotriebkraft, die wir unbedingt brauchen. Wir haben hier ein umfassendes Paket für unsere Kinder und Jugendlichen. Frau Landeshauptmann im musischen Bereich, der neben EDV und diesem technischen Bereich nie vergessen werden darf, wie wichtig auch musische und sportliche Belange sind, für Musik und Wissenschaft. Landesrat Schützenhöfer als Jugend- und Schulleiter, Erich Pörtl, wie schon erwähnt, für die landwirtschaftlichen Schulen und Gerhard Hirschmann für einen für die Jugend sehr wichtigen Bereich, denn die Jugend hat ihre eigene Kultur und der Sport hat innerhalb der Jugend sicherlich einen sehr, sehr hohen Stellenwert. Hier haben wir ein breit gefächertes Paket für unsere Kinder und Jugendlichen, um sie auf dieses neue Jahrhundert vorzubereiten.

Dieses neue Jahrhundert, das wir begonnen haben, ist das Jahrhundert der Vernetzung in allen Bereichen. Die Welt wird zu einer riesigen Computerkugel werden. So wie die Dampfmaschine seinerzeit eine neue Gesellschaft geschaffen hat, so wird auch der Computer eine neue Weltgesellschaft hervorbringen. Und wer seine Kinder genau beobachtet, merkt das ja sehr deutlich, der Computer wird alle Lebensbereiche prägen. In absehbarer Zeit wird dann nur noch von E-Business in allen Bereichen die Rede sein, ob das Klein- oder Mittelbetriebe sind, ob das die Verwaltung ist, ob das auch wir in unserer politischen Arbeit sind. Ohne das berühmte Netz wird niemand auskommen. Landesrat Herbert Paiarl ist hier zu dieser Zeit genau der Richtige für diesen Bereich, weil er frühzeitig erkannt hat, dass hier auch die Schwerpunkte in der steirischen Wirtschaftspolitik zu setzen sind. Ich bin daher sehr froh, dass die Steiermark hier federführend ist. Aber nicht nur im Bereich, was dieses E-Business betrifft, sondern überhaupt, dass sich die Steiermark trotz der Unkenrufe, die wir gestern wieder von sozialistischer Seite gehört haben, wirtschaftspolitisch in eine gute Richtung entwickelt. Klubobmann Schrittwieser, wenn du mir schon vielleicht nicht glaubst, aber dann hoffe ich, dass du dem Chef des AMS Steiermark, Hans Kaiser, Glauben schenkst, denn er ist ein Experte, der nur deswegen dort sitzt, weil er euer Vertrauen hat, sonst würde er ja nicht Chef des AMS sein, wenn er sagt, die geringste Arbeitslosigkeit seit 1990, um rund 10.000 Arbeitslose weniger als in den neunziger Jahren – das ist die erfreuliche Arbeitsmarktsituation in der Steiermark –, dann können wir uns darüber freuen. Ein Beschäftigungszuwachs von 35.000 Arbeitsplätzen in zehn Jahren, das kann sich sehen lassen. (Beifall bei der ÖVP.) Und egal, was Sie nachher sagen werden, das wissen die Menschen in unserem Land!

Dort, wo wir noch etwas für die Wirtschaft brauchen, nämlich an Infrastruktur, wie beim Semmeringbasistunnel oder bei der Koralmbahn, werden wir uns sehr dafür einsetzen, um auch dieses Grundnetz zu schaffen. Aber wir werden außerhalb der Steiermark, ob das der Automobilcluster ist, ob das viele andere Bereiche sind, ob unserer wirtschaftlichen Erfolge sehr, sehr positiv gesehen.

Ich sage Ihnen daher, wir sind auch das einzige Bundesland mit steigenden Tourismuszahlen seit 1997. Die Eventstrategie von Landesrat Gerhard Hirschmann zeitigt schöne Erfolge. Die neue „Trägerrakete“ soll für uns die „Kulturhauptstadt 2003“ werden. Wir haben hier eine Reihe von Positivprojekten – das boomende Thermenland, die positive Entwicklung in der Dachstein-Tauern-Region, die Kulturhauptstadt, die Formel I am A1-Ring, die Snowboard-WM in Murau, um einige wenige Beispiele zu nennen. Das alles lässt uns optimistisch in die Zukunft blicken.

Ich bin mir sicher, dass Landesrat Gerhard Hirschmann auch in der Kulturpolitik, wo wir froh sind, dass wir nach langer Zeit wieder die Verantwortung für die Kulturpolitik haben, denn wir sind immer für ein Klima von Liberalität und Offenheit im Kulturbereich gestanden, dass wir mit Gerhard Hirschmann hier einen Politiker haben, der wieder die Verantwortung dafür trägt, der auch den notwendigen Mut und Weitblick für diesen nicht einfachen Kulturbereich hat. (Beifall bei der ÖVP.)

Wir arbeiten dafür, dass in Zukunft kulturelle, sportliche und wirtschaftliche Erfolge es sein sollen, die das Bild der Steiermark in Österreich und in Europa in den nächsten Jahren prägen. Dafür werden wir in den nächsten Jahren unsere Arbeit leisten! (Beifall bei der ÖVP.)

Denn das, was Landeshauptmann Waltraud Klasnic und Landesrat Herbert Paiarl in der Wirtschafts- und Arbeitsplatzpolitik bereits geschafft haben, wollen wir nach 55 Jahren SPÖ-Finanzreferenten auch in der Finanz- und Budgetpolitik umsetzen: Schritt für Schritt die jährliche Zinsenlast von 700 Millionen Schilling abzubauen und nicht – und das ist unsere Hauptaussage – mehr ausgeben als wir einnehmen. Das soll unsere Finanz- und Budgetpolitik in den nächsten Jahren sein. (Beifall bei der ÖVP.)

Mit den Budgets 2001/2002 wird eine neue Ära der steirischen Finanz- und Budgetpolitik eingeleitet, um unsere vielfältigen Aufgaben mittel- und langfristig finanziell abzusichern und so die Steiermark auf Erfolgskurs zu halten! Wir wollen fünf Jahre hart arbeiten, viel laufen und bei den Menschen unterwegs sein, um uns dann nach fünf Jahren wieder dem Urteil der Steirerinnen und Steirer zu stellen.

Daher ein klares Ja zu den Voranschlägen für 2001 und 2002. Das ist die erste wichtige Entscheidung in der neuen Legislaturperiode. Wir treffen sie aus tiefer Überzeugung, wenn wir Ja sagen zu diesen beiden Budgets. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 10.04 Uhr.)

Präsident: Ich freue mich über die korrekte Einhaltung der Redezeit und erteile dem Herrn Klubobmann Abgeordneten Siegi Schrittwieser das Wort.

Abg. Schrittwieser (10.05 Uhr): Meine sehr verehrten Damen und Herren, sehr geehrter Herr Präsident!

Wenn ich mir die Budgetrede des Kollegen Lopatka so angehört habe, dann kann ich nur eine Feststellung machen: Das war eine Belangsendung ohne Inhalte, ohne Visionen, so wie das Budget, meine Damen und Herren, das Sie hier auf den Tisch gelegt haben. (Beifall bei der SPÖ.)

Liebe Damen und Herren, auch ich freue mich, dass diese Landtagssitzung, diese Budgetdebatte im Internet übertragen wird. Es war letztendlich gemeinsamer politischer Wille aller Fraktionen, dass wir gemeint haben, wir sollten uns dieser neuen Technologie bedienen. Und wenn das heute das erste Mal stattfindet, so ist das auch eine gute Gelegenheit, der Öffentlichkeit über das Haus hinaus zu zeigen, welche politischen Unterschiede es in diesem Haus gibt, welche soziale Härte, welches Budget ohne Visionen Sie vorlegen. Denn ich glaube, es ist sehr wichtig, dass das nicht nur wir im Haus wissen, sondern dass heute bereits zu Mittag jeder Bescheid weiß, das ist eine blau-schwarze Koalition, die keine Visionen hat, die soziale Kälte als politischen Inhalt gemacht hat und die Fortentwicklung der Steiermark absolut nichts damit zu tun hat (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögg: „Das könnte vom Cap kommen!“), meine Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.)

Diese Feststellung möchte ich hier treffen.

Und als du, Kollege Lopatka, bemerkt hast, dass uns die Frau Landeshauptmann im Ausschuss der Regionen vertritt, so habe ich das durchaus als gefährliche Drohung empfunden, denn wenn sie nämlich im Ausschuss der Regionen so erfolgreich ist wie bei ihren vielen Besuchen in Wien, wo sie mit leeren Händen nach Hause kommt, dann bleiben wir nicht nur in der Steiermark, sondern auch in Europa über (Landesrat Dr. Hirschmann: „Sehr witzig!“) und das wünschen wir uns nicht, meine Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ. – Landesrat Dr. Hirschmann: „Tosender Applaus der SPÖ!“)

Und wenn du, Kollege Lopatka, gemeint hast, dass der Landeshauptmann Häupl ein hervorragender Landeshauptmann ist, dann kann ich dir nur zustimmen, denn er ist nämlich ein Landeshauptmann, wo für sein Bundesland aus der Bundesregierung etwas herauskommt. Die Frau Landeshauptmann fährt jedes Mal mit leeren Händen nach Hause. Und da unterscheiden wir uns, meine Damen und Herren. Und da unterscheidet sie sich vor allem von Landeshauptmann Häupl. Er hat für diese Stadt Wien und für dieses Bundesland eine Weiterentwicklung erreicht, die sich sehen lassen kann in Europa. Bei uns kann man das, lieber Freund Klubobmannstellvertreter, ich verstehe dich, du musst die Frau Landeshauptmann verteidigen, Tatsache ist, dass das bei uns nicht feststellbar ist.

Wenn der Kollege Lopatka gemeint hat, dass der Landesrat Flecker, der mit sehr viel Engagement und Weitblick, aber vor allem Menschlichkeit und Sensibilität, die bei diesem Budget nicht sichtbar ist, in seinem Sozialressort für sozial Schwächere, denen es schlechter geht als uns oder vielen anderen, eintritt und du das als Verschleudern von Steuermillionen bezeichnest, lieber Kollege Lopatka, da unterscheiden wir uns tatsächlich, denn der Kollege Flecker tritt für sozial Schwächere, Ärmere ein und ihr schickt 3,5 Milliarden nach Wien, und wenn wir sie nicht zahlen können, werden sie uns noch abgezogenen als Strafzahlung. Diesen Unterschied und diesen Vergleich können wir jedes Mal eingehen, meine sehr verehrten Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.)

Und wenn du noch gemeint hast, dass der Landeshauptmann Schachner nicht im Ausschuss war, dann sage ich dir, dass Landeshauptmann Schachner immer, wenn er nicht gerade bei Sitzungen im Ausschuss oder in diesem Haus ist (Abg. Kasic: „Da ist er nie!“), im Land unterwegs ist und vieles für dieses Bundesland und die Menschen dieses Landes erreicht hat. Das unterscheidet ihn ja so sehr von der Frau Landeshauptmann! (Beifall bei der SPÖ.)

Die Frau Landeshauptmann war zwar im Ausschuss, das ist richtig, aber wisst ihr, was die Hauptaufgabe von ihr war? Ich komme noch zum Miteinander. Als es im Ausschuss darum gegangen ist, eine Verschlechterung in der Wohnbauförderung zu verhindern oder noch einmal darüber zu reden, weil der Kollege Majcen einen Änderungsantrag eingebracht hat, den wir uns ansehen wollten und der Kollege Majcen dann schon zugestimmt hat, dass wir einen Unterausschuss einschieben und vor dem nächsten Landtag noch einen Ausschuss durchführen und auch zum selben Termin am 8. Mai das zu beschließen, war das Einzige, was in diesen Ausschusssitzungen die Frau Landeshauptmann als Erstes macht und in der Früh gesagt hat: „Warum diskutiert ihr das so lange, beschließt es einfach, fahrt's drüber!“ (Abg. Dr. Lopatka: „Hör auf mit dieser Unwahrheit!“) Das ist das wahre Gesicht der Frau Landeshauptmann, meine Damen und Herren. (Abg. Dr. Lopatka: „Das ist nicht ihre Sprache!“ – Beifall bei der SPÖ.)

Und das muss die Öffentlichkeit wissen. Diese zweischneidige Politik, wo Reden und Handeln absolut etwas anderes sind, das muss in das Bewusstsein der Steirerinnen und Steirer hineinkommen.

Und wir werden alles tun, dass das auch passiert, meine Damen und Herren. Via Internet werden das heute noch viele erfahren, weil dieses Budget, meine Damen und Herren, ist ein Trauerspiel, das auf den Tisch gelegt wurde.

Aber, meine Damen und Herren – (Unverständliche Zwischenrufe.)

Ich verstehe das alles, Kollege Tasch, dass ihr euch aufregt, weil die Wahrheit wollt ihr nicht wissen (Landesrat Dr. Hirschmann: „Die Leute wissen, was wahr ist!“), weil wenn ihr nämlich über die Wahrheit geredet hättet, wenn der Kollege Lopatka nämlich über die Wahrheit geredet hätte, hätte er über das Budget geredet. Er hat aber über alles andere geredet. Er hat uns Geschichteunterricht gegeben, das lesen wir im Internet nach, da brauchen wir den Kollegen Lopatka nicht, aber über das Budget hat er überhaupt nichts gesagt. Das möchte ich hier nur festgestellt haben.

Seit Schwarz-Blau, meine Damen und Herren – ich bin eigentlich froh, dass sichtbar wird, dass Reden und Handeln ein Unterschied sind –, ist die Konsenspolitik auch im Bund so wie hier im Land in den Hintergrund getreten und ihr tut alles dazu, um eine Konfliktdemokratie in den Vordergrund zu stellen. (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Unglaublich!“) Wenn ihr diese Auseinandersetzung wollt, wenn es um die Interessen der Leute geht, dann könnt ihr diese haben. Früher hat die Regierung mit den Sozialpartnern, mit den Betroffenen diskutiert, heute wird alles (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Es wird alles umgesetzt!“), meine Damen und Herren, von oben herab diktiert. Und in erster Linie ist diese radikale Umverteilung von unten nach oben, von den sozial Schwächeren zu den Reichen, das Ergebnis Ihrer Politik. Die sozial Schwächeren, die Kranken, die Alten sind die Betroffenen. Ihr verteilt zu den Reichen, zu den Prinzhorns, zu den Bartensteins, zu den Grassers und zu den Haiders.

Wenn euch diese ernste Sache, Herr Landesrat und auch Frau Landeshauptmann, zum Lachen ist, dann ist das eure Angelegenheit. Wir sagen, dieses Budget, diese Politik trifft die Schwächsten unserer Gesellschaft und dazu gibt es nichts zu lachen, meine Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.)

Wenn ich von Steuer- und Gebührenerhöhung rede, meine Damen und Herren, dann sind es die, die ich genannt habe, die es als Erste trifft. Unsoziale Änderungen bei den Pensionen, Besteuerung der Unfallrenten – Leute, die schon Pech gehabt haben, weil sie einen Unfall gehabt haben, dass man ihnen noch etwas wegnimmt –, Teuerung im Gesundheitsbereich, dass man Angst haben muss, wenn man krank wird, wenn man nicht zu den Gesegneten dieser Gesellschaft gehört, Verscherbeln des Familiensilbers, wie es Landesrat Paierl will und vor allem sozialer und bildungspolitischer Kahlschlag, meine Damen und Herren.

Der letzte Punkt ist einer der wesentlichsten Punkte in unserer Gesellschaft. Bildungspolitik ist ganz entscheidend für die Entwicklung unserer Zukunft und Sozialpolitik, das ist ja bekannt, ist ein Anliegen der Sozialdemokratie und war es noch nie von Schwarz-Blau.

Auf der anderen Seite verschont Schwarz-Blau – und das ist deutlich sichtbar – die Großgrundbesitzer, die Industriellen, die Agrarmultis und die Pharmaunternehmer. (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Klassenkampf! Ich habe geglaubt, der Klassenkampf ist vorbei!“) Ich weiß schon, meine Damen und Herren, warum das so ist. Die sitzen alle in der Bundesregierung und richten es sich seit 15 Monaten ungeniert. Alles das, was für sie und für ihre Anhäufung von noch mehr Werten und noch mehr Reichtum (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Den Androsch hast du vergessen!“) gut ist, machen sie und die anderen Dinge sind ihnen egal. Wir wissen alle, dass wir sparsam wirtschaften müssen. Wir wissen, dass man mit dem Schilling sorgsam umgehen muss. Aber Politik ist eine Frage der Gestaltung, Politik ist eine Frage des politischen Willens, weil die Gruppe, die ich von euch vorhin genannt habe, die braucht diese Politik nicht für die Grundbedürfnisse, die braucht die Politik, um sich ihre Besitzungen anzuhäufen. Aber die, die Grundbedürfnisse haben, Sorgen und Existenzängste haben, die brauchen Politik und das ist Sozialpolitik und die müssen wir gestalten und die können wir nicht nur auf einem Papier aufschreiben und aufzeichnen, sondern hier muss das auch wirksam werden, dass die Existenzängste von vielen Betroffenen hintangehalten werden. Und das, meine Damen und Herren, unterscheidet uns von Schwarz-Blau und darauf bin ich durchaus stolz. (Beifall bei der SPÖ.)

Nach der Jahreszeit ist es so, das können wir jetzt täglich erleben, dass es wärmer wird in unserem Land und für viele, die sich gesundheitlich nicht so gut fühlen, kommt die Zeit, wo es wieder besser wird und wo man sich wieder besser fühlt, aber gesellschaftspolitisch, seit diese schwarz-blaue Bundesregierung und die schwarz-blaue Koalition hier im Land tätig ist, wird es kälter. Ich zitiere heute einen, der nicht im Verdacht steht, ein tiefer Sozialdemokrat zu sein, aber einen, der sich um die Sorgen der Menschen Gedanken macht, das ist nämlich der Caritaspräsident Küberl, der heute in der „Kleinen Zeitung“ feststellt, dass bis zu 50.000 Steirer unter der Armutsgrenze leben, weitere 60.000 Personen sind armutsgefährdet. Armutsgefährdet rund 17 Prozent, während dies in den Städten zwischen 10 und 12 Prozent pendelt. Erschreckende 30 Prozent der Kleinbauern werden unter der Armutsgrenze liegen, meine Damen und Herren. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Und das nach so langer SPÖ-Regierung!“ – Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „30 Jahre SPÖ-Kanzlerschaft!“)

Wäre das nicht ein Anlass, meine Damen und Herren, diese Budgetpolitik so auszurichten, dass wir Visionen haben, dass wir gesellschaftspolitische Aspekte und Initiativen setzen könnten? Dieses Budget lässt keine solchen Spielräume zu und daher lehnen wir dieses Budget ab, meine Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.)

Herr Kollege Lopatka hat sehr deutlich aufgezeigt, wie sich in der letzten Periode die Schiberge entwickelt haben, die Thermen, die Kulturpolitik, die Sozialpolitik, die Gesundheitspolitik (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Lauter großartige Leistungen!“) und, und, und. Das ist richtig, Herr Kollege Lopatka, das sind nämlich alles Ressorts, die von SPÖ-Regierungsmitgliedern geführt wurden und daher waren sie so erfolgreich. Ich freue mich nur, dass du das erkannt hast. (Beifall bei der SPÖ.)

Aber die Wahlentscheidung, die du am 15. Oktober für deine Fraktion sehr gelobt hast – es war auch so, das nehmen wir auch zur Kenntnis, der Wähler wurde auch im Wahlkampf sehr getäuscht, aber er wird draufkommen, dass es nicht so ist, wie man sagt. Ihr habt euch nach der Wahl mit den Blauen auf ein „Pakl“ (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Was ist das für eine Ausdrucksweise?“) gehaut und habt gesagt, ein Drittel dieses Wählerwillens, das es da gibt, das interessiert uns nicht, das stellen wir beiseite und alles, was für uns gut ist, das werden wir jetzt durchziehen. Hätten Sie nämlich dieses Drittel des Wählerwillens bei den politischen Zielsetzungen mit eingebunden, dann hätten wir jetzt auch das, was da passiert im Bund, dass wir 3,5 Milliarden, täglich 10 Millionen an Strafzahlungen zahlen müssen, verhindern können, denn Ressel hat zweimal diese Bundesregierung und ihre Aktivitäten beim Verfassungsgerichtshof geklagt und wir haben Erfolg gehabt. Ihr habt nicht einmal den Versuch unternommen, diese Zahlungen zu verhindern, die an allen Ecken und Enden im Land abgehen werden. (Beifall bei der SPÖ.)

Und wenn ich mir das so anschau, weil ich war bei Josef Krainer II. auch schon im Hohen Haus und habe verfolgt, welchen Machtrausch es damals bei der ÖVP gegeben hat, wo einfach gesagt wurde, das ist die Mehrheit. Aber, meine Damen und Herren, Josef Krainer II. hat damals eine absolute Mehrheit auch im Landtag gehabt, das habt ihr gar nicht. Aber wenn ich mir den Machtrausch anschau, den ihr habt, dann ist er weit größer wie er es unter Josef Krainer II. war und ich muss sagen, das bedeutet etwas. Und dieser Machtrausch und diese Arroganz, das wisst ihr genau, meine Damen und Herren hier auf der rechten Seite, wo er euch hingeführt hat. Ihr habt neun Mandate verloren, 16 Prozent der Stimmen, weil die Steirerinnen und Steirer diese Machtpolitik, diese Arroganz, nur weil ich politische Mandate habe, über alle Interessen drüberzufahren, nicht wollen, meine Damen und Herren. Und diese Arroganz wird Sie wieder einholen, spätestens in viereinhalb Jahren, meine Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.)

Diese Vergesslichkeit, die ihr habt, ist wirklich sehr interessant (Abg. Tasch: „Du kennst das elfte Gebot nicht – du sollst nicht enttäuschen!“), denn ihr sprecht – und Kollege Lopatka hat, glaube ich, auch erwähnt – von 55 Jahren sozialdemokratischen Budgets. Das waren gute Budgets! Wir haben dieses Land entwickelt. (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „22 Milliarden Schulden!“) Nur eines dürft ihr nicht vergessen, so wie ihr da sitzt, ihr müsst wirklich vergessen haben, es gibt kein einziges sozialdemokratisches Budget, das ihr von der ÖVP nicht mitbeschlossen habt. Ihr macht ja eine Kindesweglegung, dass es ärger nicht geht! (Beifall bei der SPÖ.)

Ihr habt es ja deswegen mitbeschlossen, weil ihr wahrscheinlich damals gewusst habt – ihr habt halt jetzt eine vergessliche Phase –, dass das ein Budget ist, das uns weiter entwickelt, wo uns die Beschäftigung interessiert, wo man innovativ sein kann.

Und wenn ich mir das anschau, in der Bundesregierung dasselbe. Da kommt ihr daher und sagt, die Roten, diese furchtbaren Schulden, die die gemacht haben.

14 Jahre, meine Damen und Herren, ist die ÖVP in dieser Regierung gesessen (Landesrat Schützenhöfer: „Hervorragende Regierungsmannschaft!“) und ein paar Jahre sogar die Freiheitlichen und haben jedes Budget einstimmig mit beschlossen. Das heißt, wenn dort etwas an höherer Verschuldung passiert ist, dann ist das deshalb passiert, weil auch ihr geglaubt habt, dass es zum damaligen Zeitpunkt gut war.

Heute gehen der Schüssel (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Dr. Schüssel!“) und die Frau Klasnic her und sagen: „Mein Name ist Schüssel und Klasnic und ich weiß von nichts!“

So, meine Damen und Herren, werdet ihr das nicht drüberbringen. Diese Kindesweglegung werden wir nicht zulassen. Wir müssen unser Budget ordnungsgemäß führen – das wissen wir –, aber in dieser Form könnt ihr das nicht tun. Und ich sage euch noch etwas dazu. (Abg. Hammerl: „Du redest nur so, weil ihr den Finanzreferenten nicht mehr habt. Das ist der Hauptpunkt!“)

Es wäre eh gescheit, wenn wir ihn noch hätten, Kollege, weil da wäre so ein Budget nie zustande gekommen, das garantiere ich dir. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich sage euch noch dazu, auch hier auf der rechten Seite, meine Damen und Herren, und auch dem Herrn Schüssel und den Parlamentariern in Wien, wenn sie nämlich das alles vergessen haben und nicht mehr wissen, was sie dort gemacht haben, dann sollen sie ihre Gagen, die durchaus nicht schlecht sind, zurückzahlen, meine Damen und Herren. So geht das nicht! (Beifall bei der SPÖ.)

Dieses Budget ist unverantwortlich, meine Damen und Herren, höchst unverantwortlich. (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Volksanwalt Kostelka wird es schon richten!“) Der Kollege Paieryl weiß es ja selber, er kann es nur nicht zugeben, aber erst später vielleicht, jetzt noch nicht, weil es ist die Debatte noch nicht vorbei, das ist eine Mogelpackung der Sonderklasse, die auf nichts anderes abzielt, als die Steirer hinters Licht zu führen. Wir als Sozialdemokraten haben die Verpflichtung dazu, das nicht zuzulassen. Daher werden wir alles, was an Mogelpackung hier da ist, aufzeigen.

Und noch etwas: Kollege Paieryl, du weißt ja, dass dieses Budget heute schon in der Luft hängt, du weißt, dass dieses Budget heute schon nicht mehr das Papier wert ist, worauf es geschrieben ist. Ist keine Frage. Aber wir werden diese Trickkiste im Detail in diesen zwei Tagen zerlegen. (Landesrat Dipl.-Ing. Paieryl: „Es gibt einen Blödsinnfilter!“)

Lieber Kollege Landesrat Paieryl und Frau Landeshauptmann, in die Trickkiste greifen zu müssen, um 3,5 Milliarden Schilling an den Bund abzuliefern, und das widerstandslos, meine Damen und Herren, dass der Bund nämlich weiter Staatsschulden macht.

Weil ihr wisst ja genau, wenn ihr euch mit den Budgets befasst habt, dass nämlich der Bund – (Landesrat Dipl.-Ing. Paieryl: „Du wiederholst dich, das haben wir schon einmal gehört. Aber es stimmt nicht und wird nicht richtiger, wenn du es immer wiederholst!“) Ich werde mich öfter wiederholen, ich weiß, dass ihr das nicht gerne hört, aber ich werde mich noch oft wiederholen. (Landesrat Schützenhöfer: „Blödsinn!“)

Und was ein Blödsinn ist, Kollege Schützenhöfer, überlasse ruhig mir und den Steirerinnen und Steirern. Dieses Budget ist ein Blödsinn, da hast du Recht. (Beifall bei der SPÖ. – Landesrat Dipl.-Ing. Paieryl: „Ein Blödsinn wird nicht gescheit, auch wenn du ihn noch so oft wiederholst!“)

Aber ohne Widerstand, ohne auch gerichtliche Schritte gegen diesen Stabilitätspakt einzuleiten, herzugehen und zu sagen, ich zahle 3,5 Milliarden nach Wien, damit der Bund weiterhin Schulden machen kann, ich weiß nicht, ob alle wissen, die da sitzen, dass der Bund selbst weiter 0,75 Prozent Staatsverschuldung hat. Und da will er 23 Milliarden von den Ländern, dass die nämlich das Geld nach Wien abliefern.

Und was das Beste ist, Frau Landeshauptmann, das ist überhaupt das Beste, Sie stimmen zu mit Ihren Abgeordneten dem Finanzausgleichsgesetz, was bereits beschlossen ist, mit den Abgeordneten von Schwarz-Blau im Parlament. Aber vielleicht haben Sie es nicht durchschaut, was drinnen steht, bei Ihnen lasse ich das offen. (Abg. Dr. Lopatka: „Sehr arrogant, was du da sagst!“)

Aber dass da drinnen steht, dass, wenn wir das nicht aufbringen, dann wird es uns (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Wenn einer so wie du über das redet, der sich überhaupt nicht auskennt, dann ist das auch beinahe ein Kriminalfall!“) gleich bei den Ertragsanteilen abgezogen, meine Damen und Herren. Das ist noch das Furchtbarste, weil wenn ich heute etwas zahlen muss nach Wien, dann möchte ich das zumindest so tun, dass ich das selber aufgeben kann. Aber dass ich dafür Strafe zahlen muss, wenn ich das nicht zusammenbringe, gleich abgezogen bekomme von dem Geld vom Bund, das ich zu bekommen habe, das ist überhaupt das Beste. Und über Abgeordnete, die so einem Gesetz zustimmen, muss ich nachdenken, ob sie am richtigen Platz sitzen. (Beifall bei der SPÖ.)

Sie haben hier einen Propagandaschmäh der Extraklasse gemacht und haben der Öffentlichkeit vermittelt, das wäre etwas Gutes. In der Zwischenzeit wissen Sie, dass das nicht so gut ist. Aber was das Bedeutendste ist in der Zeit des Sparens, diese Bundesregierung hat über 100 Millionen Schilling, ja fast 200, für diesen Propagandaschmäh noch ausgegeben. Wo ist denn hier der Spargedanke, meine Damen und Herren? 100, 200 Millionen Schilling, nur um das der Öffentlichkeit zu vermitteln, was für die Menschen dieses Landes unzumutbar ist? (Abg. Wiedner: „Zum Thema, Landesbudget und nicht Nationalratsdebatte!“)

Aber jetzt ist das Geld, meine Damen und Herren, diese 100 oder 200 Millionen umsonst ausgegeben worden. Ganz umsonst war es gar nicht, weil es gibt ein paar ÖVP-Abgeordnete in den Landtagen und es gibt auch ein paar Vollzugsorgane und Funktionäre von Schwarz-Blau, die haben diese Propaganda verstanden, geglaubt verstanden zu haben, und haben gesagt, jetzt müssen wir, weil die das wollen, weil das haben sie uns ja mit ein paar 100 Millionen Schilling auf Steuerkosten mitgeteilt, dass das gut ist, jetzt müssen wir das auch vollziehen. Und der Kollege Paierl und die Frau Landeshauptmann tun das mit diesem Budget. Aber dass die Bevölkerung anscheinend klüger und gescheiter ist, dass sie dieser Propaganda nicht aufgesessen ist, was da passiert, das haben die Wahlergebnisse im Burgenland und Wien gezeigt. Und darüber freue ich mich, meine Damen und Herren, dass das so ist. (Beifall bei der SPÖ.)

Jetzt wird wieder einer rufen, ich wiederhole mich, aber das ist so skandalös, dass man es nicht oft genug sagen kann, 10 Millionen pro Tag an den Bund. Und ihr liefert ja diese 3,5 Milliarden deshalb ab nach Wien, vielleicht ist euch das nicht bewusst, weil ihr dem Finanzminister Grasser, der ja ein Millionärssohn aus Kärnten ist, den das sicherlich nicht betrifft, aufgesessen seid. Und das widerstandslos hinzunehmen, meine Damen und Herren, ist nicht der Weisheit letzter Schluss.

Und was ich dazu noch zu sagen habe, ist Folgendes: Jetzt müsst ihr mir noch die Zeit geben, dass ich meine Zitate heraushole, die ihr wahrscheinlich nicht so gerne hören wollt, aber ich habe sie schon bei der Hand.

Es hat bei diesem Stabilitätspakt und diesem Finanzausgleichsgesetz Widerstände in den letzten Wochen gegeben, nachdem die SPÖ im Parlament, aber auch hier im Land aufgezeigt hat, was das alles darstellt und was das für Folgen hat. Da habe ich mir herausgesucht, ja, wer hat denn hier so Widerstand geleistet? Und da war ich durchaus froh, dass dieser Widerstand über Parteigrenzen hinweg formuliert wurde. Da habe ich gelesen: Landeshauptmann Weingartner hat festgestellt, „beispiellose zentralistische Präpotenz der Bundesregierung“. Landeshauptmann Pröll, der immer stärker ist als unserer, hat festgestellt: „Das ist ein Imponiergehabe der Bundesregierung!“

Schausberger hat festgestellt: „Ist nicht bereit, das zu unterschreiben oder zuzustimmen, nicht die ernste Meinung des Finanzministers kann es sein!“ Schausberger hat allerdings nicht gewusst, dass er gar nicht mehr unterschreiben muss, weil es im Parlament eh schon beschlossen ist. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Du weißt, dass das die Unwahrheit ist!“)

Und Sausgruber aus Vorarlberg hat gesagt: „Überflüssige Drohungen, Fehleinschätzung der politischen Realität!“ Meine Damen und Herren, das haben diese Landeshauptleute festgestellt. Und Häupl hat sich ebenfalls über diese Situation und Vorgangsweise geäußert.

Nur, ich habe von der Frau Landeshauptmann, die dieses Land nach außen und gegenüber der Bundesregierung vertreten muss, kein einziges kritisches Wort gehört. Sie hat sich nicht dagegengelehnt, dass wir diese Zahlungen, diese Strafzahlungen oder diese Mittel im Finanzausgleich nach Wien zahlen. Sie hat das nicht getan. Irgendwo habe ich einmal gelesen: „Das ist noch nicht unterschriftsreif!“

Meine Damen und Herren, da denke ich gar nicht, ob ich das unterschreibe. Diese Vorgangsweise, die gegen die Länder und die Menschen dort geht, gehört politisch bekämpft, bis hin zu den Gerichten.

Und das haben Sie versäumt, aber das überrascht mich nicht wirklich. Parteidisziplin ist wichtig innerhalb der Partei, aber Parteidisziplin für Belastungen, wenn es um Schwächerstellungen der Interessen unserer Länder geht, ist nicht in Ordnung, meine Damen und Herren, sondern hier geht es in erster Linie um das Wohl der Steiermark. Weil wenn wir das nämlich nicht tun, dann trifft es diejenigen, die ohnedies jeden Schilling zweimal umdrehen müssen bis sie ihn ausgeben können. Ich habe jetzt versucht, was kann ich tun, um dieser schwarz-blauen Landesregierung meine Gedanken und meine Vorstellungen zu übermitteln? Wir stimmen diesem Budget nicht zu, lieber Freund, weil das wäre unvorstellbar für uns. Aber, Herr Kollege Paierl und Frau Landeshauptmann, wir haben dir – (Unverständlicher Zwischenruf.) Du wirst es bekommen, du wirst es erwarten können, lieber Freund. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Nein, Siegi, jetzt ein sachliches Wort!“)

Lieber Freund, ich habe versucht, zehn Punkte für ein zukunftsweisendes und sozial gerechtes Budget aufzulisten. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Die kennen wir!“ – Allgemeine Unruhe.) Ich verstehe eure Nervosität nicht. Lieber Kollege Paierl, wenn ich so ein Budget vorlege, rede ich auch von etwas anderem, das ist ja keine Frage, das ist ein Ablenkungsmanöver. (Beifall bei der SPÖ.)

Wir haben aber Ihnen, liebe Frau Landeshauptmann, die ich nicht mehr sehe, wohl, sie ist noch da, und dem Herr Landesrat zehn Gebote zusammengestellt. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Die kennen wir schon!“) Nein, die kennt ihr nicht im Detail und deswegen werde ich sie euch heute vermitteln:

Zehn Gebote für ein zukunftsweisendes und sozial gerechtes Landesbudget, was sich völlig von eurem unterscheidet, denn da gibt es nämlich Innovationen.

Erstes Gebot. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Du sollst nicht lügen!“) Es gibt zehn Gebote Gottes und ich habe zehn Gebote des Budgets. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Du kennst sie nicht!“) Ich kann beide auswendig, du kannst sicher sein. Ich habe sechs Jahre ministriert, ich kenne mich da aus, meine Damen und Herren. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Das hat nicht viel geholfen bei dir!“ – Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Siegi, vom Ministranten zum Demonstranten!“) Ihr müsst mir zuhören, weil sonst macht ihr wieder so ein Budget, das nichts wert ist. Ihr müsst mir aktiv zuhören! (Unverständliche Zwischenrufe!) Bei einigen Kollegen, die da so hereinschreien, da weiß ich, dass einige schon länger da sitzen. Und als wir das Geschäft begonnen haben, haben wir uns ausbilden lassen und das Erste, was uns gesagt worden ist, wir sollen aktiv zuhören. Ich würde euch also bitten, bei den zehn Geboten aktiv zuzuhören. (Beifall bei der SPÖ.)

Jetzt muss ich euch wirklich sagen, ich kann nicht vorne zuhören, hinten zuhören – (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Nein, Siegi!“) Hört genau zu, wir können nachher über alles reden, jetzt halte ich meine Budgetrede, meine Damen und Herren. (Landesrat Schützenhöfer: „Bevor du mit deinen zehn Geboten anfängst, du sollst nicht freveln!“)

Ich brauche ohnedies einmal eine Pause, tut nur weiter so. (Abg. Gennaro: „Herr Präsident, würden Sie einschreiten oder schlafen Sie noch?“ – Abg. Dr. Lopatka: „Das ist ein Frevel mit den Zehn Geboten sich da herzustellen. Ein Gebot ist, du sollst nicht lügen. Wir müssen nur aufpassen, mit den kirchlichen Symbolen. Die Zehn Gebote gehören in die Kirche und nirgends sonst wohin!“ – Landesrat Dr. Flecker: „Das ist typisch. Eure Christlichkeit muss man suchen!“ – Präsident: „Am Wort ist der Kollege Schrittwieser!“)

Herr Kollege Lopatka, jetzt sage ich dir etwas, deine Aufregung ist genauso scheinheilig wie dieses Budget, das möchte ich dir ins Stammbuch schreiben. (Beifall bei der SPÖ.)

Erstes Gebot, ich komme mit der Zeit nicht aus, Herr Präsident, Sie müssen die Zeit, in der ich gestört werde, dazugeben.

Herr Kollege Paierl, erstes Gebot. (Landesrat Dr. Hirschmann: „Was ist mit deiner Budgetrede?“) Ja, dass ihr gerne eine andere Rede gehört hättet, das verstehe ich, aber diesen Gefallen kann ich euch nicht tun, das ist keine Frage. (Landesrat Dr. Hirschmann: „Wann beginnst du mit deiner Rede?“) Wenn der Kollege Hirschmann nervös wird, dann weiß ich, dass ich genau richtig liege, also tun wir weiter. (Präsident: „Am Wort ist der Abgeordnete Schrittwieser!“)

Danke, Herr Präsident, aber ich muss jetzt fünf Minuten länger reden. (Abg. Wiedner: „Nein, tu uns das nicht an!“)

Erstes Gebot, du sollst an dein Budget glauben. Ich sage euch auch warum. Ich sage nicht nur den Titel, ich sage auch warum. Du sollst an dein Budget glauben, und zwar deshalb, wenn ich im Budget 1,5 Milliarden vorsehe, die ich über die LIG hereinbringen möchte, dann muss ich sagen, dann kann ich an das gar nicht glauben. Weil wenn ich den Budgetbegleittext hineinschreibe, ich weiß zwar, dass ich 1,5 Milliarden einnehme, aber ich schreibe hinein, sagt mir bis Juni dieses Jahres, was ich überhaupt zur Verfügung habe, dann ist das eine Vorgangsweise, die unverantwortlich ist. Dazu kommt noch, dass Prof. Lehner in Wien schon gesagt hat, er ist ja Budgetexperte, ja, diese Konstruktionen mit der BIG und LIG, das heißt Immobiliengesellschaft des Landes, die halten überhaupt nicht. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Das hält!“) Also, wenn das nicht hält, lieber Freund, fehlen dir vorher, bevor dieses Budget überhaupt beschlossen ist, schon 1,5 Milliarden.

Punkt zwei, du solltest den Föderalismus ernst nehmen und nicht zum Vollzugsorgan einer Bundesregierung werden. Das ist ein ganz wichtiger Punkt. (Abg. Dr. Lopatka: „Das sagt ein Sozialdemokrat. Ihr seid eine föderalistische Partei!“)

Ich erinnere mich, meine Damen und Herren, dass der Kollege Hirschmann, der ja immer jahrzehnte- und jahrhundertlang voraussdenkt – (Landesrat Dr. Hirschmann: „Das unterscheidet uns!“) ja, nur bin ich Realist und das sind oft Illusionen – einmal gemeint hat: „Schaffen wir die Bundesländer ab!“ Es ist ihm nicht gelungen, weil wir ein stolzes steirisches Volk sind. (Landesrat Dr. Hirschmann: „Wir auch!“) Aber der Frau Landeshauptmann ist es finanzpolitisch gelungen, denn durch das, dass Sie das alles akzeptiert haben, haben sie das Bundesland bereits abgeschafft. Die große Föderalistspartei ÖVP – davon ist weit und breit nichts zu sehen. (Abg. Dr. Lopatka: „Dann hat der Häupl Wien auch schon längst abgeschafft und das mit Freuden!“ – Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Nur, er hat alles bekommen. Das ist der Unterschied!“)

Punkt drei. Ich habe nicht mehr so lange, lasst mich weitermachen. Du solltest die Vertretung – und das ist ein ganz wichtiger Punkt – der Steirerinnen und Steirer ernst nehmen. (Beifall bei der SPÖ.) Meine Damen und Herren, Frau Landeshauptmann, Sie tragen mit Stolz diesen steirischen Panther auf Ihrer Jacke, was ich akzeptiere und was ein sichtbares Zeichen für dieses Land nach außen ist, aber wenn ich mir vorstelle, welche Kniefälle wir vor der Bundesregierung machen, ohne sich dagegen zu wehren, würde auch der Bundesadler als

Brosche dienlich sein, meine Damen und Herren. Das ist zwar bedauerlich, das wünsche ich mir nicht, aber es ist so. (Abg. Dr. Lopatka: „Das ist aber nichts Schlechtes, der Bundesadler!“ – Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Ihre Anti-Wien-Politik kennen wir – Ihre angebliche!“ – Abg. Dr. Lopatka: „Endlich sagen Sie ein Wort! Auf das habe ich schon lange gewartet, danke!“) Im Gegensatz zu dir war es etwas Ge-scheites. (Beifall bei der SPÖ.)

Viertens: Du sollst im Interesse der Steirer handeln und jetzt sage ich noch dazu, damit es ihnen wohlgerhe auf Erden. (Abg. Dr. Lopatka: „Mein Gott, tu dich nicht versündigen!“)

Nicht täglich 10 Millionen nach Wien zahlen, sondern das Geld für Sozialbereich, Gesundheitsbereich und Bildungs- und Forschungsbereich einsetzen. (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Das geschieht!“)

In der Vergangenheit, hast du erklärt, haben wir uns gut entwickelt, weil wir das Geld im Land gehabt haben. Jetzt haben wir das nicht und nicht die EU hat uns diesen Schmach, diese Forderung eingebrockt. Das ist ja ein Schmach, weil die EU hat das, was hier jetzt der Stabilitätspakt und das Finanzausgleichsgesetz verlangen, nicht verlangt. Die haben nämlich gleich erkannt, dass man eine solche Politik auf Etappen machen muss und nicht, weil der Finanzminister sich in der Privatwirtschaft sichtbar machen will, dass er ein wichtiger Sparer ist. Ihr seid aber auf diesen Schmach eingegangen und aus diesem Grund tut ihr das. Wir tun das nicht.

Und fünftens, du sollst den hohen medizinischen Standard der Steiermark nicht zu Grabe tragen. Ich sage euch eines, meine Damen und Herren, wenn Herr Landesrat Dörflinger und die SPÖ-Regierer in der letzten Periode nicht in der Gesundheitspolitik einen so großen Schritt nach vorne gemacht hätten, garantiere ich euch, würden wir jetzt mit diesem Budget, wo keinerlei Spielräume für Investitionen vorhanden sind, für wichtige Investitionen für kranke Menschen, in die Steinzeit zurückfallen. Und das lehnen wir ab, meine Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich sage Ihnen nur einige Beispiele, die Landesregierung hat in der letzten Periode, wo wir ein lenkendes Korrektiv waren, wo ihr nicht ausrasten konntet wie jetzt, deswegen haben wir auch etwas weitergebracht, alles das vorgesehen und für Investitionen bereit gehabt: Der Neubau des LKH Bad Aussee. Er kommt nie, wird zurückgestellt. Die Zubauten am LKH Leoben und LKH Mürzzuschlag. Aber vielleicht sind euch da die Wahlergebnisse für die Roten zu gut, dass ihr das nicht macht. Weil ihr agiert parteipolitisch, das wissen wir. Die Neurologie in Feldbach bleibt auf der Strecke und die obersteirische Herzstation in Bruck, und ich habe mich kürzlich vor Ort überzeugt, ist ebenfalls verschoben und wir wissen nicht, wann sie kommt. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Ich warte immer noch auf deinen konstruktiven Vorschlag!“) Einer, der weiß – (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Jetzt hast du den Dörflinger gerade gelobt und jetzt haust ihm eine hinein!“) Jetzt tut euch nicht so aufregen. (Abg. Dr. Lopatka: „Du haust den Dörflinger!“) Dazu kommt noch, dass wir – (Landesrat Dr. Hirschmann: „Siegi, attackiere den Günter nicht so!“)

Herr Landesrat Paierl, dazu kommt noch, dass ihr die Mittel für diese Investitionen verweigert. Aber nicht nur, dass ihr das nicht baut und dem Dörflinger die Möglichkeiten aus der Hand nehmt, das zu tun, sondern du schwindelst auch noch 6 Milliarden für den laufenden Betrieb der KAGES am Budget vorbei, weil nämlich die KAGES jetzt 6 Milliarden an Schulden aufnehmen muss, um den laufenden Betrieb, meine Damen und Herren, zu finanzieren. Das ist eine Vorgangsweise, die hat es seit 1945 überhaupt noch nie gegeben. Und das ist der Oberbrocken, meine Damen und Herren, das sei gesagt, und das in der Gesundheitspolitik. (Abg. Dr. Lopatka: „Du sollst den Dörflinger nicht schrecken!“)

Aber die Sensibilität, die ihr habt, habe ich heute mehrfach schon erwähnt.

Ich muss mich jetzt ein bisschen beeilen.

Meine Damen und Herren, Standortgarantien vor der Wahl von der Frau Landeshauptmann: Spitäler werden nicht geschlossen. Bezirksgerichte sind mit mir nicht zu schließen. Finanzämter werden nicht geschlossen. Das war alles Wahlpropaganda. Wir haben es eh gewusst, aber die Leute haben es euch vor der Wahl geglaubt. (Abg. Dr. Lopatka: „Die Landtagswahl interessiert keinen mehr. Den Ausgang kennen wir!“)

Keine Studiengebühren. Jetzt fällt mir etwas ein, ich habe da noch so einen Zettel mit. Am 22. September in der „Steirer-Krone“ kommt ein mächtiges Wort der Frau Landeshauptmann, wo sie sagt. Das war drei Wochen vor der Wahl. (Abg. Dr. Lopatka: „Die haben wir gewonnen!“) Ja, weil ihr die Leute angelogen habt.

Weißt, was sie gesagt hat? Die Frau Landeshauptmann am 22. September 2000, Waltraud Klasnic hat gesagt: „Ich gebe die Garantie, dass es die Einführung von Studiengebühren in der Höhe von 5000 Schilling pro Semester in der Steiermark nicht geben wird!“ Das bedarf keiner Kommentierung, meine Damen und Herren. Alle zahlen in der Zwischenzeit Studiengebühr. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Das war vor der Wahl!“) Und sie hat sich nicht einmal gewehrt dagegen, dass sie eingeführt wird. (Beifall bei der SPÖ.)

Aber das gilt ja für eure gesamte Politik. Dass das, was ihr vor der Wahl gesagt habt, nachher nicht gilt, das wissen in der Zwischenzeit immer mehr als die, die da herinnen sitzen. Aber ihr arbeitet nach dem Motto: „Ich höre nichts, ich sehe nichts, ich weiß nichts!“ Ihr macht eine Politik, die der eigenen Klientel dient und die anderen sind euch Wurst.

Schwarz-Blau ist nicht mehr wiederzuerkennen – schon gar nicht für die Leute in diesem Land. Ehrliche Menschen machen keine Mogelpackungen. Doppeltzungigkeit wird bei Schwarz-Blau zur Regel.

Siebtens: Du sollst den Ärmsten in unserer Gesellschaft nicht die gesetzlich vorgeschriebene Unterstützung streichen.

Du hast es gesagt, Kollege Lopatka, Geldverschleuderung hast du es genannt, wenn Flecker sich für die gesetzlichen Verpflichtungen einsetzte. (Abg. Dr. Lopatka: „Alle Günstlinge mit Millionen versorgt!“)

500 Millionen Schilling sehen der Landesrat Paierl und die Frau Landeshauptmann im Budget nicht vor, obwohl gesetzliche Verpflichtungen vorliegen. Aber ihr habt nicht dazugesagt, was ihr streicht, dass die 500 Millionen Schilling eingespart werden. Streicht ihr bei den Behinderten? Streicht ihr bei den armen Leuten? Streicht ihr bei den kranken Leuten? Wo werdet ihr denn im Sozialbereich streichen?

Das habt ihr nicht dazugesagt, weil diese Wahrheit und diesen Wahrheitsbeweis habt ihr nicht antreten können, weil ihr gesagt habt, irgendwie kommen wir schon rüber. (Landesrat Schützenhöfer: „Siegi, die Uhr blinkt schon!“) Die Uhr blinkt schon.

Achtens: Du sollst den Steirern kein X für ein U vormachen! (Abg. Dr. Lopatka: „Was?“)

Kein X für ein U. Dazu kommt es nämlich, wenn man bei eurem Budget nachdenkt. Da kann es schon passieren, dass es einem einmal die Sprache verschlägt und das ist mir jetzt passiert. (Beifall bei der SPÖ.)

Neuntens: Du sollst nicht begehren deiner Landsleute Schiberge und Thermen. (Allgemeine Heiterkeit. – Abg. Dr. Lopatka: „Peinlich!“)

Meine Damen und Herren, wir haben in den letzten Jahren Milliardenbeträge in die Thermen und Schiberge an Steuergeldern gesteckt. Die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder und auch Landesrat Ressel haben hier erfolgreich gewirkt. Das freut mich, dass du das festgestellt hast. Aber gegen das, was wir uns wehren, ist (Abg. Dr. Lopatka: „Warum habt ihr den Ressel hinausgeschmissen?“), dass ihr diese Thermen und Schiberge jetzt privatisieren wollt, dass die Gewinne Private einstecken und wenn sie sie runterfahren haben, kommen sie wieder zum Land und sagen, zahlts wieder die Neuinvestitionen. Diese Politik machen wir nicht, weil diese Neuinvestitionen können wir selbst mit unserer Dividende im Land auch bezahlen. (Abg. Dr. Lopatka: „Warum habt ihr den Ressel hinausgeschmissen?“)

Du sollst nicht begehren deiner Landsleute Familiensilber, ist der Punkt zehn. Und das ist die LIG, meine Damen und Herren. Weil sich der Herr Landesrat nicht hinaussieht und nicht sehr ideenreich war und dem Bund alles gegeben hat, was er wollte, will er Liegenschaften, Landesforste, Flughafen, Energieunternehmen, Banken und anderes mehr verschleudern. Nur, eines muss er wissen, das hat er selbst gesagt in seiner Budgetpräambel, was einmal weg ist, kommt nicht mehr zurück. (Abg. Dr. Lopatka: „Wo ist jetzt die Zukunft der Steiermark?“) Wir opfern also diese Dividenden nicht privaten Gewinnen.

Meine Damen und Herren, die Strafzahlungen habe ich erwähnt. Sie haben unter dem Motto gehandelt bei diesem Budget: „Wir dürfen zahlen und den Mund halten!“ Wir halten den Mund nicht, meine Damen und Herren. Sie haben sich darauf konzentriert, seit November, dass Sie Ihre Freunderl unterbringen, dort wo es gegangen ist. Immer ist es eh nicht gegangen. Freunderlwirtschaft und Drüberfahren ist Ihre Maxime der Politik. Beim Landesrechnungshofdirektor, lieber Kollege Lopatka, ist das nicht aufgegangen, weil vernünftige Fraktionen im Haus das verhindert haben. Da wolltet ihr eine ÖVP-Freundin unterbringen.

Den Landesrat Schögggl habt ihr euch eingekauft zum Landeshauptstellvertreter, obwohl er mehr kostet als ein Landesrat. Obwohl ihr gesagt habt, ihr tut sparen, habt ihr die teure Funktion vergeben. Wir haben darauf verzichtet. (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Ich bin nicht käuflich!“)

Die Landesschulratsgage war bei dir das Erste, dass du gesagt hast, heben wir sie an. (Präsident: „Die Redezeit ist längst erschöpft!“) Ich bin schon fertig, Herr Präsident.

Ich möchte nur abschließend noch sagen, dieses ohne Zukunftsvision zukunftsgefährdende Landesbudget lehnen wir auf das Schärfste ab. Das möchte ich noch einmal feststellen. (Abg. Dr. Lopatka: „Wo sind deine Visionen?“)

Ich möchte zwei Dinge noch sagen, Herr Präsident, die Zwischenrufe haben mir mindestens fünf Minuten gekostet, ich bitte darum.

Wir sagen, meine Damen und Herren, wir Sozialdemokraten kämpfen mit aller Kraft – und an das müsst ihr euch gewöhnen in der gesamten Legislaturperiode – gegen das Abliefern von 10 steirischen Steuermillionen pro Tag an den Bund, gegen einen sozial- und gesundheitspolitischen Kahlschlag in der Steiermark. Das berührt euch nicht, weiß ich. Wir kämpfen gegen finanzielle Hürden bei der Bildung – die habt ihr eingeführt, obwohl das nicht möglich ist, die Studiengebühr, wie ich gehört habe. Wir kämpfen gegen eine Politik der Unwahrheiten – dieses Budget ist Unwahrheit – und gegen eine Politik der regionalpolitischen Verantwortungslosigkeit. Wie sollen sich die Regionen ohne Geld entwickeln? Wir kämpfen gegen eine schwarzblaue Freunderlwirtschaft, die in diesem Land in den letzten Monaten sichtbar geworden ist (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Eine Unterstellung!“), gegen eine Politik, die nur den Reichen dient, bei der die Klein- und Mittelverdiener und die sozial Schwächeren auf der Strecke bleiben und gegen eine Politik, bei der die Steiermark verkehrspolitisch aufs Abstellgleis geschoben wird.

Aber ich sage nicht nur, gegen was wir sind, sondern wir Sozialdemokraten stehen für soziale Gerechtigkeit, die Verwendung der steirischen Steuergelder für jene Menschen in unserem Land, die sie brauchen, den Verbleib des steirischen Familiensilbers im Besitz der Menschen dieses Landes, eine Politik, in der man nicht Angst haben muss krank zu werden. Wir stehen für eine Politik, in der die Ellbogengesellschaft keinen Platz hat. Wir stehen für eine Politik, bei der sich die Menschen darauf verlassen können, dass Reden und Handeln übereinstimmen. Wir stehen für eine Politik, bei der sich die Menschen darauf verlassen können, dass sie, wenn sie Politik brauchen, nicht im Stich gelassen werden. Und wir stehen für eine Politik, denn das ist Zukunft, des freien Zugangs zu allen Stufen der Aus- und Weiterbildung, meine Damen und Herren.

Nehmen Sie abschließend Folgendes zur Kenntnis, und das ist wichtig, das zu sagen:

Sie sprechen, meine Damen und Herren, von Zahlen, wir Sozialdemokraten sprechen von Menschen! Und das ist der gravierende Unterschied zwischen uns und eurer Politik! Ich bin stolz darauf, Klubobmann zu sein von dieser Politik, die die Menschen in den Vordergrund stellt! (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren, dieses Budget können wir mit dieser Verantwortungslosigkeit nicht mittragen.

Abschließend, meine Damen und Herren (Abg. Dr. Lopatka: „Willst du schon nach Hause gehen?“), indem ich das nicht alles umsonst gesagt haben will und der Sensibilisierung eurer Politik etwas auf die Sprünge helfe, darf ich dir, Herr Landesrat, weil die Frau Landeshauptmann nicht da ist, die Zehn Gebote für ein zukunftsweisendes, soziales und gerechtes Landesbudget überreichen, lieber Freund. Und ich hoffe, dass das nächste Mal diese Handschrift wieder erkennbar ist. In dieser Zeit, diese 40 Minuten, die ich geredet habe, haben wir hochgerechnet, hast du genau 300.000 Schilling nach Wien verschenkt. Symbolisch darf ich dir diesen Geldbetrag ebenfalls mit überreichen. Ich hoffe, du lernst daraus. (Beifall bei der SPÖ. – 10.51 Uhr.)

Präsident: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, freue ich mich, zwölf Schülerinnen und Schüler der 7. Klasse des Bundesgymnasiums Weiz unter der Leitung von Frau Mag. Gratzer begrüßen zu dürfen. (Allgemeiner Beifall.)

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Lafer das Wort.

Abg. Lafer (10.52 Uhr): Sehr geehrte Frau Landeshauptmann, sehr geehrter Herr Präsident, werte Mitglieder der Landesregierung, geschätzte Damen und Herren, Hohes Haus!

Das kann es ja wohl nicht sein. Erstmals werden in diesem Land keine Schulden gemacht und die Damen und Herren der SPÖ jammern hier vom Rednerpult, als wenn das Land untergehen würde! Das kann es ja wohl wirklich nicht sein! (Beifall bei der FPÖ und ÖVP.) Denn genau das Gegenteil ist der Fall.

2,2 Billionen Schilling Schulden im Bund, 20 Milliarden Schilling im Land. Das sind Dimensionen, die der Bürger der Steiermark ja überhaupt nicht mehr abschätzen kann. Diese Dimension derartiger Schulden kann man nur mit einem plakativen Beispiel erklären. 2,2 Billionen Schilling Schulden, das sind ziemlich genau die Kosten für die Errichtung von 700.000 Einfamilienhäusern gehobener Klasse. Wenn man bedenkt, dass es in der Steiermark nur 480.000 Haushalte gibt, so kann man daraus ableiten, dass man mit der österreichischen Staatsverschuldung für jeden steirischen Haushalt zwei Häuser neu bauen könnte, Siegi. Das ist die Wahrheit. (Beifall bei der FPÖ.)

Eines steht fest, die Sparmaßnahmen, die jetzt zur Budgetsanierung durchgeführt werden müssen, sind notwendig. Und sie wären für die Bevölkerung weniger schmerzlich, wenn bereits die vorhergehende Regierung, das heißt die ÖVP/SPÖ-Koalition, mit den Einsparungen begonnen hätte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir nehmen aber positiv zur Kenntnis, dass Finanzreferent Paierl in der Steiermark den erfolgreichen Kurs von Bundesminister Grasser übernimmt. Denn beide haben sich ein Ziel gesetzt: keine neuen Schulden zu machen! Wir Freiheitlichen haben in den letzten Jahren immer wieder auf die Einsparungsmöglichkeiten im Land hingewiesen und die Verschwendungspolitik angeprangert. Sie können es in den Stenographischen Protokollen nachlesen. Wir haben das letzte Budget, das Budget 2000, als Wahlkampfbudget abgelehnt. Schnell sollten noch vor der Landtagswahl noch einmal alle Bereiche nach dem Gießkannenprinzip mit Förderungen zugeschüttet werden. Schnell sollten noch einmal Gelder verteilt werden, ohne nachhaltige Wirkung zu erzielen. Nicht mit uns, meine Damen und Herren! Dieser Geldverschwendung haben wir zuerst im Bund und nun auch im Land den Riegel vorgeschoben! (Beifall bei der FPÖ.)

Damit sind wir die einzige konsequente Sparpartei in der Steiermark. Seit eineinhalb Jahrzehnten warnen wir vor den Folgen der Verschuldung und davor, dass die Sanierung umso schmerzlicher wird, je später sie erfolgt. Jetzt ist es spät, jetzt ist es schmerzvoll. Wir Freiheitlichen nehmen unsere Verantwortung im Landtag hinsichtlich der Budgethoheit ernst, auch wenn ÖVP-Politiker wie Landesrat Hirschmann immer wieder betonen, dass im Rahmen des Budgets kein einziger Schilling bewegt werden kann. Ich hoffe, dass wenigstens Hirschmann damit Recht behält und keinen Schilling mehr bewegen kann, denn seine Eventpolitik kostet einen Haufen Geld und dient oft nur zum Selbstzweck. (Beifall bei der SPÖ.)

Die ÖVP braucht sich heute hier nicht zurückzulehnen, denn eines darf man nicht vergessen, sie ist für den Schuldenberg mit verantwortlich. Das lässt sich auch an den Budgetzahlen der Vergangenheit leicht nachvollziehen. Von 1984 bis heute haben sich die Schulden von 9 auf 20 Milliarden Schilling erhöht und damit mehr als verdoppelt und die ÖVP hat jedem einzelnen dieser Voranschläge zugestimmt. (Abg. Schrittwieser: „So ist es!“)

Auch im Bund war die ÖVP in den letzten 14 Jahren am Schuldenmachen beteiligt. Wir werden jedenfalls aufmerksam beobachten, wie ernst es die ÖVP mit der für sie ungewohnten neuen Rolle des Sparens nimmt.

Auch beim vielfach kritisierten Stabilitätspakt darf man die ÖVP nicht aus der Verantwortung entlassen. Landesrat Paierl hätte bei den Verhandlungen zum Finanzausgleich versuchen sollen, ja müssen, einen gerechteren Ausgleich unter den Ländern herbeizuführen. Für den Finanzausgleich darf nämlich nicht nur die Bevölkerungszahl ausschlaggebend sein. Auch Fläche, vorhandene und benötigte Infrastruktur, die wirtschaftliche Entwicklung sowie der jährliche Zins- und Tilgungsaufwand müssten mit berücksichtigt werden. Genau diese Kriterien werden in der Steiermark von der ÖVP immer wieder verkündet, um dann bei den Verhandlungen in Wien in die Knie zu gehen.

Es darf nicht sein, dass Bundesländer wie Wien, die einen Überschuss von 9 Milliarden erwirtschaften, nur 4 Milliarden als Länderbeitrag beisteuern müssen. Auch Tirol, Vorarlberg und Salzburg können mit ihrer Quote zufrieden sein, da sie die erforderlichen Überschüsse erzielen können. Die Steiermark aber, die in den letzten fünf Jahren in Summe ausgeglichen bilanziert hat, soll plötzlich 3,3 Milliarden Schilling an Überschuss erwirtschaften. Gleichzeitig sollen aber auch die Schulden des Landes abgebaut werden.

Wir Freiheitlichen haben anlässlich der Beschlussfassung des bestehenden Stabilitätspaktes im Jänner 1999 vor möglichen negativen Auswirkungen für die Steiermark gewarnt. ÖVP und SPÖ haben damals diesen Pakt ohne Wenn und Aber beschlossen! (Beifall bei der FPÖ.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die heutige Situation im Budgetbereich ist in dreifacher Hinsicht schwierig. Erstens müssen wir hohe Beiträge an die EU zahlen. Hier wurde anlässlich des EU-Beitrittes von der SPÖ-ÖVP-Koalition schlecht verhandelt. Auch die Steiermark wird hier zur Kasse gebeten. Zum Zweiten müssen die alten Schulden, die von SPÖ und ÖVP auf Bundesebene gemacht wurden, abgebaut werden. Und schlussendlich soll die Steiermark Überschüsse erwirtschaften und gleichzeitig die eigenen Schulden reduzieren. Vor dieser Misere stehen wir hier in diesem Landtag und verantwortlich dafür sind SPÖ und ÖVP! (Beifall bei der FPÖ.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in der hitzigen Debatte geht fast unter, dass wir heute das letzte Mal ein Budget in Schillingwährung beschließen. Das Budget 2001 ist noch in Schillingwährung, jenes für 2002 bereits in Euro gefasst.

Ich kann mich noch gut an das Versprechen der rot-schwarzen Koalition vor dem EU-Beitritt erinnern. Der Schilling wird im Fall eines EU-Beitrittes als österreichische Währung nicht angetastet. Eines der vielen Versprechen, das die SPÖ-ÖVP-Koalition auf Bundesebene nicht gehalten hat. Die Skepsis der Freiheitlichen bezüglich der Auswirkungen auf die österreichische Währung waren nicht nur in diesem Punkt berechtigt. Auch vor einer möglichen weichen europäischen Währung hat die FPÖ sogar in Form des Schillingvolksbegehrens vor bereits fünf Jahren gewarnt. Jeder weiß heute, dass unsere Befürchtungen bezüglich eines weichen Euros mehr als berechtigt waren. Doch das nur am Rande. Die Entwicklungen der Europäischen Union sind mit ein Grund, warum wir Freiheitliche im Bund Regierungsverantwortung übernommen haben. Mehr und mehr zeigt sich, dass die Verhandlungen und Vorbereitungen zum EU-Beitritt von der SPÖ-ÖVP-Koalition dilettantisch geführt worden sind.

Jeder kann sich noch an die Beteuerung der ÖVP-SPÖ-Koalition erinnern, dass es hinsichtlich der Getränkesteuer keine Probleme mit der EU geben werde. Heute wissen wir, dass SPÖ und ÖVP ihr Versprechen nicht einhalten konnten! Die damalige Regierung hat hier die Situation völlig falsch eingeschätzt. Die Auswirkungen der Getränkesteuerabschaffung hat alle Gemeinden getroffen.

Ich kann mich auch noch gut erinnern, wie wir Freiheitlichen belächelt wurden, als wir Übergangsfristen für den Arbeitsmarkt im Zuge der Osterweiterung forderten. Wir waren die Ersten, die eine derartige Regelung zum Schutz unserer Wirtschaft verlangten. Nun hat die EU sich unserem Standpunkt angeschlossen: Die Übergangsfristen sollen zumindest sieben Jahre betragen. (Beifall bei der FPÖ.)

Eine freiheitliche Regierungsbeteiligung ist Garant dafür, dass die österreichischen Bürger durch die Politik der EU nicht unter die Räder kommen. Tendenzen in der Europäischen Union, im Zuge der EU-Erweiterung das Mitspracherecht kleiner Staaten zu schmälern oder das Einstimmigkeitsprinzip auszuhöhlen, werden wir Freiheitlichen entschlossen entgegnetreten. (Beifall bei der FPÖ.)

Bei den für unsere Heimat entscheidenden Interessen, wie zum Beispiel der Wasserbewirtschaftung, Raumordnung oder Verkehrspolitik, wird es keine Zustimmung zu einem Mehr an Kompetenzen der EU geben!

Auf Bundesebene sind FPÖ und ÖVP aber auch angetreten, die finanzielle Situation unseres Landes in den Griff zu bekommen. Gleichzeitig sollen notwendige Reformen für die Zukunft Österreichs umgesetzt werden.

Nun wird in Österreich auch eine ehrlichere Politik gemacht als früher. Auch frühere Bundesregierungen wussten, dass Sparmaßnahmen notwendig gewesen wären. Sie wussten, dass man Schulden irgendwann einmal zurückzahlen muss. Nur: Die Angst vor dem Wähler oder vielmehr vor schlechten Wahlergebnissen hinderte Sie daran, notwendige Schritte zu setzen und auch unpopuläre Maßnahmen zu treffen.

Bei der neuen Bundesregierung ist das anders. Die neue FPÖ-ÖVP-Koalition ist nicht dazu angetreten, Applaus für irgendwelche nicht finanzierbare Versprechen zu bekommen, sondern um unseren Staatshaushalt zu sanieren.

Die Zeit des „Erlaubt ist, was gefällt“ ist, was die Budgetpolitik unseres Landes betrifft, endgültig vorbei.

Die Maßnahmen des Bundes haben gravierende Auswirkungen auf die Steiermark.

Im Zuge einer Verwaltungsreform plant der Bund, auch in unserem Bundesland Finanzämter, Bezirksgerichte und Gendarmerieposten zu schließen.

Dazu möchte ich Folgendes sagen: Die derzeitige Gerichtsstruktur in Österreich stammt weit gehend aus dem Jahr 1848 – einer Zeit, in der Pferdekutschen und Ochsengespanne die gängigsten Verkehrsmittel waren. Österreichweit gibt es 191 Bezirksgerichte, jedoch nur 99 Bezirksverwaltungsbehörden. Bereits an diesem Vergleich sieht man, dass in den vorhandenen Gerichtsstrukturen Reformbedarf herrscht.

Der einzelne Bürger hat in diesem Land in seinem Leben viel öfter bei den Bezirkshauptmannschaften zu tun als bei den Bezirksgerichten. Es gibt sogar Statistiken, wonach der Bürger überhaupt nur ein einziges Mal in seinem Leben mit einem Bezirksgericht in Kontakt tritt.

Für die Steiermark gilt, dass es in den 17 steirischen Bezirken 35 Bezirksgerichte gibt, jedoch nur 20 Bezirksverwaltungsbehörden.

Durch die von Bundesminister Böhmendorfer geplante Gerichtsreform wird es hier zu Änderungen und somit auch zu Verbesserungen kommen. Wo liegt hier der Vorteil für den Bürger? Ja, das liegt klar auf der Hand: Durch neue Eingangsgerichte wird das Service des Bürgers wesentlich verbessert, da dieser alle Angelegenheiten beim Gericht in seiner Nähe abgeben kann. Weite Fahrten zu Landesgerichten fallen weg, er braucht nicht mehr zu bangen, dass sein Anliegen beim falschen Gericht abgegeben und dadurch unnötig verzögert wird.

Auch die Qualität der Rechtsberatung wird sich verbessern. An den Eingangsgerichten werden nämlich mehrere Richter beschäftigt sein, die jeweils auf einzelne Sachgebiete spezialisiert sind. Damit kann für den Bürger eine bessere Rechtsberatung erfolgen als bei Kleinstgerichten, wo ein einziger Richter sämtliche Rechtsmaterien behandeln muss.

Kritischer sind die beabsichtigten Schließungen von Gendarmerieposten zu sehen: Hier sollte Minister Strasser lieber schauen, dass die Präsenz auf den Straßen gegeben ist. Die Errichtung eines zusätzlichen Kabinetts mit 200 Beamten in Zeiten wie diesen ist sicherlich nicht der richtige Weg. Die Exekutive muss auf den Straßen mehr Präsenz zeigen und für die Einwohner sichtbar sein, und nicht hinter den Schreibtischen sitzen. (Beifall bei der FPÖ.)

Die steirische Bevölkerung hat nämlich angesichts der aktuellen Entwicklung ein steigendes Sicherheitsbedürfnis, da man mit dem Wegfall der Grenzen in diesem neuen Europa mit zunehmender organisierter Kriminalität, mit Menschenhandel, mit Schlepperei und Drogenhandel konfrontiert wird. Bei der Exekutive zu sparen hieße, wirklich am falschen Platz zu sparen! (Beifall bei der FPÖ und ÖVP.)

Hoher Landtag, seit dem 7. November 2000 arbeiten wir hier im Land mit der ÖVP zusammen, wie wir es seit dem 4. Februar auch im Bund tun. Die steirische Landesverfassung in ihrer derzeit gültigen Form verpflichtet aber alle Parteien zur Zusammenarbeit zum Wohl unseres Landes. (Beifall bei der FPÖ.)

Die SPÖ hat sich in der Steiermark aus der Verantwortung gestohlen, enttäuscht über das Wahlergebnis und beleidigt über die Tatsache, den Finanzreferenten verloren zu haben! Die Sozialdemokraten waren bereits bei den Budgetverhandlungen nicht bereit, konstruktive Vorschläge zur Sanierung des Landeshaushaltes zu liefern. Die SPÖ übt sich in Arbeitsverweigerung und kritisiert nur ein gut ausgearbeitetes Sanierungsbudget.

Doch unser Angebot zur Zusammenarbeit gilt weiterhin. Angesichts des Zustandes, in dem sich die SPÖ zurzeit befindet, haben wir allerdings keine großen Erwartungen. (Abg. Schrittwieser: „Lieber Kollege, wir sind Zukunft!“)

Durch die nun bereits über Monate gehende Diskussion über die Nachfolge des Parteiobermannes, lieber Siegi, wirkt die SPÖ wie gelähmt. Personalfragen und die Karrieren der eigenen Funktionäre scheinen ihr zurzeit wichtiger zu sein, als sich den wichtigen Fragen für die Zukunft unseres Land zu widmen. (Abg. Gross: „Das müssen gerade Sie sagen, Herr Klubobmann!“)

An diesem Beispiel, Frau Kollegin, sieht man, dass es mit der SPÖ momentan unmöglich ist, einen Ansprechpartner in Sachfragen zu finden. Ihr Parteiobermann ist sowieso schon abgemeldet und seinen Kronprinzen Flecker und Dörflinger geht es nur um die Frage, wer ihn beerben wird. (Abg. Tasch: „Den Schrittwieser hast du vergessen!“)

Einzig ihr Klubobmann Schrittwieser, von Rot auf Rosa umgewandelt, versucht hie und da so etwas wie Politik zu betreiben, auch wenn dabei nicht mehr herauskommt als billiger Populismus! (Beifall bei der FPÖ.) Siegi, du willst laut deiner heutigen Rede, trotz besseren Wissens, der Bevölkerung einreden, dass täglich 10 Millionen Schilling von der Steiermark nach Wien überwiesen werden. Fehlt ja nur noch, Siegi, dass die SPÖ behauptet, dass das Geld jeden Tag mit dem Rucksack über den Semmering nach Wien getragen wird. Auf Behauptungen derartigen Niveaus will ich gar nicht eingehen!

Von SPÖ-Seite gibt es keine Ideen und Vorschläge, wie der Landeshaushalt saniert werden könnte.

Forderungen im Sozialbereich, den Verteilungsschlüssel der Ausgaben zu Lasten des Landes zu ändern, sollen wohl nur zur Destabilisierung des Landes beitragen. Budgetansätze fortzuschreiben oder um einen bestimmten Prozentsatz zu erhöhen, das ist keine Politik, die auch nachfolgenden Generationen eine Zukunft bietet.

Fest steht, dass wir bei den Ausgaben im Sozialbereich und im Gesundheitswesen im Bundesländervergleich, lieber Siegi, jetzt hör genau zu, im Spitzenfeld liegen. Die Statistik zeigt deutlich, pro Alleinstehendem werden in der Steiermark 6.200 Schilling im Monat an Sozialleistungen ausgegeben, in Wien, wo bekanntlich Rot regiert, nur 5220 Schilling. Pro Ehepaar werden bei uns 9430 Schilling ausgegeben, in Wien nur 7703 Schilling. (Abg. Schrittwieser: „Du kannst weder mit 7000 Schilling noch mit 5000 Schilling leben. Das möchte ich festhalten. Weder in Wien noch in der Steiermark!“) Siegi, hör zu, jetzt kannst du etwas lernen. Bei den Sozialausgaben für Kinder liegen wir im Spitzenfeld: Das Land Steiermark gibt 1920 Schilling pro Kind aus, in Wien sind es nur 1565 Schilling pro Monat. So können wir uns sozialdemokratische Politik nicht vorstellen. Von Sozialabbau kann daher überhaupt keine Rede sein und das lasst euch bitte gesagt sein. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP.)

Im Gesundheits- und Sozialbereich kommt es zu keinen Kürzungen in der Steiermark. Landesrat Flecker erhält sogar um 200 Millionen mehr. (Abg. Gross: „Ich werde dich beim Nachtragsbudget daran erinnern. Anders wird es nicht gehen!“)

Es werden jedoch Maßnahmen gesetzt, um die gegenwärtigen Leistungen auf höchstem Niveau auch in Zukunft aufrechterhalten zu können. Das ist ein Zeichen von verantwortungsvoller Politik und dafür stehen wir Freiheitlichen! (Beifall bei der FPÖ.)

Wir Freiheitlichen werden dem Landesvoranschlag 2001 und 2002 zustimmen. Die Maßnahmen, die im Bereich der Spitalsfinanzierung durchgeführt werden, um den geforderten Überschuss als Beitrag zum Nulldefizit zu erreichen, beurteile ich aber durchaus kritisch. Hier werden Verbindlichkeiten geschaffen, die erst in einigen Jahren spürbar werden. Doch vom zuständigen Spitallandesrat kommen keine brauchbaren Konzepte, wie man die Kostenexplosion der Landesausgaben für den Spitalsbereich eindämmen könnte. Bei künftigen Budgets werden wir diesem Bereich besonderes Augenmerk schenken müssen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir Freiheitlichen stellen uns der Verantwortung für die Zukunft unseres Landes. Nach der letzten Landtagswahl wäre es uns ein Leichtes gewesen, uns aus dieser Verantwortung zu stehlen. Wir hätten uns zurücklehnen können und so, wie es die SPÖ zurzeit macht, billigen Populismus von der Oppositionsbank aus machen können.

Wir haben aber mit dem Infrastrukturressort ein großes, aber auch schwieriges Ressort ausverhandelt. Hier gilt es mit den vorhandenen Mitteln ein Maximum für unser Bundesland zu erreichen. In der Steiermark warten allein im Straßenbau baureife Projekte mit Gesamtkosten von insgesamt 9,7 Milliarden auf die Umsetzung, im Bahnbereich sieht es noch trister aus, hier fehlen mittelfristig 50 Milliarden Schilling. (Abg. Detlef Gruber: „Und wer verweigert das?“)

Die Vorgänger von Leo Schögggl aus dem ÖVP- und SPÖ-Bereich haben jahrzehntelang zugelassen, dass unser Bundesland, was die Infrastruktur betrifft, ins Abseits geraten ist. Für den Wirtschaftsstandort Steiermark ist aber gerade das Vorhandensein dieser Infrastruktur von entscheidender Bedeutung. Und da freut es mich außerordentlich, dass es unserem Regierungsmitglied gelungen ist, 3 Milliarden Schilling zusätzlich in die Steiermark zu holen. (Beifall bei der FPÖ.) 3 Milliarden zusätzlich für wichtige Straßen- und Schienenprojekte! Eine Leistung, die seinen Vorgängern nicht gelungen ist.

Meine Damen und Herren, die Zusammenarbeit der FPÖ und ÖVP in der Steiermark ist, wie auch auf Bundesebene, von einem neuen politischen Stil geprägt. Erinnern wir uns zurück. Bei den Landtagswahlen vor fünf Jahren hat die ÖVP massive Verluste einstecken müssen, die SPÖ hat dazugewonnen. Die Sozialdemokraten haben gleich nach der Wahl diese neue Macht ausgenützt, ja manche meinen sogar, rücksichtslos missbraucht, um ihren Einfluss im Land auszuweiten. Es wurden neue Abteilungen geschaffen, es wurden Posten in allen Bereichen des Landes verstärkt mit SPÖ-lern besetzt, ob bei den Bezirkshauptmannschaften, ob bei der Landesholding, ob bei der ESTAG, um nur einige Beispiele zu nennen. Es wurden Rücklagen geplündert und in SPÖ-Ressorts verpulvert, wie dies vor allem im Kulturbereich geschehen ist.

Rundfunkschilling, ganz richtig. Statt mehr Verantwortung zu übernehmen, ging es der SPÖ nur um Macht. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP.) Die Rechnung bekam sie vom Steirer bei der letzten Wahl präsentiert. Und genauso wird es der ÖVP ergehen, sollte sie ebenfalls in einen Machtrausch verfallen! (Abg. Gross: „Weil die FPÖ so viel gewonnen hat!“)

Es ist unser Auftrag, an die Interessen des Landes zu denken, und nicht an die Interessen der Partei. Wir werden der ÖVP auch die Grenzen aufzeigen und jede Form von Machtmissbrauch verhindern – das gilt übrigens auch für dich, Siegi. (Abg. Schrittwieser: „Bei uns wirst du das nicht feststellen können!“) Wir Freiheitlichen haben für die Zusammenarbeit mit der ÖVP die Erstellung eines klaren Arbeitsprogrammes als Bedingung gestellt.

Dieses Arbeitsprogramm für die Steiermark, das sehr stark freiheitliche Handschrift trägt, gibt es nun. Als Beispiele möchte ich nur einige Punkte erwähnen: Die Förderung der Forschung in der Steiermark durch die Technologiemilliarde des Bundes, die Einrichtung des Zukunftsfonds für wichtige Infrastrukturprojekte, die Schaffung eines Luft- und Raumfahrtclusters in der Obersteiermark, die Forcierung der Ausbildungsmöglichkeiten für die steirische Jugend durch Ausweitung der Fachhochschullehrgänge, die Schaffung eines speziellen Qualifizierungsprogrammes für Facharbeiter, die Einrichtung einer Facharbeiterakademie sowie die Forcierung von Ausbildungsmöglichkeiten für Frauen, insbesondere für den Wiedereinstieg ins Berufsleben. (Beifall bei der FPÖ.)

An der Umsetzung dieses Programmes wird unsere gemeinsame Arbeit zu messen sein. Meine Damen und Herren, jahrelang haben die Freiheitlichen landauf, landab die Forderung nach einer Besserstellung der Familien in Form des Kinderbetreuungsgeldes gefordert. Nun haben wir diese freiheitliche Forderung im Bund ab 1. Jänner 2002 umgesetzt. (Beifall bei der FPÖ. – Abg. Gross: „Mit 6000 Schilling soll eine Frau auskommen!“)

Damit wurde ein Meilenstein in der österreichischen Familienpolitik gesetzt, der den Frauen endlich die Wahlfreiheit zwischen Beruf und Familie bietet. Nun geht es darum, auch in der Steiermark das Kindergeld umzusetzen, damit unsere Familien sechs Jahre lang eine derartige Unterstützung erhalten. (Abg. Gross: „Die typische Aussage eines Mannes, mit 6000 Schilling sollen Frauen auskommen!“) Sie hätten jahrelang die Möglichkeit gehabt, etwas für dieses Land zu tun, Frau Kollegin, und bis jetzt haben Sie geschwiegen. (Abg. Gross: „Sie können mir nicht nachsagen, ich hätte geschwiegen!“)

Und heute, wo es das erste Mal um ein vernünftiges Budget geht, machen Sie den Mund zu weit auf. (Beifall bei der FPÖ.)

Das Arbeitsprogramm für die Steiermark ist für uns ein klar formulierter Auftrag, den wir gemeinsam mit der ÖVP umsetzen werden. Alle im Landtag vertretenen Parteien sind eingeladen, sich diesem Arbeitsprogramm anzuschließen zum Wohle unserer Steiermark! (Beifall bei der FPÖ.)

Wir Freiheitlichen verstehen uns als eigenständige Reformkraft, die bereit ist, Verantwortung für unser Land zu übernehmen. Gleichzeitig erfüllen wir aber auch eine wichtige Kontrollfunktion. Von Zeit zu Zeit versucht die ÖVP nämlich, zu jenem alten Stil der Packelei zurückzukehren, den wir Freiheitliche jahrelang bekämpft haben. Wenn jemand glaubt, dass wir die Mehrheitsbeschaffer der ÖVP sind, der hat sich getäuscht. Wir werden das Korrektiv in dieser Regierung und im Landtag sein. (Beifall bei der FPÖ.) Und das, meine Damen und Herren, haben wir auch schon bewiesen. Als Beispiel möchte ich hier die Vorkommnisse rund um das Gehalt der beiden Präsidenten des Landesschulrates erwähnen. Hier ist die ÖVP zur alten Packelei mit der SPÖ zurückgekehrt. Dabei wurden für die beiden Präsidenten des Landesschulrates Gehälter beschlossen, die unter der Bevölkerung nur ungläubiges Kopfschütteln verursachten. Keine Rede vom Sparen in diesem Bereich. Oder das Beispiel der Ausschreibung des Rechnungshofdirektors. Hier war die ÖVP offenbar vom Machtrausch so befallen und nannte den Medien bereits den neuen Rechnungshofdirektor, ohne dass mit den anderen Parteien jemals darüber geredet wurde. Die anderen Landtagsparteien sollten hier vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Das ist ein Stil, wie wir ihn in einer Demokratie nicht haben wollen. Hier ist es uns Freiheitlichen gelungen, dass die höchste Funktion, die der Landtag zu vergeben hat, noch einmal ausgeschrieben wird und eine ordentliche Bestellung durchgeführt wird. (Beifall bei der FPÖ.)

Auch unser Vertreter in der Landesregierung, Landeshauptmannstellvertreter Leo Schögggl, hat diese Eigenständigkeit zur ÖVP deutlich dokumentiert: Durch seine Initiative wurde die geplante Erhöhung der Tarife im Verkehrsverbund verhindert. (Beifall bei der FPÖ.)

Er war von Anfang an bereit, einen Beitrag durch Umschichtungen aus seinen Ressortmitteln zur Verfügung zu stellen – ganz im Gegensatz zu den beiden Finanzreferenten in Land und Stadt, die viel lieber die Bürger schröpfen wollten. Allein Landeshauptmannstellvertreter Leopold Schögggl ist es zu verdanken, dass den steirischen Pendlern und den steirischen Familien Preiserhöhungen im Verkehrsverbund erspart bleiben.

Aber auch für Projekte mit zweifelhaftem Nutzen für die Steiermark und ungeklärter Finanzierung, wie das beim Kunsthaus der Fall war, stehen wir Freiheitlichen nicht zur Verfügung. Hier haben ÖVP und Grüne eine Mehrheit gefunden. Wir werden sehen, wie erfolgreich die Zusammenarbeit in diesem Bereich ist.

Auch das muss hier gesagt werden: Wir Freiheitliche nehmen das Wahlergebnis vom Oktober 2000 sehr ernst. Der Wähler hat uns damals einen Denkkzettel verpasst. Aber unsere internen Probleme sind seit dem Parteitag am Sonntag ausgeräumt. Nun können wir unsere volle Kraft unseren eigentlichen Aufgaben zuwenden (Beifall bei der FPÖ.), nämlich uns der Kontrollfunktion im Land als Anwalt der Steirer, der Arbeit in der Regierung zum Wohle unseres Landes und der Umsetzung von notwendigen Reformen widmen. (Beifall bei der FPÖ.)

Reformen umzusetzen bedeutet aber auch, das bisherige Verhalten zu verändern. Entscheidend ist, dass wir jetzt die Weichen für die Zukunft stellen. Deswegen bekennen wir uns zum Nulldefizit in der Steiermark, obwohl dies sicherlich eine große Herausforderung ist. Wir nehmen diese Herausforderung an und werden daher dem Landesvoranschlag 2001 und 2002 unsere Zustimmung geben. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP.)

Gleichzeitig müssen wir auch in diesem immer größer werdenden Europa die Zukunft der Steiermark auf wirtschaftlicher Ebene sichern. Einerseits sind durch die Erweiterung der Europäischen Union in einigen Branchen Strukturanpassungen notwendig. Auf der anderen Seite besteht aber auch die Chance, aus der geografischen Lage am Rande der Europäischen Union ins Zentrum zu rücken. Dabei gilt es, die bereits vorhandenen Kontakte zu unseren Nachbarstaaten zu nutzen und die Zusammenarbeit zu intensivieren. Dadurch ergeben sich für den Wirtschaftsstandort Steiermark neue Chancen, die wir nützen müssen.

Hier sind wir alle gemeinsam aufgefordert, uns neue Projekte auszudenken und die vorhandenen Förderungsmöglichkeiten zu nutzen.

Bei all den Reformen, die jetzt notwendig geworden sind, darf man aber eines nicht vergessen: Das Ziel muss immer die soziale Gerechtigkeit, und nicht nur eine bloße Ausgewogenheit sein. (Abg. Schrittwieser: „Dann darfst du diesem Budget nicht zustimmen, wenn du das sagst. Es ist nicht sozial ausgewogen!“) Lieber Herr Klubobmann des SPÖ-Landtagsklubs, zur sozialen Gerechtigkeit gehört für mich auch Chancengleichheit. Es muss in diesem Land wieder möglich sein, dass jeder die Chance hat, sich in leitende Funktionen hochzuarbeiten – ohne Parteibuch, lieber Herr Klubobmann Schrittwieser. (Beifall bei der FPÖ.)

Einsatz, Leistung und Qualifikation müssen die entscheidenden Kriterien bei der Besetzung von freien Stellen sein, und nicht freundschaftliche Verbundenheit. (Abg. Schrittwieser: „Da unterscheiden wir uns nicht!“) Postenschacher und Packelei, so wie ihr das betrieben habt, müssen in der Steiermark endgültig der Vergangenheit angehören. (Beifall bei der FPÖ.)

Darin sehen wir Freiheitliche unsere Aufgabe als Anwalt der gesamten Steirer. (Abg. Gross: „Darum wird in Wien so agiert?“)

Zum Abschluss mein Appell an alle im Landtag vertretenen Parteien: Nehmen wir gemeinsam unsere Verantwortung für dieses Land wahr! Setzen wir gemeinsam unsere Kraft für die Steiermark ein! Konstruktive Arbeit, Herr Klubobmann, und Einsatz für unsere Steiermark sind das Mindeste, was man von einer im Landtag vertretenen Partei erwarten darf. (Abg. Schrittwieser: „Das hoffe ich!“) Das gilt auch für die SPÖ.

Meine Damen und Herren, ich weiß, die Geldverteilungsmaschine einzustellen und mit dem Sparen zu beginnen dürfte für Mächtige so schwer sein, wie mit dem Rauchen aufzuhören. Vermutlich ist wohl beides eine Sucht. Geldverteilen, gönnerhaft Geschenke mit Steuergeld zu machen, die Dankschreiben der örtlichen Funk-

tionäre zu sammeln, wird wohl genauso süchtig machen wie Nikotin. Damit aufzuhören dient in beiden Fällen der Gesundheit. Ohne Zigaretten lebt man gesünder. Ohne Verschwendung gesundet das Budget unseres Landes! (Beifall bei der FPÖ.)

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der FPÖ. – 11.27 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster erteile ich Frau Klubobfrau Landtagsabgeordneter Ingrid Lechner-Sonnek das Wort.

Abg. Lechner-Sonnek (11.27 Uhr): Frau Präsidentin, Frau Landeshauptfrau, sehr geehrte Regierungsmitglieder, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Damen und Herren hinter den Bildschirmen!

Es tut mir Leid Ihnen mitteilen zu müssen, dass Sie meine Rede dort nicht vorfinden werden. Ich habe gesehen, dass nach der Rede von Herrn Klubobmann Lopatka die Bildschirme schlagartig schwarz geworden sind. Ich habe aber trotzdem einen guten Tipp für Sie, wenn Sie über ökosoziales Wirtschaften, über Welt-offenheit, Solidarität, Frauenpolitik etwas lesen wollen – www.gruene.at (Beifall bei den Grünen. – Abg. Dr. Lopatka: „Das ist nicht schlecht!“) Sogar Klubobmann Lopatka bestätigt, dass man dort vieles finden kann. (Abg. Dr. Lopatka: „Zwei Ortsgruppen, Söchau und Graz, auch!“)

Das, was wir heute hier gehört und gesehen und erlebt haben, halte ich für eine beeindruckende Vorstellung von ÖVP und SPÖ und sie hat mich sofort erinnert an den Ausspruch – ich glaube, er stammt von Karl Farkas, aber ich glaube, viele Kabarettisten haben ihn schon wiederholt –, dass die Wirklichkeit wirklich jegliches Kabarett überbietet.

Ich habe – muss ich auch gleich einleitend gestehen – offensichtlich bisher die Macht von Finanzreferenten völlig unterschätzt. Wenn man heute so zugehört hat, könnte man den Eindruck gewinnen oder das Bild bekommen, dass allein der Finanzreferent nicht nur das Budget erstellt, sondern es auch beschließt.

In diesem Land, meine Damen und Herren, und das wissen wir alle, hat es mit Sicherheit in den letzten Jahrzehnten kein Budget gegeben, das nicht die Zustimmung der ÖVP gefunden hat. Dass die ÖVP jetzt über Schuldenpolitik spricht und das eindeutig und einzig dem SPÖ-Finanzreferenten zuweist, weist auf ein sehr selektives Gedächtnis hin. Das ist uns allerdings nicht fremd. Auch auf Bundesebene sehen wir das, wo die ÖVP heute die große Wendepartei ist und es vorzieht, nicht mehr daran zu denken, dass sie lange Jahre mitgestaltet hat.

Doch auch der SPÖ muss man sagen, dass für sie das Gleiche gilt. Sie hat in den letzten Jahren nicht nur über den Finanzreferenten, sondern auch über etwas mächtigere Regierungsmitglieder, als sie es heute sind, sehr wohl entscheidend die Weichen gelegt für eine Politik der Schulden, durchaus für eine Politik, die die Situation erzeugt hat, die wir heute haben.

Und zur FPÖ: An der FPÖ fällt auf, dass sie heute den großen Spagat versucht oder ein schlechtes Kurzzeitgedächtnis hat. Vor einem halben Jahr ist hier eine Koalition zwischen ÖVP und FPÖ entstanden. Heute hat man das Gefühl, da muss jemand Eigenständigkeit demonstrieren und muss zur gleichen Zeit als Koalitionstreuer einem Budget zustimmen, was dem Klubobmann offensichtlich persönlich zu einem Teil auch peinlich zu sein scheint.

Ganz daneben habe ich es gefunden, wenn er von Lähmungserscheinungen in Sachen Parteiführung spricht, denn ich denke, gerade die FPÖ hätte eigentlich in letzter Zeit genug Anlass gehabt, vornehm zu diesem Thema zu schweigen.

Insgesamt war das eine beeindruckende szenische Umsetzung zum Thema der eigenen Unschuld. Niemand ist schuld, dass die Situation derzeit so ist. Der Landtag ist allerdings keine Spielstätte der Vereinigten Bühnen, meine Damen und Herren. Das, was wir gehört und erlebt haben, war auch eine beeindruckende Performance zum Thema Proporzverfassung dieses Landes Steiermark und die Mängel der Proporzverfassung.

Komplettiert wird diese ganze Situation dadurch, dass nur drei Abgeordnete in diesem Haus nicht einer Regierungsfraktion angehören, dass diese drei Abgeordneten die Budgetunterlagen – die Zahlen und Erläuterungen – acht Tage vor dieser Situation, acht Tage vor Beginn des Budgetlandtages erhalten und nur so lange Zeit haben, ihrem Kontrollauftrag nachzukommen.

Das Budget wurde uns gebunden überreicht, was ein weiteres Zeichen dafür ist, dass Diskussion und Veränderung nicht wirklich erwünscht ist. Dieser Eindruck hat sich auch erhärtet bei der heute schon angesprochenen Sitzung des Finanz-Ausschusses, wo einige Landesräte nicht in der Lage waren, Fragen nach ihren Budgets zu beantworten und manche von Ihnen auch erkennen ließen, dass dies eigentlich ein relativ überflüssiges Ansinnen ist und dass sie das eigentlich gar nicht notwendig haben. Ich möchte in diesem Zusammenhang besonders den Landeshauptfraustellvertreter Schögggl erwähnen, der es wirklich offensichtlich nicht für nötig findet, Nachfragen zu beantworten.

Ein weiterer Kritikpunkt zur Ausgangsposition. Wir haben hier ein Budget für die nächsten zwei Jahre zu beschließen, das große Weichenstellungen enthält. Wir verfügen aber nicht über den Rechnungsabschluss des Jahres 2000. Ich halte das, auch wenn so ein Landeshaushalt eine sehr umfangreiche und komplexe Sache ist, für eine denkbar schlechte Voraussetzung, über ein Doppelbudget zu entscheiden.

Die Abschaffung des Proporz ist aus den genannten und noch weiteren Gründen eines der vorrangigen Ziele der grünen Landespolitik. Erst wenn es gelingt klarere Verhältnisse zu schaffen, werden wir eine solche Situation der kollektiven Unschuld vielleicht nicht mehr erleben. Und an die SPÖ adressiert, ich denke, Sie

hätten die einmalige wunderbare Gelegenheit, ihr Oppositionsprofil zu schärfen, indem Sie der Abschaffung der Proporz zustimmen. Offensichtlich gibt es ja doch noch immer genug Vorteile, um an der bestehenden Verfassung festzuhalten.

Nun zu den Grundlagen des Budgets. Es hat wahrscheinlich in den letzten Jahren kein Budget gegeben, das so sehr von der Bundessituation, vom Bundesbudget beeinflusst war wie dieses Budget. Sparen allein, meine Damen und Herren, ist noch kein Programm, aber es kann Vorwand sein, politisch ungeliebte Sachen zu entsorgen und loszuwerden. Das Nulldefizit, es ist heute schon einige Male angesprochen worden, hat schon fast den Charakter einer Ersatzreligion angenommen. Das Dogma „Schulden sind schlecht“ steht über allem. Meine Damen und Herren, Sie alle wissen, dass Schuldenmachen eine Frage von Sinnhaftigkeit ist. Ich frage Sie, welcher Unternehmer, welcher ordentliche seriöse Familienvater, mit dem hier immer wieder argumentiert wird, es heute schafft und es auch will, ohne Schulden zu machen zu arbeiten. Ein Betrieb, der alles erwirtschaften muss, bevor er eine Investition machen kann, wäre ein armer Betrieb. Das ist nicht die gängige Praxis. Schulden einfach und pauschal abzulehnen ist nicht Ordnung, vor allem dort, wo es um Investitionen für die nächsten Generationen geht. (Beifall bei den Grünen und der SPÖ.)

Es ist vollkommen in Ordnung, wenn man diejenigen, die davon profitieren werden, dass man heute investiert, einbezieht in die Verantwortung und einbezieht in die Ableistung dessen, was man an Krediten, an Darlehen aufnehmen hat müssen. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Sie wissen schon, dass wir genug Schulden haben!“) Ich weiß, dass wir genug Schulden haben, ich bin auch dafür, dass es weniger werden, aber ich muss Ihnen sagen, dass das, warum es so viel Schulden sind, jetzt in der Steiermark auch einen zweiten Blick wert ist und da werde ich noch hinkommen.

Das Nulldefizit wird nicht nachhaltig sein. Das haben die Grünen auf Bundesebene mehrmals und deutlich dargestellt. Besonders das Wahljahr 2003, für das Finanzminister Grasser eine Steuerreform angekündigt hat und weitere zusätzliche Ausgaben, wird dem sicher den Garaus machen. Doch nicht nur die Grünen sind dieser Meinung. Ich habe der heutigen „Kleinen Zeitung“ entnommen, dass von EU-Ebene eine Rückmeldung gekommen ist, die sagt, dass die Einsparungen zu sehr auf Einmaleffekten beruhen und auf Steuererhöhungen und auf Ausgabensenkungen. Das Nulldefizit hängt in Wirklichkeit entscheidend davon ab, ob die Länder in der Lage sind, den Beitrag von 23 Milliarden Schilling zu leisten. Diesen „Verhandlungserfolg“ müssen die Grünen als großen Fehler bezeichnen und er wird sich zu einer großen Belastung für das Land auswachsen und er ist mit einem sehr großen Risiko verbunden. Herr Schrittwieser hat es heute schon gesagt, die Ertragsanteile werden einbehalten, und zwar – Bundesminister Grasser hat es am Sonntag in der „Pressestunde“ gesagt – sofort im folgenden Jahr. Das heißt, wenn es uns heuer nicht gelingt, wenn es dem Land heuer nicht gelingt, den Pakt einzuhalten, das wirklich zu schaffen, was festgeschrieben ist, was vereinbart ist, was von unserer Seite oder von Seite des Finanzreferenten, der Landeshauptfrau, dem Bund angeboten wurde, dann werden wir das, was wir nicht schaffen, noch einmal drauflegen und abliefern müssen. Ich denke, das ist wirklich als fahrlässig zu bezeichnen, dass man ein Land in diese Situation bringt. Die Stellungnahme des internationalen Währungsfonds weist auch darauf hin, dass das Nulldefizit sich viel zu stark auf die Leistungen der Länder und Gemeinden abstützt und dass es unwägbare Kosten im Bereich des Kindergeldes gibt. Man weiß mittlerweile, dass das Kindergeld 16 Milliarden Schilling kosten wird. Ich darf Sie darauf hinweisen, dass das fast 70 Prozent des Betrages ist, den die Länder im Rahmen des Stabilitätspaktes beizusteuern haben.

Und nun zu den Altlasten, meine Damen und Herren. Wir befinden uns in einer Situation, wo es so aussieht, als ob es keine andere Möglichkeit gäbe als ein drastisches Sparbudget zu schnüren und zu erstellen, aber der Vertrag von Maastricht ist zehn Jahre alt. Die Länder haben sich grundsätzlich sehr lange Zeit gelassen, sich überhaupt damit zu beschäftigen. Auf Länderebene und Bundesebene hat man sich lange der Illusion hingegen, dass man mit der EU schon handeln können. Man wird mit der EU schon ausmachen können, was Maastricht-konform ist und was notwendig ist. Diese Illusion ist auf Bundesebene schnell ad acta gelegt worden, nicht jedoch auf Landesebene.

Ich muss allerdings sagen, da gibt es große Unterschiede zwischen den Bundesländern. In den letzten Jahren haben verschiedene Bundesländer doch damit begonnen, ihren Landeshaushalt in Ordnung zu bringen, zu sanieren. Die Steiermark hat völlig atypisch reagiert. Besonders die Jahre 1998 und 1999 zeigen, dass von einer Budgetkonsolidierung überhaupt nicht gesprochen werden kann, sondern dass viele neue Belastungen hinzugekommen sind. Und dafür, meine Damen und Herren, sind alle Parteien, die diese Budgets beschlossen haben, hier in diesem Hause verantwortlich; alle Parteien!

Die grüne Kritik im Allgemeinen: Die Budgetkonsolidierung ist also nicht längerfristig geplant worden und das betrifft die Bundes- und die Landesebene. Die Budgetkonsolidierung wäre aus grüner Sicht auf Bundesebene auch mit ganz anderen Mitteln möglich als jene, die gewählt werden, ohne Umverteilung von unten nach oben. Und zwar, wenn man – und ich nenne nur ein paar Beispiele – im Militärbereich auf Anschaffungen verzichten würde, auf das genannte Kindergeld verzichten würde und in der Siedlungswasserwirtschaft einsparen würde. Doch es könnte auch zusätzlich noch sozial verträgliche Mehreinnahmen geben. Österreich liegt im unteren Mittelfeld beziehungsweise ist langsam in der Gefahr Schlusslicht zu werden, wenn es um die Besteuerung von Kapitalerträgen und der Vermögenssteuer geht. Das, denke ich, ist grundsätzlich zu hinterfragen, auch was mit den Stiftungen passiert ist. Und wenn man gesehen hat, wie Finanzminister Grasser rasch auf Parteilinie zurückgebracht worden ist, als er laut darüber nachgedacht hat, wie man mit Stiftungen auch anders verfahren könnte, spricht das eine deutliche Sprache.

Wirtschaftsexperte Schulmeister hat zum Budget 2000 des Bundes gesagt, er hat seit Jahrzehnten kein so politisches Budget mehr gesehen. Ich denke, das wird auch für diese Budgets gelten. Er hat damit gemeint, dass es noch nie so sehr, oder in den letzten Jahren und Jahrzehnten, keine so deutliche Umverteilung von unten nach oben gegeben hat.

In dieser ganzen Situation ist an der ÖVP Steiermark eine sehr wankelmütige Haltung zu sehen. Während der Budgetdebatte im Bund war die Parteidisziplin komplett. Es war kein Ton der Kritik zu hören. Sobald das Budget abgeschlossen war, von ÖVP und FPÖ über die Bühne gebracht war, hat Landeshauptfrau Klasnic gesagt, beim jetzigen Stand und in der jetzigen Form sei der Stabilitätspakt nicht unterschriftsreif. Wir beschließen hier – oder sollen hier – allerdings auf der Basis dieses Stabilitätspaktes, ein Budget beschließen, meine Damen und Herren. Herr Klubobmann Lopatka hat davon geredet, dass die Grenze des Erträglichen erreicht sei und gemeint, wie weit Bundesrecht gehen kann und was von den Länderrechten überhaupt noch übrig bleibt.

Das ist keine Gefährdung der Länderrechte, Herr Klubobmann, sondern das ist das Problem der Sippenhaftung von der ÖVP-Landes- und Bundesebene, von der Verbindung, von der Verbundenheit zur ÖVP-Regierung auf Bundesebene und ein Ergebnis der schlechten Budgetdisziplin der letzten Jahre. Und das ist hausgemacht und dafür hat die ÖVP auch die Verantwortung zu übernehmen, und das nicht einem SPÖ-Referenten alleine in die Schuhe zu schieben. (Beifall bei den Grünen und der SPÖ.)

Es ist also eine inkonsistente Haltung innerhalb der ÖVP festzustellen. Herr Paierl hat vor einer Woche bei der Einreichung des Budgets zum Beispiel das Selbstbewusstsein genannt, dass die Steiermark den Konsolidierungsbeitrag von 3,3 Milliarden an den Bund erbringt. Er hat davon gesprochen, dass er Mitspieler in Europa sein will oder die Steiermark Mitspielerin in Europa sein möge, und nicht Provinz hinter den Bergen. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Ich möchte Sie mitnehmen!“) Er möchte mich mitnehmen, danke für die Einladung. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Sie sollten dabei sein!“)

Aber es kann nicht gleichzeitig richtig und falsch sein. Ich sehe den Versuch innerhalb der steirischen ÖVP, den unmöglichen Spagat zu schaffen, gleichzeitig dafür und dagegen zu sein, was den Stabilitätspakt betrifft, um nach allen Seiten keine Angriffsfläche zu bieten. Es ist auch inkonsistent, sich während der Budgetrede völlig jeglicher Meinungsäußerung zu enthalten und danach in Sachen Kindergeld einen Rückzieher zu machen, wie es auch Herr Landesrat Paierl gemacht hat. Wie er noch sein Budget präsentiert hat in der Steiermark, das war im März, habe ich im „Kurier“ gelesen, hat er gesagt, er erhofft sich einen positiven Effekt von der Einführung des Kindergeldes, einen positiven Effekt in Richtung Einsparung der Gelder im Kinderbetreuungsbereich! Das finde ich eine sehr erhellende Äußerung, es zeigt, woran die ÖVP interessiert ist, mit Sicherheit nicht an einer guten Kinderbetreuung. Vor kurzem hat er dann angezweifelt, dass das Kindergeld überhaupt eine gute Sache ist, weil es zu viel kostet. Die Argumentation ist in jedem Fall eine rein monetäre, das fällt auf jeden Fall auf.

Indem die Steiermark, wie auch hochrangige ÖVP-Politiker in anderen Bundesländern, während der Budgeterstellung so gut geschwiegen und so sehr die Parteidisziplin gewahrt hat, konnte Finanzminister Grasser in der Budgetrede den Stabilitätspakt bereits als völlig fertiges Produkt präsentieren.

Was ich in diesem Zusammenhang besonders spannend und interessant finde ist, wie schnell sich die Bedeutung und der Gebrauch eines Begriffes verändern kann. Sie erinnern sich sicher, dass im letzten Jahr das Wort, der Begriff der „Sanktionen“ das absolute Tabuwort war. Heutzutage nimmt es gerade ein FPÖ-Minister, nämlich Finanzminister Grasser, doch nicht ungern in den Mund. Er spricht zwar, dass die Sanktionen den Charakter eines Anreizes oder der Motivation zur Zielerreichung haben, aber ich finde, meine Damen und Herren, das erinnert an die schwarze Pädagogik und an sonst gar nichts. (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Die schwarze Pädagogik hat aber mit der ÖVP nichts zu tun!“)

Zum steirischen Budget allgemein: Wir sehen das Budget an als Umsetzung, als willige Erfüllung von Versprechungen, die die Landeshauptfrau dem Finanzminister gemacht hat (Beifall bei den Grünen.) und sicher nicht als Umsetzung der Versprechen, die noch vor einem halben Jahr im Wahlkampf gemacht wurden. Wenn ich zitieren darf: Es war von Sicherheit die Rede, was ja mit Sicherheit auch Soziales umfasst, soziale Sicherheit. Es war die Rede von Wohlstand für alle und von Zukunftsorientierung.

Das Budget steht auf sehr wackligen Füßen. Im Sozialbereich wird man, und das hat Soziallandesrat Flecker schon aufgezeigt, spätestens im Oktober nicht mehr auszahlen können. Dann wird es entweder zur beliebten Praxis der außerplanmäßigen Ausgaben kommen, die im Nachhinein von Ihnen hier abgesegnet werden, oder man wird die Leute auf den zivilrechtlichen Weg verweisen. Das heißt, sie können ja eh prozessieren dafür, dass sie etwas bekommen, was eigentlich eine Pflichtleistung des Landes ist.

Und die angekündigten Strafzahlungen werden und können die Situation drastisch und dramatisch verschlechtern, bereits im Jahr 2002. Das heißt, dass eines der beiden Budgets, die hier in diesem Budgetlandtag beschlossen werden, mit großer Wahrscheinlichkeit überhaupt nicht mehr haltbar sein wird.

Das Budget darf jedoch nicht nur ein Instrument des Stabilitätspaktes sein, sondern ist das Instrument, Rahmenbedingungen für alle im Land zu schaffen, und zwar in Bereichen, in denen nachhaltige Maßnahmen für eine lebenswerte Steiermark gesetzt werden sollten. Da geht es um soziale Unterstützung für soziale Sicherheit. Da sollte und muss es gehen um ökologische Maßnahmen zur Sicherung der Lebensgrundlagen, auch für zukünftige Generationen. Es geht um gerechte Verteilung bei einem Budget. Es geht um transparente Planung und Abwicklung. Und man soll auch mit Hilfe eines Budgets und im Rahmen eines Budgets vorausschauen und alternative Entwicklungen entwickeln und vorantreiben und nachhaltige Wirkungen bedenken und anstreben. Ausgrenzungsmechanismen ist entgegenzusteuern, klar und entschieden, ob sie wirtschaftlicher oder sozialer Natur sind.

Ein Budgetersteller und ein Landtag, der Budgets beschließt, hat an alle zu denken, die da leben. An wen hier gedacht wurde beim Budgeterstellen? Ich vermute an die Disziplin der Landeshauptfrau, daran, dass sie sich gebunden hat mit dem Versprechen mit dem Beitritt zum Stabilitätspakt gegenüber dem Finanzminister Grasser und letzten Endes auch gegenüber der Bundes-ÖVP. Finanzminister Grasser sagte in der „Pressestunde“ am Sonntag: „Die Landeshauptleute wissen schon, was sie zusagen können!“ Wir können diese Zuversicht nicht teilen. (Beifall bei den Grünen.)

Nun zu den Vorhaben, die Landesrat Paierl in Sachen Sanierung deklariert hat:

Die Struktur- und Aufgabenreform. Das ist etwas, was man derzeit überall lesen kann. Jeder sagt das und meistens heißt es nur, da müssen wir dringend etwas tun. Viel mehr ist damit eigentlich nicht gesagt.

Der Raschauer-Bericht, der auf Bundesebene erarbeitet wurde, ist eigentlich nur eine Aufzählung von technisch möglichen Einsparungen. Was anderes sollte er auch nicht sein, wird allerdings schon so verwendet, als wäre darüber entschieden worden, als wären die politischen Ziele formuliert, die mit diesen Einsparungen Hand in Hand gehen. Denn ein ganz großer Trugschluss, meine Damen und Herren, ist zu glauben, dass eine Struktur- und Verwaltungsreform etwas Unpolitisches ist. Das ist in Wirklichkeit etwas sehr Politisches.

Die Finanzämter, sie sind heute schon genannt worden, wenn sie eingeschränkt werden – ich weiß, das entscheiden nicht wir hier, aber trotzdem –, dann befürchte ich, dass das auch die Einschränkung von Leistungen der Finanzämter ist. Und das ist auch rein wirtschaftlich, betriebswirtschaftlich auf Staatsebene unter Umständen eine sehr kontraproduktive Maßnahme. Ich weiß nicht, ob Sie wissen, dass in der Steiermark zum Beispiel die Betriebsprüfungen sehr ausgebaut worden sind. Der Bereich der Betriebsprüfungen im Finanzamt, in den steirischen Finanzämtern ist gut besetzt. Das heißt, dass im Rahmen der steirischen Landesgrenzen Betriebe minimal alle drei Jahre geprüft werden. In Wien, wo man das nicht investiert hat, wo man diesen Bedarf nicht gesehen hat, aus welchen Gründen auch immer, gibt es Prüfintervalle von bis zu 20 Jahren. Meine Damen und Herren, Sie wissen, dass innerhalb von 20 Jahren eine Firma mehrmals das Licht der Öffentlichkeit erblicken kann und auch wieder sanft oder auch weniger sanft verlöschen kann. 20 Jahre sind ein Zeitraum, der eigentlich nur sagt, dass man vieles machen kann, ohne dass das Finanzamt dem näher tritt.

Ich wünsche mir nicht, dass so eine Situation bundesweit gültig wird. Wenn die Finanzämter in diesem Ausmaß, wie angedroht, reduziert werden sollen, dann wird das aber sicher der Fall sein. Alles andere zu behaupten ist in Wirklichkeit Augenauswischerei, denn ich weiß nicht, wie es zu Einsparungen kommen soll, wenn Sie damit nicht Personalkosten meinen und wenn Sie damit nicht auch weniger Betriebsprüfer meinen.

Ich habe heute dem Begleitblatt der ÖVP zur Budgetdebatte, der „Steirischen Wochenpost“, entnommen, was alles gemeint ist mit der Struktur- und Aufgabenreform, zum Beispiel eine Pensionsreform, Besoldungsreform, Dienstrechtsreform, Neuregelung der Personalbedarfserhebung und so weiter. Da ist vieles, aber es ist nichts davon schnell budgetwirksam. Ich halte es für einen totalen Trugschluss zu glauben, dass im Kontext mit dem Nulldefizit diese Struktur- und Aufgabenreform wirksam sein kann. Ganz bestimmt nicht.

Und eine Reform, die nur zum Inhalt und zum Ziel hat, das Ganze billiger zu machen und nicht die Qualität im Auge hat und die Verbesserung der Qualität im Auge hat, ist aus unserer Sicht ohnehin grundsätzlich abzulehnen.

Wenn ich in der „Steirischen Wochenpost“ auch lese „Straffung und Beschleunigung von Personalentscheidungen“, drängt es mich, etwas anzusprechen, was in den letzten Jahren schon sehr heftig und immer wieder hier diskutiert worden ist, aber nie zu einem Abschluss gekommen ist, und zwar ein Objektivierungsgesetz. Das ist absolut nötig, meine Damen und Herren.

Nächster Punkt, Erlöse aus Vermögensverkäufen. Wir verschließen uns sicher nicht dem Aufspüren von Einsparungspotenzialen in einzelnen Ressorts, wenn inhaltlich die Richtung stimmt. Wenn jedoch diese Einsparungen den Charakter von Einmaleffekten haben, dann sind sie natürlich in Zweifel zu ziehen. Zusätzlich sind noch weitere Fragen zu klären, die mit einer solchen Vorgangsweise gekoppelt sind, und zwar, was soll wann, wem und wie verkauft werden. Da ist vieles offen und es sind riesige Unterschiede möglich. Wenn man unter Druck (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Frau Abgeordnete!“), hören Sie mir noch ein bisschen zu, Herr Landesrat, wenn man unter Druck möglichst schnell möglichst viel verkaufen will und das auch noch veröffentlicht, wie das natürlich der Fall ist, auch indem wir hier darüber reden, dann bringt man sich in eine wesentlich schlechtere Verkaufsposition, insbesondere dann, wenn nur wenige Käufer in Frage kommen. Der Rechnungshof hat auf Bundesebene die diesbezügliche Praxis – auch dort macht man das immer wieder so – heftig kritisiert. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Ich nehme das ernst!“) Und ich weiß nicht, ob Sie das wissen, der Bundesrechnungshof ist in dieser Sache gänzlich unverdächtig, denn Herr Präsident Fiedler ist ein großer Fan und ein sehr begeisterter Befürworter von Privatisierung. Allerdings wurden im Bundesrechnungshof viele dieser Vorgänge, viele dieser Vermögensveräußerungen daraufhin überprüft, was mögliche Erlöse gewesen wären und welche Erlöse erzielt wurden und viele dieser Vorgänge wurden im Nachhinein eindeutig negativ beurteilt. Mit dieser Form, in kurzer Zeit sehr viel verkaufen zu wollen und das auch sehr breit allen kundzutun, bringen Sie das Land Steiermark in eine ähnliche Lage wie einen Konkursfall, wo durch den großen Verkaufsdruck und den Zeitdruck eine Situation entsteht, wo Vermögen, Vermögenswerte zu einem wesentlich geringeren Wert über die Budel gehen als das eigentlich sein sollte oder als es eigentlich möglich wäre.

Der Zukunftsfonds, ich habe heute das erste Mal etwas Genaueres über den Zukunftsfonds gehört und zwar vom Klubobmann Lafer. Grundsätzlich klingt das ja so, wer kann schon dagegen sein, wenn ein Fonds für die Zukunft gegründet wird, für die Zukunft zur Sicherstellung der Chancen, der Zukunft für die Steiermark? Wichtig ist allerdings zu definieren, was die politischen Ziele dieses Fonds sind und welche Aktivitäten aus

diesem Fonds gespeist werden können. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Sind definiert!“) Sind definiert! Es wäre wirklich ein schöner Zug von Demokratie und Respekt vor der Opposition, solche Unterlagen der Opposition zur Verfügung zu stellen, Herr Kollege. (Beifall bei den Grünen.)

Nächster Punkt, die Landesimmobiliengesellschaft als Versuch einer Neustrukturierung des Immobilienmanagements. Auch auf Bundesebene gibt es derzeit entsprechende Bemühungen, der Entwurf einer Bundesimmobiliengesellschaft wird bereits auf EU-Ebene begutachtet und – das muss ich Ihnen leider mitteilen – nicht ausschließlich positiv beschrieben. Ich muss natürlich auch dazusagen, die Landesimmobiliengesellschaft, wenn es überhaupt dazu kommt, dazu ist ja die Bundesimmobiliengesellschaft Voraussetzung, dient nur der Budgetkonsolidierung nach Maastricht-Kriterien. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Ich werde es erklären!“) Man kann es auch Budgettrick nennen, Herr Landerat. Auch hier ist noch vieles zu klären, damit die Interessen des Landes weiterhin gewahrt bleiben. Die Kontrollfunktion des Landtages geht natürlich zurück, wenn es eine Ausgliederung in eine andere Gesellschaft gibt. Und nach der Gründung der Landesimmobiliengesellschaft bleibt ja auch die Zeit nicht stehen. Es gilt zu verwalten, es wird das eine oder andere verkauft werden oder das eine oder andere angeschafft. Wie wird damit umgegangen? Wer trifft die Entscheidungen? Dem Rechnungshof und seiner Kontrolltätigkeit wird in diesem Zusammenhang sicher eine wichtige Rolle zukommen. Leider handelt es sich dabei ja eher um eine Prüfung im Nachhinein. Zur Vereinfachung der Haushaltsbewirtschaftung, wo überplanmäßige und außerplanmäßige Ausgaben nach Maßgabe von Mehreinnahmen als genehmigt gelten sollen, ist anzumerken, dass durch eine solche Veränderung die Kontrolltätigkeit des Landtages schwer beeinträchtigt werden würde, wo es in manchen Teilbereichen um sehr große Summen gehen kann und in anderen nicht. Aber wenn die Haushaltsführung wirklich verbessert werden soll, dann würden wir uns wünschen, durch die Einführung einer begleitenden Budgetkontrolle. Eine Veränderung darf nicht zur Verschlechterung von Kontrollmöglichkeiten führen.

Und nun zur Sozialpolitik. Wir haben heute schon einiges gehört, auch die Kritik, dass der Verwaltungsapparat zu aufwendig sei, dass es unterschiedliche Vorgangsweisen der Verrechnung an Träger gibt, dass es Günstlinge gibt und so weiter. Ich habe kein Problem damit, dass man Fragen nachgeht, die in diesem Bereich liegen, dass man schaut, dass wirklich gut gewirtschaftet wird, ordentlich, transparent und gerecht. Aber ich glaube nicht, meine Damen und Herren, dass das, was dort zu lukrieren ist, in der Größenordnung von fast 500 Millionen liegt, die im Sozialbudget fehlen. Das ist auch wieder Augenauswischerei, so zu tun, als würde das damit möglich werden. Insgesamt und vorausschauend, bevor ich mich inhaltlich mit dem Sozialbereich auseinandersetze, ist gleich festzustellen, dass hier derselbe Fehler gemacht wird wie bei der Struktur- und Aufgabenreform. Es ist in diesem Bereich keine schnelle Einsparung möglich. Das müssen Sie sich bewusst machen. Nur mit einem Kahlschlag ist das möglich. Jeder Umbau, der ohne Qualitätsverlust passiert, jeder Umbau des Sozialsystems wird nicht automatisch weniger Geld kosten, sondern vermutlich sogar mehr Geld kosten. Ich weiß nicht, ob Sie damit so vertraut sind, aber Experten sagen eindeutig, dass in der Steiermark großer Nachholbedarf im Sozialbereich besteht. Wir leisten längst noch nicht alles, was geleistet werden müsste. Allein die Tatsache, dass im Behindertenbereich die Gesetzesgrundlage aus dem Jahre 1964 datiert ist. Wir geben das meiste Geld dafür aus, ich bin dafür, dass es auch so ist. Ich finde, dass das Land Sozialleistungen zu erbringen hat, aber ich finde, es ist eine Augenauswischerei zu sagen, hier muss konsolidiert werden und das wird 2001 und 2002 schon wirksam werden. Das geht nur, wenn man drastisch zurückschraubt, drastisch abbaut und dafür sind die Grünen ganz sicher nicht zu haben.

Soziallandesrat Flecker hat im Finanz-Ausschuss von 456 Millionen Unterdeckung im Sozialbereich gesprochen. Das sind Pflichtleistungen, die das Land erbringen muss. Das heißt, das Land hat durch den Beschluss von Gesetzen dafür eine Grundlage geschaffen und muss sich wohl selbst daran halten. Das liegt eigentlich auf der Hand. Das Wirtschaftswachstum ist in diesem Zusammenhang eine unerhebliche Größe. Es wird nämlich immer herangezogen, wenn es darum geht zu schauen, wie geht es den Menschen in der Steiermark. Es wird immer herangezogen als Beweis, dass alles in Ordnung ist. Aber das Hohe Lied des Wirtschaftswachstums gibt verdammt wenig Auskunft darüber, wie die Einkommenssituation der Steirerinnen und Steirer ist. Die Steiermark ist das einkommensschwächste Bundesland und hat das geringste Wohlstandsniveau Österreichs. Der Bezirk Hartberg gehört zu den drei einkommensschwächsten Bezirken in ganz Österreich. Man muss also resümieren, das Wirtschaftswachstum kommt nicht allen zugute. Präsident Küberl hat sich öffentlich geäußert – auch er ist heute schon einmal angesprochen worden – und hat gefordert, dass alle Parteien einen gemeinsamen sozialen Kurs einschlagen sollen. Eines ist mir sehr wichtig zu wiederholen, was er auch gesagt hat, und zwar, es kann nicht nur ums Überleben gehen. Das Ziel ist eine gerechte Verteilung. Und er hat auch die aktuellen Zahlen genannt, die uns wirklich Auskunft darüber geben, wie gerecht die Verteilung ist. 50.000 Menschen in der Steiermark sind arm und 60.000 Menschen in der Steiermark sind armutsgefährdet. Armut wird für uns ein Thema sein, auch wenn Sie nicht wollen, meine Damen und Herren. Armut ist eines der großen sozialen Themen auf EU-Ebene der nächsten Jahre. Präsident Küberl hat sich für eine Grundsicherung ausgesprochen. Das hat mich sehr gefreut, weil die Grundsicherung ist ein grünes Modell, der Absicherung der sozial Schwächsten. Auch die SPÖ hat sich mittlerweile dem angeschlossen. Ich hoffe, dass wir da ein paar Schritte weiterkommen.

Wichtig ist mir jedoch, ein Ding, ein Element anzusprechen, das Sozialminister Haupt sehr gerne ins Treffen führt, wenn er gefragt wird, was man denn in Österreich gegen die Armut tue, und zwar das Kindergeld. Wenn das Kindergeld so praktiziert wird, wie es jetzt aussieht, dann wird es mit Sicherheit dazu führen, dass Frauen vom Arbeitsmarkt verdrängt werden oder/und in den Teilzeitbereich gedrängt werden. (Abgeordneter Gödl: „Aber geh!“)

Ja, Sie können anderer Meinung sein, das ist meine Meinung.

Dass Klubobmann Lafer in den letzten Tagen dann noch ein Schäufelr hinzugelegt und gesagt hat, dass er dafür ist, dass das Kindergeld in der Steiermark nicht nur bis zum Ende des dritten Lebensjahres ausbezahlt werden soll, sondern bis zum sechsten Lebensjahr, das habe ich wirklich überhaupt nicht mehr verstanden. Ich kann verstehen, warum er das sagt. (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Man muss nicht alles verstehen!“)

Aber 750 Millionen Mehraufwand, das ist fast doppelt so viel wie die Summe, die derzeit im Sozialbereich abgeht. So leichter Hand nimmt man Umschichtungen vor. Und das sind Umschichtungen, die große sozialpolitische Umschichtungen sind.

Das ist nicht nur Geld, meine Damen und Herren, das ist die Botschaft, bleib zu Hause bei den Kindern, an die Frauen in der Steiermark. (Beifall bei den Grünen und der SPÖ. – Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Das ist nicht wahr. Auch wenn es den Grünen nicht passt, können sich die Frauen entscheiden!“)

Ich sehe keine Wahlfreiheit darin, dass man Frauen so viel Geld gibt, dass sie schwer argumentieren werden können, ihren Männern und anderen konservativen Elementen gegenüber, warum sie weiterhin arbeiten gehen wollen. (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Die Frauen müssen es nicht annehmen und Männer sind keine Elemente, sie sind Partner. Das gilt auch für die Grünen!“) Ja richtig, stimmt, die Männer sind kein Element, das nehme ich zurück.

Zum Abschluss, die Steiermark ist kein Betrieb. Und insofern ist das Saniererprofil unseres Finanzlandesrates eigentlich auch nicht ganz angebracht. Was ich sehe ist, dass er sehr viel mit linearen Ansätzen arbeitet. Hier ist der Input und wie schaut der Output aus?

Die Steiermark ist – (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Es wird viel gearbeitet!“) Ja, Sie arbeiten viel, das bezweifle ich nicht. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Ja, danke!“) Die Steiermark ist jedoch kein Betrieb, sondern hat Aufgaben eines Gemeinwesens und die haben dazu zu dienen, die nachhaltige Sicherheit der Steirerinnen und Steirer auf verschiedenen Ebenen sicherzustellen.

Wenn dieses Sanierungspaket ein Erfolg ist, meine Damen und Herren, wieder eine Illusion, die weg ist, wird das kein steirischer Erfolg sein, das wird der Erfolg des Finanzministers Grasser sein. Wenn diese angestrebte Sanierung, unter Anführungszeichen, des Landes Steiermark ein Misserfolg ist, dann wird dieser Misserfolg sicher hier bei uns bleiben, nicht bei uns hier in diesem Raum, sondern er wird alle Steirerinnen und Steirer treffen.

Finanzminister Grasser hat ein sehr deutliches Wort gesprochen, vielleicht ist ihm das nicht bewusst gewesen. Er hat davon gesprochen, dass man beim Hobeln nicht auf die Späne schauen darf, sondern auf das neue schöne Möbelstück, das entsteht.

Diese Späne, meine Damen und Herren, von denen habe ich vorher gesprochen, wenn ich von 50.000 Menschen, die in Armut leben, gesprochen habe und von 60.000, die sich bereits im Armutsbereich befinden. Es können noch mehr werden, wenn alle Maßnahmen, die auf Bundesebene gesetzt worden sind, unter dem schrecklichen Begriff der sozialen Treffsicherheit ihre volle Wirkung entfalten.

Dieses Budget ist zu einem großen Teil in die Vergangenheit gerichtet, nicht in die Zukunft. Es ist auf weite Strecken der Versuch, Versäumtes nachzuholen, wengleich in einer Art und Weise, die mit Sicherheit große neue Probleme schafft.

Das ist allerdings nichts Ungewöhnliches in diesem Haus. Ein beträchtlicher Teil der Diskussionen und Beschlüsse hier im Landtag ist dem Reparieren gewidmet. Dem Reparieren der Folgen einer Landwirtschaftspolitik, die nicht in der Lage ist, den Steirerinnen und Steirern sicherzustellen, dass sie gesunde Lebensmittel auf den Tisch bekommen, sicherzustellen, dass verantwortlich mit der Umwelt und mit Tieren umgegangen wird. Dem Reparieren der Fehler einer unverantwortlichen Raumordnungspolitik, die zulässt, dass unser Land zersiedelt wird, mit allen negativen Folgen, den unendlich langen Abwasserleitungen oder der Problematik des ansteigenden Individualverkehrs. Dem Reparieren einer Verkehrspolitik, die von Abwarten und Wegschauen geprägt ist, die die Leute in den Ballungsräumen um ihre Lebensqualität bringt und die Menschen außerhalb der Ballungsräume an den Rand stellt (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Was habt ihr für eine Alternative?“) und ohne Anschluss dort stehen lässt, von der Zahl der Unfallopfer und Verkehrstoten einmal abgesehen.

Es wäre auch wichtig, die Folgen verfehlter Energiepolitik zu bearbeiten, doch dafür stehen die Zeiten sehr schlecht. Morgen, meine Damen und Herren, Sie wurden heute schon darauf aufmerksam gemacht, wird in Sankt Ruprecht in der Oststeiermark die Landesausstellung eröffnet zum Thema „Energie“. Sie wird in einer Region stattfinden, die dafür bekannt ist, dass sie extrem viel Know-how aufgebaut hat im Bereich der Alternativenenergie. Sie ist international dafür bekannt.

In derselben Woche hat die Landesregierung eine Einschränkung der Förderung im Alternativenenergiebereich beschlossen. Es gäbe noch viel zu tun und zu verändern und vor allem ein Bewusstsein für Nachhaltigkeit zu entwickeln und sich der Zukunft und den Herausforderungen der Zukunft zu stellen, wie zum Beispiel die EU-Erweiterung, wo viel davon abhängen wird, ob wir unsere Chancen wahrnehmen können oder ob wir sie verschlafen. (Beifall bei den Grünen und der SPÖ.)

Ich will mich nicht in die Diskussion zwischen ÖVP und FPÖ einmischen, darüber, welcher Körperteil wichtiger ist, wenn man gute Politik machen will, das Hirn oder das Herz. Meine Damen und Herren, Sie sind aufgerufen alles einzusetzen, um die Steiermark in eine Lage zu versetzen, mit den Herausforderungen der Zukunft konstruktiv und kreativ umzugehen, so dass es positive Erfolge bringt.

Die vorliegenden Budgets, das vorliegende Doppelbudget macht uns Grünen leider keine Hoffnung darauf. (Beifall bei den Grünen und der SPÖ. – 12.07 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Die Generaldebatte ist nun beendet und ich frage den Hauptberichterstatter, ob ein Antrag gestellt wird, in die Spezialdebatte einzugehen.

Abg. Straßberger: Ich stelle diesen Antrag.

Präsidentin Dr. Rieder: Sie haben den Antrag gehört.

Die Damen und Herren, die diesem Antrag die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich darf die Einstimmigkeit feststellen.

Wir kommen zur Spezialdebatte

Gruppe 0:

Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Johann Bacher. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Bacher (12.08 Uhr): Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Der Finanz-Ausschuss hat in seiner Sitzung am 24. April 2001 die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 311/1, betreffend die Landesvoranschläge 2001 und 2002, den Dienstpostenplan und den Systemisierungsplan der Kraftfahrzeuge beraten und zu Gruppe 0 nachstehende Beschlüsse gefasst:

Namens des Finanz-Ausschusses werden nachstehende Anträge gestellt:

Der Landtag wolle beschließen:

Erstens: Die Ansätze und Posten der Gruppe 0 – Vertretungskörper und Allgemeine Verwaltung – werden hinsichtlich des Landesvoranschlages 2001 genehmigt.

Zweitens: Die Ansätze und Posten der Gruppe 0 – Vertretungskörper und Allgemeine Verwaltung – werden hinsichtlich des Landesvoranschlages 2002 genehmigt. Ich ersuche um Annahme dieses Berichtes. (12.09 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Mag. Drexler. Ich erteile es ihm.

Abg. Mag. Drexler (12.09 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Landeshauptmann, meine Damen und Herren!

Wenn wir nun zu Beginn der Spezialdebatte uns der Gruppe 0, den Vertretungskörpern und der Allgemeinen Verwaltung, widmen, dann erlauben Sie mir, dass ich zuerst den Blick auf die Strukturen unserer Vertretungskörper und verfassungsmäßigen Institutionen richte.

Wenn wir diesen Blick richten, müssen wir feststellen, nicht viel Neues im Lande Steiermark, in jenem unserem Bundesland, das noch Mitte der achtziger Jahre zu Recht als demokratiepolitische und verfassungspolitische Avantgarde in Österreich bezeichnet werden konnte.

Sehen wir uns den Grund dafür an, warum wir in diese Lähmung, in diesen Zustand der Nichtreformen gekommen sind. Sehen wir uns die einzelnen Reformprojekte an: Direktwahlen von Bürgermeistern und Landeshauptmann – ein Njet der Sozialdemokratie. Wahlrechtsreformen – ein Njet der Sozialdemokratie. Abschaffung des heute schon mehrfach genannten Regierungsproporz – ein Njet der Sozialdemokratie.

Und gerade dieses letzte Thema, die Proporzverfassung, die Proporzregierung beziehungsweise deren Abschaffung, die dringend notwendig ist, darauf möchte ich nun zu Beginn ein wenig eingehen. Denn hätte es eines Beweises bedurft, dass dieses System ausgedient hat, dass seine Abschaffung überfällig ist, so es überhaupt jemals eine Berechtigung hatte, ich werde möglicherweise später noch darauf eingehen, dann wurde dieser Beweis von den sozialdemokratischen Mitgliedern der Steiermärkischen Landesregierung in den letzten Wochen und Monaten geliefert und erbracht. Ihre Politik war in den letzten Wochen und Monaten eine gefährliche Mischung aus Realitätsverweigerung und Zukunftsboykott, eine gefährliche, beinahe toxische Mischung, möchte ich sagen. Sie boykottieren bewusst oder unbewusst die Zukunft, die Chancen kommender Generationen. Und wenn Klubobmann Schrittwieser uns das heute vorgeworfen hat im Zusammenhang mit dem Budget, dann hat er es offensichtlich wirklich nicht richtig erkannt, dass die drängende Schuldenlast es ist, die der Zukunft die Luft zum Atmen nimmt. Wo sind Ihre kreativen Ansätze? Es gibt sie nicht! Sie wollen nichts ändern, nichts reformieren, nichts erneuern. Es ist so, dass wir feststellen müssen, dass die Sozialdemokratische Partei zur konservativsten politischen Gruppierung in Österreich mutiert ist. Nichts ändern, alles so lassen wie es ist.

Schade eigentlich, schade um eine einstmals fortschrittsgewandte Bewegung. Sie haben den Beweis dafür erbracht, dass dieses System der Proporzverfassung sich erledigt hat, sich überlebt hat. Fundamentalopposition in der Regierung passt mit einer guten, effizienten, dem Land und den Menschen im Land dienenden Regierungsarbeit nicht zusammen. Und erlauben Sie mir, dass ich da ganz kurz auch die Wissenschaft zu Wort kommen lasse. Da habe ich in einem Aufsatz des leider mittlerweile verstorbenen Verfassungsrechtlers Friedrich Koja aus Salzburg folgende Passage gefunden: „Wenn auch noch der Regierungsbonus mit der damit verbundenen Information von innen ausgenützt wird, um gleichzeitig Opposition von außen zu spielen, dann gehen auch die Vorzüge der Konkordanzdemokratie und damit die Rechtfertigung dieses Herrschaftsmodells, nämlich die Herstellung eines Konsensklimas zum Zwecke der Konfliktminderung verloren. All dies dürfte wohl der Grund dafür sein, dass die allermeisten europäischen Staaten sich für das Modell der Konkurrenzdemokratie entschieden haben, wenn auch in verschiedenen Varianten.“ Folgen wir diesen Beispielen der meisten europäischen Staaten. Folgen wir diesen Beispielen, wie sie auch in Salzburg und Tirol zuletzt stattgefunden haben. Beschließen wir in allernächster Zeit eine Verfassungsreform, die diesen Proporz endgültig der Vergangenheit angehören lässt.

Wir werden in den nächsten zwei Tagen mit Sicherheit noch einiges an Wehklagen hören, wie furchtbar es für die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder ist, mit diesem Budget ihre Regierungsarbeit durchzuführen. Es wird gejamert und geklagt werden. Daher lade ich Sie ein, ergreifen Sie die ausgestreckte Hand zu dieser Verfassungsreform, erlösen wir Sie gemeinsam von Ihrem politischen Leiden. Weil immer wieder behauptet wird, dass auch all das natürlich, Proporz abschaffen, endlich eine frei gewählte Regierung, allenfalls mit dem Machttausch zu tun hat, von dem wir immer wieder jetzt hören, darf ich Sie nur daran erinnern, dass wir das größte Risiko bei einer solchen Verfassungsänderung nehmen würden, denn auch mit 47,3 Prozent wäre es theoretisch denkbar, dass wir nicht, wie seit den Novemberwahlen 1945, den Landeshauptmann stellen. Wir haben den Mut zu einer solchen Verfassungsreform. Wir laden Sie noch einmal ein, endlich auch das zu tun, um Ihrem Leiden ein Ende zu setzen. (Beifall bei der ÖVP.)

Gelegentlich ist in der Vergangenheit darauf hingewiesen worden, dass dieses System in der Vergangenheit seine Vorteile gehabt hat. Ich darf Ihnen auch hier noch eine kleine Sache vorlesen, den Bericht eines Landeshauptmannes: „Da bin ich am letzten Freitag nach Wien gefahren und bin dort in den Verfassungsdienst in das Ministerium des Inneren gegangen. Dort habe ich die Gründe, die gegen die Wahl einer Regierung durch Proporz sprechen, dem betreffenden Referenten auseinandergesetzt.“ Und da sagte der Referent: „Herr Landeshauptmann, was wollen Sie? Das wissen wir schon längst und haben es immer gewusst und wir haben daher in der Bundesverfassung den Proporz extra nur für Vertretungen, für Parlamente vorgesehen, nicht aber für die Wahlen von Regierungen. Das hat man gewusst, das ist nicht unbewusst geschehen. Keinem Menschen ist es eingefallen, damals, als die Verfassung gemacht wurde, einem Lande vorzuschreiben, dass die Landesregierung nach Proporz zu wählen ist und auch dem Bunde ist es niemals eingefallen. Es ist keinem Menschen eingefallen und wir waren im Verfassungsdienst erstaunt, als Landesverfassungen zur Approbation hergekommen sind, worin stand, dass die Landesregierung nach dem Proporz gewählt werde. Wir haben das gar nicht begriffen, warum das die Länder gemacht haben. Das war uns rätselhaft und es ist uns niemals richtig vorgekommen.“ Das sprach der Landeshauptmann Dr. Ender 1928 im Vorarlberger Landtag und bezieht sich auf den damaligen Verfassungsdienst im Innenministerium. Nur so viel zu dem, dass dieses System in der Vergangenheit irgendwann einen Sinn gehabt hat.

Ich fasse noch einmal kurz zusammen. Wenn wir uns die verfassungsmäßigen Strukturen anschauen und ich glaube, dass das im Zuge einer Budgetdebatte von großer Wichtigkeit ist, weil auch die Effizienz unserer verfassungsmäßigen Institutionen sehr viel dazu beitragen kann, ob wir in Hinkunft ausgeglichen bilanzieren können oder Überschüsse erwirtschaften können. Fassen wir zusammen, die Abschaffung des Proporztes wäre der wesentlichste Beitrag, diesen Grundstein für die Zukunft zu legen. Haben wir auch den Mut zu Direktwahlen, um der Demokratie zu neuem Leben zu verhelfen. Und vor allem machen wir endlich die notwendigen Wahlrechtsreformen, um auch hier wieder auf den Stand der Zeit zurückzukommen. Ich kann mich noch erinnern, als Landeshauptmann Waltraud Klasnic unser minderheitenfreundliches Mehrheitswahlrecht vorgestellt hat, wurde gehöhnt, wem das denn einfallen könne, dass man ohne absolute Mehrheit an Stimmen die absolute Mehrheit im Landtag haben kann. Mittlerweile haben wir gesehen, dass es in Wien nicht einmal eines minderheitenfreundlichen Mehrheitswahlrechtes bedarf, um solche Zustände herstellen zu können und es ist von jenen beklatscht worden, die unser Modell damals verhöhnt haben.

Ich bekenne mich daher dazu, auch bei Vertretungskörpern und verfassungsmäßigen Institutionen auf die Effizienz zu schauen. Würden wir den Proporz abschaffen, könnten wir auch die Regierung verkleinern. Eine Forderung, zu der wir uns alle in die-sem Zusammenhang bekennen. (Beifall bei der ÖVP.) Jene Effizienz, die wir nämlich von der Verwaltung fordern, die wir vom Personal in unserer Verwaltung fordern.

Und lassen Sie mich abschließen mit zwei, drei Sätzen zu diesem Thema. Es wird exzellente Arbeit von den Kolleginnen und Kollegen im Landesdienst geleistet. Das gilt es nicht zu gering zu schätzen. Und wir haben in den Reformen, die heute schon angesprochen worden sind, in der Steiermark Gott sei Dank ein Klima, das sich von jenen auf anderen Ebenen unterscheidet, dass wir mit unserem Personalreferenten einen Stil der Diskussion über Reformen haben, um den uns andere nur beneiden können, weil es mit den Betroffenen und mit den Beamten geführt wird. (Beifall bei der ÖVP.)

Und so kommt man auch zu guten Ergebnissen. Wenn wir uns anschauen, dass der Anteil der Personalkosten für die allgemeine Verwaltung von 8,8 Prozent zuletzt auf 8,5 Prozent des Ausgabenvolumens zurückgeht und wir Mitte der neunziger Jahre bei 9,6 Prozent waren, dann sehen wir, dass diese Politik mit den Landes-

bediensteten die besten Reformschritte bringt und es ist davon auszugehen, dass wir, wenn dann auch Pensions- und Besoldungsreform umgesetzt werden, dass wir dann endgültig auch in diesem Bereich des Personals die Nummer eins in Österreich sein können. Als Vorleistung müssen wir aber jenen Mut haben, dass wir das an Effizienz und Reform, was wir von den Beamtinnen und Beamten fordern, auch hier von der Politik aus vorzeigen. Und in diesem Sinne bedanke ich mich! (Beifall bei der ÖVP. – 12.20 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Bachmaier-Geltewa. Ich erteile es ihr.

Abg. Dr. Bachmaier-Geltewa (12.21 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Abgeordnete!

Ich habe heute die Aufgabe, zur Gruppe 0 – Vertretungskörper und Allgemeine Verwaltung – zu sprechen. Ich habe mir die Budgetansätze dieser Gruppe sehr genau angesehen und leider festgestellt, dass vom viel gepriesenen Sparen keine Rede ist. Weder der Voranschlag für 2001 noch der für 2002 weist mit je rund 5,4 Milliarden Schilling oder 393 Millionen Euro eine Verringerung der Ausgaben auf.

Alleine die Repräsentationsausgaben der Landesregierung, hier im Besonderen der Frau Landeshauptfrau, weisen ein stolzes Budget von über 13 Millionen Schilling auf. Hinzu kommen noch Ehrungen und Auszeichnungen mit über 5,7 Millionen Schilling. Und wenn man noch die über die gesamten Ansätze verteilten zusätzlichen knapp zehn Repräsentationsposten von über einer halben Million Schilling hinzuzählt, dann sind für Repräsentationen, Ehrungen und Auszeichnungen fast 20 Millionen Schilling vorgesehen, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Das sind Posten, bei denen man im Gegensatz zu den Pflichtausgaben, wo kaum Spielräume bestehen, sehr wohl den Sparstift ansetzen könnte, wenn man ernsthaft sparen wollte. Gerade aber diese Ernsthaftigkeit des Sparens ist leider nicht gegeben, auch wenn Sie, Herr Landesrat Paierl, Ihr Budget noch so hoch leben lassen. Der Herr Finanzlandesrat ist ja gar nicht im Hause. Das wundert mich schon, dass er offensichtlich selbst dem Budget so wenig Bedeutung beimisst. (Beifall bei der SPÖ.)

Ihre Chefin, Frau Landeshauptfrau, muss sich natürlich entsprechend öffentlich darstellen und in Szene setzen – das kostet Geld. Was gibt es Schöneres für einen Politiker, als Urkunden und Ehrengaben überreichen zu können und schöne Worte zu sprechen? Da müssen einem ja die Herzen zufliegen. Je salbungsvoller die Lobreden, desto beliebter die Landesmutter. (Abg. Tasch: „Das würden Sie sich wünschen, dass Ihnen die Herzen zufliegen!“) Sicher, dort hat man nicht sehr viel Verantwortung, wenn man nur das machen muss, selbstverständlich. (Beifall bei der SPÖ.)

Und das, Frau Landeshauptfrau, das ist kein großes Kunststück. Da muss man auch nicht konfliktfähig sein und da muss man vor allem auch nicht Farbe bekennen zu irgendwelchen Sachthemen, die die Steirerinnen und Steirer betreffen.

Wenn man sich weiters den gesamten Bereich der Verwaltung ansieht, dann muss man leider feststellen, dass die große Verwaltungsreform bislang ausgeblieben ist.

Wenn Herr Landesrat Hirschmann – leider auch nicht hier anwesend – vollmundig von der Abschaffung der Landtage spricht (Abg. Mag. Drexler: „Das war nie der Fall!“), dann weiß er zwar genau, dass er damit eine Schlagzeile in den Medien hat, aber diese populistische Äußerung sollte er sich im Sinne der Seriosität der Politik besser ersparen. Ob Länder oder Landtage, das ist vollkommen egal. Das ist eine Frage der Seriosität der Politik, wenn man so agiert, Herr Mag. Drexler. (Beifall bei der SPÖ.)

Wir sind für den Föderalismus und treten dafür auch ein. Wir wollen nicht eine Abschaffung, sondern eine Stärkung der Landtage und wir wollen nicht vom Bund bevormundet werden. Wir müssen der geplanten Schließung von Finanzämtern und Bezirksgerichten im Sinne von mehr Bürgernähe entschieden entgegentreten. Wir müssen zu einer modernen Verwaltung gelangen und übertriebenen Bürokratismus von Bord werfen. Der Bürger soll und darf nicht von einem Amt zum anderen geschickt werden, wenn er eine Sache zu erledigen hat. Wir müssen die Verwaltung effizient gestalten.

Die unlängst von der Landesregierung gegen unsere Stimmen beschlossene Geschäftsordnung verspricht alles andere als eine effiziente Verwaltung. Ich habe die Geschäftsordnung sehr genau durchgelesen und festgestellt, dass sie nicht nur äußerst kompliziert abgefasst ist, sondern eine zusätzliche Verwaltungsebene – um nicht zu sagen Kontrollebene – einzieht, von der uns darüber hinaus weisgemacht wird, dass sie nicht mehr kostet. Wenn diese neue Verwaltungsebene nicht mehr kostet, dann haben anscheinend jene Beamte, die nunmehr als „schwarze“ Kontrolloren fungieren sollen, um die Landesverwaltung in den Griff zu bekommen, in ihrem eigentlichen Job anscheinend zu wenig zu tun beziehungsweise noch genügend Kapazitäten frei. Mit dieser Geschäftsordnung, meine Damen und Herren, sollen nunmehr 45 neue Fachabteilungen eingerichtet werden, denen 20 bis 25 Abteilungen vorstehen, wobei der jeweilige politische Referent zwar etwas sagen darf, der jeweilige Abteilungsvorstand jedoch hievon zu informieren ist. Das heißt also, dass der politische Referent dem Abteilungsvorstand quasi rechenschaftspflichtig wird.

Weiters ist es schon mehr als bedenklich, wenn in einer Nacht-und-Nebel-Aktion eine neue Geschäftsordnung beschlossen wird, ohne die Personalvertretung zu informieren. Das ist nicht nur eine Missachtung der gesetzlichen Mitwirkungsrechte der Dienstnehmervertretung, sehr geehrte Frau Landeshauptfrau, sondern auch ein Verstoß gegen das von Ihnen immer wieder propagierte „Miteinander“. Sie schalten hier einfach eine gesetzlich eingerichtete Institution kaltschnäuzig aus.

Es ist schon seltsam, wenn einerseits eine Geschäftsordnung – (Landesrat Schützenhöfer: „Sie wissen offensichtlich nicht, was Ihnen aufgeschrieben wurde!“) Erstens einmal, Herr Landesrat Schützenhöfer, schreibe ich mir, im Gegensatz zu anscheinend manchen Ihrer Fraktion, meine Reden selbst. Zweitens habe ich die Geschäftsordnung sehr genau durchgelesen. (Landesrat Schützenhöfer: „Da ich Sie kenne, glaube ich Ihnen!“) Ich schließe ja nicht aus, dass die Personalvertretung im Nachhinein informiert worden ist, jedenfalls ist man über sie drübergefahren. Das ist Tatsache. (Beifall bei der SPÖ.)

Es ist schon seltsam, wenn einerseits eine Geschäftsordnung, die eine weitere Kontrollebene einzieht, kurzerhand beschlossen wird, andererseits aber ein von uns seit langem gefordertes Objektivierungsgesetz zur objektiven Vergabe von Spitzenposten im Land jahrelang auf sich warten lässt. (Landesrat Schützenhöfer: „Das sagen Sie als Arbeiterkammerbedienstete. Da dreht es mir den Magen aber wirklich um!“) Können Sie das jetzt begründen, warum Sie das gesagt haben? (Landesrat Schützenhöfer: „Ich kann das mit der Geschichte der Arbeiterkammer seit 1945 begründen!“) Wir reden hier von der Budgetdebatte im Landtag, nehme ich an, und nicht von der Arbeiterkammer. (Landesrat Schützenhöfer: „Wir sehen das als Ganzes, und nicht im Detail!“)

Frau Landeshauptfrau hat im Jahr 1996 eine rasche Beschlussfassung versprochen, eine diesbezügliche Regierungsvorlage wurde jedoch in dieser Legislaturperiode, jedenfalls bis heute, nicht erstellt. Vermutlich ist die Frau Landeshauptfrau durch ihre Repräsentationstätigkeit derart beansprucht, dass sie für scheinbar so triviale Dinge keine Zeit hat, meine Damen und Herren.

Wir werden jedoch weiterhin eine objektive Postenvergabe verlangen, damit Missstände, wie die Besetzung der Leiterstelle des Landesjugendreferates ohne Ausschreibung und ohne Hearing, mit einer ÖVP-Gemeinderätin und Vertrauten der Frau Landeshauptfrau nicht mehr passieren kann. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Gennaro: „Das ist die Zusammenarbeit!“)

Der Machtrausch, in dem sich die ÖVP seit der letzten Landtagswahl befindet, feiert fröhliche Urstände. Die Aktionen bei der Besetzung des Landesrechnungshofdirektors sowie den Bezügen des Landesschulratspräsidenten und -vizepräsidenten zeigen einmal mehr das wahre Gesicht der ÖVP. Macht um jeden Preis, koste es was es wolle! (Beifall bei der SPÖ.)

Im eigenen Land drüberfahren und in Wien kuschen, so lautet anscheinend die neue Devise dieser ÖVP-FPÖ-Koalition.

Nur so lässt es sich erklären, warum die ÖVP der Ablieferung von 3,5 Milliarden Schilling zur angeblichen Budgetsanierung des Bundes auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes zugestimmt hat. (Abg. Wiedner: „Bei euch wäre es mehr!“ – Abg. Dr. Bleckmann: „Euch ist das Geld egal!“)

Das tut Ihnen sehr weh! Ob das 3,025 oder 3,5 sind ist vollkommen egal, das sind Beiträge, die den Steirerinnen und Steirern vorenthalten werden, meine Damen und Herren! (Beifall bei der SPÖ.)

Und wie Ihr Finanzminister Grassler in der Pressestunde am Sonntag gesagt hat, sollen die Länder dann auch noch Strafe zahlen müssen, wenn sie diese 3,5 Milliarden Schilling nicht abliefern können. Weit haben wir es gebracht, meine Damen und Herren. Und die Frau Landeshauptfrau getraute sich nicht dagegen aufzutreten und sagt immer erst dann etwas, wenn der öffentliche Druck so groß wird, dass sie nicht mehr anders kann. (Beifall bei der SPÖ.)

Und wenn der Bund mit der neuen BIG die Absurdität möglich macht, dass Beamte an eine private Leasingfirma sozusagen als Leiharbeiter verleast werden und Herr Landesrat Paierl ebenfalls plant – er ist leider noch immer nicht hier – Liegenschaften des Landes in eine Landesimmobiliengesellschaft auszugliedern, dann frage ich mich, ob das alles nur geschieht, um mit einem Budgettrick ein Defizit zu verschleiern. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Ich bin schon da!“) Es tut mir ja sehr leid, Herr Landesrat, dass Sie meinen Worten bis jetzt nicht zugehört haben, Sie hätten sicher einiges dazu zu sagen gehabt. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Können Sie es nicht zusammenfassend wiederholen?“)

Sie können es dann in den stenographischen Protokollen nachlesen.

Deshalb und wegen vieler anderer Ungereimtheiten im Zusammenhang mit der Budgeterstellung – das neue Prinzip des Herrn Landesrates Paierl lautet umschichten, umschichten in allen Bereichen – werden wir Sozialdemokraten diesem Landesvoranschlag nicht zustimmen. (Landesrat Schützenhöfer: „Das ist aber überraschend!“)

Naja, man kann das nicht oft genug sagen, Herr Landesrat, damit das auch die Menschen draußen verstehen. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Die Menschen, um die es ja geht!“) Ja, natürlich, genauso ist es. (Abg. Tasch: „Frau Kollegin, mich wundert, dass ihr jetzt nicht hinausgeht, wenn ihr so gegen alles seid!“)

Sie sind eigentlich schon lange genug im Landtag, dass Sie das wissen müssten! (Abg. Tasch: „Sind sie vom Sternzeichen her ein Zwilling?“) Leider nicht. (Abg. Tasch: „Weil Sie so mit gespaltener Zunge reden!“) Wirklich? Aber sollten Sie das nicht jemand anderem von Ihrer Fraktion sagen? (Beifall bei der SPÖ.)

Ein Thema der Gruppe 0, das ich noch erwähnen möchte, ist die Landesverfassung, die eng mit dem Verständnis des Begriffes „Demokratie“ zusammenhängt, und der von den verschiedenen Parteien differenziert gesehen wird. Wir Sozialdemokraten sind für eine gelebte Demokratie, die dem Bürger entsprechende Mitbestimmungsrechte einräumt, ohne den Boden der Realität zu verlieren.

Die Diskussion um eine Verfassungsreform läuft schon sehr lange und wird sicherlich noch geraume Zeit dauern. Zurzeit wird im Unterausschuss über ein Demokratiepaket verhandelt und werden nunmehr Erhebungen durchgeführt um eine Übersicht zu erhalten, wie beispielsweise das Wahlalter, Direktwahlen, Größe der Landtage und Landesregierungen in den anderen Bundesländern geregelt sind.

Ich bin zuversichtlich, dass wir in einigen Fragen Übereinstimmung erzielen werden. In einigen Fragen, wie zum Beispiel der Direktwahlen, wird es wohl weiterhin unterschiedliche Standpunkte geben. Uns sind nämlich, Herr Kollege Mag. Drexler, Inhalte wichtiger als nur Gesichter. Aber auch das ist eine Frage der Demokratie, die Meinungen und Standpunkte anderer Parteien zu respektieren.

Abschließend würde ich mir als Mitglied eines Vertretungskörpers wünschen, dass wir als Landtagsabgeordnete über alle Parteigrenzen hinweg es als unsere Aufgabe sehen alles zu unternehmen, damit die Steirerinnen und Steirer in einem lebenswerten Land ein gesichertes Dasein in Geborgenheit haben. (Abg. Mag. Drexler: „Blablabla!“) Wenn Sie das so sehen, dann tut mir das wirklich Leid, da steckt sehr viel Wahrheit in diesen Worten, und ich würde mir wünschen, wenn Sie das selbst beherzigen – wer immer von Ihnen das jetzt war. Das ist nicht ein Blabla, genau auf das kommt es an, die Menschen in unserem Lande sollen hier in sozialer Sicherheit und in sozialem Frieden leben können. (Abg. Majcen: „Ja, das tun sie ja eh!“) Ja, aber wenn ihr so weitertut, dann wird das bald nicht mehr gegeben sein. (Beifall bei der SPÖ.) Das ist ja unsere Sorge, dass alles den Bach hinunter geht.

Was wir hier im Lande hiezu tun können, sollten wir als unsere Pflicht ansehen, und mit dieser Ernsthaftigkeit sollten wir auch ein Budget beschließen, das diesen Anforderungen gerecht wird. (Abg. Bittmann: „Die Ernsthaftigkeit fehlt Ihnen vollständig!“) Über Ernsthaftigkeit können wir in diesem Hause sehr viel diskutieren!

Das uns vorliegende Budget ist leider weit weg davon und dient mehr der eigenen Beweihräucherung mancher Landespolitiker als den Menschen, die in unserem Land leben. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 12.37 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Wiedner. Ich erteile es Ihnen.

Abg. Wiedner (12.37 Uhr): Frau Präsidentin, sehr verehrte Frau Landeshauptmann, Herr Landesrat, meine sehr verehrten Damen und Herren!

So, hat sich die Stimmung wieder etwas beruhigt? Wir sind bei der Gruppe 0, sofern ich das richtig festgestellt habe. Es war nicht immer leicht jetzt, das festzustellen. (Abg. Gennaro: „Aber bei dir wird es klar, oder nicht?“) Bei mir wird es klar, ich bedanke mich für diesen Einwurf, er hat das Ganze wieder etwas beruhigt. (Abg. Gennaro: „Steht das nicht auf dem Zettel? Jetzt kannst du nicht anfangen!“)

Ich bin schon fertig, wenn du dich beruhigt hast, dann kann ich anfangen. Ich hoffe, du hast dich jetzt beruhigt. (Abg. Gennaro: „Von mir hängt es nicht ab, ob du anfangen kannst!“) Manchmal glaubt man wirklich, es hängt von dir alles ab in diesem Hause. (Abg. Gennaro: „Ach so. Wiedner, der Mächtige!“)

Beim Geld hört sich die Freundschaft auf! (Abg. Gennaro: „Das glaube ich auch, ja!“) Wenn ich kurz Revue passieren darf, vorigen Mittwoch im Ausschuss, wie die Fragen der SPÖ hereingepresselt sind, habe ich mir manches Mal gedacht, was hat die SPÖ die letzten fünf Jahre – von der Zeit kann ich sprechen, da war ich schon hier – gemacht? Wenn man sich den Inhalt dieser Fragen angehört hat und in scheinbar nur provozierender Weise diese Fragen gestellt wurden, dann frage ich mich, was habt ihr die letzten fünf Jahre hier in diesem Hause immer beschlossen? Aber wirklich, beim Geld hört sich die Freundschaft auf, beleidigt sind wir, wir sind angefressen, wir dürfen nicht mehr und deswegen sind wir dagegen. (Abg. Kaufmann: „Wieso seid ihr beleidigt?“ – Abg. Gennaro: „Beim Geld hat sich die Freundschaft aufgehört!“)

Das pragmatisierte Dagegensein, das ihr hier produziert, das trübt den Blick für das Wesentliche. Und das Wesentliche ist dieses Budget, das Wesentliche ist dieses Land und das Wesentliche ist das, dass Sie einmal aufhören damit, dieses Land zu verschulden. (Beifall bei der FPÖ. – Abg. Gennaro: „Dürftiger Applaus eigentlich!“) Du, es zählt nicht die Lautstärke, sondern es zählt die Qualität des Applauses, lieber Freund, das wirst du ja festgestellt haben.

Ich wollte mich hier nur auf den Punkt des Personals beschränken, weil meine Kollegin Bleckmann wird noch einiges zur Verwaltung zu sagen haben. Aber die Frau Kollegin Bachmaier-Geltewa stellt sich da heraus und legt ein paar Tore auf, Elfmeter ohne Tormann sagen wir dazu, da muss man etwas darauf antworten, Frau Kollegin. So etwas Schönes passiert ja nicht jeden Tag.

Wenn Sie davon sprechen, wir treten dafür ein – wir, da meinen Sie wahrscheinlich die Sozialdemokraten –, wir treten für den sozialen Frieden in diesem Land ein. Wir wollen haben, dass der soziale Friede in diesem Land gewährleistet ist. Dann bitte frage ich mich, wer schickt denn die Leute auf die Straße und gefährdet damit jeden Donnerstag in Wien den sozialen Frieden? Wir sicherlich nicht, bitte! (Beifall bei der FPÖ.)

Die zweite Sache – (Abg. Kröpfel: „Schwachtes Argument!“) Die zweite Sache, Sie sprechen vom Sparen. (Abg. Gennaro: „Hättest die Rede den Osterhasen schreiben lassen sollen. Das wäre gescheiter gewesen!“) Im Gegensatz zu dir schreibt bei mir die Rede nicht der Osterhase, weil der Inhalt hat es eh gezeigt, dass das nur der Osterhase gewesen sein muss, was du da letztes Mal gesagt hast.

Die zweite Sache, wir reden vom Sparen, ganz eine wichtige Sache. Wir sind immer dafür eingetreten zu sparen, sparsam mit dem Budget umzugehen, mit den Geldmitteln umzugehen. Ihr habt die Repräsentationen angezogen – eine ganz wichtige Sache –, wir haben das jedes Mal bekrittelt, dass dafür zu viel ausgegeben wird.

Nur, Frau Kollegin Bachmaier, wenn Sie sich herstellen und vom Sparen reden, dann zieht es mich ein bisschen zusammen, weil die großartigen Feste, die immer wieder zur Ehre des Landeshauptmannstellvertreters gegeben wurden, egal ob es Landesausstellungen und dergleichen waren, die haben jeglichen Spargedanken

vermissen lassen. (Beifall bei der FPÖ.) Zur höheren Ehre des großen Vorsitzenden war nichts zu teuer. Und Sie sagen, hier und jetzt muss gespart werden. Dass ihr jetzt mit diesem Budget erst draufkommt, ist ein bisschen traurig.

Auch Sparen in der Verwaltung. Wer hat denn die FOKU erfunden? Wer hat die Abteilung für Sozialwesen erfunden? Wer hat da gefragt, wo das Geld des Landes hinein geht? Das war nicht die ÖVP, obwohl ich die ÖVP nicht verteidigen will. Schon gar nicht war es die FPÖ. Das seid ihr gewesen, Freunde, die hier Geld in die Verwaltung hineingesteckt habt.

So, aber jetzt endgültig zum Personal. Das ist glaube ich ein wichtiger Teil, mit dem wir uns heute auseinander setzen müssen.

Das Personalbudget umfasst etwa 21 Prozent des Gesamtbudgets, also ganz genau sind es 20,91 Prozent. Ein ganz beträchtlicher Kuchen des Gesamtbudgets, der in das Personal fließt.

Es ist wirklich positiv zu sehen, dass es bei den Personalkosten und in der Budgetierung der Personalkosten für 2001 und auch 2002 eigentlich – ich hoffe es hält, der Hofrat sitzt da hinten und schaut mich ganz skeptisch an, ich bin auch noch skeptisch, ich hoffe dass es hält – zu einer Reduzierung der Kosten kommen sollte, wenn ich das Budget richtig lese. Bis dato war es so, dass uns immer gesagt wurde – wir haben diesen Einblick ja nicht gehabt, weil wir waren im Personalwesen eher am Abstellgleis –, dass es alle Jahre eine Erhöhung von 80 bis 90 Millionen Schilling gegeben hat. Das war notwendig für die diversen Vorrückungen, Bienniensprünge und dergleichen. Jetzt, scheint es so, hat man das Ganze in den Griff bekommen und es wird eine Reduzierung geben. Also wenn das passiert, dann kann man sagen, dass es eine positive Entwicklung ist, wobei eine leichte Reduktion noch immer nicht unser wirklich großes Problem löst. Ich habe schon am Anfang gesagt, nahezu 21 Prozent des Gesamtbudgets gehen ins Personal und das ist noch immer ein viel zu hoher Wert.

Aber das können wir jetzt nicht durch Streichungen oder durch das Rasenmäherprinzip lösen, sondern durch die Verwaltungsreform. Durch eine Reform, die wirklich die Aufgaben neu ordnet, die wirklich darauf schaut, dass Aufgaben so verteilt werden, dass es keine Doppelgleisigkeiten, Mehrfachzuständigkeiten gibt oder Stellen, wo der Bürger dreimal hinlaufen muss, damit er etwas bekommt. Eine Milliarde 364 Millionen war der Voranschlag 2000, der hat sich auf eine Milliarde 345 Millionen reduziert. Ich wünsche dem Personalbewirtschaftler und ich wünsche dir, Herr Landesrat, alles Gute, dass das hält, im Sinne des Gesamtbudgets.

Wo es noch eine erhebliche Steigerung gibt und was man scheinbar bis dato noch nicht in den Griff bekommen hat, das sind, wenn ich das Budget richtig lese, die Bezirkshauptmannschaften. Hier haben wir noch eine erhebliche Steigerung. Es war der Voranschlag 2000 bei 810 Millionen und wir sind jetzt im Jahr 2001 auf 831 Millionen und im Jahr 2002 sogar noch darüber. Also die Bezirkshauptmannschaften sind sicherlich noch ein Bereich, wo man einiges wird machen müssen, wobei natürlich zu bedenken ist, dass im Zug einer Verwaltungsreform die Bezirkshauptmannschaften jene Anlaufstelle sein sollten, wo der Bürger alles bekommt, was er braucht.

Wenn man jetzt noch einen dritten Part zu diesen zwei Zahlen, Landesbudget mit Landesbediensteten, die BH-Entwicklung, sieht, dann hat mich jedoch ein dritter Faktor beim Studium der Unterlagen ein bisschen stutzig werden lassen.

Im Lande Steiermark sind im Gesamten 120.000 im öffentlichen Dienst tätig. 120.000 Personen, ich hoffe die Zahl stimmt, etwa plus-minus, ich habe sie nicht auf den Kopf genau gezählt, sind im öffentlichen Dienst tätig. Das ist ein Prozentsatz von nahezu 30 Prozent und das ist eindeutig zu viel, das ist eindeutig zu viel. Wenn wir im Budget noch weiter gehen, die Anzahl der Dienstposten nahezu 7900 und das Personal 9200 Personen, da ist noch keine KAGES dabei und dazu kommen noch die ganzen Bediensteten der Bezirkshauptmannschaften, der Gemeinden und der weiteren öffentlichen Einrichtungen. Das ist ein Bereich, wo es gewaltige Einsparungsmaßnahmen gibt. Wenn wir die Ergebnisse der Kommission um den Prof. Raschauer lesen, dann sehen wir, dass es da noch vieles gibt, wobei man nicht alles unterstreichen kann oder unterstreichen muss, was er sagt. Aber es sind einige Denkansätze dabei, wo man sagt, es ist notwendig, darüber nachzudenken.

Nicht nur nachdenken müssen wir, sondern angehen müssen wir, Herr Landesrat, etwas, was der Herr Landesrat Hirschmann, wie ich mich erinnern kann, zwar schon in die Regierung eingebracht hat, was aber nie das Licht des Landtages erblickt hat, die Reformen oder die Vorschläge zur Besoldungs- und Pensionsreform. Ich weiß nicht, inwieweit Sie das schon in der Lade haben. Ich habe das nur einmal überflogen, was wir über die Regierung bekommen haben, aber das Licht des Landtages, wie gesagt, hat das nie erblickt. Hier werden Sie einiges nachholen müssen.

Wir haben bereits in der letzten Periode noch den Antrag eingebracht, dass wir zumindest die Einkommenskurve abflachen müssen. Das heißt, dass neu eingetretene Bedienstete ein besseres Gehaltsschema bekommen, das dann im Laufe der Jahre abflacht und so eine gewisse Gerechtigkeit in der Besoldung eintritt. Soviel ich weiß, sind eigentlich alle dafür, nur umsetzen müssen wir es.

Das Gleiche gilt natürlich auch bei der Pensionsregelung.

Von einem müssen wir uns auch verabschieden: von der Pragmatisierung und von dem Denken, dass ich mit 18 eintrete und ich weiß, alle zwei Jahre bekomme ich soundso viel mehr und mit 65, sagen wir mit 60, kann ich in Pension gehen und ich kann mir auch schon ausrechnen, wie meine Pension aussieht. Das wird es wahrscheinlich in Zukunft nicht mehr geben.

Aber wenn ich schaue, dass allein das Verhältnis zwischen Beamten und Vertragsbediensteten im Lande schon 60 zu 40 ist, also etwa plus-minus 60 Prozent Beamte und der Rest Vertragsbedienstete, dann gehen wir bereits einen Schritt, der in diese Richtung geht und der richtig und wichtig ist.

Also über das Personal, über die Personalkosten und über die Verwaltungsreform wird ein Beitrag Gesundung des Budgets passieren können und passieren müssen. Wir müssen das Budget sanieren, wenn wir nicht wollen, dass wir uns so verschulden und vor lauter Zinsenzahlungen keinen Spielraum mehr haben. So, wie Sie es in den letzten Jahren gehandhabt haben, 22 Milliarden Schulden im Land, 2,2 Billionen Schulden im Bund, 100 Milliarden Zinsenzahlung im Bund, etwa 800 Millionen Zinsenzahlung im Land, das ist keine Zukunftsperspektive, das lehnen wir ab. Und darum sagen wir Ja zu diesem Budget. (Beifall bei der FPÖ. – 12.50 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Hagenauer. Ich erteile es Ihnen.

Abg. Hagenauer (12.50 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Frau Landeshauptfrau, geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Das Kapitel elektronische Datenverarbeitung World-Wide-Web inklusive gehört zu diesem Kapitel. Ich möchte die geschätzten Kolleginnen und Kollegen von der ÖVP daher bitten, greifen Sie zum Bleistift, notieren Sie bitte: www.landtag-life.at/index.htm (Abg. Gennaro: „Das kann nicht jeder!“) Jetzt steigen Sie ein, dann können Sie einen Abgeordneten des Steiermärkischen Landtages zwar nicht mit bewegten Bildern, aber mit seinem Standbild und im Text bei seiner Wortmeldung bewundern. Ich sage das deshalb, weil ich mit Interesse registriert habe, dass das Internet- und Computerzeitalter auf eine nicht für die Steiermark und für die ÖVP unübliche Art und Weise hier Einzug gehalten hat. Sie haben nämlich die Rede Ihres großen Vorsitzenden einfach mit verfolgt. Und ich hätte mir gedacht, dass das nicht alles an Modernität und Zeitgeist gewesen sein kann, was das Medium liefern kann und was wir uns hier leisten wollen. In diesem Sinne meine herzliche Einladung, Ihren geschätzten Kollegen Hagenauer jetzt im Internet zu bewundern. (Beifall bei den Grünen.)

So viel zum EDV-Zeitalter. Ich komme gleich auf die Botschaft. Was ist die Botschaft? Die Botschaft ist die, dass man mit äußeren Symbolen, mit Signalen und mit Worten in diesem schönen Land seit eh und je vorzüglich umzugehen versteht. Das weiß man sehr gut zu handhaben. Nur, es kommt dann schon noch darauf an, was man auch wirklich tut. „An ihren Werken sollt ihr sie erkennen“, nachdem also heute das Biblische schon eine Rolle gespielt hat, gestatten Sie mir dieses Zitat.

Und wenn wir schon bei der Zukunft und beim Sparen heute und jetzt an diesem Tag sind, dann komme ich zu einem Punkt, der in diesem Kapitel aus der Sicht der Grünen eine ganz hervorragende und die zentrale Position im Grunde genommen hat. Das ist nämlich die Raumordnung in diesem Lande. Kaum und eigentlich kein Politikbereich aus unserer Sicht hat derartige längerfristig gravierende Auswirkungen finanzieller Art direkt auf den öffentlichen Haushalt, indem er vom Kanal über das Wasser bis zum Verkehrsverbund und die Betriebskosten alles umfasst. Sie erinnern sich, wir haben in der letzten Periode die Betriebskosten förderungsfähig gemacht und wir sehen den Niederschlag in genau diesem Voranschlag, der uns heute hier vorliegt, das heißt, wir spüren das, wir haben als öffentlicher Haushalt die Folgen mannigfaltig zu tragen in verschiedenen Bereichen und wir haben indirekt die Folgen zu tragen im positiven Sinn und im negativen. Wenn wir eine Raumordnungspolitik machen, die es uns ermöglicht, etwa auf hervorragenden Standorten entsprechend auch attraktive Betriebe anzusiedeln beziehungsweise überhaupt Standortbedingungen zu bieten, was im Zeitalter der Globalisierung, wie immer man jetzt dazu steht, auf jeden Fall einmal so oder so, Sie wissen, ich bin in mancher Hinsicht, um das vornehm auszudrücken, skeptisch, aber ich muss bestimmte Realitäten zur Kenntnis nehmen, eine große Entscheidung spielt. In Zeiten der Globalisierung, wo die Betriebe und die Arbeitnehmer, vor allem die hoch qualifizierten Arbeitnehmer äußerst mobil sind, daher auch die Betriebe ihnen folgen, spielt natürlich ein attraktiver Standort eine hervorragende Rolle. Und das ist Aufgabe der Raumordnung, im positiven und im negativen Sinn. Eine unattraktive Landschaft, ein unattraktiver Standort wird nicht viele Leute anziehen können und wenn ich dann erst einen Betriebsstandort gar nicht finde, weil er rundum voll von Konflikten mit Anrainern welcher Art immer ist, dann habe ich auch meine Probleme.

In diesem Sinne übrigens kann ich den vorliegenden Antrag der ÖVP, wenn ich richtig informiert bin, über die Einrichtung einer Technologieachse Graz-Maribor dem Sinne nach – das ist Ihr Antrag, gell? – nur unterstützen. Nur, ich mache Sie bei der Gelegenheit in aller Bescheidenheit aufmerksam, schauen Sie einmal in einen ÖBB-Fahrplan hinein, dann werden Sie feststellen, dass mit jeder Fahrplanänderung – den gibt es übrigens im Internet, www.oebb.at – macht ihn einmal auf, der Herr Landesrat agiert bereits. Schau einmal hinein, Herbert, du wirst feststellen, es sind zwei Züge am Tag, zwei! Und nach Szombathely ist dasselbe. Wir reden hier groß von EUREGIO, von „Europa wir kommen“ und in Wirklichkeit machen wir aber die Luken dicht. Ich weiß schon, dass die Zugverbindung nicht alles ist im Leben, aber ich hätte doch gesagt, es ist ein entscheidender Standortfaktor, und zwar gerade ein Zeichen der Modernität, darauf bestehe ich. Wenn Sie sich die attraktivsten Standorte jetzt einmal in Europa anschauen, dann sind das nicht diejenigen, die den öffentlichen Verkehr ihr Eigen nennen, so wie ihn etwa der Standort Graz hat, ich sage das aus aktuellem Anlass und gegebenem Grund. Lesen Sie heute in den Tageszeitungen nach, was da wieder an Großartigem geleistet wurde, ich meine nicht geleistet wurde. Schauen Sie sich das an, das wissen Sie, was wir da hier – und das zeigen auch die heute schon zitieren Rankings – an internationalen effektiven beinhalten wirtschaftlichen Einbußen zu erleiden haben. Und der Herr Landesrat hat den zentralen Satz bei der Budgetvorstellung formuliert: „Budget ist in Zahlen gegossene

Politik!“ Ich komme wieder zurück, wo ist denn etwa die Bodenbeschaffung durch die Gemeinden in diesem Budget? Sie ist da, aber sie ist auf ein Fünftel reduziert. Jetzt kann man mir auch sagen, die Gemeinden haben das nicht beansprucht – ich vermute es fast –, dann hätte man aber bitte dahinter sein müssen.

Da komme ich dann zum nächsten Bereich, nämlich zum zuständigen Landesrat in der vergangenen Periode, der auch wie heute schon angesprochen wurde, wenn auch von seiner eigenen Partei – ich glaube, Herr Kollege Wiedner, da hat Ihnen dann doch ein bisschen der Blick für das Wesentliche gefehlt oder zumindest für das Historische – Herr Landesrat Schmid hat sich in Sachen Raumordnungspolitik in der letzten Periode einen Bauchfleck der Sonderklasse geleistet, er hat einfach fünf Jahre nichts getan. Er hat es nicht auf die Reihe gebracht. (Abg. Dr. Bleckmann: „Die Genossen haben es verhindert!“)

Erzählen Sie mir nicht zum 150. Mal, dass ein Termin nicht zustande gekommen ist. (Abg. Wiedner: „Wer hat denn den letzten Termin verschoben?“) Das geht für zwei Monate, für drei Monate, aber nicht für fünf Jahre. (Abg. Wiedner: „Ja, dann hättet ihr den Termin nicht verschoben. Ihr habt jetzt keine Zeit gehabt zum Beispiel. Regen Sie sich hier nicht auf!“)

Es ist schon richtig, wenn ich einmal – selten, aber doch – von meinem Recht Gebrauch mache, einen Termin um 14 Tage zu verschieben – nur für die Zuhörerschaft, wenn jemand das nicht weiß – für eine hoch sensible zentrale politische Materie um fünf Jahre, dann ist das eine Kalendergeschichte und das andere politische Unfähigkeit. Und wenn wir gleich beim Herrn Ex-Minister Schmid bleiben, er hat ja eines geschafft. Er hat ja nicht nur in dieser Regierung Oppositionspolitik im Lande gemacht und nicht regiert, sondern er hat ja auch in Wien nicht regiert, obwohl er dort gar nicht Oppositioneller war. (Beifall bei den Grünen.)

Womit ich beim nächsten Punkt bin, nämlich der Frage der Verfassungsreform. In der Tat, Sie wissen, Frau Kollegin Lechner-Sonnek hat das auch heute schon angesprochen. Wir haben in der Tat ein Problem mit dieser Situation, dass man in der Regierung beides machen soll, was selten geht im Leben, nämlich regieren und Opposition machen. Aber an dieser Stelle muss ich schon eines auch in Richtung ÖVP noch als kleine Fußnote anmerken, wenn Sie mir gestatten. Ich habe so den grausamen Verdacht, dass Ihre Begeisterung für eine Verfassungsänderung auch damit zusammenhängt, dass Sie sich natürlich – und da habe ich ein gewisses Verständnis für die Bedenken der Sozialdemokratie – aus der politischen Praxis heraus völlig bewusst sind, dass in diesem Lande eigentlich – ich meine jetzt in unserer österreichischen Bundesverfassung in den Ländern – das Geldausgeben im Bereich der ganzen mittelbaren Bundesverwaltung und da bin ich wieder beim Budget, das Geldausgeben bei den Ländern sehr gut aufgehoben ist.

Die Länder bauen die Straßen. Die Länder bauen die Kanalanlagen. Die Länder können, der Landeshauptmann, in unserem Fall die Landeshauptfrau, kann durch die Lande ziehen und – (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Das ist keine mittelbare Bundesverwaltung!“) Bundesstraßen sind mittelbare Bundesverwaltung. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Das sind Bundesstraßen, das sind Landesstraßen!“) Politisch bleibt es das Gleiche. Der eine gibt es aus und der andere muss es aufstellen. Und in so einem System herrschen natürlich einfach politisch von den Machtverhältnissen andere Gesetze. Das heißt in der Tat, bei unserer politischen Kultur, wo mit dem Geldausgeben unheimlich viel Macht verbunden ist, ist natürlich unheimlich viel Macht konzentriert bei den österreichischen Ländern, weil sehr viel Geld ausgegeben wird.

Was will ich damit sagen? Wir werden sicherlich unsere Landesverfassung ändern, dafür sind wir, wie gesagt, aber wir werden im Zuge der Bundesstaatsreform auch eines nicht machen können. Dass wir das ganze Geld bei den Ländern beziehungsweise bei den Landesfürsten am besten ansiedeln und alles andere brauchen wir nicht. Daher kommen ja auch verdächtigerweise von Seiten der ÖVP beziehungsweise einzelner ihrer Proponenten nicht nur Vorschläge zur Abschaffung der Proporzregierung, sondern auch zur Abschaffung der ganzen Landtage. Das meine ich damit, das ist ja symptomatisch. Also wenn schon, dann alles, das wollte ich damit nur sagen.

Damit komme ich zum nächsten Punkt, auch Teil dieses Kapitels, und anschließend an das Stichwort Landesfürstentum. Wir sind einmal mehr der bescheidenen Meinung, dass man für Ehrungen, im Speziellen für Repräsentation und Ähnliches, etwas weniger ausgeben könnte.

Frau Landeshauptfrau, Sie haben im Ausschuss auf eine Frage im Hinblick auf die Bedarfszuweisungen und die Neuverteilung zu Ungunsten der SPÖ gesagt, das sei das Wesen der Demokratie – sinngemäß. Das Wesen der Demokratie – nach meiner bescheidenen Meinung – besteht darin, dass der Unterlegene, den es gibt, in der Demokratie die Sicherheit haben kann, dass er nicht an die Wand gedrückt wird. Das ist Demokratie! Und die Reform der Bedarfszuweisungen hätte darin bestanden – auch im Sinne der Einsparung von öffentlichen Geldern, weil wir heute schon davon reden und zu Recht davon reden – hätte darin bestanden und ganz ohne Hoffnung sind wir da ja noch nicht, dass man wirkliche Kriterien anlegt, nämlich nicht jene verräterischen der Frau Landeshauptfrau, wo sie sich auf das letzte Wahlergebnis, das heißt auf die Partei und wieder nur auf die Partei bezieht, sondern ein sachliches Kriterium, wo ich sage, na gut, brauchen zwei Gemeinden nebeneinander ein Hallenbad oder ein Eishockeystadion? Das heißt, unser Vorschlag von den Tirolern übernommen, die regionalen Entwicklungsprogramme als Kriterium zu nehmen für die Entscheidungen der Vergabe der Bedarfszuweisungen.

Der nächste Punkt im Bereich der Verfassungsänderung, Bezirksgerichte. Herr Klubobmann Lafer, nichts für ungut, aber es ist ein bisschen so eine Situation, wo Sie über Obmanndebatten sich kritisch geäußert haben. Ich weiß nicht, ich hätte das nicht gemacht. Ich hätte nicht einmal darauf verwiesen, dass der Durchschnittsösterreicher nur einmal in seinem Leben mit dem Bezirksgericht was zu tun hat, wenn Sie wissen, was ich meine. (Abg. Lafer: „Weiß ich nicht!“) Wissen Sie nicht? Wissen Sie, da muss man im Bärenthal ein ganzes Landesgericht

einrichten (Beifall bei der SPÖ.), wenn ich mir die Anzahl der Verfahren, die ihr Ex-Parteiboss allein anstrengt beziehungsweise anhängig hat, hernehme. In diesem Sinne kaufe ich Ihnen also die Abschaffung der Gerichte nicht ab. Die freiheitlichen Parteifunktionäre, zumindest österreichweit gesehen, die Steirer schließe ich da nicht ein, das gebe ich Ihnen gerne zu, sorgen für hunderte Arbeitsplätze in Österreichs Gerichten.

Zum Abschluss noch ein Punkt – auch in diesem Budgetkapitel, auch sehr viel mit Sparen und mit der Kultur des Umgangs mit öffentlichen Geldern zu tun –, der Landesrechnungshof, last not least. Wissen Sie, auch weil es heute hier mehrfach zitiert worden ist, von der Zukunftsorientiertheit. Oder Zitat Paierl: „Der Staat soll die Finger weglassen von Dingen, die ihn nichts angehen oder wo er besser seine Finger nicht hineinsteckt!“ Wie wahr, wie wahr! Aber vergegenwärtigen Sie sich bitte die peinlichen wochenlangen Debatten um die Personalhoheit des Landesrechnungshofes. Jetzt soll mir niemand kommen und sagen, da geht es ja nur um zwei, drei oder 20 Dienstposten. Da soll mir niemand kommen. In Wirklichkeit geht es hier um die wahrscheinlich sensibelsten Personalentscheidungen, jedenfalls aus meiner Sicht, im Lande und politisch gesehen überhaupt. Ein Mensch im Rechnungshof, das muss ich Ihnen nicht sagen, ein Mensch im Rechnungshof, der hat ein gehöriges Maß an Verantwortung und wenn der anfängt Fleißaufgaben zu machen, dann kann es sogar für die Mächtigen im Lande eng werden. Dann kann es eng werden. Daher ist natürlich, und anders habe ich das nie interpretiert, der Widerstand aller auch hier vertretenen Mandatäre und Regierungsmitglieder, die sagen, Hände weg und zurück mit dem Staats- und mit dem Parteeinfluss, für mich im Grunde genommen, gerade was dieses Detail anbelangt, der Debatte um die Personalhoheit im Landesrechnungshof, ein sehr eindrucksvoller Beweis gewesen, für die Lust auf den Zugriff der politischen Parteien und für die Lust auf Macht und auf Kontrolle unserer Regierungsparteien und nicht zuletzt der ÖVP und auch der Freiheitlichen Partei, die diese Entscheidung mitgetragen hat.

Und zum Abschluss, weil mir noch zwei Minuten bleiben, wie ich sehe, noch etwas zum Thema Kontrolle. Es sind auch die Parteifinanzen Teil dieses Budgetkapitels. Sie kennen meinen Wunsch, es ist der Wunsch ans Christkind, aber wie das halt so ist, das Christkind kommt alle Jahre, das heißt es kehrt wieder und ich gebe daher diesen Wunsch nicht auf. Die Grünen sind der Meinung, dass, was die Disziplin beim Ausgeben von öffentlichen Geldern, was die Einsparmöglichkeiten anbelangt, und das ist jetzt nicht eine einzelne Budgetposition, betrifft allerdings überwiegend die Bauausgaben, hier sehr, sehr viel zu holen ist.

Wir haben in der Beschäftigung mit dem steirischen Baukartell feststellen müssen, dass 10 bis 30 Prozent über weite Teile, leider Gottes, der öffentlichen Aufgaben, der Bauaufträge, überhöhte Preise, also um 10 bis 30 Prozent überhöhte Preise festgestellt werden. Und hier effektiv und durchgreifend tätig zu werden ist eine vornehme Aufgabe.

Damit zum Schluss. Wir können nicht behaupten, dass hier alles getan worden wäre – sage ich jetzt einmal vornehm und zurückhaltend. Und insbesondere wird hier letztlich eine ganz wesentliche Maßnahme sein, nämlich jener Wunsch ans Christkind, eine Reform der Parteiförderung beziehungsweise des Parteiförderungsgesetzes nach bundesdeutschem Vorbild unter der Devise: Was hat Helmut Kohl, was Waltraud Klasnic nicht hat? Nämlich die Angst davor, wenn man einen Parteispender nicht bekannt gibt, man mit den Gerichten, mit den Bezirksgerichten, Herr Klubobmann, zu tun bekommt. Das heißt, seien Sie vorsichtig, wenn Sie die Bezirksgerichte abschaffen. Dieses Gesetz können Sie nachher schon deswegen nicht einführen, weil dann wahrscheinlich nicht nur Freiheitliche die Bezirksgerichte in hohem Maße beschäftigen werden. Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei den Grünen und der SPÖ. – 13.11 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dirnberger. Ich erteile es ihm.

Abg. Dirnberger (13.11 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, meine Herren Landesräte, geschätzte Damen und Herren!

Ich möchte in dieser Gruppe 0 auch die Gemeinden behandeln und es steht, glaube ich, wohl außer Streit in diesem Raum, dass unsere Steiermark ein vielfältiges, schönes Land ist, in dem es wert ist zu leben, wo sozialer Friede herrscht. Manches Mal kommt es mir vor, das ist nicht mehr gewährleistet, ich glaube aber, gerade das Gegenteil ist der Fall. Unsere Steiermark ist 16.388 Quadratkilometer groß, 5066 Quadratkilometer sind Siedlungsraum und in unseren 543 Gemeinden leben etwas mehr als 1,2 Millionen Steirer. Sehr unterschiedlich ist die Struktur der Gemeinden. Die größte Gemeinde, die Stadt Graz mit mehr als 237.000 Einwohnern, laut Volkszählung 1991, eine der kleinsten Gemeinden Sulztal an der Weinstraße mit 158 Einwohnern.

Aber genauso unterschiedlich ist auch die Finanzausstattung der Gemeinden. Steuerkraftquote in Graz 17.708 Schilling, in Sulztal 7693, um 230 Prozent weniger. Und wie schaut es bei den Ertragsanteilen aus? Sulztal bekommt pro Einwohner 6078 Schilling, Graz 10.529, 173 Prozent mehr. Die reichste Gemeinde in unserem Land ist wohl Raaba mit 20.296 Steuerkraftquote pro Einwohner. Auch nicht allzu groß als Gemeinde mit 1720 Einwohnern. Wie viel bekommt diese aus den Ertragsanteilen? 5816 Schilling, das heißt nur 5 Prozent weniger als Sulztal. Aug-Radisch im Bezirk Feldbach, eine der finanzschwächsten Gemeinden 6351 pro Kopf Steuerkraft aus Ertragsanteilen, genau gleich viel wie Seiersberg, nur, Seiersberg hat eine Steuerkraftquote von 11.642. Jetzt weiß ich, dass das alles geregelt ist, alles gesetzlich abgedeckt, im Finanzausgleich auch die ganzen Kommunalabgaben und so weiter, entspricht alles dem Gesetz. Aber wir haben heute hier sehr viel gehört. Von den Menschen spricht vor allem die SPÖ-Fraktion, von sozialer Gerechtigkeit, von Sozialabbau. Da stelle ich mir die Frage, ist es wirklich gerecht, dass in der einen Gemeinde pro Bewohner das 3,2-fache zur Verfügung steht? Ist das wirklich gerecht? Was sind das für Kriterien, warum es so viel Geld mehr gibt? Das ist zweifellos die Tüchtig-

keit der Gemeindefunktionäre, aber vielfach sind dafür auch Infrastruktureinrichtungen verantwortlich, ein Autobahnanschluss, ein Bahnanschluss, Gewerbetriebe, die zur Verfügung stehen und dadurch können solche Gemeinden wesentlich mehr Geld für den Bürger ausgeben wie eine andere in einer ländlichen Gegend.

Ich glaube, hier ist Handlungsbedarf. Parteiübergreifend lade ich alle ein, denken wir nach, wie wir das abändern können. Es wird mühsam genug, Schritt für Schritt. Und es kann doch nicht so sein, dass immer dann von sozialer Gerechtigkeit gesprochen wird, wenn es meinen eigenen Interessen dient. In diesem Fall habe ich bei der SPÖ fast ein bisschen so den Eindruck, dass es dann sozial gerecht ist, wenn es ihrer eigenen Klientel dient.

Jetzt gibt es auch eine zusätzliche Möglichkeit, diesen doch finanzschwächeren Gemeinden etwas unter die Arme zu greifen und das sind die Bedarfszuweisungsmittel. 1,3 Milliarden Schilling – Herr Abgeordneter Hagenauer hat es schon angesprochen. Ich danke unserer Frau Landeshauptmann, da sie es war, die die Verteilung dieser Bedarfszuweisungsmittel nach objektiven Kriterien in diesem Jahr zum ersten Mal durchgeführt hat und auch durchgesetzt hat, dass das möglich ist. Die objektiven Kriterien richten sich nach Gemeindekriterien und da ist das erste Kriterium die Anzahl der Gemeinden, gewichtet mit 0,8, das zweite die Fläche, gewichtet mit 0,8, das dritte die Bevölkerung, gewichtet mit 1,3, wohl wissend, dass natürlich in dichter besiedelten Gebieten mehr kommunale Aufgaben entstehen. Das vierte Kriterium, Aufkommen der Ertragsanteile, gewichtet mit 1,0 und fünftens Prozentsatz der Gemeinden, deren Finanzkraft unter dem Landesdurchschnitt liegt. Das ergibt, wenn man es durchrechnet, gewichtet 64,6 für die Gemeinden, die die Frau Landeshauptmann betreut und 35,4 für die Gemeinden, die der Herr Landeshauptmannstellvertreter betreut. Rechnet man auch Graz dazu, 11 Prozent dieser Bedarfszuweisungsmittel, das sind 145 Millionen Schilling, die ja vorweg an Graz überwiesen werden, dann kommt ein Schlüssel von 57,5 zu 42,5 heraus. Und dazu gibt es auch noch Förderrichtlinien für die Vergabe. Zum Ersten für Ausgleich von Härten, zweitens zum Ausgleich des Haushaltsabganges und zum Dritten für Projektförderung mit Förderrichtlinien und dergleichen. Hier ist das erste Jahr sicher ein Lernjahr und es wird diverse Anpassungen und Veränderungen geben müssen. Aber ich glaube nicht, dass es so sein kann, dass plötzlich das Türkl Hilfe zum Ausgleich des Haushaltsabganges genutzt wird. Und ich sehe plötzlich von der sozialdemokratischen Fraktion zugehörigen Gemeinden, die dieses Schlupfloch nutzen. Hier müsste eigentlich ein Aufschrei von allen finanzschwachen Gemeinden aus eurer Fraktion kommen, weil das sind eure Bedarfszuweisungsmittel. Und es kann doch nicht sein, wenn eine Gemeinde, die eine hohe Steuerkraftquote hat, auch noch hier eine Hilfe zum Ausgleich des Haushaltsabganges bekommt. (Beifall bei der ÖVP.)

Aber das ist ja nicht meine Sorge, sondern es ist nur ein Hinweis, was man in eurer Fraktion unter gerecht versteht. Die Volkszählung wird uns in den nächsten Wochen beschäftigen. Das Ergebnis der Volkszählung wird hier sicher keine Verbesserung zugunsten der kleineren und finanzschwächeren Gemeinden bringen. Es wäre natürlich auch hier sehr interessant zu hinterfragen, aber meine Zeit lässt es nicht zu, wie man mit solchen Gemeinden eigentlich umgeht, die Prämien aussetzen, damit sich Bewohner mit Hauptwohnsitz anmelden. Aber sei es wie es sei, ich glaube, dass ihr als SPÖ es gar nicht notwendig habt, diesen billigen Populismus hier einzuführen, als ehemalige staatstragende Partei, dass ihr diesen wirklichen Populismus hier anwendet, dass ihr glaubt Gemeinden fangen zu können, indem ihr den Finanzierungsschlüssel der Sozialhilfeverbände ändern wollt auf 70 zu 30. Derzeit haben wir 60 zu 40, wohl wissend, dass das Land es sicher nicht finanzieren kann, wohl wissend, dass ein Landesrat Ressel damals einen Verteilungsschlüssel von 50 zu 50 einführen wollte. Genau das Gleiche gilt für die Landesumlage, für die Abschaffung der Landesumlage. Das ist auch ein ganz einfacher, billiger Populismus, wohl wissend, dass in anderen Bundesländern die Gemeinden bei der Spitalsfinanzierung mitzahlen müssen. Hier gilt für uns wohl, wir wollen in keinsten Weise die Spitäler mitfinanzieren und so werden wir auch in Zukunft die Landesumlage bezahlen müssen. Hier ist aber, glaube ich, eine Änderung notwendig. Es kann vorkommen, dass die Finanzzuweisungen für finanzschwache Gemeinden, die Paragraph-21-Mittel bei der Berechnung der Landesumlage hinzugerechnet werden und dann tritt der Fall ein, dass finanzschwache Gemeinden durch diese Bezahlung dieser Finanzzuweisung plötzlich eine höhere Landesumlage bezahlen müssen, um 100.000, 200.000, 300.000 Schilling, aber nicht zugunsten des Landes, weil die Landesumlage immer gleich hoch bleibt, nein, zugunsten der finanzstarken Gemeinden, die um 320 Prozent mehr Steuerkraftquote haben. Und diese Ungerechtigkeit, glaube ich, können wir, ja müssen wir gemeinsam abschaffen.

In diesem Sinne darf ich ersuchen, arbeiten wir in Zukunft wieder zusammen. Ich verstehe schon, es ist jetzt ja modern geworden auf der Regierungsbank zu sitzen und gleichzeitig Opposition zu spielen. Das habt ihr von einer anderen Fraktion hier in diesem Hause gelernt. Aber ich glaube, es ist nicht notwendig. Arbeiten wir in Zukunft zusammen für unsere Menschen im Land und sorgen wir auch dafür, dass die Steuermittel gerecht aufgeteilt werden. Die Menschen in unserem Land haben das verdient. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 13.21 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Halper. Ich erteile es ihr.

Abg. Halper (13.21 Uhr): Frau Landeshauptmann, Herr Präsident, wertere Landesräte, geschätzte Zuhörer und Zuhörerinnen hier im Saal, aber auch vor den Bildschirmen, Hohes Haus!

Wenn man sich den Landesvoranschlag 2001/2002 anschaut, dann muss man in der Gruppe 0 eigentlich feststellen, dass sich nicht wirklich viel geändert hat. Dadurch gibt auch das Personalbudget nicht wirklich viel her. Was allerdings für mich schon die Hoffnung in sich birgt, dass zwar einerseits die Besoldungsreform und andererseits die Verwaltungsreform vielleicht ein bisschen schneller durchzubringen sind, denn ich habe mir den Ablauf

vor allem von der BEST angeschaut. Und irgendwo ist es schon grotesk, wenn es tempomäßig nämlich so weitergeht, dann haben eigentlich meine Enkelkinder irgendwann einmal eine neue Reform. Grundsätzlich sollte es auch nicht wahr sein, dass eine Reform, die von Seiten der Interessenvertretung, und zwar von allen Fraktionen, schon seit Jahren gefordert wird und seit drei Jahren eigentlich schon kommen soll, jetzt erst im Stadium der Bewertung ist.

Gerade wenn es hier um ein Budget des Sparens geht, dann verstehe ich eines nämlich nicht, wieso man das Tempo nicht strafft, denn das ist kein Ausdruck von Sparen und schon gar nicht bei einer Reform, die ewig lange dauert. Denn eines muss man einmal festhalten. Diese Reform hat bis jetzt schon 2,5 Millionen Schilling verschluckt.

Jetzt gehe ich einmal davon aus, dass es wahrscheinlich zusammenhängt, dass das Personalressort sicherlich nicht das Lieblingsressort von Herrn Landesrat Hirschmann war. Deshalb kann ich diesbezüglich auch nur hoffen, dass Sie, Herr Landesrat Schützenhöfer, hierbei mehr Einsatz zeigen werden und vor allem das Tempo auch etwas straffen. Denn sonst schmeißt das Land Steiermark noch mehr Geld zum Fenster raus und das kann ja, sehr geehrte Damen und Herren der ÖVP vor allem, nicht in Ihrem Interesse sein.

Was mir allerdings bei meinen Recherchen zur steirischen Personalpolitik auch aufgefallen ist, ist vor allem die Art und Weise, wie man hier mit dem Personal, also jenen Personen, die von einer derartigen Reform betroffen sind, umgeht. Da hat es bis zur Mitte der neunziger Jahre eine so genannte Innovationsgruppe gegeben. Und im Endeffekt war deren Arbeit anscheinend umsonst. Man hat da irgendwie so diese Beamten, die sind ja recht lieb und nett, ruhig gestellt mit einer Hinhaltetaktik, aber sie werden nicht wirklich eingebunden, was mich schon irgendwie dabei stört, sehr geehrte Damen und Herren der ÖVP. Ich glaube nicht, dass man hier in diesem Land mit Personal so umgehen sollte und schon gar nicht mit Menschen.

Abgesehen davon ist es auch kein gutes Zeichen eines Landes als Dienstgeber, wenn es so mit seinem Personal umgeht. Ich frage mich, wo dann hier Teamgeist oder Mitarbeitermotivation entstehen kann. Aber das sollte ja eigentlich der Landesrat Paierl ganz gut wissen, er kommt ja aus der Wirtschaft. Ihnen ist ja bekannt, was Teamgeist und Motivation nicht nur heißen, sondern was sie auch bedeuten. Vielleicht könnten Sie da einmal Ihren Kollegen und Kolleginnen der ÖVP einen Nachhilfeunterricht geben. Ich denke, schaden kann es einfach nicht. (Beifall bei der SPÖ. – Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Wo ist das Problem?“) Dass Leute in diesem Land sicherlich nicht eingebunden werden, weil sonst gibt es nicht Innovationsgruppen bis Mitte der Neunziger und im Endeffekt werden die Leute aber nicht in die Gespräche eingebunden.

Abgesehen davon hat mich eines etwas verwundert, und zwar das Leitbild des Landes. Dieser Betrieb Steiermark wirkt ja irgendwie sehr dynamisch. Nur, im Ablauf bin ich eigentlich draufgekommen, ich komme mir irgendwie so wie in den fünfziger Jahren vor. (Abg. Gödl: „Da hast ja noch gar nicht gelebt!“)

Nein, da war ich noch nicht auf der Welt. Aber ich kenne genug Beispiele und es gibt heutzutage auch so tolle Filme darüber. Also man lernt ja auch, auch in meinem Alter.

Einen Punkt möchte ich noch ansprechen, weil er sicher nichts mit der Absicht der Nachhaltigkeit zu tun haben kann, das ist nämlich die Lehrlingsausbildung in diesem Land.

Ich habe bei Gesprächen mit Lehrlingen feststellen müssen, dass die Qualität der Ausbildung eigentlich zum Himmel schreit. Das mag jetzt vielleicht daran liegen, dass der Lehrlingsbeauftragte der ehemalige Presseferent von der Frau Landeshauptmann war, aber ob er damit die Qualifikation mitbringt, Lehrlingsbeauftragter zu sein, weiß ich nicht. (Landeshauptmann Klasnic: „Das ist jetzt aber unverschämt!“)

Tatsache ist es aber, dass es eine Schande ist für ein Land, das ein nicht so unwesentlicher Arbeitgeber ist, dass die Lehrlingsausbildung in der Qualität nicht besonders gut ist. (Landeshauptmann Klasnic: „Frau Kollegin, darf ich nur dazusagen, die Klasse der Verwaltungslehrlinge des Landes hat geschlossen mit Auszeichnung abgeschlossen. Das ist einzig dem Johannes Steinbach zu verdanken. Er ist einer der Besten und vor allem einer der Besten für die Jugend!“ – Beifall bei der ÖVP.)

Dann frage ich mich nur eines, wir bilden hier in dem Land Lehrlinge aus, aber nicht mit einem Nachhaltigkeitsprinzip. Jeder Betrieb weiß, wenn ich eine gute Lehrlingsausbildung habe, dann erhalte ich mir auch die Leute im Betrieb. Und das passiert in diesem Land aber nicht. (Beifall bei der SPÖ.)

In diesem Zusammenhang bin ich eigentlich froh, dass ich Mitglied des Personalbeirates bin, weil so kriege ich wenigstens überhaupt etwas mit über die Lehrstellenzugänge in diesem Land.

Und es ist irgendwie grotesk oder eine Augenauswischerei, dass 20 bis 30 Lehrlinge jedes Jahr an so einem Personalbeirat vorbeigeschmuggelt werden, aber Information habe ich darüber. Mir wäre es dabei lieber, wenn der Personalbeirat besser und aktiver eingebunden wird und auch im Falle der Dringlichkeitsaufnahmen. Solange es hier keine Verbesserungen gibt, bleibt mir leider nichts anderes übrig als anzunehmen, dass das Management in diesem Land nicht besonders gut ist. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 13.27 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächste hat sich zu Wort gemeldet die Frau Abgeordnete Bleckmann. Ich erteile es ihr.

Abg. Dr. Bleckmann (13.27 Uhr): Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Präsident!

Es geht ja bei dieser Gruppe um einiges. Zur Verfassungsreform sage ich nichts mehr, weil dazu bin ich zu lange dabei. Nachdem SPÖ und ÖVP eine Zweidrittelmehrheit für Änderungen benötigen, kann ich mir schon vorstellen, dass es in dieser Periode wieder kein Ergebnis geben wird. Deshalb lohnt es sich nicht einmal, darüber ein Wort fallen zu lassen.

Zum Lehrlingsbeauftragten möchte ich auch kurz etwas zur jugendlichen Kollegin sagen, denn ich kenne ihn persönlich. Er ist zwar ein ÖVP-ler, aber ich finde es nicht sonderlich fair, wenn man hier vom Pult etwas sagt über Personen, die man vielleicht selber gar nicht kennt und auch dann noch pauschal alle Regierungsbüromitarbeiter verurteilt. Sie wissen es selber auch ganz genau, wenn Sie jetzt im Personalbeirat drinnen sitzen, dass aus den Büros, die der SPÖ zugerechnet werden, x Mitarbeiter irgendwo in der Verwaltung untergebracht worden sind. Und wenn Sie sagen, dass all diese Personen nicht gut sind an der Stelle, wo sie sind, dann frage ich mich schon. Ich finde es wirklich nicht in Ordnung, dass hier einzelne Personen so verunglimpft werden, die Sie nicht einmal kennen, und schon gar nicht hier vom Pult aus. (Beifall bei der ÖVP.)

Zur Verwaltungsreform, das ist ja genauso eine unendliche Reform, die hier seit langem im Lande stattfindet – ich bin jetzt auch schon neun Jahre hier – und das ist wirklich die „Unendliche Geschichte“, eine unendliche Reform.

Aber wenn die Kollegin Bachmaier dann sagt und kritisiert, es gibt hier zusätzliche Verwaltungsebenen und eine neue Geschäftsordnung und sich für die weitere objektive Postenvergabe einsetzt, dann freue ich mich sehr, dass sich die SPÖ endlich für eine objektive Postenvergabe einsetzt. Das ist sehr erfreulich, denn wir können uns alle erinnern an das Beispiel Konrad, wo die SPÖ ja ganz objektiv vorgehen wollte. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP.)

Ich erinnere nur. Und an die zusätzlichen Verwaltungsebenen. Na, ich bin erfreut, dass Sie sich nun endlich eines Besseren belehren lassen. Denn die, die zusätzliche Verwaltungsebenen hier eingebaut haben, das war die SPÖ mit der FOKU, mit dieser neuen drübergbauten Abteilung, mit der Fachabteilung für Sozialwesen, mit der Fachabteilung für Gesundheitswesen, wo Sie es geschafft haben, zusätzliche Overheads und Overheadkosten zu installieren. Ich freue mich, dass Sie zusätzliche Verwaltungsebenen abschaffen wollen und dazugelernt haben. (Abg. Gennaro: „Frau Kollegin!“)

Ja, das wollen Sie nicht, das interessiert Sie nicht, Sie wollen nicht aufpassen. Denn das, was früher war, interessiert mich heute nicht mehr, ist Motto der SPÖ. Weil das, was früher war, darüber wollen wir heute nicht mehr sprechen. Heute sind wir Opposition und da bleiben wir auch dabei und da interessiert uns das nicht mehr, was gestern war. Das ist die Devise der SPÖ.

Und die Devise von der ÖVP. Ich kann Sie nicht auslassen, liebe Kollegen, denn ich freue mich, dass Sie jetzt mit diesem neuen Votum, das Sie seitens der Bürger bekommen haben, jetzt wirklich die Möglichkeit haben, endlich eine Verwaltungsreform zu machen und endlich etwas umzusetzen. Ich freue mich, wenn Sie diese Organisationen, die Sie auch zusätzlich geschaffen haben, mit einer doppelten Europaabteilung, mit einer wieder neu erstandenen Rechtsabteilung 2, dass Sie jetzt endlich mit einem neuen Schub in die Verwaltungsreform hineingehen werden und endlich das so genannte Lean-Management umsetzen werden. Ich freue mich wirklich, dass Sie hier die Sündtaten der Vergangenheit, wenn ich sie so nennen darf, mit Ihrem ehemaligen Partner, den Sie ja damals hatten, in der letzten Legislaturperiode, dass Sie diese Sündtaten der Vergangenheit endlich beheben werden und hier, um mit den Worten des Kollegen Lopatka es zu sagen, ausufernde Versorgungssysteme rückbilden.

Ich freue mich, dass diese ausufernden Versorgungssysteme rückgebildet werden, auch in der Verwaltung. Ich erwarte mir hier eine Aufgabenreform, so wie es der Bund mit der Aufgabenreform-Kommission macht. Das nennt sich nämlich dann auch Abschlanken und auf Kernaufgaben reduzieren. Aber das heißt auch für uns, dass wir hier Gesetze reduzieren und verringern. Als zweiter Punkt, die Kostenwahrheit, dass wir endlich hier zur Kostenwahrheit kommen, was denn eine einzelne Tätigkeit und Aktivität der Verwaltung kostet und damit eng verbunden auch natürlich die Bürgernähe, die ja, wie ich schon gehört habe, allen ein Anliegen ist. Bürgernähe und Bürgerfreundlichkeit, das heißt, nur eine Anlaufstelle zu haben, die Erledigung durch nur eine Abteilung und das möglichst rasch und auch dass die Abteilungen vielleicht einmal von sich aus tätig werden und hier insgesamt die Verwaltung effizienter und besser arbeitet. Das ist ein Anliegen, das wir alle haben, das wir über Jahre hindurch ja schon alle haben. Insofern freue ich mich wirklich, dass wir jetzt endlich mit dem neuen Schub, den die ÖVP jetzt hat, das auch durchsetzen können.

Dazu will ich auch zwei Anträge einbringen, nachdem Herr Kollege Wiedner auf seinen vergessen hat, bringe ich den auch gleich mit ein.

Antrag betreffend Besoldungs- und Pensionsmodell. Der Landtag wolle beschließen, die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag eine Regierungsvorlage eines neuen Dienst- und Besoldungsmodells für Landesbedienstete zu übermitteln.

Zweiter Antrag, betreffend Bürokratiereform. Der Landtag wolle beschließen, die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, eine umfassende Bürokratiereform einzuleiten, die zumindest folgenden Anforderungen gerecht wird:

Erstens: Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die von privaten Rechtsträgern besser besorgt werden könnten, sind auszugliedern.

Zweitens: Die Gesetze sind im Bezug auf Deregulierungsmöglichkeiten zu durchforsten.

Drittens: Die bei der öffentlichen Verwaltung verbleibenden Bereiche müssen einem umfassenden Bürokratieabbau unterzogen werden. Dabei sind alle bestehenden Organisationen und Regelungen mit dem Ziel einer bürgernahen, raschen, nachfrageorientierten, effizienten und kostengünstigen Verwaltung zu hinterfragen.

Viertens: Für jede Aufgabe der Verwaltung sind die Kosten zu ermitteln und soweit möglich ein eigener Kosten-Nutzen-Vergleich anzustellen. Hierbei sind sowohl die Personal-, Sach-, Raum-, sonstige Kosten als auch die Verwaltungsgemeinkosten einzubeziehen, so genanntes Lean-Management.

Nachdem Sie ja alle dafür sind, dass das in der Verwaltung passiert, können Sie diese Anträge ja nur unterstützen. (Beifall bei der FPÖ. – 13.34 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Majcen. Ich erteile es ihm.

Abg. Majcen (13.34 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren, Frau Landeshauptmann und Herr Landtagspräsident!

Ich möchte ganz am Anfang etwas sagen, was sich aus der bisherigen Debatte ergeben hat, nämlich zur Frau Kollegin Bachmaier-Geltewa. Es durchzuckt mich als männliches Mitglied dieser Gesellschaft sehr, wenn eine Frau zu einer anderen Frau sagt, sie ist kaltschnäuzig, wenn eine Frau sagt, sie tut in Wien kuschen. Ich weiß nicht einmal, ob Männer so miteinander umgehen wie manchmal Frauen. Das ist ein Ton, der mir nicht gefällt und den ich hier nicht dulde. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich weiß schon, Frau Kollegin, und vielleicht gilt das für die andere Fraktion auch, dass Sie ein paar Punkte und Worte ausgemacht haben, die Sie verwenden müssen, um griffige Reden zu halten. (Abg. Stöhrmann: „Das ist genau die Sprache, die Ihr Klubobmann spricht!“) Aber kaltschnäuzig hat er nicht gesagt, er hat Worte gebraucht, die hart sind, aber keine Worte, die einen Beigeschmack von Verunglimpfung haben. (Beifall bei der ÖVP.)

Und jemandem zu sagen, er ist kaltschnäuzig und er tut kuschen, ist einfach aus meiner Sicht nicht in Ordnung.

Ich weiß, dass Sie wahrscheinlich im Klub ausgemacht haben, dass in jeder Rede das Wort Machtrausch vorkommen muss. Es muss vorkommen, damit es endlich irgendjemand im Lande gibt, der das glaubt. Es glaubt nämlich sonst keiner, möchte ich nur sagen. (Abg. Mag. Erlitz: „Hör zu. Wenn jemand von euch sagt, er soll sich aus der Politik schleichen, das passt und ist in Ordnung?“) Das ist eine Vorgangsweise, „langsam gehen“ heißt schleichen. (Beifall bei der ÖVP.) Das steht in jedem Wörterbuch, ist aber keine Verunglimpfung.

Ich habe ja nur fünf Minuten, haltet mich nicht so auf. Ich möchte nur sagen, weil die Frau Kollegin Bachmaier auch von der Sparsamkeit geredet hat, ich habe zufällig da so einen Zettel, ich weiß nicht, wie ich dazu gekommen bin. Herr Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner – (Abg. Stöhrmann: „Hast du ihn von ihm bekommen?“) er hat ihn mir nicht persönlich gegeben, aber von irgendwo dort habe ich ihn einmal hergekiegelt, da ist so eine Aufstellung, nur weil Sie immer von der Sparsamkeit reden, die sich auch in kleinen Dingen zeigt, wie Sie ja immer verlangen – hat im letzten Jahr 288.000 Briefkuverts verbraucht, weil Sie von der Präsentation gesprochen haben. Alle anderen Regierungsmitglieder gemeinsam haben nicht so viel gebraucht.

Das Ganze hat natürlich auch alles andere Mögliche noch zur Folge, ich will das nur sagen. Ich will jetzt das Wort scheinheilig nicht verwenden, weil das wäre gegen das, was ich am Anfang gesagt habe. Aber es ist nicht ganz fair, das zu reden und der Frau Landeshauptmann zu sagen, sie soll nicht so viel repräsentieren und Sie meinen damit, in der Gegend herumfahren, dann muss ich sagen, hoffentlich tut sie das noch viel mehr, obwohl man es gar nicht mehr tun kann. Ich wünsche auch, dass Ihr Landeshauptmannstellvertreter sehr viel so repräsentiert, dass er viel herumfährt, weil das würde sich dann noch besser in den Wahlergebnissen auswirken, meine sehr verehrten Damen und Herren. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich habe immer gesagt, überall dort, wo er hinfährt, haben wir schon wieder ein paar Stimmen gewonnen. (Abg. Mag. Erlitz: „Das ist fair?“) Es war kein falsches Wort dabei.

Zu diesem Kapitel gehört – und das ist das, was ich eigentlich sagen wollte – auch die Europäische Union, zu diesem Punkt 1, zur Gruppe 0. Ich möchte hier eigentlich nur kurz sagen, dass wir mitten drinnen sind in dem großen und schwierigen Prozess der Erweiterung der EU 15 auf die EU 27 mit einer bevorstehenden Verdoppelung der Bürger, die in diesem EU-Raum leben und dass nach den Plänen der EU die Aufnahme der ersten Beitrittskandidaten aus Mittel- und Osteuropa bis zu den Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahre 2004 erfolgen soll.

In der Sitzung des Ausschusses der Regionen im Februar hat Frau Landeshauptmann Klasnic sich sehr klar dafür ausgesprochen, Vorkehrungen dafür zu treffen, dass die Bedeutung und der Stellenwert der Regionen auch nach einer Erweiterung gesichert bleiben. Diese Bedeutung und der Stellenwert der Grenzregionen müssen allerdings auch neu definiert werden, weil sie sich jetzt neu darstellen und der Gedanke Europa muss den Bürgern nahe gebracht werden. Ich sage das deswegen, weil ich sehr häufig in Gesprächen, Leserbriefen diese landläufige Meinung lese, es wird alles furchtbar sein. Es ist richtig, dass das eine große, eine ganz große Herausforderung für die EU ist, es ist richtig, dass diese EU-Erweiterung für uns in Österreich eine riesige Herausforderung bedeutet, aber es ist auch richtig, dass es ohne diese Erweiterung nicht gehen wird, denn es gibt keine Alternative dazu. Ein klares Ja seitens der steirischen Volkspartei zur Erweiterung, aber nicht ohne gute und ausgewogene Vorbereitung, ohne die strikte Einhaltung der Kopenhagener Kriterien, gelebte Demokratie, funktionierende Marktwirtschaft und Übernahme des gemeinsamen Rechtsbestandes.

Auch wenn einzelne Beitrittsländer und Kandidatenländer Übergangsfristen verhindern wollen, dann müssen wir klar feststellen, dass wir diese Fristen für den freien Personenverkehr zum Beispiel oder für die Landwirtschaft brauchen. Die Steiermark ist in diesem Sinne Grenzland und die längste EU-Außengrenze im Sinne

der Erweiterung hat Österreich. Wir haben aber mit dieser Erweiterung auch die Chance auf Überwindung der Teilung Europas und die Chance auf eine langfristige Garantie von Frieden und Sicherheit. Und das müsste uns auch etwas wert sein.

Nicht nur immer die rechnerisch dargelegte Dimension, sondern auch das, was sich an zusätzlicher Sicherheit und an Zusammenlebensqualität in diesem Europa ergibt, ist wichtig. Übrigens werden einer Reihe von Studien zufolge die Steiermark und Österreich am meisten profitieren von dieser Osterweiterung. Alle Programme, die hierfür vorgesehen sind, müssen von uns sehr intensiv genutzt werden, dann werden wir zur guten Nachbarschaft mit unseren Nachbarn gelangen. Und dann werden wir in diese Zukunftsregion Südost eintreten. Sie umfasst Steiermark, Kärnten, Friaul, Julisch-Venetien, Veneto, Westungarn, Slowenien und Kroatien. Das ist für den Industriestandort Steiermark eine Jahrhundertchance. Die Steiermark kann sich zur Drehscheibe und zum Verbindungsglied in den EU-Zentralraum entwickeln. Wir sind hier mit am Rande dieses großen Dreiecks der Städte Wien, Budapest und Prag, wo sich ein ganz neuer Wirtschaftsraum entwickelt.

Dazu brauchen wir den Semmeringbasistunnel, das Güterterminal Graz-Süd, die Koralmbahn beziehungsweise den Koralmtunnel nach Klagenfurt, einen besseren Ausbau der Schieneninfrastruktur und neue Bildungsk Kooperationen. Wir müssen die Chancen nützen und die Herausforderung positiv bewältigen.

Ich habe zwei Entschließungsanträge, die ich zur Verlesung bringe.

Der erste lautet: Die Erweiterung der Europäischen Union steht unmittelbar bevor. In einer Union der 27 wird es für die Steiermark wichtig sein, sich entsprechend gut zu positionieren.

Durch die Erweiterung rückt die Steiermark ins Zentrum der Europäischen Union. Seit jeher gehört es zum Selbstverständnis der Steiermark, Brücke in den Süden und größter Investor zu sein.

Die Technologieachse Graz–Maribor soll schon heute den Grundstein für eine enge wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit mit dem zukünftigen EU-Mitglied Slowenien legen. Das ist ganz wichtig, dass wir dorthin Partnerschaften entwickeln, dass wir dort uns strategische Partner suchen. Das Ziel dieser Technologieachse ist die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Technologieparks, der Aufbau grenzüberschreitender Netzwerke und die Unterstützung konkreter Firmenkooperationen.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass der Umsetzung der Technologieachse Graz–Maribor im Rahmen der EU-Zukunftsregion Süd-Ost Priorität eingeräumt wird.

Der zweite Antrag lautet, und dieser Antrag hat sich aus einer Reihe von Gesprächen ergeben und es ist schon manches darüber gesprochen worden, die Einführung des Euro betreffend:

Die Einführung des Euro ist ein Meilenstein auf dem Weg zu einem Europa, in dem sich die Menschen, Dienstleistungen, Kapital und Waren frei bewegen können. Am 1. Jänner 2002 werden in zwölf Mitgliedsstaaten der Europäischen Union die Euronoten eingeführt. Es handelt sich um sieben Banknoten, die 5er, 10er, 20er, 50er, 100er, 200er und 500er Banknote und acht Münzwerte. Es werden dann allerdings wesentlich mehr Münzen im Umlauf sein als bisher. Es wird keine Geldscheine geben, die dem Zwanziger oder Fünfziger vergleichbar sind, vom Wert her. Es wäre daher überlegenswert, an die zuständigen Stellen heranzutreten, ob es nicht möglich ist, eine kleinere Banknote noch einzuführen. Ich bin überzeugt, sie wird nachträglich kommen.

Daher stellen wir den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, beim nächsten Zusammentreffen des Europäischen Rates das Drucken von Ein- und Zwei-Euro-Banknoten anzuregen. Danke für Ihre Aufmerksamkeit und ich bitte um Ihre Zustimmung zu diesen Entschließungsanträgen! (Beifall bei der ÖVP. – 13.45 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächste hat sich die Frau Abgeordnete Zitz zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

Abg. Mag. Zitz (13.45 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Regierungsmitglieder, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste!

Herr Kollege Majcen, ich habe ein europapolitisches Anliegen. Wäre es Ihnen möglich, dass Sie Ihren letzteingebrachten Antrag zurückziehen?

Ich finde das unglaublich blamabel, dass in einer Zeit, wo wir Kürzungen auf allen Ebenen auf Grund der Maastricht-Kriterien erleben, die gerade Gemeinden und Einzelpersonen treffen, wo die Verträge von Nizza debattiert werden, deren Ratifizierung ja aussteht – zu den Verträgen von Nizza, dazu hätte ich sehr gerne eine Positionierung von der angeblichen Europapartei, wie es der Kollege Lopatka gesagt hat, der ÖVP, gehört –, dass dann die ÖVP kommt und einen Antrag stellt, der im Ernst davon handelt, dass die EU ihre Währung so macht, dass wir nicht zu viele Münzen, sondern mehr Geldscheine in unseren Geldbörsen haben. Ich bitte Sie herzlich, diesen Antrag zurückzuziehen. Ich glaube, Sie würden damit das österreichweite Profil der steirischen ÖVP und deren Europakompetenz heftig aufwerten. Das ist der erste Punkt.

Es geht in diesem Budgetblock insgesamt um die politische Struktur, wie die Steiermark gestaltet und regiert wird.

Ich möchte jetzt den Antrag kommentieren, der von den Freiheitlichen eingebracht worden ist. Dieser Antrag heißt „Bürokratierreform“, und da steht auch ein Satz drinnen, da habe ich mir gedacht, das darf nicht wahr sein, nämlich die Gesetze „in Bezug auf Deregulierung zu durchforsten“. Da hätte ich einen konkreten Vorschlag. Wie wäre es, wenn Sie in Graz und in der Steiermark die Bettlervverordnung abschaffen würden, die Leute dafür bestraft, dass sie blöderweise sehr arm sind und auf der Straße sitzen und betteln. Ganz egal, wie jemand in diese Lage kommt. Das wäre ein toller Beitrag zur Reduktion im Verwaltungsbereich.

Zu diesen permanenten Reden über Deregulierung: Es gibt einige Bereiche, wo ich mir gefälligst eine klare, starke Politik wünsche, die es eben nicht zulässt, dass diverse Großunternehmen, auch im Medienbereich – um das auch einmal zu sagen –, immer mehr Möglichkeiten haben sich auszubreiten und wo es immer weniger Möglichkeiten gibt für kleine Unternehmen oder für Einzelpersonen, die eine andere politische Haltung haben, überhaupt noch gehört zu werden.

Diesen beiden Anträgen von der ÖVP beziehungsweise FPÖ werden wir von Seiten der Grünen, und zwar gerade auch auf Grund unserer kritischen, aber positiven Haltung gegenüber Europa natürlich nicht die Zustimmung geben.

Ich möchte zu einem letzten Punkt noch etwas sagen, der bis jetzt von niemandem angedreht worden ist. Das ist die Presseförderung. Und diese steckt nämlich auch in diesem Kapitel drinnen. Da geht es darum, welche Medien, welche Art des Miteinanderredens, Voneinanderlesens, Einanderzuhörens werden in der Steiermark gewünscht?

Die Presseförderung in der Steiermark ist in diesem Doppelbudget geheimnisvoll weiterentwickelt worden, und zwar so, dass die Ermessensausgaben für die neuen Mitglieder der Landesregierung erhöht worden sind. Sie wissen, da gibt es keine Kriterien, das läuft aus dem Bauch heraus, wer sich selber wieder einmal mit Steuermitteln bewerben möchte. Nach unserer Ansicht dürfen die Mittel aus der Presseförderung ausschließlich zum Erhalt der Medienvielfalt in der Steiermark verwendet werden.

Wir werden jetzt einen Abänderungsantrag zu diesen beiden Budgets einbringen. Dieser Antrag wird aufkommensneutral sein, er wird keinen Schilling mehr kosten. Und ich möchte dazusagen, dass in dem letzten Jahr die Erhöhung der Postversandstarife stattfand, dass viele Vereine keine Zivildienster mehr kriegen und dass genau im Sozial-, Gesundheits- und Jugendbereich kräftig gestrichen worden ist. Das ist ein voller Widerspruch zu diesem tollen steirischen „Tag des Ehrenamtes“, den die Landeshauptfrau immer wieder begeht. Das passt für mich überhaupt nicht zusammen.

Und dass Medien, Zeitungen oder auch Leute, die internetmäßig etwas anbieten, immer weniger Möglichkeiten haben und dass in der Steiermark konkret eine Tageszeitung, die „Neue Zeit“, in einer äußerst prekären Lage ist, das sollte der Landtag auch nicht so ruhig und gelassen hinnehmen.

Ich stelle daher im Namen der Grünen zwei Abänderungsanträge.

Es wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Im Landesvoranschlag 2001 wird der Ansatz 1/021934-7430 „Presseförderung“ um 20,710.000 Schilling erhöht und es werden die Ansätze 1/059965-7690 „Verschiedene Förderungsmaßnahmen und Druckkostenbeiträge“ und 1/059975-7690 „Verschiedene Förderungsmaßnahmen und Druckkostenbeiträge“ auf Null gestellt.

Und was den Landesvoranschlag 2002 betrifft: Es wird besagter Ansatz, den ich vorher zitiert habe, um 1,432.000 Euro erhöht sowie die beiden analogen vorher zitierten Ansätze werden auf Null gestellt.

Das wäre eine konkrete Chance für das Land Steiermark zum Bereich Medienvielfalt.

Und wie gesagt, ich ersuche noch einmal die Kollegen von der ÖVP, in einer Zeit, wo es europapolitisch wirklich auch auf ein klares Statement von der Steiermark ankommt und wo ich es für katastrophal finde, dass man auf der Bundesebene den Freiheitlichen nachhüpft und auf der Landesebene auch. Herr Kollege Majcen, da hätte ich mir mehr Distanzierung zur Wortmeldung von Herrn Wiedner von Ihrer angeblichen Europapartei gewünscht. Da wünsche ich mir einfach einen anderen Zugang zu Europa. Und wenn das von Ihrer Seite nicht gegeben sein soll, werden wir immer wieder hier für uns sehr interessante, aber auch sehr konfrontative Auseinandersetzungen mit Ihrer Landeshauptfrau als Chefin der Europapartei haben. Danke schön! (Beifall bei den Grünen. – 13.52 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Grabner. Ich erteile es ihm.

Abg. Dipl.-Ing. Grabner (13.52 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, werte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Bevor ich mich mit den ernsthaften Passagen des Franz Majcen zu unserer gemeinsamen Bemühung um Akzeptanz der Europaidee äußere, muss ich mich mit jenen Bemerkungen beschäftigen, die ihn – obwohl ich ihn sonst sehr schätze – hinsichtlich seiner intellektuellen Redlichkeit disqualifiziert haben. Wenn er heute von hier aus als ein Mitglied eines Klubs, in dem Andersdenkende als Vollkoffer bezeichnet werden, ein Klub, der Andersdenkende als Haubentaucher bezeichnet – die Zitate sind belegt –, ein Klub, der Andersdenkende als heller Wahnsinn bezeichnet und unlängst noch bereichert um die Formulierung, der soll sich doch aus der Politik schleichen, wenn der dann jemanden einfordert, der sich konstruktiv mit der Politik auseinandersetzt, sich dann vielleicht der Sprache eines Mädchenpensionates bedienen soll, dann halte ich das für intellektuell im höchsten

Maße unredlich, meine Damen und Herren! (Beifall bei der SPÖ und den Grünen.) Und dann der Versuch, das Wort schleichen mit einem derartigen Diminutiv zu bezeichnen, wie er das versucht hat, bitte schön das lasse ich einfach einmal fallen, weil das würde ihn komplett für weitere Gespräche disqualifizieren.

Meine Damen und Herren, die Passage, mit der er sich sachlich zum Thema Europa und die Steiermark im Kontext mit der künftigen europäischen Erweiterung beschäftigt hat, ist auch von mir voll und ganz zu unterstreichen. Wir haben selbstverständlich Chancen, wir haben die Chancen wahrzunehmen und wir haben die Chancen auch dort wahrzunehmen, wo sie wahrzunehmen sind. Und ich sehe den Antrag, den wir gemeinsam gestellt haben, dass sich das Land Steiermark am 20. und 21. Mai dieses Jahres, also in Kürze in Brüssel äußern möge, wie sich denn das Land Steiermark verschiedene Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Zugang auf die Erweiterung der EU vorstellen könne, dort zu deponieren. Ich halte den Antrag, der gestellt wurde, für notwendig, für wichtig und ich halte ihn nicht nur für wichtig, sondern für unerlässlich, zumal wir wieder erkennen mussten, dass seitens des Landes keinerlei Anstalten getroffen waren, hier entsprechende Vorkehrungen zu treffen. Denn es gibt zwei Möglichkeiten, entweder man hatte keine Absicht, sich mit jenen zehn Fragen zu beschäftigen, die von Brüssel an die Regionen gestellt worden sind und deren Beantwortung man bis zum 20./21. Mai erwartet. Entweder man hatte nicht die Absicht, das Land Steiermark dort zu platzieren oder man hatte die Absicht, das wiederum an jenem Ausschuss vorbei zu manövrieren, der allein dafür verantwortlich ist, sich damit zu beschäftigen, weil ja im Verfassungsrange festgehalten ist, dass dem Ausschuss für Europäische Angelegenheiten jedenfalls Fragen dieser Wichtigkeit vorzulegen sind. Ich sehe mit großer Spannung diesen nächsten Wochen entgegen und ich sehe mit großer Spannung dem entgegen, ob es uns auch gelingen wird, uns mit diesen Fragen so zu beschäftigen, dass wir nämlich die Meinung der Landesregierung, der dort zuständigen Frau Landeshauptmann, Landesrat Paierl und andere, schon kennen und darüber diskutieren können.

Es ist uns jedenfalls bei unserem gemeinsamen letzten Aufenthalt in Brüssel im März dieses Jahres, also vor kurzem, von Frau Dr. Philips-Slavkoff, die dort dafür zuständig ist, klar vor Augen geführt worden, dass fast alle europäischen Regionen diese zehn Fragen nicht nur schon beantwortet, sondern darüber hinausgehend ihre Positionen klar deponiert haben. Wie so oft hat sie gesagt – und ich war nicht der Einzige, der das gehört hat – ist auch hier die Steiermark noch nicht in Erscheinung getreten.

Ich muss mich mit einem anderen Bereich noch kurz beschäftigen. Im Kontext steirischer Landespolitik und Europapolitik kommt in der letzten Zeit immer häufiger zum Tragen, dass sich die Budgetpolitik auch des Landes Steiermark, nicht nur des Bundes, unter dem Diktat Brüssels befände. Jetzt wissen wir alle miteinander, dass das im höchsten Maße unwahr ist, weil es hier kein Diktat zu einem Nulldefizit gibt, sondern es gibt natürlich, wie es so schön heißt, die Aufforderung zur Stabilisierung, es gibt die Aufforderung zur Budgetdisziplin, es gibt die Aufforderung, dass man sich „close to“, wie es so schön heißt, nahe an ein Nulldefizit bewegen möge. Es gibt die Klarstellung, dass die vier seinerzeitigen Maastricht-Kriterien zu erfüllen wären. Das galt aber schon für die Beitrittswerber. Und für diejenigen, die jetzt an der Währungsunion teilnehmen, gilt natürlich der Stabilitätspakt, der umgesetzt dann in den nationalen Stabilitätspakten, aber politischer Wille der jeweiligen Nationalstaaten ist. Das ist ein wesentlicher Unterschied. Politischer Wille der jeweiligen Nationalstaaten. Denn politischer Wille der Europäischen Union und der Maastricht-Festlegungen, eindeutig noch einmal festgehalten in den Mitteilungen der Kommission vom 7. Februar dieses Jahres und wir waren in Brüssel und haben uns das am 8. März dieses Jahres noch einmal bestätigen lassen, weil wir immer wieder anderes gehört haben. Ich erinnere noch an die ersten Sätze des Herrn Finanzlandesrates, der gesagt hat, unter dem Druck der Maastricht-Kriterien, unter dem Brüsseler Druck müssen wir das und das und das. Ja, wie sieht denn der aus, der Druck? Dass natürlich unter den vier Kriterien und den vier Maastricht-Kriterien die ersten beiden für uns nicht mehr so relevant sind, war schon von Haus aus klar. Wir haben also inflationsmäßig und zinssatzmäßig keine Probleme. Es war dann die Frage der Verschuldung und es gibt hier klare Richtlinien. Das Haushaltsdefizit soll sich nicht höher als bei 3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes bewegen und der Verschuldungsgrad soll unter 60 Prozent liegen. Die beiden anderen Kriterien richten sich nach den jeweiligen Durchschnitten der besten Europas, da haben wir kein Problem damit. Aber bitte sehr, hier heißt es auch, die Tendenz ist maßgeblich und die Tendenz der letzten Jahre war eindeutig stimmig, auch mit der Gesamtverschuldung. Die Tendenz war eindeutig klar, auch hier im Lande. Joachim Ressel hat bei den letzten drei Budgets, die er vorgelegt hat, eine klare Tendenz erkennen lassen von 3 Prozent, bis zuletzt 0,1 Prozent, das war sein letztes Budget. Also das heißt, da waren wir schon absolut Maastricht-konform und alles andere – und das gestehe ich ja zu – ist politischer Wille. Aber ich halte es für äußerst problematisch hier immer wieder zu sagen, das ist Brüssel. Und gleichzeitig wollen wir in der Bevölkerung dafür Verständnis erwecken, dass Europa eine gute, eine zukunftssträchtige Idee ist. Ich glaube, wir müssen dem einmal entgegen treten, das sich hier so breit macht, alles, was in der Gemeinde nicht funktioniert, da ist das Land schuld. Alles, was im Land nicht funktioniert, da ist der Bund schuld. Alles, was in Wien nicht funktioniert, da ist Brüssel schuld. Ja, wie soll denn dann irgendjemand unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger der Meinung sein können, dass die Europäische Grundidee eine gute ist, wenn wir permanent alles abwälzen und nunmehr noch dazu wider besseres Wissen die Unwahrheit behaupten und sagen, diese Budgetpolitik ist von Brüssel diktiert. Nichts dergleichen ist von Brüssel diktiert? Mit einem Budgetdefizit von 0,3 Prozent BIP würden wir immer noch im Lande Steiermark etwa 4 Milliarden Schilling zusätzlich investieren können, wie es seinerzeit auch mit dem letzten Budget Ressel passiert ist. (Beifall bei der SPÖ.) Er hat insgesamt 3 Milliarden als Sonderinvestitionsprogramm auf die Beine gestellt, innerhalb der Maastricht-Kriterien, innerhalb der Stabilitätskriterien und wohl bedenkend, dass auch ein Budget für die Zukunft Investitionsmöglichkeiten und Luft haben muss.

Zum Thema Investitionsmöglichkeiten. Eine der maßgeblichen Äußerungen, die uns die Experten in Brüssel hinterlassen haben, war, Konsolidierungskurs über Investitionskürzungen ist auf Dauer nicht fahrbar. Meine Damen und Herren, mit diesem Kurs werden Sie dem Lande Schaden zufügen! (Beifall bei der SPÖ. – 14.02 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Ober. Ich erteile es ihm.

Abg. Ing. Ober (14.02 Uhr): Sehr geehrte Frau Landeshauptmann, sehr geehrter Herr Präsident, werte Mitglieder der Landesregierung, Hoher Landtag!

Ich darf hier erstmalig mein Wort erheben und bin auch erstmalig bei der Budgetdebatte dabei. Ich stelle fest, dass wir ein ordentliches Budget in der Summe von 48 Milliarden Schilling zu beschließen haben. Ich stelle fest, dass jetzt die sozialdemokratische Fraktion pflegt, auf hohem Niveau zu jammern. Ich stelle aber auch fest, dass wir auch fast Vollbeschäftigung in der Steiermark haben und es uns relativ gut geht und den Bürgerinnen und Bürgern ein Eindruck vermittelt wird, dass in diesem Lande noch immer zu wenig geschieht.

Ich darf Ihnen als Beispiel, was auch in diesem Landesbudget enthalten ist, eine Gemeinschaftsinitiative aus dem Europäischen Programm LEADER- Plus vorstellen, um auch zu zeigen, was mit geringen Mitteln des Landes – zirka 50 Millionen Schilling in den nächsten fünf Jahren – zusammen mit dem Budget der Europäischen Union des Bundes und auch der Bürger in den verschiedenen Regionen der Steiermark Großartiges passieren wird.

Im Juli vorigen Jahres wurde das österreichische LEADER-Plus-Programm offiziell bei der Europäischen Kommission eingereicht. Als wesentliches Qualitätskriterium wird die Güte der regionalen Partnerschaft, regionale Vernetzung und die Finanzierungssicherheit, regionale Eigenmittel, hervorgehoben. Die Landesbaudirektion, die Landesregionalplanung hat deshalb in der Steiermark bereits im Winterhalbjahr 1999/2000 zusammen mit den Regionalmanagements, die wir eingerichtet haben, einen intensiven interaktiven Informationstransfer zu LEADER-Plus in den Regionen gestartet und regionale Aktions- und Entscheidungsträger aufgefordert, sich für den österreichischen Wettbewerb zur Auswahl der besten LEADER-Aktionsgruppen vorzubereiten. Zwölf potenzielle LEADER-Aktionsgruppen haben sich in regionalen Arbeitsgruppen und Strategiesitzungen mit ihren spezifischen Problemstellungen und Lösungsansätzen beschäftigt und ihre Entwürfe auch der Landesregionalplanung vorgelegt. Nach einer Vorbegutachtung konnte festgestellt werden, dass alle diese eingereichten Projekte Erfolg versprechend sind. Und jetzt im Juni werden die eingereichten Projekte bei einer Bundesauswahl, so hoffe ich, für die Steiermark sehr erfolgreich sein.

Ziel war es, kein Expertenpapier vorzulegen, das heißt die Studie der Studie, sondern ein Papier, das gemeinsam mit den Bürgern, den Meinungsbildnern, Interessenvertretungen, den Bildungs- und Forschungseinrichtungen in Teamarbeit erstellt worden ist. So kann man sagen, dass sehr, sehr viele gute Papiere eingereicht worden sind, die mit hohem Engagement der Region auch erstellt worden sind und somit Lösungsansätze in den Regionen getroffen worden sind, die in den nächsten sechs bis zehn Jahren strategisch umgesetzt werden.

Der programmatische Inhalt von diesem LEADER-Programm: Leitziel ist es, den ländlichen Raum in den LEADER-Gebieten der Steiermark in seiner Funktionsfähigkeit als möglichst eigenständigen Lebens- und Wirtschaftsraum unter Bewahrung und Unterstützung regionaler und lokaler Identitäten zu erhalten und zu entwickeln und dabei seiner ökologischen Sensibilität ebenso gerecht zu werden wie seiner Funktion als Erholungsraum. (Beifall bei der ÖVP.)

Die Erarbeitung nachhaltiger Entwicklungsansätze, die Hervorkehrung der regionalen Identität, Schaffung eines starken Regionsbewusstseins war das Ziel, um damit eigenständig agierende Regionen zu schaffen, die permanent ihre Entwicklung auch selbst bestimmen können. Die Region und ihre Akteure müssen sich dabei als wirtschaftliches und sozioökonomisches Entwicklungssystem verstehen, das durch ihr Handeln auch Verwaltungsgrenzen, Kirchtürme auch genannt, sprengen und darüber hinaus auch Wirkung finden. Der Prozess dahin ist ein wesentliches Anliegen in diesen LEADER-Plus-Regionen.

Darauf aufbauend, natürlich unterstützt durch das innovative Umfeld in der Steiermark, Stichworte Holz- und Automobilcluster, EUREGIO-Beschäftigungspakte, soll es gerade durch diese LEADER-Plus-Netzwerke zu einer Intensivierung der transregionalen und auch transnationalen Zusammenarbeit kommen. Potenzielle LEADER-Aktionsgruppen sind zum Beispiel schon jetzt im Holzcluster aktiv einbezogen.

Nun zum Programm Budget und zu den Förderungen, die durch das Land Steiermark für diesen Prozess auch gewährt werden.

Für die Programmperiode 2000 bis 2006 werden vom Bund und von der Europäischen Union und vom Land Steiermark 270 Millionen Schilling für die Steiermark zur Verfügung gestellt. Das bedeutet, dass aus Landesmitteln 8,8 Millionen Schilling jährlich in den nächsten sechs Jahren in diese LEADER-Aktionsgruppen fließen und mit 50 Prozent Eigenmitteln der Bürger vermehrt werden. Somit stehen 500 Millionen Schilling in Zukunft als Gesamtprojektvolumen für die nächsten sechs Jahre zur Verfügung. Daraus sieht man, dass auch mit geringen Landesmitteln, die gezielt eingesetzt sind, enorme regionale Impulse erzeugt werden können.

Abschließend möchte ich meiner Überzeugung Ausdruck verleihen, dass eigenständige Regionalentwicklung und damit auch LEADER-Plus nur funktionieren wird, wenn sie auf den Kenntnissen und Erfahrungen und Fertigkeiten der Menschen in den Regionen aufbaut und eine spezifische Sichtweise für diese, die eigene, Region gefunden wurde. Vorhandene Chancen können nur dann genutzt, Perspektiven erst erarbeitet werden, wenn sich regionale Akteure finden, die bereit sind sich für eine gemeinsame Idee einzusetzen. Die wichtigste Aufgabe liegt also darin, diese Menschen zu finden, bei ihnen ein Bewusstsein für Veränderung zu erzeugen – das wäre im Landtag in einigen Gruppierungen auch sehr notwendig –, ihre mentalen Prozesse auch zu dokumentieren – die gewählte Sprache soll dabei die Macht der Idee spürbar werden lassen, Entwicklungspläne sollten auch literarische Dokumente sein – sie zu begleiten und ihnen letztlich eine aus der eigenen Überzeugung kommende Motivation in Richtung Programmumsetzung zu liefern.

Ich bin überzeugt, dass diese Programme sehr erfolgreich sein werden. Ich danke vor allem unserer Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic, dass sie diese regionalen Entwicklungsprogramme so stark unterstützt. Ich danke aber auch dem Herrn Finanzlandesrat Dipl.-Ing. Herbert Paiarl und dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl als Ressortzuständigen für die finanzielle Dotierung dieser Fonds und auch die rechtzeitige Bereitstellung dieser Mittel, damit die Leute vor Ort auch arbeiten können. Aber mein besonderer Dank geht an die Mitarbeiter der Landesregionalplanung unter der Führung von Frau Hofrat Mlakar, die diese Programmdokumente und -entwicklungen sehr gut mitgestaltet haben und mit viel Kompetenz auch an der Umsetzung aktiv arbeiten.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. Damit wollte ich zeigen, dass für den Bürger hier in diesem Hohen Haus viel Wertvolles passiert, wir aber auch in der Argumentation sehr vorsichtig umgehen sollten, damit wir die Bürger vor Ort auf Grund einer pessimistischen Zukunftssicht nicht entmutigen bei der aktiven Arbeit in ihrer Region. Danke vielmals! (Beifall bei der ÖVP. – 14.10 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Schleich. Ich erteile es ihm.

Abg. Schleich (14.10 Uhr): Sehr geehrte Frau Landeshauptmann, sehr geehrter Herr Präsident, meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen!

Ich möchte heute auf zwei Themen eingehen, das eine die Europäische Union mit ihren Förderungen und das zweite die Raumordnung.

Nach meinem Kollegen, dem Ober Sepp, den ich als Person sehr schätze, in der Sachlichkeit haben wir sicherlich ein bisschen Differenzen, möchte ich auf seinen Wortlaut eingehen, mit dem er geendet hat.

Man soll vorsichtig mit den Bürgern umgehen, man soll sie vorsichtig informieren, damit sie nicht den Glauben daran verlieren. Lieber Sepp, ich bringe dir jetzt ein Beispiel, es ist zwar jetzt schon ein Zeitl her, dass die Wahl vorbei ist, aber wo in allen Medien – und in den Medien warst du ja sehr stark vertreten, natürlich auch auf Grund deiner Projekte, weil wenn man die Projekte nachliest hat man immer im ersten Drittel Öffentlichkeitsarbeit drinnen und die Öffentlichkeitsarbeit wird natürlich auch indirekt mit EU-Mitteln finanziert oder zum Großteil. Wenn man sich den Gesamtantrag einer Region – jetzt nenne ich nicht nur den Bezirk, weil inzwischen ist er größer geworden, es ist nicht nur Feldbach, sondern auch Radkersburg dazugekommen –, das Vulkanland anschaut und deinen Antrag, den du eingebracht hast – und die Frau Landeshauptmann wird das ja mit Sicherheit wissen, wie hoch die Summe ist, es wird ja nicht nur der große Truck gewesen sein in der Wahlwerbung gegenüber dem kleinen Smart, sondern da wird ja auch etwas drinnen gewesen sein – so hast du 3 Milliarden 600 Millionen Schilling eingereicht. Ein Gesamtprojekt, das in dieser Region verwirklicht werden soll. Jetzt musst du mir sagen, welchen Bürger findest du, der dir das abnehmen kann oder glaubt? Ich habe mir das jetzt ein bisschen angeschaut, weil das Zahlenspiel ist ja auch immer interessant und du hast vorher vom LEADER-Plus berichtet. LEADER-Plus hat eine Gesamtsumme von 260 Millionen Schilling, förderbar Bund, EU und Land. Wenn ich mir dann natürlich auch noch die Kofinanzierung dazu anschau, dann bist du schon bei den 500 Millionen. (Abg. Ing. Ober: „Hast du dir das angeschaut?“)

Ich habe es mir schon angeschaut, du brauchst keine Angst haben. Und wenn ich mir anschau, dass du alleine in deinem Konzept 15 Millionen pro Jahr beansprucht hast, dann wäre das genau die Hälfte, dann hätten wir zwei LEADER-Projekte von den zehn bis 13, die hier angesucht haben. Also man sieht, du warst nicht nur sehr großzügig, sondern es war ein bisschen Theorie und Illusion dabei, das werden die Bürger noch zur Kenntnis nehmen müssen. Weil ich wünsche, dass alle LEADER-Projekte drankommen, weil ich glaube, es braucht jede Region etwas. Und ich kann mir nicht vorstellen, dass Herr Landesrat Paiarl oder diejenigen, die in der Regierung für die Kofinanzierung zuständig sind, es für möglich halten werden, das Geld nur in eine Region zu geben.

Liebe Damen und Herren, wenn man sich das natürlich anschaut, es gibt ja auch noch das INTERREG dabei, da hat der Kollege Ober gleich 102 Millionen pro Jahr drinnen. Ich will es jetzt gar nicht auf sieben Jahre aufrechnen, weil da kommt so eine Summe heraus, dass sie noch größenwahnsinniger aussieht als sie eigentlich ist. Da haben wir für die ganze Steiermark 48,5 Millionen zur Verfügung, meine sehr verehrten Damen und Herren, und alleine das Vulkanland will pro Jahr 102 Millionen Schilling. Also man sieht bei der Gesamtsumme von über 3 Milliarden Schilling, ich nenne das andere gar nicht mehr, dass man hier der Region etwas aufgelegt hat, sehr stark medial verkauft hat, das eigentlich in Wirklichkeit nie eintreten kann. Ich würde es mir wünschen, ich wäre der Erste, der mit dir nebeneinander marschiert. (Abg. Ing. Ober: „Glaubst du das?“) Ja, glauben kann man an vieles, haben wir heute schon gehört, nur, man soll mit dem Glauben sehr vorsichtig umgehen haben deine Kollegen gesagt. Ich habe es ernst genommen, ich hoffe, dass auch du es ernst genommen hast. Aber Sepp, nichts für ungut, die Leute werden sehen, wo die Wirklichkeit liegt.

Ich möchte aber in meiner kurzen Zeit – ich möchte mich ja einigermaßen daran halten – natürlich auf die Raumordnung eingehen, mit der ich mich ja sehr intensiv beschäftige im Raumordnungsbeirat, um mich dort natürlich auch mit den Problemen, den Möglichkeiten zur Umwidmung, zur Förderung der Gemeinden unseres Landes, das hängt ja indirekt mit der Wirtschaft zusammen, beschäftigen zu können. Nachdem, wie ich an dieser Stelle ja schon öfter erklärt habe, ich natürlich berufsbedingt damit auch sehr viel zu tun gehabt habe in meiner Zeit als Vermessungstechniker, liegt mir natürlich sehr viel daran, dass wir – wir haben ja damals das Steiermärkische Raumordnungsgesetz eingebracht und Sie glauben es nicht, es ist schon sehr, sehr lange her, es war

1994, dann wurde der Entwurf 1995 novelliert, seitdem ist eigentlich nichts damit gemacht worden, leider. Inzwischen hat sich das Steiermärkische Baugesetz geändert und natürlich gibt es auch wie immer, man bleibt ja nicht stehen, neue Ideen, ist es natürlich entscheidend, auch dies wieder zu ändern und so hoffe ich, dass wir, wenn wir jetzt endlich zu einem neuen geänderten Raumordnungsgesetz oder einer Novellierung kommen, natürlich auch viele Punkte mit einarbeiten können, denn die Verfügbarkeit der Flächen ist ein wichtiger Punkt für die Infrastruktur, für die Wirtschaft und für die Arbeitsplätze, meine sehr geehrten Damen und Herren. Die Bodenpolitik ist ein ganz entscheidender Faktor, weil es nützt nichts, wenn ich Millionen in die Infrastruktur stecke und auf der anderen Seite, wie Sie wissen, keine Möglichkeit habe, an Grundstücke heranzukommen.

Ein großes Problem ist natürlich auch die Entwicklung der Einkaufszentren. Wir haben gewachsene Städte, Bürgerinnen und Bürger, die dort ihre Eigentümshäuser haben, ihre Geschäfte, die sie auch erhalten müssen und die neuen Flächen außerhalb der Städte machen natürlich massiv Probleme, um überhaupt die Erhaltungskosten aufbringen zu können.

Für uns ein sehr wichtiger Punkt ist die Gemeindeinitiative, Richtlinie 2, denn ich glaube, hier soll man auch die Gefahren von der Gemeinde wegnehmen, von den Bürgerinnen und Bürgern, dass die das nicht zahlen müssen und auch diese Richtlinie 2 zur Umsetzung bringen und wir hoffen, dass sie nicht mehr boykottiert wird. Natürlich gibt es viele, viele weitere Ziele der Raumordnung, die überörtliche Planungsvorgaben beinhalten soll, denn gewisse Dinge müssen wir natürlich über den Ort hinaus planen auf Bezirksweite, in den Bezirksplanungsbeiräten, ein wichtiger Punkt, dass man sich dort ganz genau die Ziele festlegt, wo gibt es die Industrie-Flächen, wo gibt es die Gewerbeparks, um nicht unnötiges Grundstück verbrauchen zu müssen, was man später vielleicht bitter bereuen wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist natürlich auch ein wichtiger Punkt und ein großer Unterschied zwischen der Obersteiermark und ich würde sagen der Südoststeiermark. Die Südoststeiermark hat eine ganz andere Struktur im Bauwesen, vor allem dahin gehend, weil es dort viel mehr Häuslbauer gibt und natürlich eine wesentlich größere Zersiedelung als in der Obersteiermark. Und hier wird man mit der neuen Formulierung Auffüllungsgebietsbestimmungen lockerer umgehen müssen oder sie vielleicht überhaupt anders einsetzen müssen als in der Obersteiermark, um auch das Verständnis des Bürgers zu bekommen, wenn dort schon alle Anschlüsse sind, Häuser dort sind, wenigstens kleinräumig erweitern zu können. Damit kommt der örtlichen Raumplanung hier eine weiter gehende große Verpflichtung zu, wie sie in unserem Entwurf auch vorhanden ist.

Weiters soll es das neue Gebiet geben, das Mischgebiet, weil durch die jetzige Struktur in manchen Gebieten, wie sie eigentlich gegeben ist, auch ihre rechtliche Grundlage haben soll.

Ein wichtiger Punkt ist auch die Bebauungsdichte, meine sehr geehrten Damen und Herren, weil die Bebauungsdichte entscheidet, wie viel Bauland brauche ich, wie gehe ich damit um und wiederum muss auch die Infrastruktur dazu gegeben sein. Es wird auch gewünscht, dass man auf Grund von Kostensparungsgründen in den Gemeinden eine Teilrevision möglich machen muss, um nicht alle fünf Jahre, wenn die Entwicklung gut funktioniert hat und der Flächenwidmungsplan vorzüglich realisiert wurde, eine Teilrevision durchführen zu können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich hoffe, dass unser Entwurf, den wir 1994 eingebracht haben, in dieser Periode hier mit eingearbeitet werden kann und dass wir zu einem guten Raumordnungsgesetz kommen, das allen Steirerinnen und Steirern dienen wird. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 14.20 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Bevor ich die nächste Wortmeldung erteile, begrüße ich 45 Schülerinnen und Schüler des LGK für Steiermark unter der Leitung von Bezirksinspektor Puffinger und Bezirksinspektor Riffel. (Allgemeiner Beifall.)

Ich erteile Herrn Abgeordnetem Bacher das Wort.

Abg. Bacher (14.21 Uhr): Frau Landeshauptmann, Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Von der Raumordnung über die EU wieder zurück zu den Niederungen der Verwaltungsreform und dazu auch ein paar Sätze, weil ja einiges heute angeklungen ist. Leider ist Frau Kollegin Dr. Bachmaier-Geltewa nicht da. (Abg. Mag. Erlitz: „Ich sage es ihr!“) Du sagst es ihr sicher. (Abg. Gennaro: „Sie hört dich im Internet!“) Sie hört mich über Internet.

Es ist schon interessant, dass ich mich da herausstelle und permanent bestimmte Verwaltungsreformen einfordere. Sie hat konkret angeschnitten die Auflösung der Bezirksgerichte. Gott sei Dank ist die Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic jene, die sich ständig gegen diese Auflösung zu Wort meldet. Ich habe noch nie etwas vom Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Prof. DDr. Schachner gehört. Der redet relativ wenig. Aber ich habe von einem bestimmten Herrn, er heißt Nationalrat Kräuter, der ist in der Zwischenzeit bei euch ja sehr bekannt, ständig das Gegenargument gehört, nämlich man sollte auf jeden Fall diese Bezirksgerichte schließen. Daher bitte ich der Kollegin Dr. Bachmaier-Geltewa auszurichten, sie soll sich sehr intensiv einmal mit ihrem Kollegen Nationalrat Kräuter auseinandersetzen, weil das völlig gegen das ist, was sie da heraußen gesagt hat.

Wir wissen, dass wir im Verwaltungsbereich einen Reformstau haben. Aber wenn man sich umgekehrt anschaut, was in der letzten Gesetzgebungsperiode pro Jahr an Gesetzesblättern produziert wurde (nämlich 100.000 Seiten pro Jahr, glaube ich), dann hat das zur Folge, dass die möglicherweise auch umgesetzt werden sollten. Und letzten Endes sollten wir bei einer Reform der Verwaltung schon bei uns selbst anfangen. Ich denke

an die Diskussion, die hier im Haus mit Landesrat Hirschmann geführt wurde damals noch Landesrat für Personal, aber auch für Natur und Umweltschutz, der verhindert hat, ein Naturschutzgesetz ins Haus zu bringen, das noch umfangreicher, das noch weniger lesbar und das die Leute noch weniger verstehen. Er ist im Haus geprügelt worden, auch von denen, die sich heute herausstellen und verlangen, dass es weniger Gesetze gibt, dass es eine Verwaltungsreform gibt, dass es umsetzbarere Gesetze gibt. Ich glaube, dass wir uns schon selber überlegen sollten, wenn wir Anträge, Gesetzesinitiativen und dergleichen einbringen, dass die auch umgesetzt werden müssen – und wenn eine Reihe von Beamten heute da sitzt, dann denke ich, wird das am Ende auf ihren Köpfen ausgetragen. Viele Gesetze bedeuten meistens noch mehr Verwaltungsaufblähung und noch mehr Personal. Ja, wie soll sich denn das ausgehen, wenn wir ständig neue Initiativen von unseren Parlamenten setzen?

Es hat die Kollegin Dr. Bleckmann auch die Verwaltungsreform auf Bundesebene angeführt. Da habe ich ja so den Eindruck, dass die zuständige Frau Vizekanzlerin zwar nicht weiß, wo die Reise hingehet, aber sie hat sich zumindest einmal ins Auto gesetzt und fährt weg.

Weil nämlich diese Argumente, zu sagen, es müssen 11.000 Beamte eingespart werden, wir wollen über die alle drüberfahren, wir werden mit der Interessenvertretung nicht reden (Abg. Wiedner: „Nein, nein!“), ja, so wird das in Zukunft nicht gehen, meine Herren. Wir können nur Reformen machen, die gemeinsam mit Ländern und Gemeinden und auch Interessenvertretungen gemacht werden. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.) So wird es sicher nicht gehen. Hier könnte man sich ja Anleihen beim Land Steiermark nehmen. Hier wird versucht, gemeinsam Veränderungen, Initiativen im Bereich der Verwaltungsreform zu setzen, nicht über die Köpfe drüberzufahren, nicht nach der berühmten Rasenmähermethode, nämlich drüberfahren, wehe dem, der sich rührt, über den wird noch einmal drübergefahren, bis alle ruhig sind. Ich fordere auch vom Justizminister Böhmendorfer, gemeinsam darüber nachzudenken, wie man bei diesen Reformen in der Gerichtsbarkeit vorgeht. Da geht es dann primär nicht darum (Abg. Wiedner: „Du bist bei der falschen Veranstaltung!“), dass ich ein Bezirksgericht in Murau, in Oberwölz oder Radkersburg auflöse, sondern es geht um die Frage, wie schaut die Zukunft, der ländliche Raum aus? Welche Voraussetzungen schaffe ich? Im Moment war es immer so, wenn sich Bundesstellen mit einer Verwaltungsreform auseinander gesetzt haben, hat man immer eines befürchtet, dass man zwar draußen in den Regionen abgespeckt und aufgelöst hat, aber dass in der Zentrale immer mehr geworden ist. So stelle ich mir eine Verwaltungsreform nicht vor.

Ich bin sehr froh, dass vor allem auch im Zusammenhang mit der Besoldungs- und Pensionsreform der Weg, der von Gerhard Hirschmann eingeleitet wurde und von Hermann Schützenhöfer ganz sicher in diesem Sinne auch fortgesetzt wird, für die Steiermark in einem anderen Bereich Gültigkeit hat und dass man gemeinsam versucht hier neue Wege zu gehen.

In diesem Sinne ein herzliches Dankeschön für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 14.26 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Stöhrmann. Ich erteile es ihm.

Abg. Stöhrmann (14.27 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, werte Landesräte, liebe Damen, werte Herren!

Es ist schade, dass der Herr Landesfinanzreferent nicht hier ist, denn ich hätte ihm mein Mitgefühl ausdrücken wollen (Abg. Dr. Lopatka: „Aber ich bedauere, dass der Herr Landeshauptmannstellvertreter nicht da ist!“), weil es doch sein erstes Budget ist, das er vorlegt. Sein großer Auftritt heute und trotzdem sind die Zeitungen voll mit anderen Dingen, vor allem mit jenen traurigen Ereignissen, die vor 15 Jahren in Tschernobyl stattgefunden haben. (Abg. Dr. Lopatka: „Aber dafür kann er nichts!“)

Ich will das Budget damit nicht vergleichen. Aber eines muss ich schon sagen, meine Damen und Herren, damals vor 15 Jahren hat ein neuer Begriff Platz gegriffen und ist um die Welt gegangen, der so genannte Supergau. Es ist kein Supergau, aber ein Gau ist dieses Budget allemal. (Abg. Dr. Lopatka: „Die Wahl war ein Gau!“)

Bevor ich mich aber mit diesem Gau beschäftige, meine sehr verehrten Damen und Herren, möchte ich eines in diesem Haus hier klarstellen. In der Sitzung vom 18. dieses Monats in diesem Haus hat bei einer Debatte, bei einem Debattenbeitrag von mir, der dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter Schögggl nicht sehr genehm war, ein Zwischenruf von ihm stattgefunden, und zwar in der Form, ich zitiere: „Solange auf deinem Maibaum am Hauptplatz in Mitterdorf ein SPÖ-Zeichen angebracht ist, wird es keinen Bahnhof, sprich, keine Förderungen, mehr geben für diese Gemeinde!“

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich finde es ungeheuerlich, ungeheuerlich (Beifall bei der SPÖ.), dass ein Landesregierungsmitglied, das nicht einmal die Legitimität der Wahl hat, hier Drohungen gegen einen frei gewählten Abgeordneten ausspricht. Und es hat mich gewundert, dass nicht viele meiner Kollegen, die auch Bürgermeister sind, hier wie ein Mann aufgesprungen sind und sich gegen solche Aussagen verwehrt haben.

Es hat mich aber auch, Frau Landeshauptmann, sehr verwundert, dass Sie da gesessen sind und das schweigend zur Kenntnis genommen haben. (Beifall bei der SPÖ.)

Aber, Frau Landeshauptmann, Sie haben ja auch nichts gesagt, als der Herr Kollege Straßberger sich erdreistet hat, den Herrn Landeshauptmannstellvertreter Schachner als eine Person zu bezeichnen, die mit einem Ablaufdatum am Rücken herumläuft.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir alle können uns erinnern, wann das das letzte Mal in diesem Lande der Fall war, dass Leute und Menschen mit einem Ablaufdatum am Rücken herumgelaufen sind. Dagegen verwehren wir uns. (Beifall bei der SPÖ.)

Das ist die Sprache, Herr Klubobmann, die nicht Platz greifen soll in diesem Haus.

Aber es gibt ja keine Klarstellung, ob ein Bürgermeister hier herinnen noch sagen darf was er sich denkt, ohne Repressalien befürchten zu müssen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich frage mich nur, wo wird das hingehen? Es ist ja auch eine Angelegenheit der Presse. Ja, was wird denn sein, wenn sie nicht Hofberichterstattung machen? Bekommen sie dann keine Aufträge mehr? Gibt es keine Inserate mehr in ihren Zeitungen? Wo wird denn das hinführen? (Abg. Riebenbauer: „Wie der Schelm denkt so ist er!“)

Zurück zur Sache selbst, meine sehr verehrten Damen und Herren. Dieses Budget, dieses Gaubudget, wie ich es nenne, der Klubobmann Schrittwieser bezeichnet es richtigerweise als Mogelbudget, zwei Gruppen in diesem Lande gehören bei diesem Budget zu den Verlierern. Das sind auf der einen Seite die sozial Bedürftigen, die sozial Schwachen in diesem Lande und auf der anderen Seite die Gemeinden der Steiermark, jedenfalls ein Großteil dieser Gemeinden.

Wir alle, die wir hier herinnen sitzen, haben uns schon des öfteren damit beschäftigt, wir wissen, dass die Gemeinden, finanziell gesehen, mit dem Rücken zur Wand stehen. Der Entfall der Werbesteuer, der Entfall der Getränkesteuer, die bevorstehende Volkszählung, alles Dinge, die an unseren Einnahmen knabbern. Ich möchte gar nicht davon reden, wenn der Fall eintritt, dass diese Getränkesteuer zurückzuzahlen ist, dann geht es hier um Milliardenbeträge, die die steirischen Gemeinden zu verkraften haben. Dazu kommt noch, dass ein Großteil unserer Gemeinden, nämlich alle sozialdemokratischen Gemeinden in der Möglichkeit, Bedarfszuweisungen zu erlangen, empfindlich gekürzt wurden. Meine sehr verehrten Damen und Herren, man übersieht nur eines dabei, dass die Gemeinden der Steiermark, dass die Gemeinden in Österreich zu den größten Auftraggebern für die Wirtschaft in diesem Lande gehören. Und jetzt schon tritt der Fall ein, dass die Bauwirtschaft unter dieser budgetären Entwicklung enorm zu leiden hat. (Abg. Straßberger: „Arm. Das glaubst du selber nicht!“) Es vergeht fast keine Woche, lieber Kollege Straßberger, dass Firmen aus unserem Bezirk, Straßenbauunternehmen bei mir vorsprechen und sagen, was sollen wir denn tun, wie sollen wir denn unsere Auftragsbücher in Zukunft füllen, wenn die Gemeinden nicht mehr in der Lage sind, ihren Verpflichtungen und vor allem ihren finanziellen Aufwänden nachzukommen? Jene, die dieses Budget gemacht haben, die werden es auch zu verantworten haben, dass tausende von Arbeitsplätzen in unserem Land gefährdet sind (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögl: „Miese Stimmungsmache!“) und das werden wir Sozialdemokraten uns nicht gefallen lassen. (Beifall bei der SPÖ.) Das ist auch der Grund, warum wir dieses Budget ablehnen werden. (Abg. Tasch: „Wo ist der Landeshauptmannstellvertreter?“) Lieber Kurt, dein Zwischenruf. Herr Klubobmann Lopatka hat es ja in seiner Generalrede auch gesagt, er hat kritisiert, dass Schachner bei dem Budget-Ausschuss nicht anwesend war. Ja, natürlich war er nicht anwesend. (Abg. Wiedner: „Das ist ja nichts Neues!“) Schachner hat ja nichts mehr anderes zu verwalten als die sozialdemokratischen Gemeinden und die sind bestens geführt, da muss er nicht anwesend sein. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dass es so weit gekommen ist, wirft ja bezeichnendes Licht auf das Demokratieverständnis dieser machterfüllten ÖVP in diesem Lande.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieses Budget wird ein Problem darstellen, nicht nur deswegen, weil es als Gaubudget nicht nur für 2001, sondern auch für 2002 konzipiert wurde.

Ringsum im europäischen Raum und darüber hinaus werden Wirtschaftsprognosen nach unten revidiert. Das heißt natürlich auch, die Einnahmenentwicklung – wie in diesem Budget vorgesehen – wird nicht eintreten. Das wird der erste Stolperstein dieses Budgets sein. Und ich sage Ihnen noch etwas zu diesem Gaubudget. Schon in den Vorgesprächen hat Herr Landesrat Paierl immer wieder betont, dass es sich bei dem Zahlenwerk um eine Darstellung handelt, dass es nicht wirklich 3500 Millionen sind, die wir nach Wien Jahr für Jahr abliefern müssen, dass dies nur eine Darstellung ist. Tatsache ist, dass uns das Geld fehlt. Das Geld fehlt für soziale Belange, für wirtschaftliche Belange, es fehlt einfach das Geld für die Menschen in unserer Steiermark. (Beifall bei der SPÖ.)

Er spricht immer davon, es sei ein Sparbudget. Das Sparen habe ich in vielen Ansätzen nicht erkennen können. Im Gegenteil, es sind viele Ansätze dabei, wo man sich wundert, wie es dort zu eklatanten Erhöhungen kommt, ohne genau auszuweisen, welche Maßnahmen bei diesen Ansätzen wirklich gemeint sind. Wir haben in der Ausschusssitzung zum Finanz-Ausschuss viele Fragen zu diesem Budget gestellt. Wir haben uns mit diesem Budget bis ins Kleinste auseinander gesetzt. Ich will nicht dazu sagen, dass es die Abgeordneten der FPÖ und der ÖVP nicht getan haben, denn es hat keine Wortmeldungen gegeben. Wahrscheinlich haben Sie es so zur Kenntnis nehmen müssen, ohne eine eigene Meinung dazu zu haben. (Beifall bei der SPÖ.)

Wir haben auf diese vielen Fragen sehr dürftige Antworten bekommen. Wir werden auch nicht in der Lage sein, diese Antworten hier heute und morgen einzufordern, weil sie wahrscheinlich genauso dürftig ausfallen werden. Nur zu dem Sparbudget noch ein Wort. Der Herr Landesfinanzreferent, Kollege Paierl, hat immer wieder betont, er will damit nur Zahlen darstellen. Sein erster Punkt zum Sparen wäre gewesen, dieses Gaubudget nicht in solch aufwendiger Form darzulegen, Tonnen von Papier zu bedrucken, weil letzten Endes wir alle wissen, was dabei herauskommt. Er hätte es einfacher darstellen können. Mit diesem Röhrchen, meine sehr verehrten Damen und Herren, es kostet 10,50 Schilling. Wenn er sich das gekauft hätte, um das Budget darzustellen, dann hätte er das genommen, hätte kurz hineingeblasen und hätte gesehen, was aus diesem Budget die nächsten Jahre wird. Er ist leider nicht hier, ich werde ihm das zur Erinnerung übergeben. (Beifall bei der SPÖ.)

Er kann sich im Laufe der nächsten zwei Jahre dessen bedienen und sehen, was aus seinem Budget geworden ist. (Beifall bei der SPÖ. – 14.38 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Bevor ich in der Tagesordnung fortfahre, begrüße ich herzlichst im Hohen Haus zwölf Schülerinnen und Schüler der Polizeischule Graz unter Leitung von Herrn Chefinspektor Neumann.

Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Prattes. Ich erteile es ihm.

Abg. Prattes (14.38 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr verehrte Vertreter der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen des Landtages, aber vor allem sehr verehrte Damen und Herren auf der Besuchergalerie!

Ich darf Sie auch sehr herzlich begrüßen, ich freue mich, dass Sie durch Ihre Anwesenheit Ihr Interesse an der direkten Demokratie bekunden. Ich darf Sie herzlich willkommen heißen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Gruppe 0 fordert natürlich heraus, gerade aus der Sicht der kleinsten Gebietskörperschaft, nämlich der Gemeinde, etwas zu sagen. Und wenn gerade von der von mir aus gesehen rechten Seite immer gesagt wurde, es wird geklagt, es wird geraunzt, man ist nicht zufrieden, dann frage ich bitte die hier anwesenden Bürgermeister auch, wie fühlen Sie sich denn als Bürgermeister Ihrer Gemeinde? Was glauben Sie denn, wie es in den nächsten Jahren weitergehen wird mit den Finanzen der Gemeinde? Ich habe mir nur ganz kurz so einige Highlights zusammengeschrieben. Und man muss es immer wieder sagen, damit man es auch glaubt. Offensichtlich herrscht noch die Meinung vor, irgendwo gibt es eine Gelddruckmaschine, irgendwo kommt der gute Geist und bringt Finanzen, die wir dringendst, alle Gemeinden, für unsere Bürger brauchen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Höhe der Bundesabgabenertragsanteile stagniert. Ich darf Ihnen das am Beispiel von Leoben sagen. Mit dem Rechnungsabschluss des Jahres 2000 sind das minus 0,5 Prozent.

Der zweite Punkt, der vom Bund abzugeltende Anteil vom Getränkesteuersatz, den gibt es ja ab 1. Juli 2000, ersetzt nur unzureichend die bisherige Getränkesteuer. Dafür – und das ist ja eigentlich sehr, sehr lustig, das heißt, es ist gar nicht mehr lustig, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich weiß nicht, ob es schon aufgefallen ist, nachdem dieser Getränkesteuerersatz mit den Bundesertragsanteilen mit überwiesen wird, dürfen wir nämlich dafür auch Landesumlage bezahlen. Für eine Abgabe, die vorher allein eine Gemeindeaufkommenssteuer war. Nicht nur, dass wir sehr viel verlieren, dürfen wir davon jetzt auch noch Landesumlage bezahlen.

Es ist schon die drohende Rückzahlung der Getränkesteuer genannt worden, die die Gemeinden finanziell vor unlösbare Probleme stellen wird. Die Ankündigungsabgabe wurde im Ertrag halbiert. Die Volkszählung wird den Gemeinden in Hinkunft weniger Abgabenertragsanteile bringen. Wir wissen alle, leider ist auch in der Steiermark ein Bevölkerungsrückgang zu sehen.

Dafür bekommen aber die Gemeinden jetzt vom Bund neue Aufgaben übertragen. Ich nenne hier die Reisepässe. Aber weit gefehlt, wenn man sagt, neue Aufgaben, neue Mittel. Die Gemeinden erhalten dafür keine wie immer geartete Entschädigung.

Nächster Punkt: Die Gemeinden werden – ich betone werden – zum Stabilitätspakt gezwungen. Wir müssen für etwas beitragen, wo sich der Herr Finanzminister verpflichtet hat, was keiner gefordert hat.

Der nächste Punkt, bitte, das ist immer so untergegangen, so nebulos, nämlich die in der Budgetvereinbarung von ÖVP und FPÖ in der Landesregierung beschlossene Beteiligung der Gemeinden an der Spitalsfinanzierung ab dem Jahr 2002. Sie kennen alle den Antrag, wo da steht: „Diese Vereinbarung stellt einen bindenden Zusatz zum Antrag für das Budget 2001/2002 dar.“

Und auch notwendig, aber sie belastet die Gemeinden, die Erhöhung des Rettungsschillings.

Wir hören so viel vom schlanken Staat. Wissen Sie, was ich dazu sage, was mir einfällt, das ist „Management by Torero“, nämlich Aufgaben werden an andere Gebietskörperschaften übertragen, der Staat kürzt bei seinen Dienstposten, für eine adäquate Abgeltung der Kosten wird nicht gesorgt. Neben dem schon zitierten Reisepass – hier spart der Staat 250 Dienstposten – gilt dies genauso wie für die Refundierung der Kosten für die Volkszählung, die nur ansatzweise erfolgt.

Wir fordern daher die dringend notwendige Entlastung der kleinsten Gebietskörperschaft, ich habe es schon gesagt, nämlich der Gemeinden.

Die Frau Landeshauptmann ist nicht anwesend. Ich würde Sie bitten, Frau Landeshauptmann, drängen Sie gegenüber dem Bund darauf, die Gemeinden, die schon jetzt mit äußersten Anstrengungen oder überhaupt kein ausgeglichenes Budget erstellen können, aus dem Stabilitätspakt herauszunehmen.

Wir fordern: die Abschaffung der Landesumlage, die Änderung des Kostentragungsschlüssels beim Sozialhilfeverband von 60 zu 40 auf 70 zu 30 und auch die Beteiligung des Landes beim ISGS zum gleichen Schlüssel wie bei den Sozialhilfeverbänden.

Ich darf noch Folgendes zum Kollegen Wiedner sagen, weil er diesen schlanken Staat und die hohe Anzahl von Beamten kritisiert hat und auch auf Einsparungen hingedrängt hat. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich mag mir nicht vorstellen, dass grundlegende Infrastrukturaufgaben einer Gemeinde, damit meine ich die Müllentsorgung, den Kanal, das Wasser, privatisiert werden sollen. Denn eines ist auch klar, die Gemeinden

müssen und dürfen kostendeckend, aber nicht gewinnbringend kalkulieren. Und ich möchte es nicht haben, dass solche grundlegenden Bedürfnisse der Bevölkerung der freien Marktwirtschaft unterworfen werden. (Beifall bei der SPÖ.)

Wir kennen ein typisches Beispiel, das ja aktuell ist, ich nenne Innsbruck, wo man die Müllentsorgung privatisiert hat, alle Gewinne der Private dort herausgezogen hat, Pleite gemacht hat und die Gemeinde mit hohen Verlusten und Aufwendungen jetzt die Müllentsorgung wieder selbst übernehmen muss. Das ist nicht der Weg, den wir goutieren. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich möchte auch noch auf den Herrn Kollegen Dirnberger eingehen, der den abgestuften Bevölkerungsschlüssel angesprochen hat. Es ist keine Frage, dass alle Gemeinden an Geldnot leiden und dass alle Gemeinden gut dotiert werden sollen. Nur, eines ist auch klar. Man darf bei den größeren Städten nicht die Zentralortfunktion übersehen. Es gibt Untersuchungen – ich nenne hier Linz, das sich sehr genau damit beschäftigt –, dass Zentralorte sehr, sehr hohe Aufwendungen haben, die kleinere Gemeinden nicht haben. Ich nenne jetzt ein Beispiel, das mag vielleicht ein bisschen weit weg genommen oder einfach klingen, aber ich sage es: Eine Gemeinde führt ein Stadttheater, subventioniert mit hohen Millionenbeträgen diesen Betrieb, aber der Bürger von der Gemeinde X zahlt den gleichen Betrag wie jeder Bürger, der in der Gemeinde A, nämlich wo das Theater steht, wohnt. Das ist auch so bei allen Infrastruktureinrichtungen. Das bitte ich zu berücksichtigen.

Es geht hier um eine sachliche Diskussion und es darf nicht dazu kommen, dass Gemeindebund und Städtebund auseinanderdividiert werden, denn immer dann, wenn sie gemeinsam beim Bund vorstellig geworden sind, haben sie sicher mehr erreicht.

Eines möchte ich doch auch korrigierend feststellen: Wenn Herr Kollege Dirnberger sagt, dass finanzstarke Gemeinden bei der Landesumlage profitieren. Also das steht im Ägyptischen Traumbuch, denn die finanzstarken Gemeinden sind Nettozahler. Es würde sich jede Gemeinde freuen, wenn sie so viel Bedarfszuweisungen zurückbekommen würde, was sie an Umlage bezahlt. Das wollte ich ihm noch sagen.

Ich komme schon zum Schluss, Herr Präsident. Ich darf noch namens meiner Fraktion einen Unselbständigen Entschließungsantrag einbringen, der da lautet:

Die Steiermärkische Landesregierung hat am 20. März unter anderem auch eine zwölf Punkte umfassende Budgetvereinbarung beschlossen.

Im Punkt II. dieser Budgetvereinbarung ist unter dem Titel „Vermögensveräußerungen“ die Absicht der Landesregierung festgehalten, die verfassungsmäßig geregelten Wertgrenzen für Veräußerungen von Liegenschaften, das sind derzeit 500.000 Schilling, im Rahmen derer die Landesregierung ohne Befassung des Steiermärkischen Landtages Liegenschaften verkaufen kann, um mindestens 1376,03 Prozent zu erhöhen.

Ein solcher Entmündigungsversuch des Steiermärkischen Landtages darf nicht hingenommen werden.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, von ihrem Ansinnen, die Wertgrenzen, innerhalb derer die Landesregierung ohne Befassung des Steiermärkischen Landtages Liegenschaftsverkäufe durchführen kann, auf das 13,7603-fache zu erhöhen, aus demokratiepolitischem Anstand Abstand zu nehmen und keine diesbezügliche Regierungsvorlage vorzubereiten. Ich bitte um Annahme. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 14.49 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Wiedner. Ich erteile es ihm.

Abg. Wiedner (14.49 Uhr): Herr Präsident, meine sehr verehrten Herren Landesräte!

Ich muss mich ganz kurz zu Wort melden, weil hier mein Kollege Bacher früher eine Wortmeldung gemacht hat – du hast dich jetzt zurückgezogen an den Rand –, die mich schon ein bisschen nachdenklich gemacht hat. Ich kenne dich jetzt schon relativ lang, wir sitzen schon sechs Jahre beieinander. Ich hätte dir diese Wortmeldung nicht zugetraut, lieber Kollege Bacher, weil das eine Wortmeldung war, die dich nicht unbedingt qualifiziert hat. Weil jetzt herzugehen, sich herzustellen und zu sagen, „die Frau Vizekanzler“ – in ihrer schwierigen Arbeit der Verwaltungsreform, der Beamtenreform – „fährt mit dem Rasenmäher über alle drüber“. Lieber Hans, das stimmt nicht, das stimmt sicherlich nicht. So ist es nicht. Und schon allein das würde mich stutzig machen, wenn zu dieser Aussage unser sehr geschätzter Kurtl Gennaro geklatscht hat. Das allein würde mich schon stutzig machen, bevor ich so etwas sage. Bitte, solche Aussagen sind unehrlich.

Wenn wir einen Koalitionspakt in Wien haben, uns zu Maßnahmen gemeinsam bekannt haben, Freunde, dann kann man nicht hergehen in den Bundesländern – und hier sitzt heute der Steiermärkische Landtag – über das Budget zu sagen, von dem weiß ich nichts, das ist eine Rasenmähermethode, so kann man über die Leute nicht drüberfahren. Und du weißt, du bist selber ein Beamter, dass dieser Weg nicht einfach ist, dass es einige beherrschende Elemente gibt, die nicht zu Reformen bereit sind. (Abg. Bacher: „Es ist immer die Frage wie!“)

Es gibt Leute in der Gewerkschaft, die nicht zu Reformen bereit sind. Ich glaube, auf das können wir uns einigen. Es ist sehr schwierig. Eines bitte ich auch, seit Jahrzehnten sitzt ihr dort mit dabei, ihr sitzt hier mit dabei, wenn es um Verwaltungsvereinfachungen geht, um Reformen geht, da bringt ihr nichts weiter – die Kollegin Bleckmann hat es früher gesagt –, da bringt ihr nichts weiter. Und wenn jetzt seit einem knappen Jahr hier die Verantwortung woanders liegt, wenn man sich abmüht und wirklich abmüht, zu sagen, wir fahren mit der Rasenmähermethode drüber, Hans, das ist unehrlich. (Beifall bei der FPÖ. – 14.51 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Grabner. Ich erteile es ihm.

Abg. Dipl.-Ing. Grabner (14.51 Uhr): Hohes Haus!

Es kommt mir nur mehr die Aufgabe zu darzulegen, wie sich meine Fraktion zu den einzelnen Abänderungs- beziehungsweise Entschließungsanträgen verhalten wird. Es wurde ein Entschließungsantrag zum Thema Euronoten eingebracht, dem ich durchaus zustimmen kann und das wird auch namens der ganzen Fraktion so geschehen. Ebenfalls werden wir dem Entschließungsantrag über die Technologieachse Graz–Maribor zustimmen, die durchaus vernünftig und deshalb zu begrüßen ist. Zum Entschließungsantrag der freiheitlichen Kollegen über die Bürokratierreform bitte ich den Herrn Präsidenten punktuell abstimmen zu lassen. Es sind vier Punkte, denen wir nicht insgesamt, aber mehrheitlich durchaus zustimmen können. Und es gibt einen weiteren Antrag zum Besoldungs- und Pensionsmodell, dem wir auch zustimmen werden können. Ich erkläre allerdings auch, warum wir dem Abänderungsantrag der grünen Fraktion nicht nur zu diesem Kapitel, sondern grundsätzlich nicht zustimmen können. Die eben erwähnten Entschließungsanträge sind fachlichen Inhalts, die über das Budget hinaus pro futuro maßgebliche Themen ansprechen. Wenn wir alles, was wir an diesem Budget abändern wollten, in Abänderungsanträgen formuliert hätten, hätten wir ungefähr 200 zusammengebracht. Meine Kollegen von den Grünen werden verstehen, dass wir uns hier nicht aufsplitten können und deshalb zu Abänderungsanträgen zum Budget grundsätzlich nicht ja sagen können. (Beifall bei der SPÖ. – 14.53 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Schützenhöfer. Ich erteile es ihm.

Landesrat Schützenhöfer (14.54 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

In der Gruppe 0 ist es ja bekanntlicherweise und ich darf es in Erinnerung rufen, an sich auch um das Personal gegangen. Ich möchte allen, die sich mit dieser Thematik auseinandergesetzt haben, für ihre Beiträge danken und möchte Ihnen aus Anlass dieses meines ersten Schlusswortes zur Gruppe 0 sagen, dass ich bestrebt sein werde, dass wir zusammen ein paar wirkliche Strukturreformen im öffentlichen Dienst zustande bringen. Zu Recht ist von mehreren Rednern darauf hingewiesen worden, dass etwa im Zusammenhang mit der Besoldungs- und Pensionsreform viele Jahre geredet wird. Ich habe die fixe Absicht mit Ihnen gemeinsam etwas zu erreichen.

Mich haben zu Beginn meiner Tätigkeit als Personalreferent nach dem 7. November immer wieder Journalisten gefragt, wann werden Sie denn die Antrittspressekonferenz machen, wo Sie uns mitteilen, wie viele Leute sie hinausschmeißen? Mich haben nach 100 Tagen wieder etliche gefragt, wann ziehen Sie denn Zwischenbilanz? Ich habe gesagt, ich bin dabei, mit der Rechtsabteilung 1, mit den politischen Parteien und mit der Personalvertretung es zustande zu bringen, dass wir gemeinsam Vorschläge erarbeiten, die wir tatsächlich auch verwirklichen können und deshalb möchte ich von allem Anfang an darauf verzichten, eine Überschriftenpolitik zu machen. Gerade eine Überschriftenpolitik, die ja zumeist dann gegen den eigenen öffentlichen Dienst gerichtet ist und die damit endet, dass ich damit ganz sicher das nicht erreichen kann, was ich erreichen möchte, nämlich die Mitarbeiter im öffentlichen Dienst zu motivieren, anstatt sie durch unerfüllbare Auflagen zu demotivieren.

Ich bin – und manche wissen das – von der Frau Landeshauptmann abgesehen, die in der Koordinierungskompetenz natürlich in alle Ressorts eingreifen kann, jenes Regierungsmitglied, das wie kein anderes mit Menschen zu tun hat. 10.500 Pflichtschullehrer, 9200 Landesbedienstete und im übertragenen Sinne auch 15.000 KAGES-Bedienstete. Und ich weiß schon aus den ersten Monaten, meine Damen und Herren, in Zeiten, wo es eher Lasten als Zuwächse zu verteilen gibt, ist das in der Tat eine ganz große Herausforderung. Aber ich möchte diese annehmen und ich möchte den Versuch machen, in der Verwaltung strukturelle Reformen durchzusetzen. Ich darf diesbezüglich noch eine Vorbemerkung machen, weil viele, Gemeindevertreter und andere, heute auf die Frage eingegangen sind, was denn das für die einzelnen Gebietskörperschaften bedeuten wird.

Ich glaube, dass wir parteienübergreifend und auch jene Parteien, die in ihrer Strategie ausgemacht haben, sich offensichtlich bei den Schlussworten bestimmter Regierungsmitglieder wie in einer Jausenstation im Landtag zu unterhalten, aber darauf gehe ich gar nicht ein, ich glaube, dass wir parteienübergreifend doch ganz sicher uns darin einig sind, dass wir die Verwaltung vereinfachen wollen, dass wir es uns in dieser Absicht aber alle miteinander nicht zu einfach machen dürfen. Und es wäre zu einfach, wenn das Land Aufgaben an die Gemeinden abschiebt, ohne darüber zu reden, wer dafür aufkommt und es ist auch – und da ist mir ganz gleichgültig, welche Bundesregierung am Werk ist – zu einfach, wenn der Bund unter Verwaltungsreform verstünde abzuwälzen anstatt zu vereinfachen (Beifall bei der ÖVP.) und daran die Länder natürlich ersticken würden.

Ich freue mich sehr, wenn nun auch der Bund sagt, dass etwa die Bezirkshauptmannschaften zentrale Anlaufstelle sein und mehr Kompetenzen erhalten sollen. Aber da müssen wir darüber reden, wer hiefür die Lasten trägt. Das alles ist keine Einbahn und das alles ist, um mit einem sehr bekannten Burgenländer zu reden, sehr kompliziert und den Tiefgang in der Diskussion wert, jedenfalls mehr als dass wir hier Überschriftenpolitik machen. Ich sage ganz allgemein dazu, weil wir wissen, dass manches enger wird, bekennen wir uns ganz ausdrücklich dazu, dass wir auch sparen. Aber Sparen ist kein Selbstzweck und Sparen muss erklärbar bleiben und ich sage Ihnen, das, was der Finanzreferent Herbert Paierl hier als Landesbudgets für 2001 und 2002 vorgelegt hat, ist ein behutsames Sparen und ermöglicht, dass wir den jungen Menschen dieses Landes ein Stück Zukunft eröffnen, anstatt ihnen Hypotheken zu hinterlassen und genau darum geht es ja, meine Damen und Herren. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich habe mir die Wortmeldungen mancher Kolleginnen und Kollegen sehr gut angehört und ich war auch einmal Scharfmacher, aber bleiben wir doch bei der Wahrheit. Wir haben die verdammte Pflicht und Schuldigkeit als politische Instanz nicht von Wahltag zu Wahltag, sondern generationenübergreifend zu denken, offenbar gelingt es nun. Wir haben in der Steiermark in einem ganz besonders sensiblen Bereich, wie etwa im Sozial- und Gesundheitsbereich, nicht gespart, sondern im Sinne der Hilfe für die sozial wirklich Schwachen erhöht. Das ist die Wahrheit, meine Damen und Herren! (Beifall bei der ÖVP.)

Wenn ich gesagt habe, dass ich ein paar, wie ich glaube, wesentliche Punkte mit Ihnen gemeinsam durchführen möchte, so meine ich damit, noch einmal, mit dem öffentlichen Dienst. Der steirische Landesdienst leistet in der Summe hervorragende Arbeit. (Beifall bei der ÖVP.)

Und ich werde mich immer entschieden dagegen verwahren, wenn der öffentliche Dienst als Ganzes an den Pranger gestellt wird. Das hat er nicht verdient, denn Ausnahmen gibt es überall – im öffentlichen Dienst, bei den Politikern, bei den Malern und Anstreichern, überall –, aber in der Summe leistet er Großartiges. Nur, wenn wir das auch einmal würdigen, wird die Bereitschaft da sein, dass es Änderungen gibt. Der öffentliche Dienst weiß ganz genau, dass nicht alles beim Alten bleiben kann und dass sich auch im Landesdienst substanziell einiges ändern wird müssen.

Damit bin ich bei der Besoldungsreform, bei der Pensionsreform und bei der Dienstrechtsreform.

Wir haben ein großes öffentliches Budget. Das sind, wenn ich alles zusammennehme, in der Steiermark 18 Milliarden. Nur muss man die Summen auch auseinander nehmen. Da sind 8 Milliarden für die Lehrer drinnen, wo wir das Geld vom Bund bekommen. Da sind etwa 6 Milliarden für die KAGES-Bediensteten drinnen. Und da sind für den Landesdienst, für den ich als Personalreferent die direkte Verantwortung habe, 4 Milliarden, 4,1 Milliarden nicht ganz, 4.090.020.000 Schilling, wer es ganz genau haben will. Wenn ich die 412 Millionen abziehe, die wir von den Sozialhilfeverbänden zurückbekommen, ist es eine Nettobelastung von 3 Milliarden 677 Millionen. Und der Rechnungshof hat uns erst zuletzt klar bestätigt, dass damit, gemessen am Bruttoinlandsprodukt und an den Einwohnerzahlen, die Steiermark mit den Kosten für die Landesbediensteten vorbildlich dasteht, nämlich sehr viel billiger ist als in anderen Bundesländern. Und das sei jenen gesagt, die immer sagen, dass der öffentliche Dienst nicht mehr finanzierbar wäre. (Beifall bei der ÖVP.)

Wir haben 7900 Dienstposten, in der Tat seit Jahren gleich bleibend und ich habe mit der Frau Landeshauptmann ein paar Dinge vereinbart und ich bin überzeugt, dass wir die in dieser Periode durchbringen.

Da ist erstens einmal die Besoldungsreform, wo wir sehr weit gediehen sind, wo ich Ihnen vier Punkte nennen möchte.

Erstens: Jeder Einzelne der 7900 Dienstposten kann hinsichtlich seiner Leistungsanforderungen an Fachwissen, Denkleistung und Verantwortung nachvollziehbar bewertet werden. Die Bezahlung wird sich künftig an diesen Anforderungen messen. Der Bewertungsprozess wurde bereits begonnen und wird noch vor dem Sommer 2001 abgeschlossen sein. Dann werde ich das in die Regierung und in den Landtag bringen.

Zweitens: Auf Sicht gilt, gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Die Einkommensunterschiede zwischen Beamten und Vertragsbediensteten werden nach einer langen Übergangsfrist – da rede ich nicht um den Brei herum, das dauert 20 Jahre in der Tat in der Summe – aufgehoben. Aber noch einmal sage ich, ich stelle mich nicht hier her und sage, es wird nie mehr Pragmatisierungen geben. Es gibt in der Steiermark im Übrigen sehr viel weniger als sonstwo. Nicht 60 Prozent, sondern 40 Prozent der Landesbediensteten sind pragmatisiert, 60 Prozent sind Vertragsbedienstete. Aber man muss seriös einmal anfangen und Reformen durchsetzen können.

Drittens: Die Landesbediensteten werden in den jungen Jahren mehr verdienen. Seit zig Jahren wird darüber gesprochen. Wir wollen es tatsächlich verwirklichen. Durch schnellere Einkommenszuwächse am Beginn der Berufslaufbahn soll für junge Menschen die Existenzgründung erleichtert und die Motivation gesteigert werden. Wir haben jetzt eine erste Analyse. Das heißt etwa bei einem Sachbearbeiter, dass er um 1200 bis 1500 Schilling monatlich mehr bekommt, heißt auch, dass das in den ersten 20 Jahren ansteigt und dass es dann natürlich abflacht, weil sich ja am Aktiveinkommen, in der Aktivlaufbahn, in der Endsumme natürlich nichts ändern wird.

Und viertens, das ist ganz entscheidend auch: Die Durchlässigkeit zwischen den Verwendungsgruppen wird verwirklicht. Da in Hinkunft Stellenwert und Arbeitserfolg die Bezahlung bestimmen, haben im Übrigen auch Titel ausgedient, so unwichtig sie insgesamt sind, wenn ich mir da so manche Debattenbeiträge anschau.

Zweiter Punkt, die Pensionsreform: Eine heikle Sache. Natürlich wissen wir, dass Beamtenpensionen im Durchschnitt doppelt so hoch wie ASVG-Pensionen sind, dass das bei Akademikern noch höher ist. Die zahlen allerdings auch höhere Pensionsbeiträge. In der Steiermark liegen die Ausgaben für die Pensionen der Landesbeamten derzeit bei rund 1,2 Milliarden Schilling. Natürlich gilt es hier, und das habe ich schon gesagt, dass wir behutsam, aber entschieden die Angleichungen vornehmen.

Und auch hier darf ich Ihnen drei Eckpunkte sagen, die ich mit der Rechtsabteilung 1 gut durchgeredet, mit den Parteien durchreden werde und mit der Personalvertretung – da möchte ich ehrlich bleiben – gerade verhandle, wir sind uns noch nicht einig.

Erstens: Die Bemessungsgrundlage für die Pension wird nicht mehr der Letztbezug, sondern ein Durchrechnungszeitraum sein – 15 Jahre, 18, 20 Jahre –, darüber reden wir.

Zweitens: Für die steirischen Landesbediensteten wird eine Pensionskasse eingerichtet. Damit kann die Altersversorgung finanziert und gleichzeitig das Budget entlastet werden.

Und schließlich drittens: Unterschiedliche Pensionen für Beamte und Vertragsbedienstete wird es nur mehr in sehr eingeschränktem Ausmaß geben.

Diesen letzten Satz habe ich mir gut überlegt, weil es sehr viel schöner für manche in der Öffentlichkeit anschauen würde, wenn ich sagen würde, wird es überhaupt nicht mehr geben. Aber da werfe man einen Blick auf die Realität. Und ich bin nicht bereit etwas anzukündigen, was in der Endrechnung erst bewiesen werden muss, dass es sehr viel billiger ist. Daher werden wir das, bis es definiert wird, sehr genau miteinander durchbesprechen.

Und schließlich der dritte Punkt, die Dienstrechtsreform: Wesentliches Ziel ist die Harmonisierung des Dienstrechts und des Arbeitsrechts. Es wird im öffentlichen Bereich immer notwendig sein, jene Schutzbestimmungen des Berufsbeamtentums zu wahren, die im Interesse der Rechtsstaatlichkeit, der Verwaltung unabdingbar sind. Aber das wird die Ausnahme sein. Wir wollen noch mehr Zeitautonomie, Vereinbarkeit von Beruf und Familie als Stichwort, Entfall der Amtstitel und eine völlig neue Form der Leistungsbeurteilung, mehr Flexibilität und Mobilität.

Was kostet das und wie schaut es mit den Fristen aus? Was die Fristen anlangt, sage ich hier nochmals, ich stelle mich nicht hier her und sage, das wird auf der Stelle verwirklicht, das und das wird es ab dem 1. Jänner, was weiß ich, nicht geben. Nein!

Aus verfassungsrechtlichen Gründen und aus Gründen des Vertrauensschutzes können Strukturreformen im öffentlichen Dienst nicht von der einen Sekunde auf die andere eingeführt werden. Deshalb sind sie ja bisher immer gescheitert.

Es werden daher nach Einführung der Reform noch Jahre vergehen, bis wir zwei unterschiedliche Besoldungs- und Pensionssysteme aneinander gegliedert haben und es wird sie eine längere Zeit nebeneinander noch geben, aber wir werden diese drei Schwerpunkte im Landesdienst – und das sind große strukturelle Reformen – durchsetzen. Ich hoffe, dass wir mit 1. Jänner 2002 die Pensions- und Besoldungsreform auf die Schiene bringen und die Dienstrechtsreform mit 1. Jänner 2003. Wenn uns das gelingt und ich bin überzeugt, dass es uns nicht nur gelingen kann, sondern dass es gelingen wird, ist das in der Summe ein durchaus großer Wurf. Es kostet die Besoldungs- und Pensionsreform dem Land in den ersten Jahren sehr viel Geld mehr. Aber trotz der Sparmaßnahmen sind wir uns mit der Frau Landeshauptmann und auch dem Finanzreferenten einig, dass wir diesen Versuch im Interesse einer guten Zukunft und einer effizienten Verwaltung starten und – und das ist jetzt keine billige Kritik an den Bund, das ist aber der Unterschied zum Bund – wir gehen nicht her und sagen, so viele Beamte, so viele Vertragsbedienstete im öffentlichen Dienst müssen eingespart werden, weil es das Budget erfordert, sondern wir sagen, wir wollen diese Reformen durchsetzen und im eigenen Ressort berappen, was eine Leistung auch des Finanzreferenten ist, wenn er uns dabei insofern hilft, als er nicht nur verlangt einzusparen, damit er ein Geld hat. Es kostet im Mindestfall 80 Millionen, eher 100 Millionen pro Jahr, jeweils die Hälfte Besoldungs- und Pensionsreform, in den ersten Jahren mehr.

Mir wird das Wort Aufnahmestopp nicht über die Lippen kommen. Es sei denn, ich werde gezwungen. Diese Vorsicht möchte ich in Klammer hinzufügen, weil es gibt natürlich Bereiche, die sagen, sehr schön, gut, dass du effizienter werden möchtest, du kannst einsparen im Landesdienst, ich werde dir dabei helfen, aber ich brauche ein paar Leute mehr in meiner Dienststelle. Und wenn da alle so denken, da geht das nicht. Wenn ich nicht gezwungen werde, wird es daher einen Aufnahmestopp nicht geben, weil es ihn auch gar nicht geben kann in bestimmten Bereichen. Wenn ich etwa denke, was wir miterlebt haben im Zusammenhang mit der BSE-Geschichte, wo zwei Referate, Gesundheit und Landwirtschaft, mehr Personal gebraucht haben, wo wir auch gesagt haben, einerseits in der Veterinär-, andererseits in der Lebensmittelkontrolle müssen wir etwas tun und das haben wir getan. Es ist im Wesentlichen durch interne Umschichtungen gegangen. Es werden in dieser Periode 1234 Landesbedienstete 60 Jahre. Wir wissen, dass im Schnitt etwa 75 Prozent davon in Pension gehen und ich habe mit allen Beteiligten ausgemacht, wir werden selektiv nachbesetzen, um damit diese großen Reformen tatsächlich durchsetzen zu können.

Ich möchte am Schluss, meine Damen und Herren, allen wenigen, sage ich dazu, die sich mit dem Personal in dieser Gruppe in ihren Wortmeldungen beschäftigt haben, danken. Ich glaube, dass sich das, was die meisten angeschnitten haben, etwa zum Thema Besoldungs- und Pensionsreform aus meiner Sicht schon beantworten konnte.

Eines möchte ich aber noch sagen, Frau Abgeordnete Halper. Ich glaube gar nicht, dass Sie es bewusst getan haben, sondern möglicherweise unbewusst, was die Lehrlingsausbildung im Land anlangt, war das, was Sie gesagt haben, unfair. Ich war gestern in Vertretung der Frau Landeshauptmann beim Verwaltungsassistentenlehrlingstag. Sie wären mit mir ein Stück gewachsen, hätten Sie gesehen, wie diese jungen Menschen aus allen Bereichen des öffentlichen Dienstes, von der Gebietskrankenkasse bis zur Gendarmerie und vom Landesschulrat bis zum Landesdienst und von der Justiz, wo sie als Lehrlinge untergebracht sind, wie die dort jetzt, kurz bevor sie ihre Freisprechungsprüfungen haben, geredet haben und wie sie ihre einzelnen Bereiche vorgestellt haben. Wir haben in der Steiermark im Übrigen viele Lehrlinge und ich sage Ihnen, ich bin froh darüber. Nicht, weil ich selber auch einmal einer war, das hat damit gar nichts zu tun, da konnte ich ja jetzt noch gar nicht eingreifen. Aber 1996 haben wir 22 Lehrlinge im Landesdienst gehabt und die Frau Landeshauptmann hat damals gesagt, das ist unfair, wir müssen mehr jungen Menschen eine Chance geben. Wir haben heute im Land Steiermark 150 Lehrlinge. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.) Wir sind also durchaus vorbildlich, wie wir das auch in anderen Bereichen sind – wir haben im Finanz-Ausschuss darüber geredet, Stichwort geschützte Arbeit, wo andere Bundesländer und Ministerien Strafe zahlen und wir unser Kontingent erfüllt haben. Ich halte das für

ganz besonders wichtig, auch hier gesagt zu haben, denn wer jemals mit Menschen, die behindert sind, ungeschuldig behindert sind, zu tun hatte, weiß, was sich daraus ergibt, nämlich Sinnerfüllung des Lebens, wenn solche Menschen im Land Steiermark eine Chance haben.

Darf ich Ihnen ganz zum Schluss sagen, dass mir diese Arbeit mit dem Personal und im Personalressort nebst Sorgen, die man hat, viel Freude bereitet und dass ich allen Landesbediensteten für ihre Arbeit danken möchte, stellvertretend für alle dem Vorstand der Rechtsabteilung 1, Hofrat Dr. Werner Eichtinger und seinem Stellvertreter Dr. Karl Fluch sowie den Personalvertretern im Lande mit dem Hofrat Dr. Wolfgang Königswieser an der Spitze und in dieser Stunde denke ich und denken vielleicht manche von Ihnen auch an einen sehr engagierten Kollegen, der in jungen Jahren vor wenigen Wochen von uns gehen musste und dem wir über das Grab hinaus für seine Arbeit dankbar sind, Alex Meixner.

In diesem Sinne, meine Damen und Herren, bitte ich Sie, dass Sie mich bei der Reform kritisch aber fair begleiten. Ich glaube, wir sind es als Landtag und als Regierung dem Lande schuldig, Reformen so durchzusetzen, dass wir sagen können, das ist eine schlanke effiziente Verwaltung und eine solche, die mit hervorragend motivierten Mitarbeitern ausgestattet ist. Glück auf! (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – 15.20 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Landeshauptmannstellvertreter Schöggel. Ich erteile es ihm.

Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schöggel (15.20 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, geschätzte Regierungskollegen, Hoher Landtag!

Nur drei kurze Anmerkungen. Wir Freiheitlichen und ich als freiheitliches Regierungsmitglied bekennen uns grundsätzlich zu den Zielen des vorgelegten Budgets. Drei seien angeführt. Erstes Ziel, keine Neuverschuldung. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Land Steiermark ist mit 800 Millionen Schilling Zinsen pro Jahr belastet. Mehr Zinsen zu zahlen wäre unerträglich und würde unseren Spielraum für die Jugend und für die Zukunft wesentlich einschränken, daher keine Neuverschuldung!

Zweites Ziel, schlanke Verwaltung. Ganz wichtig ist, dass wir eine hervorragende, gut organisierte, bürger-nahe, aber schlanke und leistbare Verwaltung haben.

Wir Freiheitlichen werden den Kollegen Schützenhöfer bei seinen Bestrebungen unterstützen. Vorausgehen wird eine Aufgabenkritik, die dahin gehend sein soll, dass all jene Bereiche, die nicht unmittelbar hoheitliche Bereiche sind, sondern von der Privatwirtschaft besser und eindrucksvoller erledigt werden können, in die Privatwirtschaft übergehen sollen, allerdings ohne die Kollegen in ihrem beruflichen Fortkommen und ihrer Existenz zu schmälern.

Drittes Ziel – und das ist die Innovation – ist die Zukunftsstiftung, die heute schon einmal angesprochen wurde. Ich freue mich, dass es gelingen wird, diese Zukunftsstiftung umzusetzen und die daraus resultierenden Zinserträge für Innovation, Erneuerung im wirtschaftlichen, im betrieblichen Bereich und auch im Forschungsbereich einzusetzen, weil wir alle wissen und uns immer wieder dazu bekennen, dass Forschung von heute die Arbeitsplätze von morgen sind.

Das wären meine Anmerkungen gewesen.

Und wenn der Herr Abgeordnete Stöhrmann in seiner ihm eigenen Rhetorik meine Bemerkung hinsichtlich des SPÖ-Schildes am Maibaum hier kritisiert hat, dann sei nur erklärend hinzugefügt, dass ich als Volkskulturreferent bemüht bin, Bräuche in ihrer ursprünglichen Form zu erhalten. Der Maibaum wird von Volkskulturliedern in die Nähe von Fruchtbarkeitsritualen gebracht. Die haben also mit Parteipolitik nichts zu tun. Und im Sinne der Sorge um die unverfälschte Erhaltung des Brauchtums habe ich diese Anmerkung gemacht. (Abg. Stöhrmann: „Das war keine Antwort auf meine Frage, ob ich für meine Gemeinde mit Repressalien zu rechnen habe!“) Danke schön! Glück auf! (Beifall bei der FPÖ und ÖVP. – 15.25 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Hohes Haus, ich teile mit, dass der Berichterstatter zur Gruppe 0, Herr Abgeordneter Bacher, auf ein Schlusswort verzichtet.

Es liegt zur Gruppe 0 keine weitere Wortmeldung vor.

Ich komme nun zur Abstimmung über die Abänderungsanträge, die Ansätze und Posten der Gruppe 0 sowie über Entschließungsanträge zu dieser Gruppe:

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Abänderungsantrag für den Landesvoranschlag 2001 der Grünen, betreffend Presseförderung zur Erhaltung der Medienvielfalt in der Steiermark, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zu den Ansätzen und Posten der Gruppe 0 hinsichtlich des Landesvoranschlages für 2001 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Abänderungsantrag für den Landesvoranschlag 2002 der Grünen, betreffend Presseförderung zur Erhaltung der Medienvielfalt in der Steiermark, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zu den Ansätzen und Posten der Gruppe 0 hinsichtlich des Landesvoranschlags für 2002 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der ÖVP und FPÖ, betreffend Technologieachse Graz–Marburg, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der ÖVP und FPÖ, betreffend Euronoten, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend Wertgrenzen, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, betreffend Besoldungs- und Pensionsmodell, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Nun kommen wir zu dem Entschließungsantrag der FPÖ betreffend Bürokratierreform. Hier wird auf Antrag der Sozialdemokratischen Partei eine punktuelle Abstimmung durchgeführt. Zum besseren Verständnis darf ich die vier Punkte vortragen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, eine umfassende Bürokratierreform einzuleiten, die zumindest folgenden Anforderungen gerecht wird:

Erstens: Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die von privaten Rechtsträgern besser besorgt werden könnten, sind auszugliedern.

Zweitens: Die Gesetze sind in Bezug auf Deregulierungsmöglichkeiten zu durchforsten.

Drittens: Die bei der öffentlichen Verwaltung verbleibenden Bereiche müssen einem umfassenden Bürokratieabbau unterzogen werden. Dabei sind alle bestehenden Organisationen und Regelungen mit dem Ziel einer bürgernahen, raschen, nachfrageorientierten, effizienten und kostengünstigen Verwaltung zu hinterfragen.

Viertens: Für jede Aufgabe der Verwaltung sind die Kosten zu ermitteln und soweit möglich ein eigener Kosten-Nutzen-Vergleich anzustellen. Hierbei sind sowohl die Personal-, Sach-, Raum-, sonstige Kosten als auch die Verwaltungsgemeinkosten einzubeziehen („Leanmanagement“).

Ich komme zur Abstimmung des Punktes eins des Antrages. Die Damen und Herren, die dem Punkt eins zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Punkt eins ist mehrheitlich angenommen.

Ich komme zur Abstimmung des Punktes zwei des Antrages. Die Damen und Herren, die dem Punkt zwei zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Punkt zwei ist mehrheitlich angenommen.

Ich komme zur Abstimmung des Punktes drei des Antrages. Die Damen und Herren, die dem Punkt drei zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Punkt drei ist mehrheitlich angenommen.

Schließlich komme ich zur Abstimmung des Punktes vier des Antrages. Die Damen und Herren, die dem Punkt vier zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Punkt vier ist mehrheitlich angenommen.

Meine Damen und Herren, damit ist die Gruppe 0 abgeschlossen. Wir kommen nun zur angekündigten Pause. Es ist jetzt 15.32 Uhr. Wir beginnen wieder um 15.45 Uhr. Ich darf die Herren Klubobleute und die Präsidentenkollegen ersuchen, zu einer Präsidialsitzung zu kommen. (Unterbrechung der Sitzung: 15.32 bis 15.50 Uhr.)

Präsident Purr: Meine Damen und Herren, ich nehme die Sitzung wieder auf.

Wir kommen damit zur Gruppe 1 „Öffentliche Ordnung und Sicherheit“.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Benedikt Bittmann. Ich erteile dem Abgeordneten Bittmann das Wort.

Abg. Bittmann (15.50 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptmann!

Bericht des Finanz-Ausschusses zu Gruppe 1 der Landesvoranschläge 2001/2002.

Der Finanz-Ausschuss hat in seiner Sitzung am 24. April 2001 die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 311/1, betreffend die Landesvoranschläge 2001 und 2002, den Dienstpostenplan und den Systemisierungsplan der Kraftfahrzeuge beraten und zu Gruppe 1 nachstehende Beschlüsse gefasst:

Namens des Finanz-Ausschusses werden nachstehende Anträge gestellt:

Der Landtag wolle beschließen:

Erstens: Die Ansätze und Posten der Gruppe 1 – Öffentliche Ordnung und Sicherheit – werden hinsichtlich des Landesvoranschlags 2001 genehmigt.

Zweitens: Die Ansätze und Posten der Gruppe 1 – Öffentliche Ordnung und Sicherheit – werden hinsichtlich des Landesvoranschlags 2002 genehmigt. Ich bitte um Annahme! (15.51 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung. Es liegen mir zahlreiche Wortmeldungen vor. Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Hamedl.

Abg. Hamedl (15.51 Uhr): Geschätzte Frau Landeshauptmann, Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren und Vertreter aller Einsatzorganisationen und liebe Kolleginnen und Kollegen der Gendarmerie und der Polizei Graz!

Ich bin schon erstaunt, alle Parteien heften sich das Thema Sicherheit auf ihre Fahnen und wenn ich jetzt so schaue, bei einer Partei fehlt eigentlich die Mehrheit. (Abg. Kröpfel: „Rechts auch schauen!“) Bei uns? Die kommen gleich, die meisten sind da. (Abg. Gennaro: „Wenn es nicht die Jungferrede wäre, würde ich etwas anderes sagen. Aber wir wollen höflich sein und Sie verschonen!“) Danke, sehr gut.

Ich beginne mit einer Geschichte. (Abg. Gennaro: „Sehr gut!“) Osternacht, zehn Minuten nach Mitternacht, eine 38-jährige Frau ist mit ihrem Auto unterwegs. Und, meine Damen und Herren, sie hat viele Sicherheiten in ihrem Leben verloren. Scheidung, ein Kind hat Krebs durchlitten, der Lebensgefährte verlässt sie, sie hat finanzielle Not und Sorge um die Zukunft. Sie teilt ihrer besten Freundin via Handy mit, dass sie Selbstmord begehen will. Die Exekutive wird eingeschaltet, eine Ortung ist nicht möglich. In einem Gespräch, das ein Beamter der Verhandlungsgruppe Süd führt, wird sie gebeten, von einer Telefonzelle zurückzurufen, dann ist der Akku ihres Handys leer. Nach bangem Warten ruft die Frau tatsächlich zurück. Es gelingt sie zu überzeugen, dass es noch andere Wege und Chancen für sie gibt und sie fährt nach Hause und nimmt Hilfe in Anspruch. Es ist Oster-sonntag früh morgens. Meine Damen und Herren, das ist keine Geschichte, das hat sich tatsächlich so zu Ostern zugetragen. Und es zeigt, dass Sicherheit für jeden eine andere Bedeutung hat. Es zeigt auch, dass die Exekutive in Krisenfällen oft der erste Ansprechpartner ist.

Meine Damen und Herren, mit dem Motto „Sichere Steiermark“ haben wir uns ein Ziel gesetzt und damit auch, glaube ich, in der Bevölkerung ein anderes Bewusstsein für Sicherheitsfragen hervorgerufen. Es gilt jetzt dieses Versprechen zu erfüllen. Ich glaube, wir sind auf dem guten Wege, die Steiermark zu einer der sichersten Regionen Europas zu machen. Sicherheit kann aber nicht nur das Anliegen einer einzelnen Partei sein, sondern geht uns alle an.

Es ist jetzt schon schade, dass Herr Klubobmann Schrittwieser nicht hier im Raum ist, aber ich hoffe, er hört es. Sicherheit vermitteln wir auch den Menschen hier herinnen im Landtag durch eine konstruktive Zusammenarbeit. Durch sein kategorisches Ablehnen und alles bewusst schlecht machen, was in diesem Budget erstellt worden ist, dadurch trägt Ihr Klubobmann Unsicherheit hinaus. Er hat auch angeführt, dass er für eine Politik steht, die nicht krank macht. Herr Klubobmann, Sie reden die Politik krank! (Beifall bei der ÖVP.)

Ich gehe jetzt weiter in meinem Thema zur Sicherheit. Wenn es zu extremen Notfällen kommt, dann wird der Stellenwert der Sicherheit eigentlich erst richtig in seinem vollen Umfang erkannt. Ich denke an Kaprun, ich denke an Lassing und an viele andere Katastrophen und Unfälle. Bei solchen Katastrophen zeigt es sich dann, wie gut unser Sicherheitsnetz geknüpft ist, technisch, fachlich, die Ausrüstung betreffend und vor allem auch menschlich. Die öffentliche Hand hat also die Aufgabe vorausschauend und langfristig zu planen und die entsprechenden Mittel auch dafür zur Verfügung zu stellen. Das heißt für uns Vorsorge treffen im Sozialbereich zur Vermeidung von Unfällen aller Art, besondere Sicherheit in Tunnels, bei den Atomkraftwerken Krško und Temelin. Gerade heute am Jahrestag der Katastrophe von Tschernobyl möchte ich darauf hinweisen, wie wichtig dieses Thema ist. Wir sollten auch Vorsorge treffen bei allen Formen von Kriminalität. Die Kriminalität, meine Damen und Herren, gehört dort bekämpft, wo sie entsteht. Unter dem Titel „Sichere Gemeinde“ wollen wir ein Projekt zur kommunalen Kriminalprävention unterstützen. Einen diesbezüglichen Antrag haben wir auch im Landtag eingebracht.

In einer Zeit der zunehmenden Entsolidarisierung können wir das Engagement und die Zivilcourage der einzelnen Bürger nicht hoch genug einschätzen. Meine Damen und Herren, wir in der Steiermark haben viele engagierte Menschen, die für den Nächsten da sind, wenn jemand in Not ist. Wir wissen das zu schätzen, welcher unverzichtbare Wert unsere Einsatzorganisationen für die Sicherheit leisten. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – Abg. Tasch: „Kollege Kurt Gennaro, ist dir Sicherheit nichts wert, weil du schreibst, anstatt zu klatschen?“)

Daher sind Wertschätzung, Würdigung und Weiterbildung ganz zentrale politische Anliegen, wofür wir auch im Budget Vorsorge getroffen haben.

Der Tag des Ehrenamtes am 19. November, eingeführt von unserer Frau Landeshauptmann, ist ein Zeichen der Anerkennung und der Leistung dieser Menschen. Aber das Ehrenamt hat auch einen großen integrativen Wert und stärkt die Gemeinschaft. Neben der Hilfe in Not erfahren, glaube ich, unsere Kinder und Jugendlichen das Engagement ihrer Eltern, was Gemeinschaft ist und wofür es sich lohnt, sich mit ganzer Kraft einzusetzen.

Ich möchte Ihnen nun einen kurzen Überblick über die verschiedenen Einsatzorganisationen in der Gruppe 1 geben. 108,255.000 Schilling beträgt exakt das Budget 2001 und 2002 für diese Gruppe. Davon sind für die Feuerwehr ausgabenseitig 90 Millionen veranschlagt. Meine Damen und Herren, über die Wichtigkeit der Feuerwehr kann ich nicht genug sagen. Alle 14 Minuten wird sie zu einem Einsatz gerufen. Der durch die Feuerwehr verhütete Schaden beträgt 2,2 Milliarden Schilling. Bei ihren Einsätzen, meine Damen und Herren, haben sie 1230 Menschen das Leben gerettet. Ich wiederhole 1230 Menschenleben wurden gerettet! (Beifall bei der ÖVP.)

Da die Feuerschutzsteuer in diesem Bereich rückläufig ist, wird eine Erhöhung von 8 auf 10 Prozent notwendig sein. Diesbezüglich wird bereits verhandelt. Durch das Ansteigen der technischen Einsätze fordert die Feuerwehr auch 1,5 Prozent der Kfz-Haftpflicht, das sind 100 Schilling pro Jahr und Kfz-Halter und ich glaube, bei all diesen Einsätzen ist das auch gerechtfertigt.

Zum Rettungswesen. Als Polizeibeamter habe ich 100-mal die Arbeit und die Hilfeleistung des Österreichischen Roten Kreuzes vor Ort erlebt. Ich habe gesehen, dass die rasche Hilfe oft sehr entscheidend für das Leben ist. Die 9000 freiwilligen Helfer und 800 hauptberuflichen Mitarbeiter haben im Vorjahr eine halbe Million Einsätze durchgeführt. Mit der Eröffnung des 23. Notarztstützpunktes ist eine flächendeckende Versorgung in der Steiermark gegeben. Einen wichtigen Beitrag hat wieder unsere Frau Landeshauptmann zur sicheren Steiermark gemacht, das war die Aktion Herz-Lungen-Wiederbelebung, kurz HLW genannt, wo mehr als 11.000 Leute ausgebildet wurden, 11.000 Leute, meine Damen und Herren! (Beifall bei der ÖVP.) Und nur ein ständiges Üben sichert auch den Erfolg. Daher sind die Wiederholungskurse in diesem Budget vorgesehen.

Die 3,6 Millionen freiwillig geleisteten Arbeitsstunden ersparen der steirischen Bevölkerung eine Milliarde Schilling.

Ich habe mich mit den Verantwortungsträgern des Roten Kreuzes zusammengesetzt und mir sehr viele Informationen geholt. Sie haben mir auch ihre Situation geschildert. Der Rettungsschilling sollte von 21 auf 43 Schilling angehoben werden, um damit die Kosten abdecken zu können. Ein neues Ausbildungszentrum in Graz wird auch gebraucht. Ich glaube, das ist zu unterstützen, da das Rote Kreuz von großer volkswirtschaftlicher Bedeutung ist.

Mit 1. Juli 2001 wird die Flugrettung vom ÖAMTC übernommen. Auf Grund der 15 a-Vereinbarung bleibt die bereits eingesetzte Crew auch dort. 9,2 Millionen Schilling steuern wir hier vom Lande bei.

Zum Katastrophenschutz: Im Gesetz wurde die Zuständigkeit und die Einsatzleitung neu geregelt sowie die dazugehörige Ausbildung und Übungen eingeführt. Detaillierte Katastrophenschutzpläne und Alarmpläne wurden EDV-mäßig erstellt.

Worauf ich besonders stolz bin, als erstes Bundesland haben wir die psychosoziale Notfallseelsorge im Katastrophenfall auch gesetzlich verankert. Ein Pilotprojekt wurde vor kurzem abgeschlossen und weitere Ausbildungen laufen bereits in verschiedenen Bezirken.

Die Fertigstellung der Landeswarnzentrale und ein umfangreiches Aktionsprogramm 2001 tragen weiter zu unserer Sicherheit bei.

Dem Leiter des Katastrophenschutzreferates Hofrat Dr. Konrad und seinem Stellvertreter Dr. Kalcher unseren Dank für diese gute Arbeit. (Beifall bei der ÖVP.)

Auch die im Vorjahr durchgeführte Großübung „Flugnotfall“, die internationale Beachtung gefunden hat, zeigt die hohe Einsatzbereitschaft und Qualität der Ausbildung unserer Einsatzorganisationen.

Meine Damen und Herren, anschließend zu einem Bereich, der mir auch persönlich sehr am Herzen liegt. Das ist die Exekutive, der auch ich angehöre. Ich weiß, dass das Bundessache ist, aber ich glaube, auch wir vom Land müssen dazu beitragen, dass sich unsere Polizisten und Gendarmen in der Steiermark auch sicher und wohl fühlen. (Beifall bei der ÖVP.)

Vor kurzem gab es in einer Zeitung laut Umfrage Bestnoten für unsere Polizei und Gendarmerie. Die Kollegen sind rund um die Uhr für die Bevölkerung da und sorgen nicht nur bestens, sondern ausgezeichnet für unsere Sicherheit. Die Steiermark hat, bezogen auf die Einwohnerzahl, die geringste Verbrechensrate von ganz Österreich. Darauf können wir stolz sein. (Beifall bei der ÖVP.) Die Aufklärungsquote liegt bei uns bei 52 Prozent. Das heißt jede zweite Straftat wird geklärt.

Die organisierte Kriminalität, die vor allem in den Bereichen Drogen und Menschenhandel, Geldwäsche, Waffen, Autodiebstahl und in vielen anderen Dingen im Steigen ist, kann nur durch eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik aller Staaten bekämpft werden. Wir können uns hier nicht nur als Österreich sehen.

Die Zahl der Aufgriffe der illegalen Grenzgänger und Schlepper ist von 1998 um 117 Prozent gestiegen. Das sollte uns zu bedenken geben. Durch die bevorstehende EU-Osterweiterung haben wir weiter Vorsorge zu treffen.

Aber, meine Damen und Herren, verbreiten wir nicht Angst. Sehen wir es als Chance für unser Land und heißen wir diese Menschen willkommen. (Beifall bei der ÖVP.)

Zurzeit sind wir noch eines der sichersten Länder Europas. Das trägt auch zum guten Wirtschaftsstandort Österreichs bei. Es werden zwar öfter Vergleiche bezüglich der Anzahl der Beamten gemacht, dass es irgendwo im Ausland weniger Beamte gibt. Das mag stimmen. Aber wir sind auch sicherer als andere Länder. Tatsache ist jedenfalls, dass die Grazer Polizei derzeit mehr als 100 Beamte weniger hat als vor zehn Jahren.

Moderne, schlanke Verwaltung ja. Aber die Exekutive fürchtet langfristig zu Recht, dass Maßnahmen des Bundes – ich sage jetzt weniger Beamte, Schließung von Dienststellen, Sparerlass, Budgetbegleitgesetz, Streichung von Überstunden – den hohen Sicherheitsstandard nicht gewährleisten können. Es mag unterschiedliche Einsparungspotenziale bei der Gendarmerie und bei der Polizei geben. Wir bekennen uns dazu einzusparen, aber wir sollten differenzieren und auch die Geschwindigkeit, mit der das Ziel erreicht werden soll, ist zu hinterfragen.

Wenn wir weiterhin diesen Sicherheitsstandard in der Steiermark haben wollen, dann muss uns bewusst sein, dass Sicherheit etwas wert ist und auch etwas kosten darf. Ich wiederhole, dass Sicherheit etwas wert ist und uns allen etwas kosten darf. (Beifall bei der ÖVP.)

An dieser Stelle danke ich meinen Kollegen der Polizei und Gendarmerie besonders. Liebe Kollegen, ihr seid Garanten für die Sicherheit! (Beifall bei der ÖVP.)

Auch den Kollegen der Staatspolizei – und ich sehe auch den Leiter Dr. Archan hier – einen herzlichen Dank. Die Kollegen sorgen bei jeder Landtagssitzung hier für unsere Sicherheit. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ.)

Stellvertretend für alle freiwilligen Helfer soll hier dem Landesfeuerwehrkommandanten Krugfahrt und seinen Stellvertretern Meltzer und Kern, dem Präsidenten des Roten Kreuzes Perner und dem Landesdirektor Wolfgang Schleich, dem Bundesrettungsarzt Dr. Zweidick, allen Vertretern des Zivilschutzes, des Bundesheeres, der Berg-, Wasser- und Höhlenrettung und der Rettungshundebrigade herzlichst für ihr Engagement und ihre hervorragende Arbeit gedankt werden. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ.)

Meine Damen und Herren, alle unsere Einsatzorganisationen leisten einen wertvollen Beitrag zur sicheren Steiermark.

Ich danke auch der Frau Landeshauptmann als Katastrophenschutzreferentin, dass sie hinter den Männern und den Frauen mit ihrer ganzen Wertschätzung steht. (Beifall bei der ÖVP.) Danke schön! (Beifall bei der ÖVP. – 16.09 Uhr.)

Präsident: Ich freue mich sehr darüber, dass ich den Präsidenten des Roten Kreuzes Günter Perner sowie den Herrn Landesbranddirektor Bernhard Krugfahrt mit seinen beiden Stellvertretern Meltzer und Kern hier begrüßen darf sowie auch die Bergrettung mit Landesleiterstellvertreter Michael Miggitsch. Herzlichen Gruß! (Allgemeiner Beifall.)

Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Abgeordnetem Walter Kröpfl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Kröpfl (16.09 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, verehrte Damen und Herren, verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer im Publikum!

In jedem Budget genießt natürlich die Gruppe 1 eine ganz besondere Aufmerksamkeit, denn in dieser Gruppe finden wir die Budgetansätze für „Öffentliche Ordnung und Sicherheit“.

Bei den zahlreichen öffentlichen Veranstaltungen und bei den Festreden werden die Bedeutung und der Wert unserer freiwilligen Helferinnen und Helfer für unsere Gesellschaft immer wieder ganz besonders herausgestrichen. An dieser Stelle darf auch ich mich bei allen, die in diesen Organisationen tätig sind – bei den Feuerwehrmännern, beim Roten Kreuz, bei der Bergrettung, bei der Bergwacht, bei den Notärzten und so weiter – für die Mitarbeit und für ihren Einsatz ganz, ganz besonders bedanken und meine ganz persönliche Anerkennung für die erbrachten Leistungen aussprechen. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

Dieses Jahr, meine Damen und Herren, ist ein besonderes Jahr. Die UNO hat dieses Jahr zum Jahr der Freiwilligen, der Freiwilligkeit erklärt. Das ist ein gutes Zeichen. Bei den einzelnen Aktivitäten in diesem Jahr, die stattfinden werden, gibt es natürlich die Gelegenheit, sich bei den einzelnen Damen und Herren in den freiwilligen Einsatzorganisationen zu bedanken. Aber es wird sicher auch die Gelegenheit geben, dass sich die Einsatzorganisationen der Öffentlichkeit wieder präsentieren und diese Chance wird sicherlich genützt werden.

Ich darf zu einem anderen Punkt kommen. Orden und Dank allein sind zu wenig. Die öffentliche Hand – und da stimme ich mit meinem Vorredner überein – hat die Verpflichtung, unsere Organisationen tatkräftig und sprich finanziell zu unterstützen. Es genügt nicht, wenn man in Sonntagsreden und bei Ordenverleihungen die Bedeutung der freiwilligen Helferinnen und Helfer herausstreicht. Im Budget, also bei den öffentlichen Zuwendungen, müsste man zeigen, was uns die Sicherheit unserer Bevölkerung wert ist. Aber leider, Frau Landeshauptmann, stimmen Sie auch in diesem Bereich, für den Sie sich sonst so sehr einsetzen, einer gewaltigen Kürzung zu, nur weil Ihre Bundesregierung das Nulldefizit erreichen will, ob sie es schaffen wird, das ist eine andere Sache. Sie stimmen zu, dass der Budgetansatz der Gruppe 1 um mehr als 10 Millionen Schilling gekürzt wird. Damit nehmen Sie unseren Einsatzorganisationen viele ihrer Möglichkeiten, vor allem aber viel von der Motivation der mehr als 60.000 Helferinnen und Helfer. Zu diesen Einsparungen des Landes kamen bereits die Verschlechterungen, die das Hineinschneiden dieser Bundesregierung bei den Zivildienern gebracht hat. Mit der Schlechterstellung der Zivildienere wurden ja nicht nur die jungen Männer empfindlich bestraft, man hat damit auch den Einsatzorganisationen enorm geschadet. Auch dazu haben Sie, Frau Landeshauptmann, geschwiegen. (Landeshauptmann Klasnic: „Die Lösung hat schon Schlüssel vorbereitet!“)

Sehr geehrte Damen und Herren, das Sicherheitsgefühl ist ein subjektives Gefühl. Jeder empfindet es anders. Jede Österreicherin und jeder Österreicher wird, was die militärische Bedrohung durch andere Länder betrifft, sich in unserem Land durchaus sicher fühlen. Nicht, weil wir so ein starkes Bundesheer hätten, sondern weil die angeblichen früheren Feinde abhanden gekommen sind. Trotzdem stockt diese Bundesregierung das Budget

in diesem Bereich auf. Sie wird neue Abfangjäger um mehr als 30 Milliarden Schilling anschaffen und damit ein paar Militärs befriedigen. Diese neuen Geräte werden, so wie auch schon die alten Draken, zur militärischen Sicherheit in Österreich überhaupt nicht beitragen. Wenn Sie wollen, dazu ein Beispiel aus der Jugoslawien-Krise, da hat ein serbischer Jet in Graz schon umgedreht, bevor unsere Jets überhaupt noch startklar waren. So viel zu diesem Punkt.

Also dass man diese verschwendeten Milliarden wesentlich besser woanders einsetzen könnte, ist, glaube ich, jedem klar. Bei der inneren Sicherheit sieht die Sache schon ganz anders aus. Viele unserer Bürgerinnen und Bürger sind froh, wenn sie nicht so oft von der Polizei oder Gendarmerie auf der Straße angehalten werden. Wenn aber – und das hat auch schon mein Vorredner herausgestrichen – ein Unfall passiert oder wenn jemand bedroht wird und dringend Hilfe benötigt, dann kann die Exekutive nicht schnell genug an Ort und Stelle sein. Was macht aber diese Bundesregierung? Sie reduziert Dienstposten bei der Gendarmerie und bei der Polizei, plant Zusammenlegungen und Auflösungen von Gendarmerieposten und baut Dienstposten ab. Herr Klubobmann Lafer hat in seiner Budgetrede über diese Verschlechterung schon gewettert, aber die Abgeordneten der FPÖ werden im Parlament sicherlich zustimmen und haben bereits zugestimmt. Wenn mehr als 100 Beamte bei uns eingespart werden, dann wird das sicherlich nicht die innere Sicherheit heben. Sie werden mit diesen Maßnahmen auch das Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung verschlechtern. Einsparungen in diesem Bereich werden zu mehr Kriminalität und zu mehr Unsicherheit in der Bevölkerung führen. Wesentlich für die innere Sicherheit sind die erwähnten Einsatzorganisationen, ihr rasches und professionelles Handeln bei Unfällen und Katastrophen trägt ganz enorm zur inneren Sicherheit und somit zu einem guten Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung bei.

An dieser Stelle darf ich den Zivilschutz herausstreichen. Der steirische Zivilschutz ist gut organisiert und mein Dank gilt der gesamten zuständigen Abteilung mit Hofrat Dr. Konrad und Dr. Kalcher an der Spitze, mit dem Organisationstalent Dietmar Lederhaas an ihrer Seite sowie allen freiwilligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Zivilschutzverband. (Beifall bei der SPÖ.)

Der Zivilschutz hat die Aufgabe die Menschen auf unerwartete Ereignisse, auf Unfälle und Katastrophen optimal vorzubereiten. Bei jedem Ereignis, das auf uns Menschen unerwartet eintrifft, sind wir in den ersten Minuten auf uns selbst gestellt. Damit man diese Stresssituation bis zum Eintreffen der Hilfsorganisationen gut bewältigen kann, muss man sehr gut vorbereitet sein. Die Vorbereitung und Ausbildung der Bevölkerung auf unerwartete Ereignisse ist eine der wichtigsten Aufgaben des Zivilschutzverbandes. Neben zahlreichen Kursen für die Bevölkerung, in denen sie ihren Wissensstand über Zivil- und Selbstschutzmaßnahmen verbessern und auffrischen kann, wurden vom steirischen Zivilschutzverband Sicherheitsinformationszentren eingerichtet. Der Förderungsbeitrag für diese Zentren ist allerdings sehr gering und spätestens im Jahre 2003 wird man dazu mehr Mittel brauchen als derzeit vorhanden sind.

Besonders hervorheben möchte ich die Sicherheitsolympiade, die mit den Schülerinnen und Schülern durchgeführt wurde. Bei den Veranstaltungen hat sich gezeigt, dass man bereits Volksschüler für Sicherheitsmaßnahmen begeistern kann. Es hat sich auch herausgestellt, dass das durch den Bewerb erworbene Wissen bei den Schülerinnen und Schülern sehr groß war. Mit dieser Veranstaltung wurde ein guter Grundstein gelegt, auf dem man aufbauen kann. Mein Dank gilt an dieser Stelle nochmals dem Hauptorganisator Dietmar Lederhaas und seinem Team. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

Immer mehr an Bedeutung gewinnt in letzter Zeit der Strahlenschutz. Durch den Betrieb und die Errichtung von Atomkraftwerken in unserer unmittelbaren Nachbarschaft steigt in der Bevölkerung das Unsicherheitsgefühl. Österreichische Politiker versuchen und haben versucht, Abkommen mit unseren Nachbarn, die die Errichtung und den Betrieb von AKWs zum Inhalt haben, zu schließen, leider mit wenig Erfolg. Das ist auch nicht verwunderlich, in Europa hat immer noch die Atomlobby das Sagen und den Einfluss, deshalb werden wir uns in der europäischen Staatengemeinschaft gegen die Atombefürworter nicht durchsetzen. Das AKW Temelin ist derzeit in aller Munde und wir sehen, wie ohnmächtig wir diesen Aktionen gegenüberstehen. Mehr als durch Temelin fühle ich mich aber durch das AKW Krško bedroht, auch wenn die Frau Außenminister anlässlich eines Besuches in Slowenien erklärt hat, dass Krško sicher sei. Die Aktivitäten der Südachse-Landeshauptleute, Frau Klasnic und Herr Haider, beschränken sich auf das Einholen von Gutachten – das letzte wurde am 20. Februar in Klagenfurt präsentiert – und auf Beschwichtigung der Bevölkerung. Mit diesem Gutachten wird heute versucht Tatsachen umzudrehen. Stand Krško vor dem Besuch der Frau Außenminister in Slowenien noch auf einer gefährlichen Erdbebenlinie, so hat sich anscheinend der Standort seither verschoben. Plötzlich wird durch eine so genannte Studie belegt, dass Krško nicht auf einer solchen Linie liegen würde. Finanziert wurde diese Studie auch mit Mitteln aus der EU. Daher vielleicht dieses für mich überraschende Ergebnis.

Ein weiterer Punkt ist für mich die Drohung, die Herr Landeshauptmann Haider immer wieder ausspricht, den EU-Beitritt zu verhindern, wenn das AKW Krško nicht abgeschaltet werden sollte. Das ist – und nicht nur, weil es Herr Landeshauptmann Haider sagt – für mich blauäugig. Krško kann nur stillgelegt werden, wenn man Slowenien eine entsprechende Ausstiegshilfe zukommen lässt, diese ist aber weit und breit nicht in Sicht. Die Slowenen – und das nehme ich sehr wohlwollend zur Kenntnis – investieren sehr viele Millionen, um die Sicherheit von Krško zu verbessern. Sie tun dies aber ganz sicher nicht, damit sie das AKW in ein paar Jahren abschalten. Daher sehe ich jede Forderung nach einer Abschaltung des AKWs zum jetzigen Zeitpunkt als eine populistische Forderung, die keinen reellen Hintergrund hat. Auf diese Bedrohungsszenarien durch die benachbarten AKWs ist es daher notwendig, die Bevölkerung auf einen eventuellen Notfall – ich sage nicht Katastrophe – vorzubereiten. Wäre die Bevölkerung von Tschernobyl und Umgebung vor 15 Jahren besser über die Folgen eines Reaktorunfalles aufgeklärt gewesen und wären entsprechende Schutzeinrichtungen zur

Verfügung gestanden, dann wären viele Opfer weniger zu beklagen gewesen. Und auch die Spätfolgen für die Menschen, die dort lebten und leben, wären wesentlich weniger schlimm ausgefallen, als sie jetzt leider feststellbar sind.

Eine gute Vorbereitung und sachliche Information kann aber nur der Zivilschutz leisten. Deshalb muss es uns ein Anliegen sein, den Zivilschutzverband entsprechend auszurüsten und die freiwilligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Zivilschutzverbandes noch besser zu schulen.

Ich fordere daher die Aufstockung der Mittel für den Zivilschutzverband. Seit Jahren erhält er die gleichen Dotationen aus dem Landesbudget – eine Million Schilling.

Insgesamt gibt das Land Steiermark nur 1,147.000 Schilling für den Zivilschutz aus. Dieser Betrag ist, wenn wir den Zivilschutz ernst nehmen, bei weitem zu gering.

Wenn uns die Sicherheit unserer Bevölkerung etwas wert ist, und das bekunden alle immer wieder, dann müssen wir auch diesen Schritt und die Dotationen erhöhen. Bekenntnisse in Sonntagsreden und Verleihung von Orden sind zu wenig. (Beifall bei der SPÖ.)

Sehr geehrte Frau Landeshauptmann, setzen Sie ein positives Zeichen für die Sicherheit unseres Landes, treten Sie bitte für eine Erhöhung der Mittel für die zivile Landesverteidigung ein. Das Verleihen von Orden und Auszeichnungen hebt sicherlich die Motivation bei einigen Funktionärinnen und Funktionären unserer Einsatzorganisationen und ist ein Zeichen der Wertschätzung, die wir diesen Menschen, die freiwillig unbezahlbare Leistungen erbringen, entgegenbringen. Orden und Auszeichnungen allein sind zu wenig. Was die zahlreichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Einsatzorganisationen noch viel notwendiger brauchen und mehr schätzen würden, sind finanzielle Unterstützungen für ihre Ausbildung, für die Anschaffung der von ihnen dringend benötigten Instrumente und Geräte. (Beifall bei der SPÖ. – 16.23 Uhr.)

Präsident: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile freue ich mich, auch den Leiter der Staatspolizei, Herrn Dr. Archan, vom Roten Kreuz den Landesdirektor Wolfgang Schleich und von der Bundesrettung Herrn Direktor Zweidick sowie von der Feuerwehr die Bezirksfeuerwehrkommandanten der Bezirke Bruck, Leibnitz, Weiz und den Branddirektor der Stadt Graz begrüßen zu dürfen. Ein weiterer Gruß gilt der Feuerwehr- und Zivilschutzschule unter Leitung von Herrn Landesfeuerwehrinspektor Dipl.-Ing. Gerald Kubiza. Herzlichen Gruß und herzlichen Dank für das damit dokumentierte Interesse.

Die nächste Wortmeldung kommt vom Herrn Abgeordneten Georg Ferstl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ferstl (16.24 Uhr): Verehrter Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, Herr Landesrat, geschätzte Gäste, liebe Kameraden der Einsatzorganisationen, meine Damen und Herren im Hohen Haus!

Ich darf Sie auch herzlich begrüßen und gleich sagen, als Zuhörer habe ich oft im Landtag die Ausführungen über die Einsatzorganisationen von der Zusehertribüne aus vernommen und sehr viel Lob und Anerkennung erfahren. Heute darf ich von dieser Stelle aus einmal meinen Freunden aller Einsatzorganisationen ein ehrliches, von Herzen kommendes kameradschaftliches Dankeschön sagen für die unglaublichen Leistungen, die alle zusammen für die Steiermark erbracht haben. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP.)

Das Jahr 2001, das Jahr des Ehrenamtes, das von den Vereinten Nationen ausgerufen wurde, bestätigt die weltweite Anerkennung aller ehrenamtlich Tätigen, und ich meine damit alle.

Die Steiermark hat schon ein Jahrzehnt des Ehrenamtes und vor allem in den letzten Jahren viel dafür getan, weil alle im Landtag vertretenen Parteien dafür eingetreten sind. Besonders die Referentin des Katastrophenschutzes, Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic, ist mit uns – damit meine ich die Feuerwehren und alle Einsatzorganisationen – den Weg gegangen, die Steiermark zur sichersten Region Europas zu machen. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP.)

Stets im möglichen Rahmen auch die notwendige finanzielle und persönliche Unterstützung zukommen zu lassen, wie zum Beispiel bei der Kaskoversicherung für fast alle steirischen Feuerwehrfahrzeuge, hat sie und damit die Landesregierung und der Landtag dafür gesorgt, dass die Steiermark – und ich bitte Sie mir zu glauben, ich kenne viele europäische Länder, wo man von den steirischen Verhältnissen, wie sie bisher gewesen sind, nur träumen kann – die sicherste Region Europas ist. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP.)

Mitverantwortlich für diesen Zustand sind auch der Vorstand der Abteilung für Katastrophenschutz und Landesverteidigung, Herr Hofrat Dr. Konrad und sein Stellvertreter Dr. Kalcher, die heute hier sind. Ich möchte sie auch nochmals herzlich begrüßen. Aber auch die Landeswarnzentrale mit ihrem Leiter Ing. Gerald Pizzera erfüllt hier einen großartigen Part in dieser gemeinsamen konzertanten Harmonie.

Das Jahr des Ehrenamtes: Rotes Kreuz, Bergrettung, Altenhilfe, Wasserrettung, Hundestaffel, Zivilschutz, Berg- und Naturwacht, aber bitte auch jene ehrenamtlichen Mitglieder der vielen Blaskapellen, Musikvereine, Theatergruppen, Trachtenvereine, die unzähligen Chöre unseres Landes, die Chorleiterinnen und Chorleiter, die für Gottes Lohn das Kulturland Steiermark auf möglichst hohem Niveau halten, die gehören zum Ehrenamt. Auch gehören die vielen kleinen Sportvereine und ihre Funktionäre dazu. Was wären zum Beispiel Sturm und GAK, wenn es nicht den FC Hieflau gäbe oder den FC Brunnsee?

Alle diese ehrenamtlichen Menschen – Frauen und Männer – erwarten sich in ihrem Land herzliches Lob und ehrliches Danke. Das erwarten sie sich. Wirkliches Lob, ehrliche Anerkennung und Unterstützung bei der Nachwuchspflege und bei der Ausbildung, so wie es bisher eh geschehen ist. Aber es kann ruhig ein bisserl mehr sein.

Vor allem aber, was die Ehrenamtlichen sich wirklich wünschen, ist ernst genommen zu werden und nicht als selbstverständlich bemerkt und auch so behandelt.

Von der Wirtschaftsuniversität in Wien wurde errechnet, dass bei einem Stundenlohn von 100 Schilling, ohne Sozialbeitrag, eine Summe von 86 Milliarden Schilling aufzubringen wäre. Das ist eine unglaubliche, eine unmögliche und eine unbezahlbare Summe, die dafür aufgewendet werden müsste.

Von den Einsatzorganisationen, die ja heute das Thema in dieser Gruppe sind, müssen noch unsere Exekutive – die Polizei und die Gendarmerie –, die eine großartige Partnerschaft mit Feuerwehr und Rettung einbringen, das Bundesheer, die Zivildienstler, aber auch die Berufsfeuerwehr eingeschlossen werden. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP.)

Beim Studieren des Budgets konnte ich im Gegensatz zum Kollegen Kröpfl nicht feststellen, dass Kürzungen stattgefunden haben. Für die Feuerwehr allerdings, muss ich sagen, gibt es durch die abnehmende Summe der Feuerschutzsteuer leidvolle Verminderung der Beihilfenmöglichkeiten. Dies sind aber keine Sparmaßnahmen, sondern ein sich schon seit Jahren abzeichnendes Übel, dass eben durch die Öffnung Europas die Versicherungen aus dem Vereinten Europa den Markt auffüllen, die Prämien im Wettbewerb beeinflussen, das ja beabsichtigte Billiger-Werden vieler Artikel, so auch die Versicherungsprämien, hat auch die Feuerschutzsteuer ebenfalls heruntergeholt und verringert.

Die von diesem Haus unter Feuerwehr-Landesrat Priersch seinerzeit beschlossene Zweckbindung der Feuerschutzsteuer für die Feuerwehren war ja eine goldrichtige Entscheidung. Die Zweckbindung beinhaltet Ausrüstung und Ausbildung. Hier öffnet sich die Schere aber immer mehr zu Ungunsten der Ausrüstung. Die Lehrer und Ausbilder in der Feuerwehr- und Zivilschutzschule – mit den Beamten zirka 60 Personen –, die immer umfangreichere Lehrstoffe zu vermitteln haben, aber auch Gerätschaften für die Ausbildung der immer besser ausgerüsteten Feuerwehren zur Verfügung haben müssen und deren Löhne halt auch nicht niedriger werden, haben Jahr für Jahr steigenden Anteil aus diesen Mitteln, die mittlerweile fast 50 Prozent von den zu erwartenden 90 Millionen Schilling der Feuerschutzsteuer ausmachen.

Entsprechende Anträge der Freiheitlichen Partei bezüglich der Feuerweherschule liegen ja hier im Land auf.

Die Gerätschaften der Feuerwehren werden auch immer komplizierter und teurer, um den ebenso komplizierten und technisch immer neueren Fahrzeugen, Industrien, höheren Gebäuden und anderen Objekten, die die Feuerwehr bei Gefahr in Verzug zu bekämpfen hat, gewappnet zu sein.

Die Zweckbindung der Feuerschutzsteuer wurde in den letzten Jahren einer teilweisen Entfremdung zugeführt, sind doch über 3000 Verkehrsunfälle im Jahr 2000 in der Steiermark zu versorgen und die Geräte und Fahrzeuge der Feuerwehren danach ausgerichtet und ausgerüstet und Mittel aus dieser Feuerschutzsteuer werden teilweise auch dafür verwendet. Vergebens, aber oft haben die Freiheitlichen in der Steiermark aber auch in Österreich, der Bundesfeuerwehrverband, gefordert, die Verursacher zur Kasse zu bitten, denn diese Möglichkeit besteht ja, durch eine Tarifordnung abzurechnen. Es wird auch dort und da gemacht, aber der einfachere Wege wäre halt doch, wie wir heute schon gehört haben, über die Kfz-Versicherung einen Prozentanteil zu erhalten, um die Fahrzeuge auszustatten, die für den Straßenverkehr ausgerüstet werden müssen.

Die Mittel aus dem Katastrophenschutz, die vom Bund für die steirischen Feuerwehren ausgeschüttet werden, rund 40 Millionen Schilling, werden ohnedies hauptsächlich für diese technischen Gerätschaften verwendet, aber auch für Sonderfinanzierungen wie Drehleitern und Kranfahrzeuge in den jeweiligen Stützpunkten fallen darunter, die dann ja zum Großteil zur Gänze subventioniert werden. Hier möchte ich dem Herrn Landesfeuerwehrinspektor Hofrat Dipl.-Ing. Kubiza für die genaue, behutsame und präzise Abhandlung dieser Beihilfen einmal danken. In anderen Bundesländern kommt es wegen unkonsequenter und oberflächlicher Bemühungen bis zum Verfall dieser Gelder. Da ist es wirklich einen Applaus wert, Herr Hofrat, den ich heute hier auch begrüße. (Beifall bei der FPÖ.)

Eine sich abzeichnende Lösung, liebe Kameraden, meine Damen und Herren, die die Freiheitliche Partei in der Steiermark schon des Öfteren und vehement forderte, ist, wie schon gesagt, nach dem Verursacherprinzip vorzugehen. Jede Wohnung, jedes Haus hat eine Haushalts- oder Feuerversicherung, jedes Fahrzeug eine Haftpflichtversicherung und dort muss angesetzt werden, ohne die freiwillige Leistung der Einsatzmannschaften aufzuheben, sondern nur die Gerätschaften, die im Einsatz sind nach der Tarifordnung zu verrechnen. Damit bleibt die Freiwillige Feuerwehr nach wie vor freiwillig, aber die Ausrüstung, die ja dann von irgend jemand bezahlt werden muss, könnte angeschafft oder Ersatz beschafft werden. Es gibt ja bitte bedenkliche Aussagen, dass Brüssel vor hat, die Feuerschutzsteuer, auch die Kirchensteuer, wie die Getränkesteuer als Bagatellsteuer überhaupt abzuschaffen. Wenn uns das ins Haus steht, dann werden wir wirklich vor einem Chaos stehen. (Beifall bei der FPÖ.) So schaut es aus. (Abg. Stöhrmann: „Der Getränkesteuer habt ihr zugestimmt!“)

Ein bedeutender Wunsch der Feuerwehren ist aber auch, gesetzliche Regelungen zu treffen, Ehrenamtliche für Einsätze und Schulungen freizustellen beziehungsweise dem Dienstgeber in irgendeiner Form Entschädigungen zukommen zu lassen, um nicht weiterhin Gefahr zu gehen, dass immer weniger aktive Feuerwehrkameraden für den Einsatz bereit sind. Wir sind auf 20 Prozent des Aktivstandes gesunken, das heißt, dass eine Feuerwehr mit 50 aktiven Leuten im Jahresdurchschnitt nur zehn Kameraden pro Alarm zum Einsatz bringt. Aber trotzdem, die steirischen Feuerwehren können mit einer Leistungsbilanz allererster Güte aufwarten. Im vergangenen Jahr gab es 1230 Menschenrettungen, fast 30.000 technische Einsätze und beachtliche 7200 Brandeinsätze. Natürlich sind auch Fehlalarme darunter, aber dennoch, das sind 20 Brände täglich in der Steiermark. Durch unser Alarmierungssystem mit den Florianstationen in allen Bezirken, mit den Funksirenen und der Notrufnummer 122, die allerdings immer wieder bei der Bevölkerung, aber auch bei einigen Exekutivbeamten in

Erinnerung gerufen werden muss, erreichen wir in der Steiermark, aber auch in Österreich folgende Klassifizierung der Brände. Das ist eine interessante Formel. 70 Prozent aller Brände können mit einem Strahlrohr oder mit einem Feuerlöscher oder auch mit einer Decke gelöscht werden. 25 Prozent der Brände brauchen mehr als ein Strahlrohr, eine große Feuerwehr und von mir aus eine Hilfe einer Nachbarfeuerwehr, 4,5 Prozent der Brände bedürfen mehr als eine Feuerwehr und nur 0,5 Prozent der Brände eskalieren, das heißt, da gibt es Abschnittsalarm, da ist ein größerer Wirbel und da wird die Zeitung und das Fernsehen eventuell berichten. Diese Großbrände aber, die noch in mehrere Stufen eingeteilt werden, sind derart gering, sie passieren in unserem Land, wenn man die Fehllarme abzieht, alle drei bis vier Wochen. Mit dieser Formel schützen die Feuerwehren Menschen und Volksvermögen, denn Versicherungsgelder sind ja auch Volksvermögen, wenn durch geringere Leistungen, die dadurch erbracht werden müssen, gespart werden kann. In anderen Ländern, wie Belgien, Frankreich oder England, gibt es fast überhaupt keine Kleinbrände oder Zimmerbrände wie bei uns diese unter die 70 Prozent fallen, sondern dort brennen die Häuser, in Griechenland brennen die Wälder und in den USA brennen die Siedlungen ab. (Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Und bei uns brennt der Hut!“) Dies schlägt sich auch in tödlichen Brandopfern nieder. Österreich mit der niedrigsten Quote, die messbar ist. 6,9 Personen von 10 Millionen Einwohnern, die in einen Brandfall verwickelt sind, gegenüber den Ländern Belgien, Frankreich, Dänemark, wo dreimal so viel Todesopfer zu beklagen sind oder in Großbritannien gar viermal so viele. Und ähnlich verhält es sich bei den Verkehrsunfällen, wo durch den schnellen Einsatz zum gleichen Verhältnis Menschen aus den Fahrzeugen gerettet werden, bevor ihr Herz aufgehört hat zu schlagen.

Aber wenn die Alarmierungsqualität nicht gehalten wird und das Sirensignal etwa 30 oder 60 oder mehr Sekunden später ausgelöst wird, dann wird aus dieser starken Formel 70, 25, 4,5 und 0,5 gleich einmal 50, 40, 8 oder noch schlechter. Schauen wir, dass diese Leistung erhalten bleibt. Die Alarmierung über die Florianistationen oder aber auch, wenn finanziell möglich, eine Florianistation Steiermark zur Verbesserung der Qualität kann für unsere Leistungen nur vorteilhaft sein. Eine Umfrage bei den Feuerwehren hat ergeben und zeigt, dass die meisten mit dem Umstand, dass die Feuerschutzsteuer weniger wird, umgehen können. Sie sind nicht erfreut, aber sie verstehen doch die Abnahme dieser Summe aus den vorgeschagten Gründen. Die Feuerwehrfahrzeuge müssen halt zwei bis fünf Jahre länger im Dienst bleiben, um wieder beihilfewürdig zu werden und die Zukunft wird zeigen, ob das möglich sein wird. Von Sparmaßnahmen des Landes sind die Feuerwehren, wie gesagt, nicht betroffen. Deshalb mache ich keinen Spagat und stimme dem Budget zu. Beim Rüsthausbau allerdings, wo viele Bedarfszuweisungssummen hingeflossen sind und die keine Feuerschutzsteuermittel erhalten, außer pro Stellplatz, pro Tor, wie es so heißt, 80.000 Schilling. Dass es hie und da zu spürbaren Schmerzen kommt, liegt aber auch daran, dass es oft zu einem persönlichen Wettbewerb gekommen ist und die Feuerwehrkommandanten sich gegenseitig ein wenig imponieren wollten und manche Vier- und Fünf-Stern-Feuerwehrhäuser gebaut worden sind, die nicht notwendig waren. Allerdings darf man auch nicht vergessen, dass viele Feuerwehrkameraden und Freunde und Gönner der Feuerwehren beim Bau der Häuser, die ja in das Eigentum der jeweiligen Gemeinde übergehen, unglaublich viele Arbeitsstunden eingebracht haben und es nicht leicht war, die finanziellen Wünsche und Forderungen dort nicht zu erfüllen.

Zum Schluss möchte ich Ihnen noch ein wunderbares Zitat sagen. 4,7 Millionen freiwillige Einsatz-, Arbeits- und Ausbildungsstunden alleine von der Feuerwehr im Jahre 2000, mit dem Roten Kreuz, mit der Bergrettung und anderen werden es wohl so an die 10 Millionen Stunden sein. Aber dazu, im Gegensatz zur Wirtschaftsuniversität in Wien, die mit 86 Milliarden hier eine Summe festgestellt hat, möchte ich das Zitat des ehemaligen Präsidenten des Roten Kreuzes Dr. Rudi Griß wiedergeben. „Wir leben in einem wunderschönen Land. Die Umwelt, das Wasser, die Erzeugnisse unserer Bauern sind in Ordnung und ohne Tadel. Die Regierung bemüht sich in höchstem Maße, die Heimat gibt uns viel. Rechnen wir nicht mit den freiwilligen Stunden und mit den damit ersparten Steuergeldern von soundso viel Schilling, sondern sagen wir einfach, geben wir der Heimat das zurück, was wir von ihr bekommen haben, nämlich unsere Freiwilligkeit! Dann bleiben wir die sicherste Region Europas.“ (Beifall bei der FPÖ und ÖVP.)

Ich darf noch zehn Sekunden anhängen, Herr Präsident. Es betrifft nämlich Sie und ich möchte hier für die große und aufopfernde Tätigkeit als Obmann des Feuerwehrmuseums Groß Sankt Florian danken, Herr Präsident. Neben der hohen Politik, neben dem beruflichen Wirken leitet er mit Übersicht, herzlichster Freude und mit fordernden Maßnahmen erfolgreich diese einmalige Einrichtung in der Steiermark. Vielen Dank! (Beifall bei der FPÖ und ÖVP. – 16.40 Uhr.)

Präsident: Herr Abgeordneter, es stellt sich die Frage, wie komme ich zu dieser Ehre? Ich habe sie dankend vernommen.

Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Abgeordnetem Hagenauer. Er ist Hauptredner seiner Fraktion. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Hagenauer (16.41 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptfrau, geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Ich werde mich letztlich auf einen einzigen Aspekt der Sicherheitskapitel und -problems beschränken, der uns Grünen aber ein großes Anliegen ist, erstens, und zweitens, der mit dem Thema heute Budget und Staatsausgaben zu tun hat, nämlich die Sicherheit vor allem im Straßenverkehr.

Ich habe, wenn ich das jetzt etwas verkürzt sage und die Situation in der Steiermark mir anschau, was die Politik hier macht, zwei Möglichkeiten. Ich kann, es ist schon angesprochen worden, der Rettung und in den tragischen Fällen – ich komme noch auf das zurück – der Feuerwehr gratulieren, wenn sie vom Einsatz kommen.

Ich kann für sie einen Tag des Ehrenamtes abhalten, kann ihnen einen Orden geben – dagegen habe ich im Prinzip nichts. Ich kann aber auch hergehen – und ich bin der Meinung, dazu ist die Politik im Grunde genommen zu allererst aufgerufen – und mir Gedanken machen, ob das überhaupt notwendig ist und alles der Politik Offenstehende tun, damit nicht so viele Tote auf der Straße herumkugeln, die dann die Feuerwehr einsammeln muss, wenn ich das so drastisch formuliere.

In der Tat bin ich übrigens der Meinung, das ist ein Nebenaspekt, der mich persönlich auch erschrecken lässt, wenn ich mir die Statistiken anschau, in welchem Ausmaß die Feuerwehr heute bei Verkehrsunfällen herangezogen wird und eben bei jenen tragischen Fällen, wo die Rettung nicht mehr eingreifen kann und darf, nämlich nicht nur von der Anzahl der Opfer, sondern auch von der psychischen Belastung der Betroffenen, die oft junge Leute sind. Ich bin der Meinung, dass das eigentlich ziemlich weit weg – lassen Sie mich das so formulieren – und sehr ernsthaft zu überlegen ist, ob man das speziell jungen Leuten überhaupt zumuten darf. Die Betonung liegt auf darf. Ich bin mir da nicht so sicher.

Damit komme ich zum Kern meiner Aussage. Dieser Tage war in den Medien wieder einmal eine Statistik über die Verkehrsunfälle in Europa. Und ich werde Sie nicht überraschen, wenn ich Ihnen den Platz der Österreicher verrate. Wir liegen an stolzer zweiter Stelle hinter den Spaniern und führen die Hitliste der Verkehrsunfälle beziehungsweise der Todesopfer in Verkehrsunfällen an. Nur damit Sie sehen, vor welchem Hintergrund ich das sage, nicht einfach so. Und übrigens, innerhalb Österreichs führt die Steiermark. Diese Hitliste schwankt natürlich immer, aber wir haben im langjährigen Schnitt doppelt so viele Tote auf der Straße als etwa Vorarlberg. Das heißt, für mich steht fest, dass hier in diesem Bundesland, ich will nicht sagen, dass jeder Mensch persönlich natürlich Verantwortung trägt für das, was er auf der Straße aufführt, aber dass umgekehrt natürlich hier die Politik einen erheblichen Einfluss hat, das steht auch außer Streit. Und es steht auch außer Streit, dass die Politik hier in diesem Bereich versagt, ganz offensichtlich, weil die Statistiken stimmen ja.

Um auf das Budget jetzt zu kommen, ich möchte einen Bezug herstellen. Der Herr Landesrat Paierl hat es schon erwähnt in seiner Budgetrede neulich. In ganz Europa hat er das angezogen, nur die Maßnahmen dann nicht dazugesagt. Und ich finde diese Maßnahmen, wie gesagt, auch im Budget nicht wieder. Der Herr Landesrat hat auch darauf Bezug genommen und hat gesagt, in ganz Europa sind jeden Tag so viele Verkehrsoffer, wie dies einem Jumboabsturz entspricht. Das ist die eine Zahl.

Die andere Zahl, um auch ins Finanzielle jetzt zu gehen, auf Europa bezogen 155 Milliarden Euro sind die Verkehrsunfallkosten innerhalb unserer europäischen Wertegemeinschaft. 155 Milliarden Euro!

Und wir reden hier nicht zuletzt und heute schon x-mal beschworen, dass es dieses unser Europa ist, das uns zum Sparen zwingt. Was ist denn das für ein Europa, sage ich jetzt einmal? Was ist denn diese europäische Wertegemeinschaft, der nicht nur die Toten offensichtlich relativ wenig wert sind, sondern die auch solche riesigen Schäden – ich habe gedacht, sie sind wenigstens beim Finanziellen ein bisschen sensibel. Sind sie nicht, weil ein Verkehrsunfall steigert ja das Bruttosozialprodukt, wie wir alle wissen, und zwar in verschiedenen davon betroffenen Branchen.

Nur, das Problem ist halt dabei, dass wir hier im Landtag auch Betroffene sind, finanziell Betroffene. Wenn man also hier von dieser Stelle beschwört, was zum Beispiel im Gesundheitssektor – da bin ich durchaus der Meinung auch mit dem Kollegen Ferstl –, was da hier im Gesundheitssektor, er hat sich auf die Kosten der Feuerwehr bezogen, an Folgekosten eben dieses Straßenverkehrs entstehen. Dann gebe ich ihm und den Leuten von der Feuerwehr in ihrem Interesse vollkommen Recht, wird man das Verursacherprinzip heranziehen müssen, selbstverständlich. Warum soll ich denn den Autoverkehr subventionieren auf Kosten wessen immer? Ob das jetzt die Psyche eines jungen Feuerwehrmannes ist, ob das das Landesbudget ist. Auf jeden Fall wird hier in ein System hineingebuttert, von dem eigentlich niemand etwas hat. Das ist ja keine Zukunftsinvestition, die Subvention von Verkehrstoten, wenn ich das richtig sehe.

Also wo in dem Budget, nicht nur jetzt von der Ausgabenseite, sondern eben auch von der Einnahmenseite, findet sich diese Problematik wieder?

Wir werden, nicht von heute auf morgen, aber sicherlich langfristig eben auch wenn Sie sich diese 155 Milliarden Euro europaweit vergegenwärtigen, auch in dieser unserer schönen Steiermark nicht umhin kommen, wenn wir unsere Spitals- und Gesundheitskosten in den Griff bekommen wollen, genau dort hinzuschauen. Wer zahlt Tobelbad, frage ich Sie, wer? Die Grazer Wechelseitige? Ist mir nicht bekannt. Wer zahlt das? (Landeshauptmann Klasnic: „Die Allgemeine Unfallversicherung!“)

Ich wollte nur damit sagen, die Haftpflichtversicherung zahlt das nicht. Ein großer Teil, das ist das Problem, der Kosten, die hier entstehen, die werden aus den allgemeinen Budgettöpfen bezahlt. Jene der Feuerwehr zum Teil, aber natürlich auch jene, in noch erheblicherem Ausmaß, was also die Unfallschäden, etwa die Kosten von enorm aufwendigen Rehabilitationshäusern anbelangt.

Daher also unsere Position und unsere Forderung, um Einsparungen nicht zuletzt zu erzielen, was macht die Hohe Landespolitik hier auf diesem Sektor? Warum sind wir Schlusslicht Europas und nicht Spitze in dem Bereich? Warum? Wenn man sich die Analysen anschaut, welche Maßnahmen hier getroffen werden können, um Verkehrsunfälle zu reduzieren. Das ist ja alles untersucht. Ich glaube nicht, dass ich Ihnen das alles lange und breit erzählen muss.

Ich darf Sie vielleicht erinnern, dass in der letzten Legislaturperiode die ÖVP auf Bundesebene gedroht hat, die Regierung zu sprengen, aber nicht um die Öko-Steuer durchzusetzen oder die öko-soziale Marktwirtschaft, sondern weil man von 0,8 auf 0,5 Promille heruntergehen wollte. Jetzt haben wir es Gott sei Dank. Aber das ist eine der Maßnahmen, die Reduktion etwa der Promillegrenze. Oder Tempolimits. Da sind wir auch nicht

europäische Spitze. Und wenn schon, ich wäre ja schon froh, wenn in diesem schönen Land die Kontrolle wirklich konsequent durchgezogen würde, und sei es nur von automatischen Stationen. Dass damit auch Lärmreduktionen verbunden sind und damit auch wieder Gesundheitsschäden nicht auftreten, ist ein anderes Kapitel, die übrigens ein riesiges Ausmaß inzwischen angenommen haben.

Tempolimit in Ortsgebieten. Ja, es ist einiges geschehen, nicht zuletzt hier in Graz und von Graz ausgehend. Aber mit der Kontrolle hapert 's inzwischen auch und wenn wir uns die Unfallstatistiken von Graz anschauen, sind sie zwar dank des Tempolimits gesunken, aber wir haben immer noch wesentlich höhere Unfallraten als etwa in Wien. Dann kommt schon der Alkohol und dann kommt genau das, wovon wir gesprochen haben, hier und heute und ich, nämlich die risikoabhängige Bemessung von Versicherungsprämien und die risikoabhängige Besteuerung von Fahrzeugen übrigens. So viel zu diesem Bereich. Also die Landespolitik hat nicht immer nur unter dem Titel Budget und Einsparung, die Aufgabe, das Sozialbudget zusammenzuzustreichen. Sie kann vor allem mittel- und langfristig durch andere Maßnahmen, die sie überhaupt nichts kosten, sich und die Bevölkerung schützen, die Sicherheit erhöhen, das ist unser Kapitel hier, und die Lebensqualität der Betroffenen und alle Betroffenen, sowohl den Staat beziehungsweise die Bevölkerung direkt und Letztere ja auch als Steuerzahler finanziell entlasten. Ich komme damit wieder zum Punkt zurück. Ich habe nichts gegen Ehrungen, aber ich sage das ganz bewusst und vielleicht etwas uncharmant Frau Landeshauptfrau, aber ich behaupte hier von der Stelle einmal mehr, dass die steirische Landespolitik insgesamt ein bisschen so den Drang hat, dahin gehend eine Politik der Gefühle zu machen.

Nur Ehrungen zu machen, das ist zu wenig. (Beifall bei den Grünen.) Das ist genau das, was wir heute auch schon ein paar Mal gehört haben, nämlich das ist kurzfristig. Ich kann mich an das letzte Landtagswahlergebnis sehr wohl erinnern, kurzfristig war diese Strategie erfolgreich, keine Frage, erkenne ich neidlos an, aber langfristig wird das zu wenig sein. Langfristig wird es wahrscheinlich unpopulär sein und weniger populär als eine Ehrung, da wird es wahrscheinlich unpopulär sein, die Promillegrenze oder über Tempolimits sich drüber zu trauen. Das wollte ich damit nur sagen, das ist ein Beitrag zur Sicherheit. Das und genau das!

Und zum Abschluss, ich muss an die Ursachen herangehen. Das gilt übrigens für andere Bereiche auch, ob das jetzt die Drogenproblematik ist, bis hinein in die Kriminalität. Ich kann nicht nur immer das Pferd beim Schwanz aufzäumen. Ich muss mich ernsthaft gleichzeitig zumindest um die Ursachen kümmern.

Zum Abschluss noch eine kurze Bemerkung, weil das heute schon mehrfach gefallen ist. 15. Jahrestag des Unfalles von Tschernobyl. Ich habe mich mit dieser Krško-Geschichte und Atomkraft, wie Sie wissen, lange Jahre beschäftigt, schon vor Tschernobyl. Ich sage heute nur einen Satz. Wir haben es in diesen 15 Jahren seit Tschernobyl nicht geschafft, einen Messwagen anzuschaffen, Frau Landeshauptfrau. Einen Messwagen anzuschaffen, den wir zwar nur dann brauchen, wenn es schon zu spät ist, das gebe ich zu, aber dann brauchen wir ihn. Es gibt einschlägige Landtagsbeschlüsse beziehungsweise x Aufforderungen durch unsere gemischte Kommission. In unserer letzten Sitzung haben wir einen derartigen Beschluss wieder bekräftigt und erneuert. Ich habe heute schon einen Weihnachtswunsch geäußert, also wenn ich mir für die nächsten Ostern etwas wünschen darf, bitte schön, dass wir das Landesbudget auch nicht mehr sprengen, wenn wir endlich eben diesen Messwagen, der von allen Parteien und von den Fachleuten in seiner Notwendigkeit anerkannt ist, endlich einmal anschaffen. Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei den Grünen und der SPÖ. – 16.55 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Detlef Gruber. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Detlef Gruber (16.55 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Landeshauptfrau, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Der Applaus, den wir, egal von welcher Couleur ein Redner jetzt hier am Pult war, immer wieder von allen politischen Vertretern in diesem Haus gehört haben, zeigt die Wertschätzung, die alle politischen Parteien den Einsatzorganisationen, deren Vertreter ich auch von hier aus, von meiner Warte her, recht herzlich begrüßen möchte, entgegenbringen. Umso mehr macht es mich aber bedenklich, wenn ich im Studium des Budgets Dinge bemerken muss, die eigentlich diesen immer wieder kolportierten und immer wieder bestärkten Meinungen, dass die Einsatzorganisationen eine derartige Wichtigkeit für uns alle haben, dass das Ganze nicht so ernst genommen wird. Sehr geehrte Frau Landeshauptfrau, eine Doppelgleisigkeit kann ich als ein Abgeordneter dieses südlichen Landesteiles nur dann vertreten, wenn es um den zweigleisigen Ausbau von Graz nach Spielfeld geht. (Beifall bei der SPÖ.)

Wenn – und dazu muss ich allen wirklich aufrichtig gratulieren – eine großartige Kampagne gestartet wird, eine Kampagne zum Jahr der Freiwilligkeit, dann erfüllt auch mich das mit Freude, denn ich habe selbst jahrelang in solchen Organisationen freiwillig mitgearbeitet und ich weiß, worum es hier geht. Aber wenn wir uns letztlich in Anbetracht des Budgets in Richtung Einbahnstraße begeben, wenn es um die Finanzierung dieser Vorhaben geht, dann erfüllt mich das weniger mit Freude. Ich möchte ein bisschen konkreter werden, aber der Kollege Hamedl, dessen Vorstellung ich natürlich zu 100 Prozent teilen kann und wirkliche Wertschätzung entgegenbringen kann, hat auch sehr theatralisch angefangen. Ich habe am Anfang fast befürchtet, Tegetthofs Abend ist schon vorgezogen, aber Sie sind dann sehr sachlich geworden. Danke vielmals! (Abg. Hamedl: „Das war eine ehrliche Geschichte!“) Ja, habe ich ja gesagt, habe ich soeben gesagt, Herr Kollege Hamedl, Sie haben nicht zugehört.

Ich habe Ihnen gerade gratuliert dazu. Wenn ich hergehe und den Ansatz 9, den Ansatz für die Bedarfszuweisungen für unsere Gemeinden, anschau und da haben viele Verantwortliche wahrscheinlich übersehen, dass gerade aus diesen Mitteln, diese Einsatzorganisationen durch tatkräftige Hilfe des Landes und der Gemeinden unterstützt werden. Wenn ich mir das ansehe und merken muss, dass man Schikanen einbaut, dass die Gemeinden überhaupt zu ihren Mitteln kommen, dann meine ich Zweigleisigkeit damit. Denn was helfen uns die schönsten Dotationen, da möchte ich den Kollegen Dirnberger leicht korrigieren, es sind nicht 1,3 Milliarden, sondern 1,4 Milliarden, die im Budget ausgewiesen werden, und wenn man es genau betrachtet, sogar um 7 Millionen Schilling mehr als im Vorjahr und das ist ja sehr beachtlich und trotzdem kann es mich nicht mit Freude erfüllen, wenn die Gemeinden – und das bestätigen mir immer mehr Bürgermeister auch von ÖVP-Gemeinden – nicht in den Genuss dieser Mittel kommen können, weil sie die Eigenmittel 50, 60 oder 70 Prozent zur Bedeckung von Vorhaben, die sich vor allem aber auch im Bereich der Einrichtungen für die Sicherheit bewegen, weil sie diese Mittel nicht selbst finanzieren können, weil sie aus den ordentlichen Budgets in außerordentliche Vorhaben nichts umschichten können. Das ist die Tatsache.

Vielleicht sollte man sich das ein bisschen überlegen. Ich gestehe auch den hohen Herren der Landesregierung – und da möchte ich mit dem Herrn Klubobmann Lafer, den ich leider nicht sehen kann, ganz d'accord sein, als er bei der Einbringung des Budgets gesagt hat, die Landesregierung, sprich die ÖVP, seine wortwörtliche Meldung, da müssen wir wirklich vorsichtig sein, wenn wir solche Ansätze machen, wenn Gemeinden in ihrem wirklichen Bemühen, in ihrem Schaffen für unser Land, für unsere Menschen etwas weiterzubringen entmündigt werden, indem man ihnen nicht mehr zutraut, für sinnvolle Einrichtungen, wie es zweifelsohne Rüsthäuser sind, die notwendigen Mittel nach Maßgabe der regionalen Bedeutung flüssig zu stellen mit Hilfe des Landes. Da habe ich meine Sorgen.

Immer wieder wird die Einladung ausgesprochen von Seiten der ÖVP, sich aktiv an der Mitarbeit in diesem Hohen Haus zu beteiligen. Das ist schön. Aber bei uns in der Südsteiermark gilt eine Regel und die heißt, wer einlädt, kommt für die Kosten auf. Also ich pflege das so. Wenn ich eine Einladung ausspreche, halte ich die frei.

Wenn ich einlade zur Mitarbeit, aber dann sage – und bitte, dieses ganze Jahr der Freiwilligkeit ist ja eine einzige Einladung zur Mitarbeit – ich stelle dafür keine Mittel zur Verfügung, dann steht das nicht ganz im Einklang mit dem, was eigentlich immer gesprochen wird. Dann steht das nicht im Einklang mit den Kürzungen im Bereich der Rettungsdienste von 35 Millionen auf 28 Millionen Schilling. Da hoffe ich, dass es sich nur um eine, wie es in der Finanz-Ausschusssitzung immer wieder zitiert wurde, Umschichtung handelt und vielleicht ich den Fehler gemacht habe, ein bisschen oberflächlich das Budget gelesen zu haben. Diese Hoffnung bleibt mir ja noch.

Fast könnte man meinen und das tun glaube ich schon viele in unserem Land, dass diese Richtlinien für die Zuweisung von Bedarfszuweisungen nur deswegen geschaffen worden sind, um gewisse Versprechen, die gemacht wurden, nicht einlösen zu müssen.

Ich muss eine katastrophale Auswirkung auf hunderte Klein- und Mittelbetriebe prognostizieren, die von größter regionaler Bedeutung sind. Offensichtlich sind die Zahlen, und der Kollege Tasch hat einen Zwischenruf gemacht und ich habe bis jetzt im Hohen Haus sehr wenig gesprochen, wie man auch aus den Pressemeldungen entnehmen konnte (Beifall bei der ÖVP.), aber sehr aufmerksam zugehört. Und der Kollege Tasch hat gesagt und das hat er heute gesagt, wir haben die höchste Anzahl der Beschäftigten im Baugewerbe. Die Zahlen hätte ich bitte gerne, Herr Kollege, denn der Stand von gestern, lieber Herr Kollege Tasch, ist 10.000 Beschäftigungslose, und das ist um ein Drittel mehr als im Vergleichszeitraum im Vorjahr.

Abschließend möchte ich – und da möchte ich die Einladung an Sie, liebe Kollegen von der ÖVP, aussprechen – ein Sprichwort gebrauchen: „Der Weise betrachtet die Taten des anderen, nie glaubt er dessen Reden!“ Danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 17.05 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Zum Zwecke einer Richtigstellung hat sich der Herr Abgeordnete Hamedl zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Hamedl (17.05 Uhr): Herr Kollege, wenn du meinst, es war Münchhausen. Es war am Ostersonntag ein tragischer Fall. Wenn jemand das Leben sich nehmen will und der Mensch in Nöten ist – und das habe ich auch mit Sicherheit gemeint – und Sie dann meinen, das ist Münchhausen, ist es sehr, sehr traurig. (Abg. Detlef Gruber: „Das ist ein Missverständnis!“) Bitte, dann hätte ich gerne eine Aufklärung. (Abg. Detlef Gruber: „Darf ich es von hier aus machen? Ich habe gesagt, ich danke dir oder Ihnen für die Sachlichkeit, die da gekommen ist, weil die Einleitung war so theatralisch, dass ich mich bei der Nacht der Märchenerzähler wähnte!“)

Welche Einleitung meinst du jetzt? Das würde ich gerne wissen. Ich wollte aufzeigen, dass es tragisch ist, wenn sich jemand das Leben nehmen will (Abg. Gennaro: „Keine Frage, das ist keine Frage!“) und dass es Sicherheiten auch in dieser Richtung geben muss. (Abg. Stöhrmann: „Das empfinden auch wir so!“) Danke schön! (17.06 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dirnberger. Ich erteile es ihm.

Abg. Dirnberger (17.06 Uhr): Frau Landeshauptmann, Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren, meine Damen und Herren der Einsatzorganisationen!

An sich ist schon sehr viel Positives gesagt worden über die Einsatzorganisationen und es freut mich, dass alle hier vertretenen Fraktionen doch einer Meinung sind, auch die Grünen. Ich kann mich noch an eine Budgetdebatte erinnern, wo die Grünen unsere Einsatzorganisationen als paramilitärische Einrichtung bezeichnet haben und ihnen fast Angst und Bange geworden ist, wenn wir da geschlossen aufmarschieren. Und wenn ich wir sage, dann sage ich es deswegen, weil ich selbst aktiver Feuerwehrmann bin und als Bürgermeister zwei Feuerwehren in meiner Gemeinde habe.

Alle diese Leistungen, die im Tätigkeitsbericht 2000 nachzulesen sind, sind ja nur möglich, weil über 47.000 Frauen und Männer in den Feuerwehren aktiv sind. Und was besonders erfreulich ist, dass es auch über 4600 Jugendliche gibt, die bereit sind, dieses Ehrenamt auszuführen.

Es wurden die Zahlen genannt – 4,7 Millionen freiwillige Einsatz- und Arbeitsstunden. Und da sind natürlich die Einsatzstunden dabei und die Stunden für Übungen und dergleichen, aber auch viele Stunden, die die Frauen und Männer freiwillig aufbringen, um selbst Geldmittel zu beschaffen. Wir haben ja draußen in unseren Ortschaften und Gemeinden nur deswegen so einen hohen Ausrüstungsstand, weil die Bevölkerung bereit ist, die Feuerwehr dementsprechend zu unterstützen. Der Kollege Ferstl hat es ein bisschen kritisch angesprochen. Es kommt dort und da vor, dass über die Stränge geschlagen wird, aber im Großen und Ganzen ist es wichtig, diese guten Gerätschaften zu haben. Weil nur wenn wir diese Gerätschaften, das Werkzeug haben, wie es der Landesbranddirektor Krugfahrt jetzt am letzten Wochenende bezeichnet hat, dann kann man auch wirkungsvoll helfen.

Der Kollege Kröpfl hat da die Kürzung der Mittel so dramatisch dargestellt. Es ist richtig, die Feuerschutzsteuer geht zurück. Aber das ist in keinster Weise das Verschulden von unserer Frau Landeshauptmann oder von uns hier. Das ist ein Faktum. (Abg. Kröpfl: „Weltmeister im Umschichten!“) Diese ist letztes Jahr auch zurückgegangen und da war bekanntlich immer noch ein Finanzreferent Ressel.

Und wenn der Kollege Gruber hier meint, dass es ja eine Katastrophe ist, dass Eigenmittel aufgebracht werden müssen, dann ist es jetzt nur eine Richtigstellung. Wir in den ÖVP-Gemeinden sind es gewohnt, schon seit Jahren und seit Jahrzehnten, dass wir Eigenmittel aufbringen. Ihr natürlich nicht. (Beifall bei der ÖVP.)

Jetzt hat die Frau Landeshauptmann Richtlinien erlassen. Ich wäre in meiner Gemeinde froh gewesen, wenn bei unseren Investitionen und Anschaffungen bei den Feuerwehren 50 Prozent vom Land gekommen wären. Meistens sind es nur 30 Prozent gewesen. 30 Prozent hat die Gemeinde aufgebracht und 30 Prozent, also ein Drittel, haben die Feuerwehren selbst aufgebracht. Aber da sieht man wieder einmal, wenn ihr von Gerechtigkeit sprecht, dann meint ihr eure Gerechtigkeit, eure Gerechtigkeit, wenn sie eurer Klientel dient. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich möchte noch ein paar Worte zu den anderen Einsatzorganisationen verlieren, sie wurden schon genannt, die natürlich genauso wertvolle Dienste leisten – Bergrettung, Höhlenrettung, Wasserrettung, Rettungshundebrigade – und eine große speziell nennen, das ist das Rote Kreuz.

Es wurde heute schon angeschnitten, dass es auch hier Geldsorgen gibt, nicht unerhebliche. Es gibt hier einen konkreten Vorschlag: den Rettungsschilling von 21 auf 43 Schilling in Vierjahresetappen zu erhöhen. (Unverständlicher Zwischenruf.)

Sehr wohl, für die Gemeinden, also dass die Gemeinden diesen Rettungsschilling erhöhen, aber auch das Land.

Dazu kann ich sagen, dass es in den nächsten Tagen und Wochen Verhandlungen geben wird. (Abg. Gross: „Wo steht denn bitte der Landesanteil? Den habe ich übersehen!“) Dazu kann ich nur sagen, es wird Verhandlungen geben und ich bin zuversichtlich, dass es gelingt eine Lösung zu finden.

Wenn der Kollege Hagenauer erwähnt, dass Auszeichnungen und so weiter keine Bedeutung haben, dann meine ich schon, dass es diese Frauen und Männer verdienen, die diese Leistungen durchführen. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Gross: „Bin ich einer Meinung!“)

Ich war letztes Mal beim Bezirkstag des Roten Kreuzes in Voitsberg. (Abg. Hagenauer: „Das hätte mich gewundert, wenn der Untergriff jetzt nicht gekommen wäre. Ich habe mich deutlich genug ausgedrückt!“) Es tut mir leid, Herr Kollege Hagenauer, aber du bringst es immer so, als ob das so bedeutungslos wäre. Ich meine schon, wenn beim Bezirkstag Voitsberg Männer und Frauen geehrt wurden und einen darf ich hier nennen, Dieter Putzer heißt er, ist noch keine 60 Jahre alt, hat 27.000 Ausfahrten ehrenamtlich durchgeführt. Ich glaube, dass es das schon wert ist, dass er eine Auszeichnung bekommt.

Und da darf ich unserer Frau Landeshauptmann danken, dass sie es ist, die unsere Ehrenamtlichen besonders unterstützt und auch den Tag des Ehrenamtes eingeführt hat. Ich glaube, dass es wirklich notwendig ist, wie es erwähnt wurde, auch die finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen, damit wir wirkungsvoll helfen können. Denn es ist beeindruckend, wenn man weiß, dass man eigentlich nur einen Knopf zu drücken braucht und eine Armee von Männern und Frauen schwärmt aus, um unseren Mitmenschen zu helfen, ohne zu fragen, was bekomme ich dafür, zu jeder Tages- und Nachtzeit, einfach ehrenamtlich. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 17.12 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete List. Ich erteile es ihm.

Abg. List (17.12 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, Herr Landesrat, geschätzte Damen und Herren des Steiermärkischen Landtages!

Lieber Klubobmann Siegi Schrittwieser, ein Begriff in deiner Budgetrede, den du verwendet hast. (Abg. Schrittwieser: „Ich freue mich immer, wenn du über mich sprichst!“) Ein Begriff, den du, Herr Abgeordneter, verwendet hast, hat mich aufgeschreckt, ein wenig Angst gemacht und mit Sorge erfüllt, der Begriff Konflikt-demokratie. (Abg. Schrittwieser: „Ich habe gar nichts gesagt!“) Du hast diesen Begriff in deiner Rede verwendet und gesagt, wenn wir, sprich ÖVP und Freiheitliche, diese Konfliktdemokratie haben wollen, dann können wir sie haben. (Abg. Schrittwieser: „Ihr macht es ja, lieber Freund!“) Ich frage dich, Herr Klubobmann, und du wirst mir vermutlich in fünf Minuten erklären, was du darunter verstehst. Ich frage mich, ob das diese Demokratie ist, die ihr schon längst eingesetzt habt, nämlich seit über 14 Monaten auf die Straße zu gehen. Mit gekauften, auch ausländischen und gewalttätigen Demonstranten habt ihr seit 14 Monaten die innere Sicherheit gefährdet. Das muss ich auch hier sagen, die innere Sicherheit gefährdet. Nach jahrzehntelangem Versagen eurer Politik, der eigenen sozialdemokratischen Politik (Abg. Kröpfl: „Deswegen steht Österreich so schlecht da!“) habt ihr auch unter dem Missbrauch von Kindern und Jugendlichen die Straße verwendet. Das verurteilen wir Freiheitliche, wenn das die Konfliktdemokratie ist, auf das Schärfste und auch diese Vorgangsweise, die von euch mit Unterstützung der Grünen gewählt wurde. Aber die Bürger dieses Landes haben ohnehin schon erkannt, dass diese Art abzulehnen ist. (Abg. Schrittwieser: „Du musst dich beeilen, du hast nur fünf Minuten!“) Ich habe noch zwei Minuten. (Abg. Gross: „Das ist so niveaulos!“) Das ist nicht niveaulos, liebe Frau Kollegin Barbara Gross, denn durch dieses Verhalten, das seit damals an den Tag gelegt wird, durch die Donnerstagedemonstrationen, haben wir nicht nur die Bevölkerung gefährdet, sondern auch die Sicherheit und das Leben der dort eingesetzten Beamten. Und die 100 Millionen, die bereits für diesen Einsatz aufgewendet wurden, die wären sicherlich viel, viel besser in anderen Bereichen eingesetzt gewesen. (Beifall bei der FPÖ.)

So, ich freue mich jetzt schon auf die Berichtigung des Klubobmannes.

Eine Berichtigung zum Kollegen Kröpfl. Es freut mich natürlich, lieber Kollege Kröpfl, wenn du beinahe in jeder Rede, die du hier von diesem Pult aus hältst, den Landeshauptmann von Kärnten positiv erwähnst. Das ist ja hervorragend. Es gibt jetzt eine ausgezeichnet funktionierende Achse mit der steirischen Landeshauptfrau und dem Landeshauptmann von Kärnten, also herzlichen Dank dafür. Berichtigen muss ich aber das, was du über das Referat, über die Budgetrede von unserem Klubobmann Lafer gesagt hast. Du hast gesagt, die Freiheitlichen wollen Einsparungen im Sicherheitsbereich. Selbstverständlich wollen wir Einsparungen im Sicherheitsbereich, aber keinesfalls auf Kosten der Sicherheit. (Abg. Kröpfl: „Aber das macht ihr ja!“) Nein, Moment, wir sind dort für Einsparung, wo sie notwendig und möglich sind. Etwa dort, wo Parallelitäten und Doppelgleisigkeiten stattfinden. Das passiert beispielsweise – hör zu – im Bereich des Fahrzeugbetriebes, der Kraftfahrzeug-instandsetzung und -erhaltung. Hier könnte man zusammenlegen. Das passiert dort, wo wir noch einsparen könnten, weil einfach auch die Sicherheit der Beamten gefährdet ist. Etwa in entlegenen Gendarmerieposten, wo nur mehr zwei bis drei Beamte Dienst machen, dort muss es zu Zusammenlegungen kommen. (Abg. Stöhrmann: „Die Gendarmerie schwächer besetzen?“) Du kannst dich nachher melden, du bist ohnedies auf der Rednerliste. (Abg. Stöhrmann: „Wenn die Gendarmerie schwächer besetzt wird, dann kann einer mit 200 km/h auf der Autobahn fahren und kann nicht erwischt werden!“)

Bitte, das meiner Zeit gutzuschreiben.

Und noch ein Beispiel, wo sicher Einsparungspotenzial im Bereich der Wachkörper vorhanden ist, nämlich in der Ausbildung. Polizei und Gendarmerie haben beispielsweise ähnliche oder in vielen Bereichen gleiche Aufgaben zu erfüllen. Hier könnte man ohne weiteres auch einsparen. Es wäre von Vorteil, wenn sich die künftigen Beamten untereinander bereits in der Ausbildung kennen lernen würden, die Wachebeamten der Polizei und die der Gendarmerie. Einsparungen dort, wo sie möglich sind, aber auf keinen Fall auf Kosten der Sicherheit. (Beifall bei der FPÖ. – 17.17 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Klubobmann Schrittwieser zu einer tatsächlichen Berichtigung.

Abg. Schrittwieser (17.17 Uhr): Kollege List, ich habe vollstes Verständnis, dass du da deine Propagandamaschine, die bei der FPÖ läuft (Abg. List: „Das sagst gerade du, Siegi!“), die alles diffamiert, was zu diffamieren ist. (Abg. Tasch: „Herr Präsident, das ist keine tatsächliche Berichtigung!“) Das kannst du hier auch tun und das stört mich auch nicht, weil das sind wir von euch gewohnt. Nur eines und das ist die tatsächliche Berichtigung, weise ich zurück, dass wir irgendwelche Demonstranten einkaufen, die da für uns demonstrieren.

Eines sage euch, das ist auch so eine Propaganda von euch, wo ihr Steuergelder dafür ausbebt. Nur eines sage ich euch, eines muss doch noch möglich sein, wenn Rechtsanwälte, Unternehmer, Steuerberater und Ärzte auf die Straße gehen, dass sich die Arbeitnehmer und sozial Schwächeren gegen eure Politik öffentlich wehren, meine Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.) Und das werden wir auch in Zukunft tun und da lassen wir uns von euch nicht sagen, dass wir irgendwelche Demonstranten einkaufen. (Abg. Dr. Lopatka: „Kinder missbraucht ihr!“ – Abg. Gennaro: „Kinder missbrauchen‘ ist eine Schweinerei, Herr Präsident!“) Herr Präsident, ein Ordnungsruf für den Kollegen Lopatka wäre durchaus angebracht gewesen. (Abg. Gennaro: „Ja, was bildet denn der sich eigentlich ein?“ – Abg. Dr. Lopatka: „Kinder missbraucht ihr für Demonstrationen gegen uns!“ – Abg. Stöhrmann: „Das ist eine Frechheit!“ – Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Das ist unerhört. Der Herr Präsident ist taub!“)

Aber zur tatsächlichen Berichtigung. (Präsident Ing. Kinsky: „Herr Klubobmann Schrittwieser ist am Wort. Ich bitte die anderen Damen und Herren um Ruhe!“)

Ihr könnt nicht verstehen – das verstehe ich, weil ihr macht ja Politik für Reiche und Unternehmer und andere –, dass besorgte Arbeitnehmer und sozial Schwächere auch demonstrieren. Und wenn ihr das seht, glaubt ihr, das sind gekaufte Leute, die hier ihrem Unmut Ausdruck verleihen. Aber das sind Leute, die von eurer unsozialen Politik betroffen sind. Lassen Sie sich das sagen! Sie können aber eines ändern, dass das nicht mehr so ist, indem Sie Ihre Politik ändern! (Beifall bei der SPÖ. – 17.20 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Meine Damen und Herren, ich habe diesen Zwischenruf nicht genau verstanden. Es wird eine Unterbrechung der Sitzung verlangt. Ich unterbreche die Sitzung für zehn Minuten. (Unterbrechung der Sitzung von 17.20 bis 18.17 Uhr.)

Präsident Purr: Hohes Haus, meine Damen und Herren, ich nehme die unterbrochene Sitzung wiederum auf.

Nach einer Besprechung in der Präsidiale erteile ich nun dem Herrn Abgeordneten Lopatka das Wort zur Stellungnahme, vor allem zu den Ausführungen von vorhin.

Abg. Dr. Lopatka (18.18 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich bin gerne bereit, hier eine Erklärung abzugeben. Wenn meine Formulierung „Kinder missbraucht“ hier im Sinne des Strafgesetzbuches empfunden wurde, so nehme ich das gerne mit Bedauern zurück. Das, was ich gemeint habe, war, dass ich es ablehne, dass Kinder für parteipolitische Demonstrationen herangezogen werden.

Das möchte ich dazu sagen. (18.18 Uhr.)

Präsident: Der Herr Abgeordnete Lopatka hat hier sein Bedauern zum Ausdruck gebracht.

Ich fordere den Abgeordneten Lopatka und bei dieser Gelegenheit auch alle Abgeordneten dieses Hauses auf, eine solche Wortwahl in Hinkunft nicht zu verwenden.

Damit erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten (Abg. Schrittwieser: „Herr Präsident, zur Geschäftsordnung, bitte!“) Klubobmann Schrittwieser, bitte.

Abg. Schrittwieser (18.19 Uhr): Bitte, Herr Präsident, ich nehme zur Kenntnis, dass Sie den Kollegen Lopatka aufgefordert haben, auf diese Wortwahl zu verzichten. Aber gleichzeitig alle anderen Abgeordneten in diesem Hause, egal welcher Fraktion sie angehören, ins gleiche Boot zu nehmen, das weise ich auch zurück. (Beifall bei der SPÖ. – 18.19 Uhr.)

Präsident: Herr Abgeordneter Schrittwieser, mir persönlich ist es als Präsident des Hauses ein Anliegen, dass es eine Wortwahl gibt, die auch bitte für alle Anwesenden und alle Zuhörer, für die Öffentlichkeit in Hinkunft verträglich ist. So habe ich auch diese meine Meinung, meine persönliche Meinung, diesbezüglich zum Ausdruck gebracht, habe aber deutlich auch ausgesprochen, weshalb ich es getan habe, deutlich auch den Abgeordneten Lopatka damit angesprochen.

Ich hoffe damit die Causa für erledigt und komme damit zur nächsten Wortmeldung. (Landesrat Schützenhöfer: „Die Wortwahl mancher Sozialdemokraten gegenüber der Frau Landeshauptmann, ich sage Ihnen das in aller Ruhe, ist oft unter der Gürtellinie und wir haben stundenlang zugehört!“ – Abg. Schrittwieser: „Diesen Vergleich anzustellen ist das Letzte!“)

Ich erteile dem Abgeordneten Stöhrmann das Wort und bitte die Damen und Herren Regierungsmitglieder in anderen Gesprächen sich darüber zu einigen.

Herr Abgeordneter Stöhrmann, Sie sind am Wort. (Landesrat Schützenhöfer: „Die Wortwahl gegenüber der Frau Landeshauptmann ist oft ungeheuerlich. Was der Herr Abgeordnete Stöhrmann heute gesagt hat war auch arg!“ – Allgemeine Unruhe.)

Am Wort ist der Herr Abgeordnete Stöhrmann, meine Damen und Herren.

Abg. Stöhrmann (18.21 Uhr): Herr Präsident, wertere Mitglieder der Regierung, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Herr Präsident, ich weise es wirklich zurück, mich mit so einer Formulierung mit einzubeziehen. Es würde mir nicht im Traum einfallen, so eine Wortwahl zu verwenden. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir befinden uns noch immer in der Budgetdebatte zu Gruppe 1 „Einsatzorganisationen, Sicherheit“. Und alle jene, die hier im Zuhörerraum sitzen, die sich kraft ihrer freiwillig übernommenen Agenden bereit erklären für den Nächsten einzutreten, für die Allgemeinheit dazusein, sie haben es sich wirklich nicht verdient, bei einem derartigen Schauspiel hier mit dabei zu sein. (Abg. Bittmann: „Sag das dem Gennaro!“)

Frau Landeshauptmann, ich frage mich wirklich, wie lange schauen Sie noch zu, wie lange können Sie sich so einen Klubobmann noch leisten, Frau Landeshauptmann? Wie lange wollen Sie ihn sich noch leisten? (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Bittmann: „Das ist eine Ungeheuerlichkeit!“)

Wenn das, Frau Landeshauptmann, die neue Art des Regierens ist, wenn das die Auswirkungen eines Wahlergebnisses sind, Frau Landeshauptmann, darauf kann ich wirklich verzichten. (Abg. Bittmann: „Das meinst ja wohl nicht ernst, was du jetzt gesagt hast!“)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, als ich vor knapp zwei Jahren das erste Mal in dieses Haus gekommen bin und bei meiner ersten Sitzung beim Tagesordnungspunkt 3 die Ehre hatte, hier an diesem Platz zu stehen, ist es auch – na wie könnte es anders sein, möchte ich fast sagen – um die Feuerwehren gegangen. Es war damals die Frage der viel diskutierten Kaskoversicherungen für unsere Wehren am Tapet.

Wir haben das damals in dieser Form abgelehnt, weil es uns einfach zu wenig weit gegangen ist, weil wir nicht wollten, dass dieses Modell, das damals vorgestellt und auch von einer Mehrheit beschlossen wurde, dazu führt, dass unsere Wehren auch 20 Jahre und noch ältere Feuerwehrfahrzeuge Vollkasko versichern und dafür eine große Prämie zahlen müssen. Wir hatten damals die Meinung, man sollte mit den Versicherungen noch einmal verhandeln, um ein besseres Ergebnis für unsere Wehren zu erreichen. Aber man hat sich damals mit einer, wie ich meine, sehr oberflächlichen Aussage des Versicherungsverbandes zufrieden gegeben.

Wer die Budgetierungen in unseren Wehren draußen kennt, der weiß, welche Belastung auf Grund dieses Beschlusses auf die Wehren zugekommen ist, wobei wir doch alle gefordert sind, wir, die wir in der Politik vertreten sind, dass wir die bestmöglichen Voraussetzungen für unsere Einsatzorganisationen schaffen. Und gerade ich als Bürgermeister, der vor Ort tätig ist, weiß genau, wie schwer es ist, die notwendigen Mittel für diese Einsatzorganisationen aufzubringen. Uns wurde es vom Gesetz auferlegt dafür zu sorgen und wir wissen, dass es nicht leicht ist, für diese wirklich notwendigen Utensilien zu sorgen.

Ich stehe aber dafür, dass gerade für jene, die sich freiwillig, unentgeltlich bereit erklären, ihre Freizeit, ihr Privatleben, ihr Leben manches Mal sogar aufs Spiel zu setzen und sich dafür einzusetzen, dass sie für andere Gutes tun, dass jene Anspruch darauf haben, die bestmögliche Ausrüstung zu erhalten. Aber es wird einem schwer gemacht, dafür zu sorgen.

Allein – und das ist schon von meinem Vorredner, Abgeordnetem Gruber, angeklungen – die neuen Bedarfszuweisungsrichtlinien für die Gemeinden, die ich ja persönlich im Sinne der Feuerwehr eigentlich als neue Architekturrichtlinien bezeichnen möchte, machen es uns schwer. Denn bei diesen neuen Förderungsrichtlinien sind die Feuerwehren ja gezwungen, ihre Rüsthäuser in Zukunft nicht mehr so wie in herkömmlicher Weise zu bauen, sondern sie auf 100 oder noch mehr Meter Länge zu erstrecken, denn es wird ja nach Toren gefördert. Und je mehr Tore da sind, ob sie notwendig sind oder nicht, desto mehr Geld gibt es dann letzten Endes dafür.

Aber die Gemeinden – und das ist heute schon öfters angeklungen – werden mit diesem Budget und mit diesen Richtlinien sehr arg beschnitten, sehr arg beschnitten in ihren finanziellen Möglichkeiten. Und, Frau Landeshauptmann, ich möchte behaupten, dass Sie mit diesen Richtlinien sich selbst ins Abseits gestellt haben. Es war ein klassischer Schuss ins Knie. (Abg. Bittmann: „Das meinst du aber nicht im Ernst!“)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir, und ich habe es schon vorher gesagt, vor Ort wissen, was wir an unseren Einsatzkräften haben. Wir wissen, wie viel Millionen, ja Milliarden Schilling durch diesen freiwilligen Einsatz an Volksvermögen letzten Endes gerettet werden, wenngleich sich die Einsätze immer mehr auf technische Einsätze beschränken und aufbauen. Aber gerade dafür ist es notwendig, fundierte Ausbildung und die nötige Gerätschaft zu haben. Wir wollen, dass dies so ist.

Und das ist auch mit ein Grund, wieso wir gegen dieses vorgelegte Budget sind. Denn nicht nur bei den Feuerwehren gibt es diese Probleme. Ich weiß es genau, denn ich bin im Steirischen Gemeindebund und habe gemeinsam mit dem Städtebund die Verhandlungen mit dem Landes-Rot-Kreuz geführt. Ich weiß um die finanzielle Situation des Roten Kreuzes Bescheid. Wir haben uns, obwohl es uns nicht leicht fällt, dazu entschlossen, in Etappen diesen bestehenden Rettungsschilling von 21 auf 42 zu erhöhen, aber mit dem Zusatz, auch das Land möge seinen Beitrag verdoppeln. In diesem Budget – vielleicht habe ich es überlesen, Herr Landesrat – habe ich diese Ansätze leider nicht gefunden. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Du willst sie gar nicht finden!“)

Wenn ich daran denke, ich bin selbst ein Familienvater, der einen Schwiegersohn hat, der Feuerwehrkommandantstellvertreter in einer kleinen Gemeinde, in Sankt Gilgen, ist, aber wenn ich daran denke, mit welchem Einsatzwillen, mit welchem Ehrgeiz und mit welchem besonderen Fleiß er dieser Aufgabe nachgeht und wenn ich daran denke, dass meine eigene Tochter sehr viel an Freizeitverzicht auf sich genommen hat, um in der Rettungsdienststelle des Roten Kreuzes in Mürzzuschlag tätig zu sein, dann weiß ich, welches Feuer, welche Energie und welche Bereitschaft, für den Nächsten da zu sein, jenen Männern und auch Frauen innewohnt, die sich bereit erklärt haben, einer derartigen Einsatzorganisation beizutreten.

Deswegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, finde ich es einfach nicht fair, dass Sie, Frau Landeshauptmann, zwar alle Kompetenzen und alle Mittel an sich gezogen haben, aber wenn dann eine Gemeinde, vor allem wenn es eine rote Gemeinde ist, kommt und Sie für ein Rettungsgebäude, für eine Rettungsdienststelle, die schon über 50 Jahre alt und in einem sehr desolaten Zustand ist, um Mittel bittet, dann ziehen Sie Ihren Hofrat Konrad zu Rate, der uns dann erklärt, dass es gesetzlich gar nicht möglich ist, diese Mittel aufzutreiben.

Und wenn ich mir auf der anderen Seite dieses vorliegende Budget anschau und es Post für Post durchgehe, dann wäre allein bei einem Verzicht auf einen Teil der Repräsentationsausgaben, Frau Landeshauptmann, es möglich, diesen kleinen Wünschen entgegenzukommen. Ich will nicht zu sehr polemisieren hier. (Allgemeine Heiterkeit.)

Ich tue das nicht gerne, wenn es um Einsatzeinheiten geht, aber eines möchte ich zum Schluss noch sagen. (Präsident: „Bitte allmählich zum Ende zu kommen!“) Sehr wohl, Herr Präsident. Es wäre leicht, allen diesen Ausgaben gerecht zu werden, würden wir nicht – und ich habe es heute schon einmal hier an dieser Stelle gesagt – 3500 Millionen Schilling nach Wien schicken (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Das mit der Umverteilung von unten nach oben fehlt noch!“), Steuergelder, die die Steiererinnen und Steierer verdient haben, damit sie in der Steiermark ihre Anwendung finden. (Beifall bei der SPÖ.)

Frau Landeshauptmann, es ehrt Sie, ich muss auch etwas Positives sagen, dass Sie den Tag des Ehrenamtes eingeführt haben. Dieser Tag wird aber ad absurdum geführt, wenn er dazu benutzt und verwendet wird, um persönliche PR zu machen. (Beifall bei der SPÖ. – 18.31 Uhr.)

Präsident: Die nächste Wortmeldung kommt vom Herrn Abgeordneten Peter Rieser. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Rieser (18.31 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Frau Landeshauptmann, werte Mitglieder der Landesregierung, Hohes Haus!

Ich muss bei dir beginnen, Herr Kollege Stöhrmann, ob ich will oder nicht. Man kann nicht hergehen, PR-Artikel ansprechen, man kann nicht so zimperlich sein und meine lieben Kolleginnen und Kollegen, wenn Kollege Lopatka seine Aussagen bedauert hat, soll man es bitte nicht, gerade in einer Sicherheitsdebatte, gerade wo die Einsatzorganisationen hier sind, bewusst missverstehen.

Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen, dieser Sicherheitsbericht, den wir heute hier diskutierten und es sind die Einsatzorganisationen angesprochen worden, wir sind alle gemeinsam dankbar. Sicherheitspolitik ist nicht Parteipolitik, sondern Sicherheitspolitik ist Gesellschaftspolitik. Katastrophenschutz, Zivilschutz sind ein Grundanliegen unserer Steiererinnen und Steierer. In der Steiermark haben wir Einsatzorganisationen, die einerseits beruflich oder auf der anderen Seite ehrenamtlich tätig sind und das haben wir heute hier zum wiederholten Male angesprochen. Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic hat gerade bei ihrer Antrittsrede gesagt, unser Bundesland zählt zu den sichersten in Europa und wir haben das heute hier schon des Öfteren gehört, ob es im Bereich des Katastrophenschutzgesetzes ist, ob es draußen in den Bezirksverwaltungsbehörden die Katastrophenschutzreferenten sind oder, meine sehr verehrten Damen und Herren, denken wir – und ich möchte es konkret noch einmal wiederholen – ob es das Rote Kreuz, die Bergrettung, die Feuerwehr, Polizei, Gendarmerie, Wasserrettung, Flugrettung oder ob es die Rettungshundestaffel ist. Alle geben für dieses Land ihren Teil. Und, Hohes Haus, auch das österreichische Bundesheer. Das österreichische Bundesheer mit seinen zehn Garnisonen, Kasernen und einem Truppenübungsplatz hat in unserer Gesellschaft auch wirtschaftlich einen wichtigen Stellenwert. 3809 Bedienstete – Offiziere, Unteroffiziere und Bedienstete der Heeresverwaltung – sind in den steirischen Kasernen beschäftigt. 4293 Wehrmänner haben im vergangenen Jahr in der Steiermark ihren Grundwehrdienst abgeleistet. 943 Mann leisteten ihren Dienst als Zivildienstler, das sind 18 Prozent. Die Anzahl der Rekruten, die außerhalb der Steiermark ihren Grundwehrdienst ableisten mussten und manches Mal auch wollten, ist im Jahr 2000 1313 gewesen. 287 im Burgenland, 874 in Kärnten, 16 in Salzburg, 80 in Niederösterreich und so weiter. Und, liebe Kolleginnen und Kollegen, wie oft sind im vergangenen Jahr wohl Sie auch von Eltern, von Großeltern angesprochen worden, gebeten worden zu intervenieren, wenn die jungen Staatsbürger einen Einberufungsbefehl bekommen haben, dass man Einfluss nehmen soll, dass sie in der Steiermark ihren Präsenzdienst ableisten können. Die Beamten in der Ergänzungsabteilung versuchen immer zu helfen. Sie können aber natürlich keine Wunder wirken, wenn die Kontingente erfüllt sind. Es bleibt daher die alte Forderung aufrecht, dass in der Steiermark kein Kasernenstandort in Frage gestellt werden soll. (Beifall bei der ÖVP.)

Was sehr bemerkenswert ist: 41 Frauen haben in der Steiermark im Jahr 2000 ihren Dienst bei der Truppe angetreten. Zwei Damen sind im Heeresleistungszentrum und werden sich dort sportlich zu Spitzenathletinnen heranbilden. 7105 steirische Landsleute des Geburtsjahrganges 1982 waren stellungspflichtig, wovon 5875 tauglich gewesen sind, untauglich 659, vorübergehend untauglich 494, kein Beschluss wurde gefasst bei 77. Das sind insgesamt 1230 junge Steierer oder 17,31 Prozent der Wehrpflichtigen. Ich finde es, meine sehr verehrten Damen und Herren, bedenklich, dass der Gesundheitszustand – und wenn man da in die Tiefe geht – unserer Jugend beim heutigen Stand der Medizin eigentlich in der letzten Zeit nicht besser geworden ist. Die Hauptursachen, die Gott sei Dank auf der Gesundheitsstraße festgestellt wurden, bestärken meine Aussage. Angeführt wird diese Ursache durch Kreislauferkrankungen, seelische Störungen, Stoffwechselerkrankungen und dann kommen schon die Gehörgeschädigten und andere Verletzungen. Am 2. Mai 2001 werden wieder 665 steirische Soldaten im Assistenzeneinsatz im Burgenland ihren Dienst versehen. Gegenwärtig sind 350 Offiziere, Unteroffiziere sowie Chargen des Bundesheeres, der Polizei und der Gendarmerie im Friedenseinsatz. Das österreichische Bundesheer, das Militärkommando Steiermark leistete in der Zeit von 1981 bis einschließlich 2000 174 Assistenzeneinsätze mit einer Gesamtstundenanzahl von 436.473 Stunden. Die Hilfeleistungen umfassen insgesamt 668 derartige Einsätze mit einem Volumen von 302.043 Stunden.

Hohes Haus, im abgelaufenen Jahr, im Juli 2000, gab es eine Assistenzeneinsatzleistung anlässlich der Hochwasserkatastrophe im steirischen Zirbenland. Und ich möchte bei dieser Gelegenheit zuerst den Einsatzorganisationen, der Kommandant sitzt hinten bei den Zuhörern, danken, besonders aber auch der Katastrophenabteilung, der Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic und dem Bundesheer, die sofort, wie es darum gegangen ist, den betroffenen Menschen dort zu helfen, Hilfe ange-deihen ließen. (Beifall bei der ÖVP.)

Nicht unerwähnt lassen möchte ich, dass anlässlich des Sicherungseinsatzes – es wurde heute hier schon angesprochen – vor zehn Jahren am 28. Juni 1991 an der Grenze zu Slowenien damals 3095 Soldaten gestanden sind. Meine lieben Kollegen, wenn heute die Luftraumüberwachung angesprochen wurde, ich kann mich noch erinnern, wie dann in Graz die Luftraumüberwachungsflugzeuge aufgestiegen sind, dass es eigentlich ein besonderes Gefühl gewesen ist. Landesverteidigung ohne Luftraumüberwachung können wir uns nicht vorstellen. (Beifall bei der ÖVP.)

Nach der Zivildienstgesetzes-Novelle 2001, und auch dazu möchte ich etwas sagen, stellt sich im Bereich des Zivildienstes in der Steiermark, kurz, Herr Präsident, folgende Situation dar.

Wir haben 155 anerkannte Zivildienststeinrichtungen samt Einsatzstellen, 1300 Zivildienstplätze. Und hier möchte ich erwähnen, gerade im Bereich des Roten Kreuzes 400, Sozial- und Behindertenarbeit 300, Altersheim 90, Katastrophenhilfe bei der Feuerwehr 80 und in den Krankenanstalten 70. (Präsident: „Herr Abgeordneter, die Redezeit ist abgelaufen!“) Die behördliche Überwachung der Zivildienststeinrichtungen liegt natürlich bei der Abteilung für Katastrophenschutz.

Abschließend noch etwas – lieber Herr Präsident, 10 Sekunden –, es sind heute die Ehrungen und die Auszeichnungen angesprochen worden. Ich habe des Öfteren erlebt, dass gerade die Menschen, denen Dank gebührt, dass sie oft mit Tränen in den Augen diese Auszeichnung angenommen haben. Frau Landeshauptmann, ich danke dir für alles, was du für den Bereich Sicherheit in diesem Land getan hast. (Beifall bei der ÖVP. – 18.41 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Schleich. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schleich (18.41 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Regierungsmitglieder, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ja, die heutige Sitzung zeigt schon, dass man mit dem politischen Mitbewerber nicht unbedingt immer höflich umgeht. Nachdem ich das in den letzten Minuten oder in der letzten halben Stunde miterlebt habe, ist mir eigentlich wieder der vorige Sonntag eingefallen, wo die Rosenhalle in Sankt Stefan eröffnet wurde. (Landeshauptmann Klasnic: „Samstag war das!“) Samstag war das, dann bleiben wir beim Samstag. Es war eine wunderschöne Veranstaltung, eine wunderschöne Halle und ganz Sankt Stefan war auf den Beinen und mit dabei und freute sich bei dieser Eröffnung.

Als ich dort hingekommen bin, natürlich als geladener Gast, war das Erste was ich erlebt habe, wie ich in der Halle war, dass eine Dame zu mir gekommen ist und gesagt hat, da ist alles besetzt, wo der Ehrentisch ist. Das ist übrigens den Freiheitlichen gleich gegangen. Weil dort an dem Tisch, wo die Frau Landeshauptmann mit den Ehrengästen war – es war kein kleiner Tisch –, dort waren natürlich nur Leute, die, wie es ausgesehen hat, nur einer Partei angehören. (Landesrat Dörflinger: „Franz, die haben gewusst, was sich gehört!“)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich wollte das deshalb sagen – (Abg. Tasch: „Das ist mir im roten Aussee mindestens zehnmal passiert. Da tu dir ja nichts an!“) Also für mich war es in der Art schon neu. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Ich habe dich eingeladen und du bist zum Tisch nicht hergekommen. Gib es zu, weil du dich gefürchtet hast. Weil lauter Bürgermeister um mich gesessen sind, hast du dich nicht hergetraut. Deine Frau habe ich begrüßt und du bist davongerannt!“) – Präsident: „Am Wort ist bitte der Abgeordnete Schleich!“)

In dem Fall war es nicht so, dass ich mich gefürchtet habe, sondern ich hätte mich dort mit Sicherheit auch sehr gerne dazugesetzt. Das ist ja keine Frage, weil es sind ja lauter Kolleginnen und Kollegen, die man kennt. Ich glaube, es soll ja ein Miteinander geben. Ich kenne ja vor allem das Wort von der ÖVP und von der Frau Landeshauptmann. Das hat man immer vor der Wahl gesagt. Nach der Wahl anscheinend ist es schwieriger. Aber so ist eben das Leben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren (Landesrat Schützenhöfer: „Die Frau Landeshauptmann ist verantwortlich, dass du einen Platz hast!“), so viel ich weiß – (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Beim Landeshauptmann Krainer habt ihr gesagt, er hat die gesamte Verantwortung!“ – Präsident: „Herr Abgeordneter, ich bitte fortzusetzen!“)

So viel ich weiß, kommt der Kollege Schützenhöfer eh aus der Gegend. Er kennt eh die Moral, wie sie dort ist. Ich hoffe, dass die Menschen das gesehen haben, dass das nicht schön ist. (Beifall bei der SPÖ. – Landesrat Schützenhöfer: „Willst du von mir eine Information, wo ich als Vorstandsmitglied der Arbeiterkammer bei Ehrungen der Arbeiterkammer gesessen bin? Rund um den Portier. Die sind mir die lieberen Leute!“ – Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schöggel: „Die Politiker haben keine Eitelkeit!“ – Präsident: „Ich darf bitten, dem Abgeordneten Schleich die Möglichkeit zu seinen Ausführungen zu geben!“)

Ich bin überzeugt davon, wenn es dem Kollegen Schützenhöfer irgendwann so ergangen ist, dass es ihn nicht gefreut hat. Das nehme ich an. Damit er nur weiß, wie es einem anderen geht. Ich wollte nur sagen, wie geht man mit den politisch Andersdenkenden um. Ich glaube, man soll nicht vergessen vor der Wahl und nach der Wahl.

Damit komme ich jetzt zur Feuerwehr, weil die liegt mir wirklich am Herzen. Denn wenn man selbst über ein Jahrzehnt als Bürgermeister tätig ist, dann erlebt man schon in seiner eigenen Wehr mit, was sie leisten, was sie brauchen und in welchen Nöten sie auch stehen, wenn es um den Ausbau geht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich lese nur ein paar Zeilen vor von unserem Oberbrandrat aus dem Bezirk Feldbach, was er in seinem Bericht drinnen hat, damit nicht jemand sagt, ich selbst habe das gesagt. Er hat mit Zahlen das hier vorgeführt und das heißt: Wenn man auf das Jahr 2000 zurückblickt, so war für die Feuerwehr wohl das heißeste Thema der 20-prozentige Rückgang der Feuerschutzsteuer. Von den zirka 90 Millionen Feuerschutzsteuer erhielten die Feuerwehren zirka 36 Millionen. Die restlichen 53 Millionen sind so genannte Fixkosten. Von den 90 Millionen betragen 20 Prozent 18 Millionen. Zieht man diese von den für die Feuerwehren verbleibenden 36 Millionen ab – weil das andere sind ja Fixkosten, wie wir gesagt haben –, so ergibt dies eine Reduktion der Fördermittel von 50 Prozent. Das trifft die Feuerwehren.

Ich glaube, das soll man auch einmal hier an dieser Stelle sagen, das ist sehr, sehr viel Geld. Und wenn ich dann vom Sprecher der ÖVP höre, dass man vorhat eine Erhöhung zu machen und man schon verhandelt und es da um die 2 Prozent geht, im Jahr 2000 werden wir mit den 2 Prozent noch auskommen, aber ich glaube, jetzt wird es schon sehr knapp sein. Ich möchte das hier erwähnen, vor allem wenn man sagt, das ist das „Jahr des Ehrenamtes“. Vielleicht trägt gerade dieses Jahr auch dazu bei, dass man vielleicht in diesem Jahr den Feuerwehren das Geld in einer Erhöhung wieder zukommen lässt, denn die Bauten werden gebraucht. Wir haben ja vorher auch schon gehört – von meinen Kollegen –, dass man bei den Richtlinien der Bedarfsmittel gerade auf die Feuerwehren nicht geschaut hat, denn mein Kollege hat auch genannt, das könnte der Architektur dienen, dass man mehr Tore macht. Ich hoffe, dass es nicht dazu dient, dass man vorne und hinten ein Tor macht, damit man ein Geld verwenden kann von den Bedarfsmitteln für die Feuerwehren.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte aber meine Rede nicht in die Länge ziehen und möchte mich natürlich bei allen Einsatzorganisationen auch auf das Herzlichste bedanken. Ihr wisst, ihr habt mit uns jemand, der mit euch kämpft. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 18.48 Uhr.)

Präsident: Zu einer knappen Wortmeldung hat sich die Frau Abgeordnete Beutl gemeldet. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Beutl (18.48 Uhr): Sehr geehrte Frau Landeshauptmann, Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Ich habe nicht vorgehabt hier herauszukommen, aber wenn jemand im Glashaus sitzt und mit Steinen wirft, dann muss ich einfach rausgehen. Es geht darum, dass sich der Kollege Schleich darüber beklagt, wie man mit politisch Andersdenkenden umgeht und wie er sich dabei fühlt.

Nun möchte ich aber schon festhalten, dass ich in den letzten zehn Jahren von der Gemeinde Bairisch Kölldorf, deren Bürgermeister der Kollege Schleich ist, bei Veranstaltungen der Gemeinde nie eine Einladung bekommen habe (Abg. Gross: „Sie waren dabei, als ich unten war!“), aber ich die Frechheit wahrscheinlich besessen habe, bei einer Eröffnung eines öffentlichen Campingplatzes, wo auch das Geld des Landes eingeflossen ist, einfach hinzugehen und mich der Kollege Schleich gerade noch als Vorletzten vor dem Kameradschaftsbundobmann begrüßt hat, weil er einfach nicht aus konnte.

Ich meine, man muss sich nicht darüber beklagen, dass man am Nebentisch sitzt, wenn man gerne zu spät kommt und eben alle anderen Plätze schon vergeben sind. Aber ich glaube, dass es nicht zulässig und in Ordnung ist, wenn ein Kollege sich darüber beklagt, wie man mit ihm umgeht. Unsere Bürgermeister im Bezirk werden ohne Ansehen alle Kollegen aller Parteien immer einladen. Noch einmal, wenn die Gemeinde Bairisch-Kölldorf etwas veranstaltet, habe ich nie eine Einladung bekommen, aber – die Feuerwehren, die Einsatzorganisationen sind hier – die Feuerwehr Bairisch-Kölldorf lädt mich jedes Jahr ein und ich komme sehr gerne. Ich glaube, es geht gerade bei diesem Kapitel darum Menschen zu helfen ohne Ansehen der Partei und das tun die Einsatzorganisationen. Sie fragen nicht, wenn es brennt, wenn man Hilfe braucht, wo gehörs du hin, welcher politischen Partei gehörs du an. Nur so viel zu jemandem, der so empfindsam ist und selber mit Steinen wirft. (Beifall bei der ÖVP. – 18.51 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Forenbacher. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Forenbacher (18.51 Uhr): „Luftkampf über Kärnten“, so und ähnlich titelten unlängst Schlagzeilen. Dabei ging es jedoch nicht um kriegerische Auseinandersetzungen, sondern um den Konkurrenzkampf bei der Einführung des Notarzthubschrauberdienstes. Während nicht nur im Nachbarland gestritten wird, sind wir dem Ziel, die sicherste Region Europas zu werden, so wie es im Regierungsprogramm vorgeschrieben ist, wieder einen Schritt näher gekommen. (Landesrat Dörflinger: „Warum?“ – Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Herr Primarius, wodurch?“) Es ist das unbestrittene Verdienst der Frau Landeshauptmann. (Abg. Mag. Erlitz: „Herr Primarius, irgendwer hat gesagt wir sind sie schon, die sicherste Region!“) Das ist das Ziel. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Wir haben Verspätung. Das ist ein großes Problem!“) Das ist immer eine Frage der Sicht. Dass es um Zeitfristen geht, werden Sie noch hören. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Bis jetzt habe ich noch nichts gehört!“) Kommt schon, Geduld. (Abg. Mag. Erlitz: „Aber in der Steiermark haben wir noch nie darüber geredet!“) Es ist das Verdienst von unserer Frau Landeshauptmann, dass die Rettungskette von der Akutversorgung bis zum Notarztrettungsdienst weiter gestärkt wurde. Und jetzt die Punkte, wir haben es heute schon gehört, im Rahmen der Schulungen für die kardio-pulmonale Reanimation wurden in der Steiermark bereits 12.000 Personen unterwiesen und sie werden in Zukunft weiter geschult werden. Es wurden, was sehr wichtig ist, die Frühdefibrillatoren flächendeckend eingeführt.

23 Notarztrettungsstützpunkte und zwei Flugeinsatzstellen machen es möglich, dass praktisch flächendeckend 90 Prozent der Bevölkerung in der kritischen Zeit von 15 bis 20 Minuten erreicht werden können.

Ein weiterer Punkt, seit 1. Jänner dieses Jahres existiert eine Zentralstelle für Notfall und Katastrophenmedizin in der Abteilung für Katastrophenschutz und Landesverteidigung. Diese einzigartige Institution beschäftigt sich vor allem mit folgenden Aufgaben: Schaffung einer optimalen Dokumentation und Statistik der Notfallmedizin als Basis für notwendige Strukturveränderungen. Erarbeitung von Konzepten zur Verkürzung der Hilfsfristen. Die Hilfsfristen sind lebenswichtig. Aufbau eines Systems „leitender Notarzt“, Vorbereitung zum Aufbau einer zentralen Anlaufstelle im Rahmen der Landeswarnzentrale Steiermark. Die Begutachtung von Gesetzesentwürfen und schließlich Beratung und Mitwirkung bei katastrophenrelevanten Entscheidungen.

Nun noch ein paar Worte zum Hubschrauberrettungsdienst. In einem Assistenzvertrag erbringt der ÖAMTC die Leistungen des Bundesministeriums für Inneres ab 1. Juli in den Stützpunkten Graz und Niederösterreich. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Da sind wir aber der Meinung, dass das das Rote Kreuz machen soll. Weil das Rote Kreuz macht die ganze Zeit die Arbeit und wenn einmal das Fernsehen kommt und der Hubschrauber kommt, dann ist der ÖAMTC im Einsatz. Das wollen wir gar nicht, das sage ich Ihnen in aller Deutlichkeit! Ihr wollt, dass ich mich beteilige und jetzt beteilige ich mich, das stört Sie zutiefst!“) Nein, das stört mich nicht, wenn die Beteiligung positiv ist, bin ich sehr dafür! (Beifall bei der SPÖ.) Das Rote Kreuz beteiligt sich sehr wohl dabei, lediglich die – (Landesrat Dörflinger: „Sehen tut man es nicht!“) Kommt erst ab 1. Juli – lediglich die Fluggeräte werden vom ÖAMTC zur Verfügung gestellt. (Landesrat Dörflinger: „Das Rote Kreuz darf sich beteiligen, nur sehen darf man es nicht!“)

Also ich habe vor zwei Tagen eine Besprechung mit dem leitenden Arzt gehabt, der war positiv eingestellt für dieses Modell. Die Christophorus-Flotte ist mit dem modernsten Gerät ausgerüstet, nämlich dem zweiturbinigen Eurocopter, wie er nach EU-Normen gefordert wird. Dabei bleiben aber die Vereinbarungen über einen gemeinsamen Hubschrauberrettungsdienst nach Artikel 15 a zwischen Bund und Ländern aufrecht. Leistungsumfang und Qualität für die Bevölkerung beziehungsweise Patienten werden damit sichergestellt und sollen sogar verbessert werden, was bei den privaten Anbietern, die auf den Markt drängen, nicht immer gewährleistet ist. (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Wenn der ARBÖ das machen könnte, dann wäre alles in Ordnung!“)

Und schließlich, Herr Finanzreferent, erwachsen dem Land dadurch keine zusätzlichen Kosten. Für die Patienten selbst soll die Flugrettung wie bisher kostenlos sein, lediglich für Sport- und Freizeitunfälle im alpinen Gelände können Privatversicherungen herangezogen werden. (Landesrat Dörflinger: „Herr Primar, Entschuldigung, es gibt Beispiele, wo Leute nicht weggeführt werden, weil sie für die 40.000-Schilling-Kosten nicht aufkommen können!“) Geh bitte, zeig mir das. (Landesrat Dörflinger: „Das steht in der Zeitung!“) In welcher Zeitung?

Die Kosten betragen etwa 20.000 Schilling, die Kosten im Tal, wenn der Flug notwendig war, übernimmt laut ASVG der zuständige Chefarzt und 95 Prozent der Geflogenen haben eine Privatversicherung. (Landesrat Dörflinger: „Warum bezahlen wir dann 9 Millionen Schilling, wenn die Einnahmen so groß sind? Das verstehe ich nicht, warum wir 9 Millionen Schilling pro Jahr dazuzahlen!“) Wir zahlen über die KAGES die Ärzte. (Landesrat Dörflinger: „Und das Land zahlt 9 Millionen Schilling. Wenn das stimmt, was du sagst, zahlen wir 9 Millionen Schilling zu viel, weil wir das nämlich über die privaten Zusatzversicherungen hereinkriegen!“ – Abg. Majcen: „Geh, lass dich auf keine Diskussion ein, der kennt sich nicht aus!“)

Das kommt erst ab 1. Juli. (Präsident: „Am Wort ist der Herr Abgeordnete Dr. Forenbacher!“) Die Situation ist derzeit die, dass das Bundesministerium keine Rechnungen stellen darf, wenn es ein Privater ist, dann können durch die Versicherung, das sind zum Beispiel Kreditkarten, das ist der Alpenverein, das sind die verschiedensten Institutionen, diese Beträge refundiert werden. (Abg. Tasch: „Frau Landeshauptmann, ich kenne keinen Stellvertreter gar nicht mehr, der redet heute mehr als das ganze alte Jahr!“ – Präsident: „Am Wort ist der Herr Abgeordnete Forenbacher!“)

Es gibt Berechnungen, wonach in den letzten drei Jahren aus den oben angeführten Gründen über 100 Millionen Schilling nicht lukriert werden konnten, wobei mehr als die Hälfte der Geflogenen aus dem Ausland gekommen ist.

Für die Bedeutung des Notarzhubschraubers sprechen Zahlen. Im Vorjahr wurden bei 1550 Einsätzen 3400 Patienten transportiert und insgesamt 936 Stunden geflogen. Es geht aber – das hat der Herr Kollege Schrittwieser gesagt – nicht um Zahlen, sondern um Menschen. Da gebe ich ihm sehr Recht. Und was dahinter steckt, was an Todesfällen erspart wurde, was an Dauerschäden und Leid erspart wurde, das lässt sich aus diesen Zahlen nicht ableiten. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 18.59 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Barbara Gross. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Gross (19.00 Uhr): Herr Präsident, auch für mich gilt, was der Kollege Stöhrmann bereits festgestellt hat. Eine Wortwahl, wie sie Kollege Lopatka gewählt hat, ist in den zwölf Jahren, in denen ich in diesem Haus sein darf und dem ich hier angehören darf, nie mein Stil gewesen und das wird es auch in Zukunft nie werden. Es wäre daher auch nicht notwendig gewesen, lieber Herr Präsident, dass du mich bei deinem Ruf zur Ordnung mit einbezogen hast. (Beifall bei der SPÖ.)

Zur Kollegin Beutl möchte ich noch etwas sagen: Ich bin eigentlich noch nie zu einer Veranstaltung wegen des Ehrentisches gegangen. Ich habe aber oft die Freude, und das ist mir die Ehre, dass mich die Veranstalter oder auch die Mitarbeiter meist mit in die Küche oder in die Kantine nehmen und mit mir reden. Weil mit den Ehrengästen kann ich öfters reden, mit den Mitarbeitern dort seltener. (Beifall bei der SPÖ.)

Aber jetzt zum Thema, meine Damen und Herren. Es wurde heute schon einige Male darauf hingewiesen, dass die UNO das Jahr 2001 zum „Internationalen Jahr der Freiwilligkeit“ erklärt hat.

Politiker aller Couleurs haben heute hier im Landtag die Wichtigkeit des „Ehrenamtes“ für Staat und Gesellschaft hervorgehoben und diese auch gewürdigt.

Das ist einerseits auch gut so. Wenn man dann aber andererseits täglich mit den Sorgen und Nöten, dem Engagement und der steigenden Belastung unserer ehrenamtlichen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen vor Ort, wie zum Beispiel durch die Rücknahme aller auch noch so geringen Erleichterungen für die Ausübung eines Ehrenamtes – wie zum Beispiel Diensterleichterung für die Mandatäre, für Gemeindevandatare – gestrichen werden, konfrontiert wird und damit auch die oftmals geringfügige Wertschätzung eines Einsatzes erleben muss, dann drängt sich mir oft der Vergleich zum „Muttertag“ oder zum „Vatertag“ auf, die nur allzu oft auch nur plakativen, vor allem aber ökonomischen Charakter haben.

Die Suche nach Sicherheit, nach Stabilität, nach Struktur, nach sozialen Bindungen und nach dem Sinn wird den Menschen wieder wichtiger. Unsere Gesellschaft erhält mit dem Schlagwort „Sinngesellschaft“ einen völlig neuen Charakter. Und damit bekommt auch das Ehrenamt ein neues Gesicht.

Freiwilliges Engagement kann dabei helfen, Unsicherheiten zu überwinden, kann Orientierungsperspektiven und auch Sinnstrukturen erzeugen. Das selbstaufopfernde Helfen hat sich manchmal beziehungsweise meist zu einem selbstbestimmten und selbsterfüllten Unterstützen verwandelt.

Eine Studie von Prof. Badelt hat aufgezeigt, welch enormes wirtschaftliches Gewicht, neben der gesellschaftlichen Bedeutung, ehrenamtliches Engagement hat. Die Studie der Abteilung für Sozialpolitik der WU Wien hat aus einer Stichprobe von 2000 Befragten ergeben: 51,1 Prozent der österreichischen Bevölkerung sind ehrenamtlich tätig – 1982 waren es noch 59 Prozent –, davon 55,5 Prozent Männer und 47,2 Prozent Frauen. Ein massiver Rückgang ist jedoch in den wichtigsten zwei Bereichen erkennbar, nämlich den Sozialen Diensten – da waren es 1982 noch 25,3 Prozent, 2000 sind es nur noch 16,8 Prozent – und der Nachbarschaftshilfe. Da waren es 1982 noch 38,5 Prozent, 2000 waren es nur noch 23,5 Prozent. Die Altersgruppe von 20 bis 24 ist am aktivsten. Im Vergleich zu 1982 sank auch die Beteiligung der älteren Mitbürger. Auch da sollten wir nachdenken, warum.

Freiwilliges Engagement bedarf aber auch gewisser Voraussetzungen:

Erstens des persönlichen biographischen Zusammenhanges. Man entscheidet sich nicht von einem Tag auf den anderen, sich freiwillig zu betätigen, sondern man sucht sich eine Betätigung oder ein Tätigkeitsfeld nach seinen Befähigungen und Neigungen aus.

Zweitens sind Zeit und die soziale und vor allem auch die materielle Sicherheit ein Einflussfaktor, denn neue Herausforderungen geht man nur dann ein, wenn man diesen Rückhalt hat, diesen sozialen Rückhalt hat.

Damit tragen diese unzähligen „Ehrenamtlichen“ auch tatsächlich einen beachtlichen Teil unseres gesellschaftlichen Ganzen mit.

Sozialdemokratisches Denken und Handeln führte zu keinem Zeitpunkt daran vorbei, die Voraussetzungen der sozialen und materiellen Sicherheit zu schaffen, um ehrenamtliche Tendenzen zu fördern. Viel wirksamer als durch schöne Worte, die, ehrlich gemeint, natürlich auch gut tun, könnte seitens der Politik den Ehrenamtlichen durch legislative Regelungen geholfen werden, die Ausübung ihres Ehrenamtes zu erleichtern.

Frau Landeshauptmann, die Trägervereine Volkshilfe, Rotes Kreuz, Caritas, Diakonie und Hilfswerk haben im Dezember 1999 eine Enquete unter dem Thema veranstaltet „Freiwillig – Ehrenamt ... und was ist der Lohn?“

Bei dieser Enquete wurden auch konkrete Forderungen zur rechtlichen Absicherung der Ehrenamtlichen festgehalten. Ich darf diese Dokumentation anschließend an dich überreichen.

Meine Damen und Herren, unsere Zukunft braucht in der Kette der Gemeinwesenarbeit das starke Glied „Ehrenamt“, um vorhandene Systeme zu stärken. Besonders soziales Ehrenamt muss in der Politik einen höheren Stellenwert bekommen. Denn ehrenamtliches Engagement braucht Anerkennung und Förderung, aber vor allem Grundsicherheiten und Rahmenbedingungen, wie zum Beispiel die Aus- und Weiterbildung. Hilfestellung und Förderung dürfen als Forderung nicht nur leere Worthülsen bleiben.

All den Ehrenamtlichen sei auch namens der sozialdemokratischen Fraktion aufrichtig gedankt, verbunden mit der Bitte an alle „weiterzutun“, ob mit oder ohne „Jahr des Ehrenamtes“. Die Situation unseres Landes wäre ohne euer Engagement fatal. Das Land Steiermark wäre ohne euch um einiges, und jetzt im doppelten Sinne des Wortes, um vieles ärmer. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 19.08 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Gregor Hammerl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Hammerl (19.08 Uhr): Sehr geehrter Herr Landtagspräsident, Frau Landeshauptmann, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zuerst einmal, Frau Kollegin Gross, ein Danke für Ihren sachlichen Bericht, den Sie gebracht haben und auch ein Danke für Ihre Broschüre.

Aber jetzt doch, meine Damen und Herren, ein Wort an die SPÖ. Es sind heute Worte gefallen, „vor der Wahl und nach der Wahl“. Es sind auch Worte gefallen über die Zusammenarbeit.

Trotzdem, meine Damen und Herren der SPÖ, möchte ich festhalten, Sie sollten Ihre Mimosenneurose ablegen. (Landesrat Dörflinger: „Was bitte?) Ihre Mimosenneurose! (Abg. Gennaro: „Tut das weh?“) Das tut sehr weh, ich muss Ihnen sagen, das tut sehr weh. Sie haben eine Wahl verloren und kommen nicht darüber hinweg. Den Dr. Lopatka greifen Sie an, wenn er etwas sagt, dann ist er immer der Böse, aber wenn Sie Untergriffe machen, meine Damen und Herren von der SPÖ, dann kann nichts passieren, dann ist alles in Ordnung. (Beifall bei der ÖVP.) Ich habe eine Bitte, seien wir in Zukunft nicht so beleidigt, kommen wir zur Sache.

Zur Sache, Abgeordneter Kröpfl, du hast hier ganz leicht heute meine Soldaten mit den Abfangjägern staubig gemacht, gar keine Frage. Ich möchte auch zum Thema Sicherheit festhalten – weil heute sitzen auch Leute in der Rettungsuniform hier, die Soldaten sind und waren –, dass ohne Bundesheer im Katastrophenfall und sonstige Hilfeleistung in Zusammenarbeit mit dem Bezirkskoordinations-Ausschuss überhaupt nichts weitergeht, meine Damen und Herren. Der Abgeordnete Rieser hat bereits erwähnt, was die Soldaten in der Steiermark leisten und dass wir vielleicht ein bisschen näher zusammenkommen – der Abgeordnete Gruber von Retznei meint, dass er ein Problem mit der Feuerwehr hat. Er hat gar nichts. Kollege Gruber – ist er noch da? – er ist Bürgermeister, er hat heute so getan, als wenn er bei einem Brand heute noch mit der Handpumpe fahren müsste, er hat überhaupt kein Werkzeug, meine Damen und Herren. (Beifall bei der ÖVP.) So sieht es nicht aus. Wie wir wissen, sind in der gesamten Steiermark die Feuerwehren bestens ausgerüstet. Frau Landeshauptmann, ein großes Danke! (Beifall bei der ÖVP.)

Ich möchte noch vorschlagen, Kollege Dörflinger, ich lade dich ein, dass du auch dabei bist – (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Was sind Sie denn so aufgebracht?“)

Herr Landeshauptmann, stopfen Sie sich die Ohren zu, ich sage gleich etwas dazu. Ich werde vorschlagen beziehungsweise nächstes Mal einen Antrag stellen, dass auch Sie in die Zivilschutzschule kommen, alle Abgeordneten, damit wir uns dort einmal schulen lassen zum Thema Sicherheit, dort können Sie dann einen Helm aufsetzen, ein Rückengepäck umhängen und dann werden Sie sehen, wie Ihnen das gut tut, keine Frage. (Beifall bei der ÖVP. – Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Ich war schon beim Zivilschutz, da haben Sie noch nicht gewusst, was das ist!“)

Aber, hören Sie zu. Herr Landeshauptmann, Sie sind ja nie da. Jetzt kommen Sie einmal her – (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Fragen Sie einmal Ihre Kollegen, die alle beim Militär waren, was der Zivilschutz je getan hat!“) Sicherheit im Alter, da gehören Sie auch dazu, Herr Landeshauptmannstellvertreter. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Fragen Sie die Kollegen, die beim Militär sind!“)

Unsere Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic, meine Damen und Herren, nimmt das Thema Sicherheit sehr, sehr ernst. Meine Damen und Herren, Sicherheit ist ein intensiver Wunsch jeder Gesellschaft, gerade in sich schnell verändernden Zeiten. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Ich war beim Militär!“) Sie kommen auch bald dazu, Herr Landeshauptmannstellvertreter, Sie werden bald in Pension gehen, gehören auch zu den 60-Jährigen. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Ich bin Reserveoffizier!“) Wir haben zirka 1,2 Millionen Einwohner in der Steiermark und knapp 300.000 werden bald 60 Jahre alt werden. (Abg. Gennaro: „Warum schreist du denn so?“) Ja, ich muss ja laut reden, wenn alle so schreien. (Beifall bei der ÖVP.) Veränderungen können nämlich überfordernd sein, gerade für Menschen, denen manches an Gestaltungsmöglichkeit zum Beispiel durch gesundheitliche Probleme – hören Sie zu – genommen ist, bei denen der Grad der Abhängigkeit größer ist und die Flexibilität eingeschränkt ist. Dazu kommt noch, dass die Modelle der Entwicklung, denen unsere Gesellschaft folgt, meist von Jugendlichkeit geprägt sind – das zum Herrn Kollegen Dörflinger –, was bei der älteren Generation Unsicherheit auslösen kann.

Meine Damen und Herren, wenn man gesellschaftlich nicht mit kann, ist man vom Absturz bedroht. Deswegen sind Alterssicherungssysteme, die von Verlässlichkeit geprägt sind, so wichtig. Laufende Veränderungen bewirken Verunsicherung. Damit aber diese Verlässlichkeit auch für die Zukunft gesichert ist, bedarf es der Schritte, die heute gesetzt werden müssen. Die Pensionsreform muss auch unter dem Blickwinkel betrachtet werden, ob sie fähig ist, künftigen Generationen ihre Pensionen zu sichern. Sicherlich sind diese Schritte für manche schmerzlich. Sie sind aber wichtig, damit auch in Zukunft Pensionen bezahlt werden können. Hier hat Landesrat Schützenhöfer für den Landesbereich bereits positiv reagiert. In der Reform muss aber auch besonders Rücksicht auf die Ärmsten genommen werden, indem Mindestpensionen angehoben werden. Wo Lücken bleiben, da müssen sie durch das Sozialhilfegesetz, das Ländersache ist, geschlossen werden.

Ein Problem in unserem Sozialwesen besteht darin, dass sich die, die auf Sozialhilfe angewiesen sind, noch immer als Bittsteller vorkommen und nicht als Anspruchsberechtigte. Ihnen wird dies vom System her auch so vermittelt, besonders dann, wenn sie von einer Stelle zur anderen geschickt werden. Hier wird eine Reform notwendig sein, dass ein Anliegen, das von verschiedenen Stellen behandelt wird, für den Anspruchsberechtigten an einer Stelle abgewickelt werden kann.

Sicherheit ist aber auch an den sensibelsten Stellen des Lebens wichtig, wo der Mensch am meisten ausgeliefert ist, meine Damen und Herren, im Prozess des Sterbens. Die Entwicklung der Gesetzgebung in den Niederlanden zeigt deutlich, in welche Richtung es geht. Nämlich in Richtung Verunsicherung, gerade an diesem sensibelsten Beispiel und Punkt des menschlichen Lebens. Wenn 49 Prozent der Österreicher in einer im Jahre 2000 durchgeführten Umfrage die Sterbehilfe bejahen, so ist das auch vor dem Hintergrund der mangelnden Sterbebegleitung zu sehen. Sterben, meine Damen und Herren, vollzieht sich meist in einer Situation, in der man

in seiner Ausgeliefertheit keinen Vertrauten hat, dem man sich in dieser schwersten Stunde anvertrauen kann und der einen begleitet. Menschen haben oft mehr Angst vor dem Sterben als vor dem Tod. Auch das gehört zur Sicherheit. Es ist bedenklich, wie locker und „cool“ über das Lebensrecht diskutiert wird, um diesen Dienst der Begleitung nicht leisten zu müssen. Töten, meine Damen und Herren, kann in diesem Sinne niemals barmherzig sein, vor allem dann nicht, wenn sich die Gesellschaft im Namen der Barmherzigkeit davor drückt, den Dienst in der Begleitung zu leisten. Der Wunsch, das Leben zu beenden, wird bei den Betroffenen meist erst dann laut, wenn die Begleitung nicht gewährt wird und die Unsicherheit, wie dieser Prozess ablaufen wird, durch das Fehlen von vertrauten Menschen zu groß wird. Um diese Begleitung besser gewährleisten zu können, haben wir den Antrag auf Karenzierungsmöglichkeit derer, die ihre Verwandten im Sterben begleiten, eingebracht und die Mitfinanzierung der Kosten für die Ausbildung zur Sterbebegleitung gefordert. Frau Landeshauptmann, dir ein großes Danke, du hast bis heute die Hospizbewegung finanziert und du hast nicht nur das Geld hergegeben, sondern gezeigt, dass du auch ein Herz dafür hast. Ein großes Danke! (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren, ich möchte hier wiederholen, was ich in meinem Antrag gesagt habe. Die Humanität einer Gesellschaft misst sich daran, wie sie mit denen umgeht, die am meisten ausgeliefert sind. Und ein Aspekt der Euthanasiegesetzgebung soll in diesem Zusammenhang auch erwähnt werden. Es ist einer humanen Gesellschaft unwürdig, wenn man die Sterbenden so von hinten herum verantwortlich macht für die Aufwendungen und Kosten und sie so beinahe auffordert, den Wunsch nach dem Tod zu äußern, um der Gesellschaft nicht die Kosten zu verursachen. Hier ist meist ein massiver Einbruch in die Sicherheit festzustellen und davor, meine Damen und Herren, sollen wir uns in Acht nehmen. Nicht nur, indem wir davon reden, sondern ganz konkrete Schritte, wie etwa den der Verbesserung der Sterbehilfe setzen. Arbeiten wir daran. Ich danke Ihnen! (Beifall bei der ÖVP. – 19.18 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Lackner. Ich erteile es dir.

Abg. Mag. Lackner (19.18 Uhr): Frau Präsidentin, geehrte Damen und Herren!

Es gab schon zwei Wortmeldungen zum Thema Flugrettung von den Kollegen Hamedl und Forenbacher. Ich möchte da noch einiges dazu anschließen.

Wie Sie wissen, ist die Flugrettung in Österreich und damit auch in der Steiermark eine Vereinbarung mit dem Bund, eine 15 a-Vereinbarung. Im Oktober des Vorjahres hat der Bund nun einen Vertrag mit dem ÖAMTC geschlossen, der den ÖAMTC dazu verpflichtet, diese Flugrettungsmaßnahmen im Namen des Bundes vorzunehmen.

In der Steiermark soll analog dazu dieser Vertrag am 1. Juli in Geltung treten. Vor einem Jahr, im Vorfeld zu dieser Vertragsabschließung zwischen Bund und ÖAMTC, hat es massive Proteste gegeben, die zum Teil noch immer aufrecht sind, vor allem deswegen, weil diese Vergabe ohne Ausschreibung passiert ist.

Die Zuständigkeit in der Steiermark liegt bei der Frau Landeshauptmann Klasnic mit der Abteilung für Katastrophenschutz und im Bund beim Innenministerium. Die Kosten belaufen sich für die Steiermark pro Jahr auf 20 Millionen Schilling, wovon 9,2 Millionen Schilling die Steiermark bezahlt.

Bis hierher sind es Fakten, die durchaus nachvollziehbar sind. Aber jetzt kommt Unverständnis auf und ich bitte Sie um Aufmerksamkeit, weil es da um eine wichtige Frage für die Bevölkerung in der Steiermark geht.

In dieser gesamten Diskussion, die seit dem vorigen Jahr läuft, geht völlig unter, dass das Rote Kreuz als professionelle, effiziente und bestens ausgestattete Rettungsorganisation, die auch für das Notarztsystem zuständig ist, diese Leistung erbringen kann. Und das Schöne daran ist, dass es kostendeckend erbracht werden kann. Das heißt, dass das Land keinen Zuschuss, keine Förderung mehr zu zahlen hätte. Ich frage Sie, Frau Landeshauptmann, ob Sie das Kärntner Modell kennen. Eine Wirtschaftlichkeitsstudie hat errechnet, dass zumindest in Kärnten das Rote Kreuz diese Leistung kostendeckend, das heißt ohne Zuschuss des Landes – ich wiederhole es noch einmal – gewährleisten kann und im Gegensatz zum ÖAMTC sogar mit vier Personen, die im Hubschrauber fliegen und nicht nur mit drei, so wie es der ÖAMTC anbieten würde. Es ist auch heute von Herrn Kollegen Forenbacher gesagt worden, dass die Hubschrauber, die der ÖAMTC hat, die besten sind. Ich kann oder muss dem widersprechen, da die Maschinen, die das Rote Kreuz Kärnten verwendet, größer sind, eine stärkere Auslastung gewährleisten und vor allem auch andere Personen noch mitnehmen können. Also da ist eine größere Qualität durch das, was das Rote Kreuz in Kärnten leistet, durchaus gegeben. Ich frage Sie noch einmal, Frau Landeshauptmann, können Sie uns sagen, ob Sie dieses Modell geprüft haben und ob es nicht auch in der Steiermark zur Anwendung kommen kann?

Die Vorteile liegen, glaube ich, schon auf der Hand, abgesehen von der Kostenreduzierung, das Land Steiermark könnte sich Geld sparen. Es würde aber auch von der Qualität her das bodengebundene Notarztsystem durch Betreibung der Rettung aus der Luft optimiert werden. Das heißt, die Synergien würden einfach verstärkt vorhanden sein und man würde nicht noch andere Organisationen benötigen, um die Lebensrettung gewährleisten zu können.

Frau Landeshauptmann, Sie sind zuständig für das Rote Kreuz, für Einsatzorganisationen und für die Flugrettung. Meines Wissens sind Sie nicht zuständig für den ÖAMTC. Deshalb frage ich noch einmal, was liegt näher, als das Rote Kreuz in der Steiermark mit der Flugrettung zu betrauen, noch dazu wo es um 9,2 Millionen Schilling geht, die man wirklich einsparen könnte und wo kein Qualitätsverlust damit einherginge? (Landeshauptmann Klasnic: „Das Ministerium ist für das Gerät verantwortlich, eine aufrechte 15 a-Vereinbarung. Das Innenministerium stellt das Gerät und den Rest wir. Und das Ministerium stellt uns dieses Gerät zur Verfügung.

Das ist das Geheimnis!“) Es ist kein Geheimnis, weil es ist heute vom ORF eine Pressemitteilung hinausgegangen, in zwei Tagen wird das Rote Kreuz Kärnten mit der Flugrettung beginnen. (Landeshauptmann Klasnic: „Der Kollege Häupl hat auch seit 1. April den ÖAMTC genommen!“) Wir sind in der Steiermark. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Wir wollen, dass es in der Steiermark das Rote Kreuz macht!“ – Landeshauptmann Klasnic: „Ich akzeptiere das!“) Wir sind in der Steiermark und wir diskutieren über das steirische Budget.

Ich komme schon zum Schluss. Fahrzeuge in Gang zu bringen und sicherheitstechnische Prüfungen durchzuführen, das ist die Sache des ÖAMTC. Leben zu retten, das gehört zu den ursächlichen Aufgaben des Roten Kreuzes. Und warum sollte sich diese Organisation nicht auch um die Lebensrettung von der Luft aus annehmen? Sagen Sie uns einen Grund, der wirklich dagegen spricht.

Ich bitte Sie noch einmal, was in Kärnten möglich ist, müsste auch in der Steiermark möglich sein. Ich fordere Sie auf im Namen unserer Fraktion, Frau Landeshauptmann, das Kärntner Modell zu prüfen und den Vertrag auf diese Prüfung nicht mit dem ÖAMTC zu machen – der Vertrag soll mit 1. Juli dieses Jahres erst in Geltung treten –, sondern das Rote Kreuz zu beauftragen. Das wäre ganz sicher auf Grund dieser Synergien, die da zu erzielen sind, im Sinne der steirischen Bevölkerung. (Beifall bei der SPÖ. – 19.25 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Kreis. Ich erteile es Ihnen.

Abg. Kreis (19.25 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, werte Frau Landeshauptmann, liebe Regierungsmitglieder, meine Damen und Herren Abgeordneten!

Nach der Familie ist die Gemeinde das zweitwichtigste Standbein einer funktionierenden Gesellschaft. Zu einer funktionierenden Gesellschaft gehört auch eine dementsprechende Sicherheit. Neben der geringsten Kriminalitätsrate in Österreich, dem Erhalt von Gendarmerieposten oder dem flächendeckenden Notarzdienst bedeutet für uns Sicherheit im Land auch ein Stück Verantwortung für jede Steirerin und jeden Steirer. Ein besonderer Dank ergeht hier an die vielen ehrenamtlichen und freiwilligen Helferinnen und Helfer.

Ich möchte hier zum Beispiel die Wichtigkeit einer Freiwilligen Feuerwehr in einer Gemeinde hervorheben. Auf Grund der zahlreichen Einsätze der Freiwilligen Feuerwehr – Katastropheneinsatz, Einsatz bei Unfällen, Windwürfen, Hochwasser sowie Assistenzleistungen bei Gemeindeveranstaltungen – gibt es für die Gemeinden nicht nur finanzielle Ersparnisse, sondern auch das Gefühl der Sicherheit und Geborgenheit für die Bewohner. Für jede Gemeinde ist eine gut funktionierende Feuerwehr von größter Wichtigkeit, um auch der Jugend die Möglichkeit dieser ehrenamtlichen Tätigkeit zu bieten. Derzeit sind in der Steiermark 4800 Jugendliche in der Feuerwehr aktiv und helfen hierdurch mit, den Gemeinden Sicherheit für die Zukunft zu geben. Sicherheit für eine Gemeinde bedeutet aber auch die Erhaltung der Gendarmerieposten. Das Ziel unserer Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic – wir haben es heute schon gehört – ist, die Steiermark zur sichersten Region Europas zu machen.

Zwei konkrete Vorschläge der Steirischen Volkspartei lauten:

Erstens: Maßnahmen zur kommunalen Kriminalprävention. Der Schutz vor Kriminalität, der Wunsch nach Sicherheit gehören deshalb zu den wichtigsten Grundbedürfnissen der Menschen. Sicherheit ist aber auch für die Attraktivität einer Gemeinde entscheidend und ein wichtiger Standortfaktor für die Investitionsbereitschaft der Wirtschaft. Die vorrangigen Ziele sind konkret das Einwirken auf die Entwicklung der Kriminalität, der Abbau kriminalitätsfördernder Strukturen, die Steigerung des Sicherheitsgefühls der Bevölkerung, die Steigerung der Wohnqualität einer Gemeinde im Sinne einer sicheren Gemeinde, die Beeinflussung potenzieller Opfer und die Reduzierung der Tatgelegenheitsstrukturen.

Der zweite Vorschlag: Bewusstseinsbildung in der Bevölkerung. Ziel ist es, den Bürger in das umfassende Konzept der kommunalen Kriminalprävention einzubinden, um Veränderungen zu bewirken, die sich mittel- bis langfristig positiv auf das Kriminalitätsgeschehen auswirken. Das Ziel ist die Unterstützung der Wertvermittlung durch Elternhaus und Schule, eine intensivere und zielgruppenorientierte Jugendarbeit, mehr bürgerliches Engagement im Rahmen von Nachbarschaftshilfe, Reduzierung von Tatgelegenheit, die Einbeziehung von Betroffenen in Problemlösungsprozesse, die Verbesserung der Opferbetreuung, die Unterstützung von Resozialisierungsmaßnahmen, eine bessere Sicherung von Wohnungen, Fahrzeugen, Waren und Wertgegenständen. Als Lohn für dieses Engagement sind letztlich auch handfeste Vorteile für den Bürger zu erwarten, eine objektiv erhöhte Sicherheit und ein besseres Sicherheitsgefühl. Beides trägt zu mehr Lebensqualität bei. Meine Damen und Herren, wir werden aber trotzdem nicht um gewisse Einschnitte herumkommen, um die Zukunft unseres Landes und unserer Kinder zu sichern. Natürlich ist es leicht, wie die SPÖ es vorzeigt, immer Geld zu fordern. An dieser Stelle darf ich anmerken, dass dieses Budget 2001/2002 darauf zurückzuführen ist, dass unser ehemaliger SPÖ-Finanzlandesrat einen Schuldenbetrag in der Höhe von 22 Milliarden Schilling hinterlassen hat und das Land verpflichtet ist, jährlich über 700 Millionen Schilling an Zinsen zu leisten. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „45 Jahre hat die ÖVP die absolute Mehrheit gehabt!“) Allein im Bezirk Leoben ist es in den letzten Jahren der SPÖ-Regierung gelungen, seit 1980 5000 Arbeitsplätze in der VOEST-Alpine abzubauen. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Schon interessant, was in 45 Jahren zusammenkommt. Ist ein großartiges Argument!“) Trotz des Abbaues von 5000 Alpine-Arbeitern hat die SPÖ in diesem Werk dreimal so viele Betriebsräte installiert, meine Damen und Herren. Und das ist Ihre Vorstellung von Sicherheitspolitik. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Was ist denn das für eine Sicherheitspolitik, die Tore werden gefördert. Ist eine tolle Politik der Sicherheit der Feuerwehr!“)

Ein wichtiger Faktor für die Sicherheit in den Gemeinden ist auch ein Krankenhaus. An dieser Stelle ersuche ich den zuständigen Spitallandesrat Dörflinger sich des Problems der Strahlentherapie im Krankenhaus Leoben anzunehmen und dieses bereits vorliegende Projekt in Angriff zu nehmen, und nicht durch Änderungen der Prioritäten auf Grund eines politischen Schachzuges zurückzuziehen.

Herr Landesrat Dörflinger als auch der Technikvorstand der KAGES Berndt Martetschläger haben im Herbst vorigen Jahres den Standort Leoben mit dem Zeitplan garantiert. Das können Sie in der „Kleinen Zeitung“ vom August 2000 nachlesen. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Und wir fördern Garagentore. Neue Richtlinien zur Sicherheit!“)

Im Spitals- beziehungsweise Gesundheitsbereich gibt es im Rahmen einer Schwerpunktbildung im Jahre 2001 um 20,8 Prozent mehr Budgetmittel. Ich ersuche diese notwendige Einrichtung im LKH Leoben nicht zu verzögern, da auch dies Sicherheit für unsere Bevölkerung bedeutet. (Landesrat Dörflinger: „Herr Kollege Kreisl, wo gibt es mehr Mittel?“) Sicherheit für eine Gemeinde bedeutet auch Versprechen einzulösen – lassen Sie mich ausreden.

In Eisenerz gibt es ein duales Schulmodell, das auch in Zukunft weitergeführt werden muss. Betroffen sind davon 200 jugendliche Lehrlinge vom nordischen Ausbildungszentrum sowie der Betrieb des Landesschülerheimes. Das AMS hat sich aus der Finanzierung des Schulmodells verabschiedet. Herr Landesrat Paierl hat trotz des angespannten Landesbudgets seine Unterstützung in der Höhe von einer Million Schilling zugesagt. Für dieses Schulmodell wurde im Vorjahr den Verantwortlichen von der ehemaligen Landesrätin Dr. Anna Rieder, unserer heutigen Präsidentin, 2,9 Millionen Schilling zugesagt. Im Interesse des Schulmodells hoffen wir, dass diese 2,9 Millionen auch vorhanden sind, um diesen Betrieb aufrechtzuerhalten, da dieses Schulmodell für diese Region von größter Wichtigkeit ist und für den einzigartigen Ausbildungsbereich einen schweren Rückschlag bedeuten würde.

Meine Damen und Herren, wir alle in diesem Haus tragen eine Verantwortung und sind verpflichtet, gemeinsam die Zukunft unseres Landes zu sichern. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 19.33 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Zitz. Ich erteile es Ihnen.

Abg. Mag. Zitz (19.33 Uhr): Frau Präsidentin, sehr geehrte Regierungsmitglieder, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen und sehr geehrte Gäste!

Ich möchte jetzt noch etwas sagen zu der Diskussion, die vor zwei oder drei Stunden gelaufen ist und möchte das, was ich sage, in drei Teile teilen. Das eine, wir haben diesmal erstmals in diesem Kapitel einen Menschenrechtspreis des Landes Steiermark drinnen in der Höhe von 100.000 Schilling und ich sehe das als ein sehr gutes Signal. (Beifall bei den Grünen.)

Dazu möchte ich aber auch sagen, dass das, was vorher der Herr Abgeordnete List gesagt hat, für mich erschreckend war. Er als Angehöriger des Bundesheeres, einer Institution, die für die innere Sicherheit zuständig ist, hat sich dezidiert gegen das Demonstrationsrecht ausgesprochen. Ich möchte sagen, dass das Demonstrationsrecht ein Recht ist, ein klassisch bürgerliches Recht und ich möchte Ihnen aufzählen, bei welchen Demonstrationen in den letzten Jahren Grüne gewesen sind. Die Klubobfrau, Frau Lechner-Sonnek, ist vor zwei Wochen bei einer Demonstration gewesen, zu der der Bürgermeister von Sankt Oswald bei Plankenwarth eingeladen hat. Da ist es um die Aufstellung von einem Handymasten gegangen, wo die Leute das Gefühl gehabt haben, der wird nicht ordnungsgemäß in der Gemeinde aufgestellt und sie fühlen sich dadurch in der einen oder anderen Form gesundheitlich und umweltmäßig verunsichert.

Ich war im letzten Jahr mehrfach bei Demonstrationen, wo es darum gegangen ist, dass sich Leute gegen die Studiengebühren gewehrt haben. Da waren natürlich auch Vertreterinnen und Vertreter von der Aktionsgemeinschaft dabei.

Eine Demonstration, wo ich mich sehr wohl gefühlt habe, weil auch sehr viele Leute aus dem Landtag dort gewesen sind, das war die Demonstration, die in der Burg stattgefunden hat, im Innenhof, Frau Landeshauptfrau, und da ist es um den arbeitsfreien Sonntag gegangen. Das war eine Demonstration, die die katholische Arbeitnehmer- und Arbeitnehmerinnenbewegung zusammen mit dem Herrn Schirnhofner, das ist ein großer, sehr erfolgreicher Fleischer, veranstaltet hat.

Es ist für mich nicht nachvollziehbar, dass ein Abgeordneter im Landtag massiv gegen das Demonstrationsrecht auftritt.

Und das Zweite, das ich noch zur ÖVP insgesamt sagen möchte, ich bin absolut überrascht über den neuen Klubobmann Reinhold Lopatka: pro Landtag eine Entgleisung. So kann man das zusammenfassen. So wie du letzte Woche mit dem ehemaligen Landeshauptfraustellvertreter umgegangen bist (Abg. Tasch: „Er ist ja noch immer Landeshauptmannstellvertreter!“ – Abg. Dr. Lopatka: „Warum ehemaligen?“ – Abg. Tasch: „Ich würde das als Beleidigung sehen, dass sie den Landeshauptmannstellvertreter als ehemaligen hinstellt. Oder, Herr Landeshauptmannstellvertreter, sind Sie das nicht mehr?“ – Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Bleib ruhig, von dir war eh nicht die Rede!“ – Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Du bist immer mit mir per Du gewesen, was hast du denn?“ – Abg. Tasch: „Entschuldigung, das ist mir so herausgerutscht. Ich bin das Sie ja überhaupt nicht gewohnt!“ – Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Aber es kann nur etwas herausrutschen, was drinnen ist. Gell, hast Angst vor mir, bist per Sie. Passt!“ – Abg. Tasch: „Angst haben die

Schwachen und das war ich nie!“ – Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Groß bist du, das hat mit stark und schwach nichts zu tun!“ – Abg. Tasch: „Aber Frau Kollegin Zitz, das ist arg, dass Sie den Landeshauptmannstellvertreter als gewesenen hinstellen!“)

Ich möchte jetzt trotzdem weiterreden. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Haben Sie das wirklich gesagt?“) Na, gut. Herr Dr. Schachner ist in der letzten Woche vom Klubobmann der ÖVP in einer Art angegangen worden, wo ich mir gedacht habe, wie halten das bestimmte Leute im ÖVP-Klub aus? (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Es gibt noch einen wesentlichen Unterschied. Diesmal hat er mich nicht angezeigt, das hat er diesmal unterlassen. Beim Herrn Lopatka ist eine Besserung in Sicht. Er hat mich nicht bei der Staatsanwaltschaft angeklagt!“)

Und ich halte es für absolut legitim, dass man hergeht und ihn inhaltlich kritisiert und ihn auch dafür kritisiert, dass er sich nach der Landtagswahl politisch zurückgezogen hat. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Wegen Nichterscheinens Anklage bei der Staatsanwaltschaft. Insofern eine Besserung, Frau Kollegin!“)

Ich möchte jetzt trotzdem noch einmal auf die Rolle der ÖVP zurückkommen, die eine Wahl gewonnen hat, die die Mehrheit im Landtag stellt und die jetzt mit einem Stil das Klima im Landtag nachhaltig beeinflusst, bei dem mir sehr unwohl wird. Ich verstehe es überhaupt nicht, Frau Landeshauptfrau, dass Sie sich bis jetzt zu diesem Thema überhaupt nicht zu Wort gemeldet haben. (Abg. Gennaro: „Das Schweigen der Lämmer!“) Ich habe von Ihnen zwei Zwischenrufe gehört, die sich immer auf die Themen der Budgetgruppe bezogen haben, aber nicht auf die Äußerungen von Herrn Lopatka, der immerhin unterstellt hat, dass bei Demonstrationen für bestimmte parteipolitische Zwecke „Kinder missbraucht“ werden. Ich halte es für ganz, ganz schlecht, wenn das in dieser Form im Raum stehen bleibt. Ich möchte bei keiner Demonstration, egal von welcher Fraktion die unterstützt wird, oder auch, wenn sie von keiner Fraktion unterstützt wird, diese Art von Unterstellung im Raum stehen lassen. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Gennaro: „Der Frau Landeshauptmann hat es die Rede verschlagen!“)

Ich möchte noch einmal auf den Unterschied der ÖVP zurückkommen, vom Klubobmann her, in dieser Periode und in der letzten Legislaturperiode. In der letzten Legislaturperiode war Herr Schützenhöfer Klubobmann und es hat ein Pari-Pari-Verhältnis in der Mandatarinnen/Mandatarstärke zwischen ÖVP und SPÖ gegeben. (Abg. Mag. Erlitz: „Nein, nicht ungefähr, genau!“) Ich habe mir gedacht, weil das so knapp ist, wird das Klima heftig sein, weil beide einfach um das Weitervornesein kämpfen. Jetzt merke ich, die ÖVP hat eine Wahl gewonnen, die ÖVP hat mehr Mandatare/Mandatarinnen, die ÖVP hat einen Klub mit sehr, sehr unterschiedlichen Persönlichkeiten. Reinhold Lopatka, ich habe das Gefühl, du schaffst es nicht, die Ära Schützenhöfer in der Art der Auseinandersetzung mit anderen Fraktionen weiter zu führen. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Gennaro: „Sie werden mir immer sympathischer!“)

Ich halte das längerfristig für ganz, ganz schlecht. Ich hoffe auch, dass das ÖVP-mäßig bei euch ein Thema ist, dass ihr einfach schaut, in welchem Stil ihr mit den anderen Parteien umgehen wollt. (Abg. Gennaro: „Frau Kollegin, jetzt werde ich ein Fan von Ihnen!“ – Beifall bei den Grünen und der SPÖ. – 19.42 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Reinprecht. Bitte zum Rednerpult.

Abg. Dr. Reinprecht (19.42 Uhr): Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren!

Der französische Philosoph Voltaire – er war ein sehr streitbarer Mann – hat einmal gesagt: „Ich bin zwar nicht Ihrer Meinung, aber ich würde mein Leben dafür geben, dass Sie sie äußern können.“ Voltaire hat vor über 200 Jahren gelebt, war Bürger eines absolutistischen Staates, hat gelebt unter einem König, der gesagt hat: „Der Staat bin ich!“ Und leider habe ich den Eindruck, dass wir uns vielleicht wieder diesen Zuständen nähern.

Ich habe mit Entsetzen wahrgenommen, dass von dieser unserer Bundesregierung einmal ernsthaft erwogen wurde, Personen und auch Politiker und Politikerinnen, die die Regierung kritisieren, was empfunden wird als Kritik an der Republik Österreich, am Staat, strafrechtlich zu verfolgen. Der derzeitige Justizminister hatte sogar Sympathien für diese Idee entwickelt. Also dort sind wir hingelangt. Der Staat sind wir oder bin ich, sagt unsere Regierung.

Was das Demonstrationsrecht anbelangt, muss ich dasselbe sagen, was Edith Zitz gesagt hat. Das Demonstrationsrecht ist ein verfassungsmäßig verbrieftes Recht, das in allen demokratischen Staaten selbstverständlich ist. Wir müssen dieses Demonstrationsrecht auch verteidigen, weil es ein Instrument der Schwächeren ist. Ein Herr Prinzhorn oder ein Herr Flick oder wie sonst diese Leute auch heißen mögen, die brauchen kein Demonstrationsrecht, die kaufen sich im Notfall eine Zeitung. Aber es gibt viele Menschen, die wenig Möglichkeiten haben, ihre Wünsche, ihre Bedürfnisse, auch ihre politischen Haltungen zu kommunizieren. Und dazu ist dieses Demonstrationsrecht gedacht und das ist ein Grundrecht und gehört auch zu den Menschenrechten. (Beifall bei der SPÖ.)

Herr Abgeordneter List, Ihnen wollte ich noch sagen, seien Sie froh, dass Sie in einem demokratischen Staat leben, Sie können nur deshalb Abgeordneter sein. In Deutschland hat es zwischen 1933 und 1945, in Österreich zwischen 1934 und 1945 keine Abgeordneten gegeben. Verteidigen Sie unsere Demokratie, damit Sie weiter auf Ihrem Sessel sitzen bleiben können. (Beifall bei der SPÖ.)

Ein kleines Wort wollte ich auch noch zu unseren Einsatzorganisationen sagen. Die Bedeutung dieser Organisationen, insbesondere der Katastrophenschutzorganisation, ist mir einmal bewusst geworden, als ich mit einem italienischen Freund zufällig über die in Italien häufig vorkommenden Naturkatastrophen gesprochen habe. Er selbst kommt aus dem Trentino, das auf Grund der historischen Beziehungen zu Österreich dieselbe Struktur hat wie bei uns. Auch dort gibt es in den Kommunen diese Einsatzorganisationen. Er sagt, eben weil es diese Organisationen gibt, die immer sehr schnell vor Ort sind und sehr professionell arbeiten, haben diese Katastrophen in Norditalien nie diese fatalen Folgen wie in anderen Teilen Italiens und wohl auch in anderen Teilen der Welt, wo es auf Grund historischer Gründe einfach diesen hohen Grad an Vereinstätigkeit und Freiwilligkeit nicht gibt.

Und zu Ihnen, Frau Klasnic, wollte ich auch etwas sagen. Sie sind heute, als unser Kollege Schrittwieser seine Budgetrede gehalten hat, zuerst oben gesessen. Dann hat er einige für Sie sicherlich unangenehme Dinge gesagt. Daraufhin haben Sie sich in die Abgeordnetenbank begeben und etwas später hinaus in den Zuschauerraum. Und ich glaube, Sie haben dann überhaupt den Raum verlassen. Ich denke, dass Sie als Landeshauptfrau und als erstes Mitglied unserer Regierung die Pflicht haben, auch Kritik in und an der Regierungsbank auszuhalten. (Beifall bei der SPÖ. – 19.47 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Detlef Gruber. Ich erteile es dir.

Abg. Detlef Gruber (19.47 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Landeshauptfrau, werte Mitglieder der Regierungsbank, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Der Herr Kollege Hammerl hat mir ein Stichwort gegeben. Er ist wahrlich ein Kenner der Feuerwehrlandschaft in der Steiermark, wenn er sagt, dass in Retznei auch nicht mehr mit der Handspritze gearbeitet wird. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Das weiß er nicht!“) Das stimmt, Retznei verfügt leider über keine Freiwillige Feuerwehr. Wohl gibt es eine Betriebsfeuerwehr. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Er redet zwar über alles, aber er weiß nichts!“)

Nur zur Klarstellung. (Abg. Wiedner: „Tut nicht stören beim Reden!“)

Herr Kollege Wiedner, ich lasse mich durch solche Äußerungen mit Sicherheit nicht stören.

Wahr ist vielmehr, dass zum Beispiel im Löschverband Ehrenhausen, zu dem auch die Gemeinde Retznei gehört und, geehrter Herr Abgeordneter Hammerl, auch die Ihnen zugehörige Gemeinde Berghausen, Bedarfszuweisungsmittel, die für den Bau des Rüsthauses im Vorjahr versprochen wurden, nicht angewiesen werden oder die Anweisung verzögert wird.

Kann das sein? Ist das ein Indiz dafür, dass sich mit der Veränderung der politischen Landschaft in unserem Land auch die Notwendigkeit eines solchen so wichtigen Baues verändert hat? Kann das sein? (Abg. Dr. Lopatka: „Ist die Frage!“) Kann das sein, dass in der wunderschönen Weinstraßengemeinde Ratsch an der Weinstraße, in dem Ihr Abgeordneter zum Nationalrat Hannes Zwegytsch Bürgermeister ist, der Verschuldungsgrad dieser Gemeinde von 2 auf 20 Prozent gestiegen ist, weil das für den Rüsthausbau verwendet werden musste? Die Eigenmittel, wie Herr Dirnberger gesagt hat, werden immer wieder aufgebracht. Kann ein Zufall sein, ich weiß es nicht.

Herr Abgeordneter Dr. Lopatka (Abg. Dr. Lopatka: „Hier!“), der Meister soll den Hass meiden. (Abg. Dr. Lopatka: „Wer ist das, der Meister?“) Der Hass schadet nur dem, der hasst, nicht dem Gehassten. (Abg. Dr. Lopatka: „Von wem reden Sie?“) Hass erzeugt Galle und der Herr Primarius wird das wahrscheinlich beständigen, Galle geht ins Blut, aber leider ins eigene. Sie macht gelb, sie macht krank. Und wenn es einen Koch oder gar eine Köchin befällt, dann vergiftet es auch noch das Essen. Ich hoffe, sehr geehrter Herr Klubobmann der ÖVP, für den Stil im Hohen Haus, dass Sie in Zukunft ein besserer Koch für Ihre Fraktion werden unter dem Motto, man darf am Abend immer gescheiter sein als am Morgen! Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 19.51 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Majcen.

Abg. Majcen (19.51 Uhr): Frau Präsidentin, Frau Landeshauptmann, meine Damen und Herren!

Es ist eigentlich relativ selten der Fall, dass jemand von einer Fraktion, wie gerade vorhin von der Klubobfrau, gewesenen Klubobfrau (Abg. Mag. Zitz: „Ja, genau!“), in dem Fall wirklich gewesene, sich da herstellt und hier Zensuren verteilt über einen Klubobmann, der im stärksten Klub dieses Hauses in einer demokratischen Wahl gewählt wurde (Abg. Schrittwieser: „Sagt aber nichts, ob er der stärkste Klub ist!“) und zu dem wir uns ausdrücklich bekennen. (Beifall bei der ÖVP.) Und ich würde sagen, heute ist ja schon so viel die Rede, dass man bei jedem Wort – (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Herr Kollege Majcen, die Stärke des Klubs hat nichts mit Anstand zu tun. Sind wir uns da einig?“ – Beifall bei der SPÖ.) Das ist richtig, weil so ein kleiner Klub wie der Ihre könnte auch mehr Anstand haben.

Es ist ganz einfach eine Entwicklung, die uns wirklich missfällt, Frau Kollegin Zitz. Wir haben uns auch nicht hineingemischt, warum Sie nicht mehr Klubobfrau geworden sind oder warum du es nicht mehr geworden bist, möglicherweise war dein Stil auch nicht der, der den Grünen so gefallen hat. (Abg. Mag. Zitz: „Das war sogar mein eigener Vorschlag!“) Und wenn diese Partei so gut ist, wie du da tust und wie du da kritisierst, dann würde ich hoffen oder glauben, dass sie mehr Stimmen haben könnte. Es sind leider nicht genug gewesen. Ich möchte

noch einmal sagen, dass das, was hier heute so hin- und hergeschoben wird, eigentlich etwas ist, wo ich mir denke, hoffentlich erzählen das die, die zuhören, nicht weiter. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Das wäre mir auch nicht recht!“) Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 19.53 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Prattes. Bitte schön.

Abg. Prattes (19.53 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren der Landesregierung, meine sehr verehrten Damen und Herren des Hohen Hauses!

Eine Bemerkung zum Herrn Abgeordneten Majcen. Wenn Sie sich herausstellen und sagen, „schleichen“ ist keine Beleidigung, sondern eine Art der Fortbewegung, dann spreche ich Ihnen alles ab, was Sie jetzt gerade vor mir gesagt haben. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich möchte ganz kurz nur auf die Wortmeldung des Kollegen Kreisl eingehen. Das kann so nicht unwidersprochen stehen bleiben. Erstens einmal, glaube ich, hast du die Gruppe verschlafen, denn Krankenhäuser und Schulen haben in der Gruppe 1 meines Erachtens nichts zu tun. Und wenn man sich schon zu Wort meldet, dann bitte mit Fakten. Wenn man hierher geht und sagt, Herr Landesrat Dörflinger, was ist mit der Strahlentherapie in Leoben, dann muss ich sagen, du bist relativ schlecht informiert. Denn wenn es nach Landesrat Dörflinger geht, dann gibt es die Strahlentherapie in Leoben, dann gibt es den Ausbau des Erwachsenentraktes, dann gibt es eine völlige Neuorganisation des Verkehrs, nämlich dass das Krankenhaus zusammenwächst. (Beifall bei der SPÖ.)

Wenn man etwas moniert, dann muss man auch eine entsprechende Sachkenntnis haben. Und eines möchte ich bitte auch sagen, ohne Landesrat Dörflinger gäbe es nicht das Schwerpunktkrankenhaus LKH Leoben, das ein Herzeigespital ist. Alle Menschen der Obersteiermark sind stolz auf dieses Krankenhaus, auch wenn der Kollege Bacher da jetzt sehr herzlich lachen möchte. (Beifall bei der SPÖ.)

Es ist doch bitte unverfroren, das zieht sich ja durch die Budgetdebatte durch, jemandem Geld wegzunehmen und dann zu sagen, es liegt in deiner Möglichkeit und in deiner Gestaltungsfreiheit, etwas zu bauen. Bitte, lieber Kollege Kreisl, so kann man nicht reden. Draußen im Bezirk geht man her und sagt, wenn Landesrat Dörflinger will, gibt es die Strahlentherapie. Geh du zu deinem Landesrat Paieryl und sage ihm, er soll ihm mehr Geld geben, dann kann er auch diese Spitäler herrichten, die die Menschen brauchen. (Beifall bei der SPÖ.)

Ein Zweites bitte.

In der Gruppe 1 hat ein Schulmodell meines Erachtens nichts zu tun, aber ich weiche dem nicht aus. Ich weise auf das sehr gute Schulmodell Eisenerz hin. Auch hier darf ich aufklärend wirken. Dieses Schulmodell Eisenerz hat vor allem durch eine Zuschussleistung, welche bisher in Verbindung mit „Job 2000“ im Rahmen der Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten für Jugendliche funktioniert. Und warum ist das für 2000/2001 nicht mehr ausbezahlt worden? Wir wissen, in der Zwischenzeit gibt es ja Ressortänderungen. Ich darf dir vielleicht helfen, dass jetzt Herr Landesrat Paieryl zuständig ist. Und ich zitiere gerne, ich unterstreiche das auch, was er immer sagt, die beste Chance für unsere Jugend ist eine gediegene Ausbildung. Bitte, geh zu deinem Landesrat Paieryl und fordere diese Mittel ein. Die Eisenerzer werden sich freuen, wenn du so für sie kämpfst. (Beifall bei der SPÖ. – 19.57 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Herr Abgeordneter Hammerl bitte.

Abg. Hammerl (19.57 Uhr): Meine Damen und Herren, Herr Landeshauptmann, Frau Landeshauptmann!

Herr Abgeordneter Gruber hat früher gemeint, deine Gemeinde Retznei – ich glaube, du hast um die 600 Einwohner in deiner Gemeinde – (Landesrat Dörflinger: „Ist das schlecht?“)

Moment, ausreden lassen, Kollege Dörflinger, ich bin ganz leise, damit du horchst. Dort ist eine große Firma, Perlmoser Lafarge, mit über 1000 Mitarbeitern. Ich glaube, es wäre eine Schande, wenn du heute hier sagen würdest, dass die Betriebsfeuerwehr dort nicht in der Lage ist, in deinem Bereich, in Retznei, einen Brand zu löschen. Diese Betriebsfeuerwehr Perlmoser ist eins a. Und wir müssen in Zukunft, meine Damen und Herren, das ist auch meine innerliche Einstellung, wie im Sozialen die Treffsicherheit untersuchen, die Kosten untersuchen, ob wir überall, in jedem kleinen Dorf in Zukunft auch eine Feuerwehr brauchen, genau so wie wir im Sozialen auch die Kosten überschätzen müssen. (Beifall bei der ÖVP. – 19.58 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Gruber, bitte schön.

Abg. Detlef Gruber (19.59 Uhr): Verzeihen Sie mir, ich möchte die Zeit nicht über Gebühren strapazieren, dass ich die Begrüßungsformel jetzt weglassen.

Herr Kollege Hammerl, der Herr Kollege Prattes hat es ja gerade vorher gesagt. Er hat gesagt, man soll nur dann sich da herstellen, wenn man Fakten hat. Und was tun Sie? Sie gehen raus und reden von Mitarbeit und haben keine Ahnung. (Abg. Gennaro: „Das ist immer so!“)

Haben Sie den österreichischen Konzern Lafarge gemeint mit 1000 Mitarbeitern? (Abg. Hammerl: „Ihre Betriebsfeuerwehr Retznei ist eins a. Und wenn Sie jetzt sagen, Sie brauchen statt der Betriebsfeuerwehr, die ist nicht fähig, einen Brand zu löschen, eine Feuerwehr, dann haben Sie das heute gesagt, dann werden wir einmal nachschauen!“) Ich bin offensichtlich einer der wenigen in diesem Haus, die sehr aufmerksam zuhören. Und

wenn Sie sprechen von 1000 Mitarbeitern, muss ich Sie wirklich korrigieren, es sind nur 100, das können Sie nachlesen. Wir haben eine hervorragend ausgerichtete Betriebsfeuerwehr und es trägt auch die Gemeinde ein bisschen etwas dazu bei. Das sind die Fakten.

Aber bedienen Sie sich bitte bei Ihren Wortmeldungen wirklich der Fakten und tun S' nicht irgendwas daherzählen. Danke vielmals! (Beifall bei der SPÖ. – 20.00 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Abschließend zu Wort gemeldet hat sich Herr Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl.

Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl (20.00 Uhr): Frau Präsident, Frau Landeshauptmann, geschätzte Kollegen, Hoher Landtag!

Nur zwei Anmerkungen zu dem Budgetkapitel.

Erstens: Es wurde heute in der Debatte auch schon das Thema Strahlenschutz angesprochen. Ich möchte mich erstens einmal bei den Beamten bedanken, die dieses Strahlenmonitoringsystem – und das ist eine ganz wichtige Sache, weil das auch ein Teil unseres Sicherheitsbedürfnisses ist – in vorbildlicher Weise führen und auch bei der Überwachung des Problemkraftwerks Krško da immer wieder dabei sind und uns wirklich objektiv und richtig informieren. Herzlichen Dank dafür! (Beifall bei der FPÖ.)

Zum Zweiten, aus gegebenem Anlass: Es wurde in den Medien eine Überprüfung der Tunnels veröffentlicht. Wir haben ja alle Tunnels nach der Katastrophe im Tauern Tunnel überprüft und alle Sicherheitsvorkehrungen überprüft und richtiggestellt. Es sind noch Nachbesserungen notwendig. Wir arbeiten daran. Ich bin überzeugt davon, dass es uns gelingen wird, auch die restlichen Schwachstellen, die wir in der Tunnelsicherheit noch haben, so rasch wie möglich zu beheben. Wie gesagt, es wird intensiv daran gearbeitet.

Einer der Kritikpunkte in den Medien war eine Brandschutzübung beziehungsweise eine fehlende Katastrophenübung im Raum Bruck. Ich werde Herrn Bezirkshauptmann und auch Frau Landeshauptmann darauf aufmerksam machen, dass der Herr Bezirkshauptmann Dr. Hofreiter, der dafür zuständig ist, auch in Bruck diese Katastrophenübung raschestmöglich nachholt, damit auch dieser Punkt erfolgreich abgeschlossen werden kann. Danke schön! (Beifall bei der FPÖ. – 20.02 Uhr.)

Präsident Purr: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Landeshauptmann.

Landeshauptmann Klasnic (20.02 Uhr): Herr Präsident, Hohes Haus!

Wir haben nun seit 16.00 Uhr eine Debatte zur Gruppe 1. Ich bin seit Beginn der Landtagssitzung, bis auf eine ganz kurze Minute, hier. Ich möchte das gleich begründen für die Frau Kollegin Dr. Reinprecht, weil sie gemeint hat, dass ich gegen Schluss der Worte des Klubobmannes Schrittwieser den Raum, das Plenum hier verlassen habe. Aber ich habe mir den Schluss im Zuschauerraum angehört. Ich sage es sehr bewusst. Ich weiß, dass es um zehn Gebote gegangen ist, die gemeint waren. Und ich habe ungefähr beim Gebot Nummer 3 meinen Platz hier verlassen, bin aber in der Zwischenzeit und den ganzen Tag hier gesessen, aus Verantwortung und aus Respekt gegenüber dem Landtag. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich bin bewusst von meinem Platz aufgestanden, weil ich gesehen habe, dass der Herr Klubobmann eine Tafel in der Hand hat. Die Tafel der Zehn Gebote akzeptiere ich nur in der Form wie sie in der Bibel steht, nämlich dass sie Moses vom Berge Sinai verkündet hat, und nicht der Herr Schrittwieser in diesem Haus. (Beifall bei der ÖVP.)

Und wenn es in kleinen Abständen immer wieder Bemerkungen gibt, dass mir dazu vielleicht die juristische Ausbildung fehlt, um manches zu verstehen, dann sage ich, ich habe wenigstens einen Hausverstand. (Abg. Schrittwieser: „Das habe ich nicht gesagt!“) Und das heißt, mit Gott und Tod soll man nicht scherzen, das ist Frevel. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Schrittwieser: „Ich kann Sie beruhigen, ich habe auch keine juristische Ausbildung!“)

Zweiter Punkt: Ich möchte mich bei allen Kolleginnen und Kollegen sehr, sehr herzlich bedanken für die Form des Gespräches, für die Form der Darstellung, aber auch für die Möglichkeit, dass jene Damen und Herren aus den Einsatzorganisationen und die anderen Zuhörerinnen und Zuhörer ein Bild bekommen: was ist gemeint, was ist Sicherheit in diesem Land und was meinen wir?

Der Kollege Hamedl hat mit einem Schicksal der Osternacht begonnen. Ich möchte dazusagen, dass wir es ganz genau wissen und dass es zum Wort „sichere Steiermark“ dazu gehört, dass ich froh bin, dass zum Beispiel eine Gruppe mit dem Herrn Prof. Zapotoczky sich bemüht, diese Nachbegleitung nach dem ersten Selbstmordversuch zu machen, der Gott sei Dank nicht immer gelingt, und vorzubeugen, dass es nicht zum zweiten, zum dritten oder zum wirklichen kommt, der das Ende bedeutet. Das ist unsere Aufgabe, das ist ein Teil der sicheren Steiermark. Und ich danke dir, Kollege Hamedl, in diesem Fall für die Ernsthaftigkeit. (Beifall bei der ÖVP.)

Der Schicksalsschlag kommt oft genug.

Und zum Herrn Abgeordneten Kröpfl. Ich bin dankbar, wenn er sehr viel über den Zivilschutz redet. Wir haben dort eine gemeinsame Aufgabe, er ist dort Vizepräsident, ich bin Präsidentin. Die Arbeit wird aber von Dietmar Lederhaas und einem großen Team gemacht, bis zur Kinderschutzolympiade. Aber ich sage sehr bewusst dazu, es ist vieles vorbereitet und wir kommen dort auch ein großes Stück weiter.

Ich habe mich gefreut, als der Landesbranddirektor außer Dienst Ferstl gesprochen hat, der sich aber noch im Bezirk der vollen Verantwortung stellt und im Landesfeuerwehrverband sitzt und genau weiß, was es heißt, wenn man über die sicherste Region redet. Wir haben gemeinsam viel mit aufgebaut. Und nicht nur wir, die wir an der Spitze Verantwortung tragen dürfen, sondern tausende Menschen in diesem Land helfen mit, um die Sicherheit im Alltag zu gewährleisten. Ich möchte nicht wissen, wie viele Menschen und wie viele Schicksale in diesen Stunden gerettet wurden, während wir hier diese Form der Debatte durchgeführt haben. Aber ich sage bewusst dazu, das, was die Ehrenamtlichen bei uns im Lande leisten, kann man nicht bestellen und kann man schon gar nicht bezahlen. Darum ist es gut, wenn sich viele zu Wort melden und laut Danke sagen, weil das ein kleines sichtbares Zeichen ist, dass es gehört wird. (Beifall bei der ÖVP.)

Dass zu diesem Danke auch ein sichtbares Zeichen möglich ist in Form einer Auszeichnung und eines Ordens, ist vielleicht das kleinste, aber das strahlendste Geschenk für jahrelangen Einsatz und für jahrelanges Tun. (Beifall bei der ÖVP.)

Weil die Dienstfreistellung für die Ehrenamtlichen angesprochen wurde. Ich weiß um diese Situation. Ich möchte zwei Gemeinden herausnehmen, weil sie das aufgenommen haben, was ich angeregt habe, und gesagt haben, Gemeindebedienstete, die wir einstellen, sollen sich auch bei ehrenamtlichen Einsatzorganisationen, welche immer das ist – und sie sind in großer Zahl vorhanden –, einsetzen können. Ich nenne die zwei Gemeinden: Die Marktgemeinde Stainz und die Gemeinde Thörl, damit Sie nicht sagen, ich habe da eine eigene Farbe gesehen.

Beim Kollegen Hagenauer möchte ich mich bedanken, vor allem dort, wo er von „Sicherheit im Straßenverkehr“ spricht. Aber, Herr Kollege, ich darf Sie an etwas erinnern, ich war auch einmal Verkehrsreferent. (Abg. Gennaro: „Das ist schon lange her!“) Es ist lange her. Aber es war das Jahr 1992, und es war der Jänner 1992, und ich habe als Verkehrsreferentin damals offiziell steiermarkweit mit der Gendarmerie, mit der Exekutive gemeinsam das Planquadrat eingeführt. Sie können sicher sein, es hat mich niemand dafür sehr gelobt. Ich bin zum Gastwirtetag gegangen und da war es dann nicht mit freundlichen Worten getan, aber es wurde verstanden.

Und man kann sagen, Schritt für Schritt haben wir in diesem Land einiges erreicht. Aber wir dürfen nicht aufgeben, Sie haben mich hier voll und ganz an Ihrer Seite!

Zweiter Teil: Wann immer ich durch das Ennstal fahre: Wie viele haben mich angedredet und sagen, na, schau dir das an, eine 70-er-Beschränkung und ein Überholverbot. Ich selber habe dafür gesorgt, dass es dies gibt. Es gibt Gott sei Dank seit damals viel, viel weniger Tote. Ich bedanke mich bei den folgenden Verkehrsreferenten – beim Kollegen Ressel und beim Kollegen Schöggel –, dass sie dies nicht aufgehoben haben. Weil es ist zwar für den, der fährt, unangenehm, aber es ist von der Sache her gescheit. Und um das geht es. Das ist Mut und so habe ich meine Arbeit immer gesehen und werde sie so fortsetzen. (Beifall bei der ÖVP.)

Die Grundidee „Messwagen Krško“ ist sicher eine gute. Ich glaube, darüber sollten wir weiterreden.

Wenn ich dem Herrn Abgeordneten Bürgermeister Gruber zugehört habe, dann verstehe ich schon, wo er die Zweigleisigkeit sehen wollte. Aber ich sage sehr bewusst, ich schaue mir die Liste der Bedarfszuweisungen sehr genau an, vor allem meine eigene, weil für die habe ich dann Verantwortung. Weil das Wort „Toreförderung“ angesprochen ist, ich muss die Herren im Landesfeuerwehrverband fragen, weil wir eine gemeinsame Aktion in diesem Land haben, und das seit Jahren. Wir bemühen uns, dass wir einen gerechten Weg suchen, dass es nicht darum geht, wer kann sich mehr leisten in seiner Gemeinde, sondern jeder soll die Möglichkeit haben, eine gerechte Förderung zu bekommen. Und darum ist man zu dieser „Toreförderung“ gekommen. Ich bekenne mich dazu.

Zweiter Teil und da sage ich gleich dazu, der Kollege Dirnberger hat es auch angesprochen, es wird so viel gearbeitet an diesen Rüsthäusern draußen und ein Kommandant sitzt dort, der hat zu mir voriges Jahr gesagt: „Es war ganz komisch, vor drei oder vier Jahren, wie ich angefangen habe, habe ich geglaubt, wir können zwölf bauen und jetzt haben wir das einundzwanzigste eröffnet.“ Nein, so schlecht ist es um die Sicherheit in diesem Land nicht bestellt.

Dem Herrn Kollegen List, Sie haben selbst mit ihm gesprochen und es hat ja dann auch die folgende Diskussion gegeben bis zum Herrn Kollegen Stöhrmann. Ich möchte Ihnen nur zum Herrn Klubobmann Folgendes sagen. Reinhold Lopatka ist der Klubobmann des Klubs der steirischen Volkspartei, er hat mein Vertrauen und er ist von diesem Klub einstimmig gewählt. Ich stehe zu ihm. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich habe mir gedacht, wenn man wirklich – und ich verstehe schon, dass man etwas auch missverständlich ausdrücken oder missverstehen kann –, zuhört und ich sage Ihnen, wenn ich es mir aufschreiben würde, wie vieles an Freundlichkeiten, an unzumutbaren Freundlichkeiten es im Laufe von 10.00 bis 20.15 Uhr gegeben hat, dann wäre mir auch mancher Ordnungsruf eingefallen. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich sage ein Zweites dazu, weil der Kollege Stöhrmann davon gesprochen hat, dass man bei mir um Rettungsmittel bittet. Zum Ersten, zu mir braucht niemand bitten kommen, und unsere Bürgermeister wissen, dass ich hinausfahre und ich habe die Runde fertig. Ich gehe die Bürgermeister besuchen, für die ich Verantwortung habe und rede mit Ihnen. Bei mir braucht niemand bitten, aber es gibt so etwas wie eine Verteilung in der Geschäftsordnung in der Form, dass für Bedarfszuweisungen der zuständige Gemeindefürer für die Mittel zuständig ist. Ich habe mir in den vergangenen Jahren sehr schwer getan, zum Beispiel für die Bezirksstelle des Roten Kreuzes in Fürstenfeld die 5 Millionen aufzubringen, hatte die Verantwortung für ungefähr 400 Gemeinden und trotzdem haben wir es aufgebracht. Und in diesem Sinne ist es eben Aufgabe des zuständigen Gemeindefürers. Sie haben aber Recht, Herr Kollege Stöhrmann, wenn Sie sagen, ein Tag des Ehrenamtes ist zu wenig und da bin ich mit der Kollegin Gross ganz einer Meinung, das ist wie beim Muttertag: nicht nur ein

Tag im Jahr, das ist einfach zu wenig. Und das Ehrenamt und die Freiwilligkeit sind das ganze Jahr gefragt und ich denke an eine Sitzung in Vorbereitung für diese Datumsumstellung damals im Jahr 2000, wo dann der Vertreter der Freiwilligen Feuerwehr – ich glaube, es war der Horst Meltzer – gesagt hat, wir brauchen uns nicht vorbereiten, weil wir sind 365 Tage 24 Stunden vorbereitet, dass etwas passiert. Und das unterscheidet eben die Einsatzorganisationen von manchen, die nicht täglich damit zu tun haben. Da geht es nicht nur um die ehrenamtlichen Einsatzorganisationen, sondern auch um die hauptberuflichen. Gott sei Dank, dass es die gibt, sonst könnten wir das Wort „sicherste Region“ nicht für uns in Anspruch nehmen.

Peter Rieser hat über die Aufgabe vor allem des Bundesheeres gesprochen. Ich glaube, dass es eine gute Fortsetzung dessen ist, wo man sagen muss, es gab ja auch Generationen, die inzwischen älter geworden sind und die eigentlich dieses Fundament „sichere Steiermark“ gelegt haben, nennen wir nur den Kameradschaftsbund. Ich sage das sehr bewusst in dieser Stunde dazu, weil man auch dort diese Gemeinschaft lebt und jungen Menschen sagt, tut mit in Vereinigungen, tut mit in Organisationen, helft mit! Und wenn man vorige Woche bei dem Vortrag über Sicherheit und Landesverteidigung dabei war – Herr Kollege Gennaro war dort, Herr Peter Piffl ist dort der Vorsitzende geworden und hat den Dr. Maitz abgelöst –, dann hat man gemerkt, dass wir keine Insel sind, nicht in der Steiermark, nicht in Österreich und nicht in diesem Teil Mitteleuropas. Das müssen wir wissen.

Ich habe die Reihenfolge ein bisschen verschieben müssen, weil ich sie so genommen habe, wie sie am Rednerpult war. Herr Kollege Schleich, für den Tisch in Sankt Stefan bin ich nicht zuständig, weil ich bin zehn Minuten zu spät gekommen. Aber eines sage ich Ihnen, ich freue mich wahnsinnig, wenn ich bei jeder Veranstaltung einen Sessel habe, den brauche ich, weil ich manchmal müde bin oder weil ich überhaupt das so an mir habe, dass ich diesen Sessel, den ich habe, auch beschütze und nütze, siehe den Sessel des Landeshauptmannes. (Beifall bei der ÖVP.) Man kann mir ja relativ viel nachsagen, aber dass ich so viel unbedingten Wert darauf lege, dass wegen mir ein Ehrentisch gestaltet werden muss, zu dem sich niemand hinsetzen darf, das täte Ihnen wahrscheinlich so gefallen, aber da müsste ich eine innere Wende vollziehen und zu der bin ich nicht bereit, weil die Waltraud Klasnic mag man, weil man sie angreifen kann, und nicht, weil man sie irgendwo hinsetzt, mit Petersil garniert und dann sagt, dort ist der Tisch. Das ist nicht mein Stil. (Beifall bei der ÖVP.)

Herr Dr. Forenbacher hat es angesprochen und ich gehe dort gleich weiter, weil auch die Frau Kollegin Lackner darüber gesprochen hat. Es gibt eine Artikel-15 a-Vereinbarung mit dem Bund im Bezug und im Zusammenhang mit der Flugrettung und ich darf dazu sagen, es ist gut, dass es diese Vereinbarungen gibt und möchte mich beim Kollegen Hammerl bedanken, dass er zum Beispiel auch das Thema Hospiz angesprochen hat, weil das Leben eine Sicherheitskette ist, eigentlich schon von vor der Geburt und bis zur letzten Stunde. Es sollte eine Sicherheitskette sein, es soll uns zusammenbringen und ich sage bewusst, wir haben auch versucht, uns gerade bei diesem Artikel-15 a-Vertrag mit dem Bund nicht auszuklinken, sondern den Bund in seine Verantwortung einfach einzubinden, drinnen zu lassen, nicht locker zu lassen und zu sagen, wir brauchen das. Und die Diskussion ist nicht jetzt in diesem letzten halben Jahr entstanden. Ich habe schon Diskussionen erlebt mit den Innenministern Einem, Schlögl und Strasser. Das heißt, drei Innenminister haben sich mit der Flugrettung beschäftigt. Das ist nicht jetzt alles in den letzten 15 Monaten anders geworden, das ist ja in vielen anderen Bereichen auch so.

Herr Kollege Kreisl hat die Bewusstseinsbildung angesprochen und vielleicht ist das auch jener Teil, der ganz besonders wichtig ist, dass wir dieses Wort Sicherheit und dass wir diesen Schutz, auch diesen Schutz in unserer Familie sehr klar ansprechen sollen, dass es darum geht Bewusstsein zu bilden von klein auf und diesen Schutz einfach zu geben.

Sichere Steiermark, das Wort ist sehr oft angesprochen worden. Ich darf in dieser Stunde allen Ehrenamtlichen und den Freiwilligen, die im permanenten Einsatz sind, sehr, sehr herzlich danken. Es sind über 60.000 Menschen im ganzen Land. Ich möchte mich aber auch bei allen bedanken, die hauptberuflich tätig sind und dann oft auch noch neben ihrem Beruf in der ehrenamtlichen Tätigkeit in der Freizeit zusätzlich helfen, weil dieser Beruf eben einfach auch Berufung geworden ist. Das braucht viel persönlichen Einsatz, aber es ist eigentlich für die Menschen unseres Landes dann Sicherheit und Geborgenheit das Ergebnis.

Ich möchte ein Zweites ansprechen, weil es ein paarmal hinterfragt wurde, wie es mit dem finanziellen Bereich aussieht. Ich wundere mich halt manchmal, dass manche Dinge dann doch funktionieren und ich hoffe, dass es uns jetzt gelingt. Ich habe einen Auftrag auszuführen, den ich nicht nur aus der Steiermark mitnehme, sondern auch in Vertretung der Landeshauptleute zu verhandeln, dass wir doch diese Erhöhungen von 8 auf 10 Prozent bekommen. Ich hoffe, dass die Akzeptanz zu erreichen ist und werde Ihnen das nächste Mal, wenn es soweit ist, darüber berichten. Das müsste eigentlich in einigen Monaten geschehen und ich bin ganz auf der Seite vor allem der Einsatzorganisation, dort, wo es darum geht, diese 1,5 Prozent der Kfz-Haftpflichtprämie zu wollen und diesen Antrag zu unterstützen und zu forcieren.

Dann möchte ich noch etwas sagen, weil man das Gefühl hat, es passiert irgendetwas. Wir haben bitte in der Steiermark im Jahre 1997 76 Fahrzeuge angeschafft, ausgelieferte Feuerwehrfahrzeuge, 1998 84, dann 88, dann 91. Ich habe fast das Gefühl, dass man hier den Eindruck vermitteln möchte, es bricht etwas zusammen. Die Mittel sind anders geworden, vor allem jene Mittel der Feuerschutzsteuer und da weiß die freiwillige Feuerwehr unseres Landes mich an ihrer Seite, dass wir einen Weg suchen müssen und wir werden diesen Weg auch gemeinsam gehen. Es gab Vorgespräche und bei der Vergabesitzung Mitte Mai ist ein erster Schritt zu setzen, weitere werden folgen. Ich glaube auch, dass es uns gelingen muss, dass wir die Medien viel stärker einbinden. Ich sage bewusst, viel stärker und viel umfassender, weil manche das Gefühl haben, dass sie in ihrer Leistung nicht gesehen werden. Es hängt auch von uns ab, wie wir über diese Einsatzorganisation reden, ob wir einmal

darüber reden, wenn es hier im Landtag ist, wenn da die Debatte ist oder wenn wir uns auch draußen dazu bekennen. Oder wenn wir uns auch dazu bekennen, dass es eigentlich Freude und wirklich auch ein inneres Danke ist, wenn man jemandem eine Auszeichnung an die Brust heften kann. Da können Sie darüber reden wie Sie wollen, ich stehe dazu.

Ich sage ein Zweites, weil es notwendig ist. Im Zusammenhang mit der neuen Entwicklung Flugeinsatzstelle, weil wir ja da viel weiter sind, als wir eigentlich reden und es ist eigentlich abgeschlossen, dass der ÖAMTC mit dem Artikel 15 a die BV-G-Vereinbarung mit 1. Juli 2001 wahrnehmen wird. Ich habe einiges an Gesprächen geführt, auch mit den genannten Organisationen, aber ich sage Ihnen ganz ehrlich, ich weiß auch, mit welchen eigenen Sorgen und Zukunftsproblemen die Organisationen belastet sind und wir sollten den Bund in diesem Fall, weil er es nicht nur übernommen hat, sondern weil er es auch will, aus dieser Verantwortung nicht entlassen, sondern wir müssen es gemeinsam tun.

Ich möchte in dieser Stunde und an diesem Tag einen herzlichen Dank sagen den Flugeinsatzstellen Graz-Thalerhof und Aigen im Ennstal mit allen, die dazu gehören – Notärzte, Notfallsanitäter, Flugretter und Piloten – und sage bewusst, ob es die Bergretter sind, ob es darum geht, dass wir über die Rettungshundebrigade, über die Wasserrettung reden, wir haben Einsatzorganisationen, auf die man sich verlassen kann. Und wenn über die Dokumentation gesprochen wurde, dann ist das eine Lektüre, die wir alle gerne mitnehmen, lesen und auch darauf aufmerksam machen.

Es ist das Thema des Rotkreuz-Ausbildungszentrums in den letzten Tagen beziehungsweise Wochen einige Male strapaziert worden.

Ich sage ganz klar dazu: In der Budgetvereinbarung für die Jahre 2001 und 2002 ist dieses Projekt im Rahmen des Programmes „Förderung von Investitionen mit Fremdfinanzierung“ angeführt. Ich bekenne mich zu einer Investition, die notwendig ist, weil es nicht nur der Ausbildung bedarf, sondern weil man auch wissen muss, dass heute die Hälfte aller Kurse disloziert geführt werden muss und dass der Rest in einer adaptierten Verkaufshalle durchgeführt wird. Die Durchführung der Schulung ist aber notwendig. Ungefähr 4500 Menschen nehmen diese jährlich in Anspruch. Und da kann man nur danke sagen, weil das sind ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Gleichzeitig muss man auch wissen, dass es die Jugend unseres Landes ist, die in diese Einsatzorganisationen hineingeht. Ich sage bewusst dazu, hineingeht, weil es ja nicht selbstverständlich ist. Und es ist dann die Verantwortung jener, die sie vorbereiten, dass sie ihnen auch vermitteln, dass sie gebraucht werden und dass sie dann, wenn eine Phase kommt, wo alles andere spannender wird, in der Einsatzorganisation drinnen bleiben, ob das die freiwillige Feuerwehr ist, ob das das Rote Kreuz ist, ob es die anderen Einsatzorganisationen sind. Da sind wir auf einem guten Weg.

Dass es ein Netzwerk der Zusammenarbeit gibt, haben die zwei vorjährigen Übungen gezeigt, die Übung „Flughafen“ – viele von Ihnen sind dabei gewesen – oder die Opernhausübung. Da hat man gesehen, was es heißt: Einsatzorganisation, Selbstschutz und behördliches Krisenmanagement. Da sind wir ein Stück weiter gekommen.

Die Kinderschutzolympiade ist angesprochen worden. Ich möchte sagen, dass das eine großartige Geschichte im Rahmen des Zivilschutzverbandes ist, die wir weiter durchsetzen sollen und weiter fortsetzen müssen, weil das etwas ist, wo sich die Kinder für eine Idee begeistern.

In welche andere Einsatzorganisation sie sich dann später einklinken, das muss man ihnen selbst überlassen. Das hängt aber dann oft ein bisschen damit zusammen, wo sie zu Hause sind und welches Angebot ihnen gerade Freude macht. Weil die Freude gehört auch dazu, wenn man seine Freizeit voll und ganz einsetzt. Und die Unterstützung und die Verantwortung und das Wissen, dass man nicht nur dankbar ist, sondern dass man auch helfen will und diese Leistung anerkennt, das ist das Allerwichtigste, was unsere Einsatzorganisationen brauchen.

Ich glaube, im Namen des gesamten Landtages und der gesamten Regierung kann ich sagen, wir sind dankbar für diese Zusammenarbeit. Ich bitte weiterhin um diese Zusammenarbeit, alle im Lande, alle, die hier sind. Ich bedanke mich bei den Familien draußen. Es ist nicht immer selbstverständlich. Es klopft manches Herz zu Hause, wenn es den Einsatz gibt und die Partnerin oder der Partner nicht da ist. Ich bedanke mich bei den Verantwortlichen in der Abteilung. Ich bin überzeugt, dass die Gruppe 1 – und sie hat heute gezeigt, dass sie einer langen Diskussion bedarf – zu Recht eine lange Diskussion hatte, weil sie gehört zu den wichtigsten, sie gehört zu jenen, die in der Lage ist, Leben zu schützen. Und das ist unser Auftrag. Alles Gute! (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – 20.23 Uhr.)

Präsident: Es liegen mir noch zwei weitere Wortmeldungen vor. Es hat sich der Herr Abgeordnete Peter Hagenauer zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Hagenauer (20.23 Uhr): Ich möchte nur ganz kurz, Frau Landeshauptfrau, doch auf Ihre Ausführungen eingehen, in einem Punkt, der mir, obwohl ich mich dazu nicht gemeldet habe, persönlich auf Grund meiner persönlichen Geschichte ein sehr ernstes Anliegen ist, nämlich die Auseinandersetzung, die es hier gegeben hat, um die Frage der Demonstrationen beziehungsweise konkret um den so genannten Missbrauch von Kindern, wenn sie auf Demonstrationen mitgenommen werden. Ich bin eigentlich mit diesem Vorwurf politisch groß geworden. Einige von Ihnen wissen das ja ohnehin. Ich habe an vielen Demonstrationen teilgenommen, wo dann und wann ich meine eigenen Kinder mitgenommen habe, wo andere Leute ihre Kinder mitgenommen haben, wo

Freiheitliche teilgenommen haben, immer wieder natürlich auch Mitglieder beziehungsweise Funktionäre der ÖVP. Wenn Sie letzte Woche ins Fernsehen geschaut haben, etwa bei einer Temelin-Demonstration unter Teilnahme oder Führung des Herrn Landeshauptmannes Pühringer, werden Sie dort zahllose Kinder gesehen haben, immer wieder. Ich sage das ganz unaufgeregt, aber ich meine es trotzdem sehr ernst. Weil einmal irgendwas, da hat die Frau Landeshauptfrau, und da komme ich jetzt zu Ihnen, hätte sie natürlich Recht, Sie haben den Begriff „Unfreundlichkeiten“ verwendet, Frau Landeshauptfrau, die heute gefallen sind. Wenn es das wäre, wäre ich jetzt nicht noch einmal herausgegangen. Aber es geht ja hier um etwas anderes. Es geht hier tatsächlich darum, dass man aufgeregt und mit entsprechendem Unterton auf etwas reagiert, was eigentlich eine Selbstverständlichkeit ist, nämlich das Demonstrationsrecht und natürlich auch der Umstand, dass man da Kinder mitnehmen kann. Der verantwortliche Umgang mit Kindern, was ihre politische und ihre Einbindung in die Gesellschaft anbelangt, ist, glauben Sie mir das, das ist richtig, das ist ernst, Herr Klubobmann Lopatka. Da muss man sich dessen bewusst sein, dass man seine Kinder nicht dazu erzieht, dass sie Feindbilder aufbauen. Da gebe ich Ihnen vollkommen Recht. Aber dass man sie auf eine Demonstration mitnimmt, das hat mit dem einmal noch gar nichts zu tun. Ich glaube auch gar nicht, dass Sie das so meinen, sondern Sie meinen etwas – und das ist mein Problem –, dass dieses Österreich tatsächlich keine lange gewachsene Tradition als Demokratie hat. Die Demokratie ist in unserer Geschichte eher die Ausnahme, wie wir wissen, und etwas Junges. Und wir sind psychologisch daher auch in Wirklichkeit noch immer über weite Strecken – ich verwende jetzt bewusst das Wort wir – Untertanen. Untertanen, die über Jahrhunderte immer Angst bekommen haben, wenn es Unruhen gegeben hat. Der konservative Österreicher, wenn Sie sich in der Fachliteratur umschauchen, kommt im Wesentlichen genau daher. Er hat Angst davor. Wenn Unruhen, Demonstrationen, wenn etwas gegen die Regierung gegangen ist, dann hat das immer für die Bevölkerung Leid bedeutet. Von daher – (Abg. Majcen: „Entschuldige!“) den Satz möchte ich nur fertig sagen, wenn ich darf – habe ich ein gewisses Verständnis vor diesem historischen Hintergrund. Nur, ich teile die Reaktion eines amtierenden Klubobmannes natürlich erstens in keiner Weise, aber das war an sich eh erledigt, und ich hätte – und das ist der Punkt – mir erwartet, dass die Frau Landeshauptfrau zu diesem Punkt einfach etwas sagt, eine Klarstellung ihrer Position bringt, keine Stellungnahme, jetzt keine Rüge oder sonst etwas, wohl verstanden, aber ihre Position klarstellt. (Abg. Majcen: „Peter, entschuldige, darf ich nur sagen, es ist ein Unterschied, ob man Kinder auf eine Demonstration mitnimmt oder ob man Kinder zur Demonstration verwendet!“) Und wer definiert das, lieber Franz Majcen? Erklärst du mir das? Wie soll ich denn – (Abg. Majcen: „Du warst nicht dabei bei dieser Demonstration. Aber wenn Kinder hingestellt werden, dass sie Transparente halten!“) Ja und? Du verstärkst ja nur meine Bedenken. Aber machen wir jetzt nicht noch einmal die Debatte auf. Du bestärkst mich ja nur. Das ist ja genau der Punkt. Das muss man einfach in einer Demokratie aushalten. Wir sind in der Tat – und das haben andere Leute gesagt und nicht ich – jetzt in dieser Republik in einer Übergangsphase. Das mit der Sozialpartnerschaft und mit all diesen Sachen, das nimmt ab. Ich formuliere es einmal vorsichtig. Und die eine Seite kann man sich nicht hernehmen und die Macht einfach ausüben und sagen, bitte, aus mit diesen alten traditionellen Geschichten von Konsens.

Jetzt wird regiert und jetzt ist es eine Regierung. Diese Seite kann man nicht hernehmen und die Macht ausüben und die andere kann man unter den Tisch fallen lassen. Zur anderen Zeit und zum Ganzen gehört das Demonstrationsrecht und das ist nicht in Frage zu stellen. Ich sage es noch einmal und damit höre ich auf, Frau Landeshauptfrau, ich hätte mir gedacht, dass Sie auf diesen Aspekt eingehen und das nicht nur unter die Kategorie von Unfreundlichkeiten einreihen. (Beifall bei den Grünen und der SPÖ. – 20.29 Uhr.)

Präsident: Die letzte Wortmeldung zu diesem Kapitel kommt, glaube ich, von Herrn Landesrat Dörflinger.

Landesrat Dörflinger (20.29 Uhr): Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Ich möchte mich zu einem Teilbereich melden, der mein Ressort sehr stark tangiert hat, wo wir auch in den letzten Wochen einige Diskussionen gehabt haben und ich glaube, dass wir bei aller Aufgeregtheit, die diese Debatte heute naturgemäß mit sich gebracht hat, vielleicht die Chance nützen sollten, mit der zuständigen Referentin doch noch einen Schritt weiter zu gehen und vielleicht doch noch versuchen, im Interesse des Landes, im Interesse der Menschen einen Schritt weiter zu kommen. Ich meine damit die Frage der Flugrettung.

Es war für mich überraschend, dass bei allen Diskussionen, die es gegeben hat, der Herr Abgeordnete Forenbacher und die Frau Abgeordnete Lackner ein völlig übereinstimmendes Bild gezeichnet haben, nämlich das Bild, dass die Flugrettung bisher exzellent funktioniert hat, dass die Flugrettung hervorragende Arbeit geleistet hat. Und beide haben übereinstimmend die Rahmenbedingungen dargestellt, die wir für diese Flugrettung brauchen. Das heißt, dass das Land Steiermark 9,2 Millionen Schilling für diese Flugrettung zu bezahlen hat. 9,2 Millionen Schilling! Und jetzt stellt sich für mich die Frage und da schließe ich mich dem an, was der Finanzlandesrat bei seiner Budgeteinbegleitung gesagt hat, dass wir wirklich gut daran tun würden, jeden Schilling einzeln mehrmals umzudrehen, bevor wir ihn ausgeben. Da gibt es jetzt ein Modell, das nicht irgendwie frei erfunden wird und das nicht irgendwer so in den Raum stellt, sondern das ab morgen oder übermorgen in unserem südlichen Nachbarland, das uns ja in vielen Fällen nicht so weit ist, bereits Realität geworden ist, dass nämlich dort das Rote Kreuz die Flugrettung übernimmt und – und das ist das Spannende und Interessante daran – auf jede Förderung durch das Land verzichtet. Die gleiche Möglichkeit offerieren diese Anbieter auch für die Steiermark und ich frage mich, warum können wir nicht ganz sachlich, ohne irgend jemandem Böses zu unterstellen, ohne irgend jemandem etwas Böses vorzuwerfen, sagen, reden wir miteinander, schauen wir uns das an? Weil worum geht es dort? Das war heute für mich – und deswegen war ich so froh, dass ich den Zwischenruf beim Abgeordneten Forenbacher heute gemacht habe – die Frage, warum zahlen wir 9 Millionen Schilling für die

Flugrettung dazu? Wir zahlen 9 Millionen Schilling für die Flugrettung dazu, weil die bisherige Flugrettung jene Möglichkeiten der Einnahme nicht genutzt hat, die sie hat. Und jetzt sind das nicht Zahlen eines bösen Roten, der das Budget ablehnt und der da Opposition macht, sondern immerhin Zahlen, die Herr Primarius Forenbacher, den ich sehr schätze, heute hier gebracht hat. Die österreichische Flugrettung hat in den vergangenen Jahren im Schnitt auf 100 Millionen Schilling Einnahmen verzichtet. 100 Millionen Schilling, die sich so zusammensetzen, dass jeder einzelne Gerettete natürlich aufgenommen wurde, natürlich hinterfragt wurde und die Meldungen im Detail ans Innenministerium gegangen sind, ob er eine Privatversicherung hat, ob er eine Kreditkarte hat und ob über diese Kreditkarte der Abtransport gedeckt ist. Und diese Meldungen hätten dazu geführt, dass man 100 Millionen Schilling in Österreich zusätzlich einnehmen kann, ohne dass ein einziger Betroffener einen Schilling mehr bezahlt hätte. Warum ist das nicht passiert? Warum ist das bisher nicht passiert?

Und die zweite Frage, die ich mir stelle, warum können die Kärntner dieses Angebot machen? Weil sie nämlich hergehen und die Kreditkartenfirmen und die Privatversicherungen heranziehen für den Transport und mit diesen Einnahmen die Kosten decken. Ich gehöre zu jenen, meine Damen und Herren, die da keinen kleinteiligen Kompetenzstreit anfangen. Wir zahlen alleine über die KAGES 50 Millionen Schilling im Jahr für das Notarztwesen, obwohl wir nicht zuständig sind, obwohl wir es nicht notwendig haben, obwohl wir nicht herangezogen werden könnten. Es stellt sich für mich die Frage, wäre es nicht gescheiter, wenn jene, die wir bei allen Sonntagsreden hochleben lassen, nämlich die tausenden Mitarbeiter des Roten Kreuzes, die tagtäglich, am Samstag, am Sonntag, am Tag, in der Nacht im Einsatz sind, alle Leute mit den Rettungsautos wegführen, die krank sind, die verunglücken, wenn wir denen auch die Möglichkeit geben würden, jene Einsätze selber durchzuführen, die ihnen auch Publizität bringt? Weil das, was mich an diesem Modell mit dem ÖAMTC stört, ist erstens, dass man einen solchen Auftrag bundesweit an ein Monopol vergibt, nämlich an den ÖAMTC, dass man das nicht ausschreibt, weil man sagt, es kostet nichts. Der Bund sagt, es kostet ihm nichts und die Länder müssen dann zahlen, weil man weiß, dass es besser zu machen wäre. Ich frage mich schon bei aller Fachlichkeit und Sachlichkeit, Frau Landeshauptmann, ist geprüft worden, dass der ÖAMTC plant, die gesamte Flugrettung Österreichs mit einem einzigen Modellhubschrauber, dem Eurocopter, durchzuführen? Was das bedeutet im Falle eines – und ich sage dazu, hoffentlich nie eintretenden – Unfalles, die österreichische Luftfahrtbehörde muss, wenn ein Eurocopter herunterfliegt auf steirisch gesagt, sämtliche Eurocopter tagelang sperren, bis die Unfallsache eindeutig geklärt ist. Das ist der Grund, wieso zum Beispiel die deutsche Flugrettung mit zwei verschiedenen Helikoptertypen fliegt, dass man eben genau dieses Dilemma vermeiden möchte. Und ich frage mich, wieso können wir nicht darüber reden, ob es möglich ist, dass das Rote Kreuz gemeinsam mit einem privaten Fluganbieter diese Leistung anbietet und wir uns diese 9 Millionen Schilling ersparen können und zahlen können?

Ich möchte ganz einfach den Leuten, die beim Roten Kreuz Dienst tun, die Möglichkeit geben, auch dann im wahrsten Sinne des Wortes im Bild zu sein, wenn es spektakuläre große Einsätze gibt, und nicht als brave freiwillige Retter hinten herum immer dann zur Stelle zu sein, wenn es nichts zu ernten gibt. Immer dann, wenn es große Einsätze gibt, steht dann der Hubschrauber einer privaten Einsatzorganisation dort und alle sagen, na bumm, die sind aber gut. Also, ich würde Sie wirklich bitten, nützen wir die Zeit bis zur Übergabe an den ÖAMTC, wie es vorgesehen ist, nützen wir diese zwei Monate, um im Sinne eines sinnvollen Rettungswesens in der Steiermark die Flugeinsatzstelle, die Flugrettung an das Rote Kreuz zu vergeben und dass wir uns gleichzeitig noch viel Geld ersparen, das Sie wahrscheinlich dann ohnedies brauchen, um das Landeszentrum zu finanzieren. Ich danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 20.37 Uhr.)

Präsident: Die Frau Landeshauptmann hat sich zu Wort gemeldet.

Landeshauptmann Klasnic (20.37 Uhr): Der letzte Satz und es war ein Halbsatz, Herr Kollege, für den möchte ich mich bei Ihnen bedanken, wie Sie gesagt haben, das Rot-Kreuz-Landeszentrum zu finanzieren, weil ich habe eine kurze Zeit das Gefühl gehabt, dass Sie zu dem nicht unbedingt in der Form stehen oder vielleicht war auch manches nicht ausgedrückt. (Landesrat Dörflinger: „Nein, nein, das war immer klar!“) Ich nehme das dankend zur Kenntnis, das Rote Kreuz wird sich darüber freuen, weil es ja nicht einfach ist. Ich sage aber nur sehr klar, das Innenministerium, die Verträge sind mit dem ÖAMTC nahezu abgeschlossen und die Crew bleibt bestehen, das heißt, die bisherigen Notärzte und Notfallsanitäter werden weiterhin eingesetzt. Zwei ehemalige Piloten der Flugeinsatzstelle Graz werden zukünftig beim ÖAMTC sein. Es wird als Flugretter zusätzlich der steirische Bergrettungsdienst eingesetzt, dafür sind wir sehr dankbar. Ich bin sehr froh, dass die Bergrettung das auf sich nimmt, weil sie ja nicht nur bei Lawinengefahr unterwegs ist, so wie man es jetzt gehört hat, sondern vor allem auch im Sommer sehr viel an Einsätzen machen muss. Ich sage sehr bewusst dazu, ich glaube, dass wir mit unserem steirischen Roten Kreuz eine gute gemeinsame Gesprächsbasis haben, dass wir jetzt aber auch einmal bei den bodengebundenen Transporten schon unsere Probleme haben, wo es eine Deckelung gegeben hat oder geben musste, weil die Versicherungen in diesem Fall mit dieser ständigen Steigerung nicht fertig werden konnten. Diesen aufrechten Artikel-15 a-Vertrag mit dem Bund möchte und will ich nicht aufs Spiel setzen und ich sage bewusst, es sind diese Verhandlungen sehr, sehr weit. Jede positive Ergänzung wird sicher gerne angenommen. (Beifall bei der ÖVP. – 20.38 Uhr.)

Präsident: Zur Gruppe 1 liegt keine Wortmeldung mehr vor.

Der Berichterstatter verzichtet auf das Schlusswort.

Ich komme damit zur Abstimmung über die Ansätze und Posten der Gruppe 1.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zu den Ansätzen und Posten der Gruppe 1 hinsichtlich des Landesvoranschlags für 2001 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zu den Ansätzen und Posten der Gruppe 1 hinsichtlich des Landesvoranschlags für 2002 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

Damit, meine Damen und Herren, kommen wir zur Gruppe 2 „Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft“.

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Mag. Christine Koller. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Koller (20.40 Uhr): Hohes Haus!

Der Finanz-Ausschuss hat in seiner Sitzung am 24. April 2001 die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 311/1, betreffend die Landesvoranschläge 2001 und 2002, den Dienstpostenplan und den Systemisierungsplan der Kraftfahrzeuge beraten und zu Gruppe 2 nachstehende Beschlüsse gefasst:

Namens des Finanz-Ausschusses werden nachstehende Anträge gestellt:

Der Landtag wolle beschließen:

Erstens: Die Ansätze und Posten der Gruppe 2 – Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft – werden hinsichtlich des Landesvoranschlags 2001 genehmigt.

Zweitens: Die Ansätze und Posten der Gruppe 2 – Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft – werden hinsichtlich des Landesvoranschlags 2002 genehmigt. (20.41 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung.

Meine Damen und Herren, im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz schlage ich vor, die Spezialdebatte der Gruppe 2 zu unterteilen, und zwar erster Teil „Unterricht, Erziehung und Wissenschaft“ und zweiter Teil „Sport“, der dort behandelt werden soll. Besteht gegen diesen Vorschlag ein Einwand?

Das ist nicht der Fall.

Wir beginnen mit dem ersten Teil der Gruppe 2 „Unterricht, Erziehung und Wissenschaft“.

Zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Beutl. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Beutl (20.42 Uhr): Sehr geehrte Frau Landeshauptmann, geschätzter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen!

Ein bisschen erinnert mich die Diskussion und der Lärm in den Bänken an eine Schulklasse nach einer Pause. Aber ich nehme an, dass wir uns bald wieder sammeln werden.

Eine gute Grundausbildung, und da nehme ich an, sind Sie alle mit mir einer Meinung, ist für einen jungen Menschen die beste Eintrittskarte in die Zukunft. Eine Zukunft, die man zwar sehr schwer vorhersagen kann, weil wir nämlich in einer Zeit leben, in der sich alle Lebensbereiche in einem atemberaubenden Tempo verändern. Und dennoch muss und soll die Bildung, die Schule junge Menschen auf diese Veränderungen vorbereiten, auf die Zukunft vorbereiten. Daher sind die Forderungen an die Schule komplex und vielfältig. Sie soll nicht nur Wissen vermitteln, sie soll auch in einem immer stärkeren Ausmaß gesellschaftliche Defizite und familiäre Probleme vorbeugend behandeln oder gar heilen – eine immer größer werdende Belastung für Lehrer. Sie soll vor allem die gesamte Persönlichkeit des Menschen, sein musisch-kreatives Potenzial mit einbeziehen, sie soll Schlüsselqualifikationen vermitteln, zu Werten erziehen, auf den Beruf oder das Studium vorbereiten. Es geht in jedem Fall um die richtige Ausgewogenheit zwischen einer soliden Grundausbildung, die sichere Kenntnisse der Kulturtechniken Lesen und Schreiben und Rechnen vermittelt und Spezialkenntnissen, wie Informationstechnologien, um die optimale Vorbereitung für den Einstieg in die Arbeitswelt. Was allerdings immer wichtiger wird, das ist die Orientierung in der enormen Masse von Informationen und die Bereitschaft im jungen Menschen zu wecken, sich ein Leben lang weiterzubilden.

Lehrer, die das alles vermitteln und umsetzen sollen, müssen multifunktionelle pädagogische Wunderwesen sein, wenn sie das alles schaffen sollen – in einer Person Wissensvermittler, Sozialtherapeut, Animator, Freizeitpädagoge, Elternberater und vieles mehr zu sein. Gleichzeitig werden Kolleginnen und Kollegen sehr oft als Halbtagsarbeiter und Ähnliches bezeichnet. Ich möchte mich daher an dieser Stelle ganz besonders herzlich bei den steirischen Pflichtschullehrerinnen und -lehrern bedanken für diese exzellente Arbeit, die sie in den Klassen leisten, aber auch für ihr Engagement über die Schule hinaus. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich glaube, unsere Lehrerinnen und Lehrer haben sich einen Applaus verdient.

Mit Stolz dürfen wir festhalten – und das wird uns bestätigt von Berichten über die Qualität der schulischen Bildung in Europa –, dass Österreichs Schulen zu den besten Europas gehören. Und insbesondere den steirischen Schulen werden von Bildungsexperten des In- und Auslandes beachtliche Leistungen in Bezug auf Schulentwicklung und Qualitätsmanagement bestätigt.

Unter Landesschulratspräsident Bernd Schilcher begonnen und fortgesetzt unter Landesschulratspräsident Lattinger, hat sich in der pädagogischen Entwicklung an unseren Schulen ungemein viel bewegt. Ob es um die Einführung neuer Lehr- und Lernformen geht, die Umsetzung autonomer schulspezifischer Schwerpunkte, die Forcierung des Fremdsprachenunterrichts – immer mehr Schulen, auch im Pflichtschulbereich, unterrichten bereits in einzelnen Gegenständen oder komplett bilingual –, die Nutzung neuer Medien und Informations-, Kommunikationstechnologien für den Unterricht, die Umsetzung des neuen Lehrplanes mit Kern- und Erweiterungstoffen, die Erarbeitung von Schulprofilen und Schulprogrammen mit Evaluationsmaßnahmen, viele steirische Pädagoginnen und Pädagogen stellen sich engagiert und innovativ den neuen Herausforderungen.

Vorreiter waren wir und ein wichtiger Eckpfeiler steirischer Schulpolitik war und ist die Integration behinderter Kinder. Bei der Umsetzung dieser Förderung liegt die Steiermark im österreichischen Spitzenfeld. Nun aber geht es darum, die geeigneten Anschlüsse nach der Pflichtschulzeit in den Beruf zu finden. Hier gibt es schon Schulversuchsmodelle mit einer Teilqualifizierungslehre, die sehr erfolgreich laufen und weitergeführt und verstärkt werden.

Besondere Bedürfnisse haben aber nicht nur behinderte, sondern auch hoch begabte Kinder. Daher wird es in Zukunft auch verstärkte Maßnahmen dazu geben. Vor allem sollen Lehrerinnen und Lehrer darin geschult werden, überdurchschnittlich begabte Kinder zu erkennen und diese auch richtig zu behandeln.

Auch in vielen anderen Bereichen wird es speziell für die Steiermark unter dem zuständigen Landesrat Hermann Schützenhöfer eine Reihe von Schwerpunktsetzungen geben, die die bestmögliche Bildung und Ausbildung unserer Kinder garantieren und unterstützen soll. So wird, um nur einige Beispiele zu nennen, die Medienoffensive an den steirischen Schulen fortgesetzt, so dass am Ende des Schuljahres 2001/2002 alle steirischen Pflichtschulen über einen Internetanschluss verfügen werden. Vielleicht sind die Kinder interessiert und hören sich sogar unsere Landtagsdebatten an. (Beifall bei der ÖVP.)

Aus diesem Grund wurde etwa der Förderansatz für die taktischen Maßnahmen im Budget verdoppelt, um das umsetzen zu können.

Dass die richtige Berufswahl maßgeblich mit einer effizienten Schüler- und Ausbildungsberatung zusammenhängt, ist uns auch klar. Auch hier wird verstärkt unterstützt werden. Dasselbe gilt auch für Alternativschulen. Das heißt, auch neben der Waldorf-Schule werden andere nicht konfessionelle Privatschulen, wie etwa die „Knallerbse“ oder die „Regenbogenschule“, als wertvolle Ergänzung der allgemein bildenden Pflichtschulen, der öffentlichen Schulen unterstützt werden oder sie dürfen hier mit Unterstützung rechnen.

Dass es aber angesichts der riesigen Schulden, sie sind heute angesprochen worden – 2,2 Billionen Schilling auf Bundesebene –, auch für den Schulbereich Spar- und Strukturmaßnahmen geben muss, ist nicht zuletzt auch eine Maßnahme zugunsten der jungen Menschen in unserem Lande, denen wir keinen weiter wachsenden Schuldenberg als Erbe hinterlassen wollen.

Ich möchte generell etwas festhalten: Österreich liegt bei den Ausgaben pro Schüler im internationalen Spitzenfeld. Das wird eigentlich nie wirklich herausgestrichen und gesagt. 5,3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes werden für die Bildung ausgegeben, in anderen vergleichbaren OECD-Staaten ist das ein Prozentsatz von nur 4,7 Prozent. Wir liegen also in Österreich sehr, sehr gut. Und auch bei der Erstellung des Bundesbudgets vor kurzem hat es beim Bildungsbereich eine Zunahme von 7 Prozent, ein Plus von 7 Prozent gegenüber dem Vorjahr gegeben. Wir geben für den Bildungsbereich 109 Milliarden Schilling aus. Ich glaube, ein Betrag, der sich sehen lassen kann und wo wir wirklich nicht behaupten können, dass im Bereich von Schule und Bildung etwas ausgehungert wird oder dass es hier wirklich keine gute Dotierung gibt.

Dennoch stehen Einschränkungen bevor, wobei das Ausmaß heute unklar ist, weil es einige unbekannte Größen gibt, von denen wir heute und jetzt nicht genau sagen können, wie sie sich entwickeln werden, wie sie ausschauen werden. Zum Beispiel wurden bundeseinheitlich neu und einheitlich die Maßzahlen für das Lehrer-Schüler-Verhältnis geregelt. Hier wird es erst Berechnungen geben müssen, ebenso wird ein neues Lehrerdienstrecht, das so genannte Jahresnormmodell eingeführt, das einen vierjährigen Erprobungszeitraum haben soll. Auch hier können wir noch nicht abschätzen, wie sich das auf die Dienstpostenpläne auswirken wird. Und genauso wird es Maßnahmen, verbesserte Maßnahmen geben, etwa in den Vorruhestandsbedingungen, aber auch bei Sonderurlauben, um sich im IT-Bereich ausbilden zu lassen, wir wissen nicht, wie Kolleginnen und Kollegen diese Möglichkeiten annehmen werden, so dass es wirklich schwierig ist, zur aktuellen Stunde Aussagen zu treffen, wie sich das letztendlich auch mit neuen Strukturmaßnahmen für unser Bundesland auswirken wird, vielleicht kann unser Herr Landesrat dazu schon Genaueres sagen.

Jedenfalls möchte ich eines betonen und festhalten, unser Herr Landesrat Schützenhöfer, so wie wir ihn kennen, wird sich sehr bemühen, mit diesem überaus sensiblen Bereich sehr behutsam und verantwortungsbewusst umzugehen und diese Maßnahmen so umsetzen, dass weder gravierende Qualitätseinbußen zu befürchten sind noch unzumutbare soziale Härten entstehen. Denn uns geht es nicht darum, Menschen zu verunsichern, Ängste zu schüren, sondern wir wollen, dass unsere Kinder eine Chance für die Zukunft haben und wir wollen diese Zukunft nicht mit noch mehr Schulden verbaut sehen.

Ich möchte ein Wort dazu sagen, dass das Horrorszenario einer drohenden Bildungskatastrophe von der Opposition auf Bundesebene und vermutlich auch auf Landesebene gerne an die Wand gemalt wird. Es wird ja so gern behauptet, diese notwendigen Strukturmaßnahmen werden das Bildungssystem kippen und es wird zur Katastrophe kommen. Eine der lautesten und kompetentesten Stimmen in der SPÖ in Schulfragen, das ist eine Bezeichnung, wie ich sie aus „News“ entnommen habe, war der ehemalige Präsident des Wiener Stadtschulrates

Kurt Scholz und ich zitiere ihn: „Alle haben gewusst, dass das (gemeint die bildungspolitischen Strukturmaßnahmen) keine bildungspolitische Katastrophe ist, aber ich habe es ausgesprochen und damit habe ich ein SP-Tabu gebrochen.“ Wir alle wissen, er hat es politisch nicht überlebt, ein solches Tabu gebrochen zu haben.

Lassen Sie mich ganz kurz die Pflichtschulsituation in der Steiermark auch in Zahlen darstellen, damit wir einen Überblick bekommen, was auch der Hintergrund einer gewissen Situation, einer gewissen engen Situation ist. Für die Erstellung der Dienstpostenpläne ist die Zahl der Schüler maßgeblich, aber es fallen natürlich auch für Integrationsklassen, für Schwerpunktschulen, für Kleinschulen Stundenkontingente ins Gewicht und nicht zu vergessen für die Finanzierung eines Budgets ist auch die Altersstruktur der Kolleginnen und Kollegen maßgeblich. Die meisten Lehrer finden wir zwischen dem 40. und 50. beziehungsweise 55. Lebensjahr, über 60 haben wir überhaupt nur mehr acht Volksschullehrer und zehn Hauptschullehrer, zwischen 55 und 60 sind es etwa 161 aktive Lehrer im Volksschulbereich und ebenso viele im Hauptschulbereich. Hier können wir nicht erwarten, dass durch einen großen Pensionierungsschwung Dienstposten frei werden. Ich wiederhole, gravierenden Einfluss auf die Erstellung der Dienstpostenpläne hat die Zahl der Schüler. Und nun eine Zahl, die Ihnen vielleicht verdeutlicht, wie sich das entwickelt hat. Wir haben vor 20 Jahren 147.688 Schüler gehabt und 10.954 Lehrer, heute haben wir um ein Drittel weniger Schüler, aber fast annähernd gleich viele Lehrer. Sie sind nicht alle pragmatisiert. Dazu muss man in Betracht ziehen, dass wir ja in der Steiermark zwei pädagogische Akademien haben, die jährlich neue Lehrer ausbilden und wir haben das Problem der wartenden Lehrer, der Wartelisten seit etwa zehn, 15 und noch mehr Jahren und das erschwert die Situation im Lande natürlich sehr. Auf der einen Seite immer mehr Lehrer, auf der anderen Seite immer weniger Schüler und ich möchte Ihnen sagen, dass wir für das heurige Schuljahr im Herbst um 1300 Schüler weniger in den Klassen haben, das heißt, das ist ein ganz gewaltiger Rückgang und unabhängig von allen Sparmaßnahmen ist das ein Faktor, der sich natürlich auswirken wird.

Eine Rechnung, die kann nicht aufgehen, wenn wir unter diesen Prämissen den Status quo beibehalten wollen. Ich möchte aber dazu sagen, dass wir in der Steiermark in den letzten 15 Jahren aus sozialen Überlegungen uns sehr bemüht haben, arbeitslosen Lehrern eine Chance zu geben. Wir haben alles, was es an Mehrdienstleistungen gegeben hat, Karenzvertretungen, Krankenstandsvertretungen, Supplienreserven jeder Art in Dienstposten umgewandelt. Das heißt, wir haben versucht, alles in Köpfe, in Personen, in Lehrer umzusetzen, damit sie in den Beruf kommen. Da ist uns sehr viel eingefallen. Wir haben hier Gruppen geteilt, Klassen geteilt, pädagogische Schwerpunktsetzungen vorgenommen, sehr wohl zum Wohle der Klassen, der Schüler und haben viele Unterrichtseinheiten damit geschaffen. In anderen Bundesländern ist man diesen Weg nicht gegangen. Ich weiß von Kolleginnen und Kollegen, die in Salzburg und Tirol unterrichtet haben in diesen Jahren, die haben alle ihre acht bis zehn Überstunden weiter behalten. In diesen Bundesländern tut man sich jetzt etwas leichter, denn dieser Polster von Überstunden kann nun abgebaut werden und auf die Art und Weise fallen nicht so viele Dienstposten weg. Diesen Polster haben wir in der Steiermark leider nicht zur Verfügung und daher wird es auch auf Grund der rückläufigen Schülerzahlen doch etwas enger als vielleicht in anderen Bundesländern. Trotzdem und davon bin ich überzeugt, wird die steirische Schule mit ihren engagierten Lehrern ihren hohen Qualitätsanspruch halten können und das bieten, was die Menschen sich von einer Schule erwarten, eine gute Schule, in die Kinder etwas lernen.

Ich möchte mit einem Bild schließen, das ausdrückt, was Lehrer leisten. Die Lehrer haben die Aufgabe eine Wandergruppe mit Spitzensportlern und Behinderten bei Nebel durch unwegsames Gelände zu führen und zwar so, dass alle bei bester Laune und möglichst gleichzeitig an drei verschiedenen Zielorten gesund ankommen. Unterstützen wir sie dabei, das ist meine Bitte. (Beifall bei der ÖVP. – 20.59 Uhr.)

Präsident: Die nächste Wortmeldung kommt von der Frau Abgeordneten Mag. Lackner. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Lackner (20.59 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Frau Kollegin Beutl, auch wir wollen keine Verunsicherung, so wie Sie früher angesprochen, nur, Sie lösen diese Verunsicherung im Bildungs- und im Wissenschaftsbereich aus. Das ist der Unterschied zu dem, was Sie gesagt haben.

Sehr geehrte Damen und Herren, die drei Begriffe, die diese Budgetgruppe definieren, nämlich „Unterricht, Erziehung und Wissenschaft“, sind nicht Selbstzweck, sondern entscheidende Faktoren für die Wirtschaft, den Wettbewerb, für den Wirtschaftsstandort, aber vor allem für die einzelnen Menschen.

Auf Grund der Leistungen der letzten Jahre in den SPÖ-geführten Bildungs- und Wissenschaftsressorts nimmt die Steiermark im Ranking der europäischen Regionen, was das Qualifikationspotenzial betrifft, die hervorragende 29. Stelle ein. Als Beispiel sage ich, jedes dritte High-Tech-Produkt stammt aus der Steiermark und 4000 Personen sind in der Forschung tätig.

Wir Sozialdemokraten verstehen es als Aufgabe der öffentlichen Hand, neue Bereiche zu erschließen. Seit 1995 gibt es zwölf Fachhochschulstudiengänge, bestehende Institutionen, wie die Universitäten, mit 50.000 Studierenden wurden unterstützt und Qualifizierungsinitiativen wurden gefördert. Das aus diesen grundlegenden Maßnahmen hervorgegangene große Potenzial an Forschung und Entwicklung, zu dem auch das Joanneum Research mit seinen 20 Institutionen maßgeblich beigetragen hat, zeichnet die Steiermark um ein Weiteres aus. Und wir legen ein unumstößliches Bekenntnis zur Bildungsverantwortung der öffentlichen Hand und damit des Staates ab. Politik hat hier eine lenkende Funktion und Bildungspolitik darf nicht dem freien Markt überlassen werden.

Aber was passiert zurzeit mit der Ausbildung der jungen Menschen in Österreich? Was kommt auf die Kinderbetreuungseinrichtungen zu? Und was spielt sich ab in den Schulen?

Ich nehme eine Antwort voraus, die Sie sicher schon ahnen. Ein radikaler Bildungsabbau und der Abschied der öffentlichen Hand von ihrer Verantwortung. Und das hat nichts mit einem Horrorszenario zu tun, Frau Kollegin Beutl.

Ich komme zu den Kindergärten. Das Budget zeichnet sich aus durch eine hohe Treffsicherheit, eindeutig, es trifft nämlich alle. Es trifft die Kinder, es trifft die Familien, es trifft die Trägerorganisationen und es trifft die Einrichtungen. Und Sie, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der ÖVP, haben den Vorwurf schon sehr oft von uns gehört. Er wird aber noch öfter kommen und nicht nur in diesem Haus hier. Er wird von all denen kommen, die von Ihrer Budgetpolitik betroffen sind.

Es fehlen 172 Millionen Schilling im Kinderbetreuungsbereich für dieses Jahr. Ich war zu diesem Zeitpunkt noch nicht im Landtag, aber viele von Ihnen schon – das Kinderbetreuungsgesetz und das Kinderbetreuungsförderungsgesetz, beide sind sehr ausführlich, sehr gewissenhaft verhandelt worden und sie sind auch von allen damals im Haus befindlichen Parteien beschlossen worden mit dem Wissen, dass eine Erhöhung der Vollziehungskosten für das Land eintreten wird, für die Förderung der Kindergärten, der Krippen, der Horte, der Tagesmutterprojekte, der Ganztagsgruppen und der Beihilfen. Seit 1. April ist dieses Gesetz in Kraft. Und jetzt wollen genau Sie von der ÖVP und von der FPÖ nichts mehr davon wissen. Das ist die Kindesweglegung, von der ja heute in der Früh schon der Klubobmann Schrittwieser gesprochen hat. Ein weiteres Beispiel dafür, wie Sie sich verabschieden von Ihrer Verantwortung. (Beifall bei der SPÖ.)

Die für 2001 beantragten 674 Millionen Schilling wurden nicht in vollem Ausmaß und wie sie benötigt worden wären genehmigt. Ich rufe in Erinnerung, es fehlen 225 Millionen und davon sind diese schon erwähnten 172 gesetzliche Pflichtleistungen. Das sind Personalbeiträge und das sind Beiträge für die Ausbildung von Tagesmüttern. Das sind keine Subventionen und schon gar keine Almosen. Da geht der Betrieb nicht mehr weiter.

Ich darf Sie noch einmal darauf aufmerksam machen, Kolleginnen und Kollegen von der ÖVP, Sie haben vor einem dreiviertel Jahr stolz verkündet auf diesem Flugblatt, dass das Versprechen von der Frau Landeshauptmann Klasnic aus dem Jahr 1996, nämlich alle, die einen Kinderbetreuungsplatz brauchen, dass die einen bekommen werden, eingelöst wurde. Da wurde in diesem Flugblatt gejubelt, dass mit 1. April genau dieses Gesetz in Kraft getreten ist. Und Sie wollen es jetzt nicht mehr finanzieren! Sie machen aber Werbung dafür. Das ist die Zweischneidigkeit pur. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich komme jetzt zur Schulbildung, die ja aus ÖVP-Sicht schon ausführlich dargestellt worden ist. Der Sparstift regiert auch in diesem Bereich, ganz im Gegensatz zu Ihren schönen Worten im Arbeitsprogramm 2000 bis 2005, in welchem es heißt: „Ein vielfältiges, breit gefächertes Bildungssystem mit hohem Standard als eine wichtige Investition in die Zukunft des Standortes Steiermark.“ (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Majcen: „Richtig!“)

Das haben Sie hier geschrieben.

Aber gegen alle Beteuerungen von Ihnen, von Landesrat Schützenhöfer, der schon gesagt hat, dass die Bildungsqualität nicht unter die Räder kommen darf, wird es zu Beginn des Schuljahres im Herbst zu ganz gravierenden Auswirkungen kommen, Auswirkungen durch Ihr Sparprogramm.

Die ÖVP-Ministerin selber – da kommen wir noch einmal zu den Unsicherheiten, die nicht wir verbreiten –, die Frau Ministerin Gehrler hat voriges Jahr geschrieben: „Es müssen 7 Prozent im Bereich der steirischen Lehrerdienstposten eingespart werden.“ 7 Prozent. Das heißt, dass höchstwahrscheinlich 200 Lehrer- und Lehrerinnendienstposten weniger sein werden. Wenn es nicht mehr so ist, wie es immer Usus gewesen, dass die Supplierungen auch nicht mehr extra dotiert werden, dann sind es weitere 200 Dienstposten, die es in der Steiermark nicht mehr geben wird. Das sind 400. Ich frage mich, wo wir auf diese 400 Lehrerinnen und Lehrer, allein im Pflichtschulbereich, verzichten werden können. Auch die „Kleine Zeitung“, die sehr kritisch uns gegenüber Darstellungen trifft und wo wir sehr schwer durchkommen mit unseren politischen Äußerungen, sogar die „Kleine Zeitung“ hat am 16. Februar geschrieben, „dass fieberhaft gearbeitet wird, um diese dramatischen Auswirkungen ein bisschen minimieren zu können“. Sie können es nachlesen – 16. Februar 2001.

Jetzt gehen Sie her und reden nicht nur von 7 Prozent, sondern Sie definieren jetzt alles in Durchschnittszahlen. Und das schaut so aus, dass pro Volksschullehrer und -lehrerin 14,5 Kinder berechnet werden, pro Hauptschullehrer und -lehrerin zehn, für den Polytechnischen Bereich neun Kinder und für Sonderschullehrer und -lehrerinnen sind es 3,2. Im Ergebnis bleibt es aber ganz gleich. Es kommen leider weniger Lehrer und Lehrerinnen zum Einsatz.

Und was heißt das in der Realität? Es heißt Einschränkung von Förderstunden für lernschwache Kinder, die erschwerte Integration von behinderten Kindern, unverbindliche Übungen werden gestrichen, Supplierungen werden gestrichen und Projekte werden gestrichen, die ja so wichtig sind für das, was über den Lernstoff hinausgeht.

Wir sind gespannt darauf, wie Sie das Versprechen, dass es zu keinen Einsparungen kommen wird, zu keinen Kündigungen von Vertragslehrern – das war ein Brief, den die Frau Landeshauptfrau Klasnic voriges Jahr im Herbst, drei Wochen vor der Wahl, geschrieben hat –, wie Sie diese Versprechen interpretieren werden, wenn im Herbst tatsächlich viel weniger Lehrer und Lehrerinnen im Einsatz sein werden.

Und was tun Sie, Herr Landesrat Schützenhöfer, wenn die Durchschnittszahlen, von denen ich gesprochen habe, vom Bund vorgegeben, nicht erreicht werden? Wenn sich der Bund verabschiedet von einer Verfassungsnorm, die bis jetzt gegolten hat, für die Pflichtschulen das gesamte personelle Etat zu übernehmen?

Die Steiermark hat für diese Notwendigkeiten überhaupt keinen Spielraum und wir können auch nicht mitreden bei Lehrplänen oder beim Dienstrecht. Da frage ich Sie, wie schaut die Qualitätssicherung aus im Sinne Ihres am Anfang zitierten Arbeitsprogrammes? Die Reduzierung der Lehrer und Lehrerinnen führt zwangsläufig zur Aushöhlung der Regionen und jeder unserer Bezirke wird Auswirkungen zu spüren bekommen. Ich rufe heute auch noch einmal den Antrag in Erinnerung, den wir in der letzten Sitzung hier diskutiert haben. Da haben Sie beantragt, dass für sinnes- und körperbehinderte Kinder zusätzliches Personal zur Verfügung gestellt wird. Sie haben damals mitgestimmt und wenn Sie das ernst meinen und wenn Sie sich heute ein Herz nehmen, dann stimmen Sie für eine Erhöhung der Budgetmittel im Schulbereich. Reden Sie nicht, sondern tun Sie es. Fassen Sie sich ein Herz und Sie haben uns als Partner ganz sicher. (Beifall bei der SPÖ.)

In Wirklichkeit wählen Sie nämlich den einfacheren Weg, nämlich pro Tag 10 Millionen Schilling nach Wien abzuliefern und so setzen Sie wieder Maßnahmen gegen die Kleinen. Es gibt zwei Netze in Österreich, nämlich ein Bundesnetz und ein Landesnetz und alle Experten sagen, wenn das eine Netz, nämlich das Bundesnetz, reißt, dann sollte das zweite Netz tragen, das ist das Landesnetz. Und das wird auch nicht tragen, wie wir an diesen Beispielen gemerkt haben. Wenn es darum geht in einer Zeit, am Anfang des 21. Jahrhunderts, so genannte weiche Infrastrukturfaktoren, wie Bildung, Kultur und Wissenschaft zu fördern, dann müssen sie auch wirklich gefördert werden und da muss Gewicht darauf gelegt werden und das entscheidet, ob ein Land eine Zukunft hat oder ob die Zukunft schon vorbei ist. Die Bildungs- und Qualifikationschancen sind zu sichern von uns allen miteinander.

Jetzt werfe ich etwas ein, worüber wir in diesem Haus auch noch diskutieren werden. Herr Bundeskanzler Schüssel hat bereits im Jänner versichert, dass sich Österreich um 25 Milliarden Schilling neue Abfangjäger leisten wird können und ich nehme an, deswegen, weil es genug hausgemachte Probleme gibt, die abzufangen sind, meine Damen und Herren. Wir werden uns gegen dieses Vorhaben vehement zur Wehr setzen. Wir haben heute einen Antrag eingebracht und wir werden in diesem Haus auch noch darüber diskutieren. (Beifall bei der SPÖ.)

Während alle den Gürtel enger schnallen müssen, haben wir dieses Körpergeld scheinbar zur Verfügung. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Hammerl: „Körpergeld?“) Ja, es dürfte für Sie Körpergeld sein, weil sonst würden Sie nicht auf die Idee kommen, das jetzt in dieser Zeit auch tatsächlich in die Realität umzusetzen.

Wissenschaft und Forschung, auch in diesem Bereich wird dem Gott des Nulldefizits gefrönt. Ich hoffe, dass man in diesem Haus noch den Begriff Gott erwähnen darf. Es gibt nichts Phantasieloseres als in Zeiten einer beginnenden Wissensgesellschaft herzuzugehen und ein Signal dafür zu setzen, dass es nicht erwünscht ist, dass junge Menschen auf Universitäten und auf Hochschulen gehen.

Studiengebühren bringen außer Verwaltungsaufwand und Belastungen für die Studierenden Null. Da findet sich dieser Teil des Wortes Nulldefizit wieder. Null! Und die Grazer Uni spricht bereits von einem Mehraufwand von 7,5 Millionen Schilling, die benötigt werden, um diesen Verwaltungsaufwand bewältigen zu können. Das Geld kommt aber nicht zusätzlich vom Bund, sondern das muss aus dem Bereich Lehre und Forschung weggenommen werden. Heute sind wir mit den Studiengebühren an den Universitäten und an den Hochschulen konfrontiert und morgen geht es – so ist die Einschätzung des Budget-Ausschusses im Parlament – auch um Kostenbeiträge an allen Bildungseinrichtungen des sekundären Bereiches, in pädagogischen Akademien, in Lehrgängen und in Colleges. Ich frage jetzt in diesem Kreis, wie lange es noch dauern wird, bis die Österreicherinnen und Österreicher mit der Einführung des Schulgeldes konfrontiert sind. Mit den Studiengebühren haben Sie begonnen die Schrauben anzuziehen und wird Ihr politisches Ziel die Einführung von Schulgeld sein? Wird damit Ihr Ziel erreicht sein? Ich hoffe nicht, dass wir in einigen Jahren oder vielleicht in wenigen Monaten darüber diskutieren.

Jetzt komme ich am Schluss noch zu einigen Budgetzahlen aus dem Wissenschafts- und Forschungsbereich. Der ist ein Stiefkind. Wenn ich folgende Budgetzahlen jetzt nur kurz erwähne: Minus 5,2 Millionen für den Wissenschafts- und Forschungsfonds, minus 376 Millionen bei Beiträgen an europäische Forschungsprogramme und internationale Wissenschaftskooperationen, minus 4 Millionen an Kompetenzzentren, statt bisher 10 Millionen und minus 20 Millionen werden bei den Fachhochschulen eingespart und statt dessen werden im Budget möglicherweise die Schienen schon gelegt, um einen Mitteltransfer vorzunehmen, und zwar einen Mitteltransfer vom Budgetansatz Fachhochschulen, Technikum Joanneum hin zur WIFI, weil da gibt es eine neu geschaffene Budgetpost, die es erlaubt, Gelder ohne großen Aufwand zur WIFI hin zu transferieren. Und nicht zuletzt auch die Studierenden der Fachhochschulstudiengänge werden ab Herbst Studiengebühren zu entrichten haben, zumindest die Studienanfänger, die noch über keinen Ausbildungsvertrag verfügen. Das Land hätte sehr wohl die Möglichkeit, auf die Einhebung dieser Gebühren zu verzichten. Insofern könnte – das wäre sehr schön – dem Ergebnis der steirischen Kommission, die vor der Landtagswahl von Ihnen, von der Frau Landeshauptmann, eingerichtet worden ist, dieser Einschätzung Rechnung getragen werden. Die Kommission hat nämlich festgehalten, dass „die Vorgangsweise und der Inhalt verfehlt sind und nachhaltiger Schaden“ – Zitat – „für das österreichische Bildungssystem zu befürchten ist“.

Die Zeit kommt noch, sehr geehrte Damen und Herren, in der Sie den Crashkurs des Bildungssystems erklären werden müssen. Sie provozieren eine Vielzahl von Härtefällen ohne Abfederung und Sie wenden sich ab von einem erfolgreichen Kurs, nämlich wirklich in die Jugend und damit in die Zukunft unseres Landes zu investieren. Für diese Politik, sehr geehrte Damen und Herren von ÖVP und FPÖ, sind wir nicht zu haben. Wir

verweigern – und ich nenne bewusst diesen Begriff von heute Früh von Herrn Klubobmann Lopatka – mit gutem Gewissen die Mitarbeit und Unterstützung dieses Zahlenwerkes, das einen Hürdenlauf im Bildungsbereich verursachen wird. Da machen wir nicht mit! (Beifall bei der SPÖ. – 21.16 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Zitz. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Zitz (21.16 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Landeshauptfrau, sehr geehrter Herr Landesrat, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste!

Wahrscheinlich ist es auch symptomatisch für dieses Kapitel, wo die Steiermark Geld für Kreativität oder geistige Großzügigkeit bereitstellt, dass wir das um viertel zehn am Abend besprechen, dass die Regierungsbank, obwohl sehr viele Regierungsmitglieder für diesen Themenbereich zuständig sind, nicht wirklich sehr gut gefüllt ist und außerdem (Abg. Kasic: „Durch die beste Kraft im Lande!“ – Landesrat Dr. Flecker: „Danke schön!“) auf Seite der ÖVP und der Freiheitlichen die Reihen ziemlich geleert sind.

Ich möchte jetzt etwas zu zwei Themen sagen. Das eine ist, es ist zu diesen Budgetkapiteln Jugend, Bildung, Wissenschaft im Finanz-Ausschuss von der ÖVP und von der freiheitlichen Fraktion keine einzige Frage gekommen. Das hat mich ziemlich gewundert, weil ich mir auch gedacht habe, auch wenn Sie Mitglieder von einer Regierungsfraktion sind, könnte es ja trotzdem so sein, dass Sie bei dem einen oder anderen Punkt nachfragen. Ich habe mich gewundert, dass dieses Nachfragen, was eigentlich ein Auftrag des Landtages ist, dass das ausschließlich von der Sozialdemokratie und von der grünen Partei gekommen ist. Das Zweite: Ich habe mir das Arbeitsprogramm der jetzigen Regierungskoalition angeschaut. Da kommt der Bereich Jugendpolitik überhaupt nicht vor, aber interessanterweise ein ziemlich ausführlicher Text über das Corporate design und die Corporate identity des Landes Steiermark, also sprich, wo man das Logo auf Briefkuverts platziert, welche Schriften man verwendet und so weiter und so fort.

Das ist für mich ein bezeichnendes Symbol, was für einen Stellenwert die Jugendpolitik in der Steiermark hat.

Ich möchte jetzt noch auf eine Grundhaltung der Grünen zurückkommen, die für mich sehr gut in dieses große Budgetkapitel hineinpasst, weil es zwei Themenbereiche gut miteinander in Beziehung bringt.

Wir wünschen uns eine Grundsicherung für Leute in allen Altersklassen, also auch für junge Leute, für Kinder und wir wünschen uns eine Bildungsgrundsicherung. Das würde bedeuten, dass Leute, die in Ausbildung sind, finanziell abgesichert, eine Qualifikation in Anspruch nehmen können.

Ich möchte jetzt noch näher auf den Bereich Jugend eingehen. Es ist im Jahr 1997 vom damaligen Landesrat Dörflinger eine große Arbeit in Auftrag gegeben worden, der „Jugend online“. Zwischen ÖVP und SPÖ gibt es jetzt eine sehr interessante Querunterhaltung. (Abg. Gennaro: „Entschuldigung, Frau Kollegin, das war sehr ernst, schauen Sie sich den Kollegen Kasic an, der ist doch kreidebleich. Ich sehe das so. Ich habe mir gedacht, ihm ist schlecht. Deshalb habe ich mir Sorgen gemacht!“ – Präsident: „Am Wort ist die Frau Abgeordnete Zitz!“)

Man sieht da an diesem Abtausch zwischen immerhin zwei Regierungsfraktionen, welchen Stellenwert Jugendpolitik, Wissenschaftspolitik, Bildungspolitik am Abend in der Steiermark hat, wo man insgesamt ein Budget von 100 Milliarden Schilling, wenn ich beide Budgets zusammenzähle, beschließt. (Abg. Gennaro: „Bei uns haben wir aber eine junge Abgeordnete hineingenommen, was bei Ihnen nicht mehr der Fall ist!“)

Ich möchte noch einmal auf das Jugendförderungsgesetz zurückkommen. Das Jugendförderungsgesetz stammt aus dem Jahr 1984, es ist nur österreichbezogen, es ist sehr traditionell.

Im Jahr 1997 ist im Rahmen des Jugend-Online-Prozesses vom letzten Jugendlandesrat Dörflinger eine Studie, eine Publikation in Auftrag gegeben worden, wo die jugendpolitischen Leitlinien und der jugendpolitische Standard in der Steiermark erarbeitet worden sind. Es waren selber einige anwesende Leute bei diesem Prozess dabei. Er war inhaltlich sehr informativ, weil aus der ganzen Steiermark Fachleute aus dem ehrenamtlichen und dem hauptberuflichen Bereich einbezogen worden sind. Ich habe mich sehr gewundert, dass von diesem Produkt, das dann auch sehr öffentlichkeitswirksam präsentiert worden ist, sich keine Zeile mehr im Programm der jetzigen Regierung wiedergefunden hat.

Einen Aspekt möchte ich noch herausnehmen, auf den Ingrid Lechner-Sonnek im Finanz-Ausschuss eingegangen ist. Es gibt da zwei Budgetposten, die aus meiner Sicht nicht seriös und nicht transparent gestaltet worden sind.

Das eine ist ein Posten, der heißt „Strukturförderung in der Jugendarbeit“. Ich habe mir gedacht, das ist toll, eine deutliche Erhöhung. Da wird es darum gehen, dass man vielleicht ehrenamtlichen Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen bestimmte Arten von Anreiz anbietet, damit sie diese Tätigkeit noch länger machen können oder dass man in Regionen, wo es jugendpolitisch massive Schwierigkeiten gibt, zum Beispiel dort, wo rechtsextreme Jugendliche unterwegs sind, dass man dort spezielle Auffang- oder Unterstützungsmaßnahmen setzt. Ich habe dann interessanterweise gesehen, dass genau aus diesem Posten eine Nachtbusaktion gefördert wird. Die Nachtbusaktion für junge Leute unterstützen natürlich auch die Grünen. Aber ich verstehe einfach nicht, warum das nicht aus dem Verkehrsressort bezahlt wird. Es ist für mich symptomatisch und das ist genau ein Schritt entgegen die Budgettransparenz, dass im Jugendbudget Auffangarbeit für das getan wird, was in anderen Ressorts dadurch versäumt wird, dass man halt Verkehrspolitik für Auto fahrende Männer macht, für Leute mit Führerschein. Das ist das eine.

Und das Zweite: Es gibt da einen Posten, der entsprechend aufgewertet worden ist. Das ist der Bereich „Jugendkulturarbeit und Aktivitäten des Landesjugendreferates“.

Ich habe mir gedacht, Jugendkulturarbeit, toll, klingt hoch interessant. Da gibt es etliche Initiativen in der ganzen Steiermark, die im Bereich interkulturelle Jugendarbeit oder im Unterstützen von einer jugendorientierten Musikszene oder im Theaterarbeitsbereich aktiv sind. Der zuständige Landesjugendrat hat dann gestern im Ausschuss gesagt, dass diese Mittel so verwendet werden sollen, dass das Landesjugendreferat sich in der Außenwirkung besser darstellen kann.

Das ist für mich ein Schlag gegen die Budgettransparenz. Für mich wäre es legitim reinzuschreiben, „Außendarstellung des Landesjugendreferates“ und dafür einen Posten zu budgetieren. Aber dass das unter „Jugendkulturarbeit“ läuft, das ist für mich in keiner Weise nachvollziehbar. Ich glaube, dass das Leute, die in dem Bereich professionell arbeiten, auch nicht wirklich verstehen werden.

Einen Punkt möchte ich noch anführen: Es ist ebenfalls ein Wunsch von Leuten, die in dem Bereich arbeiten, dass die antirassistische Jugendarbeit und die antisexistische Jugendarbeit im Budget Niederschlag finden. Das heißt, dass dafür auch Budgetposten eingerichtet werden. Das sind auch Formen, die man methodisch sehr sensibel angehen muss, um da wirklich wirksam zu werden. Aus unserer Sicht wären das zwei Punkte, die auch im Jugendförderungsgesetz zu verankern wären.

Es gibt, darauf möchte ich hinweisen, eine Initiative von etlichen Jugendinitiativen in der Steiermark, die zum Beispiel vorschlagen, dass man zur zusätzlichen Bedeckung von Jugendaktivitäten einfach 10 Prozent der Bedarfszuweisungen hernehmen sollte, auch im Sinne einer regionalen Streuung von Jugendaktivitäten. Diesen Vorschlag habe ich sehr toll gefunden. Die Leute fordern nicht neues Geld aus irgendwelchen unbekanntem Töpfen, sondern aus diesen satten 1,4 Milliarden Bedarfszuweisungen, die hinten in der „Finanzwirtschaft“ stehen.

Was ich noch anreden möchte, da kann ich ein bisschen an meine Vorrednerin anschließen, es ist derzeit eine große Debatte in Österreich im Laufen, was das Bildungsvolksbegehren betrifft. Sie wissen, das ist so breit gehalten, dass es von Leuten aus unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereichen und fraktionellen Bereichen mitgetragen wird. Ich habe mich vorgestern im Unterrichts- und Bildungs-Ausschuss sehr gewundert, dass es für die anderen Fraktionen nicht möglich war, bei dem grünen Antrag zur Unterstützung dieses Volksbegehrens mitzugehen. Der Ausschuss hat das Bildungsvolksbegehren an die Landesregierung mit der Bitte zu einer Stellungnahme weitergeleitet.

Das war für mich absolut überraschend, weil ich einfach glaube, dass das die Studierenden an den diversen Grazer Universitäten, an den Fachhochschulen, an den pädagogischen Akademien, an der Sozialakademie, an den diversen berufsorientierten Ausbildungsstätten als große Hilfe verstanden hätten und auch die Lehrbeauftragten dort und das nicht pädagogische Personal, wenn der Landtag da einen klaren Akzent gesetzt hätte.

Ich habe das Gefühl, gerade im Bildungs- und Wissenschaftsbereich geht in Österreich und in der Steiermark die Entwicklung in die Richtung „Österreich wird zu einer Burg innerhalb der Burg EU“.

Und wenn man sich anschaut, dass Studierende aus so genannten Dritte-Welt-Ländern, also sprich Afrika und Asien, nicht 5000 Schilling im Semester an Studiengebühren zahlen müssen – das bessere Wort wäre übrigens Studierendensteuer, das ist übrigens auch eine Haltung der Österreichischen Rektorenkonferenz –, sondern dass diese Studierenden 10.000 Schilling im Semester zahlen müssen, ist es für mich ganz klar eine Ausgrenzung und ganz klar eine Haltung der österreichischen Bundesregierung, die sich gegen das ausspricht, was man sonst immer wieder versucht herbeizubeschwören, nämlich den internationalen Austausch und eine geistige Flexibilisierung, die einfach dringend notwendig wäre, um auch im Wissenschaftlichen einen Diskurs in Österreich zu gewährleisten, der in einigen Bereichen einfach nicht mehr gegeben ist.

Ein kurzer Punkt noch, was die Studiengebühren betrifft. Es liegt auf der Hand, dazu gibt es Kalkulationen von der Karl-Franzens-Universität, dass ab Herbst ein Drittel weniger Inskribierende sein werden. Das wird auch Auswirkungen haben auf den Wissenschafts- und Bildungsstandort Graz beziehungsweise Leoben oder auch Kapfenberg.

Ich glaube einfach, dass man in diesem Zusammenhang kurz auch etwas zum Dienstrecht sagen muss. Es gibt derzeit die Befürchtung, dass durch das Dienstrecht, wie es von der Bundesregierung vorgeschlagen wird, bei den Leuten, die unterrichten an den Universitäten, der Egoismus zwangsweise immer mehr gefördert wird, dass die Leute immer mehr motiviert werden, sich immer mehr nur auf die eigene Karriere zu konzentrieren, dass die Leute demotiviert werden, Team-Teaching zu machen oder dass sie demotiviert werden, auch über ihre eigene Publikationsliste hinaus aktiv zu werden.

Ich halte das für katastrophal. Besonders hart treffen wird es dann noch einmal die auf den ersten Blick nicht marktfähigen Ausbildungen, zum Beispiel die Geisteswissenschaften. Ich sehe im Budget gleichzeitig, dass im Bereich der Wissenschaftsförderung die Mittel reduziert worden sind, dass bei den Kompetenzzentren die Mittel von 10 auf 6,6 Millionen reduziert worden sind. Wir haben aber in Österreich eine Akademikerrate, die bei 8 Prozent liegt, das ist am zweitschlechtesten in der ganzen OECD. Es ist für mich nicht befriedigend, wenn ich dann höre, dass diese fehlenden Mittel im Wissenschaftsbereich in den Wirtschaftsförderungsbereich transferiert worden sind, weil die Wirtschaftsförderung natürlich aus ihrer Logik heraus nur die Formen von Wissenschaftspolitik unterstützen wird, die sofort verwertbar sind. Das ist ihr gutes Recht, aber ich wünsche mir einfach eine entsprechende Dotation, dezidiert im Wissenschaftsbereich und auch dezidiert für genau die Fragestellungen, die komplizierter sind, wo man eine ethische Dimension hineinnehmen muss, eine frauenpolitische oder eine ökologische Dimension hineinnehmen muss.

Ein letzter Punkt noch. Es sind jetzt bald die Wahlen zur Hochschülerschaft an den Universitäten. Es ist für mich auch sehr bezeichnend, dass nicht EU-Studierende nicht wählen dürfen, gleichzeitig aber auch nicht arbeiten gehen dürfen. Wir haben derzeit in Österreich eine Situation, wo Bildungspolitik und Wissenschaftspolitik immer mehr in Richtung Marktfähigkeit und direkte Verwertbarkeit gepolt werden. Ich glaube, dass in der Erwachsenenbildung die emanzipatorischen Zugänge oder Zugänge, wo man nicht gleich sagt, wie ist das für eine bestimmte Firma verwertbar, dass die in der Steiermark notwendig sind, genau diese Bildungszugänge wesentlich mehr Raum und auch mehr budgetäre Möglichkeiten brauchen. Jetzt von Seite der Grünen der Versuch eines politischen Resümees zu dem Kapitel: Wie gesagt, es ist halb zehn am Abend und das zeigt vielleicht auch nicht zufälligerweise, wie der Landtag mit Jugendthemen umgeht, Themen, die für mich strategisch sehr wichtig sind, mit denen man ganz massiv politisch interveniert. Und in diesem Budgetkapitel sehe ich klare Unterlassungen, ich habe einige davon genannt. Wir haben als Oppositionsfraktion das Budget übrigens vor genau acht Tagen bekommen, ich halte das auch nicht für zulässig. Auf Grund dieser Unterlassungen werden die Grünen deswegen dem Kapitel Jugend, Bildung und Wissenschaft die Zustimmung leider nicht geben können. Danke! (Beifall bei den Grünen. – 21.32 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Graf. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Graf (21.32 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren, Frau Landeshauptmann, Herr Präsident, verehrte Zuschauer!

Bildung ist ein wichtiges Thema, denn Bildung ist Zukunft, Bildung ist Fähigkeitsentfaltung und Persönlichkeitsbildung. Wir sind heutzutage mit Möglichkeiten ausgestattet, die es einerseits vor Jahren nicht gab und die sich andererseits ständig erweitern; vor allem wir Politiker haben die Aufgabe, rasch darauf zu reagieren, in die Zukunft zu investieren, wenn es darum geht, in neue Ausbildungsmöglichkeiten zu investieren. Ich meine damit zum Beispiel Fachhochschulen, die sich unter anderem mit Computertechnologie auseinandersetzen, denn die Tatsache, dass wir Computerexperten aus anderen Ländern brauchen, bedeutet ein Manko der Bildungspolitik der letzten Jahre. Diese hat hier offensichtlich versagt. So etwas darf uns nicht mehr passieren. Wir müssen um unserer Jugend willen viel zukunftsorientierter arbeiten, denken und vor allem handeln.

Wie wir alle wissen, haben Kinder ein enormes Entwicklungs- und Lernpotenzial. Die heutigen Kinder setzen sich von Schulbeginn an mit der neuesten Technologie auseinander, zum Beispiel mit Computern und das ist gut so, das sichert uns die Experten von morgen. Sie haben einen anderen Zugang, nämlich viel leichteren, offeneren, wenn es darum geht Entwicklungen mitzumachen. Aber auch im Bereich der schon Ausgebildeten gibt es, Gott sei Dank, Möglichkeiten der Förderung in Form von Erwachsenenbildung, lebensbegleitendes Lernen, Qualifizierung für Facharbeiter sowie Lehrlinge, Meisterprüfungen und einen leichteren Zugang zur Selbstständigkeit. In all diesen Bereichen werden wir uns engagieren.

IT-Klassen in allgemein höheren Schulen – das ist eines unserer Anliegen und daher haben wir einen diesbezüglichen Antrag im Landtag gestellt, der hoffentlich bald umgesetzt wird.

Meine Damen und Herren, die Bildungsmöglichkeiten in unserem Bundesland konzentrieren sich in hohem Maße auf die Landeshauptstadt Graz. Wir aber wollen die Chancengleichheit für alle Steiererinnen und Steierer. Das bedeutet eine zeitliche und räumliche Flexibilisierung auch im ländlichen Bereich zu ermöglichen, um der Abwanderung aus diesen Gebieten entgegenzutreten.

Daher gilt es auch, wissenschaftliche Einrichtungen in ländlichen Regionen anzusiedeln. In entlegenen Gebieten könnten durch Tele-Teaching und Tele-Learning neue Bildungsmöglichkeiten geschaffen werden. Es gibt hier viele Vorteile des Tele-Teaching und Tele-Learning: Arbeitsqualität und -produktivität verbessern, Kosten senken, Steigerung der Selbstverantwortlichkeit von Beschäftigten bei Gestaltung und Durchführung und noch viele weitere Vorteile.

Deshalb unser Entschließungsantrag. Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, weiterhin Bemühungen zur Regionalisierung wissenschaftlicher Einrichtungen (Fachhochschulstudiengänge, Kompetenzzentren, Institute von Joanneum Research, andere universitäre und außeruniversitäre Lehrgänge und Kollegs, Sommer- und Winterakademien zu unterstützen. Die Möglichkeit von Tele-Teaching und Tele-Learning zu forcieren.

Und ich hoffe, Sie sind hier mit uns einer Meinung. (Beifall bei der FPÖ.)

Hohes Haus, in der Steiermark soll jeder, der willens und fähig ist zu studieren, dies auch können, ganz egal wo er zu Hause ist. Ab Herbst gibt es Änderungen für unsere Studenten – sie entrichten eine Gebühr von 5000 Schilling pro Semester. Die längerfristigen Vorteile dieser Gebühr werden auch greifen, nämlich mehr Prüfungstermine, genügend Hörsäle, mehr Professoren und ausreichend Praktikumsplätze.

Durch diesen kleinen Beitrag aller, sozial gestaffelt natürlich, soll die Gesamtheit der Studentenschaft von universitärer Verbesserung profitieren. Die Universitätsmilliarde wird dazu beitragen. Und wenn ich Zahlen und Fakten hier ansehe, so gibt es von 15 europäischen Staaten in neun Studienbeiträge und Zugangsbeschränkungen gibt es in elf Staaten. Österreich ist neben Luxemburg das einzige Land, das weder das eine noch das andere hat. Wir setzen aber auch Begleitmaßnahmen zu diesen Studiengebühren. Und das sind die Ausweitung der Stipendien zur Sicherung der sozialen Gerechtigkeit, der Ausbau der Leistungsstipendien und wir behalten die Familienbeihilfe bei von bis zu 30.000 Schilling. Die Studienbeihilfenbezieher erhalten somit 10.000 Schilling zusätzlich durch eine Rückerstattung. Die Zuverdienstgrenze wird ebenso angehoben.

Es ist wichtig im Bildungsbereich alte und starre Strukturen zu verändern, das sage ich noch zum Bereich Veränderungen. Dies muss aber so passieren, dass es wirklich der Jugend, den Schülern und den Studenten zugute kommt, und nicht irgendwelchen Funktionären.

Wir Freiheitlichen stehen für Objektivität im Schul- und Bildungsbereich und das ist auch im Arbeitsprogramm enthalten, das freiheitliche Handschrift trägt. Dafür haben wir uns eingesetzt. (Beifall bei der FPÖ.)

Zum Abschluss möchte ich noch eine Studie erwähnen, die sehr interessant ist. Die Studie setzt sich mit Wünschen von Kindern im Alter zwischen sechs und 14 Jahren auseinander. Platz 1 auf dieser Wunschliste nimmt „Erfolg in der Schule und gute Noten“ ein. Was können wir daraus ersehen? Unsere Jugend ist willens sich zu bilden. An uns liegt es, ihr die Möglichkeiten dafür offen zu lassen. Auch weit oben auf der Wunschliste ist der Sport zu finden. Daran sieht man, dass Kinder einen sportlichen Ausgleich zu ihrem Leistungsdruck suchen. Dazu müssen Kinder aber auch Sportmöglichkeiten haben. In meinem Heimatbezirk Bruck zum Beispiel gibt es 58 Schulen, 416 Klassen und 4996 Schüler in diversen Schulen und all diese Kinder brauchen Möglichkeiten, ihren sportlichen Bedürfnissen nachgehen zu können.

Wir sind aufgefordert, ihnen diese Möglichkeiten zu bieten und die nötige Infrastruktur zu schaffen. Wir Freiheitlichen werden uns dafür einsetzen.

Meine Damen und Herren, die Bildung unserer Kinder reduziert sich nicht auf körperliche und geistige Ausbildung. Die Formung der kleinen Persönlichkeiten zu verantwortungsbewussten, toleranten und interessierten Menschen ist ein Zusammenspiel von Familie, Schule und sozialem Umfeld. Und hier ist jeder Einzelne von uns gefordert, den Kindern mit gutem Beispiel voranzugehen und Werte vorzuleben, die den Rahmen für eine positive und aufgeschlossene Persönlichkeitsentwicklung darstellen.

Wenn ich hier so in die Reihen schaue, dann finde ich es wirklich sehr schade, dass gerade die SPÖ so zusammengeschrumpft ist, wenn es um den Bereich der Zukunft und der Bildung und Forschung geht. Es hat für mich fast den Anschein, als interessiert es Sie genauso wenig, wie unsere Kinder und Enkelkinder mit dem Schulberg zurande kommen, den Sie hinterlassen haben. Danke! (Beifall bei der FPÖ. – 21.40 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Prof. Dr. Rauch. Er ist am Wort.

Abg. Mag. Dr. Rauch (21.40 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Landeshauptmann, sehr geehrte Herren Landesräte, Hohes Haus!

Die Förderung von Wissenschaft, Forschung und Universitäten hat in der Steiermark lange Tradition und bringt uns im Bundesländervergleich auf einen der vordersten Plätze.

In absoluten Zahlen nimmt die Steiermark nach Wien den zweiten Platz bei den Forschungsausgaben der Länder ein.

In Prozent des Budgets sind wir nach Vorarlberg und Kärnten auf Platz drei. (Abg. Gennaro: „Wer sagt das?“) Ein Viertel des Fördervolumens des Wissenschaftsfonds FWF fließt in die Steiermark und das ist nach Wien das mit Abstand beste Bundesländerergebnis.

Mit Joanneum Research haben wir das zweitgrößte Forschungszentrum Österreichs, das besonders beim Aufbau von Kompetenzzentren großes Engagement beweist.

Es ist daher erfreulich, dass Wissenschaft, Forschung und Hochschulen auch in diesem Budget einen so herausragenden Stellenwert genießen.

Unter den Schwerpunkten des Budgets steht an erster Stelle der neu geschaffene Zukunftsfonds, der vor allem den Hochschulen und der Forschung zugute kommt: Wissenschaft, Forschung, Technologie- und Innovationsprojekte werden durch diesen Zukunftsfonds gefördert. Ein derartiger Fonds, meine Damen und Herren, ist in Österreich einmalig.

Auch ein zweiter Schwerpunkt dieses Budgets, nämlich die „Hellen Köpfe“ und die Zusammenfassung der Agenden von Wissenschaft, Forschung und Universitäten in der Hand der Frau Landeshauptmann zeigen den Stellenwert, den dieser Bereich in unserem Land genießt.

Es ist daher nur konsequent, wenn trotz der Sparnotwendigkeiten zahlreiche Budgetansätze im Bereich Wissenschaft, Forschung und Universitäten gesteigert werden. Und das ist bei einem so hohen Niveau der Wissenschaftsförderung keine Selbstverständlichkeit.

Die Steigerungen des Budgets 2002 gegenüber 2000 betragen, um einige Beispiele zu nennen, bei Universitäten und Hochschuleinrichtungen plus 9,4 Prozent, bei Studienbeihilfen plus 3,3 Prozent, bei den wissenschaftlichen Archiven über 10 Prozent. Diese Prozentsätze sind ein beachtliches positives Signal.

Wir müssen uns allerdings bewusst sein, dass die Aktivitäten des Landes in diesen Bereichen immer nur unterstützenden Charakter haben können. Die großen Weichenstellungen im Bereich Forschung und Hochschulen finden auf Bundesebene statt.

Hier werden mit großem Einsatz endlich jene Reformen angegangen, die von allen gesellschaftlichen Gruppen, vor allem aber von den betroffenen Universitäten selbst seit Jahren vehement gefordert werden.

Die große Hochschulreform wird den Universitäten mehr Autonomie bringen. Das wird die Chance eröffnen, dass in der Steiermark eine enge Kooperation zwischen Universitäten, Fachhochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und der Wirtschaft stattfinden kann.

Frau Landeshauptmann Klasnic hat daher bereits zu Jahresbeginn eine Strategieguppe „Wissenschaft, Forschung und Qualifikation“ eingerichtet, die in Zusammenarbeit mit der Akademie der Wissenschaften und der Österreichischen Rektorenkonferenz genau diese Koordinationsarbeit für die Steiermark leistet. Auch diese Koordination im Wissenschafts- und Forschungsbereich ist in Österreich einzigartig und gibt uns einen Vorsprung bei der Schaffung eines Qualitätsprofils steirischer Hochschulausbildung und Forschung. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

Auch, meine Damen und Herren, die Studienbeiträge, eine bundesweite Entscheidung, werden die Steiermark betreffen. Nach der für alle überraschenden Ankündigung im Herbst, Studienbeiträge zur Budgetsanierung einzuführen, hat Frau Landeshauptmann Klasnic als erste Politikerin sofort und sehr erfolgreich ihre Bedenken angemeldet. Ihrer Initiative ist es zu verdanken, dass die Mittel der Studienbeiträge nicht zur Budgetsanierung herangezogen werden, sondern an die Universitäten zurückfließen (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.), dass die Studienförderung deutlich erhöht wurde und Studienbeihilfebezieher von den Studienbeiträgen ausgenommen werden. Heute bekommt ein Student oder eine Studentin bis zu einem elterlichen Einkommen von etwa 40.000 Schilling pro Monat Studienbeihilfe, bei mehreren Geschwistern und einem Wohnort außerhalb des Studienorts bis 60.000 Schilling.

Bedenken Sie bitte, dass nur 12 Prozent der unselbstständig Beschäftigten in der Steiermark mehr als 40.000 Schilling pro Monat verdienen. Da greift das soziale Argument nur noch sehr bedingt. (Beifall bei der ÖVP.)

Der Budgetansatz für Leistungsstipendien wurde von 15 auf 56 Millionen Schilling erhöht. Und schließlich hat Frau Landeshauptmann Klasnic die schon erwähnte Projektgruppe eingesetzt, die alle Studienförderungsmöglichkeiten für steirische Studierende analysiert hat, neue Möglichkeiten aufzeigt und leicht zugänglich darstellt. Hier gibt es mittlerweile eine Fülle von Initiativen, die gerade zusammengefasst und übersichtlich aufbereitet werden.

In Zusammenarbeit mit den Hochschülerschaften aller vier steirischen Universitäten wird noch vor dem Sommer für alle Studierenden in der Steiermark dieser „Wegweiser zur Studienfinanzierung“ kostenlos ausgegeben werden. Damit soll auch die psychologische Barriere gegen das Hochschulstudium abgebaut werden.

Die Forderung, dass jeder, der die Leistung und die Voraussetzungen mit sich bringt, um studieren zu können, in der Steiermark studieren kann, ist damit erfüllt.

Als Professor an einer Universität bin ich mir allerdings auch der negativen Auswirkung von Studienbeiträgen bewusst. Ich muss allerdings anerkennen, dass die Universitätsangehörigen – die Studierenden, die Professoren und die Professorinnen – bisher Nutznießer einer einseitigen Bevorzugung der Hochschulen vor den meisten weiterführenden Bildungseinrichtungen waren.

In Österreich ist das öffentliche Primär- und Sekundärschulwesen, also die Zeit der 6- bis 19-Jährigen, gebührenfrei. Das meiste, was danach kommt, also postsekundär, ist, was die Ausbildung anlangt, mit Kostenbeiträgen verbunden.

Ein Lehrling, der die Meisterprüfung anstrebt, hat im Schnitt etwa 60.000 Schilling an Gebühren aufzubringen. Ein Facharbeiter beziehungsweise eine Facharbeiterin hat für die Werkmeisterschule zirka 40.000 Schilling zu bezahlen. Eine Buchhalterin oder ein Buchhalter, der die Bilanzbuchhalterprüfung anstrebt, muss mit etwa 50.000 Schilling an Gebühren rechnen. Selbst ein Lkw-Fahrer oder eine Lkw-Fahrerin muss für ihren schwierigen Beruf den Führerschein aus eigener Tasche zahlen und das kostet auch an die 15.000 Schilling. (Abg. Mag. Erlitz: „Wenn ein Student den Führerschein macht, muss er auch bezahlen!“)

Daher muss man die breite öffentliche Zustimmung zu etwa 50.000 Schilling für ein akademisches Vollstudium verstehen, insbesondere mit den Begleitmaßnahmen zum Abbau sozialer Barrieren, wie sie, auf Grund der Initiative von Frau Landeshauptmann Klasnic eingeführt, greifen.

Das gilt auch – und wie mir scheint ganz besonders – für die Fachhochschulen. Wenn alle Studierenden im postsekundären Bildungsbereich Studienbeiträge zahlen, warum sollten wir dann bei einem Sektor, nämlich bei den Fachhochschulen, eine Ausnahme machen? Hier greift nicht einmal das Argument der negativen Signalwirkung. Schon heute drängen sich mehr als zwei Bewerberinnen und Bewerber um jeden freien Fachhochschulplatz. Es wäre daher nicht fair, diesen Bildungssektor durch die Befreiung von den Studiengebühren noch attraktiver zu machen und dann die überwiegende Zahl der Bewerberinnen und Bewerber wieder nach Hause zu schicken.

Wir sollten uns darauf konzentrieren, das Erfolgsmodell Fachhochschule in der Steiermark weiter auszubauen. Die landeseigene Fachhochschule Technikum Joanneum ist mittlerweile die größte und erfolgreichste Fachhochschule Österreichs. Das WIFI Steiermark ist bei Fachhochschulstudiengängen für Berufstätige führend. Die steirischen Fachhochschulstudiengänge sind österreichweit die besten.

Hohes Haus, die gut ausgebaute Infrastruktur an Wissenschaft, Forschung und Hochschulen ist ein besonderes Merkmal der Lebens- und Standortqualität der Steiermark. Die Umbrüche und Reformen in diesem Bereich sind die größten seit 150 Jahren. Das Ziel ist mehr Autonomie, mehr Wettbewerb und damit mehr Qualität.

Das ist für die Steiermark eine große Chance, da in unserem Bundesland das größte Bildungsangebot außerhalb Wiens besteht. Die Aufbruchstimmung an den Hochschulen und im Forschungsbereich ist groß. Die Steiermark hat die Chance erkannt und ist das erste Bundesland, das konkrete Maßnahmen zur regionalen Koordination und Förderung von Wissenschaft, Forschung und Universitäten ergriffen hat. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich gehe daher mit viel Optimismus in die nächsten Jahre! Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 21.51 Uhr.)

Präsident: Meine Damen und Herren, es wurde eine Redezeit für den ersten Tag bis zirka 22.00 Uhr vereinbart. Es liegen mir noch etliche Wortmeldungen vor. So zum Beispiel noch von der Frau Abgeordneten Pußwald, von der Frau Abgeordneten Halper und von der Frau Abgeordneten Koller. Ich unterbreche nunmehr die Sitzung bis morgen Freitag in der Früh 8.30 Uhr. Danke! (Unterbrechung der Sitzung von 21.51 Uhr bis 27. April 2001, 8.31 Uhr.)

Präsident: Einen schönen guten Morgen. Wir nehmen, meine Damen und Herren des Hohen Hauses, die 10. Sitzung des Landtages wieder auf. Ich begrüße die Regierungsmitglieder, an der Spitze die Frau Landeshauptmann Klasnic, sehr, sehr herzlich. Es ist ein wunderschöner Tag draußen und der Bauernbund hat uns heute einen lieben Gruß mit Qualitätsprodukten aus der Steiermark gesandt. Ich darf mich namens des Landtages dafür sehr, sehr herzlich bedanken. (Allgemeiner Beifall.)

Wir haben noch zur Gruppe 2 Wortmeldungen vorgemerkt, und zwar zu Wort gemeldet hat sich dazu die Frau Abgeordnete Hermine Pußwald. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Pußwald (8.32 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, liebe Kolleginnen und Kollegen und liebe Besucher!

Schönen guten Morgen! Der Tag ist schön, die Sonne hat klares Wetter gebracht. Ich hoffe, dass der heutige Tag auch in diesem Raum insgesamt diese Klarheit und diese Helle bringt. Ich melde mich zu einer Nische im Bildungsbereich der Steiermark, nämlich zum landwirtschaftlichen Schulwesen. Der Wind bläst diesem Schulwesen ins Gesicht, und zwar aus mehreren Gründen. Auf der einen Seite die Probleme der Landwirtschaft, ständig in der Zahl zurückgehende Bauernhöfe und Betriebe, auf der anderen Seite der Rückgang der Geburtenrate und das geringe Einkommen. Da wir nicht dem Landesschulrat zugehörig sind, sondern im eigenen landwirtschaftlichen Schulwesen eingegliedert sind, ist die Situation für unser Schulwesen sicher kein unproblematisches. Und trotzdem haben sich im Verhältnis zum vergangenen Jahr um 87 SchülerInnen mehr im landwirtschaftlichen Schulbereich angemeldet! Es sind 45 Mädchen und 42 Burschen mehr angemeldet als zum gleichen Zeitpunkt im Vorjahr. Ich kann daraus schließen, dass dieses Schulwesen von der Bevölkerung angenommen wird, dass die Menschen wissen, wie und was in diesem Schulwesen angeboten wird und dass es regionale gute Vernetzungen gibt. Ich denke, das ist auch das Geheimnis dieses landwirtschaftlichen Schulwesens. Die engagierten flexiblen Lehrer, die sich in die Probleme der Umgebung einbinden lassen, die wahrnehmen, was wirtschaftlich, sozial notwendig ist. Die sich öffnen zu verschiedenen Bereichen und Chancen des Zuerwerbes. Die Schüler, die kleinen schulischen Einheiten, teilweise mit Internaten ausgestattet, die genau den schwierigen Lebensabschnitt der jungen Menschen, der 14- bis 17-Jährigen in diesen Schulen erleben, erfahren soziales Lernen, gelenkt und geleitet, erfahren Beziehungen innerhalb der Klasse, innerhalb der Internatsgemeinschaft, aber auch zu den Lehrern und erfahren Beziehungen und Aufgaben, die nach aussen strahlen. Ich denke, der Lehrplan ist so als Rahmenlehrplan angelegt, dass es möglich ist ad hoc die Aktualität und Regionalität herauszustreichen und zu reagieren.

Was ist das im Konkreten? Der Lehrplan ist aufgeteilt in den allgemein bildenden Unterricht, da, glaube ich, brauche ich in diesem Raum nicht sehr viel dazu sagen. Ein starker Schwerpunkt wird auf Persönlichkeitsbildung gelegt, die wieder eine intensive Vernetzung zu Unternehmungen und Wirtschaftsbetrieben herstellt. Wir haben den starken Bereich Ökologie und Landwirtschaft mit Betriebswirtschaft kombiniert. Unternehmerisches nachhaltiges Denken wird hier gefordert. Für viele junge Menschen, die nach acht Jahren Pflichtschule schulmüde geworden sind, tut sich der praktische Unterricht als neue Komponente auf und sie entdecken plötzlich, dass sie vielleicht ganz große Stärken auf diesen Gebieten haben und sie fassen wieder Fuß. Es sind nicht wenige, die nach zwei Jahren landwirtschaftlicher Schule wieder den Weg hin zur Matura gehen und einfach eine Zwischenstation gemacht haben, um sich persönlich zu fangen und wieder neu durchzustarten. Das sind, glaube ich, die Dinge, die diesem Schulwesen den Zuspruch ermöglichen.

Was sind die aktuellen Dinge, die laufen? Oft wird gesagt, hinterwäldlerisch – traditionsbewusst. Ich sage es, als Vertreterin dieses Schulwesens und selbst Lehrerin in diesem Bereich, wir sind ganz sicherlich eine sehr moderne Schule. Selbstverständlich gibt es in allen Bereichen EDV-Ausstattung, aber nicht nur die Ausstattung, sondern es wird der europäische Computerführerschein von ganz vielen Schülern in zwei Jahren absolviert. Fast natürlich waren wir immer daran beteiligt, mit europäischen Vernetzungen zu arbeiten, viele Jahre schon mit Osteuropa, das geht zehn, zwölf Jahre zurück, wo es Kontakte nach Ungarn, nach Polen, nach Tschechien oder Slowenien gibt, die auch gepflegt und bearbeitet werden. Aber seit der Integration in die europäische Gemeinschaft laufen Leonardo- und Sokrates-Projekte mit hervorragenden Ergebnissen, um nur auf die Fachschule Gleisdorf oder auch die Fachschule Stein oder Haidegg hinzuweisen.

Übungsfirmen, die in der HAK und in der Handelsschule üblich sind, sind auch im landwirtschaftlichen Schulwesen nicht nur eine große Bereicherung, sondern in vielen Bereichen eine Selbstverständlichkeit geworden, wo die jungen Damen und Herren unternehmerisch tätig sind als eingetragene Firmen mit Produktion und Dienstleistungen. Eine Sprachoffensive begleitet uns, Englisch in Kommunikation und Schrift, aber auch Französisch und Italienisch werden regionsunterschiedlich allerdings angeboten. Das sind die Grundlagen, die hineinstrahlen natürlich in die Landwirtschaft mit Berufsabschlüssen, natürlich in den Tourismus, in die soziale Schiene, aber auch in die landwirtschaftliche Verarbeitungsschiene, sprich Direktvermarktung.

Und wenn der Herr Präsident gesagt hat, er bedankt sich für die Produkte von „Gutes vom Bauernhof“, so möchte ich hier sagen, ich bedanke mich auch bei den vielen Menschen, die über dieses landwirtschaftliche Schulwesen in diese schwierige Arbeit der Direktvermarktung einsteigen und die die besten Produkte für uns und auch die Lebensmittelsicherung erbringen. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

Wenn ich vorher gemeint habe, dem landwirtschaftlichen Schulwesen bläst der Wind ins Gesicht. Auch den Bauern bläst der Wind ins Gesicht! Denn die Wünsche der Gesellschaft sind oft diametral mit dem, was der Bauer zu leisten und auch an Wertschöpfung abzuholen hat, gegenübergestellt. Was ist das? Die Gesellschaft wünscht sich diese natürlich erzeugten, biologischen, sehr gesunden Lebensmittel, aber nach Möglichkeit zum Preis wie im Superladen.

Die schöne, gepflegte Landschaft, weit und breit in der gesamten Steiermark zum Nulltarif zu bewundern, ist zurzeit noch eine Selbstverständlichkeit. Aber auch die Benutzung des bäuerlichen Grundes oder auch des bäuerlichen Eigentums für verschiedenste Zwecke zum Nulltarif ist ein großer Wunsch. Was wir noch brauchen und was wir Gott sei Dank in der Steiermark schon sehr, sehr gut machen, ist die Erhaltung und die Schonung des Wasserhaushalts. Das sind die Punkte, die von der Gesellschaft gewünscht werden, von den Bauern oft mit harter Arbeit und mit kargem Lohn auch geboten werden. Und solange es nicht ein Umdenken auch in dieser Frage gibt, wird die Problematik mit den Bauern zunehmen.

1997 gab es, wie auch vorher im gewerblichen Berufsschulwesen, eine INFORA-Studie über den Sinn und Wert des landwirtschaftlichen Schulwesens. Da ist ganz klar herausgekommen, dass dieses Schulwesen eine sehr wichtige Funktion hat, die die berufliche Doppelausbildung, die Grundausbildung in den ersten Jahren für die bäuerliche Welt, darlegt und dann die Kombination, Erwerbsskombination in andere Berufssparten hinein ermöglicht.

Eine europäische Untersuchung hat auch ergeben, dass dieses steirische Modell mit der Grundausbildung im 9., 10. Schuljahr die Grundlage dafür ist, dass es immer wieder noch Hoferben und Übernehmer gibt, die zusätzlich dann in einem anderen Bereich berufstätig sind. Damit haben wir die Standortsicherung und die regionale Erhaltung der Infrastrukturen. Wenn die Bauern uns wegbrechen, bricht uns der ländliche Raum zusammen. Die Höfe, die oft auf einem schönen Bergrücken liegen und von Urlaubern und von Wanderern bewundert werden, haben eine sehr extensive Lage und auch eine sehr extensive Bewirtschaftung in einem nicht einfachen Umfeld.

Der zweite Teil, der noch erwähnt wurde, sind Brandschutz- und Wärmedämmmaßnahmen, die abgewickelt werden müssen, damit die Gebäude erhalten werden. Wir haben auch dazu kein Geld. Es sind 340 Millionen, die insgesamt ins Bauvolumen hineingehen müssten.

Wenn wir dieses Schulwesen und wenn wir die Gebäude für das Land erhalten wollen, dann sollen wir uns darüber Gedanken machen, welche Grundstücke, aber auch vielleicht welche Gebäude abgestoßen werden können im Rahmen der jeweiligen Schule, um damit Sanierungsarbeiten und Weiterentwicklung zu ermöglichen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 8.43 Uhr.)

Präsident: Die nächste Wortmeldung kommt von der Frau Abgeordneten Halper. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Halper (8.43 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, werde Landesräte, aber auch liebe Zuhörer und Zuhörerinnen im Raum und vor allem auch via Internet, Hohes Haus!

Die Gruppe 2 des Landesvoranschlags 2001 und 2002 umfasst ja mehrere Bereiche. Ich möchte mich heute mit jenem auseinandersetzen, der eigentlich im Interesse der Jugendarbeit steht.

Da haben wir einmal ein Jugendbudget, das zwar aufgestockt wurde und wo auch neue Posten drinnen sind, doch was nutzt uns das eigentlich, wenn die Praxis nicht wirklich funktioniert und Jugendinstitutionen nach wie vor kämpfen müssen, damit sie ihre Finanzen bekommen. Es ist zwar schön, dass die Ausgaben im Interesse der Jugendkulturarbeit und die Strukturförderung in der Jugendarbeit erhöht worden sind, doch wenn es schon um Nachhaltigkeit geht, wie es vor allem von Seiten der ÖVP immer wieder betont wird, dann muss auch die Praxis funktionieren. Und das ist eben leider nicht der Fall, denn wenn Sie sich, Herr Landesrat Schützenhöfer, intensiver um dieses Ressort Jugend bemühen würden, dann würden Sie nämlich auch schnell merken, wo eigentlich die Probleme vor Ort sind.

Jugendinstitutionen kämpfen jedes Jahr um Bewilligungen von ihren Projekten. Und jetzt wollen Sie nämlich auch noch hergehen – ich sehe ihn leider nicht – und jetzt will der Herr Landesrat Schützenhöfer auch noch hergehen und diese Projektfinanzierung ausdehnen. Das heißt, jedes Jahr das große Zittern, gibt es eine Bewilligung, gibt es keine?

Hinter so einem Projektantrag steckt ja eigentlich viel Arbeit, aber auch viel Einsatz und Engagement, vor allem im Interesse der Jugendarbeit, um dort Verbesserungen herbeiführen zu können.

Es ist mir jetzt schon klar, dass ein ÖVP-FPÖ-Budget gut aussehen wird. Immerhin geht es dabei auch um das Image und die Tatsache, dass man die Popularität in der Öffentlichkeit schon verstärken möchte.

Allerdings ist es leicht, ein Jugendbudget zu erhöhen und auf der anderen Seite dann aber herzuzugehen und gerade im Bereich der Jugendwohlfahrt Einsparungen vorzunehmen, denn die Jugendwohlfahrt, sehr geehrte Damen und Herren – (Entrollen eines Transparents im Zuschauerraum. – Allgemeine Unruhe. – Präsident: „Entschuldigung, ich darf Sie bitten, sofort dieses Transparent einzurollen. Das ist hier nicht gestattet, diese Form der Demonstration. Bitte dieses Transparent einrollen!“ – Beifall bei der SPÖ. – Präsident: „Meine Damen und

Herren, ich unterbreche die Sitzung für wenige Minuten, bis dieses Transparent eingerollt ist!" – Unterbrechung der Sitzung von 8.44 bis 8.46 Uhr. – Präsident: „Bitte, Frau Abgeordnete Halper, Sie sind wiederum am Wort. Ich bitte Sie fortzusetzen!“)

Sehr geehrte Damen und Herren, es ist wirklich leicht, zwar ein Jugendbudget zu erhöhen, aber auf der anderen Seite im Jugendwohlfahrtsbereich Einsparungen zu tätigen. Vor allem das sind Einsparungen, die jene Kinder und Jugendliche betreffen, die nicht gerade wirklich die besten Startchancen ins Leben mitbekommen haben.

Dabei frage ich mich schon, wenn jemandem die Jugendpolitik am Herzen liegt, wie man das verantworten kann, dass man einerseits in der Jugendpolitik zwar das Budget erhöht, aber auf der anderen Seite im Bereich der Jugendwohlfahrt diese Einsparungen vornimmt.

Vor allem, wenn Sie, Herr Landesrat Paierl, betonen, dass es bei diesem Budget um Nachhaltigkeit geht, dann weiß ich ehrlich gesagt nicht, ob schöne Budgetzahlen alleine wirklich diese Nachhaltigkeit bringen werden, weil eigentlich in der Praxis der Einsatz fehlt. (Unruhe im Zuschauerraum. – Präsident: „Ich bitte um Ruhe. Am Wort ist die Frau Abgeordnete Halper!“)

Irritieren tut es mich aber trotzdem nicht. (Präsident: „Frau Abgeordnete, setzen Sie fort, bitte!“ – Viele unverständliche Zwischenrufe.)

Was hat das mit Fairness zu tun, die kämpfen für ihren Bereich, ich kämpfe für meinen und ich denke mir, das ist okay.

Darf ich jetzt auch in Ihrem Interesse mit meiner Rede fortfahren? Danke.

Noch einmal, abgesehen davon, und der Herr Landesrat Paierl hat es auch schon betont, wenn es bei diesem Budget um Nachhaltigkeit gehen soll, dann reichen mir persönlich schöne Budgetzahlen nichts, weil schöne Budgetzahlen allein haben mit Nachhaltigkeit nichts zu tun, vor allem nicht, wenn der Einsatz in der Praxis fehlt und der Schwerpunkt für dieses Budget eher im Wirtschaftsbereich angesiedelt ist.

Von der Wirtschaft allein, sehr geehrte Damen und Herren – (Glockenzeichen des Präsidenten!) Liebe Kolleginnen und Kollegen, es tut mir echt leid, aber ich täte eigentlich ganz gerne fertig reden. (Präsident: „Meine Damen und Herren, ich bitte Sie um Disziplin. Es spricht derzeit die Frau Abgeordnete Halper. Es ist selbstverständlich, dass man auch auf die Diskussion hier entsprechend zu achten hat!“)

Danke für die Ruhe und ich hoffe, Sie halten es noch ein bisschen aus mir zuzuhören. (Abg. Wiedner: „Das wird schwierig!“) Noch einmal, um es zu wiederholen, mir alleine reichen schöne Budgetzahlen nicht, wenn es um Nachhaltigkeit gehen soll, wenn der Einsatz in der Praxis fehlt. Da der Schwerpunkt für dieses Budget eher im Wirtschaftsbereich angesiedelt ist, müssen wir eines schon festhalten: Von der Wirtschaft alleine können Jugendliche sicherlich nicht leben, da braucht es schon einen persönlichen Zugang zu diesem Thema.

Was mich bei diesem Budget auch ein bisschen stutzig gemacht hat ist jener Posten, für den eigentlich Sie, werte Frau Landeshauptmann, zuständig sind, und zwar ist das der Ansatz für Studienbeihilfen für Hochschüler und Hochschülerinnen und für Studierende an Akademien. Dieser Ansatz ist lediglich um 376.000 Schilling erhöht worden. Jetzt haben Sie zwar während der Landtagswahl gesagt, mit Ihnen gibt es keine Studiengebühren, kurz vor der Wahl ist es dann relativiert worden, weil der Druck aus Wien gekommen ist, dann hat es geheißen, wir werden sozial abfedern. Nur, ich frage mich eigentlich schon, wie kann ich sozial abfedern mit einer budgetären Erhöhung von 376.000 Schilling? Da ist für mich die Befürchtung schon recht groß, dass einige Studenten und Studentinnen hiebei durch den Rost fallen werden. Gut, wir haben zwar eine Erhöhung von 376.000 Schilling, Sie haben ein bisschen mehr Trantscherlgeld, vielleicht helfen Sie auch noch in diesem Bereich aus.

Eines möchte ich noch zur lieben Verena Graf erwähnen, die gestern am Abend gemeint hat, naja, die Studiengebühren kommen ja eigentlich den Studenten und Studentinnen zugute und auf der Uni wird dann irgendwie alles besser, es gibt mehr Praktikumsplätze. Verena, ich würde dich gerne einmal mit auf die Uni nehmen, schau dir das an. (Abg. Dipl.-Ing. Wöhry: „Du musst mit den richtigen Leuten zusammenkommen, dann weißt du wie es läuft!“) Ich weiß nicht, ob du dann diese Hoffnung auch noch hast, abgesehen davon, auch wenn ihr den Bericht der Enquete zum Thema Studienreform gelesen hättet oder in den letzten Tagen in Wien gewesen wäret, dann würdet ihr auch wissen, dass sogar Experten und Expertinnen das bezweifeln werden.

Dass bei der Budgeterstellung auf die persönliche PR viel Wert gelegt wird, das mag ja irgendwo legitim sein, nur, dann darf ich nicht mit den Worten der Verantwortung und der Nachhaltigkeit um mich werfen, wenn das nicht wirklich zum Ausdruck kommt. Wenn auch diese Budgetzahlen auf den ersten Blick recht passabel ausschauen, dann soll eines von niemandem hier vergessen werden, die Steirerinnen und Steirer sind keine Bittsteller dieser Regierung! (Beifall bei der SPÖ.) Nachhaltigkeit zeigt sich bei mir nämlich dann, wenn ich auf die Ängste, die Wünsche und auch die Träume der Steirerinnen und Steirer und vor allem der Jungen in diesem Land eingehe, diese ernst nehme und vor allem die bestmöglichen Zukunftschancen biete. Deshalb meine ich auch, dass es unumgänglich ist, eine Jugendzukunftsförderungsform wieder weiter zu betreiben, denn damit werden nicht nur der Innovationsgeist und das Engagement der jungen Steirerinnen und Steirer verstärkt zum Ausdruck kommen, sondern auch die Begriffe Nachhaltigkeit und Jugendbeteiligung bleiben keine Schlagworte. Danke. (Beifall bei der SPÖ. – 8.52 Uhr.)

Präsident: Bevor ich der nächsten Rednerin das Wort erteile, darf ich darauf hinweisen, dass wir morgen einen großen Geburtstag zu feiern haben, nämlich den des Landesrates Dr. Gerhard Hirschmann zum halben Hunderter, den Fünfziger. Wir gratulieren ihm jetzt schon sehr, sehr herzlich! (Allgemeiner Beifall.)

Zu Wort gemeldet hat sich nun die Frau Abgeordnete Mag. Koller.

Abg. Mag. Koller (8.53 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, meine Damen und Herren!

Ich finde es sehr traurig, dass eine mächtige Gewerkschaft wie die Bauarbeitergewerkschaft es anscheinend notwendig hat oder sich dafür verwenden lässt, dass die SPÖ sie für ihre aktionistischen Vorstellungen mehr oder weniger missbrauchen darf. (Landesrat Dr. Flecker: „Das Wort Missbrauch haben wir schon gehört. Gegen diese Regierung allemal!“) Das tut mir schrecklich leid. Es ist halt schlimm, wenn man mit allen Mitteln versucht, die Arbeit unseres Landes Steiermark, unserer Frau Landeshauptmann hier schlecht zu machen. (Beifall bei der ÖVP.)

Aber, meine Damen und Herren, mein Thema ist eigentlich die Bildungsarbeit (Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Der ÖAAB wird es zu danken wissen!“) und die höheren Schulen. Gestern am Abend hat die Kollegin Zitz erwähnt, dass uns die Regierungsarbeit im Bereich der Bildungspolitik nichts mehr wert ist. Aber Sie sehen ja heute, sie ist uns sehr viel wert. Ich bin überzeugt, auch die SPÖ ist da meiner Meinung, dass Bildung, Wissen, Jugendarbeit das höchste Gut ist, das wir unseren Kindern in eine erfolgreiche Zukunft mitgeben können. Unsere Steiermark wird sehr oft als die Region der hellen Köpfe bezeichnet. Wir wissen, dass Produktionsfaktoren wie Wissen und Qualifikation sehr zu schätzen sind und auch sehr zu fördern sind. Selbstverständlich beginnen wir damit in der Früherziehung, setzen in den Schulen, Berufsschulen, Lehrlingsausbildung, aber natürlich auch im akademischen Bereich fort.

Einen Punkt aus dem Budget habe ich herausgegriffen: Rund 160 Millionen oder 0,3 Prozent des Gesamtbudgets setzen wir für Qualifikationsmaßnahmen unserer Steirerinnen und Steirer ein. Ich möchte Ihnen einen kurzen Überblick darüber geben, wo unsere Jugendlichen sich ausbilden lassen. So besuchten im Jahr 2000 rund 39.000 Jugendliche die Hauptschulen und rund 14.000 die Unterstufe einer allgemein bildenden höheren Schule. Im Oberstufenbereich befinden sich rund 12.000 Schüler und in allen berufsbildenden mittleren und höheren Schulen rund 20.000 Jugendliche. 5500 Schüler schlossen 1999 die Reifeprüfung ab und wie Sie ja wissen, stehen diesen Absolventen, aber natürlich auch allen anderen, sämtliche weitere Bildungsmöglichkeiten zur Verfügung. Denn auch trotz der Einführung der Studiengebühren ist es jedem möglich, der die Leistung bringt, der die Voraussetzung bringt, bei uns in der Steiermark zu studieren. (Abg. Mag. Erlitz: „Eine soziale Barriere gibt es!“)

Was erreichen wir mit einer effizienten höheren Schulausbildung für unsere Jugend? Wir sichern unseren Wirtschaftsvorsprung, wir sichern unseren Platz als Nummer eins in Österreich. (Abg. Mag. Erlitz: „Sozialabbau!“)

Wir sichern, dass das erlernte Wissen angewendet werden kann, dass Lösungen, Herausforderungen von unserer Jugend erfüllt werden können. Sie sind sicher auch meiner Meinung, dass ein zukunftsorientiertes Lernen die Basis schafft, um im Beruf bestehen zu können, denn unser technologischer Fortschritt schreitet ja rasant voran. Bildungsexperten behaupten, dass das berufliche Fachwissen in fünf Jahren bereits weg ist, das technologische Wissen veraltet gewissermaßen in drei Jahren und das EDV-Wissen schon in einem Jahr. Die Ansprüche an alle Arbeitnehmer haben sich sehr gewandelt. Es werden komplexe Zusammenhänge immer wichtiger, ein programmgesteuerter Arbeitsplatz ist heute für alle und jeden selbstverständlich. Teamarbeit, Kreativität, Motivation bestimmen den Erfolg und darum haben unsere Schulen sehr wohl das Ziel erreicht, dass mit neuen Medien die Impulse für unsere Zukunft gesetzt werden. Wir fördern auf diese Art das lebenslange Lernen und jeder kann damit unterscheiden, was ist Wissen, was ist Werbung, was ist Manipulation.

Auch im Bereich der sozialen Beziehungen als Quelle emotionaler Zuwendungen gewinnt unsere Schule immer mehr an Bedeutung. Neben theoretischem Wissen ist es sehr wichtig zu erlernen, eine Verantwortung zu übernehmen, Konflikte zu lösen, selbstständig Aufgaben lösen zu können. Die Jugendlichen müssen sich der Verantwortung für die Zukunft bewusst sein und sie müssen auch aktiv mitarbeiten wollen in einer aktiven Zukunftsgesellschaft. Darum nehmen die Schulen mit Projektarbeiten, mit fächerübergreifenden Lernformen und mit Präsentationstechniken sehr Bezug auf diese Anforderungen, um einen gewissen Motivationsschub leisten zu können. Das passiert zum Beispiel mit Spracholympiaden, Mathematikolympiaden oder Quiz in politischer Bildung und vieles mehr und es wird damit dem Ganzen sehr Rechnung getragen.

Meine Damen und Herren, Sie kennen auch die Zertifizierung in der Wirtschaft und es ist ja auch schon bereits angesprochen worden, wie wichtig eine Qualitätssicherung zum modernen Schulbetrieb gehört, denn ohne diese Qualitätssicherung wäre es nicht mehr möglich, diesen vielfältigen sich verändernden Anforderungen gerecht zu werden. Damit sichern wir den verlässlichen und guten langhaltigen Bildungserfolg.

Meine Damen und Herren, ich bin überzeugt, dass es mit dem Budget 2001/2002 gelungen ist, die vielfältigen Bildungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten abzusichern und Nachhaltigkeit zu beweisen. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 8.59 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Margarethe Gruber. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Margarethe Gruber (8.59 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, meine Herren Landesräte, sehr geschätzte Damen und Herren, und sollte irgendjemand im Internet jetzt zuhören, guten Tag!

Im Gegensatz zur Frau Abgeordneten Beutl glaube ich nicht, dass es für unsere Jugend wertvoll ist, diese Landtagssitzung übertragen zu bekommen, technisch ja, aber ob es eine inhaltliche Bereicherung ist, glaube ich weniger. (Abg. Dr. Lopatka: „Leistet ihr einen Beitrag dazu, dass es eine Bereicherung werden kann? Alle sind gefordert!“) Ich werde es versuchen.

Frau Pußwald, liebe Hermi, wir wissen um die Problematik, dass in weiterführenden Schulen die Anmeldungen steigen. Wir haben im Bezirk Judenburg nicht nur höhere Schulen, die sich über erhöhten Zugang beklagen. Na ja, beklagen nicht, aber sie wissen nicht, wie sie die Schüler unterbringen können. Andererseits fehlen sie woanders und das ist eigentlich das Thema, das ich heute ansprechen möchte.

Verantwortung zu tragen – als Mitmensch, als Erziehungsberechtigter, aber vor allem in der Funktion als Abgeordneter –, dazu sind wir aufgefordert, wenn es um unsere Jugend geht.

Wir Steirer – und das wurde gestern in den Debattenreden immer wieder betont – sind stolz auf unser Land. Es wird immer darauf hingewiesen, welcher hohen Qualitätsstandard unsere Arbeitnehmer haben und werden gleichzeitig mit Zahlen und Fakten konfrontiert, die in eine entgegengesetzte Richtung zeigen.

Es ist bekannt, dass wir, um den Anforderungen der modernen Marktwirtschaft Rechnung tragen zu können, verstärkt in „Ausbildung“ investieren müssen. Leider Gottes ist der Stellenwert der Lehrlinge in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen. Es muss Zielsetzung sein, dieser Gruppe von jungen Menschen wieder Perspektiven zu geben.

Wir haben in der Steiermark 23 Berufsschulen, die teilweise sehr gut ausgestattet sind, aber leider teilweise den Anforderungen nicht mehr entsprechen und mit Computerarbeitsplätzen nicht mehr so bestückt sind. Es besitzt fast jeder Jugendliche selbst einen Computer und möchte seine Ausbildung dementsprechend fortgesetzt führen. Nicht nur großzügige Bauten sind wichtig, sondern die Möglichkeiten der zielgerechten Ausbildung.

In der Steiermark werden derzeit rund 20.000 Lehrlinge ausgebildet. Das sind 48 Prozent der Jugendlichen zwischen 15 und 18 Jahren.

NAP, das nationale Arbeitsprogramm, ist im Auslaufen, JASG3, Jugendausbildungssicherungsgesetz, soll auch nicht weitergeführt werden. Gerade hier könnten „schwer vermittelbare“ Jugendliche ausgebildet und auch in den Arbeitsprozess mit eingegliedert werden.

Aber es gibt noch andere Formen der Jugendausbildung, die in ein Gesamtkonzept eingebettet werden könnten, wie zum Beispiel die Zusammenarbeit zwischen Firmen, AMS, Schulungszentren, Berufsschulen und die Unterstützung durch das Land, wie es ja schon im Laufen ist.

Meine Damen und Herren, als General Motors damals den Standort Wien gewählt hat, wurde vom damaligen Kanzler Kreisky in den Vertrag die verbindliche Zusage für die Ausbildung von Lehrlingen mit aufgenommen. Es wäre auch bei der Ansiedlung von Chrysler in der Steiermark eine vorbildliche Möglichkeit gewesen.

Meine Damen und Herren, wir alle sind gefordert, wirklich und aufrichtig Zielsetzungen zu diskutieren, wie zum Beispiel die Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten in Arbeitnehmer und Möglichkeiten der Umsetzung zu finden, damit der Slogan „Karriere mit Lehre“ wirklich Sinn bekommt. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ und den Grünen. – 9.04 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Christopher Drexler. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Mag. Drexler (9.04 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, meine Damen und Herren!

Wir haben heute auch schon Beiträge zum Thema „Jugend“ gehört, außerschulische Jugendarbeit. Erlauben Sie mir, dass ich in einigen Sätzen auch noch auf dieses Thema eingehe.

Wie Sie wissen, ist dieser Bereich ja seit der Landtagswahl oder der darauf folgenden Regierungsbildung wieder im Bereich der Zuständigkeit der ÖVP. Lassen Sie mich sagen, dass ich darüber sehr froh bin und glaube, dass beim neuen Jugendlandesrat Hermann Schützenhöfer dieses Thema so gut aufgehoben ist wie es sonst bei kaum jemand sein könnte. (Beifall bei der ÖVP.)

Dies umso mehr, weil ja in diesen zehn Jahren, wo dieser Bereich nicht in der Zuständigkeit der ÖVP war, und ich habe damals diesen Wechsel miterlebt, weil ich damals gerade an der Spitze einer Jugendorganisation, nämlich der Jungen ÖVP, stand, kaum jemals ist in diesen zehn Jahren, wie jetzt in so kurzer Zeit schon, so viel an Initiative entfaltet worden.

Es geht darum, im Bereich der Jugendarbeit Schwerpunkte zu setzen – das ist gar keine Frage – und diese Schwerpunkte werden jetzt offensiv gesetzt, weil wir uns der Bedeutung dieser Arbeit sehr bewusst sind. Wir sind uns der Bedeutung dieser Arbeit sehr bewusst, nicht zuletzt deswegen, weil es ja auch darum geht, mit der außerschulischen Jugendarbeit einen Beitrag dazu zu leisten zur politischen Sozialisation der jungen Menschen, wenn man so will, zur Auseinandersetzung mit den politischen Institutionen, zur Entwicklung einer entsprechenden Persönlichkeit. Ich glaube, dass das sehr wichtig ist.

Edith Zitz hat gestern die Bereiche Extremismus, Gewalt und dergleichen mehr angesprochen. Das Erkenntnis zur Prävention in diesem Bereich ist für uns selbstverständlich und braucht eigentlich nicht extra betont werden.

Ich glaube, dass wir aber darüber hinaus über alle Maßnahmen der Prävention, der Integration dieser wesentlichen gesellschaftlichen Unternehmungen auch darauf aufpassen müssen, dass wir die Jugend nicht nur als Problem sehen und nicht nur als Problembereich sehen. Genau daher wollen wir auch positive Projekte verwirklichen, die die konkreten Anliegen der jungen Menschen in unserem Land berühren.

Wenn gestern gesagt worden ist, dass es schade ist, dass diese Strukturmittel, die jetzt hier in erheblichem Umfang im Budget drinnen stehen, dass es schade ist, dass die dann für den Nachtbus eingesetzt werden, so muss ich schon sagen, dass seit Jahren darüber geredet wird, dass man ein solches System einer Nachtbus- oder Nachttaxiversorgung für die Steiermark durchsetzt, weil das Problem der vielen Verkehrstoten und -verletzten unter den Jugendlichen, vor allem am Wochenende, erkannt worden ist. Und ich finde es nicht schade, dass das jetzt auch vom Budget her möglich ist, sondern ich finde das äußerst erfreulich und positiv, dass wir endlich die Maßnahmen in diese Richtung gesetzt haben. (Beifall bei der ÖVP.)

Denn das gehört genau dazu, was ich meine, mit offensiven Projekten und mit positiven Geschichten im Interesse der jungen Menschen in diesem Land.

Gleiches gilt auch für die Ausbildung zum Jugendarbeiter und das eine oder andere Projekt, das sich noch in Umsetzung befindet.

Und wenn dies etwa vom Geschäftsführer von LOGO als Meilenstein bezeichnet wird, dann glaube ich schon, dass das ein recht unverdächtiger Kommentar in dem Zusammenhang ist. Ich glaube daher, dass wir hier wirklich froh sein können, dass das möglich gemacht worden ist.

Kollegin Halper ist darauf eingegangen, dass es für Jugendorganisationen und -institutionen schwierig ist, wenn es nur Projektfinanzierungen gibt. Ja, ich bestätige das, dass das schwierig wäre, wenn es nur Projektfinanzierungen gäbe.

Ich erinnere erstens daran, wenn mich die Erinnerung nicht täuscht, sind diese Projektfinanzierungen 1991 oder 1992 eingeführt worden, als Peter Schachner-Blazizek damals Jugendreferent war. Wir haben damals im Landesjugendbeirat das sehr intensiv diskutiert, dass es eben nicht gescheit ist, alles über Projektfinanzierungen zu machen, sondern dass es auch entsprechende Basisfinanzierungen braucht.

Ich glaube, dass wir hier in der Jugendarbeit wirklich auf einem sehr guten Weg sind, will daher auch gar nicht mehr viel länger sprechen, sondern abschließend noch einmal sagen: Nach zehn Jahren einer, sagen wir einmal, nicht in allen Phasen besonders dynamischen Entwicklung in diesem Bereich ist es nun in den ersten Monaten, seit Hermann Schützenhöfer dieses Ressort übernommen hat, zu einem wirklich positiven und dynamischen Klima gekommen. Das Nachtbusssystem ist garantiert. Es wird sicher noch einiges in den kommenden Jahren folgen. Und es ist sicher der falsche Platz, bei diesem Thema zu sagen, dass jetzt irgendetwas vom Budget sozusagen dazu beigetragen wird, dass etwas ärger wird, schlimmer wird oder grauslicher wird. Dieses permanente Grauslicherwerden, das uns ja immer eingeredet wird, stimmt ohnehin so nicht und in diesem Bereich, wenn man die Budgetzahlen liest, wohl erst recht nicht. Recht herzlichen Dank! (Beifall bei der ÖVP. – 9.09 Uhr.)

Präsident: Die nächste Wortmeldung kommt vom Herrn Abgeordneten Gennaro. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Gennaro: (9.10 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich weiß schon, dass euch das weh tut und ich muss euch nur eines sagen, weil ihr es so provoziert. Es ist bedauerlich, wie manche Damen und Herren der ÖVP und der FPÖ sich darüber hinwegsetzen und sich lustig machen, wenn da hinten Vertreterinnen und Vertreter einer Branche sind. Jeder zweite Arbeitslose ist ein Bauarbeiter in der Steiermark, die Sorgen haben, weil sie nicht wissen, wie sie bis zum Sommer noch beschäftigt werden. Weil aus dem Vorjahr die Dinge auslaufen und das Land nicht ausschreibt, damit es wieder neue Arbeitsplätze gibt, sind die wieder arbeitslos. Und sie brauchen 28 Wochen Arbeit, meine Damen und Herren, dank eurer politischen Packeleien in der Bundesregierung, 28 Wochen bis sie wieder Anspruch auf Arbeitslosengeld haben! Und wenn das nicht der Fall ist, dann können sie im Winter nicht Arbeitslose beziehen, meine Damen und Herren! Lacht nicht darüber, macht euch nicht lustig, sondern schämt euch! (Beifall bei der SPÖ.)

Ich habe mich deswegen zu den Berufsschulen und Lehrlingen gemeldet, weil die Frau Pußwald sehr wohl die Situation im landwirtschaftlichen Bereich herausgestrichen hat. Ich möchte das umlegen. Jetzt ist Herr Landesrat Paierl verantwortlich – und war es auch früher für die Berufsschulen, aber da ist kein Tag vergangen, wo er nicht den Herrn Ressel hat schuldig werden lassen und gesagt hat, zu wenig Geld gibt es und eine Milliarde fehlt, das ist nicht von uns gekommen, das haben die Betroffenen in den Berufsschulen dargestellt. Ich habe ihn jetzt gerade gefragt, was er tut, damit wir die Situation verbessern können. Und ich sage, dass wir schon jahrelang, meine Damen und Herren, jahrelang fordern, dass die Wirtschaft sich ihrer Verantwortung bewusst werden muss. Der Facharbeitermangel, der tagtäglich jetzt präsentiert wird, das ist ja nichts von gestern, das hat ja die Wirtschaft selber verursacht. Wenn da nicht eingegriffen wird, dann wird in den nächsten Jahren der Herr Paierl noch einmal mit der Green-Card und mit den ganzen Blödheiten kommen und wir werden halt versuchen, von irgendwo Leute herzukriegen, weil wir sie selber nicht ausbilden. Wir haben es selber in der Hand, meine Damen und Herren, dass wir den notwendigen Facharbeitermangel, der vorhanden ist, aufheben, indem wir die Verantwortung wahrnehmen und Lehrlinge ausbilden, meine Damen und Herren! (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Bittmann: „Der Herr Landesrat kommt mit Blödheiten. Wie kommen Sie dazu, so etwas zu sagen in diesem Haus?“) Geh, Kollege Bittmann, reg dich nicht auf. Komm dann heraus und rede, da draußen redest du eh nicht so viel, nur ausschreien, aber man muss dazu auch etwas sagen können.

Und ich muss sagen, ich habe heuer – ich habe mich zwar furchtbar geärgert, weil es im Fasching war – die Möglichkeit gehabt, mir in Vorarlberg ein System über Lehrlingsausbildung der Firma Blum anzuschauen. Meine Damen und Herren, ich selber habe auch einen Beruf erlernt, Gott sei Dank, darauf bin ich stolz und ich sage heute immer, weil es bei uns heißt „Karriere mit Lehre“, ich sage immer, ich habe Karriere trotz Lehre gemacht. Aber das ist jetzt nur ein Sidestep. Ich habe mir das angeschaut, wie Vorarlberg das Problem der Lehr-

lingsausbildung löst. Dort haben sie ein Problem gehabt: die Nähe der Schweiz, die Nähe Liechtensteins und, und, und. Alle sind abgewandert, weil sie dort mehr verdient haben. Ich habe die Unterlagen mit, ich kann es euch, meine Damen und Herren, zur Verfügung stellen und es ist das, was die Gewerkschaft seit 1975 bereits fordert, nur hat es früher Berufsausbildungsfonds geheißen, jetzt heißt es bitte Lastenausgleich. Firmen haben sich zusammengetan und haben gesagt, da müssen wir einen Schritt setzen. Und die Firma Blum, die Vertreter – sind keine Sozialdemokraten, das möchte ich euch nur sagen – sind sogar in der Wirtschaftskammer, in der Bundeswirtschaftskammer, die Bösen, weil sie sich der Lehrlingsausbildung annehmen, weil man einfach erkannt hat und sagt, es kann nicht so sein, dass das Potenzial weggeht, weil mit der Jugend, mit den guten Facharbeitern ist auch die Existenz eines Unternehmens, Herr Kollege Kasic, wahrscheinlich gefährdet oder nicht gefährdet. Wenn sie keine guten Mitarbeiter haben, ist der Chef alleine zu wenig, wenn er keinen Guten in der Werkstatt hat, der das umsetzt, was geistiges Potenzial entwirft. Die brauchen sich gegenseitig, der Kapitän alleine wird kein Schiff steuern können, wenn er die Mannschaft nicht hat und umgekehrt braucht die Mannschaft einen guten Kapitän, dass das geht. Und das ist mein Anliegen.

Und horcht euch das nur an, weil gegen diesen Lastenausgleich wird immer geredet. Ich habe die Zahlen schon so oft da im Hause genannt, ich will sie nicht immer wiederholen, weil sie verhallen, weil sich keiner darum annimmt. Wie viele Unternehmer sich tatsächlich die Mühe antun, 25.000 von den gesamten fast über 30.000 Unternehmungen machen es nicht. Davon lasse ich die Ein- oder Zweifamilienbetriebe aus, denen müte ich nicht zu, dass sie noch Lehrlinge ausbilden, aber die machen es ja eher als die anderen, die Großen, die nur die Gelder vom Arbeitsmarkt absaugen über AMS-Mittel, das in die Betriebe hineingepumpt wird und dann haben wir lächerliche 350 zusätzliche Arbeitsplätze. Wo 3,2 Milliarden Schilling in die Wirtschaft hineingepumpt wurden, damit sie Lehrlinge aufnehmen. Der Erfolg: 350 neue Lehrstellen bitte, das ist ja beschämend. 2,4 Prozent der Lohn- und Gehaltssumme aller Industriebetriebe in Vorarlberg finanzieren den Lastenausgleich, den so genannten Ausbildungsfonds, der wird auch dort verwaltet. Die ganzen Streitereien, wer verwaltet den Fonds, die Gewerkschaft, die Wirtschaft ist völlig uninteressant, wichtig ist, dass es einen Fonds gibt. Die Wirtschaft soll verwalten, weil die Betriebe, diese 6000, die in der Steiermark die Lehrlinge ausbilden haben Kosten und die sollen auch etwas für die Ausbildung kriegen. Ein Lehrling, wenn man ihn gut ausbildet, kostet in seiner Lehrzeit rund eine Million Schilling an Ausbildungskosten. Man sollte nicht hergehen und zuschauen, wie sich ein paar dieser Sache annehmen, die Verantwortung übernehmen und Lehrlinge ausbilden und dann werben andere die Lehrlinge ab mit Geld, weil sie um ein paar Schilling mehr Stundenlohn zahlen. Aber diese haben kein Problem gehabt bei den Kosten der Ausbildung. Deswegen meine ich, warum steigt die Wirtschaft nicht mit ein, warum steigen die Betriebe nicht mit ein und sagen, das ist eine gute Idee? Lastenausgleich, wir haben die Kosten, wir bilden für euch aus. Aber da hören wir nichts und das ist das Um und Auf, meine Damen und Herren! (Beifall bei der SPÖ.)

60.000 Schilling, es ist nicht viel, es ist ein Tropfen auf dem heißen Stein, aber die Firma Blum hat noch Lehrlinge – die haben bis zu 800 Anmeldungen, die müssen ein Auswahlverfahren machen und dann nehmen sie in ihrer Verantwortung rund 50 oder 60 auf, aber von den 60 Lehrlingen, die dort die Möglichkeit zum Lernen haben, dort gehen die großen Preisträger der Wettbewerbe hervor, aus Österreich und aus den Vorarlberger Betrieben. Da kriegen sie noch 60.000 Schilling zurück für jeden Lehrling.

Ich darf jetzt nur ein Zitat oder ein paar Beispiele herausnehmen. Dort ist der Lehrling nicht einer, wo man sagt, du bist ein Lehrling, du musst schön still sein und du musst drei Jahre dienen und dann bist du fertig. Dort ist der Lehrling König, meine Damen und Herren, König! Dort haben sie private soziale Betreuung und dort werden sogar Sprachkurse, Tanzkurse, Gesellschaftspolitik im Ausbildungssystem mit angeboten. Sie übernehmen sogar die Erziehung, die man ja den Eltern nicht wegnehmen kann, indem sie Prämien aussetzen für ihre Lehrlinge, wenn sie keinen Alkohol konsumieren, wenn sie nicht rauchen und sie das nachweisen können, dann kriegt er monatlich bis zu 2700 Schilling zusätzlich zu seiner Lehrlingsentschädigung dazu. Weil man dort zur Auffassung kommt, wenn man einen Jungen gleich in jungen Jahren von gewissen Dingen fernhalten kann, dann ist die Gefahr, dass er dem Alkohol und anderen Dingen verfällt, weniger groß. Sie machen Lehrlingsturnen, sie machen Nachhilfeunterricht für Berufsschulen und, und, und. Sie haben ein Motto und damit will ich abschließen, weil meine Redezeit ja auch begrenzt ist und ich sie einhalten möchte, und es gibt dort drei Leitsätze, die möchte ich Ihnen zur Kenntnis bringen; man meint: Wenn wir aus unserer Jugend das machen, wozu sie fähig ist, brauchen wir uns um die Zukunft nicht zu sorgen. Nur zu unterstreichen! Vorbild ist die überzeugendste Art der Wissensvermittlung und der Erziehung. Leitsatz zwei. Der Leitsatz drei ist: Zu wissen, dass niemand perfekt sein kann, darf uns nicht in dem Bemühen hindern, uns täglich zu perfektionieren.

Meine Damen und Herren und gerade die Vertreter der Wirtschaft würde ich bitten, dass ihr euch einmal mit dem Bereich unterhaltet und dass ihr euch dessen endlich einmal annehmt, damit unsere Jugend, unsere Lehrlinge, die einen Beruf erlernen möchten, den sie wollen, den sie sich wünschen, dass das ermöglicht wird. Weil ich habe es schon 1000-mal gesagt und wiederhole es am Schluss: Bei uns in Österreich ist es eine Schande – Gott sei Dank kann jeder, bis auf ein paar Einschränkungen jetzt durch die Studiengebühren, kann jeder bei uns, wenn er ein bisschen etwas draufhat, in die höhere Schule gehen und kann ein Studium machen – aber es ist nicht möglich und das ist die Schande für uns, dass, wenn einer einen Beruf erlernen will, dass er es nicht kann, weil keiner bereit ist, ihm diese Gelegenheit zu bieten, meine Damen und Herren! (Beifall bei der SPÖ. – 9.19 Uhr.)

Präsident: Die nächste Wortmeldung kommt von der Frau Abgeordneten Barbara Gross. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Gross (9.20 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Beschäftigungszuwächse seit Anfang der siebziger Jahre konzentrierten sich in Österreich fast ausschließlich auf den Dienstleistungssektor, dem mittlerweile zwei Drittel der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, rund drei Viertel der Frauen und zirka 55 Prozent der Männer zuzurechnen sind. Der Vergleich nach Tätigkeiten zeigt, dass von Menschen in Dienstleistungsberufen in allen Hierarchiestufen weit eher hohe zeitliche Flexibilität gefordert wird als von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen in anderen Bereichen.

Zu den Fakten, wozu ich sprechen möchte. Rund 800 angestellte Tagesmütter betreuen derzeit steiermarkweit an die 3500 Kinder. Neben den Angestelltenverhältnissen der Tagesmütter sichern diese damit bei rund 96 Prozent der Nutzerinnen – wenn man so sagen kann – dieser Dienstleistung die Möglichkeit beziehungsweise die Notwendigkeit, arbeiten zu gehen und das Kind in einer höchst flexiblen und familienähnlichen Betreuungsform untergebracht zu wissen. Das heißt, auf eine Tagesmutter kommen durchschnittlich sogar drei Elternteile, die ohne dieses Angebot keine Arbeit annehmen könnten. Dies kommt mittelbar auch den vielseitig organisierten Dienstleistungsbetrieben zugute, die in letzter Zeit bereits Schwierigkeiten haben, überwiegend Frauen als Mitarbeiterinnen zu gewinnen, weil vor allem die Frage der flexiblen Kinderbetreuung nicht ganz geklärt war.

Zur Flexibilität: flexibel, vertrauenswürdig und auch verlässlich! Eine Tagesmutter betreut durchschnittlich drei Kinder in ihrem eigenen Zuhause. So ist es möglich, auf die unterschiedlichen Bedürfnisse auch der einzelnen Kinder besonders einzugehen, sie in ihrer Entwicklungsphase zu unterstützen und ihnen besonders in den ersten Jahren das wichtige Gefühl von Geborgenheit und Wärme zu vermitteln. Die Eltern können individuelle Betreuungszeiten vereinbaren und so Kinder und Familie mit dem Beruf leichter vereinbaren.

Die Verrechnung erfolgt auch hier stundenweise, womit im Notfall die Tagesmutter auch einmal länger einspringen kann.

Ohne die inzwischen seit rund zehn Jahren mit Unterstützung des AMS und der Landesregierung ausgebauten Tagesmütterangebote würde auch der Arbeitsmarkt nicht so dastehen, so positiv aussehen, wie er sich derzeit vor allem in der Dienstleistungsbranche darstellt.

Zur volkswirtschaftlichen Betrachtung: Alle drei Trägervereine setzen an die 150 Millionen an den Standorten der rund 800 Tagesmütter im Jahr um. Jede Tagesmutter sichert damit durchschnittlich drei andere Arbeitsplätze, welche wiederum durchschnittlich, wenn man das jetzt auf die Wirtschaft umrechnet, rund 450 Millionen an Lohn- und Lohnnebenkosten, die der Staat durch die Steuern einnimmt, und die Wirtschaft, weil es in die Kaufkraft fließt, ab.

Die Dynamik einer regionalen Entwicklung, in der die Angebote flexibler Kinderbetreuung Dienstleistungsentwicklung erst möglich machen, ist derzeit mangels Erhebungsmöglichkeiten noch nicht bewertbar, darf aber aus der Sicht der Trägervereine nicht unterschätzt werden.

Zur arbeitsmarktpolitischen Notwendigkeit der Tagesmütter: Anzumerken ist, dass die Entwicklung des Arbeitsmarktes in der Steiermark beträchtlich durch die wachsende Integration von Frauen auf den Arbeitsmarkt geprägt war. Auf sie entfielen laut AMS in den letzten 25 Jahren österreichweit etwa zwei Drittel des Beschäftigungszuwachses insgesamt.

Die Flexibilisierungstendenzen gehen weiter. Der im Zuge des raschen technologischen Wandels potenziell steigende Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften – Kurt Gennaro hat ja darauf hingewiesen – könnte nun unter den entsprechenden Rahmenbedingungen, wie eben flexible Kinderbetreuungsangebote, ebenfalls nicht zuletzt durch Höherqualifizierung von Frauen gedeckt werden. Das würde auch den Wirtschaftsstandort Steiermark zusätzlich stärken!

Die Trägervereine fordern daher den weiteren Ausbau der Tagesmütter und die damit verbundene Stärkung auch der Wirtschaft, vor allem ländlicher Räume in der Steiermark.

Meine Damen und Herren, nur eines gibt mir zu denken. Ich erinnere an den 14. Dezember 1999 und bringe zum gesamten Kinderbetreuungsbereich ein Zitat aus der Landtagsdebatte von Kollegin Pußwald, das sie um 18.06 Uhr gesagt hat: „In der Regierungserklärung am 23. Jänner 1996 hat unsere Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic davon gesprochen, dass es bis zum Jahr 2000 eine flächendeckende flexible Kinderbetreuung für alle, die sie brauchen und wollen, geben soll.“ Oder Kollegin Dietrich am gleichen Abend um 18.26 Uhr: „Mit dem neuen Gesetz sind viele Forderungen, alte freiheitliche Forderungen, erfüllt worden. Der Bereich flexible Öffnungszeiten zum Beispiel. Wir haben schon lange Zeit Anträge in den Gemeinden eingebracht, unsere Gemeinderäte dort, dass eben die Gemeinde als Erhalter für flexible Öffnungszeiten sorgen sollten. Aber sehr oft wurden diese Anträge niedergestimmt. Und da sind wir zuversichtlich, dass dann durch dieses Gesetz, durch die neuen Rahmenbedingungen, sich im Bereich der Flexibilität sehr wohl was tun wird.“ Zitat Ende.

Ich möchte es auch nicht verabsäumen, auf das ÖVP-FPÖ-Arbeitsprogramm zu verweisen. Ich zitiere hier: „Freie Entscheidung der Mutter über Selbsterziehung oder Kinderbetreuung durch andere flächendeckende Angebote an Kinderbetreuungsplätzen.“

Und jetzt kommt meine Frage, liebe Frau Landeshauptmann. Ich nehme an, sie ist da, wenn sie nicht da ist, hört sie es. (Landeshauptmann Klasnic: „Ich bin da!“)

Sie ist da. Warum hast du es dann zugelassen, dass der Finanzlandesrat Paierl das Kinderbetreuungs- und Kinderbetreuungsförderungsgesetz nicht bedeckt hat? (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „200 Millionen!“) Jawohl, die alle hier in diesem Landtag – ÖVP, FPÖ und SPÖ – beschlossen haben, die sind jetzt nicht bedeckt.

Weil wir Sozialdemokraten allerdings Nägel mit Köpfen machen wollen und weil in dem Fall die Bedeckung erst dieses Gesetz vollziehen lassen kann, bringe ich den Unselbstständigen Antrag der SPÖ-Abgeordneten Gross und Gruber Margarethe. Die Begründung hat ja Uschi Lackner gestern im Bereich der Kinderbetreuung mit gegeben, so dass ich nur den Antrag einbringen brauche.

Der Landtag wolle beschließen:

Erstens: Die in den Landsvoranschlägen 2001 und 2002 für den Kindergartenbaufonds vorgesehenen Mittel (Ansatz 24030) sind bedarfsgerecht zu erhöhen.

Zweitens: Die gemäß Kinderbetreuungsförderungsgesetz fehlenden rund 170 Millionen Schilling für Kindergartenpädagoginnen, Kinderbetreuerinnen, Hortnerinnen und so weiter sind zu bedecken.

Wenn nämlich diese Personalbeiträge nicht bedeckt werden, dann stehen wir im August als Trägervereine da und wissen nicht, was wir mit unseren Mitarbeitern machen sollen, weil wir sie nicht bezahlen können, weil die Regierung uns dieses Geld nicht gibt. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Flecker wird sich darum kümmern müssen!“) Nicht Flecker wird sich darum kümmern müssen. Der hat 97 Prozent Pflichtausgaben, die wir ihm zugeordnet haben, als Landtagsabgeordnete und als Landtag, und in den 3 Prozenten kann er keine Umschichtung von 170 Millionen vornehmen. Nehmen Sie das bitte zur Kenntnis. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Ich setze auf seine Mitarbeit!“ – Beifall bei der SPÖ. – 9.29 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Böhmer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Böhmer (9.29 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Zu Beginn dieses Tages möchte ich noch ganz kurz eine Korrektur beziehungsweise eine kleine Zurecht-rückung des Bildes, das Sie vielleicht von einem Oststeirer, besser von einem Hartberger haben, anbringen. Ich bin nämlich ein Hartberger. Und was gestern da so von einem Hartberger gesagt worden ist, ist nicht Tradition, ist nicht Art von Hartbergern. 20 Jahre Kommunalpolitik habe ich schon miterlebt und in diesen 20 Jahren ist mir auch von Oppositionsseite, weder von der ÖVP noch von der FPÖ, in irgendeiner Weise eine derartige Sprache begegnet. Mag sein, dass derjenige, der diese Worte gebraucht hat, nur in Hartberg, besser gesagt in der Nähe Hartbergs nächtigt und nicht wohnt.

Ich komme nun zu den Ausführungen, die gestern die Abgeordnete Beutl getätigt hat. Mir hat es schon ein bisschen weh getan, dass sie angeklagt haben, Frau Abgeordnete, dass von der SPÖ niemand mehr da ist. Es waren drei Lehrer, die noch dagesessen sind. Wir haben nicht mehr als drei und die kümmern sich sehr wohl – (Abg. Beutl: „Das geht alle an, nicht nur Lehrer!“) Ja, ja, Sie hätten aber auch in Ihre Reihen schauen sollen.

Sie haben sehr wohl, Frau Abgeordnete, ich würde sagen, einen schönen pädagogischen Strauß gepflückt. Ich kenne derartige Sträube aus Zeiten eines Bernd Schilcher, als er Präsident war, nur, derartige Sträube sind dann vertrocknet. (Abg. Beutl: „Sie blühen zur Zeit, sie blühen!“) Warum sind sie vertrocknet? Ja, vielleicht jetzt auf der Wiese, aber nicht auf der pädagogischen. (Abg. Beutl: „Sie blühen und gedeihen!“)

Warum vertrocknen allmählich diese Sträube? Ich nehme die Hauptschulen der Bezirke her und allen voran, wenn ich an den Bezirk Hartberg denke, sind viele Gebäude zirka 40 Jahre alt und „blühen“ nicht mehr. Sie haben gesagt, Frau Abgeordnete, eine gute Grundausbildung ist die beste Eintrittskarte für das Leben. Ich stimme Ihnen voll zu. Sie haben auch gesagt, Schule muss auf Veränderungen vorbereiten. Auch hier haben Sie die 100-prozentige Unterstützung von mir. Einer, der nahezu drei Jahrzehnte in der Schulstube steht und der diesen Beruf zu schätzen weiß, der weiß, was es gilt zu leisten und der weiß, dass es große Veränderungen gibt. Nur, wenn dann Herren von der Rechtsabteilung 7 kommen und sagen, auf Grund des neuen Lehrplanes – wir haben ja Kern- und Erweiterungsbereich, wir haben ja neue Lehr- und neue Lernformen – bräuchte diese Hauptschule halt sieben, die Volksschule 13 neue Räume und wenn man dann eine Kostenrechnung auflegt, sind für eine Stadt Hartberg und für die eingesprengelten Gemeinden 40 Millionen zu berappen. Dann reden Sie einmal, Frau Abgeordnete – ich bin Vizebürgermeister der Stadt Hartberg, Zweiter, wie unser Bürgermeister immer genau betont – mit den eingesprengelten Bürgermeistern. Wo nehmen die denn das Geld her? Wissen Sie da die Lösung? Und dann bleibt man halt in diesem alten, sage ich einmal, vielleicht historisch erhaltenswerten Gebäude, wo sich zwar die Lehrer abstrudeln – und Sie wissen das selber, in jungen Jahren haben wir uns ein paar-mal getroffen, als Personalvertreter, die Lehrer sind engagiert und wir dürfen stolz auf sie, auf unsere Pflicht-schullehrer sein –, nur, wenn rundherum das Gwandl ein bisschen schleißig wird, damit meine ich Schulen, damit meine ich Schulausstattung, dann wird ja mancherorts auch bei größtem Engagement das Lehrerdasein etwas, sage ich, verleidet oder etwas angekratzt. Und wenn in engen Räumen, Frau Kollegin, in einer Volksschule in der Stadt Hartberg 29 Kinder sind und wenn da nur eine Lehrerin ist und wenn sich diese Lehrerin nachmittags niederlegen muss, weil sie erschöpft ist, weil man zum Beispiel keinen zusätzlichen Lehrer mehr bekommt oder weil zum Beispiel ein Volksschuldirektor oder eine überfleißige Volksschuldirektorin bei der ersten Einsparungsmaßnahme gleich freiwillig eine Stunde hergegeben hat, oder wenn man einen Lehrer, sprich Personalreserve, einfach hergegeben hat, dann muss ich sagen, dann ist dieses Lehrerdasein in diesen Räumen bei höchstem Engagement nicht mehr schön. (Abg. Beutl: „Teilungszahl 31, Schülerrückgang – 1300 Schüler weniger!“)

Ja, das ist die Statistik. (Abg. Beutl: „Das ist nicht die Statistik, das ist Tatsache!“) Kommen Sie bitte in den Bezirk Hartberg. Im Bezirk Hartberg haben wir 28 und 29 in den ersten Klassen. Und im Bezirk Hartberg haben wir so tüchtige Lehrer, dass sogar eine Hauptschule von 12 auf 14 und die andere von 15 auf 18 Klassen aufgestockt wurde. Das ist das Engagement der Lehrer und darauf bin ich stolz. Nur, wir haben jetzt keine Schulräume

und wir haben aber auch kein Geld, weil kein Geld vom Land kommt. Kommen Sie einmal in den Bezirk Hartberg, ich zeige Ihnen gerne die Situation, Sie werden staunen! Dafür aber wiederum hat man für Privatschulen, Herr Landesrat Schützenhöfer, Geld.

Das Privatschulbudget wird um 100 Prozent von einer auf 2 Millionen erhöht. (Abg. Dr. Lopatka: „Ich bin für die Bildung!“)

Moment, meine Herren der ÖVP, ich weiß, Herr Abgeordneter Lopatka, dass du für Privatschulen bist. Ich warne nur, wenn sich auch hier das Land und der Bund von ihrer Pflicht verabschieden, dann haben wir Zustände wie im anglikanischen Raum, wie in Amerika und die möchte ich bei Gott nicht, denn die kenne ich. (Unverständlicher Zwischenruf.)

Ich warne davor, Herr Kollege Drexler, ich warne davor!

Ich kenne das. Und als Nächstes, ich warne davor – und hier, Herr Landesrat Schützenhöfer, bitte ich Sie um die Unterstützung in unseren Pflichtschulen. Es ist schon schön, wenn wir eine Medienoffensive anpeilen, ich bin für Medien, ich bin für Vielfalt. Ich denke alleine an unsere Hauptschule, die Rieger-Hauptschule und an meinen eifrigen Leiter, nur, wenn Lehrer außerhalb der Schulzeit in die Wirtschaft gehen müssen um zu keilen, dass sie Geld für einen Computer, dass sie Geld für Schulausstattung, dass sie Geld für diese oder jene Sache bekommen, in einer Pflichtschule, dann sage ich, dann ist das der falsche Weg. Sie haben die Laptops. Nur, in wenigen Schulen ist der Computer noch ein Fremdwort. Ich möchte keine Zustände, wie es auch in unserer Region der Fall ist, dass in einem BORG in der Nähe der Fischbacher Alpen nur Schüler in eine Klasse gehen können, deren Eltern es sich leisten können für einen Laptop 35.000 bis 40.000 Schilling zu berappen, quasi als Schulgeld. Ich warne vor derartigen Entwicklungen. (Beifall bei der SPÖ.)

Wer ein bisschen die Augen offen hält, meine Herrschaften, das ist verstecktes Schulgeld und das ist ein Verabschieden des Bundes und des Landes von seiner Pflicht. Dem möchte ich in keiner Weise zustimmen.

Ich komme zur Kollegin Zitz und zur Kollegin Lechner-Sonnek. Ich stimme Ihnen zu, der Bezirk Hartberg ist in vielen Bereichen ein Waisenkind. Sie haben gestern gesagt, an welcher Stelle wir, was das Einkommen betrifft, in Österreich sind. Unsere Abgeordneten von der ÖVP wollen das nicht wahrhaben, aber es ist einfach so. Traurig! Herr Landesrat Pörtl kämpft auch schon vergeblich fünfzehn Jahre um eine höhere Schule – nicht einmal die eigenen Leute unterstützen ihn. Er sagt immer schon, eine Fachschule für Holzwesen oder irgendeine für die Telekommunikation, er kriegt von seinen Leuten keine Unterstützung!

Und jetzt habe ich hier einen Brief der Personalvertretung der Landesberufsschule Hartberg in der Hand. Diesen Berufsschullehrerinnen und -lehrern ist es ein großes Anliegen, dass ihr Engagement – und das haben sie, ich habe mich mehrmals überzeugt – nicht bestraft, sondern belohnt wird. Es kann nicht sein, dass von Seiten des Landesschulrates und der Landesregierung, wie hier in dieser Petition steht, eben aus Hartberg die Lehrlinge der Branche Bekleidung und Textil sowie Schuhe und Leder abgezogen werden. Was bringt das mit sich? Einen Verlust von zwölf bis 15 Klassen pro Jahr. Wenn ich zusätzlich die Klassen nehme, die durch den NAP, den Nationalen Aktionsplan, wegfallen, das sind noch einmal zwölf Klassen, dann wird diese Landesberufsschule Hartberg, einstens hatten wir zwei, ausgehungert. Was das für die Wirtschaft heißt, auch darüber haben sich die Berufsschullehrer Gedanken gemacht und das berechnet. Die Berufsschüler lassen zirka 1,5 Millionen Schilling pro Jahr in Hartberg und davon lebt auch die Wirtschaft von Hartberg. (Beifall bei der SPÖ.)

Lassen wir es nicht zu, Frau Landeshauptmann, dass diese Landesberufsschule Hartberg ausgehungert wird. Zeigen Sie Ihr Engagement. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Stimmen Sie mit bei der Landesimmobilien-gesellschaft!“ – Präsident: „Ihre Redezeit ist längst erschöpft!“)

Herr Landesrat Paierl, ich rede hier für die Lehrer, ich rede hier für die Berufsschüler und ich ersuche Sie ganz einfach (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Stimmen Sie mit!“) – ich kenne das von der Schule, wenn du ruhig wirst, werden auch die anderen ruhig – lassen wir es nicht zu, dass der Schulstandort Hartberg ausgehungert wird. Frau Landeshauptfrau, ich ersuche Sie darum! Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 9.41 Uhr.)

Präsident: Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Abgeordnetem Walter Kröpfl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Kröpfl (9.41 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, meine Herren von der Landesregierung!

Ich werde die Zeit, die mein Kollege überschritten hat, jetzt einbringen. Diese Budgetdebatte ist natürlich davon gekennzeichnet, dass uns allen hier klar wird, warum dieses Sparbudget entstehen musste, nur damit wir eben in Wien unseren Beitrag leisten können. Und damit wir den leisten können, ist Herr Landesrat Paierl natürlich sehr erfinderisch und geht her und möchte jetzt die Wertgrenzen anheben.

Daher bringe ich einen Unselbstständigen Entschließungsantrag gemäß Paragraph 51 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages, betreffend Landesvoranschlag 2001 und 2002 zur Gruppe 2, Wertgrenzen, der Abgeordneten Kröpfl und Gruber ein.

Die Steiermärkische Landesregierung hat am 20. März 2001 die beiden Entwürfe zu den Landesvoranschlägen 2001 und 2002 mit Mehrheit, ÖVP und FPÖ, beschlossen. Integrierter Bestandteil dieses Mehrheitsbeschlusses bildet auch eine zwölf Punkte umfassende Budgetvereinbarung.

Im Punkt II dieser Budgetvereinbarung ist unter dem Titel Vermögensveräußerungen die Absicht der Landesregierung festgehalten, die verfassungsmäßig geregelten Wertgrenzen für Veräußerungen von Liegenschaften, derzeit bei 500.000 Schilling, im Rahmen derer die Landesregierung ohne Befassung des Steiermärkischen Landtages Liegenschaften verkaufen kann, um mindestens 1376,03 Prozentpunkte zu erhöhen.

Eine solche Entmündigung des Steiermärkischen Landtages darf nicht hingenommen werden. Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen, die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, von ihrem Ansinnen, die Wertgrenzen, innerhalb derer die Landesregierung ohne Befassung des Steiermärkischen Landtages Liegenschaftsverkäufe durchführen kann, auf das 13,7603-fache zu erhöhen, aus demokratiepolitischem Anstand Abstand zu nehmen und keine diesbezügliche Regierungsvorlage vorzubereiten.

Ich ersuche Sie um Zustimmung zu diesem Entschließungsantrag, damit nicht der Landtag weiter entmündigt wird. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 9.44 Uhr.)

Präsident: Die nächste Wortmeldung kommt vom Herrn Abgeordneten Kasic. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Kasic (9.44 Uhr): Frau Landeshauptmann, Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Nachdem heute das Thema Jugend, vor allem vom Herrn Gewerkschaftssekretär Gennaro, angesprochen wurde, muss man, glaube ich, schon sehr deutlich auch in diesem Hause sagen, welche Leistungen die steirische Wirtschaft und das Land Steiermark für die jungen Menschen in diesem Lande erbringen, vor allem auch, was das Lehrlingswesen betrifft.

Meine Damen und Herren, wir haben hier in der Steiermark nur deswegen den Wirtschaftsstandort Nummer eins, weil viele, viele Menschen, die heute Unternehmensgründer sind, als Lehrlinge in diesem Lande ausgebildet worden sind, gut ausgebildet worden sind und diese Vorhaben auch fortgesetzt werden.

Jedes Jahr im Juni wird dieses Ergebnis sehr deutlich beim Lehrlingstag präsentiert und ich lade Sie alle ein, sich diesen Lehrlingstag einmal anzuschauen, damit Sie sehen, welche Leistungen die steirischen Lehrlinge erbringen. Und nehmen Sie, meine sehr geehrte Damen und Herren der sozialdemokratischen Fraktion auch einmal zur Kenntnis, dass in der Steiermark, gerade, was die Lehrlingsausbildung betrifft und was hier die Wirtschaft leistet, diese Schere zwischen offenen Lehrstellen und Arbeit suchenden oder Lehrstellen suchenden Jugendlichen immer geringer wird. Während im März diese Schere noch bei 736 vorgemerkten Lehrstellensuchenden und 182 offenen Lehrstellen lag, ist diese Schere nun mittlerweile geschrumpft, wir haben derzeit mit Ende März 545 Lehrstellensuchende gegenüber 313 offenen Lehrstellen. Meine Damen und Herren, das zeigt sehr deutlich, dass die steirische Wirtschaft bereit ist, Lehrlinge auszubilden und das immer stärker machen will. (Beifall bei der ÖVP.)

Wir werden das auch weiterhin in diesem Lande tun und wir lassen es auch nicht zu, dass Sie die vielen kleinen und Kleinstbetriebe in diesem Lande verunglimpfen, indem Sie sagen, das stimmt alles nicht und das ist eine Schande, wie hier Lehrlinge ausgebildet werden. Die steirische Wirtschaft sorgt dafür, dass wir Wirtschaftsstandort Nummer eins sind und dass es diesem Lande gut geht.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch etwas erwähnen, weil angesprochen wurde, wie lange denn die jungen Menschen hier warten müssen. Rund 30 Prozent aller Lehrstellensuchenden sind nur null bis dreißig Tage als Lehrstellen suchend vorgemerkt, dann haben sie bereits einen Lehrplatz in der steirischen Wirtschaft und 50 Prozent, 48,8 Prozent genau, warten nur ein bis drei Monate bis sie einen Lehrplatz in der steirischen Wirtschaft haben. Das sind hervorragende Zahlen und die wollen wir auch beibehalten.

Lassen Sie mich aber auch noch, lieber Herr Gewerkschaftssekretär Gennaro, etwas zu der inszenierten Aktion der Bau- und Holzgewerkschaft sagen. Wir nehmen die Sorgen der Arbeitslosen, vor allem dieser Baubranche, sehr, sehr ernst. Jeder Arbeitslose, nicht nur dieser Branche, bedeutet uns sehr viel und jeder Arbeitslose ist zu viel und wir setzen alles daran, vor allem mit dieser Landesregierung mit Landeshauptfrau Waltraud Klasnic an der Spitze, dass wir diese Arbeitslosenzahlen weiter senken. (Beifall bei der ÖVP.)

Aber nehmen Sie bitte auch zur Kenntnis, Herr Gennaro, ich weiß, Sie müssen wieder Ihren Frühstücks- und Jausentratsch absolvieren, dass das, was hier von dieser Gewerkschaft ausgeteilt wurde, einfach nicht stimmt. 10.000 steirische Bauarbeiter ohne Job, jeder zweite Arbeitslose in der Steiermark ist ein Bauarbeiter. Das wären bitte bei derzeit 33.000 vorgemerkten Arbeitslosen 17.000. Diese Zahl stimmt ja nicht. Und als Sie mir vorher im Gespräch gesagt haben, wir zählen ja nur die männlichen Arbeitslosen, dann ist das ja noch schlimmer. Ja, bedeuten Ihnen die weiblichen Arbeitslosen nichts? (Beifall bei der ÖVP.)

Ich habe heute in der Früh noch um viertel acht mit dem Chef der Statistik im AMS telefoniert, der mir die aktuellen Zahlen gegeben hat. Wir haben bitte bei den Bauberufen derzeit 6728 gemeldete Arbeitslose. Wenn Sie Bauneben-, Bauhilfsgewerbe, Metall und Elektro dazurechnen, dann sind es 9773, die aber, wie gesagt, nicht dazugerechnet werden und es sind noch immer 3,5 Prozent weniger als im Vorjahr. Da war von einem Sparbudget, wie Sie es bezeichnen, noch keine Rede gewesen. Das heißt, dass durch die Wirtschaftspolitik dieses Landes hier weniger Arbeitslose vorhanden sind. Nehmen Sie auch bitte das zur Kenntnis und werden Sie endlich konstruktiv! (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Gross: „Wobei die Bauinitiative der Kollege Heibl in diesem Lande eingebracht hat, oder?“ – 9.48 Uhr.)

Präsident: Herr Gennaro meldet sich zu einer tatsächlichen Berichtigung. Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Gennaro das Wort.

Abg. Gennaro (9.49 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren, lieber Herr Unternehmer! (Abg. Kasic: „Ich bin stolz darauf!“)

Das ist typisch, wenn man von etwas spricht, wo man sich nicht auskennt. Es ist richtig, es ist ohnedies be-
dauerlich genug, dass wir über 33.000 Arbeitslose haben, nur, sich sehr vollmundig da herzustellen und zu sagen,
uns sind die Frauen nichts wert. Dann würde ich dich einmal bitten, dass du dir einmal alle Anträge anschaust,
wo wir Frauenarbeitsplätze-Initiativen verlangt haben, wo ihr nicht mitgegangen seid. Das nur zur Klarstellung.
(Beifall bei der SPÖ.) Nur zur Berichtigung! (Abg. Kasic: „Du musst etwas tun, nicht nur Anträge einbringen!“)

Herr Landtagsabgeordneterkollege und Unternehmervertreter Kasic, es ist wirklich auch eine Schande und
ein Beispiel. Schade, dass die Herren Unternehmer, die unsere Betriebsräte bei dieser Aktion unterstützen, das
nicht hören. Ihr werdet nächste Woche in der Wirtschaftskammer sein – und dann bitte ich dich, dass du dabei
bist und dort das Gleiche sagst, was du da gesagt hast. Dann möchte ich mir das anhören, was dir dort deine
Arbeitgeber sagen werden. Und zu den 10.000 Bauarbeitern ohne Job, also jeder zweite Arbeitslose – es ist
richtig, wenn du in einem Flugblattl das schnell zusammenschreibst, dann kannst nicht alles so im Detail an-
führen. (Abg. Kasic: „Kollege Gennaro!“)

Nur, horch zu, was ich dir sage, wenn du rechnen kannst, dann wirst du draufkommen, was gemeint ist. Von
20.000 männlichen Arbeitslosen sind 10.000 Bauarbeiter. Gott sei Dank haben wir nicht im Bau auch noch
Frauenbeschäftigte, die schwere Arbeit machen müssen, wo die Männer schon kaputt werden. Du rühmst dich,
vielleicht willst du haben, dass Frauen auch im Bau beschäftigt sind? Von 20.000 männlichen Arbeitskräften sind
10.000 Bauarbeiter dabei, das ist die tatsächliche Berichtigung und erkundige dich und tu ein bisschen ab-
schwächen und mache dich nicht lustig über Arbeitslose! (Beifall bei der SPÖ. – 9.51 Uhr.)

Präsident: Die nächste Wortmeldung kommt von der Frau Abgeordneten Kaufmann. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Kaufmann (9.51 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptfrau, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich habe der Frau Abgeordneten Pußwald sehr genau zugehört und ich bin ein bisschen erstaunt. Hermine,
du warst die Erste aus der ÖVP-Riege, die Kritik geübt hat am Budget. Also es sind nicht nur wir, es kommt auch
aus euren Reihen, dass zu wenig Geld vorhanden ist. Zu wenig Geld für die Landwirtschaftsschulen, da hier noch
sehr viel Geld notwendig wäre. Ich gebe dir Recht, in sehr vielen Bereichen wäre noch sehr viel Geld mehr not-
wendig. Nur, es ist sehr vieles nicht möglich, weil es eben ein Sparbudget gibt, weil es eben notwendig ist, in der
Steiermark sehr viel einzusparen, damit wir die 3,5 Milliarden Schilling nach Wien liefern können. Wir sagen das
jetzt schon die ganze Zeit, jetzt endlich am zweiten Tag merkt man es auch bei euch, scheinbar habt ihr euch jetzt
doch ein bisschen ins Budget eingesehen und wisst nun, dass da sehr viel auf der Strecke bleibt. (Beifall bei der
SPÖ.)

Ich glaube, es muss aber auch klar herauskommen, für welchen Zweck wird bei den Landwirtschaftsschulen
mehr Geld benötigt. Und da habe ich ein paar Fragen. Ist es, um Schlösser und Herrenhäuser und so weiter zu
renovieren, in denen dann die Landwirtschaftsschulen untergebracht sind? (Abg. Pußwald: „Die mittlerweile 40,
50 Jahre Schulen sind!“) Dann müsste es aber bitte in einem anderen Budget sein, weil Landwirtschaftsschulen
nicht dafür verwendet werden sollen, um Schlösser und Herrenhäuser zu renovieren und instand zu halten.

Wenn es aber darum geht, junge Menschen auszubilden und ihnen die besten Möglichkeiten an Ausbildung
zu geben, dann bin ich dafür. Dann sage ich jawohl, dafür soll das Geld verwendet werden. Um Schlösser,
Burgen und Herrenhäuser zu renovieren, würden es andere – (Abg. Pußwald: „Brandmeldeanlagen in Landes-
berufsschulen!“) bitte, du kannst dich gerne nachher wieder zu Wort melden – Budgetposten besser verkräften
als das Landwirtschaftsbudget.

Die zweite Frage, ich habe schon gesagt, wenn Landwirtschaftsschulen zur Ausbildung von jungen
Menschen da sind, die aus der Landwirtschaft kommen und in die Landwirtschaft zurückgehen, dann bin ich
dafür, dass alles, was nur möglich ist, gemacht wird, dass diese jungen Menschen auch eine Ausbildung kriegen,
um dem Anforderungsbild, das sich in der Landwirtschaft entwickelt, gerecht zu werden. Die Landwirtschaft
stellt komplett andere Anforderung an die jungen Menschen, als sie es noch vor ein paar Jahren getan hat. Der
Landwirt ist ein Unternehmer und so weiter, wir wissen das alles. Deswegen, sage ich, sollte das Budget für die
Landwirtschaftsschulen verwendet werden. Leider ist es aber so, dass immer weniger junge Menschen bereit
sind oder es ihnen möglich ist, einen Hof zu übernehmen und da bieten auch die Landwirtschaftsschulen keine
Lösung. Das ist jetzt nicht unbedingt als Vorwurf zu verstehen. Ich glaube, es muss sich zuerst in der Landwirt-
schaft sehr viel ändern. Es muss sich zuerst die Landwirtschaft ändern, damit junge Menschen wieder bereit sind
Bauern zu werden, Landwirte zu werden. (Abg. Pußwald: „Die wollen auch ein gerechtes Einkommen haben.
30 Prozent der kleinen Landwirte leben unter der Armutsgrenze!“)

Die Frage ist nur, was wird der Jugend in der Landwirtschaft vermittelt? Was wird ihr zurzeit in der Landwirt-
schaft vermittelt? Man hört immer, du musst wachsen, du musst größer werden, du musst wachsen oder weichen.
Ich frage und die jungen Menschen fragen sich, es muss ja einen Grund geben, warum sie es nicht mehr über-
nehmen. Wie kann ein Betrieb wachsen, ohne sich zu Tode zu investieren? Vor allem was soll wachsen, soll die
Arbeit wachsen, soll der Maschinenpark wachsen? Es heißt, der Maschinenpark muss wachsen für die Arbeitser-
leichterung. Die Arbeitserleichterung schaut so aus, dass sich der junge Mensch einen Traktor kaufen muss. Damit
er sich den Traktor leisten kann, weil es für die Produkte keine Einkommen gibt, transferiert er zuerst einmal die
Arbeit und Einkommen in die Traktorindustrie. (Abg. Pußwald: „Es gibt Zusammenschlüsse, Ergänzungen!“)

Damit er sich den Traktor leisten kann, muss er in den Nebenerwerb gehen, am besten in eine Traktorfabrik. So schaut es aus, was zur Zeit in der Landwirtschaft vermittelt wird. Die Frage ist auch, was vermittelt man der Jugend? Ist es für einen jungen Menschen wirklich verlockend, dass er Tag und Nacht arbeitet, dann die Rohstoffe abliefern und dann in den Supermarkt geht und die Produkte wieder zurückkaufen muss? (Abg. Pußwald: „Der Nebenerwerb dient der Existenzsicherung!“)

Weißt du, das ist damit gemeint, wenn ich sage, es muss sich zuerst in der Landwirtschaft sehr viel ändern (Abg. Pußwald: „Zum Beispiel?“), damit junge Menschen wieder bereit sind oder damit es einem überhaupt möglich gemacht wird, einen Betrieb zu übernehmen. (Beifall bei der SPÖ.)

Die dritte Frage ist, die Landwirtschaftsschulen sind der größte Brocken im Agrarbudget, über 400 Millionen, wenn ich es richtig im Kopf habe. Jetzt ist es notwendig zu unterscheiden und ich habe zuerst schon gesagt, sind das Landwirtschaftsschulen, sind das Schulen, in denen Landwirte ausgebildet werden oder sind das Schulen, die als Übergangslösung für sehr viele andere Schüler verwendet werden? Das heißt, Schüler, die nicht in den Polytechnischen Lehrgang gehen wollen. Schüler, die zurzeit keinen Lehrplatz kriegen, wo die Eltern dann sehr oft sagen, naja, bevor du Poly gehst oder bevor du herumstehst gehst du in eine Landwirtschaftsschule, machst dort eben das eine Jahr. Das sind auch die Zahlen, die die Frau Pußwald verwendet, warum dort immer mehr Schüler sind, weil es als Übergangslösung verwendet wird.

Kurt Gennaro hat es schon zuerst gesagt und so greift das ineinander, Landwirtschaft und normale Wirtschaft, es muss etwas getan werden, damit mehr Jugendliche lernen können, wenn sie lernen wollen, damit nicht Landwirtschaftsschulen so als Zwischenparkplatz für junge Menschen verwendet werden. Ich glaube, wenn Landwirtschaft draufsteht auf einer Schule, dann soll auch Landwirtschaft drinnen sein. Das heißt, Landwirtschaftsschulen sollen Landwirte ausbilden. Da ist genug zu tun und da werden sehr hohe Anforderungen gestellt. Aber ich glaube, sie sollten nicht als Zwischenparkplatz verwendet werden. Das Landwirtschaftsbudget ist zu gering, als dass wir es für andere Sachen ausgeben. Wenn die Wirtschaft glaubt oder wenn das Land glaubt, dass die Schulen wichtig sind, dann sollen sie sie bitte erhalten, aber nicht aus dem Landwirtschaftsbudget. Ich weiß, es gibt eine Studie, die vor Jahren erstellt worden ist. Ich kenne diese Studie für die Landwirtschaftsschulen, ich bin aber auch schon gespannt auf den Rechnungshofbericht, der in Arbeit ist, was da herauskommt. Nur, meine Bitte ist, wie gesagt, wenn Landwirtschaft draufsteht, soll Landwirtschaft drinnen sein, Landwirtschaftsschulen zur Ausbildung von Landwirten! (Beifall bei der SPÖ. – 9.58 Uhr.)

Präsident: Zu einer kurzen Wortmeldung hat sich Frau Abgeordnete Pußwald angesagt. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Pußwald (9.58 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte jetzt doch zu zwei Dingen kurz Stellung nehmen. Wenn Monika Kaufmann sagt, Schlösser, Privatwirtschaft und Burgherren und Schlossherren, diese Häuser sind bereits seit 50, 40 und 20 Jahren im Besitz des Landes. Es wurden alte Kulturgüter adaptiert und zu Schulen umgestaltet und diese Häuser haben beispielsweise kaum Brandschutzanlagen. Wir haben das letzte Mal bei den gewerblichen Berufsschulen dieses Thema im Hause gehabt. Fast alle Schulen sind Internatsschulen und wir wissen, wenn keine Brandschutzanlagen da sind, ist es nicht möglich, als Internat geführt zu werden. Das ist der eine Punkt.

Der zweite Punkt, den ich auch ansprechen möchte, es stimmt, es gibt Finanzierungsschwierigkeiten, aber ich glaube, es ist die Möglichkeit in einer Flexibilität auch zu Geld zu kommen und diese Herausforderungen anzunehmen. Dazu bedarf es des gemeinsamen Konsenses.

Und das Dritte, was ich noch dazu sagen möchte, 30 Prozent der Kleinbauern leben in und unter der Armutsgrenze, Caritasdirektor Küberl hat das gestern veröffentlicht. Das landwirtschaftliche Schulsystem, besser die Landwirtschaft überhaupt, ist immer den Problemen der Landwirte, der Bauern mit entsprechenden Bildungsmaßnahmen begegnet. Ich möchte da an Josef Steinberger erinnern. 1918, nach einer sehr schwierigen Zeit, hat er bildungsmäßig reagiert, 1945 war es der Marshallplan. Es waren immer Bildungsinitiativen, die den Bauern Unterstützung, Hilfe und Existenzsicherung gegeben haben. (Beifall bei der ÖVP.) Und das ist der Punkt, warum das landwirtschaftliche Schulwesen nicht abgeschmettert werden darf und wenn es auch nicht nur von bäuerlichen Kindern besucht wird, so steckt dahinter ein Qualitätskennzeichen. Warum soll man ein gutes Schulsystem kaputt machen (Abg. Kaufmann: „Nicht kaputt machen!“), das viele soziale berufsorientierungsmäßige und andere Komponenten trägt? (Beifall bei der ÖVP.)

Diskussion Nummer zwei, Kinderbetreuung. Ich habe das letzte Mal im Landtag gesagt, wir haben ein gemeinsames Kinderbetreuungsgesetz verabschiedet, in dem auch die Tagesmütter enthalten sind. Sie sind also nicht mehr Projekte, sondern die Tagesmütter gehören zur Kinderbetreuung des Landes (Abg. Gross: „Ich hätte mir erwartet, dass ihr zustimmt!“), somit sind sie vom Landesrat Dipl.-Ing. Herbert Paierl mit 200 Millionen Schilling dotiert. (Landesrat Dr. Flecker: „Seit wann?“) Den zuständigen Ressortlandesrat Flecker, den bitte ich, diese 200 Millionen so aufzuteilen, dass auch die Tagesmütter zu ihren Grundkosten kommen, die sie brauchen. Das möchte ich wirklich herausstreichen. Im Übrigen finde ich es wirklich unfair, die Eltern, die Tagesmütter und die Trägervereine ständig zu verunsichern. Nehmen wir die Möglichkeit des zukünftigen Bundesgesetzes für Kinderbetreuung her und schauen wir, ob wir nicht da für die Tagesmütter auch positive Punkte herausfinden, sowohl in der Ausbildung als auch in der Sozialversicherung und das ist eine Aufgabe, die wir zu erledigen haben. (Beifall bei der ÖVP. – 10.02 Uhr.)

Präsident: Die nächste Wortmeldung kommt von der Frau Abgeordneten Lechner-Sonnek, Klubobfrau der Grünen. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Lechner-Sonnek (10.02 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Zum Thema Kinderbetreuung: Wir unterstützen den Antrag der SPÖ, dass die 170 Millionen aufgebracht werden sollen, damit man alles bedecken kann, was im Bereich der Kinderbetreuung notwendig ist. Das ist uns ein großes Anliegen. Gleichzeitig möchte ich aber darauf hinweisen, dass bereits im Zuge der Verhandlungen zum Kinderbetreuungsgesetz nicht nur von den Grünen, sondern auch vom Städtebund und vom Gemeindebund gewarnt wurde, dass man die Maßnahmen natürlich auch ausreichend bedecken muss. Das heißt, wir haben es hier ganz eindeutig entweder mit einer Gedächtnisschwäche oder mit einer Schwäche der Planung im Budgetbereich zu tun.

Zum Thema Lehrlinge. Die Frau Landeshauptfrau hat stolz Zahlen genannt, wie viele Lehrlinge es in der Steiermark gibt. Ich muss auch dabei daran erinnern, dass das eine grüne Initiative war und dass auch bis vor einigen Jahren hier im Land – (Landeshauptmannstellvertreter Schögggl: „Ja, ja, die Grünen haben die Lehrlinge erfunden!“) nein, die Grünen haben die Lehrlinge nicht erfunden, aber es war Grüne Initiative, dass mehr Lehrlinge im Landesdienst beschäftigt werden, Herr Landeshauptmannstellvertreter Schögggl. Bis vor wenigen Jahren war es nicht möglich, dass behinderte Lehrlinge im Land einen Lehrplatz finden konnten und auch das ist mit großer Anstrengung jetzt möglich. Darauf sind wir sehr stolz.

Zur Bauoffensive muss ich noch sagen, natürlich besteht auch Interesse auf Seiten der Grünen darin, dass mehr gebaut wird (Landeshauptmannstellvertreter Schögggl: „Dann gibt es wieder die Widerstände der Grünen, wenn man etwas bauen will!“), dass die Bauarbeiter, die heute hier aufgetreten sind und darauf hingewiesen haben, wie sie sich um ihre Arbeitsplätze Sorgen machen. Wir sehen diese Sorge als sehr berechtigt an. Ich möchte noch sagen, dass die Landesimmobiliengesellschaft, die in diesem Zusammenhang immer als der große Problemlöser aus der Tasche gezogen wird, noch durchaus nicht so abgedichtet ist, wie das immer aussieht. Wie ich gestern schon gesagt habe, ist die Bundesimmobiliengesellschaft auf EU-Ebene noch nicht gänzlich positiv beurteilt worden und auch die Landesimmobiliengesellschaft hängt davon ab, wie dieses Verfahren ausgehen wird. Die Grünen haben großes Interesse daran. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Dass das mit Bauen nichts zu tun hat, können Sie nicht begreifen!“)

Oh ja, ich habe es begriffen, es steht so im Regierungsbeschluss zum Budget, Herr Kollege Paierl. Die Grünen haben sich sehr stark dafür eingesetzt und werden das auch weiter tun, dass Arbeitsplätze im Bereich des Baugewerbes und Baunebengewerbes geschaffen werden, und zwar ganz im Speziellen im Bereich der Energie sparenden Maßnahmen. Wir haben eine Studie verfasst, im letzten Jahr ist sie fertig geworden, die eindeutig nachweist, dass jährlich 6000 Jobs geschaffen werden könnten, wenn mehr in Wohnhaussanierung, in Wärmedämmung, Kesseltausch und so weiter investiert wird. Ich denke, das Land hätte jede Möglichkeit diese Tendenz durch Förderungen in diesem Bereich zu unterstützen, doch gerade in dieser Woche ist, wie bereits auch schon einmal erwähnt, die Förderung zurückgenommen worden, zum Beispiel im Bereich der Solaranlagen für Geschoßbau. Die Grünen sind auf jeden Fall dafür, dass wir in diesem Bereich etwas tun und wir werden, auch wenn es budgetär so unangenehm und unangemessen gering bedeckt ist, in unseren Bemühungen nicht nachlassen. Danke! (Beifall bei den Grünen und der SPÖ. – 10.06 Uhr.)

Präsident: Zur tatsächlichen Berichtigung hat sich die Frau Abgeordnete Barbara Gross gemeldet. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Gross (10.06 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Liebe Hermi, wo immer du jetzt bist, ich lasse mir nicht indirekt vorwerfen, dass ich Eltern, Kinder und Tagesmütter verunsichere, sondern ich agiere als Vorsitzende eines Trägervereines, der für Mitarbeiter verantwortlich ist. Und dafür müsste gerade die Hermi Pußwald Verständnis haben, weil ich mein Leben lang immer für alle Trägervereine hier herinnen gesprochen habe und damit auch für die Trägervereine der ÖVP. (Beifall bei der SPÖ. – 10.06 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl. Ich erteile ihm das Wort.

Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl (10.07 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, geschätzte Kollegen auf der Regierungsbank, Hoher Landtag!

Einleitend zwei Bemerkungen zum Thema Bauwirtschaft. Ich habe meine mir zugewiesenen Fachabteilungen angewiesen, die Baulose für die Ausschreibungen in den öffentlichen Bereichen kleiner zu wählen, damit auch die klein- und mittelständische Wirtschaft, die viele Arbeitsplätze sichert, größere Chancen hat, sich an diesen Ausschreibungen zu beteiligen, um dann auch den Zuschlag zu erreichen. Dann möchte ich auch noch auf die Bemühungen im Rahmen der Revitalisierung hinweisen, die auf Grund dessen, dass bei der Revitalisierung sehr viel Handarbeit und sehr viel traditionelles Handwerk zum Einsatz kommen, eine sehr hohe Anzahl an Arbeitsstunden erfordert und dadurch hunderte um nicht zu sagen tausende Arbeitsplätze sichert. Ich möchte damit darauf hinweisen, dass diese Landesregierung im Sinne der Beschäftigungspolitik alles, was nur möglich ist, tut und auch sehr erfolgreich ist, auch wenn das manche nicht wahrhaben wollen. (Beifall bei der FPÖ.)

Hoher Landtag, ich möchte mich mit dem Thema Wissenschaft und Forschung kurz auseinander setzen und möchte mich da ausdrücklich bei Herrn Prof. Rauch für seine eindrucksvolle Rede bedanken, die er gestern am Abend gehalten hat und die Leistungen der steirischen Universitäten und der steirischen Bildungs- und Forschungseinrichtungen in den Vordergrund gestellt hat.

Ein kurzer Hinweis zum Thema Studiengebühren. Es ist natürlich nicht erfreulich, wenn man Gebühren einheben muss, aber es hat natürlich sehr gute Gründe und es lässt sich sehr gut argumentieren. Es wurde gestern schon auf die Auswirkungen auf die Universitäten hingewiesen, immerhin wird es eine Universitätsmilliarde geben. Und es wird auch eines geben, es wird durch diese Gebühren auch der Druck auf die Universitäten verstärkt, das Leistungsangebot für die Studierenden zu erhöhen. Es gibt den böartigen Scherz, man muss fast sagen böartigen Spruch, dass wir in Österreich die jüngsten Pensionisten und die ältesten Studierenden haben. Das muss sich grundlegend ändern. Da ist natürlich auch ein gewisser Druck der Studierenden auf die Universitäten zu befrworten, alles zu unternehmen, dass der studienwillige Studierende auch die bestmöglichen Strukturen und Möglichkeiten vorfindet, seinem Beruf, nämlich dem Studieren, nachzukommen.

Und da bin ich gleich beim nächsten Punkt. Wir haben in Österreich 250.000 Studierende. Die Zahl habe ich noch als Parlamentarier im Kopf und es gibt eine Untersuchung, die sagt, dass ein sehr hoher Prozentsatz im letzten Jahr weder eine Übung noch eine Prüfung abgelegt hat, dass sie einfach im System drinnen sind und natürlich die mit dem Studium verbundenen Bonifikationen faktisch ausnützen. Diese Systemmitbenützer werden es sich natürlich überlegen. Damit wird das System entlastet und das bringt wiederum Vorteile für alle jene, die die Universität dazu benutzen, um wirklich zu studieren.

Ich begrüße den Wettbewerb zwischen Fachhochschulstudiengängen und den Universitäten. Wettbewerb ist befruchtend, es soll eine gegenseitige Herausforderung sein. Ich bekenne mich aber auch dazu, dass die Fachhochschulstudiengänge nicht nur in konzentrierter Form an zwei Orten der Steiermark abzuhalten sein werden, sondern ich bin der Meinung, dass es wichtig wäre, auch weitere Gebiete für diese Form der Ausbildung zu erschließen und auch andere Studienorte zuzulassen.

Zu den Studiengebühren vielleicht noch ein Wort. Es gibt hervorragende Modelle. An meiner Universität in Leoben zum Beispiel gibt es das Modell der Patenschaften, wo Sponsoren aus der Wirtschaft, Sponsoren aus der Industrie die Möglichkeit haben, Patenschaften oder Bildungsschecks zu übernehmen und damit die Studenten zu entlasten, da sie ein hohes Interesse an den Absolventen haben.

Zu den Universitäten. Ich begrüße auch den Diskussionsprozess und das Dienstrecht, gerade in den heutigen Medien nachzulesen, dass die Diskussionen um die Zurückdrängung der Pragmatisierung sehr intensiv läuft. Ich begrüße die Entwicklung in Richtung der Vollautonomie der Universitäten, weil nur dann werden die Universitäten diesen Modernisierungsschub haben können, der sie international an der Spitze hält. Ich glaube, das ist ganz wichtig und auch dass wir im Zusammenhang mit unseren Zielen, bereits vorhandene Stärken weiter auszubauen, das Schlagwort könnte heißen „Stärken stärken“, vorgehen sollen und unsere Universitäten müssen in der weltweiten Oberliga mitspielen können und sie tun das auch! (Beifall bei der FPÖ.)

Zum Thema Forschung und Entwicklung noch ganz kurz. Das Joanneum Research ist natürlich in diesen Prozess besonders eingebunden. Es wird also drei wesentliche Schwerpunkte geben. Ein Schwerpunkt wird sich mit dem Thema Werkstoff, Werkstoffentwicklung, Werkstoffveredelung, Fügetechnik und so weiter beschäftigen. Ein wichtiger Bereich, der uns auch hilft, weltweit in Nischen der wirtschaftlichen Tätigkeit vorzustoßen. Wir werden uns generell mit dem Thema Lebensqualität, Lebensumstände besonders zu beschäftigen haben. Ich denke da besonders an die Teilnahme an den Programmen im sechsten Rahmenprogramm, das gerade erarbeitet wird und wohl alle jene Themen umfasst, die mit der Lebensqualität, vor allem auch Mobilität für ältere Menschen, Lebensqualität für ältere Menschen, technische Hilfen für ältere Menschen zu tun hat.

Ein Ziel von mir persönlich ist es, die Steiermark zu dem Forschungsland zum Thema Wasser zu machen. Ich glaube, dass es ganz an der Zeit ist und eine sehr Erfolg versprechende Idee ist, wenn wir alle Forschungskapazitäten auf diesem Thema bündeln und so quasi zum europaweiten center of excellence in diesem Bereich werden. Ein Ziel ist es auch, Impulse für Regionen zu setzen und ich denke da an die Schaffung einer Sommerakademie im Bereich Mariazell. Warum muss immer alles im Sommer in Tirol stattfinden, es kann auch in der Steiermark sein. Der Themenbereich könnte sich um die Themen Recht, Ethik, Mensch, Gentechnik drehen. (Beifall bei der FPÖ.)

Zum Abschluss, besonders begrüße ich die im Regierungsübereinkommen festgelegte Zukunftsstiftung, ich verwende den Begriff Stiftung, weil ich das aus der Situation vom Innovations- und Technologiefonds kenne, dass Fonds natürlich wesentlich schlechter vor dem Zugriff politischer Begehrlichkeiten geschützt sind als Stiftungen. Die Zukunftsstiftung wird entsprechend dotiert und die Erlöse aus dieser Stiftung werden Wissenschaft, Forschung und der Zukunft unserer Steiermark zur Verfügung stehen und das ist gut so und das wird Erfolg bringen. Glück auf! (Beifall bei der FPÖ und ÖVP. – 10.15 Uhr.)

Präsident: Die nächste Wortmeldung kommt vom Herrn Landesrat Pörtl.

Landesrat Pörtl (10.15 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Als zuständiger Referent für unser landwirtschaftliches Schulwesen möchte ich doch einige Gedanken in die Diskussion mit einbringen. Es macht ja so den Eindruck, dass diese landwirtschaftlichen und hauswirtschaftlichen Schulen so quasi ein Teil der Agrarwirtschaft darstellen. Wir haben jetzt die Bildungsdiskussion und im Rahmen der allgemeinen Bildung ist auch diese landwirtschaftliche Schule die Bildung, die Wissensvermittlung und die

hauswirtschaftliche Schule mit diesem exzellenten Schwerpunkt der Berufsvorbereitung und speziell vor allem mit dem Schwerpunkt einer Lebensvorbereitung eine selbstverständlich gesamtgesellschaftliche Schwerpunktsetzung.

Es ist also auch in den Raum gestellt, dass dieses landwirtschaftliche Schulreferat ein Imperium sei, das Schlösser bewirtschaftet, das sozusagen den Reichtum protziger Lebenshaltungen vermittelt. Meine Damen und Herren, das waren Schlösser, die nach den Kriegszeiten vom Land her als Erhaltung dieser kulturellen Wertigkeiten und einer Umfunktionierung von den geschichtlichen Entwicklungen, wo diese Burgen Wehrburgen waren, zu Bildungsburgen umfunktioniert wurden.

Ich möchte nur noch zusätzlich vermitteln, von diesen 13 Schlössern und Burgen, die wir mit unseren Schulen im Grunde betreten, sind fünf dieser Burgen und Schlösser angemietet. Es sind Schlossherren und Besitzer, die dort auch wohnen und die diese Mieträume für diese schulische Ausübung vor allem auch zur Verfügung stellen.

Abschließend möchte ich sagen – und das möchte ich auch der Kollegin Kaufmann sagen: Ich möchte wissen, welcher Berufsstand von sich behaupten kann, wenn der Maurer, der Schlosser, der Mechaniker, der Techniker ausgebildet ist, dass er sein ganzes Leben lang vom Anfang bis Ende in diesem Beruf verhaftet bleibt.

Jeder weiß ganz genau, dass die Mobilität eines Berufslebens drei- bis viermal verändert wird und bei uns wird so getan, als ob Nebenerwerbslandwirtschaft irgendwelche unangenehme Haltungenweisen oder Symptome sind. Selbstverständlich ist die Landwirtschaft voll in diesen Wandel integriert.

Abschließend möchte ich schon festhalten, wir haben nicht das Wachstum in Größe und Potenz, sondern wir beweisen in unseren Schulen nicht Wachsen durch Weichen, sondern die innere Qualität der Produktentwicklung, die Öffnung zum Konsumenten, die Sensibilität mit der Gesellschaft, vor allem mit zu lehren und pädagogisch mit einzubringen und vor allem mit dem Produkt im Rahmen dieser breiten Welle der Direktvermarktung und vor allem auch in der Vorbereitung Produkte vor und weiter zu bearbeiten, um dann Partnerschaften mit dem Handel, aber spezieller Schwerpunkt mit den Konsumenten, zu finden.

Meine Damen und Herren, ich glaube also, dass, was die Finanzierung betrifft, dieser kritische Ansatz ohne weiteres im Raum stehen kann. Wir haben erstmals auch im Rahmen dieses Budgets die Möglichkeit der eigenen Ressort- und Budgetverantwortung und wir haben also auch in diesem Bereich die Möglichkeit, bauliche Maßnahmen in Zusammenarbeit, wie lange Jahre und Jahrzehnte mit der Wohnbauförderung, wo es nach den Richtlinien möglich ist und vor allem mit einer Eigenfinanzierung in der Eigenverantwortung der Bewirtschaftung diese mittelfristigen Finanzmodelle zu entwickeln. Das ist, ohne Aufregung, ein sehr kluges Modell, das wir im Grunde Schritt um Schritt vornehmen werden. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – 10.19 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Dipl.-Ing. Paierl.

Landesrat Dipl.-Ing. Paierl (10.19 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich sage das von dieser Stelle aus schon einige Male, das Kapitel 2 ist ja mit dem Dreier, wenn Sie es so wollen, also auch mit Kultus, Kultur das geheime Wirtschaftsförderungskapitel in einem Budget und tatsächlich sind im Bereich der Qualifizierungsmaßnahmen, das, was uns mit dem AMS gemeinsam an Mitteln zur Verfügung steht für Beschäftigungsprogramme, für Arbeitsförderungsprogramme, gemeinsam auch mit dem Mittelanteil, der für die Berufsschulen zur Verfügung steht, und zwar jetzt auch – ich rechne es schon immer dazu – die Mittel, die – und da werden wir uns nicht aufhalten lassen können, das hat die Diskussion mit den Bauarbeitern auch wiederum gezeigt – aus der LIG kommen. Frau Kollegin Lechner-Sonnek, da müssen Sie auseinanderhalten, das eine ist das Maastricht-budgettechnische Problem und das andere ist, ob wir mit diesem Instrumentarium der Landesimmobiliengesellschaft auf dem Kapitalmarkt Mittel aufnehmen durch eine Landesfirma und dann diese baureifend vorhaben, wie wir sie seit Jahren mit uns schleppen innerhalb des kurzfristigen ein-, zwei-, dreijährigen Zeitraumes – sie sind nämlich baureif, die Projekte – und umsetzen können. Und da hoffe ich doch, so wie Sie heute drüben gesprochen haben im Rittersaal vor den Bauarbeitern, vor den Betroffenen, dass Sie dann ihre Blockade und ihre Bedenken ablegen und mitmachen. Genauso hoffe ich das natürlich auch bei den Sozialdemokraten.

Weil, meine Damen und Herren, ein Problem ist bei dieser Gelegenheit schon deutlich geworden und das hat es ja uns allen, die mit dabei waren im Rittersaal, sehr deutlich gezeigt, dass dieses Dilemma, insbesondere der Sozialdemokraten – bei Ihnen ja weniger, weil Sie können ja wenigstens sagen, Sie sind Opposition, okay, Sie sind nicht in der Regierung – nämlich in der Regierung zu sitzen, dort Dinge zu blockieren objektiv und offensichtlich, weil das bisher passiert mit der Landesimmobiliengesellschaft und dann gleichzeitig aber mit den Betroffenen reden zu müssen, die sagen, ja um Gottes willen, warum sind unsere Projekte nicht umgesetzt worden. Meine Damen und Herren, ich habe nicht das Problem, das haben Sie, aber ich bitte Sie, finden Sie eine Linie im Interesse dieser Projekte, die auch für die Bildung wichtige Hardware, wichtige Infrastruktur schaffen. (Beifall bei der ÖVP.)

Es ist einfach so, es hat sich gezeigt und das hat sich, glaube ich, auch bei der Delegation, die die Frau Landeshauptmann besucht hat, gezeigt, die Menschen sind interessiert an Problemlösungen, und nicht an der Streiterei und nicht an diesen taktischen Winkelzügen, wo man glaubt, da oder dort politisches Kleingeld wechseln zu können. Und mein Politikverständnis – und das wissen Sie ganz besonders, Herr Kollege Gennaro, und Sie wissen, ich schätze Sie einerseits, aber andererseits, wenn Sie dann nur mehr Probleme sehen, dass sich alles verfinstert und alles im Lehrlingsbereich und bei der Beschäftigung und so weiter. Es stimmt ja nicht. Es ist

ja nicht nur die Datenlage eine andere, sondern ja auch die Befindlichkeit der Menschen. Sie wollen aber Problemlösungen, ich habe nie behauptet, dass wir keine Probleme haben. (Abg. Gennaro: „Da sind wir uns einig!“)

Zusammengefasst, wir werden mit Ihrer Hilfe die Qualifizierungsmilliarde darstellen. Da gehören die Berufsschulen dazu, da gehören die Bereiche dazu, die wir bei der Landesuniversität, das sind nämlich die Fachhochschulen, gut dotiert haben. (Abg. Gennaro: „Gut vorbereitet!“) Habe ich immer gesagt, gut vorbereitet, auch gut verwaltet vom Vorgänger in diesem Amt, vom Herrn Landeshauptmannstellvertreter, überhaupt keine Frage. Wir werden hier selbstverständlich gemeinsam Gas geben müssen, Wurscht, aus welcher Gegend sie kommen und aus welcher politischen Richtung. Sie haben es ja gemerkt, das waren Ihre Gewerkschafter und sie haben dann auf Grund Ihres Auftrittes und vor allem des Auftrittes Ihres Klubobmannes die Köpfe geschüttelt und gesagt, das verstehen wir nicht, das wollen wir nicht, wir wollen eine Problemlösung. Nämlich auch eine Problemlösung, Herr Böhmer, das müssten Sie wissen als Abgeordneter, die Sie gerade in Hartberg in der Berufsschule haben. Dort haben die besten Leute, ich bin so glücklich, es verstanden, die Krainers und Co., diesen Standort, diese Berufsschule zu einem Bildungszentrum umzuentwickeln. (Beifall bei der ÖVP.) Das ist nämlich unser Ziel.

Das Interessante ist ja, ich weiß es ja, ich komme ja auch aus dieser Gegend, dass Sie in Hartberg oder vor Ort nicht so reden, das können Sie nicht, das tun Sie nur da. Das ist aber falsch. (Beifall bei der ÖVP.) Dort können Sie nicht so reden, das glaubt Ihnen keiner, die Fakten sind andere.

Und noch einmal, wenn ein Problem auftritt, Frau Lechner-Sonnek, ein Problem Pfauengarten, mit dem Peter Hagenauer, Ihrem Sitznachbarn und meinem langjährigen Raumplanerfreund habe ich das besprochen, na, selbstverständlich werden wir dort auch in Fragen des Verkehrs et cetera – aber das ist auch Bau – Lösungen finden müssen, die der Grazer Innenstadt verträglich sind. Wenn der Pfauengarten gebaut wird, weil wir wieder beim Bau sind, ich weiß schon, dass das jetzt nicht unbedingt ins Bildungskapitel gehört, aber wir haben ja ein bisschen die Budgetdebatte zum Kapitel 7 vorgezogen, macht ja nichts, dann muss man schon auch sehen, dass wir dort ja städtischen Raum, urbanen Raum vom Verkehr entlasten. Das geht alles unter die Erde und wieso sind Sie dort dagegen? Ich muss Ihnen ohnedies attestieren, angesichts der Betroffenen haben Sie ganz anders geredet. Ich werde immer darauf zurückkommen. (Abg. Lechner-Sonnek: „Also bitte!“) Sie haben gesagt, Sie sind für alle Bauvorhaben. Super, wir haben sehr viele Bauvorhaben und werden diese, wenn Sie sich ein bisschen gelockert haben und auch entsprechend konstruktiv geworden sind, rascher umsetzen, als wir es im Moment können. Weil im Moment wird halt da oder dort noch etwas abgesetzt, zurückgestellt et cetera, et cetera.

Zusammengefasst, die Daten in diesem Bereich, Beschäftigungslage, Arbeitslosigkeit, wie gehen wir damit um. Hilfe selbstverständlich, jeder Arbeitslose bedarf der Hilfe und wir haben Programme in diesem Kapitel 2 mit zirka 150 Millionen Schilling, die wir zusammen auch mit dem AMS abwickeln in Bereichen, die wir als Schwerpunkte ausgewiesen haben, nämlich bei den Jugendlichen, ein Erfolgsmodell, das sogar in Brüssel Anerkennung gefunden hat, bei den Frauen und bei den älteren Arbeitslosen. Und diese Placement-Stiftung bei den älteren Arbeitslosen ist auch ein steirisches Modell, das wir sogar jetzt gemeinsam mit dem Hans Kaiser und mit dem Helfried Faschingbauer überregional, international vermarkten. Da kommen die Delegationen her und schauen sich die steirischen Modelle an. Also so schlecht, Herr Böhmer, weil der Herr Gennaro ist jetzt eh weggegangen, weil der verträgt das nicht, wenn ich zu optimistisch bin, das verstehe ich schon. Aber keine Euphorie, aber Optimismus, das hilft dann letztlich auch. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

Da sage ich auch ganz zum Schluss, weil ich gerade bei dem ein bisschen angestreift habe, jetzt hören wir uns das doch schon eineinhalb Tage an und bei der Einbegleitungsrede am Mittwoch haben wir uns ja auch einiges anhören müssen. Was passiert denn, weil Sie immer sagen, das ist unterdotiert und nicht bedeckt, was passiert, wenn sich – gemeinsam werden wir das erleben, Regierung, Landtag, wir werden Zwischenberichte liefern mit Nachtragsbudget, was Sie bisher nie gehabt haben, ich hoffe, das werden Sie wenigstens anerkennen und entsprechend würdigen, das kriegen Sie vor dem Sommer noch – dann aus dem Vollzug des Budgets herausstellt, nein, dort geht es überhaupt nicht und wir können uns das nicht leisten, wir bringen das auch politisch nicht drüber, na okay, dann werden wir nachbedecken. Nur, meine Damen und Herren, die Naivität, dass das dann mit den Tausendern geht, die mir der Siegi Schrittwieser gestern überreicht hat. Ich meine, die haben Sie ja hoffentlich selber auch nicht, weil das ist Falschgeld. Das ist nicht nur virtuelles Geld, sondern Falschgeld, damit kann er nirgendwo zahlen. Wir werden aber zahlen müssen. (Abg. Gross: „Symbolisches Geld, und nicht Falschgeld. So war es gemeint!“ – Abg. Gennaro: „Das Geld ist so echt wie das Budget, das Sie vorlegen!“)

Liebe Barbara Gross, ich bleibe dabei, ich schätze Sie sehr, weil Sie ja Verantwortung schon lange tragen und auch in Zukunft tragen werden, Punkt eins, auf der Einnahmenseite werden wir es nicht erreichen, wir haben nämlich keine Einnahmenhoheit. Auf der Aufgabenseite müssen Sie mir dann sagen oder mir helfen, wem nehmen wir es weg. Oder, liebe Frau Gross, wollen Sie weiter Schulden machen? Das haben Sie nämlich nie gesagt. Weiter Schulden machen, neue Schulden machen? Das geht nicht. Das heißt, wir werden uns gemeinsam bei all diesen Geschichten erstens zum Schwerpunkt Qualifikation, das ist das Kapitel 2 und zweitens werden wir uns auch gemeinsam dazu bekennen müssen, auch wenn es Ihnen schwer fällt, Sie werden es aussprechen müssen, keine neue Schulden zu machen. Danke sehr. (Beifall bei der ÖVP. – 10.28 Uhr.)

Präsident: Es hat sich noch kurz zu Wort gemeldet die Frau Abgeordnete Lechner-Sonnek. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Lechner-Sonnek (10.28 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich muss einfach noch replizieren, der Herr Paierl hat mir zwar vorher schon unterstellt – (Abg. Majcen: „Landesrat. So viel Zeit muss sein!“) bitte? (Abg. Majcen: „So viel Zeit muss sein!“) so viel Zeit muss sein, danke für die Unterstützung von ÖVP-Seite – Herr Paierl hat vorher zwar gemeint, ich kenne mich da nicht richtig aus und ich verstehe das nicht mit der Landesimmobiliengesellschaft.

Aber ich habe mich erinnert und ich habe mich jetzt auch kundig gemacht, habe noch einmal den Regierungsbeschluss herausgesucht vom 20. März, wo eindeutig festgehalten ist, dass unter Landesimmobiliengesellschaft, ich zitiere wörtlich: „Als eine Ideallösung ist ein Verkauf der Liegenschaften an eine zu gründende Landesimmobiliengesellschaft anzustreben, wobei sichergestellt sein muss, dass der Verkaufserlös von EUROSTAT als Maastricht-wirksame Einnahme des Landes anerkannt wird.“ Da steht, es muss sichergestellt werden. Und dann steht auch noch „sofern der beim EUROSTAT bereits anhängige Beschwerdefall Bundesimmobiliengesellschaft bezüglich der Maastricht-Wirksamkeit des Verkaufserlöses negativ entschieden werden sollte, ist die Gründung einer Gesellschaft ohne Eigentumsübertragung in die Wege zu leiten.“ Das würde dann aber eine gänzlich andere Situation schaffen. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Jetzt haben Sie sich vertan, aber Sie waren knapp daran!“)

Nein, ich habe zitiert aus dem Regierungsübereinkommen und das habe ich auch vorher angesprochen. Und ich lasse mir von Ihnen nicht sagen, dass ich zu blöd bin (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Das habe ich nicht gesagt!“) oder dass das nicht stimmt. Es ist hier eindeutig im Regierungsübereinkommen festgehalten, dass die Zustimmung von EUROSTAT dazu nötig sein wird, sonst macht man etwas, was man eine bessere Hausverwaltung nennen kann. Darauf lege ich gesteigerten Wert.

Zum Zweiten habe ich hier bei den Gesprächen mit der Gewerkschaft, daraufhin mit den Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern darauf hingewiesen, dass die Grünen sehr wohl Bauprojekte unterstützen. Ich habe nicht gesagt, alle Bauprojekte, aber ich habe auch darauf hingewiesen, dass wir ausgewiesen haben, dass es tausende von Arbeitsplätzen, und zwar in genauer Zahl 6000 Arbeitsplätze geben kann, wenn man in energiesparende Maßnahmen wie Wärmedämmung und so weiter investiert. Danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei den Grünen. – Abg. Gennaro: „Da geht es um Menschen, und nicht um Fakten und Zahlen! Es geht um Menschen!“ – 10.31 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Hermann Schützenhöfer. Er ist am Wort.

Landesrat Schützenhöfer (10.31 Uhr): Liebe Frau Landeshauptmann, Herr Präsident, meine Damen und Herren!

In dieser Gruppe gibt es zwei Bereiche, für die ich Verantwortung oder Mitverantwortung trage, das ist das Pflichtschulwesen einerseits und die Jugend andererseits und ich möchte zu beiden Kapiteln Stellung nehmen. Ich glaube, das, was schon gestern Abend und auch heute Vormittag mehrere Redner zum Ausdruck gebracht haben, ist selbstverständlich auch von meiner Seite dick zu unterstreichen. Die Steiermark hat ein hervorragendes Pflichtschulwesen. Wir können stolz darauf sein und wir haben – ich habe das einmal so ausgedrückt und ich darf es wiederholen – begnadete Lehrerinnen und Lehrer, die in vielen Fällen weit über die Zeit hinaus Arbeit für die Kinder und mit den Kindern leisten und wir haben in einigen Gebieten für Österreich beispielhafte Arbeit, insbesondere und das möchte ich ganz besonders hervorheben im Bereich etwa der Integration geleistet.

Die Sorge, die sich in den Wortmeldungen durchgezogen hat, ob denn die Qualität zu halten ist und dass die Qualität nicht am Spiel stehen darf, das ist natürlich auch meine Sorge. Denn in diesem Bereich geht es um unser wichtigstes Gut, es geht um die Zukunft unserer Jugend und deshalb hoffe ich, dass wir die Dinge gemeinsam in den Bereichen lösen, wo uns große Herausforderungen bevorstehen und wo es Probleme gibt.

Die steirische Pflichtschule ist, wenn man das so sagen kann, ein großes Unternehmen. Wir haben im Budget 8 Milliarden in diesem Jahr, 8,2 Milliarden im nächsten Jahr. Aber schon, meine Damen und Herren, wenn ich Ihnen sage und Sie wissen es ja, dass nur 39 Millionen davon vom Land sind und in Klammer, Herr Abgeordneter und Vizebürgermeister Böhmer, sage ich Ihnen dazu, dass von diesen 39 Millionen der zuständige Pflichtschullandesrat ein bisschen mitreden kann, was die von Ihnen angesprochenen Privatschulen anlangt. Da war bisher eine Million für Waldorf und sind es zwei, weil es mehrere Privatschulen gibt und ein bisschen mitreden kann oder wirklich mitreden kann bei den didaktischen Maßnahmen, das sind 4 Millionen, aber auch erhöht von zwei auf vier, wie bei den Privatschulen von einer auf zwei und alles Pflichtleistungen sind, dann wissen Sie einerseits, wie wenig der zuständige Landesrat vom Finanziellen her Bewegung hat, aber andererseits – und das, meine Damen und Herren, ist natürlich ein ganz entscheidender Punkt für uns und für unsere Diskussion – dass es Bundesgeld ist, das wir überwiesen bekommen und dass wir natürlich in Zeiten wie diesen damit konfrontiert sind, wenn der Bund hier Änderungen vorhat, was tun wir, damit wir möglicherweise mit gedeckelten Beträgen in Zukunft auskommen können. Noch einmal sage ich, die steirische Pflichtschule ist mit 865 Pflichtschulen, 101.000 Schülern und 10.508 Pflichtschullehrern ein sehr, sehr großes Unternehmen. Und es haben jene Redner, die sich mit der Pflichtschule befasst haben, auf die wesentlichen Problemfelder für die Zukunft schon hingewiesen.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie aber der Fairness wegen um eines, in der politischen Diskussion die Dinge nicht so darzustellen, als sei das so genannte Sparpaket der neuen Bundesregierung dafür verantwortlich, allein verantwortlich, dass wir jetzt Probleme mit der Zahl der Pflichtschullehrer bekommen. Es ist ganz klar, dass der neue Stellenplan, dessen Entwurf wir in den Händen haben, Dienstposten kostet. Aber neben diesem Bereich

gibt es zwei weitere Phänomene, die mit dem Bund nichts zu tun haben, die uns aber in der Pflichtschule vor große Probleme stellen. Nämlich: 90 Prozent der Volksschulabgänger in Graz und in anderen städtischen Ballungsräumen wollen in die AHS. Damit ist ja wohl klar, dass wir in den Hauptschulen größte Probleme haben und dass wir Verhältniszahlen, die alten und die neuen, nicht einhalten können und daher zu viele Dienstposten haben. Zweitens, meine Damen und Herren, und das ist etwas, was uns parteienübergreifend insgesamt beschäftigen sollte und jedenfalls nicht immer nur dazu führen sollte, dass wir uns gegenseitig mit Schuldzuweisungen eindecken, es gibt und das weiß ich seit wenigen Tagen, Herr Prof. Erlitz, einen dramatischen Rückgang an Schulanfängern.

Deshalb, weil mir die Rechtsabteilung 13 und der Landesschulrat in den letzten Monaten immer gesagt haben, es wird noch berechnet, habe ich persönlich nie eine effektive Zahl genannt, wie viele Dienstposten wir wirklich ab dem kommenden Schuljahr im Pflichtschulbereich nicht mehr haben werden. Sie wissen, da hat etwa die Fraktion sozialdemokratischer Gewerkschafter in einer Aussendung gemeint, das sind in jedem Fall 1000. Da hat der Landesschulrat vor ein paar Tagen gesagt, es sind 197. Ich weiß heute keine endgültige Zahl, ich weiß nur, dass es vermutlich an die 400 sind, wenn die Zahlen bleiben, in der Pflichtschule im ersten Jahr. Aber, meine Damen und Herren, ich kann nicht hergehen und das auf den Bund schieben, gerade diese letzte Zahl, die ich Ihnen genannt habe, der Rückgang bei den Schulanfängern, der Rückgang in der Volksschule bewirkt mit einem Schlag, weil diese endgültigen Zahlen haben wir ja jetzt, dass an die 100 Lehrer nicht weiter verwendet werden. Wo wollen Sie da Schuldige suchen? Also meine Bitte ist, dass wir bei aller Problematik die Dinge in der Realität diskutieren, und nicht Probleme, die wir im eigenen Land haben, auf andere Ebenen verschieben, so sehr uns auch, das verschweige ich nicht, diese neue Stellenplanrichtlinie vor Probleme stellt.

Aber, meine Damen und Herren, ich bitte Sie, mir jetzt das Wort im Mund nicht umzudrehen, wir müssen schon sehen, die Steiermark hatte im Schuljahr 1980/81, also vor genau 20 Jahren, 147.688 Pflichtschüler und 10.954 Pflichtschullehrer. Wir haben jetzt rund 101.000 Pflichtschüler und 10.500 Pflichtschullehrer und wir werden ab dem neuen Schuljahr 96.823 Pflichtschüler haben. (Abg. Mag. Erlitz: „Die Qualität ist auch gestiegen, oder?“) Die Qualität ist gestiegen, aber, Herr Kollege Erlitz, wenn man sich – Hand aufs Herz, bitte – diese Zahlen anschaut, sieht man auch, dass man Jahrzehnte halt auch ganz gut damit gelebt hat, dass der Bund nicht nachgefragt und bezahlt hat und das tut er nicht mehr. Das tut er nicht mehr in dem Ausmaß, wie wir es gerne hätten. Aber wir verhandeln, denn hätten wir das nicht getan, wären es vielleicht 1000. Wir verhandeln und haben etwa erreicht eine Lockerung dieser Verhältniszahlen im Stellenplan, insbesondere die Deckelung bei den Hauptschulen, wir haben das neue Landeslehrerdienstrechtsgesetz, das uns hilft mit dem Jahresarbeitszeitmodell. Wir setzen als Land Steiermark bestimmte Strukturmaßnahmen in den städtischen Räumen um mitzuhelfen, dass kleine Schulen erhalten bleiben können, Stichwort Sinnentleerung ländlicher Raum. Wir haben elf Schulen mit weniger als 13 Schülern, 17 Schulen mit 40 bis 50 Schülern, 45 Schulen mit 51 bis 60 Schülern. Wir tun alles, um Klein- und Kleinstschulen – und da geht es, ich sage es noch einmal, um den ländlichen Raum – zu erhalten, denn es ist oft genug gesagt worden, das wäre eine weitere Sinnentleerung und das dürfen wir nicht zulassen, durch gemeinsame Anstrengungen wird hier auch einiges gelingen. Viele andere Punkte, die in den Vorschlägen immer wieder vorhanden sind, bringen dienstpostenmäßig nicht viel.

Ich denke mir das oft bei den großen Auseinandersetzungen um verbesserte Vorruhestandsmodelle. Ja, wenn es sie gibt und wenn es möglich ist, dann ist es gut, aber wir haben, glaube ich, sechs Lehrer über 60 Jahre und wir haben 180 zwischen 55 und 60 Jahre. Dennoch, wenn nun dieses neue Modell angenommen wird, kann auch das noch eine entsprechende Entlastung bringen. In der Summe, meine Damen und Herren, kann ich als Pflichtschulreferent nicht glücklich sein über das, was hier an Maßnahmen notwendig ist. Aber ich hoffe, dass es einigermaßen verkraftbar ist und wir haben ja in diesem neuen Beschäftigungspakt, von der Frau Landeshauptmann initiiert, mit AMS und vom Wirtschaftslandesrat auch ausgeführt für 100 Lehrer, wenn Sie wollen, etwa im Bereich der Informationstechnologien entsprechende Angebote. Alles leichter gesagt als getan, das weiß ich, aber das Angebot soll da sein, so dass diese Einsparungen im Wesentlichen, wie ich meine, verkraftbar sein werden, einigermaßen verkraftbar sein werden, weil für den einzelnen Betroffenen ist es ja letztlich nicht verkraftbar.

Ein letzter Punkt zu dem, was der Herr Abgeordnete Böhmer gesagt hat, wenn wir im Einzelfall, Stichwort Computerausstattung, wo helfen können, bemühen wir uns, aber ich habe Ihnen schon gesagt, 4 Millionen, das ist wenig. Aber in begründeten Fällen und die meisten sind begründet, haben wir da immer auch einen Weg gefunden und ich hoffe, das ist auch in der Zukunft so. Im Übrigen wissen Sie, nicht nur als Lehrer, sondern insbesondere natürlich als Vizebürgermeister, dass für die Schulerhaltung und Ausstattung ja auch die Gemeinden zuständig sind und dass das Land sehr viel Geld für Schulausbau und Neubau verwendet. Allein die Frau Landeshauptmann hat im letzten Jahr an Bedarfszuweisungsmitteln und das sind zusätzliche Mittel, insgesamt fast 144 Millionen dafür zur Verfügung gestellt. Allein das ist ein Beweis, wie sehr ihr Bildung und die Zukunft der Jugend am Herzen liegen. (Beifall bei der ÖVP.) Und ich darf Ihnen sagen, dass nächste Woche in Bezug auf den Schulneubau in Hartberg ein Gespräch mit dem Bürgermeister dieser Stadt bei der Frau Landeshauptmann stattfinden wird.

Insgesamt, meine Damen und Herren, wäre es eine Sache, wenn wir in diesem Landtag zu diesem Bereich zu einer Zusammenarbeit finden, die es ermöglicht, die Probleme besser, weil gemeinsam zu lösen, aber all das, was bisher geschehen ist, ist meines Erachtens durchaus ganz gut auf den Weg gebracht.

Ein zweiter Punkt, nur ganz kurz, weil das so oft angesprochen wird in den letzten Wochen und wo ich bei mancher Wortmeldung nicht weiß, soll ich lachen oder soll ich weinen oder soll ich nicht hinhören. Das ist diese ganze Frage der Verwaltungsreform auf diesem Gebiet, dieser Bericht Prof. Raschauer und Co. Ich sage Ihnen als

derjenige, der das jetzt sechs oder sieben Monate macht, ich weiß schon, dass Instanzenzüge zu lang sind, ich weiß, dass es da und dort auch Doppelgeleisigkeiten gibt und ich kann mir sehr gut vorstellen, dass man Rechtsabteilung 13 und Pflichtschulabteilung im Landesschulrat als Schritt eins zusammenlegt, dort 20 Leute, dort 20 Leute in etwa. Nur, meine Damen und Herren, Vorsicht, wir haben uns den Bundesländervergleich genau angeschaut? Wir haben in der Steiermark an sich sehr gute Verträge, wir haben den Vertrag, dass der Bund 100 Prozent der für die Pflichtschulen im Landesschulrat tätigen Mitarbeiter bezahlt. Andere Länder, etwa Niederösterreich hat 60 zu 40. Ja, um diesen Preis das zu übernehmen, weiß ich nicht, ob das finanziell und auch inhaltlich dafür steht. Das heißt nicht, dass wir nicht verhandeln werden. Wir werden das tun, aber man muss bei all diesen Vorschlägen immer auch den zweiten Schritt einkalkulieren. Was heißt das? Das habe ich ja gestern in anderem Zusammenhang schon gesagt, wenn der Bund anbietet, Verwaltungsvereinfachung, mehr zu Ländern, wenn das Mehr zu den Ländern nicht nur Vereinfachung, sondern auch Abwälzen von Kosten heißt, werden wir in der Summe, wie wir hier sitzen oder stehen, nicht dafür sein können.

Dritter und letzter Punkt in diesem Zusammenhang. Da wurde uns nun vor wenigen Tagen ein neuer 15-a-Vertrag zwischen Bund und Land vorgelegt in Bezug auf das Pflichtschulwesen, den wir in dieser Form natürlich nicht akzeptieren könnten, denn im bisherigen Vertrag ist klar die 100-prozentige Ersatzpflicht des Bundes für die Landeslehrerbesoldung aus dem Jahre 1989 festgehalten.

Im nun vorgelegten Entwurf als Anpassung zur Stellenplanrichtlinie heißt es, dass sich der Bund verpflichtet, nach Maßgabe der budgetären Möglichkeiten des Bundes mitzuwirken. Das ist ein entscheidender Unterschied. Der Vertrag kann ohnehin nicht einseitig abgeändert werden und dafür sind wir als Steiermark nicht da, dass wir Verträge unterschreiben, die uns in der tatsächlichen Auswirkung die Dinge nur verschlechtern und, was die Finanzen anlangt, für uns die Kosten erhöhen.

Ein ganz kurzes Wort zur Jugend. Meine Damen und Herren, um es ganz kurz zu machen. Ich würde meinen, dass wir da zu einer guten Zusammenarbeit kommen können im Bereich der Jugendarbeit. Ich möchte mich bemühen – und es ist so viel über das Budget gesagt worden – auch im Jugendbudget mussten wir ein bisschen einsparen, nur, wir haben den Rest von NEX:IT dazubekommen und daher ist es auf dieser Post mehr, das ist alles, Frau Kollegin Zitz. Und bitte, ich lade dazu ein, keine großen Aufregungen um die Strukturmittel. Es ist ja insgesamt wenig Geld und es ist nachvollziehbar, wie jeder andere Regierer muss auch ich – und das ist ja auch in Ordnung so – mit jedem Schilling in die Regierung und bin zu jedem Gespräch bereit. Was ich tun möchte ist nachdenken über eine Aufgabenreform, denn es gibt Doppelgeleisigkeiten, das möchte ich aber nicht verordnen, sondern die Jugendorganisationen sitzen ja schon zusammen und überlegen sich das.

Was ich zweitens tun möchte ist, die Basisfinanzierung nicht abschaffen. Ich war selber lange genug Sekretär und dann Obmann, da ist man am Ende, wenn das der Fall wäre. Aber doch eine stärkere Hinwendung zur projektorientierten Arbeit, damit Projekte, die entstehen und die jetzt in der Gemeinde und im Bezirk notwendig sind, durchgeführt werden können. Aber nach Ende des Projektes ist das Projekt abgeschlossen. Wenn ich das wieder von Jahr zu Jahr fortführe, dann kann ich noch so viel Jugendbudget haben, wird es nicht gelingen, die Dinge weiter zu finanzieren und dann sind wir so weit, wie jetzt ja einige sind, dass sie vor der Frage stehen, müssen sie einstellen oder nicht. Ich möchte weiters mithelfen, so gut ich kann, zu motivieren, dass sich junge Menschen zum Beispiel politisch und auch in Parteien organisieren, dass sie hineingehen und nicht draußen bleiben. Ich kann Jugendstudien nicht mehr lesen, wo immer von der Jugendverdrossenheit die Rede ist. Wir sollten Möglichkeiten schaffen und wir sind ja gemeinsam dabei, dass junge Menschen zur Überzeugung kommen, ich muss hineingehen, um mittun zu können und etwas verändern zu können und möchte zweitens in dieser Strukturarbeit eben ein paar Dinge mit ihnen machen, Stichwort Nachbussystem ist gesagt und ich möchte drittens und letztens – und da sind wir auch dabei – die Ausbildung des Jugendarbeiters umsetzen. Da, glaube ich, sind wir österreichweit in Vorbildwirkung, das habe ich jedenfalls bei der Jugendreferentenkonferenz in Klagenfurt gemerkt und wir werden schon ab diesem Herbst diese Ausbildung gemeinsam mit der Pädagogischen Akademie anbieten können.

Ganz zum Schluss darf ich danken dem Leiter der Rechtsabteilung 13, Dr. Albert Eigner mit seinen Mitarbeitern, ganz besonders auch seinem Stellvertreter, Egmar Kollik, der nun mit Ende Juni nach vielen Jahren im Landesdienst in Pension geht. Und ich darf auch danken dem langjährigen Leiter des Jugendreferates, Herrn Hofrat Wulfing Rajakovics und der treuen Mitarbeiterin Sieglinde Postl, die seit 1959 im Jugendreferat beziehungsweise im Landesdienst tätig war, für ihren engagierten Einsatz. Ich wünsche Eva-Maria Fluch mit der neuen Aufgabe Glück und Erfolg und lade Sie alle ein, gerade in diesem Bereich um eine gute Zusammenarbeit! (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 10.54 Uhr.)

Präsident: Zu einer knappen Wortmeldung hat sich der Herr Abgeordnete Hagenauer gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Hagenauer (10.55 Uhr): Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Ich bin mir bewusst, dass das von der Geschäftsordnung her zwar erlaubt ist, aber trotzdem sensibel. Ich bitte daher um Verständnis, wenn ich mich jetzt zu Wort melde, ich halte diesen Punkt für einen zentralen Punkt. Herr Landesrat, wenn ich Sie richtig verstanden habe und ich habe genau hingehört, haben Sie gesagt, es sei überraschend und ernst, dass die Pflichtschüleranmeldungen stark gesunken sind. Ich komme aus dem Bereich der Raumplanung, ich kenne dieses Phänomen seit zirka 20, 30 Jahren. Folgendes, wenn sich jemand zur Pflichtschule anmeldet, ist er sechs oder sieben Jahre. Das heißt, es kann nicht überraschend sein, dass die Anmeldung

zurückgeht. Und wenn ich noch die mehr oder weniger guten Prognosen über die Geburtenentwicklung mir anschau, dann habe ich einen Vorlauf von zehn, 20 Jahren. Ich halte das nicht nur für ein grundsätzliches Problem, das ist jetzt kein Angriff auf Sie, Sie sind ja auch noch neu in diesem Ressort, sondern ich halte das und ich habe es auch vorhin gesagt, ich habe das schon vor 30 Jahren mit Staunen festgestellt, dass man sich von der Anzahl der Schüler, das war genau das Phänomen, überraschen lässt. Wie denn, was denn, welches Niveau hat hier die Politik als solche? Ich meine jetzt durchaus uns alle gemeinsam. Das kann nicht sein. Und wenn man sich jetzt noch den Hintergrund anschaut, welche demografischen Entwicklungen wir im Hinblick auf den Rückgang der Kinder und auf die Explosion von alten Menschen zu erwarten haben, dann kann ich nur feststellen, da sind wir alle und natürlich der Herr Landesrat und die Landesregierung im Speziellen, im höchsten Maß gefordert, weil offenbar auch die Entscheidungsgrundlagen in keiner Weise dem irgendwie Rechnung tragen. Wir sind in einer Situation, dass wir hier vom Sparen reden. Ich will diese Debatte nicht aufmachen, überhaupt nicht, aber es geht offenbar um sehr viel und es geht um sehr viel Geld und es geht um sehr ernste Konsequenzen. Ich halte das einmal gemeinsam für uns alle fest. Aber in Wirklichkeit wird hier nur ein einziges Budget beschlossen, wird von einem Jahr – lassen Sie mich das locker formulieren – in gewissem Sinn von einem Tag auf den anderen Politik gemacht. In Wirklichkeit sind aber wir gefordert, heute mit unseren Entscheidungen machen wir das Budget von in zehn oder 20 Jahren. Und wenn wir das nicht machen, indem wir nicht einmal zur Kenntnis nehmen, dass heute soundso viel Kinder auf der Welt sind, die dann in sieben Jahren in die Schule gehen müssen, wenn wir nicht einmal das zur Kenntnis nehmen, dann haben wir natürlich das Budget von in sieben Jahren hinuntergeleert. (Beifall bei den Grünen und der SPÖ. – 10.57 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Flecker.

Landesrat Dr. Flecker (10.58 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren, lieber Herbert Paieryl!

Problemlösungen bedürfen natürlich der Rahmenbedingungen, aber selbst die Rahmenbedingungen nicht zu schaffen und andere für die Problemlösungen verantwortlich zu machen, ist Zynismus. Und das ist der Zynismus, mit dem ihr seit gestern und überhaupt seit der Diskussion um dieses Budget einhergeht. Und es ist genauso Zynismus, wenn du sagst, ja, und wenn ihr euch nicht gegenseitig einigt, wer wem das Geld wegnimmt, dann bin ich vielleicht im Herbst in Form eines Nachtragsbudgets bereit, das tatsächlich notwendige Geld herzugeben, dann ist das wiederum Zynismus. Dann ist das nämlich jener offenkundige Zynismus, dass dieses Budget und diese ganze Diskussion um dieses Budget letztlich nur der Eitelkeit des Erbringers eines Nulldefizites dient, und nicht der Sache. (Beifall bei der SPÖ.) Das ist das ganz Gleiche wie die virtuelle Darstellung verschiedener Sachen, auf die ich dann in einem anderen Fall noch zurückkommen werde. Ich halte es genauso für einen Zynismus von dir, lieber Herbert Paieryl, wenn sich die Frau Kollegin Gross hier meldet in Sorge um allein erziehende Mütter, in Sorge um Frauen, die arbeiten gehen müssen, weil sie es sich nicht leisten können und sagt, die haben die Kinderbetreuungseinrichtungen nicht und wir können dieses Gesetz mit diesem Geld nicht finanzieren. Und du, der du es dir dein Leben lang sicher leisten konntest, dass entweder deine Frau zu Hause bleibt oder du dir den Kindergarten für deine Kinder geleistet hast, sagst dann, ja, 200 Millionen, diese ominösen 200 Millionen, die der Nachbedeckung im gesamten Sozialbereich dienen können. Das ist wiederum jener Zynismus denen gegenüber, die sich entweder um Leute, die die Hilfe von uns brauchen, kümmern und auch Zynismus denen gegenüber, die die Hilfe brauchen. (Beifall bei der SPÖ.)

Weißt du, was dieser Zynismus ist? Dieser Zynismus ist letztlich der einzige Ausweg aus der Unbeholfenheit der politischen Diskussion, in der ihr drinnen steckt, weil ihr mit dem nicht zurande kommt. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich würde mir etwas mehr an offenem politischem Schlagabtausch wünschen, als den Zynismus, weil das ist Feigheit und ein Davonrennen vor den Problemen. Zur Sache selbst auch noch, was das Kindergartenbudget anlangt. Meine Damen und Herren, die Zahlen sind errechnet und da ist kein Fehl dran und da ist keine Manipulation dran und es ist nachweisbar, dass ein Betrag fehlt, 170 Millionen Schilling und das ist halt ganz einfach so. Ich wundere mich sehr wohl, wie das mit Applaus des Finanzreferenten geschieht, dass die Frau Landeshauptmann nicht einmal ignoriert, wenn der Kollege Dörflinger ihr sehr genau nachweist, wie sie bei der Flugrettung 9 Millionen Schilling einsparen kann. Also, ich frage mich schon, in einer Minute werden 9 Millionen Schilling ignoriert, eigentlich müssen wir es haben, nur manche haben es nicht und du applaudierst dazu. Nehmen wir es doch ernst, ich verstehe nicht, wenn der Herr Kollege Dörflinger sagt: „Frau Landeshauptmann, ich habe die Unterlagen, Sie können sich da 9 Millionen in Ihrem Budget ersparen“ und die Frau Landeshauptmann geht darauf nicht einmal ein und du applaudierst dazu. Ja, entweder wollt ihr sparen oder wollt nicht oder wollt ihr nur selektiv sparen? Das ist nämlich das, was ihr wollt. (Beifall bei der SPÖ.)

Es wundert mich sehr, lieber Herbert Paieryl, dass du großartig redest, was der Günter Dörflinger und ich bekämen. Ich wäre froh, wenn ich meine Pflichtleistungen vollziehen könnte. Aber das Geld wird von diesem Haus gegen den eigenen Beschluss zum Kinderbetreuungsgesetz nicht zur Verfügung gestellt, wahrscheinlich wird es das Nachtragsbudget tun. Sonst wird das Gesetz nicht vollzogen werden können, aber auf der anderen Seite ist genauso jener Zynismus, dass sich jene Frau in diesem Land, die sich mit diesem Kinderbetreuungsgesetz am meisten rühmt, obwohl sie am wenigsten damit zu tun gehabt hat, nämlich die Frau Landeshauptmann, dieser ganzen Geschichte zuschaut und nichts dazu sagt. Sie tut sich ja leicht, sie hat im Gegensatz zu früheren Zeiten heuer das erste Mal in etwa 50 Millionen Schilling im Budget, für das sie keinen Verwendungsnachweis, keine Richtlinien oder sonst etwas braucht. Das ist das so ge-nannte „Trantschergeld“. (Abg. Genaro: „Das ist ein Skandal!“)

Und mit 50 Millionen zum Verschenken lässt es sich locker leben. Das ist der Grund, das politische Einzelgeschenk befriedigt eine Fraktion, ob die anderen mit den Pflichtleistungen zurande kommen, ist dieser Fraktion – und dieser so verantwortungsvollen Frau Landeshauptmann und diesem so verantwortungsvollen Herrn Finanzreferenten – Wurscht. Aber ihr straft ja nicht uns, ihr straft die Leute. Und wir werden nicht müde werden, das diesen Leuten zu sagen. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Tasch: „Bitte sachlich bleiben!“)

Frau Kollegin Pußwald, weil Sie von 200 Millionen für die Tagesmütter gesprochen haben. Wenn Sie schon ausrücken, um jemanden zu verteidigen, ich biete Ihnen an, Sie mit Ziffernmaterial zu versorgen, dass sie tatsächlich in der Lage sind das zu tun. Für die Tagesmütter sind in etwa 50 Millionen in Ansatz zu bringen (Abg. Pußwald: „200 Millionen sind das Geld für die Kinderbetreuungseinrichtungen!“) und Ihre 200 Millionen haben Sie irgendwo gehört. Frau Kollegin Pußwald, schauen Sie, es lässt sich ja immer von zwei Seiten her argumentieren, wenn man es kann. Aber man muss zumindest wissen, worüber man redet, dann verstehen wir uns gleich viel besser. Ich helfe Ihnen dabei! (Beifall bei der SPÖ.)

Ich will im Zusammenhang zu dieser Kinderbetreuungsdebatte der letzten Tage schon noch etwas sagen. Gott sei Dank ist die Peinlichkeit unterblieben, dass hier irgendjemand hinausgegangen ist und noch einmal dieses unselige Kindergeld gelobt hat, aber ich habe dem „Standard“ entnommen, dass der Prototyp des innovativen Politikers, der Herr Kollege Schöggel, eine Verlängerung des Kindergeldes bis zum sechsten Lebensjahr für die Steiermark erfunden hat. Ich glaube, er weiß auch nicht, worüber er redet, was das nämlich an sozialen Folgen bedeutet, so ohne Kündigungsschutz, die Frau verliert drei Jahre im Arbeitsprozess, wie findet sie wieder hinein und all das.

Und das Lustigste dabei ist, wenn ich dann in dem Interview lese, Herr Kollge Wiedner: „Einfach zu finanzieren, kostet 750 Millionen Schilling im Jahr und da schichten wir die Gelder von der Kinderbetreuung hin um zum Kindergeld!“ Wissen Sie, was die Kinderbetreuung in etwa an Geld hat? 500 Millionen Schilling und wenn Sie das umschichten wollen, habe ich nicht einmal einen Kindergarten mehr und ich muss dann sonst noch Kredite aufnehmen. Meine Damen und Herren von der Freiheitlichen Partei, es geht ja nicht darum, dass man Sie unbedingt ernst nehmen muss (Beifall bei der SPÖ.), aber wenn Sie schon etwas sagen, geben Sie mir zumindest die Möglichkeit, mit Ihnen sachliche Auseinandersetzungen zu führen, weil Sie beschwerten sich dann wieder, dass man Sie ausgrenzt. (Abg. Wiedner: „Sie sind die Sachlichkeit in Person, Herr Landesrat!“)

Aber mit so wenig Sachverstand Sachen zu bringen ist ja wirklich eine Zumutung. (Abg. Wiedner: „Ihre Rede ist eine Zumutung. Da haben Sie Recht!“) Wenn Sie sagen, ich ziehe mich in die Bescheidenheit meiner Sachkompetenz zurück, dann werden wir uns vielleicht besser verstehen.

Meine Damen und Herren, darf ich mich am Schluss auch so, wie es der Kollege Schützenhöfer getan hat, sehr herzlich beim Kindergartenreferat in der Rechtsabteilung 13 und dem Vorstand der Rechtsabteilung 13 beim Albert Eigner bedanken. Ihr habt mir super geholfen in einer Zeit, wo man angefangen hat und sich nirgends ausgekannt hat. Ich habe viel gelernt, du hast das heute gehört. Manche könnten bei dir lernen, ich wünsche dir alles Gute! Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 11.09 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Dipl.-Ing. Paierl.

Landesrat Dipl.-Ing. Paierl (11.09 Uhr): Ich habe an sich in der Sache, meine Damen und Herren, Herr Präsident, das ja schon bei den diversen Gelegenheiten und insbesondere bei der Einbegleitungsrede zu diesem Doppelbudget gesagt, aber es ist halt neuer Stil und es macht an sich ja nichts, auch eine Form der Innovation, wenn man dann erst nachher sehen wird, was bringt es, wenn wir jetzt und das ist schon ein bemerkenswertes Schauspiel, dass hier eben von der Regierungsbank die Oppositionspolitik nachweislich betrieben wird, aber okay. Ich möchte mir nur einige Vorwürfe nicht gefallen lassen. Wie hat es so schön geheißt: Feigheit, Zynismus, Davonlaufen vor den Problemen. Das sind nämlich neue Attribute zu der mittlerweile schon sehr, sehr langen Liste der wochenlangen und monatelangen Verunglimpfungen unserer, meiner Arbeit und auch der Arbeit meiner Mitarbeiter.

Ich habe sie nicht angesprochen, das mache ich dann im internen Bereich, wo ich mich bei meinen Führungskräften und Mitarbeitern bedanke, denn sie arbeiten tatsächlich und bringen eine hervorragende Leistung. Ich erlaube mir in aller Ruhe und Sachlichkeit nochmals hier festzuhalten, ganz generell. Wenn Sie, wir draufkommen, dass wir mit dem Geld in jedem Ressort – das sind um die 200 Millionen, das wird zumindest nicht mehr bestritten, mehr als im Vorjahr – nicht auskommen, werden wir uns fragen müssen, wo nehmen wir dieses Geld her. Ich bin davon ausgegangen, dass es neue Einnahmen nicht geben wird, denn hier habe ich mich ohnedies auch mit dem Vorwurf zu beschäftigen, dass es eine Mogelpackung ist, weil wir im Budget Einmal-effekte, gar nicht bestrittene, durch Veräußerungserlöse hineingenommen haben. Wollen Sie mehr Schulden?

Ich weiß nicht, was Sie wollen. Ich habe bisher keine einzige konstruktive Antwort auf meine permanenten Fragen erhalten. Was wollen Sie? (Abg. Gennaro: „Von Wien abziehen!“) Wollen Sie neue Schulden machen? (Abg. Mag. Erlitz: „Von Wien abziehen!“) Okay, wenn ja, dann sagen Sie, Sie wollen neue Schulden machen in dem und dem Ausmaß und wir werden öffentlich darüber diskutieren. Also geht es nicht, hier im Stile des Nichtverantwortlichen zu agieren, nur das punktuelle Problem herzuzeigen, zu sagen, ich habe dort zu wenig Geld, das ist einfach zu simpel, das ist unintelligent. Und ich muss mich trotzdem damit auseinandersetzen. Wir tun es, meine Mitarbeiter und ich tun es mit großem Engagement und ich bin auch sehr gerne bereit, den Dialog zu finden. Ich sage Ihnen nur eines zum Schluss, die Menschen begreifen es nicht, die schütteln den Kopf und das haben wir gestern und heute bei Kontakten zu den Menschen, die betroffen sind, schon miterlebt. Danke sehr! (Beifall bei der ÖVP. – 11.12 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landeshauptmannstellvertreter DDr. Peter Schachner-Blazizek.

Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek (11.12 Uhr): Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Nur eine kurze Bemerkung zum Herrn Finanzlandesrat Paierl und zur ÖVP insgesamt, einschließlich der Frau Landeshauptmann. Meine Damen und Herren, Sie sollten sich nicht suggerieren, dass es Ihnen zusteht zu sagen, was Regierungspolitik ist und was Oppositionspolitik. Sie behindern sozialdemokratische Regierungsmitglieder, Regierungspolitik zu machen, indem Sie eine Umverteilung zu Ihren Gunsten, zu Ihrem Körpergeld und zu Ihrem politischen Vergnügen betreiben. Und Sie wollen uns vorschreiben, was Opposition ist und was Regierungspolitik. (Beifall bei der SPÖ.) Ich behaupte, wir machen Regierungspolitik und Ihr macht Umverteilung. Das ist die Realität. (Beifall bei der SPÖ.)

Ihr werdet doch nicht im Ernst glauben, dass die Bevölkerung annimmt, dass die Einen Regierungsverantwortung tragen, nämlich ihr, und ihr werdet determinieren im Land, im Landtag und überall, wo ihr herumgeht, was Regierungspolitik und was Oppositionspolitik ist. (Abg. Riebenbauer: „Warum schreien Sie denn so?“) Diese unglaubliche Zumutung – ja, mit Ihnen muss man schreien, weil sonst verstehen Sie es nicht (Beifall bei der SPÖ.) – das ist die Zeit bis 1991, die ich gut in Erinnerung habe. (Abg. Dr. Lopatka: „Wir sind nicht schwerhörig!“)

Und der Kurtl Tasch hat heute schon etwas sehr Gescheites zu mir herübergesagt. Die Beliebtheitswerte der Frau Kollegin Klasnic – (Unverständlicher Zwischenruf.) jawohl, der Herr Landeshauptmann Krainer war ganz, ganz hoch oben in der Beliebtheitsskala und er hat hervorragend von Wahl zu Wahl abgebaut, weil ihr euch so benommen habt, wie ihr euch jetzt wieder benehmt, genau so. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Lopatka: „Das war außerparlamentarisch!“)

Ihr bestimmt nicht, was Regierung und was Opposition ist, das sage ich euch! (Beifall bei der SPÖ.)

Danke für Ihre Wortmeldung! (Abg. Dr. Lopatka: „Wir freuen uns, dass Sie endlich um 11 Uhr gekommen sind!“ – 11.14 Uhr.)

Präsident: Meine Damen und Herren, damit ist die Diskussion zum ersten Teil der Gruppe 2 beendet. Wir kommen damit zum zweiten Teil der Gruppe 2 – ich ersuche Sie um Ihre Aufmerksamkeit – Sport. Dazu hat sich zu Wort gemeldet der Herr Abgeordnete Bittmann. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Bittmann (11.16 Uhr): Sehr geehrte Landeshauptfrau, sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung, sehr geehrte Abgeordnete, liebe Zuhörer! (Abg. Dr. Lopatka: „Jetzt hat er eine Minute gearbeitet, der Herr Landeshauptmannstellvertreter, er ist erschöpft, er geht schon wieder!“ – Abg. Gross: „Das war wieder einmal typisch dein Niveau!“ – Abg. Dr. Lopatka: „Entschuldigung, er ist schon wieder weg, eine Minute!“ – Abg. Stöhrmann: „Lopatka, wie lange wird es dich noch geben?“ – Abg. Dr. Lopatka: „Länger als es dir lieb ist!“)

Im Sport gibt es Sieger und Verlierer (Abg. Stöhrmann: „Dazu gehört der Klubobmann Lopatka!“), so wie es auch bei Wahlen Sieger und Verlierer gibt. Seit dem Krieg ist der Vorsitzende der sozialistischen Fraktion immer auf Sessel Nummer vier gesessen, jetzt als Verlierer ist er erstmals ein Stückelr weiter gerückt, jetzt sind es nur mehr drei da drüben. (Abg. Stöhrmann: „Das heißt nicht mehr sozialistisch, das heißt sozialdemokratisch!“)

Ein Verlierer ist auch manchmal enttäuscht, aber wenn man enttäuscht ist, dann ist das ja ganz gut, weil dann ist nämlich die Täuschung zu Ende, nämlich die Täuschung, dass der Herr Schachner jemals eine Wahl gewinnen wird.

Verlierer sind auch pessimistisch und die Fraktion der Sozialdemokraten sieht das Budget sehr pessimistisch und Sie wissen ja, Pessimisten sind Leute, die finden zu jeder Lösung ein passendes Problem. Und so verläuft eben die Diskussion seit gestern. Wir sollten jetzt schon in Gruppe 5 sein, sind es aber nicht. Wir werden das schon schaffen bis zum Wochenende, vielleicht sitzen wir am Sonntag auch noch da. (Abg. Stöhrmann: „Wir haben Zeit!“)

Herr Kollege, ich unterhalte mich gerne nachher mit Ihnen, ich erkläre Ihnen alles, falls Sie etwas nicht verstanden haben, was ich gesagt habe. In der Steiermark, im Sportland Nummer eins, gibt es 3000 Sportvereine, in 533 von 543 steirischen Gemeinden gibt es öffentlich zugängliche Sportanlagen, das sind 99 Prozent. 160.000 Sportler nehmen an diversen Meisterschaftsbewerben teil.

Drei Dachverbände betreuen 400.000 Mitglieder sportlich und rund zwei Drittel der steirischen Bevölkerung übt Sport aus, in welcher Weise auch immer. 50.000 Funktionäre arbeiten in der Steiermark und die meisten von Ihnen natürlich unentgeltlich. Diese Zahlen beweisen, welchen Beitrag der Sport im Rahmen der Gesundheitsvorsorge und der Suchtprävention leistet. Sportzentren sind die effizientesten Sozialeinrichtungen. Mit Hilfe des Sports gelingt es junge Leute anzusprechen und sie von der Straße zu holen.

Darüber hinaus ist der Sport natürlich auch ein immens wichtiger Wirtschaftsfaktor und trägt ganz wesentlich zum Landesmarketing der Steiermark bei. Sportliche Großveranstaltungen, wie der Formel-I-Grand-Prix in Spielberg, die Nordische Schi-WM in der Raumsau, die Schiflug-WM am Kulm oder die Weltcupschirennen in Schladming, Haus oder am Semmering sind nicht nur ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, sondern bieten der Steiermark die ansonsten unbezahlbare Möglichkeit, sich weltweit einem Milliardenpublikum zu präsentieren. (Beifall bei der ÖVP.)

Um diesen erfolgreichen Weg als Sportland Nummer 1 fortsetzen zu können, sind folgende Projekte in Angriff zu nehmen oder umzusetzen. Zum Beispiel: Bewerbung für die Special-Olympic-Winterspiele 2005 in Schladming oder die Snowboard-WM 2003 in Murau/Sankt Georgen oder Ausbau des Kulms für einen Ganzjahresbetrieb oder Errichtung der dringend notwendigen Trainingszentren für den SK Sturm und den GAK. Und, sehr geehrte Landeshauptfrau, dir ist jetzt etwas gelungen, das ist unglaublich und da würden sich weltweit alle Trainer, alle Supertrainer darum reißen zu wissen, wie du das gemacht hast. Du hast zum SK Sturm gesagt: „Holt mir den Meistertitel in die Steiermark!“ Und die haben es wirklich gemacht, sofort im nächsten Jahr. Du warst aber auch voriges Jahr beim Cupfinale in Wien, das ja bekanntlich der GAK und Salzburg bestritten haben. In einem äußerst dramatischen Spiel, das in die Verlängerung und bis ins Elfmeterschießen ging, ist es dann doch dem überragenden GAK gelungen, diesen Cupsieg zu erringen. (Beifall bei der ÖVP.)

Und während der SK Sturm ja momentan kein aktueller Titelhalter ist – weil Vizemeister ist ja kein Titel –, hat der GAK momentan gleich deren zwei, er ist nämlich nicht nur Cupsieger, sondern auch Supercupsieger geworden. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Wiedner: „Bist du im Vorstand vom GAK?“)

Das Sportbudget in der Steiermark beträgt 65,7 Millionen Schilling und wir liegen hier deutlich vor dem Burgenland. Burgenland hat ungefähr ein Drittel dieser Summe. Aber wir liegen hinter Oberösterreich, die 180 Millionen haben. Wir liegen hinter Niederösterreich, die 120 Millionen haben. Wir liegen hinter Wien, das eine halbe Milliarde hat.

Das heißt – und Sie werden darauf noch sehr genau eingehen, in welcher Form auch immer, aber ich nehme an in sachlicher und sportlich fairer Form – das Sportbudget ist sehr gering und macht vom Gesamtbudget ungefähr 0,13 Prozent aus. (Abg. Stöhrmann: „Wieviel ist das in Schilling?“)

Es gibt Studien, Wirtschaftsberechnungen, die zum Beispiel GAK und Sturm betreffen. Die Zuschüsse, die GAK und Sturm bekommen, sind, verglichen mit den Umsätzen, die sie machen, sehr nieder. In der Spielsaison 1999/2000 wurden 464 Millionen Schilling umgesetzt. 89 Prozent davon werden in der Stadt Graz wirksam, 10 Prozent in der Steiermark und ein Prozent im restlichen Österreich. Die Wertschöpfung von 330 Millionen Schilling konzentriert sich auf Graz und die Steiermark und entspricht einer Äquivalenz von 200 bis 220 Vollarbeitsplätzen. Die Steuerleistung ist 89 Millionen Schilling.

Aber auch wirtschaftliche Berechnungen bezüglich der Ski-WM in Ramsau zeigen, wie wichtig diese WM für die Steiermark war. Es haben 125.000 Personen die Dachstein-Tauern-Region aufgesucht, wobei jeweils die Hälfte der Besucher aus Österreich und aus dem Ausland stammen und mehr als ein Drittel der ausländischen Besucher kamen im Zuge der Ski-WM zum ersten Mal in die Region. Die Tagesausgaben der Besucher lagen bei durchschnittlich 1100 Schilling. Die Ausgaben aller Besucher addieren sich bei einem WM-bedingten Gesamtumsatz in der Höhe von 425 Millionen Schilling.

Auch der Formel-I-Grand-Prix in Spielberg erreicht mit einer Milliarde Zuschauer weltweit enorm viel Menschen, macht unser Land bekannt. Im Jahr 2000 waren 230.000 zahlende Besucher beim Formel-I-Lauf, 1999 waren es 212.000. Der Anteil der Besucher aus dem Ausland mit über 40 Prozent ist hier auch sehr hoch. Es wurde im Jahr 2000 ein Gesamtumsatz von 287 Millionen Schilling gemacht.

Sie sehen also, die Steiermark ist das Sportland Nummer 1 und wird es auch bleiben. Das Gegenteil werden uns jetzt hoffentlich nicht verschiedene andere Redner einzureden versuchen. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 11.26 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Herr Abgeordneter List, ich erteile Ihnen gerne das Wort.

Abg. List (11.26 Uhr): Frau Landtagspräsidentin, Frau Landeshauptmann, Herr Landeshauptmannstellvertreter, Herr Sportlandesrat, geschätzte Damen und Herren des Steiermärkischen Landtages!

Ich kann es mir nicht verkneifen, zu Beginn meines sportlichen Beitrages eine winzige Anekdote zum designierten oppositionellen Herrn Landeshauptmannstellvertreter zu sagen. Nach fünf Monaten innerhalb von 30 Sekunden seinen Lärmpegel, seine Lautstärke von 0 auf 120 Dezibel zu bringen, ist eine gewaltige sportliche Leistung. Ich muss sagen, der Herr Landeshauptmannstellvertreter, der oppositionelle Landeshauptmannstellvertreter verdient sicherlich damit den ersten Platz für diese Lautstärke. Jetzt ist er wieder weg. Die nächsten fünf Monate wird er nicht da sein, weil er wieder eine sportliche Regenerationsphase bis dorthin braucht.

Aber nun zum Sport und zu dir, Herr Landesrat, zum zuständigen Sportlandesrat. Ich freue mich, dass du in den nächsten Tagen deinen 50. Geburtstag feierst und darf dir im Namen des freiheitlichen Landtagsklubs alles Gute zum 50er wünschen. Ich war etwas besorgt, nachdem ich eigentlich gedacht habe, dass du sehr sportlich und fit wärest. Zufällig beobachtete ich, als du aus diesem Boliden draußen ausgestiegen bist, dir drei Männer ein bisschen helfen mussten. Aber du wirst es schon bis zum Grand Prix schaffen. Damit du fit wirst und über die volle Distanz gehen kannst.

Jetzt zum Sport. Sport hält jung und Sport ist ein integraler Bestandteil der Lebenswelt der Steirer.

Eine aktuelle Untersuchung kommt zum Schluss, dass rund 53 Prozent von uns Sport als wichtigen Lebensbereich einschätzen. Sport rangiert damit vor Religion und Kunst. Dabei hat Sport einen gesellschaftlichen Wertewandel erfahren. Während früher Werthaltungen wie Disziplin, Anpassung, Unterordnung, Leistung oder Karriere in der Arbeitswelt, aber auch in der Gesellschaft insgesamt bestimmend waren, treten nun verstärkt Werte wie Selbstbestimmung, Selbstständigkeit, Kommunikation, Lebensqualität, Kreativität, Individualität und Selbstverwirklichung in den Vordergrund. Durch diese Individualisierung des Sports werden jugendorientierte

Sportarten, wie Fußball oder Leichtathletik, weiter an Boden und Bedeutung verlieren. Gewinner, geschätzte Damen und Herren dieses Hauses, werden die Freizeitsportarten sein. Besonders das Radeln hat es den sportbegeisterten Steirern angetan, wenn sie nicht gerade baden gehen, wie die Sozialdemokratie zurzeit. Die geht nämlich baden.

Von den rund zwei Dritteln der Steirer, die angeben, häufig oder öfters Sport zu betreiben, fahren über 58 Prozent Rad. Rund 53 Prozent davon schwimmen, dort ist die Sozialdemokratie hauptsächlich angesiedelt. Die schwimmen zurzeit, um das noch einmal zu wiederholen.

45 Prozent der sportbegeisterten Steirer wandern und bereits 39 Prozent, sage und schreibe 39 Prozent, eifern dem steirischen Idol Renate Götschl auf der Schipiste nach. Die wichtigsten Sportmotive sind Bewegungsfreude und der Wunsch nach Fitness oder Gesundheit. Das heißt, unabhängig sein von Organisationsformen. Nur mehr 20 Prozent betreiben Sport in Vereinen. Hier liegen die Sportarten Fußball sowie der Eis- und Stocksport von Agrarlandesrat Erich Pörtl an der Spitze. Die Zahl der sportlichen Aktivitäten steigt ständig. Geschätzte Damen und Herren, diese Entwicklung findet auch in den Wirtschafts- und Tourismusdaten ihren Niederschlag. Auf Sporttouristen gehen im Jahresschnitt etwa 35 Prozent aller Nächtigungen zurück, wobei sich der Anteil natürlich in der Wintersportsaison wesentlich steigert. Die durch den Sport in Österreich insgesamt angeregte Wertschöpfung liegt im Jahre 2000 bei rund 80 Milliarden Schilling. Die Gesamtbeschäftigung durch den Sport liegt bereits bei 150.000 Personen. Das bedeutet, alle im Berufsleben Stehenden, die ihre Brötchen verdienen, beispielsweise die Burgenländer, sind im Wirtschaftsbetrieb Sport indirekt oder direkt angesiedelt und beschäftigt. Damit ist Sport mehr als bloßes Freizeitvergnügen geworden und das auch in der Steiermark. Auf Grund der aktuellen Trends werden in Zukunft auch vermehrt Frauen und vor allem Personen in höheren Altersgruppen, unsere Senioren, sportlich aktiv sein und aktiv werden. Die Sportausübung wird immer vielfältiger. Die Zahl der ausgeübten Sportarten pro Person nimmt zu. Vermehrte Freizeit, höhere Einkommen und höhere Lebenserwartungen bei besserem Gesundheitszustand sind die solide Basis für die Wachstumsbranche Sport. Die öffentliche Hand – und da sind vor allem auch wir gemeint – soll heute durch Prävention die Kosten von Krankheiten vermindern und damit das Budget entlasten.

Mehr Sport bedeutet weniger Krankheit. Unsere Jugend ist übergewichtig, weist Haltungsschäden auf und leidet an muskulären Disbalancen, die schwere Schäden hervorrufen können. Diese Feststellung steirischer Sportmediziner, geschätzte Damen und Herren des Landtages, ist alarmierend. Kinder machen zu wenig Bewegung. Das Freizeitvergnügen hat sich geändert. Videospiele und Game-Boys sind zu den Favoriten geworden. Hier darf ich unterstellen, dass die Schulen den zusätzlichen Sportunterricht vernachlässigen. Es ist eine der wesentlichen Aufgaben der Politik, sich mehr für den Sport als Prävention einzusetzen. Die Jugend und da bin ich bei dir, wenn du meiner Meinung bist, muss wieder zum Sport hingeführt werden. Sport hat auch eine immense soziale Aufgabe in der Schule und in der beruflichen Ausbildung. Sicherlich wären sportmedizinische Gesundheitszentren, aber vor allem die vermehrte sportmedizinische Betreuung im Wachstum bis 18 Jahren geeignete Meilensteine, um den allgemeinen Gesundheitszustand unserer Jugend zu verbessern. Hier können wir feststellen, dass Sport und Gesundheit eng miteinander verstrickt sind. Breitensport und Spitzensport sind ebenfalls unmittelbar miteinander verbunden, sie sind sogar voneinander direkt abhängig. Geht es dem Breitensport gut, so wachsen auf einer soliden Basis Talente heran, die für den Spitzensport geeignet sind und dann hervorragende Leistungen bringen können. Umgekehrt – gibt es Spitzensportler, die Vorbilder und Idole sind, dann wird es dem Breitensport wieder besser gehen, weil jeder von den Kleinen und Jungen, die Sport einmal ausüben wollen, den steirischen Spitzensportlern nacheifern möchten. (Abg. Mag. Erlitz: „Ich werde etwas dazu sagen!“) Das wird der Kollege Erlitz machen, weil ihr die besten Voraussetzungen für die Motivation habt. Ihr habt es in der Opposition gelernt richtig zu motivieren, das passt! Herr Kollege Wolfgang Erlitz, ich glaube, du wirst nachher die richtige Motivation für den Sport und für den zuständigen Landesrat von dieser Stelle definieren.

Sport, geschätzte Damen und Herren, kann aber auch lächerlich werden. Lächerlich vor allem dann, wenn die Politik versagt hat. Ein klassisches Beispiel dafür ist das geplante und auch fertig gestellte gemeinsame Trainingszentrum der beiden Grazer Spitzenfußballvereine Sturm und GAK in Straßgang geworden. Trotz tatkräftiger Unterstützung vom Agrarlandesrat – und jetzt vergesse ich es nicht, keine Angst – das ist Erich Pörtl, konnten einige wenige dieses hervorragende Projekt verhindern, einige wenige! Lediglich gegenseitige Hänseleien und Sticheleien zwischen den verantwortlichen Politikern sind übrig geblieben. Das habe ich bei der Ehrung der steirischen Spitzensportler im Kongress oder anlässlich der Festveranstaltung „90 Jahre Steirischer Fußballverband“, die übrigens eine hervorragende Veranstaltung war und zu der ich nachträglich gratulieren darf, feststellen können. Hier hat sich vor allem der Grazer Bürgermeister Dr. Stingl disqualifiziert, er ist bekanntlich ein Sozialdemokrat. Schade, denn das Trainingszentrum könnte schon längst genützt werden, wenn sich der Bürgermeister der Landeshauptstadt Dr. Stingl mehr dafür eingesetzt hätte. Er ist nämlich einer jener Politiker, die sich lieber in den großartigen Erfolgen unserer Spitzensportler sonnen, dort schön langsam eine Farbe bekommt als diese durch Schaffung von Rahmenbedingungen zu unterstützen. Hier hat die Stadt Graz mit dem jetzigen Bürgermeister Dr. Stingl versagt. Schade, dass es kein gemeinsames Trainingszentrum gibt. Es wäre gut, wenn dieses gebaut würde. Alles, was jetzt passiert, sind eigentlich nur Notlösungen oder Alternativen, die es nicht wirklich bringen.

Geschätzte Damen und Herren, eine Minute noch. Wie verantwortungsvoll nämlich Sportpolitik aussehen kann und muss, zeigen wir Freiheitlichen beim Spitzensport. Bei einer Vorstandssitzung der Sporthilfe erfolgte vor kurzem der Startschuss für eine Neuausrichtung des österreichischen Spitzensportes. Die Präsidentin der Sporthilfe, die Vizekanzlerin der Republik Österreich, Frau Dr. Susanne Riess-Passer, präsentierte dabei ein neues Modell zur Spitzensportförderung. Dieses Modell wird in Bälde umgesetzt. So sieht es aus.

Das neue Modell zur Förderung des Spitzensportes werden auch in der Steiermark viele steirische Sportler zu ihrem Nutzen machen können.

Auch der Herr Landesrat wird von diesem Modell profitieren. Die steirischen Spitzensportler werden interessiert und damit muss und soll die Steiermark Spitzensportland Nummer eins bleiben. Wir von der Freiheitlichen Fraktion werden dich dabei, lieber Herr Sportlandesrat, mit 105 Prozent unterstützen. Also unsere Unterstützung hast du! Es lebe der steirische Sport! (Beifall bei der FPÖ und ÖVP. – 11.37 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Ad hoc zu Wort gemeldet hat sich wegen einer Berichtigung Herr Abgeordneter Kröpfl. Ich erteile dir das Wort.

Abg. Kröpfl (11.38 Uhr – Abg. Wiedner: „Sportlich!“): Ich bin sportlich? Danke, dass du das so feststellen konntest. Ich wollte nur zu dir sagen, Kollege List, der Herr Bürgermeister Stingl ist kein Doktor. Es liegt uns nicht, dass wir uns mit Titel schmücken, die wir nicht erworben haben. Das liegt bei einer anderen Partei, wie man jüngst gemerkt hat. (Beifall bei der SPÖ. – 11.38 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Erlitz. Ich erteile es dir.

Abg. Mag. Erlitz (11.38 Uhr): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Herr Landesrat, ich darf zunächst einmal zu deinem morgigen Fünziger alles Gute wünschen. Man darf es schon sagen, willkommen im Klub der Fünziger. Ich kann dir nur sagen, ab dort wird man gescheiter (Beifall bei der SPÖ.), ich weiß das, ich bin es seit einem Jahr. Du wirst sehen, es kommt auch morgen über dich. Und es gibt bald sicher eine weit gehende Übereinstimmung – ich glaube, darin stimmen wir zumindest überein – wenn ich festhalte, dass das, was der Sport und die Sportvereine für unseren Staat und für unser soziales Gemeinwesen leisten, einfach unersetzlich ist.

Es gibt keinen anderen Bereich unserer Gesellschaft, der Menschen mehr verbindet als der Sport. An die 3,5 Millionen Österreicher betreiben aktiv Sport und dieser wird von zirka 200.000 bis 300.000 ehrenamtlichen Mitarbeitern betreut. Auch eine Feststellung zum Jahr der Freiwilligkeit. Das heißt, die Sportvereine – meine Damen und Herren – sind längst zu einem ganz selbstverständlichen wichtigen Bestandteil unseres gesellschaftlichen und privaten Lebens geworden. Und tatsächlich sind sie mit ihren vielen und oft unbedankten ehrenamtlichen Funktionären die Keimzellen und Triebfedern des sportlichen Betriebes, des breiten- wie des spitzensportlichen. Sie sind jene elementaren Bestandteile in der Sportlandschaft, die absolut – es sind die Vereine die elementaren Bestandteile in der Sportlandschaft – in der Lage wären, sowohl von ihrem Engagement als auch von ihrer fachlichen Kompetenz her gesehen, die Steiermark tatsächlich zum Sportland Nummer eins in Österreich zu küren. Die wären in der Lage, gäbe man ihnen die notwendige finanzielle Unterstützung. Wir sind es aber nicht, meine Damen und Herren, denn in der Tat ist die Steiermark von dieser Topposition doch noch ein gutes Stück entfernt. Wir befinden uns im Mittelfeld. Am Ende meiner Rede werde ich es dann auch nachweisen. (Beifall bei der SPÖ.)

Aber auch bei der allgemeinen Sportförderung, Herr Kollege, liegt die Steiermark im Bundesländervergleich nach wie vor an vorletzter Stelle. Stellt man aber diese Beträge in Relation zur Bevölkerungszahl, so liegen wir weit und weiterhin abgeschlagen leider an letzter Stelle. Und daran wird sich – und das ist das Betrübliche – auch in nächster Zeit nichts ändern, weil es eben zu der von Landesrat Hirschmann immer wieder vehement eingeforderten Aufstockung des Sportbudgets nicht kommt und nicht kommen wird. Während Vorarlberg, der Spitzenreiter, 306 Schilling pro Kopf für den Sport ausgibt, gibt das Burgenland mit 75 Schillingen mehr als doppelt so viel aus wie die Steiermark mit rund 33 Schilling pro Kopf. (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Geld ist nicht alles!“) Das weiß ich schon. Das rührt aus der Vergangenheit her, aber auch die Zukunft verheißt leider nichts Besseres, wenn man in das Budget hineinsieht. Und bisher wurde die Verantwortung – und, Herr Landesrat, du kannst nicht widersprechen – für diese Rote-Laternen-Position der Steiermark immer wieder den roten Finanzlandesräten in die Schuhe geschoben. Ich zitiere – Hirschmann-Zitat, „Neue Zeit“, 22. August 1999: „Der Sport erfährt in budgetärer Hinsicht völlig zu Unrecht eine klare Unterbewertung!“ Oder ich zitiere auch die Budgetrede 30. Juni 1999: „... bei 60 Millionen Sportbudget haben wir – glaube ich, ich habe es abgeschrieben, ich zähle gar nicht genau nach, weil es so erschütternd wenig ist!“ Oder, betrifft das Gleiche, Budgetrede 30. Juni 1999: „Meine verehrten Damen und Herren, wenn wir für den Sport keine 30 oder 40 Millionen mehr haben, dann ist es aus meiner Sicht, bitte, eine völlige Fehlallokation von Mitteln. Beifall von der ÖVP!“ Zitat selber Landtag und in völliger Übereinstimmung mit dieser Forderung von Landesrat Hirschmann, in völliger Übereinstimmung meine auch ich, dass für den weit gesteckten und vielfältigen Aufgabenbereich der Sportpolitik 30 bis 40 Millionen Schilling vom Landesfinanzreferenten zur Verfügung gestellt werden sollten, Freunde! Wo bleibt euer Beifall jetzt? Ich bin auf seiner Seite! 30 bis 40 Millionen mehr für den Herrn Landesrat!

Und der Herr Landesrat beklagt immer, der Sport hat keine Lobby. Auch da gebe ich ihm Recht. Ich gebe ihm Recht, machen wir, meine Freunde, machen wir jetzt gemeinsam eine Lobby und gehen wir zum Landesfinanzreferenten und sagen, bitte, wir brauchen 30 bis 40 Millionen, der Herr Landesrat braucht, um seine Politik umsetzen zu können, 30 bis 40 Millionen mehr für den Sport. Machen wir eine Lobby, machen wir, tun wir mit, unterstützen wir gemeinsam die Forderung nach mehr Geld für den Sport. (Beifall bei der SPÖ.)

Kurt Tasch, es ist ihm allein nicht gelungen, ich verstehe, der Herr Landesrat Paierl ist ein starker Landesrat, Hirschmann hat sich nicht durchgesetzt. Hauen wir uns auf seine Seite, machen wir das, helfen wir ihm gegen den Paierl. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren! Denn welche enorme – (Abg. Tasch: „Herr Abgeordneter!“) Lieber Kurt Tasch, bitte höre zu, am Ende weißt du dann wieder nicht, um was es gegangen ist!

Denn welche enorme zentrale Bedeutung der Breitensport, meine Damen und Herren, für die Gesundheit der Bevölkerung – du hast es schon gesagt, Herr Kollege List – und der Volkswirtschaft, also auch der Volkswirtschaft erbrachte und du weißt es, du kennst es sicher, eine vor kurzem von der BSO präsentierte sozial-ökonomische Analyse über Sport und Gesundheit. Und diese Studie beschäftigt sich – tu aufpassen, Kurt Tasch, und tu mitschreiben, damit du die Zahlen zu Hause auch hast (Abg. Tasch: „Du bist ein Oberlehrer!“) – diese Studie beschäftigt sich in erster Linie mit der volkswirtschaftlichen Rentabilität des Sports an sich. Und sie ging der Frage nach, ob Sport in Form von Sport- und Freizeitunfällen ökonomisch belastend sei oder nicht. Mit einem Wort, wie viel sportliche Aktivität sich auch volkswirtschaftlich rechnet. Durch die Einbindung von wissenschaftlichen Arbeiten aus dem In- und Ausland, Berücksichtigung der speziellen österreichischen Verhältnisse wurde eine Kosten-Nutzen-Rechnung des österreichischen Sports erstellt. Und jetzt sage ich euch, Freunde, die durch sportliche Aktivität entstehenden Kosten resultieren hauptsächlich aus Krankenstand und Invalidität, Rehabilitationsaufenthalten und belaufen sich auf zirka 4,15 Milliarden Schilling. Das heißt, volkswirtschaftlich kostet der Breitensport der Gesellschaft 4,15 Milliarden Schilling jährlich. Aber dem stehen Ersparnisse von 7,8 Milliarden Schilling gegenüber, die sich aus der Verhinderung von Herz- und Kreislaufschäden, Rückenleiden und dergleichen mehr ergeben. Unter dem Strich, es gibt einen Gesamtnutzen von 3,65 Milliarden Schilling jährlich. Das heißt, wenn ich einen Schilling in den Breitensport stecke, kriege ich fast zwei Schillinge zurück, Freunde, das ist die Botschaft. (Beifall bei der SPÖ.)

Das heißt, diese breitensportliche Aktivität hat eine enorme Bedeutung für die Gesundheit der Bevölkerung, aber auch für die Volkswirtschaft. Dieses sensationelle Ergebnis müsste eben auch endlich in der Steiermark zu einem Umdenken oder, wie Landeshauptmann Krainer einmal gesagt hat, zu einem Paradigmenwechsel in der Sportpolitik führen. Nämlich erstens Abkehr von den kostspieligen Großereignissen und Hinwendung zu einer umfassenden Breiten- und Spitzensportförderung. (Beifall bei der SPÖ.) Das Land Steiermark hat zu lange, meine Damen und Herren, auf den Sporttourismus und zu lange auf Events gesetzt und nicht dort den Schwerpunkt ihrer Sportpolitik hinverlagert, wo der Sport seine eigentliche Ausprägung erfährt, wo er seine Heimstätte hat, nämlich beim Verein. Die vielen Staats-, auch da gebe ich dem ein bisschen Recht, Herr Landesrat Hirschmann, die Staats-, Europa-, Weltmeister, die erfreulicherweise auch aus der Steiermark kommen, selbstverständlich, und die sind auch Zugpferde, aber auch Zugpferde für den Breitensport sind Motivatoren für die sportbetreibende Jugend, aber nicht nur. Die eigentliche Arbeit, die eigentliche Triebfeder, Kinder zum Sport zu bringen, ist zunächst die Familie, ist dann die Schule und ist dann der Sportverein. Diese Weltmeister, Europameister sind auch Motivatoren, aber auch nur Motivatoren, denn wir dürfen nicht vergessen, dass auch für diese Europa-, Staatsmeister auch die Vereine die Grundlage geschaffen haben für ihre späteren Erfolge. Und die haben oft keine Zugpferde gehabt. (Beifall bei der SPÖ.)

Und weil du sagst, nur ausschließlich diese Spitzenleute sind die Motivatoren, dann dürften wir keine Tennisspieler haben, weil der Herr Muster ist irgendwo in den Pampas von Australien, der spielt nicht mehr Tennis und trotzdem gibt es viel Tennis spielende Jugend. (Abg. Dr. Lopatka: „Das ist die Nachhaltigkeit!“)

Es sind nach wie vor die Vereine die Motivatoren, sie legen die eigentliche Grundlage für die spitzensportlichen Leistungen. Ich habe schon einmal darauf hingewiesen oder öfters, ich weiß es nicht, immer nicht zum Unmut unseres Herrn Landesrates, ich sage es noch einmal, weil es wirklich zutiefst meine Überzeugung ist. Es ist, ob wir uns für die Europameisterschaft 2008 – Fußball –, die auch in Graz vielleicht stattfinden soll, bewerben oder nicht bewerben, keine Schicksalsfrage der Menschen in unserem Land. Das ist nicht die Schicksalsfrage! Nicht, ob wir fünf zusätzliche Formel-I-Rennen am A1 bekommen oder nicht, ist als Schicksalsfrage zu bewerten. Dies ist höchstens eine moralische Frage, ob wir nämlich weitere 150 Millionen Schilling dem Bernie Ecclestone in den Rachen werden werfen in Zeiten, wo man Unfallrentnern das Geld wegnimmt. (Beifall bei der SPÖ.)

Aber ein Faktum ist längst zur Schicksalsfrage unserer Gesellschaft geworden und diese vorliegende Studie unterstreicht und beweist dieses, nämlich 60 Prozent der inaktiven Österreicherinnen und Österreicher tragen ein weitaus höheres gesundheitliches Risiko mit sich herum als jene, die wenigstens einmal im Monat oder zweimal im Monat oder ein- oder zweimal in der Woche Sport betreiben. Je öfter Sport betrieben wird – und das zeigt diese Studie –, desto risikoreicher im Bezug auf die Gesundheit wirkt er sich aus. (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Die Formel I ist sicher kein schlechtes Geschäft!“) Ja, lieber Freund, die Botschaft. Daher ein klarer Appell an die Sportpolitik unseres Landes: Erstens, neue Akzente in der Förderung Vereinspolitik zu setzen. (Beifall bei der SPÖ.)

Zweitens, Initiativen, die zu mehr sportlicher Betätigung bei allen Schichten und Altersgruppen führen, tatkräftigst zu unterstützen und drittens die Kooperation von Schulen und Sportvereinen entsprechend zu fördern, um Jugendliche auf bewegungsorientierte, gesundheitsbewusste und verantwortungsvolle Lebensführung besser vorzubereiten, aber auch – und das sage ich auch da – um eine entsprechende Nachwuchspflege für den steirischen Spitzensport zu betreiben. Ich sage nur Fußballakademie. Der GAK würde sich freuen, Herr Landesrat, wenn du ihm jetzt finanziell helfen würdest, leichter zu diesem Prädikat Akademie zu kommen. Ende Mai wird dieses Prädikat vom Österreichischen Fußballbund an vier Akademien in Österreich vergeben. Der GAK ist

auf dem bestem Wege, aber er hat noch einige Kriterien zu erfüllen und die sind mit Geld verbunden. Du könntest ja stolz sein, wenn du sagen könntest, wir haben auch in der Steiermark eine Fußballakademie und von mir aus eine zweite mit Sturm und der Monsbergergasse, selbstverständlich. Da sollte Geld hineinfließen. Ich habe nichts dagegen, wenn Sturm und GAK Geld kriegen, aber für diese Nachwuchspflege nachweislich, nicht um irgend einen Amoa zu kaufen oder einen Pamic oder wen auch immer. (Beifall bei der SPÖ.) Dafür gehört das Geld verwendet. Und wenn diese Maßnahmen umgesetzt würden, alle diese, könnte die Steiermark tatsächlich, meine Damen und Herren, einmal das Sportland Nummer eins in Österreich werden. Zurzeit – und ich wäre froh, wir wären es, Herr Landesrat – sind wir es leider nicht. Wir haben uns die Mühe gemacht, ein Ranking zu erstellen, und zwar unter Berücksichtigung, meine Damen und Herren, aller österreichischen Meistern und Staatsmeistern. Ich hoffe, Herr Landesrat, du weißt den Unterschied zwischen österreichischen Meistern und Staatsmeistern. In den von der BSO anerkannten Fachverbänden, 53 an der Zahl, haben wir eine Rangliste erstellt, und zwar ganz genau. Mannschaftssport ein Punkt, Einzel ein Punkt, Doppel 0,5, Viererteam 0,25 Punkte, für den Viererbob und so weiter. Bei diesem Ranking erreicht die Steiermark den ohnedies nicht schlechten, im Verhältnis zu dem, was investiert wird, nicht schlechten, aber nur den fünften Gesamtrang hinter Oberösterreich, Wien, Niederösterreich und Tirol. Darum hätte ich, wenn ich einen Rotstift mitgebracht hätte, den Einser ausgebessert. Wir sind das Sportland Nummer fünf. Aber wenn wir zusammenhalten, dann könnten wir das Sportland Nummer eins werden. Es ist sicher ein erstrebenswertes Ziel, aber um das zu erreichen, nämlich Sportland Nummer eins zu werden, da muss noch einige Arbeit geleistet werden. Nur zu sagen, wir sind das Sportland Nummer eins, das ist offensichtlich zu wenig. (Beifall bei der SPÖ.)

Darum mein Appell, meine Damen und Herren, kämpfen wir – in sportlicher Hinsicht meine ich – in diesem Lande nicht gegeneinander, sondern kämpfen wir in sportlicher Fairness für ein gemeinsames Ziel, nämlich den Sport in diesem Lande zu stärken und wirklich das Sportland Nummer eins in Österreich zu werden. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 11.53 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Hagenauer. Ich erteile es ihm.

Abg. Hagenauer (11.53 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich möchte meine Wortmeldung mit zwei Zitaten beginnen. Das erste, Franz Beckenbauer, der vor kurzem in der Steiermark war, wie Sie wissen und auch entsprechend in den Medien abgebildet wurde und natürlich auch nicht alleine abgebildet wurde und nicht nur mit Sportlern, sondern natürlich auch mit den Spitzen – um das Wort gleich zu strapazieren – mit den Spitzen der heimischen Politik. Wie anders wäre das möglich! Dieser Franz Beckenbauer, verdienstvoller und erfolgreicher Fußballer, wie wir alle wissen, hat Folgendes gesagt: „In Deutschland ist es völlig undenkbar, dass man einen Profiklub mit öffentlichen Steuergeldern fördert!“ Zitatende. Zweites Zitat, Heribert Weber, auch nicht nur den Fachleuten unter Ihnen bekannt, hat, nachdem er in den Medien einmal genannt wurde, dass er eventuell für die Freiheitliche Partei kandidieren würde, Ersteres einmal gleich dementiert, zweitens auch begründet, und zwar mit der Aussage, dass er überhaupt nichts davon hält unter den gegebenen Bedingungen, die Steuermittel für die Förderung des Spitzensports einzusetzen, sondern diese müssten für den Breitensport eingesetzt werden. Soweit die zwei Zitate.

Jetzt dazu die Stellungnahme der Grünen, die ja aus diesen Zitaten irgendwo, Sie ahnen es, erkennbar wird. Die erste Frage, die sich für mich auf einer Budgetdebatte hier stellt, ist nicht nur die, wie viel gebe ich jetzt für den Sport insgesamt aus, und nicht nur die, wie viel gebe ich davon für den Spitzen- und für den Breitensport aus, sondern um eine mehr, die wir eh schon bei verschiedenen Punkten gestern und auch heute schon hatten, nämlich, wenn das – ich erinnere den Kollegen Bittmann an seine anscheinend nicht ganz, glaube ich, zufällig gewählten Beispiele und auch später die vom Kollegen List genannten – wenn das so ist, dass der Grand Prix das ist, der Sport im Lande und wenn es so ist, dass eine WM, welcher Art immer sie ist, wenn es das ist, wenn die Umsatzzahlen und die Steuereinnahmen das sind, dann stellt sich für den kleinen Landtagsabgeordneten Hagenauer zuerst einmal die Frage, ja ist das nicht bei Herrn Landesrat Paierl in der Wirtschaftsförderung am besten aufgehoben? Und Ähnliches gilt zum Beispiel auch für die Landesausstellung. Nehmen Sie Ihre eigenen Argumente. Wenn ich etwas mit wirtschaftlichen Argumenten und eigentlich nur mit wirtschaftlichen Argumenten, wie hier und heute geschehen, begründe, dann kann ich nur pfeilgerade daraus schließen, ab ins Wirtschaftsförderungsressort oder – der Herr Landesrat Hirschmann wird das sicherlich mit Wohlgefallen vernehmen – es müsste der Herr Landesrat, in dem Fall Wirtschaftsförderungs- und gleichzeitig Budget-Finanzlandesrat, ja umso praktischer – zumindest sein Scherflein dazu beitragen. Das erscheint mir einmal die zentrale Geschichte. Es geht nicht an, dass man einen Bereich – mein Vorredner hat das hier ohnedies eindrucksvoll ausgeführt –, der an sich mit dem Rücken an der Wand steht, das gilt für den Kultursektor gleichermaßen wie für den Jugendbereich oder hier für den Breitensport, dass ich den eigentlich für Sachen ausräume, die nur ökonomisch zu begründen sind. Und nicht nur ökonomisch, da komme ich zum nächsten Punkt. Ich sitze ja, nicht deswegen weil ich jetzt etwas gegen den Fußballsport habe, obwohl ich einmal im Turnen einen Vierer gekriegt habe, weil ich meinen Professor fünf Meter vor dem Tor von hinten gelegt habe und das war ein Sandplatz, das heißt meine Begabung, was Fußball anbelangt, hält sich zweifellos in Grenzen, trotzdem, ich habe keine Probleme mit dieser schönen Sportart, lassen Sie mich das so formulieren. Aber haben Sie schon einmal im Grünen einen Grünen gesehen, der sich dauernd peinlich und penetrant bei jeder Gelegenheit, ob passend oder unpassend, in die Fernsehkamera hineindrängt? Machen wir uns nichts vor, die Frau Landeshauptfrau inklusive. Ich brauche nicht

schaufen, wann sie im Fernsehen bei einer Fußballübertragung ist, ich brauche nur schauen, wer spielt, dann weiß ich das. Das hat für mich mit Sport nichts zu tun. Und daher weht auch der Wind bei der Förderung des Spitzensports. Herr Kollege List, das ist eine zutiefst ideologische Frage und zutiefst eine Frage auch des politischen Selbstverständnisses, ob ich von unten oder von oben ansetze. In dem Sinne überrascht mich Ihre Wortmeldung für den Spitzensport überhaupt nicht, wenn Sie historisch 50 oder 70 Jahre zurückgehen, dann wissen Sie auch, in welcher Zeitepoche und unter welchen politischen Randbedingungen eben der Spitzensport massiv von der Politik vereinnahmt wurde.

Das ist jetzt eine vorsichtige Formulierung, übrigens, Herr Kollege List, weil Sie sagen, einige wenige – bei den Trainingszentren – einige wenige, das spricht nicht gerade für Ihre Wahrnehmung als Demokrat, wenn Sie solches für sich beanspruchen. Lesen Sie wenigstens von Zeit zu Zeit die Medien, die Zeitungen, 20.000 Unterschriften. Das ist mehr als Ihr Mandat, das sind eineinhalb Landtagsmandate, erstens – und zweitens, einmal mehr sage ich das in dieser Debatte, einmal mehr, ich bin es irgendwie leid, diese Sachen überhaupt anzuschneiden, aber die Freiheitliche Partei hat ein Muster und das ist jenes des Strickens oder Häkelns, die Fachleute und Frauen unter Ihnen mögen mich korrigieren, eine glatt eine verkehrt, eine Masche hinauf, eine hinunter, soll ich Ihnen einmal mehr die Namen Ihrer Kameraden nennen, die bei der Bürgerinitiative dabei waren? Soll ich Grazer Gemeinderäte zitieren? Soll ich Ihnen erzählen, was der Stadtrat Weinmeister für einen Slalom, um im Sportbudget zu bleiben und im Ressort, aufgeführt hat bei den öffentlichen Auftritten und Sie gehen her und höhnen hier diese Bürgerinitiative, indem Sie sagen, einige wenige! Trotzdem ist es so, auch das ist schon gesagt worden – weil es sicherlich einen Übergang gibt zwischen der reinen monetären Förderung eines kommerziellen Unternehmens, wo wir der bescheidenen Meinung sind, ich kann nicht ein Unternehmen fördern wie den SK Sturm, weil er Gewinne macht, sondern ich muss das Geld für die ausgeben, die keine Gewinne machen, weil sie öffentliche Aufgaben zu erfüllen haben, das heißt keine Gewinne machen können. Ich kann nicht mein gutes Geld denen nachschmeißen, die sowieso ihre Gewinne machen, die Aufgabe von SK Sturm ist Spiele zu gewinnen und da helfen ihnen die Steuergelder an sich nichts. Was anderes ist bereits eine Infrastruktur wie ein Trainingszentrum. Das kann der Förderung etwa von Nachwuchssportlern dienen. In dem Sinne ist ein Beitrag zumindest der öffentlichen Hand sehr wohl gerechtfertigt. In dem Sinne habe ich erst neulich im Ausschuss auch kundgetan, mache ich mir sogar Sorgen darum, obwohl die Sachen – wie es aussieht – doch einigermaßen auf die Reihe zu bringen sind, dass etwa dieses Trainingszentrum vom GAK jetzt in Thal und damit indirekt vom SK Sturm auch realisiert werden kann. Das heißt zum Abschluss, wir haben in diesem Land nicht nur eine Debatte zu führen, ob das Sportbudget im Sinne des Gesagten, weil es auch indirekt unseren Haushalt entlastet, einmal mehr betone ich das. Wir haben heute zu entscheiden über das Budget von zehn oder 20 Jahren. Ein Versagen bei der Förderung des Breitensports, schauen Sie sich einmal an die kleinen Bezirkssportplätze in Graz, ich kann Ihnen ein paar zeigen. Mein Grazer Gemeinderatskollege Hermann Candussi ist auch da. Der hat allein in seinem Bezirk im Osten von Graz – fahren Sie einmal nach Ries oder nach Mariatrost hinaus, schauen Sie sich dort den Bezirkssportplatz an, reden Sie mit den Leuten, die Unterschriften sammeln gegen die Auflassung des LUV-Platzes und so weiter. Den Sportklubplatz gegenüber der Messe, den werden Sie wahrscheinlich kennen, nicht vom Sporteln, aber vom Parken, schauen Sie sich diese Sachen an. Es ist ja eine Affenschande, wie diese Sachen beieinander sind. Die sanitären Einrichtungen in diesen kleinen Sportplätzen im ganzen Land! Da sind Prioritäten zu setzen. Und die Landespolitik setzt die Priorität zugunsten der eigenen Ehre, zugunsten der eigenen medienwirksamen Auftritte. Und wenn dann für die Kleinen noch etwas übrig bleibt, dann ist es ihnen recht. Die Politik aus unserer Sicht besteht nicht darin, dass ich irgendetwas tu. Das ist mir gestern auch aufgestoßen bei der Wortmeldung, bei der Antwort von Frau Landeshauptfrau auf die Frage der Verkehrsunfälle und der Verkehrssicherheit in diesem Lande. Ich kann nicht darauf hinweisen, dass ich etwas tu. Das hat ja niemand behauptet, dass die Frau Landeshauptfrau nichts tut auf dem Sektor. Dann würde ich ja morgen einen Misstrauensantrag stellen. Es geht nicht darum, dass ich etwas tu, sondern ich bin in der Politik verpflichtet, mir zumindest einmal den Gedanken zu leisten, was ist denn zu tun, damit das ausreichend ist. Was ist denn mein Ziel? Das muss ich einmal formulieren auch in Hinblick auf die Anzahl der Sportplätze, auch in Hinblick auf das Mindestfordernis für diesen Breitensport. Und dann sage ich okay, ich kann das zu 100 oder nur zu weniger Prozent erfüllen. Aber ich kann mich nicht hinstellen und in einem Slalom herumkurven um genau diese zentrale Fragestellung und sagen, ja ich mache eh was! Und in der Praxis wird dann doch entschieden, indem man eben für den einen so viel Geld gibt und für den anderen so viel Geld ausgibt. Und hintennach kann man dann den Medien entnehmen auch als Landtagsabgeordneter, wo die Prioritäten, die politischen Entscheidungen tatsächlich getroffen wurden. Und eines noch einmal, eine kleine Wiederholung, Herr Kollege List. Die Argumentation und der politische Stil der Freiheitlichen hat zweifellos auch etwas Sportliches. Wenn ich Ihnen zuhöre, wie Sie auf jeder Ebene und bei jeder Gelegenheit etwas anderes von sich geben, dann sage ich Doppelrittberger von hinten eingesprungen, Haltungsnote 10, ja, sehr gut. (Beifall bei den Grünen. – 12.05 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Dietrich. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dietrich (12.05 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Herr Kollege Hagenauer, jeder Schilling, der in Sport investiert wird, ist 2 Schilling Investitionen für die Gesundheit. Und Sie können mir glauben, wir als Freiheitliche stehen hinter sportlichen Investitionen. (Abg. Hagenauer: „Gilt das für den Grand Prix in Zeltweg auch?“) Herr Kollege Hagenauer, ich kann mir schon vorstellen, dass Sie als Grüner gegen den A1-Ring sind, das gestehe ich Ihnen zu, keine Frage. Aber es ist auch eine

wirtschaftliche Frage. Menschen, die von etwas leben müssen und auch aus diesem Grund kann man zu einer Sportart stehen. Wir sind froh, dass wir den A1-Ring haben. Und ich würde mich freuen, wenn Sie konkrete Alternativvorschläge bringen könnten, die genau so viel Erfolg für diese Region bedeuten. (Beifall bei der FPÖ.) Dann hätten Sie unsere Unterstützung!

Meine geschätzten Damen und Herren! Hört man Namen erfolgreicher Sportler, wie Stefan Horngacher oder Christian Hoffmann, so verbinden wahrscheinlich die wenigsten von uns diese Sportler mit dem Nordischen Ausbildungszentrum in Eisenerz. Viele wissen gar nicht, welche hervorragende sportliche Einrichtung wir in Eisenerz haben, welche Kaderschmiede für den nordischen Sport. Das Nordische Ausbildungszentrum ist ein einzigartiges Modell in Europa. Dort wird nämlich Sport gemeinsam mit einer beruflichen Ausbildung angeboten und das macht Sinn für die jungen Menschen. So hat zum Beispiel Stefan Horngacher den Beruf des Zimmerers oder Christian Hoffmann den Beruf des Mechanikers erlernt. Seit 1. September 1992 wurde mit diesem dualen System begonnen und dieses System wird von Jugendlichen aus ganz Österreich angenommen. Eisenerz ist wegen seiner sicheren Schneelage prädestiniert für den nordischen Sport und es werden auch dort die Sparten Schispringen, nordische Kombination Langlauf und Biathlon angeboten. Hinsichtlich der beruflichen Ausbildung gibt es viele Möglichkeiten dank der VOEST-Alpine und dank verschiedener Gewerbebetriebe, die das mit unterstützen. Und so können nicht nur wie bisher traditionelle Berufsarten von Zimmerer, Tischler, Mechaniker angeboten werden, sondern darüber hinaus auch neue Berufssparten angeboten werden. Meine beiden Kollegen, Herr Kollege Prattes und Herr Kollege Kreisel, haben ja unter einer anderen Gruppe schon zum NAZ gesprochen. Seit neuem wird eben EDV-Technik, Kommunikationstechnik und Elektronik angeboten. Ich glaube, das sind zukunftsorientierte Ausbildungsmöglichkeiten, die Chancen für die jungen Leute bedeuten, die aber auch Chancen für die Region ergeben könnten. Und ich glaube man müsste in dieser Region mehr daraus machen. In Finnland gibt es die Stadt Vuokati, die als einzige Stadt weltweit den ersten Langlauftunnel errichtet hat.

Es wird sich jeder sagen, Langlauftunnel. Gemeinsam mit dem örtlichen Krankenhaus wird ein Gesundheitsspackage angeboten. Die Leute müssen zwei bis drei Monate warten, bis sie einen Termin bekommen, damit sie dort trainieren können und individuelle Trainingspläne, Diätpläne et cetera erstellen lassen können. Gesundenuntersuchung und vieles andere mehr wird dort angeboten. Ich glaube, in Eisenerz hätte man viele Voraussetzungen für diese Richtung. Wir haben ein Krankenhaus, wo über die Auslastung gejammert wird und wir haben vor allem eine schneesichere Lage. Man müsste einmal den Schritt über die Grenze wagen und eine neue Vision haben. Ich bin davon überzeugt, dies wäre eine große Zukunftschance. (Beifall bei der FPÖ.)

Meine geschätzten Damen und Herren! Es gibt viele, die sagen, in Schladming gibt es genügend Ausbildungsmöglichkeiten für alpine Sportler, für nordische Sportler. Dort tut sich etwas. Schladming ist aber vom Schultyp anders. Dort wird nämlich die Schihandelschule angeboten und dann der Aufbaulehrgang für die HAK. Eisenerz wiederum hat das Spezifikum Beruf und Schule. Es müsste uns gelingen, eine Symbiose zwischen diesen beiden bestehenden Anstalten zustande zu bringen. Ich bin zuversichtlich, dass mit Dr. Stadlober, der für beide zuständig ist und der beide betreut, auch eine bessere Koordination möglich sein wird. Ich glaube aber, dass es nicht sinnvoll ist, dass man in Schladming ein neues Jugendheim errichtet, während das Schloss Leopoldstein, jeder, der das kennt, weiß, und ich will nicht unbe-dingt sagen, dem Verfall preisgegeben ist, dringend Investitionen notwendig hätte. Wenn wir nämlich nur in Schladming investieren und in Eisenerz nichts machen, dann ist die logische Folge daraus, dass die Eltern und die Schüler sich für Schladming entscheiden und wir mitverantwortlich sind, wenn der Standort Eisenerz ausgehungert wird. Das sollte uns allen bewusst sein. Aus diesem Grunde möchte ich mich auch dafür einsetzen, dass wir Eisenerz den Wert zubilligen, den es für diese Region, den es für die Menschen und für die Jugend in unserem Land hat. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP. – 12.11 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als nächster Redner hat sich der Herr Abgeordnete Böhmer zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Böhmer (12.12 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren, werte Zuseher!

Wir haben gestern gehört, dass ehrenamtliche Tätigkeiten aller Österreicherinnen und Österreicher einen Wert von 86 Milliarden Schilling ausmachen. Zu diesen ehrenamtlichen Tätigkeiten zählen selbstverständlich für mich auch, der 25 Jahre im Breitensport tätig ist, und zwar zum Nulltarif, alle Funktionärinnen und Funktionäre und alle Trainerinnen und Trainer, die noch immer im Jahr 2001 zum Nulltarif für den Sport, für die Jugend, für die Kinder, für unsere Gesundheit arbeiten. Diesen ehrenamtlichen Arbeitern, diesen ehrenamtlichen Funktionären ein großes Dankeschön! (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

Ich möchte als Zweites dem Herrn Landesrat Hirschmann auch zu seinem Geburtstag gratulieren. Herr Landesrat, wir sind Jahrgangskollegen und haben einiges gemeinsam, wenn ich so an die Visionen denke und zu diesen muss ich Herrn Landesrat Paierl zur Gruppe 7 noch etwas sagen, aber doch unterscheidet uns Gravierendes. Sie gelten im Land Steiermark als der Event-Landesrat, als der Landesrat, der für den Spitzensport tätig ist. Dazu fällt mir das Wort vom Kabarettisten Werner Schneider ein. Kabarettisten haben immer eine scharfe, aber doch sehr tiefgründige und hintergründige Zunge. Werner Schneider sagt: „Es gibt immer mehr Schigebiete und immer mehr Events, aber immer weniger Menschengebiete!“ Und zu diesen Menschengebieten zähle ich Vereine, zähle ich Vereinigungen unter anderem auch, die sich mit Sport auseinander setzen. Wenn ich das so hernehme, dann fällt mir ein, wie Sie sich heute aus dem Formel-I-Auto – oder war es ein Formel-2-Auto, ich

konnte das nicht erkennen, ich bin kein Fachmann – herausgequetscht haben oder heraushelfen haben lassen. Ich erinnere mich noch, als vor 25 Jahren nach einem Fußballmatch, als ich ein kleiner Schüler- und Jugendtrainer in Penzendorf war, wo euer Klubobmann her ist, sich Schüler und Jugendliche nach einem Fußballmatch – es war ein sehr regnerischer und sehr kalter Herbsttag – unmittelbar nach dem Match mit dreckigen Füßen in die Hose, sprich in den Anzug gequält haben, um nachher im Wirtshaus ein Bier zu trinken. Sie konnten nichts anderes, denn auf diesem Sportplatz hat es, als ich hingekommen bin, noch keine Dusche, noch keine Waschelegenheit gegeben. Ich habe damals vor 25 Jahren nicht selten, als ich auch noch selbst Fußball gespielt habe, mir abseits des Sportplatzes in einem Gerinne meine Füße gewaschen. Die Wasserleitung dafür in Greinbach konnten wir über drei, vier Sportfeste und die ehrenamtliche Tätigkeit von Professionisten, wie Installateur und Fliesenleger, errichten. So hat es in Greinbach vor 25 Jahren ausgesehen und wahrscheinlich in vielen anderen Sportvereinen, die im Begriffe waren, den Fußball nicht als Spitzensport, sondern als Breitensport zu sehen. Ich denke jetzt an den vorigen Samstag auf einem Sportplatz bei uns, mit einem Funktionär redend. Dieser hat Folgendes gesagt: „Weißt was, schon seit 40 Jahren beobachte ich den Sport. Aber der Fußball in den kleinen Klassen, der für mich auch Breitensport und eine wichtige Grundlage für den Spitzensport ist, spielt sich derzeit nur mehr in den Vereinskassen ab, und nicht auf dem Sportplatz!“ Hier, Herr Landesrat Hirschmann, ersuche ich Sie wirklich, dass Sie, ich weiß sehr wohl, wo die Entscheidungen getroffen werden, als Sportlandesrat den nötigen Einfluss nehmen, dass auch Vereinssport in unteren Klassen, wo Breitensport stattfindet, für jede Vereinsführung finanziell erträglich wird. (Beifall bei der SPÖ.)

Nur so rundum für Nichtinsider des Vereinssportes: Ein Betrieb in der Zweiten Klasse geht zwischen einer viertel und einer halben Million Schilling schon in die Geldbörse. Wenn Sie dann fragen, wer wird hier denn das Geld hergeben, dann sind es wieder Ehrenamtliche, die sehr wohl bereitwillig ihre Brietasche öffnen. Ich möchte einfach sagen, wäre ich Landesrat Paierl, hätte ich Ihnen schon ein Geschenk gemacht und dabei schließe ich mich bei Kollegen Hagenauer an und hätte den Sport in das Wirtschaftsressort gegeben. Wenn ich kombiniere, was Kollege Erlitz gesagt hat und ich die wirtschaftliche Nachhaltigkeit des Sports – und ich rede nicht von der medizinischen und von der sozialen Nachhaltigkeit – sehe, dann müsste das schon längst eine Notwendigkeit sein und es müssten diese so genannten 40 Millionen schon längst eine Notwendigkeit sein – aus innerer Moral heraus. Ich möchte die Worte des Kollegen Erlitz verstärken: „Es ist wirklich erschütternd wenig für den Breitensport an finanziellen Mitteln da!“ Ich sage für uns Abgeordnete hier in diesem Gremium: Es ist unverantwortlich wenig, was wir in den Breitensport in der Steiermark investieren. (Beifall bei der SPÖ.)

Was den Schulsport anlangt, Kollege List, kann ich dir nur eines sagen: Wenn Sie die Rahmenbedingungen momentan in der Schullandschaft kennen, allen voran im Pflichtschulwesen und ich sage auch manchmal bedingt durch die Autonomie, denn es ist eine Sparstiftautonomie, dann bleibt nicht mehr viel über für den Sport – leider. Auch wir und das Wort Synergie passt nicht nur für das Kapitel 7. (Abg. List: „Die Unmotivation der Lehrer!“) Aber irgendwo hat Motivation auch ihre Grenzen, wenn die Rahmenbedingungen, Herr Kollege List, sprich Stunden, zum Beispiel über den Posten unverbindliche Übungen, nicht mehr da sind, weil sie eingespart werden müssen. Das nur am Rande bemerkt und ich kann Sie gerne darüber unterrichten. (Abg. List: „Von Ihnen brauche ich keinen Unterricht!“)

Als Nächstes, Herr Kollege Hirschmann, und ich komme damit schon zum Ende meiner Ausführungen. Seit Sie das letzte Mal, Herr Landesrat, in Hartberg waren und wie Sie den Elfmeter geschossen haben, bevor noch irgendein Stein für das neue Stadiongebäude gebaut worden ist, habe ich eine gewisse Elfmeterfobie, denn der Elfmeter hätte – ich spreche im Konjunktiv – der Stadtgemeinde Hartberg eine Million gebracht. Sie haben den Elfmeter ja geschossen und der Herr Sportstadtrat Karl Pack hat ihn ja auch gehalten. Und Sie haben gesagt, Karl, wenn du ihn haltst, bekommt die Stadt Hartberg eine Mille mehr zu den 10, dann wären es 11 gewesen. Es ist über ein Jahr her. Seither, lieber Herr Sportlandesrat, ist für die Stadt Hartberg, was die Mitfinanzierung des Stadions – und Hartberg spielt noch in der Regionalliga und vielleicht nächstes Jahr in der Ersten Division – seither ist kein Groscherl nach Hartberg gerollt. Das heißt, die 11 Millionen, die Sie vor der Wahl versprochen haben, die große Eröffnung des Stadiongebäudes, war ja vier Tage vor der Landtagswahl. (Abg. Riebenbauer: „Das Elferschießen war schon vorher!“) Das Elferschießen war fast ein Jahr vorher. Sie haben der Stadt Hartberg viel gekostet, Herr Landesrat, denn wir mussten am vergangenen Montag für diese fehlenden 11 Millionen, das Stadion kostet ein bisschen mehr, es waren 13 Millionen, mussten wir einen Kredit aufnehmen. Gott sei Dank haben wir eine hauseigene Sparkasse, aber ich hätte mir lieber einen Landesrat gewünscht wie bei den anderen Sportstätten, ich denke da an Sankt Johann in der Haide, wo eben der Gemeindeferent schon während der Bauphase die nötigen Millionen in kleinen Raten zugewiesen hat. Der Gemeindeferent heißt Peter Schachner! (Beifall bei der SPÖ.)

Als Nächstes und da komme ich zur Geschichte, was die Kollegin Dietrich gesagt hat. Als Ur- und Ex-Ennstaler und einer, der sehr viel in der Eisenerzer Ramsau war, natürlich gilt es, dieses Modell des dualen Unterrichts zu unterstützen. Und ich sage, da kann es wohl keine Frage geben, dass das nicht passiert. Wer dem nicht zustimmt, der geht mit Scheuklappen durch die Landschaft. Nur, wir sind in Hartberg auch schon weiter, wir sind ja visionär und wie der Landesrat Paierl sagt – (Präsident Ing. Kinsky: „Herr Abgeordneter, ich darf Sie darauf hinweisen, dass Ihre Redezeit abgelaufen ist!“) Eine halbe Minute noch!

Es steht bei uns in Hartberg bei der SPÖ nie jemand am Bremsklotz, dafür auf der anderen Seite manchmal der Bürgermeister. Wir haben jetzt im Hartberger Gmoos einen Erlebnisbereich und haben auch eine Finnenbahn, eine sehr gelenkeschonende Bahn, zirka 800 bis 1000 Meter im Plan vorgesehen. Wer Hartberg, diese Infrastruktur des HERZ° mit dem Stadiongebäude, mit den fünf Sportplätzen, mit dem Beachvolleyballplatz und mit dem Gmoos kennt, der weiß, dass dies eine einzigartige Sport-, Erholungs- und Freizeitinsel in der Steier-

mark ist. Ich erwarte mir abschließend, Herr Landesrat, dass gerade für diese Freizeitinsel, für diesen Erlebnisbereich Hartberg, der für die ganze Region und für viele andere nützlich ist, dass für diese Region im Denken an Synergien einiges an Geld fließen wird. Ich bedanke mich jetzt schon für Ihr Entgegenkommen und das Ihres Finanz- und Wirtschaftslandrates. (Beifall bei der SPÖ. – 12.23 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Gruber. Ich erteile es ihm.

Abg. Detlef Gruber (12.23 Uhr): Sie haben, meine Damen und Herren, Herr Präsident, verehrte Vertreter der Landesregierung, an meinem schnellen Schritt hierher zum Rednerpult wahrscheinlich bemerkt, dass es um Sport geht.

Aber Spaß beiseite! Die flammende Rede, die mein Kollege Erlitz gehalten hat, möchte ich mit ein paar kleinen Fakten belegen. Leider – und das ist die Tragik bei dieser Geschichte – leider gibt es – und das ist heute schon mehrfach gesagt worden – nicht die Lobby für gewisse Sportarten oder überhaupt für den Breitensport oder zu wenig. Ich habe vor etwa zehn Jahren eine Untersuchung im Bezirk Leibnitz durchgeführt, wo das Ziel der Untersuchung war festzustellen (Abg. Dr. Lopatka: „Sind Sie ein Doktor?“), wie viele Schwimmer, nicht Nichtschwimmer, Herr Dr. Lopatka, Schwimmer (Abg. Dr. Lopatka: „Sind Sie ein Schwimmer?“), wie viele Schwimmer aus den Pflichtschulen des Bezirkes Leibnitz am Ende der jeweiligen Schulform die Schule verlassen. Und dass Sie für Zahlen, die eigentlich – und dabei geht es mir wirklich um Ernsthaftigkeit und ich glaube, dass der Herr Landesrat auch das bestätigen wird, wenn mir gestattet wird, das fertig auszuführen, dass die Zahlen damals ergeben haben, dass in Summe aller Volksschüler, Grundschule, 70 Prozent Nichtschwimmeranteil hatten, wenn sie diese Schulform verlassen haben und dass am Ende unserer Schulpflicht, sprich nach neun Jahren unter Einschluss der politechnischen Lehrgänge noch immer 14 Prozent im Schnitt Nichtschwimmer waren, dann war das für mich ein wirklich erschreckendes Signal. Und wir haben versucht, ein groß angelegtes Projekt im Bereich der Lehrerfortbildung zu starten, um diesem Missstand ein Ende zu setzen, bloß Mittel hat es dafür wenig gegeben, denn dazu muss man in jedem Fall sagen, dass es an den Pädagogen liegt, die das vermitteln müssen, aber auch an der Pflichterfüllung der Arbeit. Alle werden dazu ausgebildet. Wir haben, Herr Doktor, für Sie auch einen Sportverein, wir haben auch ein Schwimmbad in unserer kleinen Gemeinde und wir haben ein Ziel, und das kann ich jederzeit belegen, kein Volksschüler unserer kleinen Volksschule verlässt die Schule, ohne die Technik des Schwimmens erlernt zu haben. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Wiedner: „Es gibt ein eigenes Schwimmbad!“) Und bei dieser Gelegenheit, Herr Wiedner, ich danke für diesen Einwurf, weil ich war auch unter anderem sieben Jahre lang in Ratsch an der Weinstraße, auch dort habe ich mir das schon zu Herzen genommen. Da sind wir halt in die Landwirtschaftsschule nach Hatzendorf gefahren und haben dort unsere Schwimmwoche gemacht und alle haben es erlernt. (Beifall bei der SPÖ.)

Und jetzt möchte ich die Bitte an den Herrn Landesrat aussprechen. Wäre es nicht möglich, meine Damen und Herren, im Sinne einer wirklich kooperativen Zusammenarbeit, im Sinne einer wirklich ernst gemeinten Erfüllung unseres Auftrages hier eine Kampagne ins Leben zu rufen, wonach es ermöglicht wird, einen adäquaten zeitgemäßen Schwimmunterricht an allen steirischen Schulen anzubieten? Ich ersuche um Ihre Mitarbeit. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 12.27 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Halper. Ich erteile es ihr.

Abg. Halper (12.28 Uhr): Herr Präsident! Werte Landesräte!

Darf ich kurz noch irgendwie um Ihre Aufmerksamkeit bitten. Ich habe auch schon das Gefühl, dass irgendwie das Panorama ein bisschen eingeschränkt worden ist durch die lange Debatte, weil man kennt da die Worte Fußball, Formel I, Schifahren, Schispringen. (Abg. Dr. Lopatka: „Schwimmen!“) Lassen Sie mich vielleicht einmal ausreden, hören Sie einmal, was ich sage! In den Köpfen mancher kommt wohl auch das Laufen, Golf, Tennis, Schwimmen vor. Ich muss sie jetzt einmal loben, Herr Landesrat Hirschmann, Sie kennen wenigstens das Wort Snowboarden. Ich finde das super, echt. Wenn es da um Nachhaltigkeit gehen soll für eine junge Generation, dann täte ich mir wünschen, dass die Leute in dem Haus Worte wie Skateboarden, Inlineskaten, Climbing, Badminton et cetera mal in den Mund nehmen, weil dann weiß ich erst, dass man es ernst nimmt mit Breitensport, vor allem auch für die jungen Menschen. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 12.29 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächste hat sich Klubobfrau Lechner-Sonnek zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

Abg. Lechner-Sonnek (12.29 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich möchte mich kurz noch zum Unselbstständigen Entschließungsantrag von der FPÖ äußern, und zwar betreffend die Regionalisierung von wissenschaftlichen Einrichtungen. Ich denke, das ist gut gemeint, wenn Sie sagen, wir möchten zur Belegung des ländlichen Raumes wissenschaftliche Einrichtungen außerhalb von Graz ansiedeln. Wir glauben einfach nicht daran, dass das funktioniert. Es braucht für so etwas eine Infrastruktur. Es ist wichtig, dass eine Schule gute Lehrer an sich binden kann und es ist natürlich wichtig, dass eine Schule auch Schüler und Schülerinnen hat. Sie müssen sich bewusst werden, dass es dafür Infrastruktur braucht. Ein Stichwort nur – Heime. Sie werden die Schüler in der gebotenen Anzahl, so dass man eine Schule überhaupt führen

kann, nicht alle privat unterbringen. Ich weiß nicht, wie Sie sich das vorstellen. Ich glaube nicht, dass das ein adäquates Mittel ist, den ländlichen Raum zu retten oder zu unterstützen. Etwas anderes ist vielleicht, wenn man über den Ballungsraum rund um Leoben spricht. Das wäre vielleicht noch eine Möglichkeit, wenn Sie sich so sehr wünschen, zu einer dezentralen Form zu kommen. Eine Ausnahme könnte auch sein, wenn es sich um eine Fachhochschule im Bereich der Land- und Forstwirtschaft handelt, wo es natürlich sicher besser ist, das so anzusiedeln, dass man auch die konkrete Arbeit lernen kann beziehungsweise sich im passenden Umfeld bewegen kann. Ich würde darum bitten beziehungsweise beantrage, dass wir über diese zwei Punkte dieses Antrages getrennt abstimmen, denn der Möglichkeit von Teleteaching und Telelearning, die forciert werden sollen, wollen wir gerne zustimmen. Danke schön! (Beifall bei den Grünen. – 12.31 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Nunmehr hat sich Herr Landesrat Dr. Hirschmann zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Landesrat Dr. Hirschmann (12.31 Uhr): Lieber Herr Präsident, lieber Günter Dörflinger, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich möchte das kurz machen, wenngleich ich vielleicht zu der einen oder anderen Wortmeldung einige kurze Bemerkungen machen darf. Zunächst einmal freut es mich, dass es offensichtlich eine breite Übereinstimmung im Hohen Haus gibt, dass der Sport etwas Wichtiges ist und das in vielerlei Hinsicht und dass für den Sport mehr getan werden müsste, könnte, sollte, aber auch sehr viel getan wird. Ich bin sehr dankbar für das, was von allen faktisch angesprochen wurde, dass es im Sport, wie wahrscheinlich kaum in einem anderen Bereich unserer Gesellschaft, ein Maß an freiwilliger Leistung gibt, das unschätzbar ist und ökonomisch auch gar nicht bewertet werden kann und auch nie finanziert werden könnte, weil es die Grenzen einer Förderung der öffentlichen Hand, wenn wir so fördern würden wie in vielen anderen Bereichen, schlichtweg übersteigen würde. Ich möchte gleich eingangs, damit ich es am Schluss ja nicht vergesse, den Damen und Herren der Sportabteilung stellvertretend für viele, die in diesem Land landauf landab, Tag für Tag ein ganzes Jahr lang für den Sport tätig sind, Frau Fuchsbichler, die anwesend ist und die gute Seele des Hauses im Reiche des Herrn Hofrat Stehlik ist, der erfreulicherweise auch da ist, sehr herzlich danken für das, was sie mit ihrer Mannschaft und mit allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Dachverbänden, in den Fachverbänden und in den zu Recht viel gerühmten Vereinen dieses Landes tun. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich möchte vielleicht beim Benni Bittmann beginnen, der zu Recht, meine sehr verehrten Damen und Herren, auf einige sehr wesentliche Dinge hingewiesen hat, die den Sport dieses Landes betreffen und der zu Recht auch vom Sportland Nummer eins gesprochen hat. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist schön, dass wir das sagen dürfen, mit Inbrunst sagen dürfen, aus Überzeugung sagen dürfen: Eine bessere Bestätigung als die des Wolfgang Erlitz heute, der uns auf den Platz fünf gereiht hat, meine verehrten Damen und Herren, hätten wir nicht finden können. Überall sagen ja die Sozialdemokraten, dass wir die rote Laterne haben, das Schlusslicht sind. Jetzt sagt er, wir sind Fünfter, also ist die Steiermark Weltmeister, meine verehrten Damen und Herren. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich danke dir, lieber Wolfgang, für dieses tolle Ranking. Im Übrigen bekommst du vielleicht, wenn es mir die Zeit erlaubt, noch einige andere kleine Antworten zu deiner Rede. Herr Präsident, gilt auch für mich eine Redezeitbeschränkung? (Präsident Ing. Kinsky: „Ja!“) Wo wäre die in etwa anzusetzen?

Lieber Benni, vielen Dank für diese auch exzellente Darstellung, und das ist ja nicht mein Verdienst und auch nicht das Verdienst hier der Damen und Herren, wenngleich wir gemeinsam, und dafür bin ich allen Damen und Herren des Hohen Hauses dankbar, ein wenig an Rahmenbedingungen dazu beigetragen haben, nämlich zu einem, lieber Benni: Wo immer man heute in Österreich hinkommt, ins Ausland sozusagen, die Steiermark hat im Sport einen ganz exzellenten Ruf. Es beneiden uns die Damen und Herren jenseits der Landesgrenzen um das, was wir erreichen. Lieber Wolfgang, natürlich kenne ich die BSO-Statistik. Wenn ich mir die Erfolge im Fußball, im Handball, im Volleyball, im Basketball, beim Schifahren anschau, so gibt es kein Bundesland, das in den attraktivsten 20 Sportarten, die es einigermaßen zu registrieren gibt auf der Welt, solche Erfolge hat wie die Steiermark, mein lieber Freund. (Beifall bei der ÖVP.)

Lieber Wolfgang, es würde der SPÖ einmal gut anstehen zu sagen, jawohl, wir sind stolz auf unser Heimatland und wir sind stolz auf die Leistungen, die die Leute erbringen. (Beifall bei der ÖVP.)

Sigmund Freud sagte, und das ist Gott sei Dank alles gut ausgeleuchtet, „der Neid ist die vornehmste Tugend der Sozialdemokratie“, meine lieben Freunde und dabei bleibt es auch im neuen Jahrtausend. Das ist so mit euch, meine sehr verehrten Damen und Herren. (Beifall bei der ÖVP.)

Wir würden euch ja gerne auf die Reise mitnehmen, auf diese sportliche Begegnung der dritten Art sozusagen. Lieber Kurti List, vielen Dank für deinen Hinweis. Du hast etwas ganz Wichtiges gesagt, was dann Wolfgang Erlitz auch nicht richtig ausgeleuchtet hat. Ich bin ihm aber nicht böse dafür. Er hat nur ein Problem, das ihm schwer verziehen wird im Jenseits. Lieber Wolfgang, du weißt, es gibt eine einzige Sünde, die nicht verziehen wird, und das ist die Sünde „Wider den Geist“. Du hast das Niveau, dass du sie begehen kannst. Es ist schade und traurig, dass du sie immer wieder begehest. Denn du weißt es besser als das, was du hier vom Pult aus verkünden musst im Solde deiner Partei. Es ist aber eine Strategie, die an sich nicht sehr weit führt. Zurück zu Kurti List, weil er eine Studie sehr ausführlich zitiert hat und diese ist sehr erfreulich: 35 Prozent des gesamten Tourismus in Österreich ist heute Sporttourismus, meine verehrten Damen und Herren. Er hat ungefähr, wenn ich mich recht erinnere, auch noch eine andere Zahl genannt: Wir haben 80 Milliarden Schilling heute in ganz Öster-

reich bereits an Umsätzen durch den Sport. (Landesrat Dörflinger: „Die Zeit ist um!“) Das glaube ich nicht, dass die Zeit um ist. Das ist ein wirtschaftlicher Faktor. Und dafür bin ich dir, lieber Kurt, außerordentlich dankbar, dass du darauf hingewiesen hast. Lieber Wolfgang Erlitz, ich möchte das schon auch in aller Ernsthaftigkeit sagen: Du wirst kein Zitat in diesem Haus von mir finden, wo ich gesagt hätte, der Ressel ist schuld, dass es dem Sport so geht. Ich habe immer, und du hast mich richtig zitiert, gesagt und das gilt nach wie vor und wird ein Diktum sein auch für den Nachfolger in meinem Ressort, wann immer er diese Funktion innehat, es wird für den Sport zu wenig getan – (Abg. Mag. Erlitz: „Und ich gebe dir Recht, er hat keine Lobby!“) das ist richtig, wobei ich sage möchte, es ist nicht alles natürlich Ausdruck des Budgets von öffentlichen Händen. Ich freue mich, dass im Sport, wie in keinem anderen Bereich, inklusive der Kultur, mit sehr geringen Mitteln an öffentlicher Förderung ein unendliches Optimum an Leistung tagaus, tagein in Österreich erbracht wird und dafür bin ich dankbar. Denn, und ich habe es schon vorher gesagt und ich werde das immer wieder gerne sagen, würden wir im Sport all das bezahlen müssen, was wir in vielen anderen Bereichen über die öffentliche Hand zahlen, dann wäre der Staat bankrott und pleite. Und deswegen noch einmal, es wird insgesamt – und da bin ich dir dankbar, wenn du dich einklinkst entgegen eurer allgemeinen Oppositionsstrategie, dass wir sagen, wir müssen gemeinsam für den Sport mehr tun, gar keine Frage.

Vielleicht eine kurze Anmerkung zur immer wieder von dir auch angezogenen Geschichte, meine verehrten Damen und Herren, das gilt auch für einige andere, die sich erfreulicherweise positiv zu Wort gemeldet haben. Von den rund 60 Millionen Schilling des Sportbudgets, meine verehrten Damen und Herren, gehen mehr als 90 Prozent ausschließlich in die Förderung des Breitensports, der Jugendförderung und der von dir zitierten Vereine, selbstverständlich, meine verehrten Damen und Herren, und der Rest von 10 Prozent – und dazu stehe ich – ist eine Förderung für den Spitzensport und ist eine Förderung für jene Aushängeschilder, die uns so viel Freude machen. Denn das möchte ich schon sagen, lieber Wolfgang, das wäre eine schwere Fehleinschätzung von Realitäten, wenn der SK Sturm so erfolgreich Fußball spielt wie er es gespielt hat, meine verehrten Damen und Herren, ich möchte keine prophetischen Aussagen machen, nur, es wird in den nächsten 20 Jahren keinen österreichischen Fußballklub geben, der das erreicht, was der SK Sturm heuer erreicht hat und auch wieder ein Ausdruck – bitte – für etwas, was nur Steirer können, mit geringsten Mitteln in einer Milliardenliga mitgespielt. (Abg. Mag. Erlitz: „Dafür bekommt er eh genug Geld!“) Und wenn dann bitte solche Erfolge gelingen und der Herr Vastic und wie immer sie heißen, die Idole des SK Sturm gut spielen (Beifall bei der ÖVP.), dann, liebe Freunde, sehe ich von Bad Aussee bis Bad Radkersburg tausende kleine Dirndl, kleine Buben mit Leiberln herumrennen und das ist der größte Zustrom, die größte Werbung und die größte Tat für den Breitensport, lieber Wolfgang Erlitz. Merk dir das endlich einmal! (Abg. Mag. Erlitz: „Ein Vastic-Leiberl macht noch keine sportliche Betätigung!“) Vielleicht eine kleine Bemerkung noch, lieber Wolfgang Erlitz (Abg. Mag. Erlitz: „Nur weil ich mir ein Vastic-Leiberl drüberziehe, mache ich noch lang keinen Sport!“), weil du bist ja an sich im Bereich der Pädagogik tätig und deswegen an sich prinzipiell von der Konfession her lernfähig. Auch zu einer Geschichte, weil das vom Kollegen Hagenauer, wir sind da völlig d'accord, Herr Kollege Hagenauer. Sie sind gegen Formel-I-Rennen, das kann ich aus Ihrer Perspektive voll und ganz nachvollziehen. Ich bin dafür, nicht weil ich so gern mich an diesem Sport delektiere, sondern Sie kennen die Entstehungsgeschichte. Und Wolfgang Erlitz, ich könnte dir hier eine Stunde lang Zitate vorlesen von deinem Parteivorsitzenden – im Übrigen, lieber Günter, sage ihm ein tolles Kompliment, er ist wieder da, das war ein sportlicher Auftritt und je länger er da ist, desto besser geht es uns, meine verehrten Damen und Herren. (Beifall bei der ÖVP.) Das freut mich, richte ihm das aus. Der Günter schaut traurig, weil ich ihm an sich versprochen habe, ich unterstütze ihn in der Nachfolgerfrage. Also ein bisschen warten, Günter, das kriegen wir hin. Im Moment bleibt unser Parteivorsitzender Gerhard Reims. (Beifall bei der ÖVP.)

Lieber Freund Erlitz! (Landesrat Dörflinger: „Wie lange warst du gestern auf?“) Ich bin nicht mit dem Siegi Schrittwieser weggegangen (Landesrat Dörflinger: „Normal trinkt er erst am Abend!“), weil ich ehrlich gesagt in eine innere Kollision geraten wäre. Aber wie auch immer, Wolfgang, das wollte ich dir sagen, ich könnte dir stundenlang Zitate vorlesen, wo es geheißt hat im O-Ton: Schachner Blazizek, 1991, und die Abgeordneten, die von da oben kommen, werden sich erinnern: Ich, Peter Schachner, bringe die Formel I zurück. Das Land muss jetzt viel Geld in die Hand nehmen und ich werde mit Niki Lauda das bewerkstelligen. Meine verehrten Damen und Herren, es hat nur ein Problem gegeben, dass er nichts gemacht hat und wir das gemacht haben und das ist das Ergebnis: Neid, abgrundtiefer Neid und was mich traurig stimmt in dem Zusammenhang. Bitte, meine verehrten Damen und Herren, noch einmal, man kann über die Sache diskutieren, ob dies gescheit ist oder nicht gescheit. Aber es hat Österreich was gebracht und es hat der Region etwas gebracht und es ist das größte (Beifall bei der ÖVP.), lieber Wolfgang, es ist das größte Werbefenster und das sage ich mit vollem Ernst, für Österreich noch vor dem Neujahrskonzert der Wiener Philharmoniker, wenn wir das bezahlen müssen, was wir hier an Werbung haben für unser Heimatland, bitte, dann würden wir schön ausschauen. Aber gut, wie auch immer, der Wolfgang weiß das und wir wollen uns darüber nicht weiter unterhalten müssen.

Lieber Herr Kollege Hagenauer, noch eine Bemerkung zu Ihrer richtigen Zitierung des Präsidenten von und zu Franz Beckenbauer. Das ist richtig, Sie haben nur den zweiten Satz, den er auch gesagt hat, nicht hinzugesagt, nämlich er hat gesagt, das gilt natürlich auf Grund der Zustände in der Bundesrepublik Deutschland. Er hat nicht nur Verständnis dafür, dass das in Österreich anders ist, sondern Österreich muss geradezu auch für diese Vereine etwas zur Verfügung stellen. Meine verehrten Damen und Herren, ich sage das auch hier und nicht, wenn ich beim GAK oder beim SK Sturm bin. Meine verehrten Damen und Herren, ich möchte das noch einmal mit allem Ernst sagen, überlegen Sie einmal ganz kurz, die Steiermark, die so viele tolle Fähigkeiten hat, Talente hat, Menschen hat, die so viel zusammenbringen, aber es ist doch wichtig, dass ich auch ein Landesmarketing habe.

Es ist wichtig, dass ich auf der Landkarte in Niederösterreich, in Tschechien, in Europa und sonst wo immer es gelingt vorkomme. Und bitte, womit kommt dieses Land jenseits der Landesgrenzen vor? Es ist der SK Sturm und es ist die Formel I, meine verehrten Damen und Herren, und sonst nichts, leider nichts, meine verehrten Damen und Herren! (Beifall bei der ÖVP.)

Und deswegen, nicht, weil wir uns dafür eingesetzt haben, meine verehrten Damen und Herren, deswegen ist es doch gescheit, wenn wir uns alle dahinterstellen und sagen, jawohl, das ist die Marke Steiermark, darauf sind wir stolz. Und, meine Damen und Herren, damit wollen wir in Zusammenhang gebracht werden. Wenn Sie sagen, Herr Kollege Hagenauer, das ist ein Teil der Wirtschaftsförderung, bin ich vollkommen mit Ihnen d'accord, vollkommen einverstanden mit dieser grundsätzlichen Aussage von Ihnen, aber es ist schlussendlich in der Auswirkung auf das Budget des Landes einerlei, in welchem Ressort das angesiedelt ist.

Ich möchte abschließen, meine verehrten Damen und Herren – danke noch für den Hinweis, Frau Kollegin Dietrich, wegen der Ausbildungsstätten und dem Kollegen Böhmer möchte ich sagen, ist er da, ja, das sage ich schon etwas schmerzhaft, es geht nicht um Events und was immer auch, aber ich war schon sehr traurig, wie – und Sie werden das nicht wissen oder Sie haben damals noch nicht zum inneren Kreis Ihrer Partei gehört – der Kollege und Parteivorsitzende Ihrer Partei war sehr stolz darauf und Sie können das in den Zeitungen, die in diesem Lande erscheinen, nachlesen, wie er mit Inbrunst gesagt hat, ich – Peter Schachner-Blazizek – bin der Eventkaiser der Steiermark. Und wir haben es ihm nicht streitig gemacht, lieber Herr Kollege. (Abg. Mag. Erlitz: „Heute seid Ihr auch gegen diese Events!“) Lieber Herr Kollege Erlitz, es scheint die drückende Sonne des Mittags zu sein, die dich belastet, aber lass dir Folgendes mit auf den Weg geben (Abg. Kaufmann: „Sachliche Antworten sind das!“): Ich bin ganz seiner Meinung, wir kommen ja dann in der Kultur noch darauf zu sprechen. Ich bin ganz deiner Meinung, dass es durchaus sehr viele Events geben soll und kann, dazu bekenne ich mich, aber ich habe das nur heute irgendwie als Vorwurf verstanden. (Abg. Mag. Erlitz: „Nur wenn wir sie machen, sind sie schlecht!“) Nein, ganz im Gegenteil! Ich wollte ihm das nur in Erinnerung rufen, dass es einen Größeren als mich gibt in diesem Lande und der heißt Peter Schachner-Blazizek und dazu stehen wir doch, oder? Ja, was ist, kein Applaus, meine Herren und Damen? (Abg. Kaufmann: „Wir sind ja kein Kindergarten!“) Also, ihr glaubt auch nicht daran. Gut! Nehme ich zur Kenntnis! Ja, ist in Ordnung, bitte schön! (Beifall bei der ÖVP.)

Und das Zweite, lieber Wolfgang Erlitz, wir werden ja in der Kulturdebatte jetzt dann zu dem Thema kommen, selbstverständlich, du wirst nur Zitate von mir finden, wo ich diesen Versuch des Landeshauptmannstellvertreters, in diese Richtung zu gehen, sehr gewürdigt habe, ausdrücklich begrüßt habe. Nur muss ich sagen, in der Umsetzung und im Ergebnis hätte ich mir mehr erwartet, aber so ist es wie in deiner Perspektive der Sportpolitik. Ich möchte mich in jedem Fall bei den Damen und Herren der ÖVP, der FPÖ, der Grünen, aber auch der SPÖ sehr herzlich für die Wortmeldungen für den Sport bedanken. Meine verehrten Damen und Herren, es ist in der Tat so, je mehr wir für den Sport tun, je mehr wir für die Jugend insbesondere in diesem Bereich tun, desto mehr tun wir für dieses Land und ich freue mich, dass die Steiermark – lieber Wolfgang Erlitz – mit Abstand die Nummer eins in Österreich im Bereich des Sports ist. Danke schön! (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – 12.49 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Meine Damen und Herren!

Ich teile dem Hohen Haus mit, dass die Frau Berichterstatterin, Frau Abgeordnete Mag. Koller, auf ein Schlusswort verzichtet. Ich komme nun zur Abstimmung über die Ansätze und Posten der Gruppe 2 sowie über Entschließungsanträge zu dieser Gruppe.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin zu den Ansätzen und Posten der Gruppe 2 hinsichtlich des Landesvoranschlages für 2001 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin zu den Ansätzen und Posten der Gruppe 2 hinsichtlich des Landesvoranschlages für 2002 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche nun die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ betreffend Kinderbetreuungseinrichtungen ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ betreffend Wertgrenzen ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Auch dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Auf Grund eines Antrages der grünen Fraktion werde ich den Entschließungsantrag der FPÖ und ÖVP betreffend Regionalisierung von wissenschaftlichen Einrichtungen punktuell zur Abstimmung bringen.

Der Antrag lautet: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens weiterhin Bemühungen zur Regionalisierung wissenschaftlicher Einrichtungen – Fachhochschulstudiengänge, Kompetenzzentren, Institute von Joanneum Research, andere universitäre und außeruniversitäre Lehrgänge und Collegs, Sommer- und Winterakademien – zu unterstützen.

Der Punkt 2 lautet: Die Möglichkeit von Teleteaching und Telelearning zu forcieren. Ich ersuche nun die Damen und Herren, die dem Punkt 1 des Entschließungsantrages der FPÖ und ÖVP ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Antrag ist mehrheitlich angenommen.

Ich ersuche nun die Damen und Herren, die dem Punkt 2 des Entschließungsantrages der FPÖ und ÖVP ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Gruppe 3:

Kunst, Kultur und Kultus

Berichterstatter ist der Herr Landtagsabgeordnete Franz Majcen. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Majcen (12.53 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der Finanz-Ausschuss hat in seiner Sitzung am 24. April 2001 die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 311/1, betreffend die Landesvoranschläge 2001 und 2002, den Dienstpostenplan und den Systemisierungsplan der Kraftfahrzeuge beraten und zu Gruppe 3 den Beschluss gefasst, dass der Antrag gestellt wird, der Landtag wolle beschließen:

Erstens: Die Ansätze und Posten der Gruppe 3 – Kunst, Kultur und Kultus – werden hinsichtlich des Landesvoranschlags 2001 genehmigt.

Zweitens: Die Ansätze und Posten der Gruppe 3 – Kunst, Kultur und Kultus – werden hinsichtlich des Landesvoranschlags 2002 genehmigt. Ich stelle den Antrag auf Annahme.

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Als Erster hat sich Herr Abgeordneter Dr. Rauch zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Mag. Dr. Rauch (12.54 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus!

Ich kann direkt an die Debatte, vor allem an die Worte des Herrn Landesrates zum Sport anschließen. Wenn man die Steiermark verlässt, mehr noch, wenn man vielleicht sogar die Grenzen Österreichs hinter sich lässt, dann wird man, wenn man sich als Steirer zu erkennen gibt, auf zwei Themen angesprochen: Sport und Kultur. Der Unterschied ist, dass Kunst und Kultur vielleicht nicht so unmittelbar plakativ, aber doch nachhaltiger ist. Ich glaube, das Nachhaltigste, was der Mensch bisher überhaupt geschaffen hat, ist Kunst und Kultur. Das, was bleibt, ist die Kunst: Die Kunst hat Bestand, sie vermag es, uns über die Jahrhunderte hinaus mit unserer Heimat zu verbinden. An die künstlerischen Leistungen unserer Zeit wird man noch denken, wenn alle Budgetsorgen und alle Landtagsabgeordneten vergessen sein werden. Deswegen ist die Förderung von Kunst und Kultur von so großer Bedeutung für unser Land. Deswegen hat Kulturpolitik den wahrscheinlich größten Einfluss auf die langfristigen Entwicklungschancen einer Region. Ich begrüße daher nachdrücklich, dass die „Kulturelle Dimension“ einer der Schwerpunkte dieses Doppelbudgets ist. Mit dem vorgelegten Budget haben wir endlich wieder die Chance, an die Glanzzeiten der steirischen Kulturpolitik in den siebziger und achtziger Jahren anzuschließen. Dieses Budget stimmt mich optimistisch, dass die Steiermark wieder zum Kulturland Nummer eins in Österreich werden kann. Drei Viertel der Steirerinnen und Steirer haben volles Verständnis für die Sparnotwendigkeiten in unserem Land. Leider denken sie dabei nach der Verwaltung gleich an die Einsparungsmöglichkeiten bei Kunst und Kultur. Trotzdem sind Kunst und Kultur in diesem Budget mit deutlich mehr Mitteln ausgestattet als zuvor. Die Steigerung des Budgets in der Gruppe 3 beträgt 2002 gegenüber 2000 mehr als 10 Prozent. Das ist ein wichtiges und mutiges Signal. Geld allein ist aber sicher nicht das Entscheidende. Viel wichtiger ist die neue Herausforderung, ist die Aufbruchstimmung für Künstlerinnen und Künstler und der Wille der Politik, verkrustete Strukturen zu durchlüften. Das ist es, was Kunst und Kultur brauchen: Freiräume – Ansporn zur Kreativität – und die (durchaus kritische) Aufmerksamkeit der Gesellschaft – kritisch von beiden Seiten übrigens. An erster Stelle der Herausforderungen steht für uns natürlich das Jahr 2003: Graz als Kulturhauptstadt Europas. So eine Chance bekommt eine Region ein- bis zweimal in einem Jahrhundert, nicht häufiger. Die Ausstrahlung dieses Ereignisses muss weltweit sein, das Engagement darf nicht auf Graz beschränkt werden, es muss die ganze Steiermark erfassen. Kulturhauptstädte werden von Touristen bevorzugt besucht, über Kulturhauptstädte wird weltweit berichtet. Auch dabei machen Interesse und Aufmerksamkeit nicht an der Stadtgrenze halt. 2003 wird daher auch wirtschaftlich ein Schlüsseljahr für die Steiermark sein. Das Jahr der Kulturhauptstadt soll aber nicht nur nach außen, sondern auch nach innen wirken. 2003 und die nur noch 20 Monate bis dahin sollten für alle Bürgerinnen und Bürger dieses Landes ein Anlass zur Auseinandersetzung mit Kunst und Kultur sein. Mit der Vergangenheit ebenso wie mit der Gegenwart und Zukunft. Im Mittelpunkt der Diskussion steht derzeit das Kunsthaus. Dieses Gebäude ist schon jetzt weit über die Grenzen Österreichs hinaus ein Symbol für die Kulturhauptstadt Graz 2003 und dafür, dass sich die Steiermark wieder als einer der kulturellen Brennpunkte Europas zurückgemeldet hat. Ich freue mich, dass dieser Landtag schließlich doch – wenigstens mehrheitlich – die Unterstützung dieses Kunsthauses beschlossen hat. Damit konnte dieses Vorhaben finanziell gesichert werden und der Startschuss zu seiner Realisierung erfolgen. (Beifall bei der ÖVP.)

Für die Aktivitäten zum Jahr 2003 ist bereits im Budget für das Jahr 2001 ein Betrag von 50 Millionen Schilling vorgesehen, für 2002 ein weiterer Betrag im Gegenwert von 200 Millionen Schilling. Neben der Schaffung neuer Wahrzeichen ist auch für die Sicherung und Neubelebung der traditionellen Einrichtungen im Landes-

budget vorgesorgt. Das „Flaggschiff“ der steirischen Ausstellungsbetriebe, das Landesmuseum Joanneum, soll in der kommenden Legislaturperiode modernisiert und umstrukturiert werden. Dazu sind neue organisatorische Maßnahmen ebenso erforderlich wie budgetäre Vorsorge. Allein im Bauprogramm werden in den nächsten fünf Jahren insgesamt beachtliche 380 Millionen Schilling für das Landesmuseum Joanneum aufgewendet werden.

Das seit 14 Jahren geschlossene Volkskundemuseum soll endlich fertig gestellt werden. Seine Neukonzeption kommt übrigens fast einer Neugründung gleich und soll mit dem Kostenvolumen von 40 Millionen Schilling bis 2002 fertig gestellt sein. Es wird damit rechtzeitig für 2003 ein weiteres Glanzlicht für die Kulturhauptstadt werden.

Wenn das Jahr 2003 auch ein wichtiger Meilenstein in der steirischen Kulturlandschaft sein wird, so dürfen die Planungen nicht mit diesem Datum enden. Schließlich gibt es Beschlüsse und Zusagen für weitere fünf Landesausstellungen. Zu diesen Beschlüssen stehen wir, wenn Verschiebungen und Adaptierungen auch notwendig sein werden.

Danach ist aber das gesamte Konzept der Landesausstellungen zu hinterfragen: Ist die Form der jährlichen Landesausstellung noch zeitgemäß oder müssen wir uns nicht etwas Neues einfallen lassen? Ein Überdenken des Konzeptes „Landesausstellung“ heißt nicht, dass die Initiativen und das Engagement des Landes für spannende und identitätsstiftende Ausstellungen beendet sein müssen. Auch Mittel wird es dafür in Zukunft vom Land geben. Aber auch hier ist es an der Zeit, die Fenster für neue Ideen und Konzepte zu öffnen.

Die Weststeirische Initiative „Kunst, Kultur, Kulinarik im Kernöl-Schilcher-Land“ könnte bereits die erste Ausstellung neuen Typs sein: Eine Kunst- und Volkskulturinitiative mit regionalem Charakter, aber landesübergreifender Ausstrahlung.

Aus dem Kulturbudget des Jahres 2001 und 2002 lässt sich eine weitere Zielrichtung klar herauslesen: Mehr Freiräume für Neues, mehr Platz für Kreativität und Avantgarde. Es muss verhindert werden, dass ein Automatismus der Budgetausweitung bei den klassischen Kulturbetrieben den jungen und engagierten Talenten keinen Platz mehr lässt. Zu solchen neuen Akzenten zählt sicher auch die DIAGONALE oder „Classics in the City“, bei denen mit relativ bescheidenen Landesmitteln große Wirkungen erzielt werden.

Der Staat hat eine Verantwortung gegenüber der Kunst, aus der darf er sich nicht verabschieden. Die Kunst hat aber auch eine Verantwortung gegenüber der Gesellschaft und dazu gehört auch der verantwortungsbewusste Umgang mit den eingesetzten Steuergeldern. Aufgabe des Staates ist es, ein tolerantes, liberales, kunststoffenes Biotop zu schaffen, in dem auch junge, neue, vielleicht auch unbequeme, durchaus auch unbequeme Akteure entstehen und sich entwickeln können. Das heißt nicht, dass der etablierte Kunstbetrieb vernachlässigt werden soll. Er darf nur durch ein unbeschränktes Wachstum den neuen Ideen nicht die Luft nehmen. Es kommt auf eine ausgewogene Mischung an und die darf sich nicht automatisch in die eine oder andere Richtung verschieben.

Im vorgelegten Budget ist zu erkennen, dass für Kunst und Kultur Mittel bereitgestellt werden, Mittel, die über die bisherigen hinausgehen. Ebenso ist der Wille erkennbar, die langjährige Forderung einzulösen, den kulturell Tätigen durch mittelfristige Fördervereinbarungen Sicherheit und einen seriösen Planungshorizont zu geben. Das vorgelegte Budget und die Aussagen der verantwortlichen Regierungsmitglieder lassen ein klares Bekenntnis zum Eigenwert und zur Freiheit der Kunst, zur Kreativität, Experimenten und neuen Freiräumen erkennen.

Ich gehe daher mit viel Optimismus in die kommenden Jahre. Sie sind voll neuer kreativer Herausforderungen und Chancen für alle, die in diesem Land Kunst schaffen wollen – und auch für alle, die Kunst und Kultur als wichtiges Mittel zur individuellen und gesellschaftlichen Weiterentwicklung begreifen. Herzlichen Dank! (Beifall bei der ÖVP. – 13.04 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Kröpfl. Ich erteile es ihm.

Abg. Kröpfl (13.04 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landesrat! Verehrte Damen und Herren!

Herr Dr. Rauch hat die Bedeutung von Kunst und Kultur in seiner Einleitung herausgestrichen, dem ist von meiner Seite aus nichts hinzuzufügen. Wir stimmen dem voll und ganz zu. Nur, was Sie zum Budget gesagt haben, da darf ich eine kleine Korrektur anbringen. Das Budget für das Jahr 2001 ist eine Fortschreibung des Budgets des Jahres 2000 mit einer Reduktion und für das Jahr 2002 – wer das Budget aufmerksam gelesen hat, der hat gesehen, dass die Erhöhung, die dort stattfindet, deswegen eintritt, weil man für das Projekt Kulturhauptstadt Graz 200 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt hat.

Aber ich darf jetzt in meiner kurzen Rede darauf zurückkommen auf die Tätigkeit von Herrn Landeshauptmannstellvertreter DDr. Peter Schachner. Durch die ausgewogene Kulturförderung, die er betrieben hat in seiner Zeit, ist es gelungen, altes Kulturgut wohltuend zu pflegen und zu präsentieren und gleichzeitig den neuen Strömungen Förderungen zukommen zu lassen, damit sie sich ausgezeichnet entwickeln konnten. Dabei – und darauf legen wir Sozialdemokraten einen besonderen Wert – wurde nicht geschaut, ob uns die Künstlerinnen und Künstler, die Förderungen in Anspruch genommen haben, gut gesinnt oder kritisch gegenübergestanden sind. Ich hoffe, dass dies weiterhin so bleibt. Denn die Aussage des Herrn Landesrates Hirschmann vor der Eröffnung der Diagonale im letzten Jahr – du, Herr Landesrat, hast damals gesagt, die Hand, von der man gefüttert wird, darf man nicht beißen – hat bei mir Sorge ausgelöst. Es geht nicht an, dass nur jene Kulturschaffenden eine

Förderung bekommen, die sich unterwerfen und unkritisch sind, sondern Förderungen sind öffentliche Gelder, die alle bekommen müssen, die sich mit der Gesellschaft auseinandersetzen und einen kulturellen Beitrag leisten. (Beifall bei der SPÖ.)

Durch ganz gezielte Aktivitäten ist es Kulturreferent Peter Schachner gelungen, das so genannte kulturelle Sommerloch, das es in der Steiermark gegeben hat, zu schließen. Ausgehend von den Veranstaltungen in Graz, Classics in the City, Grazer Jazz-Sommer, Straßentheater und so weiter, wurde das ganze Land von diesem kulturellen Virus angesteckt und in allen Regionen der Steiermark waren und sind in den Sommermonaten zahlreiche Aktivitäten zu verzeichnen. Peter Schachner hat es ausgezeichnet verstanden, Kultur geschehen zu lassen und das vorhandene kreative Potenzial, das in unserer Bevölkerung steckt, zu wecken und zu fördern. Unter Peter Schachner wurden vorher vorhandene Schwellen zum Kunstgenuss, also zum passiven Kunst- und Kulturkonsum beseitigt. Als überaus erfreuliches – und jetzt das Wort „Nebenprodukt“ bitte unter Anführungszeichen zu sehen – der Kulturförderung kann man heute feststellen, dass es gelungen ist, zahlreiche Arbeitsplätze zu schaffen. Immerhin wurden von 1996 bis 2000 mehr als eine halbe Milliarde Schilling in die Erhaltung und den Ausbau von Kulturgebäuden investiert. Dieses Geld ist unmittelbar in die Baubranche geflossen und man hat damit vorhandene Arbeitsplätze gesichert und zahlreiche neu geschaffen. (Beifall bei der SPÖ.)

Durch die Installierung der steirischen Wissenschafts-, Umwelt- und Kulturprojekträgergesellschaft ist es außerdem gelungen, mehr als 40 Langzeitarbeitslosen eine Beschäftigung in den steirischen Klein-, Regional- und Heimatmuseen zu vermitteln. Unterstützung bekommen diese Kultureinrichtungen vom Museumsforum Steiermark, einer Einrichtung des Landesmuseums Joanneum. Das Museumsforum ist einerseits eine Informationsdrehscheibe und andererseits koordiniert sie Weiterbildungsmaßnahmen für die 220 Klein- und Regionalmuseen in der Steiermark. Diese Museen haben nicht nur kulturpolitisch kulturelle und künstlerische Bedeutung. Sie haben natürlich eine große Bedeutung für den Tourismus. Durch ihre attraktiven Angebote dienen sie nicht nur für Schlechtwetterprogramme, sie ziehen sehr viele Gäste an und sind dadurch in der Lage, viele Arbeitsplätze zu sichern und auch neue zu schaffen.

Ich darf nun aber auch zu den Theatern kommen, weil das auch schon angesprochen wurde: Bei den Theatern, dem Opern- und Schauspielhaus hat es nach der Übernahme des Kulturressorts durch Landesrat Hirschmann einige Aufregungen gegeben. Grundsätzlich halte ich zu diesem Bereich fest, dass sich für die Zukunft folgende hauptsächliche Frage stellen wird: Wollen wir, Stadt Graz und Land, den hohen Standard dieser Theater halten oder wollen wir das nicht? Lautet die Antwort ja, meine Damen und Herren, dann muss jedem klar sein, dass dieser hohe Standard etwas kostet. Aus den Pressemeldungen vor einigen Wochen konnte man entnehmen, dass zwar im künstlerischen Bereich eine Weiterentwicklung durchaus erwünscht ist, dass man auch mehr Aufführungen wünscht, nur, und das ist die Krux bei dieser Sache, mehr kosten darf es nicht. Gespart soll wieder einmal, wie auch in anderen Bereichen, beim Personal werden. Dabei wendet man die altbekannten Methoden an: Zuerst werden die Betroffenen in der Öffentlichkeit schlecht gemacht, damit man danach diese Maßnahmen beruhigt durchziehen kann. Es wird behauptet, sie, die Angestellten dieser Betriebe, arbeiten nicht effizient genug, kassieren für alles Mögliche und Unmögliches Mehrdienstleistungen, sind einfach zu teuer. Dieser ungebührlichen Vernachlässigung der mehr als 600 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Oper und im Schauspielhaus möchte ich ganz entschieden entgegenreten. Tatsächlich ist es nämlich so, dass ein Mehr an Aufführungen selbstverständlich auch ein Mehr an Kosten verursacht. Es ist auch jedem bekannt, dass die Besucherzahlen und damit die Einnahmen leider nicht direkt proportional zu der Anzahl der Aufführungen stehen. Selbstverständlich, meine Damen und Herren, kann man die Kosten, die Oper und Schauspielhaus verursachen, sehr öffentlichkeitswirksam darstellen. Man hat Applaudierer sofort auf seiner Seite, wenn man den Leuten vorrechnet, wie viel angebliche Steuermittel zur Aufrechterhaltung dieser Kultureinrichtungen notwendig sind. Weiters wirkt es auch toll, wenn man die Forderung aufstellt, dass sich Politiker durch so genannte Expertinnen und Experten, die natürlich von einer Partei bestellt werden, im Theater-Ausschuss ersetzen lassen sollen, damit die Politik keinen Einfluss mehr hat auf den Betrieb Oper und Schauspielhaus. Es stellt sich dabei die Frage, ob diese so genannten Expertinnen und Experten auch die Verantwortung übernehmen. Ich glaube vielmehr, dass sich einige Politiker nur einen Freiraum schaffen möchten, um in guten Zeiten politisch zu profitieren und in weniger guten Zeiten die Verantwortung abzuschieben. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich bin Herrn Prof. Jungwirth und Herrn Bürgermeister Stingl sehr dankbar, dass sie sich weiterhin für den Theater-Ausschuss zur Verfügung stellen. Ich bin außerordentlich froh darüber, dass sie helfen, die schwierige Umstellungsphase von der Intendanz Brunner zur Intendanz Stone zu bewältigen. Andere Politiker aus Stadt und Land können sich daran ein Beispiel nehmen. Nicht von außen kritisieren ist gefragt, sondern aktives Mitarbeiten, Mitgestalten und Mitverantworten wird erwartet. Wenn wir weiterhin als Kulturland anerkannt sein wollen und dass wir das wollen ist unbestritten, vor allem in Blickrichtung 2003, dann müssen wir auch ein klares Bekenntnis zu den Theatern abgeben, und nicht einen unnötigen Theaterdonner produzieren, mit dem man niemandem helfen kann. Sehr geehrte Damen und Herren, nun noch ein paar Worte zum Budget: Das Kulturbudget weist im Jahr 2001 ein sattes Minus von 10,6 Millionen Schilling gegenüber dem Jahr 2000 auf. Die Abstriche, die gemacht werden müssen, sind sehr schmerzlich. Ich habe das aber schon erwartet, denn Landesrat Hirschmann hat stets angekündigt, dass er die Kulturmittel lieber dem Sport zur Verfügung stellen würde. Herr Landesrat, du hast der Kürzung dieser Kulturmittel zugestimmt, die Sportfördermittel sind aber leider nicht erhöht worden. Die Förderungen, die in diesem Jahr bisher ausbezahlt wurden, haben sich auch in Grenzen gehalten. Die Kulturschaffenden, die auf Fördermittel angewiesen sind, sind derzeit noch relativ ruhig. Sie warten, so wie auch ich, auf neue Signale des neuen Kulturreferenten. Nun ein paar Worte zu den Musikschulen: Es ist im Bereich der Musikschulen auch keine Erhöhung im Budget vorgenommen worden, was für mich die Frage aufwirft, ob in Zu-

kunft, da die Beiträge des Landes zu den Musikschulen praktisch eingefroren sind, die Gemeinden und die Eltern mehr für den Musikschulbesuch bezahlen müssen als bisher, oder ist daran gedacht, auch bei den Musikschulen, wie bereits bei anderen Bildungseinrichtungen schon durchgeführt, drastische Sparmaßnahmen einzuführen? Wenn keine Sparmaßnahmen vorgesehen sind, dann müssen entweder die Gemeinden oder die Eltern für die höheren Personalkosten, die durch ganz normale Gehaltserhöhungen entstehen, aufkommen. Das bedeutet wiederum eine weitere Belastung der Bevölkerung. Ich weiß schon, Musikschulen liegen nicht im Bereich von Herrn Landesrat Hirschmann, sondern liegen im Bereich von Landeshauptfrau Klasnic. Daher ist dieses Wort an sie gerichtet. Eines muss man feststellen, verehrte Damen und Herren: Wenn wir bei der Ausbildung, auch im musikalischen Bereich, der jungen Menschen die Chancen zur Ausbildung nehmen, dann muss man sich auch über die Auswirkungen, die dadurch entstehen, im Klaren sein. Ich hoffe, dass der erfolgreiche Weg der Weiterentwicklung der Musikschulen, der durch Peter Schachner eingeleitet wurde, weiterhin beschritten wird. Ich hoffe auch, dass die bestehenden Kunstschulen, die auch unter Peter Schachner eingerichtet wurden, denn die Einführung dieser Schulen war sicherlich ein Meilenstein im Kulturbereich, erhalten bleiben. Ich wünsche mir, dass ein zusätzlicher Ausbau möglich wird. Nicht nur die sportliche Betätigung, sondern auch die aktive Beteiligung am kulturellen Leben ist eine sinnvolle Freizeitgestaltung sowohl für junge als auch für ältere Menschen. Abschließend, meine Damen und Herren: Ich hoffe, dass es dem neuen Kulturreferenten gelingt, den Standard, den Peter Schachner vorgegeben hat, zu halten und auf diesem weiter aufzubauen. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich weiß, die Latte liegt sehr hoch. Heuer hast du es als neuer Kulturreferent noch einfach, da Peter Schachner weit vorausgeplant hat und du nur noch die bereits gestarteten Projekte ins Ziel bringen musst. In den kommenden Jahren musst du dann selbst dein kreatives Potenzial einsetzen. Jeder neue Referent, meine verehrten Damen und Herren, wird seine eigenen Akzente setzen. Ein Punkt ist bereits erkennbar: Der Rhythmus der Landesausstellungen wird geändert. Das bedeutet natürlich, dass weniger Geld für Kultur und Infrastruktur in die Regionen fließt.

Ja, darüber kann man lachen. Ich weiß aber, dass das bei der ÖVP und bei den Freiheitlichen so üblich ist, die Regionen auszuhungern, wie wir das zum Beispiel beim Schließen von Bezirksgerichten, Finanzämtern und so weiter sehen, meine Damen und Herren. Mich wundert das also nicht. (Beifall bei der SPÖ.)

Sehr geehrter Herr Landesrat, wir hoffen natürlich, dass es mit der Kulturentwicklung in den nächsten Jahren so weitergeht, wie es in den letzten Jahren war: aufstrebend, zielstrebig. Wir werden natürlich sehr genau die weitere Entwicklung im Kulturbereich verfolgen und das wirst du uns als Demokrat ja gestatten, aber auch kritisch betrachten. (Beifall bei der SPÖ. – 13.17 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächste hat sich die Frau Abgeordnete Mag. Zitz zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

Abg. Mag. Zitz (13.18 Uhr): Herr Präsident, Herr Landesrat, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste!

Wenn wir uns nicht schon vor ein paar Monaten entschieden hätten, dass Kulturpolitik ein Schwerpunkt der steirischen Grünen ist, dann hätten mich diese beiden Reden dazu hoch motiviert. Bei der Rede von Herrn Prof. Rauch hatte ich das Gefühl, dass es in der Steiermark eine unglaubliche Aufbruchstimmung gibt und das Budget viel Gutes verheißt. Ich war offenbar zu dumm, das aus dem Budget wirklich herauslesen zu können. Ich teile Ihren Optimismus nicht und ich möchte das auch belegen. Die Worte des Herrn Kollegen Kröpfl waren ein „zartes Adieu“ an Herrn Schachner, der außerdem jetzt gar nicht da ist.

Herr Landesrat Hirschmann: Von Seiten der Grünen kann ich Ihnen garantieren, dass wir Sie in dieser Periode sehr intensiv bei Ihrer Kulturpolitik begleiten werden. Ich wünsche Ihnen auch alles Gute zum Geburtstag. Ich habe es symptomatisch gefunden, dass Sie sich heute vor einigen Stunden im Landhaushof mit einem Formel-I-Auto präsentiert haben. Das war eine wunderbare Symbolik. Das sind Zufälle, die man besser gar nicht inszenieren kann. Ein Punkt noch, was jetzt insgesamt die Situation in der Kulturpolitik betrifft. (Abg. Dr. Lopatka: „Formel-I-Autos sind etwas Ästhetisches!“) Wir haben den starken Eindruck, wenn man sich das Budget anschaut, dass die Ära Hirschmann ein Echo Schachner werden könnte. (Landesrat Dr. Hirschmann: „Nein bitte, bis jetzt sind wir immer gut ausgekommen!“) Herr Landesrat Hirschmann (Abg. Stöhrmann: „Frau Kollegin, so loben brauchen Sie ihn auch wieder nicht!“ – Landesrat Dr. Hirschmann: „Auch nicht schlecht!“), wir sagen Ihnen das zeitgerecht und ich bin sehr interessiert, wie Sie damit umgehen. Ich möchte das jetzt an einigen Punkten festmachen, meinen Verdacht, dass Landesrat Hirschmann die Ära Schachner eigentlich ohne irgendwelche Buchstellen weiterführt. Und es gibt in diesem Kulturbudget tatsächlich Kürzungen und gäbe es nicht die Mittel für das Programm für Graz 2003, wären es noch wesentlich tragischere Kürzungen.

Herr Landesrat: Sie haben im Finanz-Ausschuss bei der Kulturbudgetdebatte gesagt zu einigen Posten, auf die Sie angesprochen wurden von Seiten der Grünen: „Das ist mir rätselhaft!“ Das habe ich unglaublich interessant gefunden, dass Sie als Budgetgestalter, wo Sie jetzt mit Ihren Aktivitäten und Ihrem Engagement die Möglichkeit hätten einen neuen Akzent zu geben, dass Sie ein Budget vorgelegt bekommen mit Posten, die Ihnen rätselhaft sind. (Abg. Stöhrmann: „Da war es mit Hirschmann noch nicht aktuell!“) Die Posten, auf die wir Sie angesprochen haben, ist zum Beispiel eine Finanzierung des ORF, 2,3 Millionen für Frühschoppensendungen. (Abg. Riebenbauer: „Das ist Volksmusikultur!“) Wir hätten gerne gewusst, aus welchem Grund Sie bereit sind, da aus dem Kulturbudget zu investieren.

Ein Punkt noch, der mir auch sehr wichtig ist, weil Sie darauf im Ausschuss auch nicht eingegangen sind: Nach welcher Logik gibt es im Kulturbudget bestimmte Fixstarter, die einmal drinnen sind und dann offenbar immer drinnen sind? Und das ist für mich einfach ein massiver Widerspruch zur Mehrjährigkeit von Förderverträgen, die ja seit Jahren vehement eingefordert wurden. Gegenüber dem Landeshauptfraustellvertreter Schachner ja vergeblich. Das sind zum Beispiel fix der Österreichische Schachbund, der archäologische Verein Flavia Solva und Theatermerz dotiert. Und ich könnte jetzt hergehen – ich mache es aber nicht – und Ihnen eine Liste von Kunst- und Kulturveranstaltern aus der ganzen Steiermark aufzählen, die aus meiner Sicht genauso legitim drinnen sein könnten. Für mich ist das eine Absage an die Budgettransparenz. Und verschärft wird dieser Eindruck bei mir noch, wenn ich mir anschau, dass jetzt durch Sie die Posten Leistungen an Firmen beziehungsweise Repräsentationsausgaben erhöht worden sind. Genau diese Posten, wo nicht draufsteht, was inhaltlich passiert. Da gibt es in der Steiermark ein Nullangebot im Bereich Ausbildung bildende Kunst mit der Folge, dass sehr viele junge Leute nach Wien abwandern, nach Linz abwandern und unter Garantie nicht mehr in die Steiermark zurückkommen. Das, was mich nicht überrascht hat, aber die Farscheit, mit der Sie das durchgesetzt haben, da war ich dann doch etwas verwundert, Sie haben einen Auftakt gesetzt zusammen mit den Freiheitlichen, in der Steiermark eine virtuelle „Hochkultur“ und eine virtuelle „Volkskultur“ zu entwickeln. Ich halte das für katastrophal, und zwar deswegen, weil erstens einmal das Zusammenführen von diesen beiden angeblich getrennten Sektoren künstlerisch sehr, sehr interessante Produkte mit sich bringt, die ich sehr genieße und das Zweite, was ich noch wesentlich tragischer finde, mit diesem Auseinanderdividieren entwertet man beides. Man entwertet die „Volkskultur“ als etwas, was dumpf ist, marktschreierisch, nur irgendwo in den Bezirken passiert und keinen echten Anspruch hat auf Qualität. Das ist eine Entwertung. Und man entwertet die „Hochkultur“ als etwas, was elitär ist, was nur in Graz stattfindet, wo nur die gebildeten Leute hingehen. Das ist für mich ein Auseinanderdividieren, das einer speziellen Ideologie Folge leistet, die wir von grüner Seite her sehr bewusst ablehnen. Und dass genau diese Posten im Budget erhöht sind und natürlich bewirtschaftet werden vom Ko-Kulturlandesrat Schöggel, ist einfach eine logische Folge von einer blau-schwarzen Koproduktion auf der Landesebene, die ja von Ihnen noch eingeführt worden ist, Herr Hirschmann.

Ein Element möchte ich jetzt noch bringen, ein inhaltliches Element. Ich habe das Gefühl, dass dieses Budget nicht die geistige Großzügigkeit hat, die ich Ihnen als einem Menschen, der bereit ist, immer wieder auch gegen die eigene Parteilinie anzudenken, vielleicht zugetraut hatte. Und auch wenn ich Ihre Position nicht oft teile, weiß ich das trotzdem innerhalb der ÖVP sehr zu schätzen. Diese geistige Großzügigkeit oder dieses manchmal auch alternative Denken finde ich im Budget praktisch nicht. Ich nenne konkret einen eigenen Budgetansatz zum Bereich neue Medien, der kommt nicht vor. Und es ist für mich einfach nicht zufriedenstellend, wenn ich da zwar im Plenum eine ganze Menge Laptops bei den Kolleginnen und Kollegen von der ÖVP sehe, die immer wieder piepsen und die diverse Bildschirmschoner anbieten. Es ist ein komisches Gefühl, wenn man da steht und zu Ihnen hinschaut und man sieht einfach so ein Kastel direkt vor sich anstatt eine Direktauseinandersetzung mit den Kollegen und Kolleginnen. (Abg. Dr. Lopatka: „Möchtest du dich im Originalton hören?“)

Das Zweite, was ich inhaltlich als nicht nachvollziehbar sehe und es passt auch genau zu diesem Bild: Ich verstehe einfach nicht, das die „Classics in the City“ deutlich mehr subventioniert werden, nämlich um 1,5 Millionen Schilling mehr als das unter dem Herrn Schachner der Fall gewesen ist. Das ist eine Veranstaltung, die absolut marktfähig ist, die könnte man auslagern an einen privaten Initiator, der dann mit Sponsoren aus dem Privatbereich diese Veranstaltung problemlos auf die Reihe stellen kann. Verstehe ich eigentlich nicht, warum da die Landesverwaltung und Steuergelder bemüht werden.

Wenn man sich das Kulturförderungsgesetz anschaut, 1986 geschrieben, historisch wertvoll, sieht man, dass das entlang einer ganz traditionellen Spartenlogik geschrieben wurde. Da gibt es die bildende Kunst, da gibt es die Musik, da gibt es die darstellende Kunst und Sendepause. Spartenübergreifendes oder Transdisziplinäres, analog zum Wissenschaftsbereich oder neue Medien oder andere Formen von sozialer und künstlerischer Intervention kommen in diesem veralteten Gesetz natürlich nicht vor. Und genau diese Zugänge gibt es in der Steiermark und genau die müsste man unterstützen. Künstler und Künstlerinnen, die in diesen Bereichen, die oft sehr feinsinnig sind, sehr leidenschaftlich sind, auch durchaus irritierend sein können und die Kulturpolitik fordern, und zwar die Leute von allen Fraktionen inklusive zum Beispiel mich – ja –, diese Art von Kunst- und Kulturpolitik, Herr Landesrat, hat in diesem Budget nicht sehr viel Platz gefunden.

Ich möchte noch etwas sagen zur Rolle der einzelnen Fraktionen, jetzt aus meiner Einschätzung. Ich nehme die Freiheitliche Fraktion bis jetzt als erfreulich zurückhaltend im Bereich Kunst- und Kulturpolitik wahr, wenn ich vergleiche, was da auf der Bundesebene oder aus Kärnten an programmatischer Intervention angeboten wird. Das ist ein Stil, den finde ich gut. Ich möchte aber trotzdem festhalten, dass der Herr Schöggel natürlich mit seinem Ressort, mit diesem Volkskulturressort massiv aufgewertet wurde und dass das eine inhaltliche Vorgabe ist, die ich für absolut problematisch halte.

Was die SPÖ betrifft: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der SPÖ, ich glaube, im Fall vom Herrn Schachner kann man sagen, dass große Events auch zu Wahniederlagen beitragen können. (Abg. Mag. Erlitz: „Siehe A1-Ring!“) Und ich glaube, dass die Kulturpolitik, die Herr Schachner an den Tag gelegt hat, Leute aus unterschiedlichsten Bereichen verschneucht hat. Und von Seiten der SPÖ eine Kulturpolitik zu machen, die eigentlich nur mehr Köpfe zählt drinnen im Landhaushof, wie viele Leute zu „Classics in the City“ kommen oder am Mariahilferplatz zu den Jazzveranstaltungen kommen, das ist eine Kunst- und Kulturpolitik der SPÖ, wo der Herr Schachner den großen Spielraum, den er gehabt hat, verspielt hat. Er hat auch die Hoffnung aus der Szene, anfangs, über Jahre hinweg unglaublich konsequent enttäuscht. Ich glaube, Herr Landesrat Hirschmann, dass

Sie aber auf Grund des Ungeschicks von Herrn Schachner durchaus einen bestimmten Spielraum haben und dass der in diesem Budget aus unserer Sicht nicht genügend genützt wurde, das hat mich ziemlich gewundert. Was jetzt die Situation der ÖVP betrifft, möchte ich die Wortmeldung in mehrer Teile gliedern. Einerseits sehe ich im Herrn Kollegen Rauch durchaus einen sehr konstruktiven Kooperationspartner beziehungsweise auch Initiator, etwa wenn es um die Erhaltung des Haus Lind vom Herbert Eichholzer in Graz geht und die Grünen und die ÖVP haben tatsächlich in der Steiermark die Finanzierung zum Kunsthaus entwickelt. Besser Gesagt: Entwickelt haben Sie es als Regierungspartei, aber wir haben es im Landtag mehrheitsfähig gemacht. Für mich war das aber eine Selbstverständlichkeit. Ich glaube einfach, dass es Kooperationen gibt, wo man sieht, dass die SPÖ im Land Steiermark inzwischen nicht bereit ist, für Graz eine moderne Kunst- und Kulturpolitik mitzutragen, was natürlich auch geheißen hätte, die Kunsthausfinanzierung mit auf die Reihe zu bringen. Zur SPÖ: Im letzten Kultur-Ausschuss habe ich es sehr interessant gefunden, dass SPÖ-Kolleginnen und Kollegen der Reihe nach auf grüne Anträge draufgegangen sind. Das ist für mich ein tolles Signal. Das waren aber leider genau die Anträge, die Sie in der letzten Periode rhythmisch niedergestimmt haben, wenn wir sie eingebracht haben, und zwar deswegen, weil blöderweise das Ihr Kulturreferent war und Sie deswegen Initiativen von unserer Seite automatisch aus dieser parteipolitischen Logik nicht angenommen haben. Ich habe diese Erfahrung insofern sehr heftig gemacht, als wir alle immer wieder gemeinsam bei Podiumsdiskussionen auftreten oder Kontakte mit Trägern und Trägerinnen aus der freien Szene haben und es mich dann immer wundert, warum sich bestimmte Vorgaben, die wir offenbar von allen Fraktionen übergreifend wollen, im Landtag nicht materialisieren.

Ich möchte jetzt versuchen eine Zusammenfassung zu geben: Herr Landesrat Hirschmann, von grüner Seite möchte ich fünf Elemente einbringen, die wir in den nächsten Jahren anbieten wollen beziehungsweise bearbeiten möchten mit Leuten im Landtag und natürlich auch außerhalb des Landtages. Erstens die rechtlichen Rahmenbedingungen in der Steiermark. Die Steiermark braucht auf jeden Fall ein neues Kunst- und Kulturförderungsgesetz. Das jetzige ist bereits 15 Jahre alt.

Dort soll eine höhere Transparenz bei der Mittelausschüttung verankert sein und die Mehrjährigkeit von Förderverträgen. Das sind Punkte, die auf der Hand liegen. Das Zweite, was wir uns in der Steiermark wünschen, ist, dass die steirische Politik und alle Fraktionen ein gut organisiertes Gegenüber in der freien Szene haben sollen. Es gibt zwar den Kulturbeirat des Landes und es gibt verschiedene Interessenvertretungen in der Steiermark. Diese sind aber für uns kein wirklich starkes und konstruktives Gegenüber, weil sie keine adäquaten Mittel dafür haben beziehungsweise weil man ihnen das Vernetzen und auch das Gemeinsame stark gegenüber der Landespolitik auftreten einfach nicht möglich macht. Eine Organisation, die mir sehr gut gefällt, ist die Kulturplattform in Oberösterreich, die genau diese Lobbyarbeit in sehr guter Qualität macht und damit aus meiner Sicht zur Qualitätssicherung der Kunst- und Kulturpolitik in Oberösterreich beiträgt. Ein drittes Element, das mir am Herzen liegt, ist ein Punkt, wo ich auch an Herrn Abgeordneten Kröpfl anschließen kann: Es gibt in der Steiermark „Mentoren“, kulturpolitische, die auftreten und die das aber in einem Stil machen, den ich für absolut unzulässig halte. Es handelt sich konkret, Herr Landesrat, um Herrn Dr. Dolf Stockhausen aus Krefeld in Deutschland. Er ist nach Graz gekommen, weil er sich in Deutschland mit der neuen Bundesregierung sehr unwohl gefühlt hat. Herr Dolf Stockhausen schreibt Briefe, in denen er Bürgermeister Stingl und den ehemaligen Kulturlandesrat Jungwirth als „Rote Armee“ bezeichnet, die gegen die Intendanz der Vereinigten Bühnen auftritt. Den ehemaligen Landeskulturreferenten Herrn Jungwirth, der jetzt immerhin noch Präsident des „steirischen herbstes“ ist, bezeichnet er als den „zum Gärtner bestellten alten Bock“. Herr Landesrat, mir wäre es ein großes Anliegen, wenn Sie sich von dieser Diktion klar distanzieren würden und Sie den Bezug Ihrer Fraktion zu Herrn Dolf Stockhausen offenlegen würden. Ich glaube, das würde zur politischen Qualität und zur Qualität der Berichterstattung in der Steiermark durchaus beitragen. Dritter Punkt, Kunsthaus: Uns ist es im Moment ein sehr großes Anliegen, dass zeitgerecht eine Ausschreibung für die Leitung des Kunsthauses vorbereitet wird. Man müsste natürlich auch die Rolle Neue Galerie/Kunsthaus und die von Ihnen überlegte Kulturholding, der ich inzwischen sehr kritisch gegenüberstehe, reflektieren – eine zeitgerechte Ausschreibung in einem adäquaten Stil, die nicht nur im EU-Raum, sondern auch in Südosteuropa laufen müsste, aus meinem Verständnis, die in den entsprechenden Medien und über entsprechende Kommunikationskanäle publiziert werden müsste. Ich halte es für absolut fahrlässig, dass in Wien beim Museumsquartier bis jetzt die Leitung noch nicht bestellt ist und dass in Wien beim Museumsquartier bis jetzt unklar ist, welche Initiativen und Organisationen drinnen wirklich ihre Bleibe finden. So etwas darf in Graz nicht passieren. Die Leitung des Kunsthauses hätte natürlich auch den Auftrag, einerseits 2003 konstruktiv mit zu bewerben und andererseits zu schauen, dass das Kunsthaus ein positives Image für die ganze Steiermark mitträgt. Ein vierter Punkt: Uns ist es wichtig und da sehe ich viel Unterstützung von Ihnen, zumindest rhetorisch und auch von der SPÖ, von der SPÖ in der letzten Periode zumindest, in dieser Periode laut Aussagen von Herrn Kröpfl hat sich hier offenbar etwas verändert, dass die Landesausstellungen mehrjährig angeboten werden und dass die Landesausstellungen natürlich aus dem Tourismus- und Wirtschaftsbudget finanziert werden. Die Landesausstellungen haben im Kulturbudget tatsächlich keinen Platz, wenn man sie eigentlich damit argumentiert, dass sie zur Tourismusförderung und Wirtschaftsförderung in den Regionen beitragen sollen.

Wir sind insgesamt ganz klar, was unser kunst- und kulturpolitisches Verständnis betrifft, gegen den Verwertungsdruck und gegen diese permanente In-Wertsetzung und Ökonomisierung von Kunst und Kultur. Das ist ein Element, das ich zuletzt auch noch einbringen möchte. Ich glaube, da wird es in den nächsten Jahren sicher einige gute Beispiele geben, wie man das begreiflich machen kann.

Ein letztes Thema noch, nachdem uns das seit mehreren Jahren ein großes Anliegen ist: Wir haben uns immer für eine demokratische Kulturstädteplanung eingesetzt. Will heißen eine Zugänglichkeit für behinderte Personen zu den Kulturstädten in der ganzen Steiermark und auch zu kulturellen Angeboten. Dabei möchte ich

aber darauf hinweisen, dass diese Aktivitäten natürlich nicht aus dem Kulturbudget zu zahlen sind, sondern dass man hier entsprechend Druck auf Landesrat Paierl als den Finanz- und Liegenschaftsreferenten machen müsste. Das ist eine wunderbare Konstellation und österreichweit – so glaube ich – einzigartig. Es müsste möglich sein, auch im Sinne von Anne Marie Wicher, dass die ÖVP hier jetzt einmal ihre zahlenmäßige Macht im Landtag und ihre Mehrheit in der Landesregierung ausnutzt. Herr Landesrat, abschließend: Es gibt, wie schon gesagt, einige punktuelle Kooperationen mit der ÖVP, die wir sehr positiv sehen, auch als überraschend sehen. Ich habe aber einige Punkte genannt, die wir als äußerst problematisch sehen und die wir zeitgerecht auf den Tisch legen möchten, weil das Themen sein werden, die wir und nicht nur bezogen auf Graz 2003, uns sehr genau anschauen werden. Danke schön! (Beifall bei den Grünen und der SPÖ. – 13.37 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Dr. Bleckmann. Ich erteile es ihr.

Abg. Dr. Bleckmann (13.37 Uhr): Herr Präsident, lieber Herr Landesrat, sehr geehrte Damen und Herren!

Wenn wir bei unserem Zeitplan jetzt weitermachen und wir mit der Kultur so spät dran sind wie noch nie seit Jahren und jetzt auch wieder fünf Stunden brauchen für die Kulturdiskussion, dann wird es der arme Kulturlandesrat nicht schaffen, rechtzeitig zur Eröffnung der Landesausstellung nach Gleisdorf zu kommen (Abg. Gennaro: „Dort geht er eh nicht ab!“), bei der er eigentlich als Kulturreferent anwesend sein sollte. Insofern müssen wir uns beeilen. (Abg. Gennaro: „Darum geht er nicht ab, der Hirschmann!“) Es wäre gut, dass er sich das anschaut und dorthin geht, weil ich glaube, dass dieses Thema ganz spannend und interessant ist. Auch ich würde diese Ausstellung ganz gerne besuchen. (Abg. Gennaro: „Dort warten alle auf den Schachner, und nicht auf den Hirschmann!“) Es warten alle auf ihn. Ich weiß nicht, ob du auch noch wartest oder ob du wartest, dass er geht. Wir werden aber sehen, wer hier auf wen und wie wartet. (Abg. Stöhrmann: „Er schmückt sich eben mit Schachners Lorbeeren!“) Wer schmückt sich mit fremden Lorbeeren? (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Der Beginn ist um 20.30 Uhr. Sie können beruhigt reden!“) Ich kann noch lange genug reden, das beruhigt mich ungemein. Ich kann noch lange genug reden. Ob Landesrat Hirschmann lange reden kann, werden wir nicht wissen, weil es stellt sich die Frage, wann diese Debatte dann zu Ende ist. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Um 20.15 Uhr!“) Sie haben es nicht erlebt, aber wir haben jetzt jeweils pro Gruppe mindestens fünf Stunden gebraucht und Sie wissen, die Kultur war immer schon ein Thema, wo sehr lange diskutiert worden ist. (Abg. Gennaro: „Bis Sonntag haben wir ja Zeit!“) Ja, den Sonntag haben wir auch noch, wunderbar. Ich habe gedacht, ihr wollt nicht, dass am Sonntag gearbeitet wird, was ist jetzt? Für Abgeordnete gilt das auch oder was? Entweder – oder? Wie gesagt, heute ist die Eröffnung der Landesausstellung. (Abg. Gennaro: „Ich brauche nicht in die Kirche gehen, ich gehe hierher!“) Auch nicht zu deinen Kollegen und Genossen. (Abg. Gennaro: „Auch ein guter Sozialist kann ein guter Christ sein, weißt du das?“) Das brauche ich jetzt nicht zu wiederholen! Tun wir gleich weiter. Bei eurem Kollegen Kröpfl, der hier ja auch so schön gesprochen hat und wie üblich immer der Start von jeder SPÖ-Rede ist, wie toll und wie super doch eure Referenten das gemacht haben in der letzten Zeit, dann frage ich schon (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Waren Sie nicht zufrieden?“), was ist jetzt wirklich – ich bin schon dabei – an Nachhaltigkeit, weil dieses Wort heute schon so strapaziert worden ist, an Nachhaltigkeit in Ihrer Zeit gemacht worden und passiert an wirklich nachhaltigen Veranstaltungen? (Abg. Gennaro: „Die Landesausstellung findet statt!“) Dass die Landesausstellung stattfindet! Sehr nachhaltig! Und was passiert, ich freue mich ja auf das Thema, ich glaube auch, dass es ein gutes ist, aber was wird dann wirklich nachhaltig mit diesen Dingen gemacht, was wird mit den Gebäuden nachhaltig gemacht? (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Also wenn Sie das selbst nicht erkennen ...!“) Ich hoffe, dass es sehr gut gemacht wird. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Warum muss ich Ihnen Nachhilfeunterricht geben?“) Ja, ich bitte darum, dass mir der Herr Professor Nachhilfeunterricht gibt. Da freue ich mich ungemein, weil zum zweiten Doktor, da brauche ich wieder ein Weilchen, damit ich den zweiten Doktor auch machen kann. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Ich gratuliere zu Ihrem Doktorat, ich werde mich bemühen!“) Ich freue mich über jede Nachhilfestunde, weil wer weiß, wie lange Sie die noch geben können, bevor Sie dann in Ganzpension gehen. Also insofern ich bitte möglichst bald darum, denn das, was Sie zustande gebracht haben, wenn wir jetzt schon bei dem Thema sind, ist (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Jawohl, alles verbraucht!“), dass Sie den Rundfunk- und Fernsehschilling ganz und gar ausgeräumt haben, dass hier alle Rücklagen aufgelöst worden sind und dass hier jetzt kein Geld mehr vorhanden ist. Und das, was geplant wird und gemacht wird, alles auf Leasingbasis funktionieren soll und das ist dann ein Vorgriff auf meine Generation oder die Generation von der Kollegin Halper. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Vorgriffe mache ich nicht!“) Das ist das, was Sie, Herr Prof. DDr. Schachner-Blazizek, zustande gebracht haben, dass hier das, was zurückgelegt worden ist, ausgegeben worden ist. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Ich habe ein Kulturressort geführt, und keine Sparkassa!“) Keine Sparkassa, nein, wir geben aus, alles was wir haben und schauen nicht auf Nachhaltigkeit und geben aus in vollen großen Zügen und machen Brot und Spiele. Das war nämlich das. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Alles, was wir haben, Sie haben Recht!“) Alles, was wir haben! Ja, Sie haben ja geschaut! Alle Rücklagen aufzulösen! (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Sie machen das anders, Sie schichten um in Ihrem Budget!“) Ist das denn eine gescheite Politik, wenn du alles, was du hast, aus gibst, wie willst du denn am nächsten Tag leben? Wie willst du dann Brot haben und Wasser? Wasser ist noch umsonst, aber es fragt sich wie lange. Wie willst du denn dann leben, wenn du alles, was du hast, aus gibst? Das weiß wohl jeder Mensch, jedes kleine Kind schon, dass du hier nicht alle Rücklagen auflösen solltest, wenn du für die Zukunft auch noch etwas machen

willst. (Abg. Dr. Lopatka: „Magda, die Sozialdemokraten sind bibelfest, sind Franziskaner!“) Wir haben schon gehört, ein guter Sozialist ist auch ein guter Christ, hat der Kollege vorher gesagt. Wir wissen auch, dass sie die Zehn Gebote kennen. Also insofern kann nichts mehr passieren. Aber passiert ist eben einiges in den letzten Jahren, passiert ist einiges, nämlich sehr viel Geld ist ausgegeben worden. Und das ist halt die Krucks, die jetzt heute hier und da ist, auch in der Kulturpolitik, dass wir schauen müssen, was mit dem vorhandenen Geld noch gemacht werden kann und das wird nicht so einfach sein. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Schaun S' nur!“) Es ist klar, dass Sie jetzt zuschauen, weil Sie interessiert das sowieso nicht mehr, was in der Zukunft gemacht wird, weil Sie sich – wie gesagt – verabschiedet haben. (Abg. Dr. Lopatka: „Nicht ganz, er ist im Vorruhestand!“) Und das ist halt das Problem. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Mich interessiert das sehr. Ich merke, Sie haben keine Ahnung!“) Ja, das ist das Einzige, was Ihnen dann noch einfällt. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Das ist das Einzige, was ich merke!“) Nun zu den Kollegen: Die Kollegin Zitz, denn auf die grüne Zustimmung – muss ich schon auch sagen – sind wir wirklich nicht angewiesen, denn sie hat hier auch nicht verstanden, worum es geht, wenn wir sagen, dass wir die Volkskultur mit einem eigenen Referat aufwerten wollen. Denn sie hat die Volkskultur nur noch als dumpf, nur in den Bezirken stattfindend beschrieben. (Abg. Mag. Zitz: „Aber genau das ist es!“) Das ist das, wie Sie Volkskultur sehen. (Beifall bei der FPÖ.) Das ist das scheinbar, wenn Sie es so nennen, wie Sie es sehen. Und das ist für mich erschütternd, denn durch das eigene Ressort kann man das eben aufwerten. (Beifall bei der FPÖ.) Das ist das, wie Sie es sehen, wenn Sie das alleine in den Mund nehmen. Waren Sie schon einmal bei dem Konzert von der Blasmusik (Abg. Mag. Zitz: „Mit Begeisterung!“), waren Sie schon einmal bei den Aufführungen? Haben Sie zum Beispiel den eigentlichen „steirischen herbst“, den wir in der Steiermark haben, dieses Avantgardefestival in Schladming einmal besucht? Ich habe keinen Einzigen von Ihnen da hier gesehen bei diesem Festival, bei dem Jugendfestival, wo die Blasmusik – (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Da waren Sie gerade auf Urlaub oben!“) Nein, ich bin dort auch halb zu Hause. Aber Sie waren auch nicht dort als Kulturreferent. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Interessant, wo war ich nicht?“) In Schladming! Ja! (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Fragen Sie den Bürgermeister Kröll. Sie waren in der Ramsau!“) Aber beim Jugendfestival der Blasmusik waren Sie nicht, denn dort passiert irrsinnig viel und das ist nämlich wichtig, dass hier auch die Blasmusik ihren sehr guten Beitrag zur klassischen Musik beitragen kann, zur modernen Musik, die gemacht wird und das ist wichtig. (Abg. Stöhrmann: „Oh weh, oh weh, oh weh!“) Wer schreit hier oh weh, oh weh, oh weh? War irgendwer dort? Nein, ich höre kein Ja, also es war niemand dort! Und deshalb ist es eben so wichtig, denn die Blasmusik kann sehr viel beitragen auch zur klassischen Musik. Und das ist wichtig, dass diese Bereiche aufgewertet werden. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Sie waren aber nicht oben!“) Ich war dort! (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Sie waren nicht lange anwesend. Ich zeige Ihnen den Brief des Bürgermeisters Kröll, dass ich dort war!“) Ich war dort! Wie bitte? (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Ich zeige Ihnen den Brief des Bürgermeisters Kröll, der sich so herzlich bedankt hat, dass ich dort war, wo Sie mich nicht gesehen haben!“ – Abg. Dr. Lopatka: „Das ist ein freundlicher Mensch, der Hermann Kröll!“) Er bedankt sich auch, wenn man nicht dort war oder wie? (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Frau Kollegin, ich zeige Ihnen den Brief gerne, ich habe Sie leider nicht gesehen!“) Ich wahr wohl dort, ich brauche Ihnen keinen Brief zeigen, aber Sie können auch den Herrn Bürgermeister fragen. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Dass ich Sie übersehen habe, das kann doch nicht sein!“) Ja, aber wirklich, da wundern Sie sich, ja! Es gibt Menschen, die sind in der Steiermark unterwegs. Und wo sich auch dann die Bevölkerung freut, wenn man hinkommt, diese Menschen gibt es halt auch.

Das war so viel zu den Grünen. Ich glaube, mehr brauchen wir zu den anderen nicht sagen. Was aber für mich jetzt auch wichtig ist, dass – wenn es jetzt um die Vereinigten Bühnen geht und da ist ja eine sehr, sehr große Diskussion jetzt insgesamt entstanden, dann glaube ich, dass es hier gut ist zu diskutieren. Nur, die Art und Weise, wie diskutiert worden ist, ist nicht richtig. Denn wenn es einen Vertrag gibt, schon einen langjährigen Vertrag, und wir wissen, dass es fixe Bindungen gibt, dann ist es sehr schwierig, den Vertragspartner dazu zu bringen, seine Verträge sozusagen aufzugeben, wenn ich ihm das über die Medien ausrichte. Ich glaube, dass das nicht der richtige Weg ist. Es wäre sinnvoller gewesen, einmal alle zusammen an einen Tisch zu holen und zu schauen, wenn wir schon wollen, dass es zu gewissen finanzielle Einschränkungen kommen sollte, kann man das nur mit einem gemeinsamen Weg machen. Also die Art und Weise, wie es hier passiert ist – (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Frau Doktor, solche Angriffe können Sie nicht machen gegen den Hirschmann!“) Ja, aber wohl kann ich das machen! Er wird das schon vertragen. Sie vertragen halt schlechter die Kritik, der Kollege Hirschmann – bin ich mir sicher – verträgt sie etwas besser. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Das war immer so!“) Und er wird schon etwas daraus machen. Das ist halt der Unterschied, gell. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „So einen Angriff, das können Sie nicht machen!“) Na ja, das schaffe ich schon und er wird es auch vertragen. (Abg. Mag. Erlitz: „Magda, er war nicht sehr begeistert, aber im Verhältnis hat er sich gut verhalten!“) Hat er nicht begeistert geschaut? Auch damit wird er oder ich leben müssen. (Abg. Mag. Erlitz: „Im Verhältnis hat er sich gut gehalten!“) Im Verhältnis zu wem? (Abg. Mag. Erlitz: „Zu dem, was ich gesagt habe!“) Nein, nein, keine Äquidistant. Nachdem ich vorher über die Zeit geschimpft habe, muss ich mich natürlich auch an die Zeit halten, gut! (Abg. Gennaro: „Das ist gut!“) Gell, wir sind nämlich die Einzigen, die sich an die Zeit halten im Gegensatz zu anderen, die Unmengen von Rednern hinausschicken.

Wir haben jetzt die Chance, dass wir hier einiges verändern können. Durch die Kulturhauptstadt 2003 haben wir im Thalia eine Umstrukturierung und da uns im Next Liberty eine Umstrukturierung ins Haus steht, ist in der Kulturpolitik einiges im Umbruch, das ist die Chance zur wirklichen Veränderung. Und ich wünsche Ihnen allen

und uns, dass es zu einer richtigen und ordentlichen Veränderung kommt, dass es auch nach 2003 zu einer weiteren Nachhaltigkeit dieser gesamten Veranstaltungen kommt und dass es nicht 2003 zu dem kommt, wie Lorenz selber schreibt: Alle Kulturhauptstädte der letzten Jahre litten darunter, ihre Anliegen nicht rechtzeitig in Angriff genommen oder erledigt zu haben. Dies endete meist peinlich bis desaströs. Möge uns derartiges erspart bleiben. Das wünsche ich mir für unsere Kulturpolitik. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP. – 13.48 Uhr.)

Präsident Purr: Die nächste Wortmeldung kommt von der Frau Abgeordneten Anne Marie Wicher. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Wicher (13.48 Uhr): Herr Präsident, Herr Landeshauptmannstellvertreter, Herr Landesrat, meine lieben Kolleginnen und Kollegen!

Eine Regierung wird nicht nur daran gemessen, wie effizient sie wirtschaftet, wie genau sie auf ihr soziales Gewissen hört, sondern, und das nicht zuletzt, welche Bedeutung sie der Kultur und der Kunst zumisst. Die Steiermark ist auf dem besten Wege, nicht nur das Sportland Nummer eins zu sein, und ich betone es, das Sportland Nummer eins zu sein, sondern mit unserem nun auch für die Kultur zuständigen Landesrat Dr. Gerhard Hirschmann einen Spitzenplatz auch als Kulturland einzunehmen. (Beifall bei der ÖVP.)

Graz wurde im vergangenen Jahr zum Kulturerbe erhoben, eine hohe Auszeichnung, ich denke aber, auch eine genauso große Verpflichtung und das nicht zuletzt in finanzieller Art. 2003 wird unsere Stadt Kulturhauptstadt Europas sein. Die Vorbereitungen laufen zügig, wiewohl noch, und das muss gesagt werden, einiges zu erledigen sein wird. Aber eines, und da bin ich mir ganz sicher, steht schon fest: die ganze Welt beneidet uns und wird uns auch 2003 beneiden um das, was wir haben: um die Kulturachse, die unsere Landeshauptstadt Graz durchzieht. Beginnend bei der Universität, weiter über die Leechkirche, das Forum Stadtpark, das Künstlerhaus, die Oper, die Burg, ich würde dann auch die Thalia und Next Liberty nicht vergessen, das 2003 wieder in neuem Glanz erstrahlen soll, den Dom, das Schauspielhaus, die Alte Universität, weiter gehend zum Volkskundemuseum. Und hier bedanke ich mich bei dir, lieber Herr Landesrat, recht herzlich, dass du die nötigen Mittel zur Verfügung stellst, damit das Volkskundemuseum wieder das wird, was es jahrzehntelang war und nicht zuletzt durch Geramb und Koren einen hohen Stellenwert gehabt hat. (Beifall bei der ÖVP.)

Weiter führt die Kulturachse, und das sage ich mit ein bisschen Stolz, über den Dom im Berg und dort bin ich Tunnelpatin. Deswegen betone ich das ganz besonders, weil Tunnelpatin zu sein ist etwas, was einem vielleicht nur einmal im Leben widerfährt. Es geht dann weiter über das Stadtmuseum, die Neue Galerie, das Landesmuseum Joanneum, die Landesbibliothek, die wieder errichtete Synagoge, die sich inzwischen zu einem Treffpunkt von Kultur in Graz entwickelt hat und das – so finde ich – ist ganz bemerkenswert. Weiter geht es dann zum Kulturzentrum Minoriten und endet beim Kunsthaus, das unter Einbeziehung der alten Bausubstanz des Eisernen Hauses im Herbst 2003 eröffnet werden wird. (Beifall bei der ÖVP.)

All diese Örtlichkeiten werden Schauplatz großartiger Präsentationen sein. Das Programm schaut sehr viel versprechend aus und es werden an diesem Programm auch behinderte Menschen aktiv teilnehmen. Der Künstler Wolfgang Temmel, der selbst Rollstuhlfahrer ist und Wolfgang Zinggl haben ein Konzept entwickelt, das den Namen „Sinn-los“ trägt. Ich spreche das Wort getrennt, weil es sich auch darum handelt, das Fehlen mancher Sinne zu kennzeichnen. Wie ich schon gesagt habe, das Thema „Sinn-los“ soll einen Querschnitt durch das großartige Können von in- und ausländischen behinderten Künstlern bilden. In diesem Rahmen freue ich mich ganz besonders auf den Auftritt einer weltbekannten Perkussionistin aus Irland, die gehörlos ist. Sie ist weltberühmt und fühlt die Musik praktisch nur über ihre Fußsohlen und über ihre Hände. Ich finde, das wird eine ganz großartige Sache werden. Um allen Menschen, also auch behinderten Menschen, die Möglichkeit zu geben, diese Veranstaltungen zu besuchen und daran teilzunehmen, ist es unumgänglich notwendig, dass alle Veranstaltungsorte barrierefrei gestaltet werden. Leider Gottes ist in den letzten Jahren auf diesem Gebiet trotz ständiger Urgerufen von Behindertenorganisationen sehr viel verabsäumt worden. Ich hoffe, es lässt sich hier noch einiges aufholen. – Der große Hanns Koren, der schon 1963 – ich betone 1963 – mit Trigon den Grundstein für die Internationalisierung von Graz und der Steiermark gelegt hat und nicht zu Unrecht vom 2003-Intendanten Wolfgang Lorenz als „geistiges Lichtschwert“ bezeichnet wird, hat sich sicherlich schon einen Logenplatz reserviert, einen Logenplatz vielleicht in dem von ihm so heiß geliebten und auch in einem Buch niedergeschriebenen „Bauernhimmel“. Ich denke, wir dürfen ihn nicht enttäuschen. Danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 13.57 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Straßberger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Straßberger (13.57 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, Herr Landeshauptmannstellvertreter, Herr Landesrat, geschätzte Damen und Herren, Hohes Haus!

Die Verwunderung, warum ich zur Gruppe 3 auch spreche, mag schon sein. Wenn ich mich in diesem Bereich aber ein bisschen auskenne, gerade bei der Musik und bei der darstellenden Kunst, aber insbesondere bei der Musik, dann versteht sich das von selbst, weil ich lange Zeit auch aktiver Musiker war und in der Jungmusikerausbildung tätig war. Ich erlaube mir daher hier einige Worte zu sagen. Mich hat es sehr gefreut, verehrte Damen und Herren, dass in der Gruppe 3 die Musikausbildung, das Musikschulwesen unseres Landes am Beginn platziert ist. Ich bin sehr froh, sage das auch ganz offen, dass nach dem 15. Oktober 2000 sich unsere Frau Landeshauptmann in Hinkunft für das Musikschulwesen in der Steiermark kümmert. Es werden etwa 20.000

junge Mädchen und Burschen in Musik in unserem Land ausgebildet in 47 Musikschulen und in 152 dislozierten Stätten. Diese Jugendausbildung ist die größte Jugendorganisation in unserem Land, verehrte Damen und Herren. Zum Zweiten möchte ich sagen, dass es mich sehr freut, dass man auch sieht, was Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic, die dieses Ressort übernommen hat, die Jugend wert ist. Ich möchte das jetzt einmal ganz offen sagen, weil in diesen eineinhalb Tagen haben wir nur diese Lamentiererei und diese Jammerei gehört, was alles weniger geworden ist. Und mich hat es auch gewundert: Aber dann trotzdem nicht, denn im Finanz-Ausschuss hat niemand das Wort ergriffen und hat gesagt, super, klass, bei diesen Budgetposten ist nichts gekürzt worden, im Gegenteil. Vom Voranschlag 2000 „Darstellende Musik“ von 267 Millionen auf Voranschlag 2002 auf 272 Millionen. Ich weiß schon, das sind keine Häuser, aber es ist eine geringfügige Steigung. Ich weiß auch, dass hier das Konservatorium in Graz einzubeziehen ist. Die Frau Landeshauptmann hat bei ihren Bezirksbereisungen und bei ihren Bürgermeistertagen mit allen Musikschuldirektoren in der Steiermark gesprochen und das war ein Novum für die Musikschuldirektoren, so wurde es uns berichtet. Und natürlich sind auch hier unterschiedliche Standpunkte und Ansichten zutage getreten. Wir wissen, wir haben zwei Musikschulstatuten. Das eine, das 44 oder 45 Musikschulleiter verwenden und das Kunststatut, das drei Musikschulen in der Steiermark verwenden. Ich glaube, es wäre höchst an der Zeit, wenn man sich zusammensetzt und diese beiden Statuten ineinander verschneidet. Die Schulaufsicht ist hier auch angesprochen worden, die Zuständigkeit in den Musikschulen, aber auch die finanziellen Belange und vieles mehr. Auch die Frau Landeshauptmann hat erstmalig die Landeskonzferenz der Musikschuldirektoren in Gratkorn besucht und der allgemeine Tenor war dort so, dass die Musikschuldirektoren wieder das Gefühl bekommen haben, dass sie selbst und ihre Tätigkeiten in unserem Lande wieder ernst genommen werden. Denn in den letzten Jahren war es augenscheinlich und, Herr Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek, ich behaupte hier, dass es gerade Sie waren, dass Sie die Musikschulen für parteipolitische Kleingeldkassiererei – und jetzt horcht her – missbraucht haben. Ich werde auf das noch zurückkommen! (Abg. Gennaro: „Seid vorsichtig mit dem Wort Missbrauch!“) Ja, das höre ich schon! Schreien Sie nicht immer so. Wissen Sie, ich komme auf das hier zurück, was gestern hier gesprochen worden ist. (Unruhe bei der SPÖ.) Ja, ja, Kurt, ist in Ordnung! Sollen wir wieder unterbrechen? (Abg. Gennaro: „Sei vorsichtig, du bist ein klasser Bursch. Sei vorsichtig mit ‚Missbrauch!‘“)

Jawohl, ich habe zwei Beispiele. Wir haben hier im Landtag ich glaube 1999 eine Regierungsvorlage zur Kenntnis genommen, wo das Elternschulgeld 400 Schilling ausmacht und die Gemeinden müssen pro Monat 560 Schilling, sprich 4000, 5600 Schilling im Jahr zahlen. (Abg. Tasch: „Einen Tiefschlag nach dem anderen und jetzt möchten Sie sich aufregen!“) Kurtl, reg dich nicht auf, es hilft nichts.

Hinter dem Rücken des Landtages haben Sie, Herr Landeshauptmannstellvertreter, eine Regierungsvorlage eingebracht, wo Sie nochmals heruntergefahren sind auf 350 und 500 Schilling. Das heißt, die Differenz zahlt das Land. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Geh bitte, einstimmiger Regierungsbeschluss!“) Hinterm Landtag! Der Landtag ist – glaube ich – zuständig. Sie haben uns nicht verständigt. Erst wie ich eine Anfrage gemacht habe, haben Sie dann gesagt, mit einem einstimmigen Regierungsbeschluss, aber hinter dem Rücken des Landtages. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „War die ÖVP nicht in der Regierung?“) Und warum, ist auch ganz klar. Weil im März 2000 Gemeinderatswahlen waren und da haben Sie geglaubt, Sie können da politisches Kleingeld kassieren. Hat nichts genutzt, keine einzige Gemeinde haben Sie dazugewonnen. Das heißt, Sie haben hier das Musikschulwesen missbraucht. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Gegen die ÖVP!“ – Abg. Schrittwieser: „Für das können wir nichts!“) Zum Zweiten, schön langsam, nur nicht unruhig werden, Herr Klubobmann!

Zum Zweiten: Es hat Gott sei Dank diese Zeitschrift „Fortissimo“ gegeben, verehrte Damen und Herren! (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Gott sei Dank hat es sie gegeben!“) Ich werde Ihnen das gleich sagen – Gott sei Dank – was Ihr Klubobmann gestern heraußen zur Frau Landeshauptmann gesagt hat. Hier werden gewaltige Mittel für die PR-Arbeit verwendet. Und jetzt sage ich Ihnen etwas, hier ganz groß: Musikschulen 2000, auf zwei Seiten, drei-, viermal abgebildet der Herr Landeshauptmannstellvertreter Schachner-Blazizek. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Zeigen Sie es mir noch einmal, bitte. Ich sehe mich so gerne!“) Müssen Sie es selber erst lesen? Sehen Sie, Sie lesen nicht einmal Ihre Zeitungen. Jetzt kommt das Zweite. Sogar beim Musikschulbericht, den wir hier diskutiert haben, der in Ordnung war – das muss ich auch sagen – (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Sie sind so nett!“) aber letztendlich sogar in diesem Bericht, auf der ersten Seite das Bild des Herrn Landeshauptmannstellvertreters Schachner-Blazizek. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Gibt es ein Bild? Entsetzlich, Herr Straßberger!“) Das müssen Sie Ihrem Klubobmann sagen, dann soll der nicht da so etwas verzapfen. Und jetzt, wo die Frau Landeshauptmann dieses Ressort hat, begnügt man sich mit einer kleinen Überschrift. Okay, hier ist Sparen angesagt. Ich möchte hier nur sagen, so leicht kann man sich das nicht machen. (Abg. Kaufmann: „Und was ist im Sportbericht drinnen?“ – Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Ist dort der Hirschmann drinnen?“) Und wenn man in den neuen Bericht hineinschaut und die Problemfelder beleuchtet, dann heißt es hier, Weiterführung des „Fortissimo“, und zwar leider Gottes ist es schwierig zu finanzieren, weil das hat in der Vergangenheit die FOKU bezahlt. Das heißt, hier sieht man, wie hier die Querfinanzierung stattgefunden hat. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Die FOKU hat nichts gezahlt!“)

Ja, ja, das wissen wir schon, das war nicht budgetiert. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Schrecklich, mit einem einstimmigen Regierungsbeschluss!“) Wissen Sie was, nur um politisches Kleingeld auf Kosten des Musikschulwesens in der Steiermark (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Wo war die ÖVP?“) haben Sie hier gearbeitet und ich bin sehr, sehr froh (Landeshauptmannstell-

vertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Wir haben keine Mehrheit in der Regierung gehabt!“), dass jetzt endlich die Frau Landeshauptmann mit diesen Unsitten aufräumt, verehrte Damen und Herren. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Da sind wir dankbar!“ – Beifall bei der ÖVP.)

Und zwar mit dem Ziel, dass das Musikschulwesen in der Steiermark aus den politischen Absichten herausgenommen wird. Und das ist für unserer Jugend – glaube ich – gut. Verehrte Damen und Herren! (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Aber viel haben Sie nicht gesagt zum Musikschulwesen!“) Es ist wirklich sehr erfreulich, dass fast 50 Prozent der jungen Mädeln und Buben in unseren Musikschulen ein Blasinstrument lernen. (Abg. Schrittwieser: „Da siehst du, wie wichtig diese Schulen sind!“) Diese Ausbildungsstätte, verehrte Damen und Herren, ist ganz wichtig für den Nachwuchs in unseren Blasmusikorchestern und in den Chören. Dort wird Stimmbildung unterrichtet. Und, verehrte Damen und Herren, ich behaupte auch hier und ich würde die Damen und Herren – (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „ÖVP-Stimmbildung!“) Regen Sie sich nicht so auf. Sie haben dann die Möglichkeit zum Schlußwort, Herr DDr. Schachner-Blazizek. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Denk ja gar nicht daran!“) Das weiß ich eh, weil Sie ja von Mürzzuschlag kommen, darum kenne ich Sie ja genau. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Was soll ich dazu sagen?“)

Verehrte Damen und Herren, wir müssen eines feststellen und ich behaupte, dass unsere Blasmusikkapellen, aber auch unsere Chöre gerade im ländlichen Bereich einfach unsere Hauptkulturträger sind. Und ich ersuche auch hier die Damen und Herren Abgeordneten sich auch zu dem zu bekennen, weil wir wissen, wo wir sind, sind die Journalisten und die Musikkapellen, verehrte Damen und Herren. Und ich darf mich hier herzlich bedanken. (Beifall bei der ÖVP.)

Aber im Budget ist es drinnen! (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Wer singt, der Schöggel oder der Hirschmann?“)

Verehrte Damen und Herren! (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Ihr habt geteilt zwischen Hoch- und Niederkultur!“)

Da gibt es überhaupt keine Hoch- und Volkskultur! Für mich nicht. Sie haben sie einführen wollen. Sie haben einen Antrag einmal eingebracht. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Wer singt jetzt?“ – Präsident: „Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist abgelaufen!“)

Verehrte Damen und Herren! Ich darf mich bei dieser Gelegenheit herzlich beim Landesrat Dr. Hirschmann und beim Landesrat Dipl.-Ing. Paiarl, bei unserem Finanzlandesrat (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Den Schöggel beim Danken nicht vergessen!“) bedanken, dass die Budgetansätze gerade auch in der Blasmusik nicht gekürzt worden sind und wir sind guten Mutes, dass unsere jungen Kinder eine hervorragende musikalische Ausbildung auch in der Zukunft bekommen, dass sie weiters auch in unseren Blaskapellen tätig sind. Letztendlich weiß ich ja nicht, wie in der Zukunft die SPÖ tut, wenn es ein Blasmusikfest gibt, wie Sie dann dort argumentieren, wenn Sie das Budget ablehnen. Das haben wir in der Vergangenheit umgekehrt gehabt. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 14.08 Uhr.)

Präsident: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Prattes. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Prattes (14.08 Uhr): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Verehrte Mitglieder der Landesregierung!

Ich möchte natürlich auch zuerst dem Herrn Landesrat Hirschmann zu seinem Geburtstag, zu seinem besonderen Geburtstag, gratulieren. Ich rufe ihm zu, willkommen im Klub. Und ich schließe mich diesen Wünschen an, die der Herr Abgeordnete Erlitz auch an Sie geäußert hat. Eines möchte ich natürlich schon feststellen, Herr Landesrat: Wir sind alle stolz auf die Steiermark. Wir sind alle stolz auf jene Menschen, die diese großartigen Leistungen erbringen. Wenn Sie uns Jammern und Lamentieren vorwerfen, dann erfolgt es nur deshalb, weil wir Sorge haben, dass vieles nicht mehr passieren kann, was vorher ermöglicht wurde. Daher möchte ich gleich zu Beginn meiner Ausführungen Ihrem Vorgänger, Herrn Landeshauptmannstellvertreter Dr. Schachner, sehr herzlich für all seine Bemühungen auf dem kulturellen Sektor danken. (Beifall bei der SPÖ.)

Vieles wird noch nachwirken, was er eingeleitet hat. Ich gratulieren Ihnen dazu, denn Sie haben ein gutes Referat übernommen und Sie werden noch sehr viel davon profitieren.

Zum Kollegen Straßberger möchte ich etwas sagen, weil heute Prospekte ausgeteilt wurden: „Tu Gutes und sprich darüber!“ Herr Kollege Straßberger, es gibt auch schöne Fotos, wenn man das so herumzeigt. Ich glaube, hier sollten wir uns nicht darin ergehen. (Abg. Straßberger: „Wir haben uns nicht aufgeregt. Sie haben gestern den Mund zu voll genommen!“)

Ich möchte aber konkret, meine sehr verehrten Damen und Herren, zu den Landesausstellungen sprechen. Ich meine, Landesausstellungen sind eines der besten Lenkungsmechanismen, die das Land einsetzen kann. Es wird hier in diesem Hohen Haus doch wohl niemand ernsthaft bestreiten, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass diese Ausstellungen nicht nur den Veranstaltungsorten, nein, sogar ganzen Regionen und oft darüber hinaus neue Identität und Chancen bringen beziehungsweise bereits gebracht haben. Wir wissen heute alle, dass Landesausstellungen nicht nur vom kulturellen oder touristischen Aspekt aus gesehen werden können. Alle, die bereits eine Landesausstellung in ihrem Ort durchführen konnten, wissen, wie hoch die Wertschöpfung anzusetzen ist. Dies beginnt bereits im Vorfeld durch zahlreiche Bautätigkeiten. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bringe immer gerne Beispiele, und zwar dann, wenn ich weiß, wovon ich rede. Ich darf hier am

Beispiel der Stadt Leoben erwähnen, dass bereits im Vorfeld der Landesausstellung und, Herr Landesrat, diesen Aspekt muss man berücksichtigen, von öffentlichen und privaten Bauträgern 500 Millionen Schilling nur allein in Bauten, in Ortsverschönerungen, Fassadenfärbungen und so weiter investiert worden sind, 500 Millionen Schilling nur in einer Stadt. Weiters erfolgt im Vorfeld einer Landesausstellung die Gründung neuer Betriebe, die Schaffung neuer, zusätzlicher Arbeitsplätze und mündet schließlich in den Höhepunkt, nämlich die Durchführung der Ausstellung selbst, mit monatelanger Besucherfrequenz verbunden, mit beachtlichen Umsätzen in Gastronomie und Handel sowie der Zulieferbetriebe. Weil immer wieder gesagt wird, wo ist dieser berühmte Faktor der Umwegsrentabilität, dann meine ich, dass genaue, durch die Kulturabteilung, damals noch unter Landeshauptmannstellvertreter Dr. Schachner in Auftrag gegebene und durchgeführte Marktuntersuchungen diese Wertschöpfung bestätigen. Was aber das Wichtigste ist, meine sehr verehrten Damen und Herren: Mit der Zusage, dass eine Landesausstellung durchgeführt wird, geht, und das weiß ich aus eigenem Erleben, ein Ruck durch die Bevölkerung der jeweiligen Veranstaltungsorte und der ganzen Region. Selbstbewusstsein und Kreativität werden in ungeahntem Ausmaß freigesetzt und führen sehr oft zu äußerst positiven und erstaunlichen Ergebnissen. Gerade weil heute Abend die diesjährige Landesausstellung „energie“ eröffnet wird, möchte ich von dieser Stelle aus allen Verantwortlichen, den Veranstaltungsorten alles Gute, viel Erfolg und eine hohe Besucherfrequenz und auch Umwegsrentabilität wünschen. Hunderttausende haben in den letzten Jahren die Landesausstellungen besucht. Natürlich weisen, und das muss man auch sagen, thematisch bedingt, einige Ausstellungen verschiedene hohe Besucherzahlen auf. Wichtig ist jedoch, dass die Landesausstellung für viele Gemeinden und Regionen jene Initialzündung war, die Signal für Neubestimmung und Zukunftsperspektive war. Sie alle kennen ja die Orte der Landesausstellungen der letzten Jahre. Ich möchte aber stellvertretend Leoben, Knittelfeld, Radkersburg und Murau nennen. Diesen Gemeinden ist eine optimale Nachnutzung gelungen. Sie nützten den Schwung der zahlreichen neu entwickelten Aktivitäten. Leider ist Frau Dr. Bleckmann jetzt nicht anwesend. Ich möchte aber gerne etwas zur so genannten Nachhaltigkeit sagen und das Leobener Beispiel ansprechen. Mit der Landesausstellung „Made in Styria“ 1997 war es erst möglich, diese Kunsthalle mit Hilfe unseres damaligen Kulturreferenten Landeshauptmannstellvertreter Dr. Schachner zu bauen, der uns finanziell sehr geholfen hat, unsere ethnologischen Ausstellungen durchzuführen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wissen Sie, wie viele Leute allein diese Ausstellungen verbunden mit den Rahmenprogrammen besucht haben? In den letzten drei Jahren waren das 500.000 Personen. Das ist Nachhaltigkeit. Ich komme später noch dazu was es heißt, das fortzusetzen. Wir haben heuer die Ägypten-Ausstellung, die bestens läuft. Eine Landesausstellung, und das muss man auch sagen, sollte aber nicht wie ein Zirkusgastspiel sein, wo man nach dem Ende die Zelte abbaut, die Sägespäne aus der Manege kehrt und es bleibt nichts mehr übrig. Ich schlage daher vor, jene Gemeinden, denen keine optimale und nachhaltige Nachnutzung gelungen ist, derart weiter zu betreuen und zu begleiten, dass gemeinsam taugliche Konzepte entwickelt werden, die den großen Einsatz an Gestaltungs- und Geistespotenzial, verbunden mit einem hohen finanziellen Mitteleinsatz, auch rechtfertigen.

Es ist aber sehr bedauerlich, dass die Reihe der Landesausstellungen im nächsten Jahr eine Unterbrechung erfährt. Umso erstaunlicher ist es aber, dass im Budget 2001 und 2002 trotzdem die entsprechenden Ansätze für die Landesausstellung in Wagna aufscheinen. Hier wird unsere berechnete Kritik bestätigt und der Vorwurf, das Budget ist eine „Mogelpackung“, erneut als richtig erwiesen. Herr Landesrat Dr. Hirschmann, es wäre interessant von Ihnen zu erfahren, für welche Events Sie dieses Geld im nächsten Jahr ausgeben werden. Eines ist aber festzuhalten: Alle jene Orte, die auf Grund von bereits einstimmig gefassten Regierungsbeschlüssen schon fix mit der Ausrichtung der Landesausstellung rechneten und die Vorarbeiten auf das ihnen zugesagte Jahr der Ausstellung teilweise sehr weit vorangetrieben haben, werden verunsichert und vor den Kopf gestoßen. Wesentlich zu dieser Verunsicherung haben Ihre immer wieder abgegebenen Stellungnahmen über die Sinnhaftigkeit von Landesausstellungen und den daraus entstehenden Kosten beigetragen. Ich darf aus dem „Standard“ vom 12. März 2001 ein Zitat von Ihnen bringen: „Die Steiermark ist das einzige Bundesland, das sich jährliche Landesausstellungen leistet. Für derlei kostspielige Ortsbildverschönerungen habe ich weder Geld noch Verständnis!“ Die „Kronen-Zeitung“ schreibt am 11. März 2001: „Nicht regionale Belustigungen, sondern wirkliche Ereignisse seien gefragt!“ Am Beispiel Leoben ist zu sehen beziehungsweise kann bewiesen werden, dass es weit hinaus über regionale Belustigungen geht und jene Orte, die bereits Landesausstellungen gehabt haben, werden Ihnen das bestätigen. Ich komme schon zum Schluss: Es kann doch wohl nicht sein, dass diese für die Regionalentwicklung so effiziente und unverzichtbare Kulturveranstaltung, wie sich nun einmal eine Landesausstellung darstellt, auf dem Altar des Stabilitätspaktes als Kniefall vor Wien geopfert wird. (Beifall bei der SPÖ. – 14.18 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Ferstl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ferstl (14.18 Uhr): Herr Präsident, Herr Landeshauptmannstellvertreter, meine Herren Landesräte, meine Damen und Herren des hohen Hauses!

Ich habe die falsche Hoffnung gehabt, dass ich mit meiner Wortmeldung zur Gruppe 3 vielleicht Donnerstag am Abend noch drankomme oder spätestens heute Vormittag. Leider habe ich mich geirrt. Es haben alle Gruppen rund fünf Stunden gebraucht. Ich werde aber dazu beitragen, so hoffe ich, dass es nicht mehr fünf Stunden dauern wird, weil ich mich kurz in meiner Wortmeldung fassen werde. Die Stellung der Volkskultur im Kulturland Steiermark möchte ich mit der Verantwortung der Politik gegenüber dieser Kultur beziehungsweise der Volkskultur unterstreichen. Die Aufgabe der Politik ist es, das Kulturerbe hinsichtlich der verschiedenen Gattungen und Brauchtümer aus Ehrfurcht vor den künstlerischen Leistungen und kulturellen Errungenschaften

früherer Generationen zu bewahren und zu sichern. Unserer Steiermark soll als Träger einer Kulturautonomie eine besondere Verantwortung zukommen und ihre Präsentation als Kulturland soll mit einem unverwechselbaren Profil neu geschärft werden. Wenn als gemeinsame Plattform ein offenes, kommunikativ verstandenes Volkskulturfest erstmals im Jahre 2002 veranstaltet wird, soll dies zum Treffen und Erhalten der regionalen kulturellen Vielfalt beitragen. Als literarische Basis soll es den steirischen Brauchtumskalender geben, um auf der Suche nach der Urverbundenheit die gelebte Tradition in unserem Land verstärkt hervorzukehren. Dazu gehören auch, Herr Abgeordneter Hagenauer, Frühschoppen mit Blaskapellen, Chören, Trachtenvereinen, die in Österreich und die im benachbarten Ausland zu Volkskulturereignissen ersten Ranges zählen. (Beifall bei der FPÖ.)

Danke! Eine weitere Absicht besteht in diversen Auszeichnungen, die unser Landeshauptmannstellvertreter Leo Schöggel als zuständiger Landesrat einführen wird, um „kleine und große Teilnehmer der Volkskultur“ wieder zu neuen Schaffensformen zu motivieren. Ein Volkskulturabzeichen, untergeteilt in alle Sparten der Volkskultur, soll ebenfalls dazu beitragen. Die Abgeordnete Frau Dr. Bleckmann und meine Wenigkeit bringen daher einen Entschließungsantrag mit folgender Begründung ein:

In der steirischen Kulturlandschaft ist der Bereich Volkskultur entgegen seiner wirklichen Bedeutung unterrepräsentiert. Volkskultur ist für die etablierte Kulturpolitik eine Kultur scheinbar ohne soziale Bedeutung und künstlerische Qualität, für die man glaubt, mit geringen finanziellen Förderungsmitteln das Auslangen zu finden. Dabei haben uns zum Beispiel die ländliche Festtagskultur in ihren landschaftsgebundenen Trachten und Musikformen, die darstellende Kunst des Landes oder traditionelle Gewohnheiten, Kommunikations- und Geselligkeitsformen oder Bräuche unendlich viel für die Gestaltung unseres Lebens zu sagen.

In der Volkskultur finden sich Kulturleistungen, welche für die Gesellschaft überlebenswichtig sind und die in dem in gigantische räumliche und politische Dimensionen auswachsenden Europa immer wichtiger werden. Heimatrepräsentation und Traditionspflege geben den Menschen in unserer dynamischen und schnellen Welt Orientierung und Sicherheit.

Auch das Gewicht des Kulturlandes Steiermark in Österreich und Europa kann durch die Repräsentation der Volkskultur steigen, wenn unverwechselbare regionale Kulturleistungen dargestellt werden, die es in diesem Lande gibt. Wie jede öffentliche Aktivität braucht die Volkskultur finanzielle und organisatorische Unterstützung, die ihr gebührt – während die Neigung besteht, sie als Stiefmütterchen des Kulturbetriebes zu betrachten. Aus steirischer Sicht wäre besonders die Sanierung des Steirischen Volkskundemuseums ein wesentlicher Beitrag zur Aufwertung der Volkskultur.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens Sorge zu tragen, dass der traditionellen Volkskultur künftig ein höherer gebührender Stellenwert zukommt und zweitens die erforderlichen Maßnahmen zur Rettung, Sanierung und Neueröffnung des Steirischen Volkskundemuseums nach Maßgabe der budgetären Mittel zu setzen. Ich bitte um Annahme. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP. – 14.23 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Kasic. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Kasic (14.23 Uhr): Frau Landeshauptmann! Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ziel der steirischen Kulturpolitik 2000 bis 2005 ist es, das Profil der Steiermark als Kulturland Nummer eins und als Kulturregion mit einem unverwechselbaren Profil neu zu schärfen. So steht es in der Regierungserklärung und wir wollen als ÖVP dazu ein klares Bekenntnis ablegen. Ein Bekenntnis, meine Damen und Herren, dass wir für unsere Künstler, für die freischaffenden aktiven Künstler ein Bekenntnis ablegen, um ihnen einen Freiraum zu gewähren und dass nach einer Zeit von durchaus parteipolitischem Missbrauch der Kunstveranstaltungen und Events durch den früheren Kulturreferenten neue klare Ansätze erkennbar sind. Und wenn hier immer wieder lamentiert wird, dass die Budgetpositionen nicht hoch genug angesetzt sind, dann gibt es auch die Möglichkeit, diese Budgetpositionen oder diese Initiativen auch durch entsprechende Umschichtungen darzustellen. Und ich darf darauf verweisen, dass wir hier erstmals einen Ansatz im Budget zur Förderung innovativer Kunstprojekte haben, meine Damen und Herren, wo Landesrat Hirschmann sehr deutlich zeigen will, als Aufruf an die Initiativen in diesem Land, an die Regionen draußen, dass hier freie, aktiv produzierende Kunstschaffende aktiv werden können. Denn eines, meine Damen und Herren, muss uns schon klar sein: Was ist denn in der Vergangenheit vom früheren Kulturreferenten passiert? Schiele, Gauguin, kulturpolitische Selbstläufer, um es einmal so zu formulieren, die von selbst Erfolge eingefahren haben. (Abg. Gennaro: „Bitte, sage das noch einmal, das klingt so schön!“) Dahinter stand kein künstlerischer Wagemut, da gab es nichts an Humus, damit etwas Neues gedeihen konnte. Mit einem klaren Bekenntnis und diesem neuen Budgetansatz wird vor allem draußen in den Kulturinitiativen, meine Damen und Herren, quer in diesem Land ein Neustart möglich.

Wenn der frühere Abgeordnete Getzinger gemeint hat, Kulturpolitik hat in der Steiermark unter Führung von Landeshauptmannstellvertreter Schachner-Blazizek eine neue Dynamik erhalten, so meinte er wohl eine Dynamik des Verschwendens, Geldausgebens und der Selbstinszenierung, keinesfalls aber eine neue Dynamik in der Kultur. Als Beispiel seien nur die Ausstellungen in Graz erwähnt, wo man wahrscheinlich das Wort „24“ oder „42“ in Ziffern etwas falsch geschrieben hat. Hier müsste man wahrscheinlich noch richtig schreiben lernen, zwischen Buchstaben und Ziffern, damit es seinen richtigen Niederschlag findet.

Meine Damen und Herren, ich glaube, dass diese Initiativen, die hier einen Ansatz finden, auch ein Beweis dafür sind, wie sehr uns diese Initiativen im Lande am Herzen liegen. Denn was sich hier quer durch das Land, vor allem von Non-Profit-Organisationen, von privaten Vereinen abspielt, ist gigantisch und verdient den Respekt dieses Hohen Hauses, ob das die Poesie im Ausseerland ist bis zu den Wildoner Schlossspielen, ob das der Kulturklub Zatom in Liezen oder das KultUrviech in Rottenmann ist, bis hin zur Ausstellung Alchemie, die heuer auf Burg Rabenstein stattfinden wird. Und ich darf mich bei dir, Herr Landesrat Hirschmann, bedanken für diese Unterstützung, die wir heuer bekommen werden. Es werden aber nicht diese zig Millionen und wirklich zig 30, 40 Millionen sein, meine Damen und Herren, die man für eine Selbstinszenierung des Herrn Landeshauptmannstellvertreters damals investiert hat, sondern das, was sich heuer in Frohnleiten abspielen wird, wird mit viel, viel weniger Budget auskommen müssen und – da wird mir mein Freund Wolfgang Erlitz beipflichten – eine genauso gute und gelungene Veranstaltung sein.

„Kulturelle Vielfalt im ländlichen Raum“, meine Damen und Herren, titelte kürzlich Gabriele Wolf einen Artikel, in dem sie ein klares Bekenntnis zu dieser kulturellen Vielfalt in diesem Lande einbekannte. Die ländlichen Regionen der Steiermark sind längst kein kulturpolitisches Entwicklungsland mehr. Das kulturelle Angebot und die in der Region stattfindenden Aktivitäten werden vielfach von Kulturinitiativen, Museumseinrichtungen und Privatpersonen initiiert. Gerade die oft als kulturschwach deklarierten Regionen weisen kontrastierend, meine Damen und Herren, im kulturellen Bereich starke Akzente auf und setzen innovative Impulse. Kulturelle Aktivitäten in den Regionen, sei es von Museen oder anderen kulturellen Einrichtungen, stehen quantitativ an der Spitze der Arbeit. Gerade im Zuge der zunehmenden Globalisierung werden identitätsstiftende Einrichtungen, wie beispielsweise auch die Heimatmuseen, an Bedeutung gewinnen. Um gerade diesen Initiativen auch eine Hilfestellung zu geben, ist derzeit auch in der Kulturabteilung daran gedacht, eine Servicestelle einzurichten, die behilflich ist bei der Abwicklung von Förderungsansuchen, die behilflich ist bei der Abwicklung von Pressearbeit, die sehr initiativ sein wird, um das Ganze zu koordinieren. Es geht also hier nicht nur darum, Geld quer durch das Land zu verstreuen, wie es in der Vergangenheit passiert ist und sich dafür wohlwollende Meinungen einzukaufen und sozusagen parteitaktisches Kleingeld zu verdienen, wie es heute schon einmal erwähnt wurde, sondern es geht hier wirklich um die Hilfe für dies vielfältigen Kulturinitiativen. Eine vielfältige Kulturszene in der Region kommt den Wünschen entgegen, Kultur im Ort, im eigenen Lebensumfeld zu genießen und dadurch intensiver selbst zu erfahren, selbstbezogener zu erleben. Ich glaube, meine Damen und Herren, dass dieser Erlebniswert auch im kulturellen Bereich stärker denn je an Bedeutung gewinnen wird und wir die Menschen in diesem Land stärker als bisher für diese kulturellen Initiativen einbinden können. Ich danke Ihnen! (Beifall bei der ÖVP. – 14.29 Uhr.)

Präsident: Als nächste Rednerin hat sich die Frau Abgeordnete Margarethe Gruber zu Wort gemeldet. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Margarethe Gruber (14.29 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, meine Herren Landeshauptmannstellvertreter, meine Herren Landesräte, meine sehr geschätzten Damen und Herren!

„Weh mir. Wo nehm ich, wenn es Winter ist, die Blumen und wo den Sonnenschein“ – diese Zeilen stammen von Hölderin und wir alle nehmen doch ein wenig Sonnenschein aus der Befassung mit Kunst und Kultur für unsere Arbeit für uns als Menschen mit. In dieser Zeit, die so schnelllebig ist, die geprägt ist vom Streben nach Gewinnmaximierung, muss der Förderung der Kunst im Erleben und Mitgestalten Platz geboten werden. Dies beginnt, wie schon erwähnt, bei den Musikschulen in der ganzen Steiermark und endet – wir haben es noch nicht ausdiskutiert und können es auch nicht definieren – niemand weiß genau wo. Hier muss vieles Platz finden und darf nicht dem Spargedanken geopfert werden. Hier wird der Grundstein gelegt, mit welchem Gedankengut ein Volk umgeht. Das Aufzeigen dessen, was einmal war, die Darstellung des Geschehens und des Gegenständlichen in den Museen darf hierbei nicht vernachlässigt werden. Ich meine hier nicht nur die großen Museen rund um Graz, sondern auch jene in den Städten, draußen am Land, die, wenngleich kleiner, doch von unschätzbarem erzieherischem Wert sind und dieses Budget muss auch diesen Interessen gerecht werden. Ich komme aus einer kleineren Stadt, die schon früh erkannt hat, dass es neue Wege in der Kunst zu gehen hat. Ich danke unserem Landeshauptmannstellvertreter Schachner, dass er erkannt hat, dass auch Förderungen auf dem Land notwendig sind. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich freue mich, dass es in diesem Budget, und es wurde schon angeschnitten, auch einen Ansatz zur Förderung innovativer Kulturprojekte gibt. Ich hoffe, dass sie auch in den Provinzen stattfinden kann. Erfreulich ist auch, dass der erst vor kurzem in diesem Haus sehr negativ dargestellte „Jazz im Sommer“ doch einen Platz im Rechnungswerk gefunden hat. So schlecht, wie Klubobmann Lopatka die Tätigkeiten seines Vorgängers von Herrn Landesrat Dr. Hirschmann geschildert hat, war es wohl doch nicht. Wenn er gesagt hat damals, und es wurde auch heute wieder dargestellt, dass diese Ausstellungen eigentlich nicht diesen Stellenwert haben, dann frage ich mich, welche Impressionisten als jene, die wir bei dieser Ausstellung in Graz hatten, sind ansonsten Impressionisten? Ich danke dem Herrn Abgeordneten Kasic für seine Ausführungen. Das Zitieren dieses Zeitungsartikels zeigt ja doch, dass der Grundstein dafür, dass die Steiermark ein wohlbestelltes Kulturland ist, durch Herrn Landeshauptmannstellvertreter Schachner gelegt worden ist. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich darf noch einen Unselbstständigen Entschließungsantrag zu Punkt II dieser Budgetvereinbarung einbringen, die unter dem Titel „Vermögensveräußerungen“ die Absicht der Landesregierung festhält, von den derzeit 500.000 Schilling abzugehen und Liegenschaften um mindestens 1376,03 Prozent zu erhöhen. Mein Antrag lautet daher, der Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, von ihrem

Ansinnen, die Wertgrenzen, innerhalb derer die Landesregierung ohne Befassung des Steiermärkischen Landtages Liegenschaftsverkäufe durchführen kann, auf das 13,7603-fache zu erhöhen, aus demokratiepolitischem Anstand Abstand zu nehmen und keine diesbezügliche Regierungsvorlage vorzubereiten. (Beifall bei der SPÖ. – 14.34 Uhr.)

Präsident: Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Abgeordnetem Tasch. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Tasch (14.35 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, beide Landeshauptmannstellvertreter!

Viele Landesräte sind heute bei der Kulturdebatte anwesend. Da sieht man, welchen hohen Stellenwert die Kultur in der Steiermark hat. Für mich ist die Volkskultur und die Hochkultur nicht trennbar. (Beifall bei der SPÖ und den Grünen.)

Man darf die Kultur nicht kleinkariert sehen. Bei der Kultur sind die Fenster weit aufzumachen, um sich weit hinauslehnen zu können, aber auch weit hereinschauen zu können. (Beifall bei der SPÖ und den Grünen.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Österreich ist als Kulturland in der ganzen Welt bekannt. Das Neujahrskonzert mit dem Stardirigenten Nikolaus Harnoncourt wurde selbst bis nach China übertragen. Die Hochkultur macht Österreich als Land bekannt, so dass sich das auch für unseren Tourismus bestens und positiv auswirkt. Lieber Gerhard, wenn dich die Zeitschrift „Format“ zum zweiterfolgreichsten Politiker im Tourismus gewählt hat, dann bin ich davon überzeugt, dass du nicht lange brauchen wirst, am Kultursektor die Nummer eins zu werden. (Beifall bei der ÖVP. – Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Bravo!“)

Bei den Menschen draußen mache ich die Erfahrung, dass sie nicht nach oben und nach unten zu spalten sind: in eine Hoch- und eine Volkskultur. Alle können Anteil nehmen an allen kulturellen Einrichtungen. Diese Gemeinsamkeit macht unsere Identität aus. Ich merke an den Menschen in meiner unmittelbaren Umgebung, vom Ausseer Land bis zu den Ennstalern, dass sie genauso gerne in die Oper fahren wie sich auch mit Blasmusik bei einem Fröhschoppen zu unterhalten, bei einem der wichtigsten Festivals der neuesten Musik in Schladming begeistert und zukunftsweisend die Klänge aus allen Ländern der Welt aufnehmen und dann in einer Almhütte sitzen, jodeln und sich erfreuen. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das alles hat seine Zeit und seinen Ort. Unsere Blasmusiker werden in den Musikschulen unterrichtet. Musikschuldirektoren sind Kapellmeister, Musikschullehrer sind bei der Blasmusik dabei. So sitzen Profimusiker neben Liebhabern, um Märsche, Unterhaltungsmusik und auch Musik unserer großen Meister zu spielen. Ich frage mich, ob durch die Dreiteilung der Kultur nicht Grenzen aufgerichtet worden sind, die in der Wirklichkeit nicht bestehen, weder bei den Menschen selbst noch innerhalb unserer Gesellschaft. Und das heißt weiter, dass enge Zusammenarbeit zwischen Referenten notwendig ist, um nicht künstliche Barrieren aufzurichten zwischen Teilbereichen der Kultur. (Beifall bei der ÖVP. – Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Ich glaube, ihr habt die Barrieren dort aufgebaut!“) Nein. Die Barrieren, die du aufgerichtet hast, sind wieder zum Abbrechen. Das ist auch ganz klar. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Also das macht der Schögggl mit dem Hirschmann!“) Landeshauptmannstellvertreter Schögggl ist der Volksmusiker und der Gerhard hat Volksmusik und Hochkultur in seinen Adern. Durch das ist er sicherlich einer der besten Kulturreferenten, den wir seit langem gehabt haben. (Heiterkeit bei der SPÖ.)

Meine Erfahrung vor Ort sagt mir, dass die Menschen für das alles Verständnis haben, was sie persönlich bewegt, persönlich betrifft und das sind nicht große Prestigeprojekte, wie es der Landeshauptmannstellvertreter Schachner immer gehabt hat, sondern oft unspektakuläre Maßnahmen an der Basis, die das Zusammenleben angenehm gestalten.

Dabei darf ideelle und finanzielle Förderung nicht zur Gängelung führen. Im Zentrum steht immer unsere eigene Kultur und ihre Vielfalt, aber auch in ihrer Einheit von „Oben“ und „Unten“, von Hoch- und Volkskultur, die – wie die Mideurope in Schladming zeigt – sich besonders deutlich in der Auseinandersetzung mit den anderen Kulturen hervorhebt und sich weiter entwickelt.

Meine Damen und Herren, unsere Aufgabe in der Politik ist es, das Wohlbefinden der Menschen in der Steiermark zu fördern. Man braucht dazu einiges (Abg. Gennaro: „Den Tasch!“):

Das ist die eigene Gesundheit, durch ein fröhliches erfülltes Schaffen in freier Entfaltung, den Frieden in der Familie, der gefestigt werden kann durch die Erziehung zu fröhlichem Traditionsbewusstsein im Feiern zu den Höhepunkten des Jahres- und des Lebenslaufes. (Abg. Gennaro: „Langsam lesen!“) Freunde, mit denen man in fröhlicher Runde vom ernstesten Schaffen sich ausruhen kann. Freunde, mit denen man – (Abg. Mag. Erlitz: „Mit einem Wort, da kommt Freude auf!“) Erlitz, du verstehst nichts von der Kultur, du hast vom Sport schon wenig verstanden! (Beifall bei der ÖVP.) Freunde, mit denen man erlebt, dass man in einer Landschaft, die man liebt, mit einem Leben, das gelingt, gut eingebettet ist! Das Heimatgefühl ist der größte Wert, den wir aus dem Schatz Volkskultur heben können. In der großen Welt sind wir dann nicht verloren, sondern haben darin einen festen Standpunkt. Meine sehr geehrten Damen und Herren, dazu gehört Volkskultur, gehört Ortserneuerung. Ortserneuerung ist, wo man das Heimatgefühl erleben kann, wo man sich zu Hause fühlt. Und ich kann euch nur sagen, besucht einmal das Krippel der Steiermark, wo wir voriges Jahr den Ortsbildpreis 2000 gewonnen haben. (Abg. Böhmer: „Wer ist denn da Bürgermeister?“) Und das ist das schönste Dorf auf der Welt, das ist Pürgg. In diesem Sinne möchte ich euch sagen, Kultur ist etwas, was Österreich prägt, Kultur ist, was man nicht aufgeben darf. Und wir sind auf dem besten Wege, Kulturland Nummer eins in Europa zu werden. Ein großes Glückauf für die Steiermark! (Allgemeiner Beifall. – 14.42 Uhr.)

Präsident: Die nächste Wortmeldung kommt von der Frau Abgeordneten Dr. Reinprecht. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dr. Reinprecht (14.42 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Herr Abgeordneter Tasch, Ihr Wort in Gottes Ohr! Der Herr Landesrat Paierl hat dieses Budgetkapitel überschrieben mit den Worten: „Der Mensch lebt nicht vom Brot allein!“ Ich nehme an, da hat er Recht. Und ich nehme auch an, das wussten schon die Pfahlmenschen. Auch ich wollte etwas zum Unterschied, zu dem herbeigeredeten Unterschied zwischen Volks- und Hochkultur sagen. Die Frau Abgeordnete Zitz hat vollkommen Recht wenn sie sagt, dass man dabei beide abwertet, indem man sagt, hier gibt es einen Bereich Volkskultur, was das auch immer sein mag, und hier gibt es einen Bereich Hochkultur. Das heißt, das, was für alle angeblich verständlich ist, ist die Volkskultur und dann gibt es einen Bereich, zu dem angeblich – und da hat der Herr Abgeordnete Tasch wirklich Recht – angeblich nur wenige Zugang haben. Und das ist einfach falsch und ein falscher Zugang. Man muss sich auch überlegen, was das für politische Folgen hat. Da kommt zum Beispiel eine dieser Initiativgruppen, von denen der Herr Kasic geredet hat, die beschäftigt sich zum Beispiel mit Mundartdichtung und dann sagt der Herr Landesrat, das geht mich nichts an, das ist die Volkskultur. Diese Trennung ist eine Trennung, die wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen nicht haben wollen. Aber vielleicht ist das auch ein Missverständnis. Vielleicht verstehen manche unter Volkskultur wirklich ganz was anderes und ich rede jetzt von einer Art von Kultur, die ich nicht als Kunst und als Kultur bezeichnen würde, wenn ich irgendwo vorbeikomme, das kann in Graz sein oder irgendwo anders, wo viel getrunken wird, viel gegessen wird und aus irgendwelchen Lautsprechern oder irgendwelchen Bühnen dröhnt es „Zipfl eini, Zipfl außi“ oder Ähnliches. (Abg. Dr. Lopatka: „Was meinen Sie damit?“) Ich meine, dass das nicht das ist, was wir unter Volkskultur verstehen. Es ist auch nicht richtig, wie die Frau Dr. Bleckmann behauptet hat, dass so wenig für diesen Bereich getan worden wäre. Ich erinnere nur zum Beispiel an die Förderung der Heimatmuseen, wo es sehr viele in der Steiermark gibt, die zum größten Teil von ehrenamtlichen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen betrieben werden und wurden und denen geholfen wurde, ihre Arbeit zu professionalisieren und wo auch im Rahmen eines Projektes Arbeitsplätze geschaffen wurden. Und ich erinnere auch an die verstärkte Förderung der Heimat- und Trachtenvereine.

Weiters etwas zum Thema „Nachhaltigkeit“. Auch hier hat die Frau Dr. Bleckmann vollkommen Unrecht. Ich weiß nicht, was sie unter Nachhaltigkeit versteht. Aber für mich ist es schon äußerst nachhaltig, wenn zum Beispiel das Archiv und sich darin befindliche Archivalien saniert werden, auch hier die Sicherung der Archivalien durch Behindertenarbeitsplätze. Sie können sich sicherlich noch erinnern, es wurde im Landtag darüber diskutiert, das hat eine Nachhaltigkeit für die nächsten Jahrhunderte, möchte ich bemerken. Auch die Ausstattung der Landesbibliothek mit EDV in den letzten Jahren, die es der Landesbibliothek ermöglicht hat, sich international in das Bibliothekennetz einzuklinken, oder der Ausbau des Musikhochschulwesens, das muss man – glaube ich – neidlos zugestehen, trotz aller kleinlichen Kritiken, möchte ich jetzt sagen, Herr Abgeordneter Straßberger, ihre Kritik kam mir wirklich sehr kleinlich vor, und auch die Entwicklung der Stadt Leoben zu einer Kulturhauptstadt, zu einer weiteren Kulturhauptstadt in der Steiermark. Ich habe alle Ausstellungen in Leoben gesehen, Sie vermutlich auch. Und ich kann nur eines dazu sagen, jedesmal „klein, aber fein“. Außerdem Politiker sind wirklich keine Sparkassa. Ich weiß nicht, wie sich das die Frau Dr. Bleckmann vorstellt, wir horten, horten, horten, wie der Dagobert Duck, unterhalten uns vielleicht darüber für was, wann, wie, geben das Geld aus und passieren tut gar nichts und dann sind wir glücklich in 20 Jahren, dass wir vor einem riesigen Berg Geld sitzen, nur ist für die Menschen in diesem Land nichts geschehen. Politik ist dazu da, Steuergelder zu verteilen und es ist unsere Aufgabe, sie sinnvoll und klug zu verteilen. (Abg. List: „Sinnvoll!“)

Zum Schluss noch ein kurzes Wort dazu, was Herr Abgeordneter Kröpfl gesagt hat im Hinblick auf den Ausspruch von Herrn Landesrat Hirschmann, dass man die Hand, die einen füttert, nicht beißen soll. Ich muss sagen, in der Steiermark hat es sehr viele ungewöhnliche Kulturprojekte gegeben, die nachhaltig gewirkt haben. Ich erinnere hier an das Forum Stadtpark oder auch an den „steirischen herbst“. Und ich muss sagen, dass es gerade ÖVP-Politiker, -Politikerinnen waren, die als Einzelpersonen hinter diesen Dingen gegen alle Widerstände der Steiermark gestanden sind. Ich erwähne nur einen Namen, zum Beispiel Hanns Koren. Und ich würde mir wünschen, Herr Landesrat Hirschmann, dass Sie diese Tradition weiterführen und keine Drohungen ausstoßen. Natürlich kann nicht alles gefördert werden, das wissen wir auch. Aber die Entscheidung, was gefördert wird und in welcher Höhe es gefördert wird, darf nie politisch motiviert sein. Es darf nie davon abhängig sein, in welcher Beziehung die Kunst und diese Künstler zur jeweiligen Regierung oder zu den jeweilig politisch Mächtigen in einem Land stehen. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 14.49 Uhr.)

Präsident: Die nächste Wortmeldung kommt von der Frau Abgeordneten Mag. Zitz. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Zitz (14.49 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Regierungsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste!

Ich bringe jetzt noch einige Abänderungsanträge ein. Der erste Antrag: Erhöhung der Mittel für Privattheater statt „Classics in the City“. Die Beiträge an Privattheater sind in der Steiermark mit 2 Millionen Schilling im Landesvoranschlag 2001 im Vergleich zu anderen Bundesländern äußerst gering. Im Gegenzug werden aus Mitteln der Kulturförderung kulturpolitisch wenig relevante Veranstaltungen wie „Classics in the City“ unterstützt. Eine solche Veranstaltung müsste – wenn überhaupt – durch Umschichtungen aus Mitteln der Tourismusförderung unterstützt werden. Um die finanzielle Situation der Privattheater zu verbessern, soll daher eine

Umwidmung der Mittel für „Classics in the City“ vorgenommen werden. Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen: Im Voranschlag 2001 wird erstens der Ansatz „Beiträge an Privattheater“ um 1,5 Millionen Schilling erhöht und zweitens der Ansatz „Classics-in-the-City-Beitrag“ um 1,5 Millionen Schilling reduziert und auf Null gestellt. Beim zweiten Antrag geht es inhaltlich um das Gleiche. Es wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen: Im Landesvoranschlag 2002 wird erstens der Ansatz „Beiträge an Privattheater“ um 109.000 Euro erhöht und zweitens der Ansatz „Classics-in-the-City-Beitrag“ um 109.000 Euro reduziert und auf Null gestellt.

Ich bringe einen weiteren Antrag betreffend Filmförderung statt Frühschoppenförderung ein. Inhaltlich habe ich das schon vorhin begründet. Es wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen: Im Landesvoranschlag 2001 wird erstens der Ansatz „Förderung von Film und Video“ um 2,3 Millionen Schilling erhöht und zweitens der Ansatz „Beitrag an den ORF“ um 2,3 Millionen Schilling reduziert und auf Null gestellt. Ich bringe jetzt analog dazu einen weiteren Antrag ein. Der Landtag wolle beschließen: Im Landesvoranschlag 2002 wird erstens der Ansatz „Förderung von Film und Video“ um 167.100 Euro erhöht und zweitens der Ansatz „Beitrag an den ORF“ um 167.100 Euro reduziert und auf Null gestellt.

Der nächste Antrag betrifft die Förderung innovativer Kunst und Kultur statt Eventkultur. Es wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen: Im Landesvoranschlag 2001 wird erstens der Ansatz „Beitrag zur Förderung innovativer Kunstprojekte“ um 3,8 Millionen Schilling erhöht und zweitens der Ansatz „Beitrag für das Projekt Jazz im Grazer Sommer“ um 3,8 Millionen Schilling reduziert und auf Null gestellt. Analog dazu ein weiterer Antrag.

Der Landtag wolle beschließen: Im Landesvoranschlag 2002 wird erstens der Ansatz „Beitrag zur Förderung innovativer Kunstprojekte“ um 276.200 Euro erhöht und zweitens der Ansatz „Beitrag für das Projekt Jazz im Grazer Sommer“ um 276.200 Euro reduziert und auf Null gestellt. Ich ersuche um Annahme dieser Anträge. Danke schön! (14.53 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl. Ich erteile ihm das Wort.

Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl (14.53 Uhr): Herr Präsident, geschätzte Kollegen auf der Regierungsbank, hoher Landtag!

Nach der Rede des Herrn Abgeordneten Tasch fällt es mir als zuständigen Referenten fast schwer noch etwas hinzuzufügen. Sehr umfassend und emotional hat er das Thema Volkskultur beleuchtet. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es wurde hier so quasi eine Trennung zwischen Volkskultur und Hochkultur herbeigeführt. Diese Trennung gibt es selbstverständlich nicht. Eines halte ich fest, dass wir übereingekommen sind, dass wir in der Regierung, jedes Regierungsmitglied, zumindest wir beide, die Möglichkeit haben, dass wir jenen Bereich, der emotional einem sehr nahe steht und für den wir, und ich denke, Politik hat ja auch mit Emotionen zu tun und hängt auch mit persönlichen Neigungen zusammen, den wir besonders gerne abdecken, auch abdecken und betreuen können, weil gerade die Akteure in der Volkskultur auch diese Betreuung brauchen. Es ist gut, wenn es ein Regierungsmitglied gibt, von dem sie das Gefühl haben, das wirklich hinter ihnen steht.

Um ein paar Zahlen zu nennen, weil sich die Grünen mit ihrem eigenen Humor am Begriff „Frühschoppen“ festmachen, wobei nicht einmal sie etwas gegen Fröhlichkeit haben werden (Unverständlicher Zwischenruf.): Sie haben es vielleicht nicht verstanden. Es geht nicht darum, dass man sich in bierseliger Laune vergnügt, sondern da ist eine Plattform geboten. Es geht auch nicht ausschließlich um Frühschoppen, sondern um die Sänger- und Musikantentreffen. Wer bei dem einen oder anderen dabei war weiß, mit welcher Qualität dort musiziert wird. Es ist wichtig, dass wir auch den Akteuren der Volkskultur eine Plattform bieten, wo sie sich im entsprechenden Rahmen entsprechend darstellen können, ihre Darbietungen aufführen können und wo auch vom ORF mitgeschnitten wird, damit diese Darbietungen auch einem weiteren Kreis zugänglich gemacht werden können. Außerdem werden dann Tonträger angefertigt, die verkauft werden und der Erlös kommt selbstverständlich auch diesen Gruppen zugute. Was die Grünen dagegen finden, weiß ich nicht. Ich werde diese Gruppen auch dementsprechend darüber informieren, dass die Grünen nicht so für diese Art zugänglich sind. Vielleicht werden sie dann auch den einen oder anderen Freund in diesem Kreis verlieren. Das ist aber Ihr Problem und ist nicht mein Problem. Ein paar Zahlen, wenn wir von der Blasmusik allein sprechen: Wir haben 397 Kapellen in der Steiermark mit rund 16.000 Mitgliedern. Die Blasmusik begleitet uns durch das ganze Leben, quasi von der Wiege bis zur Bahre. Wenn man die Auftritte – auch die Sozialdemokratie greift am 1. Mai sehr gerne auf die Blaskapellen zurück – beobachtet und sieht, wie viele junge Leute dort mitmachen, wie groß der Anteil der Jugend ist und mit welcher Freude dort musiziert wird, dann ist das ein sehr wichtiger Beitrag zu unserer kulturellen Entwicklung. Ich bedanke mich von dieser Stelle aus bei allen Akteuren in der Blasmusik, bei Herrn Obmann Prof. Suppan und seinem Vorstand, aber auch bei allen Kapellmeistern und allen Musizierenden in der Steiermark besonders herzlich für ihren Beitrag zu unserem kulturellen Leben. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP.) Wir wissen, dass die Kapellen natürlich auch einen wirtschaftlichen Faktor darstellen. Wir bewegen mit einem Förderschilling etwa 15 Umsatzzschillinge. Das heißt, ein Schilling, mit öffentlichen Mitteln in diesem Bereich gefördert, bewegt, stimuliert etwa 15 Schilling im privaten Bereich. Wenn wir mit öffentlicher Förderung eines erreichen wollen, dann ist es Idealismus, der Einsatz und die Freude an der Arbeit. Und das erreichen wir bei der Förderung der Blasmusik im besonderen Maße und ich bin stolz darauf, dass das möglich ist. (Beifall bei der FPÖ.)

Wir fördern aber auch andere Dinge, und ich erlaube mir, drei Punkte zu erwähnen: Sie wissen, dass das Wort Tracht von Tragen kommt. Es wird die Innung der Schneider gefördert, die an der Weiterentwicklung der steirischen Tracht auch ein Teil unserer Identitätsarbeit ist. Ein wichtiges Projekt ist ein großes Volkskulturfest im nächsten Jahr in der Landeshauptstadt, wozu wir alle Verbände einladen. Und darum ist es auch so wichtig, dass es dieses Referat gibt. Früher war es die Blasmusik allein, jetzt haben wir die Sänger, die Tänzer und auch das Heimatwerk dabei. Alle Akteure können wir dadurch besser bündeln. Mir sind dabei wirklich alle gleich lieb und wert. Auch der Arbeitersängerbund zum Beispiel ist in den Förderlisten ein Stammgast. Das ist auch gut so, dass er in vollem Umfang einbezogen ist. Der Wunschtermin für dieses Volkskulturfest ist der erste Sonntag nach dem Feriende in nächsten Jahr. Wir werden versuchen, ein großes Volkskulturfest in Graz zu organisieren. Ich lade Sie von dieser Stelle aus jetzt schon ein. Unser Volkskulturkalender, den ich in der Tradition übernommen habe, wird im nächsten Jahr anders ausschauen. Wir wollen versuchen an der Tradition Peter Roseggers anzuknüpfen. Dieser Kalender soll eines der traditionell gestaltetsten Lesebücher in den Haushalten sein. Ich denke, dass dieses Projekt sehr Erfolg versprechend sein wird. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit, ich danke aber auch allen Akteuren in der Volkskultur für das Mitun, für das Gestalten unseres alltäglichen Lebens. Ich glaube, ohne Volkskultur, ohne die Musik, ohne alle Akteure würde unsere Steiermark sehr arm sein. Sie schenken uns wirklich einen großen Schatz. Danke schön! (Beifall bei der FPÖ. – 14.59 Uhr.)

Präsident: Herr Abgeordneter Hagenauer!

Abg. Hagenauer (15.00 Uhr. – Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Das ist, wenn man sich über etwas lustig macht und nicht weiß warum!“): Genau, ich wiederhole für das Protokoll den Herrn Landesrat. Das ist, wenn man sich über etwas lustig macht und man weiß nicht worüber. Ich antworte genau dazu!

Herr Landesrat, es geht nicht an, dass ein Regierungsmitglied – und ich gehe davon aus in vollem Bewusstsein – die volle Unwahrheit sagt. Der Antrag der Grünen hat sich bezogen schon im Ausschuss, wo Sie damit konfrontiert wurden und auch hier ausdrücklich auf den Frühschoppen. Sie haben in einer unzulässigen Art und Weise, das ist jetzt ein vornehmer Ausdruck, in einer unzulässigen Weise und wahrheitswidrig – (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Ungeheuerlich, eine ungeheuerliche Unterstellung!“) und es bleibt allen hier Anwesenden, wir zwei brauchen über den Begriff Wahrheit gar nicht zu diskutieren (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Das ist eine Ungeheuerlichkeit! Das nehme ich von Ihnen nicht zur Kenntnis!“), es hat jeder hier gehört, wahrheitswidrig und in ungeheuerlicher Art und Weise etwas gesagt, was ich jetzt wiederhole, dass Sie an diese Gruppen, nämlich (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Sie haben kein Interesse an diesen Leuten!“) Volksmusiksängertreffen unter anderem explizit diesen Gruppen mitteilen werden, dass die Grünen sich dagegen aussprechen, dass sie finanziert werden.

Das nächste dieser Sängertreffen das wird der Geigentag in Stattegg sein. Zu diesem Treffen zum Beispiel gehe ich seit Jahren sehr gerne. Nur habe ich Sie dort noch nie gesehen. (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Wir brauchen eh nicht gemeinsam auftreten!“ – Beifall bei der SPÖ. – 15.01 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich nun Landesrat Dr. Gerhard Hirschmann. Er ist am Wort.

Landesrat Dr. Hirschmann (15.01 Uhr): Lieber Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren und Kollegen auf der Regierungsbank!

Ich darf vielleicht zum Abschluss der an sich sehr guten Debatte zum Thema Kunst und Kultur einige Dinge zusammenfassen, meine verehrten Damen und Herren, das eine Mal. Prof. Rauch hat es am Anfang – glaube ich – sehr schön gesagt, weil wir heute vorher die Sportdiskussion gehabt haben und Sie wissen, wie stolz wir auf den Sport sein dürfen, wie toll die Steiermark sich in wirtschaftlichen, touristischen Belangen entwickelt hat, wie faszinierend viele andere Dinge sich entwickelt haben in diesem Land, aber in einem hat er ganz sicherlich Recht, meine verehrten Damen und Herren. Der Titel eines neuen Buches, wenn ich mich recht erinnere, des neuen Bischofs heißt, „Aber Bleibendes stiften die Dichter“, ein sehr schönes Buch im Übrigen, ein abgewandeltes Zitat von Hölderlin, und das ist es, meine verehrten Damen und Herren, all das, was wir hier begleiten dürfen in diesem Land über einige Jahre oder Jahrzehnte hindurch, ist wichtig durch die Mühen und Ebenen des Alltags. Aber das, was bleibt, auch von diesen Jahren und Jahrzehnten, stiften andere, nicht wir hier bei aller Notwendigkeit dessen, was wir tun dürfen und begleiten dürfen, meine verehrten Damen und Herren. Und weil das von den Kollegen der SPÖ mehrfach angesprochen wurde und Sie werden das beobachtet haben, ich bin ja sonst nicht so, dass ich irgendeine politische Auseinandersetzung scheue, aber ich habe von Anbeginn, wie ich dieses Ressort übernehmen durfte, gesagt, ich werde kein kritisches Wort über die Zeit meines Vorgängers finden und suchen und ich bleibe auch dabei. Meine verehrten Damen und Herren, aus einem Grund nämlich: Ich unterstelle jedem hier auf der Regierungsbank und bei Ihnen auf den Abgeordnetenbanken, dass er nach seinem Wissen und Gewissen das Bestmögliche aus seiner Position heraus für dieses Land tut. Und in der Politik ist das deswegen eine etwas heiklere Sache und dort gilt das insbesondere, aber ich bin sonst sehr für sportliche Maßstäbe und Wettkämpfe, aber in diesem Bereich würde ich sagen und es wird jedenfalls meine Vorstellung, so lange ich dieses Ressort führen darf, besonders prägen, je weniger man den Kulturpolitiker spürt, desto besser ist es für Kunst und Künstler in einem Land, meine verehrten Damen und Herren. Und das wird meine Devise sein und ich bitte Sie da um Verständnis in der einen oder anderen Frage und ich bitte Sie da auch um Begleitung in dieser Sache.

Ein Zweites, meine verehrten Damen und Herren, weil einige Dinge sehr konkret angesprochen wurden. Ich kann das jetzt nicht alles aufgreifen. Ich habe mir das aber alles notiert und ich möchte schauen, dass wir in vielen Bereichen hier einen größtmöglichen Konsens in diesem Lande in diesem sensiblen Bereich zustande bringen. Ich bin auch dankbar für das, was der Kollege Schögggl soeben gesagt hat. Ich bin gegen jedes künstliche Auseinanderdividieren von Kunst- und Kulturbereichen in diesem Lande. Wir haben uns hier eine gewisse Aufgabenteilung vorgenommen, wie wir uns das in vielen, vielen anderen Bereichen auch vorgenommen haben und auch machen und nicht mehr und nicht weniger ist darin zu erblicken.

Das Zweite, meine Damen und Herren, was ich aber unterstreichen wollte, weil es angesprochen wurde und auch vom Kollegen Kröpfl angesprochen wurde. Ich möchte gerne mit Ihnen schauen, dass wir in diesem Lande eine Kulturpolitik in den nächsten Jahren entwickeln, die die Steiermark im Sinne des eingangs Gesagten zu einer Marke in Österreich und Mitteleuropa wieder macht. Das möchte ich gerne begleiten dürfen und die Grundvoraussetzung für mich ist selbstverständlich – und auch das hat Prof. Rauch angesprochen – Kunst und Kultur und auch die Wissenschaft, das ist der Treibstoff – und wenn wir heute am Vorabend der Eröffnung der Landesausstellung stehen – das ist die Energie der Zukunft dieses Landes und der gesamten Entwicklung dieses Landes. Und ich erwarte mir – es ist auch unsere gemeinsame Verantwortung –, dass eine Kulturpolitik selbstverständlich außerordentlich liberal zu erfolgen hat, außerordentlich tolerant zu erfolgen hat. Und ich erwarte mir sogar von Kunstschaffenden, von Künstlern jeglicher Provenienz, dass sie kritisch gegenüber den Regierenden, kritisch aber auch gegenüber den Oppositionellen, kritisch gegenüber allen, was sozusagen Establishment in einer Gesellschaft ist, das dürfen wir erwarten und das kommt Gott sei Dank auch. Ich aber persönlich, lieber Herr Kröpfl, weiß zu unterscheiden zwischen dieser Art von Kritik und der Kritik, die auf Staatskosten finanziert mit einem Inserat von Kunstbetreibern erfolgt. Und da erlaube ich mir als Politiker auch ein Wort der Diskussion einzuwerfen, nicht mehr und nicht weniger dazu.

Das Dritte, meine verehrten Damen und Herren: Ich bin sehr dankbar, dass von vielen Rednern sehr viele glanzvolle Dinge der kulturellen Entwicklung dieses Landes dargestellt wurden. Und ich stehe nicht an, dem Vorgänger auch dafür zu danken, dass hier aus seiner Perspektive in vielen dieser Bereiche Bestmögliches getan wurde. Ich bin aber vor allem jenen dankbar, die die Arbeit vor Ort tun natürlich im ganzen Land und auch in dieser Stadt. Ich möchte aber vor allem dankenswerterweise an dem anknüpfen, was die Frau Kollegin Zitz auch angesprochen hat, dass wir natürlich einiges an Veränderungen vorzunehmen haben, meine verehrten Damen und Herren. Ich sagte vorhin schon, Kunst und Kultur ist der wichtigste Stichwortgeber für Veränderungen in einer Gesellschaft, eine der herausforderndsten Bereiche von notwendigen Reformen in einer Gesellschaft. Es gibt aber auch Institutionen in der Kunst und Kultur selber, meine verehrten Damen und Herren, die sich diesen notwendigen Reformen nicht entziehen können. Wir konnten heuer auf Grund der echten Möglichkeiten, die wir finanzieller Natur haben, zwei, drei Schwerpunkte setzen, die Sie auch als programmatische Schwerpunkte erkennen sollen. Erstens, und ich halte das fest, es ist neben dem Bereich der Gesundheit, der Spitäler und neben dem Sozialbereich der Kulturbereich – wenn ich das richtig sehe – der einzige Bereich, wo das Budget ausgeweitet wurde, meine verehrten Damen und Herren. Und ich sage das mit großem Respekt deswegen, weil ich auch in der Gesamtverantwortung von uns allen um das Gesamtbudget weiß und auch vor dem Hintergrund im Wissen, meine verehrten Damen und Herren, dass Österreich erfreulicherweise das absolute Land Nummer eins im Bereich von Kunst- und Kulturförderung ist. Es gibt weltweit kein anderes Land, das so viele öffentliche Gelder im Bereich von Kunst und Kultur steckt wie Österreich. Aus gutem Grund, meine verehrten Damen und Herren, müssen wir das auch im Interesse einer Gesamtverantwortung unserer politischen Möglichkeiten im Auge behalten. Das Vierte in dem Zusammenhang, meine verehrten Damen und Herren: Wir haben uns bemüht, die Erfordernisse des Jahres 2003, vom Kunsthhaus bis zum Programm, zu berücksichtigen. Und das ist eine Milliardeninvestition, meine verehrten Damen und Herren, die uns wirklich auch einen Quantensprung nach vorne bringen muss, und zwar nicht nur die Landeshauptstadt, aber speziell die Landeshauptstadt, sondern das gesamte Land nach vorne bringen muss im Sinne dieser Entwicklung, die ich vorhin angesprochen habe. (Beifall bei der ÖVP.)

Wir haben, meine verehrten Damen und Herren, ganz konkret in diesem Jahr das Budget einmal des Joanneums, und ich freue mich, dass Dr. Burböck da ist, dem ich auch mit allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Joanneum, aber auch den Damen und Herren der Kulturabteilung, für ihre Arbeit sehr herzlich danke, einen Schwerpunkt in der Erhöhung des Budgets des Joanneums in einem beträchtlichen Ausmaß gesetzt, weil ich davon überzeugt bin, dass wir dieses Flaggschiff für die steirische Kulturpolitik in den nächsten Jahren ins rechte Rampenlicht rücken können und rücken werden und dass wir davon auch einen großen Segen für dieses Land haben werden. Zweitens, meine verehrten Damen und Herren, haben wir durchaus auch programmatisch das Budget des „steirischen Herbstes“ aufgestockt. Ich weiß, dass das nicht das ungeteilte Wohlgefallen aller findet. Wir haben das aber durchaus auch als programmatische Maßnahme von uns aus gesehen. Zum Kollegen Kröpfl und zum Kollegen Prattes, der die Landesausstellungen angesprochen hat, eine Bemerkung: Herr Kollege, ich darf Ihnen eine Information nachreichen: Alles, was hier Positives über die Landesausstellungen gesagt wurde, stimmt 100-prozentig – das ist überhaupt keine Frage. Aber, meine verehrten Damen und Herren, man wird ja auch ein Stück vorausdenken dürfen. Ich habe bis jetzt keine einzige negative Stellungnahme zu meinen Bemühungen gehört, die Landesausstellungen auf neue Beine zu stellen. Ich habe insbesondere mit einer ganzen Reihe von SPÖ-Bürgermeistern außerordentlich fruchtbare Gespräche geführt. Wir waren uns einig, dass der Ein-Jahres-Rhythmus schlichtweg nicht mehr aufrechtzuerhalten ist. Ich danke dem Bürgermeister von Bad Aussee, ich danke dem Bürgermeister von Bruck, ich danke dem Bürgermeister von Wagner, die sich alle bei mir bedankt haben, dass wir einen neuen Weg gehen wollen. Im Übrigen, damit das,

Herr Kollege Prattes, und ich bitte, das dem anderen Kollegen weiterzusagen, nicht wieder so eine selbstläuferische Legende wird: Ich habe das Budget in all diesen Bereichen aufgestockt. Herr Kollege Prattes, weil Sie gefragt haben, warum nächstes Jahr Wagna im Budget enthalten ist, obwohl dort keine Landesausstellung stattfindet, eine Antwort: Es wird Ihnen als erfahrener Kommunalpolitiker ja nicht unbekannt sein, dass man solche Dinge auf Jahre hinaus vorbereitet und wir im nächsten Jahr die Ausstellungen von 2003, von 2004, von 2005 und von 2006 teilweise anfinanzieren. (Abg. Prattes: „Im Budget steht explizit Wagna drinnen!“) Nächstes Jahr zahlen wir für Wagna einen sehr hohen Betrag. Ich darf Ihnen das als Information nachreichen. Wie im Ausschuss gesagt wurde, es wird ja kein Geld gestohlen von uns, sondern es wird durchaus in Regierungsbeschlüssen in dem Zusammenhang abgedeckt. Zu den Vereinigten Bühnen, meine verehrten Damen und Herren, möchte ich doch ein offenes Wort ansprechen: Es geht ja nicht, dass man sich ans Rednerpult stellt, meine verehrten Damen und Herren, und sagt, naja, für alles müssen wir mehr tun und im Übrigen müssen wir auch sparen. Das wird sich unter dem Strich nicht ausgehen. Ich bekenne mich dazu, denn ich verwalte ungefähr ein Kulturbudget von rund 600 Millionen Schilling. Da gibt es, wie Frau Kollegin Zitz auch angesprochen hat, in dem kleinen Bereich, der überhaupt mit Förderungen zu tun hat, und Kollege Landeshauptmannstellvertreter weiß das in- und auswendig, eine große Gruppe von sehr tüchtigen, sehr engagierten Leuten, die sozusagen als Dauerkunden vor unserer Tür stehen. Aber, meine verehrten Damen und Herren, das Budget, das Sie dieser Tage hier beschließen und das wir dieser Tage auch gedruckt vorliegen haben, reicht in diesen Bereichen nicht einmal ansatzweise, weil wir dort natürlich auch vom Volksbildungswerk bis was weiß ich wohin das Doppelte und das Dreifache von dem, was im Budget steht, geben müssen. Wir decken das ab durch den Deckungskredit im Rundfunk- und Fernsehschilling.

Darüber hinaus gibt es aber einige hunderte Gruppierungen, die gar nichts bekommen. Was will ich damit sagen, meine verehrten Damen und Herren? Wir haben hier eine Vielzahl von Leuten, die vor unserer Tür stehen und die wir sehr unbefriedigend behandeln müssen. Ein Grund davon ist, meine verehrten Damen und Herren, und bei diesen Dingen sollen wir uns nicht nur anlügen, dass wir wissen, dass die Budgets, und das ist politisch unverfügbar, der öffentlichen Hände heute im Bund, Ländern und Gemeinden einfach knapper sind. Es ist politisch unverfügbar, ob hier ein Roter, ein Schwarzer, ein Blauer, ein Grüner oder was weiß ich vorne steht. Wir müssen uns einfach dazu bekennen, dass es irgendwo Rahmenbedingungen gibt. Stichwort Vereinigte Bühnen, weil das, so glaube ich, auch Kollege Kröpfl angesprochen hat: Ich bitte euch, das nicht immer mit dem Einerschmäh, dass ihr die armen Leute so viel gerne habt und ihr so viel für die armen Leute da seid, abzuhandeln. Wir sind mindestens so viel für die armen Leute da und wir tun gar nicht mehr Schmähführen als ihr, sondern wir sind für alle da und für alle Ansprechpartner. Meine verehrten Damen und Herren! Ich weiß, dass auch mein Vorgänger an dem Problem gekiefelt hat. Es war nämlich Dr. Nebel bei mir und hat mir sehr ausführlich – und Sie kennen Dr. Nebel, denn er kommt aus Ihrer Reichshälfte – seine Sicht der Dinge geschildert. Ich will es Ihnen aber ersparen, meine Kollegen von der SPÖ, hier zu erzählen, was er mir alles in dem Zusammenhang gesagt hat. Er hat sich aber sehr lobend über Ihren anfangs gemachten Versuch, dort etwas zu machen, geäußert. Was heißt das, dort etwas zu machen, meine verehrten Damen und Herren? Wissen Sie, was mir sehr weh tut? Mir tut weh, wenn dann Künstler zu mir kommen, von denen man nicht glauben würde, dass sie knapp bei Kasse sind, weil sie einen klingenden Namen haben und von denen, die keinen so klingenden Namen haben, rede ich nicht, die dann vor dir stehen oder sitzen und sagen, ich bräuchte 10.000 Schilling, damit sie über die nächsten paar Wochen kommen, meine verehrten Damen und Herren. Wenn sie dann so einem Menschen sagen müssen, dass ich das Geld nicht habe, weil das Budget, das wir haben und das Sie, meine verehrten Damen und Herren, heute beschließen, in hunderten Millionenhöhe per anno in sozusagen sehr verdienstvolle, damit wir uns nicht mißverstehen, aber doch auch sehr Geld verzehrende Institutionen fließt, dann tut das weh, und ich von dort einen Blankoscheck auf den Tisch gelegt bekomme, wo draufsteht, plus 12, plus 16, plus 18 Millionen Schilling, ich aber für die vorhin genannte Gruppe kein Geld habe. Und ich kämpfe darum, meine verehrten Damen und Herren, was gerade Ihnen ein Anliegen sein müsste, nämlich dass das Nichtinstitutionalisierte, das Nichttraditionelle, das Nichtetablierte Unterstützung bekomme. Entschuldigung, meine lieben Freunde, ich mache gerne eine linkere Kulturpolitik als ihr, wenn wir schon so reden, aber ich würde doch meinen, dass wir uns im selben Boot befinden. Es wird aber doch möglich sein, einer Institution, die sich jährlich einen dreistelligen Millionenbetrag abholt, mit einem Argument zu begegnen. Auch dort hat niemand etwas gestohlen, dort arbeiten die Leute auch brav. Nur, wenn mir der Staatsoperndirektor mitteilen lässt, dass er sich – nämlich in Wien – seit zehn Jahren nicht mehr vorstellen kann, was hier in Graz bei den Vereinigten Bühnen geschieht und wir sollen dort einmal ein bisschen reinschauen – meine verehrten Damen und Herren, dann betrachte ich es als meine Pflicht einmal zu sagen, bitte nur schauen und etwas machen, was ein SPÖ-Staatssekretär na selbstverständlich ohne Glockengeläute in der Öffentlichkeit gemacht hat. Zu Recht auch gemacht hat, meine verehrten Damen und Herren, und das sage ich ganz offen mit allem Respekt vor unserem Opernhaus und vor den Vereinigten Bühnen hier, wenn es möglich ist, die heiligen Staatstheater in Wien auf einen Status zu heben im Sinne einer gesellschaftsrechtlichen Form und auch dort mit gedeckelten Jahresbeträgen, dann wird man in Graz ja wohl darüber einmal reden dürfen, meine verehrten Damen und Herren! (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.) Und verstehen Sie mich ja nicht falsch, das ist im Interesse der kleinen Leute. Und unter kleine Leute verstehe ich diese Vielzahl, Hundertschaften in der Steiermark von Kunst- und Kulturschaffenden, von kreativen Menschen, die dieses Land weiterbringen und die – wie gesagt – niemanden im Rücken haben, der ihnen den Rücken stärkt und sagt zum Teil oft, wie sie sich die Milch kaufen können. Verstehen Sie mich, meine verehrten Damen und Herren, und das ist gemeint, wenn wir über diese Dinge reden. Das möchte ich bitte wohl auch in aller Klarheit sagen. Und ich stelle mich hin, ihr kennt mich, ich stelle mich hin und ich gebe da sicher nicht auf. Und Gewerkschaft hin, Gewerkschaft her, der gute Bürgermeister Fredi Stingl, mit dem ich sehr befreundet bin, mit dem habe ich das – weil hier auch gesagt wurde von der Magda Bleckmann, tut das nicht öffentlich besprechen – meine verehrten

Damen und Herren, das kennen wir schon, was alles hinter verschlossenen Türen gesprochen wird, das ist auch wichtig. Dort muss man sich auch zusammensetzen, aber die Dinge werden von sich aus öffentlich besprochen. Dann ruf ich den Fredi Stingl an und sage, lieber Alfred, ich möchte dir in aller Freundschaft sagen, im Interesse der Erhaltung dieser Kulturbetriebe, ich möchte ja nicht, dass wir in fünf oder in sieben Jahren eine Debatte haben, welches dieser Häuser sperren wir definitiv zu nach dem Modell Konsum, sondern ich sage dir, Fredi, setzen wir uns zusammen, überlegen wir, was wir tun können. Ich verrate kein Geheimnis, wenn ich dann sage, er hat mir gesagt, Gerhard, das ist sehr lieb und sehr gut und ich verstehe dich, aber die Gewerkschaft, das war seine Antwort. Worauf ich sage, Fredi, bitte nicht böse sein, das ist für mich kein Argument. Der langen Rede kurzer Sinn, wir werden das besprechen und das behandeln, diesen Fall. Und zwar sehr, sehr zielgerichtet im Interesse dieser Institution und im Interesse der vielen Kunst- und Kulturschaffenden dieses Landes, die eben nicht das Privileg – und so etwas ist es noch immer – haben, in einer solchen Institution auch ihre schöne und verdienstvolle Arbeit verrichten zu dürfen. Und im Übrigen darf ich gleich ankündigen, ich werde hoffentlich mit Übereinstimmung der SPÖ – und ich werde in den nächsten Tagen ein Gespräch suchen zum Herrn Landeshauptmannstellvertreter, weil ich das zuerst mit ihm besprechen möchte, aber ich bitte heute auch darum, ich werde dasselbe selbstverständlich auch in Weiterführung einer von ihm in die Wege geleiteten Vorarbeit für den gesamten Joanneums- und Ausstellungsbereich machen, die zusammenfassen, aber zunächst einmal ausgliedern aus der Landesverwaltung, um dort eben die Möglichkeit dessen in Aussicht zu stellen, was wir heute im Zusammenhang mit dem Joanneum hier angesprochen haben.

Lassen Sie mich, meine verehrten Damen und Herren, zum Schluss sagen, ich möchte nochmals allen außerordentlich danken, die in diesem Bereich sehr verdienstvoll landauf, landab unterwegs sind. Ich möchte besonders den Regionen draußen danken, denn hier haben wir in den letzten Jahren die größten Fortschritte erzielt, was es hier an eigenem Engagement gegeben hat. Und lassen Sie mich damit enden, meine verehrten Damen und Herren, wenn wir gemeinsam die Sorge um die Kunst und um die Künstler dieses Landes hoch halten, dann brauchen wir uns weniger um dieses Land sorgen. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – 15.24 Uhr.)

Präsident: Zur Gruppe 3 gibt es noch eine weitere Wortmeldung von der Frau Abgeordneten Zitz.

Abg. Mag. Zitz (15.24 Uhr): Herr Präsident! Herr Landesrat! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Gäste!

Erster Punkt, ich hätte es sehr seriös gefunden, im Regierungsprogramm, das Ihre Fraktion mit den Freiheitlichen gemacht hat, den Block „Umstrukturierung der Vereinigten Bühnen“ hineinzunehmen, der ist nämlich nicht drinnen.

Zweitens, eine öffentliche Debatte zu den großen Posten im Budget bin ich absolut dafür, aber dann, dritte Bitte, warum sind die Grünen bis jetzt nicht Mitglied im Theater-Ausschuss? Danke! (15.25 Uhr.)

Präsident: Damit, meine Damen und Herren, kann ich sagen, es gibt keine weitere Wortmeldung mehr zur Gruppe 3. Der Herr Berichterstatter hat das Schlusswort.

Abg. Majcen: Ich verzichte!

Präsident: Der Berichterstatter verzichtet auf das Schlusswort. Ich komme damit zur Abstimmung über die Abänderungsanträge, die Ansätze und Posten der Gruppe 3 sowie über die Entschließungsanträge zu dieser Gruppe.

Die Damen und Herren, die dem Abänderungsantrag für den Landesvoranschlag 2001 der Grünen betreffend Erhöhung der Mittel für Privattheater statt „Classics in the City“ ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Abänderungsantrag für den Landesvoranschlag 2001 der Grünen betreffend Filmförderung statt Frühschoppenförderung ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat ebenfalls nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Abänderungsantrag für den Landesvoranschlag 2001 der Grünen betreffend Förderung innovativer Kunst und Kultur statt Eventkultur ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat ebenfalls nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichtstatters zu den Ansätzen und Posten der Gruppe 3 hinsichtlich des Landesvoranschlages für 2001 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Dieser Antrag ist mehrheitlich angenommen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Abänderungsantrag für den Landesvoranschlag 2002 der Grünen, betreffend Erhöhung der Mittel für Privattheater statt „Classics in the City“ ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Abänderungsantrag für den Landesvoranschlag 2002 der Grünen betreffend Filmförderung statt Frühschoppenförderung ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Auch dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Abänderungsantrag für den Landesvoranschlag 2002 der Grünen betreffend Förderung innovativer Kunst und Kultur statt Eventkultur ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke.

Auch dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zu den Ansätzen und Posten der Gruppe 3 hinsichtlich des Landesvoranschlages für 2002 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Dieser Antrag wurde mehrheitlich angenommen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ betreffend Wertgrenzen ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ betreffend Volkskultur ihre Zustimmung geben, dieser ist bitte getrennt abzustimmen – Punkt 1 und Punkt 2.

Ich beginne mit Punkt 1: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert Sorge zu tragen, dass der traditionellen Volkskultur künftig ein höhergebührender Stellenwert zukommt. Wer diesem Punkt 1 des FPÖ-Antrages die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke.

Das ist die mehrheitliche Annahme des ersten Punktes.

Damit komme ich zu Punkt 2 des FPÖ-Antrages folgendes Inhaltes: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erforderliche Maßnahmen zur Rettung, Sanierung und Neueröffnung des Steirischen Volkskundemuseums zu setzen und nach Maßgabe der budgetären Mittel vorzugehen. Wenn Sie diesem Punkt 2 zustimmen, dann bitte ich Sie um ein Zeichen mit der Hand. Danke.

Ich stelle die einstimmige Annahme des zweiten Punktes fest.

Meine Damen und Herren! Bevor wir zur Gruppe 4 kommen, unterbreche ich die Sitzung auf die Dauer von 15 Minuten zwecks einer Lüftungspause. (Unterbrechung der Sitzung: 15.30 Uhr bis 15.50 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky:

Gruppe 4:

Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung

Meine Damen und Herren, im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz schlage ich vor, die Spezialdebatte der Gruppe 4 zu teilen, und zwar soll im ersten Teil die Soziale Wohlfahrt und im zweiten Teil die Wohnbauförderung behandelt werden.

Besteht gegen diesen Vorschlag ein Einwand?

Das ist nicht der Fall.

Wir beginnen mit dem ersten Teil der Gruppe 4: Soziale Wohlfahrt (Ansätze 41 bis 46).

Berichterstatterin ist die Frau Landtagsabgeordnete Barbara Gross. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Gross (15.53 Uhr): Herr Präsident, meine bereits anwesenden Damen und Herren!

Der Finanz-Ausschuss hat in seiner Sitzung am 24. April 2001 die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 311/1, betreffend die Landesvoranschläge 2001 und 2002, den Dienstpostenplan und den Systemisierungsplan der Kraftfahrzeuge, beraten und zu Gruppe 4 – Soziale Wohlfahrt (Ansätze 41 bis 46) – nachstehende Beschlüsse gefasst: Namens des Finanz-Ausschusses werden nachstehende Anträge gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Erstens: Die Ansätze 41 bis 46 und Posten der Gruppe 4 – Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung werden hinsichtlich des Landesvoranschlages 2001 genehmigt.

Zweitens: Die Ansätze 41 bis 46 und Posten der Gruppe 4 – Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung werden hinsichtlich des Landesvoranschlages 2002 genehmigt.

Ich würde ersuchen die Fenster zu schließen, weil ansonsten müssen wir die Gesundheitsdebatte vorziehen. (15.55 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke der Frau Berichterstatterin. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Hammerl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Hammerl (15.55 Uhr): Sehr geehrter Herr Landtagspräsident, meine geschätzten Herren Landesräte, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wenn heute von Sozialen im Zusammenhang mit einem Budget gesprochen werden sollte und es muss darüber gesprochen werden, so versteht man darunter Einsparungen und Kürzungen seitens der SPÖ. Wir, die Steirische Volkspartei, an der Spitze unsere Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic und unser Finanzreferent

Landesrat Dipl.-Ing. Herbert Paiarl, in der Steiermark haben mit diesem Budget, meine Damen und Herren, gezeigt, dass uns Soziales wichtig ist – keine Kürzungen in alternativen Systemen, wie in den mobilen Bereichen. Jedoch, meine Damen und Herren, das Hinterfragen von Systemen, auch in der SPÖ, ist wichtig und muss erlaubt sein. Adaptionen sind unerlässlich, bedarfsgerechte Leistungen und dauerhafte Finanzierung müssen – das ist keine Frage – gewährleistet sein. Wir stehen neben der notwendigen Konsolidierung des Budgets vor großen Herausforderungen. Das sind die demografischen Entwicklungen in unserem Land, die Forderung der Betroffenen nach weiter gehender Selbstständigkeit, die Privatisierung der Betreuungssysteme durch die Auslagerung der Leistungserbringung an Private durch den Staat, die Regionalisierung der Verantwortung und immer stärkere Finanzierungsverantwortung auf Gemeindeebene, die Sicherstellung der sozialen Treffsicherheit der Leistungen unter Wahrung der Prämisse, dass der, der die Solidarität der Gesellschaft benötigt, diese auch erhält. Diese Sicherheit, meine Damen und Herren, ist nicht einfach zu gewährleisten. Auf diese Zukunftsfragen Antworten zu finden, ist die Aufgabe verantwortungsvoller Politik. Das Geschrei über Einsparungen – vermeintliche oder wirkliche – ist groß. Von gewissen Seiten wird auch hier in diesem Haus gegen soziale Kälte gewettert, meist von Seiten, meine Damen und Herren, die wenig bis gar nichts dazu beitragen, um soziale Wärme in unserem Land zu verbreiten. Der Maßstab für soziale Kälte wird an der Differenz zwischen den teilweise überbordenden finanziellen Wünschen und den konkreten Budgetzahlen genommen. In dieser mitunter künstlich erzeugten Aufregung der SPÖ geht unter, was man nicht vergessen sollte, meine Damen und Herren. Jetzt würde ich Sie bitten aufzupassen, weil das gestern und heute bereits gesagt wurde: Die Landesräte Dr. Flecker und Dörflinger verwalten 40 Prozent des gesamten im Lande gestalteten Ausgaberahmens. Und was noch weniger vergessen werden sollte, meine Damen und Herren: In den letzten zehn Jahren sind die Ausgaben für das Spitalwesen um 170 Prozent, die für Soziales um 264 Prozent gestiegen. Angesichts dieser Entwicklungen scheint es für genannte Herren nur selbstverständlich zu sein, in der Art und Weise der Vergangenheit weiterzutun: Landesrat Dörflinger fordert eine Steigerung seines Budgets um 35 Prozent und Landesrat Dr. Flecker um 20,4 Prozent. Für jene Bereiche, meine Damen und Herren, in denen das Geld aufgebracht werden soll, das dann im sozialen Bereich eingesetzt werden kann, wird in Fortschreibung dieser Entwicklung in absehbarer Zeit nichts mehr da sein. Die Frage in unserem Land lautet dann: Wer soll das bezahlen? Dabei ist es unbestritten, meine Damen und Herren, dass die gesellschaftliche Entwicklung dahin geht, dass die Absicherung in der Familie löchrig wird. Andererseits eröffnet die Entwicklungen der Medizin neue Möglichkeiten eines gelungeneren Lebens, was natürlich auch Geld kostet. Die Ausgaben, und das ist keine Frage, steigen. Ebenso unbestritten ist aber auch, dass die Vorstellung falsch ist, mit einer Steigerung des Geldeinsatzes sei schon automatisch ein Schritt hin zu verbessertem sozialem und medizinischem Schutz und eine Ausweitung des Wohlstandes gegeben. Zu viele, meine Damen und Herren, träumen in diesem Land noch davon, dass mit einer Steigerung der Staatsquote im Sozialen ein Reich des Glücks geschaffen werden könnte. Die Leidtragenden sind aber dann doch wieder die Ärmsten, die vor teuren Luftschlossern stehen, die unbewohnbar sind, deren Miete sie aber bezahlen müssen. In Graz kosten Gemeindewohnungen bereits zwischen 5000 und 10.000 Schilling. Die Geriatrie kostet im Monat um die 52.000 Schilling, meine Damen und Herren. Ich darf heute in meinen Schwerpunkten ein paar Ansätze anführen, damit Sie bemerken, was hinterfragt werden sollte, auch von Herrn Landesrat Dr. Flecker. Ich nenne, meine Damen und Herren, ein Beispiel aus Graz: Ich war doch zwölf Jahre in Graz und ich habe miterlebt, was im Sozialbereich von Herrn Bürgermeister Stingl gemacht wurde. Was Frau Stadträtin Tatjana Kaltenbeck im Jugendamt aufführt, indem sie einfach Aufträge vergibt für 2000, ist auch nicht tragbar. Im Oktober 2000 kommen Rechnungen mit hohen Beträgen und Frau Stadträtin ist überrascht und weiß überhaupt nicht, woher das Geld kommt, woher die Rechnungen kommen. Die Kosten sind in der Jugendwohlfahrt zum Beispiel um 36 Prozent, das sind über 50 Millionen Schilling, überschritten worden. 60 Prozent davon, meine Damen und Herren, muss und wird das Land zahlen. Nun, Herr Landesrat Dr. Flecker, vielleicht noch ein paar Beispiele, wo ich Sie bitte, bestimmte Kosten zu hinterfragen, wie man zum Beispiel in der Jugendwohlfahrt einsparen kann oder wie man SPÖ-Günstlingen mehr Millionen gibt, meine Damen und Herren.

Erziehungshelfer verdienen im Jahre für einen Zusatzjob mehr als eine Million Schilling. Diese Probleme, meine Damen und Herren, sind Richtlinien, die Tatjana Kaltenbeck und Flecker anscheinend für angebracht halten. Ich hoffe, Herr Landesrat, dass Sie das nicht gewusst haben. Fachleute sprechen heute auch in der Steiermark von einem Betreuungstourismus. Kreuz und Quer durch die Steiermark werden Erziehungshelfer hin und her geschickt, Beschäftigung im Wohnbezirk ist anscheinend die Ausnahme, aber nicht die Regel. Daraus, meine Damen und Herren, jetzt passen Sie einmal auf, resultieren erhebliche Kosten. Das Kilometergeld eines Betreuers, pro Kilometer 4,90 Schilling. Wenn er mit einem Betreuten wohin fährt, von A nach B, bekommt er pro Minute 4,58 Schilling dazu. (Abg. Dr. Forenbacher: „Pro Minute!“) Pro Minute!

Nimmt jemand noch das betreute Kind mit, sitzt es daneben, bekommt er noch einmal 0,59 Schilling pro Kilometer dazu, das heißt, bei einem Ausflug oder wenn er irgendwohin fährt, kostet das pro 100 Kilometer zirka um die 1000 Schilling.

Und jetzt kann ich Ihnen vier Beispiele nennen – es gibt deren sicher noch viele –, die beinahe 4 Millionen Schilling kosten. Nachweisbar, ich bitte Sie auch, Herr Landesrat Flecker, dass Sie der Sache nachgehen, Frau Tatjana Kaltenbeck wird Ihnen genau diese Akte geben: Ein pensionierter Lehrer aus dem Bezirk Leibnitz hat im Vorjahr von der Stadt Graz ein Honorar von über 1,200.000 Schilling erhalten. Andere Beispiele: Ein Herr aus Deutschlandsberg, ein Erziehungshelfer wiederum über 1,2 Millionen Schilling, aus dem Bezirk Graz-Umgebung zwei weitere Herren über 700.000 Schilling im Jahr 2000. Und heute haben wir von Herrn Landesrat Dr. Hirschmann gehört, dass bekannte Künstler zu ihm kommen und um 10.000 Schilling fürs Überleben bitten, wo gewisse Herren 100.000 Schilling im Jahr bekommen und das alles, meine Damen und Herren, im Sozialbereich und noch dazu, wenn jemand in Pension ist. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren, durch solche leichtfertigen Ausgaben fehlt selbstverständlich in anderen sozialen Bereichen und Projekten das Geld. Offensichtlich heißen Sie Richtlinien für gut, die noch viel mehr zulassen. Ich sage Ihnen einige Beispiele, wie hier Geld vom Sozialbudget hinausgeworfen wird, Zahlen:

Eine Betreuerin – nachweisbar, passen Sie genau auf, meine Damen und Herren – fährt mit drei Geschwistern nach Wien. Sie betreut diese drei Geschwister. Verrechnet werden sechs Stunden Betreuung, aber nicht einmal, sondern dreimal sechs Stunden. Das sind 496 Schilling mal sechs, weil die drei hinten sitzen. Sie verrechnet das für jede einzelne Person. Zusätzlich wird dreimal die Fahrtzeit von 260 Minuten à 4,58 Schilling verrechnet. Und das, meine Damen und Herren, zahlt anstandslos die Frau Stadtrat Kaltenbeck und wir, die Stadt Graz, 40 Prozent, und wir müssen die restlichen 60 Prozent hier im Land zahlen. Meine Damen und Herren! Es ist nur die Fragen, hoffentlich haben Sie das nicht gewusst, Herr Landesrat Flecker, ist eine solche Millionenverschwendung gerechtfertigt?

Das Jugendwohlfahrtsreferat der Stadt unter anderem auch in vielen anderen Bezirken, meine Damen und Herren, ersetzt nicht nur – jetzt passen Sie auf, jetzt kommen noch bessere Zahlen – Speisen und Getränke, auch Kinobesuche, Herr Kollege, nicht nur die Kinokarte wird für Kind und Betreuer bezahlt, alles, keine Frage, für das Kind, sondern es werden auch die zwei Stunden verrechnet, die der Betreuer im Kino mit dem Kind verbringt. Pro Stunde bekommt er 296 Schilling. Das ist ein Tausender. Die Kinokarte auch, da gehen wir ins Kino, das ist Klasse, wir verrechnen 1000 Schilling. Meine Damen und Herren, diesen Job möchte ich auch haben und viele Damen und Herren, die hier im Saal sitzen, glaube ich auch. Nicht zu guter Letzt, meine Damen und Herren, werden auch noch aus Mitteln der Jugendwohlfahrt Silvesterraketen gekauft. Auch das ist verrechnet worden – eine Silvesterrakete. (Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Es ist ja erbärmlich!“) Aber da muss ich schon eines sagen, wenn der Herr Begleiter, der Betreuer, so einen Verdienst hat, dann würde ich schon bitte, dass er vielleicht die Rakete für den Buben, den er das ganze Jahr betreut, aus seiner eigenen Kasse zahlt. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren, es steckt noch zu viel in den Gehirnen das Bild eines allmächtigen Wohlfahrtsstaates, der aber nicht nur teuer kommt, sondern in seiner Regierung – (Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Erbärmlich!“) Das zeigt sich aber auch vor allem dann, wenn man einer Gruppe oder einzelnen Personen gegenüber scheinbar sozial ist und allen anderen gegenüber nicht mehr sozial sein kann, weil das Geld wahrscheinlich nicht mehr vorhanden ist. (Beifall bei der ÖVP.) Ich glaube, Sie suchen sich wahrscheinlich, Herr Kollege, Ihre Armen selber aus. Wir, die steirische Volkspartei, nicht, wir kümmern uns um alle Armen. Keine Frage! (Beifall bei der ÖVP.)

Und jetzt kommt ein ganz wichtiger Punkt: Die Vorstellung, meine Damen und Herren, man könnte den Staat, die Länder und die Gemeinden aus ihrer sozialen Verantwortung entlassen, um alles auf Private und gesellschaftliche Gruppen abzuschieben, ist ebenso problematisch. Es geht hier nicht um Ersetzung, um Substitution, sondern es geht um Ergänzung. Das Soziale, das derzeit in hohem Ausmaß auf den Staat und öffentliche Einrichtungen konzentriert ist, muss vermehrt wieder in der Gesellschaft heimisch gemacht werden. Es geht um die Verantwortung des Staates wie auch der Einzelnen und der gesellschaftlichen Gruppierungen, damit der Wohlstand infolge der Selbstaneignung in Wohlbefinden und Zufriedenheit übergehen kann. Diese Kombination, meine Damen und Herren, zeigt sich etwa in der mobilen Hauskrankenpflege.

Durch die Kombination von öffentlichen Stellen, privaten Trägern und den Familien kann eine Pflege erreicht werden, die nicht nur effizient, sondern auch menschenwürdig, weil den zu Pflegenden beheimatend, und dazu noch billiger ist als die stationäre Hilfe.

Mit der Errichtung von Sozialsprengeln, und wir werden ja demnächst auch im Sozial-Ausschuss über das neue Sozialhilfegesetz sprechen, kann eine Gestaltung von unten her vorgenommen werden, wenn sich Verantwortliche finden, die diese Entwicklung der Sprengel vorantreiben. Ich möchte hier vor allem, meine Damen und Herren, allen Bürgermeistern und Verantwortlichen danken, die sich bis heute um diese Sprengel gekümmert haben, dass die Hauskrankenpflege – ganz gleich, ob jetzt Hilfswerk, Volkshilfe, Rotes Kreuz – in den Bezirken beziehungsweise draußen in den Städten und bei den Bürgermeistern aufgebaut werden konnte.

Meine Damen und Herren, so wird es gerade beim Sozialhilfegesetz auch darum gehen, die private Initiative zu fördern und nicht vorschnell die Verantwortlichen dem Land zuzuweisen, indem, wie der Herr Landesrat Flecker möchte, der Kostenschlüssel zu Lasten des Landes verändert wird, wobei die Reduzierung der Kosten für die Gemeinden nicht sichergestellt ist, weil der Herr Dr. Flecker – keine Frage, das wissen wir – in seinem Ressort Förderungen frei vergeben kann. Mit der Kostenexplosion, meine Damen und Herren, wird es zur Aushöhlung der Sozialhilfestruktur kommen, die dazu führt, dass in Zukunft den wahren Bedürftigen nicht mehr geholfen werden kann. Und mit diesen Beispielen, die ich früher erwähnt habe, meine Damen und Herren, meine ich, dass auch das System der Sozialhilfe hinterfragt werden muss, damit wir dem Armen, der es wirklich verdient, das Geld geben können. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Gross: „Ein Armer, der sich Sozialhilfe verdient, den habe ich noch nie gesehen!“) Es ist auch ein Punkt dabei, Frau Kollegin. In der Gesetzgebungsmaschinerie, wo auch Sie dazugehören, werden nur zu leicht die künftigen Generationen, das sind die Jüngeren, die Lasten tragen müssen, die sie nicht tragen können. Das heißt, wir müssen heute schauen, dass die Jugend auch in Zukunft in die Politik kommt, die Jugend, die draußen Verantwortung trägt, die in Zukunft auch diese Lasten tragen kann. Und die alten Menschen, meine Damen und Herren, werden verunsichert, weil ein Leben im Alter ohne Zukunft droht, wenn nicht gesellschaftliche und private Träger stimuliert werden.

Und das ist die Taktik des politischen Gegners der SPÖ. Sie scheint aber nicht aufzugehen, denn, meine Damen und Herren, eine Verunsicherung in der Bevölkerung hat noch nie Punkte gebracht. Mit Unwahrheiten und Halbwahrheiten wird von einem Abbröckeln der sozialen Sicherheit gesprochen in einer Zeit, in der die soziale Absicherung – da sind wir uns bewusst – bei uns in unserem Land noch nie so gut war wie heute, wie

kaum zuvor. Hier, glaube ich, meine Damen und Herren, dass Sie in der SPÖ alles schlecht machen, wie Sie es machen. Wir brauchen, meine Damen und Herren, keine neuen Zehn Gebote erfinden. Man sollte sich lieber – und das haben Sie ja auch gestern gehört – an die herkömmlichen halten. Ich will Ihnen noch ein Buch geben, da steht drinnen: Gott und sein Volk. Das ist das Alte und das Neue Testament für Kinder, von der Buchhandlung, ein gutes Buch. Es ist nicht polemisch gemeint. Ich meine nur, Gott und sein Volk. Auch die SPÖ gehört dazu und auch Sie haben sich an die Zehn Gebote zu halten, denn Sie melden sich ja dann auch zu Wort, wenn es um ein Kirchenproblem geht. Sie versuchen immer mitzumischen, aber intern sind für Sie die Zehn Gebote nichts wert. Danke schön! (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren, im Bereich Soziales geht es nicht nur darum Bekanntes zu bewahren, vor allem dann nicht, wenn sich die Grenzen dieses Bekanntes abzeichnen, sondern es geht darum Bewährtes zu erhalten und Neues, das humaner ist, zu fördern und alles das, was bisher zu hinterfragen ist, zu hinterfragen, damit wir für andere Probleme und Schwerpunkte mehr Geld einsetzen können. Die Zukunft der Sozialpolitik der ÖVP in unserem Land muss von folgenden Parametern geprägt sein: Erstens, Herr Dr. Flecker, von Leistungssicherheit, die darin besteht, dass allen Partnern im Versorgungssystem klar ist, welche Leistungen sie zu erwarten und welche sie zu erbringen haben; zweitens von Planungssicherheit, die dadurch erreicht wird, dass die öffentliche Hand die Planungskompetenz wahrnimmt und die Betroffenen mit einbezieht und drittens von Finanzierungs- und Kostensicherheit, die eine langfristige Planung ermöglichen, weil die Finanzierung geregelt ist und von Betreuungssicherheit, also der Sicherheit der Betreuung gewährleistet. Meine Damen und Herren! Ich glaube und ich bin sicher, dass wir heute in dieser gesamten Debatte, die wir führen, nicht nur von Polemik sprechen sollten. Ich habe das aufgezeigt und das ist die Wahrheit und das ist zu hinterfragen. Meine Damen und Herren! Vielmehr gilt es, von ideologischen Sichtverengungen befreit dafür zu arbeiten, dass es den Menschen in unserem Land durch die Strukturen, die wir schaffen, möglich wird, in eigener Verantwortung mehr Mensch zu werden. Dort, meine Damen und Herren, wo sich die Knappheit der Mittel zeigt, müssen wir mit Kreativität und Mitmenschlichkeit nach Wegen suchen, um die soziale Sicherheit auf mehrere und damit sichere Beine zu stellen. Jetzt ist der richtige Zeitpunkt. Wir sind am Beginn einer Periode und wir sind am Beginn eines Budgets. Meine Damen und Herren, wahren wir diese Chance und sind wir ehrlich, wo wir zu viel Geld ausgeben und wo wir Geld einsparen müssen und jammern wir uns nicht – zum Teil – krank. Mit dem Doppelbudget 2001/2002 werden die Weichen zur Zukunftssicherung gestellt, wobei trotz aller rigiden Sparerfordernisse für die Spitäler und das Soziale die Mittel sogar erhöht werden und damit das hohe soziale Versorgungsniveau in unserem Bundesland abgesichert ist. Meine Damen und Herren! Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit, möchte aber noch einen Entschließungsantrag gemäß Paragraph 51 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages der Abgeordneten Dr. Lopatka, Hammerl, Tschernko und Wicher, betreffend eine effizientere Verwaltung des Sozialbereiches im Amt der Steiermärkischen Landesregierung, einbringen. Mit der Prüfung der Fachabteilung für Sozialwesen, die seit dem 1. Oktober 1997 neben der Rechtsabteilung 9 besteht, hat sich der Landesrechnungshof in seinem Bericht aus dem Jahr 2000 eingehend befasst. Nach Ansicht des Landesrechnungshofes wäre die Reorganisation der Rechtsabteilung 9 zweckmäßig und kostengünstiger gewesen, als eine Fachabteilung für Sozialwesen einzurichten. Die Trennung in hoheitliche (Rechtsabteilung 9) und privatwirtschaftliche (Fachabteilung für Sozialwesen) Agenden ist nur lückenhaft erreicht worden, weil die Fachabteilung für Sozialwesen auch zur Erlassung von Bescheiden und Verordnungen zuständig ist. Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens den Empfehlungen des Landesrechnungshofes hinsichtlich der organisatorischen Neustrukturierung der Rechtsabteilung 9 und der Fachabteilung für Sozialwesen nachzukommen und dem Landtag darüber zu berichten sowie zweitens zu prüfen welche Möglichkeiten bestehen, die Verwaltung des Sozialbereiches im Amt der Steiermärkischen Landesregierung unter Aufrechterhaltung des Versorgungsstandards effizienter zu gestalten. Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen! (Beifall bei der ÖVP. – 16.16 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Meine geschätzten Damen und Herren!

Es ist mir eine große Freude, einen besonderen Ehrengast im Hohen Haus begrüßen zu können. Mein Gruß gilt Ihrer Exzellenz, der Botschafterin von Schweden, Gabriella Lindholm. Recht herzlich willkommen. (Allgemeiner Beifall.)

Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Gross. Ich erteile es ihr.

Abg. Gross (16.17 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wir waren alle miteinander bei vielen Terminen, landauf, landab, die wir wahrgenommen haben. Bei diesen Terminen hat mich ein Diskussionsbeitrag so bewegt, dass ich ihn Ihnen allen zur Kenntnis bringen möchte. Ein Diskussionsteilnehmer hat alle dort Anwesenden gefragt und ich gebe diese Frage heute an Sie weiter: Was ist das für eine Gesellschaft, in der Obdachlose vor überheizten Gebäude frieren in einem der reichsten Länder der Welt? Das wäre eine Grundfrage zum Kapitel Soziales, der wir uns heute stellen sollten. Mir ist kalt geworden bei der Rede des Herrn Kollegen Hammerl. (Abg. Wiedner: „Die Fenster sind schon zu!“)

Lieber Kollege Hammerl, in einem Klassenkampf der Ärmsten, wer Sozialhilfe verdient, gebe ich dir nicht einmal eine Antwort drauf. (Beifall bei der SPÖ.) Ich möchte festhalten, dass wir Sozialdemokraten immer dafür eingestanden sind, dass niemand sich Sozialhilfe in einem Land wie unserem verdient – nur eingangs festgestellt. (Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Ungeheuerlich!“) Das scheint die neue Sozialpolitik der ÖVP zu sein. (Abg. Hammerl: „Ein Pensionist, der über eine Million dazuverdient. Man braucht keine Pensionisten, wir haben genug junge

Leute!“ – Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Das ist ungeheuerlich!“ – Abg. Dr. Lopatka: „Wenn Mittel zusätzlich vergeben werden, was hat das mit sozial zu tun?“) Herr Präsident, ich ersuche mir die Zeit dieser Zwischenrufe anzurechnen. (Präsident Ing. Kinsky: „Meine Damen und Herren, die Frau Abgeordnete Gross ist am Wort!“) Ein Nullbudget und ein Sozialnetz ohne Lücken – das sind zwei politische Ziele, die schwer unter einen Hut zu bringen sind. Finanzminister Grasser – und du hast recht, lieber Kollege Lopatka, mit deinem Einwand – hat behauptet, dass er es geschafft hat: Er hat in seiner Budgetrede im Parlament verkündet, aus der Quadratur des Kreises eine Linie gemacht zu haben. Dass der Budgetentwurf dadurch – rein mathematisch – eine Dimension weniger hat, das dürfte Grasser und die schwarz-blaue Koalition allerdings übersehen haben. Nicht nur die SPÖ und die Grünen machen gegen diese Sparpolitik der Regierung mobil, sondern auch innerhalb der Koalition regt sich zunehmend Widerstand. Der Bürger vernahm staunend: Jörg Haider tut in Kärnten plötzlich so, als hätte er mit der Regierung nichts zu tun. Er alteriert sich wie ein Robin Hood gegen die Auflassung von Bezirksgerichten und Gendarmerieposten wie auch gegen die Besteuerung der Unfallrenten. In Wirklichkeit ist er aber längst zum Sheriff von Nottingham geworden, denn es ist seine Bundesregierung, die über die Menschen drüberfährt. Das kann er nicht bestreiten. Fünf ÖVP-Landesräte unserer Republik kommen nach einjähriger Diskussion und kurz nach Einführung der Ambulanzgebühren drauf, dass sie diese Gebühren eigentlich nicht wollen. Am einfachsten hatte es sich die Wiener FPÖ-Spitzenkandidatin Helene Patrik-Pable gemacht: Weil sie ihre Chancen im Wahlkampf nicht durch die Sparpolitik zertrümmern lassen wollte, forderte sogar sie – eine Nationalrätin – die Abschaffung der Unfallrentenbesteuerung. Die Rechnung für diese Unseriösität in der Politik hat sie dann bei den Wiener Wahlen und von den Wählern präsentiert bekommen. (Beifall bei der SPÖ.)

Diese Taktik, frei nach der Methode, die Uschi Lackner in der letzten Landtagssitzung so treffend formuliert hat, nämlich: „Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass!“ (Abg. Dr. Lopatka: „Welche Rechnung habt ihr für die Präsentation bekommen?“) Lieber Reinhold, ich werde dir auch auf das noch eine Antwort geben. Die Uschi Lackner hat das letzte Mal in der Sitzung gesagt, nach dem Motto „Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass!“ Das ist so durchschaubar und die Menschen haben es schon durchschaut. Derzeit im Burgenland und in Wien. Und es wird weitergehen. (Abg. Straßberger: „Was ist mit der Steiermark?“) Wäre die Darstellung von Herrn Landesrat Paierl richtig, sein Traum vom Nulldefizit – für die sozial Benachteiligten wird es immer mehr zum Albtraum! Jede Bildungs- und Sozial- und Spitalpolitik wird untergeordnet. Das ist soziale Kälte. Nur, der Herr Landesrat zieht nicht alle Schrauben im Budget an, um die Zukunft kommender Generationen zu sichern, wie er immer sagt.

Und wenn ich an die Schlösser denke, an die Luftschlösser im Sozialwesen, wie der Kollege Hammerl gesagt hat, dann darf ich an die Debatte zur Bildung zurückerinnern, denn dort wurde von wirklicher Schlösserförderung gesprochen. Im Bereich der landwirtschaftlichen Schulen, die heute schon diskutiert wurden, da muss du was überhört haben, lieber Kollege Hammerl. „Nicht unbedingt an jeder Einzelmaßnahme, sondern an ihren Prioritäten sind Politiker zu messen“, hat Günther Gruber von der „NZ“ einmal geschrieben und da gebe ich ihm 100-prozentig recht. Seit Jahren besteht ein Spannungsverhältnis zwischen den wachsenden Ansprüchen im Sozialbereich und den Engpässen des Budgets. Diese bestehende Krise des Wohlfahrtsystems beziehungsweise des Wohlfahrtsstaates wird in den Zeitungen in erster Linie auf die Finanzierungsprobleme der Dienstleistungen und der Geldleistungen im Sozialbereich zurückgeführt. Auch wir sind der Meinung, dass sinnvoll gewirtschaftet werden muss. Es sollte jedoch öfter darauf hingewiesen werden, dass die Schwierigkeiten des Wohlfahrtsstaates nicht lediglich auf die finanziellen Probleme konzentriert sind. Ein Wohlfahrtsstaat – und Österreich als eines der reichsten Länder Europas darf sich ohne weiteres als solches bezeichnen – kann sich nicht darauf beschränken Geld zu verteilen (Abg. Mag. Drexler: „Das ist kein Freibrief zur Misswirtschaft!“), sondern muss vielmehr im Bereich der sozialen Arbeit die Gesellschaft unterstützen und aus ihrer Benachteiligung herausführen. (Beifall bei der SPÖ.)

„Anspruch statt Almosen“ hat es Soziallandesrat Dr. Flecker einmal genannt. Genau darum geht es. Kollege Hammerl hat es ja gestern sogar in einer ähnlichen Wortwahl eingefordert, wenn er es nur ganz ernst gemeint hätte. Denn eines sage ich hier, lieber Gregor, „ohne Geld gibt’s ka Musi! Und das gilt auch hier. Und die Musik im Sozialbereich verklingt schon sehr, sehr viel schneller, falls je eine dort vorhanden war. Ein umfassendes, universelles Sozialsystem wirkt stärker gegen Armut und Ausgrenzung als speziell nur auf bestimmte Notlagen zugeschnittene „zielgerichtete“ Maßnahmen.

Kranke Menschen und Menschen mit Behinderungen müssen schon seit Jahren mit den gleichen Pflegegeldsätzen das Auslangen finden. Eine Valorisierung dieser Pflegegeldsätze ist längst überfällig. Die Kurzzeitministerin Sickl – ich erinnere mich noch an sie – hat eine einmalige Abschlagszahlung im Jahr 2000 versprochen, nur bekommen haben sie die Pflegegeldbezieherinnen und -bezieher nie! Wie versprochen so gebrochen!

Ich habe einen Brief. Ich nehme an, viele Abgeordnete haben diesen Brief bekommen von Herrn Wolfmaier, dem Präsidenten der Steiermärkischen Behindertenhilfe. Ich zitiere einen Ausschnitt: Die Steiermärkische Landesregierung und der Steiermärkische Landtag haben im Vorjahr mit der Annahme des Sozialplanes die Ziele der Behindertenhilfe neu festgelegt. Es heißt dort: In der Steiermark wird Menschen mit Behinderung jene Achtung und Hilfe zuteil, die es ihnen erlauben, ein möglichst selbstbestimmtes Leben zu führen. Ich ersuche Sie im Namen der Mitglieder unserer Verbände, in der Budgetdebatte auf diese Zielsetzung hinzuweisen und sich für eine ausreichende Bedeckung der Maßnahmen der Behindertenhilfe einzusetzen. Mit freundlichen Grüßen Franz Wolfmaier, Präsident.

Ich habe das hiemit getan und wir werden, weil es nicht ausreichend im Budget vorgesehen ist, diesem Budget nicht zustimmen. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Bittmann: „Ganz was Neues!“)

Sehr geehrte Damen und Herren! Der Ausbau der Dienstleistungsangebote im Pflege- und Betreuungsbereich zur Entlastung pflegender Angehöriger, verbunden mit einem Rechtsanspruch auf flächendeckende soziale Dienste ist ein weiterer Schritt. Pflegeheime, in denen weniger als fünf Pfleglinge betreut werden, sind nach dem steirischen Pflegeheimgesetz aus dem Jahr 1994 nicht bewilligungspflichtig. Dies hat zur Folge, dass auf solchen Pflegeplätzen auch unqualifiziertes Personal für die Pflege von hohen Pflegestufen eingesetzt werden kann. Die unqualifizierte Pflege von Patienten, die sich oft nicht mehr artikulieren können, kann aber zu Pflegefehlern führen, die zum Martyrium für die Betroffenen werden können. Menschen ohne Arbeit brauchen einen Rechtsanspruch auf Zugang zu adäquaten beschäftigungsfördernden Maßnahmen, denn Integration und Aktivierung sind vorrangig. Die Möglichkeiten im Rahmen der „Behindertenmilliarde“ bieten gute integrative Ansätze, haben jedoch befristeten Projektcharakter und sind deshalb nicht das Gelbe vom Ei. So kann nachhaltige Wirkung nicht gesichert werden. Außerdem missfällt mir persönlich, dass diese Behindertenmilliarde größtenteils durch das Umschichten im Bundesbudget zum Teil durch Besteuerung der Unfallrenten erfolgen soll. Das bedeutet, dass hier ein Umschichten von bereits vom Leben Benachteiligten zu Benachteiligten erfolgt und sie damit gegeneinander ausgespielt werden, weil es gibt nicht mehr Geld.

Der Ausbau von bedarfs- und bedürfnisgerechten Kinderbetreuungseinrichtungen zur besseren Vereinbarkeit von Elternverantwortung und Arbeitswelt muss forciert werden, visionär sogar verbunden mit einem individuellen Rechtsanspruch. Hauptprobleme im Sozialbereich sind die existierenden Bedürfnisse nach sozialen Dienstleistungen wie Beratung, Therapie und Erziehung beziehungsweise die Wiedereingliederung, die permanent zunehmen. Warum jedoch nimmt dieser Bedarf zu? Diese Zunahme bezieht sich nicht lediglich auf den Strukturwandel der heutigen Zeit, weil in der gleichen Relation das Ausmaß, in dem eine Gesellschaft reicher wird, auch der Bedarf an Dienstleistungen im Sozialbereich steigt. Ist Ihnen das schon einmal aufgefallen?

Im sozialen Dienstleistungsbereich kann auch nicht ohne weiteres eine effiziente Rationalisierung erfolgen, weil es sich hier um Menschen handelt. Durch den Fortschritt der höheren Qualitätsanforderungen wurde in den letzten Jahren dazugelernt, wie man Menschen helfen kann, die ganz bestimmte Probleme haben. Durch die Erkenntnisse der möglichen Hilfestellungen möchte man aber natürlich allen Personen mit gleichen Problemen die gleichen Lösungsmöglichkeiten zur Verfügung stellen. Dadurch entsteht analog der Medizin ein Finanzierungsproblem, da diese Denkweise zwar den betroffenen Menschen hilft, aber Budgetprobleme im Prinzip in sich vorprogrammiert. Der Fortschritt im Wissen sollte aber auch nicht darüber hinwegtäuschen, dass es neue und dass es mehr Probleme gibt und dass tabuisierte Problembereiche auf den Tisch kommen. Angesprochen werden damit vor allem der sexuelle Missbrauch, Gewalt und Drogen sowie zerbrechliche Beziehungen. Es handelt sich somit also nicht um einen „normalen“ Strukturwandel, wie er sich im Straßenverkehr oder in anderen Dingen des täglichen Lebens vollzieht, sondern um jenen, in dem die öffentliche Hand für die finanziellen Anforderungen der Letztverantwortliche ist.

Sehr geehrter Herr Finanzlandesrat! Sie haben mich oft auf meine betriebswirtschaftliche Tätigkeit hingewiesen. Kurzfristige Erfolgsrechnungen sind nicht nur in der Betriebswirtschaft oftmals Stolpersteine. Wer glaubt, mit der Vorgabe „Umschichtungen vorzunehmen“ ein Zauberwort für die Erreichung eines Nulldefizits gefunden zu haben, der hat vergessen, dass in der Privatwirtschaft die kurzfristige Erfolgsrechnung selten bis nie zum Ziel führt, sondern maximal ein Indikator für eine Problemfeststellung sein kann. Ich denke dabei daran, dass ein Ausbau einer menschenwürdigen mobilen Betreuung in den eigenen vier Wänden kurzfristig mehr Mittel bindet, langfristig aber zur Entlastung stationärer Aufenthalte beiträgt. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Gibt es ein solches Konzept?“) Meine Damen und Herren! Solidarisches Handeln wird in unserer Gesellschaft zu einem sehr knappen Gut. Viele meinen, dass schon an alle gedacht ist, wenn jeder nur gut für sich selbst sorgt. Gemeinwohl aber entsteht so nicht. Städte und Gemeinden, in denen das Leben für alle Bewohner lebenswert ist, können nur entstehen, wenn jeder Einzelne im Rahmen seiner Möglichkeit Verantwortung für das Gemeinwesen übernimmt. Es wird für die Zukunft und für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft entscheidend sein, ob wir diese Aufgabe lösen können. Ich möchte an den Schluss meiner Ausführungen noch auf einen Satz einer knapp 90-jährigen Seniorin, die ich bei einem Besuch in einem Pflegezentrum kennen gelernt habe beziehungsweise kennen lernen durfte, hinweisen: „Es kommt nicht darauf an, wie alt man wird, sondern wie man alt wird!“ Eines sei dieser ÖVP-FPÖ-Koalition – heute vor allem Herrn Finanzlandesrat Paierl – aber noch gesagt: Mit zu viel Speed kann man sich auch selbst überholen. Das scheint Ihnen bei diesem Budget leider gelungen zu sein. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 16.34 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Graf. Ich erteile es ihr.

Abg. Graf (16.34 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Landeshauptmann, sehr geehrte Damen und Herren! (Klingelzeichen eines Weckers.)

Der Wecker hat deshalb geläutet, dass niemand von Ihnen ein Nickerchen macht und um der SPÖ zu zeigen, dass es fünf vor zwölf war und bei uns Gott sei Dank die Alarmglocke geläutet hat. (Beifall bei der FPÖ.)

Ein Ausspruch der SPÖ, der lautet, sozial und gerecht, hätte sozial und ungerecht heißen müssen. Denn sozial und gerecht hat bedeutet, Kürzung der Karenzzeit von zwei auf eineinhalb Jahre. Sozial und gerecht hat bedeutet, keine Geburtenbeihilfe mehr. Sozial und gerecht hat bedeutet, einen großen Unterschied zu machen zwischen Mutter und Mutter, zum Beispiel Studentin und vorher Erwerbstätige. Sozial und gerecht bedeutet, dass Sie dafür verantwortlich sind, dass jeder Österreicher mehr als 7000 Schilling weniger in der Geldtasche hat wegen der Schulden, die Sie hinterließen. Und das ist für mich im familien-politischen Bereich nicht sozial und

gerecht. (Abg. Gross: „Wir waren nicht alleine!“) Unser Kinderbetreuungsgeld ist eine echte familienpolitische Maßnahme, die die Familie aufwertet und nicht nur für die Zukunft unseres Landes Leistungen für die nächste Generation sichert, sondern auch andere Bereiche erleichtern wird. Eine intakte Familie ist die Zukunft und gibt den Kindern den richtigen Weg vor. (Beifall bei der FPÖ.)

17 Prozent der österreichischen Bevölkerung sind Kinder und unsere Kinder sind 100 Prozent Zukunft des Landes. (Abg. Gross: „Schade, dass die Botschafterin schon fortgegangen ist, die hätte Ihnen erklären können, was im Norden ist!“) 19.000 Mütter, Hausfrauen und Studentinnen, die bisher keinen Anspruch hatten, werden in diese Investition für die Zukunft mit einbezogen, 8000 Bäuerinnen und gewerblich selbstständige Frauen werden diese 6000 Schilling pro Monat erhalten und eine deutliche Verbesserung der Lebenssituation bemerken und sie werden auch Pensionszeiten erwerben – 18 Monate. Wir drängen die Frauen nicht an den Herd, denn sie haben die Möglichkeit der Zuverdienstgrenze von 200.000 Schilling pro Jahr. Bisher mussten sie ja fast zu Hause bleiben bei dem Karenzgeld, denn da war die Zuverdienstgrenze bei 4000 Schilling. Das war praktisch ein Beschäftigungsverbot. Wir geben ihnen wirkliche Möglichkeiten, echt sozial und gerecht, und nicht nur Schlagworte, sondern Verbesserungen für sozial Schwächere. Wir respektieren das Muttersein. Welche Bedeutung es für die SPÖ hat, hat Frau Prammer mit ihrer Aussage „Frauen werfen“ bewiesen. Dieser Aussage zufolge habe ich auch geworfen und ich habe die familienpolitischen Maßnahmen, die Sie getroffen haben, an meinem eigenen Körper und in meiner eigenen Geldtasche zu spüren bekommen. Die ökonomische Situation der Frauen hat sich in den letzten drei Jahrzehnten durch die Familienpolitik Ihrer SPÖ-Frauen nicht verbessert, sondern verschlechtert. Das Karenzgeld war vom Erwerb abhängig (Abg. Gross: „Jetzt gibt es das gar nicht mehr!“) und es ist einer ganzen Gruppen von Frauen verwehrt worden. (Abg. Schrittwieser: „Das glauben Sie ja selber nicht!“) Und das ist nicht gerecht. (Beifall bei der FPÖ.)

Unsere familienpolitische konsequente Förderung heißt 6000 Schilling pro Monat, und zwar abgekoppelt von der Erwerbstätigkeit. Es ist keine Versicherungsleistung mehr, sondern es ist eine echte Familienleistung. Meine Damen und Herren, darauf sind wir sehr stolz – das kann ich Ihnen sagen. (Beifall bei der FPÖ. – Abg. Gross: „Wenn Sie darauf stolz sind, dann überlegen Sie, dass Sie im Beruf stehen, oder nicht?“) Auf so eine Familienleistung muss man stolz sein. Ich habe Ihnen schon vorher gesagt, Kinder sind 100 Prozent Zukunft unseres Landes. (Abg. Gross: „Sie haben noch nicht viel gearbeitet, darf ich Ihnen das sagen!“) Meine Damen und Herren von der SPÖ, Sie krallen sich jetzt in der Opferrolle der Frau fest. Moderne Frauen aber möchten selbst und unabhängig entscheiden: weder an der Leine eines Mannes noch an der Leine des Staates. Ich darf dazu noch aus einem Leserbrief zitieren, bei dem es um die Sendung „Betrifft“ geht. Dort war die Diskussion zwischen SPÖ-Frauen und Grünen Frauen, die fassungslose Ansichten vertraten. Für sie sind Mütter und Hausfrauen nur Armutschgerln am Herd. Das Kind ist ein Nebenprodukt. Gesprochen wird nur über die Kinderbetreuung, die Familie gibt es scheinbar nicht mehr. Wie weit haben sich die Grünen von der Natur entfernt. Die SPÖ hatte immer schon die Tendenz, die Kinder möglichst früh dem Einfluss der Eltern zu entziehen. Dann ist es leicht, alle Menschen gleich zu machen. (Abg. Gross: „Ihnen gleiche Bildungschancen zu geben!“) Wie können Sie solche Frauen für die Allgemeinheit sprechen lassen. Sie sprechen nur für sich, für ihren Egoismus, ihre Karrieresucht, Männerhass und Frust. (Heiterkeit bei der SPÖ.) Warum dieser Geschlechterkampf, meine Damen und Herren, ich zitiere nur einen Leserbrief. (Beifall bei der FPÖ. – Abg. Gross: „Ich zitiere nur Leserbriefe, an die ich glaube!“) Lassen wir doch die Männer Männer sein und die Frauen Mutter. Für mich und ich denke für viele andere ist das Wort Mutter immer noch der höchste Titel und Adel einer Frau. Für dieses Kindergeld werden viele Familien dankbar sein. (Beifall bei der FPÖ.)

Ich sage Ihnen noch etwas: Der Umbau im Sozialbereich ist nicht gleich der Abbau. Fortschrittliche Sozialpolitik mit gerechten Leistungen soll die Zukunft sein. Bei der Vergabe dieser Leistungen ist Herr Landesrat Flecker gefordert und die Absicherung und die Weiterentwicklung wird eine vordringliche Aufgabe sein. Ziel muss es sein, neben dem Wohlfahrtsstaat eine leistungsstarke und lebendige Wohlfahrtsgesellschaft zu etablieren. Wir wollen kein Geld in die Luft schießen, wie wir gehört haben mit den Raketen, sondern wir wollen jenen Sozialleistungen zugute kommen lassen, die es wirklich brauchen. (Beifall bei der FPÖ. – 16.41 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als nächste Rednerin hat sich die Frau Abgeordnete Lechner-Sonnek zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

Abg. Lechner-Sonnek (16.41 Uhr): Herr Präsident! Frau Landeshauptfrau! Meine Damen und Herren!

Ich kann mich noch gut erinnern, wie ich das erste und einzige Mal im Landtag war um zuzuhören da hinten auf der Zuschauertribüne. Das ist fast ein Jahr her, noch nicht ganz, das war im Juni letzten Jahres und damals habe ich mir gedacht, da schau, das Land habe ich eigentlich unterschätzt. Da war ich wirklich positiv beeindruckt, das war, es war schon sehr spät, der Abend, an dem der Sozialplan beschlossen worden ist. Einige der Herrschaften, die da hinten sitzen, waren – glaube ich – auch dabei. Der Sozialplan, das war ja ein sehr ambitioniertes Unterfangen. Der ist nämlich erstellt worden in einer sehr guten Zusammenarbeit der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Landesverwaltung, also der Beamten und Verwaltungsbediensteten und andererseits einiger politisch aktiver Personen im Landesbereich und vieler Personen, die tatsächlich wussten, wovon sie sprechen, wenn sie vom Alltag mit behinderten Menschen sprechen, wenn sie von der Arbeit mit behinderten Menschen sprechen. Nämlich Personen, die in solchen Einrichtungen arbeiten und die dort auch Verantwortung tragen, so genannte Trägervorteiler. Und dieser Sozialplan, der hat sehr lange gebraucht, bis er fertig geworden ist. Er ist auch sehr umfangreich geworden, aber er ist wirklich hochrangig. Er beschreibt sehr genau, was bis zum damaligen Zeitpunkt – und das gilt eigentlich auch heute noch – in der Steiermark möglich war im Behin-

derntenbereich und auch durchgeführt wurde. Und er beschreibt auch, was noch nötig ist. Und das ist ziemlich viel, meine Damen und Herren. Ich weiß nicht, inwieweit Sie vertraut sind mit der Behindertenpolitik, ich weiß nicht, inwieweit Sie vertraut sind damit, was andere Bundesländer in diesem Bereich machen. Aber ich kann Ihnen nur eines sagen, kurz zusammengefasst: Wir haben genügend Anlass uns zu überlegen, was wir noch zu tun haben. Wir haben eine gesetzliche Basis für die Behindertenpolitik, die ist über 30 Jahre alt. Das Behindertengesetz datiert aus dem Jahre 1964. Der Sozialplan hat das ambitionierte Ziel gehabt, eine wirklich gute und fundierte Vorbereitung für eine Gesetzesnovelle anzubieten und die gibt es jetzt. Auf dieser Basis ist, nachdem die Wahl durchgeführt worden ist und die Funktionen neu verteilt wurden, dann der Entwurf eines Behindertengesetzes entwickelt worden. Ich weiß, dass wir das heute nicht hier diskutieren, aber es ist für mich eine der zentralen Fragen dieses Budgets, was wird mit dieser Gesetzesnovelle passieren? Wir wissen jetzt schon, dass der Sozialbereich nach Auskunft von Landesrat Flecker – und nachdem er der zuständige Landesrat ist, denke ich, wird er wissen, was er sagt – mit über 400 Millionen unterdotiert ist. Wir wissen auch, und das sage ich Ihnen als jemand, der in diesem Bereich zehn Jahre beruflich tätig war, dass wir einen gewaltigen Nachholbedarf in diesem Bereich haben. Wir haben zum Beispiel in unserem Behindertengesetz überhaupt nichts vorgesehen zu der Tatsache, dass behinderte Menschen Wohnungen brauchen, dass sie die Möglichkeit haben müssen selbstständig zu wohnen, sich selbst zu entscheiden, wie sie wohnen möchten, allein, mit einem Partner, einer Partnerin, mit einer Familie, unter Gleichgesinnten. Wie auch immer, das ist de facto nicht möglich, weil das Landesbehindertengesetz nichts vorsieht. Wir haben auch wenig Angebote im Bereich von Arbeit. Jetzt könnten Sie vielleicht sagen, wenn Sie nicht sehr viel mit dem Bereich zu tun haben, macht ja nichts, die müssen ja nicht arbeiten gehen. Aber ich hoffe, wenn Sie ein bisschen länger nachdenken, ist Ihnen bewusst, dass Arbeit in dieser Welt, in dieser Kultur, in dieser Gesellschaft, in der wir leben, Existenzsicherung ist und soziales Eingebundensein, Anerkennung, die Möglichkeit sich selbst zu verwirklichen, wie man so schön sagt. Das einzubringen, was man gut kann, sich weiterzuentwickeln und auch für das akzeptiert zu werden, was man ist und wie man ist. Das ist Arbeit. Und ich denke, behinderte Menschen haben ein Recht, das auch zu erleben und die Vorteile auch in Anspruch nehmen zu können. Wir haben auch auf der Basis, auf der wir jetzt arbeiten, überhaupt keine Angebote für Familien, die jahre- und jahrzehntelang schwerst behinderte Menschen pflegen. Das müssen Sie sich einmal vorstellen! Stellen Sie sich vor, Sie haben ein schwerst behindertes Kind, das 20, 30 Jahre alt ist, sehr schwer zu heben, groß. Das überhaupt allein nichts machen kann, nicht essen kann, nicht sitzen kann, sich vielleicht nicht artikulieren kann und Sie pflegen dieses Kind tagtäglich und Sie haben nicht einmal Zeit einkaufen zu gehen, von einem Friseurbesuch, von einem Kinobesuch, einem Urlaub ist überhaupt keine Rede. Für solche Personen bietet das Land Steiermark überhaupt keine Hilfe an. Und ich halte das nicht nur für einen Skandal, sondern auch für sehr kurzsichtig gedacht. Auch wirtschaftlich sehr kurzsichtig gedacht. Denn wenn eine Familie bereit und in der Lage ist, einen schwerst behinderten Menschen zu pflegen, dann wären wir sehr gut beraten und wenn ich es rein betriebswirtschaftlich anschau, sehr gut beraten, diese Familie so zu unterstützen, dass sie sich das auch leisten kann, denn jede andere Form der Betreuung ist unendlich viel teurer. Das ist ganz klar. (Beifall bei den Grünen und der SPÖ.)

Aber zurück zur Ausgangssituation. Mich würde wirklich interessieren und ich erhoffe mir und bitte eindringlich um eine Antwort aus den Reihen der ÖVP und FPÖ, was bedeutet dieses Budget für das neue Behindertengesetz? Das ist keine rhetorische Frage, das ist eine ernst gemeinte Frage, wenn wir hier und heute, heute und morgen, aber vielleicht beschließen wir den Sozialbereich oder beschließen Sie den Sozialbereich ja heute noch, über dieses Budget entscheiden, entscheiden wir über Rahmenbedingungen für den Behindertenbereich für zwei Jahre. Heißt das, dass man dieses Behindertengesetz, diese Gesetzesnovelle ad acta legen kann, heißt das, dass es im Jahr 2003 wieder viel mehr Geld geben wird? Dass man bis dahin sozusagen nur warten muss und dann weitermachen kann? Auch das wäre höchst fatal im Behindertenbereich. Ich will nicht den Eindruck aufkommen lassen, dass man das halt schon irgendwie aushalten kann. Ich möchte noch einmal darum bitten um eine Antwort im Anschluss.

Eines ist mir sehr wichtig. Es gibt Auswirkungen für Betroffene, wenn im Behindertenbereich nicht genug dotiert ist. Die habe ich kurz angezogen. Sie müssen zu Hause bei ihrer Herkunftsfamilie bleiben. Das horcht sich vielleicht auch gemütlicher an als es ist. Stellen Sie sich vor, jetzt – so wie Sie jetzt sind, in dem Alter – müssten Sie noch zu Hause bei Ihren Eltern leben, wenn Sie noch welche haben und hätten keine Chance, jemals wegzuziehen, dann wissen Sie vielleicht, was ich meine. Oder Sie müssen im Heim leben, weil es eine andere Versorgung, ein anderes Angebot für Sie nicht gibt. Es gibt immer mehr ältere behinderte Menschen. Das hat damit zu tun, dass in der Zeit des Dritten Reiches behinderte Menschen massenweise getötet wurden und jetzt kommen wir das erste Mal in die Lage, Generationen älterer behinderter Menschen zu haben, die einen Rechtsanspruch haben und haben sollten darauf, ein gutes Angebot für Betreuung zu haben. Da gibt es einen großen Notstand, da gibt es Nachholbedarf und da kann man nicht einfach ein paar Jahre warten mit ungewissem Ausgang. Wichtig ist mir in dem Zusammenhang auch darauf hinzuweisen, dass das, was für behinderte Menschen in der Steiermark passiert, zu einem großen Teil von Privatpersonen getragen wird. Ich weiß nicht, ob Ihnen das bewusst ist. Viele dieser privaten Träger riskieren, wenn sie in Vorständen von privaten Vereinen sitzen, ihr Privatvermögen, immer und immer wieder. Dann, wenn zum Beispiel das Land nicht in der Lage ist, rechtzeitig über Tagsätze neu zu verhandeln oder wenn das Land – wie das in der letzten Landtagsperiode passiert ist – auf den Einfall kommt, irgendwelche Sätze zu deckeln und gleich für ein paar Jahre. Ist alles schon passiert. Das, was wir in der Steiermark haben an Infrastruktur, an Angeboten für behinderte Menschen, ist auch und in einem großen Maß dem Engagement von Privatpersonen zu verdanken. Ich denke, sie haben es sich sicher nicht verdient, dass sie von der Politik sukzessive immer wieder im Stich gelassen werden, denn sie werden versuchen, weiterhin und

in vermehrtem Ausmaß Leistungen anzubieten für behinderte Menschen, weil sie sehen, dass es nötig ist. Und ich denke, unsere Aufgabe ist es, ihnen die Rahmenbedingungen dafür anzubieten. (Beifall bei den Grünen und der SPÖ.)

Gestern in der Generalrede hat Klubobmann Lopatka davon gesprochen, was es alles an Sanierungsbedarf gibt im Rahmen des Sozialbereiches. Es waren drei Punkte. Einer davon ist mir besonders im Gedächtnis geblieben. Er hat gesagt, es geht um Günstlinge der SPÖ und das kann einfach nicht so weitergehen, dass es im Sozialbereich solche Leute gibt. Es erinnert mich fatal an eine Sache, die auf Bundesebene derzeit läuft – schon seit einiger Zeit. Sie kennen die Sache Euroteam. Das ist eine Sache, zu der es einen Untersuchungs-Ausschuss gegeben hat oder noch immer gibt und die jetzt zum Anlass genommen wird von ÖVP und FPÖ, Listen sich einzuholen vom AMS und sich zeigen zu lassen, wer alles gefördert wird und es werden die aussortiert, die ÖVP und FPÖ für links halten, da sind Kinderbetreuungsinitiativen drinnen, Frauengruppen. Was weiß ich, es ist eine lange Liste, wer interessiert ist, ich kann sie weitergeben. Und die werden besonders geprüft und die werden ganz schön unter Druck gesetzt. Das kann es ja wohl nicht sein, meine Damen und Herren, wenn man parteipolitisch motiviert in Ressorts herumzuwühlen beginnt. Das kann es nicht sein. (Beifall bei den Grünen und der SPÖ.)

Da geht es einfach darum, dass man sich entscheiden kann, gibt man den Armen, den unverschuldet Behinderten etwas – das ist auch so ein Begriff, der gestern gefallen ist – ich glaube, es war Landesrat Schützenhöfer, der ihn verwendet hat. Es würde mich in dem Zusammenhang auch außerordentlich interessieren, wer verschuldet behindert ist und inwiefern das einen Unterschied macht. Es geht nicht darum, dass wir Geschenke caritativer Art verteilen, dass wir sagen, uns geht es gut und wir geben jenen, denen es schlechter geht, halt auch etwas. Ich möchte in Erinnerung rufen für den Fall, dass Sie es schon einmal wussten und sonst zur Kenntnis bringen: Die Österreichische Verfassung spricht klare Worte: „Niemand darf auf Grund einer Behinderung diskriminiert werden. Sie sagt auch, dass Bund, Länder und Gemeinden dafür zu sorgen haben. Ich vermisse Aktivitäten in diesem Bereich auf der Ebene des Landes Steiermark, besonders wenn ich mir dieses Budget anschau. Behinderte Menschen haben Rechte und sind nicht auf unsere Mildtätigkeit angewiesen. (Beifall bei den Grünen und der SPÖ.)

Ich muss auch darauf hinweisen, dass es auch wirtschaftlich ein klassisches Eigentor ist, bei diesem Verhalten zu bleiben, das wir bis jetzt haben. Es ist immer vom Begriff der sozialen Treffsicherheit die Rede. Ich habe schon gestern gesagt, dass ich ihn für sehr fatal halte, vor allem so, wie er verwendet wird, denn da geht es oft um Einsparungen. In Wirklichkeit, wenn ich den Wortsinn nehme, müsste es eigentlich darum gehen zu fragen, bekommen die Menschen, die etwas brauchen, auch genau das, was sie brauchen? (Beifall bei den Grünen und der SPÖ.)

Im Rahmen dieses Sozialplanes ist etwas entwickelt worden, und zwar auch von einer interdisziplinär besetzten Gruppe, an der ich auch kurz mitarbeiten durfte, was sicherstellen würde, dass jeder Mensch, der behindert ist, in der Steiermark ganz genau das bekommt, was er oder sie braucht, nicht mehr und nicht weniger. Ich meine daher, das wäre die wirtschaftlichste Form. Das und nicht einfach ein ScherzL wegzuschneiden und zu sagen, mit 30 Prozent weniger müsst ihr auch auskommen. Wir müssen uns bewusst machen, wenn wir nicht bedarfsgerecht Dienstleistungen anbieten und sicherstellen, dass diese Menschen in Heime drängen werden. Ich weiß nicht, wo Sie sie alle unterbringen wollen. Denn diese Heime gibt es in diesem Ausmaß nicht und die braucht es auch nicht. Wirtschaftlich zu denken heißt, sehr schnell zu sein in der Veränderung der Gesetzesgrundlage, im Beschluss der Gesetzesnovelle. Herr Landesrat Paiel hat heute in der Früh nach dem Gespräch mit den Gewerkschafterinnen nebenan im Saal gesagt, die Menschen wollen Problemlösungen, und nicht Diskussionen. Wenn das so ist, Herr Landesrat, dann haben Sie jetzt jede Möglichkeit. Ich kann Ihnen sagen, „Weg frei“, heißt eine Kampagne der Grünen Steiermark, Weg frei für behinderte Menschen. Sie haben jetzt freien Weg, Problemlösungen anzubieten. Sie können jetzt dazu beitragen, dass wir ein zeitgemäßes Behindertengesetz beschließen und bedarfsorientiert und dabei sehr sparsam und wirtschaftlich arbeiten können. Ich habe nicht so tolle Transparente wie die ÖVP, möchte aber Herrn Landesrat Paiel gerne einen Folder der Kampagne überreichen. Noch zwei oder drei kleine Punkte – sie sind nicht klein, aber ich habe nicht mehr viel Zeit, so war das gemeint –, die in den Sozialbereich gehören: Frauenhaus Obersteiermark. Meine Damen und Herren! Ich weiß, Landesrat Flecker teilt meine Meinung hier nicht. Es gibt eine Gruppe von Frauen, die seit Jahren sich darum bemüht, ein Frauenhaus in der Obersteiermark zu bekommen. Herr Kollege Hamedl hat gestern davon gesprochen, dass es sehr wichtig ist, präventive Maßnahmen im Bereich von Gewalt innerhalb der Familie zu setzen. Herr Landesrat hat in einem Gespräch gesagt, er will noch eine Studie einholen. Ich denke, es wäre auch ein Respekt vor der Arbeit dieses Proponentenkomitees, dieser engagierten Frauengruppe und man soll akzeptieren, dass der Bedarf gegeben ist. Diese Gruppe hat sich schon lange damit beschäftigt. Es wäre ganz wichtig etwas umzusetzen, was im Übrigen, meine Damen und Herren, hier in diesem Landtag schon beschlossen worden ist und was im Arbeitsprogramm der Regierung enthalten ist. Wenn es aber jetzt zwei Jahre lang nicht im Budget enthalten ist – ich lasse mich aber gerne überraschen, denn vielleicht habe ich es übersehen und dann nehme ich es sofort zurück, wenn ich es übersehen habe –, dann frage ich mich, was hat man von einem Arbeitsprogramm zu halten, wenn es sich überhaupt nicht im Budget niederschlägt? Im Übrigen, ein eigenes Frauenreferat auf Landesebene ist überfällig, denn, meine Damen und Herren von der FPÖ, auch wenn Sie mir vielleicht Karrieretribe oder Egoismus unterstellen, Frauenpolitik ist nicht Familienpolitik. Eines noch zu der Gruppe, die gestern bei Frau Landeshauptfrau Klasnic vorstellig geworden ist. Es waren die Vertreter der Altenheime, des Verbandes Steirischer Alten- und Betreuungsheime. Diese haben darauf hingewiesen, dass die Tagsätze, mit denen sie arbeiten, seit drei Jahren unverändert sind, obwohl in dieser Zeit die Personalkosten um

6 Prozent gestiegen sind und der Verbraucherpreisindex um 4,5 Prozent. Es kommt zu einem neuen Kollektivvertrag, der die Bediensteten in diesem Bereich langsam in die Nähe der Bediensteten der KAGES bringt, zwar noch nicht dorthin, aber wenigstens ein paar Qualitäten, ein paar Sicherheiten sicherstellt. Ich finde, man kann die Betreiber von Heimen, wer auch immer sie sind, ob es die Sozialhilfeverbände sind, andere Organisationen oder private Träger, nicht so hängen lassen. Sie haben Pflichten und Aufgaben der Gemeinschaft übernommen und wir haben die Aufgabe, die Rahmenbedingungen sicherzustellen, dass diese Pflichten auch durchgeführt werden können – das sind nämlich unsere Pflichten. Ein Letztes, weil immer die Rede davon ist, der Sozialbereich ist Verpflichtung im Sinne von „das ist verlorenes Geld“. Meine Damen und Herren! Der Sozialbereich ist auch Wirtschaft. Der Sozialbereich ist Arbeitsplatz. Im Nationalen Aktionsplan für Beschäftigung, im ersten, der erstellt wurde, war ausgewiesen, dass das große Hoffungsgebiet am Arbeitsmarkt der Dienstleistungssektor im sozialen Bereich ist. Ich weiß, dass wir derzeit in Bezug auf Arbeitslosigkeit nicht so schlecht dastehen. Aber ich möchte doch eine Wertschätzung für den Sozialbereich als Wirtschaftsbereich von Ihnen bekommen. In diesem Zusammenhang ist mir wichtig, dieser Hymne von Ehrenamtlichkeit, die gestern zu hören war, entgegenzustellen, dass es wichtig ist, dass wir hoch qualitative und professionelle Angebote im Sozialbereich haben und dass man nicht den Versuch unternemen soll, sie heimlich abzuservieren und finanziell einzuschnüren, weil man ja ohnehin so viele Leute hat, die das alles privat erledigen können. So ist es nicht. Unsere Pflicht ist es dafür zu sorgen, dass das auf ordentlichen Beinen steht. Ich sehe das in diesem Budget überhaupt nicht gegeben und deswegen werden wir auch diesen Teil des Budgets eindeutig ablehnen. Danke! (Beifall bei den Grünen und der SPÖ. – 17.00 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als nächster Redner hat sich der Herr Abgeordnete Tschernko zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Tschernko (17.00 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Ich werde den Bereich der Alten- und Pflegeheime und Sozialhilfeverbände behandeln. Vor zirka zehn Tagen war eine Schlagzeile in der „Kleinen Zeitung“: „Österreich steht vor Vergreisung.“ Das ist die Realität, in der wir uns befinden, die aber auch sozialen und gesellschaftlichen Sprengstoff in sich birgt. Denn durch die verbesserten Lebensbedingungen sowie durch deutliche Fortschritte in der Medizin kam es in den letzten Jahrzehnten zu einer extremen Zunahme der Lebenserwartung. Dadurch stieg natürlich auch naturgemäß der Anteil der Pensionisten an der Gesamtbevölkerung. Bis zum Jahr 2035 ist mit fast einer Verdoppelung der Zahl der über 60-Jährigen zu rechnen, das heißt, mit 2,7 bis 3 Millionen Menschen. Derzeit sind rund 1,6 Millionen Menschen über 60, vor 50 Jahren waren es noch rund eine Million Menschen. Die Dramatik dieser Zahlen wird uns erst so richtig bewusst, wenn wir uns gleichzeitig die Entwicklung der Geburten vor Augen führen: Die durchschnittliche Kinderzahl in österreichischen Familien liegt derzeit bei 1,04 Kinder pro Familie, in der Steiermark bei 1,1 und sie wird in den nächsten Jahren auch konstant zurückgehen, nämlich auf 0,91 pro Familie sinken. Für die Steiermark heißt das wiederum in der prognostizierten Entwicklung 0,89 Kinder pro Familie. Ich muss der Kollegin Graf Recht geben, wenn sie sagt, die Kinder sind unsere Zukunft. Dies hat nicht nur Auswirkungen auf das fast nicht mehr zu finanzierende Pensionssystem, dies führt jetzt schon zu einer signifikanten Veränderung der Familienstrukturen. Ein Prozess also, der in den Städten schon seit längerer Zeit eingeleitet und weitgehend abgeschlossen scheint, jedoch in den ländlichen Regionen erst voll einsetzt und mit dem unmittelbar zusammenhängenden Verlust von Pflegepotenzial innerhalb der Familien einen Anstieg des Bedarfes an Pflegebetten ganz sicherlich nach sich zieht. Dadurch ergibt sich neben einer erforderlichen Kapazitätssteigerung im Bereich der Pflegeplätze auch eine exorbitante Kostenexplosion. Selbst dann noch, wenn das Pflegepotenzial in den Familien am heutigen Stand bleibt und nicht – wie wir erwarten – weiter sinkt. Das heißt im Klartext für die Steiermark, dass wir in diesem Zeitraum zirka 5000 bis 10.000 Pflegebetten mehr brauchen. Jetzt schon sind zirka 6700 Menschen in Pflegeheimen untergebracht und zirka 300 auf gemeldeten Pflegeplätzen, die bis zu maximal 1200 Menschen betreuen können. Das Übersiedeln in ein Pflegeheim trifft die Mehrzahl der Senioren meist unerwartet, oft mit einem akuten Ereignis, zum Beispiel mit einem Unfall verbunden. Dieser Mensch wird aus seinem „normalen“ Leben gerissen und muss sich mit dem Umzug ins Pflegeheim sehr rasch vertraut machen und sich auch daran gewöhnen. Und daher möchte ich die Pflegequalität der Heime näher beleuchten. Trotz des Pflegeheimgesetzes gibt es immer noch Heime, in denen nicht einmal eine Warm-Satt-Sauber-Pflege durchgeführt werden kann. Dazu kommt die fehlende Kontrolle der Pflegeheime, um die erforderliche Qualität zu garantieren. Hierzu möchte ich noch sagen, dass wir schon in der vergangenen Periode Anträge eingebracht haben, Beschlüsse des Landtages gefasst worden sind, aber die Kontrolle oder dieser Pflegeanwalt oder diese Anwaltschaft noch nicht installiert wurde. Ebenso haben wir am 19. Dezember des Vorjahres, die Kollegen Forenbacher, Wicher, Tschernko und so weiter, um die Erweiterung des Aufgabenbereiches der Patientenvertretung einen Antrag eingebracht. Weiters kann nach dem derzeitigen Mindestpflegepersonalschlüssel tatsächlich nur die notwendige Pflege durchgeführt werden, die aber menschenunwürdig ist und den Menschen zur Sache oder manchmal sogar zur „gefährlichen Pflege“ werden lässt. Daher brauchen wir auch für die Heime eine dem Pflegeaufwand tatsächlich entsprechende Einstufung und damit verbunden eine höhere Einstufung bei Verwirrtheit, Demenz oder Morbus Alzheimer. Wir brauchen eine verpflichtende Beziehung von Pflegepersonal bei dieser Einstufung und, wie schon angeführt, eine Qualitätskontrolle durch Fachpersonal für alle Pflegeheime, Altenheime, Hauskrankenpflege, das heißt mobile Hauskrankenpflege und Pflegeplätze und ebenso die Anwendung des Pflegeheimgesetzes. Und das wäre jetzt schon möglich, Frau Kollegin Gross hat das auch aufge-

zeigt in ihrer Rede, wenn die Pflege bis zu vier Personen als Dienstleistung gegen Entgelt angeboten wird, damit eine adäquate und eine ausreichende Pflege gewährleistet werden kann, damit Pfleglinge in Familien bis zu vier Personen nicht benachteiligt sind. Das wäre jetzt schon möglich, wenn wir das im Pflegeheimgesetz festschreiben oder noch besser, meine Damen und Herren, möchte ich den Umstand aufzeigen, den auch die Volksanwaltschaft in ihrem Bericht 1999/2000 aufgezeigt hat und bundesweit dafür eintritt, nämlich für bundesweit einheitlich ausgestaltete konsumentenfreundliche Heimverträge. Die stationäre Versorgung in einem Altenpflegeheim beruht ja derzeit auf privatrechtlichen Vereinbarungen zwischen den einzelnen Bewohnern und dem jeweiligen Heimträger. Auch dann, wenn die Einweisung in Einrichtungen sowie die Kostentragung durch den zuständigen Sozialhilfeträger bescheidmässig verfügt wurde. Diese Beziehung ist auch nicht immer konfliktfrei und auch die Ausgestaltung der Heimverträge sehr unterschiedlich. Erachtet es auch die Volksanwaltschaft in ihrem Bericht als unumgänglich, für eine bundesweite einheitliche Regelung dieser Heimverträge einzutreten. Zweck dieser Regelung ist es, Bedürfnisse der Heimbewohner stärker zu beachten, Menschenwürde und Selbstständigkeit der Heimbewohner im Pflegeheim auch zu sichern. In der Steiermark werden derzeit diese allgemeinen Rechte der Heimbewohner in einem Heimstatut geregelt und auch diese sind sehr unterschiedlich geregelt. In bundeseinheitlichen Heimverträgen könnte jedoch stärker auf die zivilrechtlichen Aspekte des Leistungsaustausches und auch etwaiger Leistungsstörungen eingegangen werden, ohne dass Heimbewohner befürchten müssen ihren Heimplatz zu verlieren. Und beispielgebend dafür ist für mich die Bundesrepublik Deutschland. Denn dort wurde mit Einführung der Pflegeversicherung – und das ist auch ein Punkt, darüber müssten wir auch in Zukunft diskutieren, wenn es um diese exorbitante Kostenexplosion geht – um die Einführung der Pflegeversicherung ist auch das Heimgesetz in Kraft gesetzt, in dem einzelne sozialpolitisch dringende Schutzmaßnahmen getroffen wurden, auch gekoppelt. Das heißt, alle Pflegeheime und alle Heime mussten neue Heimverträge abschließen. Eine genaue Regelung, die die Leistungen zwischen Heimbewohner und Heimträger festlegt, wäre auch für Österreich beziehungsweise für unsere Steiermark wünschenswert.

Meine Damen und Herren, die menschliche Qualität einer Gesellschaft wird sicher daran gemessen, wie wir unsere Kinder ins Leben einführen und unsere Eltern aus dem Leben hinausbegleiten. Wir wünschen uns, dass unsere älteren Mitbürgerinnen nicht isoliert, sondern auch in Zukunft in sozialen Netzen leben können. Und hier stimme ich auch der Klubobfrau Lechner-Sonnek zu, dass diese sozialen Netze in den Familien aufrechterhalten bleiben müssen beziehungsweise eingeführt werden sollten, wenn wir vielleicht noch in Zukunft diese Familienentlastungsdienste anbieten wollen. (Beifall bei der ÖVP.)

Wir müssen daher sicherstellen, dass für diese rasant anwachsende Altersgruppe eine ausreichende, die Menschenwürde wahrende Versorgung mit Pflege- und Betreuungseinrichtungen angeboten wird. Meine Damen und Herren, es geht hier um den Generationenvertrag. Wir alle sind aufgefordert unsere Verantwortung wahrzunehmen und selbst auch in die Hand zu nehmen. Ich richte daher den Appell an alle Kolleginnen und Kollegen hier im Haus, dass wir nicht nur alle Budgetposten beklagen, sondern gemeinsam auch darüber nachdenken, wie wir diese anstehenden Probleme gemeinsam lösen können. Wir sind aufgefordert Rahmenbedingungen zu schaffen. Das kann auch heißen, einen Umbau vorzunehmen, ohne dass dabei ein Abbau passiert.

Zwei Sätze noch zu den Sozialhilfverbänden. Ich beziehungsweise meine Fraktion ist derzeit für den Fortbestand dieser funktionierenden Einrichtungen auf Bezirksebene. Die Gemeinden haben zwar hier nur eine geringe Mitbestimmung, aber es passiert dennoch ein gewisses Maß an Bewusstseinsbildung und Mitverantwortung auf Bezirksebene. Es gab schon die Tendenz, die Sozialhilfverbände aufzulösen und eine eigene Verwaltungsebene zu schaffen, bevor es aber nur diese Lösung gibt, einen neuen Verwaltungsapparat aufzubauen, der eventuell noch Unmengen von Kosten verursacht – damals wurden 40 bis 50 Millionen Schilling geschätzt –, wenn man das in die ISGS integriert hätte, bin ich nicht für diese Lösung, bevor wir nicht eine bessere finden.

Ich hätte aber zwei Fragen an den Herrn Landesrat Flecker. Was ist Ihre Stellungnahme zu den Sozialhilfverbänden? Meine erste Frage. Und, Herr Landesrat Flecker, meine zweite Frage: Es geht hier, nachdem ich auch Bürgermeister bin, um den Aufteilungsschlüssel 70 zu 30, aber auch im Landtag sitze und das Landesbudget mitbeschließe – (Landesrat Dr. Flecker: „Wie bitte, ich habe Sie akustisch nicht verstanden!“) Die zweite Frage? (Präsident Dipl.-Ing. Kinsky: „Herr Abgeordneter, ich muss Ihnen mitteilen, Ihre Redezeit ist abgelaufen!“) Wir wissen und es ist bekannt, dass Sie aus dem Bereich der Finanzen kommen und dass Sie damals auch den Vorschlag von Landesrat Ressel mitgetragen haben, den Kostenaufteilungsschlüssel 50 zu 50 für die Gemeinden und für das Land vorzunehmen. Meine Frage ist jetzt, wie können Sie diese Belastung jetzt und heute für das Land vertreten? Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 17.11 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Halper. Ich erteile es ihr.

Abg. Halper (17.11 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Landesräte! Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus!

Aber, liebe Verena Graf! Ich habe jetzt zwar nicht vor, mich mit deiner Rede auseinander zu setzen, das würde meinen ganzen Debattenbeitrag kosten, nur eines sei schon gesagt, ein Kind ist kein Nebenprodukt. (Abg. Graf: „Das war ein Leserbrief!“ – Abg. List: „Wer hat das gesagt?“) Verena, dann erkläre, wie du es meinst. Ich habe selber keine Kinder, ich bin aber Kinderkrankenschwester von meiner Profession her. Ich gebe dir Recht, dass Kinder Zukunft sind. Kinder sind etwas ganz Liebenswertes. Kinder brauchen unseren Schutz und sie brauchen unsere Hilfe, damit sie in die Zukunft gehen können. Nebenprodukte sind sie keine. (Abg. Graf: „Das war ein Zitat aus einem Leserbrief!“)

Ich habe es im Zuge der Budgetdebatte schon einmal erwähnt, gehe jetzt aber nochmals darauf ein. Jugendpolitik betrifft nicht nur das Jugendbudget, sondern zieht sich über viele Gruppen dieses Landesvoranschlages durch. Das Jugendbudget des Herrn Landesrates Schützenhöfer sieht auf den ersten Blick recht passabel aus. Doch mit etwas Verantwortung für die Jugend in der Steiermark sollte nicht nur ein Teil eines Landesbudgets passabel aussehen, sondern vielmehr alle budgetären Posten, die im Sinne und im Interesse der Jugendarbeit stehen, dementsprechend dotiert sein. Leider ist das aber bei diesen Budgets sicherlich nicht der Fall, denn immerhin fehlen im Bereich der Jugendwohlfahrt 100 Millionen Schilling. Das sind 100 Millionen Schilling, die grundsätzlich jungen Steirern und Steirerinnen zugute kommen sollen, damit sie die gleichen Chancen im Leben erhalten wie andere Jugendliche, die durch ihre familiäre Situation vielleicht besser gestellt sind. Auf einen Bereich möchte ich hier ganz besonders eingehen, der auch durch die finanziellen Mittel im Jugendwohlfahrtsbereich sehr gefährdet ist, und das ist die Streetwork. Grundsätzlich heißt es immer, in der Steiermark ist die Streetwork flächendeckend vorgesehen und wird auch flächendeckend angeboten. Doch leider schaut auch hierbei die Praxis ein bisschen anders aus. Trägervereine und engagierte Institutionen müssen jedes Jahr aufs Neue kämpfen, um die Finanzierung für eine Leistung sicherstellen zu können, die nicht nur für die betroffenen Jugendlichen notwendig ist, sondern für die gesamte Gesellschaft. Was macht die Streetwork eigentlich? Die Aufgabe der Streetwork ist es, Kontakt mit jenen Gruppen aufzunehmen, die nicht durch das soziale Netz oder nicht ausreichend aufgefangen werden können. Das sind hauptsächlich Jugendliche, die bereits durch ihre Lebensumstände benachteiligt sind oder oft schon als stigmatisiert oder kriminell gelten, also jene Jugendliche, um die sich kaum jemand kümmern möchte, weil sie auch nicht in das so genannte „Gesellschaftsbild“ passen. Abgesehen davon sind das auch noch jene Jugendliche, mit denen sich kaum ein Politiker oder eine Politikerin gerne ablichten lassen möchte, weil sie auch vom äußeren Erscheinungsbild nicht wirklich hineinpassen. Sehr geehrte Damen und Herren von der ÖVP, wenn es Ihnen um Nachhaltigkeit geht, dann muss es auch ein Anliegen von Ihnen sein, sich dieser Jugendlichen anzunehmen, denn sie sind ein Teil der jungen Generation, die Sie immer wieder betonen, und sie haben ebenso eine Chance für die Zukunft verdient. Daher können Sie sich hier und heute sicherlich nicht aus der Verantwortung entziehen. Aus diesem Grund meine ich auch, dass es unumgänglich ist, der Streetwork und der Jugendwohlfahrt die dementsprechende finanzielle Dotierung zu gewähren, vor allem im Hinblick auf die so genannte Nachhaltigkeit, die Sie immer wieder betonen. Streetwork ist nur auf der Basis einer langfristigen Finanzierung sinnvoll. Abschließend möchte ich noch einen Entschließungsantrag der Abgeordneten Halper und Mag. Lackner, Bezug nehmend auf einen Beschluss vom 20. März 2001, in dem es um die Liegenschaftsverwaltungen geht, einbringen. Ich stelle daher den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, von ihrem Ansinnen, die Wertgrenzen, innerhalb derer die Landesregierung ohne Befassung des Steiermärkischen Landtages Liegenschaftsverkäufe durchführen kann, auf das 13,7603-fache zu erhöhen, aus demokratiepolitischem Anstand Abstand zu nehmen und keine diesbezügliche Regierungsvorlage vorzubereiten. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 17.16 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich die Frau Abgeordnete Graf zu Wort gemeldet. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Graf (17.16 Uhr): Wo ist jetzt Michaela Halper? Hinausgegangen. Ich wollte ihr nur etwas sagen: Ich habe nicht meine Meinung geäußert, als ich gesagt habe, das Wort Kind ist sowieso nur ein Nebenprodukt. Das war, wie ich schon gesagt habe, ein Leserbrief und von mir zitiert. Ich habe selbst ein Kind und würde es nie als Nebenprodukt bezeichnen. Leserbrief am 7. April 2001. Danke! (Beifall bei der FPÖ. – 17.17 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Nunmehr erteile ich der Frau Abgeordneten Pußwald das Wort.

Abg. Pußwald (17.17 Uhr): Herr Präsident, Herr Landesrat, sehr geehrte Damen und Herren!

Jugendwohlfahrt unter dem Aspekt, dass es neben den Jugendlichen, die sich gut entwickeln, auch Jugendliche gibt, die an den Rand der Gesellschaft kommen, nicht ursächlich selbst verursacht, sondern aus diversen Einflüssen. Kinder und Jugendliche, die kein Netzwerk haben, das auffängt, die in der Schule in einer stabilen Umgebung oft nicht Fuß fassen können. Sie sind aggressiv, sie sind destruktiv, sie erleben im privaten Bereich Öde und Einsamkeit, auch Angst, sitzen sehr häufig irgendwo vor Bildschirmen oder mit anderen Jugendlichen ähnlicher Art zusammen. Das ist eine große Herausforderung an die Gesellschaft. Wenn wir die letzten Monate betrachten, Gewalt, Aggression im familiären Bereich bis hin zu großen Kriminalitätsbereichen in der Schule, dann meine ich, dass dort die Jugendwohlfahrt hineinspielt. Vorweg möchte ich allen Menschen, die sich diesen Jugendlichen, die von einem lebenswerten Baby sich hinaufentwickelt haben manchmal zu einer sehr großen Herausforderung, widmen und die Begleitung dieser Jugendlichen übernehmen, meine Hochachtung aussprechen. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Sie sind getragen von der Achtung und der Würde des dahinter liegenden Menschen. Dadurch gelingt es ihnen, diese Jugendlichen wieder zurückzuführen zu einem so genannten „normalen Leben“. Wer sind das? Das sind Beratungslehrer, Stützlehrer, Sonderpädagogen, Diplomsozialarbeiter, Schulpsychologen, psychologische Dienste, Streetworker und so weiter. Ein großes Angebot, das diesen jungen Menschen wieder Halt, Stabilität geben kann. Ich möchte etwas vorwegnehmen und gleichzeitig auch fordern: Es wird immer wieder gesagt, dass die Elternarbeit nicht genug Professionalität in sich trägt. Eltern sind nicht geschulte Erzieher. Aber Eltern, wenn wir ihnen auch von der Gesellschaft Unterstützung geben, sind fähig, auf all diese Dinge zu reagieren und mit ihren Kindern zusammen etwas zu tun, was nicht unentgeltlich ist, aber was Herausforderung ist, nämlich den

Dialog zu pflegen. Mit zunehmendem Alter wird er schwieriger, wird er herausfordernder, natürlich auch die Zeit zu teilen, das Geld zu teilen, die Auseinandersetzung mit diesen Kindern nicht zu scheuen, mit ihnen zusammen Vereinbarungen und Regeln zu treffen und diesen Kindern innerhalb dieser miteinander vereinbarten Regeln altersgemäße Freiheiten zuzulassen. Ich behaupte einmal, auf der einen Seite haben wir eine Überbetonung in der Erziehung und auf der anderen Seite einen totalen Laissez-faire-Stil. Es ist niemand anderer als Max Friedrich, der immer wieder sagt: „Erziehen ohne Grenzen macht mutlos!“ Geben wir unseren Kindern Reibe-bäume, befähigen wir die Eltern, die zukünftige Elterngeneration wieder, diese Reibe-bäume sein zu wollen und werten wir diese Erziehungs- und Elternaufgabe auf. In dem Sinne fordere und bitte ich auch im Bereich der präventiven Jugendmaßnahmen um eine Zusage, dass wir Elternbegleitung und Elternschulung machen. Danke! (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 17.21 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächste hat sich die Frau Abgeordnete Dr. Bachmaier-Geltewa zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

Abg. Dr. Bachmaier-Geltewa (17.21 Uhr): Frau Kollegin Graf, müssen Sie wirklich einen Wecker abgehen lassen, um sich Gehör zu verschaffen? Zu Ihren Ausführungen bezüglich Kindergeld möchte ich nochmals etwas sagen, weil ich das schon bei der letzten Debatte erwähnt habe. Ich würde Sie bitten, das noch einmal im Protokoll nachzulesen, denn Sie haben das offensichtlich nicht verstanden, worum es beim Kindergeld wirklich geht. Glauben Sie wirklich, dass dieses Kindergeld erforderlich ist für Familien, wo der Mann ein Spitzenverdiener ist? Glauben Sie wirklich, dass das notwendig ist, wenn die Frau dann noch 6000 Schilling Kindergeld bekommt, das im Endausbau 17 Milliarden Schilling kostet? Ja, wo wollen Sie das Geld hernehmen, wenn Sie immer wieder vom Sparen sprechen? Ja glauben Sie, das Geld fliegt Ihnen zu? Das müssen Sie an anderer Stelle wieder einsparen. Und wo sparen Sie es ein? Das sehen wir ja an all diesen unsozialen Maßnahmen, die Sie treffen. Aber, meine Damen und Herren, ich wollte zu diesem Thema etwas anderes sagen, nämlich zum Thema Soziales, was mich auch besonders berührt, nämlich zur geschützten Arbeit im Landesdienst. Und zwar ist hierfür im Vorschlag für 2001 und 2002 jeweils ein Betrag von 139 Millionen Schilling vorgesehen. Demgegenüber liegt allerdings ein einstimmiger Landtagsbeschluss vom 13. Feber dieses Jahres vor, wonach 10 Millionen Schilling für Behinderte, für ehemalige KAGES-Bedienstete, die in den Landesdienst übergewechselt sind, benötigt werden. Diese Behinderten haben beim Übertritt die geschützte Arbeit verloren, weil entweder das Geld hierfür nicht vorhanden war oder aber der damalige Personallandesrat Hirschmann auf sie vergessen hat. Obwohl diese Dienstnehmer auf Grund ihrer Behinderungen nicht voll einsatzfähig sind, werden entsprechende Leistungen von ihnen erwartet. Im Land Steiermark haben zirka 400 behinderte Menschen eine geschützte Arbeit. So wie ich mich einerseits für diese 400 Menschen freue, so tut es mir andererseits Leid, dass die meisten nur zu 50 Prozent, einige zu 75 Prozent und sehr wenige zu 100 Prozent beschäftigt werden. Aus einer 50-prozentigen Beschäftigung ist nur ein reduziertes Einkommen zu erzielen, so dass die betroffenen Dienstnehmer zudem noch finanzielle Einbußen haben. Eine Aufstockung auf eine Vollzeitbeschäftigung wäre daher in vielen Fällen erforderlich und wünschenswert. Darüber hinaus gibt es noch zirka 700 anerkannte Behinderte, die quasi auf der Warteliste für eine geschützte Arbeit im Land stehen. Ich rede hiebei noch nicht von den vielen anderen Menschen, die nicht angesucht haben, die aber auch unter gesundheitlichen Beeinträchtigungen leiden und nur eingeschränkt vermittelbar sind. Diese Menschen haben es auf dem freien Arbeitsmarkt bekanntlich sehr schwer. Ich denke, dass behinderte Menschen schon alleine durch ihre Behinderung benachteiligt sind. Hiezu kommen noch existenzielle Sorgen. Daher meine ich, dass eine öffentliche Institution wie das Land auch eine gewisse soziale Verpflichtung hat, Menschen mit Behinderung Arbeit zu gewähren. Erfreulicherweise haben wir im letzten Finanz-Ausschuss gehört, dass das Land keine Ausgleichstaxe zu zahlen hat, weil sie die gesetzlich vorgesehene Relation zwischen behinderten und nicht behinderten Dienstnehmern erfüllt. So soll es auch sein. Denn wäre es anders, würde das kein Renommee für das Land Steiermark sein. Hinsichtlich der geschützten Arbeit sollte das Land ebenfalls diesen positiven Weg gehen, wozu auch die Bereitstellung der entsprechenden Mittel gehört.

Wenn Herr Landesrat Flecker zusätzlich 20 Millionen Schilling budgetiert hat, weil er diese für Lohnkosten für diesen Bereich benötigt – einerseits um mehr voll geschützte Arbeitsplätze im KAGES-Bereich schaffen zu können, andererseits um die gesetzlichen Lohnerhöhungen abzudecken –, dann ist es für mich nicht nachvollziehbar und auch unverständlich, dass Herr Landesrat Paierl diese Budgetbedarfsanforderung einfach ablehnt. Er ignoriert nicht nur einen einstimmigen Landtagsbeschluss, sondern untergräbt damit auch die Budgethoheit des Landtages. Es scheint ihm offensichtlich egal zu sein, wie es jenen Menschen geht, die wegen ihrer Behinderung keine Arbeit finden beziehungsweise nur eingeschränkt einsatzfähig sind. Soziale Kompetenz wurde bei der Budgeterstellung nicht nur in diesem Bereich schwer vernachlässigt. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 17.28 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächste hat sich die Frau Abgeordnete Wicher zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

Abg. Wicher (17.28 Uhr): Herr Präsident! Herr Landesrat! Meine Damen und Herren!

Eigentlich – muss ich sagen – bin ich sehr froh, dass zwischen den ersten Wortmeldungen und meiner einige Zeit vergangen ist, denn dadurch ist es mir gelungen, meine Contenance wieder zu finden, weil wie gesagt, da hat sich einiges getan. Ich möchte eines sagen: Ich bin es leid und behinderte Menschen im Allgemeinen sind es auch schon leid, immer generell als Arme und Ärmste bezeichnet zu werden, für die man sorgen muss, wo dann

in den Zeitungen steht, dass das alles so schrecklich viel Geld kostet. Ich denke, da geht wohl die Selbstständigkeit von Menschen, die eine Behinderung haben, auch verloren. Und das sollte man in Diskussionen endlich mit einfließen lassen. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Ich möchte aber jetzt trotz allem unaufgeregt das sagen, was ich mir vorgenommen habe, nämlich insofern, dass ich mich schon in meiner Antrittsrede verpflichtet gefühlt habe, Ihnen als Kollegen im Landtag, die Sie ja diese Informationen weitergeben sollen, aus der Sicht einer Betroffenen und aus Sicht von Betroffenen Dinge zu sagen, die Sie vielleicht unter Umständen noch nicht wissen und deswegen möchte ich gerne das sagen, was ich vorbereitet habe, wenn Sie gestatten.

Beginnen würde ich gerne mit einem Zitat aus dem Programmbuch 2003, in dem es heißt, „Behinderung ist nicht zuletzt ein soziales Konstrukt. Erst wo die Gemeinschaft die Variabilität und Vielfalt als Anlass für Diskriminierung sieht, wird sie zur Behinderung. Die Diskriminierung behinderter Menschen zieht sich durch die Geschichte wie ein roter Faden und demonstriert, dass der Mensch des Menschen schlimmster Feind ist. Es gilt eine egalitäre Gesellschaft zu schaffen, die Differenz als Qualität, und nicht als Stigma sieht.“

Eine egalitäre Gesellschaft, meine Damen und Herren, zu schaffen, das ist die wichtigste Aufgabe, die wir als Politiker haben. Behindertenpolitik soll und darf sich nicht in Profilierungsversuchen, in parteipolitischen Querelen und Differenzen verzetteln.

Und dazu muss ich, liebe Ingrid Lechner-Sonnek, Folgendes sagen: Es ist mir vor kurzem eine Zeitung in die Hand gekommen. Du weißt auch, dass ich eure Initiative, die Barrieren betreffend, sehr unterstütze. Ich war auch bei eurer Eröffnungsveranstaltung. Ich finde es nicht ganz authentisch, wenn du dich als Nichtbehinderte in einen Rollstuhl setzt, um Bezirksstädte zu testen, begleitet von deinem Pressesprecher. Ich habe es vor Jahren so gehalten, dass ich Nichtbehinderte eingeladen habe, mit mir im Rollstuhl die Barrieren auszuloten. Vielleicht könntest du einen wirklichen Rollstuhlfahrer finden, der euch zeigt, wo es welche Barrieren für Behinderte gibt, die zweifellos vorhanden sind. Was meinerseits immer wieder kritisiert wird. (Abg. Lechner-Sonnek: „Es ist auch immer jemand dabei, wenn sich jemand zur Verfügung stellt!“) Das geht aus dieser Zeitung nicht hervor. Es tut mir Leid. Dass du dich in den Rollstuhl setzt, das ist nicht das, was als Zeichen für die Öffentlichkeit gelten soll. Politik für Menschen mit Behinderung muss über Parteigrenzen hinweg die Anliegen und berechtigten Forderungen zur Kenntnis nehmen und nach eingehender Prüfung weitgehendst umsetzen. Wer fordert: In der Steiermark vertritt die Steirische Behindertenhilfe als Dachverband die Interessen von Selbsthilfegruppen, von Behinderten- und Trägerorganisationen. Seit Franz Wolfmayer – ich weiß nicht, ob er da ist – sich bereit erklärt hat, ehrenamtlich – ich betone ehrenamtlich – die Position eines Präsidenten zu übernehmen, ist, und das kann man wohl sagen, viel effiziente Arbeit geleistet worden. Ich denke, es hat sich sehr bewährt, dass seither überwiegend mit einer Zunge gesprochen wird.

Was wird gefordert? Nicht viel, nur etwas ganz Selbstverständliches und sehr viel, wenn man es nüchtern betrachtet, wie sich die Situation von Menschen mit Behinderung Jahre nach In-Kraft-Treten des Paragraphen 7 Absatz 1 der Bundesverfassung noch immer darstellt. Was also ist es? Es ist die Gleichbehandlung und Gleichstellung von behinderten Menschen mit all jenen anderen Mitbürgern, die nicht behindert sind. Durch geeignete Maßnahmen, wie Integration, wie Rehabilitation für alle, könnte vieles erleichtert werden. Ich plädiere dafür, dass die Rehabilitation endlich von der Kausalität zur Finalität geht und außerdem gezielte Förderungen und den Abbau von Barrieren aller Art, nicht nur architektonischer Art, sondern auch Barrieren, die in den Köpfen sind und Menschen mit Behinderung durch Egalisierung ihres Handicaps zur Selbstständigkeit und Selbstbestimmung gelangen zu lassen. Dazu gehört unbedingt die Möglichkeit, einen Beruf zu erlernen – sei es in Form einer Teillehre – und diesen dann auch entsprechend ausüben zu können. Ich würde jetzt gerne die Steiermärkische Landesregierung anführen, die in dieser Hinsicht gute Arbeit leistet, als sie Ausbildungs- und Arbeitsplätze, 400 an der Zahl, für Behinderte eingerichtet hat und damit ihre Einstellungspflicht übererfüllt hat. Der Bund, und das muss auch gesagt werden, ist dabei noch sehr säumig. Bei der Beschäftigung von behinderten Menschen darf nicht außer Acht gelassen werden, dass sie dadurch in die Lage versetzt werden, ihren Lebensunterhalt zumindest teilweise selbst zu verdienen und – eine wirklich nicht zu unterschätzende Tatsache – dass sie eine eigenständige Pension erwerben können und sie, also diejenigen, die eine Beschäftigung haben, werden sicherlich in Hinkunft keine Sozialhilfeempfänger sein. Die so genannte Behindertenmilliarde der Bundesregierung könnte ebenso bei der Schaffung von Arbeitsplätzen für junge und auch für ältere behinderte Menschen eine große Hilfe sein, vorausgesetzt, und ich sage wirklich vorausgesetzt, dass es sich auch um längerfristige Projekte handelt. Für unser Sozialbudget, Herr Landesrat, könnte ich mir vorstellen, dass es zumindest für die nächsten zwei Jahre eine gewisse Entlastung darstellen könnte, eine Entlastung, die die Umsetzung des Sozialplanes 2000, der im konzipierten neuen Behindertengesetz vorsieht, von dem „Alles-über-einen-Kamm-Scheren“ zur Feststellung des individuellen Hilfebedarfs vorsieht. Dafür könnte diese zeitweilige Entlastung zumindest sehr dienlich sein. Sie, sehr geehrter Herr Landesrat Flecker, haben in einem Interview, das Sie dem Informationsblatt der Steirischen Volkshilfe gegeben haben, festgestellt, dass die Einführung des individuellen Hilfebedarfs keine weiteren Kosten bringen wird. Das bestätigt die Meinung, die die Behindertenvertreter hier im Lande schon lange geäußert haben. Um Ihnen, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, die Möglichkeit an Informationen und Belangen von behinderten Menschen betreffend geben zu können, schlägt der Dachverband der Steirischen Behindertenhilfe vor, die beantragte Enquete noch vor der Debatte um das neue Behindertengesetz durchzuführen, damit Sie alle dann im Endeffekt wissen, worum es wirklich geht. Ich danke vielmals für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 17.39 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Stöhrmann. Ich erteile es ihm.

Abg. Stöhrmann (17.39 Uhr): Herr Präsident, meine Herren Landesräte, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Vorweg etwas, was nicht zur Sache gehört. Daher bitte ich auch, keine Zwischenrufe zu machen. Als ich gestern zur Landtagssitzung in diesen Saal gekommen bin, habe ich die Laptopausstattung der ÖVP bewundert. Ich habe mich aber auch gleichzeitig ge-fragt, wie dieser Anwendungszweck sein wird. (Abg. Dr. Lopatka: „Damit ich dich im Internet sehen kann!“) Ich habe mich dann nicht mehr so gewundert, als ich am Nachmittag gesehen habe, dass nur mehr zwei Geräte in Betrieb waren, nämlich das des Herrn Klubobmannes und das des Herrn Kollegen Riebenbauer. Heute, und ich habe ihn genau beobachtet, hat er das Gerät schon mehrmals in Verwendung genommen. Man kann sehen, in der Zwischenzeit funktioniert das mit dem Auf- und Zumachen. Herr Kollege Lopatka, warum es diese Ausstattung gibt, ist mir erst bewusst geworden, als ich die Zeitung gelesen habe, wo Sie sehr vollmundig angekündigt haben, Sie nehmen die Budgetdebatte so ernst, dass von Ihrer Fraktion ständig 20 Abgeordnete im Saal sein werden. Das war des Öfteren nicht der Fall. Es würde die Möglichkeit geben, die Bilder der einzelnen Abgeordneten einzuscannen und die Geräte umzudrehen, dann könnte man sie wenigstens bildlich sehen. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich komme zur Sache. Ich habe diese Sozialdebatte sehr genau verfolgt und, und das darf ich konstatieren, alle, die sich hier zu Wort gemeldet haben, alle, die im Saal sitzen, alle, die wir uns daran beteiligen, wollen wir letzten Endes das Gleiche: für die Bedürftigen und für jene, die es nötig haben, dazusein. Der einzige Unterschied, meine Damen und Herren – es ist ein sehr großer – ist der Weg und das Ziel. Ich möchte nicht auf die einzelnen Debattenbeiträge hier eingehen (Abg. Bittmann: „Schau rüber zu deinen Freunden. Wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen!“), aber eines muss ich schon sagen, Herr Kollege Hammerl, wenn Sie 70 zu 30 hier anprangern, ja natürlich geht das zu Lasten des Landes. Das ist keine Frage. Aber es sind zwei Gründe, die uns dazu bringen, einen Entschließungsantrag in diese Richtung einzubringen. Zum Ersten weil wir glauben, dass es für die Betreuung der Bedürftigen in unserem Lande notwendig ist, so einen Aufteilungsschlüssel zu finden. Und zum Zweiten weil es notwendig ist, die Gemeinden in dieser Hinsicht zu entlasten. Kollege Hammerl, ich darf dir nur eines sagen: Ich bin Bürgermeister einer relativ kleinen Gemeinde, rund 2500 Einwohner. Bei einem Budget von rund 31 Millionen Schilling bezahlen wir 3 Millionen Schilling an den Sozialhilfeverband. Es ist höchst an der Zeit, dass man die Gemeinden – und wir haben es in diesen Debatten schön öfters gehört – entlastet, weil sie finanziell mit dem Rücken zur Wand stehen.

Der Debattenbeitrag der Kollegin Graf, ich möchte wirklich nicht näher darauf eingehen. Ich habe nur eines daraus gelernt und das sage ich auch im Bewusstsein vollster Überzeugung – volljährig zu sein heißt noch lange nicht, erwachsen zu sein!

Und wenn der Kollege Tschernko den Herrn Landesrat gefragt hat, wie er sich denn das vorstellen kann, dass das Land diesen neuen Aufteilungsschlüssel 70 zu 30 verkraften kann, ja, meine Damen und Herren, ganz einfach, nehmen wir doch einen Teil jenes Geldes, nämlich diese 3500 Millionen Schilling, die Jahr für Jahr nach Wien abgeliefert werden können, dann können wir den Steuerschilling in der Steiermark richtig verwenden. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch ein zweiter Punkt macht uns Kopfzerbrechen, nämlich die Tagsatzobergrenzen in den Pflegeheimen. Es gibt in der Steiermark 160 Pflegeheime, davon 115 privat, 45 öffentlich. Die letzte Änderung bezüglich dieser Obergrenzen wurde am 1. Mai 1998 – also vor drei Jahren – vorgenommen. Vom Verband wird eine Erhöhung um 4,5 Prozent gewünscht. Die Indexentwicklung in diesen drei Jahren ergibt 4,7 Prozent. In Gesprächen mit unserem Landesrat Dr. Kurt Flecker haben wir dieses Problem besprochen. Und er hat einen Weg gefunden, dieser Erhöhung zuzustimmen und auch budgetären Raum einzuräumen, nämlich auf verschiedene Ansätze verteilt. Aber leider, vom Landesrat für Finanzen wurde das vom Grund weg abgelehnt. Ohne an die Folgen dabei zu denken, ohne daran zu denken, dass es auch in Zukunft keinen Kollektivvertrag für die Angestellten in unseren Pflegeheimen geben wird. Und Sie wissen, wie schwer die Arbeit in diesen Heimen ist, wie schwer es ist, diesen oft bedauernswerten Menschen die nötige Liebe, Sorgfalt und Unterstützung zu geben, wenn keine adäquate Bezahlung dafür vorhanden ist. Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch hier werden wir einen Entschließungsantrag diesbezüglich einbringen. Und wenn in diesem Raum und in diesem Plenum gestern vom Zynismus die Rede war, dann kann ich das wirklich nur unterstreichen. Denn es ist Zynismus, Herr Landesrat. Denn du weißt es ganz genau, es hat dich betroffen. Es ist wirklich Zynismus, auf der einen Seite zu sagen, das ist nicht meine Zuständigkeit, dafür ist Flecker zuständig und auf der anderen Seite die Mittel zur Erfüllung von gesetzlichen Aufgaben, nicht Aufgaben, die darüber hinausgehen, von gesetzlichen Aufgaben zu verweigern. Dabei – und ich sage es noch einmal – wäre es so einfach, dies zu tun. Der Herr Landesrat Paieryl hat mir – gestern, glaube ich – im Vorbeigehen etwas in die Tasche gesteckt. Es war ein Tausender, es war ein falscher, genau so falsch wie das Budget, das er vorgelegt hat. Aber er wird schon wissen, warum er mir trotzdem diesen Tausender gegeben hat. Ich habe mir nämlich das Budget sehr sorgfältig angeschaut. (Landesrat Dipl.-Ing. Paieryl: „Weißt du, woher ich den falschen Tausender habe?“ – Abg. Gödl: „Den habt ihr uns ja gegeben!“) Ich habe es durchgesehen, ich mache selbst schon sehr lange Budgets. Ich weiß, wo man Gelder verstecken kann, so genannte Trantschergelder oder Körpergelder. Und dieser Tausender, Herr Landesrat, ist für mich Beweis genug, dass du diese Gelder sehr wohl in deinem Budget versteckt hast. (Landesrat Dipl.-Ing. Paieryl: „Unglaublich!“) Und unter Umschichtung verstehst du, diese Gelder dort hinzuleiten, wo es dir genehm ist, aber nicht dorthin, wo die Bedürftigen dieses Landes sind. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mich wundert es ja nicht, meine sehr verehrten Damen und Herren! Hier sind zwei Personen federführend. Auf der einen Seite der Sozialdemokrat Landesrat Dr. Kurt Flecker. Ein Sozialdemokrat und ein sozial eingestellter Mensch mit Leib und Seele seit eh und je. Und auf der anderen

Seite ein konservativer Politiker, der aus der Wirtschaft kommt. Ich möchte das nicht negativ beurteilen, lieber Kollege Paierl. (Abg. Tasch: „Da habt ihr aber einen großen Fehler gemacht, den Tausender uns zu geben!“ – Abg. Schrittwieser: „Meinst du wegen der Umverteilung?“ – Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Siegi ist ausgeschlafen!“ – Abg. Schrittwieser: „Sehr gut sogar!“) Jedem das Seine, aber daraus erwächst in mir ja das Verständnis, warum diese beiden so unterschiedlich reagieren. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Und woher kommt das Geld jetzt?“) Warum Sie so reagieren, ganz einfach. Weil der eine, wie es der Kollege Schrittwieser in seiner Generalrede gesagt hat, Politik für die Menschen macht und der andere Politik für die Zahlen macht. Das ist der Unterschied, meine sehr verehrten Damen und Herren. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Ziemlich schwache Formulierung!“)

Und so bringe ich, bevor ich einen Zeitruf bekommen, den Unselbstständigen Entschließungsantrag der Abgeordneten Stöhrmann, Gross und Schrittwieser ein.

Der Budgetvorschlag des zuständigen Referenten für den Sozialbereich wurde auf Grund exakter Berechnungen gemacht. Die errechneten Mittel sind zur Erfüllung der gesetzlichen Grundlagen notwendig. Die Landesvoranschläge 2001 und 2002 weisen aber weniger Mittel aus als in diesem Budgetvorschlag berechnet. So fehlen zum Beispiel für das Jahr 2001 im Pflegegeldbereich rund 40 Millionen Schilling, im Sozialhilfebereich rund 214 Millionen Schilling, im Behindertenbereich rund 137 Millionen Schilling und im Jugendwohlfahrtsbereich rund 100 Millionen Schilling.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens für den Sozialbereich in den Jahren 2001 und 2002 die zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben erforderlichen Mittel bereitzustellen, wobei es zu keinen Leistungseinschränkungen kommen darf und zweitens zugleich den Kostenteilungsschlüssel zwischen Land und Gemeinden von 60 zu 40 auf 70 zu 30 im Sozialhilfegesetz, im Steiermärkischen Pflegegeldgesetz, im Steiermärkischen Jugendwohlfahrtsgesetz sowie Behindertengesetz zugunsten der Gemeinden abzuändern, da die Gemeinden finanziell am Rande ihrer Leistungsfähigkeit sind. Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 17.50 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster hat sich Herr Abgeordneter Hamedl zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Hamedl (17.51 Uhr): Frau Präsidentin! Frau Landeshauptmann! Werte Regierungsmitglieder! Sehr geehrte Damen und Herren!

Bevor ich mit meiner Rede beginne, möchte ich zwei Dinge ansprechen. Ich muss der Kollegin Gross Recht geben, wenn sie sagt, Missbrauch, Gewalt und Drogen sind nicht mit herkömmlichem Maß zu messen und dass Eigenverantwortung gefragt ist. Da bin ich ganz bei Ihnen. Und die Kollegin Graf hat etwas sehr schön gesagt. Du hast gesagt, Umbau heißt nicht Abbau, und das sollte eigentlich eine Devise sein. Die Frau Kollegin Halper hat gemeint, die Jugendwohlfahrt hat jetzt um 100 Millionen weniger. Herr Landesrat Flecker hat ein Budget von über 4 Milliarden Schilling zur Verfügung, heuer sogar um 200 Millionen Schilling mehr, also Umbau heißt nicht Abbau, sondern gerecht verteilen. Ich möchte jetzt zum Thema kommen und möchte über die Jugendwohlfahrt und über Drogen sprechen. Das steigende Suchtverhalten im Allgemeinen und der Drogenkonsum vieler Jugendlicher lassen bei uns die Alarmglocken läuten. Ich will dieses Thema nicht populistisch darstellen, das wäre sehr einfach und würde effektvoller sein. Das ist aber nicht mein Stil. Wir glauben alle, einiges über Sucht zu wissen. Trotzdem spüren wir die Unsicherheit und ich denke, dass wir damit schwer umgehen können. Wir spüren, dass unsere heutige Gesellschaft mit ihrer undurchschaubaren Verflechtung, besonders für die Heranwachsenden, oft zu einer Überforderung wird. Viele von uns finden sich darin nicht mehr zurecht. Es ist ein Mangel an Zukunftsperspektiven, wirtschaftlicher Bedingungen, leider auch feststellbarer Jugendfeindlichkeit und unseres Freizeitverhaltens. Meine Damen und Herren, ich glaube, es gibt auch eine Verwahrlosung des sozialen Wohlstandes. Vor einigen Tagen hat mich eine verzweifelte Mutter angesprochen, deren 17-jährige Tochter in die Drogenszene abgeschlittert ist. Es fing an wie sehr oft. Zuerst hatte sie Probleme, vermehrter Alkoholkonsum, dann die so verharmlöse Droge Marihuana und Cannabis und jetzt spritzt sie Heroin. Das ist keine Geschichte, sondern das ist eine Tatsache und auf Grund meines Berufes hat mich diese Frau vor einigen Tagen angesprochen. Es ist eine ganz große Tragik, wenn unsere Kinder so weit kommen. Für die Entstehung einer Suchthaltung sind viele Ursachen in ihrem Zusammenwirken verantwortlich. Obwohl das Interesse für die Suchtproblematik noch nie so groß war wie heute und sich vermehrt Menschen damit auseinandersetzen, zeigt aber trotzdem der Trend zu Alkohol und zu illegalen Drogen in der Steiermark einen ganz enormen Anstieg. Ich frage mich, was machen wir falsch oder tun wir das Richtige? Ich möchte Ihnen jetzt kurz etwas über den Drogenhandel erzählen, will aber dabei nicht zu sehr ins Detail gehen. Österreich ist im Drogenhandel nicht nur Transitland. Ausländische kriminelle Banden bauen bei uns einen enormen kriminellen Versorgungsmarkt auf. Von den weltweit jährlich erzeugten Drogen, das sind 800.000 Kilogramm Heroin und 550.000 Kilogramm Kokain, werden nur 5 bis 7 Prozent sichergestellt. Das ist ungefähr der Schwund beim Handel. Wir sollten uns klar sein, dass nur die polizeiliche Methode nicht fruchten wird. In diesem Jahr wurden in Österreich schon mehr Drogen sichergestellt als im gesamten vorigen Jahr. Ein rapider Anstieg ist vor allem bei LSD und bei Ecstasy-Tabletten festzustellen, die fast bei jeder Disco- und Raveparty angeboten werden. Ich weiß nicht, ob Sie das flüssige Ecstasy kennen. Erst vor einiger Zeit war ein amerikanischer Drogenexperte da und wollte uns davor warnen, weil in Amerika dieses flüssige Ecstasy aufgetaucht ist. Dieses Mittel ist in der Wirkung noch viel, viel stärker. Als wir

ihm dann gesagt haben, dass wir das in der Steiermark schon zweimal sichergestellt haben, war er ganz erstaunt. Ich will damit nur sagen, dass er uns vor etwas ganz Gefährlichem warnen wollte, was es aber leider bei uns auch schon gibt. Ich glaube, die Sucht entspringt dem Wunsch, in eine künstliche Welt zu fliehen, um sich so der Wirklichkeit zu entziehen. Wir sollten, meine Damen und Herren, nein, wir müssen der Sucht zuvorkommen. Ich würde mir wünschen, dass es etwas ruhiger ist im Saal, weil ich glaube, das Drogenproblem ist ein ganz großes. Frau Kollegin, ich würde um mehr Ruhe bitten. Unsere drogenpolitischen Bemühungen müssten eigentlich dort ansetzen, wo die Sucht beginnt und dort, wo auch die anderen psychosozialen Probleme beginnen. Wir müssen für einen breiten Handlungsspielraum der Menschen sorgen, damit sie ihre Ressourcen nützen können. Wir müssen sorgen für eine ganzheitliche und umfassende Persönlichkeitsentwicklung. Wir müssen für eine gute Schul- und Ausbildung sorgen und wir müssen Hilfe geben, dass unsere Kinder in stabilen Familienbeziehungen leben können und dort konfliktfähig werden. Denn Probleme lösen unsere Kinder nicht vor dem Fernseher und vor dem Computer. Und das will ich nochmals betonen, nicht vor dem Fernseher und nicht vor dem Computer. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, das Kindergeld, so sehr es in vielen Bereichen in Zweifel gezogen wird, ist eine Unterstützung in diese Richtung. Wir müssen auch den Umgang mit Freizeit und Genuss lernen (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.) und für einen gesunden Umgang mit Leistung und Konkurrenz sorgen. Es passt eigentlich ganz genau, was Kollege Drexler einleitend in der Gruppe 2 gesagt hat, nämlich Schwerpunkte in der Jugendarbeit setzen, das heißt Auseinandersetzung, Prävention und die Jugend nicht als Problem sehen. Meine Damen und Herren, nun zum Suchtverhalten der Jugendlichen: Es gibt zwar viele, die Alkohol und Drogen konsumieren, aber der weitaus größere Teil der Jugendlichen tut das nicht. Und das sollten wir aufzeigen und verstärken. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

Es sind ungefähr 20 Prozent der Jugendlichen, die Alkohol konsumieren und 10 Prozent Drogen. Es bleiben also 80 Prozent über, die keine Drogen nehmen. Dies sollte auch so bleiben und muss auch unser Ziel sein. Man sollte nicht nur Hinzeigen und sagen, die Jugendlichen seien so schlecht und drogensüchtig. Jetzt spanne ich den Bogen zur Jugendwohlfahrt. Viele Leistungsbereiche der Jugendwohlfahrt zielen auf die Stärkung des jungen Menschen und seines Umfeldes ab und können somit auch Suchtprävention leisten. Sie kann aber nicht an einzelne Personen delegiert werden. Hier geht es um die Gestaltung von Lebens- und Erfahrungsräumen. Das sind Erziehungshilfe, Frühförderung, sozialpädagogische Maßnahmen, Familienbetreuung, Kinderschutz, Beratungs- und Therapieangebote. Unsere drogenpolitischen Bemühungen sollten sich hauptsächlich auf drei Personengruppen richten. Das sind die Gefährdeten, die Suchtkranken und kriminelle Dealer. Es gilt Therapie statt Strafe, aber konsequentes Vorgehen gegen Drogendealer und organisierten Drogenhandel. Obwohl es zum Gesundheitsressort gehört, meine ich, dass es zu wenig Therapieplätze für Suchtkranke in der Steiermark gibt. Es gibt den grünen Kreis, der gute Arbeit leistet. (Abg. Gross: „Das Problem ist, wenn man ein Therapiezentrum irgendwohin bauen will, dass die Bevölkerung dagegen ist!“) Es wird ein Überdenken der bisherigen Strategien und der Effizienz von verschiedenen Projekten notwendig sein. Die Projekte sollten nicht nur in ihrer Darstellung enden, meine Damen und Herren, sondern vor allem die Arbeit an der Basis sein. Ich habe dabei aber manches Mal kein gutes Gefühl. Ich meine damit auch, was unser Klubobmann am Anfang seiner Generaldebatte angesprochen hat, dass die finanziellen Mittel innerhalb der Ressorts direkt dorthin gelangen sollten, wo sie gebraucht werden: zu den sozial Bedürftigen und zu unseren heranwachsenden Kindern. Danke schön! (Beifall bei der ÖVP. – 18.01 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Margarethe Gruber. Ich erteile es dir.

Abg. Margarethe Gruber (18.01 Uhr): Herr Präsident, meine geschätzten Damen und Herren!

Ich möchte mich sehr kurz halten und wollte auch nur einen Antrag einbringen, aber ich muss doch etwas dazu sagen: Pflege im Familienverband. Es wäre wunderschön, wenn wir dieses Modell hätten. Es spielt sich aber leider nicht, denn viele Familien können schon auf Grund der Pflegebedürftigkeit ihrer zu Pflegenden das nicht durchführen und deshalb brauchen wir soziale Einrichtungen. Noch etwas zum Elternhaus, das auch Kollegin Pußwald, die ich sehr schätze, angesprochen hat: In den meisten Fällen gibt es ein harmonisches Elternhaus. Gott sei Dank, aber es gibt auch jene Fälle, wo wir es nicht haben. Und das sind jene Kinder, um die wir uns ganz besonders sorgen müssen. Wir können eine heile Welt, wir können einen heilen Familienverband nicht verordnen, er muss wachsen. Und ich kann das Wort „Kindergeld“ – tut mir leid – schon bald nicht mehr hören. Aber ich gebe euch einen Zweizeiler: Gibt es in Österreich das Kindergeld, gibt es keine Probleme auf der Welt.

Ich darf nun folgenden Unselbstständigen Entschließungsantrag einbringen:

Das Gesetz vom 15. Dezember 1994 über die Einhebung einer Landes-Lustbarkeitsabgabe (Steiermärkisches Landes-Lustbarkeitsabgabengesetz), in der Fassung LGBl. Nr. 63/1996 sieht vor, dass der Abgabenertrag ausschließlich dem Land Steiermark zufließt. Er ist zur teilweisen Bedeckung der Kosten des Landes für die Betreuung von Behinderten, die Unterstützung von steirischen Kriegsoffizieren sowie von Kriegsflüchtlingen zu verwenden.

Aus den Landesvoranschlägen 2001 und 2002 ist mit Ausnahme der Bedeckung der Kosten des Landes für die Unterstützung von steirischen Kriegsoffizieren keine Zweckwidmung ersichtlich. Vielmehr fließt der Ertrag dem Landeshaushalt allgemein zu.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Der Ertrag aus der Landes-Lustbarkeitsabgabe muss unbeschadet der bisherigen Budgetmittel dem Sozialressort zufließen. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 18.04 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Dietrich. Ich bitte!

Abg. Dietrich (18.04 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Barbara, ich wollte etwas zu deiner Rede sagen, und zwar Folgendes: Fehler kann man machen, dazu stehe ich. Wir erheben nicht den Anspruch auf Vollständigkeit. Und es war ein Fehler, diese Unfallrentenbesteuerung in dieser Form einzuführen, und ich bin selbst sehr froh, dass das repariert wird. Und Gott sei Dank wird das sehr rasch repariert werden. So viel zu diesem Punkt.

Eine Gesellschaft wird daran gemessen, wie sie mit den schwächsten Mitgliedern umgeht. Und gerade der Sozialbereich erfordert ein hohes Maß an Solidarität. Solidarität der Gesunden mit den Kranken, der Starken mit den Schwachen, der Jungen mit den Alten und der Reichen mit den Armen. Und aus dieser Solidarität heraus erwächst Hilfe und Unterstützung. Und ich glaube, in diesem Land geschieht sehr viel Positives. Das Sozialbudget droht zu explodieren. Darüber sind wir uns glaube ich alle im Klaren, dass die Kosten à la longue immer höher werden. Mit der Grund dafür ist meiner Meinung nach auch, dass die Familienstruktur nicht mehr so funktioniert. Dass die Verantwortung dem Nächsten gegenüber sogar in der eigenen Familie schon ein Ende findet. Ich bin überzeugt, man könnte im Sozialbereich eine zusätzliche Milliarde und noch mehr sinnvoll ausgeben. Aber ich glaube andererseits auch, dass man vielleicht doch einmal schauen sollte, wo haben wir noch Einsparungspotenzial? Es ist absolut erforderlich gewisse Dinge zu evaluieren, zu überdenken und dann zu verbessern. Jeder von uns lernt Tag für Tag und auch im Sozialbereich bleibt nichts beim Alten.

Da möchte ich nochmals auf die vorher angesprochene Solidarität kommen. Hat unsere Jugend nicht auch ein Recht auf Solidarität? Ist es moralisch in Ordnung, wenn wir das Budgetdefizit von Jahr zu Jahr erhöhen und unseren Kindern keinen Handlungsspielraum mehr hinterlassen, so dass sie die soziale Last erdrückt? (Beifall bei der FPÖ und ÖVP.)

Ich glaube nämlich – und das befürchte ich –, wenn wir den Bogen weiterhin so überspannen, wird bei unserer Jugend die Solidarität ein Ende haben und das dann den der Nährboden, auf dem die Entsolidarisierung der Gesellschaft zu wachsen und zu gedeihen beginnt. Deshalb trete ich dafür ein, dass wir eine Balance finden müssen, Balance zwischen dem, was nötig ist und dem, was möglich ist. Und Siegi Schrittwieser hat in seiner Rede gemeint, Politik ist eine Frage des Willens. Ich glaube, Politik ist auch eine Frage des Spielraums, welchen Spielraum geben wir uns selbst und welchen Spielraum geben wir unseren Nachfolgern. Auch das ist zu berücksichtigen. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP.)

Wir haben uns für einen Weg entschieden, der auch der Jugend eine Chance gibt. Und erlauben Sie mir, wäre die finanzielle Last der Vergangenheit in diesem Land nicht so groß, könnten wir alle von Ihnen geforderten Maßnahmen mit links erledigen. So aber holt uns Ihre Vergangenheit ein und wir müssen sie gemeinsam bewältigen. Und auch das ist eine Form von Solidarität. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP. – 18.08 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Zitz. Bitte schön.

Abg. Mag. Zitz (18.08 Uhr): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Regierungsmitglieder! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen und sehr geehrte Gäste!

Ich möchte mich bei dem, was ich sage, auf zwei Themen konzentrieren, einerseits eine Stellungnahme der Grünen zum Kindergeld oder Kinderbetreuungsgeld in Österreich. Österreich liegt auf Platz zwei bei der Familienförderung, was das Budgetvolumen betrifft, trotzdem steigt die Familienarmut. Und was das Auseinanderklaffen der Rolle zwischen Frauen und Männern betrifft, wirtschaftlich, ökonomisch, sozial, liegt Österreich auf Platz elf. Und der Herr, der gerade mit seinem Klub da hinten sehr heftig im Gespräch ist, auch der Herr Landesrat Paierl, hat sich inzwischen sehr kritisch zum Kindergeld geäußert. Ich danke für Ihre ungewöhnliche, aber durchaus konstruktive Unterstützung bei dieser Aktivität der Bundesregierung. Das Kindergeld widerspricht aus Sicht der Grünen der Wahlfreiheit für Menschen, das sind meistens Frauen mit Behinderung. (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Haben Sie Kinder, Frau Zitz?“) Der Herr Schögggl fragt mich gerade, ob ich Kinder habe und da komme ich jetzt zu einem tollen Argument. Ich halte es erstens einmal für absolut unzulässig, dass man sagt, zu einem solchen Thema dürfen sich nur Leute äußern, die selber Kinder haben. (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Nein, das sage ich ja nicht, ich habe Sie nur gefragt, ob Sie welche haben!“) Das ist der eine Punkt und der zweite Punkt, ich komme jetzt darauf zurück. Für eine berufstätige Frau wie mich wäre das Kindergeld sicher schlecht, weil das Kindergeld derzeit in einer Arbeitswelt – (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Das habe ich nicht gefragt, ich habe Sie gefragt, ob Sie auch Kinder haben wollen!“ – Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Du hast überhaupt nicht zu fragen, sondern zu Wort melden!“) Herr Landesrat Schögggl, wissen Sie was, ich glaube, ich empfinde Ihre Frage, dass Sie mich während einer Landtagsrede zum Sozialbudget fragen, ob ich Kinder haben möchte, als eine ganz klare Grenzüberschreitung. (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Wieso? Welche Grenze habe ich denn überschritten?“) Herr Landesrat Schögggl, und das zeigt auch den Zugang Ihrer Partei zu Frauen (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Unglaublich, ich war im Gleichbehandlungs-Ausschuss!“), die nicht in Ihr Weltbild passen. (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Bei uns reden die Männer auch mit!“) Ich möchte jetzt zurückkommen zu den Kritikpunkten der Grünen, Kindergeld. Erstens eine Arbeitswelt, die auf

Menschen, Frauen und Männer mit Betreuungspflichten Rücksicht nimmt, zweitens wir wünschen uns verstärkte Maßnahmen für Wiedereinsteigerinnen und die wenigen Wiedereinsteiger in den Beruf nach einer Karenzzeit und drittens eine qualitätvolle flächendeckende Kinderbetreuung und letztendlich unser Zugang ist ein Grundsicherungsmodell für alle Leute, das zeitgemäß ist und das eine finanzielle und infrastrukturelle Grund-sicherung beinhaltet.

Ein zweiter Punkt, den ich ansprechen möchte, das ist der Bereich der Entwicklungszusammenarbeit. Es hat vor ungefähr einem Jahr einen sehr erfreulichen Landtagsbeschluss gegeben, einen Vierparteienbeschluss, der aber nicht umgesetzt wurde. Es ist damals vorgeschlagen worden, dass der Budgetansatz „Förderung des Regionalvereins Südwind Entwicklungspolitik Steiermark“, der Ansatz „Förderung der Entwicklungshilfe“ und der Ansatz „Ausbildungshilfen für Lehrer aus der dritten Welt“ entsprechend erhöht wird. Ich möchte jetzt in dem Zusammenhang zwei Abänderungsanträge der Grünen einbringen, die genau im Geiste dieses Mehrparteienantrages vor einem Jahr stehen und möchte gleichzeitig darauf hinweisen, dass der Beirat für Entwicklungszusammenarbeit in der Steiermark aus meiner Sicht sehr gute und konstruktive Arbeit macht, dass aber im Vergleich zu anderen Bundesländern bei uns die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit sehr gering dotiert sind, nämlich nur mit 2,051 Millionen Schilling. Zum ersten Antrag. Es wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen: Im Landesvoranschlag 2001 werden nachfolgende Ansätze auf folgende Mittel erhöht: Ansatz „Förderung der Regionalstelle des österreichischen Informationsdienstes für Entwicklungspolitik auf 500.000 Schilling, im Bereich „Förderung der Entwicklungszusammenarbeit“ auf 3 Millionen Schilling und im Bereich „Ausbildungshilfen für Lehrer aus der dritten Welt“ auf 500.000 Schilling. Im Landesvoranschlag 2002 werden die Ansätze auf folgende Mittel erhöht: „Förderung der Regionalstelle des österreichischen Informationsdienstes für Entwicklungspolitik“ auf 36.400 Euro, „Förderung der Entwicklungszusammenarbeit“ auf 218.100 Euro und im Bereich „Ausbildungshilfen für Lehrer aus der dritten Welt“ auf 36.400 Euro. Ich möchte jetzt am Schluss, auch wenn es herinnen irrsinnig laut ist, noch etwas sagen: Herr Landesrat Schögggl, ich war vorher absolut entsetzt, dass es möglich ist, dass in diesem Landtag ein Mann zu einer Frau in einer Rednerinnensituation folgende Frage stellen kann: „Frau Zitz, haben Sie Kinder?“ Das ging ja noch irgendwie. (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Ist ja nichts Böses!“) Wenn Sie auch noch nachfragen, „Frau Zitz, wollen Sie Kinder haben?“ und das mitten in einer Budgetdebatte des Landtages, dann sage ich Ihnen, tut mir das wirklich weh. Ich sage das jetzt auch zu den Kolleginnen von der ÖVP, weil Sie dasitzen und Ihnen das offenbar nicht auffällt. (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Das ist ja wirklich eine gespielte Erregung, die nimmt Ihnen niemand ab!“) Ich mag jetzt im Moment gar nicht weiterreden. (Beifall bei den Grünen und der SPÖ. – 18.15 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Die nächste Wortmeldung kommt von der Frau Abgeordneten Mag. Lackner. Ich er-teile dir das Wort.

Abg. Mag. Lackner (18.15 Uhr): Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren!

Herr Landeshauptmannstellvertreter Schögggl, vielleicht können Sie die Fragen, die Frau Kollegin Zitz an Sie jetzt gestellt hat, in weiterer Folge auch beantworten beziehungsweise den Zusammenhang zum Thema herstellen, den wir gerade haben. Ich wäre persönlich auch sehr gespannt darauf. (Beifall bei der SPÖ.)

Soziales, Herr Kollege Hammerl, wurde in Ihrer Wortmeldung wirklich sehr selektiv, übrigens auch von Herrn Landesrat Schützenhöfer in der Personalpolitik als wichtiges Kriterium angesprochen, dargestellt. Sie machen Soziales zu einem schwammigen Irgendetwas. Mit Nachdruck und aller Klarheit sage ich Ihnen, dass der Sozialstaat der Grundstein für die Sicherheit aller Menschen in diesem Staat ist und nur ein umfassendes und ein universelles Sozialsystem wirkt gegen Armut und gegen Ausgrenzung, und nicht der willkürliche Abbau, um politisches Kleingeld zu kassieren, macht den Sozialstaat aus. Wenn Sie einen Teil aus dem Fundament herausziehen, beginnt das Sozialwesen in unserem Land zu bröckeln. Ich unterstelle Ihnen nicht, dass das Ihr Ziel ist, weil auch Sie erkennen müssen, dass die Investition in Soziales die Erhöhung der regionalen und der insgesamten Sicherheit in unserem Land bedeutet. Sie alle lassen außer Acht, und das ist noch in keiner Wortmeldung gekommen, dass der Bereich Soziales ein großer Arbeitsmarktfaktor ist. Die Gesamtsumme der Gruppe 4 – Soziales – betrug voriges Jahr 3,927 Milliarden Schilling, beträgt 2001 3,919 Milliarden Schilling und nächstes Jahr 3,886 Milliarden Schilling. Im Wesentlichen hat Finanzlandesrat Paierl das Budget 2000 einfach fortgeschrieben – wir haben das bereits bei anderen Budgetkapiteln schon gesagt. Rationalisierung, wie sich das manche im Sozialbereich vorstellen, im Bereich der sozialen Dienstleistungen, kann nicht erfolgen, zumindest nicht so einfach, wie Sie sich das vorstellen. Denn der technische, der technologische und auch der Wissensfortschritt reduziert ja nicht die Probleme, vielmehr kommen sie heute erst auf den Tisch und werden nicht mehr unter den Teppich gekehrt, wie sich das gesellschaftlich manche noch immer wünschen würden. Die Ansprüche der Gesellschaft an den Sozialbereich sind soziale Dienstleistungen, wie Beratung, Therapie, Erziehung und diese Bereiche nehmen permanent zu – ich sage Ihnen da nichts Neues. Ich meine mit diesen Bereichen Misshandlung, Missbrauch, Gewalt und beispielsweise Drogen. So fehlen eben ausreichende Mittel für die im Haus hier wohl unbestrittenen Initiativen, wie das Kinderschutzzentrum, wie die Männerberatungsstelle, die Grazer Fraueninitiative, die Selbsthilfeorganisation für Behindertenhilfe oder die Altenurlaubsaktion. Das bedeutet, dass es keine Umsetzung von Pilotprojekten für Menschen mit Behinderung gibt, obwohl Landesregierung und Landtag diesen Sozialplan beschlossen haben. Ich verstehe sehr gut, warum Sie nicht zuhören wollen, wenn Ihnen diese Punkte vorgehalten werden, weil Sie an Ihrem Budget festhalten und daran glauben. Sie werden es aber auch noch verantworten müssen. Es gibt keine Qualitätssteigerung, vielleicht sogar nicht einmal die Gewährleistung jener Qualität, die jetzt vorhanden ist. Es gibt keine Regionalisierung, wie das viele von Ihnen schon gefordert

haben, für andere Bereiche und es gibt schon gar keine neuen Initiativen. Zum Thema Frauenhaus Obersteiermark, und dieses Projekt wurde auch in dem Arbeitsprogramm von Ihnen für die Periode 2000 bis 2005 erwähnt. Wenn es nach Ihnen geht, sollen die nämlich auch abgesichert werden. Für die drei obersteirischen Regionen Judenburg/Knittelfeld/Murau, Bruck/Leoben/Mürzzuschlag und Liezen sind zur Zeit zwei Varianten der Umsetzung in Verhandlung, wobei es um die Entscheidung gehen wird, ob Frauenhäuser errichtet werden oder Krisenwohnungen ausgebaut werden sollen. Es fehlen 480 Millionen Schilling im Sozialbereich. Sie, Kolleginnen und Kollegen der ÖVP und FPÖ, kriegen uns nicht dazu, eine Leistungsreduktion vorzunehmen bei jenen, für die unsere Sozialpolitik da ist. Sie, Kolleginnen und Kollegen der ÖVP und FPÖ, die mit dem Wecker klingeln, kriegen uns nicht dazu einzustimmen in Ihr Hohelied der Sparpolitik und in Ihr Hohelied der scheinbaren Überversorgung. Diese Überversorgung gibt es nämlich nicht. Sie werden es letztlich zu verantworten haben, Sie in Ihrer Nulldefizitgläubigkeit, weniger hier im Landtag, sondern vielmehr bei den Steirerinnen und Steirern, die von Ihrer Budgetpolitik betroffen sein werden. Zum Schluss möchte ich Sie an eine Aussage erinnern – ich muss Sie eigentlich erinnern: Im Landtagswahlkampf haben Sie von der ÖVP plakatiert, dass es Ihr Ziel ist, dass jeder in diesem Land teilhaben soll am Erfolg. Sie zeigen in aller Härte und ohne Maske, wen Sie an diesem Erfolg teilhaben lassen und das werden noch viele, viele Menschen in unserem Land merken. (Beifall bei der SPÖ. – 18.22 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächste hat sich Frau Abgeordnete Kaufmann zu Wort gemeldet. Bitte schön!

Abg. Kaufmann (18.22 Uhr): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ein paar Worte möchte ich doch zu dem sagen, was die Frau Graf von der FPÖ gesagt hat. Es waren da sicher einige Dinge dabei, die mich sehr gestört haben. Wir sind im Landtag 16 Frauen. Ich weiß nicht, wer wie viele Kinder hat und in welchem Alter, nur, wenn Frauen dabei sind, die Kinder haben, dann können sie nur da sein, wenn sie zu Hause eine Kinderbetreuung haben. Nur dann können da betroffene Frauen für betroffene Frauen Politik machen und ihre Probleme einbringen. (Abg. Kasic: „Es könnte auch der Vater sein!“) Vielleicht gibt es daheim einen liebevollen Papa oder eine liebevolle Oma, die die Kinder betreut. (Abg. Kasic: „Gibt es!“) Nur, vielleicht gibt es aber auch keine Oma, keine Tante oder keinen Vater. (Unruhe bei der FPÖ.) Ich weiß nicht, warum Sie sich so aufregen. Vielleicht horchen Sie mir einmal zu, Sie wissen ja gar nicht, was ich sagen will. Und dort, wo kein liebevoller Papa oder keine liebevolle Oma ist, dort wird man eine von diesen verteufelten Kinderbetreuungseinrichtungen, wie es die Frau Graf hinstellt, wird man diese brauchen und die werden auch Sie brauchen. Sie haben selber gesagt, Sie haben ein Kind, also Kinderbetreuungseinrichtungen so zu verteufeln? Und nur Frauen, die selber daheim sind und ihre Kinder betreuen, nur das sind gute Frauen, also dagegen verwehre ich mich. (Abg. Kasic: „Das macht ja niemand, das sagt ja niemand!“) Wie meine Kinder klein waren, war ich „nur“ Bäuerin, da war ich noch nicht Abgeordnete und ich hätte die 6000 Schilling, die es jetzt für Kinderbetreuung geben soll oder als Kinderbetreuungsgeld geben soll, sicher gut gebrauchen können. Nur, noch viel mehr hätte ich als Bäuerin eine Kinderbetreuung für meine Kinder gebraucht. Aber nicht, weil ich eine von diesen – wie haben Sie es genannt – frustrierte, Männer hassende Emanze oder wie immer, wie die Frau Graf das genannt hat, nicht, weil ich eine von denen war, sondern weil es in einem landwirtschaftlichen Betrieb so viel Arbeit gibt und weil es so viel Arbeit gibt mit Maschinen, wo Kinder wirklich auf das Ärgste gefährdet sind. Das heißt, dass dort Kinderbetreuung sehr, sehr nötig ist. Und ich hätte damals wirklich jemanden gebraucht, der meine Kinder betreut hätte, damit die Arbeit erledigt werden kann. Wir brauchen uns nur die Unfallstatistik von der Sozialversicherungsanstalt der Bauern anschauen, wo es alle Jahre die schlimmsten Unfälle mit Kindern gibt, mit Kindern und mit landwirtschaftlichen Geräten. Ich möchte jetzt nicht meinen Lebenslauf bringen, nur, es gibt tausende solche Frauen, die in der gleichen Situation sind. Die gibt es und hat es immer gegeben. Nur, in der Zeit, wo auf einem landwirtschaftlichen Betrieb die allermeiste Arbeit ist, nämlich in den Sommermonaten, haben in den ländlichen Gebieten die Kinderbetreuungseinrichtungen geschlossen. Das heißt, sie schließen mit den Schulzeiten und es gibt dort keine Kinderbetreuungseinrichtung. Und da wäre eine Hilfe nötig. Da glaube ich, dass Hilfe sogar dringend nötig wäre, nur, für das ist kein Geld da. Ich kann es auch nicht im Raum stehen lassen. Ich weiß, dass die Aufmerksamkeit schon nachlässt. Es wäre vielleicht ganz schön, wenn wir auch in diese Reihen hinein fotografieren würden, wie es zuerst von eurer Seite in diese Richtung gemacht wurde, aber es wird ja immer kindischer in dem Raum. Ich kann es auch nicht im Raum stehen lassen, dass Bäuerinnen bis jetzt kein Karenzgeld bekommen haben. Es war nämlich auf unsere Forderung hin und unter einem sozialdemokratischen Sozialminister, dass es für Bäuerinnen auch ein Karenzgeld nach dem Betriebshilfegesetz gegeben hat. (Beifall bei der SPÖ.)

Es ist in unserer Zeit eingeführt worden. Es ist zwar nicht in der Höhe wie das andere Karenzgeld gewesen, nur, es hat ein Karenzgeld gegeben. Und man sollte das nicht vergessen. Wir haben damals nämlich mit ÖVP-Bäuerinnen Seite an Seite gekämpft um das Geld und es ist möglich gewesen. Es ist ein Meilenstein. Nur, den 8000 Bäuerinnen, die – wie man gehört hat – jetzt 6000 Schilling bekommen sollen, ich vergönne es ihnen auf jedem Fall. Nur hätte ich viel lieber für tausende von Kindern mehr Sicherheit und dazu fehlt das Geld. Für Kinderbetreuungseinrichtung fehlt das Geld. Und da würde ich auffordern, anstatt Geld nach Wien zu schicken, lieber Geld in der Steiermark zu lassen und damit Kinderbetreuungseinrichtungen zu schaffen. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 18.27 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Lechner-Sonnek. Ich erteile es Ihnen.

Abg. Lechner-Sonnek (18.27 Uhr): Frau Präsidentin! Liebe Damen und Herren!

Liebe Anne Marie Wicher, du hast auf mich bezogen gesagt oder wenn ich es so einfach sagen darf, mir unterstellt, einen Profilierungsversuch zu machen und hast von parteipolitischen Querelen gesprochen. Was ich da orte, ist so ein Anflug von Rivalität, eine sehr heiße Sache. Wer darf für behinderte Menschen sprechen? Muss man selbst behindert sein? (Abg. Wicher: „Nein!“) Muss man nicht sein, gut! Ich könnte für mich sogar reklamieren, dass ich Expertin in diesem Bereich bin, weil ich da gearbeitet habe. Und ich setze mich in den Rollstuhl, ich halte das für eine gute Aktion, um in jeder Bezirkshauptstadt selber zu erleben, an welchen Grenzen behinderte Menschen scheitern. Und ich lade in all diesen Bezirkshauptstädten Vertreter von Behindertenorganisationen oder Privatpersonen, die ich kenne, die im Rollstuhl sitzen, dazu ein mich zu begleiten und lade sie auch ein zu den Pressegesprächen, wo wir dann gemeinsam besprechen, was gut gemacht worden ist in einer Stadt, da gibt es viele Leistungen, auf die man hinweisen kann und wo noch ein Veränderungsbedarf besteht. Das ist das Projekt und ich muss sagen, es ist erfolgreich und ich bin stolz darauf.

Was ich hier auch orte ist die Frage, was hat jemand, der hier herinnen sitzt, zu tun zum Beispiel im Interesse behinderter Menschen? Du bist gerade hier gewesen am Pult und hast Wünsche geäußert. Wünsche wie eine Vertreterin, wie eine Ombudsfrau. Ich sehe es so, wir sind Abgeordnete und wir haben hier Verantwortung, auch Budgetverantwortung. Und mit einer Entscheidung für ein Budget, wo zum Beispiel eine Behindertengesetzesnovelle von vornherein nicht möglich ist, ist das auch eine Entscheidung in Fragen, was kann im Behindertenbereich weitergehen. Wir sind hier Abgeordnete und – um zur Frage zu kommen, die offensichtlich sehr grundsätzlich ist – wer darf hier wozu reden, muss ich sagen, wenn man das so angeht wie der Herr Landeshauptfraustellvertreter Schögggl das gerade gemacht hat zu sagen oder letzten Endes offensichtlich gemeint hat, ich sage es von mir aus, ich interpretiere ihn, dass nur Mütter über Kindergeld, über Familienpolitik sprechen dürfen, ist es dann so, dass über die Verkehrspolitik nur Autofahrer oder Zugfahrer reden dürfen, dass nur Künstler über Kunst- und Kulturpolitik reden dürfen, dass nur Ärzte über Gesundheitspolitik reden dürfen. (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Das habe ich nie unterstellt!“) Ich habe gesagt, ich interpretiere Sie, aber es ist für mich bedenklich, dass innerhalb kürzester Zeit zweimal das Gleiche auftritt. (Beifall bei den Grünen und der SPÖ.)

Ich habe eine frohe Botschaft zum Abschluss anzubieten. Anne Marie, du hast angesprochen 2003 Kulturhauptstadt barrierefrei, ja, wir sind auch dafür. Graz soll bis 2003 barrierefrei sein, besonders in Bezug auf die Kulturstätten. Alles soll berollbar sein für Rollstuhlfahrerinnen. Und die frohe Botschaft ist, für den Bereich Liegenschaften und auch für die Kulturstätten in diesem Zusammenhang ist Landesrat Paierl zuständig. Der kann uns sofort helfen, wenn ÖVP und Grüne allein schon einmal der Meinung sind, dass das geschehen soll. Dann sind wir mehrheitsmäßig in der Lage das zu tun. Ich freue mich auf einen solchen Beschluss. Danke, meine Damen und Herren! (Beifall bei den Grünen und der SPÖ. – 18.31 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Frau Abgeordnete Wicher hat sich ad hoc zu Wort gemeldet. Ich erteile es Ihnen.

Abg. Wicher (18.31 Uhr): Frau Präsidentin, meine Herren Landesräte!

Liebe Ingrid Lechner-Sonnek, ich habe nicht ge-sagt, dass niemand außer Behinderte über Behindertenfragen reden kann. Ich habe lediglich diesen Zeitungsartikel beziehungsweise dieses Bild zum Anlass genommen darüber zu sprechen, ob es authentisch genug ist, wenn sich jemand mit den besten Vorsätzen in einen Rollstuhl setzt, darin in der Zeitung abgebildet wird und meiner Ansicht nach automatisch mit einem behinderten, mit einem gelähmten Menschen verglichen beziehungsweise identifiziert wird. Das war es, was ich damit sagen wollte. Ich habe darauf hingewiesen, dass ich sehr wohl diese Aktion unterstütze, weil, und das habe ich in meiner Wortmeldung auch gesagt, ich der Meinung bin, im Gegensatz zu vielen anderen, dass Behindertenpolitik nicht Spielball der Parteipolitik sein darf. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

Ich habe weiter ausgeführt, dass es eben unsere Aufgabe ist, die Anliegen von behinderten Menschen zu erkennen, wenn sie an uns herangetragen werden und sie auch weitgehendst zu verwirklichen. Ich denke, dass das nicht diese Antwort trifft, die du mir hier gegeben hast. Ich würde sagen, es ist durchaus legitim und man kann nicht voraussetzen, dass jeder Landtagsabgeordnete oder wer auch immer, der das Wort für die Anliegen von behinderten Menschen ergreift, unbedingt behindert sein muss. Es ist mir in dieser Wortmeldung lediglich darum gegangen, dass zumindest, und das ist aus dem Zeitungsartikel nicht hervorgegangen, ein „echter Rollstuhlfahrer“ in Begleitung dabei ist. Aktivitäten befürworte ich und habe schon vor Jahren Journalisten und auch andere Mitbürger eingeladen, mit mir in einem Rollstuhl die Stadt zu durchqueren um zu sehen, wie es ist, wenn man auf den Rollstuhl angewiesen und nicht in der Lage ist, wenn es irgendwie haarig wird, dass man aufsteht, den Rollstuhl zusammenklappt und einfach unbehindert wieder weitergeht. Das war das Einzige, was ich daran bekrittelt habe. Ich bin mit dieser Aktion durchaus einverstanden und habe auch schon gesagt, dass ich bei der Eröffnungsveranstaltung war. Ich begrüße alle Anstrengungen, die im Sinne und zugunsten behinderter Menschen gemacht werden, unabhängig davon, von wem sie kommen. Es kann auch durchaus jemand sein, der nicht behindert ist. Ich würde dich aber bitten mir nicht zu unterstellen, dass ich parteipolitisch handle oder sonst den Anspruch erhebe, dass ich allein hier im Landtag über Behindertenfragen sprechen darf. Das, was ich gesagt habe und wie ich es gesagt habe, soll eine Information für meine Kolleginnen und Kollegen sein, weil sie – dies wage ich zu behaupten – doch nicht alles wissen können, zumindest nicht aus der Sicht eines direkt Betroffenen. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 18.36 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Böhmer. Ich erteile es dir.

Abg. Böhmer (18.36 Uhr): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Herr Abgeordneter Hammerl hat mich ein bisschen aufgerüttelt und ich kann zu seinen Aussagen nur sagen, dass wir keiner zehn Gebote bedürfen, obwohl wir auch Christen und viele auch Katholiken sind. Wir bedürfen eines einzigen Gebotes, und dieses heißt: „Die Würde des Menschen ist unantastbar!“ In unserem Parteiprogramm steht an oberster Stelle: „Jeder Mensch hat ein Recht auf Würde!“ Damit habe ich – so glaube ich – genug des Inhaltes gesagt, wenn man sich das Wort Würde näher anschaut. Ich möchte in meiner kleinen Wortmeldung zu den Landesjugendheimen eine Stellungnahme abgeben. Bei den Landesjugendheimen fällt mir Josef Weinheber ein, der sagt: „Humanität ist, Menschliches menschlich tun, aber mit Geis!“ Wenn ich mir die Landesjugendheime und deren Entwicklung anschau und das wird wohl keiner außer Zweifel stellen, dann meine ich, da ist einiges im Bestehen. Es weiß ein jeder, auch unser Landesreferent Paierl für Wirtschaft, dass Arbeitslosigkeit und Ausbildung in einem ursächlichen Zusammenhang stehen. Das heißt, je geringer die Qualifikation, desto höher ist die Gefahr, keinen Arbeitsplatz zu finden oder arbeitslos zu werden. Fehlende Ausbildung verringert die Chancen am Arbeitsmarkt und damit auch die Chancen im Leben. Das, meine Damen und Herren, gilt für jeden Menschen. Eine besondere Verantwortung kommt den Betrieben des Sozialressorts für benachteiligte Menschen zu. Die landeseigenen Einrichtungen der Jugendwohlfahrt, das Landesjugendheim Hartberg, Blümelhof und Rosenhof und das Ausbildungszentrum für behinderte Jugendliche in Graz-Andritz versuchen, jungen Menschen, die es nicht leicht haben bei ihrem Start ins Leben, sei es durch Behinderung oder zerrüttete Familienverhältnisse und anderes mehr, gerade diese Chance zu wahren. Diese jungen Menschen bedürfen einer besonderen ganzheitlichen Bildung im Sinne von Ausbildung in den verschiedensten Lehrberufen, sozialpädagogische und therapeutische Betreuung wie auch Hilfe in Krisensituationen. Ich habe noch gut die Worte eures Klubobmannes im Ohr, der gesagt hat, die SPÖ beharrt auf Strukturen. Ich kann das Gegenteil beweisen. Wie in jedem anderen Betrieb müssen die Angebote in diesen Einrichtungen laufend überdacht und den Notwendigkeiten angepasst werden. Diese Erkenntnis haben sowohl ÖVP als auch FPÖ zumindest in naher Vergangenheit gehabt: Sie stimmten 1997 im Landtag dafür, dass die Jugendwohlfahrtseinrichtungen des Landes Steiermark neu zu organisieren sind. Ähnliches gilt für das Ausbildungszentrum für behinderte Jugendliche. Diese Erkenntnis war auch 1999 noch vorhanden: einstimmiger Beschluss der Landesregierung für das sozialpädagogische Zentrum in Mariatrost. Alle Vorbereitungsarbeiten zur Neuorganisation der Landesjugendheime und des Ausbildungszentrums wurden von der Fachabteilung für das Sozialwesen geleistet. Dabei wurden die Vorgaben des Jugendwohlfahrtsplanes 1999 und des Sozialplanes für Menschen mit Behinderung konsequent umgesetzt und einstimmig im Sommer 2000 beschlossen. Es wurden alle Beteiligten hierbei mit einbezogen: Mitarbeiter, Personalvertretungen, Netzwerkpartner, Experten des AMS und dergleichen mehr. Doch leider, seit dem Oktober 2000, seit dem 15., gibt es Verhinderungen. Hier wirkt der Bremsklotz ÖVP und die Lippenbekenntnisse der ÖVP gelten nicht mehr. Auf die von Landesrat Dr. Flecker beantragten nachvollziehbaren Budgeterfordernisse zur effizienten Führung der Betriebe wurde nicht einmal reagiert. Die Umsetzung der neuen Angebote für die Ausbildung und Betreuung von Kindern und Jugendlichen wurde von der ÖVP in der Regierung bereits dreimal abgelehnt – vorigen Montag zum dritten Mal, und das ohne Gründe. Dem nicht genug, meine Damen und Herren: Nicht einmal Teilschritte, und das trifft mich als Hartberger besonders, aber auch als Mensch, denn das Landesjugendheim Hartberg war ein Grund, dass ich mich aus dem Ennstal nach Hartberg als Lehrer habe versetzen lassen. Diese Teilschritte zur Verbesserung der Situation von benachteiligten jungen Menschen in unserem Land, diese Teilschritte werden nicht von der ÖVP mitgetragen. Es geht konkret – und der Herr Klubobmann wird sicher des Öfteren schon vom Direktor des Landesjugendheimes Hartberg in dieser Weise ersucht, gedrängt und gebeten worden sein – um die Reaktivierung der Schlosserlehre, ein Ausbildungszweig, der mehr denn notwendig ist. Es ist dies eine sinnvolle Ergänzung, weil gerade dieses Landesjugendheim dadurch noch effizienter geführt werden könnte.

Als Zweites führe ich an, im Mai 2000 ist der Leiter des Ausbildungszentrums Graz-Andritz in den Ruhestand getreten. Seit Monaten verwehrt man unbegründet eine Nachbesetzung. Hier glaube ich ganz einfach, dass die so genannte Verwaltungsreform es einfach ermöglicht, Funktionen ohne Ausschreibung und ohne Einbindung von sachlich zuständigen Ressortmitgliedern zu besetzen. Es ist dies offenkundig. Ich sage, man soll auch bei diesen Landesjugendheimen in die Zukunft schauen. Man soll auch diesen jungen Menschen eine Chance geben. Ich führe hiebei an, in den letzten zwei Jahren haben mehrere Burschen und Mädchen Lehren positiv abgeschlossen. In Hartberg waren dies zwölf Burschen, im Landesjugendheim Blümelhof 15 Mädchen und im Ausbildungszentrum Graz-Andritz 13 Jugendliche. Sie haben ihre Ausbildung in den verschiedensten Berufen getätigt, sie haben ihre Chance für ein Leben nach einem schlechten Start bekommen. Ihr Leben gilt es nun dann selbst zu meistern. Wenn es nach dem Sozialressort unter der Leitung von Landesrat Dr. Flecker geht, sollen noch viele junge Menschen diese Chance erhalten. Der Jugendwohlfahrtsplan, meine Damen und Herren, auch der ÖVP und FPÖ steht unter dem Motto „Perspektiven öffnen“. Halten wir uns daran! Danke! (Beifall bei der SPÖ.)

Des Weiteren bringe ich einen Unselbstständigen Entschließungsantrag ein.

In der Steiermark – wie Sie alle wissen – gibt es zahlreiche Pflegeeinrichtungen, in denen weniger als fünf Personen gepflegt werden. Diese sind zwar anzeigepflichtig, jedoch werden sie nur einer sanitätspolizeilichen Überprüfung durch die Bezirksverwaltungsbehörde unterzogen. Ein Einschreiten der Behörde erfolgt erst bei Gefahr in Verzug, das heißt, es müssen schon massive Missstände auftreten, ehe amtliche Schritte gesetzt werden.

Ein hoher Pflegestandard sollte jedoch für alle Menschen, die der Pflege bedürfen, gleichgültig wie groß oder klein diese Pflegeeinrichtung ist, sichergestellt werden.

Es wird daher der Antrag gestellt:

Dürfte ich ersuchen, Herr Klubobmann, ich möchte nicht lauter sprechen, ich spreche jetzt schon lauter als 30 Jahre in der Schule. (Abg. Dr. Lopatka: „Das bist du eh gewohnt!“) Ich spreche nicht lauter!

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, eine Novellierung zum Steiermärkischen Pflegeheimgesetz 1994, LGBL. Nr. 108/1994, dem Landtag zur Beschlussfassung vorzulegen, aus der hervorgeht, dass zukünftig auch privat geführte, gewinnorientierte Pflegeeinrichtungen bis zu fünf Betten einer Bewilligungspflicht unterliegen und eine entsprechende Überprüfung sowie Kontrolle (zum Beispiel regelmäßige Pflegevisiten, Führung von Pflegedokumentationen) durch die Bezirksverwaltungsbehörden für diese Einrichtungen ermöglicht wird. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 18.47 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Abschließend zu Wort gemeldet hat sich das zuständige Regierungsmitglied. Herr Landesrat Dr. Flecker, ich erteile dir das Wort.

Landesrat Dr. Flecker (18.47 Uhr): Liebe Frau Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Frau Landeshauptmann hat sich gestern von den zehn Geboten zum Budget sehr berührt gegeben. Ich glaube, dass es manchmal vielleicht halt günstig ist solche Bälle aufzugreifen und in Bibelzitat zu sprechen. Ich habe eines gefunden aus Matthäus, Kapitel 23 (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Aber nicht selber!“): Nein, Herbert, aber vielleicht ist das für dich interessant. Es handelt sich um jenen Bereich, wo Jesus mit den Pharisäern spricht. (Abg. Dr. Lopatka: „Bist du dabei gewesen?“) Es ist gar nicht so witzig, liebe Kollegen. Ich darf zitieren:

„Denn ihr beladet die Menschen mit unerträglichen Lasten und ihr selbst rührt sie nicht mit einem Finger an.“ Meine Damen und Herren, und genau darum geht es von der rechten Reichshälfte. (Unruhe bei der ÖVP.) Mein Gott, habe ich Sie berührt, Herr Bittmann? (Abg. Bittmann: „Frechheit!“) Herr Bittmann, habe ich Sie berührt, ich habe Sie ja bestenfalls gebildet. Sie haben ein Bibelzitat kennen gelernt und vielleicht hören Sie mir jetzt zu.

Meine Damen und Herren! Es geht nämlich genau darum, Sie von der rechten Reichshälfte. (Abg. Dr. Lopatka: „Siebentes Gebot!“) Du bist schon viel zu spät dran zu reagieren, du hast viel zu lange nachgedacht, lieber Reinhold Lopatka, und über deine geistige Wendigkeit mache ich mir in der letzten Zeit überhaupt große Sorgen. (Beifall bei der SPÖ.) Aber, meine Damen und Herren, wenn Sie mich weiterreden lassen, dann werden wir auch zu einem Ende kommen. Es ist nämlich genau das, dass Sie, meine Damen und Herren von der rechten Reichshälfte, gewissen Bevölkerungsgruppen durchaus zumuten, mit ihrem Schicksal, das sie sehr getroffen hat, fertig zu werden. Es geht um Behinderte, es geht um Alte, es geht um Arme, es geht um gefährdete oder gestrandete Jugendliche, es geht um Asylanten oder Flüchtlinge. Aber wo ist Ihr Zugang, wo ist das Berühren? Wo sind Sie berührt mit dieser Kaltschnäuzigkeit, mit der Sie hier eine Budgetdebatte zum Thema „Soziales“ führen? Ihr Motto heißt offenbar: „So viel Geld gibt es, mit dem müsst ihr auskommen und alles andere interessiert mich nicht!“ Und ich glaube, diesem Motto, mit dem Sie vorgehen, ist ein anderes entgegensetzen, nämlich das, dass diese Gesellschaft Verantwortung für das Schicksal dieser Menschen mit zu übernehmen hat, dass diese Gesellschaft verantwortlich ist nicht nur, dass diese Menschen ihr Auskommen haben, dass diese Menschen ihre Würde haben, sondern dass diese Menschen teilnehmen können am Wohlstand dieser Gesellschaft, der ja tatsächlich gegeben ist. (Beifall bei der SPÖ.)

Aber dort rühren Sie nicht an und Sie rühren auch nicht an bei jenen Menschen, die sehr wohl mit Behinderten arbeiten, bei Sozialinitiativen, die sich um solche Menschen kümmern. Sie rühren nicht an, Sie streifen nicht einmal an. Sie sagen ganz einfach, das ist das Päckel Geld, das es gibt und ob ihr damit auskommt, ist egal. Und ob ihr eure gesetzlichen Leistungen, die euch zustehen, tatsächlich bekommt, ist mir auch egal, weil ich will in meiner Eitelkeit mein Nulldefizit haben. (Abg. Bittmann: „Wenn Sie glauben, dass es um Eitelkeit geht, dann sind Sie falsch dran!“) Das ist Ihr Prinzip. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren! Folgende Menschengruppen haben um folgende Beträge weniger, als ihnen durch das Gesetz zurzeit zusteht: Für Menschen, die von der Sozialhilfe leben, 214 Millionen weniger, weniger zur Erfüllung ihrer Rechte, für die Sie die Gesetze beschlossen haben, für Menschen mit Behinderung 130 Millionen, für Jugendliche, die gefährdet oder gestrandet sind, 102 Millionen und für alte und pflegebedürftige Menschen 40 Millionen. Und das, meine Damen und Herren, ist in Wirklichkeit jenes Gesicht einer Partei und auch einer Person, die plakatiert hat, jeder soll am Aufstieg dieser Steiermark oder am Erfolg dieser Steiermark teilhaben. Meine Damen und Herren, vor der Wahl so etwas zu plakatiert und nachher diese Politik der Herzlosigkeit, der Kaltschnäuzigkeit zu vollziehen, zeigt Janusköpfigkeit und nichts anderes. (Beifall bei der SPÖ.)

Es würde sich ganz sicher auch hier ein Bibelzitat finden lassen. In so einer Situation missbraucht – Lieblingswort – missbraucht der Klubobmann der ÖVP Herrn Küberl. (Abg. Dr. Lopatka: „Wie bitte?“) Meine Damen und Herren von der ÖVP und Frau Landeshauptmann, falls Sie das als sexistisch empfunden haben, zeigt es Ihr Weltbild. (Abg. Dr. Lopatka: „So wie du es gesagt hast, hat man es nur so verstehen können!“ – Unverständliche Zwischenrufe.) Weil sich gerade der Kollege Pötl so aufregt, dann sage ich Folgendes: Im ländlichen Raum sind 17 Prozent der Bevölkerung von der Armut bedroht und in so einer Situation gehen Sie her und sagen, Sie werden sehr glücklich sein, wenn Küberl das vorlegt und auf der anderen Seite legen Sie solche Budgetentwürfe vor. Das ist Janusgesichtigkeit, das ist Doppelzüngigkeit. (Beifall bei der SPÖ.)

Wenn sich schon Ihre Fraktion von der ÖVP mit dem rhetorischen Niveau des Herrn Lopatka zufrieden gibt, so kann es für mich nicht Grund sein, auf alles, was er gesagt hat, einzugehen. (Abg. Bittmann: „Jetzt seid ihr eh nur mehr drei Landesräte, tut nur weiter so!“) Er ist aber auf ein paar Sachen im Rahmen der Sozialpolitik eingegangen und ich möchte schon etwas dazusagen: Reinhold, du hast gesagt, die Fachabteilung – (Abg. Riebenbauer: „Klubobmann, so viel Zeit muss sein!“) Herr Klubobmann Dr. Reinhold Lopatka, bist du noch Regierungsrat oder schon Oberregierungsrat? Ich weiß es nicht. (Abg. Dr. Lopatka: „Leider nein, Herr Hofrat!“) Nicht. Wir haben doch noch das Leistungsprinzip – das würde Herr Schützenhöfer sagen. (Beifall bei der SPÖ.) Reinhold, die Sache ist viel zu ernst. Eines sage ich dir: Wenn du von diesem Rednerpult aus sagst, in der Fachabteilung für das Sozialwesen und in der Rechtsabteilung 9 ginge es zu wie in der MA 2412, dann ist das Diskriminierung dieser Bediensteten. (Beifall bei der SPÖ.) Ich bin bereit, mich hier für dich bei den Bediensteten zu entschuldigen, weil so geht man mit Beamten und mit Leuten, die für dieses Land arbeiten, nicht um. (Beifall bei der SPÖ.)

Man sollte das auch einmal durchaus dort weitererzählen und man sollte das auch dem Herrn Kollegen Schützenhöfer in aller Ernsthaftigkeit sagen, was du hier in diesem Zusammenhang von dir gegeben hast. Zur Vergrößerung der Dienstposten – nur zu deiner Orientierung: Vielleicht hörst du zu, dann sagst du das nächste Mal die Wahrheit, falls du es willst. (Abg. Dr. Lopatka: „Es gibt Rechnungshofberichte!“) 1997, Dienstpostenplan, immer von ÖVP-Regierern geführt und ausgestellt. Wird wohl ehrlich sein, oder? Dienstpostenplan 1997, beide Abteilungen noch zusammen, 71 Dienstposten, 2000, beide zusammen nach Trennung 72,5 Dienstposten. Da sprichst du von einer unwahrscheinlichen Ausweitung der Dienstposten in diesem Bereich: eineinhalb Dienstposten in drei Jahren. (Abg. Dr. Lopatka: „Das ist ja unrichtig!“) Da sieht man, wie du agierst und wie ihr die Sachen darstellt: doppelzüngig, unehrlich. (Beifall bei der SPÖ.)

Zur Frage von dir, Opposition oder Regierung: Du weißt es vielleicht oder solltest es wissen, falls du dich um deinen Bezirk kümmerst, weil dort sind auch einige Anträge für diesen Bezirk dabei: 13 Förderungsanträge trotz Zustimmung der Rechtsabteilung 10 ohne Begründung seit fünf Wochen zurückgestellt – von der ÖVP. Ist das Regierungshandlung oder ist das Oppositionshandlung? (Beifall bei der SPÖ.)

Und darunter, zum Beispiel für die im Mai stattfindenden Integrationstage, die Förderung. Dort wird Frau Landeshauptmann dann wieder die Eröffnungsrede halten und glücklich sein, dass wir so etwas fördern – dreimal zurückgestellt, nur damit das bekannt ist. Zurückgestellt seit sechs Wochen die Umstrukturierung der Jugendheime in Eigenbetriebe des Landes, eine Flächenbereinigung und Flurbereinigung und durchaus eine Maßnahme, mit der ich mich – so glaube ich – mit dem Kollegen Paierl eines Sinnes sehe, weil wir dort dann ohne Landeszuschüsse arbeiten wollen: seit sechs Wochen ohne eine Begründung zurückgestellt. Seit vier Monaten warten Jugendliche in Hartberg – in deinem Heimatbezirk – darauf, das Schlosserhandwerk lernen zu können. Wir haben der Rechtsabteilung 1 bewiesen, dass keine Mehrkosten damit verbunden sind. Aber es wird zurückgestellt. Mich straft niemand. Ihr straft die Leute, die davon abhängen. (Beifall bei der SPÖ.) Ist das Regierung, Frau Landeshauptmann, oder ist das Opposition? Das ist reine Opposition, und nichts anderes. (Abg. Bittmann: „Das, was Sie machen, ist keine Opposition!“) Uns unterstellen Sie anderes. Wer hat denn die Koalition gebildet mit dem ÖVP-Landeshauptmannstellvertreter Schöggel? Doch nicht wir. Wer hat denn die Tricks gemacht, um zu dokumentieren, hier gibt es eine Koalition? Ein paar andere. Nicht wir. Ihr habt das gemacht und ihr habt es ja gewusst. Welch Gemütes Kind Herr Schöggel ist, hat er heute Frau Zitz gezeigt. (Abg. Lafer: „Keine Polemik von der Regierungsbank!“) Wieso? (Abg. Lafer: „Was hast du gegen den Schöggel?“) Jetzt sage ich dir ehrlich etwas: Wenn jemand von der Regierungsbank eine Abgeordnete fragt, ob sie beabsichtigt Kinder zu bekommen, dann ist das Wort Polemik schon ein harmloses Wort. Das hat mit dem überhaupt nichts zu tun. (Beifall bei der SPÖ.)

Das ist etwas Signifikantes für das Gemüt und den Charakter des Fragestellers und nichts anderes. (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schöggel: „Ich möchte nicht tauschen!“) Das glaube ich, weil bei Ihnen weiß man nicht, ob Sie ein Kind bekommen können oder nicht. Was meinen Sie? (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schöggel: „Nicht mit der Frau Zitz, sondern mit Ihnen möchte ich nicht tauschen!“) Das glaube ich, dass das Ihre Selbstbeschränkung ist, weil Sie wissen, was Sie leisten können und wo Qualität ist. (Beifall bei der SPÖ.)

Herr Kollege Schöggel, ich habe mit Ihnen kein Problem. Mit Ihnen zu diskutieren ist mir aber eine Freude. Herr Kollege Hammerl geht heraus und tut so, als ob alles in Ordnung sei. (Abg. Dr. Lopatka: „Und sagt die Wahrheit!“) Das tut er nicht und ich werde dir das beweisen. (Abg. Dr. Lopatka: „Doch, tut er!“) Lässt du mich fertig reden, dann hörst zu – Ohren auf, Mund zu, dann Mund auf, Ohren zu. Als durchaus spät entdecktes rhetorisches Talent haben Sie aber einen Trick angewandt, Herr Kollege Hammerl. Sie haben über Einzelfälle, bei denen Sie noch dazu nicht die Wahrheit gesagt haben, versucht, ein ganzes System zu diskriminieren. Und am leichtesten ist es ja, das System der Jugendwohlfahrt zu diskriminieren, weil mit dem kann man ja am wenigsten ein Geschäft machen. (Unverständliche Zwischenrufe der ÖVP.) Und ich sage Ihnen eines, Herr Hammerl, hören Sie mir zu, wenn Sie sagen, ein Honorar von 1,2 Millionen, wissen Sie, wie die Richtlinien sind? In der Stunde 505 Schilling und 295 Schilling die Stunde Fahrtkosten. Davon müssen geleistet werden Einkommensteuer, Umsatzsteuer, Sozialversicherungsbeiträge, Ausgaben für die Jugendlichen und innerbetriebliche Aufwendungen. Meine Damen und Herren, und jetzt sagen Sie, dass der 1,2 netto kassiert hat. Ist ja doch eine Frechheit. Sie diskriminieren hier Leute und stellen sie als sozialdemokratische Günstlinge dar. Leute, die ich gar nicht kenne. Sagen Sie doch die Namen, Herr Hammerl! (Beifall bei der SPÖ.) Sagen Sie uns den Namen, haben Sie den Mut! (Abg. Hammerl: „Sagen Sie das in der Stadt. Fragen Sie die Frau Kaltenbeck!“) Sagen Sie mir den Namen! Sie können ruhig sitzen bleiben, Sie sind ja nicht am Wort! (Abg. Hammerl: „Sie stehen ja auch!“) Ja, ich stehe, weil ich am Wort bin. Sie reden nur! (Beifall bei der SPÖ.)

Herr Kollege Hammerl, nehmen Sie Platz. Und ich sage Ihnen eines, sagen Sie, bevor Sie Menschen anonym diskriminieren und ihnen Unredliches vorwerfen, gehen Sie heraus, sagen Sie mir die Namen, legen Sie genau die Beweise vor und dann werden wir schauen, ob irgendjemand über diese Erlässe hinaus etwas bezahlt bekommen hat, weil dann haben Sie Recht. Und das ist die Grundlage. Es gibt einstimmig beschlossene Richtlinien in diesem Bereich für die Erziehungshilfe. Und vollziehen tut das die Bezirksverwaltungsbehörde oder der Magistrat. Und wenn die sich nicht daran halten, wäre es deren Fehler. Aber die tun das. Drum bringen Sie mir diese Akten. (Abg. Hammerl: „Sie kommen ja eh zu den Akten dazu!“) Sie tun unter dem Schutz der Immunität Behauptungen aufstellen, die auf nichts anderes hinzielen, als ein System zu diskriminieren und etwas schlecht zu machen und zu sagen, mit solchen Methoden können wir es erreichen, dass die Behinderten das Geld kriegen, das sie brauchen. (Abg. Hammerl: „Meine Bitte war, dass Sie das System untersuchen, damit das junge Sozialarbeiter anstatt Pensionisten machen!“) Herr Hammerl, wenn Sie sich bemühen würden, konkrete Vorschläge zu machen. (Abg. Hammerl: „Ich habe Sie in keiner Weise beschuldigt!“) Dann bemühen Sie sich, sagen Sie, der Stundensatz für Erziehungshelfer mit 505 Schilling ist zu hoch, wir treten für 400 Schilling ein, dann diskutieren wir, ob das richtig ist und dann setzen wir es in Vergleich mit anderen Berufsgruppen. (Abg. Dr. Lopatka: „Ich habe eine Frage!“) Bitte, zwei auch! (Abg. Dr. Lopatka: „Halten Sie es für richtig, dass mit Jugendwohlfahrtsgeldern Erziehungshelfer pro Jahr weit mehr als eine Million für einen Nebenjob bekommen, dass sie aus Jugendwohlfahrtsgeldern für einen zweistündigen Kinobesuch 1000 Schilling bekommen, pyrotechnische Artikel aus Jugendwohlfahrtsgeldern bezahlen können und Gasthausrechnungen? Halten Sie das für richtig, dass aus Jugendwohlfahrtsgeldern einzelne Personen derartig viel bekommen für einen Nebenjob?“) Lieber Reinhold! Wenn einer über 1,2 Millionen Schilling nach diesen Gebührensätzen bekommt, dann muss er am Tag an die zehn Stunden arbeiten. Wie das einer machen kann nebenberuflich, da frage ich mich. Also du unterstellst schon wieder einmal fast strafrechtliche Tatbestände. (Abg. Dr. Lopatka: „In der Pension!“) Darum sage ich, bringe mir das. (Abg. Dr. Lopatka: „Neben der Pension!“)

Ach, in der Pension ein Nebenjob, das ist jetzt schon wieder interessant. Jetzt ist er Pensionist, nicht eine Nebentätigkeit, ist ja wieder was Neues. Ihr entblättert euch laufend. Und ich sage dir eines, es geht darum – das sind Fachleute –, dass den Jugendlichen durch die Erziehungshilfe das Optimale und die Qualität zukommt. Und es geht so weit, dass wir durchaus im Rahmen der Jugendwohlfahrt auch Segeltörns und auch Urlaube mitfinanzieren und mithelfen, weil diese Ausgaben oft viel mehr wert sind als wenn diese Jugendlichen stranden würden. Und das ist euch egal und das ist in Wirklichkeit das Unerhörte. Ihr tut es nur anders aufziehen. (Beifall bei der SPÖ.) Ich glaube, man sollte hier bei der Wahrheit bleiben. Herr Kollege Hammerl, eines noch und da sind wir durchaus eines Sinnes. Die Planungssicherheit ist für uns eine ganz, ganz wesentliche Geschichte und ich erachte es – und das gebe ich hier zu – als einen Mangel des Systems, dass wir in den Bereichen auch zu wenig detaillierte Planung haben. Aber es ist sehr schwer, weil wir auch auf der anderen Seite unheimlich wenig Datenmaterial haben und wir mit den Planungen sehr, sehr schwer vorankommen. Und ich werde im Behindertengesetz – und Sie werden es dann sehen – eine Planungsverordnung vorschlagen hinsichtlich der Ausstattung mit Einrichtungen und dann haben wir diese Planungssicherheit und die wird uns strukturell sehr viel weiterhelfen.

Frau Kollegin Graf, Sie haben das Kindergeld angesprochen, hätte in die Gruppe 2 gehört, ist ausreichend diskutiert worden. Vielleicht wäre der Wecker am Ende der Rede zweckmäßiger gewesen.

Ich will noch ein paar Worte sagen: Frau Kollegin Lechner-Sonnek war die einzige Fraktion – das muss ich Ihnen auch sagen. Sie alle wissen, dass der Entwurf des Behindertengesetzes da ist. Es hat nur eine Fraktion gegeben, die gesagt hat, wir interessieren uns dafür, können Sie uns einen Entwurf geben. Und ich habe es den Grünen gegeben. Es zeigt wieder Ihr Interesse für solche Sachen. Die Frau Wicher hat es auch bekommen als stellvertretende Vorsitzende des Dachverbandes für Behindertenhilfe. Und ich meine, ohne jetzt detailliert auf das Gesetz einzugehen. Ich glaube, was man sich nicht leisten wird können und was eine Bösartigkeit gegen die Zielgruppe ist, wäre eine Verzögerung der Beschlussfassung dieses Gesetzes. Wenn das zum politischen Willen von Fraktionen wird, dann ist es die endgültige Öffnung und ein endgültiges Wegnehmen einer Maske. Und dann frage ich mich, Frau Kollegin Wicher, wie es Ihnen damit geht. Ich will nicht mehr dazu sagen als die Frau Kollegin Lechner-Sonnek schon dazu gesagt hat.

Und eines werden wir finanziell nie schaffen. Wir werden den quantitativen Zuwachs bei Behinderten sowohl aus den Gründen, die die Frau Klubobfrau gesagt hat, als auch aus der Tatsache, dass Behinderte Gott sei Dank immer älter werden, den werden wir finanziell nie ausgleichen können. Wenn Sie haben wollen, dass wir stabile finanzielle Entwicklungen haben, dann müssen Sie entweder Leistungen zurücknehmen oder die Leistungen deckeln. Das werden wir nicht können. Oder die Qualität zurücknehmen. Und ich glaube, dazu kann sich eine humane Gesellschaft nicht verstehen.

Und ein Wort zum Frauenhaus Obersteiermark, weil es angesprochen ist. Es stimmt, ich habe eigentlich für mich die Lösung nicht. Ich sage nur, es ist verständlich, wenn bestimmte Bezirke sagen, ein Frauenhaus Obersteiermark in Kapfenberg bringt für die Frau in Schladming, in Aussee oder in Murau keine Qualitätsverbesserung. Und ich glaube, wir müssten darüber diskutieren, gehen wir auf eine Lösung zu und ich brauche jetzt die Studie nicht mehr, ich habe demnächst ein Gespräch mit den Lobbyistinnen dafür. Gehen wir den Weg in Richtung drei Frauenhäuser, weil anders geht es nicht, dann kann ich das regionale Argument in den Mittelpunkt stellen mit dem Problem, dass die Anonymität dann nicht mehr in dem Maß gewährleistet ist. Oder aber wir gehen einen Weg, der heißt, wir verstärken in Graz, wir machen das Frauenhaus in Graz größer und wir versuchen draußen – ich weiß, dass es nicht das Gleiche ist – mit Krisenwohnungen eine vorübergehende Lösung zu finden. Ich stelle beide Thesen für mich wertgleich gegenüber. Wir werden sehen, zu welchem Ergebnis wir kommen. Natürlich ist es so, dass die Tagsatzerhöhung angepasst werden muss. Der Pflegeheimverband wollte

4,5 Prozent. Ich habe beim Kollegen Paieryl 3,5 Prozent beantragt, das sind 69 Millionen Schilling. Das ist aber leider gestrichen worden und es gibt keine Chance, dass wir das machen können. Ich weiß ja nicht, was Frau Landeshauptmann sagt, wenn die Herrschaften zu ihr kommen. Wenn Ihnen eingefallen sein sollte, das kann umgeschichtet werden, dann ist das die billigste Ausrede. Ich glaube, dass hier ernsthaft über das Thema nachgedacht und diskutiert werden muss, weil diese Leute, weil die Menschen, die dort untergebracht sind und die Menschen, die dort arbeiten, von der Qualität und der Bezahlung dieser Menschen abhängen und weil es notwendig ist, dass wir Leute, die in Pflegeheimen arbeiten, ordentlich bezahlen und weil es notwendig ist, dass wir auch den Betreibern dieser Einrichtung die Möglichkeit geben, qualitativ Hochwertiges zur Verfügung zu stellen. Wenn wir das nicht tun, werden wir wieder zur Qualitätsminderung kommen. Es gibt keinen anderen Weg. Herr Kollege Tschernko, ich bin Ihnen sehr dankbar für den Hinweis zum Pflegeheimgesetz. Es stimmt, dass wir in diesem Bereich zu wenig Möglichkeiten der Kontrolle und des Eingriffs haben und es stimmt, dass wir vor allem auch im Bereich der sozusagen privat geführten Pflegeplätze unter fünf, aber das ist eher ein Problem auf dem Land, wenn Sie so wollen, nicht im urbanen Gebiet, auch zu wenig Qualitätskontrolle haben. Ich habe vor, Ihnen im Herbst einen Gesetzesentwurf vorzulegen, wo wir besser in dieser Hinsicht durchgreifen können. Ich hoffe, und das ist jetzt kein zynischer Hinweis zum Kollegen Schützenhöfer, ich bin dann auch in der Lage mit dem Personal das Gesetz zu vollziehen. Die Heimanwaltschaft ist in Anhörung, angesiedelt bei Frau Skledar, also bei der Patientenombudsfrau und wir haben sogar einen Zusatz gemacht, weil Sie mich einmal daraufhin angesprochen haben, Herr Kollege Hammerl, dass die Seniorenbeiräte in diesem Bereich tätig werden können. Ich glaube, das ist eine allgemein befriedigende Lösung. Das Gesetz wird demnächst die Regierung passieren – so hoffe ich – und dann hier im Landtag zu diskutieren sein. Die Beibehaltung der Sozialhilfeverbände ist für mich Selbstverständlichkeit und da decken sich unsere Ansichten. Und 70/30 ist für mich Notwendigkeit. Wenn die Gemeinden mir und Ihnen und überall sagen, wir haben es nicht mehr, es haben sich die Sachen anders entwickelt, dann kann ich gegen die Möglichkeit der Gemeinden keine Sozialpolitik betreiben. Ich weiß auch, dass viele Bürgermeister Ihrer Fraktion die ganz gleiche Meinung vertreten. Wenn Sie meinen, man sollte zu 50/50 zurück, dann halte ich das für mehr als unreal. Michi Halper hat die Jugendwohlfahrt angesprochen. Natürlich will ich zur Flächendeckung mit Einrichtungen der Jugendwohlfahrt bei Kinderschutzzentren, bei Streetwork kommen. Aber es ist leider so, dass das Jugendwohlfahrtswesen immer das Stiefkind im Sozialwesen war, weil es einfach nicht jene Lobby hat, die das Jugendwohlfahrtswesen brauchen würde. Ich verspreche Ihnen, dass ich mich bemühen werde, auch wenn man damit nicht sehr viel politische Attraktivität für sich buchen kann, dass wir spätestens im nächsten Jahr Vorschläge im Jugendwohlfahrtswesen haben, zu einer Flächendeckung in der Steiermark zu kommen, zu einer höchst möglichen und dass wir die Sache auch dem Inhalt nach etwas stärker beachten. Das ist mein Ziel und ich werde das auch vorschlagen. Beim Umsetzen werden wir sehen, ob sich das machen lässt aus der Sicht der Situation im Budgetbereich. Wenn man nein sagt, kann ich es nicht umsetzen. (Beifall bei der SPÖ.)

Frau Kollegin Dr. Bachmaier-Geltewa hat gestern über die geschützte Arbeit gesprochen, was den KAGES-Bereich anlangt, wo ich natürlich den Kollegen Paieryl darauf hingewiesen habe, dass es einen Landtagsbeschluss gibt. Er hat ihn trotzdem dann beim Bearbeiten des Budgets ignoriert. Ich habe aber gestern mit dem Kollegen Schützenhöfer ein Gespräch geführt, wo ich glaube, dass wir einen Weg finden könnten, der dieses Problem im Bereich der Krankenanstaltengesellschaft löst. Es waren heute die Behindertenvertreter für die Landesbediensteten bei mir. Das Problem, dass man dort von Teilzeit auf Vollarbeitszeit übergeht, in extremen Sozialfällen, es sind zurzeit 20 Fälle, ist mir bewusst. Ich habe den Herrschaften heute gesagt, dass ich mit Kollegen Schützenhöfer, ohne jetzt das Problem auf ihn schieben zu wollen, ein Gespräch führen werde und dass wir Ihnen bis zum Herbst Vorschläge machen werden, wie wir da zu einer Lösung kommen, dass wir zumindest einmal diese 20 Fälle bearbeiten können. Herr Kollege Hamedl, wissen Sie, das Einfachste ist es zu sagen, und das sind so die Phrasen, mit denen Sie sehr gerne kommen, nicht Sie persönlich, sondern Ihre Fraktion, neu verteilen, gerecht verteilen ist notwendig und Umbau heißt nicht Abbau. Herr Kollege Hamedl, die Geschichte ist so und den Zugang sollten Sie haben, Sie beschließen Gesetze. Durch die Gesetze haben Dritte Ansprüche und wenn wir von der Regierung verlangen, dass Gesetze vollzogen werden, dann müssen Sie der Regierung auch das Geld dafür geben. So einfach ist das. Da geht es nicht um Umverteilen und gerecht verteilen oder sonst irgendwas, sondern da geht es einmal um das Funktionieren einer Verwaltung und das Funktionieren eines Bundeslandes. Das kann man blockieren, indem man sagt, ich mache den Geldsack zu. Ob ihr Gesetze ändert oder ob ihr etwas nicht macht, ist mir Wurscht. Ich spiele wie einer, der nichts sehen will. Wir wissen alle miteinander, was sehenden Auges auf uns zukommt und da bin ich ganz sicher, dass Kollege Paieryl kein Interesse hat, dass er zivilrechtlich plötzlich mit einer Flut von Klagen konfrontiert ist, aber wir müssen sowieso eine Lösung finden. Ich lasse mich aber in das Spiel nicht ein, dass ich sage, Herr Schöggel hat zu viel oder Herr Kollege Schützenhöfer oder Kollege Pörtl. Das ist nicht mein Problem. Da werden wir zu einer Lösung kommen müssen. Ich habe heute nur gesagt, dass Frau Landeshauptmann 50 Millionen Schilling mehr an frei zu vergebendem Geld hat im Gegensatz zu einem Jahr vorher. Das ist aber auch ein Indiz, wo man etwas bekommen könnte. (Abg. Hamedl: „Herr Landesrat, Sie haben vorher selbst gesagt, Sie werden neue Vorschläge einbringen. Ich meine Optimierung und schauen, ob das Geld auch wirklich dort ankommt, wo es gebraucht wird!“) Herr Kollege Hamedl, das Geld kommt mit Sicherheit an. Es gibt die lustigsten Argumente immer wieder in diese Richtung. Das ist bei der Entwicklungshilfe so, dass jeder sagt, gebt ja nichts da hinunter nach Afrika, weil die sind alle irgendwelche Leute und die verschieben es so und das bekommen die Leute nicht. Bei uns sind es dann halt irgendwelche anderen die sagen, da kassiert inzwischen irgendwer etwas und das kommt nicht an. Das ist ein Ansatz zur Diskriminierung des Systems, den Sie haben. Sie haben den Ansatz. (Abg. Hamedl: „Herr Landesrat, das habe ich nicht gemeint. Ich habe den Verwaltungsablauf gemeint!“) Ich glaube, man sollte das System nicht diskri-

nieren. Ich lasse mir aber jederzeit die Verwaltungsabläufe durchleuchten. Ich habe da kein Problem mit Ihnen. Aber zu sagen, das Geld kommt dort nicht an und da ist irgendetwas schräg dran und vielleicht sind da ein paar Sozialschmarotzer dabei, damit hat Ihr Koalitionspartner ja jahrelang und auch noch immer sehr erfolgreich, jetzt nicht mehr erfolgreich, Politik gemacht. Ich sage Ihnen die Verwaltungsabläufe, da habe ich überhaupt kein Problem damit.

Und, Frau Kollegin Dietrich, als Vertreterin einer Partei, die sich vor allem dadurch profiliert hat Bevölkerungsschichten auseinanderzudividieren, zu entsolidarisieren, ist das Wort Solidarität im Mittelpunkt einer Rede wohl ein bisschen Blasphemie am Gedanken, dem Grundsatz nach. Und ich lade Sie alle ein, weil Sie eben solche Bedenken haben, ob irgendwelche Leute zu viel Geld kriegen in der Jugendwohlfahrt oder sonst irgendwo. Machen wir was, meine Damen und Herren von ÖVP und FPÖ, gehen Sie jeder im kommenden Jahr einen Tag Sozialarbeit leisten. Stellen Sie sich draußen hin und dann schauen Sie einmal, unter welchen Bedingungen die Menschen dort arbeiten müssen. Und schauen Sie einmal, wie es oft schwer ist dort zu arbeiten. Sie wissen das, Herr Hamedl. (Beifall bei der SPÖ.)

Und darum bin ich so leicht erregbar, wenn der Herr Lopatka und der Herr Hammerl Leute, die mit solchen Leuten arbeiten und schwer arbeiten, diskriminieren. Das ist schwerste Arbeit und die Leute verdienen ihr Geld. Und gehen wir nicht auf die Leute, die mit ihnen arbeiten, los. (Beifall bei der SPÖ.)

Und ich darf zum Abschluss zweierlei tun. Zum Ersten – glaube ich – ist es sehr notwendig, ich habe das Glück, dass ich sehr viel jetzt an Fertigen zur Verfügung habe und es ist wichtig zu sagen und es gebührt sich, dass ich mich in aller Form bei meiner Vorgängerin Anna Rieder bedanke. Sie hat eine wunderbare Vorarbeit geleistet und es ist fast alles so weit, dass man es umsetzen kann. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich bedanke mich bei meinem Büro, bedanke mich bei meinen Nachhilfelehrern in der Rechtsabteilung 9, in der Fachabteilung für das Gesundheitswesen, namentlich Frau Mag. Buchacher, Herr Hofrat Knapp, aber auch Herr Luschnig. Der Gerold Schwann hat ein Behindertengesetz binnen kürzester Zeit gebastelt und hat in wirklich großer Mühe und hervorragender Qualität gearbeitet. Ihnen gilt der Dank von mir und lassen Sie alle und auch Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sich nicht entmutigen durch die Diskriminierungen des Herrn Kollegen Lopatka. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 19.25 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Der Herr Klubobmann Lafer hat sich zur Geschäftsordnung gemeldet. Bitte schön!

Abg. Lafer (19.26 Uhr): Frau Präsidentin! Hohes Haus!

Der Herr Landesrat Kurt Flecker hat aus der Sicht der Regierungsbank eine gewisse Polemik hier verbreiten lassen und ich möchte deshalb in Aufzählung, was er vom Kollegen Hammerl erzählt hat, eine Auflistung von Zahlen feststellen, dass er dies mit dem Abschluss getroffen hat, dass das eine Frechheit ist. Und nach meinem Wissen, das haben andere mitgehört, ist nach der Geschäftsordnung des Nationalrates, welcher sich der Landtag angeschlossen hat und das in diesem Buche festgeschrieben ist, bedingt das einen Ordnungsruf. Und deshalb, sehr geehrte Frau Präsidentin, verlange ich einen Ordnungsruf für den Herrn Landesrat! (Landesrat Dr. Flecker: „Herr Kollege Lafer, ich weiß es nicht, ich war nie im Nationalrat. Aber so viel ich weiß, gibt es nach der Geschäftsordnung des Nationalrates keinen Ordnungsruf für Regierungsmitglieder!“ – Abg. Dr. Bleckmann: „Das steht aber da! Herr Landesrat, dann lerne bitte das Buch auswendig, auch für Minister!“ – Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schöggl: „Natürlich ist es möglich!“ – Beifall bei der FPÖ und ÖVP. – 19.26 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Es ist vorgesehen, dass sich der Herr Landesrat Paierl noch zu Wort melden wird und anschließend soll nach der Abstimmung eine Präsidiale stattfinden und gleichzeitig eine Lüftungspause von 15 Minuten. Wir werden das Vorbringen vom Herrn Klubobmann in der Präsidiale besprechen.

Landesrat Dipl.-Ing. Paierl (19.28 Uhr): Meine Damen und Herren!

Ich habe vor exakt 20 Jahren einen Kollegen in der Landesregierung auf der Sekretärebene kennen gelernt und auch schätzen gelernt. Er ist eigentlich damals frei gewesen von Zynismus, Sarkasmus, Parteitaktik, persönlicher Untergriffe. Und es tut mir sehr leid – und zwar eigentlich in einem ähnlichen partnerschaftlichen Verhältnis, in dem wir heute auf einer Ebene zusammenarbeiten sollten – dass leider davon eigentlich nicht sehr viel übrig geblieben ist, weil in diesen Monaten meiner Amtsführung als Finanzreferent mit Kurt Flecker erleben muss – leider sage ich das – ist nicht frei von Zynismus, Parteitaktik, Sarkasmus, persönlicher Untergriffe, Beleidigungen und auch falscher Darstellung. Und darum, meine Damen und Herren, darum geht es mir, nicht Weinerlichkeit, sondern immer wieder die Frage, was bringt es der Sache. Und es ist einfach falsch und ich muss es hier zurechtrücken für Sie, ich habe viele Einzelgespräche geführt und ich habe auch keine Scheu davor, es sitzen einige Damen und Herren hier im Auditorium, zu mir geschickte, ob sie das Frauenhaus sind oder ob es der wirklich engagiert arbeitende Herr Wolfmaier ist, Ihnen Aufklärung zu geben über die tatsächliche Situation. Und ich komme zurück auf mein Plädoyer vom Mittwoch vergangener Woche, dass – wenn jemand dieses Sozialsystem, wenn jemand diesen Wohlfahrtsstaat retten will, erhalten will, entwickeln will, dann muss er daran arbeiten gewisse Dinge nicht zu übersehen. Und man kann es nicht übersehen und es ist wirklich für mich unverständlich und eben nicht aufgeklärt, nicht konstruktiv mitgedacht und mitgearbeitet, wenn man sich jetzt herstellt, Kurt, und sagt, die Jugendwohlfahrt ist ein Stiefkind und ich stelle fest an Hand der Zahlen, die auf der Beamtenebene akkordiert sind, nicht aus dem Traumbüchel, nicht parteitaktisch eingefärbt, dass sich diese Jugendwohlfahrt ausgabenmäßig, die Jugendwohlfahrt in der Steiermark, von 33 Millionen auf 330 Millionen

innerhalb von zehn Jahren seit 1990 verzehnfacht hat. (Abg. Gross: „Wir hatten auch noch nie so viele schwer erziehbare junge Menschen wie jetzt!“) Das ist zu wenig. Das ist die Sprache und das ist das, was ich ihm vorwerfe. (Abg. Gross: „Sie selber reden von kaputter Familienstruktur!“) Das ist die Sprache eines Oppositionspolitikers von hier oder von hier als Klubobmann oder als Parteisekretär und das ist zu wenig. (Beifall bei der ÖVP.)

Und wissen Sie, weil immer wieder mir und meinen Beamten in die Schuhe geschoben wird – Mogelpackung et cetera –, wissen Sie, was wirklich Zynismus und Mogelpackung war, Gott sei Dank, dass man in einem früheren Sozialbudget offensichtlich in Absprache und mit Wissen von Sozialreferent und früherem Finanzreferent für eine Ausgabe, die man beschlossen hatte selbstverständlich, 1000 Schilling ins Budget geschrieben hat. Und wissen Sie, wie viel das es geworden sind? 500 Millionen. Und wissen Sie, dass man diesen 500 Millionen ein Jahr lang, nämlich von den Gemeinden und Sozialverbänden, nachlaufen hat müssen? Das Land ist diesen Sozialverbänden und Gemeinden das Geld schuldig geblieben. Das ist Zynismus und das ist eine Mogelpackung. (Beifall bei der ÖVP.)

Und wissen Sie, diese Wortspielereien, heute ist es wiederholt worden, ich weiß nicht, wer es gesagt hat, ich glaube, der Bernd Stöhrmann: Kurt Flecker macht Politik für die Menschen und Herbert Paiarl macht Politik für Zahlen. Das sind diese Dinge, die, wenn man professionell genug ist, nicht ablenken von dem Ziel, das wir haben sollten, auch Sie und insbesondere Sie auf der Regierungsbank, nämlich dieses System so weiter zu entwickeln, dass es nicht radikal zusammenrasselt, weil es nicht mehr finanziert werden kann. Es sind tatsächlich 4 Milliarden im Ressort von Kurt Flecker. Ich könnte sogar noch die Milliarde Wohnbeihilfe dazuzählen, weil sie an sich eine Sozialausgabe ist. Das heißt, wir geben 5 Milliarden Schilling für Sozialzwecke aus und das auf höchstem Niveau. Das will niemand gefährden, eben nicht, und das ist mehr als im Vorjahr. Jetzt gibt es noch eine Bitte, ein Ersuchen, und das ist auch der Grund, warum die Klage kam, das ist zurückgestellt und das ist zurückgestellt, weil es nur Provokationen gibt. Man geht mit Anträgen in die Regierung, die einfach mit überplanmäßig, außerplanmäßig, obwohl man noch kein Budget hat, hinein, um parteitaktisches Kleingeld zu wechseln. Meine Damen und Herren, das bringt den Betroffenen nichts. Ich habe es heute schon gesagt, die Bauarbeiter haben die Köpfe geschüttelt, als sie gesehen haben, was hier von einer bestimmten Seite dieses Hauses aufgeführt wird, indem man blockiert, indem man dagegen ist, indem man nicht will. Zum Schluss noch eines: Wir alle wissen, und das muss man kein großer Psychologe oder Pädagoge sein, was passiert, wenn man nicht will, aus welchen Gründen immer. Man bringt es auch nicht zusammen. Und das ist unser Problem. Man will aus bestimmten Gründen nicht, weil man eben so eingestellt ist, weil man eine solche Taktik hat, eine Strategie hat und dann bringt man es auch nicht zusammen. Man tut sich dabei schwer. Ich habe Kurt Flecker am Anfang der Woche ein meines Erachtens wirklich ausgewogenes, sachlich und fachlich orientiertes Konzept vorgelegt, wo wir gemeinsam, partnerschaftlich – und das wäre ein Signal – eine Studie, eine Untersuchung machen über die Optimierung des Ressourceneinsatzes für Leistungen und für die Mittelverwendung. (Landesrat Dr. Flecker: „Ich habe mit dir mündlich was ausgemacht!“)

Ich habe heute deinen Brief gelesen. Abgelehnt. (Landesrat Dr. Flecker: „Das mag dein Spiel sein, dass du es jetzt anders siehst!“) Ich sage nur, wir werden es uns nicht leisten können, uns in dieser Frage von Verbesserungen, von Optimierungen leiten lassen zu müssen – (Landesrat Dr. Flecker: „Ich habe Handschlagqualität!“) in Ihrem Interesse, weil es ist sehr viel Geld, das eingesetzt wird. Wir brauchen das. Nochmals: Wir wollen dieses hohe soziale Niveau nicht und schon gar nicht vom Finanzreferat oder von der ÖVP-Seite oder von Frau Landeshauptmann in Frage stellen lassen, eben nicht. Danke vielmals! (Beifall bei der ÖVP. – 19.35 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Bevor wir zur Abstimmung kommen, teile ich Ihnen mit, dass es nach der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages einen Ruf zur Ordnung für Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung nicht gibt und nicht vorgesehen ist. (Abg. Dr. Bleckmann: „Heißt das, dass sie reden können was sie wollen?“) Ich bin am Wort und wir kommen zur Abstimmung über die Abänderungsanträge, die Ansätze 41 bis 46 und Posten der Gruppe 4 – Soziale Wohlfahrt sowie über die Entschließungsanträge zu dieser Gruppe.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Abänderungsantrag für den Landesvoranschlag 2001 der Grünen, betreffend Erhöhung der Mittel für Entwicklungszusammenarbeit, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit.

Ich ersuche nun jene Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zu den Ansätzen 41 bis 46 und Posten der Gruppe 4 – Soziale Wohlfahrt – hinsichtlich des Landesvoranschlages für 2001 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Abänderungsantrag für den Landesvoranschlag 2002 der Grünen, betreffend Erhöhung der Mittel für Entwicklungszusammenarbeit, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit.

Ich ersuche nun jene Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zu den Ansätzen 41 bis 46 und Posten der Gruppe 4 – Soziale Wohlfahrt – hinsichtlich des Landesvoranschlages für 2002 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der ÖVP und FPÖ, betreffend effizientere Verwaltung des Sozialbereiches im Amt der Steiermärkischen Landesregierung, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend Kontrolle der Pflegeeinrichtungen, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend Landeslustbarkeitsabgabe, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend die Finanzierung des Sozialbereiches, Finanzierungsschlüssel, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend Wertgrenzen, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit.

Ich unterbreche jetzt die Sitzung für 15 Minuten und um 19.55 Uhr wird sie wieder aufgenommen. (Unterbrechung der Sitzung von 19.39 Uhr bis 20.00 Uhr.)

Präsident Purr: Meine Damen und Herren!

Ich nehme die Sitzung wieder auf und ersuche Sie die Plätze wieder einzunehmen.

Meine Damen und Herren, wir kommen nun zum zweiten Teil der Gruppe 4:

Wohnbauförderung (Ansatz 48)

Berichterstatter ist der Herr Landtagsabgeordnete Franz Majcen. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Majcen (20.01 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Finanz-Ausschuss hat in seiner Sitzung am 24. April 2001 die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 311/1, betreffend die Landesvoranschläge 2001 und 2002, den Dienstpostenplan und den Systemisierungsplan der Kraftfahrzeuge, beraten und zu Gruppe 4 – Wohnbauförderung (Ansatz 48) – den Beschluss gefasst, dass der Antrag gestellt wird, der Landtag wolle beschließen:

Erstens: Der Ansatz 48 und die Posten der Gruppe 4 – Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung – werden hinsichtlich des Landesvoranschlages 2001 genehmigt.

Zweitens: Der Ansatz 48 und die Posten der Gruppe 4 – Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung – werden hinsichtlich des Landesvoranschlages 2002 genehmigt. Ich bitte um Annahme! (20.01 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Majcen. Er hat das Wort.

Abg. Majcen (20.01 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir alle haben den Budgetentwurf sehr genau studiert. In Erwartung dessen, was jetzt nachher gesagt wird, nämlich in der Vorwegnahme, möchte ich gleich einmal feststellen, dass für das Jahr 2001 5,3 Milliarden Schilling und für das Jahr 2002 4,7 Milliarden Schilling budgetiert sind. Sollte jemand etwas anderes behaupten oder sollte jemand sagen, im Wohnbau geht nichts mehr, dann ist das unrichtig und würde wider besseres Wissen behauptet werden. Es steht dem Wohnbau nicht weniger Geld zur Verfügung, es steht im Gegenteil mehr Geld zur Verfügung. Allerdings muss dieses Geld auf Grund der Maastricht-Kriterien anders eingesetzt werden. Das heißt, das Land muss sich bemühen, in diesem Bereich wenigstens teilweise Maastricht-schonend zu budgetieren, weil sonst die Maastricht-Kriterien des Landes Steiermark nicht erfüllt werden können. Das bringt eine gewisse Irritation mit sich, das gebe ich zu und das wird auch so sein und leider lassen sich diese Irritationen zur allgemeinen Verunsicherung benützen, insbesondere auch deswegen, weil der Wohnbau ein sehr kompliziertes System an sich ist und durch die vielen Vorgaben, die aus verschiedenen gesetzlichen Bestimmungen und aus den bisherigen Abwicklungen bestehen, sozusagen nahezu dazu verleitet, sehr missbräuchlich dargestellt zu werden von denen, die ihn so darstellen möchten, damit Verunsicherung aufkommt. Der langen Rede kurzer Sinn. Wir werden uns auf einige Änderungen gefasst machen müssen. Einige sind schon erfolgt und haben zur Verunsicherung schon beigetragen. Wir haben im Wohnbauförderungsbeirat schon diskutiert zum Beispiel über die kleine Sanierung, Umstellung von Zinsenzuschüssen auf Darlehen. Und jetzt sage ich Ihnen nur zu diesem Punkt, jemand, der ein Darlehen vom Land bekommt, zehn Jahre mit einem Prozent verzinst, zahlt für 100.000 Schilling, die er bekommt, in zehn Jahren 105.000 Schilling zurück. Wenn hier jemand sagt, dass das schlecht ist, dann muss ich sagen, ist das eine Behauptung, die nicht richtig ist. (Beifall bei der ÖVP.) Ich könnte das auf die monatliche Rückzahlung aufrechnen – ich glaube, es sind 70 Schilling im Monat mehr als es vorher gewesen sind.

Meine Damen und Herren, in diesem Budget für 2001 sind 5,3 Milliarden – das habe ich schon gesagt – budgetiert und dabei werden nach einer Studie im Geschoßbau 2700 Arbeitskräfte beschäftigt, bei den Häuselbauern rund 4600, in der umfassenden Sanierung rund 1900 und in der kleinen Sanierung ebenfalls rund 1900

Beschäftigte. Das ergibt einen Beschäftigungseffekt in direkter Weise durch das Budget des Wohnbaues 11.000 Personen, die allein aus diesem Bereich der Wohnbauförderung pro Jahr in der Steiermark gesichert sind. Und es ist falsch, den Wohnbau möglicherweise dafür verantwortlich zu machen, was möglicherweise geschehen wird, dass Bauarbeiter keine Arbeit mehr haben. Also sollte wieder eine Bauarbeiterdemonstration stattfinden, das kann es nicht sein. Im Wohnbau kann es nicht passiert sein. Ich verzichte auf alle möglichen genaueren Ausführungen zur Begründung. Es ist ganz einfach so, dass auch im Wohnbau das getan werden muss, was insgesamt getan werden muss, nämlich öffentliche Haushalte neu und anders zu ordnen und das wird in Zukunft passieren. Das heißt aber nicht, dass es keine nicht rückzahlbaren Zuschüsse mehr gibt, denn es ist festzustellen, dass die Wohnbauförderung in der Steiermark von diesem Volumen österreichweit in der Wohnbeihilfe nahezu an der Spitze oder überhaupt an der Spitze liegt in Relation und dass die Wohnbeihilfen in der Steiermark über 900 Millionen Schilling ausmachen und dass diese Wohnbeihilfe natürlich ein verlorener Zuschuss ist, der aber aus dem operativen Bereich herausgenommen wird und daher für Baumaßnahmen nicht zur Verfügung steht. Ich habe mich oft gewundert, wenn sogar der jetzige Chef des Wirtschaftsförderungsinstitutes vor wenigen Jahren noch davon gesprochen hat, dass man im Wohnbau alles auf Subjektförderung umstellen sollte, na die würden sich jetzt schön anschauen. Und als Beispiel sage ich Ihnen nur eines: Die Stadt Wien hat unmittelbar nach der Landtagswahl, die dort für die SPÖ einen Erfolg gebracht hat, beschlossen, die Förderungsbestimmungen zu verändern. Sie werden vielleicht den Artikel in der Zeitung gelesen haben, dort ist zu lesen gewesen – Überschrift: „Einstürzende Neubauten. Ein rückzahlungsfreier Baukostenzuschuss in der Höhe von 422.000 Schilling“, der schon in Aussicht gestellt war, ist in ein rückzahlbares Darlehen in der Höhe von 250.000 Schilling umgewandelt worden. Also ein wesentlich drastischerer Eingriff als er hier erfolgt ist.

Auch in Salzburg, meine Damen und Herren, sollen gewisse Veränderungen vorgenommen werden und auch in anderen Bundesländern werden im Rahmen der Maastricht-Konformität die Wohnbaubudgets diskutiert. Dass kein Wohnbedarf mehr vorhanden sei, wie manchmal behauptet wird, ist ganz sicher falsch. Er hat sich nur regional verschoben und er hat sich in der Dimension verschoben. Es wurden in der Steiermark bis in den letzten fünf Jahren über 13.000 Wohnungen im Geschoßwohnungsbau, 2500 Wohnungen im Scheckbau, in der umfassenden Sanierung 8800 Wohnungen, mit der kleinen Sanierung 41.700 Wohnungen und als Eigenheime 12.400 Wohnungen gebaut und diese Leistung wird dem Grunde nach aufrecht bleiben. Es wird keinen Kahlschlag im Wohnbau geben und es braucht niemand sich davor fürchten, dass er in dieser Steiermark, in der wir leben, keine Wohnung mehr bekommen wird. Meine Damen und Herren, wir werden also weiterhin leistbare Wohnungen bauen, weil wir sie brauchen. Und es sind gerade die Genossenschaften gefordert, bedarfsorientierte Wohnbauten zu errichten.

Meine Damen und Herren, wir müssen uns der Sanierung in verstärktem Maße zuwenden, aber nicht der Sanierung um jeden Preis, sondern der Sanierung, die sinnvoll ist. Also wo ich Infrastruktur verwenden kann, wo ich zentrale Lagen habe, aber nicht irgendwo, kreuz und quer durch das Land, jede leer stehende Scheune in Wohnungen umzubauen. Das halten wir nicht für sinnvoll, wenn wieder damit neue infrastrukturelle Aufgaben auf uns zukommen. Der Vorschlag, die Verfahren zu verkürzen, ist ein alter Vorschlag. Diesen Vorschlag haben wir schon mehrmals wiederholt. Ich hoffe, dass wir ihn jetzt in Angriff nehmen können. Also wenn ich schon doppelt so schnell rede wie ich sonst reden würde, möchte ich das wenigstens so tun, dass der Kollege Schleich zuhört, damit er sich besser auskennt dabei. (Abg. Schleich: „Franz, ich bin der einzige, der wirklich aufpasst!“) Ist richtig, du bist auch mein Freund!

Meine Damen und Herren! Um es noch einmal zu sagen, Verfahren verkürzen. Es gibt unserer Meinung nach zu viele Verfahrensschritte im geförderten Wohnbau. Wir sollten hier nachdenken, ob wir das verbessern können. Zweitens muss man sich überlegen, was man mit den Architektenwettbewerben in welcher Dimension macht und was man mit den Gutachterverfahren macht. Es ist nämlich nicht immer richtig, wenn wo schon 14, 16, 18 Wohnungen stehen und es werden noch acht dazugebaut, dass man dann ein Gutachterverfahren braucht. Dazu sind unsere Architekten in der Lage. (Präsident: „Herr Abgeordneter, deine Redezeit ist abgelaufen!“) Da freue ich mich darüber!

Der nächste Punkt, meine Damen und Herren, wie ich am Schluss sage, ist der, dass ich sehr hoffe, dass wir gemeinsam dem Wohnbau weiterhin diese Bedeutung geben, die er verdient.

Und jetzt sage ich ganz am Schluss, der nächste Redner wird massive Verschlechterungen im Wohnbau beklagen, was ich aus dem schließe, was bisher geredet worden ist. Meine Damen und Herren, um mit Flecker zu sprechen, das wäre doppelzünftig, das wäre janusköpfig, und was wäre es noch – unehrlich, denn gleichzeitig habe ich eine Zeitung da und damit bin ich schon fertig, in der der Vorsitzende der Lehrer, der Herr Jaki Friedrich, Vorsitzender der sozialistischen Lehrer, einen offenen Brief an die Frau Landeshauptmann schreibt. (Präsident: „Dennoch bitte, Redezeit ist abgelaufen, sich strikt daran zu halten!“) Frau Landeshauptmann, die in der Wohnbauförderung zurückfließenden Mittel sollen für die Schulen verwendet werden. Also das ist ein „ehrlicher“ Vorschlag. (Beifall bei der ÖVP. – 20.12 Uhr.)

Präsident: Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Abgeordnetem Schleich. Ich erteile ihm das Wort. Bevor Herr Kollege Schleich nun das Wort ergreift, darf ich darauf verweisen, dass wir in der Präsidiale Redneranzahl und Redezeiten weitgehendst vereinbaren konnten. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die das von ihrem Klubobmann erfahren haben, dass sie sich wirklich daran halten. Danke. Herr Abgeordneter Schleich, bitte um Ihre Wortmeldung.

Abg. Schleich (20.12 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Landesräte, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich sehe, dass ich nur mehr neun Minuten Zeit für meine Rede habe. Franz, du hast mir wirklich ein bisschen an Zeit weggenommen. (Abg. Majcen: „Ich habe nur fünf Minuten gehabt!“) Ich komme gleich zur Sache: Ich habe einen Zeitungsartikel vor mir und sehe, dass es die zuständigen Landesräte im Wohnbau nicht leicht haben, weil der Finanzreferent in diesem Ausschnitt der „Kleinen Zeitung“ Folgendes sagt: „Der steirische Wohnbau sei ein Sanierungsfall“ – so lautet die Diagnose von unserem Finanzlandesrat Herbert Paiarl. (Landesrat Dipl.-Ing. Paiarl: „Wo steht das?“) Das steht in der „Kleinen Zeitung“: Der Wohnbau wäre ein Sanierungsfall. Ich habe es gerade gesagt, da haben es die zuständigen Landesräte sehr schwer oder er hat von der FPÖ ein schlechtes Ressort übernommen. Das traue ich aber der ÖVP auch nicht zu, dass sie ein Ressort übernimmt, das schlecht ist. Ich glaube eher, der Bund hat Sie dazu bewegt, nachdem er gesagt hat, es gibt keine Zweckbindung mehr im Wohnbau. Man hat wahrscheinlich in weiser Voraussicht in der Steiermark das schon geahnt, dass man ein bisschen umschichten kann. So wird es wahrscheinlich auch vor sich gehen. Auf der gleichen Seite dieser „Kleinen Zeitung“ steht weiters – ich kann aber leider nicht alles lesen, weil ich die Hälfte davon weggerissen habe: „Nulldefizit, Front der ...“ und dann steht: „Drei Landeshauptleute zweifeln schon an der Sinnhaftigkeit des Nulldefizits.“ Ich glaube, daran zweifeln mehr als drei. Einen davon haben sie in Tirol schon abgemeldet. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich schätze Herrn Kollegen Majcen wirklich sehr. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich stehe auch dazu, denn wir sind langjährige Partner in verschiedenen Ausschüssen. Ich sage auch dazu, dass er ein ganz korrekter Bursch ist. Er vertritt natürlich die Meinung der ÖVP. Das sei dir auch manchmal entschuldigt. Er kann nichts dafür und das verstehe ich auch. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn es heißt, es ist nirgends weniger geworden, es ist überall mehr geworden und die Bauwirtschaft steht, dann muss ich mich fragen, warum das so ist. Ich konnte dem Budget Folgendes entnehmen: Wenn man den Fernwärmeanschluss anschaut, dann waren es im Jahr 2000 30 Millionen Schilling an Förderung für Anschlussgebühren, für 2001 sind es minus 10 Millionen, also daher nur mehr 20 Millionen und im Jahr 2002 – man staune – ist null budgetiert. Das heißt, für die Umwelt haben wir nichts übrig und wir schränken das ein. Ob das sehr geschickt ist, ist Sache von anderen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, man soll eines nicht vergessen und das möchte ich jetzt gerne machen, weil am Ende wird mir die Zeit wieder fehlen: Ich möchte ein Danke sagen der Rechtsabteilung 14, weil gerade unter diesen Bedingungen hat sie es wirklich nicht sehr leicht gehabt. Ich möchte, stellvertretend für alle Mitarbeiter, Herrn Hofrat Dr. Rauchlatner und seinem Stellvertreter Dr. Kristan von dieser Stelle aus herzlich danken. Ich glaube, sie bemühen sich alle sehr, auch unter diesen schwierigen Umständen die Fälle so schnell wie möglich zu bearbeiten. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

Damit komme ich zu einem Punkt, und zwar zur Verbesserung der Rechtssicherheit. Liebe Kolleginnen und Kollegen: Rechtssicherheit verbessern, Anwendung der Rechtslage zum Zeitpunkt des Ansehens, Einbringung. Was meine ich damit? Damit sind wir bei unseren Wohnhaussanierungen. Es sind zirka 1000 Fälle im Wohnbaubeirat zu behandeln gewesen. Ihr sagt, es ist besser geworden. Die Leute, die das dort zu dem Zeitpunkt eingebracht haben, haben eigentlich darauf gehofft, einen Zuschuss von 25 Prozent zu bekommen und viele haben wahrscheinlich auch deshalb angesucht. Es wird natürlich auch welche geben, und dafür kann man das auch frei stellen, die vielleicht mit einem Darlehen glücklicher sind. Der Großteil hat sich aber darauf verlassen, 25 Prozent zu bekommen. Ich glaube daher, da soll man auch eine Rechtssicherheit eingehen und den Bürger nicht täuschen. Wir werden dahin gehend noch einen Beschlussantrag einbringen. Punkt 2, Zweckbindung sichern: Der Bund hat uns schon vorgezeigt, dass wir keine Zweckbindung haben. Wir wollen das sehr wohl, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ein weiterer Punkt: Die Versorgung mit zeitgemäßem und leistbarem Wohnraum sowie Sanierung ist nach wie vor erforderlich. Wir werden auch dazu einen Entschließungsantrag einbringen. Damit komme ich schon zum nächsten Punkt, Wohnbauförderungsprogramm: Auch dazu werden wir einen Entschließungsantrag einbringen. Meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich glaube, es ist einfach wichtig, dass das in diesem Entschließungsantrag enthalten ist: Förderungsarten in Schwerpunkten, Soziales, Wohnbau, Standort, Sanierung, Energie. Über Vorschlag der Gemeinden und nach Anhörung des Beirates und der Interessenvertretungen muss das vollzogen werden. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe als Hauptredner natürlich vieles vorbereitet, werde aber trotzdem versuchen mich an die Zeit zu halten. Ich möchte jenen ein Augenmerk schenken, die heute überraschend hier aufgetreten sind und bei manchem Abgeordneten Unmut ausgerufen hat. Das sind die Gewerkschafter, die Bauarbeiter, die noch immer keine Arbeit haben. Ich glaube, man muss auch das Verständnis jener einholen, wo viele Familien dranhängen. Man muss die Presseinformationen sehr genau durchlesen, zu welchem Zeitpunkt sie was gemacht haben, und nicht nur die Gewerkschaft, sondern auch die Wirtschaftskammer ist mit dabei. Ich war auch einmal eingeladen dort und sie haben das auch selbst dort vorgebracht, wo auch der Sekretär Muchitsch dabei war. Das ist ein gemeinsamer Weg, der früh genug an den richtigen Stellen aufmerksam gemacht hat. Wenn ich mir das durchlese, wer ist alles betroffen, dann sind es 50 Nebenberufsgruppen, um nur einige zu nennen: Elektriker, Installateur, Bodenleger, Steinmetz, Tischler, Zulieferer, Erzeuger, Handelsverkäufer und so weiter. Wenn das alles zu greifen beginnt und wir haben dieses Loch, dann kann man sagen, das Geld ist dort im Land gelegen, es wurde aber nicht ausgegeben oder die öffentlichen Aufträge wurden nicht installiert. Man muss dazu aber schon eines sagen: Wir sind nicht umsonst Schlusslicht in der Bauwirtschaft in der Steiermark, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich glaube, auch deshalb haben wir das Problem. (Landesrat Dipl.-Ing. Paiarl: „Wer hat dir denn das wieder gesagt?“) Mit einem Nulldefizit, Herr Landesrat, tu ich mir schwer ein Haus zu bauen. Ich kann mir nicht vorstellen, welcher Abge-

ordneter, welcher Zuhörer – ein Landesrat vielleicht nicht – kann ohne, dass er ein Geld aufnimmt, ein Haus bauen? Er kann nicht investieren und kann nichts machen. Ich investiere und nehme mir ein Geld auf, genauso wie der Ober Sepp und andere, weil sonst könnte man nichts unternehmen. Beim Land macht ihr aber ein Nulldefizit und glaubt, es geht nicht. Ich weiß schon, warum nichts passiert ist. Mir ist das schon klar. Es gibt jetzt die nach dem Budget gegründete Gesellschaft, das wird die LIG sein. Man hat das Geld schon auf die Seite gelegt, um dann dorthin das Landesvermögen zu geben, dann zu investieren, um vielleicht später, wenn man kein Geld mehr hat, weil ich kann es mir anders nicht vorstellen, es wieder verschern zu können – ohne Probleme. Das ist eine geschickte Sache und wird auch in der Form vollzogen werden. Sehr geehrte Damen und Herren! Es hat im November eine Jahresvorschau von der Landesdirektion gegeben. Dann hat es am 30. November von der Gewerkschaft einen Aufschrei gegeben nach einer indirekten Umfrage: Rückgänge bis zu 40 Prozent. Am 12. Dezember 2000 hat die Baugewerkschaft mit der Wirtschaftskammer aufmerksam gemacht, dass es wirklich ganz schlecht steht mit der Bauwirtschaft. Im Dezember 2000 gab es gleichzeitig die österreichische Bauvorschau der Quelle Forschungsgesellschaft für Wohnen in Wien. Die Steiermark ist, was die Bauvorschau betrifft, unter allen Bundesländern das Schlusslicht. Noch immer haben die Alarmglocken nicht geläutet. Eine weitere Vorausschau gab es im Februar 2000 für geplante Projekte im Hochbau, Renovierungsvorhaben im Landesbereich. Diese liegen noch immer in der Schublade. Und jetzt bin ich bei der LIG. Ich glaube, die haben schon gewartet auf die LIG. Leider haben wir sehr spät diese Budgetdebatte. Aber jeder weiß, liebe Freunde, in der Praxis heißt das, dass sie im Bau in zwei Monaten nicht einmal anfangen können, weil dort Vorläufe sind und es nicht so schnell geht. Jetzt stellen Sie sich einmal die Bauarbeiter vor, wenn die im Sommer zu Arbeiten anfangen. Meines Wissens brauchen sie 28 Wochen, um nachher wenigstens Arbeitslosenunterstützung zu bekommen, denn sonst müssen sie in den Notstand gehen. Wie viele Familien das bei 10.000 Bauarbeitern sind, können Sie sich wohl vorstellen. Das ist ein ernst zu nehmender Faktor, wobei ich Sie alle hier im Landtag bitte, das ernst zu nehmen, dass wir den Bauarbeitern nicht nur helfen sollen, sondern das ist ein Wirtschaftszweig, der uns ein Jahr später trifft. (Beifall bei der SPÖ.) Natürlich kann ich dann investieren und kann dann wieder sagen, ich fange von neuem an. Aber 10.000 Bauarbeiter oder 9000 sind es – glaube ich – derzeit laut Arbeitsmarkt, sind hier gefährdet. Liebe Freunde, ich halte meine Zeit ein, ich bin gleich so weit, liebe Freunde in der Steiermark, allein laut Arbeitsmarkt und laut Ende März haben wir 20.216 männliche Arbeitslose. Das heißt, fast die Hälfte davon sind Bauarbeiter. Und das müsste eine Alarmglocke sein. Ich kann euch eine Praxis aus meiner Gemeinde erzählen. Wir haben voriges Jahr bis zu dem Datum acht Kommissionen mit Neubauten gehabt. Heuer habe ich eine gehabt und der hat noch nicht angefangen. Auch die Politik (Präsident: „Die Redezeit ist restlos überschritten!“) der ÖVP und FPÖ hat keine Motivation zugelassen bei den Leuten, dass sie investieren und dass sie etwas machen. Sie glauben, dass mit dem Sparen die Wirtschaft wächst und dass wir damit unsere Jugend sichern. Ihr selber wisst ganz genau, damit ist es nicht möglich. Herzlichen Dank!

Nun bringe ich noch drei Unselbstständige Entschließungsanträge ein:

Der erste Antrag betreffend Landesvoranschläge 2001 und 2002, Wohnbauförderungsprogramme:

Es wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, raschestmöglich Wohnbauförderungsprogramme für alle Förderungsarten nach dem Steiermärkischen Wohnbauförderungsgesetz durch Regierungsbeschluss zu erlassen. In den Programmen ist über den räumlichen und zeitlichen Einsatz der Förderungsmittel nach Förderungsarten und Schwerpunkten (nach den Kriterien: Soziales, Raumordnung, Standard, Sanierung, Energie) über Vorschlag der Gemeinden nach Anhörung des Wohnbauförderungsbeirates und der Interessenvertretungen zu entscheiden.

Zweiter Antrag betreffend Landesvoranschläge 2001 und 2002, Zweckbindung:

Es wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, sich weiterhin zur landesinternen Zweckbindung der Wohnbauförderungsmittel inklusive ihrer Rückflüsse für den Wohnbau zu bekennen und daher weder in den Entwürfen der folgenden Landesvoranschläge noch in Entwürfen von Regierungsvorlagen zu Gesetzesänderungen diese Zweckbindung ganz oder teilweise aufzuheben.

Dritter Antrag betreffend Landesvoranschlag 2001, Altfälle Wohnhaussanierung:

Es wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, jene Förderungsansuchen um Wohnhaussanierung im Wege eines 25-prozentigen Annuitätenzuschusses nach dem Steiermärkischen Wohnbauförderungsgesetz – im Sinne der Aussagen von Frau Landeshauptmann Klasnic, dass die Landesregierung FörderungswerberInnen aus Gründen eines Vertrauensschutzes nicht kurzfristig Förderungsmöglichkeiten entziehen solle (im Rahmen der Sonnenkollektorenförderung geäußert) – doch noch positiv zu erledigen, sofern die Antragstellung bis zum 1. März 2001 erfolgt ist. (Beifall bei der SPÖ. – 20.23 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Hagenauer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Hagenauer (20.23 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Geschätzte Regierungsbank!

Der Herr Landesrat Paierl hat mich gefragt, was das Thema ist. Ich beginne damit mit einem Zitat des Herrn Landesrates Hirschmann von heute, der hat gesagt: „Wichtig ist, dass die Steiermark vorkommt“. Und zweimal, mit zwei Bereichen kommt die Steiermark vor, nämlich mit dem A1-Ring und mit dem SK Sturm. Lieber Herbert,

er hat sogar den Autocluster vergessen. Vielleicht schaut einmal deinem Freund Hirschmann tief in die Augen. Was ich damit sagen will ist, dass der Mensch dazu neigt und jeder – offenbar auch Landesregierungsmitglieder sind davor nicht gefeit – die Welt aus einer ganz bestimmten Perspektive zu sehen. Meistens ist das ihre! Und insofern hat der Herr geschätzte Landesrat Paieryl vollkommen Recht, wenn er sagt, was ist mein Thema, das heißt, mein Zugang. Mein Zugang ist ein zweifacher: erstens die Wohnbaupolitik und die Wohnbaumittel haben eine ganz spezifische und eine ganz besondere Bedeutung gerade in einer Zeit, wo man das Budget jetzt kürzt, wo die Mittel knapp werden. Wohnbaumittel gehören nämlich zu den ganz wenigen, wahrscheinlich einzigen, wo wirklich substanziell ein Spielraum da ist, ein finanzieller. Das sehe ich also richtig. Und der zweite Zugang ist der, dass dem Wohnbau, auch was zukünftige Ausgaben anbelangt, wahrscheinlich mehr als alle anderen Bereiche, aber jedenfalls in einem hohen Ausmaß, Folgekosten bedingen durch indirekte Auswirkungen, von der Zersiedelung über schlechte Wärmedämmung bis zu explodierende Betriebskosten und explodierende Sozialhilfekosten, wenn die Leute irgendwo wohnen, wenn sie alt sind, in schon wenigen Jahren und die öffentliche Hand und wir müssen dann eine Altersversorgung aufbauen, wo sogar die Nahversorgung dann für manche Leute nicht mehr zu bewerkstelligen ist und das Schneeräumen und so weiter, weil sie einfach nur alt sind. Das macht den Wohnbau so besonders wichtig. Das heißt, die Landesregierung und jede Regierung ist aufgerufen, hier sich dieser Verantwortung bewusst zu sein und nicht nur ein Budget zu machen für ein Jahr oder für zwei Jahre, sondern Politik zu machen. Ich sage das deshalb, weil diese amtierende Regierung ein Pamphlet herausgegeben hat anlässlich ihres Amtsantrittes, aber kein Regierungsprogramm. Jedenfalls erfüllt das nicht jene Kriterien, die man normalerweise an ein solches anlegt. Konkret möchte ich noch zwei Bereiche in dem Zusammenhang herausstreichen. Das ist der Energiebereich. Wir haben das in der letzten Periode schon diskutiert. Es hat Anträge gegeben dazu vom Kollegen Getzinger, es hat Stellungnahmen dazu gegeben, positive vom Landesenergiebeauftragten. Ich habe versucht das durchzubringen, ist mir nicht gelungen, die Staffelung bei der Förderung, was den Energiebereich anbelangt. Alle Bundesländer Österreichs inzwischen, meine Damen und Herren und geschätzte Kollegen auf der Regierungsbank, der Herr Kollege Pörtl ist leider nicht da, das Bundesland Salzburg hat als erstes mit diesem System begonnen, einer Staffelung. Staffelung heißt, das man nicht so wie bei uns wenig intelligent sagt, da ist eine Grenze, drüber ist Niedrigenergie und drunter ist nichts. Weil jemand, der die Grenze überschreitet, hat dann keinen Anreiz, weiter was zu machen. So einfach ist das, kostet null Schilling, Herr Kollege Paieryl. Kostet null Schilling und bringt unendlich viel mehr, weil natürlich die Salzburger hergegangen sind und in dem Moment, wo der Markt sich weiter entwickelt hat – und er tut das – und die Technologie, haben sich einfach nur die Werte verschoben, aber nicht die Milliarden. Sie haben einfach nur die Grenze hinausgesetzt und es hat sich auf diese Art und Weise ein Bewusstsein, eine Marke, ein Level entwickelt und kein Konsument in Salzburg kauft heute mehr eine Wohnung, ohne dass er nicht weiß, in welcher Güteklasse energetisch diese – seine – Wohnung ist. Von den Arbeitsplätzen rede ich gar nicht. Selbstverständlich bewirkt das Arbeitsplätze und selbstverständlich schafft das einen technologischen Fortschritt für die Wirtschaft. Alle machen das mit Ausnahme der Steiermark. Die Steiermark macht was? Die schickt ihren zuständigen Landesrat und alle anderen herum und der behauptet die ganze Zeit, die Steiermark wäre Spitze in Österreich und die Spitze in Europa und überhaupt. Nur eine Zahl in dem Zusammenhang: In Salzburg werden im Geschoßbau, nicht im Einfamilienhausbau, wo die Leute aus ihrer eigenen Tasche das meiste zahlen, im Geschoßbau, heute, die Hälfte aller Gebäude, aller Wohnungen mit einer Biomasseheizung ausgestattet – die Hälfte – und 70 Prozent mit Solar. Bei uns hat man vor kurzem dieselben Solarenergieförderungen für den Geschoßbau überhaupt weggenommen und verwiesen auf Kredite beziehungsweise hat die Förderungen zurückgenommen mit der Begründung, es sind zu viele Anträge. Ein denkwürdiges Zitat vom Herrn Landesrat Pörtl, denkwürdig.

Die zweite Geschichte Architektur: Ich habe den ehemaligen Landesrat Hermann Schaller sehr geschätzt und er war ein Mensch, der Wohnbaupolitik gemacht hat in diesem Lande und Raumordnungspolitik in diesem Lande, aber das sind jetzt schon wieder ein paar Jahre her, wie wir alle wissen. Seither, was die Raumordnung anbelangt, habe ich das hier schon gesagt, was die Wohnbaupolitik macht, eine Gestaltung, etwas, was Politik bedeutet, längerfristiger Art, wage ich zu behaupten, ist nicht mehr sehr viel weitergegangen. Wir haben einige Förderungen ausgeweitet, deswegen sehen wir auch in dem Budget jetzt doch etwas mehr an Ausgaben für Wohnbeihilfen als, wenn ich mich richtig erinnere, damals gesagt wurde. Aber Gestaltung in dieser kritischen Phase, budgetär und was die Verwerfungen in der Bevölkerungsstruktur im Hinblick auf Alter anbelangt, haben wir nicht zustande gebracht. Und Architektur ist nur ein kleiner Bereich davon, ich schneide ihn aber bewusst an, weil der Hermann Schaller auch damals sich stark gemacht hat für die Wettbewerbe. Und wenn ich jetzt – bitte ersparen Sie mir das, dass das viel Geld gekostet hat – fallweise hat es auch solche Beispiele gegeben, keine Frage, wo die Kosten gelitten haben. Aber Architektur ist in vielen Staaten, zum Beispiel in Großbritannien, ein ganz zentraler Wirtschaftszweig. Architektur ist etwas, was übrigens dem Herrn Landesrat Hirschmann auch entgangen ist, wofür auch dieses kleine Österreich und insbesondere die Steiermark und insbesondere Graz über seine Landesgrenzen hinweg bekannt ist. Er weiß es nicht, vielleicht erhebt er es noch, aber es ist so. Und Architektur hat auch eine Schlüsselfunktion. Nicht nur, dass es eine kulturelle Dimension hat und kulturstiftend ist und nicht nur, dass im Zusammenhang gerade mit dem Kunsthause jetzt in Graz die ganze Welt auf uns schauen wird und dass wir gut daran tun, unsere eigenen Kapazitäten und Stärken bei der Gelegenheit zu verkaufen, sondern leistungsfähige, weltweit bekannte Architekturbüros bringen eine Unmenge von Folgeaufträgen zwangsläufig auch in das Land. Wenn ein renommiertes Büro eingeladen wird zu einem Wettbewerb international und etwas baut, brauche ich Ihnen nicht lang und breit erzählen, was das bedeutet für alle Zulieferer im Lande, ist in einem hohen Grade clusterfähig. Daher und damit komme ich zum Ende meiner Ausführungen, die Grünen bringen auch einen Antrag ein, der von meinem Vorredner Schleich schon erwähnt wurde. Ich werde ihn dann weitergeben, sage aber in aller Kürze, dass er die Förderung von Fernwärmeanschlüssen betrifft, die zurückgenommen

wurde. Man braucht sich nur bei den betroffenen Fernwärmeversorgern umhören beziehungsweise bei den Konsumenten, den bäuerlichen Genossenschaften und anderen. Vor allem für kleine Projekte hat das große Sorgen ausgelöst. Der Antrag betrifft die Gruppe 4 für das Jahr 2001 den Ansatz 1/489015-7670 und für die Gruppe 4 für das Jahr 2002 den Ansatz 1/489015-7670 – beide Male Förderung von Fernwärmeanschlüssen. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (20.32 Uhr.)

Präsident: Ich bedanke mich für die exakte Einhaltung der vereinbarten Redezeit. Eine weitere Wortmeldung liegt zum zweiten Teil der Gruppe 4 – Wohnbauförderung – nicht vor. Der Berichterstatter hat das Schlusswort, er verzichtet aber darauf. Ich komme somit zur Abstimmung über die Abänderungsanträge, die Ansätze und Posten der Gruppe 4 – Wohnbauförderung – sowie über Entschließungsanträge zu dieser Gruppe.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Abänderungsantrag für den Landesvoranschlag 2001 der Grünen, betreffend Förderung von Fernwärmeanschlüssen, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zu den Ansätzen 48 und Posten der Gruppe 4 – Wohnbauförderung – hinsichtlich des Landesvoranschlages für 2001 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Dieser Antrag wurde mehrheitlich angenommen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Abänderungsantrag für den Landesvoranschlag 2002 der Grünen, betreffend Förderung von Fernwärmeanschlüssen, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zu den Ansätzen 48 und Posten der Gruppe 4 – Wohnbauförderung – hinsichtlich des Landesvoranschlages 2002 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Dieser Antrag wurde mehrheitlich angenommen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend Wohnbauförderungsprogramme, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend Zweckbindung, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend Altfälle, Wohnhausanierung, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Auch dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Gruppe 5:

Gesundheit

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Wolfgang Erlitz. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Mag. Erlitz (20.36 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Schriftlicher Bericht, Einl.-Zahl 311/9, des Finanz-Ausschusses zur Gruppe 5 der Landesvoranschläge 2001/2002. Der Finanz-Ausschuss hat in seiner Sitzung am 24. April 2001 die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 311/1, betreffend die Landesvoranschläge 2001 und 2002, den Dienstpostenplan und den Systemisierungsplan der Kraftfahrzeuge, beraten und zu Gruppe 5 nachstehende Beschlüsse gefasst: Namens des Finanz-Ausschusses werden nachstehende Anträge gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Erstens: Die Ansätze und Posten der Gruppe 5 – Gesundheit – werden hinsichtlich des Landesvoranschlages 2001 genehmigt.

Zweitens: Die Ansätze und Posten der Gruppe 5 – Gesundheit – werden hinsichtlich des Landesvoranschlages 2002 genehmigt.

Soweit mein Bericht. Ich bitte um Diskussion und Abstimmung. (20.37 Uhr.)

Präsident: Meine Damen und Herren!

Im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz schlage ich nun vor, die Spezialdebatte der Gruppe 5 zu teilen, und zwar im ersten Teil Umweltschutz und im zweiten Teil Gesundheit. Besteht gegen diesen Vorschlag ein Einwand?

Das ist nicht der Fall.

Damit beginnen wir mit dem ersten Teil, nämlich Umweltschutz. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Gödl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Gödl (20.37 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Herren Landesräte, meine verehrten Damen und Herren des Hohen Hauses!

Ich habe jetzt die ersten beiden Tage sehr aufmerksam zugehört und erlaube mir als junger Mensch und als Bürgermeister, vielleicht ein paar Anmerkungen zu machen. Ich staune über manche Behauptungen aus den Reihen der SPÖ, vor allem aber staune ich über ein Inserat der SPÖ mit der Behauptung: „Täglich 10 Millionen Schilling nach Wien zu schicken!“ (Abg. Gennaro: „Sind es mehr als 10 Millionen?“) Liebe Kollegen Bürgermeister der SPÖ-Fraktion: Herr Stöhrmann, passen Sie jetzt genau auf: Sie sollten wissen, was Maastricht-Überschuss und was Maastricht-Defizit heißt. Das ist eine Kennzahl des Budgets und hat mit Geldflüssen (Abg. Stöhrmann: „Entschuldigung, da widersprichst du deinem Landesrat!“) zwischen Gebietskörperschaften nichts zu tun. (Beifall bei der ÖVP.) Ich sage dir noch etwas und hör jetzt genau zu: Wenn Raaba als reichste Gemeinde der Steiermark ein Maastricht-Defizit in der Höhe von 9,9 Millionen Schilling aufweist und wenn die Gemeinde Lieboch – auch eine SPÖ-Gemeinde – einen Maastricht-Überschuss von 7,2 Millionen Schilling aufweist, dann heißt das noch lange nicht, dass dazwischen Gelder hin- und herfließen, das heißt das überhaupt nicht, denn das ist eine Kennzahl. (Abg. Mag. Erlitz: „Aber das muss ja jemand wegnehmen!“) Nein, das ist eine Kennzahl. Es wäre ja ein Unsinn, wenn von Lieboch nach Raaba – zur reichsten Gemeinde – ein Geld fließen würde. (Abg. Mag. Erlitz: „Das kann ich nicht nur hinschreiben!“) Ich sage noch etwas: Ihr müsstet euch die echten Zehn Gebote zu Herzen nehmen und dabei, Herr Schrittwieser, ganz besonders das Siebente. (Beifall bei der ÖVP.)

Ein Wort zu den Bedarfszuweisungen, Herr Kollege Stöhrmann (Abg. Stöhrmann: „Der Junge muss es euch zeigen!“): Herr Präsident, ich bitte dann um Überziehung der Redezeit, weil ich so oft unterbrochen werde. (Abg. Schrittwieser: „Herr Kollege, zur Sache!“) Ich sage dann noch etwas, damit ihr aufwacht. (Abg. Schrittwieser: „Wir haben jetzt Umweltschutz!“) Zu den Bedarfszuweisungen noch ein Wort, meine Damen und Herren: Es ist üblich, dass bedürftige Gemeinden unterstützt werden. Unsere Frau Landshauptmann hält es auch so, dass bedürftige Gemeinden Geld bekommen. (Beifall bei der ÖVP.)

Wissen Sie, was Ihr Gemeindereferent macht? (Abg. Schrittwieser: „Ihr habt nur einen Neid, weil ihr ihn nicht habt!“) Ich bitte dich mich ausreden zu lassen. Wissen Sie, was euer Gemeindereferent macht, der Herr Finanz-Prof. DDr. Schachner? (Abg. Schrittwieser: „Ihr habt ja nur einen Neid, weil ihr ihn nicht habt!“) Und jetzt hören Sie bitte genau zu: Er hat vor zwei Wochen der reichsten Gemeinde Steiermarks, nämlich Raaba, 2 Millionen Schilling an Bedarfszuweisungen zugeschanzt. Sie erklären die reichste Gemeinde zu einer bedürftigen Gemeinde. Das ist Umverteilung von unten nach oben. Das sei euch einmal ins Stammbuch geschrieben. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Schrittwieser: „Die SPÖ-Gemeinden sind reiche Gemeinden, weil sie gut wirtschaften können!“) Sicherlich und anscheinend eine bedürftige Gemeinde. Als junger Mensch darf ich jetzt Folgendes sagen: Ich bin froh, dass ich dem Landtag angehöre, dem das erste Mal ein ausgeglichenes Budget gelungen ist. Herr Gennaro, du denkst heute wahrscheinlich schon daran, bald in Pension zu gehen, an die nächste Generation denkst du allerdings nicht. Liebe Michi Halper, es ist schön, dass du wieder da bist. Als einzige Abgeordnete unter 40, du müsstest jubeln für unsere Jugend. (Abg. Dr. Bleckmann: „Wie bitte, ich bin auch unter 40!“) Als einzige Abgeordnete der SPÖ unter 40, sie müsste jubeln. (Abg. Schrittwieser: „Sie ist sogar unter 30!“) Ich auch, ich bin auch unter 30, ja, ich freue mich, dass unsere Jugend nicht weiterhin mit Hypotheken belastet wird. Und das ist Nachhaltigkeit und damit bin ich beim Thema Nachhaltigkeit und Umweltschutz. (Abg. Schrittwieser: „Jetzt haben Sie eine ganze Rede für Polemik verbraucht!“) Das muss einmal gesagt werden, zukünftiger Bürgermeister von Frohnleiten, damit du es weißt.

Nachhaltigkeit, meine Damen und Herren, hat in den letzten Zeiten eine starke Verbreitung erfahren und Nachhaltigkeit heißt ja nicht, immer ganz große Schritte zu setzen, sondern ganz, ganz viele kleine Schritte. Und ich habe uns gemeinsam ein bisschen beobachtet, auch draußen beim Mittagbuffet, wie nachhaltig wir selbst eigentlich leben. Ich beziehe mich durchaus mit ein.

Haben Sie sich schon einmal überlegt, dass es nachhaltiger ist, ein Glas Apfelsaft zu trinken als ein Glas Orangensaft? Dass ein Liter Orangensaft um ein Vielfaches mehr Energie benötigt, um ins Landhausbüfett zu kommen, um serviert zu werden, als der Apfelsaft, bei dem wiederum die örtliche Wertschöpfung ein Vielfaches höher ist? Das Beispiel mag vielleicht wie eine Bagatelle wirken, ist es aber nicht. Denn Nachhaltigkeit, meine Damen und Herren, beginnt im ganz Kleinen, beim Einzelnen, in den Köpfen, in den Dörfern, in den Gemeinden und endet natürlich auch ganz oben in der hohen Politik. Und ich bin der Meinung, die Strategie für Nachhaltigkeit kann nur sein: „bottom-up“ – von unten nach oben, Herr Gennaro. Ich hoffe, du verstehst es auch noch, Nachhaltigkeit. (Abg. Gennaro: „Du bist leicht zu verstehen!“) Wir im Landtag, wir müssen die Motivatoren sein, und nicht die, die alles krank reden. Und die Steiermark war in puncto Umweltschutz immer ein Musterland und sie wird auch ein Musterland bleiben. (Beifall bei der ÖVP.) Nicht so lange klatschen, dann geht die Redezeit drüber. Als goldrichtiger Ansatz ist die Aktion „Lokale Agenda 21“ nämlich an der Basis anzusetzen. Und da können viele Abgeordneten den Abgesang anstimmen wie sie wollen, die Steiermark war und ist der Vorreiter in der Umweltpolitik. Ich nenne euch noch ein paar Beispiele, die euch da im Haus nicht so oft auffallen, kleine, aber griffige Beispiele – (Abg. Stöhrmann: „Frag einmal die Bauern!“) die Altspeiseölsammlung. (Abg. Dr. Bleckmann: „Wird genug plakatiert!“) Da steht in einer österreichischen Umweltzeitschrift vor einer Woche geschrieben: „Schön langsam folgen nun auch Gemeinden in anderen Bundesländern dem schönen steirischen Beispiel!“ Eine gute Auszeichnung ganz besonders auch für unseren Landesrat Erich Pötl und für alle Mitarbeiter in den Fachabteilungen. Es wäre blauäugig zu behaupten, dass in Sachen Umweltpolitik alles in Ordnung ist. Aber es ist wohl grünäugig, Herr Kollege Hagenauer, das muss ich leider ansprechen, bei einzelnen Veranstaltungen populistisch hinauszugehen und zu sagen: Wisst ihr was, Steiermark, treten wir aus aus dem Klimabündnis. Ich bin in freudiger Erwartung deines Antrages für den Austritt und ich bin gespannt, ob du so konsequent bist, wie

du draußen herumerzählst, denn es ist schon eine Enttäuschung der Sonderklasse dafür einzutreten. Bringe den Antrag ein, damit wir sehen, wer für Klimabündnis steht. Bring ein diesen Antrag, wir warten darauf. (Beifall bei der ÖVP.)

Unser Land hat schon die Solarenergie gefördert, da bin ich noch in die Volksschule gegangen. Das war gut so: Viele Länder haben uns zuerst belächelt und haben dann nachgezogen und haben sich an uns ein Beispiel genommen. (Abg. Gennaro: „Jetzt wird es eingestellt!“) Gar nichts wird eingestellt! Das würde euch so passen, dass was eingestellt wird. Es wird gar nichts eingestellt. Aber eines gebe ich zu. (Abg. Gennaro: „Haben Sie ins Budget hineingeschaut?“) Ja, ich kenne es!

Die internationalen Vorzeichen zur Erreichung des Kyoto-Zieles sind nicht wirklich günstig. Das soll man da auch sagen. Aber ich glaube schon, die Steiermark in ihrem Kompetenzbereich ist auf einem ganz guten Weg. Und rückblickend auch gesagt, ein paar Beispiele aus der erfolgreichen Umweltpolitik: Halbierung – zum Beispiel – des Restmüllaufkommens von 1987 bis heute, die Verbesserung der Wasserqualität, einige Hofräte sitzen hinten, danke auch für ihre gute Arbeit. Ein weiteres Beispiel der hohe Abwasserentsorgungsgrad. Und noch etwas: Die großen umweltrelevanten Bedrohungsfelder wie Atomkraftwerke müssen wir gemeinsam im Auge behalten. Und da denke ich gerade heute nach 15 Jahren Tschernobyl. Dieses Thema soll uns sehr wohl Einigkeit in diesem Haus bescheren. (Beifall bei der ÖVP.)

Ihr habt zwar vieles im Budget kritisiert, aber eines habt ihr, glaube ich, noch nicht durchblickt. Herr Kollege Hagenauer, ganz kurz noch etwas zu dir: Jetzt wird sich wahrscheinlich, wenn du das Budget genau gelesen hast, auch der Strahlenschutzbus ausgehen. Ich hoffe, du hast es im Budget entdeckt.

Und das vorliegende Budget kann in allen Bereichen und im Besonderen auch im Umweltbereich als sehr zufrieden stellend bezeichnet werden. Und es ist gut und notwendig, dass die Förderungen von Einzelheisanlagen mit erneuerbarer Energie ganz gleich weiter gewährt werden. (Präsident: „Die Redezeit ist längst voll ausgenützt“) Es kann nur ein Motto gelten, und jetzt höre genau zu, Herr Stöhrmann. (Abg. Stöhrmann: „Bis jetzt hat er nur gerechnet, gesagt hat er nichts!“) Viele kleine Leute, die an vielen kleinen Orten viele kleine Dinge tun, nur die werden das Gesicht der Welt verändern. Danke! (Beifall bei der ÖVP.)

Und damit ihr uns unterstützen könnt, darf ich noch einen Entschließungsantrag einbringen, und zwar der Abgeordneten Riebenbauer, Gödl, Gangl und Rauch betreffend Beheizung der Landesgebäude mit erneuerbaren Energieträgern.

Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens einen Grundsatzbeschluss zu fassen, wonach in Zukunft bei Ersatz-, Erneuerungs- und Neuinvestitionen in die Wärmeversorgungssysteme bei allen Landesgebäuden auf Kohle-, Öl- oder Gasfeuerungsanlagen verzichtet wird und die Beheizung aus Fernwärme, Biomasse oder Sonnenkollektoren erfolgt sowie zweitens auf die Gemeinden der Steiermark einzuwirken, dass auch diese im gleichen Sinne agieren. Ich bitte um Unterstützung! (Beifall bei der ÖVP. – 20.50 Uhr.)

Präsident: Herr Abgeordneter, in Zukunft bitte das einzupacken in die vorgegebene Redezeit, weil das sind dann wieder Überziehungen, die man nicht so leicht nachholt. Zunächst die Wortmeldung von der Frau Abgeordneten Halper liegt mir vor. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Halper (20.50 Uhr): Herr Präsident! Werte Landesräte! Hohes Haus!

Alle, die sich bis jetzt ein bisschen ernsthafter mit dem Umweltschutz und auch dem Klimaschutz auseinander gesetzt haben, werden sich darüber einig sein, dass Klimaschutz einer der politischen Schwerpunkte in diesem Jahrzehnt sein wird. Wir Österreicher und Österreicherinnen haben uns dazu verpflichtet, die Gesamtemission von klimawirksamen Gasen um 13 Prozent zu verringern. Und das ist ein stolzes Ziel. Dem Trendwert entsprechend müssen wir die Emission auf 47 Millionen Tonnen jährlich, also um 16 Millionen Tonnen verringern und das ist eine stolze Zahl. Doch leider muss ich feststellen, dass schon die Bundesregierung sehr leichtsinnig mit dieser Thematik umgegangen ist. Immerhin wurden im Budget 2001 in der Umweltförderung lediglich 75 Millionen Schilling aufgestockt. Brauchen würde man aber zur Erreichung des Kyoto-Zieles laut Strategieplan des Umweltministeriums 1,25 Milliarden. Abgesehen davon ist dieser Bundesregierung nichts anderes eingefallen, als sich dieses Themas zu entledigen und es im Rahmen der Neugestaltung, der Zweckbindung bei der Wohnbauförderung an die Länder zu delegieren. Dort steht jedoch dieser Posten im Rahmen der Vielfalt möglicher Zweckbindungen neuerdings auch in Konkurrenz zu klimapolitisch kontraproduktiven Maßnahmen, wie etwa dem Straßenbau. Was es also in diesem Zusammenhang mit der Verantwortung für die junge Generation, wenn der Bundesregierung nichts anderes in ihrer Blindheit einfällt, als das wichtigste und drängendste Umweltproblem unserer Zeit an die Länder abzuschieben und den Ländern das Engagement und der Einsatz fehlt und vor allem der politische Wille zur Erreichung des Kyoto-Zieles. Und Ihr politischer Wille zur Erreichung des Kyoto-Zieles, sehr geehrter Herr Landesrat Pörtl, kommt bei diesem Umweltbudget bei mir leider nicht zur Geltung. Weder wurde für eine dementsprechende budgetäre Dotierung für Umweltschutzmaßnahmen gesorgt, noch kommt das Wort Klimaschutz irgendwo in einem dieser drei Landesvoranschlagsbände vor. Man findet zwar den Posten mit der Bezeichnung „Allgemeine Umweltschutzmaßnahmen“, der aber auf die Förderung von Pilotprojekten im Bereich der Umweltinformations- und Bildungsarbeit und der Förderung von Umweltaktivitäten privater Gruppen abzielt. Dann gibt es noch jenen Ansatz im Landesvoranschlag, der sich „Zuschuss zur Förderung des Umweltschutzes“ nennt. Auch hier kommt das Wort Klimaschutz nicht vor. Vielmehr soll mit diesem Geld insbesondere die Errichtung und die Verbesserung von Müllbeseitigungsanlagen geschaffen wer-

den. Ich frage mich schon, wieviel Ihnen, Herr Landesrat Pörtl, der Klimaschutz in der Steiermark wert ist, wenn dieses Wort es nicht einmal wert ist, irgendwo in diesem Budget vorzukommen. Grundsätzlich finde ich es sehr löblich, dass Sie sich in Zukunft für die Errichtung und die Verbesserung von Müllbeseitigungsanlagen einsetzen wollen, doch meines Erachtens wäre es schon besser, hierbei auf mechanisch-biologische Abfallbehandlungsanlagen umzustellen, denn diese würden die Treibhausbelastung gegenüber der Ablagerung ohne Vorbehandlung genauso gut reduzieren wie Müllverbrennungsanlagen. Denn, meine Damen und Herren, beide Verfahren, wie ich meine, stellen eine gleichwertige deutliche ökologische Verbesserung gegenüber der Ablagerung ohne Vorbehandlung dar und wir würden damit wenigstens der Erreichung des Kyoto-Zieles einen Schritt näher kommen. Abgesehen davon, sind mechanisch-biologische Abfallbehandlungen günstiger, da der apparatentechnische Aufwand von Müllverbrennungsanlagen enorm hoch ist. Dennoch würde dies nur ein Stück im Puzzle des Klimaschutzes in der Steiermark ausmachen und deshalb sollte man diese Bedeutung des Klimaschutzes auch nicht außer Acht lassen, vor allem nicht, wenn es Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren der ÖVP, um Nachhaltigkeit geht. Für mich ist es leider kein Budget der Nachhaltigkeit. (Beifall bei der SPÖ.)

Daher bringe ich jetzt folgenden Entschließungsantrag der Abgeordneten Halper und Margarethe Gruber, betreffend Klimaschutzbeauftragte/r, ein. Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, eine/einen Klimaschutzbeauftragte/n zu bestellen. Abschließend möchte ich noch auf einen Posten im Landesvoranschlag 2001/2002 zu sprechen kommen, der mich ein bisschen verwundert hat. Immerhin ziehen sich durch dieses Umweltbudget die Ansätze durch, die sich „Entgelte für Leistungen von Firmen“ nennen. Ich frage mich nur, was mit dieser höher dotierten Summe eigentlich gemacht werden soll, denn der Betrag ist ja nicht so unwesentlich. Weiters bin ich auch schon neugierig, Herr Landesrat Pörtl, mit welchen Broschüren Sie uns in diesem Jahr noch beglücken werden. Immerhin ist dieser Ansatz im Budget um 490.000 Schilling erhöht worden. Ich hoffe nur, dass es sich dabei nicht um Papierverschwendung handelt. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 20.55 Uhr.)

Präsident: Die nächste Wortmeldung kommt von der Frau Abgeordneten Mag. Zitz. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Zitz (20.55 Uhr): Herr Präsident, Herr Landesrat, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste!

Ich möchte zuerst drei Dinge zum Budget selbst sagen.

Das Erste: Es stimmt tatsächlich, wie es Kollegin Halper gesagt hat, dass die Budgets insgesamt immer schwerer lesbar und immer schwerer interpretierbar werden. Das heißt, man ist immer mehr darauf angewiesen, dass es gute Erläuterungen gibt und diese werden von Abteilung zu Abteilung sehr unterschiedlich seriös gehandhabt. Das heißt, die Budgettransparenz ist leider weniger gegeben. Das zweite Element: Mir ist aufgefallen, dass im Finanz-Ausschuss zu diesem Umweltkapitel von der ÖVP und der freiheitlichen Fraktion keine einzige Frage gekommen ist, sondern nur von der SPÖ und von den Grünen. Das Dritte, und das ist jetzt mein Einstieg in die Umweltpolitik: Es gibt eine interessante Arbeit, auf Graz bezogen, wo man versucht zu errechnen, das macht ein Soziologe, wie hoch Privatausgaben sind, die Leute in Graz tätigen, in Bezirken, wo es sehr schlechte Lebensqualität gibt, um mit dieser schlechten Lebensqualität umgehen zu können. Diese Ausgaben rangieren dann zwischen vielen Fernreisen, weil man einfach durch eine schlechte Umweltsituation psychisch sehr belastet ist, bis hin zu bestimmte Medikamente nehmen und privat zahlen bis dahin, dass man andere Formen des Ausgleichs sucht, um die sehr schwierige Umweltsituation in einer Stadt wie Graz aushalten zu können. Zur Sicht der Grünen: Für mich ist die Kombination mit dem Wort „Umweltpolitik“ logischerweise auch „Solidarität“. Ich glaube, dass man Umweltpolitik immer auch in Verbindung mit der Frage eines gesellschaftlichen Ausgleichs diskutieren sollte und natürlich auch mit Arbeitsmarktpolitik.

Ich möchte jetzt auf einige Elemente im Landwirtschaftskapitel zurückkommen. Das, was mich sehr gewundert hat, war, dass vor ungefähr einem Dreivierteljahr die Frau Landeshauptfrau Werbung für Ölheizungen gemacht hat. Ich glaube, wäre sie bereit gewesen, auf diesen Schritt zu verzichten, hätte sie zwar bestimmte Kesselhersteller und Heizölfabrikanten nicht auf ihrer Seite gehabt, aber das wäre ein ganz konkreter Beitrag gewesen, die Firmen, die in der Steiermark eine sehr hohe Biomassekompetenz haben und das ist durchaus auch eine hoch entwickelte Umwelttechnologie, oder die Leute, die im Bereich Hochttechnologie unterwegs sind und die, die zum Beispiel im Bereich Solarenergie und Fotovoltaik hohe Qualität anbieten, zu unterstützen. Diese haben sich ziemlich gewundert, dass Frau Landeshauptfrau ganz klar auf der Seite der fossilen Energieträger und deren Proponenten und Proponentinnen steht.

Der zweite Punkt: Gerade bei diesem Kapitel sieht man, dass aus Sicht der Grünen unsere ganz natürlichen Bündnispartner und -partnerinnen die Leute in der Landwirtschaftskammer sein müssten. Ich möchte auf eine Tagung aufmerksam machen, die in der Wirtschaftskammer stattgefunden hat, wo bei einer Landwirtschaftskammerpräsentation vorgestellt wurde, dass in der Steiermark eine Reduktion von 2,6 Millionen an CO₂ weniger notwendig wäre, um das Kyoto-Ziel zu erreichen. Das Klimabündnisziel würde man dabei bei weitem noch nicht erreichen. In dem Zusammenhang habe ich es als sehr problematisch gesehen, dass im Regierungsprogramm zwar das Ziel eine Erhöhung des Anteils der erneuerbaren Energieträger steht, aber sich dieses Ziel auf Grund des Arbeitsprogrammes zwischen ÖVP und den Freiheitlichen im Budget einfach nicht materialisiert. Ich nenne dazu zwei konkrete Bereiche: Die Förderung für Sonnenkollektoren im Geschoßwohnbau hat sich tatsächlich verschlechtert. Zum zweiten Bereich, zu dem ich einen Antrag einbringen werde: Die Fernwärmeanschlussabwicklung hat sich auch verschlechtert. Ein Thema möchte ich auch noch einbringen: Die Grünen haben sich

immer sehr kritisch zur 380-kV-Leitung durch die Oststeiermark geäußert, teilweise auch mit Unterstützung von Leuten der ÖVP, der SPÖ und der freiheitlichen Fraktion aus der Oststeiermark. Es gibt eine Studie der Energieverwertungsagentur zur Bedarfsfrage zu der 380-kV-Leitung, die sehr kritisch gegenüber dieser Leitung steht und die besagt, der Bedarf sei einfach nicht gegeben. Es wundert mich sehr, dass jetzt diese Leitung offenbar doch gebaut wird und dass die Steiermark sich innerhalb eines halben Jahres auf Regierungsebene diametral widerspricht.

Der Antrag, den ich einbringe, bezieht sich auf beide Landesvoranschläge 2001 und 2002, betreffend Erhöhung der Mittel für Biomasseheizungen. Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen: Im Landesvoranschlag 2001 wird der Ansatz „Steirischer Umweltlandesfonds – Förderungsausgaben, laufende Gebarung“ um 53 Millionen Schilling erhöht. Der zweite Antrag lautet, der Landtag wolle beschließen: Im Landesvoranschlag 2002 wird der Ansatz „Steirischer Umweltlandesfonds – Förderungsausgaben, laufende Gebarung“ um 3852 Millionen Euro erhöht.

Abschließend möchte ich noch sagen, dass in der Steiermark als ein Schritt in Richtung Erfüllung des Kyoto-Zieles eine Installierung von zirka 100.000 zusätzlichen Biomasseeinzelheizungen erforderlich wäre. Zurzeit werden pro Jahr 2000 Heizungen installiert. Auf Grund dieser seriösen Berechnung haben wir auch gesagt, dass wir eine entsprechende Umschichtung im Landesvoranschlag vorschlagen möchten und dass wir zugleich eine konkrete Förderung des ländlichen Raumes, und das entspricht auch dem Geiste des Erstredners zu diesem Kapitel, forcieren möchten. Danke schön! (Beifall bei den Grünen und der SPÖ. – 21.02 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Dietrich. Sie ist am Wort.

Abg. Dietrich (21.02 Uhr): Geschätzter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Jahrelang hat mich die Frage gequält, wo sind die hellen Köpfe in der Steiermark? Und wenn ich jetzt die ÖVP-Abgeordneten anschau, wie sie vom Laptop bestrahlt werden, weiß ich es, das sind die hellen Köpfe, von denen der Landesrat Paierl seit Jahren spricht. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – Abg. Gennaro: „Und ich habe mir schon gedacht die sind krank!“) Meine geschätzten Damen und Herren! Nun etwas Ernsteres. Ich spreche zum Thema Umwelt sehr kurz, nachdem die Zeit schon sehr fortgeschritten ist. Unsere Zivilisation hinterlässt Spuren. Wir haben durch unzählige Maßnahmen Prozesse in Gang gesetzt, die wir gar nicht mehr überblicken können und auf die wir keinen Einfluss mehr haben und die wir wahrscheinlich auch nicht mehr stoppen können. Viele ignorieren diese Tendenz, manche erkennen sie und ich hoffe, dass wir in der Steiermark doch einen Weg beschreiten, der verantwortungsbewusst ist auch unserer Jugend gegenüber, unseren Mitmenschen gegenüber. In den letzten Jahren ist es gelungen, in vielen Bereichen etwas weiterzubringen.

Ich nehme ganz kurz den Bereich der Abwasserproblematik, Luft, Lärm, Wasser, da hat sich vieles zum Positiven gewendet. Probleme haben wir nach wie vor in der Abfallwirtschaft. Die Deponieverordnung, die mit 1. Jänner 2004 schlagend wird, steht kurzfristig vor der Tür und es ist nicht wirklich noch etwas passiert. Es gibt zwar einige Versuche, dass man Abfall in Zementfabriken verbrennt, aber der Weisheit letzten Schluss haben wir auch in der letzten Periode nicht gefunden. Wir haben uns damals mit Pyrolyse und verschiedenen anderen thermischen legislosen Verfahren auseinander gesetzt und rückblickend muss ich sagen, sind wir froh, dass wir nicht schnell ins kalte Wasser gesprungen sind, denn wir wären untergegangen.

Darüber hinaus haben wir noch einige Probleme globalen Ausmaßes. Über Gentechnik haben wir schon einige Male diskutiert, Klimabündnis hat Kollegin Halper angesprochen und da muss ich schon sagen, ich finde es auch äußerst unverantwortlich vom Präsidenten Bush, wie er sich in dieser Problematik verhält. (Beifall bei der FPÖ, ÖVP und SPÖ.)

Meine geschätzten Damen und Herren! Die CO₂-Reduktion wird für uns alle à la longue zur Überlebensfrage. Leider Gottes sind wirtschaftliche Anliegen immer noch stärker als Umweltsachen, obwohl eigentlich die ganze Umweltsache zur Überlebensfrage wird. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP. – 21.06 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Hagenauer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Hagenauer (21.06 Uhr): Herr Präsident! Herr Landesrat! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Die Wortmeldung des Kollegen Gödl war für mich sehr aufschlussreich in zweierlei Hinsicht. (Abg. Majcen: „Der kennt sich aus!“) Erstens er hat mehr als die Hälfte seiner Zeit, die eh nur mehr zehn Minuten beträgt, über eine mehr oder weniger geglückte Maastricht-Debatte verwendet. Das sagt sehr viel über den Stellenwert, den die ÖVP im Landtag, das heißt auch über parlamentarische Demokratie, im Landtag diesem elementaren Thema zumisst, erstens.

Zweitens, der Zugang war für mich auch symptomatisch, nämlich die Themen, die er dann noch schnell heruntergenudelt hat, Altspeiseöl, Restmüllsammlung zum Beispiel. Herr Kollege Gödl, das gültige so genannte Umweltschutzprogramm der ÖVP, das neueste, Luft, besteht auch aus 44 Tipps (Landesrat Pörtl: „48!“), 48, Verzeihung, 10 Prozent Rabatt habe ich gegeben ohne Berechtigung, 48 Tipps. Ich sage Ihnen, wir haben schon mehrfach in diesen zwei Tagen genau über die Blüten des Magnolienbaumes hier diskutieren können, er blüht nämlich wohlan – die Frau Landeshauptfrau ist nicht da – vor ihrem Zimmer jetzt wieder, vor meinem habe ich nur eine Roskastanie stehen und da wird im Juli wahrscheinlich die Miniermotte für die braune Färbung sorgen. Was will ich damit sagen? Wissen Sie, Sie brauchen nicht von der ÖVP den Haushalten gute Tipps geben. Sie

glauben gar nicht, was sich die Kinder und die Hausfrauen alles für Gedanken machen. Das sieht man auch, dass die Müllproblematik, die Altspeiseölsammlung so gut funktioniert. Wozu Sie da sind, ist das, dass Sie Rahmenbedingungen schaffen, dass die Konsumenten mit ihrem Engagement tatsächlich landen können. Schauen Sie sich einmal an das Schicksal des Milchpackerls beziehungsweise der Flasche. Hier wäre die Politik gefordert, dass ich Rahmenbedingungen setze dem Handel und dem Produzenten, dass sich hier wirklich in der Müllvermeidung etwas tut. Die Konsumenten erfüllen ihren Part, machen Sie sich keine Sorgen. Ich halte es für zynisch und für genau diese Politik, sich zurückzuziehen und dem Konsumenten gute Ratschläge fürs Leben zu geben und sich dann noch neben hinstellen auf ein Foto, da komme ich zur Altspeiseölsammlung, ich habe es dir eh schon einmal gesagt.

Die Altspeiseölsammlung ist deshalb so erfolgreich, weil a) die Hausfrauen mitziehen und weil in unserem Land die Konsumenten eine sehr hohe Bereitschaft und ein Bewusstsein haben und b) ist sicherlich auch Öffentlichkeitsarbeit gemacht worden. Keine Frage! Aber davon sollte eigentlich die steirische ÖVP 50 Prozent dieser Ausgaben sofort wieder dem Steuerzahler zurückzahlen. Erinnern Sie sich an die Kampagne vor den Landtagswahlen. Nicht nur der Herr Landesrat, sondern auch die Frau Landeshauptfrau hat sich da auf Steuerzahlerkosten landauf, landab abbilden, plakatieren, inserieren lassen. Das ist ein bisschen dürftig, sage ich Ihnen nur. (Abg. Riebenbauer: „Ich glaube, von den Grünen hat es auch Plakate gegeben!“)

Genauso das Gleichnis vom Apfel- und vom Orangensaft. Das klingt zwar gut, wenn man die Umweltschutzrede mit so einer Meldung einleitet. Aber ein bisschen dürftig ist das schon. Ich brauche das Bewusstsein nicht, Herr Kollege Gödl, ich habe mir in der Tat – Sie werden es nicht glauben – darüber Gedanken gemacht (Abg. Gödl: „Aber nicht alle!“), wenn so der Tag lang ist. Habe ich mir! Und wissen Sie, zu welchem Ergebnis ich beim Sinnieren gekommen bin? Dass eigentlich die Transportkosten in diesem schönen Land und in der EU viel zu gering sind. Das ist das Problem. (Beifall bei den Grünen.)

Wenn für ein einziges Jogurt tausende Kilometer die Produkte durch Europa gekoffert werden, aber das brauchen Sie ja nicht uns hier erzählen. Für das sind wir ja nicht bezahlt. Und wir sind nicht so schlecht bezahlt. Wir sind dazu da, politisch tätig zu werden, dass der Transit und der billige Transport nicht ausufert. Und was machen Sie? Was macht denn die steirische ÖVP? (Abg. Gödl: „Umweltpolitik!“) Ich zitiere den Herrn Kollegen Wiedner von heute oder war es schon gestern, wo er gesagt hat, der Nachholbedarf im Straßenbau in der Steiermark sei 40 Milliarden und der bei den Straßen 6 Milliarden, richtig zitiert, sehen Sie! Was macht den die ÖVP? Diese Zahl sagt schon alles. Was sagt denn diese Zahl? Dass die ÖVP in der Steiermark und sonst im Bunde Straßen baut, auf dass es noch billiger werde, dass man genau Ihren Orangensaft quer durch Europa koffert. Das machen Sie, das ist Ihre Hausaufgabe, wenn ich einmal ausnahmsweise den Herrn aus Kärnten zitieren darf, das ist Ihre Hausaufgabe. Bitte, erledigen Sie die, bevor Sie uns selbst in fünf Minuten hier langweilen mit Hausfrauenratschlägen, Herr Kollege Gödl. Nichts für ungut. (Abg. Wiedner: „Ist das was Negatives, Hausfrau?“) Ich möchte zum Abschluss noch zwei Bereiche anziehen, weil hier in diesem Bereich leider Gottes hat ja die bisherige Budgetdebatte, was das Management innerhalb von einzelnen Fraktionen anbelangt, eine gewisse Ausuferung gebracht. Ich bedaure es sehr, dass man jetzt unter diesen Umständen derartige Themen abhandeln muss. Zwei Bereiche, das eine ist der Lärm. (Abg. Kasic: „Ihr wart aber selbst dabei!“) Es war dieser Tage – gestern, vorgestern – der „Tag des Lärms“. Es wird in diesen Tagen in Graz die Lärmschutzverordnung für die Sperrstunde der Schanigärten beschlossen oder nicht beschlossen – das weiß man nie so genau im Rathaus. Herr Landesrat Paierl hat eine Verordnung erlassen, dass generell um 24.00 Uhr die Sperrstunde für Gästgärten ist. Wissen Sie, es gibt ein Grundrecht auf Unversehrtheit, auf Unversehrtheit der Gesundheit. Es gibt auch ein Grundrecht auf Eigentum. Wenn ich am Färberplatz oder Bischofplatz, im so genannten Bermudadreieck, neuerdings auch am Franziskanerplatz, Bewohner bin, dann kann von der Wahrung dieser Rechte überhaupt keine Rede mehr sein. (Abg. Kasic: „Gott sei Dank beleben wir die Stadt!“) Die ganze Innenstadt ist ein Wirtshaus geworden. Die Leute haben speziell am Wochenende nur eine einzige Wahl: Sie flüchten verzweifelt aus der Stadt zu irgendwelchen Bekannten in irgendein Wochenendhaus, so sie sich das leisten können. (Abg. Hamedl: „Wissen Sie, wie viele Leute dort noch wohnen?“) Das ist wahrhaft die Äußerung eines christlich geprägten ÖVP-Abgeordneten. Er fragt mich und ich wiederhole seine Frage, damit das im Protokoll festgehalten ist: „Wissen Sie überhaupt, wie viele Leute dort wohnen?“ Herr Kollege Hamedl, was Sie nicht wissen ist, dass ich ein Bezirksrat bin, ich bin ein Multifunktionsär. (Beifall bei den Grünen.) Ich danke für den Applaus. Ich bin Bezirksrat im I. Bezirk in Graz. (Abg. Hamedl: „Das ist mein Bezirk, den kenne ich gut!“) Dann brauchen Sie mich aber auch nicht zu fragen, wie viele Leute dort wohnen, wenn Sie den Bezirk gut kennen. Wissen Sie, Herr Hamedl, ich sage Ihnen jetzt etwas, weil wir uns heute und gestern schon mit Biblischem beschäftigt haben: Wenn, wie hier Ihre Chefin gesagt hat, ihr das ein vom Herzen kommendes Anliegen ist und sie nicht einmal die Metapher von den Zehn Geboten aushält, wobei ich davon überzeugt bin, wenn ich nur eine Viertelstunde in ihren Presseausendungen das Wort von den Zehn Geboten suche, wofür auch immer, aber wenn Sie schon so strikt sind, Herr Kollege, dann sage ich Ihnen jetzt vom biblischen Zugang, vom Christlichen her, etwas: Ein Geschöpf Gottes, ein Mensch, müsste Ihnen genügen, und fragen Sie mich bitte nicht nach der Zahl der Leute, müsste Ihnen dort genügen, dass Sie ihn als Mensch ernst nehmen. Das ist übrigens auch der Stand unserer Rechtsordnung – ein Anrainer genügt. (Beifall bei den Grünen und der SPÖ.) Normalerweise ist das eine andere Partei und ein anderes Lager, die die Zahlen misst und den Menschen nicht achtet. (Abg. Mag. Drexler: „Ich würde wirklich gerne im ersten Bezirk wohnen!“)

Zum Abschluss ein einziger Zugang noch: Ich habe von dieser Stelle aus schon einmal angesprochen, Herr Landesrat Pörtl, die Abwasseranlage in der Ortschaft Pux in der Gemeinde Frojach-Katsch. Dort haben wir kritisiert, dass hier ein Zentralanschluss für eine Kläranlage geplant wurde und vom Land ausdrücklich genehmigt.

Das wurde bei der ÖKK in Wien eingereicht und die Grünen dort haben das verhindert. Sie haben damals gesagt, das ist ein Blödsinn und wir würden uns nicht auskennen, weil entlang der Mur bei dieser Tieflage kann man das nicht anders machen. Inzwischen wurde diese Anlage gebaut. Was das Land genehmigt hatte mit 4 Millionen Schilling wurde inzwischen nach dem Stand der Technik, und genehmigt auch von Ihren Leuten, um 400.000 Schilling ausgeführt – um 10 Prozent. Dem habe ich im Wesentlichen nichts hinzuzufügen. Es gibt im Grunde genommen nur zwei Möglichkeiten: Erstens – und das schließe ich eigentlich gerne aus – die Betroffenen sind dazu nicht fähig gewesen und zweitens, und das will ich hier nicht aussprechen, wenn es eine Dritte gibt, geschätzter Herr Landesrat, dann klären Sie mich bitte auf. (Abg. Pußwald: „Herr Hagenauer, wie haben Sie das vorhin mit den Hausfrauen gemeint?“ – Beifall bei den Grünen und der SPÖ. – 21.16 Uhr.)

Präsident: Das Wort hat Herr Landesrat Pörtl.

Landesrat Pörtl (21.16 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich möchte in aller Kürze, weil ich auch kollegial gebeten worden bin, denn meine Ausflüge sind im Allgemeinen immer sehr weit und tief gehend angelegt, für die Beiträge sehr herzlich danken. (Abg. Gennaro: „Seid ruhig, der Herr Landesrat spricht!“)

Ich glaube, zu den nachhaltigen grundsätzlichen Lebenshaltungen gehört die umfassende Perspektive. Ich bin Kollegen Gödl sehr dankbar, dass er mit seiner jugendlichen Spritzigkeit versucht hat abzutesten, einen weiteren Blick in der nachhaltigen Betrachtung zu versuchen. (Abg. Gennaro: „Kurzichtig!“) Ich möchte aber auch in einigen Punkten, die angesprochen wurden, Folgendes festhalten – (Abg. Mag. Erlitz: „Da hat er sich ein bisschen geirrt!“) Nein, das ist schon anständig gegessen, denn nicht umsonst haben sich im Nachhinein so viele mit Kollegen Gödl beschäftigt. Das war zumindest mein Eindruck, denn ich bin 17 Jahre als Abgeordneter hier gegessen. Wenn man getroffen wird, muss man auch dagegendrücken – mir geht es selbst genau gleich. Ich stelle fest und es stehen auch keine unmittelbaren Wahlen bevor, dass wir Gott sei Dank nach wie vor ein Umweltmusterland sind. Das ist aber nicht das Verdienst des Landesrates Pörtl, sondern unsere Strategie war und ist, ausgehend von den Kommunen, von den Bildungsanstalten, aber vor allem von der betrieblichen, unternehmerischen und wissenschaftlichen Initiative, offensiv das Thema anzugehen. Ich bin schon sehr lange im Landtag. Wir haben so quasi in den siebziger und achtziger Jahren noch nicht gewusst, wie wir mit diesem Thema umgehen sollen. Fest steht, heute ist bereits die Umwandlung dieser Institution „Referat Abfallwirtschaft“ in „Referat Stoffflusswirtschaft“. Kollegin Halper hat angesprochen, dass wir diese verschiedenen Schritte der stofflichen Nutzung bis hin zur thermischen Nutzung vernünftig und Schritt für Schritt, je nach Region, in Angriff nehmen müssen. Dazu gehören natürlich auch alle Möglichkeiten der stofflichen Verwertung dazu. Dass die Kampagne mit dem Altpeisefett und -öl ein Volltreffer war, war ein Glück. Die Kärntner und die Burgenländer revidieren gerade durch und wollen ein ähnliches Modell machen. (Abg. Gennaro: „Erich, pass auf! Der Präsident steht schon mit der Uhr hinten!“) Du brauchst dich nicht zu fürchten, denn ich ziehe dann schon die Leine. Wir haben jetzt die Phase, dass wir im wahrsten Sinne des Wortes die Kraft der Nähe entwickeln. Mich hat gewundert, als ich das bei diesem Paket heute festgestellt habe, dass es diese Verpackung bei diesem Leichtjogurt gibt. Wir haben das durchgetestet. Wir sind mit den Gläsern leider nicht durchgekommen. Das ist diese Dramatik, die wir derzeit am Markt in den menschlichen Empfindungen vorfinden. Wir haben als Gegenoffensive die Milchautomaten entwickelt. Man glaubt es gar nicht, wie viel große Mengen – ich habe die Zahl leider nicht im Kopf – über die Direktvermarktung, über diese Milchautomaten mit den Behältnissen rund um die Uhr laufen. Das große Thema der Zukunft wird aber die gesamte Umweltsituation sein. Und hier gibt es divergierende Entwicklungen, die nicht einfach in der Handhabung sein werden. Wir werden in den nächsten Jahrzehnten wahrscheinlich noch kräftige Veränderungen wahrnehmen. Der Stau diktiert uns schon die Fakten, wenn wir das im Konkreten wahrnehmen. Diese Ansätze, mit der Kraft der Nähe lokale Vorteile zu nutzen, regionale Wertschöpfung zu puschen, ist wahrscheinlich ein Gebot der Stunde.

Abschließend möchte ich noch sagen, dass im Grunde die Umweltpolitik, aber auch die Klimapolitik – natürlich wäre mehr besser, habe aber kein schlechtes Gewissen – die Zukunftsstrategien und der Motor für die Wirtschaft sind. Wenn wir heute die Bioenergieentwicklung anschauen, und dieser Aufschrei war ja nicht unbegründet, so haben wir die Förderungen wieder konkret und kompakt auf die Schiene gestellt mit dieser enormen Spannung. Ich habe ja miterlebt, dass wir beim Geschoßbau die Solarförderung mit dem Direktdarlehensmodell über die Wohnbauförderung anbieten. Sie ist aber auszudiskutieren und auszuloten, wie wir diese gleichen Effekte erreichen. Wir sind überzeugt, dass diese Bioenergieförderung eine ganz enorme klimarelevante Maßnahme ist, wo wir in der Steiermark nach wie vor Spitze sind. Ich muss Ihnen dazu eine Österrichtabelle zeigen: Wir sind nach wie vor Land Nummer eins mit 167 Fernwärmanlagen und 183 GMW, gefolgt von Niederösterreich, darauf folgend Kärnten, Oberösterreich, Salzburg bis nach Vorarlberg. Also wir haben nichts zu verbergen. Die nächste Welle der Biogasanlagen ist im Entstehen durch die Möglichkeit des Biostroms und wir sind überzeugt, dass wir mit dieser lokalen Agenda, dass wir mit der ökologischen Landentwicklung – 100 Gemeinden beteiligen sich bei dem Prozess, unterschiedlichste Ausgangspositionen – wo wir vor allem über diese Örtlichkeiten die Chancen haben Dinge umzusetzen.

Ich bedanke mich für die Beiträge und wünsche vor allem, dass wir die Umweltpolitik, aber vor allem auch die politischen Konsequenzen auch der Naturraumgestaltung, weil in diesem gesamten Paket auch der Naturschutz inkludiert ist, wir haben derzeit eine interessante Offensiventwicklung ganz speziell in Richtung Vertragsnaturschutz mit unseren Naturparks, wo wir draufkommen, dass das regionale Entwicklungsprogramme sind und dass wir beim Nationalpark wahrscheinlich in dieser Region eine touristische, aber vor allem auch eine

umwelt- und naturschutzrelevante, für die Gesellschaft wichtige Offensive in den nächsten Jahren positiv beschreiten werden. In diesem Sinne möchte ich mich herzlich bedanken und hoffe, dass ich sozusagen mit meinen Wortspenden nicht Unrat oder Unwichtiges gesagt habe. Ich danke herzlichst! (Beifall bei der ÖVP. – 21.23 Uhr.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Wir kommen nun zum zweiten Teil der Gruppe 5 „Gesundheit“. Erste Wortmeldung Herr Abgeordneter Dr. Forenbacher. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Forenbacher (21.23 Uhr): Herr Präsident! Herr Landesrat! Meine Damen und Herren!

Es freut mich, dass trotz der fortgeschrittenen Stunde wesentliche Repräsentanten unseres Gesundheitswesens hier im Auditorium anwesend sind. (Abg. Kasic: „Wo ist denn der Landesrat?“ – Abg. Stöhrmann: „Ist schon im Anrollen!“) Statistisch gesehen ist es so, dass jeder vierte Steirer einmal pro Jahr unsere Spitäler als stationärer Patient in Anspruch nimmt und dass im Schnitt jeder Steirer zweimal pro Jahr Spitalsambulanzen frequentiert.

Unser Spitäler repräsentieren aber auch einen sehr hohen Standard. Sie alle kennen das WHO-Ranking, wo wir unter 200 verglichenen Staaten an neunter Stelle liegen. Und eine neuere Untersuchung bescheinigt uns in Europa sogar den zweiten Platz. Trotz dieser hohen qualitativen und quantitativen Leistungen, die unsere Spitäler und unser Gesundheitswesen erbringen, gibt es zuletzt wieder heftige Diskussionen, denn es geht ums liebe Geld. Sie wissen alle, dass der vom Vorstand gewünschte Zuschuss nicht zur Gänze erfüllt werden konnte, aber dennoch steigt der Zuschuss für unsere Spitäler. Der Vorstand der KAGES hat demnach auch bestätigt, dass der Betrieb unserer Spitäler weiterhin auf hohem Standard gesichert ist, dass jedoch manche Investitionen hinausgeschoben werden.

Folgende Fakten sind bei dieser Problematik zu beachten:

Erstens: Standortgarantie: Die aus dem Jahre 1994 bestehende Standortgarantie bleibt vollinhaltlich aufrecht. Dies hat die Landesregierung am 23. April auch bekräftigt.

Zweitens: Die aus dem SKAFF und aus den Gesellschafterzuschüssen zufließenden Mittel sind gedeckelt. Es müssen daher einerseits alle vorhandenen Sparpotenziale ausgenutzt werden und andererseits muss versucht werden, auch die Erlöse zu erhöhen.

Die vom Zentralbetriebsrat gestellten Aufsichtsratsmitglieder haben im Aufsichtsrat auch in dieser Hinsicht sehr fundierte Anträge gestellt. Als Konsequenz auf einen Rechnungshofbericht wurde eine Unternehmensberatungsfirma beauftragt, die KAGES-Organisation auf Möglichkeiten der Optimierung zu durchleuchten.

Und ich darf in diesem Sinne einen Antrag der Abgeordneten Lafer, Bacher, Dietrich und Dr. Forenbacher stellen.

Es wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens den Empfehlungen des Landesrechnungshofes hinsichtlich der Optimierung der Strukturen in der Zentralklinik der Steiermärkischen Krankenanstaltengesellschaft mbH. und der Betriebsorganisation des LKH – Universitätsklinikum Graz insbesondere hinsichtlich der Vermeidung von Doppelgleisigkeiten und Parallelstrukturen nachzukommen und dem Landtag darüber sowie über das Ergebnis der Studie der diesbezüglich beauftragten Unternehmensberatungsfirma zu berichten und zweitens die Überprüfung der Kosten- und Leistungseffizienz auf den gesamten Krankenanstaltenbereich des Landes auszudehnen. (Abg. Gennaro: „Tut's einmal klatschen, die schlafen ja schon alle!“ – Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Ich habe noch einen Antrag, Sie können noch einmal klatschen, diesmal der Abgeordneten Dr. Forenbacher, Dr. Bleckmann, Bacher und Dietrich betreffend Aufrechterhaltung der extramuralen Psychiatrie. In diesem Kreise brauche ich über die Bedeutung der extramuralen Psychiatrie nicht weiter zu referieren. Aber nach dem vorliegenden Landesvoranschlag 2001/2002 fehlen den verdienten Trägerorganisationen 30 Millionen Schilling, um die psychiatrische Krankenbetreuung im selben Ausmaß wie bisher aufrechtzuerhalten.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, die entsprechenden Mittel für die Sicherstellung der extramuralen Psychiatrie vorzusehen. (Beifall bei der ÖVP.)

Ein dritter wesentlicher Punkt ist die Qualität, die in keiner Hinsicht, nämlich weder in Hinsicht auf die Patienten, noch auf das Personal unserer Spitäler sinken darf. Und es freut mich, dass ich gerade vor einer Stunde gehört habe, dass die Landesvollziehung der KAG-Novelle 1994 bezüglich Qualitätssicherung in unseren Spitälern vor dem Abschluss steht. (Abg. Mag. Erlitz: „Erfreulich!“) Sehr erfreulich! (Beifall bei der SPÖ.)

Von dem Kostenbeitrag, der vom stationären Patienten eingehoben wird, stehen Mittel für eine schuldenunabhängige Patientenentschädigung zur Verfügung und es gilt jetzt, ein korrektes Modell dafür zu entwickeln.

Das waren Themen, die kurzfristig erledigt werden können, langfristig geht es um eine Weiterentwicklung unseres Gesundheitssystems. Ich sage nur: Vernetzung von extramuraler und stationärer Betreuung und alle Experten sind sich einig, dass da ein enormes Einsparungspotenzial vorhanden ist. Ich wollte einen Punkt noch anschließen, der sehr wesentlich ist, das ist nämlich die Prophylaxe. Nicht nur, dass sich die Prophylaxe rechnet, sondern sie bringt eine wesentliche Verbesserung der Lebensqualität und ich möchte beispielhaft hier nur Nikotin- und Alkohol-Abusus-, Übergewicht-, Drogenproblematik erwähnen. (Abg. Gennaro: „Ich habe jetzt

Gewissensbisse bekommen, weil Sie mich angeschaut haben!") Jetzt noch bitte zu einem ernsten Thema, das ich auf Grund der fortgeschrittenen Zeit nur streifen kann, obwohl es verdienen würde, dass man länger darüber spricht, das ist die Euthanasie. Ich muss sagen, wir müssen die Hintergründe ausleuchten, warum die Mehrheit unserer Bevölkerung der Euthanasie positiv gegenübersteht, obwohl wir in letzter Zeit wesentliche Fortschritte erreicht haben, ich denke zum Beispiel an die Schmerztherapie. Seit 1. April läuft im Landeskrankenhaus – Universitätsklinikum eine Schmerzambulanz, die stark in Anspruch genommen wird. Ich denke an die Palliativmedizin, die wir eingeführt haben. Ich denke an die Hospizbewegung, ich denke an die Patientencharta und ich denke an die Patientenverfügung. Ich glaube, mit diesem Instrumentarium müsste es uns gelingen, von einer Sterbehilfe zu einer Lebenshilfe zu gelangen. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich darf mit einem Zitat schließen, das nicht von mir ist, sondern von Bischof Kapellari anlässlich seiner Einführung am vergangenen Sonntag. Das Zitat war auf die Kirche bezogen, gilt aber auch für unser Gesundheitswesen: „Klagen und jammern sind keine hilfreiche Antwort auf Defizite. Wir brauchen im Gegenteil viele ehrliche Allianzen mit Politik, Medien und anderen, die gesellschaftstragenden Kräfte für eine Erneuerung!“ Ich danke! (Abg. Gennaro: „Haben Sie gehört, Herr Landesrat Paierl?“ – Beifall bei der ÖVP. – 21.33 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Mag. Erlitz. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Mag. Erlitz (21.33 Uhr): Herr Präsident, meine Herren Landesräte, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Primarius hat mit einem Zitat geendet, ich beginne mit einem Zitat. (Beifall bei der ÖVP.)

Das Klatschen könnte euch bald vergehen. Hannes Androsch hat vor kurzem im „Standard“ gemeint: „Nach den Erfolgen der Zweiten Republik haben wir die Wende gebraucht wie eine doppelseitige Lungenentzündung!“ Meine Damen und Herren, das ist eine treffsichere Feststellung und von der Metaphorik her passend für diese Gesundheits- und Sozialpolitik der Bundesregierung, deren unerfreuliche Folgewirkungen nun leider auch in unserem Lande zu spüren sind. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Der Androsch ist ein Stammkunde von mir!“) Denn mit diesem Budget, meine Damen und Herren, wird der erfolgreiche Weg, den die sozialdemokratische Gesundheitspolitik durchaus gemeinsam, aber federführend von Landesrat Günter Dörflinger gegangen ist, abrupt beendet. (Heiterkeit bei der ÖVP.) Meine Damen und Herren, ihr solltet jetzt nicht lachen (Abg. Majcen: „Das glaubt dir niemand!“), denn die Fakten sprechen etwas anderes. Günter Dörflinger hat eine Vielzahl von entscheidenden Eckpfeilern in seiner Gesundheitspolitik gesetzt. Im Vorsorgebereich hat er die Steiermark auf die Überholspur gesetzt. Er hat das Budget von 7 auf 43 Millionen Schilling aufgestockt. Ich denke auch an die Einrichtung der extramuralen Psychiatrie. Ich glaube, da gibt es nichts zu lachen, denn das ist eine ganz wesentliche Einrichtung. Umso unverständlicher, meine Damen und Herren, dass dieser Bereich, nämlich die extramurale Psychiatrie, nun dem Gesundheitsressort entzogen wird und so wie jener der „Gesunden Gemeinde“ von Frau Dr. Kalnoky nun dem Geschäftsbereich von Frau Landeshauptfrau Klasnic zugeordnet wurde. Da kann wohl niemand behaupten, dass der Grund dieser Maßnahme die besondere Kompetenz der Frau Landeshauptfrau Klasnic für dieses Segment der Gesundheitspolitik ist. Das kann doch nur als ein rein machtpolitischer Willkürakt gewertet werden. Es kann mir doch niemand sachlich begründen, warum man diesen Teil dem Gesundheitsressort entzogen hat. Eine Qualitätsverbesserung kann ich mir dabei nicht vorstellen, meine Damen und Herren. (Abg. Majcen: „Es kann nur besser werden!“) Wir können nur hoffen, dass die Frau Landeshauptfrau wenigstens rasch die fehlenden 30 Millionen Schilling für den extramuralen psychischen Bereich findet, da sonst die Existenz dieser Einrichtungen aufs Höchste gefährdet wäre. Meine Damen und Herren! Da für 96 Prozent aller Österreicherinnen und Österreicher das Leben im Krankenhaus beginnt und für 60 Prozent auch dort endet, liegt es natürlich auf der Hand, dass das Herzstück der sozialdemokratischen Gesundheitspolitik natürlich die Spitalpolitik war und ist. Die Politik von Günter Dörflinger ist gekennzeichnet durch hohes Verantwortungsbewusstsein, durch enorme Effizienz und Qualität, verbunden mit vorbildlicher ökonomischer Handlungsbereitschaft. (Beifall bei der SPÖ.) Und natürlich, meine Damen und Herren, nicht nur die von Landesrat Dörflinger, sondern auch die des KAGES-Vorstandes, der hinten auf der Zuschauertribüne sitzt. Selbstverständlich setzen die es um und dafür bedanke ich mich herzlich, nämlich noch dazu unter den erschwerten Bedingungen. (Beifall bei der SPÖ.)

Wie überhaupt, meine Damen und Herren, die Entwicklung der Spitalkosten der sozialdemokratischen Gesundheits- und Spitalpolitik ein hervorragendes Zeugnis ausstellt. Vergleicht man die Entwicklung der Endkosten je Bundesland von 1985 bis 1999, so liegt die Steiermark mit dem Faktor 2,3 deutlich über dem österreichischen Durchschnitt von 2,43. Das Burgenland liegt vor, Vorarlberg und Salzburg im Hundertstelbereich. Aber diese haben keine Universitätskliniken zu verwalten. Es ist daher ganz einfach, zu diesem Faktor zu kommen. Die Sozialdemokraten zeigen auch hier durchaus hohes ökonomisches Verantwortungsbewusstsein. (Beifall bei der SPÖ.)

Hervorzuheben ist aber auch, dass mit der Dezentralisierung von medizinischen Angeboten, die es lange Zeit nur in der Landeshauptstadt gab, es zu einer enormen Aufwertung der regionalen Spitäler und somit der Regionen selbst gekommen ist. In praktisch allen Häusern wurden Standardverbesserungen durchgeführt oder überhaupt neue Häuser errichtet. Aber auch die Spitzenmedizin auf höchstem Niveau wird in unserem Lande geboten. Mit einem Investitionsvolumen von 9,3 Milliarden Schilling sollte das alte LKH Graz zu einer der modernsten europäischen Universitätskliniken mit höchstem medizinischem Anspruch ausgebaut werden. Meine Damen und Herren, hören Sie jetzt genau zu: Diese größte Baumaßnahme seit Bestehen des LKH läuft plangemäß ab. Die Steiermark wird ihren Betrag vertragsgemäß aufbringen, um so auch den entsprechenden

Bundesanteil lukrieren zu können: 50 Prozent Bund, 50 Prozent Land. Leider aber wurde, und weil immer wieder gesagt wird, wir malen den Teufel an die Wand und es wird zu keinen Restriktionen kommen und Günter Dörfinger soll sich bemühen umzuschichten, es bereits versäumt, nämlich den Bundesanteil zu lukrieren. Weil die Steiermark ihren aliquoten Landesanteil nicht aufbringen konnte, fehlt das Geld auch des Bundes für die Geräteinvestitionen im Bereich der Medizin und EDV-Technik im Klinikum. Und dieses Geld, meine Damen und Herren, vom Bund ist endgültig weg. Wenn Sie mir nicht glauben, dann fragen Sie hinten die beiden Vorstandsdirektoren. Die werden Ihnen das bestätigen – so ist es. Herr Primarius, es wurde versäumt und es ist weg auf Grund dieser restriktiven Budgetpolitik. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Warum?“) Ich bitte Sie, fragen Sie hinten die Direktoren. Das ist nicht von mir. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Herr Abgeordneter, wieso kritisieren Sie Ihren Referenten?“) Weil Sie Finanzreferent sind und Sie das Geld zur Verfügung stellen. In einer Resolution von Professoren der Medizinischen Fakultät wird dieses Faktum auf das Äußerste bedauert, das sind aber keine Sozialdemokraten, da dadurch der medizinische Fortschritt in bestimmten Bereichen in Frage gestellt würde. Kollege Bacher hat immer wieder hier moniert und sich vehement für die Abgangsdeckung der Ordensspitäler eingesetzt und zu Recht eingesetzt. Es fehlen sage und schreibe satte 170 Millionen Schilling. Es sind 30 Millionen Schilling vorgesehen, um den Abgang der Ordensspitäler zu decken, die klarerweise auch einen ganz wichtigen Beitrag für die Versorgung der Steiermark übernehmen. Aber die schwarz-blaue Regierungskoalition, meine Damen und Herren, mit der Frau Landeshauptfrau an der Spitze, hat sich dafür entschieden, bei der Gesundheit der Menschen in unserem Lande den Sparstift anzusetzen. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Nein, den Sparstift nicht!“) Dieser Form des Sparens auf Kosten der Gesundheit der Steirerinnen und Steirer erteilen wir eine klare Absage, meine Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.)

Für den Zeitraum von 2001 bis 2004 wurde von der KAGES ein Bedarf an Gesellschafterzuschüssen für den Betrieb und für Investitionen von rund 20,8 Milliarden Schilling errechnet. Aus dem Landeshaushalt werden dafür Mittel in Höhe von 12 Milliarden Schilling zur Verfügung gestellt und 6 Milliarden Schilling sollten in Form von Darlehen mit Landeshaftung aufgenommen werden. Das bedeutet und ich kürze meine Ausführungen, es ist völlig unsicher, meine Damen und Herren, ob wir nach dem Jahre 2004 überhaupt noch ein funktionierendes und finanzierbares Gesundheitswesen haben. (Abg. Majcen: „Hör bitte auf damit!“) Hör mir bitte zu, weil es uns Sozialdemokraten immer vorgeworfen wird, wir machen nur Politik auf Kosten der nächsten Generation. Das betreibt ihr in einem hervorragenden Maß, in einem viel, viel stärkeren Maß. Sicher hingegen ist, dass mit dieser Budgetpolitik eine massive Verschiebung der Schulden zu Lasten der nächsten Generation verbunden ist. Besonders bedauerlich ist aber, dass durch diese finanziellen Vorgaben, das heißt durch das Einfrieren der Geldmittel auf den Stand des Jahres 2000 auch die Qualität der Versorgung mehr oder weniger auf diesem Stand eingefroren wird. (Abg. Straßberger: „Verunsicherung der Bevölkerung!“) Denn wir wissen, dass das medizinische Wissen sich alle fünf Jahre verdoppelt, nicht Investieren in die Gesundheit ist ungefähr wie Rudern gegen den Strom. Wenn man aufhört zu rudern, treibt man zurück. Und genau das machen wir hier in diesem Lande und dagegen sind wir. (Beifall bei der SPÖ.) Mit dieser folgenschweren kurzsichtigen Politik wird die Steiermark nach einer ausgezeichneten Entwicklung vom medizinischen Fortschritt abgekoppelt. Auf der Strecke, meine Damen und Herren, bleiben Menschen, die mit Gesundheit nicht gesegnet sind und entsprechende medizinische Behandlung benötigen, weil eben das Geld nach Wien, und nicht in die peripheren Spitäler, in die Gesundheit der Steiermark fließt. (Beifall bei der SPÖ.)

Aber, meine Damen und Herren, es ist schon klar, das interessiert die „Saldo-Fetischisten“ überhaupt nicht. Wie ich überhaupt glaube, meine Damen und Herren, dass im Gesundheitsbereich viel zu viele Ökonomen das Sagen haben.

Den Stehsatz, meine Damen und Herren, unser Gesundheitswesen sei zu teuer, kann ich nicht mehr hören. Schließlich gibt Österreich – und Sie wissen es – 8,3 Prozent des Bruttoinlandproduktes für Gesundheit aus, die Niederlande 8,6, Deutschland 10,6, die Schweiz 10,4, die USA 13,6 Prozent und da sind zig Millionen vom Gesundheitswesen ausgeschlossen.

Noch – und der Herr Primar hat es gesagt – liegt unser Gesundheitswesen im internationalen Vergleich laut diesem World-Health-Report an exzellenter neunter Stelle. Vor uns rangieren nur kleine Staaten wie Oman, Singapur, Andorra, Malta und so weiter, Schweiz liegt an der 20. Stelle, Schweden an der 23. Stelle, Deutschland an der 25., die USA, von der reden wir so nicht, an 37. Stelle. Und dieser Platz im internationalen Spitzefeld, der resultiert eben vor allem daraus, nämlich erstens aus der Fairness der finanziellen Belastung. Das wird sich jetzt ändern, weil die Fairness verlassen wir jetzt: Ambulanzgebühr, Spitalskosten und so weiter und durch die niederschwellige Zugangsmöglichkeit. Das heißt, durch die Dezentralisierung der Spitäler. Das sind die zwei wesentlichen Faktoren, die uns auf diesen neunten Platz gebracht haben. Und genau diese beiden Faktoren sind jetzt durch diese Politik in Gefahr und damit auch die Qualität unseres Gesundheitswesens. Meine Damen und Herren, diese schwarz-blaue Wendepolitik des Bundes (Abg. Bittmann: „Vollkommen falsch, was Sie sagen!“) mit dem Tierarzt an der Spitze, die ihre Fortsetzung in unserem Land findet, ist auf dem besten Weg, unser hervorragendes Gesundheitswesen mit internationaler Reputation zu zerschlagen und zu demolieren. Die veterinäre Idee, meine Damen und Herren, der Einführung eines Strafzettels bei einem Ambulanzbesuch wird uns in diesem Ranking eben sicher nicht nach vorne positionieren. Und die Behauptung, meine Damen und Herren, die Verlagerung von der Ambulanz in den niedergelassenen Bereich komme billiger, ist vor allem unbewiesen. Denn hielte eine Ordination wie das Spital 24 Stunden lang offen und dies 365 Tage im Jahr, müsste sich der niedergelassene Arzt einige weitere Praktiker, Schwestern, Gipskundler und, und, und halten. Aus dem Einmann- oder Einfrauenteam würde ein stattliches Unternehmen werden. (Präsident: „Herr Abgeordneter Erlitz, Ihre Redezeit ist erschöpft!“) Und zu behaupten, dies komme dann billiger als die Ambulanz, ist zumindest kühn,

meine Damen und Herren! Treffsicher ist die Ambulanzgebühr so wie viele andere Maßnahmen im Sozial- und Gesundheitsbereich allemal, denn sie trifft Österreicherinnen und Österreicher. Und wenn der eiskalte Sozialabbau in Österreich, meine Damen und Herren, mit der jetzigen Geschwindigkeit fortgesetzt wird, dann könnte es wirklich sein, dass wir bald in britischen Verhältnissen landen. In der britischen Ausgabe von „Big Brother“ spendete der Sieger vom letzten Herbst – (Präsident: „Herr Abgeordneter, die Redezeit ist längst überschritten!“) Ich weiß schon, Gesundheit und Soziales ist euch kein Anliegen, ist mir schon klar! – sein Preisgeld für die Herztransplantation einer Behinderten, weil sie am Downsyndrom litt, war sie nicht auf die Warteliste gesetzt worden. Das ist dann das Ergebnis der Politik mit Pfiff, meine Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren, ganz kurz noch die Unselbstständigen Entschließungsanträge, und zwar zur Gruppe 5.

Mobile Dienste: Es wird der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens die für den Bestand und den Ausbau der Leistungen der Trägervereine für die Mobilen Dienste (Volkshilfe, Hilfswerk, Rotes Kreuz, SMP und Caritas) unbedingt notwendigen finanziellen Mittel sicherzustellen und zweitens die neu unter 5/059985 „Sonderprojekte Steiermark“ budgetierten Mittel in Höhe von 38 Millionen Schilling sowie die unter 1/970009 „Allgemeine Verstärkungsmittel“ auf 200 Millionen Schilling erhöhten Mittel zur Finanzierung der Mobilen Dienste in der Steiermark zu verwenden.

Mehrfachzuständigkeit: Es wird der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens generell Doppel- und Mehrfachzuständigkeiten von Regierungsmitgliedern für eine Abteilung abzuschaffen beziehungsweise in Zukunft möglichst zu vermeiden und zweitens als ersten konkreten Schritt dazu die Zuständigkeit des Gesundheitslandesrates auf alle Agenden der Fachabteilung für Gesundheitswesen zu erstrecken.

Wertgrenzen: Es wird der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, von ihrem Ansinnen, die Wertgrenzen, innerhalb derer die Landesregierung ohne Befassung des Steiermärkischen Landtages Liegenschaftsverkäufe durchführen kann, auf das 13,7603-fache zu erhöhen, aus demokratiepolitischem Anstand Abstand zu nehmen und keine diesbezügliche Regierungsvorlage vorzubereiten.

Finanzierung Spitäler ohne Gemeinden: Es wird der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, von ihrem die Gemeinden in unverantwortlicher Weise belastenden und die Menschen in den steirischen Gemeinden schädigenden Vorhaben, die steirischen Gemeinden zur Mitfinanzierung des steirischen Gesundheitssystems zu verpflichten, Abstand zu nehmen.

Rettungsdienstgesetz: Es wird der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens eine Novelle des Paragraphen 11 Absatz 2 des Steiermärkischen Rettungsdienstgesetzes, LGBl. Nr. 20/1990 in der Fassung LGBl. Nr. 19/1998 vorzulegen, mit der die Höhe des vom Land Steiermark und von den Gemeinden zu leistenden Rettungsschillings wie folgt geändert wird: Erhöhung des Beitrages des Landes und der Gemeinden in den Jahren 2001 und 2002 um je 5 Schilling pro EinwohnerIn, Erhöhung des Beitrages des Landes und der Gemeinden in den Jahren 2003 und 2004 um je 6 Schilling pro EinwohnerIn sowie zweitens dem Landtag eine mittelfristige Budgetplanung für die Rettungsdienstorganisationen für die Jahre bis 2005 vorzulegen.

Prävention und Gesundheitsförderung: Es wird der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, für die Prävention und die Gesundheitsvorsorge zusätzliche Mittel in der Höhe von 30 Millionen Schilling im Voranschlag 2001 und von 2,2 Millionen Euro im Voranschlag 2002 zur Verfügung zu stellen.

Extramurale Psychiatrie: Es wird der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens die Verschiebung der ursprünglich auf dem FAGW-Budget-Ansatz 1/512174 „Beiträge zur extramuralen Betreuung und Beratung psychisch Kranker“ in Höhe von 30 Millionen Schilling veranschlagten und zu der Voranschlagstelle der RA 7 (Sammelpost „Hauskrankenpflege und begleitende mobile Dienste 1/512215-7670) verschobenen Budgetmittel rückgängig zu machen, um eine kontinuierliche Weiterarbeit auch im Interesse der betroffenen Vereine sicherzustellen; derzeit ist nur eine formale Zuständigkeit der FAGW im Bereich der extramuralen Psychiatrie gegeben, die aber auf Grund der Mittelverschiebung ohne Pouvoir besteht und zweitens zusätzliche Mittel in der Höhe von mindestens 10 Millionen Schilling jährlich (beziehungsweise künftig einen entsprechenden Gegenwert in Euro) zur Verfügung zu stellen, so dass insgesamt ein Betrag von 40 Millionen Schilling vorhanden ist, damit die Durchführung der extramuralen Betreuung der steirischen Bevölkerung zumindest auf dem bisherigen Niveau weitergeführt werden kann.

Betriebsabgangsdeckung der Ordensspitäler: Es wird der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, die notwendigen Budgetmittel bereitzustellen, um den vollen Betriebsabgang der Ordensspitäler decken zu können, damit eine Gleichstellung dieser Spitäler mit denen der Steiermärkischen Krankenanstaltengesellschaft gegeben ist und die flächendeckende medizinische Versorgung für alle Steirer und Steirerinnen gewährleistet werden kann.

Drogentherapiestation: Es wird der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, die für die Einrichtung einer steirischen Drogen-therapiestation notwendigen 40 Millionen Schilling schnellstmöglich zur Verfügung zu stellen.

Ihr werdet sicherlich diesen Entschließungsanträgen eure Zustimmung geben. Und dafür bedanke ich mich jetzt schon. Das war es! Einen schönen guten Abend! (Beifall bei der SPÖ. – 21.47 Uhr.)

Präsident Purr: Die nächste Wortmeldung kommt vom Herrn Abgeordneten List. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. List (21.48 Uhr): Herr Präsident! Geschätzte Landesräte! Herr Gesundheitslandesrat!

Es ist eine traurige Tatsache, dass die Zahl der Drogenkranken in der Steiermark stetig im Steigen begriffen ist. Und diese traurige Tatsache benötigt dringend stationäre Therapieplätze. Ich weiß, Herr Mag. Wolfgang Erlitz, ihr habt heute einen Antrag dabei. Drogentherapieplätze fehlen und werden nämlich seit Jahren vehement gefordert, seit mindestens fünf Jahren. Die steirischen Drogenabhängigen müssen leider auf Therapieplätze in anderen Bundesländern ausweichen und warten. Ich meine, Herr Gesundheitslandesrat, lieber Günter Dörflinger, hier hat die verantwortliche Politik versagt. Es ist für mich unverständlich, dass hier nichts passiert ist. Seit fünf Jahren ist das bekannt und seit fünf Jahren drückt sich der verantwortungsvolle und für diese Sache verantwortliche Gesundheitslandesrat. Wolfgang hat gesagt, entscheidende Eckpfeiler wurden gesetzt vom Gesundheitslandesrat! (Landesrat Dörflinger: „Lieber Kurt List, warst du die letzten drei Jahre im Ausland?“) Nein, nein, entscheidende Eckpfeiler wurden gesetzt vom Gesundheitslandesrat und einer dieser entscheidenden Eckpfeiler fehlt, weil wahrscheinlich der Untergrund zu weich ist. Ich glaube, dieses akute Problem wurde von dir nicht aufgegriffen, weil du Angst hattest. Du hast letztes Mal im Budget-Ausschuss gesagt und erklärt, das hat mich eigentlich auf den Plan für diese Wortmeldung gebracht, dass es seit ungefähr eineinhalb Jahren verschiedene Standorte, mehrere Standorte gibt, die zur Verfügung und Diskussion stehen. Nur, bislang sei aber keine Entscheidung gefallen, weil überall Bürger dagegen seien. (Abg. Gross: „Du kannst uns helfen gegen das Florianiprinzip anzukämpfen!“) Moment, höre zu bitte! (Abg. Gross: „Wenn jemand sagt Drogentherapiezentrum, in jedem Dorf, aber nicht bei mir!“) Ja, das ist es ja! Überall waren verantwortungsvolle Bürger, die gesagt haben, bei mir nicht. Politiker sind dazugekommen, bei mir nicht! Aber ich denke einmal, wenn der Herr Gesundheitslandesrat in seiner Verantwortung hergegangen wäre und gesagt hätte, das ist der Standort, den wollen wir, weil das der beste Standort für die Therapie auch von der Organisation her, von Seiten KAGES, für die Therapie unserer Drogenkranken ist, dann wäre es sicherlich möglich gewesen, diesen Standort auch zu nehmen und die Entscheidung zu treffen für den besten Standort. Ich glaube, hier ist ein Unselbstständiger Entschließungsantrag nicht notwendig, denn es ist jetzt an der Zeit, auch einen dieser Eckpfeiler, wie der Wolfgang gemeint hat, der Kollege Erlitz, zu setzen und endlich eine Entscheidung für die Drogentherapiestation zu treffen, wo unsere Drogensüchtigen therapiert werden können, ohne dass sie in andere Bundesländer ausweichen müssen. Ich würde sagen, lieber Günter, versuchen wir es nochmals, wählen wir einen Standort aus und gehen wir gemeinsam. Es ist wirklich eine zu ernste Sache, auch hier im Landtag als Abgeordnete, Kolleginnen und Kollegen, nochmals, wir werden dich dabei unterstützen, denn das sind wir diesen armen Menschen schuldig. (Beifall bei der FPÖ. – 21.51 Uhr.)

Präsident: Die nächste Wortmeldung kommt von der Frau Abgeordneten Lechner-Sonnek. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Lechner-Sonnek (21.51 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich danke für das große Vertrauen. Ich habe eine gute Botschaft für Herrn Dr. Forenbacher. Wenn Sie es wirklich ernst meinen, dann können Sie heute einem grünen Antrag zustimmen, den ich anschließend einbringen werde. Wir haben nämlich auch dasselbe Anliegen, und zwar extramurale Dienste abzusichern und wir haben einen Bedeckungsvorschlag. Ich werde sehr genau schauen, was Sie machen. Ich hoffe sehr, dass wir hier gemeinsam ein Stück des Weges gehen können. Jetzt zum Thema Gesundheit: Prävention, das hat auch schon Herr Dr. Forenbacher angezogen: Alles, was man nicht kaputt macht, braucht man nicht zu reparieren. Das ist auch bei der Gesundheit nicht anders. Sie wissen, meine Damen und Herren, das, was an Lärm passiert in unserer Umwelt, an Intensivierung des Lärms, was in Bezug auf unsere Luft passiert, dass sie immer schlechter wird und das nicht nur in Zentralräumen, sondern auch schon am flachen Land, das schädigt unsere Gesundheit nachhaltig und das hat auch mit Umweltpolitik zu tun. Dasselbe gilt für Ernährung. Ich habe gestern über Reparieren gesprochen und wir haben auch schon öfters im Haus darüber gesprochen, wie wir Schäden reparieren. Es gibt auch Schäden, die die Landwirtschaftspolitik erzeugt, Schäden, die die Ernährung betrifft, die sich darin äußern, dass es keine gesunden Nahrungsmittel mehr gibt, auf die wir uns verlassen können. Es gibt manchmal kleine Firmen, die sich sehr darum bemühen. Zusätzlich zu den Biobauern gibt es auch im Gewerbe sehr gute Akzente. So war ich vor ein, zwei Wochen bei einem Bäcker in Weiz, bei der Firma Wachmann – der dritte Bäcker in der Steiermark, der gentechnikfreie Backwaren anbietet. Er hat mir gesagt, er hat eineinhalb Jahre Umstellungszeit gehabt, eineinhalb Jahre Vorlauf, aber für die Wirtschaftsförderung ist er offensichtlich kein Fall. Ich weiß, das ist jetzt nicht das Thema, aber ich möchte aufzeigen, dass das alles zusammenhängt. Detto bei den Autounfällen, Verkehr. Unsere Verkehrspolitik gestaltet unsere Gesundheitspolitik, meine Damen und Herren.

Nun zum eigentlichen Antrag: Wir haben vor ein paar Wochen hier eine Debatte gehabt über die Krankenhäuser und über die leistungsorientierte Krankenanstaltenfinanzierung. Das ist eine Sache, die dazu führen soll, dass das Krankenanstaltenwesen besser, genauer abgerechnet wird und nicht so viel kostet. Das ist an sich ein

guter Ansatz, aber geht nur, wenn andere Dienste gleichzeitig und parallel ausgebaut werden. Man kann die Leute nach einer Operation nicht nach ein paar Tagen auf die Straße setzen, wenn man ihnen nicht zu gleicher Zeit mobile Dienste für die Pflege anbietet. Das ist auch eine bedarfsgerechte Form, denn es wird nur das angeboten, was wirklich gebraucht wird. Wie wir wissen, ist bedarfsgerechtes Arbeiten auch immer wirtschaftlich günstiges Arbeiten, kostengünstiges Arbeiten. Insgesamt muss man sagen, die leistungsorientierte Krankenanstaltenfinanzierung kann nur funktionieren, kann nur fruchten bei nicht eintretendem Qualitätsverlust für die Patientinnen und Patienten, wenn man gleichzeitig auf den Aufbau der extramuralen und mobilen Dienste Wert legt. (Präsident: „Ich ersuche die Damen und Herren um mehr Aufmerksamkeit!“)

In diesem Sinne möchte ich folgende Anträge einbringen. Abänderungsantrag, betreffend Berücksichtigung der Kostensteigerung mobiler Dienste. Der Landtag wolle beschließen: Im Landesvoranschlag 2001 wird der Ansatz 1/512215-7670 „Hauskrankenpflege und begleitende mobile Dienste“ um 15 Millionen Schilling erhöht. Abänderungsantrag, wieder betreffend Berücksichtigung der Kostensteigerung mobiler Dienste. Im Landesvoranschlag 2002 wird der Ansatz 1/512215-7670 „Hauskrankenpflege und begleitende mobile Dienste“ um 725.000 Euro erhöht. Abänderungsantrag, betreffend Absicherung extramuraler Beratung und Betreuung psychisch Kranker.

Der Landtag wolle beschließen: Im Landesvoranschlag 2001 wird der Ansatz 1/512215-7670 „Hauskrankenpflege und begleitende mobile Dienste“ um 30 Millionen Schilling erhöht. Der vierte Antrag lautet, der Landtag wolle beschließen: Im Landesvoranschlag 2002 wird der Ansatz 1/512215-7670 „Hauskrankenpflege und begleitende mobile Dienste“ um 2,180 Millionen Euro erhöht. Ich hoffe auf die Zustimmung der ÖVP, mit Sicherheit des Herrn Dr. Forenbacher. Dann werden wir sehen, ob es ein Wunsch an das Christkind war, von dem er sowieso nicht geglaubt hat, dass er in Erfüllung geht, oder ob er es wirklich ernst gemeint hat, dass dieses Geld aufzustellen ist. Danke! (Beifall bei den Grünen und der SPÖ. – 21.57 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Dörflinger. Ich erteile ihm das Wort.

Landesrat Dörflinger (21.57 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren! (Abg. Tasch: „Reiss dich zusammen, damit du vor dem Flecker bist!“) Ist das ein Schirennen? Kurt, dir haben sie den Laptop weggenommen. Du bist bei der falschen Veranstaltung. Das ist kein Wettrennen. Sie müssen dir den Laptop wieder aufbauen, damit du weißt, wo du bist. (Beifall bei der SPÖ. – Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „So täuscht du deine Fans!“)

Meine Damen und Herren! Ich möchte auf ein paar Punkte eingehen, die in der Debatte gebracht wurden. Ich fange mit dem an, der mir auf der einen Seite am meisten Spaß macht, der mich auf der anderen Seite am meisten verwundert und der mich auf der dritten Seite irgendwie doch in Richtung bringt, dass ich mir denke, wir reden da herinnen über völlig etwas anderes, als draußen stattfindet. Lieber Kurt List: Die Geschichte mit der Drogentherapiestation ist genial. Sie hat einen einzigen Nachteil: Sie stimmt nicht. Das, was ihr bei der Drogentherapiestation mit mir gemacht habt, und ich sage das bei aller Gaude und es ist lustig und jetzt sitzen wir schon 20 Stunden zusammen und haben eine riesige Hetz gehabt, die Geschichte, die ihr bei der Drogentherapie mit mir gemacht habt, hat folgendermaßen ausgesehen: Ihr habt mir eine Bleiweste angezogen, habt mir die Hände zusammengebunden, die Füße zusammengebunden, dann habt ihr mich ins Wasser hineingeschmissen und habt gesagt: „Jö schau, der kann ja nicht einmal schwimmen!“ Freunde, das geht ja nicht. Wir haben natürlich einen Standort für die Drogentherapiestation gesucht. Wir haben natürlich einen Standort für die Drogentherapiestation gefunden und wir haben natürlich dann immer das gehabt, was man immer hat, wenn es unangenehm wird: Wir haben mit dem Florianiprinzip angefangen. Und jetzt lese ich dir etwas vor – ist keine böse kryptokommunistische Zeitung, ist gar nichts Rotes, gar nichts Schlimmes, sondern es heißt: Unser Bezirk heute, Herausgeber ist die FPÖ-Bezirksorganisation Graz-Stadt und die schreibt zum Drogentherapiezentrum in Eggenberg. Ich darf dir das vorlesen, lieber Kurt: „Für die Freiheitlichen kommt die Errichtung einer Drogentherapiestation in Eggenberg nicht in Frage. Der Bezirk ist, wie die Stadtplanung erst jüngst in einer Studie nachgewiesen hat, eine der beliebtesten Wohngegenden der Stadt, in der viele junge Familien mit Kindern leben. Da kann für eine solche Einrichtung kein Platz sein. SP-Landesrat Dörflinger, der diesen Plan ausgehegt hat, muss – so die Freiheitlichen – mit ihrem erbitterten Widerstand rechnen!“ Das zur Unterstützung der Drogentherapiestation. Danke! (Abg. Gross: „Genau das habe ich gemeint! Das sind eure Bürgerinitiativen!“ – Beifall bei der SPÖ.) Das hat in der konkreten Situation sehr anders ausgesehen. Weil man sozusagen auf der Seite drüben da ja durchaus auch in dieser Frage eine einheitliche Stellungnahme gehabt hat, schreibt die ÖVP in ihrer Bezirkszeitung: „In der Nähe dieser Zentren findet man gebrauchte Spritzen, in Amerika sogar Blutflecken und anderes mehr!“ Wie es im Bericht weiter heißt, soll sich das geplante Therapiezentrum ausschließlich an Menschen wenden – und jetzt hört euch das an – ausschließlich an Menschen wenden, die mit illegalen Drogen Probleme haben, sprich Haschisch, Ecstasy, LSD und Heroin. Pfui, machen wir es nicht. Freunde, das hört sich toll an. Ihr könnt mir glauben, das ist nicht lustig, wenn du draußen sitzt in Eggenberg, wenn 500 Leute aufgescheucht werden, wenn dort Kinder hingeschickt werden und darum habe ich die gestrige Debatte so toll empfunden, wenn dort Kinder hingeschickt werden, die dir Transparente hinhalten. Sind Ihnen Kinder mehr wert oder Drogensüchtige, Freunde? Bei mir stehen die Eltern oben von Kindern, die 16, 17 Jahre alt sind, die drogensüchtig sind und die sagen, wann könnt ihr unseren Kindern helfen. Ihr schickt mich kreuz und quer durch die Stadt, kreuz und quer durch das Land. Überall, wo ich hinkomme und ich sage, wir bauen eine, heißt es, unbedingt bauen, nur bitte nicht da, Freunde. Bekennt euch endlich einmal irgendwo dazu, traut euch einmal ja zu sagen. Gegner werden wir immer haben, Leute werden immer verunsichert sein. Nur, Freunde, funktionieren wird diese Station nur, wenn wir das erfüllen, was die Konzipienten dieser Station gemacht haben. Man kann es nicht irgendwo mitten

im Wald verstecken, nicht irgendwo in einem Graben eingraben oder auf eine Alm hinaufstecken, wo sie keiner sieht, weil die Leute kommen irgendwann aus dieser Drogentherapiestation wieder heraus und müssen sich im normalen Leben zurechtfinden. Wenn wir sie isolieren und wegsperren, funktioniert das ein paar Wochen und sobald sie herauskommen haben wir die gleichen Zores wie vorher. Darum rege ich mich da wirklich auf. Ich bin draußen gestanden bei 500 Leuten und keiner hat mir geholfen, keiner hat sich hingestellt. Und wenn du heute einen Antrag stellst, dass ich so etwas machen soll, werde ich euch bei diesem Antrag 100-prozentig unterstützen. Aber dann kommt ihr das nächste Mal hin, wenn die Leute aufgehetzt werden und helfst mir, dass wir das realisieren können, weil von den Anträgen haben wir nichts. (Beifall bei der SPÖ.)

Und ich komme zum zweiten Punkt, das ist die Frage der Finanzierung unserer Spitäler. Der Herr Primarius Forenbacher hat das sehr sachlich gebracht und ich glaube, ich kann für mich in Anspruch nehmen, dass ich diese Diskussion auch versucht habe mit großer Sachlichkeit zu führen. Ich sage Ihnen nur ein paar Eckdaten, damit Sie auch wissen, was Sie heute hier beschließen und nicht nachher sagen: „Na, wenn wir das gewusst hätten, hätten wir es vielleicht eh anders gemacht!“ Der KAGES-Vorstand und der KAGES-Aufsichtsrat, das KAGES-Gremium, wesentliche Leute davon sitzen jetzt hinten auf den Zuschauerplätzen, haben mir Anfang dieses Jahres ein Konzept für die Finanzierung der Häuser in den nächsten vier Jahren vorgelegt. Dieses Konzept ist – und so kenne ich die Herren, die hinten sitzen – durchaus sehr ernsthaft erstellt worden, da sind keine Traumbuchziffern reingeschrieben worden, da ist es nicht der Wunschkatalog ans Christkind gewesen, sondern sie haben in ihrer Verantwortung einen Vorschlag gemacht, wie die Spitäler in den nächsten Jahren finanziert werden. Dieser Vorschlag der KAGES wurde auf Grund des Budgetentwurfes des Finanzlandesrates und des Budgets, das Sie heute hier beschließen werden, um 2,8 Milliarden unterschritten. Ich bin nicht herumgerannt und habe mit dem Leichentuch gewachelt, ich bin nicht herumgerannt und habe gesagt, es bricht alles zusammen, ich bin nicht herumgerannt und habe die Leute irgendwie aufgehetzt, aber, Freunde, eines müsst ihr wissen: Diese 2,8 Milliarden, um das wir weniger Geld bekommen als der KAGES-Vorstand vorgeschlagen hat, angefordert hat, in seinen Wirtschaftsplänen drinnen gehabt hat, bedeutet – und ich sage euch zwei Eckdaten nur mehr – 700 Millionen Schilling weniger für das Personal als präliminiert war. Und ich habe das toll und verantwortungsbewusst gefunden, dass der Zentralbetriebsratsobmann, der auch hinten sitzt, sagt, das werden wir machen, das bringen wir zusammen. Ich hoffe und ich wünsche dem Personalvorstand und dem Betriebsrat, dass das alles so klass geht. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Was wirst du dazu beitragen?“) Wir werden alles dazu beitragen, was geht. Aber Faktum ist, ihr könnt uns nicht einreden, Herbert, dass man mit 700 Millionen Schilling gleich viel oder mehr machen kann, wenn man 700 Millionen Schilling weniger hat als wenn man 700 Millionen Schilling mehr hat. Es kann niemand denen einreden, dass man mit 700 Millionen Schilling mehr gleich viel machen kann. Und es sind im Vorschlag des Vorstandes sehr viele Maßnahmen im Personalbereich drinnen, bei denen ich in meiner politischen Verantwortung sage, ich bin gespannt, wie wir das zusammenbringen werden. Ob es wirklich möglich ist, meine Damen und Herren, dass wir Jubiläumsgelder, dass wir Maßnahmen, die es für Landesbedienstete gibt, den KAGES-Bediensteten entziehen und den Landesbediensteten, die da sind, weitergeben. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Du leidest unter dem selben Syndrom!“) Hermann, du sagst es, es wird nicht möglich sein. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Du glaubst nicht daran!“) Okay, es wird nicht möglich sein. So frage ich mich, wie diese 700 Millionen Einsparungen gegenüber dem Plan zustande kommen werden. Ich hoffe, dass wir es zusammenbringen. Ich freue mich, wenn wir es zusammenbringen. Aber tun wir bitte nicht so, als ob die Leute das alles nicht merken werden.

Und der zweite Punkt, damit wir es ganz konkret machen. In dieser Planung gibt es um 744 Millionen Schilling weniger für die Investitionen. Na, Bumsdinatzl, was tun wir mit den 744 Millionen weniger? Im Bereich des LKH 2000 würde ich dringendst empfehlen nichts anzugreifen. Darauf haben wir uns geeinigt, weil selbstverständlich dann die Gefahr besteht, dass der Bund dort raushüpft und wir jede Million Schilling, die wir dort nicht investieren, doppelt auf den Deckel kriegen, weil es der Bund dann auch nicht zahlt. Dort können wir nichts machen. Im Personalbereich sind schon 700 Millionen Schilling heruntergestrichen worden gegenüber den Planungen, das heißt, dass wir die Investitionen in der Peripherie verändern müssen und reduzieren müssen. Und da Folgendes, ganz konkret, weil es mit diesem Budget nicht geht. Und es ist jetzt nicht wieder eine böartige Propaganda von mir, sondern das ist die Realität, Beschlusslage des Vorstandes und des Aufsichtsrates. Wir werden folgende Investitionen nicht machen können in der nächsten Zeit, wenn nicht etwas geschieht, wo ich dann einen Vorschlag noch zu machen habe:

LKH Bad Aussee Neubau: kein Baubeginn; LKH Rottenmann Zubau Intensiv: Baubeginn verschoben; LKH Judenburg-Knittelfeld: Zubau Operation, Zubaustationen in Judenburg, Zubau Knittelfeld; LKH Stolzalpe: Mitteltrakt, Westtrakt; LKH Bruck: Zubau Kardiologie MR (Abg. Schützenhöfer: „Wir haben vor ein paar Tagen darüber gesprochen!“); LKH Leoben: Zubau Erwachsenen trakt, Verkehrskonzept, Strahlentherapie. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Da freust du dich!“) Ich freue mich überhaupt nicht, Herbert, ich sage es nur, dass man nicht heute was beschließt und dann sagt ihr: „Leider, haben wir nicht gewusst!“ (Abg. Rieser: „Du hast ja das Geld!“) LKH Mürzzuschlag: Umbau Mitteltrakt; LKH Hörgas-Enzenbach: Zubau Hörgas; LKH Fürstenfeld: Funktions trakt; LKH Deutschlandsberg; LKH Feldbach. Das ist die Realität, das müssen Sie wissen.

Und ich sage dazu, ich werde dem Finanzreferenten Vorschläge machen, wie wir in der Finanzierung Möglichkeiten finden, dass wir das tun können. Mit dem jetzigen Budget – wie es beschlossen wird – können wir das nicht. Und ich werde nicht die Politik machen, dass ich herumrenne und sage, pfui, schau, was die für ein Budget beschlossen haben, das geht alles nicht. Sondern ich werde versuchen, im Rahmen dessen das möglich zu machen. Nur, Freunde, wenn ich da den Spielraum nicht bekomme, dass wir Sonderfinanzierungen machen, dass wir Finanzierungen strecken, dass wir ähnlich wie in manchen anderen Bereichen eine längerfristige Finan-

zierung machen können, wird das nicht gehen. Wenn es die Bereitschaft von euch gibt, werden wir das machen. Ich möchte nur eines nicht – und die politische Strategie, die durchkreuze ich euch mit Sicherheit – mit dem Schmä, dass ihr mich kreuz und quer durch das Land schickt, er könnte ja eh bauen, aber der Dörflinger macht es nicht und ihr gebt mir die Marie nicht, mit dem Schmä wird es nicht gehen. Weil, lieber Kollege Straßberger, das ist auch einem Finanzbeamten ganz klar, ich habe im Budget genau 76 Millionen Schilling Spielraum im Gesundheitsbudget zum Umschichten, 76 Millionen. Das ist die gesamte Vorsorge! Unter der Voraussetzung, wir schaffen die gesamten Vorsorgemaßnahmen in der Steiermark ab, wir schaffen die Impfkation ab, wir schaffen die Unterstützungen für die Mutter-Kind-Pass-Aktion ab, bleiben mir 70 Millionen Schilling, die ich verschieben könnte. Wenn ihr mir erklärt, dass ich – wenn ich 70 Millionen Schilling verschiebe, umschichte, ich 170 Millionen Schilling für die Einrichtung der Palliativstation rauskriege, ich 100 Millionen Schilling für die konfessionellen Krankenhäuser herauskriege, ich für die Psychiatrie was rauskriege, das geht nicht. Aus 70 Millionen kann ich nicht mehr machen. Ich bin auch nicht bereit, auch nur irgendeinen Schilling von der Vorsorge wegzunehmen, wo wir ohnedies schon aus dem letzten Loch krachen.

Der nächste Punkt im Budget, Herbert. Erkläre mir bitte, wie ich die Wünsche und ich sage, die berechtigten Wünsche der konfessionellen Krankenhäuser – die Schwester Consulata sitzt hinten –, wie ich die berechtigten Wünsche der konfessionellen Krankenhäuser erfüllen soll, wenn mir der Vertreter der Ordensspitäler auf den Tisch legt, dass der Abgang der Ordensspitäler in diesem Jahr 145 Millionen Schilling betragen wird – 145 Millionen Schilling! Ich habe diese angemeldet. Nicht, weil ich mit dem Geld herumhaue, sondern weil ich mir die Mühe mache, die Ordensspitäler zu besuchen, sie anzuschauen. Die arbeiten irrsinnig sparsam, die sind irrsinnig fleißig, die kümmern sich irrsinnig um die Leute und sie produzieren trotzdem einen Abgang, obwohl sie gut wirtschaften. Und wir gehen her und haben einen Vertrag zum Beispiel mit dem Diakonissen in Schladming abgeschlossen, wo wir sagen, wir decken 90 Prozent des Betriebsabganges. Nicht einmal diese vertragliche Verpflichtung kann ich einhalten, weil ich im Budget nur 30 Millionen Schilling drinnen habe. (Abg. Gennaro: „Herr Landesrat Paierl, so kann es doch nicht sein!“) Ich habe kein Geld für die Barmherzigen Brüder mehr, ich habe kein Geld mehr für die Elisabethinen, ich habe kein Geld für die Geschichte in Vorau, Freunde. Wenn ihr mir erklärt, wie ich aus 30 Millionen 145 Millionen machen kann, bin ich der glücklichste Mensch auf der Welt, dann hält dein Budget und dann kann ich das sicherstellen, was sie draußen wollen. Aus meiner Sicht, meine Damen und Herren, zusammengefasst: Ich bin der Letzte, der sich hinstellt und sagt, Geld her für den Gesundheitsbereich, koste es was es wolle. Ich habe das vor fünf Jahren, glaube ich, bewiesen, als wir damals eine Budgetreduktion durchgeführt haben und ich habe gesagt, mir ist lieber, ich bekomme weniger Geld, aber ich weiß, wie viel ich vier Jahre lang bekomme. Dieser Wunsch ist erfüllt worden. Ich habe jetzt vier Jahre und wir werden uns auf diese vier Jahre mit diesem Budget einrichten. Bitte, geht nur nicht herum und erzählt den Leuten, 3 Milliarden weniger ist ein Klacks, das spüren wir eh nicht. Das ist nämlich ein Misstrauensvotum gegen den Vorstand, gegen die Leute, die draußen gearbeitet hätten. Wenn man jetzt plötzlich innerhalb von zwei Monaten auf 3 Milliarden verzichtet und es ändert sich nichts, würde das heißen, dass wir in der Vergangenheit 3 Milliarden Schilling beim Fenster hinausgeschmissen haben. Das haben wir nicht getan, weil die Leute ordentlich und fleissig arbeiten, eine Superleistung erbringen. Seid so fair und gebt zu, dass diese Maßnahmen Reduktionen bedeuten. Ich halte sie für falsch. Ich glaube, dass man versuchen sollte, in den nächsten Monaten das noch zu korrigieren, weil wir nichts davon haben, wenn wir notwendige Investitionen draußen verschieben und weil wir beim Personal auch nicht so viel Spielraum haben, weil wir beim Personal nicht die Möglichkeit haben zu sagen, ich nehme dort drei Chirurgen weg, da zwei Internisten weg, dort ein paar Krankenschwestern weg, weil ich ganz einfach vom Rahmen her gebunden bin. Gebt uns eine faire Chance, diese Geschichte, die wir in den letzten Jahren aufgebaut haben, vernünftig weiterzuentwickeln. Mir schadet ihr nicht damit. Wir schauen, dass wir gemeinsam draußen etwas zusammenbringen. Dazu brauchen wir eure Hilfe in ein paar Bereichen und ich hoffe, dass wir das in einer sachlichen Ebene abführen. Mit den jetzigen Mitteln werden wir leider nicht auskommen und darum werden wir die Diskussionen auch in der Zukunft weiterführen. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 22.13 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Dipl.-Ing. Paierl.

Landesrat Dipl.-Ing. Paierl (22.13 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wir sind von der Regierungsbank her insofern schon enttäuscht bis irritiert, als Gespräche, Versuche der Kooperation (Abg. Gennaro: „Da gibt es kein Problem von uns!“) und hier knüpfe ich an meiner Skepsis und sozusagen auch an meiner Traurigkeit über diese Entwicklung (Abg. Gennaro: „Brauchen Sie ein Taschentuch?“), die ich schon im Kapitel 4 beim Kollegen Flecker darstellen musste, an. Aber, nachdem sehr wichtige Vertreter dieses Bereiches aus der Steiermark und auch Medienvertreter noch hier sind und ich nehme an, das ist auch der Grund, nicht der Prof. Erlitz ist das Problem, das sage ich Ihnen, wie Sie gesprochen haben (Abg. Stöhrmann: „Weil es stimmt!“), und das ist durchaus das Recht des Parlamentariers, Zweifel zu haben, zu hinterfragen, Kritik zu äußern. Wissen Sie, und das zieht sich mittlerweile zwei Tage durch diese Budgetdebatte immer wieder mit Höhepunkten. (Abg. Kröpfl: „Sollen wir in Jubel ausbrechen, weil das Budget gekürzt wird?“) Es geht nicht um Jubel. Es geht einzig und allein, meine Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion (Abg. Gennaro: „Sozialdemokratisch!“), um die Frage, wie weit sich Regierungsmitglieder bemühen und dieses auch zeigen, Ihnen zeigen, der Öffentlichkeit zeigen, dass sie Problemlösungsvorschläge haben. (Abg. Stöhrmann: „Hast du heute den Kollegen Hirschmann gehört, wie der darübergefahren ist?“)

Wir haben von dieser Stelle aus nie gesagt, dass es hier kein Finanzierungsproblem gibt. Selbstverständlich. Meine Damen und Herren, schauen Sie in Ihre Budgets. Im Jahr 2000 hatte der Finanzreferent, der Ihrer Fraktion angehört hat, 3,4 Milliarden Schilling für die KAGES im Budget, im Landesbudget. Jetzt haben wir 4,2 mit Einbindung der Kreditermächtigung. Das ist eine Erhöhung um 800 Millionen Schilling. (Abg. Gennaro: „Sie geben dem Dörflinger 1000 Schilling und er soll einkaufen um 2000 Schilling, und wenn er das nicht kann, dann sagen Sie er kann nicht wirtschaften!“ – Beifall bei der SPÖ.) Nicht nur für Sie, zugegebenermaßen, weil manchmal habe ich wirklich das Gefühl, Sie wollen einfach nicht zuhören und Sie wollen das einfach nicht akzeptieren, dass es hier auf höchstem Niveau, ohne Leistungseinschränkung, und das ist das Ziel und es ist schon gesagt worden, es gibt auch den Beschluss, keine Standorte in Frage zu stellen und es gibt auch die Absicht in der Frage der medizinischen Versorgung und auch der Spitzenmedizin, keine Leistungseinschränkung in Kauf nehmen zu müssen, dass wir aber trotzdem bei 14 Milliarden, und jetzt sage ich auch eines, bei größten Bemühungen und ich ziehe meinen Hut sehr weit vor dem Vorstand und dem Aufsichtsrat und der Personalvertretung in der KAGES, aber auch bei den privaten Krankenanstalten. Die haben Verständnis dafür. Sie sind ja schon alle zu mir geschickt worden. Alle waren sie da. Wir haben sehr vernünftige Gespräche geführt. Ich merke nur immer wieder, wenn sie dann in ein politisches Getriebe kommen, dann sind sie irritiert, dann sind sie plötzlich – (Abg. Mag. Erlitz: „Sie verzichten auf die Abgangsdeckung?“) Nein. Nur, trotzdem, meine Damen und Herren, wir werden mit diesem Mehr, das wir, das Sie zu verantworten haben, aus dem Landesbudget ausgeben, auskommen müssen. Das ist das Ziel. Und jetzt kommt der gleiche Punkt wie beim Herrn Flecker so Dörflinger auch. Wenn ich nicht will, wenn ich von vornherein die Einstellung habe, das soll gar nicht gelingen, das soll schiefgehen, dieses Programm der Konsolidierung, dann wird es auch nicht gelingen. Und das ist der Punkt. Das ist der Punkt, an dem wir immer scheitern werden. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

Glauben Sie mir eines, und das ist kein Zynismus, von unserer Seite zumindest nicht, dass wir mit aller Gewalt und mit unserem ganzen Herzen und mit all unseren Kräften versuchen werden, die Herren Flecker und Dörflinger in diese Verantwortung miteinzubinden, nicht um Verantwortung abzuschieben, so wie es immer passiert: geht's zum Finanzreferenten (Abg. Schrittwieser: „Das habt ihr 55 Jahre so gemacht!“), geht's zur Frau Landeshauptmann, denn die werden es schon machen. So geht's nämlich nicht. Sie müssen Ihre Verantwortung übernehmen, tragen. Sie haben 9 Milliarden Schilling, und das ist das Höchstmaß, das wir zu vergeben haben. Und deshalb, Günter, ich würde dich auch wirklich persönlich bitten, weil du weißt, ich schätze dich sehr, persönlich, und du kannst es, du mußt nur wollen, nicht kommentieren, sondern professionell agieren. Danke sehr! (Landesrat Dörflinger: „Wie?“ – Beifall bei der ÖVP. – 22.19 Uhr.)

Präsident: Zu einer kurzen Replik hat sich Herr Landesrat Dörflinger gemeldet.

Landesrat Dörflinger (22.19 Uhr): Ich glaube, wir können es relativ kurz machen, Herbert. Es gibt eine gute Möglichkeit, wie man das sehr konstruktiv machen kann. Du sagst, ich könnte es, aber ich will nicht. Ich sage dazu, das stimmt. Ich will nicht ein Budget beschließen, wo drinnensteht, für die Ordensspitäler 30 Millionen Schilling, wenn ich weiß, dass ich 145 Millionen Schilling brauche. Es gibt zwei Möglichkeiten. Die erste Möglichkeit und ihr wisst das auch, nur damit ein Zahlenwerk hält, schreiben wir jetzt 30 Millionen Schilling hinein und machen dann irgendwann ein Nachtragsbudget. Das kostet gleich viel. Oder, und das will ich nicht, aber das müssen wir dann den Leuten hinten, der Schwester Consulata, sagen, wir haben das Geld nicht und ihr müsst euch dann nach dem richten. Umschichten ist nur dann möglich, und das ist ein politisches Bekenntnis, das muss ich sagen, wir geben den Landeskrankenhäusern noch weniger Geld. Die 100 Millionen Schilling, die den Ordensspitalern fehlen, ziehen wir noch beim Zuschuss von der KAGES ab. Dann sagen wir das auch politisch, dann tun wir das auch. Ich würde das für falsch halten. Reden wir Tacheles. Geben wir ihnen das Geld oder geben wir es ihnen nicht. Und das Zweite und, Herbert, hör mir zu: Auch dieses Bedrohungsszenario, das ich hier vorgelesen habe, ist nicht aus der Propagandaküche böser, roter Fleckers, Dörflingers und wie sie heißen, sondern das ist der gültige Beschluss des Vorstandes der Krankenanstaltengesellschaft, die du gelobt hast. Das ist der gültige Beschluss des Aufsichtsrates der KAGES, dass sie sagen, wenn wir den Landeszuschuss in dieser Höhe bekommen, können wir Aussee, Rottenmann, Judenburg, Knittelfeld, Stolzalpe, Bruck, Leoben, Mürzzuschlag, Hörgas, Fürstenfeld, Deutschlandsberg und Feldbach nicht machen. Das ist nicht eine Erfindung von mir und das ist nicht eine Frage des Willens oder der politischen Bösartigkeit, sondern das ist Realität, dass ein Schilling eben nur ein Schilling wert ist. Ich habe gesagt, ich bin zu jeder Verhandlung bereit. Ich bin zu jedem Vorschlag bereit, wo wir es möglich machen, dass man den Leuten in Bruck oben nicht sagt, ihr kriegt eure Kardiologie halt erst in vier Jahren, sondern gehen wir her – (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Wie würdest du argumentieren, wenn ich Finanzlandesrat deiner Fraktion wäre?“) Ich habe das bei meinem Finanzreferenten genauso argumentiert. Eines sage ich dir auch, Herbert: Wenn du jetzt den Eindruck hast, dass wir bösartige Politik machen, wo wir nur sagen, wir schicken alle zum Finanzreferenten, dann kann ich nur sagen, da waren wir gelehrige Schüler von euch, weil das habt ihr 55 Jahre lang gemacht. Da habt ihr alle nur mehr zu unserem Finanzreferenten geschickt. (Beifall bei der SPÖ. – 22.22 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung zur Gruppe 5 liegt mir nicht vor. Der Herr Berichterstatter hat das Schlusswort.

Abg. Mag. Erlitz: Ich verzichte darauf!

Präsident: Der Herr Berichterstatter verzichtet auf das Schlusswort.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Abänderungsanträge, Ansätze und Posten der Gruppe 5 sowie über Entschließungsanträge zu dieser Gruppe.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Abänderungsantrag für den Landesvoranschlag 2001 der Grünen betreffend Berücksichtigung der Kostensteigerung mobiler Dienste ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe. Danke.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Abänderungsantrag für den Landesvoranschlag 2001 der Grünen betreffend Absicherung extramuraler Beratung und Betreuung psychisch Kranker ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit Hand. Danke.

Auch dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Die Damen und Herren, die dem Abänderungsantrag für den Landesvoranschlag 2001 der Grünen betreffend Erhöhung der Mittel für Biomasseheizung die Zustimmung geben, bitte ich um ein Handzeichen.

Auch dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zu den Ansätzen und Posten der Gruppe 5 hinsichtlich des Landesvoranschlages für 2001 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Dieser Antrag wurde mehrheitlich angenommen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Abänderungsantrag für den Landesvoranschlag 2002 der Grünen betreffend Berücksichtigung der Kostensteigerung Mobiler Dienste ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke.

Auch dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Abänderungsantrag für den Landesvoranschlag 2002 der Grünen betreffend Absicherung extramuraler Beratung und Betreuung psychisch Kranker ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe. Danke.

Auch dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Die Damen und Herren, die dem Abänderungsantrag für den Landesvoranschlag 2002 der Grünen betreffend Erhöhung der Mittel für Biomasseheizungen ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke.

Auch dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zu den Ansätzen und Posten der Gruppe 5 hinsichtlich des Landesvoranschlages für 2002 ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Das ist die mehrheitliche Annahme des Antrages.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der ÖVP und FPÖ betreffend Beheizung der Landesgebäude mit erneuerbaren Energieträgern ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke.

Das ist die einstimmige Annahme des Antrages.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der ÖVP und FPÖ betreffend Optimierung des Krankenanstaltenwesens in der Steiermark ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die einstimmige Annahme des Antrages.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der ÖVP und FPÖ betreffend Aufrechterhaltung der extramuralen Psychiatrie ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die einstimmige Annahme des Antrages.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ betreffend Mehrfachzuständigkeiten ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ betreffend Wertgrenzen ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ betreffend Finanzierung von Spitälern ohne Gemeinden ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Meine Damen und Herren, zum Antrag der SPÖ, Rettungsdienstgesetz betreffend, es ist beantragt worden punktuell abzustimmen, Punkt 1 und Punkt 2:

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ betreffend Rettungsdienstgesetz, Punkt 1, Erhöhung des Beitrages des Landes und der Gemeinden in den Jahren 2001 und 2002 um je 5 Schilling pro Einwohner, Erhöhung des Beitrages des Landes und der Gemeinden in den Jahren 2003 und 2004 um je 6 Schilling pro Einwohner, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Dieser Punkt 1 des Rettungsdienstgesetzes hat nicht die erforderliche Mehrheit erhalten.

Punkt 2, dem Land eine mittelfristige Budgetplanung für die Rettungsdienstorganisation für die Jahre bis 2005 vorzulegen. Die Damen und Herren, die dem Punkt ihre Zustimmung geben, bitte ich um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ betreffend Klimaschutzbeauftragter ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ betreffend Prävention und Gesundheitsförderung ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke, Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ betreffend extramurale Psychiatrie ihre Zustimmung geben, um ein Handzeichen. Danke, Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ betreffend Betriebsabgangsdeckung der Ordensspitäler die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ betreffend Drogentherapiestation ihre Zustimmung geben, um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Auch dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ betreffend mobile Dienste ihre Zustimmung geben, um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Auch hier stelle ich keine Mehrheit für die Annahme des Antrages fest.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, damit unterbreche ich die heutige Sitzung bis morgen, Samstag, um 8.30 Uhr, guten Abend. (Unterbrechung der Sitzung: Freitag, 27. April 2001, 22.31 Uhr bis Samstag, 28. April 2001, 8.31 Uhr.)

Präsident: Hohes Haus! Ich nehme die Fortsetzung der 10. Sitzung somit vor begrüße Sie alle an diesem Samstagmorgen sehr, sehr herzlich. Freue mich sagen zu können, wir sind bei der Gruppe 6 heute, Straßen- und Wasserbau und Verkehr. Begrüße bei dieser Gelegenheit auch die anwesenden Regierungsmitglieder, wie ich sehe derzeit Landeshauptmannstellvertreter Schögggl, aber ich glaube, es wird sich das in den nächsten Minuten noch ändern.

Gruppe 6:

Straßen- und Wasserbau, Verkehr

Berichterstatte ist der Herr Landtagsabgeordnete Karl Wiedner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Wiedner (8.32 Uhr): Herr Präsident! Herr Landeshauptmannstellvertreter!

Ich berichte am heutigen Tag in der Früh zur Gruppe 6:

Schriftlicher Bericht des Finanz-Ausschusses zu Gruppe 6 der Landesvoranschläge 2001 und 2002.

Der Finanz-Ausschuss hat in seiner Sitzung am 24. April 2001 die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 311/1, betreffend die Landesvoranschläge 2001 und 2002, den Dienstpostenplan und den Systemisierungsplan der Kraftfahrzeuge beraten und zur Gruppe 6 nachstehende Beschlüsse gefasst:

Namens des Finanz-Ausschusses werden nachstehende Anträge gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Erstens: Die Ansätze und Posten der Gruppe 6 – Straßen- und Wasserbau, Verkehr – werden hinsichtlich des Landesvoranschlages 2001 genehmigt.

Zweitens: Die Ansätze und Posten der Gruppe 6 – Straßen- und Wasserbau, Verkehr – werden hinsichtlich des Landesvoranschlages 2002 genehmigt. Ich ersuche um Annahme. (8.34 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung. Meine Damen und Herren! Im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz schlage ich vor, die Spezialdebatte der Gruppe 6 zu teilen, und zwar im ersten Teil Wasserbau und im zweiten Teil Straßenbau und Verkehr zu behandeln. Besteht gegen diesen Vorschlag ein Einwand? Das ist nicht der Fall.

Somit beginnen wir mit dem ersten Teil in dieser Gruppe, Wasserbau. Wortmeldungen dazu habe ich keine. Meine Damen und Herren! Wir kommen zum zweiten Teil der Gruppe 6, Straßenbau und Verkehr.

Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Straßberger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Straßberger (8.34 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, Herr Landeshauptmannstellvertreter, Herr Landesrat, verehrte Damen und Herren, hohes Haus!

Ich wünsche einen wunderschönen guten Morgen. Ich möchte heute ganz kurz bei der Verkehrsdebatte einmal über den Tellerrand des Kreisverkehrs und der Seitenstraße hinausgehen. Ich möchte grundsätzlich sagen, auf der Schiene gibt es für die Steiermark zwei ganz wichtige Verkehrswege. Das ist die neue Südbahn mit allen

Bauvorhaben und zum Zweiten ist es die Nordsüdverbindung, sprich die Pyhrnlinie. In diesem Haus ist schon jahrelang immer über das eine oder andere Bauvorhaben diskutiert und auch gestritten worden. Wir kennen das alles. Es wäre heute müßig, wieder von vorne zu beginnen. Ich glaube aber schon, dass wir gemeinsam – und jetzt komme ich zum Punkt – aufgefordert sind, über alle Parteigrenzen hinweg sich für diese Verkehrswege einzusetzen, und zwar so, dass alle in diesem Land, die Verantwortung tragen, egal aus welcher Region sie kommen, für diese Verkehrswege auch eintreten. Es kann nicht so sein, dass der eine von Radkersburg – und ich nenne jetzt einen ganz beliebigen Ort – sagt, mich interessiert der Semmeringtunnel eigentlich nicht und ein anderer in Liezen sagt, mich interessiert der Koralmtunnel nicht oder der in Hartberg sagt, was interessiert mich eigentlich diese Nord-Süd-Verbindung oder ganz wichtig ist nur das eine oder andere Projekt in der unmittelbaren näheren Umgebung. Ich bitte Sie wirklich, verehrte Damen und Herren, dass wir uns das Herz nehmen, den Schulterchluss machen und gemeinsam für diese wichtigen Verkehrswege für den europäischen Raum, aber insgesamt für die Steiermark eintreten. (Beifall bei der ÖVP.)

Zum Zweiten möchte ich heute einmal ein Thema ansprechen, über das in diesem Haus in der Vergangenheit sehr selten diskutiert wurde. (Abg. Gennaro: „Sage deinen Kollegen, die sollen bitte aufpassen!“) Die kennen das alles, Kurti. Aber ich danke dir vielmals. (Abg. Stöhrmann: „Aber wir verstehen dich nicht, Herr Abgeordneter!“)

Der zweite Teil ist für mich, verehrte Damen und Herren, auch ganz wichtig, aber auch für die Steiermark, nämlich der Flugverkehr. Die Bodenbindung zu unserem Flughafen, verehrte Damen und Herren, ist wirklich auf der Schiene und auf der Straße sehr dürrig. Sie wissen genau, was es bedeutet, wenn es um die Standortfrage betreffend Betriebsansiedelungen geht. Eine der ersten Fragen ist, wie weit ist die Entfernung zum Flughafen. Ich glaube, dass auch die neue Südbahn, wo vor einigen Wochen der Spatenstich des Terminals erfolgt ist, angebunden werden muss. Auch die Anbindung an die A 2 muss neu überdacht und umgehend in Angriff genommen werden. Denn die Statistiken sagen, dass der Flugfrachtverkehr jährlich um 5 Prozent zunimmt. Warum diese Anbindung für mich so wichtig ist, möchte ich jetzt darlegen. Es gibt eine Statistik von Wien-Schwechat, dass 93 Prozent mit dem Pkw oder Lastkraftwagen, wie auch immer, den Flughafen anfahren und nur 7 Prozent auf der Schiene, zum Unterschied von Zürich sind es über 30 Prozent auf der Schiene. Ich glaube, wenn diese Bauvorhaben dann im Gang sind, muss dementsprechend geschaut werden, dass diese Anbindungen an unseren Flughafen in Graz stattfinden. Letztendlich transportieren wir in Österreich über 161.000 Tonnen im Flugfrachtverkehr mit über 170.000 Flugbewegungen. Ich glaube, dass gerade die wirtschaftliche Entwicklung in Graz zeigt, dass dieser Flughafen ganz wichtig ist. Ich bitte Sie, dass wir in der Zukunft uns vermehrt Gedanken darüber machen, wie wir eine effiziente Verbindung dorthin zusammenbringen. Verehrte Damen und Herren! Ein dritter Punkt, unsere Landesstraßen: Wir haben im Jahr 1998 in diesem Haus einen gemeinsamen Beschluss gefasst, für 500 Millionen Schilling ein Sonderstraßenbauprogramm auf die Beine zu stellen, 500 Millionen Schilling für 1998, 1999 und 2000 – es war damals Verkehrslandesrat Ing. Hans-Joachim Ressel zuständig. (Beifall bei der SPÖ.) Ich bin noch nicht fertig. 275 (Abg. Stöhrmann: „Darum habe ich ja schon vorher geklatscht!“) Millionen Schilling sind für unsere Landesstraßen flüssig gemacht worden. Ich glaube, dass dieser Betrag für unsere Landesstraßen sehr wichtig war. Wenn man mit den Verantwortungsträgern in den Fachabteilungen spricht, hört man, dass sie sehr dankbar waren. Allein die Budgetansätze reichen gerade dafür aus, dass die Erhaltung einigermaßen vorstatten gehen kann. Im Jahr 2000 sind 225 Millionen Schilling ausgeblieben. Wir haben das einige Male eingefordert. Landesrat Ing. Ressel hat gesagt, er hätte es gerne getan, aber er hat diese Summe nicht mehr frei machen können, weil sonst hätte er die vorgegebenen Maastricht-Kriterien im Haushalt nicht einhalten können. Okay, wir sehen das ein. Alle Abgeordneten der steirischen Volkspartei haben am 18. April 2001 wieder einen Antrag eingebracht und das ist kein Bauchladen, sondern aus jeder Region sind drei, vier Landesstraßenprojekte und drei, vier Bundesstraßenprojekte angeführt. Wir ersuchen daher sehr höflich den jetzt neu zuständigen Verkehrsreferenten, Herrn Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl, dass er sich bemüht, auch diese 225 Millionen Schilling für unsere steirischen Landesstraßen frei zu machen. Ich weiß, es ist nicht einfach, aber es wird immer gesagt, wo ein Wille, dort ein Weg. Am Schluss ist gestern eine gute Meldung für das Müritzal – und das muss ich als Lokalpatriot auch dazusagen – verlautbart worden: Sie wissen, wir haben auch hier schon öfter über die Sicherheit in unseren Straßentunnels diskutiert. Der Ganzsteintunnel, verehrte Damen und Herren, ist hiebei ganz schlecht weggekommen. Das heißt, der Lückenschluss am Semmering bei der S 6 ist voll im Gang und ist eine hervorragende Sache. Jetzt ist es so, dass auch die zweite Röhre beim Ganzsteintunnel in Angriff zu nehmen ist. Lieber Herr Landeshauptmannstellvertreter, eine Anmerkung möchte ich schon sagen: Wir wissen genau, dass für die Auto- und Schnellstraßen seit einigen Jahren die ASFINAG zuständig ist und diese letztendlich auch für die einzelnen Baulose verantwortlich ist, wie sie die finanziellen Mittel aufbringt. Mich hat das heute in der Früh schon ein bisschen verwundert, dass du jetzt vor Tagen schon so quasi die Mittel auf Wiener Ebene eingefordert hast. Ich sage dir noch etwas: Wir können uns gemeinsam sehr freuen, dass dieses Baulos jetzt passiert und dabei braucht sich niemand das Federl auf den Hut zu stecken. Und drum bin ich froh, dass auch dieses Nadelöhr auf der S 6 über den Semmering bald der Vergangenheit angehört.

In diesem Sinne darf ich Sie alle bitte, die Verkehrspolitik in der Steiermark gemeinsam über alle Parteigrenzen hinweg zu unterstützen. Ich unterstelle allen 56 Abgeordneten, dass sie das Beste wollen und eine gute Verkehrsinfrastruktur natürlich für unser Land wollen. In diesem Sinne danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 8.44 Uhr.)

Präsident: Die nächste Wortmeldung kommt vom Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Grabner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Grabner (8.44 Uhr): Einen schönen guten Morgen, Herr Präsident! Meine Herren der Landesregierung und des Hauses!

Dieser Morgen hat mit einer angenehmen Überraschung begonnen. Unser Kollege Straßberger hat eine Erklärung zum Thema Verkehr abgegeben, der ich mich voll und ganz anschließen kann. Ich staune! (Beifall bei der ÖVP.)

Ich staune vor allem deshalb, weil er eigentlich in der letzten Zeit schon auf dem Wege war, sich so sehr für die Straßenlobbyisten zu engagieren, dass ich ihn zum Straßenberger e. h. ernannt hatte, weil ich mir gedacht habe, wenn sich jemand so sehr für diesen Bereich engagiert, dann muss er eigentlich auf den Ehrentitel „Straßenberger“ losgehen. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich kann heute sagen, und das ist der zweite Grund meines Erstaunens, du hast also den ersten Teil deiner Ausführungen dem öffentlichen Verkehr gewidmet, und zwar der Schiene. Und gerade hier finden wir uns sehr, weil ich auch – wie wir wohl alle und wie ich jetzt höre, auch deine Fraktion der Meinung sind, dass auf diesem Sektor sehr, sehr viel getan werden sollte, weil wir wohl einer Meinung und uns einig darüber sind, dass für den Wirtschaftsstandort Steiermark die Verkehrsrelationen und hier wohl auch die Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln einer der wichtigsten Kriterien sind. Und dass wir hier auf den gemeinsamen Weg – wie ich sehe – uns begeben sollten, hier vieles gemeinsam zu erreichen. Ich denke, dass hier ein guter Weg gegangen wurde. Ich denke, dass man auf dem aufsetzen kann, was in der letzten Legislaturperiode das mittlerweile schon legendäre 11-Milliarden-Paket, wo es also eine Zuordnung seitens des Bundes gegenüber der Steiermark gegeben hat, in der es doch um insgesamt Investitionen von 11 Milliarden ging, deren Übertragung bereits geschehen ist und damit dem eigentlich außer einer herbeigeredeten Finanzknappheit nichts mehr entgegenstehen könnte. Ich denke daran, dass hier 80 Millionen für den Hauptbahnhof Graz zur Verfügung zu stellen waren, 292 Millionen für Sankt Michael, 191 Millionen für den Bahnhof Stainach-Irdning, Murbrücke Knittelfeld, Murbrücke Sankt Lorenzen. Es gibt eine ganze Liste, natürlich auch Werndorf, natürlich auch Graz-Puntigam, Werndorf, Graz-Spielfeld, Planung und vor allem mit der Haltestelle Flughafen. Das heißt, alle diese Projekte, die ja bekannt sind, die insgesamt an die 11 Milliarden ausmachen, waren entriert. Und es wird der Erfolg derer, die jetzt unsere Verkehrspolitik machen, insgesamt am Ende dieser Periode wohl auch daran zu messen sein, wie viel von den 11 Milliarden sie auch tatsächlich auf die Schiene gebracht haben und umsetzen konnten. Wir wünschen dem Lande Steiermark, dass es nicht auf dem Altar der Schimäre Nulldefizit geopfert wird, was hier von Landesrat Ressel gestartet wurde. Ich kann es mir nicht vorstellen, dass jemand, der hier für dieses Ressort zuständig ist, aus freien Stücken einfach sagt, na ja, ich kann nicht, weil ...! Ich habe der Schimäre „Nulldefizit“ meines Finanzministers nachzujagen. Wir alle wissen doch, Nulldefizit heißt null Investitionen, heißt null Zukunft. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Das ist nicht ganz richtig!“ – Beifall bei der SPÖ.) Das können wir nicht brauchen. (Abg. Straßberger: „Dass du als Stadtamtsdirektor so etwas sagst, das wundert mich!“)

Meine Herren, lieber Kollege Straßberger, nicht du und nicht der Herr Landesrat wird erklären, was Nulldefizit heißt, sondern ganz Europa ist sich darüber einig, dass man mit null Investitionen null Zukunft hat. (Abg. Straßberger: „Das meinst du nicht ernst!“) Nehmen wir das zur Kenntnis und nehmen wir zur Kenntnis, dass das hier in diesem Hause und für dieses Haus Prof. Lehner jedenfalls kompetenter darstellen wird als irgendjemand von uns hier. Und wenn Prof. Lehner im Kontext mit allen anderen, ich denke nur an die Ergebnisse der ECOfin und der diversen Gespräche auf höchster Ebene, wenn alle klarstellen, bitte, der Kurs, der Konsolidierungskurs mit Verzicht auf Investitionen ist ein Crashkurs, der kann nicht funktionieren. Da kann ich nur ersuchen, bitte, auch wir sollten diesen Kurs nicht fahren, insbesondere im Bereich der Verkehrsinvestitionen, sonst begeben wir uns hier in ein Feld, das letztlich dann so lautet: Nulldefizit ist ungefähr gleich intelligent wie Nulldiät.

Meine Damen und Herren, wir werden uns mit dieser Diät zu Tode hungern und es wird dem Land Steiermark nichts Gutes widerfahren. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich habe eine Sorge noch zu artikulieren, die im Zusammenhang mit der im Raum stehenden wohl auch nicht mehr vermeidbaren Liberalisierung der Schienenwege zu tun hat. Wenn ich mir ansehe – und der Bereich Energie gehört ja auch zum Ressort –, was auf diesem Sektor „Liberalisierung der Stromwege“ schon passiert ist und das ist keine Legendenbildung, sondern das sind Informationen, die sich lesen wie eine Gruselgeschichte. Und wenn man dann hört, wie oft am Tag in diesem Lande der Strom ausgeschaltet wird, wie oft am Tag die Klimaanlage zusammenbrechen, wie oft am Tag die Wirtschaft steht, dann mutete einem das an wie ein Bericht aus dem tiefsten Hindukusch. Und dann kommen wir und dann hören wir, nein, das sind Berichte aus dem Wunderland des großen Geldes, aus Kalifornien. Was ist dort passiert? Im Jahr 1996 wurden die Stromwege liberalisiert und seit damals wurde nur mehr herausgewirtschaftet und nicht reinvestiert. Heute ist das reichste Land, die reichste Region der Erde in einer Situation, dass man sagen muss, der Kalifornia-Dream ist ein fürchterlicher. Ein fürchterliches Erwachen ist jenen dort täglich beschert, die auch ihr absolutes Heil in der Privatisierung gesehen und gesucht haben und heute wissen, das ist ein totaler Flop. Wenn Sie heute mit einem Eisenbahner reden und damit komme ich wieder zur Schiene, der das Schienenwesen in Großbritannien kennt, dann ist das dieselbe Gruselgeschichte. Hier wurde um 1,2 Milliarden Pfund, damals von Margaret Thatcher, die Bahn mit der Infrastruktur, mit der Schiene, verscherbelt – eine einmalige Einnahme in dieser Größenordnung. Mittlerweile weiß man, dass das Zehnfache, nämlich 12 Milliarden Pfund, investiert werden müssten, um die Schiene in England wieder auch nur einigermaßen brauchbar herzurichten, weil derzeit traut sich kein Wissender und kein Kenner der Materie ernsthaft in England mehr mit der Schiene zu fahren – eine fürchterliche Situation. Wir alle miteinander haben damit eine Aufgabe vor uns zu verhindern, dass uns durch eine grenzenlose Liberalisierung nicht nur die Stromwege, die am 1. Oktober dieses Jahres ins Haus stehen, sondern auch der Schiene das pas-

siert, was England und Kalifornien schon passiert ist. Ich erwähne diesen Bereich, weil er mir als einer der Wichtigsten erscheint. Ich erwähne nicht mehr die vielen, vielen Straßenprojekte, die ohnedies anstehen – Kollege Straßberger hat sie zum Teil erwähnt. Ich gehe auch davon aus, dass wir heute im Abgehen von der bisherigen Tradition, dass aus jeder Region einer der so genannten Straßensänger hierher kommt und darauf aufmerksam macht, welche Bereiche in seinem engsten Umfeld ganz wichtig sind. Selbstverständlich sind alle Sachen wichtig. Wenn du ein Beispiel von deiner Region genannt hast, dann haben wir in der Obersteiermark zum Beispiel ebenfalls aktuell die Snowboard-WM in Murau. (Präsident: „Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist längst abgelaufen!“) Das heißt im Klartext, wir werden dort auch etwas tun müssen. Ich gehe davon aus und ich bedanke mich für den Hinweis, sage aber noch den Satz fertig, selbstverständlich werden und sollten wir alle diese Anliegen, die auch in eurem Antrag aufgelistet sind, mit Vehemenz betreiben, weil ich der Überzeugung bin, dass hier Investition Not tut und nicht Nulldefizit und null Investition.

Ich habe zwei Unselbstständige Entschließungsanträge einzubringen. Wir haben den in allen Kapiteln zu erwähnenden und einzubringenden Antrag über die Wertgrenzen auch hier in der Gruppe 6 einzubringen und wir haben den Entschließungsantrag mit dem Titel Verkehrsinfrastruktur einzubringen. Aus zeitökonomischen Gründen kann ich all das, was wir zum Thema neue Südbahn zu sagen haben, hier nicht mehr vorlesen.

Erster Antrag: Wertgrenzen: Es wird der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, von ihrem Ansinnen, die Wertgrenzen, innerhalb derer die Landesregierung ohne Befassung des Steiermärkischen Landtages Liegenschaftsverkäufe durchführen kann, auf das 13,7603-fache zu erhöhen, aus demokratiepolitischem Anstand Abstand zu nehmen und keine diesbezügliche Regierungsvorlage vorzubereiten.

Zweiter Entschließungsantrag: Verkehrsinfrastruktur. Es wird der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert die Bundesregierung aufzufordern, erstens endlich die gesamte Ausfinanzierung der „Neuen Südbahn“ mit all ihren Teilen, wie Semmeringbasistunnel, diverse Streckenbegradigungen, Güterterminal Werndorf und Koralmtunnel sicherzustellen und raschestmöglich die dazu notwendigen Planungs- und Bauübertragungen durchzuführen sowie den Ausbau der Ostbahn und den Ausbau der Schienenstrecke nach Norden über den Pyhrnpass schnellstens umzusetzen, zweitens die noch offenen, nicht umgesetzten, aber mehrfach zugesagten Ausbaumaßnahmen der Straßeninfrastruktur, wie die Straßenverbindungen im Mur- und Mürztal voranzutreiben, endlich den politischen Willen aufzubringen, über die fertig geplante ennsnahe Trasse endgültig zu entscheiden und die begonnenen und geplanten Straßenbauvorhaben in der Ost- und Weststeiermark, wie beispielsweise die Umfahrungen Hartberg und Großwilfersdorf sowie den aus Verkehrssicherheitssicht dringend notwendigen Ausbau der Südautobahn über die Pack endlich konkret in Angriff zu nehmen und drittens den Entfall der Mittel aus dem Sonderinvestitionsprogramm für den Landesstraßenbau durch Verwendung von Teilen der im Voranschlag 2001 auf 200 Millionen Schilling erhöhten „Allgemeinen Verstärkungsmittel“ aufzufangen und zu ersetzen.

Ich lade Sie ein, mit diesen unseren Entschließungsanträgen mitzugehen um dafür zu sorgen, dass die Verkehrspolitik auch tatsächlich der Steiermark jenen Wirtschaftsstandort sichert, von dem wir alle miteinander glauben, dass es für uns wichtig ist. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 8.56 Uhr.)

Präsident: Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Abgeordnetem Hagenauer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Hagenauer (8.56 Uhr): Herr Präsident, geschätzte Herren Landesräte, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich schließe, wie schon gestern zum Thema Umweltschutz, beim Hauptredner an, wenn ich das Vokabel verwenden darf. Wenn ich mir die Struktur dieser Budgetdebatte inzwischen beim Hauptredner der ÖVP anschau, der – nichts für ungut, Herr Kollege Straßberger – nicht zufällig sich zum Thema Eisenbahn äußerst kurz gefasst hat, wie Sie selbst sagen und lieber über den Flugverkehr gesprochen hat, dann sage ich, ich würde das an Ihrer Stelle auch machen. Sie haben es beim Thema Bahnverkehr auch bei dem jetzt schon üblichen Zusammenhalteappell bewendet. Auch das würde ich an Ihrer Stelle so machen. Weil was denn sonst? Was kann denn die steirische ÖVP sonst zu diesem Thema sagen? Wissen Sie, Herr Kollege Straßberger, um auch bei einer Linie dieser Budgetdebatte zu bleiben, Appelle, und jetzt nichts gegen Appelle und nichts gegen Gefühle, aber ich sage es auch hier an dieser Stelle und gerade an dieser Stelle noch einmal und nichts dagegen, aber dort fängt die Politik an, nach den Appellen, dort hört sie nicht auf. Gerade am Eisenbahnsektor und am Sektor der Bahnverbindungen ist die Situation – und da sind wir uns ja wohl einig – äußerst kritisch. Sie ist dramatisch, auch die Zahlen des Entschließungsantrages der freiheitlichen Partei. Ich habe gestern schon kurz darauf Bezug genommen: Dass im Bahnbereich 50 Milliarden an Projekten anstehen, im Gegensatz zur Straße übrigens von 9,7 Milliarden, sagt das eigentlich am deutlichsten. In dieser Situation brauchen wir uns gegenseitig nicht Mut machen, das ist überhaupt nicht das Problem. Das Problem ist das, dass man von Seiten der steirischen Landesregierung, von Seiten der Landeshauptfrau und des zuständigen Regierungsmitgliedes Schöggel schon längst sagen hätte müssen, wie in dieser dramatischen Situation die Steiermark sich durchsetzen kann. (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schöggel: „Sie werden uns sagen wie es geht!“) Appelle hatten wir schon in der Vergangenheit. Dass wir zu diesen Bahnprojekten stehen, das hören wir jetzt seit 30 Jahren. Das Ergebnis kennen wir. Ich erwarte schlicht und ergreifend von den Verantwortlichen, dass sie politische Strategien auf den Tisch legen, was sie jetzt anders zu machen gedenken. In diesem Sinne auch, geschätzte Kolleginnen und Kollegen von der Freiheitlichen Partei, ein Satz zu Ihrem Antrag: Sie beantragen schlicht und ergreifend, dass die Landesregierung

aufgefordert wird, sich weiterhin für die Errichtung der dringend notwendigen Infrastrukturprojekte einzusetzen und zweitens dem Landtag einen Maßnahmenkatalog vorzulegen. (Abg. Dr. Bleckmann: „Ist nicht eingebracht worden!“)

Das macht nichts, ist trotzdem symptomatisch. Ich war der Meinung, dass – und jetzt sind immerhin ein paar Monate ins Land gezogen – Ihr Landeshauptfraustellvertreter Schögggl einen derartigen Maßnahmenkatalog schon längst erarbeitet hat, natürlich samt allen seinen Vorgängern. Ich bin der Meinung, Herr Landeshauptfraustellvertreter ist dafür bezahlt und muss nicht extra vom Landtag aufgefordert werden. (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Wir warten auf die Unterstützung der Grünen zu den Verkehrsprojekten!“) Wenn man jetzt bereits vergegenwärtigt, dass auf der Bundesebene Milliarden unter äußerst harten Bedingungen verteilt werden und in der Landesregierung beginnt man sich daranzumachen, wenn das so stimmen sollte, einen Maßnahmenkatalog vorzulegen. Sagen Sie mir nicht, dass man eh schon immer das und das gefordert hat. Das ist nicht die Lösung, sondern das Problem, das die Steiermark hat. Sie hat in Sachen Bahnprojekte immer schon einen Bauchladen vor sich hergetragen, hat alles gefordert und ist für mich in der äußerst gefährlichen Situation, und ich habe es an anderer Stelle schon einmal erwähnt, sich nicht nur beim Semmeringtunnel einen blutigen Schädel zu holen, wie gehabt, sondern dasselbe bei der Koralmbahn zu erleiden. Was in den letzten 14 Tagen seit unserer Dringlichen Anfrage passiert ist, ist das, dass auch Ihre – wie darf ich sagen – Kameraden jenseits der Koralmbahn von der Koralmbahn abgerückt sind. Das war zu befürchten. Ich warne daher davor, der Öffentlichkeit und sich selber einzureden, dass der Baubeginn in Graz etwas mit der Sicherstellung der Realisierung dieser Koralmbahn zu tun hat. Den Abschnitt in Graz kann man immer brauchen – Gott sei Dank –, auch für eine allfällige Südbahn nach Spielfeld und weiter nach Marburg und Laibach und selbstverständlich auch für den Nahverkehr. Das hat mit einer Sicherstellung der Koralmbahn nichts zu tun. Wenn die Frau Bundesministerin sogar die Mittel für die Planung, und von ihrem Budget her kann es nicht die große Hürde sein, streicht, dann sagt das für mich alles. Kurz noch zu zwei weiteren Bereichen, der Ausbau des öffentlichen Verkehrs in Graz: Das, was sich momentan in der Stadt abspielt, ist ein Trauerspiel. Da wird um Straßenbahnvarianten gestritten – wenn es wenigstens das wäre. In Wirklichkeit steckt schlicht und ergreifend der Umstand dahinter, dass man nicht zuletzt von Seiten der ÖVP und, wie sich jetzt abzeichnet, von Seiten der Freiheitlichen Partei kein Geld für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs ausgeben will. Stattdessen diskutiert man wieder über irgendwelche Gürtelstraßenvarianten außerhalb von Graz, um Zeit zu gewinnen und ich vermute, das nicht einmal ernsthaft.

Ein weiterer Punkt, wir haben dazu auch einen Entschließungsantrag eingebracht, betrifft den Ausbau der Radwege. Wissen Sie, ich beziehe mich einmal mehr auf das berühmte Zitat, das auch der Landesrat Paierl verwendet hat: „Ein Budget ist in Zahlen gegossene Politik!“ Und in Wirklichkeit ist dieses Budget eine mehr oder weniger lineare Fortschreibung auch was etwa den Sektor der Radwege anbelangt. Wenn wir in diesem Land eine andere Politik machen, etwa in Richtung Klimaschutz, in Richtung Umweltschutz, dann hätte man die wenigen bescheidenen Millionen für den Radwegbau aufstocken müssen. Hat man aber nicht getan. Den Landtag lässt man diskutieren über dutzende von Anträgen über den Ausbau von Radwegen vom Mürztal bis in den Bezirk Radkersburg und das Budget spiegelt das einfach nicht wider. Wir haben daher einen Entschließungsantrag eingebracht betreffend die Budgets, die Voranschläge für 2001 und 2002 zur Umschichtung von Mitteln für den Straßenbau zugunsten von Radwegen.

Zum Abschluss noch ein Wort zur sicheren Steiermark, wie sie in – wie soll ich sagen – etwas blasphemischer Weise schon so oft strapaziert wurde. Die Steiermark ist eine der unsichersten Regionen Europas. (Abg. Dr. Lopatka: „Was ist Blasphemie?“) Eine der unsichersten Regionen Europas! (Abg. Dr. Lopatka: „Wissen Sie überhaupt, was Blasphemie ist?“) Österreich führt im europäischen Feld sowohl im Bereich der Unfälle mit Personenschäden als auch im Bereich der Unfälle etwa bei getöteten Fußgängern und Radfahrern. Und die Steiermark wiederum liegt innerhalb Österreichs an beachtlicher Stelle in diesem Feld. Von der sichersten Region Europas zu reden ist – wenn Sie den Ausdruck lieber hören – etwas unangebracht und etwas keck, würde ich sagen. Und wenn die Frau Landeshauptfrau sagt, sie hat schon das und das gemacht auf diesem Sektor, dann sage ich, bitte, es kommt nicht darauf an, dass man was macht, sondern es kommt eben auf die Anzahl der Unfälle und auf die Anzahl der Getöteten an. (Abg. Straßberger: „Können Sie einmal etwas Positives sagen?“) Ja, in dem Moment habe ich das getan! Man muss, man kann sich und soll sich für diese Sachen einsetzen, das sehe ich als positiv. Als positiv sehe ich nicht, sondern als negativ und schädlich, von solchen Sachen zu reden und nur zu reden und nicht zu handeln.

Und noch ein Wort zum Thema Sparen in Österreich und zum Thema der Rolle des Bundes in dem Zusammenhang und der Länder. Ich sage es Ihnen ganz offen, letztlich haben wir auch in Hinblick auf das Sparen in diesem Land in Österreich ein großes Problem. (Präsident Purr: „Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist abgelaufen!“) Nämlich der Bund stellt das Geld auf und die Länder geben es aus. Nicht zuletzt etwa im Bundesstraßenbereich. Die Länder entwickeln – und die Steiermark ist für mich ein gutes Beispiel – eine erhebliche Intelligenz, auch den Bund in Pflicht zu nehmen beim Straßenausbau. Wir haben in der Steiermark etwa zwischen Marburg und Bruck an der Mur drei vierspurige Straßen, drei Hochleistungsstraßenzüge in der Relation zwischen Wien und Norditalien bald einmal, wenn die Pack fertig ausgebaut ist und die Murtalschnellstraße – drei Stück. Das bringt uns zur europaweit höchsten Autobahndichte pro Einwohner mit Abstand. Und am Bahnsektor fahren wir irgendwo zwischen 50 und 80 Stundenkilometer durch die Gegend. Ich sage es Ihnen ganz offen, wenn wir von Bundesstaatsreform reden und wenn wir vom Sparen reden, dann wird man eben auch irgendwann einmal damit aufhören müssen, dass der Bund das zahlt und das Land verwendet seine Intelligenz nicht zum Sparen, sondern zum Ausgeben dieser Gelder. Und ansatzweise habe ich das gestern schon mit Schmunzeln registriert, wie die ÖVP und die Freiheitliche Partei in diesem Zusammenhang unterschiedliche An-

sätze haben, etwa wenn es um die Schließung der Bezirksgerichte gegangen ist. Die Freiheitlichen waren überhaupt nicht glücklich, dass die ÖVP jetzt herumrennt und sagt, das Bezirksgericht und das Finanzamt darf nicht geschlossen werden. (Präsident Purr: „Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist bereits tüchtig überzogen!“) Damit Sie verstehen, was ich meine. Genau das meine ich! Den feschen Kappel zu spielen und zu sagen, das brauchen wir und das brauchen wir und das brauchen wir, das ist eine Sache und die Verantwortung dann dafür zu übernehmen und sich hinzustellen und zu sagen, das geht halt nicht insgesamt, ist eine andere. Nehmen Sie sich, damit höre ich jetzt auf, Herr Präsident, nehmen Sie sich die Debatte des Landtags etwa um den Seebergtunnel einfach als konkretes Beispiel. 500 Millionen Schilling, und wenn es nur vier sind, sind es nur 400 Millionen. Da wird mit Inbrunst und mit großer Überzeugung und mit Entrüstung debattiert um ein Projekt, das betrifft eine Einwohnerzahl, Sie kennen das wahrscheinlich, so rund um die 5000 Einwohner. Die haben auch das Recht, das ist schon recht. Und was ist mit jemand, der in der Stadt Graz mit dem Rad fahren will oder auch im Mürztal mit dem Rad fahren will, Herr Kollege Straßberger? Das ist genau Politik. Ich habe es gestern schon diskutiert, was ist mit einem Anrainer einer Autobahn, der hat auch das Recht auf Schlaf, der hat auch das Recht auf Ruhe und dann stellt man sich heute hin und sagt, tut mir Leid, wir haben kein Geld für den Lärmschutz, uns ist das Geld ausgegangen, von wegen Menschenrechte. Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei den Grünen. – 9.11 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Kollege Wiedner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Wiedner (9.11 Uhr): Herr Präsident! Sehr verehrter Herr Landeshauptmannstellvertreter! Herr Landesrat! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Positiv und erfreulich, dass der Herr Landesrat heute 50, ein schönes Wetter und ein herrlicher Frühlingstag ist. Darf ich auch einiges Positives in meinem Beitrag zur Infrastruktur und zum Straßen- und Bahnverkehr berichten.

Ich war ganz überrascht am Anfang, als der Herr Kollege Grabner so positiv über das Ganze berichtet hat, das ist ja sonst nicht seine Art und überhaupt nicht die Art der SPÖ, bei dieser Diskussion einmal auch ein gutes Haar an etwas zu lassen. Es war ja schon sehr bezeichnend in der Diskussion oder in der Ausschusssitzung, als der Kollege Grabner beim Vorsitzenden nachgefragt hat: „Stimmt das, im Bundesstraßenbau haben wir um so und so viel mehr, gibt es das?“ Ja, Herr Kollege Grabner, das stimmt. Wir haben mehr. Nicht nur im Bundesstraßenbau, sondern im Allgemeinen. Also auch in Zeiten wie diesen, um ein geflügeltes Wort zu verwenden – (Abg. Schrittwieser: „Aber nicht für die Steiermark!“) Warte, zu dir komme ich noch, Siegi, dir erzähle ich noch ein G'schichtl – (Abg. Schrittwieser: „Im Bund haben wir schon mehr!“) war es möglich und war es auch notwendig, im Bereich der Infrastruktur mehr zu schaffen. Auch bei einem Budget, das nach dem Motto läuft „Sich nach der Decke strecken“ ist mehr passiert und wird in Zukunft mehr passieren.

Zum Kollegen Hagenauer: Ich habe nur zehn Minuten Redezeit, es war einer seiner üblichen Auftritte, die er abgeliefert hat. Er ist scheinbar der Einzige hier im Hause von uns 56 inklusive der Regierungsmitglieder, der im Besitze der alleinigen Wahrheit ist, der alles besser weiß, sich überall auskennt und jeden belehren kann, wie das Ganze überhaupt zu gehen hat. Lieber Kollege Hagenauer, ich bezweifle das, dass Sie der Einzige sind, der alles weiß. (Beifall bei der FPÖ.)

Die zweite Sache zu Ihrem Entschließungsantrag. Wir können dem sicherlich nicht zustimmen. Es geht hier um budgetäre Maßnahmen erstens, und zweitens wird mit Radwegen allein, wenn das euer einziges Anliegen ist, die Infrastruktur und die wirtschaftliche Weiterentwicklung unserer Steiermark nicht zu schaffen sein. Und wenn Sie von der Koralmbahn reden und wenn Sie von all diesen Bauprojekten reden, dann schaue ich mir an, Kollege Hagenauer, ob nicht Sie und Ihre Kollegen dann wieder die Ersten sind, die zwischen Werndorf und Frauental da irgendwo auf der Straße oder auf einem Acker sitzen und wieder alles verhindern, was gemacht werden sollte. Da groß reden, wir brauchen, wir müssen, wir sollen und dann sitzen Sie draußen und sagen, nein, wir dürfen nicht und da ist das, und das, und das. Ich bitte um ein bisschen mehr Ehrlichkeit. (Beifall bei der FPÖ.) Sie haben über zehn Minuten gesprochen. Ich habe schon darüber berichtet, dass es viel Erfreuliches bei der Infrastruktur im Bereich des Straßenbaues gibt. Es war vor kurzem unsere Frau Bundesministerin Forstinger in der Steiermark und hat Projekte im Wert von drei Milliarden Schilling nicht nur versprochen und zugesagt, so wie es viele andere gemacht haben, sondern mit Bescheid bestätigt. (Beifall bei der FPÖ.)

Es gibt allein im Bundesstraßenbau heuer über 1,1 Milliarden Schilling, die zur Verfügung stehen. Das ist somit ein Bereich, der eine ganz gewaltige Summe beinhaltet. Es gibt zwei weitere Projekte, die Milliardenprojekte sind und in der Steiermark in der nächsten Zeit angegangen werden und das im öffentlichen Verkehr. Es ist der Bereich Graz-Hauptbahnhof, Graz-Puntigam. Durch den Ausbau der Hochleistungsstrecke würde es im Grazer Stadtgebiet keine niveaugleichen Bahnübergänge mehr geben. Die bestehenden Eisenbahnkreuzungen werden durch insgesamt elf leistungsfähige Eisenbahnunterführungen ersetzt und ermöglichen der Stadt Graz im Südwesten neue Entwicklungschancen. Das ist ein Projekt von 1,6 Milliarden Schilling und das ist ein Projekt, das nicht versprochen ist, sondern das bauübertragen ist. Weiters gibt es die Vorbereitung auf den viergleisigen Ausbau, momentan zwar nur zweigleisig, aber die Vorbereitung auf den viergleisigen Ausbau gibt es schon. Ein nächstes Milliardenprojekt für die Steiermark: Die Bauübertragung Graz-Puntigam, Werndorf. Der Bescheid ist bereits hier. Auch der Bereich der Bauübertragung ist ein Milliardenprojekt für die Steiermark. Nächstes Milliardenprojekt für die Steiermark: das Cargo-Center Graz. Erst vor einiger Zeit, es ist uns noch allen in Erinnerung, fand die Spatenstichfeier statt. Das ist eine Investition von 1,8 Milliarden Schilling und wird im großen Bereich auch privat finanziert und das sollte auch ein Modell für die Zukunft im Infrastrukturbereich sein, die so genannte

PPP. Unter diesem Titel läuft das, dass auch private Investoren sich beteiligen und nicht immer nur darauf warten, dass die öffentliche Hand etwas macht. Der Verlauf des Tunnels der Koralmbahn ist auch klar. Ich habe hier einen Zeitungsartikel, wo mein Kollege Kröpfl aus Deutschlandsberg sagt: „Es grenzt an den Verrat, was mit dem Koralmtunnel wieder gemacht wird. Das ist furchtbar. Es werden die ganzen Planungsmittel gestrichen und es gibt überhaupt kein Geld mehr!“ (Abg. Kröpfl: „Das ist wirklich ungeheuerlich!“) Lieber Freund Kröpfl, was du hier verbreitest ist einfach unrichtig. Das stimmt nicht. Es ist für die Planung genügend Geld vorhanden. (Abg. Kröpfl: „Nein, wo denn?“) Ich sage es dir anhand eines Beispiels – vielleicht verstehst du das dann ein bisschen besser: Wenn ich mit dem Auto von A nach B fahre, dann tanke ich nicht so viel, dass der Benzin beim Tankstutzen wieder herausrinnt, sondern ich tanke nur so viel, dass ich von A nach B komme. Das ist hier gegeben. (Abg. Kröpfl: „Berechnest du jedesmal wenn du von Leibnitz nach Graz fährst, wie viel du reintankst?“) Es sind genügend Mittel hier, um die Planung weiterzuführen. Darum geht es hier. (Beifall bei der FPÖ.) Ich würde bitten, nicht nur mit Horrorgeschichten aufzutreten und zu sagen, es ist alles grauslich und es ist alles furchtbar, nur weil ein neuer Referent zuständig ist, und das erst seit November. Es ist einfach zu sagen, jetzt geht überhaupt nichts weiter. Früher, als der Ressel zuständig war, war alles super. Da haben wir jeden Kreisverkehr gebaut und jetzt ist nichts mehr und das auch zu eurem Entschließungsantrag. Nicht alles, was gut und teuer ist, sondern dafür, was notwendig und wichtig ist, werden wir uns in der Zukunft einsetzen. Siegi Schrittwieser, ich werde mich auch kurz noch zu dir wenden. Frau Ministerin Forstinger und Landeshauptmannstellvertreter Schöggel haben gesagt, die Strecke Bruck–Kapfenberg wird ausgebaut und wird auch gemacht. Wir leben nicht nur von Ankündigungen. Du lebst wahrscheinlich noch in der Zeit von Vranitzky, der 120 Millionen Schilling angekündigt hat. (Abg. Schrittwieser: „Baubeginn, lieber Freund, war in diesem Jahr geplant und jetzt ist es 2003 bis 2004!“) Das wurde nicht nur angekündigt, sondern wurde zugesagt. Das ist aber scheinbar deine Vorgangsweise. Du stellst dich mit deinen Leuten auf die Straße und fängst für etwas zu demonstrieren an, was bereits zugesagt ist. Sage das deinem Bürgermeister Rosenberger, dass das bereits zugesagt ist. (Abg. Schrittwieser: „Märchenstunde macht man am Abend, und nicht in der Früh!“) Das ist keine Märchenstunde, das sind Tatsachen. (Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Lieber Freund, deine Märchenstunde beschäftigt keine Leute, erst der Baubeginn!“) Ich bedanke mich für diese Arbeit bei unserem Herrn Landeshauptmannstellvertreter. Ich bedanke mich auch bei der Beamtenschaft, vorweg Herrn Dipl.-Ing. Tropper, den ich hinten sitzen sehe, und Hofrat Gobiet für die Arbeit.

Ein herzliches Danke für diese Arbeit! (Beifall bei der FPÖ.)

Sie können sicher sein, wir werden in Zukunft das umsetzen, was für die Steiermark notwendig und wichtig ist. (Beifall bei der FPÖ. – 9.20 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schöggel.

Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schöggel (9.20 Uhr): Herr Präsident, Herr Kollege auf der Regierungsbank, hoher Landtag!

Man könnte einleiten und sagen, ein schöner Tag beginnt mit einer gut ausgebauten Infrastruktur. So ist es. Es ist aber so, dass noch viel zu tun ist. Ich möchte ganz kurz auf meine Vorredner eingehen, zuerst kurz auf den Vertreter der Grünen: Ich möchte in erster Linie einmal seine Verdienste würdigen, und zwar seine Verdienste um den Semmeringbasistunnel. Wenn sich Kollege Hagenauer – und das weiß ich ganz genau aus meiner Zeit als Parlamentarier – sich bei den Bundes-Grünen nicht so sehr für den Semmeringbasistunnel eingesetzt hätte, dann wären die Grünen insgesamt auch gegen dieses Projekt gewesen, dann wären sie nicht nur gegen alle anderen – wie sie es bei allen anderen Projekten sind – dagegen gewesen, sondern auch gegen den Semmeringbasistunnel gewesen. Für diese Unterstützung möchte ich danken. Im Weiteren würde ich die Grünen bitten, dass sie jene Projekte, die Sie gerne forcieren, umgesetzt hätten, einmal nominieren und namhaft machen, weil, wie Herr Abgeordneter Wiedner sagt, zwischen Reden und Handeln ist natürlich immer ein bisschen ein Unterschied. Einerseits wird der Ausbau forciert, andererseits wird natürlich sofort eine Bürgerinitiative entwickelt und heftigst gegen jedes Projekt – und sei es noch so klein – opponiert. Zum Lärmschutz: Wir haben entsprechende Maßnahmen vorgesehen. Selbstverständlich gibt es das Recht auf Schutz vor gesundheitsgefährdenden Gefahren und da fällt auch der Lärmschutz darunter und hat in meinen Augen und in meiner Arbeit einen sehr hohen Stellenwert und dafür werde ich arbeiten. (Beifall bei der FPÖ.)

Zu den Radwegen, und da bitte ich Herrn Hagenauer, besonders gut aufzupassen und vielleicht mitzuschreiben: Im Entwurf 2001 für die Umsetzung von Radwegen sind folgende Radwege vorgesehen: Murradweg 1: R 2 Raum Graz, Augartenverbreiterung, Lazarettgürtel, Murradweg: R 2 Triebendorf, Frojach, R 2 Sankt Michael in Obersteiermark, R 2 Leoben, R 2 Frohnleiten, R 2 Wildon, Lebring, R 2 Gralla, Murradweg R 2 Radkersburg-Umgebung, Sieldorf, Schilcherradweg: R 4 Frauental, R 4 Wies, Mürztalradweg: R 5 Mürzzuschlag, R 5 Kindberg, Mürzhofen, Kindberg zweiter Teil, Ennstalradweg: R 7 Pichl-Preunegg, R 7 im Raum Liezen, R 7 Mitterberg, Stein an der Enns, R 7 Weng, R 7 Sankt Gallen, Ilztalradweg: R 10 Ilztal, Raabtalradweg: R 11 Lödersdorf, Johnsdorf, Thermenradweg: R 12 Kapfenstein, Sankt Anna, R 12 Unterlamm, Seeberggradweg: R 13 Mariazell, Gußwerk, Sankt Sebastian, R 13 Kapfenberg, Thörl, Kainachtalradweg: R 14 Lieboch, Rastlandradweg: R 15 Traboch, Sankt Michael, Salzkammergutradweg: R 19 Grundlsee, Seckauer Alpenradweg: R 24 Feistritz, Zirbenlandradweg: R 26 Obdach, Sankt Anna und so weiter, und so weiter – die Liste ist noch nicht beendet. Wenn hier jemand behauptet, für den Ausbau des Radwegenetzes tut diese Regierung nichts, dann ist er am falschen Dampfer, Herr Hagenauer. (Beifall bei der FPÖ. – Präsident: „Ich bitte, den Lärmpegel der Zwischengespräche abzusenken!“)

Zum Abgeordneten Grabner nur ein Wort, weil er über das Nulldefizit gesprochen hat. Er hat diese Übung auch gemacht, die sich durch diese Budgetdebatte zieht: Er hat das Nulldefizit mit einer Nulldiät verglichen. Der Vergleich ist gar nicht so schlecht, und zwar insofern, weil natürlich die Verwaltung wirklich eine Entschlackung braucht und das werden wir auch tun. Und wenn diese Entschlackung umgesetzt wird, dann werden wir einen leistbaren, bürgernahen, effizienten Staat haben, der uns den Spielraum ermöglicht, andere Projekte leichter und besser umzusetzen. Danke für diesen Hinweis! (Beifall bei der FPÖ.) Es ist natürlich so, dass dieses Nulldefizit – und ich erkläre es noch einmal – das Nulldefizit heißt nicht, keine Schulden mehr haben, leider, das ist auch bei dieser ungeheuren Schuldenlast, die die Regierung von den sozialdemokratischen Finanzministern übernommen hat, ja gar nicht möglich. Nulldefizit heißt nur keine Neuverschuldung mehr. Das muss einmal gesagt werden. Und wenn hier das Tempo beklagt wird, dann nur noch einmal kurz: Der „Economist“ vom 26. April, der also nachweist, dass bereits Finnland, Luxemburg, Irland, Schweden, Dänemark, Großbritannien, die Niederlande, Belgien, Spanien und Griechenland Budgetüberschüsse aufweisen und nur mehr Italien, Österreich, Portugal und Deutschland, wo bekanntlich auch ein gewisser Herr Schröder Bundeskanzler ist, ein Budgetdefizit aufweisen und natürlich alle Anstrengungen zur Hand zu nehmen sind, auch hier im Budget zu Überschüssen zu kommen, weil dann gibt es wieder Geld zu verteilen, dann können wir im Sozialbereich, aber auch im Infrastrukturbereich – und das ist ganz besonders wichtig, weil davon tausende Arbeitsplätze abhängen – wieder verstärkt investieren und in die Innovation hineinsteigen und das ist gut so. Und darum muss dieses Nulldefizit als wichtigste Voraussetzung für einen gesunden Staat und ein gesundes Budget hergestellt werden. Das nur noch einmal zur Erklärung. (Beifall bei der FPÖ.)

Ein paar Vorhaben: Ich freue mich hier mitteilen zu können, dass wir derzeit die beiden größten Tunnelbaustellen in Österreich in der Steiermark haben. Das ist immerhin etwas und ich bedanke mich bei den ausführenden Firmen, im Plabutsch – Sie wissen –, der Durchschlag ist bereits erfolgt, die Verkehrsübergabe wird planmäßig erfolgen, aber auch am Semmering. Und für diese dort wirklich vom Verkehr gequälte Bevölkerung wird sie ihre Arbeit hervorragend machen und ich wünsche ihnen für den weiteren Verlauf der Baustellen einen unfallfreien und planmäßigen Fortschritt.

Es ist gelungen, aus einer Sonderfinanzierung des Programms etwa 100 Millionen Schilling in die Steiermark zu holen, damit werden wichtige verkehrsverbessernde Maßnahmen im Zusammenhang mit der Snowboard-WM im Raum Kreischberg gemacht werden. Aber auch der lang gehegte Wunsch der obersteirischen Bevölkerung, die Bundesstraße zwischen Kapfenberg und Bruck vierspurig auszubauen, wird damit möglich sein. Ein sehr lange gehegter Wunsch. Und wir werden das gerne machen. (Beifall bei der FPÖ.)

Wir arbeiten auch an der B 317 weiter. Es wird die Verbindung Zeltweg Richtung Weißkirchen geben. Allerdings sage ich ganz klar, dass wir in den nächsten Jahren vor allem im Landesstraßenbereich den Schwerpunkt auf die Sanierung des bestehenden Straßennetzes und die entsprechenden verkehrsverbessernden Maßnahmen legen werden und den Neubau nach Möglichkeit zurückdrängen werden. Das aus folgendem Grund: Wir bauen nämlich heute die Sanierungsfälle von morgen. Das heißt, wir müssen unser Straßennetz natürlich wieder einmal so richtig in Schuss bringen, damit dort die Verkehrsteilnehmer entsprechend sicher und auf einwandfreien Fahrbahnen sich bewegen können, damit wird auch die Unfallgefahr verringert. Das ist ein besonderes Anliegen von mir.

Bauen statt Stauen, ganz wichtig, die Baulosausschreibung habe ich gestern schon gesagt und wir werden – um volkswirtschaftlichen Schaden zu verringern – die Bauzeiten verkürzen. Und das durch eine sehr, sehr strikte Kontrolle der Bauausführung. (Beifall bei der FPÖ.) Danke! Immer gut, ist immer wohltuend!

Hoher Landtag! Es sind natürlich auch in dem Bereich der Eisenbahn wichtige Vorhaben. Und eines der wichtigsten Vorhaben, auch wenn die Liberalisierung hier kritisiert wurde, eines der wichtigsten Vorhaben ist, das Landesunternehmen, die Landesbahnen zu einem Verkehrsdienstleistungsunternehmen von europäischer Dimension auszubauen. Was heißt das? Dass die Landesbahnen als Logistikunternehmen, als wichtiges Unternehmen der Verkehrsinfrastruktur über die Steiermark hinaus aktiv werden sollen und wirklich auch als Verkehrsdienstleister sich einen internationalen Ruf erwerben sollen. Und das wird eine Chance sein für das Unternehmen und ich freue mich auf diese Aufgabe. (Beifall bei der FPÖ.)

Wichtig ist natürlich, dass wir die Infrastruktur dort ausbauen, wo natürlich auch Arbeitsplätze indirekt davon abhängen. Das wird in erster Linie natürlich die Nord-Süd-Verbindung sein, die Nord-Süd-Verbindung über den Pyhrn hinaus. Mit Oberösterreich wird bereits verhandelt, weil wir in der Steiermark ja relativ weit sind, über den Schoberpass bis hinaus zum Pyhrn sind wir ja fast fertig. Aber wichtig ist es auch, mit unseren südlichen Nachbarn in Kontakt zu treten, weil natürlich für unsere Warenströme, für unsere Wirtschaft eine effiziente und schnelle Anbindung an die Adria Häfen unabdingbar ist. Auch da wird es notwendig sein, gemeinsam über die steirischen Grenzen hinaus, wie wir es auch mit Kärnten in der Verkehrsinitiative Süd machen, auch mit Slowenien Verbesserungen zu schaffen – wir müssen über den steirischen Raum hinaus denken, wir müssen, gerade was die Waren- und Produktströme betrifft, europäisch denken und das tun wir auch in der Steiermark. (Beifall bei der FPÖ.)

Wir müssen aber auch neue Finanzierungsmethoden suchen. Es wird nicht reichen, in Zukunft insbesondere für kleinräumigere Projekte immer darauf zu warten, bis öffentliches Geld kommt. Es ist ja in aller Munde, dass es so genannte PPP-Modelle, „Privat-Public-Partnership“, geben soll, nur, wenn man es dann ein bisschen konkreter analysiert, fällt „Privat“ weitgehend weg und „Public“ bleibt über. Aber auch in diesem Sinne arbeiten wir daran und wir haben zwei oder drei Projekte in der Steiermark, die wir hoffen auf diese Weise unter Beteiligung der Interessenspartner, sei es die Wirtschaft, seien es die Gemeinden, rascher als wenn wir es nur mit Budgetmitteln machen können, umzusetzen. Auch das wird ein großer Erfolg sein, meine sehr verehrten Damen und Herren. (Beifall bei der FPÖ.)

Insgesamt denke ich, dass von Anbeginn die Möglichkeit, in der Steiermark ein analoges Ressort zu schaffen, wie es das Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie im Bund ist, dort diese Strukturen auf die Landesebene herunterzubrechen und einzurichten, eine gute Idee war. Es ermöglicht, die Synergien zwischen Bund und Land besser zu nützen. Die Kommunikationswege sind direkter geworden und diese Maßnahmen entwickeln sich zunehmend zu einer Erfolgsgeschichte.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hoher Landtag! Es ist noch viel zu tun. Es ist in der Energiepolitik viel zu tun, es ist im öffentlichen Verkehr viel zu tun, es ist also auch unsere Verkehrsinfrastruktur entsprechend zu verbessern und den Nutzern umfassend zugänglich zu machen. Es ist viel zu tun, aber ich werde mich nach Kräften dafür einsetzen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. Glück auf! (Beifall bei der FPÖ. – 9.33 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung zur Gruppe 6 liegt nicht vor. Der Berichterstatter hat das Schlusswort.

Abg. Wiedner: Ich verzichte!

Präsident: Ich höre, er verzichtet. Damit komme ich zur Abstimmung über die Abänderungsanträge, Ansätze und Posten der Gruppe 6 sowie die Entschließungsanträge dieser Gruppe.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Abänderungsantrag für den Landesvoranschlag 2001 der Grünen betreffend Umschichtung von Mitteln für den Straßenbau zugunsten von Radwegen ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zu den Ansätzen und Posten der Gruppe 6 hinsichtlich des Landesvoranschlages für 2001 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Dieser Antrag wurde mehrheitlich angenommen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Abänderungsantrag für den Landesvoranschlag 2002 der Grünen betreffend Umschichtung von Mitteln für den Straßenbau zugunsten von Radwegen ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zu den Ansätzen und Posten der Gruppe 6 hinsichtlich des Landesvoranschlages für 2002 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Dieser Antrag wurde mehrheitlich angenommen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend Wertgrenzen, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend Verkehrsinfrastruktur, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Meine Damen und Herren! Damit sind wir bei der Gruppe 7 – Wirtschaftsförderung. Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Riebenbauer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Riebenbauer (9.35 Uhr): Herr Präsident, meine geschätzten Damen und Herren!

Schriftlicher Bericht des Finanz-Ausschusses zu Gruppe 7 der Landesvoranschläge 2001 und 2002. Der Finanz-Ausschuss hat in seiner Sitzung am 24. April 2001 die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 311/1, betreffend die Landesvoranschläge 2001 und 2002, den Dienstpostenplan und den Systemisierungsplan der Kraftfahrzeuge, beraten und zu Gruppe 7 nachstehende Beschlüsse gefasst: Namens des Finanz-Ausschusses werden nachstehende Anträge gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Erstens: Die Ansätze und Posten der Gruppe 7 – Wirtschaftsförderung – werden hinsichtlich des Landesvoranschlages 2001 genehmigt.

Zweitens: Die Ansätze und Posten der Gruppe 7 – Wirtschaftsförderung – werden hinsichtlich des Landesvoranschlages 2002 genehmigt. Ich ersuche um Zustimmung. (9.36 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung. Meine Damen und Herren! Im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz schlage ich vor, die Spezialdebatte der Gruppe 7 zu teilen, und zwar soll im ersten Teil die Landwirtschaft, im zweiten Teil der Fremdenverkehr und im dritten Teil die Wirtschaftsförderung behandelt werden. Besteht gegen diesen Vorschlag ein Einwand? Das ist nicht der Fall.

Wir beginnen damit mit dem ersten Teil, Landwirtschaft. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Riebenbauer. Ich erteile es ihm.

Abg. Riebenbauer (9.37 Uhr): Einen herzlichen guten Morgen, geschätzte Damen und Herren!

Meine geschätzten Damen und Herren, erlauben Sie mir eine kurze Vormerkung: Meine Tochter, knapp 16 Jahre alt, hat gestern einige Stunden im Internet unsere Debatte verfolgt. Ihren Kommentar erspare ich uns allen. Ich versuche allerdings mir das zu Herzen zu nehmen, weil man muss immer bei sich selbst anfangen. Das sollte aber auch für euch gelten. (Beifall bei der ÖVP. – Landesrat Schützenhöfer: „Sie hat wahrscheinlich den Landtag geschlossen zum Rücktritt aufgefordert!“) So ähnlich war es. Meine geschätzten Damen und Herren! Die Landwirtschaftsdebatte verläuft immer sehr spannend. (Beifall bei der ÖVP.) Wir brauchen immer Partner. Ich bedanke mich auch, dass dabei alle immer so aufmerksam zuhören. Nachdem es viele neue Abgeordnete im Landtag gibt, vielleicht eine kurze Vorstellung meiner Person: Meine Gattin, mein Sohn und fallweise ich bewirtschaften gemeinsam eine Landwirtschaft mit 11 Hektar Nutzfläche im Wechselland, wo das Klima eigentlich sehr rau ist. Wir haben im Schnitt um die 20 Rinder, vom kleinsten Kalb bis zu den Kühen. Wir waren immer auf den Nebenerwerb angewiesen. Bevor ich in die Politik eingetreten bin, war ich zehn Jahre Lkw-Fahrer und ich weiß auch deshalb, was es heißt Arbeiter zu sein. Vielleicht bin ich gerade deshalb so stolz, dass ich Bauer sein darf. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren, ich beginne mit einer Feststellung: Ich fühle mich als Kleiner und trotzdem war ich nie jemandem etwas neidig. Mein Ziel ist es und bleibt es, den bäuerlichen Berufsstand mit seiner Vielfalt zu vertreten, größere und kleinere, Biobauern und solche, die herkömmlich produzieren. Eines habe ich mir vom Herzen vorgenommen: Solange ich politisch tätig bin, werde ich für die Solidarität innerhalb der Bauernschaft kämpfen und mich gegen jeden Klassenkampf wehren. (Beifall bei der ÖVP.)

Wir haben alle an einem Strang zu ziehen, denn wir alle leben und arbeiten von und mit unserer Mutter Erde. Eines noch ganz klar dargestellt: Manchmal kommt der Vorwurf, der Bauernbund vertritt die Bauern nicht. Am 28. Jänner dieses Jahres haben unsere Bäuerinnen und Bauern in einer demokratischen Wahl ihr Urteil abgegeben: 83,7 Prozent haben dem Bauernbund das Vertrauen gegeben. Mehr brauche ich nicht zu sagen. (Beifall bei der ÖVP.)

Noch etwas: Wir haben Gott sei Dank als einer der wenigen Länder in Europa noch keinen BSE-Fall – Gott sei Dank. Ich hoffe auch, dass wir keinen haben werden. Ist das ein Ergebnis einer guten oder schlechten Agrarpolitik? Die Antwort gab der sozialistische Bundeskanzler Schröder, denn er stellte die österreichische Landwirtschaft als beispielgebend hin. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Welchen Stellenwert erbringt der bäuerliche Berufsstand? Was leisten wir? Ich stelle die Gegenfrage: Ist Ihnen überhaupt bewusst, welche Leistungen die Bauern erbringen? Haben Sie schon einmal nachgedacht, was wir tagtäglich am Tisch Gutes zu essen haben? Gestern konnte man sich über unsere heimische Qualitätsware überzeugen. Mit diesem Plakat wollte ich es auch bildlich darstellen. Manchmal habe ich das Gefühl, das ist alles selbstverständlich. Gerade in Zeiten, wo wir über BSE, Maul- und Klauenseuche, Medikamentenmissbrauch und so weiter diskutieren, habe ich manchmal das Gefühl, dass die Leistungen des Bauern in Vergessenheit geraten und manchmal – leider Gottes – sogar verurteilt werden. Meine geschätzten Damen und Herren! Jeder bäuerliche Familienbetrieb sichert nachhaltig drei Arbeitsplätze. Jeder bäuerliche Betrieb deckt den Tisch für 20 Personen, wo Sie alle davon den Nutzen haben und betroffen sind. Wir sichern das Wichtigste in unserem Lande. Wir sichern die Grundnahrungsmittel Brot, Fleisch und Milch. Wir sind die sichersten und die besten Nahversorger. (Beifall bei der ÖVP.)

Der Weg hin zur biologischen Landwirtschaft ist in unserem Land nichts Neues. Wir haben die meisten Biobauern Europas. Es kann der richtige Weg sein. Zwei Grundvoraussetzungen sind dafür notwendig:

Erstens: Die persönliche Einstellung des Bauern dazu, denn Biolandwirtschaft lässt sich nicht verordnen.

Zweitens: Der wirtschaftliche Erfolg, von Romantik kann niemand leben. Möglich ist dies nur, wenn unsere Partner bereit sind Bioprodukte zu kaufen und auch den entsprechenden Preis dafür zu bezahlen. (Beifall bei der ÖVP.)

Wir haben alles zu tun, damit die Konsumenten wieder Vertrauen in unsere Produkte haben. 81 Prozent der Konsumenten, meine geschätzten Damen und Herren, glauben, dass wir wieder das Vertrauen erreichen können. Darüber bin ich froh, dass uns das gelingen wird. Wir haben die Qualität abzusichern. Zur Kette des Vertrauens, vom Stall bis zum Tisch, bis zum Teller hat jedes Glied seinen Beitrag zu leisten – aus Zeitgründen kann ich Ihnen das namentlich nicht aufführen. Wir sind stolz auf unsere Steiermark. Jeder, der heute in der Früh bei herrlichem Sonnenschein nach Graz gefahren ist, konnte diese wunderbare Landschaft erleben. 84 Prozent der Fläche unseres Landes werden von unseren Bäuerinnen und Bauern gestaltet. Das ist unsere Kulturlandschaft, die wir gestalten und wir sind stolz darauf. (Beifall bei der ÖVP.)

Ohne Bauern wird es keine gepflegte Kulturlandschaft geben. Landschaftspflege um diesen Preis wird niemand machen und kann niemand machen. Die Bauern sind auch die Energielieferanten der Zukunft. Eines möchte ich ganz besonders stark hervorheben: Wir alle sind dankbar und stolz auf die Leistungen unseres Berufsstandes, vor allem aber auf die Leistungen unserer Bäuerinnen. Sie tragen die Hauptlast in unseren Betrieben. (Beifall bei der ÖVP.)

Und, meine geschätzten Damen und Herren, ganz klar noch eines. Ich begrüße das neue Kindergeld für die Bäuerinnen und ich gönne es ihnen, denn es ist kein Geschenk. Es ist der gerechte und verdiente Lohn für die Bereitschaft die Mutterrolle zu übernehmen. Und hier erbringen unsere Bäuerinnen eine Vorbildfunktion wie kein anderer Berufsstand. Unsere Bäuerinnen, meine geschätzten Damen und Herren, verzichten vielfach auf Reichtum, aber sie wissen, Kinder sind der größte Schatz. (Beifall bei der ÖVP.)

Ein wichtiger Teil unseres Einkommens sind die Prämien. Sie werden von der EU finanziert. Für uns entscheidend ist die Finanzierung des Programms für die ländliche Entwicklung. Hier wurde gut verhandelt. Österreich bekommt 10 Prozent der für die im gesamten EU-Bereich vorgesehenen Mittel. Mit dem Budget 2001 und 2002 beschließen wir auch die Sicherstellung der Landesmittel für die Kofinanzierungsmaßnahmen, insbesondere für das ÖPUL-Programm, die Auszahlung für die Bergbauern und benachteiligte Gebiete und die Förderungen von Investitionen. Ich bedanke mich bei der Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic und der gesamten Regierung an der Spitze und auch unserem Agrarlandesrat Erich Pörtl für seinen Einsatz für die steirische Landwirtschaft. Auch du hast deinen Lohn am 28. Jänner bekommen, ich danke dir für deine Arbeit. (Beifall bei der ÖVP.)

Ein Satz zum Rinderbereich: Die Folgen der Tierseuche in England haben uns heimische Rinderbauern wie ein Blitz getroffen. Obwohl wir keinen BSE-Fall haben, haben wir hohe Einkommensverluste zu beklagen. 80 Millionen Schilling in der Steiermark, hier werden wir uns gemeinsam etwas einfallen lassen. Hier ist Solidarität gefragt. Und meine wichtigste Forderung an diesem Tag ist, dass die Kosten der BSE-Untersuchung, die Kosten für die Entsorgung für das selektive Risikomaterial und die Tiermehlentsorgung auch in Zukunft von der öffentlichen Hand getragen wird, und nicht auf die Rinderbauern abgewälzt wird. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine geschätzten Damen und Herren! Die Bereitschaft zum lebenslangen Lernen ist die große Herausforderung unserer Zeit. Deshalb habe auch ich die Bereitschaft angenommen, mich mit dem Laptop abzugeben und ich freue mich, dass ich auch etwas zusammenbringe. Man kann nie auslernen, man muss auch noch weiter lernen. (Beifall bei der ÖVP.)

Die Kammer hat einen wesentlichen Beitrag für unsere Arbeit geleistet. In einer Schwanstudie, welche Herr Landesrat Ing. Ressel in Auftrag gegeben hatte, wurde überprüft, ob die Kammer zu viel oder zu wenig Geld bekommt. Die Kammer bekommt zu wenig Geld und ich bedanke mich für die Leistungen, die die steirische Landwirtschaftskammer für unsere Bäuerinnen und Bauern erbringt. Danke, Herr Präsident und allen deinen MitarbeiterInnen! (Beifall bei der ÖVP.)

Zum Abschluss, meine geschätzten Damen und Herren! Eines muss uns allen bewusst sein, Sie haben es selbst in der Hand, ob Sie zur Erhaltung unserer bäuerlichen Landwirtschaft und zur Kulturlandschaft Ihren Beitrag leisten. Kaufen Sie die Produkte unserer heimischen Bäuerinnen und Bauern, sorgen Sie, dass wir auch in Zukunft die Kulturlandschaft erhalten können. Der Bauer ist Träger und Gestalter des ländlichen Raumes und ohne Bauern gibt es keine Zukunft. Jeder Einkauf, jeder Griff ins Warenregal ist eine Entscheidung für oder gegen den heimischen Bauern, für oder gegen die bäuerliche Landwirtschaft. Wir Bauern wollen unser Bestes geben. Ich ersuche Sie alle, unterstützen Sie uns dabei. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 9.48 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Kaufmann. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Kaufmann (9.48 Uhr): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich habe dem Herrn Kollegen Riebenbauer sehr aufmerksam zugehört. Der Kollege Riebenbauer ist für mich ein glaubwürdiger und gestandener Bauer. (Beifall bei der ÖVP.)

Da gibt es nichts hinzuzufügen, außer dass er halt ein bisschen mit allen zwei Füßen in den Wolken steht. Die Tatsachen schauen nämlich ein bisschen anders aus. Es ist eher ein Wunschdenken, wie es der Kollege Riebenbauer hier formuliert hat. Ein bisschen zu wenig ist mir das Budget von ihm behandelt worden. Für mich sollte ein Budget und speziell ein Doppelbudget, wie es jetzt vorliegt, das sollte immer ein Zeichen sein, wie geht es weiter, wo liegen die Schwerpunkte, wo liegen die Lichtblicke für die Zukunft. Und da ist für mich gerade das Landwirtschaftsbudget enttäuschend. Ein Landwirtschaftsbudget sollte Lichtblicke, sollte eine Richtung angeben, wie geht es weiter. Und von dem ist in dem Landwirtschaftsbudget überhaupt nichts zu sehen. Es gibt keine Schwerpunkte, es gibt keine Richtungsweisung. Zum größten Teil – ich sage jetzt zum größten Teil und komme noch darauf zurück – ist es ein Fortschreiben von Zahlen. Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, in der Wirtschaft heißt Fortschreiben von Zahlen Stillstand. Und Stillstand heißt Rückschritt in der Wirtschaft. Ich glaube, man sollte darauf Rücksicht nehmen, dass ein Stillstand – und gerade in der Agrarpolitik – und ein Rückschritt für die Betroffenen katastrophale Auswirkungen hat und wir sehen die Auswirkungen.

Herr Landesrat, ich mache dir zum Vorwurf, dass du mit dem Budget die Bauern geopfert hast. Geopfert für die Nullen in der Bundesregierung. An dem Budget sind die Krisen und Skandale, ob jetzt verschuldet von den österreichischen Bauern oder nicht, aber sie sind da. Sie lassen sich nicht weglegen. Und das ist alles an dem Budget vorbeigegangen. Nirgends ist eine Hilfestellung für die Bauern sichtbar. Es ist ein Sparbudget und du hast ein Sparbudget durchgezogen trotz der Notlage der Bauern. Ich erinnere jetzt da an die schwierigen Zeiten, wie es zum Beispiel vor, während und nach dem EU-Beitritt war, wo sozialdemokratische Finanzminister mit Gefühl und mit Verständnis auf die Bauern reagiert haben, auf die Situation der Bauern. Nur, in dem Budget mit einem schwarzen Landesrat, mit einem blauen Finanzminister ist überhaupt nichts zu sehen von Gefühl und Verständnis für die Bauern. Und so schön das klingt, wie es der Franz Riebenbauer gesagt hat, nur, nach Prognosen des Wirtschaftsförderungsinstitutes sind durch die Krisen heuer doppelt so viele Landwirte wie vor einem Jahr gezwungen, ihre Betriebe aufzugeben. Und das weiß nicht nur das Wirtschaftsförderungsinstitut, das müsstest auch du wissen, Herr Landesrat. Nur, wo bleibt deine Reaktion darauf? Du lässt die Bauern im Stich.

Ich sehe in dem Budget außer den 10 Millionen für die Bewältigung der BSE-Krise keine einzige Hilfestellung für die Bauern. Und diese 10 Millionen sind kein Kniefall, sondern sind ein Baufleck für die Nullen in der Bundesregierung. (Beifall bei der SPÖ.)

Denn du hast mehrmals öffentlich versichert, dass keine Landesmittel für die durch die BSE-Krise unerschuldigt in Not geratenen Bauern verwendet werden, weil zu wenig Geld da ist, sondern dass dafür ausschließlich Mittel von Bund und EU verwendet werden. Und du hast meine Frage im Finanz-Ausschuss beantwortet, dass der Molterer gesagt hat, wenn du da nicht mittust, dann gibt es für die steirischen Bauern gar nichts. Und das beweist, wie kaltschnäuzig, wie gefühllos diese Regierung ist und dass dem obersten Bauernvertreter des Staates wirklich die Bauern egal sind. Die steirischen Bauern zahlen mit bei dem 3,5-Milliarden-Deal, den die Frau Landeshauptmann da eingefädelt hat und die aber immer wieder betont, wie sehr ihr die steirischen Bauern am Herzen liegen. Sie sind ihr so wichtig, dass man eben diese 10 Millionen Schilling verwendet, die wir wirklich für etwas anderes brauchen hätten können, um eine Krise zu bezahlen, die unsere steirischen Bauern nicht verursacht haben. Ich weiß, dass du es aus der Hagelversicherung abdeckst und ich habe hier meine Bedenken, ob das Geld wirklich reichen wird, wenn wir mit Hagelkatastrophen zu rechnen haben. Es gibt aber auch Bereiche im Agrarbudget, wo mehr geworden ist. Und wenn man sich jetzt freuen will darüber, es ist nicht mehr geworden für die Bauern. Es ist nur mehr geworden für die Verwaltung. Denn wenn Landesrat Pörtl Geld hergibt oder mehr verlangt, dann ist es nicht für die Bauern, sondern es ist für die Verwaltung, sprich für die Landwirtschaftskammer. (Abg. Riebenbauer: „Das kommt indirekt den Bauern zugute!“) Und es ist ein unerklärliches Phänomen für mich, dass es zwar immer weniger Bauern gibt, dass aber die Verwaltung dieser wenigen Bauern immer mehr kostet. (Beifall bei der SPÖ.)

Fast 200 Millionen Schilling sind aus dem steirischen Agrarbudget notwendig für die Verwaltung. Für Strukturwandel, für Forstwirtschaft, für Förderung von Innovationen, Verbesserung der Sozialstrukturen, also für die wichtigsten Bereiche hat Herr Landesrat Pörtl für zirka 50.000 Bauern 20 Millionen Schilling. Für 500 Beamte für die Landwirtschaftskammer aber 200 Millionen Schilling. Und das ist für mich bedenklich. Es ist ein Phänomen, dass immer gesagt wird, wir brauchen viel mehr Geld für die Kammer. Schuld daran ist das komplizierte und selbst erfundene Förderungssystem. Damit ist es gelungen, die Bauern an die Landwirtschaft zu ketten. Die Argumentation lautet immer so, dass wir so viele Beamte und so viel Geld brauchen, damit die Bauern zu Geld kommen. Das ist eine Katze, die sich in den Schwanz beißt – sage ich. Man nimmt immer die verbleibenden Bauern als Grund dafür, damit die Landwirtschaftskammer wachsen kann. Ich verstehe da die FPÖ nicht. Wenn ich an Finanz-Ausschüsse, wenn ich an Budgetdebatten zurückdenke, wo die FPÖ gegen die Landwirtschaftskammer geschimpft hat, dann sage ich, es war noch viel schlimmer, denn sie wollten die Landwirtschaftskammer gleich abschaffen. Von dem haben wir nie geredet. Wir haben nur gesagt, man sollte einsparen. Die FPÖ hat immer gesagt, weg mit der Landwirtschaftskammer und hat gegen eine Bauernbundagrarpolitik gewettert. Jetzt sitzen Sie da, wortlos, sprachlos. Ich denke an den Finanz-Ausschuss, wo keine Frage gekommen ist, wo überall die Hand gehoben worden ist, egal, wie es den Menschen in der Steiermark geht. Ich denke mir dabei schon meinen Teil und ich denke, dass sich auch die Menschen draußen ihren Teil denken. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich frage mich, was muss noch alles passieren, bis du, Herr Landesrat, mit deinen ÖVP- und FPÖ-Bauernbundfunktionären umdenkst? BSE-Krise, Maul- und Klauenseuche, Schweineskandal, Preiseinbußen bis zu 30 Prozent, ein Bauernsterben im noch nie dagewesenen Ausmaß, Tierversorgungsprogramme, verunsicherte Konsumenten – und die Liste ließe sich noch weiterführen. Ihr schaut tatenlos zu. (Abg. Tasch: „Ich habe das Gefühl, du sprichst vom ersten BSE-Fall!“ – Abg. Gennaro: „BSE kann man nur bekommen, wenn man ein Hirn hat!“) Tatsache ist, die Bauern erwarten und brauchen jetzt ein sofortiges Hilfsprogramm vom Bund und Land. Die Einnahmehausfälle können nicht von den Landwirten allein getragen werden. Vorübergehende Ausgleichszahlungen sind unbedingt notwendig, wenn man den Bauern helfen will. Du, Herr Landesrat, hättest im Budget die Möglichkeit gehabt. Nur, ihr habt ja ein Gelübde abgelegt für die Nullen in der Bundesregierung. Es müssen 3,5 Milliarden Schilling von allen Steirerinnen und Steirern, auch von Bauern, aufgebracht werden. Ihr glaubt, dass mit Promi-Rindfleischessen und Aktionismus den Bauern geholfen wird. Nur, das ist es nicht. Ich erwarte auch die Hilfestellung von der Kammer, weil ich hinten Herrn Präsidenten sitzen sehe. Die Kammer ist seit der letzten Landwirtschaftskammerwahl verstummt. Man hört dort nichts. Da gibt es keine Forderungen mehr für die Bauern. Sehr geehrte Damen und Herren! Meiner Fraktion und mir ist bewusst, dass Ausgleichszahlungen nur ein kurzfristiges Mittel zur Überwindung sind. Um auf Dauer und in Zukunft solche Krisen in der Steiermark in der Landwirtschaft zu verhindern, muss die verfehlte Landwirtschaftspolitik der vergangenen Jahrzehnte vollkommen geändert werden und mit ihr die verfehlte Agrarpolitik und die Förderungspolitik. Eine nachhaltige Lösung der Probleme kann nur über echte agrarpolitische Umorientierung erfolgen. Herr Präsident, ich schöpfe meine 20 Minuten Redezeit aus, weil ich es nicht einsehe, dass immer in der Gruppe 7 – Landwirtschaft, Wirtschaft, Tourismus – die Redezeit eingeschränkt wird. (Abg. Wiedner: „Das kann nicht sein, wir haben eine Redezeitbegrenzung!“) Es tut mir Leid, aber ich bin ohnehin von meiner Fraktion die einzige Rednerin. Ich werde das daher ausschöpfen. Eine nachhaltige Lösung der Probleme kann nur über echte agrarpolitische Umorientierung unter voller Ausschöpfung des von der EU gewährten nationalen agrarpolitischen Handlungsspielraumes erzielt werden. Es ist immer so, dass es heißt, die EU lässt uns nicht. Wir haben sehr wohl nationalen Spielraum und wir sollten ihn auch nutzen. Es machen die Vorarlberger Programme, von denen die Steirer noch nie etwas hören haben wollen, die für die kleinen Bauern wirklich eine große Hilfe sind. (Beifall bei der SPÖ.)

Eine Umorientierung soll in Richtung biologischer Landbau gehen. Wir werden uns jedenfalls dafür einsetzen. Ich fordere Sie von der ÖVP und von der FPÖ auf, uns dabei zu unterstützen, dass die Steiermark zum biologischen Musterland Nummer eins in Europa wird. Wir wollen, dass sich der biologische Landbau von einer Marktnische zu einem zentralen Bereich der Landwirtschaft entwickelt. Dazu ist es aber notwendig, Nägel mit Köpfen zu machen. Da muss professionell und intensiv gearbeitet werden, nicht nur so halbherzig. Dazu gehört ein Bioaktionsplan, ähnlich wie ihn zum Beispiel Dänemark und Schweden haben. Da gehören konkrete Ziele,

Strategie- und Förderungsinstrumente und Finanzierungskonzepte her. Die Steiermark ist gerade auf Grund ihrer Strukturen, ihrer großen Grünlandbereiche in der Obersteiermark und ihrer vielen kleinen Betriebe dafür bestens geeignet. Uns ist klar, dass der biologische Landbau sicher kein Allheilmittel in der Agrarpolitik darstellt. Aber die vielen Krisen und Skandale zeigen, dass die von euch viel gepriesene Globalisierung, die von euch geförderte Industrialisierung in der Landwirtschaft und die durch das Budget fortgeführte Agrarpolitik zu massivem Bauernsterben führt. Das ist aber nicht unsere Aussage. Ich habe vorher das Wirtschaftsförderungsinstitut zitiert, das mit einem doppelt so hohen Bauernsterben rechnet. Für eine Änderung braucht die steirische Landwirtschaft aber Geld, das von Landesrat Paieryl und Frau Landeshauptmann Klasnic nach Wien für die Nullen in der Bundesregierung transferiert wird. Ich weiß, dass die Kammer und der Bauernbund die Biobauern immer als lästiges Anhängsel betrachten, die man nicht ernst nimmt und vernachlässigt. Herr Landesrat, eure Argumente, dass der Markt nicht vorhanden ist, dass die Konsumenten nicht wollen, lasse ich nicht gelten. Ihr habt es noch nie richtig probiert. Ihr habt immer nur gesagt, naja, wir wollen das nicht, weil es ist der Markt eigentlich nicht da. Ich verurteile das, und der Konsument wird immer wieder hinter das Licht geführt von euch. Darum hat er auch das Vertrauen verloren. Es gibt verschiedene Biomarken, verschiedene Biosiegel. Warum führt man das nicht auf ein Biosiegel zusammen? Der Konsument würde auf einen Blick wissen, das ist ein Bioprodukt. Warum verwendet ihr immer für die Werbung den kleinen Bauern? Da werden Kühe in schöner Umgebung auf grünen Wiesen gezeigt für Werbung. Da lasst ihr die kleinen Bergbauern „schwören bei ihrer Ehr“, dass das alles in Ordnung ist. Ich denke dabei gerade an die AMA. Die AMA hat mit Bio nichts zu tun. Die AMA sagt „österreichische Produktion“. Das stimmt. Aber da benutzt ihr die kleinen Bauern für eine Biowerbung, die eigentlich für ein Pseudobioprodukt verwendet wird. Und das verurteile ich. Wenn euch die kleinen Bauern, die ihr benutzt, so am Herzen liegen, warum ändert ihr dann die Förderungspolitik nicht, damit diese einmal mehr an Förderungen bekommen? Warum ändert ihr das nicht in Richtung Bioproduktion, dass sich das auch lohnt für die Bauern? (Beifall bei der SPÖ.)

Bewerbt einmal Eier aus Legehennenbatterien. Das sind die Bauern, die von euch die höchsten Förderungen bekommen. Zeigt einmal in einer Werbung Legehennenbatterien und werbt dann für Eier. Oder zeigt einmal die Riesenmastställe und bewirbt dann das Fleisch damit. Das funktioniert nicht. Da wird kein Konsument zugreifen. Ihr bewirbt es nur mit den kleinen Bauern, die in der Förderung vernachlässigt werden. (Beifall bei der SPÖ. – Präsident: „Frau Abgeordnete, vielleicht ist es möglich, dass Ihre Redezeit vielleicht doch unter den prophezeiten 20 Minuten bleibt. Ich danke Ihnen!“) Ich habe das letzte Mal einen Versuch gemacht, wo ich gesagt habe, bewirbt einmal Rindfleisch aus Biolandbau. Da ist es zu Schreiduellen gekommen: das kann nicht sein, das darf nicht sein. Die AMA macht das ohnehin. Die AMA macht gar nichts mit für die Biobauern. Ihr benutzt sie nur. Wie schon gesagt, solche Maßnahmen kann man nicht halbherzig oder alibimäßig machen, da muss man intensiv drangehen und da muss man mit Herz dabei sein. Da gehört auch das Förderungssystem geändert und dabei hoffe ich auch auf die Unterstützung der FPÖ, die während des Wahlkampfes auf unseren Zug aufgesprungen ist und gleich wie wir gefordert haben, man soll weggehen von der Stückförderung, von der Hektarförderung, damit auch die kleinen mitpartizipieren können bei den Förderungen, damit sie mehr bekommen. Die FPÖ hat das einen ganzen Wahlkampf lang mitgetragen. Ich bin schon sehr gespannt, was jetzt passiert, ob die FPÖ jetzt auch für eine Förderungsumstellung ist oder wird auf euch jetzt der Spruch von Karl Valentin zutreffen: „Mögen hätten wir schon wollen, aber trauen haben wir uns nicht dürfen!“ Ich bin schon neugierig darauf. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich stelle namens meiner Fraktion folgenden Entschließungsantrag, der Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, ein umfassendes Leitbild einer biologischen Landwirtschaft für die ganze Steiermark zu entwickeln, damit diese als biologisches Musterland Nummer eins in Europa wird. Ziel dieses Leitbildes muss es sein, auf Qualität statt Quantität abzustellen, weshalb eine vollkommene Umorientierung im Förderungssystem vorzunehmen ist. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 10.04 Uhr.)

Präsident: Frau Abgeordnete, ich freue mich, dass meine Ermahnung doch ein bisschen gegriffen hat. Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Dietrich. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dietrich (10.04 Uhr): Geschätzter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Wenn man so die Budgetdebatte der letzten Tage verfolgt, da käme man direkt zu dem Schluss, die SPÖ ist im Besitz der alleinigen Weisheit. Und da frage ich schon, warum haben Sie uns, warum haben Sie dem Land Steiermark, warum haben Sie dem Bund diese Weisheit jahrzehntelang vorenthalten? (Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Die Monika gibt es dir eh genau weiter!“) Sonst wäre es wohl nicht möglich, dass Sie auf Bundes- und auf Landesebene ein solches Desaster hinterlassen hätten. (Beifall bei der FPÖ.)

Zum Thema Globalisierung, geschätzte Monika, da darf ich schon darauf hinweisen, dass wir diejenige Fraktion waren, die immer EU-kritisch war, während ihr euch ohne Wenn und Aber in den großen Markt geworfen habt, der ja mit die Ursache für diese Globalisierung ist, die du jetzt bejammert. Wir als Freiheitliche haben da immer eine kritische Position gehabt. (Abg. Kaufmann: „Es war immer ein schwarzer Landwirtschaftsminister!“) Und zur Kammerreform: Ich freue mich schon darauf, dass wir gemeinsam im Sinne der Bauern, gemeinsam für die Bauern bei den anstehenden Verhandlungen zum Kammergesetz, zur Novellierung etwas weiterbringen punkto Wahlordnung und die ganzen Punkte, das ist auch mein festes Anliegen und dafür werde ich mich einsetzen, dass wir die Reform in dieser Legislaturperiode erledigen werden und nicht noch länger nur davon reden.

Zum Punkt Förderkriterien, weil du das so ansprichst. Du weißt auch wir haben eine kritische Haltung zur Hektarsatzförderung, Tierzahlförderung, Viehbestandsförderung. Dem stehen auch wir kritisch gegenüber. Aber ich mache dich aufmerksam, dass du jedes Budget in der Vergangenheit, das genau diese Kriterien enthalten hat, jahrelang mit beschlossen hast, wo wir noch dagegen gestimmt haben. (Abg. Kaufmann: „Dann stimmen wir diesmal miteinander dagegen!“) Wir wissen, dass es seitens der EU im Moment keine andere Möglichkeit gibt. Ihr seid die Stärkeren, wir lehnen das Agrarbudget nicht ab aus dem einen Grund, weil es unseren Bauern verantwortungslos gegenüber wäre gerade in der jetzigen Zeit, der Zeit der Krise, Unsicherheit zu geben, ja es geradezu unsere Pflicht ist, die Bauern bestmöglich und so schnell wie möglich zu unterstützen. (Beifall bei der FPÖ.)

Meine geschätzten Damen und Herren! Kaum ein anderer Berufsstand war in den letzten Jahren einem so starken Strukturwandel unterzogen wie die Landwirtschaft. Wir wissen, dass es immer weniger Höfe gibt, die eine geregelte Nachfolge haben, ein Viertel der bäuerlichen Betriebe findet keinen Nachfolger mehr. Ein Viertel der Betriebsführer ist älter als 65 Jahre. (Abg. Kaufmann: „Das ist alles in Ordnung, sagt der Riebenbauer. Es passt alles!“) Mit dieser Situation sind wir nicht zufrieden. Wir sind ein Berufsstand, der – und das bemerke ich sehr kritisch – zu 78 Prozent von öffentlichem Einkommen abhängig ist. Das heißt, der Großteil unseres Einkommens wird durch die öffentliche Hand gestaltet. Und wir nehmen stillschweigend, der Bauer ist wahrscheinlich jener, der still erleidet, jährlich 3,5 bis 9 Prozent Einkommensrückgang hin. Und, Herr Kollege Gennaro, wenn das bei dir der Fall wäre, wäre schon eine Stiftung gegründet. Da wären die Leute schon auf der Straße, Sondersitzungen und vieles anderes mehr. Wenn wir die Prognose in Richtung EU-Osterweiterung anschauen, dann sehen wir, dass der Strukturwandel noch lange nicht zu Ende ist. Wieder minus 119.000 Arbeitskräfte, die in der Landwirtschaft ihren Job verlieren werden, das entspricht 18,3 Prozent der Gesamtbeschäftigten. Das Problem ist nur jenes, im EU-Budget sind 41 Milliarden vorgesehen, das sind 1,13 Prozent der Haushalte im Jahr 2000, dieser Prozentsatz bleibt auch im Jahr 2006 gleich. Der Kuchen bleibt gleich groß, nur die Anzahl der Stücke wird vermehrt. Man kann daraus ablesen, dass selbstverständlich für jeden das Stück kleiner wird. Ich frage mich, wann ist das Ende dieses Tunnels in Sicht? Wann haben wir das Ende des Strukturwandels erreicht? Das heurige Jahr und das vergangene war besonders ein arges. Die Landwirtschaft leidet unter Phantom-schmerzen. Wir müssen die Folgen von etwas hinnehmen oder besser gesagt, wir leiden unter den Folgen von etwas, was wir de facto gar nicht haben. Eine Krise, die uns via Medien ins Land gebracht wurde, wo wir zum Glück in der Steiermark keinen einzigen BSE-Fall haben. Und ich bin froh über Information, das finde ich absolut richtig, aber wenn Information dazu verwendet wird, Hysterie zu erzeugen, einen Markt zu ruinieren, dann ist dies auch seitens der Presse unverantwortlich. Die Folgen daraus waren ein massiver Preiseinbruch bei Rindern, unsere Landwirte bekommen um ein Viertel weniger, 80 Millionen Schilling Schaden für die Steiermark, 700 Millionen Schilling Schaden in ganz Österreich. Unsere Landwirte müssen die Folgen alleine tragen und da hilft ihnen keine Presse und da hilft ihnen eigentlich niemand.

Da kommen wir gleich zum Thema Superabgabe. Auf Grund dessen, weil sie ihre Rinder nicht losgeworden sind, ihre Kühe nicht verkaufen konnten, kam es zu einer Überlieferung. Und jetzt müssen wiederum die österreichischen Bauern dafür Strafe zahlen. 22 Prozent der europäischen Superabgabe leisten die österreichischen Bauern, wobei wir nur 2 Prozent des Milchkontingents EU-weit liefern. Da ersuche ich schon darum, dass wir uns alle dafür einsetzen, dass das Geld nicht nach Brüssel wandert, sondern den Bauern direkt zur Krisenbewältigung gegeben wird. Vor dem EU-Beitritt wurde lautstark verkündet, Strategie Feinkostladen Österreich, rückblickend glaube ich, es war die richtige Strategie. Nur bei der Umsetzung hat es vehement gehapert. Österreich ist tatsächlich ein Feinkostladen, auch wenn wir jetzt diesen Skandal gehabt haben, den einige unverantwortungsvolle Bauernbundfunktionäre mit geschürt haben, die nicht über den Zaun drübergeschaut haben und denen nicht bewusst war, welchen Schaden sie der Landwirtschaft zufügen. Österreich ist dennoch die Schrebergartenlandwirtschaft in der EU, so wie es Bundeskanzler Schröder gemeint hat. Nur 2,2 Prozent der Schweine sind in Ställen mit mehr als 1000 Schweinen im Jahr. 97 Prozent sind in Mittel- und Kleinbetrieben. Hier in diesem Bereich der Bestandsgröße ist Österreich eindeutig Schlusslicht. Und auch bei den Kühen sind wir mit unserer durchschnittlichen Leistung von 4700 Kilogramm Vorletzter.

All jenen, die jetzt immer sagen, es gibt nur die biologische Landwirtschaft, das ist das Heil aller Dinge, möchte ich folgende Zahlen, nämlich den Verbrauch von Agrarchemie in Erinnerung rufen. Im EU-Durchschnitt werden 70 Kilogramm je Hektar aufgebracht, in Holland 190 Kilogramm und Österreich 33 Kilogramm je Hektar. Also ist unsere konventionelle Landwirtschaft vielleicht noch viel biologischer als so manche „biologische“ Landwirtschaft in anderen EU-Staaten. (Beifall bei der FPÖ.)

Wir sind absolute Vorreiter im Umweltbereich und darauf sollten wir stolz sein. Wir wenden in absoluten Zahlen für diesen Umweltbereich in der Landwirtschaft mehr auf als Frankreich, Deutschland oder Italien. Ich glaube, da müssten wir einmal darüber nachdenken. (Beifall bei der FPÖ.)

Die Strategie Feinkostladen war absolut richtig, nur die Umsetzung war sehr mangelhaft. Als wir vor einigen Wochen den Antrag auf Installierung einer Dachmarke Steiermark mit ganz genau definierten Qualitätskriterien, Kontrolle von Futtermitteln bis zum Tellerrand eingebracht haben, da hat Kollegin Edith Zitz noch gemeint, na ja, das ist der nationale Zugang der Freiheitlichen. Wir wurden mittlerweile in der Diskussion mit den Südtirolern dahin gehend sehr bestärkt. Die südtiroler Delegierten haben gemeint, das ist der Weg, den im Moment ganz Südtirol beschreitet, man schaut, eine Dachmarke zustande zu bringen, damit der Konsument weiß, mit diesem Produkt kauft er südtiroler Qualität. Selbst in Südtirol kann der Konsument nicht unterscheiden, ob er Milch aus Nordtirol oder Südtirol kauft.

Ich glaube, unsere Bauern produzieren hervorragende Waren in hervorragender Qualität. Nur, den Konsumenten muss es bewusst sein, welche Qualitätskriterien dahinterstecken, dementsprechend muss auch die Bewerbung erfolgen. Mit diesem Weg kann man das landwirtschaftliche Einkommen auch über die Produktschiene absichern, und nicht nur von der öffentlichen Hand abhängig machen. Das werden wir in Zukunft dringend brauchen. Wichtig ist, dass unsere Produkte unaustauschbar sind, dass sie nicht nur unter einer Qualitätsmarke, wie zum Beispiel „Ja natürlich“ oder irgendeinem Bioprodukt, biologische Ware verkauft werden, sondern dass steirische Qualitätsware dahinter steht, sonst werden wir in fünf Jahren polnische Qualitätsware unter „Ja natürlich“ vorfinden. Meine geschätzten Damen und Herren! Landwirtschaft ist ein Thema, das den gesamten ländlichen Raum betrifft, das die Gesamtentwicklung in der Steiermark umfasst. Ich bitte Sie alle, auch in Zukunft bewusst, kämpferisch für unsere Bauern da zu sein, denn sie brauchen uns. Sie brauchen die Politik in einer Zeit wie dieser mehr denn je. In diesem Sinn Glück auf! (Beifall bei der FPÖ. – 10.14 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Mag. Zitz. Ich erteile es ihr.

Abg. Mag. Zitz (10.14 Uhr): Frau Präsidentin, Herr Landesrat, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste!

Für mich ist Landwirtschaftspolitik ein Bereich, wo man sehr klar zwischen Politik und Parteitaktik unterscheiden muss. Die Form, wie in den letzten Jahren in Österreich Agrarpolitik gemacht wurde, fällt für mich genau unter das Spektrum Parteitaktik. Es hat im Agrarbereich Entwicklungen gegeben, die sich aus meiner Sicht im Budget widerspiegeln müssten, nämlich dass ganz andere Budgetposten, wo nicht „Agrar“ draufsteht, für die landwirtschaftspolitischen Entwicklungen in der Steiermark höchst relevant sind. Das, was ich jetzt zu diesem Thema sagen möchte, möchte ich aus Sicht eines allgemeinen Budgetzuges sagen.

Etwas möchte ich noch, Herr Landesrat, sehr positiv an diesem Budget festhalten: Es gibt einen Ansatz, eine Post, die die Grünen vor einigen Jahren vorgeschlagen haben und die sich tatsächlich, neben der Finanzierung für das Grazer Frauenhaus, in diesem Budget niedergeschlagen hat. Wir haben uns damals, als 1,2 Millionen Leute in Österreich das Gentechnikvolksbegehren unterzeichnet haben, überlegt, was man hier in der Steiermark machen kann. Wir haben dann mit allen möglichen Initiativen in der Steiermark Kontakt aufgenommen oder diese sind an uns herangetreten. Wir haben dann gemeinsam eine Initiative gestartet, die von der ÖVP erfreulicherweise angenommen wurde. Somit ist ein Ansatz in Ihrem Budget „Erhalt der bodenständigen Züchtungen und der alten Genreserve“ enthalten. Das ist etwas, was ich sozusagen im Eingangsbereich zu diesem Budget positiv erwähnen möchte.

Wenn ich jetzt am Anfang gesagt habe, dass das Agrarbudget mit anderen Budgetteilen im sehr engen Zusammenhang steht, teilweise sehr unerfreulich, dann möchte ich das jetzt konkretisieren: Es ist vorher von Herrn Kollegen Riebenbauer gesagt worden, die Landwirtschaft ist der Energielieferant für die Zukunft. Ja, das stimmt. Herr Kollege Riebenbauer, das finde ich aber im Budget nicht umgesetzt. Wenn es tatsächlich so ist, wie Sie es sagen, dass das eine tolle Art der Erhaltung des ländlichen Raumes wäre, warum wird das nicht umgesetzt? Wenn ich zum Beispiel in Voitsberg bei einer Veranstaltung bin und ich treffe dort Kammerfunktionäre, im Übrigen sage ich dazu, dass wir uns gar nicht schlecht verstanden haben, dann sagen die Leute Folgendes zu mir: „Frau Zitz, wir haben bei uns einen Waldzuwachs von vielen, vielen Hektar pro Jahr!“ Diese Verwaltung des ländlichen Raumes bedeutet, dass man Almen nicht mehr bewirtschaftet, dass das Grünland weniger geworden ist, auch im Zusammenhang mit der BSE-Krise. Die logische Folge wäre zu fragen, wie können wir im Biomassebereich investieren? Das ist in diesem Budget nicht gegeben. Ich muss auch dazusagen, das wäre etwas, wo die Kooperation mit dem Energiereferenten, mit Herrn Schögggl, sehr notwendig wäre. Aber offenbar kümmert ihn das auch nicht besonders. Ein Zweites, die gentechnikfreie Steiermark: Das ist eine Positionierung der Grünen, wo wir wissen, dass wir da mit einem guten Teil der ÖVP nicht unbedingt auf einer Linie sind und inzwischen auch mit den Freiheitlichen bei weitem nicht mehr, nämlich seit sie genau für dieses Thema die Regierungsverantwortung hat. Herr Minister Haupt hat hier überhaupt nichts gemacht, was Leute erhofft haben, als sie das Engagement der Freiheitlichen zur Zeit des Regierungsvolksbegehrens ernst genommen haben. Jedenfalls setzen wir uns weiterhin für eine gentechnikfreie Steiermark ein. Ich habe es auch sehr interessant gefunden, dass der „steirische Herbst“ als einer der größten und bekanntesten Kulturveranstalter einen Schwerpunkt in Richtung Bio- und Gentechnologien hat, und zwar aus künstlerischer und aus philosophischer Sicht. Es wäre sicher ganz interessant, wenn zum Beispiel aus dem Agrarbereich einmal Leute zu diesen Debatten gehen und dort ihre Erfahrungen einbringen würden. Das wäre eine interessante Art der Auseinandersetzung, aber wahrscheinlich auch irritierend für beide Seiten, aber vielleicht auch befruchtender, als wenn man immer nur im gleichen personellen Bereich diese Themen diskutiert.

Die Grünen sind natürlich in der Agrarpolitik sehr parteiisch. Das weiß auch der Herr Kammerpräsident, und zwar insofern, als wir uns dezidiert für den biologischen Landbau einsetzen und darauf aufmerksam machen möchten, dass in der Steiermark die Anzahl der Biobauern rückläufig ist. Es waren sehr viele Leute, die im Grünlandbereich in der Viehzucht aktiv gewesen sind, also Rinderbauern waren. Es ist für uns eine sehr interessante Entwicklung zu beobachten, dass in anderen Ländern, wie zum Beispiel Deutschland, England, Frankreich, die Anzahl der Biobauern ansteigt und es in Österreich aber dezidiert eine Rückentwicklung gibt. (Abg. Riebenbauer: „Mit der größeren Fläche ist es leichter die biologische Landwirtschaft durchzuführen!“ – Abg. Kaufmann: „Das ist unlogisch!“ – Abg. Riebenbauer: „Weil ich mit größerer Fläche extensiver wirtschaften kann!“) Das stimmt. Gleichzeitig möchte ich aber sagen, dass wir ein Fördersystem haben, von der EU abwärts, dass die Landwirtschaft, die mehr Hektar hat, mehr Förderung bekommt. In dem Sinn ist unser Zugang, dass man einfach

schaut, wie jemand produziert. Als Grüne sind wir – wie schon gesagt – jedenfalls für den Biolandbau. Wir sollten, Herr Kollege, schauen, wie arbeitskräfteintensiv produziert wird. Wenn man das mitkalkuliert, wie wird produziert, welche Produktionsmittel werden verwendet und wie viele Menschen können überhaupt noch tätig sein, dann kommt man zu einer ganz anderen Agrarförderung (Beifall bei der SPÖ.)

Zu einer Agrarförderung, die sowohl für die Leute in der Landwirtschaft selber als auch für die Konsumenten und Konsumentinnen mehr Ernährungssicherheit bieten würde. Ich möchte noch einen Punkt anreden, und zwar die Verantwortung des Landes selber: Bei diesen Agrardebatten finde ich es immer ganz interessant, wenn wir einander erzählen, wo wir einkaufen, wie wir essen, was wir trinken. Aber man sieht, dass es im Land im Beschaffungswesen völlige Unklarheit gibt, ob Biolebensmittel wirklich gewünscht werden. Es gibt dazu inzwischen – so glaube ich – von allen Fraktionen Anträge. Es sind fünf Regierungsmitglieder zuständig mit der logischen Folge, dass es nicht umgesetzt worden ist, dass Biolebensmittel zumindest einmal in Krankenanstalten, in Schulen und in Kinderbetreuungsstätten angeboten werden. Ich möchte dazusagen, es geht in dem Bereich darum, die Biolebensmittel anzubieten, die es in der Steiermark viel und in guter Qualität gibt und die die Biobauern, teilweise zum Beispiel bei Milch, fast zum gleichen Preis absetzen müssen, wie es die konventionellen Milcherzeuger tun. Bei Rindfleisch ist es besser. Wir verlangen jetzt nicht automatisch, dass bei Obst oder bei Gemüse das Land ganz große Mengen einkauft, weil ich weiß, dass hier die Mengen nicht so leicht bereitgestellt werden können in einer gleich bleibenden Qualität. (Abg. Pußwald: „Milch, Bio-milch ist zum Beispiel ein Transportproblem von der Hygiene her. Da muss man wirklich noch mehr nachdenken!“) Ich möchte auch sagen, dass es für mich fatal ist, wenn es in der Oststeiermark ganz wenige Biobauern gibt. Das Argument, dass dort die Landwirtschaft ganz anders ist und die Mentalität der Leute ganz anders als im Ennstal ist, dann glaube ich nicht, das kann man einfach nicht gelten lassen. Wenn man da bereit wäre umzubauen und wenn das Land regional unterschiedliche Produkte, das, was gut produziert werden kann, von Biolandwirtschaften einkaufen würde, dann kann man viel leichter hergehen und mit dem Finger auf die Konsumenten und Konsumentinnen zeigen und sagen: „Wie kauft ihr eigentlich ein?“ Ich habe versucht, die Inhalte der Grünen zu bringen. Ich möchte zuletzt noch ein Thema nennen, das auch in diesem Kapitel drinnen ist, das – glaube ich – bis jetzt noch nicht angesprochen worden ist, das ist der Tierschutz. In der Steiermark müsste bald eine Tierschutzkontrollverordnung erstellt werden. Herr Landesrat, das ist eine EU-Vorgabe. Die EU kontrolliert bereits in der Steiermark, übrigens zusammen mit den Amtstierärzten, mit denen ich vor kurzem ein sehr informatives, nicht immer ganz harmonisches, aber ein sehr, sehr korrektes Gespräch gehabt habe, das möchte ich Ihnen auch als Rückmeldung geben. Und die EU hat mittelfristig vor dazu überzugehen, ihre Förderungen an die Tierhaltung und somit auch an Tierschutz zu koppeln. Und das ist ein Element, das man von Landesseite her jedenfalls auch positiv verstärken sollte. Danke schön! (Beifall bei den Grünen und der SPÖ. – 10.25 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Ing. Wöhry. Bitte schön!

Abg. Dipl.-Ing. Wöhry (10.25 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident! Herr Landesrat! Meine Damen und Herren!

Wenn man den Hauptredner der einzelnen Budgetpositionen der Sozialdemokraten zuhört, so kommen eigentlich immer wieder die gleichen Stehsätze vor: 3,5 Milliarden, 10 Millionen täglich. (Abg. Gennaro: „Man muss die Wahrheit sagen, auch wenn es weh tut!“) Ich glaube einfach, Sie hätten gestern, wie Herr Kollege Gödl das dargelegt hat, wie das budgettechnisch wirklich abzuwickeln ist, herinnen sein sollen, dann hätten Sie sich diese Aussagen erspart. (Abg. Kaufmann: „Da waren wir eh da!“) Und noch eines, Frau Kollegin Kaufmann, bei Ihnen habe ich den Eindruck, dass der eigentliche Skandal bei all diesen Dingen, die die Landwirtschaft zurzeit bewegen, der ist, dass es keinen gibt. Andere freuen sich darüber. (Abg. Kaufmann: „Dann fragen Sie die Bauern, ob es einen Skandal gibt oder nicht!“) Sie kriminalisieren ständig mit Anträgen und Wortmeldungen einen ganzen Berufsstand. (Beifall bei der ÖVP.) Und eines möchte ich auch nicht so im Raum stehen lassen, Herr Landesrat Pöttl hat Ihrer Meinung nach die Bauern geopfert. Und wenn ich mir das so auf der Zunge zergehen lasse, ist auch das ein Skandal, dem man schärfstens entgegentreten muss, und zwar deshalb, weil wir in der Steiermark mit Landesrat Riegler und Landesrat Pöttl eine Einwicklung eingeleitet und fortgesetzt haben, die die klein strukturierte Landwirtschaft fördert, die die extensive landwirtschaftliche Nutzung fördert, die es uns erst ermöglicht haben, dass wir MKS- und BSE-frei sind. Und dafür danke ich dir sehr herzlich, Herr Landesrat. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich möchte mich der Landwirtschaft aus einem anderen Blickwinkel nähern. Und da sieht man eigentlich auch, wie gut unsere Landwirtschaft funktioniert. Es geht dabei insgesamt um das Problem beziehungsweise das Sachgebiet „Ländlicher Raum“. Der ländliche Raum ist geprägt durch die Gestaltung von land- und forstwirtschaftlich tätigen Betrieben. Und wir sind uns schon bewusst, dass in diesem Bereich eine große Umstrukturierung stattfindet. Der Gegensatz des ländlichen Raumes und der Ballungszentren hat sich immer weiter entwickelt und wir sind aufgefordert Maßnahmen zu setzen, damit diese Schere nicht noch weiter auseinander geht. Die Umstrukturierung des ländlichen Raumes, insbesondere aber der Landwirtschaft würde bedingen, dass noch mehr Arbeitskräfte freigesetzt würden, die jene Regionen belasten, die ohnedies mit Arbeitsplatzmangel zu kämpfen haben. Der ländliche Raum hat Entwicklungsbedarf und hier kommt im besonderen Maße dem bäuerlichen Familienbetrieb eine große Rolle zu. Diese Betriebe gestalten einerseits unsere Landschaft, sichern andererseits natürliche Ressourcen und zum Dritten produzieren sie, Frau Kollegin Kaufmann, hochwertige Nahrungsmittel. (Abg. Kaufmann: „Ich schon!“)

Die klein strukturierte Landwirtschaft ist in weiten Bereichen gekennzeichnet durch extensive Bewirtschaftung. Und ich habe schon gesagt, ich glaube, dass das einer der Gründe ist, warum wir von den großen landwirtschaftlichen Katastrophen der Vergangenheit bis zur heutigen Zeit verschont geblieben sind. Unsere Landwirt-

schaft produziert gesunde Nahrungsmittel und der Kriminalisierung dieses Berufsstandes ist entgegenzutreten. Natürlich gibt es schwarze Schafe, aber ich behaupte, diese sind die Ausnahme. Nur müssen wir auch diese zur Rechenschaft ziehen, sofern diese Tatbestände erwiesen sind.

Die Landwirte und der ländliche Raum werden auch – und Sie haben das ja bestritten – durch zahlreiche Entwicklungskonzepte und Entwicklungsprogramme unterstützt. Eine besondere Bedeutung haben dabei die Agrarumweltmaßnahmen, die Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete und sonstige Maßnahmen, die Investitionsförderung, Berufsausbildung und – mich hat es gestern eigentlich auch ganz schön geschockt, wie da behauptet worden ist, die landwirtschaftliche Berufsausbildung findet ausschließlich in Herrenhäusern und Schlössern statt. Ich behaupte, dass die landwirtschaftliche Ausbildung in Kompetenzzentren für den ländlichen Raum stattfindet (Abg. Kaufmann: „Sie müssen ein bisschen besser zuhören!“) und dass die duale Ausbildung in der Landwirtschaft unbedingt notwendig ist, damit wir auch Nebenerwerbslandwirten ihre Existenz ermöglichen und diesen eine zusätzliche Berufsausbildung gewähren. Wesentlich sind auch noch Programme zur Verbesserung von Verarbeitung und Vermarktung und der Forstwirtschaft. Und wenn Sie sagen, die Landwirtschaft wird finanziell ausgehungert, so sind allein bei diesen Investitionsmaßnahmen im vergangenen Jahr 240 Millionen Schilling in diesen Bereich geflossen und da kann man ja durchaus nicht sagen, dass das nichts ist.

Ein Punkt noch hinsichtlich des ländlichen Raumes. Den Bauern, den Grundbesitzern kommt eine besondere Bedeutung hinsichtlich der Sicherung der natürlichen Ressourcen zu. Und wir reden alle vom Wasser, das ist hier in besonderem Maße angesprochen. Das ist ein Schatz, den wir für die Zukunft zu sichern haben. Bisher hat die verantwortungsvolle Bewirtschaftung unserer Landwirte es ermöglicht, dass wir uns diesen Rohstoff in der Qualität erhalten haben, wie wir ihn heute vorfinden. Und nicht umsonst ist die Begehrlichkeit auf diesen Rohstoff international und national so groß. Voraussetzungen dafür war – und das ist Tradition bei uns und nicht erst neu erfunden worden –, dass wir in den sensiblen alpinen Gebieten eine entsprechende, der Natur angepasste Landwirtschaft betrieben haben.

Auf andere wesentliche Funktionen gehe ich noch in aller Kürze ein. Die Bauern erhalten durch ihre Tätigkeit eine Landschaft, die es der Tourismuswirtschaft ermöglicht, unser Land sehr, sehr gut zu verkaufen. Und wenn wir hier nicht alles unternehmen und diese Landschaft in der Form erhalten wie sie ist, dann werden wir auch in diesem Bereich nicht jene Umsätze und Gewinne machen, wie wir sie in den letzten Jahren gemacht haben.

Und zum Abschluss: Der ländliche Raum hat ein Recht auf Entwicklung und wir müssen uns alle zu diesem Recht auf Entwicklung bekennen. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 10.33 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Stöhrmann. Bitte!

Abg. Stöhrmann (10.33 Uhr): Sehr verehrte Frau Präsidentin! Herr Landesrat! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Frau Dietrich, Sie haben Ihre Ausführungen mit der Feststellung begonnen, dass wir jetzt erst so gescheit sind und dass wir in den letzten Jahren genug Gelegenheit gehabt hätten, dieses Wissen, diese Gescheitheit weiterzugeben. Frau Dietrich, ich gebe dir sogar Recht. Ich gebe dir in dieser deiner anfänglichen Aussage Recht, weil wir es wirklich verabsäumt haben, wir als Sozialdemokraten, dass wir uns in der Landwirtschaftspolitik mehr eingebracht hätten. Denn wenn wir das getan hätten, dann wäre unseren Bäuerinnen und Bauern viel erspart geblieben. Meine sehr verehrten Damen und Herren, lieber Kollege Riebenbauer! Auf die Wortmeldung des Kollegen Wöhrly will ich gar nicht weiter eingehen. Und wenn ich sage, lieber Kollege Riebenbauer, dann meine ich das ernst, denn wir sind Kollegen im wahrsten Sinne des Wortes. Auch ich arbeite seit über 30 Jahren in der Landwirtschaft meiner Schwiegereltern. Seit mehr als 20 Jahren führe ich diese Landwirtschaft in der Größenordnung von rund 20 Hektar selbst. Ich weiß, von was ich rede, Kollege Riebenbauer. Ich gebe dir auch in vielen deiner Ausführungen Recht. (Abg. Dietrich: „Da bist du schon Großbauer!“) Ich gebe dir in vielen deiner Ausführungen Recht, was die Problematik der Landwirtschaft, vor allem der Kleinlandwirtschaft betrifft. Das hast du auch sehr richtig gesagt. Ich glaube, dass wir in diesen Fragen bestimmt einer Meinung sind. Nur, Kollege Riebenbauer, es ist kein Steireranzug notwendig, um Vertreter der Landwirtschaft zu sein. Wenn wir uns mit den Dingen wirklich ernst befassen, dann kommen wir auf den gleichen Nenner. Wenn hier Funktionäre und Abgeordnete der ÖVP herausgehen und so tun, als wären die Fortschritte in der Landwirtschaft der ÖVP zuzuschreiben (Abg. Dr. Lopatka: „Na, wem sonst?“), dann kann ich nur, um mit den Worten des Herrn Kollegen Grabner zu sprechen, sagen, das ist eine Ungeheuerlichkeit. Das stimmt doch nicht, meine verehrten Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.)

In Wirklichkeit muss man sagen, die Bauern sind deswegen über die Runden gekommen, weil sie es trotz der ÖVP geschafft haben. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich denke an die Vergangenheit zurück. Wer hat denn seinerzeit die Kinderbeihilfe eingeführt, damit es den Bauern besser gegangen ist? Wer hat denn die Schulfreifahrten und die Schulbücher eingeführt, damit die Bauern finanziell entlastet wurden? Kollege Riebenbauer, denke zurück, denn du bist alt genug, an die Diskussionen zur Einführung der Bauernpension, die unter Kreisky gefordert wurde. Ich kann mich noch gut an diese Zeit erinnern, als Bauernfunktionäre über die Lande gezogen sind und gesagt haben, wir brauchen das nicht. (Abg. Kasic: „Das stimmt ja überhaupt nicht!“) Wir brauchen keine Pension, wir wollen frei sein, der freie Bauernstand soll gewahrt bleiben. Was ist denn daraus geworden? (Unruhe bei der ÖVP.) Die Konsumfirmen

diktieren den Einkauf: Konsum, Spar, Billa – wie sie alle heißen. Diese diktieren die Preise für die Produkte. Der „grüne Riese“, das Lagerhaus, diktiert die Preise für die Produkte, die sie einkaufen müssen. Das ist der freie Bauernstand, den wir heute haben. (Beifall bei der SPÖ.)

Seit über 50 Jahren dominiert die ÖVP die Agrarpolitik in unserem Lande, seit über 50 Jahren. Die Auswirkungen dieser verfehlten Agrarpolitik können wir heute spüren. Wir stellen uns in den Schutz der Natur und der Konsumenten. Darum prangern wir diese Politik an, meine sehr verehrten Damen und Herren. Tun Sie doch nicht so, dass Maul- und Klauenseuche und BSE deswegen an uns vorübergegangen sind, weil so gute Politik betrieben wurde. (Abg. Riebenbauer: „Schlechte aber auch nicht!“) Das ist allein und deshalb zurückzuführen, weil wir eine sehr klein strukturierte Landwirtschaft haben. Wenn es nach dem Wunsch vieler Bauernfunktionäre der ÖVP gegangen wäre, dann hätten wir diese Strukturen schon längst aufgegeben. Dann wären wir diesen unsinnigen Weg der Niederlande, der Deutschen oder der Amerikaner gegangen. Und das wollen wir nicht und dagegen werden wir uns auch verwehren. Das ganze Förderungssystem ist darauf aufgebaut (Beifall bei der SPÖ.) die Großen zu fördern und die Kleinen letzten Endes im Regen stehen zu lassen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das wollen wir nicht. Wissen Sie, warum wir das nicht wollen? Hätten Sie die Zeitungen in den letzten Tagen gelesen, dann hätten Sie eine IMAS-Umfrage gesehen, eine IMAS-Umfrage die sagt, worauf die Österreicherinnen und Österreicher ganz besonders stolz sind (Abg. Tasch: „Auf unsere Bauern!“): Sie sind ganz besonders stolz auf das Pensionssystem, auf die Ausbildungsmöglichkeiten und gleichauf auf die Luftqualität, auf die Qualität des Wassers und auf den Wald. Um das zu erhalten, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind die Bauern unbedingte Voraussetzung und deswegen stehen wir dazu. Ich sage auch nicht, dass die Politik der Landwirtschaftskammer verfehlt ist. Es wird in vielen Bereichen sehr gute Arbeit geleistet. Aber bitte, weil Herr Präsident anwesend ist, hören Sie doch auf, den Bauern immer Flöhe ins Ohr zu setzen und Versprechungen zu machen. Ich denke nur an die große Diskussion vor einigen Monaten um das „Weiße Gold“, um unser Wasser, unser Quellwasser. Es hat eine Diskussion in der Forstschule Pichl um diese Problematik gegeben. Es war ein Kammerfunktionär, der dort gesagt hat, da liegt die Zukunft der Bauern. Jeder, der dort gesessen ist, und es waren nicht wenige, und irgendwo in seinem Wald oder auf seiner Wiese eine Quelle hat, hat im Geiste schon gezählt, was er für den Verkauf dieses Wassers einnehmen wird. Man erweckt hierbei Hoffnungen, die nicht erfüllbar sind, und dagegen wehren wir uns. Setzen Sie sich vielmehr dafür ein, dass jetzt, wenige Jahre nach dem tragischen Unglück in Lassing, das war nämlich der Anlass, dass das Mineralrohstoffgesetz geändert wurde, dieses Gesetz nicht wieder novelliert wird und nicht nur landwirtschaftliche Gründe gefährdet sind, sondern auch die Menschen, die am Rande dieses Schotterabbaus leben müssen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, bevor ich die Zeit überziehe, möchte ich noch eines anbringen: Lieber Erich Pörtl, ich habe es gestern schon gesagt und ich sage es heute vor versammeltem Auditorium nochmals: Ich bedanke mich bei dir, dass es dir gelungen ist, die Agenden des Naturschutzes dem Landesrat Hirschmann wegzunehmen, denn unter ihm ist wirklich nichts weitergegangen. Bei dir habe ich zumindest die Hoffnung, dass es anders wird. (Beifall bei der SPÖ und den Grünen.)

Ich bin fast schon am Ende, bevor ich die Unselbstständigen Entschließungsanträge – fünf an der Zahl – einbringe, aber eines noch, weil mich Herr Klubobmann Lopatka bezüglich meines Outfits gelobt hat: Ich hätte auch einen Steireranzug im Kasten, lieber Reinhold. Ich habe bewusst die Farbe schwarz gewählt. (Abg. Kasic: „Gute Farbe, die schwarze Farbe!“) Schwarz ist letzten Endes das Symbol für Niedergeschlagenheit, für Trauer und für Mitgefühl. (Abg. Bittmann: „So ist eure Partei!“) Niedergeschlagenheit habe ich mit diesem Budget, das wir heute hier verabschieden, mit diesem Gaubudget. Trauer empfinde ich, wenn ich daran denke, dass wir 3,5 Milliarden Schilling, 3500 Millionen Schilling, nach Wien liefern müssen. Mit diesem Geld könnten wir viel für die Steirerinnen und Steirer tun, unter anderem auch für die Bauern, für die Sie scheinbar so eintreten. (Beifall bei der SPÖ.)

Mitgefühl, meine Damen und Herren, empfinde ich mit jenen Menschen, die unter diesem Budget leiden werden, die die Auswirkungen dieses Budgets verspüren werden. Um dieses Leid ein bisschen zu mildern gestatte ich mir, diese fünf Unselbstständigen Entschließungsanträge einzubringen.

Nichtveräußerung Forste: Es wird der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens an die Bundesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, von den Veräußerungsabsichten betreffend Flächen der Österreichischen Bundesforste AG. Abstand zu nehmen, zweitens dem Steiermärkischen Landtag eine Regierungsvorlage zum Steiermärkischen Landes-Verfassungsgesetz zu unterbreiten, wonach der Betrieb „Steiermärkische Landesforste“ verfassungsgesetzlich geschützt wird, das heisst, dass Verkäufe von Flächen der Steiermärkischen Landesforste, abgesehen von kleinen notwendigen Arrondierungen, rechtlich unzulässig sind.

Neubewertung Landschaftspflege: Es wird der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, eine Neubewertung der Landschaftspflege durch die steirischen Bauern unter gesamtgesellschaftlichen Aspekten (Naturschutz, Landwirtschaft, Ökologie, Ökonomie, Gesundheit, Tourismus, Soziales) vorzunehmen und eine Neuausrichtung des Förderungssystems in diesem Bereich in die Wege zu leiten.

Positivlisten Futtermittel: Es wird der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, mit dem Ersuchen an die Bundesregierung heranzutreten, eine Umorientierung hinsichtlich der Futtermittelproduktion zu forcieren. Dabei ist darauf abzustellen, dass bei der Futtermittelproduktion zu Positivlisten zurückzukehren ist.

Agrarverwaltung: Es wird der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, ein neues Agrarverwaltungssystem, das den Kriterien der Einfachheit, Transparenz und sozialen Gerechtigkeit zu entsprechen vermag, zu entwickeln, wobei darauf abgestellt werden muss, dass möglichst viele Agenden, die derzeit über die Landwirtschaftskammer abgewickelt werden, vom Amt der Steiermärkischen Landesregierung selbst besorgt werden.

Biogütesiegel/Lebensmittelkontrolle: Es wird der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens alles in ihrer Macht Stehende zu tun, damit eine Vereinheitlichung und Transparenz im Hinblick auf die am Markt befindlichen Biogütesiegel und Bio-Marken in die Wege geleitet wird, zweitens die gesamte Lebensmittelkontrolle (auch Lebensmittel aus tierischer Produktion) dem Landesrat für Gesundheitswesen zu übertragen.

Wenn es wirklich so ist, dass Sie nicht nur für die Bauern, sondern auch für die Konsumenten und für alle Steirerinnen und Steirer etwas übrig haben, dann werden Sie diesen Entschließungsanträgen ziemlich sicher zustimmen. Ich bedanke mich. (Beifall bei der SPÖ. – 10.43 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Abschließend hat sich das zuständige Regierungsmitglied zu Wort gemeldet. Herr Landesrat Pörtl, ich erteile dir das Wort.

Landesrat Pörtl (10.43 Uhr): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wir haben heute eine sehr bewegte, eindrucksvolle und inhaltlich hoch qualitative Agrardebatte erlebt. Beim Finale hat mir Kollege Stöhrmann direkt ein bisschen etwas abgenommen. Er hat die Kritik der Kollegin Monika Kaufmann in Bezug auf Landwirtschaftspolitik und Leistungen der Kammer für Land- und Forstwirtschaft ein wenig gleichgerückt – wenn ich das so sagen darf. Ich glaube, dass wir in der Landwirtschaft an und für sich Gott sei Dank an die Natur und an die Kreisläufe der Natur gebunden sind. Ich werde dabei aber nicht lange ausholen. Ich habe in meinem Leben schon so viel erlebt: Auseinandersetzungen, Abqualifizierungen – nicht nur hier im Landtag, das gehört zum Geschäft. Ich habe auf nationaler und ganz speziell auf internationaler Ebene erlebt, wenn internationale Veranstaltungen die österreichische und ganz speziell die steirische Landwirtschaft im Grunde bewertet haben. Der ärgste Schlag, den ich erlebt habe, war in Sankt Wolfgang, wo dort eine schwedische Vertretung der Landwirtschaft gesagt hat nach diesem Besuch in einer Rundreise der österreichischen Agrarpolitik, was sie da in Österreich machen, ist an und für sich die Vorstufe einer Tourismus- und Lebensraumpolitik. Und das ist eigentlich ein Kompliment uns gegenüber, wo wir jahrzehntelang – ich bin auch sehr dankbar, dass unsere grünen Kollegen diese ökosoziale Position des Josef Riegler ganz unbekümmert auch an sich gezogen haben, um eben auch zu unterstreichen, dass das ein richtiger Weg ist. Auch ein Kompliment der Grünen an diese Bauernvertretung der Republik Österreich und vor allem auch der steirischen Bauernvertretung. Meine Damen und Herren, liebe Freunde! Wir vergessen zu schnell, was wir im Rahmen der Bauernvertretung in den harten Auseinandersetzungen im Rahmen der Agenda durchgemacht haben. Schwerste Auseinandersetzungen, offene Konflikte zwischen der österreichischen Bauernvertretung, auch mit dem Kommissar Fischler, der Präsident Wlokowsky war mit dabei damals in Sankt Wolfgang – bleiche Gesichter, harte Attacken – und wir haben mit dieser Neuregelung eigentlich geschafft, dass wir mit den Möglichkeiten der ländlichen Entwicklung der gemeinsamen Agrarpolitik die Spielräume vor allem auch für die steirische Agrarpolitik nützen können. Ich möchte heute das nicht sehr lange machen, aber fest steht, dass wir mit dieser ländlichen Entwicklung diese Sehnsüchte, das Ziel auch erreichen, dass wir ohne Fläche vor allem mit einer inneren Betriebsaufstockung der geistigen Hektar in Richtung Direktvermarktung, auch in Richtung biologische Landwirtschaft – wir erleben derzeit die Situation, dass Markenprodukte und Bioprodukte im Rinderbereich um 10 Schilling mehr erhalten als normale landwirtschaftliche Produkte, die vor allem durch die internationale Preiskatastrophe und Marktkatastrophe eine furchtbare Situation im Lande darstellen. Höhere, sogar massiv höhere Preise in den Vitrienen, in den Verkaufsläden des Lebensmittelhandels und um ein Drittel niedrigere Preise im Bereich der Rinderwirtschaft. Was die Bauern betrifft, eine schwere Irritation, unterstreicht vor allem, dass wir 30 bis 40 Prozent unserer Rinder in Europa und auch jetzt wieder durch intensive Verhandlungen nach Russland, ganz speziell nach Italien diese Rindfleischexportmöglichkeit zu schaffen, um eben für die bäuerliche Rindererzeugung die Grundlagen zu schaffen. Es ist heute im „Standard“ ein eindrucksvoller Artikel, der über den gesamten – ihr wisst, ich bin da kein Verdächtiger – über den gesamten Konnex eine Abhandlung vorführt, wo die Spannungsfelder einer globalen Landwirtschaft, eines globalen Lebensmitteltransfers und die Verpflichtung und die Chancen einer lokalen Möglichkeit, Lebensmittelproduktionsicherheit, Lebensraumsicherheit und vor allem die Möglichkeiten zu schaffen, auch das zu erreichen, was wir im ländlichen Raum vorfinden. Die Wortmeldung des Abgeordneten Riebenbauer, muss ich ganz ehrlich sagen, gehört zur Etikette „Laptop und Lederhose“. Das muss ich wirklich sagen. (Beifall bei der ÖVP.) Der hat heute sehr konkret aus der persönlichen Betroffenheit Punkt um Punkt die Dinge angesetzt. Alle Debattenredner und ich muss schon trotzdem bitten – ich halte das nicht aus, weil ansonsten ziehe ich mir trotz des schönen Wetters ein Magengeschwür zu – ich möchte schon bitten, dass sich die Kulissen massiv verändert haben. Wir haben in diesem Saal Schlachten abgeführt über die Auseinandersetzung Manshold, industrielle Landwirtschaft und es waren damals bäuerliche Vertreter als die Hinterwäldler, als die naiven Optimisten, die gesagt haben, wir können an und für sich in dieser globalen internationalen Handelswirtschaft im Grunde als Landwirtschaft nicht existieren, was wir in der Steiermark umsetzen ist eben ein Lebensraumcocktail, wo wir Gesamtfunktionen und Aufgaben als bäuerliche Familie mit übernehmen. Und das stimmt, dass wir als der Vertreter in der Lebensmittelherzeugung die effizientesten Nahversorger sind. Wir sind derzeit bei einem Projekt mit dabei, ich kann das ganz offen aussprechen, wo jetzt Lebensmittelhändler mit 200, 300 Quadratmeter im Taumeln sind durch diese Konzentrationsangebote, wo wir mit den Bauern mit regionalen Angebotspaletten mit diesen Lebensmittelhänd-

lern gemeinsame Angebote, Verkaufsunterstützung im Grunde vor allem auch anbieten können. Das große Geheimnis, dass wir eine solche bäuerliche Landschaft und Landwirtschaft in der Vielfalt haben, wo sogar positiv erwähnt auch die Vielfalt, die genetische Vielfalt mit dabei ist, steckt aber auch mit drinnen, dass unsere bäuerlichen Familien als Unternehmer zu drei Viertel bereits als Nebenerwerbsbauern ihre Betriebe im Grunde führen durch die Mechanisierung, durch Freiwerden von Kapazitäten. Und unsere Gegenoffensive ist vor allem, die Produkte weiterzuentwickeln, direkt auf den Markt zu gehen, starke strategische Partner zu finden und vor allem auch im Energiebereich zum Beispiel Umwelt im Kompostbereich fast zu 100 Prozent unsere Dienstleistung anzubieten. Wir sind überzeugt, dass dieser Weg im Grunde goldrichtig ist. Ich glaube aber, dass wir mit der Rückspiegeltheorie keine Chance haben. Ich bin also persönlich überzeugt und ich hätte hier herrliche Grafiken vorbereitet und es ist ja längst sehr klar. Ich habe eine Bildersprache, ich beherrsche das ebenfalls – dass wir sehr klar in der Frage Lebensmittel- und Produktsicherheit die Partnerschaft mit den Konsumenten unberührt aufmachen. Wir haben vor kurzem mit Wissenschaftlern von den Universitäten im Lebensmittelbereich und in der Lebensmittelsicherheit eine Partnerschaft vereinbart, eine lose Partnerschaft, weil eben diese Experten und diese Wissenschaftler keine Bindungen wollen, um eben frei nach ihrem Wissen Überzeugung nach ihrer Verantwortung auch als Partner mit den Konsumenten, aber vor allem uns gegenüber von der Landwirtschaft uns zur Seite stehen in Beratungs- und vor allem in konkreten Vorschlägen. Ich glaube daher, dass wir wissen, dass wir keine Chance haben, ohne die Komponenten Tierschutz, ohne die Komponenten Naturschutz, ohne die Komponenten Umweltschutz, wer ist an und für sich im Umsetzungsbereich der Konkrete, der handelt? Und ich möchte schon festhalten, wir haben unsere Förderungsrichtlinien nach der steirischen Nutztierhaltungsverordnung, nach dem Tierschutzgesetz festgelegt. Und Sie können sich gar nicht vorstellen, wie viele Streitgespräche, Auseinandersetzungen, Bauern, die das nicht erreichen, die weniger oder keine Förderung erhalten, wenn sie das nicht machen, dass das draußen in den Höfen ganz konkret bei Beratungsgesprächen passiert. Wir haben die Verpflichtung als Landwirtschaft, auch diese Aufgaben der sozialen Verlässlichkeit, der sozialen Verträglichkeit, der ökologischen Verträglichkeit zu sichern. Und genau so wie die Nachhaltigkeit so quasi immer wieder ein Dogma war, so quasi Nachhaltigkeit ist gleich Ist-Stand und die Asche anbieten, ist jetzt die Nachhaltigkeit die eigentliche Lösung nicht nur im Bereich des Lebensmittels, sondern längst auch im Bereich der gesamten Umweltpolitik.

Vielleicht noch ein Punkt, was die Bioenergieförderung betrifft. Es ist das direkt angesprochen worden, Kollegin Zitz hat das angesprochen. Wir haben insgesamt fast 500 Millionen Schilling Förderung in der Steiermark in diesen letzten Jahren in diese Bioenergie gesteckt und werden das auch in Zukunft machen. Mit dem Programm „Ländliche Entwicklung“ haben wir eine Komponente sehr klar für jene Bereiche, die Genossenschaften und GesmbHs machen, über die Kommunalkredit und jetzt über die Förderschiene gleich weiterlaufend sogar mit einigen Verbesserungen für die Einzelheizungsvariante. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich glaube, und das möchte ich abschließend festhalten und ganz offensiv aussprechen, dass wir in der Landwirtschaft und in der Vertretung der Landwirtschaft – sprich die Landwirtschaftskammer – einen Leistungspegel vor uns haben und das muss ich mit einigen Zahlen unterstreichen: Wir haben in der Steiermark insgesamt im Jahr 2000 36.595 Mehrfachanträge, Gespräche mit unseren Beratungspartnern in der Landwirtschaftskammer und Bauern 40.124 Tierprämienanträge. Das sind alles Maßnahmen, um eine umweltgerechte, ökologische und tiergerechte Tierhaltung mit solchen Prämiensystemen zu unterstützen. Ich bin persönlich überzeugt davon, dass wir in der Zukunft ohne diese Kompetenzzentren, die in Wahrheit im Bereich der Gewerbestrategie, im Bereich der Industrieparks, eigentlich unsere Beratungszentren mit den landwirtschaftlichen Schulen die regionalen Kompetenzzentren des ländlichen Raumes sind. Daher möchte ich um Verständnis bitten, dass wir selbstverständlich im Rahmen der Kammerreform uns um eine effiziente Bauernvertretung in der Zukunft zu sorgen haben. Ich bin zuversichtlich, dass wir eine solche effiziente Bauernvertretung erreichen können. Ich bedanke mich für diese Beiträge, vor allem dann auch für die Beschlussfassung, bedanke mich stellvertretend bei meinem verantwortlichen Hofrat Ressi und der gesamten Crew und bei Herrn Hofrat Kalhs, der für den forstlichen Bereich zuständig ist. Es ist eine ganz enorme Leistung, wie wir heute Bauern mitbetreuen. Vor allem möchte ich mich auch bedanken für diese unheimlich starke Position des Selbstbewusstseins in Katastrophenszenarien, wo wir nicht mit eingebunden sind. Es ist unwahrscheinlich, welche enormen Kapazitäten wir in den Familien, in den einzelnen Bereichen unserer fachlichen Gruppierungen aufbringen, um solche Schläge abzufangen. In diesem Sinne möchte ich mich nochmals sehr herzlich bedanken. Wir werden mit aller Konsequenz und mit aller Leidenschaft weiterhin die Grundlagen für eine Ernährungssicherung, die Grundlagen für den Tourismus und die Grundlagen für Lebensinteressen schaffen, die man nicht in einem Katalog bestellen kann, sondern die man entweder hat und sich seit Jahrzehnten, Jahrhunderten erwirtschaftet hat oder nicht hat. Ich danke! (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – 10.57 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Meine Damen und Herren!

Wir kommen nun zum zweiten Teil der Gruppe 7 – Fremdenverkehr. Ich darf Herrn Abgeordneten Tasch zum Rednerpult bitten und ihm das Wort erteilen.

Abg. Tasch (10.58 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Landeshauptmannstellvertreter, Herr Landesrat, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Für mich ist es unverständlich, dass zu jeder Gruppe ein Sozialdemokrat hergeht und unser Land so madig macht. Das verstehe ich überhaupt nicht. Ich denke, wir leben in einem Land, wo man sich wohl fühlt und wo Heimatgefühl aufkommt. Gerade von dir hätte ich mir das nicht erwartet. Ich möchte mich bei Odo Wöhry herzlich bedanken, der gesagt hat, der Tourismus lebt ganz stark von einer flächendeckenden Landwirtschaft. (Beifall bei der ÖVP.)

Nummer eins, warum der Gast in Österreich und in der Steiermark Urlaub macht, ist eine intakte Landschaft und der freundliche Mensch, der ihm entgegenkommt und wo sich das Lied immer wieder bewahrheitet: „Griaf di Gott is a schöns Wort. Aber wenn i sog, pfiat di Gott, dann gschiacht mia hort!“ Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich bin begeistert vom Land Steiermark mit seiner Vielfalt und seiner Schönheit. Wir sind flächendeckend eines der schönsten Bundesländer in Europa und, ich möchte fast sagen, das vielfältigste in Österreich. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die österreichische Tourismuswirtschaft hat in den letzten Jahren sehr stark gepunktet. Ich möchte mich dafür ganz herzlich bei der Tourismusabteilung, bei Hofrat Hermann, Dr. Pögl und dem gesamten Team für die effiziente Arbeit für den steirischen Tourismus bedanken. (Beifall bei der ÖVP.) Ich bedanke mich auch bei Herrn Eltner. Ganz besonders freut es mich, dass die großartige Servicearbeit mit großem Einsatz und enormer Effizienz geleistet wird. Und für den Einsatz für unseren Tourismus in unserem Lande möchte ich mich beim Büroleiter Dr. Hellmuth Schnabl ganz herzlich bedanken. (Beifall bei der ÖVP.)

Der Tourismus ist immerhin der größte Devisenbringer in Österreich. Über 200 Milliarden Schilling wurden im österreichischen Tourismus im Jahr 2000 überschritten, meine sehr geehrten Damen und Herren, und ist von den Arbeitsplätzen her nicht mehr wegzudenken. Darum haben wir alles zu tun, um den steirischen Tourismus weiterhin zu forcieren. Ich habe schon mehrfach erwähnt, dass die Zeitschrift „Format“ Gerhard Hirschmann zum zweiterfolgreichsten Politiker im österreichischen Tourismus gewählt hat. Lieber Gerhard, für deinen enormen Einsatz und vor allem deine tolle Arbeit für den steirischen Tourismus sind wir dir von Herzen dankbar. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Jahr 2000 sind wir auf rund 2,4 Millionen Ankünfte, davon über 1,4 Millionen im Winter, gekommen. Am Inländeranteil hat Österreich stark zugenommen. Mich freut auch, dass die Österreicher vor allem in der Steiermark ihren Urlaub verbringen. Wir haben daher alles daranzusetzen, dass wir unser Geld für den Urlaub in Österreich lassen, und nicht mit Billigflügen ins Ausland reisen. Wir sind ein Bundesland, in dem man sich äußerst wohl fühlt. Besonders herausstreichen möchte ich die Sicherheit. Meine sehr geehrten Damen und Herren, Punkt Nummer zwei, warum der Ausländer Urlaub in der Steiermark macht, ist die Sicherheit in Österreich, ist die Sicherheit in der Steiermark. Und für diesen großartigen Einsatz möchte ich mich bei der Exekutive, bei der Bergrettung, beim Roten Kreuz und bei allen Verbänden ganz herzlich bedanken. Meine sehr geehrten Damen und Herren! (Beifall bei der ÖVP.) Besonders erwähnenswert ist, dass die Vier- und Fünfsternkategorie punktet. Es gibt eine Zuwachsrate im Jahr 2000 von über 38 Prozent. Die Dreisternkategorie hat eine Zuwachsrate von 16 Prozent. Leider Gottes ist die Ein- bis Zweisternkategorie auf ein Minus von 23 Prozent zurückgefallen. Es wäre wichtig, dass wir nicht die Quantität vermehren, sondern wir sollten die Qualität verbessern. In der Qualität haben wir daher noch sehr viel zu tun. Es ist eine großartige Leistung passiert, dass wir die Schiregion in der Dachstein-Tauern-Region, die immer noch die stärkste Tourismusregion in der Steiermark ist, mit einer Topschiregion ausgerüstet haben. Die Winterziffern beweisen, dass es dort immense Zuwachsraten gibt. Ich denke auch, dass die Alpenschifahrt wieder zugenommen hat, obwohl man seinerzeit geglaubt hat, dass durch das Snowboarden und durch das Langlaufen das Alpenschifahren stagnieren oder zurückgehen wird. Wir haben mit dieser Investition in die Infrastruktur etwas zusammengebracht, um das Alpenschifahren wieder attraktiv zu machen. Man sieht, dass es einen gewaltigen Zuwachs gegeben hat. Was besonders punktet und eine enorme Auslastung hat, ist in der Steiermark das Thermenland. Meine Damen und Herren! Es gibt bei den Fünf- und Viersternkategorien 250 Auslastungstage im Jahr. Ich glaube, von solchen Auslastungstagen kann Graz, aber auch unsere Region nur träumen. Darüber kann ich mich besonders freuen. Ich habe bereits erwähnt die landwirtschaftliche Vielfalt. Es gibt nirgends eine so große vergleichbare landwirtschaftliche Vielfalt wie in der Steiermark vom Gletscher im Norden bis zu den heißen Quellen des steirischen Weinlandes im Süden. Um dieser landwirtschaftlichen Vielfalt auch im Tourismus- und Freizeitbereich gerecht zu werden, arbeitet die Tourismusabteilung gemeinsam mit der Steirischen Tourismus-GesmbH., den Regionen und vielen engagierten privaten Anbietern daran, Themen, Führerschaft und Marktposition und Kompetenz in einem immer stärker umkämpften Markt zu zeigen.

Meine Damen und Herren! Österreich ist also auch im Veranstaltungsland eines der führenden und Sportland Nummer eins. Ich verweise darauf, dass die Damenabfahrt und Super-G auf der Planai, der Nachtslalom in Schladming, das Naturbahnrodeln in Stein an der Enns in den Naturpark Sölkälern, die Snowboard-WM am Kreischberg stattfinden. Und vor allem freut es mich, dass die Snowboard-WM 2003 in Murau am Kreischberg stattfindet. Das ist eine Investition und ein Devisenbringer, was wir uns nur wünschen können. Und vor allem sind wir wieder weltweit mit dem Marketing, mit Fernsehen und Presse präsentiert und ich glaube, das ist etwas, was für den Tourismus nicht groß genug einzuschätzen ist. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich möchte nur ganz kurz, meine Damen und Herren, über die Gedanken unseres neuen Tourismusgesetzes einiges bringen. Und das ist eine Umstellung von Schilling auf Euro, 8 Prozent Erhebungsvergütung ohne Berücksichtigung fälliger Erhöhung, Erhöhung der Tourismusinteressentenbeiträge nur mit Beginn des folgenden Kalenderjahres in Tourismusgemeinden und Kurorten im gemeinsamen Besorgen von Aufgaben, insbesondere Marketing und Werbung durch den Kur- und Tourismusverband mit mindestens 70 Prozent der Einnahmen aus der Landeskurabgabe als Beitrag an den Tourismusverband, 10 Prozent Interessentenbeiträge an die Tourismusregion anstelle 15 bis 25 Prozent zur wirksamen und wirtschaftlichen Besorgung gemeinsamer Aufgaben von Marketing und Werbung, Projektkoordination und Organisationen.

Allgemeine Senkung der Funktionsperiode von fünf auf vier Jahre, Reduktion der Sitzungen von neun auf vier, Umstufung der AT-Gemeinden zu Tourismusgemeinden unabhängig von Funktionsperiode zu Beginn des folgenden Kalenderjahres, Regelung betreffend die Tourismusförderung von dem Tourismusgesetz anstelle Wirt-

schaftsförderungsgesetz, mehr Verantwortung der Geschäftsführer, Anpassung der Aufgaben der örtlichen regionalen Organisationen an die Erfordernisse, Angebotsentwicklung und Verkauf, Paragraf-4/3-Regelung eines Tourismusverbandes für mehrere Tourismusgemeinden bleibt, dafür ein eigener Paragraf für gemäß Geschäftsstelle, Mehrwahl nach Wahlvorschlagsgruppe erst ab 51 Tourismusinteressenten anstelle 31 und damit wesentliche Verwaltungsvereinfachung für viele Tourismusgemeinden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben momentan 13 Tourismusregionalverbände. Ich glaube, die gehören drastisch gesenkt. Ich habe eine Vorstellung ungefähr auf fünf bis sechs und da kann man effizienter mehr Geld für die Werbung und weniger für die Administration ausgeben. In diesem Sinne freue ich mich auf eine weitere erfolgreiche Aufwärtsentwicklung in der Steiermark und bitte euch alle, sich voll und ganz für den Tourismus einzusetzen. Es kommt vor allem unseren Arbeitsplätzen zugute. Und eines, was mir große Sorgen macht, möchte ich kurz noch ansprechen, das ist der permanente Arbeitskräftemangel im Tourismus. Wir haben einige Hotels, die haben Probleme mit dem Aufsperrern, weil sie die Arbeitsplätze nicht besetzen können, die notwendig wären. Und wir könnten ohne unseren Ausländeranteil im hinteren Bereich unserer Beherbergungs- und Großbetriebe absolut nicht mehr funktionell arbeiten, hätten wir unseren Ausländeranteil im hinteren Bereich der Gastronomie im Dienstleistungsbetrieb nicht. In diesem Sinne wünsche ich dem Tourismus und uns allen ein sehr herzhaftes und kräftiges steirisches Glückauf! (Beifall bei der ÖVP. – 11.10 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Prattes. Ich erteile es ihm.

Abg. Prattes (11.10 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Mitglieder der Landesregierung! Meine sehr verehrten Damen und Herren des Hohen Landtages und liebe Besucherinnen und Besucher!

Ich darf gleich dem Kollegen Tasch antworten und gehe mit ihm in vielem konform. Selbstverständlich ist unser wunderbares Heimatland Steiermark ein Land der Vielfalt. Es hat sich sehr viel getan und es ist auch – ich stehe nicht an, allen Verantwortlichen sehr herzlich zu danken – im Tourismus etwas weitergegangen. Das ist spürbar, das ist an den Nächtigungssteigerungen absehbar. Ich erinnere nur daran, wie mühsam ein neues Tourismusgesetz gestrickt wurde. Ich sage jetzt bewusst gestrickt wurde, ich war auch mit dabei auf örtlicher und regionaler Ebene. Es funktioniert jetzt nach einigen Kinderkrankheiten. Es ist sehr gut. Aber eines muss ich schon sagen, meine sehr verehrten Damen und Herren, unsere Tätigkeit hier wäre völlig verfehlt, wenn wir uns nur zurücklehnen würden und sagen würden, es ist alles schön, es ist klass, wir brauchen nichts mehr tun. Ich glaube, unsere Aufgabe als Abgeordneter ist es auch dort hinzuschauen, wo es noch nicht so funktioniert, wo wir Nachholbedarf haben, wo Regionen, wo Orte, wo Gemeinden unsere Hilfe brauchen, um in diesem großen Konzentrat, dem Tourismus, einem sehr, sehr wichtigen Wirtschaftszweig mitspielen zu können. Besonders hervorzuheben ist – das möchte ich auch, weil es immer moniert wird, die Sozialdemokraten raunzen nur und machen alles schlecht – besonders hervorzuheben ist, dass über 50 Prozent der Gästenächtigungen in jenen Regionen passieren, wo Schiberge, wo die Thermen ausgebaut wurden, nämlich von der Landesholding mit ihrem Know-how und mit den Mitteln des Landes, dort, wo sie aktiv tätig ist. Die dort getätigten Investitionen, meine sehr verehrten Damen und Herren, haben nicht nur vielen Menschen Arbeit gebracht, sondern durch das Sonderinvestitionsprogramm, welches durch den seinerzeitigen Finanzlandesrat Hans-Joachim Ressel initiiert wurde, der Wirtschaft Aufträge in Milliardenhöhe gebracht. Dies ist und war eine Investition in die Zukunft mit einer nachhaltigen Wertschöpfung.

Durch das Engagement der Landesholding wurden viele Projekte in Angriff genommen, die mit alleiniger Finanzierung, nämlich aus privater Hand, nie zustande gekommen wären. Heute, das können wir gerne feststellen, sind diese Betriebe bestens geführt und bringen einen ständig – was ja auch wichtig ist – steigenden Cash-flow. Hier ist aber auch zu vertreten, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass öffentliche Mittel auch oder gerade in jene Projekte gesteckt werden, wo nicht von vornherein ein positives Ergebnis zu erwarten war. Als Beispiel möchte ich – Sie kennen das, als regionaler Abgeordneter bringe ich gerne Beispiele, wo ich es auch beweisen kann – den Ausbau des Präbichls erwähnen. Ein Traditionsschneidegebiet der Steirer, welches ohne Investition – das können wir durchaus sagen – sicher nicht mehr in dieser Form bestehen würde. Bereits im ersten Betriebsjahr gab es ein Betriebsergebnis von über 15 Millionen Schilling. Erwartet beziehungsweise erhofft wurden – Sie können das bei der Landesholding nachfragen – 7 Millionen. Heuer, im zweiten Betriebsjahr – und wir wissen, er war nicht sehr brüllend, der Winter, wir hätten alle gerne mehr Schnee gehabt – war trotz des schlechten Wetters das Ergebnis um über 13 Prozent besser als im ersten Betriebsjahr. Hier, und das muss man sagen, hat kein Privater mehr investiert, ohne Landesholding wäre das nicht möglich gewesen. (Beifall bei der SPÖ.)

Und jetzt plant die ÖVP-FPÖ-Mehrheit den Ausverkauf des steirischen Volksvermögens, des steirischen Familiensilbers. Die steirischen Schiberge und Thermen sollen jetzt, wo sie namhafte Erträge erzielen, die zugunsten der steirischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler genutzt werden, planlos „verscherbelt“ werden. Wir können uns jedoch – und das ist ein konkreter Vorschlag – durchaus die Hereinnahme von Privaten mit entsprechendem Kapital und Fachwissen vorstellen. Voraussetzung ist allerdings, dass 50 Prozent plus ein Anteil oder eine Aktie im Besitz des Landes Steiermark bleiben. Besonders wichtig ist uns aber dabei auch die Unterstützung regionaler Leitprojekte. Diese sind ja in Vielzahl vorhanden. Ich möchte nur auf einige unserer Anträge verweisen, die wir in den letzten Monaten in den Landtag eingebracht haben: Die Liftprojekte Aflenzler Bürgeralm, Brunnalm lifte Hohe Veitsch oder die Therme Köflach. Meine sehr geehrten Damen und Herren von ÖVP und FPÖ! Ich habe sehr aufmerksam Ihr gemeinsames Arbeitsprogramm 2000/2005 studiert. Im Kapitel 5 – Tourismus – auf Seite 11 haben Sie genau das geschrieben, was wir in unseren Anträgen fordern. Ich darf zitieren:

„Die Steiermark mit ihrer einzigartigen landschaftlichen Vielfalt hat in allen Regionen noch enormes touristisches Entwicklungspotenzial und Ziel einer künftigen Tourismuspolitik muss es sein, regionale Leitprojekte zu unterstützen und dabei auf bestehende Stärken zu setzen!“ Weiter heißt es noch: „Die thematischen Schwerpunkte werden in den nächsten Jahren die Bereiche Kur, Wellness, Golf, Rad, Reiten, Wandern, Wintersport und so weiter sein!“ Das wissen und kennen Sie ja alles. Leider setzen Sie auf die Geduld von Papier, denn Ihr Handeln steht im krassen Widerspruch dazu. Als Beispiel darf ich das Projekt Erz und Eisen anführen: Am 19. April 1999 beschloss die Landesregierung einstimmig, die Regionale Tourismusentwicklung „Erz und Eisen“ für einen Zeitraum von fünf Jahren zu fördern. 1999 und 2000 sind auch die vereinbarten Beträge geflossen. Seither herrscht Funkstille. Unzählige Interventionen haben nicht gefruchtet. Auch auf meine Anfrage bei der Finanz-Ausschusssitzung zum Budget konnten oder wollten Sie, Herr Landesrat, nichts sagen. Dafür habe ich nun postwendend – und für die rasche Beantwortung danke ich – erfahren, dass es für dieses Projekt, welches einer ganzen Region neue Hoffnung gegeben hat, kein Geld mehr gibt. Ich danke für Ihr Schreiben vom 25. April und ich werde das auch entsprechend weitergeben. Es wundert mich auch nicht, sagt doch auch das Land in seiner Stellungnahme zum eingereichten LEADER-Projekt sinngemäß – und Kollege Straßberger weiß es, denn wir sitzen ja gemeinsam im regionalen Management Obersteiermark – und das ist ja eigentlich der Skandal. Ich zitiere: „Es ist nicht einzusehen, dass hier in eine Region“ – und jetzt passen Sie bitte gut auf – „am Ende ihres Lebenszyklus investiert werden soll!“ Das ist ein Skandal und das geht nicht. Das ist Ihre Politik. So gehen Sie mit den Menschen um, die mit größtem Einsatz um neue Perspektiven und Standbeine kämpfen. (Abg. Straßberger: „Wer hat das gesagt?“ – Beifall bei der SPÖ.) Ich sage Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist Diebstahl der Zukunft – so kann es doch nicht gehen. (Beifall bei der SPÖ.)

Statt nur in Großevents Millionen zu stecken, die durchaus punktuell ihre Berechtigung haben, sollte hier Geld eingesetzt werden, nämlich in zukunftssträchtige Projekte. Diese dürfen nicht gestrichen werden. Ich darf noch etwas sagen, meine sehr verehrten Damen und Herren: Kollegin Kaufmann hat in der gleichen Ausschusssitzung des Finanz-Ausschusses an Kollegen Paierl die Frage gerichtet, wo die 55 Millionen für den Ausbau der Lifte in der Eisenerzer Ramsau sind. Die waren 2000 im Budget. Herr Landesrat Paierl hat damals gesagt, das seien abgeschlossene Projekte. Ich kann mich nicht erinnern, dass irgendetwas investiert oder gebaut wurde. Zufällig findet sich dieser Betrag jetzt im Budget im außerordentlichen Haushalt – wenn Sie nachschauen – unter 5/914 unter „fortgefallene Ansätze“. Das kann doch nicht die Politik sein, die Sie unter Regionalförderung verstehen.

Apropos Großevents: Herr Klubobmann Dr. Lopatka, Sie haben am Donnerstag die großen Erfolge bei der Eventstrategie von Landesrat Hirschmann gepriesen (Abg. Dr. Lopatka: „Sehen Sie das anders?“) Diese großen Erfolge, die es durchaus gibt, möchte ich doch etwas relativieren. Meine Damen und Herren, ich darf die Internationale Gartenschau 2000 erwähnen. Dort wurde von einer Besucherzahl von einer Million ausgegangen. Wir wissen aber, dass es nur 446.000 Besucher geworden sind, nicht eine Million. Es wurden Eintritte von 110 Millionen Schilling kalkuliert, geworden sind es 42 Millionen. Dem Land war diese ganze Veranstaltung ein Zuschuss von 80 Millionen Schilling wert. Ich erinnere mich daran, dass ihr bei der Gauguin-Ausstellung gesagt habt, es gibt einen Zahlensturz von 24 auf 42. Jetzt frage ich mich schon, wie ist es denn hier? Von 110 auf 42. Ich denke also, so schlecht waren unsere Ausstellungen nicht. Das möchte ich bitte dazusagen. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich komme schon zum Schluss, weil ich das Licht schon blinken sehe. Sie gestatten aber, dass ich noch ein paar kleine Bemerkungen mache, weil der Bereich Tourismus ein sehr wichtiger für unsere Steiermark ist und Herr Landesrat wird mir sicherlich Recht geben. Ich freue mich, dass Frau Kollegin Dietrich – leider ist sie jetzt nicht da – gestern so vehement und überzeugend für den Ausbau des nordischen Leistungszentrums Eisenerz, des Schulmodells Eisenerz und des Schlosses Leopoldstein eingetreten ist. Liebe Frau Abgeordnete, ich lade Sie herzlich ein, unserem Entschließungsantrag beizutreten, den ich jetzt gleich im Anschluss einbringen werde. Seine Annahme könnte alle Ihre Forderungen erfüllen. Eines, meine sehr verehrten Damen und Herren, möchte ich schon noch sagen: Die Frau Landeshauptmann hat im Zuge der Wahlwerbung einen durchaus plakativen Slogan geprägt: „Ich möchte eine Steiermark, in der jeder etwas hat!“ Sie gestatten mir, dass ich diesen Satz etwas modifizieren möchte. Es müsste nämlich heißen: „Ich möchte eine Steiermark, in der jeder etwas hat, nämlich die Nase voll von einer Budgetpolitik, die 3500 Millionen Schilling nach Wien schickt, die uns in der Steiermark abgehen!“ (Beifall bei der SPÖ.)

Abschließend darf ich einen Unselbstständigen Entschließungsantrag der Abgeordneten Prattes und Schrittwieser zum Thema Eisenerz, Schiliften und Thermen einbringen. Er liegt den Klubs vor und ich darf mich daher auf den Antrag beschränken. Der Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens die gestrichenen Mittel für die Regionalentwicklung der Region in und um Eisenerz wieder, zum Beispiel durch die Verwendung der auf 200 Millionen Schilling erhöhten Verstärkungsmittel, zur Verfügung zu stellen, zweitens die für das Schiliftprojekt Eisenerzer Ramsau im Jahr 2000 im außerordentlichen Haushalt budgetierten Mittel von über 55 Millionen Schilling auch für Regionalentwicklungsmaßnahmen in und um Eisenerz zu verwenden und nicht verfallen zu lassen beziehungsweise nicht anderweitig zu verwenden sowie drittens den Mitteleinsatz und die Bereitstellung von Know-how (zum Beispiel durch die Steiermärkische Landesholding) für die verschiedenen im Entstehen begriffenen regionalen Projekte, wie Thermen, Schiberge et cetera, nicht zu kürzen, sondern auch in Zukunft im zumindest selben Ausmaß wie bisher bereitzustellen.

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen schon jetzt, dass Sie uns dabei unterstützen werden. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 11.23 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster hat sich der Herr Abgeordnete List zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. List (11.23 Uhr): Herr Präsident, Herr Landeshauptmannstellvertreter, Herr Landesrat Hirschmann, zuständig für den Tourismus!

Kurtl Tasch hat schon Lobeshymnen auf den Tourismuslandesrat und auf die Tourismusregion Steiermark ausgesprochen. Weitere Lobeshymnen wären kitschig. Deswegen von meiner Seite ein paar kritische Bemerkungen zur Sparte Thermen im Tourismus. Ich möchte die Thermen etwas näher durchleuchten und analysieren. Wie Sie wissen, soll in nächster Zeit die Steiermark von Thermen überflutet werden. Das ganze Land soll unter Wasser stehen, unter Thermalwasser – im wahrsten Sinne des Wortes. Die Thermen boomen und sind in der Steiermark der Hit schlechthin für die Tourismusbilanz. Die Nächtigungszahl in der Thermenregion beträgt 1,8 Millionen jährlich und dieser Siegeszug ist nicht aufzuhalten. Die Zielgruppe für diesen saisonunabhängigen Ganzjahresbetrieb nimmt immer mehr zu. Die Bereiche Fitness, Wellness gewinnen laufend an Bedeutung. Diese Wirtschaftssparte blüht. Geschätzte Damen und Herren! Selbstverständlich ist klar, dass jetzt viele Gemeinden an diesem Kuchen mitnaschen wollen. In vielen Gegenden laufen Bohrungen über die ganze Steiermark verteilt auf Hochtouren. Etwa in der Gegend von Köflach, Gabelhofen, Bad Mitterndorf und Gröbming sind die Projekte schon konkret. Mittlerweile gibt es aber auch sieben weitere geplante Thermenstandorte: Ilz, Judendorf-Straßengel, Leibnitz, Ottendorf, Speltenbach-Loipersdorf, Ungersdorf-Gleisdorf sind die Orte, die Thermen haben wollen und vielleicht bekommen werden. Das bedeutet für uns und die Steiermark, an insgesamt elf neuen Thermenprojekten wird gebastelt. Selbstverständlich wollen alle Subventionen vom Land für die Projektumsetzung und anschließend auch in die Holding hinein. Ich bezweifle aber, ob der Markt die Nachfrage, der Bedarf insgesamt von diesen zusätzlichen Thermen überhaupt vorhanden ist. Der Bedarf von einigen wenigen wird sicherlich vorhanden sein. Wollen wir überhaupt ein Überangebot von Thermen, die sich gegenseitig konkurrenzieren, die schlecht frequentiert sind und sich deshalb nicht rechnen oder wollen wir ausgelastete Qualitätsthermen, die Gewinne erwirtschaften und Besucher anlocken? Wir Freiheitlichen sind überzeugt, dass der Weg „Qualität vor Quantität“ im Bereich der Thermen der richtige und zukunftsweisend der weit erfolgreichere sein wird. In der Debatte über den Tourismusbericht im Feber hat der Tourismuslandesrat, hast du, lieber Gerhard, eindrucksvoll dokumentiert und ich darf zitieren: „Es kann auch nicht sein, dass am Schluss in jedem Land in jedem zweiten Dorf eine Therme steht!“ Und weiters und noch einmal: „Das kann nicht immer die 17. Therme sein!“ Es kann aber auch nicht die 50. zu deinem Geburtstag heute sein. Thermen dürfen nicht wie Schwämme aus dem Boden wachsen. Es gibt viel zu viele giftige darunter und darunter. Diese schaden den anderen, die leiden. Geschätzte Damen und Herren! Wir dürfen die funktionierenden Thermen mit ihrem ganzen betrieblichen und gewachsenen Umfeld nicht leichtfertig aufs Spiel setzen. Gegenwärtig – wie Sie wissen – herrscht Unruhe in Bad Radkersburg und Loipersdorf, im Bezirk Radkersburg und im Bezirk Fürstenfeld. Über die Therme Radkersburg und die aufgetretenen Probleme bei der Betriebsführung eines eigenen Hotels haben wir in diesem Rahmen hier im Landtag schon diskutiert und werden das sicherlich noch öfters machen müssen. Der Kollege Abgeordnete Anton Gangl war bei einer Informationsveranstaltung dabei, wo diese Benachteiligungen leider bestätigt wurden. Benachteiligungen, Wettbewerbsverzerrungen in Serie. Es gibt hier offensichtlich gewollte Bevorzugungen der eigenen Hotelgäste und dies sind auf allen Ebenen auf der Tagesordnung zu sehen. Ähnliches passiert auch zurzeit in Loipersdorf im Umfeld des neuen Intercont-Hotels. Ortsansässige Betriebe haben bereits eine Klage wegen Verstöße gegen das Wettbewerbsrecht durch Bevorzugung eines Hotelbetriebes eingebracht. Herr Landesrat, du weißt sicherlich Bescheid darüber. Die Wirtschaftstreibenden, die Wirtschaftsbetriebe in dieser Region sind beunruhigt und besorgt. Ich glaube, nachdem ich einige Gespräche geführt habe, dass eine der Ursachen der enorme Druck der Holding auf die beiden Geschäftsführer der Thermen sein dürfte. Die Direktoren hier, Sommer und Rinner, müssen Gewinne um jeden Preis machen. Welche Therme hat den größeren Besucherzustrom, welche Therme ist die Bessere, welche Therme ist früher ausgelastet und muss deshalb schließen? Ich vermute, dass von diesem auch die jeweilige Vertragsverlängerung der Direktoren abhängig gemacht wird. Die Vertragsverlängerung ist abhängig vom erzielten Gewinn. Das, glaube ich, ist ein gefährlicher und falscher Weg. Überfüllte Thermen bringen keine Erholung, sondern zusätzlich Stress für die Gäste und vertreiben sie wieder. Die angepriesenen Oasen der Wellness werden nicht gefunden, man flüchtet vor diesen Überfüllungen. Hier glaube ich, geschätzte Damen und Herren, einen Weg gefunden zu haben, dass die Holding den enormen Druck von diesen Verantwortlichen nehmen sollte. Dabei ist selbstverständlich der Eigentümer, das Land Steiermark und damit auch wir, der Steiermärkische Landtag, gefordert. Die Aufgabenbereiche, die Möglichkeiten, aber auch die Grenzen der Holding sind derzeit nicht konkret definiert. Beide Geschäftsführer, Feldbaumer und Gartner, beklagen diesen Missstand und haben mir diesen dargestellt. Herr Landesrat, ich darf dich bitten, dass du festlegen lässt oder dass wir gemeinsam festlegen werden, was die Holding darf und was sie nicht darf. Was der Holding erlaubt ist und was der Holding nicht erlaubt ist. Es müssen zukunftsorientiert klare, optimale Zielvorgaben mit entsprechenden Rahmenbedingungen geschaffen werden und vorhanden sein. Dasselbe gilt auch für sämtliche Schilifte, wie es der Kollege Prattes schon gesagt hat.

Zusammengefasst, um die Zeit einzuhalten, geschätzte Damen und Herren dieses Hauses, darf ich feststellen und sagen, die Institution Landesholding im Bereich des Tourismus muss ein Garant für eine Chancengleichheit in der Steiermark werden. Wir sind stolz auf den Tourismus, auf das Tourismusland Steiermark! (Beifall bei der FPÖ und ÖVP. – 11.31 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Hagenauer. Ich erteile es ihm.

Abg. Hagenauer (11.31 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Landesräte! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich möchte mich bei meiner Wortmeldung auf zwei Punkte beschränken. Das eine ist die Frage von Leitbild, Image des Landes insbesondere in Hinblick auf den Tourismus, und das Zweite die Tourismusentwicklung in jenen Regionen, die einen besonders intensiven Tourismus haben, zum Beispiel eben in der Dachstein-Tauern-Region.

Zum Ersten, zum Leitbild. Guten Morgen, Herr Landesrat!

Herr Landesrat Hirschmann, Sie haben gestern in diesem Zusammenhang beabsichtigt oder nicht, aus meiner Sicht etwas Symptomatisches gesagt, nämlich dass die Steiermark vorkommen muss im Ausland. Und Sie haben in dem Zusammenhang zwei Beispiele genannt, nämlich den SK Sturm oder den Fußball und den A1-Ring. Ich habe mir dann später erlaubt mit Ihrer freundlichen Genehmigung beim Herrn Landesrat Paierl Sie ein bisschen anzuschwärzen im doppelten Sinne des Wortes, nämlich habe ich ihm verraten, dass Sie den Auto-cluster vergessen haben als etwas, womit die Steiermark zumindest behauptet und das tut sie doch wohl auch, im Ausland vorzukommen. (Abg. Stöhrmann: „Das habe ich schon erwähnt, aber in zweiter Linie!“) In zweiter Linie, ja! Ich will mich auch nicht in innerparteiliche Einschätzungen da einmischen, aber was ich sagen will, es hat vor einigen Wochen auf der Handelskammer eine sehr gute Enquete stattgefunden zu dem Thema Leitbild für die Steiermark, endo Styria. Der Herr Kollege Bittmann ist gescheiter als ich, er sagt es ist die Wirtschaftskammer, trotzdem war ich der einzige Landtagsabgeordnete, der dort gesessen ist.

Aber es war natürlich die Wirtschaftskammer. Man lernt ja immer noch was dazu. Danke, Herr Kollege Bittmann. Es wäre nur recht gescheit gewesen, wenn unter anderem Sie, Sie haben ja dort einen näheren Weg als ich, auch sich dazugesetzt hätten. Es war nämlich das insofern für mich auch durchaus positiv und durchaus interessant, als an dieser Stelle herausgekommen ist, dass eben gerade in unserem gegenwärtigen – wie immer man dazu steht – von der Globalisierung geprägten Zeitalter das Image einer Region, das Erscheinungsbild nach außen eine ganz, ganz zentrale Rolle spielt. Ich komme im Zusammenhang mit dem Tourismus darauf zurück, was ist jetzt das Leitbild, was ist jetzt das Image, das die Steiermark im Zusammenhang mit dem Tourismus eigentlich nach außen ausstrahlen will? Was ist das? Ist das die Landschaft, ist das der sanfte Tourismus, Familienerholung, das Radfahren, das Wandern? Das wäre eine Möglichkeit. Ist aber dann der A1-Ring, mit dem wir nach außen vorkommen, das geeignete Transportmittel? Ich bezweifle nicht, dass wir mit dem A1-Ring weltweit immer wieder und in einem hohen Ausmaß in den Medien sind. Das bezweifle ich gar nicht. Die Frage ist nur, ist es das, was wir wollen? Wenn wir einmal definiert haben, und ich schließe mich dabei den Ausführungen des Kollegen List an, zum Beispiel allein auf dem Sektor Thermen ein bestimmtes Leitbild zu entwickeln, dann müssen wir uns fragen, was sind dann die geeigneten Schwerpunkte, um dieses unser Ziel nach außen zu transportieren? Ist es der Grand Prix, der das am besten transportiert oder ist er das nicht? Damit zusammenhängend, und von dieser Stelle aus würde ich bitten, sich näher anzuschauen, falls das nicht schon getan wird, ist, um auf dieses Budget und auf die zentrale Thematik zurückzukommen, dass jetzt auch bei Investitionen massiv eingeschränkt wird. Man sollte sich anschauen, ob man die Effizienz nicht durch mehr Geldausgaben, sondern durch Vernetzung, durch Multiplikatoreffekte, durch externe Effekte einfach erhöht. Politik mit PFIFF zu machen, wie Herr Landesrat das genannt hat, und ich komme auf den Begriff PFIFF dann kurz zurück, heißt, Qualität in dem Sinn durch Quantität zu ersetzen. Es wird uns nichts anderes übrig bleiben. Ich habe das beim Thema Wohnbau und bei anderen Bereichen auch schon mehrfach angeschnitten. Ich nehme jetzt, und das ist mein zweiter Zugang, einen Bereich wieder auf, nämlich den Radwegebau. Herr Landeshauptfraustellvertreter, ich rede Sie so an, weil, wenn ich richtig informiert bin, Sie legen darauf einen gewissen Wert, hat offenbar – nach meiner Einschätzung – gedacht, es ist besonders eindrucksvoll, wenn er mir hier die lange Liste der geplanten Radwege vorliest. Ich messe die Tätigkeit des Landes nicht an der Anzahl der Schilder, welcher Radweg hier betroffen ist, sondern schlicht und ergreifend an den Schillingen, die dafür ausgegeben werden und allenfalls noch an den Laufmetern, die man baut. Das hat Herr Landeshauptfraustellvertreter natürlich tunlichst nicht dazugesagt. Deswegen haben wir auch einen Antrag eingebracht, der diese Mittel erhöht, und zwar 7 Millionen Schilling im ordentlichen und 11 Millionen Schilling im außerordentlichen Haushalt. Das ist kein Hauseck. Es sind jedoch beide Posten reduziert worden. Ich will jetzt aber nicht auf die Radwege und auf das Verkehrskapitel zurückkommen, sondern ich will nur sagen, dass der Radtourismus einer der Sektoren ist, europaweit, der nicht nur, was auch hier vom Kollegen Tasch schon apostrophiert wurde, dass der Inländertourismus bis hin zu dem Umstand, wie er richtig sagt, dass wir uns auch schon freuen müssen darüber im Sinne nicht nur der Förderung einer Gastronomie, sondern wir uns auf Grund der Zahlungsbilanz schon freuen müssen, wenn die Leute weniger mit dem Flugzeug ins Ausland fliegen. Das ist richtig. Die Radwege sind eines der wirksamsten Mittel überhaupt, um dieses Ziel zu erreichen. Wo ist aber hier die eindeutige Begründung und Priorität in der Landespolitik? Die Budgetzahlen, die, wie Landesrat Paierl sagt, in Zahlen gegossene Politik sind, sprechen eine andere Sprache. Auch hier haben wir es mit diesem schon mehrfach zitierten Doppelzüngigkeitsprinzip zu tun: Je weniger ich mache, desto häufiger rede ich davon. Das ist menschlich nahe liegend, aber für einen Abgeordneten wenig befriedigend. Schauen Sie sich einfach nur die Situation in Graz an, an welchen Stellen ich mit dem Fahrrad überhaupt aus der Stadt hinauskomme. Das sind nach wie vor nur zwei, drei. Der ganze Grazer Westen zum Beispiel hat keine Möglichkeit und das sind zigtausende Leute, nur ganz banal am Sonntag mit den Kindern aus der Stadt zu kommen. Ich komme jetzt nicht nochmals auf die Familie zurück, aber wenn man sie wert schätzt und wenn man die Unfälle und die Sicherheit wert schätzt, dann fahren Sie einmal durch die Kärntnerstraße hinaus in den Kaiserwald. Dann reden wir noch einmal, wenn Sie mir das nicht glauben, über die sicherste Region der Steiermark. Sie lernen das Fürchten und dann wissen Sie erst, was Sicherheit bedeutet. Der Tourismus boomt in

anderen Regionen Österreichs, zum Beispiel entlang der Donau. Schon vor Jahrzehnten, es ist jetzt ungefähr 15 Jahre her, ist dort der Boom ausgebrochen und hat derartige Ausmaße angenommen, dass Ihr Satz, Herr Landeshauptfraustellvertreter, dass überall Bürgerinitiativen entstehen, in der Tat stimmt. Dort gibt es Bürgerinitiativen gegen die Radfahrer. Ein derartiges Ausmaß hat das angenommen. Übrigens an der Stelle eine kurze Anmerkung: Es ist eine wenig geistreiche Unterstellung, den Grünen vorzuwerfen, sie seien gegen jedes Bahnprojekt, insbesondere die Koralmbahn. Ich war bei einigen Bürgerversammlungen, wie zum Beispiel auch in Frauental. Diese Bürgerinitiative war in der Tat dagegen. Ich war als einziger Parteienvertreter dort und bin für das Projekt eingetreten. Das heißt also, das Land braucht erstens Intelligenz in dem Sinn, dass es sagt, wo kann ich denn mit dem Schilling die meisten Nächtingungszahlen erreichen? Ich hätte den Nachweis einfach im Sinne eines touristischen Leitbildes gerne geführt. Ich vermute, wie Sie schon heraushören können, dass zum Beispiel der Radtourismus hier hervorragend abschneidet. Dann hätte ich gehofft, folgerichtig, dass er auch im Budget höher dotiert wird. Zum Abschluss noch einen zweiten Bereich in dem Zusammenhang mit der Evaluierung, weil die Qualitätshotels auch vom Kollegen Tasch angesprochen worden sind: Wenn die Qualitätshotels eine derartig erfreuliche Steigerung haben, was ja in Ordnung ist, dann schließe ich daraus mit meiner wirtschaftlichen Kompetenz, die nicht jene eines Experten ist, das ist keine Frage, denn ich bin nur ein Handelsakademieabsolvent, dass diese Unternehmen ihre Investitionen selbst finanzieren können. Können sie das nicht, muss ich ein normales Hotel, auch ein Qualitätshotel, aus Steuergeldern subventionieren. Aber dann stimmt da irgendetwas nicht. Die öffentliche Aufgabe ist es, Infrastruktur zu schaffen. Jetzt haben wir die leidigen Debatten, ob ein Lift eine Infrastruktur ist oder ein Unternehmen, wie jedes andere auch. Es tut uns das schon weh genug. Ist ein Hotel, nur weil es einen Stern mehr hat, auch wenn es externe Effekte gibt, aber das hat bald einmal ein Unternehmen und das kann jeder Unternehmer von sich behaupten, ein Infrastrukturprojekt oder komme ich damit näher in eine Wirtschaftsphilosophie, die manchmal (Präsident Ing. Kinsky: „Herr Abgeordneter, darf ich Sie ersuchen zum Schluss zu kommen!“) polemisch mit einem Rasenmäher oder mit einem Wirtschaftssystem verglichen wird, das jetzt inzwischen zusammengebrochen ist und etwas weiter östlich angesiedelt war. Das ist eine ernste Frage. Man muss sich dann überlegen, auch im Sinne einer ökosozialen Marktwirtschaft, die immer wieder strapaziert wurde, auch jetzt wieder vorhin von Herrn Landesrat Pörtl, was ist denn eine ökosoziale Marktwirtschaft als eine höhere Dotierung von Radwegen. Was ist denn eine ökosoziale Marktwirtschaft als etwa die Personalkosten für mittlere und kleine Unternehmen im Speziellen, aber auch für alle anderen, zu reduzieren auf Kosten einer höheren Besteuerung von Rohstoffen und von Energieverbrauch. Ich vermute sehr stark, dass der Umstand, dass wir heute wesentliche Teile, etwa der Gastronomie, der Hotellerie, auch diese genannten Viersternehotels, aus Steuergeldern subventionieren müssen, einfach damit zu tun hat, dass deren Personalkosten davongaloppieren. Und wenn wir nicht eine derartige ökosoziale Steuerreform machen, worum ich Sie herzlich bitte, und nicht nur davon reden, dass der sicherlich verdiente Herr Riegler das vor Jahrzehnten das erste Mal, diesen Begriff, in den Mund genommen hat – erfunden hat er es ja nicht – aber es in den Mund genommen hat und bis heute propagiert, wofür ich ihm danke, das allein ist zu wenig. Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei den Grünen und der SPÖ. – 11.45 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Gangl. Ich erteile es ihm.

Abg. Gangl (11.45 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landesrat! Herr Landeshauptmannstellvertreter! Hoher Landtag!

Die Steiermark ist nicht nur das Sportland Nummer eins, das Eventland Nummer eins, die sicherste Region Europas, die Nummer eins im Bereich der erneuerbaren Energie, um einige zu nennen, nein, sehr geehrter Herr Landesrat Hirschmann, zu deinem 50. Geburtstag, die Steiermark ist auch das Tourismusland Nummer eins. (Beifall bei der ÖVP.)

Das ist mein erster Budgetlandtag und ich habe an und für sich vor gehabt, über meine Eindrücke nicht zu sprechen, da aber gebetsmühlenartig immer wiederkehrend bei den Kollegen der SPÖ die einstudierten Sätze kommen, möchte ich doch eines dazu sagen.

Wie ich von jungen Jahren an bei Vereinen und Organisationen mitgearbeitet habe, musste immer wieder in die Zukunft geschaut werden und mit dem Haushalt und mit dem Vereins- oder Organisationsbudget ausgekommen werden. Und Geld war nie in Hülle und Fülle vorhanden. Aber niemand stellte den Verein oder die Organisation in Frage. Im Gegenteil, mit Einsatz und Willen wurde weitergearbeitet. Und es wurde auf- und ausgebaut. Und genau das Gegenteil lernte ich in diesen knapp zweieinhalb Tagen hier im Landtag kennen. Liebe Kollegen der SPÖ und zum Teil auch der Grünen. Ihr Verhalten hat beinahe seelische Depressionen bei Abgeordneten ausgelöst, die mehr tun wollen als nur zerreden. (Beifall bei der ÖVP.)

Sie werden es aber nicht schaffen, mit Ihrem ständigen Meckern, Zerreden und Schlechtmachen unsere Freude und Motivation für unsere Arbeit und für die Steiermark zu nehmen. (Beifall bei der ÖVP.) Wir werden weiterhin dafür sorgen, dass die Steiermark in vielen Bereichen die Nummer eins bleibt und auch wird. Denn wir haben die Verantwortung und Sie nicht den Anstand, dem Proporz ein Ende zu setzen. (Beifall bei der ÖVP.)

Doch nun zum Eigentlichen, und auch das ist eine weitere Erfolgsgeschichte in diesem Land, nämlich innerhalb des Tourismus. Ich spreche vom steirischen Wein- und Thermenland. Und weil Kollege Hagenauer gesagt hat, es gibt hier kein Leitbild oder kein Image, es gibt sehr wohl eines. Das Image ist „Natur pur, Genuss und Erlebnis“. Und jeder, der diese Region kennt, der kann das verspüren. Und was noch viel wichtiger ist, das wird

dort gelebt. Nicht nur die Tourismusbetriebe selbst, sondern die Menschen vor Ort, sie setzen sich für ihre Region ein, die Bauern in ihrer Landschaftspflege und die anderen im Gestalten der Häuser und alles, was dazu zählt. Der Wein, der in dieser Region wächst, kann sich mit jedem anderen einer anderen Region messen und die Thermen brauchen den internationalen Vergleich, was Qualität und Dienstleistung anlangt, nicht zu scheuen. Die Südweststeiermark hatte zweistellige Zuwachsraten bei Übernachtungen und es sind erst 30 bis 35 Prozent des Potenzials erfasst, das heißt, hier gibt es Zukunft und Chancen. 1,8 Millionen Nächtigungen im Jahre 2000 sind im Regionalverband Steirisches Thermenland gemeldet worden. Die ständige Expansion der Thermen, hier geht es nicht nur immer um neue Standorte, sondern auch um Erweiterungen wie das Schaffelbad Loipersdorf, das fertig gestellt wurde, Blumau, Bad Waltersdorf, die Nächtigungskapazität wurde erhöht, in Bad Radkersburg wurde die Abbauphase abgeschlossen. Und wie gesagt, der eine oder andere neue Thermenstandort wird dazukommen beziehungsweise ausgebaut, wie das in Bad Gleichenberg geschehen wird.

Auf regionale Projekte wird geschaut werden und sie werden verstärkt werden. Die Schlösserstraße, die Apfelstraße, die Weinstraßen insgesamt, die Hufeisentour, die Bikerouten, Projekte wie Winzerzimmer, wie Revitalisierung alter Bauernhöfe sind einfache Projekte, die der Region Identität geben. „Managen statt Verwalten“ heißt die zukünftige Tourismusstrategie. Mehr Eigenverantwortung der Region und für Einrichtungen in der Region eine bessere, unbürokratischere, regionalere Zusammenarbeit der Tourismusgemeinden und Verbände und mehr Eigenverantwortung wird zum Teil auch über das Tourismusgesetz zu regeln sein. Projekterstellung, Angebote ausbauen, um eben auch kofinanzierte Gelder zu holen, zu lukrieren, sind wichtig. Ziel-2-Gebiet, LEADER – steirisches Vulkanland, LEADER – Weststeiermark wird Impulse für die Tourismusregion Thermenland und Weststeiermark setzen. Die Beherbergungsbetriebe, die Gastwirte, die Buschenschänken und Weinbauern leisten hervorragende Arbeit und tragen damit wesentlich zum Erfolg des steirischen Tourismus bei. (Beifall bei der ÖVP.)

Zum Glück lassen sich nicht alle im Land vom Nur-schlecht-Machen entmutigen. Mein besonderer Dank gilt natürlich unserem Herrn Landesrat Gerhard Hirschmann mit seinem Team, dem Herrn Hofrat Dr. Hermann, dem Dr. Pögl, dem Dr. Schnabl und der Steirischen Tourismusgesellschaft. Weiterhin viele Erfolge für den steirischen Tourismus und danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 11.51 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Dr. Hirschmann. Ich erteile es ihm.

Landesrat Dr. Hirschmann (11.51 Uhr): Lieber Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Das war an sich ein so feuriges, schönes Schlusswort vom Toni Gangl, dem ich nichts mehr hinzuzufügen habe, außer dass ich mich auch bei den Herren von der Tourismusabteilung, beim Hofrat Hermann, beim Dr. Pögl und vor allem auch beim Dr. Schnabl, meinem Bürochef, sehr herzlich bedanken möchte für die vielen guten Dinge, die im Tourismus geschehen. Ich möchte dem Kurt Tasch, dem Toni Gangl, dem Kurt List sehr herzlich danken für ihre Beiträge, besonders aber auch dem Kollegen Hagenauer, und nur ein Wort dazu. Ich bin wie so oft in letzter Zeit in fast allen Dingen Ihrer Meinung. Ich würde eines besonders (Abg. Schleich: „Das haben wir gestern auch schon gehört!“) unterstreichen. Wissen Sie, wie ich das gemeint habe, eine authentische Interpretation mit der Formel I und dem SK Sturm? Das sind die Türöffner für uns, damit man hineinschauen kann ins irdische Paradies und das ist die Steiermark für uns. Und dahinter gibt es nur sanften Tourismus, gute Dinge zum Essen und zum Trinken. So war das gemeint! (Beifall bei der ÖVP.)

Ein allerletztes Wort, weil der Herr Prattes hier offenbar die Parteistrategie so herzlich vertreten muss. Meine lieben Freunde, ich habe dafür Verständnis. Ich war immerhin 30 Jahre Parteisekretär bei uns und da hat man – (Abg. Stöhrmann: „Man merkt es!“) Du musst noch üben! Der rennt dir den Rang ab, du wirst da kein Leiberl haben gegen deinen Nachbarn. (Landesrat Schützenhöfer: „Wobei ich bemerkt habe, dass ihr seit zwei Tagen schon 1.-Mai-Reden haltet!“ – Abg. Stöhrmann: „Wenn du einmal dabei wärst, dann würdest du das Original hören!“ – Abg. Schützenhöfer: „Da rede ich selber und viel besser!“) Jawohl, das ist so!

Herr Kollege Prattes, nur zwei sachliche Anmerkungen, damit es nicht so im Raum steht. Bei der Holding wird nichts ausverkauft und es wird kein Familiensilber verschleudert, sondern es werden sehr klug durchdachte Schritte unternommen werden. Und all das, was Sie Positives darüber gesagt haben, ist auch unsere Meinung. Sie dürfen sich auf unsere gute Führung in diesen Dingen verlassen.

Zu „Erz und Eisen“ und zu den Anträgen wegen Aflenz und Co., bitte darf ich nur das wiederholen, was gestern die Frau Kollegin Zitz gesagt hat. Plötzlich kommen Sie mit all den Anträgen, die in den letzten Jahren unter dem Kollegen Ressel unmöglich waren. (Abg. Prattes: „Nicht böse werden!“) Wissen Sie, wie oft ich, Herr Kollege Prattes, wie oft ich persönlich mit dem Landesrat Ressel geredet habe? Es war nicht fünfmal, es war nicht zehnmal, es war 20-, 30-mal, er hat gesagt, kommt nicht in Frage. Und das ist die Wahrheit. Das ist die Wahrheit, dass der Kollege Ressel gesagt hat, solange er Finanzreferent in dem Land ist, wird in Aflenz, weil ÖVP-Gemeinde, bitte, kein Groschen investiert. Tun Sie hier nicht herumflunkern. Das sind die Realitäten, meine Herren. (Beifall bei der ÖVP.)

Da braucht sich euer Parteivorsitzender – so wie er das gestern hier gemacht hat – nicht künstlich echauffieren und sagen, es wird jetzt umverteilt in die Richtung zu irgendwelchen Ressorts.

Zu „Erz und Eisen“ möchte ich Ihnen, Herr Kollege Prattes, dezidiert etwas sagen: Sagt Ihnen der Name Pytell etwas? Ich hoffe, Sie kommen nie hierher an das Pult und bitten mich um eine Auskunft, was in den letzten Jahren unter dem Titel „Erz und Eisen“ an zig Millionen verschnitten worden ist, meine verehrten Damen und Herren. Ich habe gesagt, ich schaue nicht zurück. Die Periode ist vorbei und Kollege Ressel ist im wohlverdienten

Leykam-Vorstand. Aber gewisse Sachen wollen wir hier hoffentlich nicht aufrollen. Wir werden mit den Verantwortlichen der Region, mit deinem Bürgermeister, den du ja beerben willst, gerne gute Projekte machen, wenn sie zukunftstauglich sind. Für Sprüche ist die Zeit zu spät und deshalb bin ich schon am Ende. Solange die ÖVP, meine verehrten Damen und Herren, den Tourismus führt, werden wir auch dort die Nummer eins sein. Danke, auf Wiedersehen! (Beifall bei der ÖVP. – 11.56 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Meine geschätzten Damen und Herren!

Ich habe, ohne Absprache, Herrn Landesrat zu seinem Jubeltag als Präsent freie Redezeit gewährt. Ich danke ihm dafür, dass er davon so sparsam Gebrauch gemacht hat. (Beifall bei der ÖVP.) Ich möchte Herrn Landesrat im Namen des Hohen Hauses zumindest für den heutigen Nachmittag, der hoffentlich nach seinen persönlichen Vorstellungen und Wünschen ablaufen wird, noch einen recht schönen Festtag wünschen. Alles Gute! (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren, wir kommen damit zum dritten Teil der Gruppe 7 – Wirtschaftsförderung. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Kasic. Ich erteile es ihm.

Abg. Kasic (11.57 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Eine erfolgreiche Marke ist nichts anderes als die Wertschätzung für das Produkt. Wenn daher in letzter Zeit immer öfter von der Marke Steiermark die Rede ist, dann auch deswegen, weil die Bemühungen zur Aufwertung unseres Wirtschaftsstandortes stärker denn je bemerkbar werden. Indikator für diese wirtschaftliche Entwicklung, meine Damen und Herren, und vielleicht hört auch der Herr Gewerkschaftssekretär zu, sind vor allem internationale Rankings. Aber bei aller Wertschätzung für diese Rankings, meine Damen und Herren, lässt sich dieses Ergebnis noch deutlicher durch Zahlen beweisen. Erstens: Die Steiermark erlebt einen Gründungsboom, der einen neuen Rekord darstellt. Zweitens: Täglich werden neun neue Betriebe gegründet, 3383 waren es im vergangenen Jahr, 1724 im Jahr 1995. Die Gründungszahlen haben sich damit deutlich verdoppelt. Drittens: 14,2 Prozent der österreichischen Unternehmensgründungen, meine Damen und Herren, finden hier in der Steiermark statt und wir liegen damit an dritter Stelle in ganz Österreich, noch vor Oberösterreich. Viertens: Rund 40.000 aktive gewerbliche Unternehmer bilden aktive Knoten in diesem Wirtschaftsnetzwerk, das sich über die gesamte Steiermark spannt. Diese Unternehmen, meine Damen und Herren, schaffen Arbeitsplätze und gemeinsam mit den Mitarbeitern, und das möchte ich schon betonen, Wohlstand für 1,2 Millionen Steirerinnen und Steirer. Fünftens: Eine aktuelle Konjunkturumfrage der Industrie zeigt, dass man sich in den nächsten sechs Monaten, und das entgegen einer weltweiten Abschwächung der Industriearbeitsplätze, eine deutliche bessere Geschäftslage erwartet. In diesem Zusammenhang, meine Damen und Herren, lassen Sie mich aber auch noch einen Punkt, den ich bereits gestern angesprochen habe, zu den Arbeitslosenzahlen sagen: Wir haben in der Steiermark, wie bereits in den vergangenen Jahren, eine deutliche Abnahme. Wir rücken sozusagen immer näher an den österreichischen Durchschnitt. Wenn wir uns die Märzahlen anschauen im Vergleich zum Vorjahr, so ist die Zahl der Arbeitslosen um 6,4 Prozent gesunken und erfreulich dabei ist, dass vor allem auch die Zahl der Arbeitslosen, die älter als 50 beziehungsweise 55 sind, über 12,8 Prozent gesunken ist. Ähnlich verhält es sich, meine Damen und Herren, mit den offenen Lehrstellen. Um 25,7 Prozent mehr offene Lehrstellen können wir verzeichnen als noch im vergangenen Jahr. Das hängt auch damit zusammen, dass wir hier in der Steiermark mit Landesrat Paierl an der Spitze auch neue Lehrberufe einsetzen und kreieren konnten, wie etwa jenen des Fitnessbetreuers. Dennoch, meine Damen und Herren, und das soll man auch ganz offen und ehrlich sagen, wenn wir eine Wirtschaftsdebatte in diesem Hohen Haus führen, ist jeder Arbeitslose in diesem Land zu viel und es darf nicht angehen, dass für rein parteipolitischen Populismus, wie wir ihn teilweise gestern hier erlebt haben, die Arbeitslosen missbraucht werden. Dieses positive Ergebnis und diese Zahlen kommen aber nicht von selbst: Es sind die Unternehmer in diesem Land, die mit viel Einsatz und Engagement die Arbeitsplätze sichern und dafür Sorge tragen, dass es diesem Land wirtschaftlich gut geht. Es sind die Mitarbeiter, die Arbeitnehmer in den Betrieben und ich sage das ganz offen, das wertvollste Kapital, das ein Betrieb hat und es ist die Wirtschaftspolitik eines Landes, die die Rahmenbedingungen schafft, eine Wirtschaftspolitik, meine Damen und Herren, die von dieser ÖVP-Regierung gemacht wird, die von Landesrat Paierl und vor allem auch von Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic gemacht wird, die eines klar dokumentiert: möglichst wenig sich in die Geschehnisse der Betriebe einmischen. Was passiert, wenn sich die Politik, vor allem aber die Parteipolitik, zu stark in das Betriebsgeschehen einmischt, haben wir leider in der Vergangenheit sehr deutlich erlebt. Stichwort Verstaatlichte, Stichwort aber auch Konsum und „Neue Zeit“, das hat auch Herr Kollege Stöhrmann selbst in den Mund genommen. Wir sehen das auch auf Grund der Tragik der letzten Tage, wo es auch um rund 100 Arbeitsplätze geht. Ich bin mit dir, lieber Kurt Gennaro, auch einer Meinung, dass wir auch dort an einem Strang ziehen müssen, wo nicht korrekt gearbeitet wird, wo es darum geht, dass Illegale in Betrieben, wie etwa bei einer Tochterfirma der Leykam in Niederösterreich, beschäftigt werden. Hier müssen wir gemeinsam an einem Strang ziehen. Eines der Kernziele dieser Wirtschaftspolitik, meine Damen und Herren, ist es, der steirischen Wirtschaft durch einen Kompetenz- und Innovationsschub Vorteile im internationalen Wettbewerb zu verschaffen. Zum anderen aber soll auch die Stellung der Steiermark als Hightechzentrum in der Zukunftsregion Südost einerseits, aber auch als Österreichs Jobland Nummer eins gefestigt werden. Unser Ziel, und das sage ich sehr deutlich, ist es, dass wir die Arbeitslosenrate unter den österreichischen Durchschnitt senken und wir sind mit dieser Wirtschaftspolitik in diesem Land auf dem besten Weg dazu. (Beifall bei der ÖVP.)

Dass wir auf diesem besten Weg dazu sind, zeigt auch das Budget. Wir haben dort ein Beschäftigungs- und Qualifikationsprogramm festgeschrieben, weil uns die Menschen und weil Sie uns, liebe Kollegen von der Sozialdemokratischen Partei, das immer wieder vorwerfen, dass wir nur von Zahlen reden, die Mitarbeiter sehr viel bedeuten. Ein umfangreiches Qualifikations- und Beschäftigungsprogramm, Ausbildung und Qualifikation sind die entscheidenden Wettbewerbsfaktoren des 21. Jahrhunderts. Dem Bildungswesen unseres Landes kommt daher auch und gerade aus Sicht der Wirtschaftspolitik eine besondere Bedeutung zu. Um auch in Zukunft im globalen Wettbewerb bestehen zu können, muss die Bildungspolitik den sich verändernden Qualifikationsanforderungen und dem verschärften Konkurrenzdruck Rechnung tragen. Wir brauchen eine lernfreundliche und eine lernfreudige Kultur. Nicht nur ständiges Weiterlernen, sondern auch immer wieder Neuorientierung und Umlernen wird die Menschen fordern. Für die Unternehmen in diesem Land ist der Ausbildungsgrad der Mitarbeiter entscheidend. Ein wichtiger Standortfaktor – und ich wiederhole es nochmals – wertvollstes Kapital. Und wenn Sie sich anschauen, was in diesem steirischen Qualifizierungs- und Beschäftigungsprogramm enthalten ist – und ich gehe davon aus, nachdem Sie ja betont haben, liebe Kollegen von der Sozialdemokratischen Partei, dass Sie sich mit dem Budget sehr eindringlich beschäftigt haben –, dann werden Sie auch gesehen haben, wer dort die Zielgruppen für dieses Programm sind. Es sind in erster Linie Jugendliche zwischen 15 und 25 Jahren, es sind Frauen und Ältere. Dabei stand aber nicht so sehr – wie Sie vielleicht glauben – ein Benachteiligungsaspekt, sondern eher der Nutzenaspekt dieser Zielgruppen im Mittelpunkt oder im Vordergrund, das heißt, wir wollen bitte die besonderen Potenziale und Stärken dieser Bevölkerungsgruppen ansprechen und damit fördern.

Mit diesen seit Jahren funktionierenden Programmen, meine Damen und Herren, ist es der Steiermark auch gelungen, einen Strukturwandel von einer Grundstoffindustrie hin zu einem modernen Dienstleistungsunternehmen zu schaffen. Der Technologiesektor entwickelte sich mit 3,3 Prozent stark und über den Österreichsdurchschnitt, der bei 2,6 Prozent lag. Beigetragen haben dazu die Technologie- und Impulszentren, wo 1986 mit dem Impulszentrum und dem Technologiepark in Graz der Grundstein gelegt wurde, ein Meilenstein, dem bisher 13 weitere gefolgt sind und sieben bereits in Planung sind und wo auch gleichzeitig – und wir haben hier einen gemeinsamen Beschluss gefasst – mit der Technologieachse Graz–Marburg der Grundstein für eine enge wirtschaftspolitische Zusammenarbeit gelegt wird.

Wirtschaft, meine Damen und Herren, ist wie gesagt untrennbar mit den Menschen, die hier arbeiten, verbunden und wenn Sie sich einige Beispiele der Jahre 1999 und 2000 anschauen, so sei dafür nur ein Jugendprogramm erwähnt mit einer Gesamtförderungssumme von 40 Millionen Schilling, wo rund 4000 Jugendliche gefördert worden sind, das Pilotausbildungsprojekt Sinabelkirchen, Frauenqualifizierungsprojekte gemeinsam mit dem AMS oder auch die Implacementsstiftung für Ältere ab 45 Jahren. Auch das, meine Damen und Herren, sind wesentlichste Punkte. In diesem Zusammenhang möchte ich aber auch von dieser Stelle nochmals betonen, dass uns auch die Handelsangestellten, weil das in letzter Zeit immer wieder angesprochen wird, besonders am Herzen liegen und wir werden – wie bereits einmal in diesem Hohen Haus gesagt – nicht zulassen, dass es hier zu Verschiebungen kommt. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren, bevor ich den Ruf des Präsidenten bekomme, lassen Sie mich noch ein Letztes sagen: Wir wollen weiterhin die Marke Steiermark prägen und die Wissenschaftler und Forscher dieses Landes geben uns Recht. Und wenn der Kollege Grabner, den ich im Moment nicht sehe, den Wissenschaftler Gerhard Lehner erwähnt hat und ihm etwas anderes unterstellt hat, dann sei Lehner hier zitiert: „Ausgeglichene öffentliche Haushalte sind kein Selbstzweck. Sie sind eine entscheidende Voraussetzung, um auch künftig die finanzielle Stabilität Österreichs abzusichern, die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu stärken und den Generationenvertrag für unsere Zukunft erfüllen zu können.“ (Abg. Schleich: „Aber die Frage ist, wie komme ich dazu?“) Die wirtschaftliche Entwicklung der Steiermark gibt ein ermutigendes Beispiel für die gesamte österreichische Wirtschaft, stellt auch Helmut Kramer, der Leiter des Wirtschaftsforschungsinstitutes fest. Kaum anderswo, meine Damen und Herren, wirkt so viel Engagement der Wirtschaft selbst und so viel Initiative der Landeswirtschaftspolitik fruchtbar.

Mit den Landesbudgets 2001 und 2002, meine Damen und Herren, wird dieser Kurs, der in den vergangenen Jahren in der Steiermark so erfolgreich war, auch weiterhin fortgesetzt und erfolgreich sein. Ich danke Ihnen! (Beifall bei der ÖVP. – 12.08 Uhr.)

Präsident Purr: Die nächste Wortmeldung kommt vom Herrn Abgeordneten Kurt Gennaro. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Gennaro (12.08 Uhr): Die Spannung steigt. Das gebe ich euch zum Anschauen!

Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich habe da vorne etwas hingestellt, ich hoffe, Sie können es lesen. Dann erkläre ich es euch, wenn ihr ruhig seid. Hört zu!

Das ist aus einer Zeitschrift, keine SPÖ-nahe, sondern aus einer ÖVP-Zeitung, die „Steirische Wochenpost“ Nr. 15 vom 12. April 2001 zum Nachlesen. (Abg. Wiedner: „Die liest du?“) Selbstverständlich, steht ja hie und da etwas Brauchbares drinnen. Da wundere ich mich, was in der Zeitung steht und ihr dann von euch gebt. Ich darf den Text hier zitieren (Abg. Schrittwieser: „Der Chefredakteur sitzt sogar da, also kann man nichts abstreiten!“) Alles klar, da steht drinnen: „Von den Ländern Strafgeld abkassieren, wenn sie den Bund nicht finanzieren, ist keines Schnösel's Superschmäh, nur des Herrn Grassers Schnapsidee!“ Dann habe ich mir gedacht, Schnösel, das ist so ein gebräuchliches Wort, was machst jetzt, musst im Duden nachschauen. Weil wenn dich einer fragt, was

das ist, musst eine Antwort geben. Da drinnen steht im Duden, „Schnösel“ ist ein dummer, frecher, junger Mensch. Passt eigentlich genau auf den Grasser, nur leider trifft es viele Österreicherinnen und Österreicher, meine Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.)

Mir ist auch bewusst, warum gerade bei der „Wochenpost“ oft bei manchen Landtagsdiskussionen viele Abgeordneten der ÖVP zur nächtlichen Stunde noch vollen Druck machen und reden gehen müssen, wo wir schon oft sagen, ziehen wir zurück, hat keinen Sinn, hört ja keiner mehr zu. Wenn ich dann am nächsten Tag die „Wochenpost“ lese, sehe ich schon mit Bild und Wort, was alles gesagt worden ist, weil stellt euch vor, die Zeitung wird ja früher gedruckt. Jetzt wenn der das nicht gesagt hat, könnte man sagen, du hast ja gar nicht geredet und da drinnen stehst. Das ist der wahre Grund, meine Damen und Herren! (Beifall bei der SPÖ.)

Und das Nächste, was ich noch sagen möchte, Herr Präsident. Ich werde die 20 Minuten ausschöpfen, nachdem nur ich rede, ich möchte das einmal sagen. Es ist im Prinzip bedauerlich. Es ist bedauerlich, du wirst mir vielleicht sogar Recht geben, dass wir hier im Hohen Haus am Beginn der Budgetdebatte über Themen – und ich halte alle für wichtig –, aber es gibt sicher einige Themen, wo man abkürzen könnte und leider, wenn man dann schon lange sitzt, wird alles müde und dann fängt man zu treiben an und sagt, Landwirtschaft, Tourismus, Wirtschaft, das ist ja nicht mehr so wichtig, da tun wir kürzen, kürzen. In zehn Minuten ist schon alles gesagt. Meine Damen und Herren, ich halte das für nicht tragbar. Und wir werden in Zukunft einmal versuchen müssen die Themen umzudrehen. Fangen wir einmal mit den entscheidenden Kapiteln an, die die Steirerinnen und Steirer wirklich treffen. (Beifall bei der SPÖ. – Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Haben wir schon gemacht!“) Und ich möchte jetzt zurück auf die Bank der Medien zu sprechen kommen. Der Herr Kübeck von der „Kleinen Zeitung“ sitzt heute am Samstag auch da. Ich kann das sagen, weil ich laufe, meine Damen und Herren, das ist ein gutes Gefühl, in die Zielgerade. Mir kann keiner mehr nutzen und keiner mehr schaden. Und wenn ich mir manche Kommentare in den Medien anschau, dann wundere ich mich sehr oft. Da gibt es dann so glorreiche Artikel, wo man reinschreibt, jetzt müssen wir einmal veröffentlichen, wer sind die faulen Abgeordneten, wo sind die fleißigen und wie viele Wortmeldungen hat der eine abgegeben und wie viele der andere. Ich behaupte, wie oft einer geredet hat, ist nicht maßgebend, sondern was er geredet hat, meine Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.)

Vielleicht würde ich mir sogar manchmal wünschen, dass Damen und Herren – und jetzt sage ich Anwesende ausgenommen – dass wir einmal einen Rollentausch machen. Setzen wir uns jetzt einmal von jeder Fraktion da hinten hin und lassen wir die Journalisten einmal da vorne reden. Dann möchte ich mir das anschauen, wie das ausschaut. Herr Kübeck, alles klar. (Beifall bei der SPÖ.)

Und, meine Damen und Herren, nachdem wir vereinbart haben, weil es eben ein schöner Samstag ist, die Messe ist vorbei, hoffentlich hat es der Gebell überlebt, aber das werden wir ja noch sehen und hören, ich möchte nur sagen, warum unsere Haltung auch zum Budget so ist – und wir werden zu den anderen Kapiteln nicht mehr reden, aber eines möchte ich im Hohen Haus auch ausdrücken – wir haben zirka seitens der SPÖ-Fraktion im Finanz-Ausschuss rund 70 Fragen gestellt, die ÖVP eine, die Freiheitlichen überhaupt nicht, die haben nichts mehr zum Sagen, weil die kriegen vor, was sie sagen müssen und die Grünen haben über 30 – wie ich mitgezählt habe – Wortmeldungen. Das zeigt eigentlich, wie groß das Interesse am Budget überhaupt war, meine Damen und Herren von der schwarz-blauen Regierungsmehrheit. Und es war sehr interessant – und da möchte ich mich sogar bei ein paar dann bedanken –, dass man von den einzelnen Fragen immer nur gehört hat „Umschichtungen“. Ich als Finanzsprecher der SPÖ-Fraktion habe mich sicherlich tagelang mit diesem Budget beschäftigt mit Mithilfe unserer Mitarbeiter, weil das muss man einfach auch zugeben. Ich möchte mich auch bedanken, weil das ist für uns eine schwere Arbeit gewesen, weil diesmal ist alles so umgeschichtet worden. Und selbst die Regierer haben im Ausschuss nicht beantworten können, wo was umgeschichtet wurde, von wo weg wohin gekommen ist, meine Damen und Herren. Da sieht man die Unsicherheit der ÖVP-FPÖ-Regierungsmehrheit, weil Sie Ihr eigenes Budget nicht kennen. (Beifall bei der SPÖ.)

Und von den ganzen Fragen, die gestellt wurden, möchte ich mich beim Herrn Landeshauptmannstellvertreter Leopold Schögggl bedanken, weil er hat zumindest vier Antworten, die er uns versprochen hat – bis zum Budget versprochen haben es die anderen auch –, die sind eingelangt. Und der Landesrat Hirschmann, da hat ihm der Kollege Prattes schon gedankt, der hat eine Antwort gelegt. Alles andere ist noch offen und beweise nur und sage, das ist die Inkompetenz der Regierungsmannschaft, weil sie nicht wissen, was im Budget steht. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren, jetzt kommt der Punkt und ich bitte Sie alle, genau zuzuhören und aufzupassen. Herr Landesrat Paierl hat schon während der Budgetdebatte Folgendes gesagt, das auch heute in der „Kleinen Zeitung“ zu lesen ist. Ich zitiere: „Denn der Finanzlandesrat schloss noch vor dem Budgetbeschluss des Landtages einen Nachtragshaushalt nicht aus. Wenn es im Herbst tatsächlich Probleme mit dem Budget geben sollte, werde man sich fragen müssen, woher man das Geld nehmen kann!“ Jetzt frage ich euch: Der Finanzreferent weiß jetzt im April noch nicht sicher, ob das Budget hält oder nicht? Er ist so unsicher, dass er jetzt schon vorsichtigerweise sagt, im Herbst müssen wir weiterreden. Das ist der Beweis für das Mogelbudget, meine Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ. – Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Sie bekommen eine Antwort!“)

Ich habe mit dem ÖVP-Landeshauptmannstellvertreter Schögggl, mit einem Parteibuch der Blauen, in der Früh über Indianerweisheiten philosophiert. Herr Landeshauptmannstellvertreter, ich möchte Ihnen den Ball gleich zurückgeben. Das gute Indianerspruchwort heißt: „Wenn du ein totes Pferd reitest, steig ab!“ Meine Damen und Herren, das Budget ist ein totes Pferd. Steigt ab. (Beifall bei der SPÖ.)

In der verbleibenden Zeit für die Wirtschaft, meine Damen und Herren, möchte ich noch Folgendes sagen (Abg. Kasic: „Hast du zur Wirtschaft auch was zu sagen?“): Kollege Kasic, wenn du ruhig bist, sage ich sicherlich in wenigen Worten mehr als du in deiner ganzen Rede. Ich möchte dir noch eines sagen, weil du hast mich provo-

ziert: Hör zu, was ich dir jetzt sage. Ich würde mich nicht in den Spiegel schauen können, wenn ich mich, so wie du, hierher stelle und von dem Rednerpult aus – ich habe es gestern schon in eindeutiger Weise gesagt – sage, es ist ein Wahnsinn, dass man für parteipolitischen Populismus Leute herholt, die demonstrieren. (Abg. Dr. Lopatka: „Missbrauch!“ Missbrauchen ist dein Wort. Du musst schon aufpassen, was du sagst, weil du bist sehr vollmundig. (Abg. Dr. Lopatka: „Das hat der Flecker gestern gesagt!“) Du passt in die Schnöselgeschichte hinein, lieber Freund Lopatka, damit das auch einmal gesagt ist. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Lopatka: „Das freut mich, wenn du sagst, dass ich jung bin!“) Ich finde es als Frechheit, wenn man Menschen, Funktionäre, die von den Betrieben unterstützt werden, lieber Kollege Kasic, so behandelt. Ich werde dann die Rückmeldung bekommen, um nicht das schöne steirische Wort „Feedback“ zu gebrauchen, wenn du dann in der Wirtschaftskammer im Beisein der Betriebsräte und der Bauunternehmungen das Gleiche sagst, was du auch hier gesagt hast. Dann werden dich wahrscheinlich deine eigenen hinaushauen. Ich weiß nicht, in welcher Funktion du dort bist. In der Wirtschaftskammer habt ihr ohnehin schon Probleme. Viele zittern schon, weil sie wahrscheinlich hinausgeschmissen werden. Hoffentlich aber wirst du durch deine Wortmeldung nicht hinausgeschmissen. Dort kannst du beweisen, wie du hinter den Arbeitslosen stehst. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren! Ich habe mir sehr vieles im Zusammenhang mit der Wirtschaft zusammengeschrieben, möchte es aber abkürzen. Eines müssen wir aber schon bedenken und Herr Landesrat Paierl weiß das bereits, weil er ist ja Wirtschaftsfachmann, wie man ihn bezeichnet und er liest – so nehme ich an – auch alle Wirtschaftszeitungen und er liest alle Berichte von Wirtschaftsforschungsinstituten: Es ist zu erkennen, dass das Wirtschaftswachstum, Frau Kollegin Pußwald, leider entgegen allen Erwartungen im Sinken ist. Das, was bisher an Steigerungen war, hat uns in diese Situation Gott sei Dank gebracht. Es ist daher erfreulich, dass es auch in der Steiermark aufwärts geht. Dort, wo die Sonne hinfällt, Frau Kollegin Pußwald, ist es ohnehin schön warm und hell. Wo die Sonne aber nicht hinkommt, ist Schatten. Es ist daher Aufgabe der SPÖ-Fraktion, die Schattenseiten zu beleuchten, liebe Frau Kollegin. (Beifall bei der SPÖ.)

Wenn diese Konjunkturreinbrüche greifen, dann haben wir natürlich auch Verantwortung zu übernehmen. Wenn die Prognosen, die meistens immer gehalten haben, dann müssen wir aus steirischer Sicht Vorkehrungen treffen. Herr Kollege Kasic, Herr Unternehmer Kasic, weil er mich als Gewerkschaftssekretär bezeichnet hat, etwas: Er ist Unternehmer. (Abg. Kasic: „Ich bin stolz darauf!“) Ich bin auch stolz darauf. Da kannst du dir sicher sein. Es ist das Schönste in meinem Leben, dass ich diesen Beruf ausführen darf. Wenn immer vom Wachstumsrückgang und von den Kerngrößen die Rede ist oder die Arbeitslosenstatistik anschaut, dann freue ich mich auch riesig darüber, wenn über Prozentsätze und Durchschnittsquoten gesprochen wird, dass alles zurückgeht. Ich hoffe, Sie wissen, wie der Durchschnitt aussieht: zwei haben Hunger, einer isst ein Henderl, der andere zwei Semmeln. Aber im Schnitt hat jeder ein halbes Henderl und eine Semmel gegessen. So ähnlich kommt mir deine Statistik vor. (Beifall bei der SPÖ.)

Wenn man die Arbeitslosenzahlen oder die Diskussion um die Dinge bejubelt, dann freue ich mich auch, wenn diese zurückgehen. Eines steht schon fest: Vielleicht schaust du dir einmal in der Wirtschaftskammer an, wie die Beschäftigungsverhältnisse sich darstellen. Von den rund 3,2 Millionen Beschäftigten gibt es zur Zeit 1,2 Millionen Beschäftigte in so genannten atypischen Beschäftigungsverhältnissen. Frau Kollegin Pußwald, wir beide wissen, wovon wir sprechen. 654.891 – Statistik aus dem Jahr 2000 – sind bereits in Teilzeit beschäftigt. Das heißt, dort haben die Leute überhaupt keinen Vollerwerb. Die haben eine Stundenanzahl von bis, also unter 20 Stunden bis 38 oder 40 Stunden. (Abg. Kasic: „Manche Frauen wollen das aber!“) Du weißt das genau. Keine Frage. Herr Kollege Kasic, natürlich müssen oder wollen das viele Frauen. Mit denen, die das selber wollen, habe ich kein Problem. Das Problem fängt für mich an, die in Teilzeit gehen müssen, weil sie keinen anderen Job bekommen, und noch einen dazu brauchen, dass sie zweimal eine Beschäftigung haben, um einmal eine lebensfähige Existenz zu haben und einen entsprechenden Verdienst haben. Ihr zählt das als zwei Arbeitsplätze. In Wirklichkeit ist das aber nur einer, meine Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.)

420.077 sind geringfügig beschäftigt. Jetzt könnte man auch sagen, da sind viele dabei, die das wollen. Aber viele würden gerne länger arbeiten. Habt ihr euch schon einmal überlegt, dass davon allein 116.000 in befristeten Dienstverhältnissen beschäftigt sind? Habt ihr das schon einmal überlegt? Was bedeutet das für eine Frau oder für einen Beschäftigten, der Teilzeit hat und wenn dieser einmal in Pension gehen muss und er von diesem Teilzeitbeschäftigungsgehalt eine Pension bekommen soll? Wir züchten damit die Ausgleichszulagenempfänger von morgen, meine Damen und Herren. Es muss der Steuerzahler eingreifen, dass der eine existenzfähige Pension bekommt. Das lehnen wir ab. (Beifall bei der SPÖ.) Wenn man schon spricht, meine Damen und Herren, von „Gelder zweckentfremdend verwenden“ und weil ihr sagt, wir sagen immer das Gleiche, dann sage ich, ihr müsst euch daran gewöhnen, und zwar so lange, bis die Leute das begreifen und sie werden es begreifen, weil sie es spüren werden, dass uns 3,5 Milliarden Schilling abgehen werden. (Abg. Kasic: „Nimm die steirischen Zahlen!“) Wir werden euch im Sommer beim Nachtragskredit oder wenn es ein Nachtragsbudget geben sollte daran erinnern. Ich hoffe, dass die Zuschauerränge dann auch so voll wie am Beginn der Debatte sind. Heute ist es verständlich, dass wenige Leute hier sind bei dem schönen Wetter. Gott sei Dank können viele sagen, sie können draußen etwas machen und müssen die Reden hier nicht anhören. Lieber Kollege Kasic, wenn man schon vom „Geld entfremdet verwendet“ spricht, dann gibt es eine Aufstellung dazu. Kollege Lopatka, du kannst schon nachlernen und dich vorbereiten. Erfolgreich gefördert aus dem Arbeitslosentopf. Gelder, die die Arbeitnehmer einzahlen werden, zig Millionen, hunderte Millionen Schilling, von den Firmen zweckentfremdet aus dem Topf herausgeholt. Meine Damen und Herren! Ich lasse die Wirtschaft jetzt im Großen weg. Ich freue mich, dass in der Steiermark vieles zu greifen beginnt. (Präsident: „Herr Abgeordneter, ich darf dich bitten, allmählich zu Ende zu kommen.“) Ich komme allmählich zu Ende, möchte aber noch einige Dinge sagen. Ich möchte das Gleiche

wiederholen, Herr Präsident: Mich interessieren gewisse Ansagen oder Ausmachungen nicht, wenn es darum geht, dass hier im Haus nur Angriffe gestartet werden und man nicht die Möglichkeit hat, die Dinge klarzustellen. Ich nehme daher auf mich, dass ich die Zeit überziehe. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich hoffe, dass Frau Landeshauptfrau Klasnic bei der Messeeröffnung dabei war. (Unverständliche Zwischenrufe.) Sie können jederzeit noch sprechen. Aber Sie haben ohnedies zum Budget nichts zu sagen. Sie beschließen ja nur mit, weil Sie haben weder gefragt noch sonst irgendetwas. Sie kennen es wahrscheinlich nicht. Würden Sie das Budget kennen, dann würden Sie herausgehen und sich dementsprechend wehren. Ich hätte eine Frage, Frau Landeshauptfrau. Gibt es den Gebell noch oder nicht? Eines steht fest, lieber Herr Kasic: Die Unternehmervertreter, Wirtschaftskämmerer, Hauptaktionär bei der Messe, Steiermärkische Bank, Landwirtschaftskammer, Stadt und Land je 10 Prozent. Was sagen Sie jetzt zum Gebell? Weniger Staat, mehr privat. Dort müssen Köpfe hinein. Ich will damit aber nicht sagen, dass der Götz kein Kopf war. Der ist nur politisch hingeschickt worden, genauso wie der Gebell. Den hat man in der ÖVP nicht gebraucht, darum hat man ihn dort hin gesetzt. Weil er in der Wirtschaftskammer ungut war, hat man ihn zum Messepräsidenten gemacht. Fünf Jahre hat er gewirkt und unter dem Strich heißt es jetzt in einer Aussendung, meine Damen und Herren, wenn wir kein Geld kriegen, wenn wir nicht 400 Millionen Schilling kriegen, muss ich ein Konzept vorlegen. Das Konzept schaut so aus, eine große Messe nehmen wir zurück und ein paar kleine werden installiert. Die gibt es ja schon, das ist nichts Neues. Aber den Herrn Novak haben sie mit 2 Millionen Schilling im Jahr als weißen Elefanten spazieren geschickt. Der kassiert sie heute noch. Und da tun wir sparen und für den Sozialbereich wissen wir nicht, wo wir das Geld hernehmen, meine Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich hoffe, dass dieser Spuk relativ schnell beendet wird, meine Damen und Herren, weil das ist für die Grazer Messe oder für die Stadt, fürs Land kein Renommee. Und wenn jetzt da unten die Halle gebaut wird, ist das auch nicht eine Erfindung der Messe. Das ist nur zufällig vorne bei der Messe, auf dem Messeplatz wird das gebaut. Aber gebaut haben es andere, das war nicht die Idee von der Messe. Meine Damen und Herren, Herr Landesrat Paierl, wir haben noch viel zu tun. Ich bitte Sie nur, dass Sie mit uns gemeinsam sich vorbereiten, dass wir die EU-Osterweiterung in den Griff bekommen, dass wir neben dem hoch gepriesenen und zur Zeit noch gut gehenden Autocluster noch andere Dinge in die Wege leiten können, Holzcluster, Technologien und, und, und. Und ich bitte, auch bei der Wirtschaftsförderung zu schauen, dass wir ein bisschen ein Geld haben. Wenn zum Beispiel – und mit dem einen Beispiel möchte ich es bewenden lassen – aus Bruck die Papierfabrik kommt und sagt, Herr Landesrat, wie viel Förderung können Sie uns geben – die Mediaprint haben wir schon verscherbelt nach Kärnten, weil wir bedauerlicherweise kein Geld gehabt haben – und die kommen sagen, wir haben 800 Arbeitsplätze. Können Sie uns helfen, damit wir in der internationalen Konkurrenz bestehen können? Dann können Sie noch so viele neue Technologieparks, die ich begrüße, und Gründerzentren machen, aber 800 Arbeitsplätze werden wir für die Region auch nicht aufbringen können. Das ist meine Sorge. Daher haben wir was zu tun. Und sind Sie vorsichtig beim Verkaufen vom so genannten Familiensilber der Steirerinnen und Steirer für Projekte, die dann nicht zum Tragen kommen auf Kosten der Leute. (Präsident Purr: „Herr Abgeordneter, ich bitte, zum Ende zu kommen!“)

Und zum Schluss, meine Damen und Herren – ja, Herr Präsident –, nur mehr in aller Kürze unsere Entschließungsanträge zur Gruppe 7.

Es wird der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert sicherzustellen, dass die derzeit mit PFIFF geplanten Projekte, wie das Krankenhaus der Barmherzigen Brüder, Graz, Marschallgasse, das Diakonissenkrankenhaus Schladming, das Landesausbildungszentrum des Roten Kreuzes, das Blasmusikheim Sankt Stefan ob Stainz sowie verschiedene Straßenbauvorhaben (zum Beispiel Ortsumfahrung Bad Aussee, Industrieerschließungsstraße Lannach und Güterverkehrszentrum Werndorf) im Interesse der Menschen und der Regionen, die diese Projekte dringend brauchen, durch eine entsprechende alternative Finanzierungsform auch dann umgesetzt werden, wenn PFIFF versagt.

Das Ökonetzwerk Steiermark.

Es wird der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens raschestmöglich ein Konzept in Auftrag zu geben, mit dem die Grundlagen für ein „Ökonetzwerk Steiermark“ im Sinne der Antragsbegründung eingerichtet werden kann, sowie zweitens dieses Konzept sodann umzusetzen.

Wir haben den Beschäftigungspakt als Entschließungsantrag.

Es wird der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, zur effizienten Umsetzung einer Steirischen Arbeitsmarktpolitik raschestmöglich einen territorialen Beschäftigungspakt abzuschließen, wobei sämtliche in diesem Bereich vorgesehenen Förderungen im Rahmen dieses Paktes abzuwickeln sind.

Entschließungsantrag Vorschläge für die Belebung des krassen Facharbeiter- und Facharbeiterinnenmangels.

Es wird der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens die Punktebewertung der Förderungsrichtlinien der Steirischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft so zu ändern, dass erheblich bessere Förderungskonditionen für Betriebe gewährt werden, die FacharbeiterInnen ausbilden beziehungsweise an einem vom Land geförderten Projekt der Ausbildung von FacharbeiterInnen in Lehrlingsausbildungszentren mitwirken,

zweitens sämtliche Lehrlingsausbildungsmaßnahmen, die in der Steiermark zunächst nicht flächendeckend durchführbar sind, zunächst im Automobilcluster umzusetzen, drittens sich bei Bemühungen im Lehrlings- beziehungsweise FacharbeiterInnenbereich auch an den Modellen der Vorarlberger Firma Blum und am AMS-Tesma-Modell zu orientieren und viertens an die Bundesregierung mit dem dringenden Ersuchen heranzutreten, nunmehr endlich Regelungen zu treffen, dass Betriebe, die keine oder zu wenig Lehrlinge ausbilden, Mittel zugunsten auszubildender Betriebe bereitzustellen haben.

Entschließungsantrag der Wertgrenzen.

Es wird der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, von ihrem Ansinnen, die Wertgrenzen, innerhalb derer die Landesregierung ohne Befassung des Steiermärkischen Landtages Liegenschaftsverkäufe durchführen kann, auf das 13,7603-fache zu erhöhen, aus demokratiepolitischem Anstand Abstand zu nehmen und keine diesbezügliche Regierungsvorlage vorzubereiten.

Bauwirksames Investitionsprogramm.

Es wird der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, im Interesse der steirischen Bauwirtschaft und der von ihr beschäftigten rund 40.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein bauwirksames Investitionsprogramm zu beschließen. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 12.27 Uhr.)

Präsident: Herr Abgeordneter Gennaro, du hast wiederholt die Grazer Messe angesprochen, ich darf dir sagen, die Frau Landeshauptmann war bei der Eröffnung der Messe. Ich freue mich, dass das Interesse der Frau Landeshauptmann an der Wirtschaftsdebatte so groß ist, dass sie hier hergeeilt ist, um an der Wirtschaftsdebatte teilzunehmen. Ich begrüße die Frau Landeshauptmann sehr, sehr herzlich. (Beifall bei der ÖVP.)

Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Wiedner.

Abg. Wiedner (12.28 Uhr): Herr Präsident! Frau Landeshauptmann! Sehr verehrte noch anwesende Mitglieder der Landesregierung von ÖVP und FPÖ, die SPÖ hat sich schon leider abgemeldet. Zu schön heute der Tag, um bei der Budgetdebatte zu sein. (Abg. Schrittwieser: „Sie sind bei den Menschen!“) Bei den Menschen sind sie, das ist aber schön! Zuerst arbeiten wir hier und dann fahren wir raus zu den Menschen. (Abg. Gennaro: „Schaue deine Abgeordnetenbank an!“) Ich habe da rüber geschaut. Schau einmal rüber, Siegi! Drei leere Sessel habt ihr hergestellt.

Die Gruppe 7 Wirtschaftsförderung, einer der kleinsten Ansätze im Budget, für Tourismus, Wirtschaftsförderung und Landwirtschaft 4,55 Prozent, ist nicht die Welt. Aber es ist auch so in der Wirtschaft, dass nicht Geld allein alles ist. Man kann mit Geld allein und mit Förderungen allein keine gute Wirtschaftspolitik machen, sondern es kommt auf viele weitere Dinge an. Es sind überhaupt nur drei Bereiche, wo man sicher sagen kann, dort bringt Wirtschaftsförderung etwas. Das ist einerseits der große Bereich der Infrastruktur. Alle Infrastrukturmaßnahmen sind Voraussetzungen für ein gutes Wirtschaften.

Es ist zweitens der wichtige Bereich der Ausbildung. Es wurde heute schon einiges dazu gesagt zur Ausbildung, das ist in Zukunft das große Kapital der Wirtschaftsförderung, jetzt egal ob man das jetzt Wirtschaftsförderung nennt oder ob man das anders bezeichnet. Es geht von der Lehrlingsausbildung bis zur universitären Ausbildung. Und ich darf in diesem Bereich auch hinweisen auf unsere Initiativen in Sachen Ausbildung. Nicht alles ist zu fördern, sondern das ist zu fördern, was die Wirtschaft und was der Arbeitsmarkt braucht. Es geht mir wirklich in diesem Bereich um eine bedarfsorientierte Ausbildung, es geht mir darum, jene Berufe auszubilden, die wirklich in Zukunft eine Chance auf dem Arbeitsmarkt haben. Es ist dazu in letzter Zeit ein ganz interessanter Beitrag in der Zeitung gewesen, der dramatische Bedarf an Facharbeitern. 165.000 werden bis 2005 gebraucht. Es ist auch eine genaue Auflistung dabei, wie man das etwa abdecken könnte. Es ist aber auch ganz genau dabei, welche Berufe haben Zukunft und welche Berufe werden mit einem Minus in Zukunft rechnen müssen. Und nur allein, wenn wir das in die Hand nehmen und das genau durcharbeiten und durchschauen, dann wissen wir, in welchen Bereichen wir ansetzen müssen, dann wissen wir, wo wir ausbilden müssen, wo wir den Bedarf decken müssen und nicht nur dort, weil einer oder ein paar glauben, die unbedingt diesen Beruf wollen, das will ich mir leisten.

Kurtl Gennaro, ein paar Fragen, wo ist er schon wieder? Er ist fortgegangen. (Abg. Kasic: „Er ist schon wieder weg, das interessiert ihn doch nicht!“) Das ist typisch Kurt Gennaro. Ich sage immer, wie eine Hubschrauberpolitik. Er fliegt hin, wirbelt ein bisschen Staub auf und ist dann wieder weg. Er ist dann weg, wenn es ernst wird. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP.) Ich habe das in mehreren Sachen festgestellt. Allein bei uns in Lebring bei der Philips, wie es gebrannt hat, ist der Kurtl auch mit dem Hubschrauber gekommen, hat Staub aufgewirbelt und wie es dann ernst geworden ist, war der Kurtl nicht mehr da. Aber das ist eben so.

Ein paar Dinge doch zu den Fragen bei der Budgetdiskussion und im Ausschuss. Da darf ich daran erinnern, wie das in den letzten fünf Jahren war. Da ist die ÖVP drinnen gesessen, ein paar Fragen, die SPÖ ist drinnen gesessen. (Abg. Gennaro: „Entschuldige, ich war am WC, aber ich habe dich gehört!“) Das freut mich, dass du jetzt mit neuen Kräften hier bist. Ich weiß, ich kann mich noch erinnern, Kurtl, wie du Vorsitzender des Finanz-Ausschusses warst, ein sehr demokratischer Vorsitzender, hat jeden zu Wort kommen lassen (Abg. Gennaro: „Danke!“), nur im negativen Sinne. Und darf ich dich noch daran erinnern, wie viele Fragen damals die SPÖ im Ausschuss gestellt hat, das war auch so bei 0,0 angesiedelt. (Abg. List: „Doppelnull!“) Wir haben uns vorher mit

dem Budget beschäftigt, wir haben eine Klausur abgehalten und wir wissen, was im Budget drinnen steht und wir wissen, um was es geht. Wir brauchen nicht pro forma im Rittersaal Fragen stellen und damit die Zeit verzögern. (Beifall bei der FPÖ.)

Und genauso, weil du eine Zeitverzögerung anprangerst, und jetzt haben wir keine Zeit zum Reden, wäret ihr bei der Gruppe 0 und bei der Gruppe 1 vielleicht ein bisschen sinnvoller vorgegangen, dann hätten wir jetzt für die wichtigen Punkte von Wirtschaft und Landwirtschaft ein bisschen mehr Zeit. Dort habt ihr ja das Zeitbudget überzogen. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP.)

Die Schattenseiten – ich glaube, manchmal fragt man sich wirklich, ihr sucht die Schattenseiten momentan, auch dort wo die Sonne hinscheint, stellt sich einer von euch hin und versucht einen Schatten zu werfen. Meistens ist der Schatten sehr klein, der geworfen wird. Ihr sucht aber den Schatten und versucht, das Ganze wieder negativ darzustellen. Das schadet uns nur, speziell in der Wirtschaftspolitik. Ein schlechter Ruf ist schnell da und das können wir in der Wirtschaftspolitik sicherlich nicht gebrauchen, und das vor allem im Sinne der vielen Wirtschaftstreibenden draußen. Es ist nicht so einfach, tagtäglich sich im freien Wettbewerb zu behaupten. Es soll sich jeder einmal draußen hinstellen, einen Betrieb gründen und dort tagtäglich arbeiten und damit Arbeitsplätze schaffen. So einfach ist das ganze Spiel wirklich nicht. Jeder Klassenkampf, der teilweise noch aufblitzt, schadet in diesem Bereich. Es gibt noch einen dritten Bereich, wo die Wirtschaftsförderung sinnvoll, notwendig und wichtig ist, das ist der Bereich der Forschung und Entwicklung. Jeder Schilling, der dort investiert wird, kommt zigfach zurück und bringt zukunftsorientierte und bedarfsorientierte Arbeitsplätze, die wir brauchen. (Beifall bei der FPÖ.)

Wir haben in der Steiermark recht gute Arbeitslosenzahlen, es geht hinunter. Wenn Kurtl Gennaro von den atypischen Beschäftigungsverhältnissen gesprochen hat, so muss ich das verstärken. Das ist natürlich ein Trend der Zeit, der nicht aufzuhalten ist. Die Zeiten sind vorbei, wo man mit 15 Jahren einen Beruf erlernt hat und dann mit 60 oder 62 Jahren mit dem gleichen Beruf und vielleicht auch noch im gleichen Betrieb in Pension gehen kann. Diese Zeiten sind vorbei. Flexibilität ist gefragt. Und darum, um wieder auf das zurückzukommen, was ich schon vorher gesagt habe, ist Ausbildung wichtig. (Abg. Dr. Bachmaier-Geltewa: „Muss er deshalb Teilzeit arbeiten?“ Ausbildung ist wichtig und schafft Mobilität, schafft Chancen auf dem Arbeitsmarkt und nicht das Schaffen von künstlichen Arbeitsverhältnissen. Sehr oft kommt natürlich auch vom künftigen Bediensteten der Wunsch, geringfügig zu arbeiten, in Teilzeit arbeiten. Sehr oft kommt auch der Wunsch, in einem „schwarzen Arbeitsverhältnis“ tätig zu werden, weil das und das und das dann nicht verloren geht. Bleiben wir bei der Realität und schauen wir uns an, wie es draußen wirklich ist. Erzeugen wir keine künstliche Welt und hören wir damit auf etwas herbeizureden, was nicht ist. Ich glaube, die Wirtschaftsförderung ist nicht allein nur vom Geld abhängig. Es ist der ganze Standortfaktor wichtig, es ist die Steuerpolitik wichtig, es ist die Standortqualität wichtig und es sind die Rahmenbedingungen wichtig, die man der Wirtschaft gibt. Das ist überhaupt das Um und Auf, damit die Wirtschaft wirtschaften und arbeiten kann. Das ist eine ganz entscheidende Sache, die Wirtschaft bei ihrer Arbeit zu unterstützen. Ich ersuche Sie, das in Zukunft zu machen. (Beifall bei der FPÖ.)

Ich darf noch einen Unselbstständigen Entschließungsantrag der Abgeordneten Wiedner, Lafer und Dietrich, betreffend Sicherung der Facharbeiterausbildung einbringen. Es wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens unter Einbindung des Bundes, des Landes, der Gemeinden, der Wirtschaft und des AMS eine Facharbeiterakademie einzurichten und zweitens Richtlinien über die bedarfs- und fachgerechte Ausbildung von Facharbeitern auszuarbeiten. Ich ersuche Sie um Unterstützung. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP. – 12.38 Uhr.)

Präsident: Die nächste Wortmeldung kommt von der Frau Abgeordneten Lechner-Sonnek. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Lechner-Sonnek (12.38 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Landeshauptfrau, sehr geehrte Mitglieder der Regierung, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuschauerinnen und Zuschauer!

Ich habe heute früh dem „Standard“ entnommen, dass es jetzt einen neuen Begriff gibt, und zwar Arbeit ohne Vollkasko – klingt spannend. Ich will Ihnen auch sagen, was damit gemeint ist und dazu ein ganz kurzes Zitat: Immer mehr Personen erleben die Arbeitswelt nicht mehr als Job für das Leben – Herr Wiedner hat es vorhin schon angedeutet, vielleicht hat er es auch so gemeint –, sondern als Aufeinanderfolge von Entscheidungen im Rahmen ihres persönlichen Risikomanagements. Wissen Sie, was damit gemeint ist, Risikomanagement? Habe ich einen Job, habe ich keinen Job? Habe ich eine Lebensgrundlage, habe ich keine Lebensgrundlage? Habe ich heute noch einen Job, habe ich ihn morgen noch? Das wird hier als persönliches Risikomanagement bezeichnet. Es wird auch gesagt, viele Menschen haben ihre persönliche Lebenskrise auch als unwiederbringliche Chance erlebt. Ich glaube das sofort. Ich habe nur ein ganz großes Problem damit, wenn das so herangezogen wird, dass man sagt, heute ist die Welt einfach anders. Der Tüchtige setzt sich durch und das muss auch klappen, wenn man sich wirklich bemüht. Dann habe ich ein großes Problem. Wenn es dann noch heißt, der Ich-Aktienmarkt ist Realität, so dass man seine eigene Arbeitskraft als Aktie ansieht, die man dann auf internationalen Märkten anpreist, dann denke ich mir, ist das eine Tendenz und eine Dimension, die vielleicht wenige, die so genannten „Olympiareifen“ in der Steiermark, betrifft. Aber es ist insgesamt eine gefährliche Tendenz, weil es so darauf hinweist, dass es ganz okay ist, dass Sicherheitssysteme im Bereich von Arbeit zurückgenommen werden. Wir erleben eine Situation, in der am Arbeitsmarkt der Druck auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

größer wird sich zu qualifizieren. Qualifikation ist keine schlechte Sache, das will ich damit nicht sagen. Ich bin sehr dafür, dass man in Ausbildung und Qualifizierung investiert. Ich kann auch gleich anfügen, dass ich sehr froh bin, dass doch deutliche Mittel in diesem Bereich im Landesbudget enthalten sind. Das finde ich wirklich toll und will es auch sehr unterstützen. Ich sage ja, es ist gut. Ich habe etwas erkannt, was gut ist – toll. Wir haben aber auch viele Probleme am Arbeitsmarkt. Es ist so, dass nicht nur insgesamt ein hoher Bedarf an hoch qualifizierten Fachkräften vorhanden ist, sondern dass auch große Firmen, wenn sie in Regionen kommen, oft diese hoch qualifizierten Fachkräfte, die es dort gibt, an sich ziehen und von den Klein- und Mittelbetrieben abziehen. Das ist ein bekannter Effekt und tritt in der letzten Zeit gehäuft auf. Zusammen mit dem Effekt, dass immer weniger Betriebe Lehrlinge ausbilden, schafft das natürlich eine Situation, in der man auf der einen Seite sagt, es gibt ja ganz tolle Arbeitsplätze für Leute, diese müssen halt gut genug sein, und auf der anderen Seite Leute da sind, die nicht mehr auf Lehrlingschancen, Chancen als Lehrling, rechnen können, weil einfach Lehrplätze nicht im ausreichenden Ausmaß angeboten werden. Insofern bin ich auch der Meinung, dass der öffentlichen Hand, dass der Politik eine Aufgabe zukommt, eine Aufgabe, das auch abzusichern, dass in Berufsbereichen, wo die Ausbildung sich einfach nicht rechnet für einen Klein- und Mittelbetrieb, weil sie zu lang ist und zu kompliziert ist, dort auch etwas beizusteuern und sicherzustellen, dass es zu einer Qualifizierung von Arbeitskräften kommt in den Regionen und im Bundesland. Ich bin sehr einverstanden damit. Womit ich allerdings ein Problem habe, ist die Aufteilung der Mittel. Es ist so, ich weiß nicht, ob Sie das wissen, dass das Land Steiermark einerseits ein eigenes Qualifizierungsprogramm hat, auf der anderen Seite auch ein Programm gemeinsam mit dem AMS hat. Ein Teil der Mittel geht in die Schiene mit dem AMS. Da hat man gemeinsame Vorhaben, da werden auch gemeinsam die Ziele formuliert und da wird auch gemeinsam entschieden, welches Projekt förderungswürdig ist und welches nicht. Im Bereich der Landesmittel wird das AMS nicht involviert. Das ist auch grundsätzlich okay. Nur, mein Problem ist, dass heuer – und so ist es mir vorgekommen, wie ich mir das im Budget angeschaut habe – für die kooperative Schiene, die Zusammenarbeit mit dem AMS viel weniger Mittel zur Verfügung stehen. Ich habe dann angerufen in der Landesgeschäftsstelle des AMS hier in Graz und habe nachgefragt, weil ich mir einfach nicht ganz sicher war, wie hoch die Mittel im letzten Jahr waren. Denn das Budget ist dadurch, dass die Zuständigkeit sich geändert hat, nicht ganz aussagekräftig, weil es keine Vorjahreszahlen ausweist, die man wirklich für einen Vergleich brauchen würde. Ich habe von Herrn Dr. Faschingbauer gehört, dass im letzten Jahr die Mittel, die in diesem Bereich budgetiert waren, 77 Millionen Schilling umfasst haben. Ich habe aus dem heurigen Budget entnommen, dass die kooperativen Mittel rund 40 Millionen Schilling betragen. Man könnte jetzt sagen, es ist eh Wurscht. Es geht alles in die Qualifikation hinein, was soll's. Ich kann mich dem nicht anschließen, denn ich weiß, dass das, was das AMS mit absichert, Bereiche von Qualifikation und Schulung sind, die nicht automatisch im vordersten Interesse der Wirtschaft liegen und die vielleicht bei Vertretern der Wirtschaft nicht die höchste Priorität haben. Denn da geht es um Bevölkerungsgruppen, die aus irgendeinem Grund entweder aus dem Arbeitsmarkt rausgefallen sind oder die ohnehin große Probleme haben, dort wirklich Fuß zu fassen.

Die Mittel, die kooperativ mit dem AMS abgewickelt werden, fließen auch wieder in zwei große Bereiche. Einerseits in solche Maßnahmen, die zum Beispiel besonders Jugendlichen, die schon irgendein Problem gehabt haben, helfen, in den Arbeitsmarkt hineinzufinden oder behinderten Menschen, darüber haben wir uns gestern schon unterhalten, oder auch die vielen Frauenqualifizierungsmaßnahmen. Denn ich muss Ihnen sagen, besonders draußen in den Regionen, dezentral, also nicht nur in den Ballungsräumen, sondern viel stärker weiter draußen, gibt es massive Beschäftigungsprobleme für Frauen. Und im Rahmen dieser Mittel gibt es natürlich auch Qualifizierungsmaßnahmen für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Gerade gestern habe ich mit der Post eine Aufstellung gekriegt und ich denke, Sie werden das auch gekriegt haben vom AMS, was die Schulungsmaßnahmen sind. Man könnte zusammenfassen, das AMS fühlt sich zuständig und das Land mit ihm, im Rahmen dieser Mittel für diese Personengruppen, die es schwer haben am Arbeitsmarkt. Wenn man dort weniger hineingibt, dann ist ganz klar, dass dort weniger passieren kann in diesem Bereich, aber auch in einem neuen Bereich, der auch zusammen von AMS, Land Steiermark und vielen anderen betrieben wird, das ist der Rahmen der regionalen Beschäftigungspakte. Der Kollege Majcen, der gerade nicht da ist, ist Vorsitzender des Beschäftigungspaktes Oststeiermark, an dem ich auch beteiligt bin als Tätige, als Mitarbeitende und mitdenkende Person. In diesem Bereich soll zum Beispiel ganz, ganz dezidiert Innovation in Regionen forciert werden. Und ich halte die Konstellation, das Setting für sehr gelungen. Da werden in einer Region alle Personen, die im arbeitsmarktpolitischen Bereich irgendwas zu tun haben und Interesse haben eingeladen, zusammen Strategien zu entwickeln und vorher zusammen Ziele zu entwickeln für die Region, in der sie tätig sind. Das ist eine ganz tolle Sache, denn da ist dann ganz viel Know-how an einem Tisch versammelt, darüber, was brauchen wir, was sind die Nöte und Sorgen, was ist die Situation und was könnte man tun. Das läuft hervorragend, kann ich aus der Sicht des oststeirischen Paktes, auch wenn ich nicht die Paktsprecherin bin, hier berichten. Jetzt ist es aber so, wenn man die Mittel der kooperativen Schiene reduziert, dann bleibt irgendwas auf der Strecke, entweder die Maßnahmen wie Beschäftigungsgesellschaften oder sozialökonomische Betriebe, die versuchen zum Beispiel behinderte Menschen in den Arbeitsmarkt einzugliedern oder die anderen schon genannten Personengruppen oder das, was im Pakt passieren soll, nämlich zu formulieren, kooperativ, gemeinsam, auf regionaler Ebene, was ist zu tun hier in der Region. Das ist eine Tendenz, die sicher – wenn ich jetzt freundlich das sagen will – vielleicht nicht beabsichtigt ist. Vielleicht wurde das übersehen. Ich hoffe, dass man das noch reparieren kann.

Und in diesem Sinne ist auch der Antrag der Grünen zu verstehen oder die Anträge, wenn ich sie kurz zitieren darf. Sie treffen die Zusammenarbeit mit dem AMS im kooperativen Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramm. Der erste Antrag bezieht sich auf den Landesvoranschlag 2001 und schlägt vor, dem Ansatz

„Beiträge an nicht auf Gewinn gerichtete Institutionen“ 10 Millionen mehr zuzuweisen zuungunsten des Ansatzes „Beiträge an Firmen und Institutionen“. Und der zweite Antrag bezieht sich auf den Landesvoranschlag 2002 und hat denselben Inhalt. Die Summe, um die es geht, sind 725.000 Euro.

Ich hoffe sehr, dass es gelingt und auch mit Hilfe der SPÖ, ich habe ja den Eindruck, dass Sie unsere Anträge nicht so gern unterstützen, aber hier können Sie bitte auch zeigen, dass Sie dafür sind, dass gerade diese Zielgruppen unterstützt werden, diese Zielgruppen auch wirklich zu fördern durch Qualifizierung und Ausbildung. Denn es ist nicht nur sozial nicht zu verantworten, sie hängen zu lassen, es ist auch wirtschaftlich, volkswirtschaftlich nicht zu verantworten, denn das Sozialbudget, das hier gestern beschlossen worden ist, bietet überhaupt keine Voraussetzungen, diese Personen aufzufangen. Ich danke! (Beifall bei den Grünen. – 12.49 Uhr.)

Präsident: Die nächste Wortmeldung kommt vom Herrn Abgeordneten Bittmann. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Bittmann (12.49 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Landeshauptmann! Sehr geehrte Landesräte! Liebe Kollegen! Liebe Zuhörer im Zuhörerraum!

In den letzten zweieinhalb Tagen hatte ich Gelegenheit, meine Landtagskollegen von den anderen Fraktionen besser kennen zu lernen und ich habe mich sehr gefreut über diese Gespräche, über diese Begegnungen mit dem Herrn Stöhrmann. Wir haben draußen ein Pfeiferl geraucht. Ich glaube, er tut es jetzt auch gerade, weil er hat sie früher gestopft. Er hat sich darüber beklagt, dass man das da herinnen nicht darf, was ich aber natürlich verstehe. Ich habe die Abgeordneten, die Kollegen, alle als sehr nette, liebenswerte Menschen kennen gelernt. Das sind alles ganz nette Leute. Wir haben uns unterhalten, wir haben uns draußen getroffen im Buffet. Wie sie da gestanden sind, die Abgeordneten der Sozialisten, da waren sie wie ausgewechselt. Auf einmal waren sie so böse, sie haben geschimpft, das Budget und das Land und im Sport und in der Kultur geht nichts weiter. Und diese Dummheiten, dass da nach Wien etwas geschickt werden soll. Ihr glaubt es ja nicht, aber ihr sagt es immer wieder. (Abg. Detlef Gruber: „Weil du unqualifizierte Zwischenrufe gemacht hast!“ – Abg. Mag. Erlitz: „Da drüben ist immer einer gesessen, der immer hineingeschrien hat!“) Die Region ist nicht sicher. Über die Gesundheit haben wir gesprochen, die habt ihr madig gemacht. Ihr habt alles madig gemacht wider besseren Wissens.

Ich darf jetzt ein paar Worte zur Industrie sagen in der Steiermark. Wir haben das heute schon erwähnt. Wichtig ist der Chef, aber noch wichtiger sind die Mitarbeiter, die man hat und ein erstklassiger Chef hat erstklassige Mitarbeiter und ein zweitklassiger Chef hat drittklassige Mitarbeiter. Und hier dieser Stuhl, der immer leer ist, was habt denn ihr für einen Chef, der nie da ist. (Abg. Kaufmann: „Ich dachte, Sie wollen zum Budget was sagen!“) Wie fühlen Sie sich denn, wenn Ihr Chef nie da ist? Wie gern muss man da arbeiten als Abgeordneter, wenn man sieht, dass der eigene Chef nie da ist. Und wenn er dann einmal nach fünf Monaten das erste Mal sich zu Wort meldet, dann schreit er was runter. Das war seine einzige Wortmeldung in fünf Monaten. Bitte, wie fühlt man sich denn da als Abgeordneter, wenn man so einen Chef hat, der nichts tut, der gar nichts tut? Aber das ist ja Gott sei Dank Ihr Problem, denn unsere Chefin ist da ganz anders. Und das haben ja auch die Wahlen am 15. Oktober deutlich gezeigt. (Abg. Mag. Erlitz: „Herr Kollege, reden Sie zur Wirtschaft?“ – Beifall bei der ÖVP.)

Als Industriethema darf ich Ihnen etwas über selektive Leitungsschutzschalter erzählen.

SH-Schalter ist ein strombegrenzendes, mechanisches Schaltgerät ohne aktive elektronische Bauelemente, das in der Lage ist, unter betriebsmäßigen Bedingungen Ströme einzuschalten, zu führen und abzuschalten. Er muss bis zu bestimmten Grenzen Überströme führen ohne abzuschalten, wenn diese Überströme im nachgeschalteten Einzelstromkreis auftreten und die Abschaltung durch eine nachgeschaltete Überstromschutzeinrichtung erfolgt. Er muss besonderen Selektivitätsanforderungen zu vor- und nachgeschalteten Überstromschutzeinrichtungen genügen. Es ist nämlich vollkommen egal, was hier gesagt wird. Ihr sagt nein, und nein, und nein und nichts anders fällt euch ein zum Budget. Ich habe jetzt da aus einem Fachmagazin irgendetwas vorgelesen, erstens hört ihr mir eh nicht zu und zweitens ist es vollkommen sinnlos, Ihnen etwas erklären zu wollen, weil Sie wollen es nicht verstehen. Ich glaube, dass Sie es verstehen könnten, wenn Sie wollten, was auch die Landesräte, zumindest die zwei, die von euch ein bisschen etwas arbeiten, obwohl sie auch oppositionelle Landesräte sind, aber es ist sinnlos irgendetwas Ihnen zu sagen, weil Sie es einfach ablehnen, Argumenten zu folgen, stichhaltigen Argumenten und richtigen Argumenten. Und deswegen könnte man eigentlich sagen, Abstimmung habt ihr auch jede verloren, Gott sei Dank, für was seid ihr da? Ihr sagt etwas, was euch keiner glaubt. Ihr geht teilweise hinaus, hört nicht zu und jetzt seid ihr schon auf drei Landesräte geschrumpft. Seit dem Krieg ist eigentlich neben dem Landeshauptmann der Vorsitzende der sozialistischen Fraktion gesessen. Jetzt hat er schon ein Stück weiterrutschen müssen. Wenn ihr so weiter macht, weiß ich nicht, ob überhaupt noch Platz sein wird. (Abg. Schrittwieser: „Das ist eine Landtagssitzung, das macht der Klub bei uns!“) Wie wird denn das weitergehen, Herr Schrittwieser? Die Steiermark ist ein Industrieland. 36 Prozent des Bruttoregionalproduktes werden von der Industrie erwirtschaftet. Das Jahr 2000 war für die steirische Industrie ein Rekordjahr mit einem Plus von 10 Prozent und erstmals wurde auch ein Produktionswert von 200 Milliarden Schilling überschritten. Es gibt in der Steiermark natürlich nicht nur den Autocluster, die Autoindustrie, sondern Papierindustrie, Maschinenindustrie, Elektro- und Elektronikindustrie und vieles mehr. Wenn wir in der Steiermark von einem Cluster reden, dann ist das wirklich ein Cluster. In Kärnten gibt es das so genannte Silicon Alps, was ein Elektronikcluster ist. Dieser Cluster besteht aus einem Betrieb und die Forschung wird in Graz-Metahof durchgeführt. Das ist noch kein

Cluster. Unser Cluster ist wirklich einer, und Landesrat Paierl arbeitet an weiteren, und der Erfolg gibt ihm Recht. Ich darf mich sehr herzlich bei Ihnen für die Aufmerksamkeit bedanken. Nutzen tut es ohnehin nichts, wenn man versucht, euch etwas zu erklären, werte Genossen. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 12.56 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Dipl.-Ing. Paierl.

Landesrat Dipl.-Ing. Paierl (12.56 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren! (Präsident: „Ich bitte um mehr Disziplin. Herr Landesrat, du bist am Wort!“) Danke. Mein alter Weggefährte und Kampfgenosse Kurt Gennaro: Ich bin jetzt auch schon, wie Sie alle, den dritten Tag hier und es ist schon über High noon und habe auch, wie Sie wissen, früher in meiner Funktion als Mitarbeiter des Landeshauptmannes und jetzt eben in dieser Funktion, die ich von Waltraud Klasnic als Wirtschaftsreferent übernommen habe, vieles in diesem Hohen Haus zum Thema Wirtschaft, Strukturpolitik, Beschäftigung, Arbeitslosigkeit, Krise, auch Freude erlebt. Ein bisschen hat mich Kurt Gennaro heute mit einem Nebensatz – ich weiß nicht, ob es Ihnen aufgefallen ist – schon geschockt, in dem er zwar schon der Alte war und Johannes Kübeck hat ihn ja so treffend in einem Bericht letzte Woche als „Meister der Polemik mit klassenkämpferischem Unterton“ oder einen, der das Handwerk noch versteht, bezeichnet, durchaus liebenswürdig und letztlich, und so kenne ich ihn und wer ihn nicht kennt, würde ihn da oder dort vielleicht missverstehen, weil er immer ein bisschen finster ist. Aber wir ergänzen uns hier – so glaube ich – ganz gut, denn ich bin dann etwas heller und versuche die Dinge so zu sehen, wie heute der Tag ist. Es ist sicher nicht so, und da hat er schon Recht, dass alle Probleme gelöst sind. Aber, und jetzt komme ich noch einmal auf die 20 Jahre, wenn Sie das vergleichen und sehr selbstkritisch sind und das werden Sie auch zugeben müssen, weil Sie sind ja auch so lange schon hier, dann haben wir Zeiten erlebt, überlebt – Gott sei Dank – und überstanden, die mit den heutigen nicht vergleichbar sind. Es ist so, dass die Steiermark, nicht weil wir das hier propagandistisch oder aus taktischen Gründen behaupten, sondern weil und Gott sei Dank mittlerweile auch via Internet heute diese Budgetdebatte auch die übrige Welt hört. Ich höre von den Veranstaltern dieser Internetübertragung, Wien hat viele Zugriffe, sogar aus Amerika gibt es Zugriffe, das kann man nämlich messen, und da fragt man sich schon, warum eigentlich? Weil – und jetzt komme ich auf den Aspekt zurück, den Sie nie vergessen sollten, bei all der Debatte über einzelne Posten und über einzelne Budgetausgaben, Einnahmen, über Einnahmen haben wir sowieso nie geredet, aber sei es drum, das Image einer Region ist für die Frage des Wohlstandes, der Beschäftigung, der Arbeitsplätze, versus Arbeitslosigkeit, ganz, ganz wichtig. Eine einzige Bitte habe ich, trotz oder gerade wegen oppositioneller Positionierungen und Strategien: Bitte lassen Sie über das positive Image der Steiermark nichts kommen. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich muss Ihnen sagen, was mich eigentlich ein bisschen geschockt hat oder was mich ein bisschen elektrisiert hat, als Kurt Gennaro hier stand und gesagt hat, er ist eigentlich ein Auslaufmodell oder in der Zielgeraden. Herr Kollege Gennaro, im Gewerkschaftlichen, Kollege Gennaro, bitte bleiben Sie. Ich will mich jetzt auch nicht mehr umstellen, denn jetzt bin ich auch schon so lange in dem Geschäft. Bitte bleiben Sie und das meine ich wirklich nicht zynisch oder polemisch, weil die Arbeit auch in dem letzten Jahr, wie in den Jahren davor, unabhängig vom Wollen oder so und da gibt es genug Zeugen hier, auch in der Mitarbeiterschaft, wenn es um wesentliche entscheidende Fragen gegangen ist, von Investitionsprojekten, von Innovationsprojekten, auch im Arbeitsförderungsbeirat, hat es immer letztlich einen Schulterchluss gegeben. Und das wollen wir nicht aufs Spiel setzen. Ich bitte Sie darum, mag man über Sozialpartnerschaft und über irgendwelche andere Konflikte, die es gibt, sprechen. Das ist auch eine steirische Qualität, die uns letztlich aus der Krise geführt hat und die uns letztlich dorthin gebracht hat, wo wir jetzt sind, nämlich eine Hightechregion und das spielt sich auch auf der Messe ab – ich verschweige mich nicht zur Messe. Frau Landeshauptmann und ich und viele andere waren auch dort. Man konnte auch mitverfolgen, dass es dort die größte Baustelle gibt. Apropos Bau, weil wir gestern eine Geschichte gehabt haben, Siegi: Es ist angenehm und ist überhaupt kein Problem, diese Dinge dann einfach sachlich zu diskutieren. Wie gesagt, größte Baustelle im Land. Das Land selbst investiert, und Sie haben es auch im Budget drinnen, über 300 Millionen Schilling, dank Waltraud Klasnic, dass sie dann auch noch aus ihren Bedarfszuweisungsmitteln in Graz, gemeinsam mit Landeshauptmannstellvertreter, etwas nachschießt. Das sind letztlich die Dinge, die die Menschen wirklich interessieren und das ist höchstwahrscheinlich auch der Grund, warum auf das Internet so zugegriffen wird. (Beifall bei der ÖVP.)

Zum Image habe ich mich schon geäußert. Ich hätte aber noch eine Bitte: Vielleicht könnte man das trotz aller Gestelltheit und Erfahrungen und man darf nicht zimperlich sein und man muss professionell sein, selbstverständlich. Wissen Sie, wenn man dann sagt, diese persönlichen Beleidigungen, die Inkompetenz der Regierungsmannschaft ist unübertrefflich, weil Sie wissen nicht, was im Budget steht, das ist nicht notwendig und das stimmt nicht. (Abg. Gennaro: „Der Eindruck ist entstanden!“) Wir haben uns im Ausschuss, und mir hat das wirklich behagt, ich habe große Freude gehabt dabei, dass so viele Fragen kamen. Aber es stimmt schon, was Wiedner gesagt hat. Ich bin vorher selbstverständlich im ÖVP-Klub anständig verhört worden – das ist in Ordnung – anständig. Wir haben alles durchgeredet, das ganze Budget und auch der FPÖ-Klub hatte mich eingeladen. Ich habe das zwar dem Siegi angeboten. Er hat gesagt, so weit sind wir noch nicht. Er hat den Kurtl Flecker fragen müssen. Du warst ein bisschen unsicher, ob du mich nicht doch einladen solltest, aber dann gings halt nicht. Macht nichts, beim nächsten Mal. Wann immer dieses Angebot von mir auch tatsächlich angenommen wird, komme ich und das ist gut so – im Interesse des Landes. Thema Nachtragsbudget: Ich verträge es, wenn man sozusagen das Hölzl wirft und die Möglichkeit für mich besteht, das auch aufzuklären oder noch einmal darzustellen. Dieses Nachtragsbudget, dass Sie im Übrigen immer gefordert haben und ich kann mich über jahrelange Forderungen im Ausschuss und auch hier im Haus erinnern, wo man gesagt hat, naja, nicht diese nachträg-

lichen Berichte, sondern diskutieren wir doch während des Jahres, wie es in anderen Parlamenten, in Gemeinderäten stattfindet, auch einen Controllingbericht, den kriegen Sie, sehr zeitnah, wie schaut der Budgetvollzug aus und selbstverständlich auch da oder dort Veränderungsnotwendigkeiten. Sie und auch in der Regierung vorher. Aber eines können Sie sicher sein, dass es ein Abgehen vom „nicht neue Schulden machen“ nicht gibt. Das wird sicherlich von unserer Seite her nicht stattfinden. (Beifall bei der ÖVP.)

Herr Abgeordneter Gennaro, auch für dieses zweite Hölzl danke ich Ihnen, weil Sie gesagt haben, Norske Skog. Wir diskutieren das schon und Sie sind als Gewerkschafter auch mit den Informationen ausgestattet – das ist auch gut so. Wir machen daraus ja kein Geheimnis. Das ist ein harter Wettbewerb mit Norwegen und diese lizitieren und wir müssen mit, wir wollen auch mit. Eines garantiere ich Ihnen aber auch: Das wird kein Anlass sein und das unterscheidet uns dann auf der Regierungsbank, sich herzustellen und zu sagen, der Wirtschaftsreferent Paierl setzt den Finanzreferent Paierl so unter Druck, dass das Budget nicht hält. Wir werden Mittel und Wege finden müssen, intelligente Strategien, Finanzierungsmodelle, die es gibt, die es in allen Bereichen gibt. Dass wir diese Geschichten in der Steiermark uns leisten werden, weil – und das werden Sie auch bemerkt haben – dieses Doppelbudget ist nicht nur ein Sparbudget im Sinne von keine neuen Schulden machen, sondern es ist ein Innovations- und Investitionsbudget ersten Ranges. So etwas hat es noch nicht gegeben und ich danke der Frau Abgeordneten Lechner-Sonnek, dass sie als oppositionelle Abgeordnete darauf hingewiesen hat, dass es hier einen Schwerpunkt gibt im Bereich von Qualifikation ganz ohne Ausweitung. Wir haben intern diesen Schwerpunkt geschaffen und es geht. Danke für Ihren Hinweis. Und, meine Damen und Herren, das ist auch die Bitte, dass Sie uns da während des Jahres begleiten. Ich darf Ihnen ohnedies, um das nicht zu sehr auszuweiten, diesen Bericht, den Sie alle haben – mein Büro hat mir gesagt, dank der sehr umsichtigen Dokumentation und sehr lesbaren Aufbereitungsarbeit der steirischen Wirtschaftsförderungs-GesmbH., wo ich mich ausdrücklich auch beim Geschäftsführer Burghard Kaltenbeck für die gesamte Mannschaft bedanke, gemeinsam mit meinem Büro, da gibt es einen engen Schulterschluss – es gibt einen Jahresbericht, Jahres-Highlights, wo Sie nachlesen können, was alles auf der Schiene ist. Was passiert ist und was auch natürlich noch auf 2001 und 2002 hereingeht. Wir haben die Struktur vor Periode, das Ziel 2 Neu, wir haben eine neue Rahmenrichtlinie für die steirische Wirtschaftsförderung, wir haben eine Exportförderung, ganz wichtig gerade in dieser regionalen Außenwirtschaftspolitik, die neuen Märkte im Süden und im Osten. Wir haben eine Nahversorgungsinitiative. Wir haben ein Aktionsprogramm WIBIS ausschließlich für Grenzbetriebe, sind Großbetriebe ausgeschlossen, 30 Millionen ein Produkt, das ganz bestimmte Kunden anführt. Die machen Produkte, die auch zeitlich befristet bestimmte Impulse setzen. Wir haben ein Aktionsprogramm für Unternehmensgründungen. Wir haben Erstberatungsaktionen. Wir haben eine Sonderaktion, die ist schon abgeschlossen, war eine erfolgreiche Aktion für Grenzbetriebe auf den Euro. Wir haben einen Dienstleistungspreis, weil wir dort auch gewisse Rückständigkeits, gewisse Entwicklungspotenziale haben, wo wir Aufholbedarf haben im Bereich von Dienstleistungen, der heißt Forward-Award 2000 und heuer 2001. Wir haben Impulszentren im ganzen Lande von Liezen bis Radkersburg. Wir haben ein ausgezeichnetes – dank meiner Mitarbeiter – Standortmanagement. Eine Datenbasis, wo Sie bitte sich selbst – auch am Nikolaiplatz mittlerweile alles unter einem Dach – auch davon überzeugen sollten, auch im Internet selbstverständlich. Der Automobilcluster ist schon viel besungen, auch oft kritisiert. Meine Damen und Herren, auch da ein offenes Wort. Ja, selbstverständlich sind wir dort den internationalen Entwicklungen und Trends ausgesetzt, aber diese Clusterarbeit sollte ja und tut es auch Gott sei Dank, bislang diese steirischen Strukturen, die steirischen Betriebe, insbesondere die kleinen Mittelbetriebe vor den negativen Folgen solcher internationaler Trends rüsten, eher fitmachen, dass sie nicht gleich umfallen, wenn dann der große Sturm oder schon ein kleiner Wind auftaucht, was wir in der Vergangenheit gehabt haben. Also die Clusterarbeit ist über Jahre ein fast weltweit, zumindest europaweit anerkanntes Modell der Strukturpolitik geworden und wird es auch weiter sein, weil wir über das Automobil, wo Gott sei Dank nicht nur jetzt ein Konzern da ist, sondern wo alle Konzerne bereits an der Steiermark nicht mehr vorbei können, haben wir auch den Holzcluster nach langen Irritationen und Hin und Her, vergessen wir das. Es gibt ihn, gleich aufgestellt wie den Automobilcluster. Ich danke da insbesondere auch dem Abgeordneten Kinsky (Beifall bei der ÖVP.) und Genossen, die sich hier immer sehr in dem Hause dafür eingesetzt haben. (Unverständlicher Zwischenruf.) Als Gewerkschafter? (Abg. Gennaro: „Das wird der schönste Tag, wenn Sie bei mir eine Mitgliedschaft unterschreiben!“) Absolut! Der ÖGB ist eine überparteiliche Organisation, hoffe ich. (Landesrat Schützenhöfer: „Du würdest das als Unterwanderung betrachten!“)

Wirtschaftspark Obersteiermark, eine ganz wichtige Geschichte, die seit Jahren funktioniert. Wirtschaftspark Oststeiermark Südost, den wir eigentlich von der Obersteiermark abgekupfert haben und jetzt das ganze Land in zwei wesentliche Organisationsformen geteilt haben, die Kompetenzzentren gemeinsam auch mit Leo Schögggl, eine Geschichte, wo die Steiermark österreichweit die Nase vorn hat Gott sei Dank. Wir haben dann Gründermessen. Wir haben die wichtigen Zuschussaktionen, die ich Ihnen jetzt nicht im Detail aufzählen möchte. Bitte schauen Sie sich das hier im Detail an, es ist wie gesagt nicht trocken, sondern sehr übersichtlich und einfach dargestellt. Aber trotzdem bietet sie einen schönen Überblick über das, was hier passiert.

Zur Messe noch einmal, bitte. Das ist nicht nur das Investment dort, das Investitionsvorhaben mit der Stadthalle, was ein Bekenntnis zu diesem Standort ist, sondern auch zu neuen Organisationsformen, zur Weiterentwicklung, zur Evaluation dieses Unternehmens. Und das Einzige, was sich jetzt kritisch abspielt, es ist kein Tummelplatz für Chaos erzeugende Politfunktionäre, sondern es muss dort ein ganz seriöses, professionelles Sanierungsmanagement hin. Und das wird auch kommen.

Ich danke zum Abschluss Ihnen nicht nur für die Wortmeldungen übers ganze Jahr, weil wir haben ja an sich bei jeder Landtagssitzung eine Wirtschaftsdebatte. Ich bin nicht unglücklich, im Gegenteil. Nützen Sie auch als Holschuld – wir bringen das hoffentlich – unsere Angebote aus, ob im Internet oder auch am Nikolaiplatz in der

so genannten Koloniale. Ich lade Sie ein, besuchen Sie das. Da gibt es ein Servicecenter. Die Mitarbeiter sind offensichtlich so freundlich, dass wir guten Zulauf haben. Nützen Sie das auch als Abgeordnete, bedanke mich abschließend bei meinen Mitarbeitern sowohl im Bereich der Wirtschaftsförderung als auch im Bereich der Arbeitsplatz- und Beschäftigungsprojekte. Meine Frau Maier, die seit Jahren hier sehr wirkungsvoll arbeitet, oft unbedankt und jetzt auch die Frau Mag. Scherz, die neu im Team ist, das funktioniert. Wir haben das auch, Frau Lechner-Sonnek, zusammengeführt, weil das auch ein alter Wunsch war. Ihre Banknachbarin hat das immer wieder gefordert. Jetzt haben wir es. Und glauben Sie mir, wir werden in der Kooperation mit dem AMS, das ist legendär und stört einige, mich stört es nicht, sondern im Interesse ist immer Gutes rausgekommen, sehr flexibel sein. Ob das jetzt das steirische oder das kooperative Programm ist, auch da herzlichen Dank für alles hier Aufbereitete. Ich bin überzeugt davon, dass dieses Doppelbudget in Schilling und in Euro den Weg der Steiermark in eine gute Zukunft nicht aufhalten kann. Danke vielmals! (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – 13.13 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung zur Gruppe 7 liegt nicht vor. Der Berichterstatter hat auf das Schlusswort verzichtet, womit ich zur Abstimmung über die Abänderungsanträge, die Ansätze und Posten der Gruppe 7 sowie über die Entschließungsanträge zu dieser Gruppe komme.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Abänderungsantrag für den Landesvoranschlag 2001 der Grünen betreffend Zusammenarbeit mit dem AMS im kooperativen Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramm ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zu den Ansätzen und Posten der Gruppe 7 hinsichtlich des Landesvoranschlages für 2001 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Das ist die mehrheitliche Annahme.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Abänderungsantrag für den Landesvoranschlag 2002 der Grünen betreffend Zusammenarbeit mit dem AMS im kooperativen Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramm ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zu den Ansätzen und Posten der Gruppe 7 hinsichtlich des Landesvoranschlages für 2002 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend Neubewertung Landschaftspflege, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend Nichtveräußerung Forste, ihre Zustimmung geben, bitte ich um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend Positivlisten Futtermittel, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend Agrarverwaltung, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend Leitbild biologische Landwirtschaft, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend Bio-Gütesiegel/Lebensmittelkontrolle, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend bauwirksames Investitionsprogramm, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend PFIFF, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend Ökonetz Steiermark, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend Beschäftigungspakt, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend Lehrlinge, Facharbeiterinnen, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich bitte um Aufmerksamkeit, damit es zu keinerlei Verwechslungen kommt. Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend Wertgrenzen, ihre Zustimmung geben, ersuche ich, ein Handzeichen zu geben. Danke. Gegenprobe.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Nun gilt es über den Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend Eisenerz Schilifte, Thermen, abzustimmen. Ich ersuche die Damen und Herren, die diesem Antrag die Zustimmung geben, um ein Handzeichen. Gegenprobe. Ich danke.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, betreffend Sicherung der Facharbeiterausbildung, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Danke.

Das ist die mehrheitliche Annahme des Antrages.

Damit komme ich zur Gruppe 8 – Dienstleistungen. Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Kasic. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Kasic (13.19 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich darf Ihnen den Bericht des Finanz-Ausschusses zur Gruppe 8 der Landesvoranschläge 2001 und 2002 zur Kenntnis bringen. Der Finanz-Ausschuss hat in seiner Sitzung am 24. April 2001 die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 311/1, betreffend die Landesvoranschläge 2001 und 2002, den Dienstpostenplan und den Systemisierungsplan der Kraftfahrzeuge, beraten und zu Gruppe 8 nachstehende Beschlüsse gefasst: Der Landtag wolle beschließen:

Erstens: Die Ansätze und Posten der Gruppe 8 – Dienstleistungen – werden hinsichtlich des Landesvoranschlages 2001 genehmigt.

Zweitens: Die Ansätze und Posten der Gruppe 8 – Dienstleistungen – werden hinsichtlich des Landesvoranschlages 2002 genehmigt. (13.19 Uhr.)

Präsident: Ich danke. Eine Wortmeldung zur Gruppe 8 liegt nicht vor. Der Berichterstatter verzichtet auf das Schlusswort. Damit komme ich zur Abstimmung über die Ansätze und Posten der Gruppe 8.

Meine Damen und Herren, ich bitte um Ihre Aufmerksamkeit. Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zu den Ansätzen und Posten der Gruppe 8 hinsichtlich des Landesvoranschlages 2001 ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Das ist die mehrheitliche Annahme des Antrages.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zu den Ansätzen und Posten der Gruppe 8 hinsichtlich des Landesvoranschlages 2002 ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Das ist die mehrheitliche Annahme des Antrages.

Der Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend Wertgrenzen, wurde zurückgezogen. Danke.

Damit, meine Damen und Herren, sind wir bei der Gruppe 9 – Finanzwirtschaft. Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Straßberger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Straßberger (13.21 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, verehrte Frau Landeshauptmann, Herr Landesrat, geschätzte Damen und Herren!

Ich bringe den Bericht des Finanz-Ausschusses zur Gruppe 9 der Landesvoranschläge 2001 und 2002. Der Finanz-Ausschuss hat in seiner Sitzung am 24. April 2001 die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 311/1, betreffend die Landesvoranschläge 2001 und 2002, den Dienstpostenplan und den Systemisierungsplan der Kraftfahrzeuge beraten und zu Gruppe 9 nachstehende Beschlüsse gefasst: Namens des Finanz-Ausschusses werden nachstehende Anträge gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Erstens: Die Ansätze und Posten der Gruppe 9 – Finanzwirtschaft – werden hinsichtlich des Landesvoranschlages 2001 genehmigt.

Zweitens: Die Ansätze und Posten der Gruppe 9 – Finanzwirtschaft – werden hinsichtlich des Landesvoranschlages 2002 genehmigt. Ich bitte um Annahme. (13.22 Uhr.)

Präsident: Es gibt dazu eine Wortmeldung, und zwar vom Herrn Abgeordneten Gennaro.

Abg. Gennaro (13.22 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich bringe zur Gruppe 9 einige Entschließungsanträge ein, die Sie im Inhalt kennen. Ich möchte Sie daher nur punktuell aufzählen. Ein Entschließungsantrag betrifft den Stabilitätspakt. Ein weiterer spricht sich gegen die Privatisierung und den Abkauf aus. Wir haben einen Entschließungsantrag, betreffend Aufhebung der

Landesumlage. Wir haben einen Entschließungsantrag, betreffend Bericht an den Landtag. Wir haben einen Entschließungsantrag, betreffend Therme Bad Gleichenberg, Thermenprojekte. Ein weiterer Entschließungsantrag betrifft Sachausgaben. Der letzte Entschließungsantrag betrifft Wertgrenzen. Ich bitte um Annahme. (13.24 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Lechner-Sonnek. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Lechner-Sonnek (13.24 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Landeshauptfrau! Sehr geehrte Mitglieder der Regierung! Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Bedarfszuweisungen, die geistern eigentlich die ganze Zeit mit herum, auch wenn es scheinbar um andere Themen geht. Und es ist mir sehr wichtig, noch einmal darauf Bezug zu nehmen gerade in dem Kapitel. Der Herr Landesrat Paierl hat gerade gesagt vorhin, als er von einem großen Projekt gesprochen hat, „ihre“ Bedarfszuweisungsmittel, und er hat damit die Frau Landeshauptfrau gemeint. Ich möchte in Erinnerung rufen, dass das die Bedarfsmittel, die Bedarfszuweisungsmittel der Gemeinden sind. Aber der Sprachgebrauch sagt sehr viel darüber aus, wie man damit umgeht. Und wir haben seit Jahren, so lang die Grünen hier im Landtag sitzen, darauf hingewiesen, dass es sich bei den Bedarfszuweisungen um Mittel handelt, Mittel in einer beträchtlichen Größenordnung, nämlich 1,4 Milliarden, das ist der aktuelle Stand in diesem Budget 2001, die von zwei Personen vergeben werden. Es sind in der letzten Zeit so genannte Kriterien erarbeitet worden, aber Kriterien heißt etwas, was wirklich verbindlich ist, wenn Sie mich fragen. Und das, was hier erarbeitet worden ist, das hat vielleicht den Charakter einer Kalkulationsgrundlage, aber ohne Verbindlichkeit. Das heißt, im Endeffekt haben wir noch immer die Situation, dass zwei Personen nach ihrem Gutdünken entscheiden können über die Vergabe von 1,4 Milliarden Schilling. Und das in einer Zeit, wo wir zum Beispiel im Sozialbudget einen Bruchteil dieser Summe zu wenig haben. Nur um Ihnen die Größenordnung bewusst zu machen. (Abg. Majcen: „Wer sagt das?“) In Tirol zum Beispiel sieht man das anders und hat man eine andere Herangehensweise gewählt, und zwar hat man das verbunden mit den regionalen Entwicklungsprogrammen, die die Gemeinden im Regionenverband erarbeitet haben und hat geschaut, dass man aus diesen Entwicklungsprogrammen Kriterien entwickelt für die Vergabe. Das ist Demokratie und das ist Transparenz und das würden wir uns sehr dringend auch hier in der Steiermark wünschen. Man sieht auch an den zahlreichen Wortmeldungen zum Beispiel zu den Feuerwehren, dass es immer wieder darum geht, nicht wie hoch wird gefördert, sondern wie viele, und hat diese Gemeinde auch ein Feuerwehrhaus? Und wir kennen alle diese Blüten, die eine solche Situation treibt, dass eine Gemeinde dann über drei Feuerwehren verfügt. Das hat vielleicht historische Gründe, aber das weiter zu ziehen und immer weiter zu machen, weil das so die Vergabep Praxis ist, weil das so die hoheitliche Vergabep Praxis ist, das ist in unseren Augen nicht in Ordnung und auch nicht pfiffig, wenn dieser Begriff immer wieder für den neuen Trend, die neue Form des Umganges mit dem Budget verwendet wird. (Beifall bei den Grünen.) Es ist auch eine Frage, ob das demokratisch ist, dass das Kriterium der Aufteilung, wer wie viel in seinem Körperl hat, um es zu vergeben, das Wahlergebnis ist. Und ich kann Ihnen nur eines sagen, es ist auch nicht demokratisch gewesen, dass nicht einmal eine Auskunft gegeben wurde darüber im Nachhinein, im Vorhinein sowieso nicht, welche Gemeinden wie viel bekommen haben und wofür. (Abg. Majcen: „Woher haben Sie das?“) Wir haben das recherchiert, wir haben das vor einem Jahr veröffentlicht, auf die Homepage gestellt. Ich kann Ihnen sagen, ich lebe im Bezirk Weiz. Die „Kleine Zeitung Weiz“ hat ein paar Gemeinden daraus zitiert, ein paar Zahlen veröffentlicht und ein ÖVP-Bürgermeister hat einen Leserbrief geschrieben an die „Kleine Zeitung Weiz“ und sich dafür bedankt, dass er endlich weiß, wie viel die anderen Gemeinden bekommen haben. (Beifall bei den Grünen.)

Und wenn Sie das für richtig halten, meine Damen und Herren, dass die eigenen Bürgermeister, wenn ich das so unumwunden sagen darf, auf die „Kleine Zeitung“ und vor allem auf die Grünen angewiesen sind um zu erkennen, wie diese Mittel vergeben worden sind und nach welchen Kriterien, dann finde ich das nicht demokratisch und nicht transparent und ich finde, es besteht großer Handlungsbedarf. Und im Übrigen möchte ich eines noch sagen und auch sehr grundsätzlich zur Debatte im Rahmen dieses Budgetlandtages. Es kommt immer wieder die Situation zustande, dass Personen oder Gruppierungen oder Parteien, Fraktionen in diesem Haus unterstellt wird, dass sie gegen die Steiermark sind, dass sie gegen alles sind, dass sie alles nur bekritteln. (Abg. Straßberger: „Sagen Sie einmal etwas Positives über die Steiermark!“) Wer ist denn dann die Steiermark? Sind Sie die Steiermark? Ich sage Ihnen einmal was, ich bin auch die Steiermark. Die Grünen sind auch die Steiermark. Die SPÖ ist auch die Steiermark. (Beifall bei der SPÖ.) Sie haben hier nicht das Monopol! Und Sie machen Tatbestände, Sie besprechen sich Ihre Sachen und wenn wir dann Diskussion einfordern angesichts eines gebundenen Budgets und angesichts der geringen Bereitschaft zu diskutieren und Auskunft zu geben im Finanz-Ausschuss, dann empfinden Sie das als Mäkeln am Gesamtbild der Steiermark. (Beifall bei den Grünen und der SPÖ.)

Ich sehe das als einen positiven und konstruktiven Beitrag für eine Steiermark, in der die Dinge auch diskutiert werden, meine Damen und Herren! (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Welche Auskunft haben Sie nicht bekommen?“) Der Herr Landesrat Paierl hat gerade gefragt, welche Auskunft wir nicht bekommen haben. Die Auskunft, die Sie versprochen haben, habe ich sofort bekommen von Ihrer Mitarbeiterin. Der Herr Schögggl hat einige Auskünfte von vornherein nicht gegeben und hat auch in einem Punkt, wie der Kollege Hagenauer ihn gefragt hat nach den Mitteln für diese ORF-Sendungen vulgo Frühschoppen, hat er gesagt, das beantworte ich nicht. Detto der Herr Landesrat Hirschmann, Sie alle wissen es, die dabei waren. (Abg. List: „Die Art der Fragestellung war eine Frechheit!“) Die Art der Fragestellung! Mein Gott! Sie entwickeln manchmal eine Sensibilität, die kann ich nicht mehr nachvollziehen. Wenn ich so eine Sensibilität hätte, dann könnte ich da herinnen keine Sitzung durchstehen. Diskutieren wir doch offen über die Dinge. Wir verschließen uns dem nicht und wir wünschen uns nichts anderes, als Sie das auch tun. Danke schön! (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Tun wir ja!“) Alle nicht, aber einige. (Beifall bei den Grünen und der SPÖ. – 13.31 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung zur Gruppe 9 liegt nicht vor. Der Berichterstatter hat auf das Schlusswort verzichtet. Damit komme ich zur Abstimmung über die Abänderungsanträge, die Ansätze und Posten der Gruppe 9 sowie über die Entschließungsanträge in dieser Gruppe.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zu den Ansätzen und Posten der Gruppe 9 hinsichtlich des Landesvoranschlages für 2001 ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Das ist die mehrheitliche Annahme des Antrages.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zu den Ansätzen und Posten der Gruppe 9 hinsichtlich des Landesvoranschlages für 2002 ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Das ist die mehrheitliche Annahme des Antrages.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ betreffend Stabilitätspakt ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ betreffend Berichte an den Landtag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ betreffend Aufhebung der Landesumlage ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich bitte um Ihre Aufmerksamkeit, wir sind in einem Abstimmungsslalom. Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ betreffend Privatisierung und Abverkauf ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ betreffend Wertgrenzen ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ betreffend Sachausgaben ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ betreffend Therme Bad Gleichenberg, Thermenprojekte ihre Zustimmung geben, um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Für den außerordentlichen Haushalt 2001 und 2002 ist Berichterstatterin die Frau Abgeordnete Mag. Christine Koller. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Koller (13.34 Uhr): Meine Damen und Herren!

Bericht des Finanz-Ausschusses zum außerordentlichen Haushalt der Landesvoranschläge 2001/2002. Der Finanz-Ausschuss hat in seiner Sitzung am 24. April 2001 die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 311/1, betreffend die Landesvoranschläge 2001 und 2002, den Dienstpostenplan und den Systemisierungsplan der Kraftfahrzeuge, beraten und zum außerordentlichen Haushalt nachstehende Beschlüsse gefasst: Namens des Finanz-Ausschusses werden nachstehende Anträge gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Erstens: Die Ansätze und Posten des außerordentlichen Haushaltes werden hinsichtlich des Landesvoranschlages 2001 genehmigt.

Zweitens: Die Ansätze und Posten des außerordentlichen Haushaltes werden hinsichtlich des Landesvoranschlages 2002 genehmigt. Ich bitte um Annahme. (13.34 Uhr.)

Präsident: Dazu hat sich der Herr Abgeordnete Gennaro zu Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Gennaro (13.35 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich darf einen Entschließungsantrag zum außerordentlichen Haushalt einbringen. Der Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, den Abschluss einer Vereinbarung zwischen dem Land Steiermark und der Steiermärkischen Krankenanstaltengesellschaft herbeizuführen, die ein Sonderinvestitionsprogramm „Gesundheits-PFIFF“ nach den dargestellten Rahmenbedingungen zum Gegenstand hat. Ich bitte um Annahme. (13.35 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung zu den Ansätzen im außerordentlichen Haushalt liegt nicht vor. Die Frau Berichterstatterin hat auf das Schlusswort verzichtet. Damit komme ich nun zur Abstimmung über die Abänderungsanträge, die Ansätze und Posten des außerordentlichen Haushaltes sowie über den Entschließungsantrag zum außerordentlichen Haushalt.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zu den Ansätzen und Posten des außerordentlichen Haushaltes hinsichtlich des Landesvoranschlages für 2001 ihre Zustimmung geben, um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Dieser Antrag wurde mehrheitlich angenommen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zu den Ansätzen und Posten des außerordentlichen Haushaltes hinsichtlich des Landesvoranschlages für 2002 ihre Zustimmung geben, um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Dieser Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend „Gesundheits-PFIF“ , ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich darf die Damen und Herren bitten, dennoch einige Zeit durchzuhalten und sehr exakt aufzuzeigen, weil es für mich nur dann wirklich auch übersichtlich genug ist, um die Abstimmungsergebnisse genau feststellen zu können.

Berichterstatter zu den Dienstpostenplänen 2001 und 2002 ist der Herr Abgeordnete Straßberger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Straßberger (13.38 Uhr): Herr Präsident, geschätzte Frau Landeshauptmann, meine Herren Landesräte, geschätzte Damen und Herren, hohes Haus!

Ich bringe den Schriftlichen Bericht des Finanz-Ausschusses zum Dienstpostenplan der Landesvoranschläge 2001 und 2002. Der Finanz-Ausschuss hat in seiner Sitzung am 24. April 2001 die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 311/1, betreffend die Landesvoranschläge 2001 und 2002, den Dienstpostenplan und den Systemisierungsplan der Kraftfahrzeuge, beraten und zum Dienstpostenplan nachstehende Beschlüsse gefasst: Namens des Finanz-Ausschusses werden nachstehende Anträge gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Erstens: Die Ansätze und Posten des Dienstpostenplanes werden hinsichtlich des Landesvoranschlages 2001 genehmigt.

Zweitens: Die Ansätze und Posten des Dienstpostenplanes werden hinsichtlich des Landesvoranschlages 2002 genehmigt. Ich bitte um Annahme. (13.38 Uhr.)

Präsident: Eine Wortmeldung liegt zu den Dienstpostenplänen nicht vor. Der Berichterstatter verzichtet auf das Schlusswort, womit ich zur Abstimmung über die Ansätze und Posten des Dienstpostenplanes komme.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zu den Ansätzen und Posten des Dienstpostenplanes hinsichtlich des Landesvoranschlages 2001 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat die erforderliche Mehrheit gefunden.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zu den Ansätzen und Posten des Dienstpostenplanes hinsichtlich des Landesvoranschlages 2002 ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Dieser Antrag wurde mehrheitlich angenommen.

Damit komme ich zum Kraftfahrzeugsystemisierungsplan der Landesvoranschläge 2001 und 2002. Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dirnberger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dirnberger (13.40 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Bericht des Finanz-Ausschusses zum Kraftfahrzeugsystemisierungsplan der Landesvoranschläge 2001 und 2002. Der Finanz-Ausschuss hat in seiner Sitzung am 24. April 2001 die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 311/1, betreffend die Landesvoranschläge 2001 und 2002, den Dienstpostenplan und den Systemisierungsplan der Kraftfahrzeuge, beraten und zum Kraftfahrzeugsystemisierungsplan nachstehende Beschlüsse gefasst: Namens des Finanz-Ausschusses werden nachstehende Anträge gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Erstens: Die Ansätze und Posten des Kraftfahrzeugsystemisierungsplanes werden hinsichtlich des Landesvoranschlages 2001 genehmigt.

Zweitens: Die Ansätze und Posten des Kraftfahrzeugsystemisierungsplanes werden hinsichtlich des Landesvoranschlages 2002 genehmigt. Ich ersuche um Annahme. (13.40 Uhr.)

Präsident: Eine Wortmeldung zu den Kraftfahrzeugsystemisierungsplänen liegt nicht vor. Der Berichterstatter hat mir mitgeteilt, dass er auf das Schlusswort verzichtet, womit ich zur Abstimmung über die Ansätze und Posten der Kraftfahrzeugsystemisierungspläne komme.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zu den Ansätzen und Posten des Kraftfahrzeugsystemisierungsplanes hinsichtlich des Landesvoranschlages 2001 ihre Zustimmung geben, um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Dieser Antrag wurde mehrheitlich angenommen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zu den Ansätzen und Posten des Kraftfahrzeugsystemisierungsplanes hinsichtlich des Landesvoranschlages 2002 ihre Zustimmung geben, um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Wir haben noch über den Antrag des Hauptberichterstatters über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 311/1, betreffend die Landesvoranschläge für 2001 und 2002 abzustimmen und ich erteile dazu Herrn Abgeordnetem Straßberger das Wort.

Abg. Straßberger: Ich verzichte.

Präsident: Wie ich höre, verzichtet der Herr Abgeordnete Straßberger auf das Wort. Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zur Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung über die Landesvoranschläge samt Systemisierungsplan der Kraftfahrzeuge und die Dienstpostenpläne für die Jahre 2001 und 2002, Einl.-Zahl 311/1, hinsichtlich des Landesvoranschlages 2001 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Dieser Antrag wurde mehrheitlich angenommen.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zur Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung über die Landesvoranschläge samt Systemisierungsplan der Kraftfahrzeuge und die Dienstpostenpläne für die Jahre 2001 und 2002, Einl.-Zahl 311/1, hinsichtlich des Landesvoranschlages 2002 ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Damit sind die Landesvoranschläge 2001 und 2002 durch den Steiermärkischen Landtag genehmigt.

Ich danke allen, die am Zustandekommen der Beschlüsse beteiligt waren, insbesondere im Rahmen der rund 30 Stunden dauernden Budgetdebatte im Landtag mit rund 178 Diskussionsbeiträgen. Ich wünsche Ihnen allen ein schönes, vor allem erholsames Wochenende, bedanke mich aber auch für die Unterstützung bei Vizepräsidentin Dr. Anna Rieder und Vizepräsident Ing. Hans Kinsky. Die nächste Sitzung findet am 8. Mai statt und wird auf schriftlichem Wege einberufen. Die Sitzung ist geschlossen. (Ende der Sitzung: 13.44 Uhr.)